

Return this book on or before the
Latest Date stamped below.

Theft, mutilation, and underlining of books
are reasons for disciplinary action and may
result in dismissal from the University.

University of Illinois Library

NOV 19 1964

L161—O-1096

F. H. T. M.

Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Franz Mehring

Dritter Band

Bis zum Deutsch-französischen Kriege

Zehnte Auflage

Stuttgart 1921

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

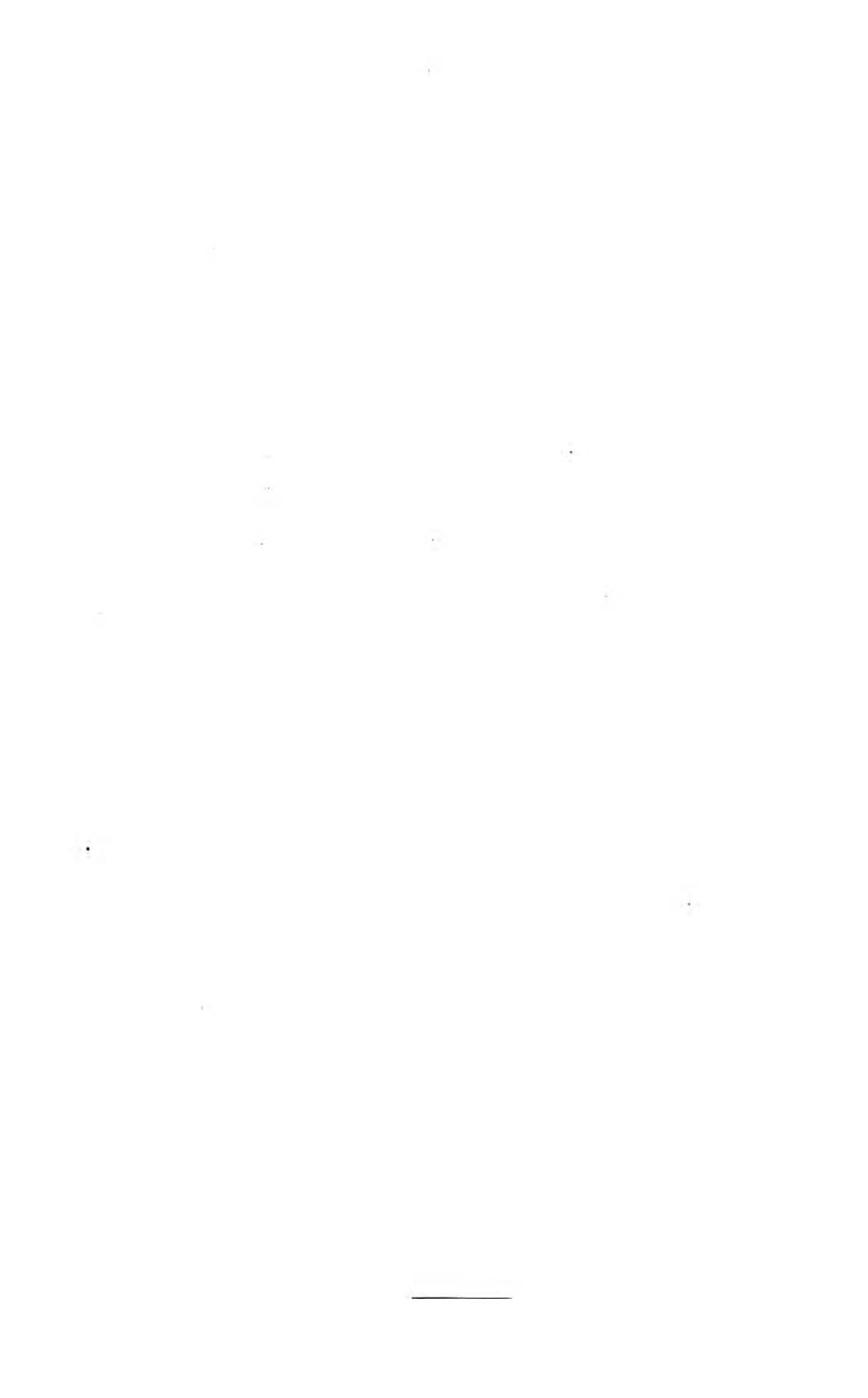
335.5
M471g¹⁰
v. 3-4

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Drittes Buch. Die Agitation Lassalles	1
Erstes Kapitel. Lassalle und das Leipziger Zentralkomitee	3
1. Das deutsche Proletariat um 1863	3
2. Die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei	9
3. Selbständige Regungen des Proletariats	16
4. Das Leipziger Zentralkomitee	21
5. Lassalles Offenes Antwortschreiben	31
6. Lassalles Schlachtplan	41
7. Die ersten Erfolge und Mißerfolge	57
8. Der Frankfurter Tag	66
9. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein	77
Zweites Kapitel. Lassalles taktische Wendung	91
1. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin	98
2. Lassalle und Bismarck	111
3. Lassalles Kämpfe mit Justiz und Polizei	125
4. Bafiat-Schulze	132
5. Lassalle und die Arbeiter	140
Drittes Kapitel. Lassalles Ende	153
Viertes Buch. Der Streit der Fraktionen	165
Erstes Kapitel. Die Internationale Arbeiterassoziation	167
Zweites Kapitel. Lassalles Erben	180
1. Die vorhandenen Gegensätze	185
2. Der Kampf der Meinungen	191
3. Die Entscheidung der Arbeiter	205
4. Taktik und Organisation	214
Drittes Kapitel. Die Revolution von Oben	230
1. Der habsburgisch-hohenzollernsche Konflikt	230
2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege	237
3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege	252
4. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechtes	266
5. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie	282

	Seite
Viertes Kapitel. Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus	292
Fünftes Kapitel. Deutsche Gewerkschaften	308
1. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokrat	309
2. Hamburger Generalversammlung und Nürnberger Vereinstag	314
3. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung	330
Sechstes Kapitel. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei	341
1. Die Agitation in Süddeutschland und Sachsen	343
2. Der Eisenacher Kongreß	349
3. Die ersten Fraktionskämpfe	369
Anmerkungen	390

Drittes Buch
Die Agitation Lassalles



Erstes Kapitel.

Cassalle und das Leipziger Zentralkomitee.

I. Das deutsche Proletariat um 1863.

Unter dem raschen Vormarsche, den die deutsche Industrie seit der Märzrevolution gemacht hatte, waren große Veränderungen in den arbeitenden Klassen vor sich gegangen.

Zwar überwog immer noch das ländliche weitaus das industrielle Proletariat. Auf $3\frac{1}{2}$ Millionen selbsttätiger Personen in der preussischen Landwirtschaft kamen erst $\frac{3}{4}$ Millionen selbsttätiger Personen in der preussischen Fabrikindustrie. Innerhalb der gewerbetreibenden Bevölkerung aber war der handwerksmäßige Betrieb stärker als der fabrikmäßige; in Preußen wurden über 1 Million im Handwerke selbsttätiger Personen gezählt. In den deutschen Staaten Preußen, Sachsen, Kurhessen, Bayern, Württemberg und Baden wies die Handwerkertabelle über 2 Millionen, die Fabriktablelle noch nicht $1\frac{1}{2}$ Millionen Köpfe auf. Wobei man nicht übersehen darf, daß wie diese Ziffern im allgemeinen nur einen ungefähren Wert haben, so im besonderen eine Masse angeblicher Handwerker in der ökonomischen Wirklichkeit kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrielle waren.

Immerhin war soviel sicher, daß der handwerksmäßige noch den fabrikmäßigen, und der landwirtschaftliche Betrieb beide zusammen in dem weitaus größten Teile Deutschlands überwog. Das umgekehrte Verhältnis fand sich nur in einem deutschen Staate, in dem Königreiche Sachsen, das sich mit schnellen Schritten zu einer großen, weitläufig gebauten Stadt mit einer mäßigen, aderbautreibenden Gemarkung auswuchs. Auf einer ähnlichen Stufe industrieller Entwicklung befand sich der preussische Regierungsbezirk Düsseldorf. Sonst konnte die Statistik im Anfange der sechziger Jahre, bei all ihrer damaligen Unvollkommenheit, den Anhängern der alten guten Zeit den Trost spenden, daß es mit dem großen Industrielande Deutschland seine guten Wege habe.

Aber tatsächlich bedeutete dieser Trost nicht mehr, als wenn ein weiser Thebaner am Tage nach der Schlacht bei Jena behauptet hätte, daß friberizianische Preußen siehe auf festen Füßen, da noch kein französischer Soldat das rechte Ufer der Elbe betreten habe. Die entscheidenden Würfel waren gefallen. Keine Macht der Welt konnte die schnelle Entwicklung der großen Industrie mehr aufhalten. Hekatomben über Hekatomben von Menschenopfern bezeichneten ihren Siegespfad. Die 84286 Handspinner, die es 1849 als kleinen Rest der ehemals nach Hunderttausenden zählenden Spinner noch gegeben hatte, waren 1861 auf 14557 zusammengesmolzen. Wo die große Industrie einmal festen Fuß gefaßt hatte, da machte alsbald die Akkumulation und Konzentration des Kapitals, indem sie die Intensität der Arbeit erhöhte, ihre verheerenden Wirkungen geltend. In der preussischen Baumwollweberei allein senkte die Einbürgerung der mechanischen Webstühle von 1846 bis 1861 die Zahl der Handwebstühle von 75666 auf 4777 und die Zahl der Arbeiter von 82193 auf 12541. Und das sind nur ein paar Ziffern aus den Schlachtenbulletins der großen Industrie.

Wie Tod und Verderben hinter ihr, so ging der bleiche Schrecken vor ihr her. Das Handwerk zitterte in allen Fugen. Auch wo es noch nicht unmittelbar von der großen Industrie bedroht war, fühlte es mit dumpfer Angst, daß seine Stunde geschlagen hatte, daß die große Industrie ihm durch die Umwälzung aller Produktions- und Verkehrsverhältnisse den Boden unter den Füßen wegzog. Eine Anzahl landrätlicher Berichte, die von 1858 bis 1866 in einem amtlichen preussischen Blatte veröffentlicht wurden, ist voller Klagen über den unaufhaltsamen Niedergang des Handwerks, selbst in solchen Gegenden, die, wie etwa die Provinz Posen, vorläufig weit vom Schusse lagen.

In den Reihen des Kleinbürgertums siedelte sich der Bankrott als ständiger Gast an. Unfähig, sich vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft loszureißen, deren konvulsivische Zuckungen ihr doch keine ruhige Stunde ließen, trieb diese Klasse eine Politik, die so widerspruchsvoll war wie ihre soziale Lage. Die Pfahlbürger von altem Schrot und Korn ließen sich nach wie vor von mittelalterlichen Luftspiegelungen betören. Sie gründeten 1862 in Weimar einen Handwerkerbund mit zünftlerischem Programm, zur selben Zeit, wo die ökonomische Entwicklung die letzten Reste der Zunftverfassung in Baden, Württemberg, Sachsen unwiderstehlich sprengte und die schwere Schädigung des

preußischen Handwerks durch die Rückwärtsrevibrierung der preußischen Gewerbeordnung mit Händen zu greifen war. Diese Richtung der deutschen Kleinbürgerei hatte ihren Führer im Schuhmachermeister Panse und ihre Patronin in der ostelbischen Reaktion. Bruder Junker umhalfte zärtlich den Bruder Handwerker, und Bruder Pfaff erklärte salbungsvoll, das Handwerk sei ein Gnadenstand, der in einem besonders wohlgefälligen Verhältnis zu Gott stehe. Achselzuckend kennzeichnete Huber das gespensterhafte Treiben mit dem Bibelworte: Mag auch ein Blinder einem Blinden den Weg zeigen?

Huber selbst befürwortete lebhaft das Genossenschaftswesen, ohne den politischen Welgeschmack, aber auch ohne die überschwenglichen Illusionen, die Schulze-Delitzsch in seine genossenschaftliche Agitation legte. Sie breitete sich im Anfange der sechziger Jahre schnell aus, besonders im Kleinhandel und jenem Kleinbürgertum, das, solange die große Industrie sich nur erst entwickelt, in ihrem Schatten als schnell wuchernde und schnell welkende Pflanze gedeiht. In einzelnen Ausnahmefällen haben die Kredit- und Rohstoffvereine, die Schulze-Delitzsch gründete, wohl kleinen Gewerbetreibenden ermöglcht, ihren Betrieb fabrikmäßig zu erweitern; der Klasse selbst konnten sie nicht mehr bieten, als eine Verlangsamung ihres Lebenskampfes. Am wenigsten ließ sich in diesen Genossenschaften ein reformatorisches soziales Prinzip entdecken. Sie waren rein kapitalistische Palliativmittel, die sich nur auszuwachsen brauchten, um dem kapitalistischen Spekulationsgeiste zu verfallen, trotz aller Warnungen Schulzes. Mehr als einmal hat ihr Zusammenbruch den Wohlstand ganzer Städtchen begraben. Aber einstweilen glaubte ein großer Teil des Kleinbürgertums an dieses Heilmittel und schwor zur Fahne der Fortschrittspartei, worauf es obenan geschrieben stand.

Wie die Handwerksmeister, so standen die Handwerksgefallen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, jedoch diesem um so näher, je mehr ihre Aussichten auf wirtschaftliche Selbständigkeit zusammenschrumpften. Für das entschwindende weltliche Heil spendete ihnen die Reaktion reichlich geistlichen Trost. Zwar in den evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinen mit ihren muckerischen Tendenzen, so zahlreich sie verhältnismäßig waren, sammelten die Hirten nur kleine und wie Flugsand wechselnde Herden, aber die katholischen Gesellenvereine, die der Priester Kolping, ein ehemaliger Schustergefelle, seit dem Jahre 1849 ins Leben gerufen hatte, konnten sich schon eher sehen lassen. Sie

waren namentlich im süblichen und westlichen Deutschland weit verbreitet. Die katholische Geistlichkeit hütete sich wohlweislich, religiöse Propaganda in diese Vereine zu tragen. Vielmehr amüsierten und unterhielten sich junge Kapläne vortreflich mit den Gesellen, unbekümmert um deren Konfession, so daß auch viele protestantische Handwerksburschen den katholischen Gesellenvereinen zugeführt wurden, um in der sonst totenstillen Zeit ihr reges Bedürfnis nach geistigem Verkehr zu befriedigen.

Den aufgeweckten Köpfen der Gesellenschaft konnten diese Vereine freilich nur eine Birne für den Durst sein. Was den deutschen Handwerksburschen in den dreißiger und vierziger Jahren zur Ehre gereicht hatte, das trat in den sechziger Jahren noch ungleich stärker hervor: sie begriffen die Hoffnungslosigkeit ihrer Klassenlage und brauchten nicht erst ins Proletariat hinabzustürzen, um zu erkennen, daß im proletarischen Klassenkampf ihre einzige Rettung liege. Der Wanderzwang wurde immer mehr die hohe Schule, die sie reichlich zu benutzen wußten, und sie brachten in ihren Köpfen viel reellere Schätze heim, als den „Fabrikantenstab“, den sie nach der wohlwollenden Versicherung ihrer hochmögenden Gönner von der Fortschrittspartei in ihren Ranzen tragen sollten.

Noch viel weniger versing diese gemütlche Verheißung bei dem industriellen Proletariat, das sich in zu dichten Massen zusammenhäufte, um nicht endlich zu begreifen, woran es war. Seine Leiden wurden immer unerträglich. Aus dem Leben, das die englischen Arbeiter in den großindustriellen Sturm- und Drangjahren führten, ist keine Tatsache überliefert, die nicht ihr Gegenbild in der rheinischen Industrie der sechziger Jahre gefunden hätte. Die Aachener Handelskammer, die offizielle Vertretung der Fabrikanten, nannte die Lage der Arbeiter im Aachener Bezirk einfach trostlos. Ein hoher Staatsbeamter bezeugt, daß in Elberfelder Spinnereien, in engen, ungelüfteten, von einem wahren Höllenlärm durchtobten Räumen den graubleichen muskellosen Arbeitern bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit nicht einmal die kleinste Pause zur Einnahme von Nahrung gelassen, sondern eine Blechvorrichtung um den Hals gebunden wurde, woraus sie während der paar Sekunden, wo ein Faden riß, einige Bissen herunterlöffeln konnten. Frauen- und Kinderarbeit nahmen in riesigem Umfange zu. Mit zynischer Offenheit erhoben die Berichte der rheinischen Handelskammern ihre „begründeten“

Klagen über den Schulzwang, der ihnen in der Ausbeutung des heranwachsenden Geschlechts hinderlich war.

Dabei stand der dreistündige Schulunterricht, den das Fabrikgesetz von 1853 für die in den Fabriken beschäftigten Kinder verordnet hatte, wesentlich nur auf dem Papier, und selbst dies Papier war von der Rechtsprechung des Obertribunals mannigfach durchlöchert worden. So hatte der oberste preussische Gerichtshof ausgetüftelt, daß die Dampfschleifereien in Solingen als angebliches Handwerk nicht unter dem Fabrikgesetze ständen. In ihnen mußten die Mädchen, um die Kosten für Schutzvorrichtungen zu ersparen, ihre flatternden Gewänder ablegen und in Knabentracht arbeiten, was die peinlichsten Zustände veranlaßte. Als der Fabrikinspektor einen leisen Einspruch dagegen wagte, war der Landrat und die ganze bürgerliche Bevölkerung über eine so rückständige Sentimentalität tief empört, und es kostete einen jahrelangen Kampf, bis der Unfug beseitigt wurde. Im übrigen beeilte sich das Ministerium Bismarck, der kapitalistischen Ausbeutung alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Es begann seine sozialreformatorsche und staatsretterische Tätigkeit damit, die schwachen Spuren von staatlicher Fabrikaufsicht zu beseitigen, die unter seinem Vorgänger noch bestanden hatten.

Bei aller Gleichheit des Glends stand das deutsche Proletariat der sechziger Jahre dem englischen Proletariat der vierziger Jahre doch darin nach, daß ihm fast jede Möglichkeit freier Bewegung fehlte. Nicht nur politische Zwangsgesetze schnürten es ein: auch auf ökonomischem Gebiete wurde es durch die Überreste der feudal-zünftigen Gesellschaft auf Schritt und Tritt gehemmt. Die wirtschaftliche Gesetzgebung Deutschlands war noch buntscheckiger als seine Landkarte: ein weites Gebiet voller Trümmer, nur an wenigen Stellen eingeebnet zu dem Blachfelde, worauf das Proletariat seinen Niesenkampf mit der Bourgeoisie beginnen konnte, fast überall mit großen und kleinen Felsblöcken besät, die der Arbeiterklasse den Weg zum selbständigen Kampfe versperrten. Wohl begann das industrielle Proletariat seine Reihen zu schließen, aber innerhalb dieser Reihen gab es sehr verschiedene Stufen des erwachenden Klassenbewußtseins. War es selbst gewissermaßen die Vorhut des gesamtdeutschen Proletariats, so entfalteten sich zwar schon die ersten Motten dieser Vorhut auf dem entscheidenden Kampfplatze, aber ihre Masse würgte sich erst langsamer oder schneller aus den feudalzünftigen Engpässen heraus.

Sogar innerhalb des rheinischen Proletariats gab es sehr merkbare Abstufungen. Im Aachener Bezirke standen die Arbeiter, mit der Mütze in der Hand, vor dem gestrengen Herrn Fabrikanten, der sie durch den Hunger, und vor dem gestrengen Herrn Kaplan, der sie durch die Hölle zähmte. Allmählich und langsam, ohne jähe Sprünge, unter bigottem Drucke war dies Proletariat entstanden; ihm fehlte jedes Verständnis der modernen Zeit; gehubelt von einem prozenhaften Unternehmertum, zerschmiß es seinen Quälgeistern im Augenblicke höchster Verzweiflung die Fenster oder zertrümmerte ihnen die Maschinen, um dann wieder in die alte Lethargie zu versinken. Die Krefelder Weber hatte die Handelskrise von 1857 und die große Seidenraupenkrankheit von 1859 aus ihren patriarchalischen Meisterträumen aufgeschreckt; in die „goldene Kette“ eines brückenden Vorschußwesens verstrickt, waren sie allen Zumutungen ihrer Brotherrn preisgegeben und standen in einem Abhängigkeitsverhältnis, das nach den eigenen Worten der Staatsregierung der Leibeigenschaft früherer Jahrhunderte glich. Aber immer noch konnten sie nicht begreifen, daß sie hausindustrielle Lohnarbeiter seien, und blieben eine zusammenhangslose Masse, unfähig für jeden zähen Widerstand. Am stärksten war das Klassenbewußtsein im Proletariat des bergisch-märkischen Industriebezirks entwickelt, wo auch die Überlieferungen der Märzrevolution am kräftigsten fortlebten. Manche Führer der Maiaufstände von 1849 wirkten hier unter den Arbeitern: so Hugo Hillmann in Elberfeld, der, aus elfjährigem Exile zurückgekehrt, eine Schankwirtschaft betrieb, und Karl Wilhelm Tölke in Iserlohn, der, in vormärzlicher Zeit ein kleiner Gerichtsbeamter, wegen seiner Beteiligung am Iserlohner Barrikadenkampfe von den Geschworenen freigesprochen, aber von einem gelehrten Gerichte zu einer Geldstrafe und zum Verluste der Nationalfahne verurteilt worden war — unter dem Vorwande eines angeblichen „Defekts“, der während seiner Untersuchungshaft in einer von ihm verwalteten Kasse gefunden worden sein sollte. Er führte jetzt als gefürchteter „Winkelkonsulent“, will sagen als wirklicher Anwalt der Massen, einen ebenso ergötzlichen wie wirkamen Kleinkrieg mit den schilandösen Behörden.

Im östlichen Deutschland hatte das weiße Schreckensregiment alle revolutionären Überlieferungen zu ersticken gewußt. Höchstens in einzelnen großen Handels- und Industrieplässen brannten einige kleine Flammen. In Hamburg dauerten schwache Spuren einer Arbeiterorganisation unter

der schützenden Decke des harmlosen Bildungs- und Genossenschaftswesens fort; hier hielt Jakob Audorf im härtesten Kampf ums Dasein an der alten Fahne mit unverbrüchlicher Treue fest und erzog seine Söhne in gleichem Geiste. Wie Audorf einst durch Weitling zum Kommunismus bekehrt worden war, so nährten sich auch Leipziger Arbeiter und Handwerksburschen an Weitlings Schriften: der Tabatarbeiter Friedrich Wilhelm Frißsche, der Schuhmacher Julius Bahlreich und andere. Es war immerhin eine geringe Anzahl; unter der Masse der Arbeiter herrschte in Hamburg und Leipzig dieselbe Unklarheit wie anderwärts.

Zudem konnten nicht die Erinnerungen der Märzrevolution und noch viel weniger der Weitlingsche Kommunismus unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die Losungsworte einer proletarischen Massenbewegung werden. Andere Hebel waren nötig, um die Arbeiter in die politische Bewegung zu werfen, und diese Hebel lieferte die Bourgeoisie.

2. Die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei.

Immer brüllt die Bourgeoisie die Arbeiter ein für den politischen Kampf, worin sie ihnen schließlich erliegen muß. Ohne die Hilfe der Massen kann sie den Absolutismus und Feudalismus nicht überwinden, und es hängt von ihrer Klugheit ab, wie lange sie das Proletariat als Verbündeten neben sich oder wie bald sie es als Gegner sich gegenüber sehen will.

Für die deutsche Bourgeoisie lag die Sache im Anfange der sechziger Jahre außerordentlich günstig. In Deutschland war so unendlich viel alten Schuttes wegzuräumen, daß sie sich auf lange hinaus die zuverlässige Bundesgenossenschaft der Arbeiter hätte sichern können. Eine mannhafte Durchkämpfung des preussischen Verfassungskonflikts, ein ehrliches Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrechte, zur Preß- und Vereinsfreiheit, kurzum die rüchhaltlose Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft hätten sie davor gesichert, so bald von dem Schatten irgend eines „Zukunftsstaats“ in den Träumen ihres bösen Gewissens geängstigt zu werden. Die absolutistisch-feudale Reaktion stieß sie förmlich auf die richtige Taktik, indem sie schon in den frühesten Stadien des preussischen Verfassungskstreits mit den Arbeitern zu liebäugeln begann. Nicht als ob irgendeine Gefahr bestanden hätte, daß sich die Arbeiter von diesen sanften Liebesblicken betören lassen würden, sondern um-

gekehrt: weil die Arbeiter nicht entfernt daran dachten, die Bourgeoisie im Kampfe mit der Reaktion im Stiche zu lassen, mußte die Fortschrittspartei sich entschließen, ihre historische Pflicht in halbwegs großem Stile zu tun und damit den Preis zu zahlen, für den sowohl der Sieg über die Reaktion, als auch für absehbare Zeit das Bündnis mit dem Proletariat zu haben war.

Indessen sie wollte diesen Preis nicht zahlen, und was sie den Arbeitern bot, beschleunigte den Scheidungsprozeß zwischen Bourgeoisie und Proletariat, statt ihn zu verzögern. Der Nationalverein machte eifrig darüber, eine ungetrübte Organisation der Bourgeoisie zu bleiben. Er schloß die Arbeiter in verletzender Weise aus, indem er keine Teilzahlungen für die Jahresbeiträge gestattete; die Bannigsten und Genossen wollten ihr diplomatisches Werk nicht durch unberechenbare Mehrheiten gestört sehen, die sich auf Grund von Monatsbeiträgen in den Generalversammlungen hätten zusammenfinden können. Dafür übernahm der Nationalverein eine wohlwollende Patronage über die Arbeiter, die, eben weil sie wohlwollende Patronage war, aufrechte Proletarier sehr bald vor den Kopf stoßen mußte.

In wirtschaftlicher Beziehung pries die Bourgeoisie nach Schulze das Genossenschaftswesen als das Allheilmittel aller proletarischen Leiden an. Sie predigte die Selbsthilfe in dem privaten Sinne, daß jeder Arbeiter durch Sparen sich selbst helfen müsse, während die Selbsthilfe in dem politischen Sinne, daß die Arbeiterklasse sich selbst helfen müsse, mit hochgezogenen Brauen als ein verhängnisvoller Irrweg verdächtigt wurde. Jeder praktische Versuch auf die Probehaltigkeit dieser Theorie mußte die Arbeiter von ihrer Haltlosigkeit überzeugen, und trotz alles Lärms, den die Bourgeoisie von ihrem Allheilmittel machte, haben Schulzes Genossenschaften nie besondere Gegenliebe unter den Arbeitern gefunden. Bei den Kredit- und Rohstoffvereinen verbot ihnen die Leere ihrer Taschen von selbst jede Beteiligung, und die Konsumvereine, die in erster Reihe auf sie berechnet waren, blieben immer weit hinter jenen anderen Vereinen zurück. Schulze selbst kannte im Jahre 1863 neben 500 Kredit-, sowie 200 Rohstoffvereinen nicht mehr als 100 Konsumvereine; im Jahre 1864 gab es ihrer nur 96, von denen 38 an Schulze berichtet hatten. Diese 38 Vereine zählten 7709 Mitglieder, so daß auf jeden Verein 202 Köpfe kamen. Da nun längst nicht alle Mitglieder der Konsumvereine Arbeiter waren, so ergibt sich, daß Schulzes

Genossenschaften eine verhältnismäßig sehr geringe Verbreitung im damaligen Proletariat gefunden haben. Gegen die von Fabrikanten geleiteten Konsumvereine hegten die Arbeiter ein instinktives Mißtrauen, während die von Arbeitern gebildeten Konsumvereine von den „gebildeten“ Führern des Genossenschaftswesens scheinbar angesehen wurden.

Ungleich tiefere Wurzeln, als die Konsumvereine, schlugen im Proletariat die Arbeiterbildungsvereine, die etwa seit dem Jahre 1860 von dem Nationalverein ins Leben gerufen wurden. Ziffermäßig gab es ihrer im Jahre 1863 freilich erst 104, während die Reaktion an evangelischen Jünglingsvereinen noch über 368 und an katholischen Gesellenvereinen noch über 188 kommandierte. Immerhin verbreiteten sie sich verhältnismäßig schnell über Deutschland und wurden den regeren Arbeiterschichten lieb, trotz alles Unfugs, den die Bourgeoisie in ihnen getrieben hat. Um sie als echte Kinder des Kapitalismus zu beglaubigen, wurden sie als „Genossenschaften zur Erwerbung und Vermehrung des geistigen Kapitals ihrer Mitglieder“ getauft. Es gibt ein von kundiger Seite für eine statistische Aufnahme dieser Vereine entworfenen Formular, das alle möglichen Fragen stellt: ob die Vereine Unterricht erteilen, ob sie Bibliotheken besitzen, ob sie Familienversammlungen, Turnfahrten, Konzerte, Theatervorstellungen, Weihnachtsbescherungen veranstalten, aber auch nicht eine einzige Frage, die nur von fern an eine Beschäftigung mit den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse rührt. Die „Bildung“, die von den bürgerlichen Patronen dieser Vereine verzapft wurde, war oft genug nicht weit her; eben weil die deutsche Volksschule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf einer gewissen Höhe gestanden hatte, von der Reaktion der vierziger und fünfziger Jahre verwüstet worden war, hieß es reinen Hohn mit den Arbeitern treiben, wenn sie mit oberflächlichem Gerede über Uhland und die deutsche Romantik, über Shakespeare und Lessing oder gar „über Samuel Johnson und seinen Biographen Macaulay“ zum richtigen Gebrauche des allgemeinen Wahlrechts „gebildet“ werden sollten. Zuletzt erhob sich in der Wochenchrift des Nationalvereins selbst ein Fabrikant gegen dies Treiben. Er sagte, die Arbeiter könnten vor lauter Gelehrsamkeit ihren eigenen Vater nicht mehr und sich selbst gar nicht; ihr Gedächtnis würde so vollgestopft, daß sie immer dümmer würden und über die gewöhnlichsten Dinge nichts zu sagen wüßten oder reinen Unsinn sprächen.

Das drastische Urteil war doch nach zwei Seiten hin übertrieben. Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an, und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen.

Die Bourgeoisie braucht — unbeschadet der nach Kinderblut lüsternden Fabrikanten, denen freilich jeder Schulunterricht verhaßt ist — einen zahlreichen Stab intelligenter Arbeiter, den ihr die Volksschule unter der Herrschaft der orthodoxen Kirche nicht mehr lieferte. Sie war deshalb darauf bedacht, mit den Arbeiterbildungsvereinen nach Möglichkeit Fach- und Fortbildungsschulen zu verbinden, die den Arbeitern nützen konnten und wirklich genügt haben. Konnte sie auf diesem Wege eine Elite von Arbeitern mit ihrem Geiste durchtränken, den diese Feldweibel der Bourgeoisie dann in die Arbeitermassen überleiteten, so war ihr doppelt geholfen, und gewiß spielte auch dieser Zweck mit. Der Bürgermeister von Leipzig sprach es einmal in einer offiziellen Rede ehrlich aus, Zweck der Arbeiterbildungsvereine sei, eine Aristokratie von Arbeitern zu züchten, und die städtischen Behörden dieser berühmten Seestadt unterstützten den dortigen Arbeiterbildungsverein mit einem namhaften Jahreszuschuß, bis er dankend auf jeden „aristokratischen“ Charakter verzichtete. Daneben aber gab es auch eine nicht unbeträchtliche Zahl bürgerlicher Ideologen, die den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht begriffen oder doch dahin mißverstanden, daß er durch die Bildung der Arbeiter ausgeglichen werden könne, und die somit redlich daran arbeiteten, die Arbeiterbildungsvereine auf einer gewissen Höhe zu erhalten, sie nicht zu bloßen Spielereien oder noch Schlimmerem entarten zu lassen.

Namentlich tüchtige Naturforscher haben sich aner kennenswerte Verdienste um diese Vereine erworben: Theodor Müller in Frankfurt a. M., Ludwig Büchner in Darmstadt, Rossmäßler in Leipzig. Sie waren mehr oder minder auch demokratische Politiker, aber die einseitig naturwissenschaftliche Auffassung der Dinge versperrte ihnen die scharfe Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Rossmäßler pflegte den Arbeitern zu sagen: Die Bildungsvereine gestatten euch tiefe Einblicke in die Natur, so könnt ihr allesamt Erfinder werden und habt dann des Brotes die Fülle. Nur einer dieser Männer verband die gründliche naturwissen-

schaftliche mit einer gründlichen sozialwissenschaftlichen Bildung: er hieß Friedrich Albert Lange.

Lange stammte aus westfälischem Bauernblute. Sein Vater hatte sich mit zäher Energie vom Acker- und Fuhrknechte zum orthodoxen Pastor und Professor der Theologie emporgearbeitet. Er lehrte zeitweise an der Züricher Universität, und in der Schweiz empfing Albert Lange die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend. Mit freiem und unbefangenen Blicke sah er ins deutsche Leben, als er in rheinischen Städten, in Köln, Bonn, Duisburg, abwechselnd an Gymnasium und Universität, seinem pädagogischen Berufe oblag: ein gerader stracker Jüngling und Mann, dem die Ehrlichkeit und Offenheit auf der Stirne geschrieben stand, von jener echten Liebenswürdigkeit, die nicht allen alles gibt, aber jedem, was jedem gebührt. Ein geborener Erzieher, voll anspannender geistiger Kraft und dabei ein Meister aller Leibesübungen, ein gelehrter Forscher und doch nichts weniger als ein Stubenhocker, so vielseitig in der wissenschaftlichen Theorie wie in der praktischen Betätigung, war er das Bild eines Mannes von schönem Ebenmaß, berufen, jede Aufgabe zu lösen, die ihm das Leben stellen mochte.

Er hat sie alle männlich und tapfer gelöst. Er warf sein Amt als Gymnasiallehrer in Duisburg den Bureauraten des Koblenzer Provinzialschulkollegiums vor die Füße, als sie ihn „nachdrücklichst verweisen“ wollten, weil er sich den unwürdigen Wahlerlassen des Ministers v. Mühlner nicht gefügt hatte. Er brach dann ebenso rücksichtslos mit der Bourgeoisie, als er sah, daß ihr die Förderung ihrer materiellen Interessen hoch über dem politischen Kampf um die Volksrechte stand. Er scheute sich nicht, für die Sache der Arbeiter einzutreten, als solch ehrliches Bekenntnis einem Mitgliede der bürgerlichen Klasse noch peinlich schwere Opfer auferlegte. Aber dem Verhängnis jenes tief sinnigen Wortes, das auf dem Denkmal des letzten deutschen Papstes in Rom geschrieben steht: Wie viel trägt es aus, in welche Zeiten auch der beste Mann fällt! ist Albert Lange nicht ganz entgangen.

Seinem harmonischen Wesen fehlte jene harte Einseitigkeit, die das entscheidende Wort hat in Tagen, wo ein Hüben ein Drüben nur gilt. In seiner Geschichte des Materialismus kritisierte Lange scharf den naturwissenschaftlichen Materialismus der fünfziger Jahre, den er nur als „brauchbare Maxime für die Naturforschung“ anerkannte, dagegen als „flache Philosophie“ verwarf. Aber er ging nicht vorwärts zum

historischen Materialismus, sondern zurück auf Kant, und alle Erkenntnis löste sich ihm auf in einen „obersten und letzten Zweifel“. Reich an gedankenvollen Untersuchungen, trifft sein Hauptwerk doch im Endziele daneben. Wie aber dem Philosophen ein letzter Zweifel blieb, so auch dem Sozialpolitiker Lange. Früher als irgend ein anderer Vertreter der deutschen Gelehrsamkeit hat er die Bedeutung von Lassalle, Marx und Engels begriffen; er hat ihr Lebenswerk manchmal ungemein fein und sicher beurteilt, um es dann doch wieder in schwer begreiflicher Weise mißzuverstehen. Lange war ganz frei von den eigennützigen Vorurteilen der Bourgeoisie, aber die idealistische Bildung und Erziehung eines evangelischen Pfarrhauses hat sein Denken immer etwas beengt. Nichts weniger als ein sauler Vermittler des landläufigen Schlages, ist er dem Lose solcher Vermittler, der schnellen Vergessenheit, doch bis zu einem gewissen Grade verfallen, weil er sich noch mit Zweifeln plagte, als eine große Wende der Geschichte ein schlichtes Ja oder Nein forderte.

Wenn Hofmähler, Lange und ähnliche Männer in den Arbeiterbildungsvereinen wirkten, so trieb sie ihre bürgerlich-ideale Gesinnung, die als solche für die Fortschrittspartei schon mit dem Verdachte des Verdachts behaftet war. Zwischen beiden Teilen bestand durchaus kein zärtliches Verhältnis. Was die Fortschrittspartei den Arbeitern an Führern bot, war denn auch ganz anderen Schlages. Trotz des in gewissem Sinne ernsthaften Interesses, das sie den Arbeiterbildungsvereinen widmete, konnte sie ihren Bourgeoisdünkel doch nicht so weit überwinden, um ihre besten Leute gerade für gut genug zur Erziehung der Arbeiter zu halten. Mit Ausnahme von Schulze-Delitzsch, dem die soziale Frage in Generalpacht übergeben worden war, und etwa noch von Franz Duncker, der sich um das Unterrichtsweesen des großen Berliner Handwerkervereins verdient gemacht hat, erachteten die Führer der Partei es unter ihrer Würde, sich mit den Arbeitern abzugeben. Dieser Teil ihrer Geschäftspolitik wurde Agitatoren dritten oder vierten Ranges überlassen, und das war eine recht gemischte Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. machte Sonnemann in Volksbildung, ein Bankier und Besitzer einer Zeitung, die namentlich im südlichen Deutschland großen und wachsenden Einfluß besaß. Ebenda leiste Max Wirth die Arbeiter mit dem dünnflüssigen Schaume der Manchestererei ein, ein Nachplapperer Bastiats, der in seiner Weise die Bonapartisierung der deutschen Bourgeoisie vorbereitete, indem er die blutigen Eroberungen eines Abenteurers

als eine besonders schwierige und deshalb besonders lohnbringende Arbeit feierte. In Magdeburg belehrte die Arbeiter der freigemeindliche Prediger Uhlich, ein ehrenwerter Charakter, aber ein politischer Konfusionsrat, ihm zur Seite Max Hirsch, ein junger Mann aus einem großen Produktengeschäfte, guter Kerl und schlechter Musikant, nicht ohne eine Art schwächlichen Interesses für das Proletariat, und deshalb für die Bourgeoisie stets mit einem leichten Makel besetzt, aber viel zu eitel, um sich der Arbeiterklasse in Reih und Glied anzuschließen, und lange nicht selbstbewußt genug, um nicht vor jedem Stirnrungen der Fortschrittspartei zusammenzutreten. Selbst der Vorstädtische Handwerkerverein in Berlin, dem Bassalle sein Arbeiterprogramm vorgetragen hatte, besaß in Friedrich Stephan einen Vorsitzenden, mit dem kein Staat zu machen war. Geseheitert in einem gelehrten Berufe, kokettierte er einige Jahre mit den Arbeitern, um dann ebensoviele Jahrzehnte im Dienste der kapitalistischen Presse die Arbeiterbewegung zu beschimpfen.

Wie gut aber oder wie schlecht es die Fortschrittspartei mit den Arbeiterbildungsvereinen meinte, den Arbeitern selbst boten sie den ersten Tummelplatz, sich über ihre Interessen zu verständigen. Die reaktionäre Gesetzgebung des deutschen Bundes, wie fast aller Einzelstaaten, erschwerte ihre politische Organisation außerordentlich und machte ihre gewerkschaftliche Organisation so gut wie unmöglich. So übten sie sich denn auf dem Exerzierplatze, den ihnen die Fortschrittspartei öffnete. Die guten wie die schlechten Seiten der Arbeiterbildungsvereine dienten gleichermaßen dazu, sie aufzuklären. Der Fachunterricht schürte den Wissenstrieb, der in den modernen Proletariern steckt, während ihre wachsende Erkenntnis sich sehr bald angeekelt fühlte von dem Dreschen leeren Strohs, das so vielfach in den Arbeiterbildungsvereinen betrieben wurde. Ihr Klassenbewußtsein erwachte langsam, aber unaufhaltsam, und in seinem dunkeln Drange war es sich des rechten Weges wohl bewußt. Die Arbeiter nahmen aus den Gaben der Fortschrittspartei, was ihnen paßte, und was ihnen nicht paßte, das machte sie um so argwöhnischer gegen die wohlwollenden Spender. Die Fortschrittspartei scheiterte an der unmöglichen Aufgabe, das Proletariat als eine politisch zugleich tatkräftige und willenlose Hilfsstruppe zu organisieren; die Enten gehen immer aufs Wasser, auch wenn das Kuhh, das sie ausgebrütet hat, sie nur am Ufer spazieren führen will.

3. Selbständige Regungen des Proletariats.

Im Jahre 1862 entfesselten einige, an sich mehr zufällige Vorkommnisse eine selbständige Bewegung der deutschen Arbeiter.

Einmal hatte der Nationalverein, mit dem sehr bescheidenen Kostenaufwande von 1200 Talern, aber mit einem desto größeren Aufgebot von Reklame, zwölf Arbeiter auf die Londoner Weltausstellung gesandt, die nach ihrer Rückkehr ihren Kameraden über ihre Beobachtungen berichten sollten und wollten. Dann hatte der Zünftlerkongreß in Weimar die entwickelteren Arbeiter rebellisch gemacht, indem er sich in ökonomisch reaktionären Forderungen überschlug und namentlich die Wiederherstellung der Zunftverfassung verlangte, die für den größten Teil Deutschlands wenigstens in ihren grössten Formen beseitigt war. In Bayern, wo sie noch in all ihrer mittelalterlichen Herrlichkeit existierte, wurde ein Arbeitertag zum 1. November nach Nürnberg ausgeschrieben, um gegen den Zünftlertag zu protestieren.

Die Berliner Arbeiter kamen am 25. August zum erstenmal zusammen, um den Bericht der nach der Londoner Weltausstellung gesandten Arbeiter entgegenzunehmen. Bereits in dieser Versammlung tauchte der Vorschlag auf, einen allgemeinen deutschen Arbeitertag einzuberufen. Eine Reihe von Arbeiterversammlungen, die in den verschiedenen Stadtteilen Berlins stattfanden, befreundete sich mit diesem Gedanken, und in einer Schlußversammlung vom 7. Oktober wurde ein Komitee von 25 Personen niedergesetzt, um den Arbeitertag vorzubereiten. Vorsitzender dieses Komitees war der Maler Giehler, der als Arbeiter in der, von dem Liberalen v. Unruh geleiteten, Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf angestellt war, mit der speziellen Beschäftigung, die Nummern an die Türen der Eisenbahnwagen zu malen. Am 9. Oktober richtete Giehler im Namen des Komitees an das sächsische Ministerium das Ersuchen, im Monat November den Kongreß in Leipzig abhalten zu dürfen, und erhielt am 28. Oktober zusagenden Bescheid, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß, gemäß der Vorschriften des sächsischen Vereinsgesetzes, die Einberufung und Abhaltung des Kongresses sächsischen Staatsangehörigen überlassen werde.

Ehe dieser Bescheid erging, hatte das Berliner Komitee bereits den Kongreß zum 18. November nach Leipzig berufen, durch einen Aufruf, der am 22. Oktober in der Berliner Volkszeitung erschien. Der Kongreß

sollte sechs Tage dauern; auf seine Tagesordnung waren gesetzt: Gewerbefreiheit und Freizügigkeit durch ganz Deutschland, Affoziationen und Invalidenklassen für alle Arbeiter, eine Berliner Weltausstellung, endlich gewerbliche Mitteilungen der Arbeiter, die auf der Londoner Weltausstellung gewesen waren. Eben diese Mitteilungen und der Blünstertag in Weimar wurden in dem Aufruf als die Triebfedern des Kongresses angegeben; sonst hieß es nur, daß die Sonne eines neuen Lebens, unter deren erwärmenden Strahlen alle Klassen der Bevölkerung zu neuem Handeln aufgewacht seien, auch die Arbeiter erwecken müsse, die in dem erschlaffenden Bewußtsein geruht hätten, daß für sie schon gesorgt werden und daß es doch nichts helfen würde, wenn sie sich an den Fragen, die für sie von höchstem Interesse seien, beteiligen wollten. Irgendwelche Spitzen gegen die Bourgeoisie enthielt der Aufruf nicht; im Gegenteil ordnete er an, daß die Meldungen zum Kongreß an die Redaktionen der Berliner liberalen Zeitungen zu richten seien. Nach Einlauf dieser Meldungen werde das Kongreßlokal in Leipzig bekannt gegeben werden, in das nur legitimierte Deputierte eingelassen werden sollten. Doch wurde über die Art dieser Legitimation, über die Wahl der Deputierten usw. keinerlei Bestimmung getroffen.

Obgleich dieser Aufruf der bürgerlichen Opposition gar keinen Anstoß bieten konnte, veröffentlichte ihn die Volkszeitung doch nur in ihrem Inseratenteil, während sie im redaktionellen Teile derselben Nummer einen den Arbeiterkongreß bekämpfenden Artikel von Streckfuß brachte. Streckfuß meinte, daß die Arbeiterbewegung, mitten in dem geistigen Kampf um die preußische Verfassung, durchaus verfehlt sei; sie leiste der Reaktion zwar keinen bewußten, aber doch einen unbewußten Dienst, indem sie ihr die günstigste Gelegenheit biete, die schwankenden Anhänger der verfassungstreuen Partei mit dem Geipenste der roten Republik in ihr, der Reaktion, Lager hineinzuschieben. Was solle überhaupt mit dieser ganzen unzeitgemäßen Bewegung bezweckt werden? Die Fragen, die auf dem Programme des geplanten Arbeiterkongresses ständen, würden von den bedeutendsten Männern der Wissenschaft und der Praxis auf den Volkswirtschaftlichen Kongressen und in den Abgeordnetenhäusern der verschiedensten deutschen Staaten vertreten; unterstützt vom Volke, würden diese Männer gewiß zum Siege gelangen, aber ein „bedeutungsloser Arbeiterkongreß“ könne dazu nichts helfen. Dieser Artikel verstimmte begreiflicherweise in den Kreisen der Berliner wie auch der Leipziger Arbeiter.

Denn auch in Leipzig hatte sich inzwischen eine selbständige Arbeiterbewegung geregelt. Im Februar 1861 war hier ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden, und zwar in der Form, daß er sich als „Gewerblicher Bildungsverein“ an die Polytechnische Gesellschaft schloß, die aus selbständigen Gewerbetreibenden bestand. Als Grund oder als Vorwand für diese Form hatten die bürgerlichen Gründer des Vereins sich auf das reaktionäre Bundesgesetz von 1854 bezogen, das sich gegen Arbeitervereine richtete, doch hatten sie damit sofort den kräftigen Protest Fröhsches und Bahlteichs hervorgerufen. Wenn dieser Protest auch zunächst wirkungslos blieb, so hatte er doch großen Eindruck auf die anwesenden Arbeiter gemacht und namentlich dem jungen Drechsler Bebel imponiert, der zum erstenmale einer Volksversammlung beiwohnte.

Bebel ist ein preussisches Soldatentind. Sein Vater war aus Ostrowo als preussischer Soldat in die Bundesfestung Mainz gekommen und hatte hier als Unteroffizier ein Mädchen aus Weglar geheiratet. Er ließ sich dann nach Köln versetzen, wo August Bebel geboren wurde und sein Vater zwei Jahre später starb. Die Mutter heiratete darauf des Vaters Bruder, der Gefangenwärter war, und kehrte, als auch dieser früh starb, in ihre Heimatstadt Weglar zurück. Seinen Unterricht erhielt Bebel in der Armenschule der kleinen Stadt, und zwar, nachdem ihm die Mutter noch vor seinem zwölften Lebensjahre gestorben war, als Stipendiat des Waisenfonds. Mit vierzehn Jahren kam er zu einem Drechslermeister in die Lehre. Reges Geistes und lebhaften Temperaments, suchte er sich geistig fortzubilden, aber dazu fehlte ihm in dem traurigen Philisternestle jede Möglichkeit, selbst wenn ihm die durchschnittlich zwanzig Groschen Wochenlohn, außer Kost und Wohnung beim Meister, besondere Sprünge gestattet hätten.

Vom Februar 1858 bis zum März 1860 wanderte Bebel als Handwerksbursche durch Süddeutschland, sowie einen Teil Österreichs und der Schweiz. Er arbeitete längere Zeit in Freiburg i. Br., Regensburg und Salzburg, wo ihm überall die katholischen Gesellenvereine geistige und gesellschaftliche Anregung boten. Seine patriotische Gesinnung war noch durchaus nicht angekränkelt. Als während seines Aufenthaltes in Salzburg der Krieg von 1859 ausbrach, meldete er sich zum Eintritt in ein Freiwilligenkorps von Tiroler Jägern, wurde aber abgewiesen, weil er kein geborener Tiroler war. Sobald Preußen mobil zu machen begann, eilte Bebel in die Heimat zurück, um sich als Freiwilliger zu

melden, indessen der schnelle Friedensschluß vereitelte auch diese Absicht. Als er dann im nächsten Jahre gestellungspflichtig wurde, machte seine Zurückstellung wegen „allgemeiner Körperschwäche“ seinen militärischen Plänen für immer ein Ende. Er ging nun nach Leipzig, um Arbeit zu suchen und zu finden.

Im Gewerblichen Bildungsverein entwickelten sich seine Fähigkeiten schnell. Ebenso die geistigen Eindrücke, die er von Kindesbeinen an empfangen hatte, als auch sein unerfüllter Wissensdurst machten es erklärlich, daß er sich mit besonderem Eifer den Unterrichtszwecken des Vereins widmete und der Agitation fern blieb, die Frigische und Wahlteich unausgesetzt gegen das sanft lebende Fleisch der bürgerlichen Opposition unterhielten. Die Stiftungsfestrede Wahlteichs im Frühjahr 1862 führte zum offenen Ausbruche der vorhandenen Gegensätze, und in dem neu gewählten Vorstande, worin nun auch schon Nebel saß, standen sich beide Parteien gleich stark gegenüber. Aber auf einer außerordentlichen Generalversammlung wurden Frigische und Wahlteich mit großer Mehrheit geschlagen und gründeten nun den Verein Vorwärts, der auf Unterrichtszwecke verzichtete und sich ganz auf die Propaganda warf, namentlich auch allgemeine Arbeiterversammlungen einberief, um die politischen und sozialen Tagesfragen zu beraten. Aus diesen Versammlungen erwuchs dann, ähnlich wie in Berlin, ein Komitee mit dem speziellen Auftrage, einen allgemeinen Arbeitertag einzuberufen.

An dies Komitee wandte sich Eichler am 23. Oktober, am Tage nachdem das Berliner Komitee seinen Aufruf zur Beschickung eines Arbeiterkongresses veröffentlicht hatte. Er kam persönlich nach Leipzig hinüber, um den dortigen Arbeitern seine „Grundsätze“ zu entwickeln, die in der wunderbaren Enthüllung bestanden, das eben aus Ruher gekommene Ministerium Bismarck habe ein Herz für die Arbeiter und werde sich ihrer Sache annehmen, sobald sie nur erst der Fortschrittspartei den Rücken gekehrt hätten; Bismarck sei bereit, zunächst den Maschinenbauarbeitern bedeutende Geldmittel zur Gründung einer Produktivassoziation zu gewähren. Erläutert wurden diese eigentümlichen Eröffnungen durch eine Generalversammlung, die der Preussische Volksverein, das feudale Gegenstück zum bürgerlichen Nationalverein, zur selben Zeit in Berlin abhielt. Von zwei vertrauten Freunden Bismarcks erklärte hier der eine, Blandenburg: die Arbeiterbewegung werde der Fortschrittspartei durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts

ein scharfes Examen auferlegen, und der andere, Wagener: nicht der Geldsack dürfe vorwiegen gegen die Blutsteuer, das allgemeine Wahlrecht müsse eingeführt werden, um eine wahrhafte, nach Ständen geordnete Volksvertretung zu schaffen.

Den Leipziger Arbeitern mißfielen Eichlers „Grundsätze“ aber durchaus, und nachdem sie durch eine allgemeine Versammlung am 30. Oktober ihre Absicht bekräftigt hatten, einen Arbeitertag einzuberufen, sandten sie Fritzsche und Wahlteich nach Berlin, um das hinterhältige Spiel Eichlers zu durchkreuzen und sich ehrlich mit der bürgerlichen Opposition zu verständigen.

Diese hatte inzwischen aus der Wirkung, die der plumpe Vorstoß von Streckfuß auf die Arbeiter gemacht hatte, so viel gelernt, daß sie die Arbeiterbewegung subtiler anfassen müsse, wenn sie ihr, was nach wie vor ihre Absicht blieb, jeden Stachel ausziehen wollte. Sie mußte darin um so mehr bestärkt werden, als die Leipziger Arbeiter durch die Enthüllung Eichlers praktisch bewiesen, wie fern es ihnen lag, der Fortschrittspartei in ihrem Kampfe mit Bismarck in den Rücken zu fallen. Allerdings fanden Fritzsche und Wahlteich die fortschrittlichen Führer bei einer Vorberatung in Unruhs Hause noch sehr zugedöpsft, aber es kam doch zu einem Kompromiß, dessen Art und Weise aus der großen Arbeiterversammlung hervorging, die am 2. November stattfand. Fritzsche und Wahlteich erklärten, daß sie die bürgerliche Opposition im Kampfe gegen die absolutistisch-feudale Reaktion unterstützen würden. Sie machten auch in dieser Versammlung großen Eindruck und erwiesen sich den Berliner Arbeitern überlegen, die, soweit sie zum Worte kamen, entweder überhaupt nichts von Politik wissen oder einfach im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwimmen wollten. Dagegen erklärte Schulze-Dehligsch jede Demokratie für eine hohle Phrase, die nicht die materiellen Grundlagen der Arbeiterexistenz so zu heben verstände, daß die große Masse der Arbeiterbevölkerung in die politische Bewegung als Träger mit eintreten könne. Freilich mahnte er zu bedachtsamem Vorgehen, wobei er, wie Streckfuß, an die zaghaften Gemüter innerhalb der Bourgeoisie erinnerte, die nun einmal eine zwar gänzlich grundlose, aber vorläufig doch unüberwindliche Abneigung gegen eine Arbeiterbewegung hegten. Immerhin brachte Schulze noch einen anderen Grund gegen jede Überstürzung vor, der auch den Arbeitern einleuchten mußte. Offenbar hatte das Berliner Komitee die Einberufung des Kongresses sehr

aufs Geratewohl betrieben; Schulze meinte nun, wenn ein paar hundert Arbeiter zusammenkämen und sich ohne Vorbereitung in so großen Fragen ergingen, so würde das eine wunderliche Geschichte werden, die auf den babylonischen Turmbau hinausläufe; ein Arbeiterkongreß bedürfe gründlicher Vorbereitung, und die Arbeiter brauchten sich nicht zu schämen, von befähigten Leuten Belehrungen darüber entgegenzunehmen; er selbst erbot sich, den Arbeitern Vorträge über Kapital und Arbeit zu halten. So beschloß denn die Versammlung vom 2. November, an dem Kongreß zwar festzuhalten, mit dem Berliner Programm, von dem nur die Berliner Weltausstellung in gegenseitigem Einvernehmen gestrichen wurde, ihn jedoch auf eine spätere Zeit zu vertagen und dem Leipziger Komitee die vorbereitenden Maßregeln zu überlassen, was schon durch den Bescheid des sächsischen Ministeriums geboten war und übrigens der Berliner Reaktion erschwerte, neues Unkraut zu säen.

Den Bericht über diese Versammlung schloß die Volkszeitung mit dem Stoßseufzer, die Mühe der Reaktion, den Arbeiterstand in ihre Netze zu ziehen, sei also vergeblich. Der gleichen Ansicht war anscheinend auch die Reaktion, und es hing wohl mit ihrer Enttäuschung zusammen, daß zwei Tage darauf, am 4. November, gegen das Arbeiterprogramm Lassalles, über vier Monate nach seiner Beschlagnahme, die tatsächliche Anklage erhoben wurde. Begreiflich genug war auch der Bürger Bismarcks und seiner Leute: von ihrem Faktotum wollten die Arbeiter nichts mehr wissen. Zwar hatte Eichler noch der Arbeiterversammlung am 2. November präsidirt, allein schon am 7. November mußte er eine gewundene Erklärung veröffentlichen, worin er den auf ihm lastenden Verdacht bestritt und den „Leipziger Herren Deputierten“ vorwarf, Beschuldigungen ausgesprochen zu haben, für die ihnen jeder Beweis fehle. Nicht einmal Eichlers Berufung auf die überflüssige Grausamkeit, womit ihn der biederere Unruh aufs Pflaster geworfen hatte, vermochte ihn bei den Arbeitern zu rehabilitieren.

4. Das Leipziger Zentralkomitee.

Derweil beeilte sich das Leipziger Zentralkomitee, den Arbeiterkongreß vorzubereiten. Es bestand aus zehn oder zwölf Personen, deren Namen sich nicht mehr vollständig feststellen lassen. Außer Friscke und Bahstsch gehörten ihm Otto Dammer an, ein junger Naturforscher aus Pommern,

der im Gewerblichen Bildungsverein Vorträge über Chemie gehalten hatte, und der Pianofortefabrikant Dolge, ein Achtundvierziger, der wegen Beilegung an dem Dresdener Maiaufstande zum Tode verurteilt und dann, unter charakterfester Ablehnung jedes Gnabengesuchs, zu langwieriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war, wovon er in Walbheim sechs schreckliche Jahre verbüßt hatte. Auch der Eisengießereibesitzer Götz, der später nationalliberaler Reichstagsabgeordneter wurde, wird unter den Mitgliedern des Komitees genannt. Dazu traten dann noch die Vertrauensmänner, durch die sich das Komitee im Geiste des Berliner Kompromisses ergänzte: der Oberlehrer Albrecht, der Advokat Winter und namentlich der alte Roszmähler, der im Jahre 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments gewesen war und in den Reaktionsjahren sich zu den verfolgten Arbeitern gehalten hatte. Er war eine durch und durch treue Seele, hatte viel echtere und tiefere Begriffe von Volksbildung als die sogenannte gebildete Bourgeoisie, war auch politisch radikaler als das banale Fortschrittlerthum, blieb aber bei alledem in bürgerlichen Anschauungen befangen.

Mitte November erließ das Zentralkomitee seinen Aufruf an die deutschen Arbeiter. Gestützt auf die Beschlüsse der Leipziger Arbeiter vom 30. Oktober und der Berliner Arbeiter vom 2. November, sowie des Nürnberger Arbeitertages vom 1. November, forderte es zur Beschickung eines Arbeitertages mit dem Berliner Programm auf und befürwortete für diesen Zweck die Bildung von Lokalkomitees, die Veranstaltung belehrender Vorträge und endlich auch die Einrichtung von Klassen, um die umfangreichen Vorarbeiten „genügend und nach englischem Muster ohne persönliche Opfer für die damit Beauftragten“ bewältigen zu können. Die Lokalkomitees sollten sich mit dem Zentralkomitee in Verbindung setzen und bis Mitte Februar das Ergebnis ihrer Vorarbeiten nach Leipzig melden; dann sollte der Arbeitertag sobald wie möglich einberufen werden. Ferner richtete das Zentralkomitee am 22. November an das sächsische Ministerium das Ersuchen, die für den gescheiterten Novemberkongreß erteilte Erlaubnis auf einen im März einzuberufenden Kongreß zu erstrecken und die im Jahre 1855 erlassene Verordnung aufzuheben, wodurch dem Kreisrichter a. D. Schulze, damals in Delitzsch, jetzt in Potsdam, verboten wurde, in Leipzig öffentlich zu sprechen.

Gleichzeitig verbreitete das Zentralkomitee eine Art Programmschrift, eine Rede, die Roszmähler am 18. November im Odeon vor einer

Arbeiterversammlung gehalten und dann als Broschüre herausgegeben hatte. Sie begann damit, „ausdrücklich“ festzustellen, daß die königlich sächsische Staatsregierung durch den Bescheid vom 28. Oktober den Arbeiterkongreß „im Prinzip“ gutgeheißen habe, was zwar eigentlich nicht nötig, aber doch von größter Bedeutung sei. Er empfahl dann den Arbeitern, sich Bildung und Wissen zu erwerben, die ihnen von der, unter der Leitung der orthodoxen Kirche stehenden, Volksschule vorenthalten würden, betonte aber zugleich nachdrücklich, daß die Arbeiter ihre Sache auch in ihrer Hand behalten und die damit verbundenen Kosten nicht scheuen sollten. „Die Leitung der Arbeiterbewegung muß in eurer eigenen Hand bleiben, woran nur in einzelnen Fällen der unbedingte Mangel einer Persönlichkeit aus eurer Mitte eine Ausnahme bilden darf. Selber ist der Mann! Wenn euch die ganze Arbeiterbewegung etwas wert ist, so scheuet nicht die damit verbundenen Ausgaben. Sonst laßt sie lieber ganz bleiben.“ Es entsprach dieser freien Auffassung, daß Noßmähler den Schwerpunkt der Bewegung in die Arbeiterversammlungen, nicht in die Arbeitervereine verlegt haben wollte, die schon wegen der reaktionären Vereinsgesetze nicht miteinander verkehren durften.

Allein zugleich warnte Noßmähler die Arbeiter vor „politischen Ausschreitungen“ und fiel so ziemlich in die Litanei von Streckfuß zurück, auf dessen „bekannten, aber arg verkannten“ Artikel er sich ausdrücklich berief. Namentlich wollte er von einem Unterschiede zwischen Arbeitern und Unternehmern nichts wissen. Rechtlich sei dieser Unterschied durch die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz von 1849 beseitigt worden; mit dem Kampfe um die Wiederherstellung dieser Verfassung und dieses Wahlgesetzes sei alles getan, was die Arbeiter politisch zu tun hätten, es sei denn, daß sie das allgemeine Wahlrecht auch in den Einzelstaaten durchsetzen müßten. Sonst bestände kein Unterschied zwischen Meister und Gehilfe, zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit; bei den Arbeitern sei die finanzielle Selbständigkeit und freiere Lebensstellung sogar viel größer als bei sehr vielen Meistern. Aber auch die größten Meister würden, wie zu ihrer Ehre zu hoffen sei, nicht auf den Ehrennamen Arbeiter verzichten, sei es auch nicht in dem Sinne, worin jetzt die Arbeiterbewegung angebahnt werde.

So verlief diese Schrift, bei allem guten Willen des Verfassers, zuletzt doch in die größte Konfusion. Zugleich aber verbreitete das

Leipziger Zentralkomitee eine andere Schrift ganz anderen Inhalts, nämlich Lassalles Arbeiterprogramm, das nach seiner Beschlagnahme in Berlin von neuem in Zürich erschienen war. Dammer war durch den ihm befreundeten Ludwig Löwe, den späteren fortschrittlichen Abgeordneten, auf Lassalles Schrift aufmerksam gemacht worden, doch hatte noch keine persönliche Berufung zwischen Lassalle und dem Zentralkomitee stattgefunden; als Frisiche und Wahlteich nach Berlin kamen, war Lassalle gerade abwesend. Seine Schrift begegnete auch jetzt noch, wo sie von einer Arbeiterorganisation vertrieben wurde, sehr getheilten Empfindungen unter den Arbeitern. In Hamburg wurde sie zwar mit großem Interesse gelesen und für „bei weitem erfolgreicher“ erklärt als die Schrift Noßmählers, die wegen ihres billigeren Preises mehr gekauft werde. Aber am 25. Februar 1863 schrieb der Tischler Theodor York in Harburg, der zu den aufgewecktesten Proletariern der damaligen Zeit gehörte, nach Leipzig: „Was die Broschüren anbelangt, so muß ich gestehen, daß Noßmählers weit populärer ist und einen weit sichereren Erfolg für unsere Bestrebungen bietet als die andere, die von vielen gar nicht verstanden wird und die man nun einmal jetzt noch nicht der großen Masse mittheilen kann.“ Dabei war York, der zu den Arbeiterdelegierten für die Londoner Weltausstellung gehört hatte, hier schon in den kommunistischen Arbeiterbildungsverein geraten. Doch kann man ihm aus seinem Schwanken keinen Vorwurf machen, wenn man erwägt, daß selbst das Leipziger Zentralkomitee die Schriften Lassalles und Noßmählers zugleich verbreitete, obgleich beide in ihren Voraussetzungen wie in ihren Schlussfolgerungen himmelweit voneinander verschieden waren.

Die Praxis rüttelte bald an der theoretischen Unklarheit. Aus Rücksicht auf die reaktionäre Vereinsgesetzgebung hatte Noßmähler nach dem Vorgange des Zentralkomitees empfohlen, den Schwerpunkt der Bewegung nicht in die Arbeitervereine, sondern in die Arbeiterversammlungen, mit anderen Worten, in die Arbeitermassen zu legen. Aber damit entstand sofort die Frage, wer Arbeiter sei, und auf diese Frage hatte Noßmähler nur mit leerem Gerede zu antworten gewußt, mit einem Gerede, unter dessen nebelhaft zerfließender Hülle sich der zünftlerische Handwerker und selbst der kapitalistische Bourgeois zum modernen Proletarier gesellen konnte.

Namentlich in Hamburg entstanden daraus scharfe Gegensätze. Dort hatte sich von dem Arbeiterbildungsverein, der unter der Leitung des

freigemeindlichen Predigers Balzer ganz im Fahrwasser des Nationalvereins schwamm, schon früher eine kleine radikale Fraktion abgesplittert; ihre namhaftesten Mitglieder waren August Perl, Buchhalter an einem der beiden Hamburger Konsumvereine, der größten, die es damals in Deutschland gab, und der Mechaniker Jakob Audorf, dessen gleichnamiger Vater bereits im Bunde der Kommunisten mitgetan hatte. Diese Fraktion begrüßte lebhaft den Aufruf des Leipziger Zentralkomitees, in dessen Sinne sie sofort freie Arbeiterversammlungen zur Wahl eines Lokalkomitees berief. Dagegen setzte der Hamburger Arbeiterbildungsverein eine Kommission nieder, die in Verbindung mit den Hamburger Konsumvereinen, einer Altersversorgungskasse, einer Volksbank, dem Altonaer Arbeiterverein die Beschickung des Arbeitertages rüsten sollte. Im Interesse der Einigkeit versuchten Perl und Genossen eine Annäherung an diese Kommission, doch ihre Bedingung, daß nur solche Deputierte nach Leipzig geschickt werden sollten, die in Lohn und Brot eines anderen ständen, wurde sehr entschieden zurückgewiesen, und aus der geplanten Einigkeit entstand eine leidenschaftliche Fehde. Da sich die Fraktion Perl auf ein Schreiben Dammers berufen hatte, der im Namen des Zentralkomitees ihre Auffassung gebilligt haben sollte, so beschwerte sich Balzer bei Noßmähler, der auch sofort gegen Dammer mobil machte. Er verlangte, daß dessen Auffassung zur rein persönlichen Sache erklärt werden sollte; das Zentralkomitee als solches habe die Frage, wer Arbeiter sei, anders entschieden, indem es Noßmählers Schrift gebilligt habe. Damit war das Zentralkomitee vor eine entscheidende Frage gestellt, die es zu zersprengen drohte. Einstweilen verklebte ein Kompromiß mühsam den Riß im Bau. Nach einem von Noßmählers Hand entworfenen Konzept antwortete Wahlteich auf Balzers Brief, Dammer habe keine prinzipielle Frage aufwerfen, sondern nur praktisch dafür wirken wollen, daß die unselbständigen Arbeiter als die gedrückteste Volksklasse genügend auf dem Arbeitertage vertreten seien, was den Ansichten Noßmählers keineswegs widerstreite. Es müsse den Arbeitern jeder Stadt überlassen bleiben, wen sie zum Kongreß entsenden wollten, darüber habe das Zentralkomitee keine entscheidende Stimme. Wenn aber Dammer das taktische Vorgehen der Perl und Genossen gebilligt habe, so sei das vollkommen richtig; Balzer solle sich möglichst schnell mit Perl einigen zur Einberufung einer allgemeinen Arbeiterversammlung, die ein alleseitig anerkanntes Lokalkomitee zu wählen habe.

So scharf wie in Hamburg klang die proletarische Note allerdings sonst noch nirgends aus der latenten Unklarheit der damaligen Arbeiterbewegung hervor, allein diese Unklarheit selbst lähmte die Bemühungen des Leipziger Zentralkomitees. Sein Aufruf fand wohl an vielen Orten einen Widerhall, doch blieb dieser Widerhall mehr oder minder platonische Sympathie. Fast am herzlichsten antwortete der alte Demokrat Demmler in Schwerin, aber wie konnte er die mecklenburgischen Arbeiter aufbieten? Selbst Nürnberg, von wo neben Berlin und Leipzig die Bewegung ausgegangen war, erklärte sich für leistungsunfähig, teils wegen polizeilicher Schwierigkeiten, teils weil die Nürnberger Arbeiter durch ihren Arbeitertag entkräftet seien, der 120 Taler gekostet habe. Vielleicht spielte hier schon bürgerlicher Einfluß mit; jedenfalls berief sich der Breslauer Handwerkerverein auf Schulze-Delitzsch, als er am 5. Dezember spöttisch nach Leipzig schrieb, man scheine es dort noch immer sehr eilig zu haben; was denn eigentlich die Lokalkomitees sollten, Statistika sammeln oder was sonst? Die Bourgeoisie über sah schnell genug die Sachlage und zögerte nicht zu handeln. Sie hatte von Anfang an nur gute Miene zum bösen Spiel gemacht; sie war auf den Arbeiterkongreß nur eingegangen, um ihn desto gründlicher zu vereiteln. Sie hatte den Vorteil, über ihre Klasseninteressen klar zu sein, und sie nutzte diesen Vorteil gründlich aus.

Schon im Anfang Dezember empfahl sich der Bodt mit naiver Dreistigkeit als Gärtner; Schulze-Delitzsch schrieb an seinen „besten Herrn Wahlteich“: „Je nachdem Sie die Zeit des Kongresses ansetzen, ist es mir vielleicht möglich, Ihnen in dieser unendlich wichtigen und schwierigen Sache selbst Vortrag zu halten, gewissermaßen als Ihr Berichterstatter aufzutreten.“ In Berlin begann Schulze bereits mit jenen Vorträgen, die durch Lassalles spätere Streitschrift eine traurige Verühmtheit erlangt haben; sie suchten durch windige Trugschlüsse die Arbeiter über ihre Klasseninteressen hinwegzutäuschen. Dann tat sich in Koburg, dem Hauptquartier des Nationalvereins, ein neuer Arbeiterbildungsverein auf, und ebenda erschien zur Jahreswende die Probenummer einer wöchentlich erscheinenden Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung, die von dem Rechtsanwalt Streit, dem Geschäftsführer des Nationalvereins, herausgegeben und redigiert wurde. Streit war ein Achtundvierziger, etwa von Struves Richtung, also radikaler als die Berliner Fortschrittler; er schlug in seinem neuen Blatte einen hitzigeren Ton gegen Junker

und Pfaffen an, als sonst in der bürgerlichen Opposition üblich war, stellte sich auch wohlwollend zu dem Leipziger Zentralkomitee und korrespondierte selbst in „freundschaftlicher Ergebenheit“ mit Vassalle, alles das aber nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter im politischen Schlepptau der Bourgeoisie blieben und sich mit den sozialen Rezepten begnügten, die ihnen Schulze-Dehligsch verschrieb. Das neue Blatt war kaum acht Tage alt, als der Koburger Arbeiterbildungsverein am 8. Januar 1863 nach Leipzig meldete, in verschiedenen Korrespondenzen, namentlich aus Süddeutschland, machten sich Bedenken gegen den Arbeiterkongreß geltend, Bedenken, die jedenfalls der ernstesten Erwägung und des sorgfältigsten Gedankenaustausches wert seien. Dann aber meldete am 30. Januar das Zentralkomitee der im Maingau zu einem Verbands zusammengeschlossenen Arbeiterbildungsvereine von Frankfurt a. M., Offenbach, Bockenheim, Flörsheim, Bornheim, zugleich auch im Namen der Vereine von Mainz und Mannheim, daß auf einer Zusammenkunft in Offenbach beschloffen worden sei: 1. das Leipziger Zentralkomitee solle den Arbeiterkongreß vertagen; 2. es solle sich mit den Arbeiterbildungsvereinen zu einer Vorbesprechung verbinden, die etwa im August 1863 in einem zentral gelegenen Orte wie Eisenach oder Gotha oder Weimar stattfinden könne, um einen allgemeinen großen deutschen Arbeitertag vorzubereiten. Dies Stichwort wurde sofort lebhaft in Koburg aufgegriffen, von dem dortigen Vereine wie von der dortigen Zeitung.

Mit alledem war die Karte der Bourgeoisie vollständig aufgedeckt. Sie wollte dem Leipziger Zentralkomitee den Hebel entwenden und ihn in die Hände der von ihr noch völlig abhängigen Arbeiterbildungsvereine spielen. Wurde der Arbeiterkongreß durch die Offenbacher Beschlüsse ohnehin schon auf die lange Bank geschoben, so war auch von der geplanten Vorbesprechung in Eisenach oder Gotha oder Weimar nichts für die Bourgeoisie zu befürchten. Im Gegenteil! Verbanden sich die Arbeiterbildungsvereine untereinander, so war ihre Lage gegenüber den deutschen Vereinsgesetzen noch weit schwieriger, so waren sie in ihrer ganzen Existenz noch weit mehr von der Gnade der Regierungen abhängig, und die Bourgeoisie hatte es dann um so leichter, unter schmerzlichen Klagen über die verdamnte Reaktion die Arbeiter vor „politischen Ausschreitungen“ zu bewahren.

Die Nachricht von den Offenbacher Beschlüssen traf in Leipzig just zur selben Zeit ein, wo der Hamburger Streit einen aufsteigenden

Zweispalt im Zentralkomitee selbst aufgedeckt hatte. In dieser bedeutlichen Lage entwarf Bahlreich einen Aufruf, um die „vielerlei Unklarheit und Zweifel“ zu zerstreuen, die der erste Aufruf des Komitees hervorgerufen habe. Er begann mit der kategorischen Erklärung, daß die Arbeiterbildungsvereine nicht Knoienpunkte der Arbeiterbewegung werden dürften; „die Organe der Arbeiterbewegung sind einzig und allein die von freien Arbeiterversammlungen gewählten Komitees“. Sehr viel weniger entschieden beantwortete der Aufruf die Frage, wer Arbeiter sei, mit den wesentlich doch ausweichenden Worten: „Die Mitglieder des Zentralkomitees sind zum größten Teil unselbständige Arbeiter, das heißt solche, welche sich mit ihrer Arbeitsleistung nicht an das große Publikum, sondern an den einzelnen Arbeitgeber wenden, und zum kleinen Teil solche, welche den ersteren in vieler Beziehung nahe stehen.“ Deshalb hätte sich das Zentralkomitee zunächst an seine Genossen gewandt.

Dann ging der Aufruf auf den Einwurf ein, was ein Arbeitertag mit einem Programm solle, dessen Forderungen auch von der Bourgeoisie vertreten würden und in manchen Ländern längst durchgeführt seien. Hierauf antwortete Bahlreich, daß die Arbeiter in solchen, für sie hochwichtigen Fragen doch mitreden wollten. Sie wollten es umso mehr, als sie bisher nach ihrem Urteil gar nicht gefragt worden seien; sie wollten ihre Mündigkeit um so kräftiger beweisen, je weniger die Welt daran glaube. Bei diesem großen Unternehmen würden sie von keinen kleinlichen Rücksichten geleitet. Der Kongreß solle keineswegs eine Demonstration gegen den Zünftlertag in Weimar sein; mit diesem halbtoten Gegner hätten die Arbeiter nichts zu schaffen, sie verlangten die Hebung ihres Standes nach innen und außen. Sie wollten ihre Meinung darüber sagen, ob die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit, die schon gewährt sei, wirklich genüge; sie wollten erfahren, wie weit die Arbeiter für das Genossenschaftswesen reif seien und diese Reife beschleunigen. „Wir kennen das geistige und materielle Elend unserer Genossen und wir haben ein Herz für sie; wir wollen, Freunde, daß ihr endlich einmal erklärt, wie sehr euch dieses Elend drückt, und der Kongreß soll euer Mund sein. Er soll beweisen, daß der deutsche Arbeiterstand mündig geworden ist, und daß er sich berufen fühlt, die Lösung der hochwichtigen sozialen Frage, wenn auch nicht zu vollenden, so doch anzuregen und zu befördern, weil er Klarheit des Verstandes, Reichtum des Gefühls, Besonnenheit und Beharrlichkeit des Handelns

in sich vereinigt, weil er dem geldmachenden Materialismus des Engländer ebenso fremd ist, wie dem systemischaffenden Idealismus des Franzosen, weil er geeignet und willens ist, auf den gegebenen Verhältnissen ruhig fortbauend, die geistige und materielle Emanzipation seiner selbst mühsam zu erringen.“ In diesen Sätzen lag der Schwerpunkt des Aufrufs, der im übrigen nochmals anfeuerte, die Vorbereitung des Kongresses kräftig zu betreiben, Lokalkomitees zu wählen und namentlich Geldsammlungen zu veranstalten. Auch gab er den — unter den obwaltenden Umständen sehr zweischneidigen — Rat, Vertrauensmänner zuzuziehen; ein Glück wenigstens, daß die Ratgeber an diesem Rat die richtige Schneide zu finden wußten.

Veröffentlicht ist der Aufruf nicht worden, und sicherlich hätte seine Veröffentlichung das Zentralkomitee auch nicht aus der bedrängten Lage befreit, in die es durch die treulose Politik der Bourgeoisie geraten war. Der Aufruf atmete schon jenes kräftige Klassenbewußtsein des modernen Proletariats, das die Bourgeoisie mit Recht fürchtete, aber noch nicht jenes klare Klassenbewußtsein des modernen Proletariats, das allen Kniffen und Pfiffen der Bourgeoisie überlegen ist. Der Art fehlte noch der Stiel. Die Arbeiter empfanden so bitter wie richtig, daß jene Mündigkeitserklärung, die sie beanspruchten, ihnen von der Bourgeoisie verweigert wurde, aber sie wußten noch nicht, ihren Anspruch in einem politisch-sozialen Programm zu entwickeln. Es ist nicht mehr genau festzustellen, ob erst in dieser oder schon in einer früheren Zeit das formelle Ersuchen an den Nationalverein gerichtet wurde, die Zahlung seiner Jahresbeiträge in monatlichen Raten zu gestatten, um den Arbeitern den Eintritt zu ermöglichen. Bekannt ist die abschlägige Antwort, die damit begründet wurde, daß die Arbeiter sich als „geistige Ehrenmitglieder“ betrachten könnten, oder im günstigsten Falle, daß die Arbeitervereine die Jahresbeiträge für ihre Vorstehenden zahlen möchten, durch die sie dann ja im Nationalverein vertreten sein würden.

In ähnlicher Weise drückte sich die Bourgeoisie um die Forderung des allgemeinen Stimmrechts herum. Der Nationalverein betrieb sich darauf, daß er dies Recht vertrete, indem er die Reichsverfassung von 1849 verlange, die es enthalte; daneben noch besonders das allgemeine Stimmrecht zu fordern, sei sinnlos, wie Kossmäkler schon in seiner Schrift ausgeführt hatte. Die preussische Fortschrittspartei hatte nun allerdings das allgemeine Stimmrecht grundsätzlich von ihrem Programm

ausgeschlossen, jedoch machte sie den Arbeitern gegenüber allerlei ausweichende Redensarten; so meinte Schulze-Dehlig, „füglich“ könne es ja wohl als Forderung der Rechtsgleichheit gewährt werden, nur müßten die Arbeitermassen sich erst bilden, um es richtig zu gebrauchen. Der Hinweis auf die Erfahrungen, die unter dem zweiten Kaiserreiche mit dem allgemeinen Stimmrechte gemacht worden waren, leistete den Fortschrittlern dabei treffliche Dienste, gerade auch unter den aufgeklärtesten Arbeitern. Wie sich Bebel im Februar 1863 gegen das allgemeine Stimmrecht erklärte, so schrieb York zu gleicher Zeit an das Leipziger Zentralkomitee: „Unter den obwaltenden Verhältnissen für das allgemeine Stimmrecht wirken zu wollen, wäre mehr als bedenklich, einmal: weil dadurch vorderhand nichts gewonnen würde, das anderemal aber: scheint es mir doch eine zu zweischneidige Waffe zu sein, die nur zu leicht gegen die Freiheit gebraucht werden kann, solange eben, wie es jetzt noch der Fall ist, die Bildung in der Minorität sich befindet.“ So schlechthin das Banner des allgemeinen Stimmrechts aufzupflanzen, hätte die Lage des Zentralkomitees eher erschwert als erleichtert, und Wahlteich erwähnte es gar nicht einmal in dem Entwurfe des neuen Aufrufs.

Statt diesen Aufruf zu erlassen, wandte sich das Zentralkomitee vielmehr an den richtigen Vertrauensmann, an den einzigen Mann in ganz Deutschland, der ihm helfen konnte. Das Arbeiterprogramm Lassalles hatte nun doch allmählich seine Wirkung getan. In den ersten Februartagen 1863 reisten Wahlteich und Dammer, die beiden Vorstehenden des Zentralkomitees, nach Berlin, um sich mit Lassalle zu beraten. Es geschah in der Wohnung Lassalles, im Beisein Ludwig Löwes. Die Einigung war bald erzielt: ihr Resultat ergibt sich aus den Beschlüssen, die das Zentralkomitee am 10. Februar faßte. Es erließ einen Aufruf in der Koburger Arbeiterzeitung, der zwar an dem Kongreß festhielt, aber vor Übereilung warnte; an seine Zusammenberufung sei erst zu denken, wenn die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter damit einverstanden sei und selbst dazu auffordere. „Wir wünschen einen wohl vorbereiteten Kongreß und Vertreter des deutschen Arbeiterstandes, welche sich über alles vollkommen klar sind.“ Auf irgend welche prinzipielle Fragen ging der Aufruf nicht ein, wohl aber richtete das Zentralkomitee gleichzeitig die offizielle Aufforderung an Lassalle, in irgend einer ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung

und die Mittel, deren sie sich zu bedienen habe, sowie besonders über den Wert der Affoziationen für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen.

Lassalle antwortete mit dem Offenen Antwortschreiben, das vom 1. März datiert ist und etwa um die Mitte dieses Monats in die Welt hinausflog.

5. Lassalles Offenes Antwortschreiben.

Das Offene Antwortschreiben geht davon aus, daß es gleich falsch sei zu meinen: sowohl daß die Arbeiter sich überhaupt nicht um die Politik zu kümmern, als auch daß sie den selbstlosen Chor und Resonanzboden für die Fortschrittspartei abzugeben hätten. Der Arbeiter könne die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten, aber die Fortschrittspartei habe durch ihre Haltung in dem preussischen Verfassungskstreite gezeigt, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands könne in politischer Hinsicht allein seine legitimen Interessen befriedigen. Hierfür eine friedliche und gezielte Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, sei das politische Programm der Arbeiterpartei. Die Taktik dieser Partei gegenüber der Fortschrittspartei erhele von selbst; sie müsse sich überall als eine selbständige Partei aufstellen, gleichwohl die Fortschrittspartei in Fragen eines gemeinschaftlichen Interesses unterstützen, ihr entschieden den Rücken kehren und gegen sie auftreten, sobald sie sich davon entferne, eben dadurch die Fortschrittspartei zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, worin sie bereits knietief angelangt sei.

Lassalle geht dann zur Beantwortung der sozialen Fragen über, die ihm das Leipziger Komitee vorgelegt hatte. Er führt aus, daß Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nicht auf die Tagesordnung eines Arbeiterkongresses gehörten. Sie hätten mindestens den

einen Fehler, um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit dekretiere man stumm und lautlos in einem gesetzgebenden Körper, aber man debattiere sie nicht mehr. Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen seien wohl geeignet, das Glend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen, aber sie seien ganz und gar ohnmächtige Mittel, um die normale Lage des Arbeiterstandes selbst zu verbessern. Lassalle beruft sich auf die gleiche Ansicht Hubers, um durch das Zeugnis dieses Mannes, der in politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Boden mit ihm stehe, am kürzesten den Verdacht zu beseitigen, als sei der geringe Wert, den er auf solche Klassen lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen.

Und nun die Assoziationen von Schulze-Dehligsch! Lassalle geht an dem Politiker und theoretischen Nationalökonom Schulze schonend vorüber, um dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens“ mit Wärme die Hand zu schütteln. Aber auf die Frage, ob Schulzes Assoziationen die Lage des Arbeiterstandes verbessern könnten, antwortet er mit dem entschiedensten Nein. Die Kredit- und Rohstoffvereine könnten höchstens den unbemittelten Handwerksmeister gleichsetzen mit dem bemittelten Handwerksmeister, der seinerseits die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion nicht mehr aushalten könne. Sie könnten den Todeskampf des kleinen Handwerkers verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten: den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand berührten sie überhaupt nicht.

Dagegen würden Schulzes Konsumvereine allerdings den gesamten Arbeiterstand umfassen können. Gleichwohl seien auch sie völlig unfähig, seine Lage zu verbessern. Es sei schon ganz falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuh drücke: als Produzenten. Zwar leide auch der Arbeiter als Konsument unter dem Nachteile, seine Bedürfnisse im kleinen einkaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens zu verfallen, und hiergegen hülfen die Konsumvereine bis zu einem gewissen Grade und bis auf eine gewisse Dauer. Dieser Nebenschaden habe aber nichts mit dem Haupt- und Krebschaden zu tun, der den Arbeiter bedrücke.

Vassalle entwickelt nun das „eherne ökonomische Gesetz“, das unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimme, das den durchschnittlichen Arbeitslohn auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft beschränke. „Der Lohn kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterreihen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Gled erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um seinen Schwerpunkt, in den er fort-dauernd zurücksinken muß, herumzukeisen, bald etwas über ihm (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Notstandes und der Krisen).“

Vassalle sagt, die liberale ökonomische Schule habe selbst dies Gesetz entdeckt und nachgewiesen, er könne dafür ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gebe. Er rät den Arbeitern, jeden, der ihre Lage verbessern wolle, zu fragen, ob er dies Gesetz anerkenne oder nicht, und wenn er es nicht anerkenne oder nicht wisse, wie es zu beseitigen sei, ihm als einem leeren Schwächer den Rücken zu kehren. Und die Wirkung dieses Gesetzes faßt er dahin zusammen: „Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst so viel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung notwendig ist (Arbeitslohn). Der ganze Überschuß der Produktion — des Arbeitsertrags — fällt auf den Unternehmeranteil.“ Die Arbeiter seien die Klasse der Entertien, weil sie sogar von der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, das heißt von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit notwendig ausgeschlossen

sein. Für sie immer die Lebensnotdurft, für den Unternehmeranteil immer alles, was über die Lebensnotdurft hinaus von der Arbeit produziert werde.

Lassalle gibt zu, daß wenn bei sehr großen Fortschritten der Produktivität viele Industrieerzeugnisse zu äußerster Billigkeit herabsinken und gleichzeitig eine länger dauernde Periode steigender Nachfrage nach Arbeiterhänden einträte, der Umfang dessen, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum notwendigen Lebensunterhalte gehöre, erweitert werden, daß, wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleiche, die Lage des Arbeiterstandes in der späteren Zeit etwas besser sein könne als in der früheren. Er macht diese kleine Abschweifung, weil diese etwaige geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte immer der Punkt sei, auf den diejenigen, die den Arbeitern Sand in die Augen streuen wollten, nach dem Vorgange Bastians mit ebenso billigen wie hohlen Deklamationen zurückkämen. Ob sich wirklich die Gesamtlage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten gebessert habe, das sei eine sehr schwierige, sehr verwickelte, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche die Arbeiter ohne Unterlaß damit amüsierten, wie teuer der Kattun im vorigen Jahrhundert gewesen sei und wie viel Kattunkleider sie jetzt verbrauchen könnten. Er könne diese Untersuchung auch nicht anstellen, da er den Arbeitern nicht nur absolutes Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes geben müsse, aber angenommen, eine solche Verbesserung habe stattgefunden, so verlehre man dadurch jedenfalls die Frage, um die es sich handle. Man täusche, man hintergehe die Arbeiter.

Wenn die Arbeiter von der Verbesserung ihrer Lage sprächen, so seien die Lebensgewohnheiten derselben Zeit ihr Maßstab. Und man amüsiere sie mit angeblichen Vergleichen ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten! Freilich sei es eine ausgemachte Tatsache, daß die Arbeiter sich heute besser ständen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden. Aber jede menschliche Befriedigung hänge immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, und ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gebe auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten nicht gekannt hätten. „Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife

kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?" Wenn also noch so fest stände, daß sich das Niveau der notwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, die menschliche Lage der Arbeiter sei in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben, immer diese: auf dem untersten Stande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnotdurft herumzutanzeln, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Und nun faßt Lassalle sein Urteil über die Konsumvereine dahin zusammen: Solange nur einzelne Kreise von Arbeitern zu Konsumvereinen zusammentreten, solange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch sie berührt, solange können sie also den Arbeitern, die zu ihnen zusammentreten, in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, durch die billigere Konsumtion, eine untergeordnete Erleichterung ihrer gedrückten Lage gewähren. Sobald sie aber den gesamten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, führt das eherne Lohngesetz dazu, daß der Arbeitslohn infolge des durch die Konsumvereine um so viel billiger gewordenen Lebensunterhaltes um ebenso viel fallen muß, womit denn auch jene geringfügige Erleichterung, welche die Konsumvereine bis dahin einzelnen Arbeiterkreisen gewährt haben, auf Null sinkt.

Somit könnten Schulzes sämtliche Organisationen dem Arbeiterstande als solchem nicht helfen. „Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?“ Darauf antwortet Lassalle: „Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer wird, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergeinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!“ Die Aufhebung des Unternehmergewinnes in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem

sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, das sei die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? wirft Lassalle sich selbst wieder ein. Ein Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken u. s. w. und ein Blick auf die leeren Taschen der Arbeiter zeige, daß die Arbeiter niemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen würden, wenn sie ausschließlich und lediglich und allein auf ihre isolierten Anstrengungen als Individuen beschränkt blieben. „Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.“

Lassalle weist nun nach, daß es ein irreführendes Geschrei sei, zu sagen, jede solche Intervention des Staats hebe die soziale Selbsthilfe auf. Der Staat hindere die Jugend nicht daran, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken halte. Mögen sich einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und Bibliotheken, mögen unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern namentlich in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessert haben, so bestätigen diese Ausnahmen nur die Regel, daß für den allgemeinen Arbeiterstand eine wirkliche Besserung seiner Lage nur durch die Hilfeleistung des Staats herbeigeführt werden könne.

Ebenso wenig möchten sich die Arbeiter durch billige Nebenarten über Sozialismus und Kommunismus täuschen lassen. „Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus, als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heut ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital oder der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird. Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staats, die großen Kultur-

fortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existiert er, hat immer dazu gebietet und dienen müssen.“ Dies beweist Vassalle — statt der Hunderte von Beispielen, die er geben könnte, der Kanäle, Chausseen, Posten, Paketbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführung von neuen Fabrikationszweigen u. s. w. — eingehend an der staatlichen Zinsgarantie für Eisenbahnbauten. Sie sei eine äußerst starke Intervention des Staats gewesen und zwar zugunsten der reichen und begüterten Klassen, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügten und sich der Staatsintervention weit leichter hätten begeben können als die Arbeiter, aber sie gleichwohl gefordert hätten. Da sei sie ganz zulässig gewesen, aber wenn es sich um eine Intervention des Staats zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handle, da sei sie „reiner Sozialismus und Kommunismus“. Und was bedeute der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt, so groß er sei, gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritt, der durch die Assoziation der arbeitenden Klasse vollbracht würde!

In einer Note hierzu bemerkt Vassalle: wie leicht das zu einer, allmählich im Laufe der Zeit über den gesamten Arbeiterstand sich erstreckenden, Assoziation erforderliche Kapital oder vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, ließe sich erst nach einer finanztheoretischen Erörterung der sozialen Funktionen des Geldes und Kredits darlegen. Jede solche den Exekutionsmodus betreffende Erörterung würde überdies völlig überflüssig und wirkungslos sein; einen praktischen Wert werde sie erst haben, wenn an die Verwirklichung der Forderung gedacht werden könne. Einstweilen begnügt sich Vassalle mit folgenden Andeutungen: „Diese Assoziationen würden natürlich erst allmählich und im Laufe der Zeit den gesamten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnismäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbstätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den anderen sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen

Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staats sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband untereinander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Verteilung bis zur Unmerklichkeit ausglich. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung oder Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zu stehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein.“ Um die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher Assoziationen zu erhärten, weist Lassalle auf die englischen und französischen Arbeiterassoziationen hin, die, obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolierten Arbeiter angewiesen, dennoch zu hoher Blüte gelangt seien. Alle diese Gesellschaften seien recht eigentlich Pioniere der Zukunft gewesen, die mit harter Hand den Weg gebrochen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, gezeigt hätten, welche ganz andere Resultate zu erreichen seien, wenn der Staat die Hand zur Überwindung dieser Unmöglichkeiten biete.

Endlich aber: was sei der Staat? Das amtliche statistische Bureau des Königreichs Preußen habe 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung veröffentlicht, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteile. Die Resultate dieser Berechnung gibt Lassalle mit wörtlicher und ziffermäßiger Treue wieder und faßt sie dann zusammen: „72³/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Talern, also in der elendesten Lage! Andere 16³/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Talern, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¹/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Talern, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¹/₄ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Talern, also teils in einer eben erträglichen, teils in einer behäbigen Lage, und ¹/₂ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichthums. Die

selben untersten, in der allergebrühtesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gebrühten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gebrühter dürftiger Lage. Ihnen also, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er. Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern: Ihre, der ärmeren Klassen, große Affoziation — das ist der Staat!“ Und warum solle nun nicht diese große Affoziation der Arbeiter befördernd und befruchtend auf ihre kleineren Affoziationskreise einwirken?

Rassalle gibt dann noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit der fördernden Unterstützung des Staats durch die freie Affoziation die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, indem er einen Blick auf die Pioniere von Rochdale wirft, die berühmteste der englischen Arbeiteraffoziationen. Er hebt hervor, daß unter ihnen eine Agitation entstanden sei, um diejenigen Arbeiter, die nicht gleichzeitig Aktionäre seien, vom Geschäftsgewinn auszuschließen: Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen, das sei die wibrige Karikatur, in die sich die Pioniere von Rochdale verwandelten. Ferner seien in ihrer Fabrik bei 1600 Arbeiteraktionären nur 500 Arbeiter beschäftigt; wenn man sich die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wolle, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst seien, so werde die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihrer eigenen Tasche aufzubringen; dazu würde vielmehr immer eine weit größere Anzahl von anderen, nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiteraktionären nötig sein. Das Verhältnis 1:3, wie es bei den Pionieren von Rochdale bestehe, sei sogar erstaunlich günstig und nur aus ganz besonderen Ausnahmeverhältnissen zu erklären. Zudem müsse dies Verhältnis mit der Entwicklung der Industrie noch gewaltig wachsen, denn die Fortschritte der Zivilisation beständen gerade darin, daß täglich mehr tote Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt werde, daß also täglich das Verhältnis der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wachse. Sollte sich die Affoziation auf den gesamten Arbeiterstand ausdehnen, woher dann die drei- und noch weit mehrfache Anzahl von Arbeiter-

aktionären nehmen, die nun noch hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßten, um diese Fabriken anzulegen?

So sei es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als bloß isolierter Individuen zu befreien; sein einziger Weg aus der Wüste sei die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die fördernde und unterstützende Hand des Staats. Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Hier stehe nun sofort die Antwort sonnenklar vor aller Augen: dies werde nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus diesem Wahlrecht hervorgingen, dann und nur dann würden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen. „Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahle der Wissenschaft bewaffnet, zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbeeittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.“ Das allgemeine Wahlrecht sei nicht nur das politische, sondern auch das soziale Grundprinzip des Arbeiterstandes, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe.

Und wie nun die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bewirken? Vassalle verweist auf die mehr als fünfjährige Agitation gegen die englischen Kornzölle, die schließlich durch ein Kornministerium beseitigt werden mußten. „Organisieren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdbaren, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100 000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muß.“ Die Arbeiter müßten diesen Ruf fortpflanzen in jede Werkstatt, jedes Dorf, jede Hütte. Die städtischen Arbeiter müßten ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen, überall die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts debattieren und diskutieren,

täglich, unablässig, unaufhörlich. Die Arbeiter müßten Kassen stiften, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden, mit diesen Kassen öffentliche Blätter gründen, Flugschriften verbreiten, Agenten aussenden. Sie müßten täglich, unermüdblich dasselbe wiederholen, wieder dasselbe, immer dasselbe. „Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht oder dazu führen kann.“ Werde dieser Ruf, was binnen weniger Jahre gelingen könne, wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung forgepflanzt, welche die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bildeten, so werde man ihm nicht lange widerstehen können.

Die Regierungen könnten mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Sie könnten selbst den Arbeitern politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Laubbelt, mit der politische Rechte aufgefaßt würden. „Über das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreitet — seien Sie ganz undesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde. Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!“ So schließt das Offene Antwortschreiben.

6. Lassalles Schlachtplan.

Wie die Taktik zur Strategie, wie der Schlacht- zum Feldzugsplan, so verhält sich das Offene Antwortschreiben zu Lassalles Arbeiterprogramm. Es ist die Ordre de Bataille für die erste Schlacht in dem großen Emanzipationskampfe des deutschen Proletariats. Als Arbeiteragitator sprach Lassalle in ihm nicht sein letztes, sondern sein erstes Wort. Er wußte, daß die Massen, die er ins Feld führen wollte, aus sehr ungeübten Rekruten bestanden, die erst im Feuer exerziert werden mußten, deren Anschauungsweise und Fassungskraft beschränkt genug war. Lassalle mußte auch sorgsam auf das Gelände achten, worauf er marschierte,

auf den Bau und die Lage der Schanzen, die er stürmte, auf das Kaliber der Geschütze, womit die Feinde feuerten. Er hatte jetzt praktisch jenen dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns zu überwinden, den er zur tragischen Idee seines Trauerspiels gemacht hatte. Es kam darauf an, die erschöpfende Konsequenz des Prinzips mit der notwendigen Einseitigkeit der Politik zu verbinden.

Lassalle konnte nicht den „natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung“ wahren, wenigstens nicht so, wie Marx von ihm verlangt hatte. Verschiedenere Zeiten, als die Tage des Kommunistischen Manifestes und die Tage des Offenen Antwortschreibens, lassen sich kaum denken. Marx und Engels sprachen zu einer kleinen Elite des internationalen Proletariats, die seit Jahren und selbst Jahrzehnten in den Hauptzentren des europäischen Verkehrs gelebt und sich mit den schwierigsten Problemen der deutschen Philosophie wie des englisch-französischen Sozialismus vertraut gemacht hatte, die in einer geheimen Propagandagesellschaft vereinigt war und sich am Vorabend einer Revolution rüstete, unter den gärenden Massen der europäischen Welt für den Kommunismus zu werben. Dagegen sprach Lassalle zu der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch noch sehr rückständigen Landes, zu einer Klasse, die noch längst nicht den Alp einer drückenden Reaktion abgeschüttelt hatte und in absehbarer Zeit nicht auf die schnelle Entwicklung rechnen durfte, welche die Feuertaufe der Revolution dem proletarischen Klassenbewußtsein zu geben pflegt: zu einer Klasse, die als Massenpartei auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft kämpfen sollte, von deren Wesen doch selbst ihre vorgeschrittensten Mitglieder kaum erst eine Ahnung hatten. Hätte irgend ein Zweifel daran bestanden, daß die damaligen deutschen Arbeiter nur an ihren nächstliegenden Interessen gepackt werden konnten, so mußte er für Lassalle gehoben sein durch die Aufnahme, die sein Arbeiterprogramm gefunden hatte. Es hatte kein Echo in der Arbeiterklasse erweckt, obgleich es doch auch schon die Gedankengänge des Kommunistischen Manifestes den deutschen Zuständen angepaßt hatte.

Lassalle wollte der deutschen Arbeiterbewegung nicht nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben, sondern nahm, ganz im Sinne von Marx, zur realen Basis seiner Agitation die wirkliche Klassenbewegung, soweit sie in Deutschland vorhanden war. Er knüpfte an das allgemeine Wahlrecht und die Assoziationsbestrebungen an, die beiden

Gebanken, die das deutsche Proletariat zu bewegen begannen. Er gab der Forderung des allgemeinen Wahlrechts sofort die erschöpfende Konsequenz des Prinzips, indem er den deutschen Arbeitern darlegte, daß es für sie das einzige Mittel sei, die politische Macht zu erobern, ohne deren Besitz sie ihre Klasseninteressen niemals befriedigen könnten. Wie richtig Lassalle in dieser Beziehung die deutschen Zustände beurteilt hat, das haben ihm vierzig Jahre deutscher Geschichte bestätigt. Sein Verdienst ist um so höher anzuschlagen, als das allgemeine Wahlrecht zur Zeit, da er es zum Schibboleth der deutschen Arbeiterbewegung machte, nicht des besten Rufes genoß. Verwarf es die Masse der Bourgeoisie aus argwöhnischem Klasseninstinkt, so standen ihm doch auch ganz andere Leute mißtrauisch gegenüber nach den Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht unter dem zweiten Kaiserreiche gemacht worden waren: nicht nur Lange und Robbertus, sondern auch Marx und Engels.

Wohl hat Lassalle das allgemeine Wahlrecht überschätzt. Wenn er auch von vornherein erklärte, daß es keine Wünschekrute sei, wenn er ihm auch nicht augenblicklich, sondern erst auf die Dauer eine durchschlagende Wirkung zuschrieb, so hat er doch diese Dauer nicht so lang bemessen, wie sie sich tatsächlich erwiesen hat. Darin unterlag Lassalle jener optischen Täuschung kühn und weit vorausschauender Denker, der auch Marx und Engels manches Mal unterlegen sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache selbst, daß Lassalle richtig erkannte, unter den gegebenen historischen Verhältnissen sei das allgemeine Wahlrecht diejenige Waffe, durch die sich das deutsche Proletariat zu einer unüberwindlichen Macht emporzükämpfen müsse und werde. So heftig und von so einflußreicher Seite her diese Ansicht mitunter bestritten worden ist, die Gewalt der Tatsachen hat die deutsche Sozialdemokratie immer wieder auf den Weg gedrängt, den Lassalle ihr vorgezeichnet hatte. Wie sehr sie gerade durch das allgemeine Wahlrecht als ihre passendste und wirksamste Waffe groß geworden ist, das hat niemand berechter dargelegt, als Engels in seiner letzten Schrift.

Dann knüpfte Lassalle an das Genossenschaftswesen an. Alle Illusionen über dies angebliche Allheilmittel der Arbeiterklasse zerstäubte er durch das Lohngesetz der bürgerlichen Ökonomie. Mit ihren eigenen Waffen schlug er die Unterdrückten des Proletariats. Lassalle hat die Tatsache, daß alle namhaften Vertreter der bürgerlichen Ökonomie das von ihm entwickelte Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft anerkannt haben,

in späteren Reden und Schriften bis zur Evidenz bewiesen. Aber gerade der „eherne“ Charakter dieses Gesetzes, auf den er den schwersten Ton legte, ist von der sozialistischen Ökonomie als unhaltbar nachgewiesen worden, und es ist deshalb von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob Lassalle daran geglaubt hat und mit welchem historischen Rechte.

Zunächst ist unrichtig, was Marx später einmal in einer Stunde heftigen Unmutes geschrieben hat: „Nehme ich das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinne, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie lange schon kurz nach Lassalles Tode zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthusische Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Gend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne.“ In diesem Widerspruch hat sich Lassalle aber nie verfangen. Er stand zur Malthusischen Theorie nicht wie Lange und die bürgerlichen Ökonomen, sondern wie Marx und Engels, und fast noch drastischer, als diese beiden, hat er sie gekennzeichnet. Ihren eigentlichen Kern, die Behauptung, daß die Menschen die Tendenz hätten, sich schneller zu vermehren, als die Nahrungsmittel sich vermehren könnten, verwarf er als einen „lange widerlegten Irrtum“, und die aus diesem Irrtum gezogene Theorie von den „weisen Beschränkungen“ der Kinderzeugung verhöhnte er als kindisch, unfittlich, unmenschlich, unnatürlich, als die „reine Schweinerei“. Umgekehrt wie Malthus, sagte Lassalle: Je mehr Arbeitshände, umso mehr Reichtum; wenn dein heute noch nicht so sei, so liege der Fehler in dem „ökonomischen Antagonismus“ der kapitalistischen Gesellschaft. Demgemäß hebt Lassalle im Offenen Antwortschreiben hervor, das Lohngesetz der bürgerlichen Ökonomie gelte „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit“. Er faßt es nicht wie die Malthusianer als ein natürliches, sondern als ein gesellschaftliches Gesetz auf, und deshalb konnte er sehr wohl ohne irgend einen Widerspruch sagen, daß es durch eine andere Organisation der Gesellschaft beseitigt werden könne.

Ohnehin stand diese Auffassung in vollkommenem Einklange mit der Auffassung des Lohngesetzes, die Marx und Engels in ihren früheren Schriften bis einschließlich des kommunistischen Manifestes kundgegeben hatten. Engels hatte schon in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern ausgeführt, die Bevölkerungsmenge drücke nicht in der Natur auf die Nahrungs-, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Beschäftigungsmittel; in dieser Gesellschaft werde die Erzeugung der Arbeitskraft durch das Gesetz der Konkurrenz reguliert. In seiner Schrift über die Lage der englischen Arbeiter erläutert Engels das Lohngesetz mit nahezu denselben Worten, wie Lassalle im Offenen Antwortschreiben, und Engels hat denn auch anerkannt, daß Lassalle es so übernommen habe, wie er selbst und Marx es in den vierziger Jahren aufgefaßt hätten: als ein ökonomisches Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft, nicht als ein natürliches Gesetz im Sinne der Malthusianer. Beiläufig hat auch Lange nicht gesagt, Lassalle begründe das Lohngesetz durch die Malthusische Theorie, sondern er tabelt umgekehrt, daß Lassalle diese Theorie übersehe und sein Gesetz wie Marx aus der kapitalistischen Produktionsweise ableite.

Aber auch in dieser Beschränkung ist der „eherne“ Charakter des Lohngesetzes von Marx bestritten oder vielmehr in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft als unhaltbar nachgewiesen worden. Marx zeigt im ersten Bande des Kapitals auf, daß die moderne Industrie mit ihrem regelmäßigen Periodenwechsel ihr Bedürfnis nach Arbeitskräften nicht durch die absolute Bewegung der Bevölkerung reguliere, sondern durch die relative Überbevölkerung, durch die industrielle Reservearmee, die das Kapital je nach seiner Expansion und Kontraktion anziehe oder zurückstoße. „Bevor infolge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachstum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Felszug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß.“ Das eherne Lohngesetz, das in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise geherrscht hat, ist auf ihrem Höhepunkt zu einem elastischen Lohngesetz geworden. Nach oben hin findet es seine Grenze in dem Wertungsbedürfnis des Kapitals, nach unten hin in dem Maße von Elend, das der Arbeiter ertragen kann, ohne den augenblicklichen Hungertod zu sterben. Innerhalb dieser Schranken wird die Lohnhöhe nicht durch die natürliche Bewegung der

Bevölkerung bestimmt, sondern durch den Widerstand, den die Arbeiter der steten Tendenz des Kapitals, möglichst viel unbezahlte Arbeit aus ihrer Arbeitskraft zu quetschen, entgegenzusetzen können. Findet diese Tendenz keinen Widerstand, so wächst sie sich zu Hungerlöhnen aus, die kein Spiel eines ehernen Gesetzes wieder steigert. Findet sie einen Widerstand, so wird sie je nach Kraft und Maß dieses Widerstandes aufgehoben, und deshalb sind Fabrikgesetze, Gewerksvereine und was sonst die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken vermag, keineswegs jenes hoffnungslose Lücken wider den Stachel, das sie nach der Theorie des ehernen Lohngesetzes sein sollen. Was aller Widerstand der Arbeiter aber nicht zu hindern vermag, das ist die fortdauernde Akkumulation des Kapitals, das fortdauernde Anwachsen der industriellen Reservearmee und damit auch die fortdauernde Verschlechterung der proletarischen Klassenslage. „Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Kette des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ Dies ist das wirkliche Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft, wie es Marx entwickelt hat im ersten Bande des Kapitals, das heißt drei Jahre nach Lassalles Tode.

Könnte Lassalle also zur Zeit, als er das eiserne Lohngesetz aufstellte, mit Recht sagen, es sei ein wissenschaftlich unbestrittenes Gesetz, und unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß er an seine Richtigkeit geglaubt hat, so ist allerdings noch hinzuzufügen, daß Marx und Engels schon in den vierziger Jahren auf die industrielle Reservearmee und den von ihr auf die Löhne ausgeübten Druck hingewiesen, daß sie das unaufhaltsame Herabsinken des Proletariats in den Pauperismus vorhergesagt, daß sie gerade daraus im Kommunistischen Manifeste gefolgert haben, die Bourgeoisie sei unfähig zu herrschen, weil sie unfähig sei, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern. Diese Unsicherheit der Existenz, welche die Lage des modernen Proletariats von der Lage aller früheren unterdrückten Klassen zu ihrem

Nachteil unterscheidet, hat Lassalle denn auch in späteren Schriften, namentlich im *Vasiat-Schulze*, seiner ökonomischen Hauptarbeit, rückhaltlos erörtert. Wenn er sie nicht schon im Offenen Antwortschreiben hervorhob, so aus dem Grunde, weil er hier nur „absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes“ geben wollte. Deshalb ließ er die Frage, ob sich die Lage der Arbeiter in der modernen bürgerlichen Gesellschaft bauernb verbessere oder verschlechtere, ganz aus dem Spiele und beschränkte sich auf die Tatsache, daß die Lage der Arbeiter auch dann noch unerträglich sei, wenn man die für die kapitalistische Produktionsweise günstigere Annahme unterstelle.

Und an dieser Tatsache wird natürlich auch nichts durch das von Marx entwickelte Lohngesetz geändert. Im Gegentelle! Um die Sache an einem ziffernmäßigen Beispiele zu erläutern, so sagt das eiserne Lohngesetz Lassalles: Die kapitalistische Gesellschaft schuldet dem Proletariat 100, während das elastische Lohngesetz von Marx sagt: Nein, sie schuldet ihm 1000. Die bürgerlichen Klagen darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie das eiserne Lohngesetz aufgegeben habe, ohne in Saad und Asche über das „Unrecht“ zu trauern, daß sie so lange Zeit hindurch auf die „irreführende“ Autorität Lassalles der kapitalistischen Gesellschaft zugefügt habe, entbehren jeder Berechtigung. Ernsthafter wäre die Beschwerde, daß Lassalle, befangen von den Konsequenzen des eisernen Lohngesetzes, die Bedeutung der Arbeiterschutzesetze und der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse unterschätzt hat, wenn sie nur nicht praktisch gegenstandslos wäre. Eine gewerkschaftliche Bewegung war in Deutschland vorläufig unmöglich, nicht wegen der theoretischen Irrtümer Lassalles, sondern weil sich fast alle deutschen Regierungen und Volksvertretungen hartnäckig an die Koalitionsverbote klammerten. Diese erhabenen Instanzen um Fabrikgesetze anzuflehen, statt sie ihnen durch eine drohende Massenbewegung abzutrocknen, wäre eine Spielerei gewesen, deren Lassalle selbst dann unfähig gewesen sein würde, wenn er wirklich nicht die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes unterschätzt hätte.

Für die damalige Praxis konnten erst die Konsequenzen ins Gewicht fallen, die Lassalle für die Konsumvereine aus dem eisernen Lohngesetz zog. Darin hatte er vollkommen recht, daß den Arbeitern als Konsumenten helfen wollen, die Pferde hinter den Wagen spannen hieß, aber beschränkt wie diese Hilfe sein mag, ist sie doch nicht so illusorisch, wie

Lassalle nach dem ehernen Lohngesetz behauptete. Jedoch riet er den Arbeitern auch keineswegs von Schulzes Assoziationen ab; er sagte ihnen vielmehr, sie möchten sich dieser Mittel nur immer bedienen, soweit sie einzelnen Arbeitern oder Arbeiterkreisen eine gewisse Hilfe zu gewähren vermöchten. Nicht gegen die Assoziation, nicht gegen die genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, die seit Saint-Simon im Mittelpunkt des Sozialismus gestanden hatte, wandte sich Lassalle, sondern nur gegen die bürgerliche Verkrüppelung, die der Assoziationsgedanke in der Reaktion der fünfziger Jahre erlitten hatte. In der Schätzung dessen, was dieser Gedanke trotzdem noch zu leisten gewußt hatte, ging Lassalle eher zu weit, als nicht weit genug, wie sein Urteil über die englischen und französischen Arbeiterassoziationen und die Wärme zeigt, womit er dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens“ die Hand schüttelte.

Jene Verkrüppelung bestand darin, daß dem Assoziationsgedanken die politische Seite entfremdet, daß den Arbeitern, in gutem oder bösem Glauben, eingeredet worden war, sie brauchten nicht die politische Gewalt für ihre Emanzipation, sondern könnten sich als private Individuen selbst helfen. Dieser „Selbsthilfe“ setzte Lassalle die „Staatshilfe“ entgegen. Er schärfte den Arbeitern ein, daß sie sich nur als politisch organisierte Partei den Weg aus der Wüste erkämpfen könnten. Das war gewiß keine originelle Wendung, sondern nur eine Wiederbelebung des proletarischen Klassenkampfes, wie er sich in den vierziger Jahren unbewußt entwickelt hatte und dann im kommunistischen Manifest nach allen Seiten seiner weltgeschichtlichen Bedeutung hin beleuchtet worden war. Aber eben deshalb war es auch kein Plagiat an Buchez oder Louis Blanc oder sonst einem Vertreter des „sogenannten Sozialismus und Kommunismus“, der nach irgend einem künstlichen Bauplan eine neue Gesellschaft errichten wollte, statt einzusehen, daß die menschliche Gesellschaft ein lebendiger Organismus sei, dessen jeweilige Bewegungsgesetze begriffen werden müßten, um beherrscht werden zu können. Wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, meinte Lassalle mit dem „sogenannten Sozialismus und Kommunismus“ dergleichen Utopistereien.

In der Assoziationsfrage stand Lassalle mit Marx und Engels auf demselben Boden. Marx schrieb nach Lassalles Tode 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation: „Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Kooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie

nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals instande sein wird, das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien oder auch nur die Wucht ihres Glanzes merklich zu erleichtern... Um die gewerbstätigen Massen zu retten, müßte Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden.“ Im gleichen Sinne beschloß der Genfer Kongreß der Internationalen im Jahre 1866 auf einen vermutlich von Marx verfaßten Antrag: „Die Kooperativbewegung, beschränkt auf die zwerghaften Formen der Entwicklung, die ihr individuelle Lohnarbeiter geben können durch ihre Verbindungen, ist nicht instande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die soziale Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, die nie verwirklicht werden können ohne die organisierten Gewalten der Gesellschaft: die Staatsgewalt muß aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer genommen und von den Arbeitern selbst geübt werden.“ Und die Produktivassoziationen mit Staatskredit stehen schon im kommunistischen Manifest, wo unter den mancherlei Maßregeln, die das organisierte Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht zu ergreifen hat, auch die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Einrichtung von Nationalfabriken genannt werden.

Dennoch gab es in dieser Frage einen Punkt, wo Lassalle von der Auffassung des modernen wissenschaftlichen Kommunismus in die Vorstellungen des kleinbürgerlichen Sozialismus zurückfiel. Nur nicht so, daß der Agitator dem Theoretiker, der, wie Robbertus sich ausdrückte, „exoterische“ Lassalle dem „esoterischen“ Lassalle das Konzept verschob, sondern genau umgekehrt. Hätte Lassalle allein aus agitatorischen Rücksichten unter den mannigfachen Aufgaben, die der Diktatur des Proletariats historisch obliegen, gerade die Produktivassoziationen in den Vordergrund geschoben, so wäre dagegen an und für sich nichts einzuwenden gewesen. Da Schulze-Delitzsch selbst die Produktivassoziation für den „Gipfelpunkt“ aller Arbeiterassoziation erklärte, so wurde er am blindesten widerlegt durch den einfachen Hinweis darauf, daß er trotz zehnjähriger Bemühungen keine oder doch keine irgend nennenswerte

Produktionsassoziation hatte schaffen können. Geistiger Zwerg, wie Schulze sein mochte, galt er in Deutschland als „König im sozialen Reiche“ und mußte entthront werden, wenn eine selbständige Klassenbewegung des deutschen Proletariats ins Leben gerufen werden sollte. Es kennzeichnet die damaligen Zustände, daß Schulze in der Hauptstadt der Rheinprovinz zu jener königlichen Würde ausgerufen wurde und oben-
drein durch zwei alte Genossen von Marx: durch Georg Jung, der an der Rheinischen Zeitung, und durch Heinrich Bürger, der selbst noch an der Neuen Rheinischen Zeitung mitgearbeitet hatte und im Kommunistenprozeß zu mehrjähriger Festungsstrafe verurteilt worden war.

Aber Lassalle lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter nicht, oder doch nicht allein, aus agitatorischen Gründen zunächst auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Er wollte den Arbeitern etwas Praktisch-Greifbares bieten und konnte sein Endziel, die Ablösung des Grund- und Kapitaleigentums, nicht auf seine Fahne schreiben, ohne daß der „Mob“ seiner fortschrittlich-manchesterlichen Gegner die ersuchte Möglichkeit gewann, ihn den noch gänzlich unaufgeklärten Massen gegenüber als kopflosen Schwärmer mit leichter Hand abzutun. Da er seinen Zweck noch nicht offenbaren konnte, so wählte Lassalle die Produktivassoziationen mit Staatskredit als ein Mittel, das ganz und gar von der eigenen Natur des Zwecks durchdrungen war. Mittelbar schon im Offenen Antwortschreiben und unmittelbar im Bastiat-Schulze spricht er sich dahin aus, es sei erforderlich, die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft mit ihren gemeinsamen Vorschüssen zu betreiben und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Maßgabe dieser ihrer Leistung zu verteilen. „Das Übergangsmittel hierzu, das leichteste und mildeste Übergangsmittel, sind die Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit. . . . Es ist noch keineswegs die Lösung der sozialen Frage, welche Generationen in Anspruch nehmen wird, aber es ist das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich entfaltende Senfkorn hierzu.“ Und in einer Anmerkung zu diesen Sätzen sagt Lassalle, gerade weil sein Übergangsmittel so milde und so praktisch ausführbar sei, und dennoch den organischen Keim aller weiteren Entwicklung in sich enthalte, habe es jenes namenlose Wutgeheul der Bourgeoisie erregt, die ihn ruhig als ungefährlichen Sektierer totgeschwiegen haben würde, wenn er irgendeine weitergehende abstrakte Forderung aufgestellt hätte. Eine theoretische Leistung und eine praktische

Agitation, wie er sie durch sein Offenes Antwortschreiben eingeleitet habe, hätten in einer Hinsicht ein ganz entgegengesetztes Gesetz. Eine theoretische Leistung sei um so besser, je vollständiger sie alle, auch die letzten und entferntesten Konsequenzen des in ihr entwickelten Prinzips ziehe. Eine praktische Agitation sei umgekehrt um so mächtiger, je mehr sie sich auf den ersten Punkt konzentriere, aus dem dann alles weitere folge. Nur müsse es eben ein solcher Punkt sein, der bereits alle weiteren Konsequenzen in sich trüge und aus welchem sie sich mit organischer Notwendigkeit entwickeln müßten.

Genau ebenso sprach sich Lassalle in seinen Briefen an Robbertus aus. Er sagt hier ausdrücklich, daß ihm die Produktivassoziationen mit Staatskredit nur Mittel zum Zwecke, zur Vergesellschaftung der Produktion seien, und daß er sich gern eines Besseren belehren lassen würde, wenn Robbertus ein besseres Mittel für den gleichen Zweck wisse. Aber er selbst kenne kein besseres Mittel, er sei überzeugt, daß der Staatskredit für die Arbeiterassoziationen der kleine Finger sei, der, mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmählich, freilich erst in 100 bis 200 Jahren, zur Ablösung des Grund- und Kapitaleigentums führen müsse.

Über die Gewissenhaftigkeit und Reinheit der Motive, die Lassalle bei der Forderung der Produktivassoziationen mit Staatskredit leiteten, ist somit kein Wort weiter zu verlieren. In dem Lichte, worin er diese Forderung sah, war es sein gutes Recht, zunächst nur sie zu plädieren. Aber er verfiel dabei einem theoretischen Irrtum, er verfiel in den Fehler des kleinbürgerlichen Sozialismus, anzunehmen, daß sich die Gesetze der Warenproduktion auf dem Boden der Warenproduktion aufheben ließen. Setzt man die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, so gehören die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wie das kommunistische Manifest sagt, zu den „Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“ Das heißt, sie können nicht von sich aus die kapitalistische in die sozialistische Produktionsweise überleiten. Sie produzieren Waren, und den Konsequenzen des sich selbst entwickelnden Lebens überlassen, müssen sie den Gesetzen der Warenproduktion unterliegen. Hatte Bucher gesagt, sie schüßten nur neue Eigentümer, so sagte Robbertus, dies neue Korporatibeigentum

werde für die Vergesellschaftung der Produktion sogar noch ein viel schwerer zu überwindendes Hindernis sein, als das individuelle Eigentum der Kapitalisten. Freilich wandte Lassalle ein, er wolle ja gar nicht, daß Boden und Kapital und Arbeitsprodukt den Arbeitern gehören solle, er wolle die gesellschaftliche Produktion in dem Sinne, daß der „Arbeitsertrag“ des einzelnen der Anteil an der gesamten gesellschaftlichen Produktivität sei, der bestimmt werde durch das Verhältnis, worin das Arbeitsquantum des einzelnen zum Arbeitsquantum der gesamten Gesellschaft stehe. Aber so sehr dies sein letzter Zweck war, so übersah er, daß sein Mittel für diesen letzten Zweck nicht taugte. Der „Arbeitsertrag“ der Arbeiter, die in den ihrer eigenen Entwicklung überlassenen Produktivassoziationen mit Staatskredit zu „ihren eigenen Unternehmern“ gemacht worden wären, würde, wie Robertus sagte, Bodenrente + Kapitalgewinn + Arbeitslohn sein und somit, wie Bucher sagte, an den chemischen Eigenschaften des Besitzes nichts ändern.

Man könnte nun meinen, dieser theoretische Irrtum Lassalles laufe schließlich auf einen Streit um des Kaisers Bart hinaus. Hätten die Arbeiter erst, wie das kommunistische Manifest und das Offene Antwortschreiben gleichermaßen voraussetzen, die politische Macht erobert, so würden sie längst so viel Logik gelernt haben oder durch die Logik der Tatsachen sehr bald darauf hingestoßen werden, daß die Produktivassoziationen mit Staatskredit ein Mittel für die Emanzipation ihrer Klasse nur im Sinne des kommunistischen Manifestes, aber nicht im Sinne des Offenen Antwortschreibens seien. Indessen hatte Lassalles Irrtum doch auch praktische Folgen. Waren die Produktivassoziationen mit Staatskredit der „organische Keim aller weiteren Entwicklung“, so war es schließlich gleichgültig, welcher Staat diesen Keim pflanzte, und damit wurde allen möglichen reaktionären Treibereien das Tor geöffnet. Auf der anderen Seite kannten die bürgerlichen Gegner Lassalles die Mänke und Schwänke der kapitalistischen Gesellschaft viel zu genau, um nicht sofort den schwachen Punkt seiner Rüstung zu erkennen. In diesem Punkte hätten sie ihm sogar weit ärger zusetzen können, als sie wirklich getan haben, wenn sie nur nicht einen Knüppel an ihren langen Fortschrittsbeinen gehabt hätten. Um Lassalles Irrtum so gründlich aufzudecken, wie es auch für sie und gerade für sie möglich gewesen wäre, hätten sie die Schönheiten der „besten aller Welten“ offenerziger ent-

hüllen müssen, als ihnen räthlich erschien, und so begnügten sie sich mit Einwänden, die den Kern der Sache gar nicht oder so obenhin trafen, daß Lassalle mit ihrer Abfertigung verhältnismäßig leichtes Spiel hatte, was ihn dann freilich wieder in seiner irrigen Auffassung bestärkte.

Zudem aber war Lassalle ein viel zu klarer und scharfer Denker, als daß seine Idee der Produktivassoziationen mit Staatskredit ihm so von außen angefliegen wäre und so ohne weiteres von ihm abgelöst werden könnte. Sie verflocht sich vielmehr mit seinem ganzen ökonomischen Denken. Lassalle hatte die Bodenrente und den Kapitalprofit richtig erkannt als Abzüge vom Arbeitsprodukt, aber er sah darin nur eine „Übervorteilung“ der Arbeiterklasse; er faßte die Mehrwertbildung als eine rechtsphilosophische Frage auf, nicht aber, wie Marx, als eine ökonomische Tatsache, die den Schlüssel zum Verständnis der gesamten kapitalistischen Produktionsweise bietet und berufen ist, die ganze Ökonomie umzuwälzen. Wie sehr immer Lassalle auf dem Boden des kommunistischen Manifestes stand, so hatte er doch nicht völlig das Band zerschnitten, das ihn mit dem vormärzlichen Sozialismus verknüpfte. Eine gewisse Anlehnung an den französischen Sozialismus läßt sich, wie schon im Arbeiterprogramm, so auch in Lassalles späteren Agitationschriften nicht verkennen.

Eine gewisse Anlehnung, die deshalb nicht übersehen werden darf, weil sie oft in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben worden ist. Lassalle hatte alles Recht zu der Vermutung, daß seine und Louis Blancs „nationalökonomische Ansichten sehr erheblich auseinanderlaufen“ dürften; seine Produktivassoziationen mit Staatskredit unterscheiden sich von Louis Blancs sozialen Ateliers so sehr, daß nur deutsche Professoren, die einmal dazu verurteilt sind, vor den Bäumen den Wald nicht zu sehen, beide Gebilde in einen Topf werfen konnten, wovor schon Albert Lange im Jahre 1865 gewarnt hat. Lassalle schloß sich an die französische Sozialdemokratie der vierziger Jahre an, ohne, wie es im kommunistischen Manifest heißt, das Recht aufzugeben, sich kritisch zu ihren Illusionen zu verhalten. Er hat ihre Illusionen auch kritisch überwunden bis auf den Rest, der ihm ökonomische Zusammenhänge doch noch juristisch und philosophisch und überhaupt ideologisch verkleidete. Der Mehrwert wälzt als ökonomischer Hebel die kapitalistische Gesellschaft um, aber als „Übervorteilung“ der Arbeiter läßt er sich durch den noch so ideal verkündeten Staat nicht aus der Welt schaffen. Auch

in seinen juristischen und philosophischen Vorstellungen ging Lassalle von ganz anderen Gesichtspunkten aus und gelangte zu ganz anderen Ergebnissen, als die französischen Sozialisten; er kam von Fichte und Hegel, wie Buchez von Saint-Simon und Blanc von Fourier. Aber in der Verteidigung der Produktivassoziationen mit Staatskredit hat sich Lassalle in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt, die bald an Buchez und bald an Blanc anklingen, nicht weil er den einen oder den anderen ausgeschrieben hat, sondern weil alle Versuche, denselben unlöslichen Widerspruch zu lösen, notgedrungen eine gewisse Ähnlichkeit haben müssen.

Mit der ideologisch-schematischen Auffassung von Gesellschaft und Staat hingen auch die falschen Schlussfolgerungen zusammen, die Lassalle aus der preußischen Einkommenstatistik zog. Zwar was er an und für sich damit beweisen wollte, das hat er bewiesen, trotz der unzähligen Ausstellungen, die mit Recht oder Unrecht, sei es gegen seine subjektive Auslegung, sei es gegen die objektive Richtigkeit der von ihm mitgeteilten Ziffern erhoben worden sind. Alle ehrlichen und unehrlichen Rechenkünste haben die Tatsache nicht umzustürzen vermocht, daß in Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die große Mehrheit in mehr oder minder elenden, eine verhältnismäßig geringe Minderzahl in mehr oder weniger erträglichen, ein absolut und relativ verschwindend kleiner Prozentsatz der Bevölkerung in mehr oder minder reichen Verhältnissen lebt. Alle Statistik spiegelt, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagt, das dunkle Loos der unendlichen Mehrheit wieder, „aus deren nachtbedeckten Fluten die Besitzenden nur hervorragen wie einzelne Pfeiler, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Flut, wie tief ihr Abgrund sei“. Aber es war völlig falsch, wenn Lassalle aus seinen Ziffern folgerte, binnen weniger Jahre könnten die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung, die arm und unbemittelt seien, um das Banner des proletarischen Emanzipationskampfes geschart werden, und dieser Irrtum hat ihm selbst die herbsten Enttäuschungen bereitet.

Es sind zwei ganz verschiedene Dinge: das Volk, das der französische Sozialismus der vierziger Jahre, und die moderne Arbeiterklasse, die das kommunistische Manifest der Bourgeoisie gegenüberstellte. Lassalle übersah den komplizierten Bau der kapitalistischen Gesellschaft. Er übersah, daß die Lohnarbeiter der modernen Industrie erst einen verhältnismäßig geringen Teil der unbemittelten Klassen bildeten und von diesem verhältnismäßig geringen Teile wieder nur ein verhältnismäßig geringer

Teil zum proletarischen Klassenbewußtsein erwacht war, daß die große Mehrheit der Klassen, aus denen die arme Masse der Bevölkerung bestand, das ländliche Proletariat, das Gesinde, die kleinen Bauern, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker bis auf einen Bruchteil der Gesellen, dem Befreiungskampfe der industriellen Lohnarbeiter feindselig oder mindestens gleichgültig gegenüberstanden, daß die Anschauungs- und Denkweise dieser verschiedenen Klassen von ihrer besonderen Klassenlage bestimmt wurde und daß noch ganz andere Umwälzungen der kapitalistischen Produktionsweise nötig waren, um ihnen die ökonomische Dialektik einzupauken, die ihnen zunächst durch die überzeugendste Beredsamkeit nicht eingeffloßt werden konnte. Lassalle wollte durch ideologische Triebkräfte erreichen, was nur ökonomische Triebkräfte vollbringen konnten.

So ist das Offene Antwortschreiben an Einseitigkeiten und Schwächen nicht arm, und doch haben gerade diese Einseitigkeiten und Schwächen seine nächsten Wirkungen eher gestärkt als geschwächt. Das eiserne Lohngesetz, die moralisch-rechtliche Beurteilung des Mehrwerts, die Einkommenstatistik mit ihren packenden Ziffern haben Hunderttausende treuer Herzen entflammt und Hunderttausende starker Arme gestählt. Das soll nicht in irgend einem entschuldigenden, sondern nur in einem erklärenden Sinne gesagt sein. Hätte Lassalle ansehbare Sätze in die Massen geschleudert, nicht weil er sie für richtig, sondern nur weil er sie für wirksam hielt, so wäre er nicht zu entschuldigen, und da er sie für richtig hielt, so braucht er nicht entschuldigt zu werden. Aber wie die Einseitigkeiten und Schwächen des Offenen Antwortschreibens schließlich alle aus der einen Quelle fließen, daß Lassalle die entwickelte kapitalistische Gesellschaft noch nicht in dem vollen Spiel ihrer immanenten Gesetze erkannte, so erklärt sich ihre starke Wirkung daraus, daß die entwickelte kapitalistische Gesellschaft damals in Deutschland überhaupt noch nicht bestand. Der praktische Maßstab fehlte, woran gemessen werden konnte, was in Lassalles Sätzen irrig war, und gegenüber den täuschenden Spinnweben, womit die Bourgeoisie das Proletariat umspann, hatte er noch immer dreimal recht, auch da, wo er nach dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis einmal unrecht hatte. Er war genau der Bahnbrecher, den die deutsche Arbeiterklasse unter den damaligen historischen Zuständen gebrauchte, und deshalb war er stark auch in seinen Schwächen.

Dann aber — wie weit traten die schwachen Seiten des Offenen Antwortschreibens gegen seine starken Seiten zurück! Lassalle gab gleich

im ersten Schlachtplane der Arbeiterbewegung eine so breite und tiefe Aufstellung, daß alle sektiererischen Abwege von vornherein verlegt waren. Er organisierte sie als politischen Klassenkampf in so geschlossener Phalanx, daß sie immer nur auf der ebenen Erde der modernen bürgerlichen Gesellschaft marschieren und schlagen konnte. Die Stunde mußte kommen, wo seine theoretischen Einseitigkeiten sich dem Vormarsche des Klassenbewußten Proletariats hemmend in den Weg legten, aber diese Hindernisse wurden auf die Dauer zermalmt von dem Massenschritte der Bataillone, die der große Denker und Kämpfer organisiert hatte.

Lassalle tat seiner Agitation nicht zu viel, sondern zu wenig, als er das Offene Antwortschreiben mit Luthers Thesen gegen den Ablass verglich. Die Thesen zündeten schneller und unmittelbarer, jedoch nur wie ein Funke, der in ein offenes Pulverfaß fiel, durch eine heftige Explosion die deutschen Massen des sechzehnten Jahrhunderts in eine wirre Bewegung schleudern. Verglichen mit ihnen war Lassalles Antwortschreiben eine Fackel, die der deutschen Massenbewegung des neunzehnten Jahrhunderts auf Jahrzehnte hinaus Wege und Ziele wies. Luther wurde von den Wirkungen seiner Tat überrascht, Lassalle wußte mit vollkommener Klarheit, was er tat. Er hoffte, durch sein Manifest die Arbeiter von innen heraus zum Verständnis ihrer ökonomischen Lage gebracht und sie gegen alle Lügen, Illusionen und Täuschungen befestigt zu haben. „Das Ganze lieft sich mit solcher Leichtigkeit, daß es dem Arbeiter sofort sein muß, als wükte er das schon lange, daß niemand es ihm mehr rauben und mit Trugschlüssen und Sophismen beseitigen kann“, schrieb Lassalle an den ihm befreundeten Kaufmann Levy in Düsseldorf. Aber er fügte auch hinzu: „Der Arbeiterstand im allgemeinen ist vielleicht noch nicht reif zur Klarheit, und ist dies der Fall, so bin ich allerdings ein toter Mann, und die Fortschrittspartei kann jubeln, daß ich mich gestürzt habe.“ Lassalle wagte, aber er wagte nicht leichtsinnig und nicht unbedacht, sondern im Sinne einer großen historischen Pflicht.

Als Bucher und Ziegler ihm noch im letzten Augenblick in den Arm fallen wollten, antwortete er ihnen: „Eine Arbeiteragitation ist da, es ist nötig, ihr das theoretische Verständnis und das praktische Lösungswort zu geben, und wenn es dreißigmal den Kopf kostete.“ Mit diesen Worten sicherte Lassalle sein Recht in der Mitwelt und seinen Ruhm in der Nachwelt.

7. Die ersten Erfolge und Misserfolge.

Das Leipziger Zentralkomitee beriet am 17. März die programmatische Schrift Lassalles und nahm sie mit sechs gegen vier Stimmen als Manifest der deutschen Arbeiterbewegung an, trotz des heftigen Widerspruchs, den Noszmähler, Dolge und der als Gast anwesende Streckfuß dagegen erhoben. Von der Minderheit wollten zwei Mitglieder nur eine bedingte Zustimmung geben und zwei andere die Schrift einfach den Arbeitern empfehlen. Diese beiden schieden aus, unter ihnen Dolge; ebenso legten Noszmähler und Winter ihre Ämter als Vertrauensmänner nieder. Indem sich die Mehrheit des Zentralkomitees für Lassalles Manifest entschied, verzichtete sie auf den Arbeiterkongreß mit dem Berliner Programm und erklärte sich für die Gründung eines großen Arbeitervereins mit dem Programm, das Lassalle entwickelt hatte. Damit löste sich das Zentralkomitee auf. Gerade um einen Tag hintenher, daß sich die von Arbeiterversammlungen gewählten Komitees als Vereine zu betrachten und die Bestimmung des Vereinsgesetzes zu beachten hätten, wonach sie nicht mit anderen Vereinen geschäftlich verkehren dürften.

Am 24. März legte das Zentralkomitee sein Mandat in die Hände einer allgemeinen Arbeiterversammlung nieder, die im Odeon stattfand. Wiederum warnten Dolge und Noszmähler, noch heftiger als sie sprach der Fortschrittler Schiltbach. Allein die Versammlung entschied sich mit 1350 gegen 2 Stimmen für Lassalle und setzte ein neues Komitee nieder, um den großen Arbeiterverein vorzubereiten.

Sonst schlug das Offene Antwortschreiben gleich einer Bombe ein, aber die Zustimmung war weit geringer als der Widerspruch. Ein Schwall von Vorwürfen ergoß sich wie über Lassalle, so auch über das Leipziger Zentralkomitee. Die erste Unterstützung erhielten beide von den wackeren Hamburgern, die schon am 28. März in einer allgemeinen Arbeiterversammlung die Leipziger Beschlüsse billigten. Im Namen dieser Versammlung sandten Perl und Audorf an die Koburger Arbeiterzeitung eine prächtige Erklärung, worin sie schonungslos das hinterhältige Spiel aufdeckten, das die Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse getrieben hatte. „Mit dieser Erklärung“, so schlossen sie, „reichen wir euch, ihr Braven von Leipzig, die Hand zum Bunde, die auch ihr das allgemeine

und direkte Wahlrecht auf euer Programm gesetzt habt, und ihr, die ihr euch, wenn auch vielleicht vergebens, für das Zustandekommen eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses bemühtet, nehmt unsern herzlichsten Dank. Möge diese unsere Anerkennung euch entschädigen für den Unbath, welcher euch von anderer Seite zu teil ward. Wenn vorläufig auch nicht das erreicht wird, was ihr und auch wir wünschen, ihr habt den Ruhm, zuerst mit Anstoß zu der Bewegung gegeben zu haben, die hoffentlich nicht wieder ersterben, sondern, wenn auch vielleicht erst in späteren Tagen, Großes gebären wird.“ Die Koburger Zeitung öffnete der zwei Spalten langen Erklärung wenigstens ihren „Sprechsaal“, freilich nur, um sie in neun Spalten redaktioneller Stoffen zu begraben, die, ein wirres Durcheinander von scheinbarem Wohlwollen und verhaltener Wuth, zum Schluß mit dem Zaunpfahl winkten, mit dem wörtlichen Abdruck des Bundestagsgesetzes von 1854.

Dann erklärte sich am 11. April eine Arbeiterversammlung in Düsseldorf für Lassalle; den zustimmenden Beschluß, den sie nach Leipzig sandten, haben die sechzig Teilnehmer eigenhändig unterzeichnet. Am demselben Tage entschied sich in gleichem Sinne der Solinger Arbeiterbildungsverein. Am folgenden Tage, am 12. April, fand in Köln ein Provinzialhandwerker- und Arbeitertag statt, auf dessen Tagesordnung die Leipziger Beschlüsse gestellt waren; er wurde von Köln, Düsseldorf, Solingen, Elberfeld und vier kleineren Ortschaften beschiedt; die Solinger hatten Briestauben mitgebracht, um das mit höchster Spannung erwartete Ergebnis sofort in die Heimat melden zu können. Auf diesem Tage kämpften fast nur Männer miteinander, die schon in der Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre tätig gewesen waren: Bürgers, Rittinghausen, der Kaufmann Levy aus Düsseldorf, der seit fünfzehn Jahren mit Lassalle befreundet war, und Hugo Hillmann. Bürgers hatte sich inzwischen zum sanften Fortschrittler zurückentwickelt und fuhr gegen Lassalle los, den Rittinghausen von oben herab behandelte, als einen Mann, der es recht gut meine, aber abgetane Rezepte wieder aufwärme und noch nicht begriffen habe, daß die direkte Gesetzgebung durch das Volk das Allheilmittel sei. Nur Levy und Hillmann traten energisch für Lassalle ein und errangen endlich den Sieg, freilich nur mit 64 gegen 57 Stimmen. Am 19. April trat dann noch der Wuppertaler Arbeiterverein in Elberfeld unter Hillmanns Vorfiß den Leipziger Beschlüssen bei.

Das war nun aber auch alles, und die Gegenkundgebungen erfolgten weit zahlreicher. Am 20. März meldete Ludwig Ldwe an die Leipziger, Schulze-Delitzsch sei durch Streckfuß von dem Beschluß des 17. März unterrichtet worden, und fuhr fort: „Schulze ist wütend auf Sie, möchte gern das Zentralkomitee von Leipzig fort haben, hofft auf Zwiespalt dort und selbst im Komitee und wird nach Offenbach, Pforzheim und Nürnberg Parole geben gegen die Lassallesche Broschüre.“ Der Nürnberger Arbeiterverein ging auch gleich ins Zeug und erklärte am 12. April, Lassalle sei „ein gedungenes Werkzeug der Reaktion“, was denn freilich den pffiffigeren Köpfen der Bourgeoisie zu plump war. Sie stimmten vielmehr die Entrüstungsresolutionen der Arbeiterbildungsvereine, die im April 1863 hundertfach von Stettin bis Karlsruhe niederhagelten, auf den Ton, Lassalles Broschüre sei ein „unvernünftiges Machwerk“, das man gar nicht würde zu beachten brauchen, wenn nicht der unbesonnene Zutritt des sogenannten Leipziger Zentralkomitees Bestrebungen in die Arbeiterbewegung gebracht hätte, die, „wissentlich oder unwissentlich, ein unvergleichlicher, den Feinden jeder freiheitlichen Entwicklung geleisteter Dienst“ seien.

Die Bourgeoisie war sich ihrer Klasseninteressen viel zu bewußt, um nicht sofort zu erkennen, was für sie auf dem Spiele stand, und sie zögerte keinen Augenblick, auf der ganzen Linie gegen Lassalle mobil zu machen. Eine Hege begann, derengleichen Deutschland noch nicht gesehen hatte, und die bürgerliche Presse bewies mit großem Erfolge, daß sie die unwürdige Kampfweise zu übertreffen wisse, womit ihre eigenen Helden zehn Jahre früher von den Denunzianten der feudalen Presse verfolgt worden waren.

Verhältnismäßig am anständigsten und würdigsten fand sich Schulze-Delitzsch mit Lassalle ab, so großes Recht dieser auch hatte, von Schulzes „Jammerantwort“ zu sprechen. Schulze antwortete auf Lassalles ritterliche Absage in sehr unritterlicher Weise; er schalt auf den „Marktschreier“ mit seinen „Aufschneidereien“ und „Wunderpillen“ und meinte in seiner Selbstüberhebung, „die ganze Dreistigkeit, das ganze Halbwissen des Herrn Lassalle“ gehöre dazu, um zu behaupten, alle Autoritäten der nationalökonomischen Wissenschaft hätten das eiserne Lohngesetz anerkannt. Aber Schulze war noch so gnädig, die Möglichkeit zuzulassen, daß Lassalle der Reaktion als unbewußtes Werkzeug diene, und er gab Lassalles Ansichten wenigstens in dem Punkte richtig wieder,

daß die Arbeiterklasse erst die politische Macht erobert haben müsse, ehe große soziale Reformen möglich seien. Das hinderte ihn freilich nicht, sich anzustellen, als wolle Lassalle die Arbeiter Hals über Kopf in die Produktivassoziationen mit Staatskredit schleudern und ihre männliche Würde durch eine erniedrigende Staatsknechtschaft vernichten. Möglich, daß Schulze, der nun einmal nicht aus seiner Kleinbürgerlichen Haut heraus konnte, dabei nicht absichtlich entstellte; jedenfalls brach er dann durch ein grobes Mißverständnis seiner Polemik gerade da die Spitze ab, wo sie den Gegner noch am ehesten hätte verwunden können. Er schätzte die praktischen Schwierigkeiten, die bei dem damaligen Entwicklungszustande der deutschen Arbeiterklasse ihrer genossenschaftlichen Organisation entgegenstanden, richtiger ein als Lassalle, und auf diesen Punkt hätte er sich beschränken sollen, wenn er überhaupt irgend etwas beweisen wollte. Aber seine grundsätzliche Behauptung, daß die kleinbürgerliche Geschäftemacherei der Arbeiterindividuen ein besseres Erziehungsmittel der Arbeiterklasse sei als ihre politische Aktion, war einfach komisch. Sie wurde auch dadurch nicht ernsthaft, daß Schulze so tat, als rate Lassalle den Arbeitern, die Hände in den Schoß zu legen und nur von Zeit zu Zeit einen Beitrag in die Wahlkaffe oder einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, worauf ihnen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen würden.

In ähnlicher Weise stumpfte Schulze die eigenen Waffen bei seinen Angriffen auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit ab. Als praktischer Kenner der kapitalistischen Gesellschaft sah er ein, daß solche Assoziationen auf dem Boden dieser Gesellschaft auch den Gesetzen der Konkurrenz unterliegen müßten, daß sie das Risiko der planlosen Produktionsweise tragen würden und somit Eigenschaften ihrer Mitglieder voraussetzten, die sich eher an geriebenen Börsenwölfen als an revolutionären Proletariern finden ließen. Da er aber nicht zugeben konnte, daß Lassalles Fehler darin bestand, das Übel nicht tief genug an der Wurzel gefaßt zu haben, so verfiel er auf den glorreichen Gedanken, das kapitalistische Risiko für den Inbegriff aller menschlichen Freiheit und alles menschlichen Heils zu erklären. Er meinte: weil den Produktivassoziationen, die Lassalle vorschlug, das Risiko durch den Staat abgenommen würde, müßten sie zur völligen Demoralisation der in ihnen assoziierten Arbeiter und zum völligen Herunterkommen der Gesamtgüterproduktion führen. Seiner besseren Vergangenheit ins Gesicht

schlagend, erklärte Schulze, „ein solches Ding, wie Unternehmergeinn, kenne die Wissenschaft nicht“. Was man so nenne, sei erstens Unternehmerlohn und zweitens Risikoprämie. Der Unternehmer sei derjenige Arbeiter, der das Meiste und Schwerste leiste und also auch höheren Lohn haben müsse, während ihm zugleich eine Prämie dafür gebühre, daß er sein Kapital, die Frucht früherer Arbeit, auf die Gefahr des Verlustes hin in ein neues Unternehmen stecke. Mit diesen erhebenden Gedanken schlug der „König im sozialen Reiche“ den sozialen „Marktschreier“ Lassalle.

Nicht minder erhebend war Schulzes Polemik gegen Lassalles politisches Programm. Niemand wußte besser als er, in welcher Weise eben erst die Arbeiter von der Fortschrittspartei und vom Nationalverein als politische Heloten untergebußt worden waren, und nun wagte er zu sagen, Lassalle beleidige durch seine Kritik der Fortschrittspartei die Arbeiter, die ja „kein Anhängsel, sondern ein großer und wesentlicher Teil“ dieser Partei seien. Ferner aber wies er darauf hin, daß die selbständigen Regungen des Proletariats im Jahre 1848 „die bestehenden und gebildeten Klassen mit und ohne Grund“ ins Lager der Reaktion getrieben hätten. Dies seine Argument war damals überhaupt der politische Haupttrumpf der Fortschrittspartei gegen Lassalle, gleichviel ob es als mehr oder weniger verblühte Drohung oder als tränenfellige Jeremiade vorgebracht wurde. So jammerte Noßmähler: jetzt sei endlich einmal die preußische Bourgeoisie gegen König- und Junkertum auf die Beine gebracht worden, aber sowie die Arbeiter eine selbständige Politik begännen, würde sie sofort wieder umfallen. Die guten Leute bestätigten damit, was Lassalle bei der Veröffentlichung des Offenen Antwortschreibens an Levy geschrieben hatte: „Glauben Sie mir, ich habe die Fortschrittspartei hier aufs genaueste studiert, ihr erster Hauptsatz ist: Nur keine Revolution von unten, lieber noch Despotismus von oben.“ Soweit waren beide Teile einig. Es fragte sich nur, ob Deutschland sich, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagte, jahrzehntelang in schweren Konvulsionen gewunden haben sollte, bloß damit die Herren v. Unruh und v. Vinde mit dem Könige und den Ministern reifen und sich einbilden könnten, Männer von Wichtigkeit zu sein. Diese Frage wurde von Lassalle ebenso entschieden verneint, wie von der Bourgeoisie bejaht.

Nach solchen Leistungen Schulzes klingt es seltsam, zu sagen, daß er sich unter Lassalles Segnern noch durch Anstand und Haltung aus-

gezeichnet habe. Gleichwohl war dem so. Die fortschrittlichen Blätter erklärten Lassalle einfach für einen hergelaufenen Stümper, der statistische Zahlen nicht zu lesen vermöge, der in den umgewandten Hosen des Schneiders Weitling die doch schon im Jahre 1848 gescheiterten sozialen Ateliers Louis Blancs wieder aufwärmen wolle, der das faule und längst widerlegte Gesetz Ricardos vom Arbeitslohne breittrete und keine Ahnung von Nationalökonomie habe. Oder sie denunzierten ihn noch summarischer als einen Renegaten, als einen Überläufer, der die Arbeiterklasse an das Ministerium Bismarck verraten wolle, als ein erkauftes Werkzeug der Reaktion. Indem sie Lassalles „Staatshilfe“ zu einem Vinsengericht entstellten, für das sich die Arbeiter an König- und Junkertum verkaufen sollten, versuchten sie, den demokratischen Nerv des modernen Proletariats, vor dem sie selbst die heiligste Scheu hatten, gegen Lassalle aufzureizen und dadurch von sich abzulenken. Es war der Ausdruck einer durchaus berechtigten Empörung, wenn Lassalle sagte, daß hundert Kloaken jeden Tag die unerhörtesten Lügen, Entstellungen und Gemeinheiten gegen ihn anschwemmen.

Glücklicherweise war weder Lassalle noch das Leipziger Komitee danach angetan, sich von dem Spektakel verblüffen zu lassen. Sie arbeiteten mit aller Kraft gegen den Strom, aber bei dem noch ungebrochenen Einfluß der liberalen Presse auf die Arbeiterbevölkerung kamen sie schwer vorwärts. Die Fäden, die sie nach allen Himmelsrichtungen spannen, blieben fast nirgends haften, abgesehen von dem halben Duzend Städte, in deren Arbeiterschaft das Offene Antwortschreiben sofort gezündet hatte. Ein Offener Brief, den Robbertus an das Leipziger Komitee richtete, war der einzige nennenswerte Erfolg der ersten Wochen. Und Robbertus bestätigte zwar alles, was Lassalle zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie gesagt hatte, aber er verwarf nicht nur die Produktivassoziationen mit Staatskredit, sondern warnte namentlich bringend vor dem, was für Lassalle die entscheidende Hauptfrage war: vor der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Er hatte gegen das allgemeine Wahlrecht an und für sich nichts einzuwenden, aber als „unumgängliche Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage“, wie er sich ausdrückte, wollte er es nicht anerkennen. Robbertus riet den Arbeitern, keinen politischen Umweg zu machen, sondern sich geradeaus als soziale Partei zu konstituieren, mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft zu verlangen und in ihrem neuen Vereine zu diskutieren,

wie sie zu dieser besseren Stellung gelangen könnten. Wenn den Arbeitern nur ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt helfen könne, so müsse dies Gesetz doch im tiefsten Frieden mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden.

Kein Zweifel, daß Robbertus es ehrlich meinte, daß sein Rat aus den Überzeugungen floß, die er seit zwanzig Jahren bekannt hatte. Auch war sein Offener Brief, der den manchesterlichen Humbug, den Fortschrittlern ins Gesicht hinein, schlagend als das nachwies, was er war, unter allen Umständen eine brave Tat. Jedoch der Agitation Lassalles gab dieser Helfer nur mit der einen Hand, was er mit der anderen Hand nahm. Der eifrige Briefwechsel, den beide Männer einige Monate lang führten, brachte sie keinen Schritt näher zusammen, trotz aller Sympathien, die sie füreinander hegten. Da Robbertus mit seiner staatssozialistischen Utopie vorsichtig zurückhielt, so hat Lassalle nie völlig erkannt, wie tiefe Gegensätze sie trennten, wie unüberwindlich die Abneigung des Utopisten Robbertus gegen den politischen Klassenkampf des Proletariats war. Er glaubte lange, mit seiner stürmischen Beredsamkeit und Liebenswürdigkeit den „stillen Kompagnon“ ganz gewinnen zu können, und brach dann ziemlich verstimmt die Verbindung ab, als all seiner Liebe Müß umsonst war. Hatte Robbertus aber wenigstens in seinem Sinne ehrliches und klares Zeugnis abgelegt, so erzielten andere Anfragen des Leipziger Komitees noch geringeren Erfolg: Bucher schwieg sich vorläufig ganz aus und Buttke antwortete mit einer allgemeinen Sympathieerklärung, die zwar frei war von den Vorbehalten, die Robbertus gemacht hatte, aber auch frei von der einschneidenden Kritik, womit Robbertus der freihändlerisch-fortschrittlichen Politik hart zusetzte.

Lassalle selbst entsprach dem Wunsche des Komitees, die Statuten des neu zu bildenden Vereins zu entwerfen und den Leipziger Arbeitern persönlich zu überbringen. In einer großen Versammlung, die am 16. April stattfand, widerlegte er die Einwände, die von den Gegnern gegen sein Offenes Antwortschreiben erhoben worden waren. Er bewies durch unanfechtbare Zitate aus Adam Smith, Ricardo, Stuart Mill, Say, Roscher, daß die bürgerliche Ökonomie in ihren hervorragendsten Vertretern das ehrene Lohngesetz anerkannt habe. Er deckte die Lüge auf, daß die Nationalwerkstätten, welche die provisorische Regierung der französischen Republik im Jahre 1848 in arbeitserfindlichem Sinne ein-

gerichtet hatte, mit Louis Blancs sozialen Ateliers oder seinen eigenen Produktivassoziationen gleichartig gewesen sein sollten. Er zerlegte die Doktrin, wonach sich der Staat nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse mischen dürfe, und wies ihre Hohlheit gerade an der englischen Geschichte nach, auf deren angebliches Vorbild sich die deutschen Freihändler besonders gerne beriefen. Damals brachte die Baumwollenzrisis, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg entstanden war, große Not über die englischen und auch die deutschen Weberdistrikte, und Lassalle konnte darauf hinweisen, daß gerade die englischen Manchesterländer mit ohrzerreißendem Geschrei nach Staatsintervention riefen, um die brotlos gewordenen Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten. Anknüpfend an Robbertus, betonte er den hohen zivilisatorischen Charakter seiner Agitation, die den Arbeitern in vollem Frieden die Fessel vom Fuße nehmen wollte, warnte er vor Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie, die selbst ein willenloses Produkt der herrschenden ökonomischen Zustände sei, aber anders als Robbertus, bekannte er sich als radikalen Demokraten, der die Fortschrittspartei nur angreife, weil sie sich unfähig erwiesen habe, mit der Reaktion aufzuräumen, der die Fortschrittspartei unterstütze, soweit sie der Reaktion gegenüber trete, der sie über ihre unentschlossene Stellung hinaus vorwärts drängen wolle. Die Rede hatte eine durchschlagende Wirkung, 1300 gegen 7 Stimmen erklärten sich für Lassalle. Sein Statutenentwurf wurde gedruckt und ebenso eifrig wie das Offene Antwortschreiben verbreitet, als Termin für die konstituierende Versammlung des neuen Vereins erst der Monat Juni ins Auge gefaßt, dann der 23. Mai festgestellt.

Aber schon drei Tage nach der Leipziger Versammlung, am 19. April, erfolgte ein starker Rückschlag. Eine Arbeiterversammlung in Berlin entschied gegen Lassalle. Sie war von den fortschrittlichen Führern einberufen worden, nach deren, von anderer Seite bestrittener Angabe ihr 1200 Arbeiter beigewohnt haben sollen. Den Vorsitz führte der Schriftsetzer Dittmann, während ein Beamter Vorsitz, namens Haase, den Bericht über den Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch erstattete. Es scheint, daß die bekannteren Vertreter der Fortschrittspartei sich doch geschämt haben, persönlich die Rolle zu übernehmen, die dieser sonst unbekannte Haase in ihrem Interesse durchführen mußte. Er behandelte den „Herrn Lassalle“ als einen beiläufigen Loren, erklärte die Staatshilfe als ein Attentat auf die individuelle Freiheit und die allgemeine

Sittlichkeit, was sich besonders schön ausnahm an einem Beamten des Vorgesetzten Werkes, das durch die ausgiebigste Staatshilfe emporgekommen war, und widerlegte das eiserne Lohngesetz durch den Ruf der Entrüstung: ein treuer deutscher Mann, der ein treues deutsches Mädchen heiraten wolle, werde sich wohl darum bekümmern, ob sein Tageslohn einen Silbergroschen höher oder niedriger sei. Dann meinte dieser angenehme Vorkämpfer der Fortschrittspartei, Lassalle sei zwar durch rheinische Geschworene von der Anklage des Kassettendiebstahls freigesprochen worden, aber man wisse ja, daß selbst die geschicktesten Juristen mit dem „Herrn Lassalle“ nicht fertig würden, und übrigens sei auch noch nicht aufgeklärt, inwieweit Lassalle in das Schicksal einer Frau verwickelt gewesen sei, an der kürzlich in seiner Nachbarschaft ein Raubmord um 25 Taler willen begangen worden war. Zu alledem rief die fanatisierte Menge Hurra hoch. Zwar ließ sich verstehen, daß Sächler, der nochmals die Gelegenheit ergreifen wollte, sich zu rehabilitieren, von der Tribüne geschrien wurde, aber auch der Demokrat Ludwig Löwe, der nicht einmal die Theorien Lassalles verteidigen, sondern nur dessen persönlichen Charakter vor den Verdächtigungen des Berichterstatters wahren wollte, wurde mit den triftigen Argumenten: Haut ihn! und Schmeißt ihn raus! zum Schweigen gebracht. Eine von dem Arzte Eisner, einem wirklichen Anhänger Lassalles, eingebrachte Resolution, die Versammlung solle vorläufig ein Urteil über die soziale Frage ablehnen, aber sich wenigstens für das allgemeine Wahlrecht erklären, flog einfach unter den Tisch. Das sogenannte Volksgericht verurteilte vielmehr den Volksverführer Lassalle, und die Berliner Blätter bliesen die erhebende Kulturtat mit schmetternden Posaunenstößen in die Welt hinaus.

Die häßliche Komödie jagte Bucher aus seiner furchtsamen Zurückhaltung heraus. Unter Berufung auf sie schrieb er am nächsten Tage dem Leipziger Komitee, das von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisieren und die Abwesenden zu täuschen, mache es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Er versprach einen Vortrag in Leipzig, um nachzuweisen, daß die Lehre der Manchester Schule: der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht bestehe. Kaum aber war dieser Brief in der Öffentlichkeit erschienen, als die Bourgeoisie den Strick zuzog, den sie um Buchers Hals

gelegt hatte. Am 26. April schrieb Bucher schon an Lassalle, der Brief an das Leipziger Komitee habe ihm „sehr ernste Verwicklungen“ gezogen. Er müsse den freundschaftlichen Umgang mit Lassalle aufgeben, da er sonst in Verwicklungen geraten könnte, die ihn zwingen, sich selbst in Verwicklungen zu stürzen. Er versprach, wo es nötig sei, einfach zu bekennen, er habe sich im Bewußtsein seiner Schwäche zurückgezogen. Dem Leipziger Komitee gegenüber fand sich Bucher mit dem Versprechen ab, statt des Vortrags, der die Frage nicht erschöpfen könne, eine kleine Schrift zu liefern, die er bereits unter der Feder haben wollte, aber niemals veröffentlicht hat. Damit zog sich Bucher völlig aus der Bewegung zurück. Den persönlichen Verkehr mit Lassalle hat er später wieder angeknüpft, aber niemals mehr, wie aus manchem urkundlichen Beweise hervorgeht, einen Einfluß auf Lassalles politische Entschlüsse gewonnen.

Vom rein menschlichen Standpunkt aus scheint Lassalle angenommen zu haben, daß der schwerere Teil von Buchers Schuld auf die Follertalente der Bourgeoisie falle. Immer ein treuester Freund seiner Freunde und ein viel zu großer Idealist, um ein guter Menschenkenner zu sein, hat er dem schwachen Manne bis zuletzt ein großes persönliches und leider übel genug gelohntes Vertrauen geschenkt.

8. Der Frankfurter Tag.

Am Tage nach der Berliner Versammlung richtete Lassalle eine Zuschrift an die Volkszeitung, worin er feststellte, daß zwei seiner Bekannten, die in seinem Auftrage erklären sollten, daß er bereit sei, den Berliner Arbeitern seine Vorschläge auseinanderzusetzen, wenn sie ihn dazu aufforderten, mit anderen Worten, wenn sie ihn ruhig anhören wollten, gar nicht zum Worte gekommen seien. Zugleich wiederholte Lassalle sein Anerbieten, in Berlin zu sprechen, wenn die Arbeiter ihn eben nur hören wollten, doch die fortschrittlichen Führer fürchteten diese gefährliche Probe zu sehr, als daß sie es darauf hätten ankommen lassen.

Indessen was ihnen in Berlin glückte, das mißlang ihnen zur gleichen Zeit in Frankfurt a. M. Am demselben 19. April, wo die Berliner Arbeiterversammlung Lassalles Agitation für das östliche Deutschland manjetot schlug, sollte ein Arbeitertag in Rödelheim dieselbe Aufgabe für das westliche Deutschland lösen. Zwar hatten sich die Arbeiter-

bildungsvereine des Maingauerbandes in ihrer Mehrzahl schon gegen Lassalle erklärt, aber Sonnemann und Max Birtz hielten es für angezeigt, den Verband als solchen noch einen Bannstrahl gegen Lassalle schleudern zu lassen. Zugleich sollte nach dem von ihnen eingebrachten Antrage das Komitee des Maingauer das Leipziger Komitee lahmlegen, indem es den früheren, in Offenbach gefaßten Beschluß ausführte und die Arbeiterbildungsvereine im fortschrittlich-manchesterlichen Sinne zentralisierte. Für diesen Zweck war der Arbeitertag nach Rödelheim einberufen worden; und er war zahlreich genug besucht; die Arbeiterbildungsvereine von Hanau, Mainz, Offenbach, Frankfurt, Bockenheim, Rüsselsheim, Darmstadt und Osthofen waren durch etwa 200 Delegierte vertreten.

Die pfißig ausgeheckte Rechnung hatte aber ein Loch oder sogar deren zwei. Erstens einmal tanzten nicht alle Vorsitzende der in Rödelheim vereinigten Arbeiterbildungsvereine so, wie die Macher pfißen. Ludwig Büchner, der den Darmstädter, und Theodor Müller, der den Frankfurter Arbeiterbildungsverein leitete, waren nicht geneigt, unbesehen auf Sonnemann und Max Birtz zu schwören. Beide Männer hatten nur ein sehr unzureichendes Verständnis für den Ökonomen und Politiker Lassalle, von dessen Persönlichkeit sie sich sogar eher abgestoßen als angezogen fühlten. Aber sie waren viel zu gebildet und meinten es mit den Bildungsbestrebungen der Arbeiter viel zu ehrlich, um nicht die Hege der Fortschrittspartei gegen Lassalle zu verurteilen. Theodor Müller, der schon zwei Jahre später an der Auszehrung starb, war kein Mann des Kampfes, vielmehr eine milde und sanfte, aber dabei im Ehrenpunkte feste Natur; er hatte den von ihm geleiteten Verein gehindert, gegen Lassalle loszutreten, und rücksichtslos die traurigen Manöver gemißbilligt, durch die Lassalle abgemeuchelt werden sollte. In ähnlicher Weise verhielt sich Ludwig Büchner als Berichterstatter auf dem Rödelheimer Tage. Der metallene Klang von Lassalles Kampfschrei scheuchte ihn zurück, er sah die Bildungsbestrebungen der Arbeiter durch den Bruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat arg gefährdet, und er hatte eine lange Reihe meist sehr laienhafter Einwände gegen Lassalles Vorschläge vorzubringen. Aber er gab diese Vorschläge doch sachlich wieder, er warnte die Arbeiter, sich durch die Schlagworte vom Sozialismus und Kommunismus ins Bockshorn jagen zu lassen, und empfahl ihnen, das Offene Antwortschreiben sehr ernsthaft zu prüfen.

Bassalle habe jedenfalls ein Herz fürs Volk gezeigt und verdiene um so größere Anerkennung, als er sich im Interesse einer guten Sache allen möglichen Gefahren und Unannehmlichkeiten ausgesetzt habe. Er fehle vielleicht nur darin, daß er mit einem Schlage erreichen wolle, wozu es jahrhundertelanger und gewiß jahrzehntelanger Vorbereitung bedürfe.

Zweitens aber herrschte unter den in Mödelheim versammelten Arbeitern eine gegen den Nationalverein sehr auffällige Stimmung. Es handelte sich dabei noch um einen viel schärferen Gegensatz, als der Gegensatz war, worin die großdeutschen Strömungen des südlichen Deutschlands überhaupt zu dem kleindeutschen Programm des Nationalvereins standen. Die moderne Industrie des Maingaaes war lange nicht entwickelt genug, um in den Arbeitermassen schon ein proletarisches Klassenbewußtsein zu erwecken, wie denn Frankfurt selbst eine Geld-, aber keine Fabrikstadt war. Doch galt die Stadt von 1848 her als ideelle Hauptstadt Deutschlands; sie war der Lieblingstummelplatz für alle möglichen Feste und Tage; hier pulsierte das damalige politische Leben am kräftigsten oder lärmte wenigstens am lautesten. Wie in den Gegenden, wo 1848 die Arbeiterbewegung eine gewisse Höhe erreicht hatte, am Rhein, in Hamburg, in Leipzig, die sozialistischen Überlieferungen wieder auflebten, so im südwestlichen Deutschland die kleinbürgerlichen Überlieferungen des bairisch-pfälzischen Aufstandes. Der Nationalverein hatte sich zunächst eingebildet, mit diesem Feuer spielen zu können; auf der Generalversammlung, die er 1861 in Heidelberg abhielt, hatte er die Einrichtung von Wehrvereinen unter Heranziehung „geeigneter Fachmänner“ und gleichzeitig Sammlungen für den Bau einer deutschen Kriegsflotte beschlossen, deren Ertrag der preußischen Regierung überwiesen werden sollte, um die preußische Krone gern oder ungeru an die Sache der deutschen Einheit zu fesseln. Die todesmutige Bourgeoisie feierte diese Beschlüsse als „deutsche Wallhauszene“, natürlich mit dem stillschweigenden Vorbehalte, daß Herr v. Bennigsen als Mirabeau der Lüneburger Heide nie in die Lage kommen werde, den Troß seines französischen Vorbildes nachzuahmen.

Aber es war wieder einmal die Geschichte von dem Huhne, das die Enteneier ausbrütet. Der Beschluß des Nationalvereins rief in der kleinbürgerlichen Jugend des südwestlichen Deutschlands eine große Zahl von Schützen-, Turn- und Wehrvereinen hervor, die viel zu viel von

dem „Kartätschenprinzen“ wußten, um sich einzubilden, daß die preußische Regierung durch Trinkgelber zur Vorkämpferin der deutschen Einheit aufgepäppelt werden könne, aber die sonst das Gute nahmen, wo sie es fanden, und gern den Rat des Nationalvereins befolgten, „geeignete Fachmänner“ zu ihrer Ausbildung und Ausrüstung heranzuziehen. Einen solchen Fachmann sahen sie in Rüstow, der ihnen den praktischen Wink gab, daß Wehrvereine vor allen Dingen Waffen haben müßten. Das leuchtete den Wehrvereinen ein; sie wurden immer munterer, und auf dem Frankfurter Schützenfeste von 1862 leisteten einige von ihnen den Schwur, im nächsten Jahre das umflorte Banner des „verlassenen Bruderstammes“ gegen den dänischen Unterdrücker zu tragen. So kindlich dieser Schwur, und so irrig Rüstows Meinung war, die verrottete Bundestagswirtschaft in Deutschland könne und müsse mit denselben Mitteln gestürzt werden, wie die verrottete Bourbonenwirtschaft in Süditalien, so zeugte die ganze Bewegung doch von dem guten Willen, endlich einmal aus dem Sumpfe leerer Schwabhaftigkeit herauszukommen. Ein nützliches Interesse hat ihr auch Bassalle geschenkt, als er im Sommer 1862 dem Hauptmann Schweigert, der unter Garibaldi und Rüstow gebient hatte und nun in England Gelder aufstreifen sollte, um ein paar tausend Gewehre für die Wehrvereine zu beschaffen, eine Empfehlungskarte an Marx mitgab.

Jedoch was ernsthafte Leute etwa an den Wehrvereinen interessieren konnte, das schlug die Führer des Nationalvereins mit panischem Schrecken. Sämtliche Preßorgane, die unter ihrem Kommando standen, erhielten die Ordre, dagegen zu eifern, daß sich die „unreife Jugend“ in den Schützen-, Turn- und Wehrvereinen mit Politik beschäftige; was ihr gestattet werden sollte, waren körperliche Übungen und etwa jener alberne Saufkomment, der die „gebildete Jugend“ der Hochschulen verblödet. Zum offenen Bruche kam es im Herbst 1862 auf einem Delegiertentage der Wehrvereine in Heidelberg, dem Rüstow und einige Hauptbahne des Nationalvereins beiwohnten. Rüstow verlangte, daß die für den Bau einer deutschen Kriegsflotte gesammelten Gelder zur Beschaffung von Waffen verwandt werden sollten; sie an die preußische Regierung auszuliefern, sei ein „Verrat an der Vernunft“. Die anwesenden Staatsmänner des Nationalvereins beanspruchten die Zurücknahme des „beleidigenden“ Wortes, und als Rüstow sich dessen weigerte, machten sie sich schleunig aus dem Staube. Gleich darauf spendete der National-

gereln auf seiner Koburger Generalversammlung den „patriotischen Bestrebungen“ der Schützen-, Turn- und Wehrvereine zwar noch eine platonische Teilnahme, lehnte aber „alle weitergehenden Anträge“ ab mit jener Vorsicht, die für ihn allemal der bessere Teil der Tapferkeit war.

Diese und ähnliche Vorgänge hatten in der „unreifen Jugend“ der südwestdeutschen Bevölkerung eine Stimmung erzeugt, die auf dem Arbeitertage in Rödelheim zu sehr deutlichem Ausdruck kam. Der Vortrag Büchners wurde mit großem Beifall aufgenommen, und als dann Sonnemann, Max Wirth und andere Kämpen des Nationalvereins auf Lassalle losgepaukt hatten, meinten die Arbeiter sehr kaltblütig, überrumpeln ließen sie sich schon lange nicht. Der Tischler Heymann aus Frankfurt sagte, die Herren möchten sich nur mäßigen, denn wie klug sie immer zu sein glaubten, so könnten sie doch noch manches von Lassalle lernen, und der Uhrmacher Scheppler aus Mainz fügte hinzu, Lassalle habe wenigstens das Verdienst, die Deutschen aus dem ewigen Nationalvereinsbusel aufzurütteln. Eine heftige Debatte belehrte die Regiffeure des geplanten Volksgerichts, daß sie diesmal den Vorhang zu früh aufgezogen hätten. Sie beiciten sich, gute Mene zum bösen Spiele zu machen. Sonnemann zog seine auf Vernichtung Lassalles gerichteten Anträge zurück und fragte mit gut gespielter Enttäuschung, ob so tadellosen Biebermännern, wie ihm und seinesgleichen, wohl eine Überrumpelung zuzutrauen sei. Ohne diese heikle Frage zu entscheiden, beschloß der Arbeitertag, Lassalle und Schulze-Devitzsch zu einem neuen Arbeitertage einzuladen, der zum 17. Mai nach Frankfurt a. M. einberufen werden sollte.

Schulze lehnte die Einladung unter dem Vorwande parlamentarischer Geschäfte ab: schwerlich weil er es nicht der Mühe für wert hielt, mit Lassalle zu debattieren, sondern viel wahrscheinlicher, weil er sich mit Recht scheute, in allzu große Nähe von Lassalles Klinge zu kommen. Lassalle dagegen sagte sofort zu, obgleich ihm alle seine Freunde abrieten, den Kampf auf einem Terrain anzunehmen, wo er von vornherein Sonne und Wind gegen sich haben werde. Er überfah mit richtigem Blicke die Sachlage. Er wisse sehr gut, schrieb er an Nordbertus, daß solche rednerischen Zweikämpfe nichts entschieden, aber nach der Art und Weise, wie die Berliner Arbeiterkomödie gegen ihn ausgebeutet werde, brauche er einen großen Eklat. Er wolle seine alte

revolutionäre Mähne schütteln und alles daransetzen, um zu siegen. Die Ungunst des Terrains werde seinen Triumph erhöhen oder im anderen Falle der Niederlage ihren Stachel rauben.

Nicht zum wenigsten deshalb nahm Lassalle die Einladung an, weil die halbe Wendung zu seinen Gunsten, die in Nödelheim erfolgt war, nicht sowohl ökonomische als politische Beweggründe hatte. Das Gerede von seinen reaktionären Hintergedanken war diejenige fortschrittliche Verleumdung, die ihm am meisten bei den Arbeitern schadete. Sie wurde um so gefährlicher, als die reaktionäre Presse jetzt ein sehr verdächtiges Interesse an seiner Agitation zu bekunden begann. Ein Kampf, worin ihm die demokratischen Arbeiter des Maingaues den Siegerpreis erstellten, konnte der stockenden Bewegung einen mächtigen Anstoß geben.

Aber auch sonst brauchte Lassalle in jeder Beziehung einen großen Glanz. Seine Verfassungsreden, das Offene Antwortschreiben, die Leipziger Rede, die Gerichtsreden in dem wegen des Arbeiterprogramms anhängigen Prozesse enthielten eine Fülle des lehrreichsten und packendsten Agitationsmaterials; die kleinste dieser Kundgebungen eröffnete noch immer tiefere Einblicke in das Wesen von Gesellschaft und Staat, als die gesamte Weisheit der Fortschrittspartei zu eröffnen vermochte. Insbesondere so meisterhaft Lassalle die schwierigsten Fragen leicht faßlich zu behandeln verstand, so war sein Broschüren- und Redekampf doch der Kampf eines Schwerebewaffneten mit den ungezählten Schwärmen eines leichten Pandurengesindels, das jeden Tag mit neuen Angriffen auf ihn eindrang. Bei aller Unerlöschlichkeit seiner Arbeitskraft donnerten seine Kanonenschläge nur in gemessenen Zwischenräumen und verhallten so unter dem knatternden Kleingewehrfeuer, das die fortschrittliche Presse täglich gegen ihn richtete.

Für diesen Guerillakrieg war Lassalle nicht gerüstet. In einem oder zwei Fällen gelang es ihm, der gegnerischen Presse die Aufnahme von Erwidrerungen auf ihre Angriffe abzutrogen: in der Boissischen Zeitung nagelte er den alten Kaut auf den Wenn und Aber fest, womit diese professorale Autorität das eiserne Lohngesetz angeblich bestreiten wollte, aber tatsächlich bekräftigte. Das einzige liberale Blatt, das Lassalles Einsendungen mit einiger Bereitwilligkeit aufnahm, war die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig, deren Herausgeber Brockhaus das System der erworbenen Rechte verlegt hatte. Lassalle benützte diesen ihm nicht aus politischer Sympathie, sondern aus persönlicher Gefälligkeit er-

öffneten und deshalb ganz ungenügenden Sprechsaal namentlich dazu, die urkundliche Wahrheit über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 festzustellen, die ihm fort und fort in grober Unwissenheit oder perfider Entstellung als abschreckende Vorbilder seiner Produktivassoziationen mit Staatskredit vorgehalten wurden. Sonst konnte Lassalle noch über einige kleine und wenig gelezene Lokalblätter verfügen, die entweder wie der Nordstern in Hamburg, der Zeitgeist in Leipzig und die Fränkische Volkszeitung in Nürnberg schon in den letzten Zügen lagen, oder wie der Volksfreund in Frankfurt, die Schwäbische Volkszeitung in Stuttgart und der Gradau in Ehlingen eine kümmerliche Existenz durch eine halbe Arbeiterfreundschaft fortzuschleppen suchten. Mit diesen schwachen publizistischen Hilfsmitteln war gegen die liberale Presse nicht aufzukommen, die sich wenig daraus machte, wenn Lassalle diesen oder jenen aus ihrer Mitte moralisch abtat. Der Bourgeoisie fehlt es nie an neuen Goldschreibern, die ihre leichte Ehre gern für schweres Gold opfern. Umsomehr mußte Lassalle an einem durchschlagenden Erfolge gelegen sein, der, mitten im Lager der Gegner erschoten, mit allen Zügen nicht aus der Welt geschafft werden konnte.

So waren denn, wie Büchner ohne besondere Übertreibung sagte, die Augen von halb Deutschland auf den Arbeitertag gerichtet, der am 17. Mai in Frankfurt a. M. stattfand. Das Komitee des Maingaues hatte alle Maßregeln getroffen, um Lassalles Niederlage von vornherein zu sichern. Der Frankfurter Arbeiterbildungsverein war immer schwieriger geworden; sein Vorsitzender Theodor Müller ließ sich nicht fangen, und unter den Mitgliedern agitierte Bernhard Becker, ein eben aus dem englischen Exil heimgekehrter Flüchtling von 1848, mit Schrift und Wort für Lassalle. So hatte man denn als Gegengewicht schnell einige neue Vereine von abhängigen Arbeitern gebildet, die am entscheidenden Tage durch reichliche Trankspenden zum Kampfe für die heilige Sache des Kapitals angefeuert wurden. Der untere Raum des Saales, wo verhandelt werden sollte, wurde für die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine abgesperrt, die zum großen Teile schon gegen Lassalle abgestimmt hatten, und einer von Sonnemanns Redakteuren sorgte als bestallter Ordner dafür, daß sich keine Böcke unter die Schafe mischten. Alle Arbeiter, die keinem Verein angehörten, mußten auf die Galerien wandern, ohne das Recht mitzustimmen, aber mit der Pflicht, sechs

Kreuzer für die Person zur Deckung der Tageskosten zu zahlen. Dann ließen sich fünfzehn Redner „schon vorher“, wie Büchner sagt, in die Rednerliste eintragen, um Lassalle, sobald er geendigt hatte, mit den bewährten Tiraden der Fortschrittspartei in sein Nichts zurückzuschleudern. Gewiß hatte das Komitee des Maingaues das formelle Recht, die von ihm einberufene Versammlung so einzurichten, wie ihm beliebte, aber Lassalle war sachlich im Rechte, wenn er meinte, die Sonnemann und Wirth hätten von ihrem formellen Rechte nicht wohl einen illoyaleren Gebrauch machen können.

Natürlich war er nicht so leicht zu übertölpeln. Er sicherte sich, soweit er es für nötig hielt, und ließ sich von Büchner das Versprechen geben, daß er sprechen dürfe, so lange er wolle, ohne unterbrochen zu werden. Auf Büchners Wort konnte er sich verlassen, und mehr brauchte er nicht, um seiner Sache und seinem Sterne zu vertrauen. Seine große Rede war vortrefflich der Gelegenheit angepaßt. Arm an neuen Gedanken, zum großen Teile nur eine weitere Ausführung und Begründung dessen, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben und in der Leipziger Rede gesagt hatte, war sie reich an schlagenden Wendungen, die mißleitete Hörer gewinnen und hinterlistige Feinde entwaffnen mußten.

Gleich im Anfange verblüffte Lassalle die Versammlung durch den Nachweis, daß Max Wirth das eiserne Lohngesetz, das dieser Wiedemann seit Wochen als ein nichtswürdiges Blendwerk verfluchte, in einem sozusagen „wissenschaftlichen“ Werke selbst als unanfechtbare Wahrheit verklärt hatte. „Sie sehen, meine Herren, ein Lohnarbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwertes, aber ein Lohnschreiber, das ist eine ganz andere Sache.“ Mit beißendem Hohne fügte Lassalle hinzu, er habe jenes Werk Max Wirths nicht gelesen, sondern unwillig beiseite geworfen, als er es bei seinem Erscheinen angeblättert und sofort den „gedankenlosen Zusammenstoppler“ erkannt habe. Aber ein Freund habe ihn auf die Stelle aufmerksam gemacht, wo Max Wirth das eiserne Lohngesetz anerkenne. Dieser Freund war Robbertus, dem Lassalle so seinen Dank abstattete in einer Form, die den unglücklichen Max Wirth um so tiefer demütigte. Vergebens suchten die Drahtzieher des Komitees ihren anwesenden Kumpan durch tumultuarische Schlußrufe zu rächen. Aus der Versammlung erhob sich energischer Protest gegen die Spektakelmacher; sie wollte diesen interessanten Redner weiter hören.

Lassalle verteidigte dann die statistischen Ziffern des Offenen Antwortschreibens, gegen die sich ein „Meer von Zweifeln und ein Sturm von Wut“ erhoben habe, weil man den unbemittelten Klassen ihre Zahl verschweigen wolle, um ihnen ihre Macht zu verschweigen. Er zerkaufte namentlich einen gewissen Wackernagel, einen kleinen Literaten in Elberfeld, der weder vorher noch nachher etwas geleistet hat, aber damals als große Leuchte der Statistik gefeiert wurde, weil er die Ziffern Lassalles neben ein paar, mehr in der Form als in der Sache, zutreffenden Einwänden durch dreiste Schönfärberei aus der Welt zu schaffen gesucht hatte. Lassalle wies dann durch andere und genauere Ziffern der amtlichen Statistik nach, daß es im wesentlichen immer bei dem Resultate bleibe, das er im Offenen Antwortschreiben festgestellt hatte, und beleuchtete durch die furchtbaren Sterblichkeitsziffern des Proletariats den Einwand Büchners, es sei nicht zu begreifen, daß die Hälfte der preussischen Bevölkerung nicht lange vor Hunger gestorben sei, wenn die Ziffern der amtlichen Statistik richtig sein sollten. Daran knüpfte Lassalle den Stoßseufzer: „Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdamnten Bedürfnislosigkeit.“ Unter nun schon ungestörtem Beifalle der Versammlung entwickelte Lassalle, daß die Bedürfnislosigkeit eine Tugend sei für den indischen Säulenheiligen und den christlichen Mönch, aber nicht für den Geschichtsforscher und den Nationalökonom, die in den wachsenden Bedürfnissen eines Volkes den Stachel seiner Entwicklung und Kultur erblickten.

Über das Prinzip der Staatshilfe verbreitete sich Lassalle ähnlich wie in Leipzig, mit noch eingehenderem und schlagenderem Nachweise der Geistesarmut, woraus die manchesterlichen Gemeinplätze flossen. Die Frage, woher der Staat das Kapital oder den Kredit für die Produktivassoziationen der Arbeiter nehmen solle, beantwortete er mit der Ausführung, daß dazu nicht „Tausende von Millionen“ notwendig sein würden, wie Schulze behauptet hatte, sondern daß für die erste Zeit hundert Millionen Taler, mit denen sich 400 000 Arbeiter assoziieren könnten, noch viel zu viel sein würden. Er setzte diese Zahl ausdrück-

Ich nur als Beispiel, was die Gegner nicht gehindert hat, von nun an dies Beispiel zu mißbrauchen, um den Gedanken selbst lächerlich zu machen. Ein hoffnungsvoller Jüngling, der damals als getreuer Knecht des Kapitalismus zu schreiben begann, er hieß Eugen Richter, schrieb bald darauf als verummter Arbeiter: „Also kriegt jeder der 400 000 Arbeiter, welche sich die künftigen Minister aussuchen, demaleinst von den 100 Millionen Talern 200 Taler gegen Zinsen gepumpt, mit denen er in der Produktivgenossenschaft unter Polizeiaufsicht zu arbeiten hat? Weiter nichts? Danke schön!“ Der angebliche Arbeiter berechnete, daß er sich in einem Schulzeschen Konsumvereine die 200 Taler in sieben Jahren und vier Monaten sparen könne, und dann habe er sie zu freiem Eigentum, während er sie als Staatshilfe von einem sozialdemokratischen Minister geborgt bekommen solle, falls er Glück und gute Wetter haben. „Und darum soll man noch seine Freiheit dahingeben und unter Polizeiaufsicht arbeiten? Das ist zu dumm!“ Richters Polemik gegen Lassalle war allerdings zu dumm; hätten diese Klopffechter bei all ihrer Gewissenlosigkeit einen Funken von Verstand gehabt, so hätten sie vielmehr gegen Lassalles Kreditoperation polemisiert, die an einem ähnlichen Fehler litt wie seine Produktivassoziation überhaupt: an dem Fehler, wie eine neue Eisenbahn, so auch eine neue Gesellschaft mit Staatsanlehen ins Leben rufen zu wollen. Aber es war nun einmal das Unglück dieser genialen Denker, selbst dann noch immer dreimal unrecht zu haben, wenn Lassalle einmal unrecht hatte, und so konnte er ihr irres Phantasieren von der Unmöglichkeit, der Arbeiterklasse durch den Staat zu helfen, siegreich mit den Worten niederschlagen: „Stellen Sie sich die Sache einmal ganz roh und ganz falsch vor, stellen Sie sich vor, der Staat müsse die hundert Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Mätressenliebhaberei, in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungsfucht der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen, also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt

so viel dagewesen, für jedes beschränkte Abzinsinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um die Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen?"

Soweit war Lassalle unter steigendem Beifalle gekommen, als die Gegner erkannten, daß höchste Gefahr im Verzuge sei. Die Versammlung erwärmte sich mehr und mehr für Lassalle, während die Aussicht schwand, daß nach seinen nun schon vierstündigen Ausführungen noch andere Redner zum Worte kommen würden. Zwar hatte Lassalle sich bereit erklärt, für diesen Fall in einer neuen Versammlung zu erscheinen und seinen Widersachern Rede zu stehen, aber sie mochten nicht ohne Grund fürchten, daß sie erst recht den kürzeren ziehen würden, wenn die Rede Lassalles eine ungestörte Wirkung ausüben könnte. So provozierten sie einen Skandal, durch den Lassalle veranlaßt wurde, abzubrechen. Nach kurzer Rücksprache mit ihm erklärte Heymann von der Tribüne, daß Lassalle zwei Tage später seine Rede im Saale des Arbeiterbildungsvereins beenden würde.

Am nächsten Tage behaupteten die Organe der Frankfurter Bourgeoisie, die „große Masse“ der Arbeiter hätte mit einem Hoch auf Schulze-Dehlig den Saal verlassen, doch war diese Rechnung ohne den ehrlichen Theodor Müller gemacht. In einer öffentlichen Erklärung deckte er „einige Zahlenlügen“ auf. Danach hatte das Komitee des Main-gaus 1300 Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine ins Protokoll eingetragen, während nach einer genauen Zählung nur 527 anwesend gewesen waren. Davon waren bei Schluß der Versammlung noch 250 bis 300 zugegen gewesen, von denen höchstens 60 mit einem Hoch auf Schulze den Saal verlassen hatten. Lassalle durfte mit Recht an Robbertus schreiben, dieser möge sich durch die unwahren Berichte der liberalen Presse nicht beirren lassen, kein Wort davon sei wahr. Es sei vielmehr ein entschiedener Sieg gewesen, der, wenn nicht die Intriguen der Gegner alle Grenzen mutmaßlichen Erfolges überschritten, seiner Krönung entgegengehe.

In der Tat entschied die zweite Versammlung am 19. Mai mit 400 gegen 40 Stimmen für Lassalle. In dem Reste seiner Rede erörterte er hauptsächlich die politische Seite der Frage, und es ist glaubhaft genug, was ein Augen- und Ohrenzeuge berichtet, daß nämlich Frankfurter Turner, weniger von proletarischem Klassenbewußtsein, als von jugendlichem Enthusiasmus geleitet, den Erfolg gesichert haben.

Mit zündenden Worten führte Lassalle aus, daß gerade die politische Seite seiner Erhebung die Arbeiter nötigen müsse, ihr zuzujuchzen. „Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen? Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu anderen zu sprechen, als zu Demokraten!“ Die fortschrittliche Philisterbewegung könne keine Resultate haben, und wenn man Jahrhunderte, wenn man ganze geologische Erdperioden darauf warten wolle. Seitdem die Regierungen schlau genug gewesen seien, die materiellen Interessen der Bourgeoisie zu befriedigen, sei diese Klasse für die politische Freiheit nicht mehr ins Feuer zu bringen. Hinter der Reaktion ständen Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzten; hinter der politischen Freiheit stehe keine Klasse, stehe niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen. Es sei das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt. Wer ihn beschuldige, der Reaktion zu dienen, der lüge bewußt und schmäht ins Gegenteil hinein! Nicht Reaktion befürchte die liberale Bourgeoisie von ihm, wie sie behaupte, sondern umgekehrt, sie fürchte, daß sich aus dieser Agitation im Laufe einiger Jahre das allerernsthafte Gegenteil von Reaktion entwickeln werde. „Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr!“ In diesem Zeichen gewann Lassalle den Frankfurter Tag.

In demselben Zeichen siegte er den Tag darauf in Mainz, wo sich eine Versammlung von 700 Arbeitern einstimmig für ihn erklärte.

9. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Nun eilte Lassalle nach Leipzig, wo am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde. Lassalle soll gesagt haben, daß er ohne die Erfolge in Frankfurt und Mainz von seinem Unternehmen zurückgetreten sein würde, was immerhin nur mit dem bekannten Körnlein Salzes verstanden sein will. In Lassalles Art lag es nicht, so bald eine Fahne fallen zu lassen, die er einmal erhoben hatte, und gegenüber dem revolutionären Troge, der sein ganzes Wesen durchdrang, fällt nicht eben schwer ins Gewicht, was er früher oder später in seiner leidenschaftlichen Weise und unter dem Drucke auf-

relbender Kämpfe, über die einzelnen antreibenden oder widerstrebenden Empfindungen gesagt haben mag, die ihn bei der entscheidenden Tat seines Lebens nicht sowohl geleitet als begleitet haben. Er wäre wohl auch ohne den Frankfurter Sieg auf der einmal betretenen Bahn vorwärts geschritten, und wie sehr ihn dieser Erfolg gehoben hat, so verskannte er deshalb nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die seiner noch harrien.

Die öffentliche Gründung des Vereins erfolgte im Pantheon. Vertreten waren elf Städte durch zwölf Delegierte: Leipzig durch Wahlteich, Danmer und Frißsche, Hamburg durch Audorf und Perl, Harburg durch York, Köln und Düsseldorf durch Levy, Elberfeld, Barmen und Solingen durch Hillmann, Frankfurt a. M. durch Bernhard Becker und Heymann, Mainz durch den Uhrmacher Scheppler, und endlich traf während der Verhandlungen der Schuhmacher Lässig aus Dresden ein, wo die Sache erst wenige Anhänger hatte. Sonst waren noch einige hundert Leipziger Arbeiter zugegen, viel weniger, als zu den Arbeiter-versammlungen im Odeon zusammengeströmt waren, die im Winter stattgefunden hatten. Darüber rissen die bürgerlichen Blätter wohlfeile Witze, ebenso über die Wahl des Lokals, das sie als „Pandämonium“ taufte. Doch erklärte sich die verhältnismäßig geringe Beteiligung der Leipziger Arbeiter hinlänglich dadurch, daß die Verhandlungen nicht am Abend, sondern am Nachmittage stattfanden.

Als Zweck des Vereins gab der erste Paragraph der Statuten an, auf friedlichem und geselligem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu wirken, als des einzigen Mittels, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassegegensätze in der Gesellschaft herbeiführen könne.

Größere Schwierigkeit, als die Erklärung des Prinzips, machten die organisatorischen Bestimmungen der Statuten. Lassalle hatte mit Ziegler, auf dessen Organisationstalent er große Stücke hielt, den Plan einer allgemeinen Arbeiterversicherungsgesellschaft beraten, und auch, nachdem dieser Plan fallen gelassen worden war, für seinen politisch-sozialen Agitationsverein an den Grundgedanken des von Ziegler entworfenen Statuts festgehalten. So namentlich daran, den Verein nicht von vornherein in allzu enge Paragraphen zu schnüren, vielmehr seiner

Leitung möglichst freie Hand zu lassen und mindestens dem Vorsitzenden für eine längere Reihe von Jahren eine feste Stellung zu sichern. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß möglichst diktatorische Vollmachten für den ersten Präsidenten in der Natur der Sache lagen, gleichviel ob sie Lassalles persönlichen Neigungen entsprachen oder nicht. Selbst die Rücksicht auf die reaktionären Vereinsgesetze, die fast in allen deutschen Staaten bestanden und darin übereinstimmten, den Verkehr politischer Vereine untereinander zu verbieten, stand hierbei nicht einmal in erster Reihe, so sehr sie dadurch auf eine straffe Zentralisation hindrängte, daß keine Zweigvereine gebildet werden durften, sondern alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz dem in Leipzig domizilierten Verein unmittelbar angehören mußten.

Sieht man von alledem ab, so handelte es sich nicht darum, eine sozialistische Propagandagesellschaft, wie weiland den Bund der Kommunisten, sondern eine sozialistische Partei zu gründen, die einheitlich denken und schlagen, die so schnell wie möglich die Massen der Arbeiterklasse als geschlossene Scharen auf den politischen Kampfplatz werfen sollte. Das war, so wie die Dinge damals lagen, nicht anders zu erreichen, als durch die diktatorische Leitung eines Mannes, der die proletarischen Interessen mit überlegenem Blicke zu erkennen und zu vertreten verstand. Das beste Rekrutenmaterial, womit die neue Bewegung rechnen konnte, waren noch die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine, das heißt Arbeiter, die, seit Jahren an die leerste Vereinspielerei gewöhnt, überhaupt erst zum Handeln und Schlagen erzogen werden mußten. Lassalle war gezwungen, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken, und es kam auch hier darauf an, in den besonderen Umständen zugleich dem bleibenden Kerne der Dinge gerecht zu werden, jenem demokratischen Geiste, der zu jeder proletarischen Bewegung gehört, wie die Lunge zum Atmen. So wie Lassalle den proletarischen Klassenkampf organisierte, gab er ihm die Kraft, verhältnismäßig leicht und schnell die vergängliche Form zu zerbrechen, worin er zuerst nur organisiert werden konnte. Niemand hat bereedter als Lassalle die im modernen Proletariat schlummernde Kraft, sich selbst zu disziplinieren, zu erwecken gewußt. Es ist in erster Reihe sein Erbe, daß die Notwendigkeit einer festen Organisation in Fleisch und Blut der deutschen Arbeiterklasse übergegangen ist, daß eine solche Organisation in schwersten Zeiten ohne äußere Stütze zu funktionieren vermocht hat, und ein so

kostbares Erbe ist gewiß nicht zu teuer erlauft worden durch die zeitweiligen und alles in allem sehr vorübergehenden Wirren, die das allzu slavische Kleben am Wortlaute von Lassalles Statuten hervorgerufen hat.

Diese Statuten bestimmten etwa folgendes: Jeder Arbeiter kann durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichem Stimmrecht werden und zu jeder Zeit wieder austreten. In zweifelhaften Fällen entscheidet der Vorstand, ob jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei; auch hat der Vorstand das Recht, Nichtarbeiter in den Verein aufzunehmen oder anstößige Mitglieder auszuschließen, vorbehaltlich ihres Rekurses an die Generalversammlung. Beim Eintritte hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen Eintrittsgeld zu entrichten, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Der Vorstand besteht aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, darunter einem Kassierer und einem mit 400 Talern besoldeten Sekretär. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung; für den Präsidenten das erstemal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr nach absoluter Majorität. Der Vorstand verwaltet die Angelegenheiten des Vereins und entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch kann der Präsident dringliche Anordnungen sofort treffen mit dem Vorbehalte, innerhalb dreier Monate die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Eine Generalversammlung muß jährlich einmal stattfinden. Ort und Zeit bestimmt der Präsident, doch muß er jederzeit innerhalb sechs Wochen eine Generalversammlung einberufen, wenn die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich darauf bei ihm anträgt. Ebenso setzt er Ort und Zeit der Vorstandssitzungen fest, muß sie aber innerhalb vier Wochen einberufen, wenn es die Majorität des Vorstandes verlangt. Der Kassierer ist verpflichtet, alle Ausgaben zu leisten, die der Präsident anweist, der seinerseits von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen ist. Die laufende Verwaltung führt der Sekretär des Vereins. An der Spitze der örtlichen Mitgliedschaften stehen Bevollmächtigte, die vom Vorstand ernannt werden. Der Vorstand ist befugt, sie jederzeit abzusetzen, der Präsident, sie vorläufig zu suspendieren. Ihre Obliegenheiten bestehen darin, Mitglieder aufzunehmen, Einschreibegelder und Beiträge an die Kasse abzuführen, an den Sekretär zu berichten, öffentliche Versammlungen der örtlichen Vereinsmitglieder einzuberufen und zu leiten. Die Dauer des Vereins wird auf dreißig

Jahre festgesetzt, Änderungen der Statuten sind erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins zulässig und müssen dann mit mindestens Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung beschlossen werden.

Es ist klar, wie große Machtvollkommenheiten diese Bestimmungen in die Hand des Präsidenten legten. Die etwaige Einschränkung seiner Macht durch die 24 anderen Mitglieder des Vorstandes hatte wenig auf sich. Sie waren über ganz Deutschland verstreut und dadurch in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert. So ging von vornherein, als verständte es sich von selbst, die wichtige Befugnis, die Bevollmächtigten zu ernennen, vom Vorstande auf den Präsidenten über. Es ist aber bemerkenswert, daß sich bereits in der konstituierenden Versammlung eine demokratische Opposition gegen die allzu schrankenlose Präsidialgewalt erhob. Sie wurde besonders durch die Delegierten von Hamburg und Harburg vertreten, die Lassalle noch nicht persönlich kannten. Audorf beantragte, die erstmalige Wahl des Präsidenten nicht auf fünf, sondern nur auf drei Jahre zu erstrecken, und als dieser Antrag abgeworfen worden war, demonstrierte York durch einen unbeschriebenen Stimmzettel gegen die Wahl Lassalles zum Präsidenten, nicht aus persönlichem Mißtrauen gegen Lassalle, aber gereizt durch die taktlose Bemerkung Bernhard Beckers, es sei ja selbstverständlich, daß Lassalle das Präsidium erhalten müsse.

Lassalle nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: erstens sollte sie in den bei der Gründung vertretenen Städten durch Urabstimmung bestätigt werden, und zweitens sollte ihm das Recht zustehen, so oft und so lange er wolle, sich durch einen Vizepräsidenten vertreten zu lassen. Zum Kassierer wurde Levy, zum Schriftführer Wahlteich gewählt. Außer ihnen bildeten den Vorstand Dammer und Niederley in Leipzig, Räßig in Dresden, Perl und Audorf in Hamburg, York in Harburg, der Zigarrenhändler Strauß in Frankfurt a. M., Scheppler in Mainz, der Schriftfeger Richniawy, ein alter Freund Lassalles, in Düsseldorf, Hillmann in Eberfeld und endlich Klings und Willms, zwei Schwertarbeiter in Solingen, die mit an der Spitze eines Arbeiterbildungs-, sowie eines Konsumvereins standen und beide Vereine zum Anschluß an Lassalles Agitation bewogen hatten. Die übrigen Stellen des Vorstandes wurden für neu hinzutretende Städte offen gehalten und dem Vorstande das Recht erteilt, sich aus solchen Städten durch einfache Mehrheit bis zur Zahl von 25 zu ergänzen. Auf diese Weise traten

dann noch der Rechtsanwalt Martinj in Kaufhagen und der Schuhmachergeselle Wegner in Berlin dem Vorstande bei.

Nachdem so der Verein gegründet worden war, entfalteten Lassalle in Berlin und Bahlteich in Leipzig eine lebhaftere Tätigkeit für seine Ausbreitung. Zunächst wieder mit einem äußerlich sehr geringen Erfolge. Bahlteich versandte das Offene Antwortschreiben überallhin, wo sich die geringste Aussicht zu bieten schien, aber die mit vollen Händen ausgestreute Saat fiel fast überall auf einen spröden Boden. Die Unreife der Arbeitermasse und der Hochdruck, womit die Unternehmer sie der Agitation Lassalles fernhielten, bewirkten eine große Zurückhaltung des Proletariats. Am 19. Juni ernannte Lassalle 16 Bevollmächtigte: den 11 bei der Gründung vertretenen Städten, von denen Dresden kaum ein halbes Duzend Mitglieder zählte und Mainz schon abzufallen begann, waren erst 5 neue hinzugetreten: Altena, Berlin, Breslau, Hilburghausen und Nürnberg. In Altena und Nürnberg gab es nur einen Bevollmächtigten, aber keine Mitglieder, ebenso in Breslau, wo der durch lange Festungshaft gebrochene Nothjung das Amt als Bevollmächtigter übernommen hatte. Hilburghausen mochte ein Duzend Mitglieder zählen, und in Berlin bekundeten fast allein die Schuhmacher einige Sympathien. Wie das Vorstandsmitglied Wegner, so war auch der Berliner Bevollmächtigte Arndt ein Schuhmacher.

Mit der publizistischen Rüstung des Vereins sah es gleichfalls sehr windig aus. Unter den kleinen, im Todeskampfe ringenden Blättern, die sich zur Unterstützung anboten, war der Hamburger Nordstern als vorläufiges Vereinsorgan ausersehen und von Lassalle durch eine Geldspende gefördert worden. Das kleine Wochenblatt hatte bisher unter dem geistigen Einflusse Heinzens, Kinkels, Blinds und anderer, dem Sozialismus feindlicher Emigranten gestanden; es wurde, und zwar sehr schlecht, von Bruhn redigiert, jenem Verschwörer der dreißiger und vierziger Jahre, der seinerzeit aus dem Bunde der Kommunisten ausgestoßen worden war. Der Nordstern wurde nicht besser durch seinen Übergang zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und das lärmende Orchester der Bourgeoispresse übertönte völlig dies dünne Flötchen, das nicht einmal in richtigem Takte geblasen wurde.

Lassalle selbst richtete sein Hauptaugenmerk darauf, möglichst viele bekannte und gebildete Männer für seine Agitation zu gewinnen. Er hat damit geringes Glück gehabt, und ohne Zweifel überschätzte er

einigermaßen den Wert solcher Rekruten. Schon vor dem Frankfurter Tage hatte er einen in die Öffentlichkeit gelangten Brief Hubers über die Krise der Arbeiterbewegung in etwas krampfhafter Weise für seine Tendenzen auszulegen gesucht; er hatte damit dem Votum Hubers eine Bedeutung gegeben, die sich jetzt gegen ihn selbst kehrte, als Huber ein Schriftchen über die Arbeiter und ihre Ratgeber veröffentlichte, das sich ungleich schärfer gegen Lassalle als gegen Schulze wandte. Übrigens war Hubers Polemik gegen Lassalle sehr oberflächlich und zum Teile mit einer Leichtfertigkeit begründet, die ebenso groß war, wie die Anmaßung, womit sich Huber als Schiedsrichter über Lassalle und Schulze auftat. Er hätte im Grunde eine nicht viel gelindere Züchtigung verdient, als der armselige Wadernagel, den Lassalle eben jetzt für eine erneute Anzapfung mit derben Streichen heimtrieb.

Jedoch an Huber schrieb Lassalle, er müßte eigentlich „mit Härte“ antworten, aber der Himmel möge ihn davor bewahren, wegen einer augenblicklichen, ihm zugefügten Ungerechtigkeit hart gegen jemanden zu verfahren, den er seit so manchen Jahren und aus so vielen Schriften achte und liebe, der so voll von Liebe und ehrlichem Wohlwollen für die Arbeiter, so uneigennützig und aufopferungsfähig sei, wie Huber. Lassalle versuchte, sich mit Huber zu verständigen, ihm das Phantom des sozialen Königtums als eine in der Theorie herrliche, aber in der Praxis unmögliche Sache darzulegen, Ausführungen, die später von Bismarcks Oberoffizierem Hahn, einem alten Schulkameraden Lassalles, dahin verdreht worden sind, daß Lassalle ein Schwärmer für das soziale Königtum gewesen sei. Aber Huber war in seiner konservativen Gesinnung viel zu befangen, um sich von Lassalles Beredsamkeit überzeugen zu lassen, und wenn diese Befangenheit in ihrer Weise wenigstens ehrlich war, so hat Huber nach Lassalles Tode abermals ein Übriges getan und der „katilinarischen Natur“, dem „mammonistischen Emporkömmling“ einen unschönen Nachruf gewidmet. Persönlich schließt Lassalle in seinen Beziehungen zu Huber mit seiner Liebenswürdigkeit und Offenheit durchaus vorteilhaft ab, aber politisch war es ein vergebliches Bemühen, den christlich-sozialen Mohren weißzuwaschen.

Logischer konnte Lassalles Werben um die alten Demokraten von 1848 erscheinen. Wenn es von ihnen nur nicht geheißen hätte: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben! Die wenigen, die Lassalle gewann, haben seine Erwartungen obendrein getäuscht. Martins

Beitritt erschien ihm als ein „äußerst wichtiges Faktum“; er ließ den neuen Befenner nicht nur in den Vorstand wählen, sondern ernannte ihn auch zum Generalbevollmächtigten für die Provinz Ostpreußen. Aber Martiny blieb ein General ohne Truppen. Ebenso Herwegh, den Lassalle zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz ernannte, wenn er ihn auch nicht in den Vorstand aufnahm. Mit Mühe und Not, nach halbjährigem Drängen, eiste Lassalle von Herwegh ein Bundeslied los, das bekannte *‘Bet’ und arbeit’*, eine keineswegs talentlose, aber allzu slavische Nachahmung eines bekannten Gedichts von Shelley, die niemals recht populär in deutschen Arbeiterkreisen geworden ist, trotz einzelner, sehr packender Strophen. Einige Schuld daran mochte auch die schwer fangbare Melodie haben, die der Zukunftsmusiker Hans v. Bülow, ein persönlicher Freund Lassalles, dem Gedichte Herweghs gab.

Trotz alledem hatte Lassalles Bestreben, die gebildeten Elemente der Bourgeoisie an seine Agitation zu fesseln, eine sehr beachtenswerte Seite. Als Moses Heß mit einem Vortrage über die Rechte der Arbeit für die neue Bewegung eintrat und das Amt des Bevollmächtigten für Köln annahm, schrieb Lassalle: „Es ist gerade sehr gut und nötig, daß nicht alles allein von mir gesagt wird. Die Bewegung nimmt sonst vor Schafsköpfen die Gestalt einer bloßen Person an.“ Und bei allen Absagen hat Lassalle doch auch den Mann gefunden, der nach seinem plötzlichen Tode sein Werk fortsetzen konnte, glücklicher vielleicht, als er selbst es hätte fortführen können. Es war ein Advokat in Frankfurt a. M., Jean Baptist v. Schweizer, ein junger Mann noch, der etwa dreißig Jahre zählte.

➤ Schweizer stammte aus einem alten Patriziergeschlechte Frankfurts. Er war im geistigen Banne Schopenhauers aufgewachsen, hatte aber bereits im Jahre 1861 eine umfangreiche Studie über den Zeitgeist und das Christentum veröffentlicht, worin er sich von Schopenhauers unhistorischem Quietismus los sagte und den großen Fragen der historischen Entwicklung zuwandte, noch nicht in irgend einem sozialistischen, aber doch in dem ideologisch-revolutionären Sinne eines Danton und Robespierre. Das Buch ist das Werk eines Jünglings und als solches in seiner Art bedeutend, in seinen Zielen noch unklar und deshalb nicht frei von einer gewissen Phrasenhaftigkeit, aber reich an treffenden Beobachtungen, die ebenso den Scharfsinn wie die Kenntnisse des Verfassers bezeugen. Gleichzeitig hatte sich Schweizer der Agitation des

Nationalvereins zugewandt, beim Frankfurter Schützenfeste im Jahre 1862 die offizielle Festzeitung redigiert und sich auch sonst hervorgetan als Adjutant des Herzogs von Koburg, der damals mit reklamehaftem Gebaren die komische Rolle eines künftigen Kaisers von Deutschland spielte.

Bereits an diese Tätigkeit Schweizers knüpfte sich das dunkle Gerücht, daß er Festgelder unterschlagen habe. Erwiesen worden ist es niemals und nicht einmal zu einer Zeit zu erweisen versucht worden, als die Bourgeoisie es sich viel hätte kosten lassen, Schweizer moralisch tot zu machen, wenn es nur irgend möglich gewesen wäre. Man darf also annehmen, daß jenes Gerücht nur eine Quittung gewesen ist darüber, daß Schweizer sich sehr bald über das hohe Treiben des Nationalvereins klar wurde. Einen härteren Stoß erhielt sein Ruf, als er bald nach dem Frankfurter Schützenfeste in Mannheim zu einer zweiwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses durch Verleitung eines jungen Menschen zu einer unzüchtigen Handlung. Die großbürgerliche Gesellschaft stieß ihn aus, wobei wieder die Annahme gerechtfertigt ist, daß Schweizer mehr für seine demokratischen Gesinnungen als für seine geschlechtlichen Verirrungen hat büßen müssen: für solche Verirrungen pflegt gerade die großbürgerliche Gesellschaft bei sonst guter Gesinnung der Sünder einen sehr weiten Mantel der Liebe zu haben. Indessen aus idealeren Beweggründen wollten nun auch die demokratischen Turn- und Wehrvereine, in denen Schweizer bisher großen Einfluß besessen hatte, nichts mehr von ihm wissen, und so war es sehr begreiflich, daß die Frankfurter Arbeiter ihn keineswegs willkommen hießen, als er sich an Lassalle angeschlossen und dessen Patenschaft für einen sozialen Roman erbat.

Lassalle zögerte keinen Augenblick, sich für Schweizer und gegen die Frankfurter Arbeiter zu erklären. So offen er sich gegen Schweizer über dessen „bedauerliche und für seinen Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei“ ausließ, so unumwunden er den Frankfurter Arbeitern die geschlechtliche Neigung Schweizers als eine „unnatürliche Verirrung“ zugab, so meinte er doch, daß sie mit der Überzeugungstreue und Redlichkeit, mit dem politischen Charakter eines Menschen nichts zu tun habe. Das griechische Altertum habe an der Knabenliebe nicht den geringsten Anstoß genommen, und die großen griechischen Denker hätten doch auch gewußt, was Sittlichkeit sei. Er sah in dem Widerstande

der Frankfurter Arbeiter gegen die politische Gemeinschaft mit Schweiger einen schlagenden und sehr verbrüchlichen Beweis dafür, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmäße stecke und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu trennen wisse. Lassalle nahm unbedenklich die Widmung von Schweigers Roman: Luzinde oder Kapital und Arbeit an und war sehr entzückt, als der erste Band noch im Sommer 1863 erschien. Eine unbefangene Kritik wird sein begeistertes Urteil freilich nicht unterschreiben. Ästhetisch ist Schweigers Roman ein formloses Ungetüm, eine ungeheuerliche Vermischung abenteuerlicher Romantik mit sozialpolitischen Erörterungen der Arbeiterfrage, breiten Auszügen aus Lassalles Agitationschriften und historischen Schilderungen aus den französischen Revolutionskämpfen. Das Beste daran sind die satirischen Schilderungen des Lebens und Treibens im Nationalvereine, wie sie denn auch wohl in erster Reihe Lassalles günstiges Urteil hervorgerufen haben. Einzelne Bilder nach lebenden Vorlagen sind trefflich gelungen, so der liberale Bankier Zvinger, zu dem Sonnemann geseßen hat, doch als dichterische Komposition ist der Roman mißraten.

Inzwischen kam die Zeit für Lassalles Sommerreise heran. Am 27. Juni ernannte er durch eine öffentliche Bekanntmachung Dammer zum Vizepräsidenten und übertrug ihm für die Zeit seiner Abwesenheit die Leitung des Vereins. Die Ankündigung erregte den Spott der Gegner und verursachte auch manches Kopfschütteln unter den Anhängern Lassalles. Immerhin lag der Fehler mehr in der Form des Tagesbefehls, durch den Lassalle den „Arbeitern“ seine „Abreise in die Bäder der Schweiz“ ankündigte, als in der Reise selbst. Lassalles Gesundheit, schon seit Jahren wankend, war durch die schweren Arbeiten und Kämpfe des verfloßenen Jahres tief erschüttert worden, und er bedurfte einer gründlichen Erfrischung für die schwereren Arbeiten und Kämpfe des kommenden Jahres. Zudem dachte Lassalle nicht daran, während der Muße die Hände in den Schoß zu legen; er nahm die Vorträge, die Schulze den Berliner Arbeitern gehalten und nunmehr als Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus durch den Druck veröffentlicht hatte, mit auf die Reise, um in ihrer kritischen Widerlegung einen theoretischen Kodex seiner Agitation zu schaffen.

Zunächst ging Lassalle in die Schweiz, wo ihn eine nicht unempfindliche Niederlage erwartete. Die Fortschrittspartei hatte den Plan ausgeführt, die ihr treugebliebenen Arbeiterbildungsvereine enger zusammen-

zufassen; im Juni 1863 war in Frankfurt a. M. der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet worden, unter Mitwirkung Bebels, Noßmählers, Eugen Richters und Hermann Beckers, der sich wie Würgers vom Kommunisten zum harmlosen Selbsthilfser abgewandelt hatte. Es zeigte sich auf diesem Arbeitertage, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeitervereine noch im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwamm; in den Ausschuß des neuen Verbandes wurden nicht einmal Männer wie Bebel und Noßmähler gewählt. Sonnemann und Max Hirsch spielten darin die erste Geige, und der Nationalverein spendete aus seiner Kasse einen klingenden Jahresbeitrag für die Verbandszwecke. Nun feierten 36 deutsche Arbeitervereine der Schweiz am 19. und 20. Juli ein Zentralfest in Zürich, auf dem auch die deutsche Arbeiterbewegung besprochen werden sollte. Einladungen waren sowohl an den Verband der deutschen Arbeitervereine als auch an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ergangen. Zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz war eben Herwegh ernannt worden, und es gehörte zu seinen Obliegenheiten, den Verein auf dem Züricher Zentralfeste zu vertreten, zumal da er in Zürich wohnte. Aber weder die freiwillig übernommene Pflicht, noch Lassalles bringende Bitten vermochten den trägen Mann, zu tun, was seines Amtes war. Er verschänzte sich hinter irgendwelche krähwinkelhaften Bedenken und ließ es lieber auf eine schwere Schädigung der Sache ankommen, als daß er seine heilige Person einem vielleicht rauhen Luftzuge ausgesetzt hätte. „Wir beide passen für diese kleinen Skandalgeschichten nicht, auf welche die ganze Arbeiterfrage hinausläuft“, sagte sein Freund Rüstow, so erhaben wie heiter.

Flinker war Sonnemann, den der Verband der deutschen Arbeitervereine nach Zürich entsandte. Durch einen gehässigen Vortrag mußte er den schweizerischen Arbeitertag, der beiläufig unter dem Vorsitze des nun vollends zur Mumie vertrockneten Georg Fein tagte, zu einer scharfen Erklärung gegen Lassalles ökonomische Theorien zu veranlassen, und diese Erklärung wurde dann wieder von der deutschen Bourgeoispresse in gehässiger Weise gegen den angeblichen Reaktionär Lassalle ausgebeutet. Es war mit dem Züricher Tage ähnlich wie mit dem Frankfurter Tage: den schweizerischen Arbeitern standen die großindustriellen Verhältnisse noch zu fern, als daß sie sich für Lassalles soziale Ziele hätten erwärmen können, aber Lassalles politische Opposition gegen die Schläfrigkeit der bürgerlichen Opposition war ihnen durchaus sympathisch. Der

ehrliche Augen- und Ohrenzeuge Ladenborf schildert Sonnemanns Auftreten als „entschieden komisch“, und das Komitee des Züricher Zentralfestes erließ in schweizerischen Blättern eine Erklärung, worin Herweghs Unterstellung, als sei von den schweizerischen Arbeitervereinen kein unparteiisches Urteil zu erwarten gewesen, ebenso scharf zurückgewiesen wurde wie die angebliche Übereinstimmung dieser Vereine mit Sonnemann. Die Vereine hätten sich nur gegen Lassalles volkswirtschaftliche Ansichten erklärt; ein Antrag zugunsten der Fortschrittspartei sei nicht einmal gestellt, geschweige denn angenommen worden. Die Gegner Lassalles seien für das, was sie an ihm verbrochen hätten, keineswegs gesont worden; die unerhörte Anmaßung, womit sie jede abweichende Meinung niederschrien, sei nur geeignet, auch bei denen, die in der Sache selbst noch unentschieden seien, den letzten Rest von Sympathie zu zerstören. Aber von dieser Erklärung wurde in Deutschland nichts bekannt, und so blieb der üble Eindruck, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz von Lassalle nichts wissen wollten. Er selbst bewies dem Urheber des Unheils jene Nachsicht, die er für seine Freunde zu haben pflegte; in einem herzlichen Schreiben suchte er nur nochmals Herwegh aus dem träumerisch-tatlosen Nichtstun aufzurütteln, wenn auch ohne jeden Erfolg.

Vielleicht kam Lassalle leichter über die fatale Sache fort, weil die Entscheidung doch allein bei der Frage lag, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Deutschland selbst schnell zu einer großen Macht entwickeln werde. Er hatte schon vor seiner Abreise aus Deutschland an Wahlteich geschrieben: „Wir können nur durch große Massen marschieren. Eine Massenbewegung mit Nationalvereinszahlen wäre lächerlich. Wir müssen also siebenmal mehr haben als die Nationalvereiner. Sonst haben wir einen lächerlichen Schiffbruch erlitten.“ Er schrieb ihm dann wieder aus dem Engadin, als Wahlteich meldete, die Angelegenheiten gingen nach außen vortrefflich: „Darin scheint mir die Beschränkung zu liegen, daß sie nach innen — also in bezug auf die Mitgliederzahl — weniger gut gehen. Das wäre das Schlimmste! . . . Wenn die Agitation nicht die Massen, den Arbeiterstand ergreift, so ist sie trotz alledem verloren. Wenn wir nicht spätestens nach Ablauf eines Jahres große Zahlen auflegen können, so sind wir ganz ohnmächtig, wie viel ideelle Siege wir auch noch erfechten möchten.“ Da die Gegner die Erfolge der Agitation noch überschätzten und von

zehntausend Mitgliedern sprachen, so wollte Bahlteich den Bevollmächtigten aufgeben, diese Zahl der Öffentlichkeit gegenüber festzuhalten, worauf Lassalle erwiderte: „Wenn die Arbeiter so sind, wie Sie sie schildern, so werden wir uns trotz aller meiner Anstrengungen blamieren. Das steht fest. Wir können unsere Bevollmächtigten keine Unwahrheiten sagen lassen. Wir dürfen nicht von zehntausend Mann sprechen, während wir vielleicht tausend haben. Man kann schweigen über diesen Punkt, aber lügen schickt sich für uns nicht“. Dann aber schrieb Bahlteich Ende August, ein Vierteljahr nach der Gründung des Vereins, ganz entmutigt an Lassalle, der inzwischen nach Ostende übergesiedelt war; da der Verein nur etwa tausend Mitglieder zähle, so schlug Bahlteich vor, ihn aufzulösen oder auf andere Grundlagen zu stellen.

Diese Mitgliederzahl wäre ganz stattlich gewesen, wenn es sich um eine sozialistische Propagandagesellschaft gehandelt hätte; der Bund der Kommunisten hatte niemals so viele Mitglieder gehabt. Aber für eine politische Partei war sie sehr winzig; die Mitgliederzahl des Nationalvereins war nicht um das Siebenfache übertroffen, sondern nur etwa zum zwanzigsten Teile erreicht worden. Bitter genug antwortete Lassalle am 29. August: „Also zirka tausend Mitglieder in unserem ganzen Vereine! Das sind vorläufig die Früchte unserer Tätigkeit! Das die Erfolge davon, daß ich mir die Finger abgeschrieben und die Lunge herausgeredet habe! Nicht wahr, lieber Bahlteich, diese Apathie der Massen ist zum Verzweifeln! Solche Apathie bei einer Bewegung, die rein für sie, rein in ihrem Interesse stattfindet, und bei den in geistiger Beziehung immensen Agitationsmitteln, die schon angewendet worden sind und die bei einem Volke, wie dem französischen, schon Riesenergebnisse gehabt haben würden! Wann wird dies stumpfe Volk endlich seine Lethargie abschütteln!“ Aber entmutigt war Lassalle beunruhigt nicht. „Den Verein auflösen, wie Sie sagen? Ganz unmöglich! Dazu ist die Zeit, die verfloßen, viel zu kurz. Noch ist nicht einmal der Winter vorübergegangen. Dann wäre die Schande für unsere Nation und Partei viel zu groß. Man müßte sich ja die Augen aus dem Kopfe schämen! Endlich wäre es bei den gegenwärtigen politischen Zuständen ein immenser Fehler! Während die Dinge stehen, wie sie jetzt stehen, werde ich das Schwert nicht wegwerfen. Zwar kann man sagen, daß bei nur tausend Mitgliedern das Schwert von Holz sei. Allein gleichviel, solange das Schwert in der

Scheide ist, sieht es infolge seines Griffes aus wie ein Schwert, und man hat schon mit weniger seine Gegner eingeschüchtert. Vor nächstem Frühjahr oder Sommer werde ich also jedenfalls, es gehe nun, wie es wolle, den Verein auflösen.“ Lassalle erwägt dann die Mittel, dem Verein aufzuhelfen, so namentlich eine persönliche Agitation am Rhein, und weist den Gedanken, sich gefangen zu geben, mit den Worten ab: „Da will ich mich noch dreimal in die Länge und in die Breite legen. Nur Mut!“

Was ihm selber den Mut aufrecht erhielt, war neben dem Vertrauen auf neue Mittel der Agitation die Entwicklung, welche die deutsche Politik im Sommer 1863 genommen hatte.

Zweites Kapitel.

Cassalles taktische Wendung.

Der Streit zwischen Bismarck und der Fortschrittspartei hatte sich von Januar bis Mai im preußischen Abgeordnetenhaus mit ermüdender Langweiligkeit fortgesponnen. Je wirkungsloser sich das parlamentarische Neben erwies, um so mehr suchten sich die liberalen Kammerherren mit großen Worten darüber hinwegzutäuschen. Die zahmsten Gothaer, wie Gneist, Simson, Sybel, erklärten Bismarck für einen Don Quixote, für einen Seit tänzer, für das Herrbild eines wirklichen Staatsmannes, was alles nicht hinderte, daß der reaktionäre Minister in der äußeren und inneren Politik tat, was ihm beliebte. Schließlich verrannte man sich in einen parlamentarischen Erifettenstreit über die Frage, ob die Minister der Disziplinargewalt des Präsidenten unterständen, einen Streit, dem die Regierung durch die vorzeitige Schließung des Hauses am 27. Mai ein Ziel setzte.

Nun organisierte die Opposition große Feste, um ihren in uferloser Beredsamkeit erprobten Heldennut abermals in uferloser Beredsamkeit zu feiern. Bismarck dagegen führte einen schweren Schlag gegen ihre Presse, indem er am 1. Juni eine Preßordnung erließ, die den Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilte, das fernere Erscheinen inländischer Zeitungen wegen fortbauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung nach zweimaliger vorheriger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Eine Ministerialinstruktion erläuterte diese Befugnis dahin, daß die Zeitungen über Regierungsmahregeln nichts veröffentlichen dürften, was solche Mahregeln als ungesetzlich und verfassungswidrig kennzeichne. Überhaupt sollten Angriffe auf die innere oder äußere Politik der Regierung nicht gebuldet werden, und nicht einmal eine Besprechung auswärtiger Zustände, sofern sich eine Kritik der preußischen Politik dahinter verberge. In solchen Fällen hätten die Verwaltungsbehörden ohne Zögern und rücksichtslos vorzugehen, und in der Tat erhielten sechs Berliner Zeitungen, die gegen die

Preßordnanz als eine verfassungswidrige Maßregel protestierten, sofort die erste Verwarnung.

Damit war die Fortschrittspartei abermals vor die Wahl gestellt, ob sie der absolutistisch-feudalen Reaktion einen wirklichen Krieg machen oder es bei dem bisherigen wesenlosen Scheinkriege bewenden lassen wollte. In jenem Falle standen die Aussichten für sie günstig genug. Zwang sie ihren Gegner, mit der Preßordnanz bitteren Ernst zu machen, so konnte sie ihn in unerträgliche Verlegenheiten stürzen. Es gab gar kein besseres Mittel, eine ungeheure Aufregung ins Land zu werfen und die materiellen Interessen der Bourgeoisie, die in hundertfacher Weise mit der bürgerlichen Presse verknotet sind, ins Feuer zu bringen. Die Zeitungen, die heute erschlagen wurden, konnten morgen unter neuem Namen wieder aufstehen und den Krieg mit verdoppelter Kraft fortführen. Bismarck mochte mit der Ordnanz einzelne Kapitalisten verwunden, aber er mußte schließlich dem Kapital erliegen, daß die freble Antastung des heiligen Eigentums zu rächen entschlossen war. Gerade die Voraussetzung, daß Bismarck nach dem Wiederzusammentritte des Landtags die verfassungswidrige Ordnanz gegen den Widerspruch des Abgeordnetenhauses doch nicht aufrechterhalten könne und werde, trieb um so eher dazu an, die zweischneidige Waffe gegen die Brust ihres Urhebers zu kehren; um so geringeres Risiko lief das in den liberalen Zeitungen angelegte Kapital bei hartnädigem Widerstande gegen die Ordnanz. Alles das war vollkommen klar, vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei einen wirklichen Krieg wollte.

Sollte dagegen der Verfassungskstreit, wie bisher, so auch fortan nicht über die Grenzen einer parlamentarisch-publizistischen Raßbälgerei hinausgehen, dann freilich lag es im fortschrittlichen Interesse, dem Schläge auszuweichen, den Bismarck gegen die oppositionelle Presse führte. Dann galt es, sich zu ducken und auf die publizistische Opposition verzichten, bis der Landtag wieder zusammentrat und die Preßordnanz vom Abgeordnetenhause beseitigt wurde. Indem die Fortschrittspartei sich für diesen Weg entschied, blieb sie in ihrer Weise konsequent, wie nicht bestritten werden kann, nur daß diese Weise niemals zum Siege führen konnte. Daneben gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß sie ihrer Kraft in diesem Falle mit noch größerem Rechte mißtraute als in anderen Fällen. Die bürgerliche Presse ist überhaupt unfähig, von einem gewissen Grade ihrer Entwicklung an

politische Kämpfe mit scharfen Waffen durchzuführen. Auf dem Boden der entwickelten kapitalistischen Konkurrenz kann keine Zeitung einen Krieg wagen, worin es Verwundete gibt, sicher wie sie sein darf, im Fall ihrer Verwundung sofort von den eigenen Kampfgenossen aufgefressen zu werden. Als die Volkszeitung es einige Jahrzehnte später auf ein zeitweiliges Verbot durch das Sozialistengesetz ankommen ließ, schälten die freisinnigen Konkurrenzblätter, allen voran der freisinnige Parteipapst Eugen Richter, der augenblicklich betäubten Kollegin gierig das Fleisch von den Knochen, natürlich unter fließenden Krokodilstränen über die an ihr verübte Gewalttat. Eben dies wäre das Schicksal jedes fortschrittlichen Blattes gewesen, das im Sommer 1863 gewagt hätte, der Preßordnung rückwärts die Zähne zu weisen.

Aus so berechtigter Sorge heraus erklärt sich denn auch, daß sich damals die Presse der Fortschrittspartei noch würdeloser benahm, als man es von ihrer parlamentarischen Vertretung gewöhnt war. Die Rheinische Zeitung fragte empört, wie man einem Zeitungsverleger zumuten könne, sein Kapital zu riskieren, während die Volkszeitung alle die königstreuen und vertrauensseligen Artikel, die sie seit Beginn der neuen Ära veröffentlicht hatte, in einem besonderen Bande herausgab, um ihre politische Harmlosigkeit schwarz auf weiß zu beweisen. Die Schrift erschien allerdings „als Manuskript gedruckt“, aber sie wurde dadurch nicht schöner, daß dies Übermaß loyaler Gesinnung dem profanen Leserkreis verborgen bleiben sollte. Sie war besonders für den Kronprinzen und die Kronprinzessin bestimmt, die zu den eifrigsten Lesern der Volkszeitung gehörten. Der Kronprinz hatte sich öffentlich gegen die Preßordnung erklärt, und die treuen Monarchisten der Bourgeoisie stürmten in die Harfen über die „so vielfach von Gott gesegnete Dynastie“, die nun einen Sproß nach ihrem Herzen zu treiben verspreche. Zu allem, woran die Fortschrittspartei schon krankte, begann damals der Krebsgang vor dem Kronprinzenliberalismus, der ein volles Vierteljahrhundert währte, bis der Krebs wirklich erschien und den Marrentanz, just da er an sein Ziel gelangt zu sein glaubte, zu einem Totentanz machte.

Während die fortschrittlichen Abgeordneten auf ihren Festen spektakelten und die fortschrittlichen Zeitungen unter der Fuchtel der Preßordnung schwiegen, tauchte plötzlich die deutsche Frage auf. Die österreichische Regierung hielt den preußischen Verfassungskrieg für einen geeigneten

Anlaß, sich die preußische Nebenbuhlerschaft in der Leitung der deutschen Dinge vom Halse zu schaffen. Der Kaiser von Österreich berief einen Kongreß der deutschen Fürsten nach Frankfurt a. M., um eine Bundesreform auf Grundlage des mit vollen Baden angepriesenen Föderativprinzips zu beraten, eines Prinzips, das tatsächlich auf die Verewigung des dynastischen Partikularismus und der habsburgischen Oberherrschaft hinauslief. Ein mit einfacher Mehrheit entscheidendes Bundesdirektorium sollte aus dem Kaiser von Österreich, dem Könige von Preußen und drei Mittel- oder Kleinfürsten, die Österreich von vornherein in der Tasche hatte, zusammengesetzt, eine Bundesversammlung von den parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Es erübrigt, in die Einzelheiten der plumpen Intrigue einzugehen; ihr Zweck war einerseits die Majorisierung des preußischen Staates und andererseits die Mediatifizierung der deutschen Nation.

Bismarck hatte es nicht schwer, den ungeschickten Schlag zu parieren. Er hielt den König dem Frankfurter Fürstentkongresse fern und erklärte trocken, bei den österreichischen Vorschlägen handle es sich um partikularistische Bestrebungen und nicht um die wahren Interessen der Nation. Eine Bürgschaft dieser Interessen könne nur eine wahre, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung geben. Nur eine solche Vertretung werde für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zugute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Mechanismus von Bundesbehörden könne das Spiel und Widerspiel dynastisch-partikularistischer Interessen ausschließen, das sein Gegengewicht in der Nationalvertretung finden müsse. Die österreichische Regierung machte zu dieser Sprache des preußischen Kabinetts zwar die böshafte Bemerkung, nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre sei es eine „gewagte Voraussetzung“, daß sich der spezifisch preußische Standpunkt in einer aus direkten Wahlen hervorgegangenen Versammlung mit dem allgemeinen deutschen Standpunkte identifizieren würde, aber dieser Partherpfeil wurde auf der Flucht abgeschossen; mit aller „Gewagtheit“ seiner Beweisführung hatte Bismarck die österreichische Diplomatie gründlich mattgesetzt und den Fürstentkongreß mitsamt der föderativen Bundesreform auf den historischen Rehrichthausen speidiert, wohin sie gehörten.

Viel ratloser als Bismarck stellte sich der Frankfurter Abgeordneten- tag, eine von mehr als dreihundert Mitgliedern der deutschen Einzel-

Landtage besuchte Versammlung, zu den österreichischen Plänen. Er biß zwar nicht unmittelbar darauf an, sondern erklärte, daß nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen sei. Aber er fügte hinzu, daß er der inneren Krisis und den äußeren Fragen gegenüber nicht in der Lage sei, zu Österreichs Entwürfe sich lediglich verneinend zu verhalten. Obendrein beging der Abgeordnetentag die Sottise, diese Resolution dem Fürstentkongresse zu überreichen; die deutschen Volksvertreter spielten die aufdringlichen Bittsteller bei jenem dynastischen Zwergdespotismus, der, seit Jahrhunderten der Fluch des deutschen Volkes, von Bismarck vor aller Welt gezaust wurde. Gewiß meinten sie es nicht ernsthaft mit dieser verschämten Kulbidung, und nicht lange darauf verleugneten sie mit all ihrem Pathos den österreichischen Bundesreformplan. Aber um so kurzfristiger war eine Diplomatie, welche die eigenen Grundsätze in den Schornstein hing, um Bismarck durch das Antichambrieren vor mittel- und klein-staatlichen Potentaten zu ärgern. Bismarck war am wenigsten der Mann, sich um solche Nabelstiche viel zu kümmern. Er spielte vielmehr zum erstenmal die nationale gegen die konstitutionelle Frage aus und löste am 3. September das Abgeordnetenhaus auf, um die Wähler ihr Urteil fällen zu lassen über das Attentat des Frankfurter Fürstentkongresses auf die Machtsstellung, die Unabhängigkeit und die Würde des preußischen Staats.

So hatten sich die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1863 entwickelt. Der preußische Verfassungskampf war vollständig versumpft, und die Unfähigkeit der Fortschrittspartei, irgend eine ernsthafte Frage zu ernsthaftem Austrage zu bringen, lag klar vor aller Welt Augen. Dagegen kam die nationale Frage ins Rollen, und ihr erstes Auftauchen hatte genügt, das reaktionäre Ministerium Bismarck auf einen sozusagen demokratischen Standpunkt zu drängen. Nicht zwar, als ob Lassalle den diplomatischen Schachzug Bismarcks höher eingeschätzt hätte, als er verdient! Wohl aber glaubte er an die unwiderstehliche Logik der Tatsachen und seine eigene Kraft, dieser Logik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Er hatte schon bei dem Erlaß seines Offenen Antwortschreibens die nationale Revolution mit in seine Rechnung gezogen. Damals schrieb er an Levy: „Es kann vorkommen, daß durch auswärtige Konstellationen,

zum Beispiel durch Krieg, eine nationalpolitische Revolution eintritt, und ich hoffe gar sehr auf diesen Fall und glaube an ihn: er wird eintreten, sei es etwas früher oder etwas später. Aber diese Revolution wird nur dann eine wirkliche, energische und vernünftige werden, wenn der Kern einer bewußten Arbeiterpartei schiebend hinter ihr steht. Wenn nicht, wird sie auch in politischer Beziehung in Schwachheit und Reaktion verlaufen. . . . Ein fester Kern einer Arbeiterpartei, einer bewußten, aus sozialen Gründen revolutionären Partei, vorwärts schiebend und drängend — das kann allein einer Revolution, die durch Krieg u. s. w. eintritt, auch in politisch-nationaler Hinsicht einen energischen fruchtbaren Verlauf sichern. Sonst wieder Verschwommenheit, Unklarheit und Reaktion.“ Den Kern einer Arbeiterpartei hatte Lassalle trotz alledem geschaffen. Lohnte es nun nicht, nachdem Bismarck gern oder ungern auf das Programm eines aus direkten Volkswahlen hervorgehenden Parlaments gedrängt worden war, ihn vorwärts zu schieben, ihm das allgemeine Wahlrecht zu entreißen, das von der Fortschrittspartei nimmermehr zu haben war, um so dem Proletariat die Waffe zu erobern, die seine Klasseninteressen befriedigen konnte?

Diese taktische Wendung vollzog Lassalle im Herbst 1863. Ihre moralisch-politische Berechtigung unterliegt an und für sich keinem Zweifel. In den Tagen ihrer Kindheit sind revolutionäre Arbeiterparteien oft darauf angewiesen, die inneren Spaltungen der herrschenden Klassen für ihre Zwecke auszunützen; wie häufig hatten die Chartisten die Tories gegen die Whigs, und die Whigs gegen die Tories ausgespielt! Ja, die Politik der Fortschrittspartei machte Lassalles taktische Wendung ganz unabweisbar. Diese Partei hatte die Bundesgenossenschaft Lassalles und der Arbeiter wieder und wieder verschmäht: sie schlug mit geballten Fäusten auf die bescheidensten Forderungen des Proletariats ein; sie setzte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter jenen trotzigen und zähen Widerstand entgegen, den sie den ausschweifendsten Zumutungen der Reaktion langmütig versagte. Es stand jeden Augenblick bei der Fortschrittspartei, durch eine kräftige und umsichtige Politik, auch nur von ihrem bürgerlichen Standpunkte aus, die Sympathie der Arbeiter wieder zu gewinnen. Zog sie es dagegen vor, immer tiefer in dem Sumpfe politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken, dann hatte sie kein Recht, zu verlangen, daß sich die Arbeiter mit in diesen Sumpf reißen lassen sollten.

Gewiß ist das Recht einer Taktik, wie sie Lassalle einschlug, daran gebunden, daß eine revolutionäre Arbeiterpartei die inneren Zwiste der herrschenden Klassen mit überlegener Kraft für sich ausnützt, daß sie mit anderen Worten ihre Unterdrückter foppt, aber sich nicht von ihnen foppen läßt. So schrieb die Gräfin Haßfeldt in Lassalles Sinne: „Es liegt ein förmlicher Abgrund zwischen folgenden zwei Sachen: für seine Gegner zu arbeiten, verdeckt oder unverdeckt, oder wie ein großer Politiker den Augenblick zu erfassen, um von den Fehlern der Gegner zu profitieren, einen Feind durch den anderen aufreiben zu lassen, sie auf eine abschüssige Bahn zu drängen, und die dem Zwecke günstige Konjunktur, sie möge hervorgebracht werden von wem sie wolle, zu benützen.“ Ähnlich schrieb Johann Philipp Becker, der in Lassalles letzten Lebenstagen viel mit ihm verkehrt hat und sich in Prinzipienfragen nicht leicht ein X für ein U machen ließ: „Lassalle war in seiner Taktik ein Feder, kühner Akrobat, der bei der festen Zuversicht auf eigene Kraft und Gewandtheit ganz gefahrlos einen Sprung bis an den äußersten Rand eines Abgrundes wagen durfte, denn mit einem Saße stand er stets wieder mitten in seinem befestigten Lager. Er wußte zu überraschen und zu imponieren, er warf der Reaktion zuweilen einen alten Knochen hin, um ihr, während sie sich die Zähne daran ausbiß, desto gründlicher das Fell zu gerben.“ Lassalle hat stets darauf gehalten, die revolutionäre Arbeiterklasse als dritte selbständige und überlegene Macht neben und über das Junkertum wie die Bourgeoisie zu stellen; für ihre Prinzipien will er die Könige und Bischöfe zwingen, Zeugnis abzulegen; als er in seinem späteren Hochverratsprozesse darzulegen beabsichtigte, er werde der intellektuelle Urheber sein, wenn Bismarck das allgemeine Wahlrecht oktroyiere, verschmähte er Buchers vorsichtigen Rat, statt des „intellektuellen Urhebers“ einen „Herold“ oder „Propheten“ zu setzen, um Bismarck nicht kopfscheu zu machen.

Nicht gegen Lassalles taktische Wendung und auch nicht gegen den Geist, worin er sie vollzog, wohl aber gegen seine persönliche Befähigung für die praktische Handhabung dieser Taktik läßt sich manches einwenden. Lassalle stand am reinsten und schönsten da, wenn er sich kühn in seines eigenen Banners Farben hüllte. Dann traten seine Vorzüge hell hervor und seine Fehler verblaßten. Er kennzeichnete sein innerstes Wesen, als er am Vorabend seines Todes schrieb: „Ohne höchste Macht läßt sich nichts machen, zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu

groß. . . Die Ereignisse werden sich, fürchte ich, langsam, langsam entwickeln, und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen keinen Spaß.“ Vom Herbst 1863 an rechnete Lassalle mit der Langsamkeit, mit den Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen der historischen Entwicklung, und er konnte seine glühende Seele, seine tiefen Leidenschaften nicht immer zu der kühlen und ruhigen Überlegung bändigen, die seine Taktik in erster Reihe erforderte. Dazu kamen die nervöse Überreizung, die körperliche Ermattung, die ihn im wählenden und immer wachsenden Kampf ergriffen.

So traten seine Fehler stärker, seine Vorzüge schwächer hervor. Das Ende seiner Agitation besaß nicht mehr die ursprüngliche Frische und Kraft ihrer Anfänge. Wohl flammte das Feuer seines Geistes noch manchmal auf, strahlender fast als in den besten Tagen seiner Vergangenheit, aber es kamen dann auch wieder Zeiten, in denen es mehr qualmte und rauchte, als leuchtete und wärmte.

1. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin.

Am 20. September hielt Lassalle in Barmen, am 27. in Solingen und am 28. in Düsseldorf die geplante Heerschau über die rheinischen Arbeiter. Er hatte die Rede, die er an sie richtete, auf einsamen Spaziergängen am Meeresstrande entworfen. Sie beschäftigte sich mit den Festen, der Presse und dem Frankfurter Abgeordnetentage, als drei Symptomen des öffentlichen Geistes.

Lassalle knüpfte darin an den politischen Ursprung seiner Agitation an, an die Erhebung gegen die bürgerliche Kopflosigkeit, die in jenen drei Symptomen eine neue Bestätigung erhalten hatte. Was die Feste der Fortschrittspartei und ihre Presse anbetraf, so war es ganz richtig, daß wenn die Bourgeoisie den Bären waschen wollte, ohne den Pelz naß zu machen, die Art, wie sie ihre Feste feierte, und die Art, wie sich ihre Presse unter die Preßordonnanz duckte, in vollkommenem Einklange mit ihrer ganzen Politik standen. Verwarf aber Lassalle diese Politik als feige und hilflos, so war er auch in seinem logischen Rechte, wenn er seinen ähnden Spott über die fortschrittlichen Feste und die fortschrittliche Presse ergoß.

Die Berechtigung politischer Oppositionsfeste hängt ganz von dem Wesen der Opposition ab, die sie feiert. Sind sie Begleiterscheinungen

einer Politik, die zu handeln und zu schlagen weiß — im Sinne des Goethe'schen Wortes: Tages Arbeit, Abends Gäste, Saure Wochen, Frohe Feste —, so sind sie wirksame Agitationsmittel, deren Berechtigung außer Zweifel steht. Sollen sie aber die politische Arbeit ersetzen, sollen sie durch lärmende Toaste über den gänzlichen Mangel an Tatkraft hinwegtäuschen, so sind sie Depravationsmittel, die nicht scharf genug verurteilt werden können. Das Kölner Abgeordnetenfest von 1865 sollte bestätigen, daß Lassalle dem Kölner Abgeordnetenfest von 1863 mit keiner Silbe zu viel getan hatte.

Anfechtbarer war in gewisser Beziehung Lassalles Polemik gegen die fortschrittliche und überhaupt die bürgerliche Presse. Zwar hieße es Mücken seigen und Kameele verschlucken, wenn man ein großes Gewicht auf das sozusagen konkrete Unrecht legen wollte, das Lassalle dieser Presse in seiner Heerschaurede antat, so etwa auf das allzu harte Urteil, das er über einen in mancher Beziehung verdienten Mann, wie Bernstein von der Volkszeitung fällt. Nimmt man all dies Unrecht zusammen, so erreicht es noch nicht den zehnten Teil des Unrechts, das Lassalle von der bürgerlichen Presse und namentlich auch von Bernstein zu befahren gehabt hatte. Er beanspruchte durchaus nicht, zu den christlichen Duldern zu gehören, die auch noch die linke Wange hinhalten, wenn sie auf die rechte Wange geschlagen worden sind, und er hätte kein Mensch von Fleisch und Blut sein müssen, wenn er in der Abwehr unglaublicher Beschimpfungen immer die objektiv richtige Grenze hätte einhalten sollen. Zudem konnte er sich darauf berufen, daß sein abfälliges Urteil über die bürgerliche Presse nicht erst durch die ihm zugefügten Kränkungen hervorgerufen worden sei, sondern daß er ihre Krebschäden schon in seiner Schrift gegen Julian Schmidt gezeißelt habe.

Wohl aber faßte er diese Schäden zu einseitig auf, indem er die Presse als die ausschließliche Trägerin der geistigen Korruption brandmarkte, die von der kapitalistischen Gesellschaft unzertrennlich ist. Gewiß ist die bürgerliche Presse eine „industrielle Kapitalanlage und Spekulation“, aber als Werkzeug zur Verwüstung des Volksgewisses steht sie nicht allein und unter Umständen nicht einmal in erster Reihe. Die Bourgeoisie hat nicht nur den Zeitungsschreiber, sondern auch, wie es im kommunistischen Manifest heißt, „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“. Die Gelehrten, die Lassalle in der Heerschaure-

rede und auch sonst gegen die Presse ausspielt, sind als Klasse in derselben oder auch in einer noch ärgeren Verdamnis, als das „geistige Proletariat“ der Zeitungs- und Presse. Die Zeiten sollten kommen, wo bezopfte Professoren, im Lande umherhausierend mit Bismarcks Massenplünderungsplänen, den verhältnismäßig berechtigten Widerstand der industriell-kapitalistischen Zeitungen mit Lassalles Scheltworten über die liberale Presse niederschlagen wollten.

Auch war es zu einseitig geurteilt, wenn Lassalle hauptsächlich im Inseratenwesen den Ursprung der bürgerlichen Preßkorruption fand. Eine Presse, die im Boden der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, muß kapitalistisch versuchen, gleichviel ob sie Inserate bringt oder nicht. Doch handelte es sich hierbei mehr um eine theoretische Einseitigkeit. Für die deutsche Presse, auf die es zunächst ankam, ist allerdings das Inseratenwesen der Weg in den Abgrund gewesen. Es waren Inseratenbureaus, die bald nach Lassalles Tode jene völlig gesinnungslose Geschäfts- und Gewerbedruckerei zu gründen begannen, die wie ein Dilemma um sich fraß und noch tief unter der von Lassalle gegeißelten Presse der sechziger Jahre stand. Ferner aber ist Lassalles Vorschlag, das Inseratenwesen von Staats wegen abzulösen und dadurch die Presse ihrem wirklichen Beruf zurückzugeben, ein durchaus rationabler Gedanke, gewiß nicht für den heutigen Staat, aber wohl für den sozialdemokratischen Staat, auf den sich Lassalle allein bezog, für die Zeit, wo das Proletariat die politische Herrschaft erobert hat und die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft überleitet.

Das Schwergewicht der Heerschaurede lag in ihrem dritten Abschnitt, in der Kritik des Frankfurter Abgeordnetentages. Lassalle kennzeichnete die Reichsverfassung von 1849 als eine reaktionäre Utopie, die niemals zum Banner des Proletariats werden könne. Aber er fügte hinzu, daß die Fortschrittler und Nationalvereiner, wenn sie einmal dies Banner erwählt hätten, sich nicht lächerlich machen dürften durch die Inkonsequenz, den österreichischen Bundesreformplan „nicht lediglich verneinend“ zu behandeln. „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — Herrn v. Bismarck hänge zu machen. Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kofettieren mit den deutschen Fürsten. Das sind die Mittel dieser Arzisten! Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — alte Weiber! Und noch

niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, wenn sie nach anderen Seiten hin Liebäugelten.“ So habe Bismarck den Fortschrittlern denn auch bereits durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses geantwortet.

Die Stellung der Arbeiter zu den bevorstehenden Wahlen präzisirte Lassalle dahin, daß die Arbeiter kein prinzipielles Interesse an ihrem Ausfalle hätten. Das allgemeine Wahlrecht bestehe noch nicht oder nicht mehr, und die preußische Verfassung habe noch keinen Tag rechtlichen Daseins gehabt. Sie beruhe auf einer Reihe von Rechtsbrüchen, wodurch die Krone die Aprilgesetze von 1848 beseitigt habe. Die auf sie geleisteten Eide seien nichtig, wie ein am Altar geleisteter Eid nichtig sei, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe vernichte. Seit der Revisionskammer von 1849 habe es noch keine gesetzliche Vertretung in Preußen gegeben; die preußischen Kammern seien illegale Usurpatorenhaufen. Freilich hätten die liberalen Kammerherren auch in ungesetzlichen Kammern zusammentreten können, um das, was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden. Aber dann hätten sie jede Kammer-session damit eröffnen müssen, zudörberst ihre eigene illegale Existenz zu konstatieren und den noch ungeführten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören.

Somit hätten die Arbeiter weder am Gegenstande des Kampfes, der preußischen Verfassung, ein prinzipielles Interesse, noch auch hätten sie ein solches Interesse an den Kämpfenden, die ihnen, Reaktionäre wie Fortschrittler, gleich fremd seien. Wohl aber hätten sie ein sehr großes taktisches Interesse daran, daß der Kampf zwischen Fortschrittspartei und Reaktion fortbauere, und deshalb sollten sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht unbedingt feststehe, ihre Stimme zugunsten dieser Partei als des schwächeren Theils abgeben. Die Fortdauer des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschrittspartei liege im Interesse der Arbeiter, nicht damit einer den anderen, sondern, wie Hutten gesagt habe, als Luther sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffräßen und verschlängen.

An den Neben, die Bennigsen und Schulze-Delitzsch auf dem Frankfurter Abgeordnetentag gehalten hatten, legte Lassalle dann noch dar, daß die Bourgeoisie feierlich erkläre, keine Revolution zu wollen, daß sie unaufhörlich damit drohe, sich vom Kampfplatze zurückzuziehen, wenn die Arbeiter eine selbständige Klassenpolitik zu treiben wagten, daß sie

ntemals herein willigen werde, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und daß sie lieber noch auf die eigene politische Freiheit verzichten, als den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gönnen werde. Er verpflichtete die Arbeiter, wenn jemals der Umschwung käme, „sei es auf diesem oder jenem Wege“, es den Fortschrittlern und Nationalvereinslern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblick erklärt hätten, sie wollten keine Revolution.

Mit diesen Worten sagte Lassalle den Arbeitern, daß sich die Bourgeoisie ihnen ebenso feindlich gegenüberstelle wie die Reaktion, daß ihr Interesse die gegenseitige Aufreibung dieser Parteien und die Ausnutzung aller Vorteile sei, die sich ihnen aus dem Streite zwischen den herrschenden Klassen ergeben könnten. Käme der Umschwung „auf diesem oder jenem Wege“: eroberten sich die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht aus eigener Kraft oder oktroyierte es Bismarck durch einen Staatsstreik, in keinem Falle hätten sich die Arbeiter um die Cliqueninteressen einer Bourgeoisie zu kümmern, die ein für allemal nichts vom allgemeinen Wahlrecht wissen wolle.

Jrgend einen prinzipiellen Standpunkt seiner Vergangenheit verleugnete Lassalle nicht mit den Ausführungen, durch die er seine taktische Wendung begründete. Die Reichsverfassung von 1849 hatte er bereits in seiner Schrift über den italienischen Krieg als eine reaktionäre Utopie gekennzeichnet. Und bereits in seinem Aufsatz über Fichtes politisches Testament hatte er gesagt: „Neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab, und wir glauben ganz ernsthaft, daß selbst diejenigen, welche ein erbliches, monarchisches, einiges deutsches Kaisertum mit gänzlicher Kasserung der 35 Unterhouveränetäten wollen, und sei es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burichenschaftszeit, doch immer noch auf einer viel höheren Stufe der Intelligenz und politischen Wahrheit stehen als unsere Föderativrepublikaner.“ Im Anschluß an Fichte faßte Lassalle den Föderalismus zwar als ideologisches Prinzip auf; er spielte in der Heerschaurede den amerikanischen Bürgerkrieg gegen den Föderalismus aus und überfaß dabei, daß politische Staatsformen im letzten Grunde durch die ökonomischen Zustände bestimmt werden, woraus sie erwachen, daß also der Föderalismus je nach der Lage dieser Zustände ebenso gut eine vernünftige wie eine unvernünftige Staatsform sein kann.

Aber das war wieder eine rein theoretische Einseitigkeit; gerade in Deutschland sperrten sich die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung gegen den Föderalismus, wie schon Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung nachgewiesen hatte, und Lassalle blieb durchaus sich selbst getreu, wenn er das Liebäugeln der Nationalvereiner mit der österreichisch-partikularistischen Bundesreform geißelte, als ein Liebäugeln mit dem denkbar reaktionärsten und verrottesten Standpunkte, den es in der nationalen Frage überhaupt geben konnte.

Es war nun einmal eine Tatsache, daß Bismarck die „föderalistische Intrigue“ des Frankfurter Fürstentongresses geschickter und logischer abgeschlagen hatte als die Fortschrittspartei, und der drastische Vergleich, den Lassalle zwischen dem Manne und den alten Weibern zog, war sachlich ganz zutreffend. Taktisch wäre er nur dann unpassend gewesen, wenn die Fortschrittspartei sonst einen ernsthaften Krieg mit Bismarck geführt hätte. Aber das tat sie eben nicht. Mit seinen Ausführungen über den Wert der preussischen Verfassung blieb Lassalle vollständig auf dem Boden seiner früheren Verfassungsreden. Er nahm auch jetzt kein Blatt vor den Mund, um die Rechtsbrüche der preussischen Krone beim richtigen Namen zu nennen, und was er der Fortschrittspartei sagte, hätte sie sich selbst sagen müssen, wenn sie den Kampf um das Budgetrecht siegreich durchführen wollte.

Hielt sich also die Heerschaurede in den Grenzen einer taktischen Wendung, so führte sie doch zu einem Zwischenfalle, bei dem Lassalle die Grenzen des politischen Tactes überschritt. Die rheinischen Arbeiter enttäuschten seine Hoffnungen nicht; sie empfingen den alten Genossen der Revolutions- und den treuen Freund der Reaktionsjahre mit hellem Jubel. In Barmen sprach Lassalle vor zwei- bis dreitausend Arbeitern. Der Versuch liberaler Fabrikanten und ihrer Helfershelfer, die Versammlung durch Tumult zu stören, mißlang vollständig. Die Störungsfriede wurden blitzschnell an die Luft gesetzt, wobei, wie es in Wahlteichs Berichte heißt, mehrere geschwungene Stühle und geworfene Bierseidel ihren Rückzug beschleunigten.

Die Versammlung machte einen tiefen Eindruck auf Albert Lange, der darüber an die Süddeutsche Zeitung in Frankfurt berichtete. In dem anonym veröffentlichten, aber unzweifelhaft von Lange verfaßten Schreiben heißt es, die fade Behauptung, daß Lassalle ein Werkzeug und nun gar ein blindes Werkzeug der Reaktion sei, brauche nicht erst

widerlegt zu werden. Die Reaktion arbeite ihm in die Hände, aber er nicht ihr. Die Zahl seiner Anhänger sei in beständigem Wachstum und ebenso ihr Fanatismus. Die Art und Weise dieser Jüngerschaft sei ein ganz anderes Wesen, als die stille und harmlose Anhänglichkeit der Genossenschaftsmitglieder an Schulze-Delitzsch. Die in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsleute geworfenen Bierseidel seien nicht die Waffen gewöhnlicher Roheit gewesen, und in Solingen, dessen Arbeiterbevölkerung von jeher einen aufbrausenden Charakter gehabt habe, mache man sich auf ganz ähnliche Dinge gefaßt. Es sei keine eitle Überhebung, wenn Lassalle sein Auftreten als eine Heerschau bezeichnet habe. Ob jemals ein Heer von Schützen und Turnern für die Verfassung ins Feld rücken werde, möge fraglich sein, aber sicher sei, daß ein Lassallesches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen lasse, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim alten lassen werde, am wenigsten Szepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.

Vorläufig bestätigte sich Langes Vorhersage, daß sich die Barmer Vorgänge in Solingen wiederholen und noch verstärken würden. Tausende von rheinischen Arbeitern strömten nach Solingen, um Lassalle zu hören. Der riesige Saal der Schützenburg war zum Ersticken gefüllt, und vor seinen Türen drängten sich noch dichte Massen. Versuche von Fortschrittlern, Lassalle zu unterbrechen, nachdem er kaum zu sprechen begonnen, wurden wieder im Keime erstickt, jedoch ließen sich einige empörte Arbeiter dazu hinreißen, einzelne der hinausgepedierten Tumultuanten mit Messerstichen zu verletzen. Als Lassalle eine halbe Stunde gesprochen hatte, erschien der Bürgermeister von Solingen mit einem Duzend bewaffneter Polizisten und löste die Versammlung auf, unter Berufung auf die Verwundungen der fortschrittlichen Spektakelmacher. Lassalle eilte nun, umdrängt von Gendarmen und umgeben von einer nach Tausenden zählenden Arbeitermasse, die ein jubelndes Hoch nach dem andern auf ihn ausbrachte, auf das Telegraphenamt, wo er eine Depesche an Bismarck aufgab, die den Ministerpräsidenten um „strengste, schleunigste, gesetzliche Genugthuung“ bat gegenüber dem „fortschrittlichen Bürgermeister“, der die Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst habe.

Dies Telegramm war ein schwerer Fehler Lassalles. Man verklagt den Teufel nicht bei seiner Großmutter. Am wenigsten durfte ein

Revolutionär einen Träger der feudalen Reaktion, die seit einem halben Menschenalter das Vereins- und Versammlungsrecht aufs schmächtigste mißhandelt hatte und noch immer mißhandelte, um Sühne für eine Verletzung dieses Rechtes anzufragen, mochte sie ein Fortschrittler oder sonst wer verschuldet haben. Bismarck gab natürlich die erbetene Genugthuung nicht; weit entfernt, einen liberalen Bureaufkranten zu verleugnen, der eine polizeiliche Willkür begeht, wird ihn die feudale Bureaufkrantie vielmehr stets als befehrten Sünder dreimal willkommen heißen. Wenn es den Menschen Lassalle bis zu einem gewissen Grade entschuldigt, daß er, bis aufs Blut gereizt durch die Fortschrittspartei, die unbesonnene Handlung beging, so durfte der Politiker Lassalle um so weniger die Geschäfte seiner Todfeinde besorgen. Die Fortschrittspartei besaß endlich ein Blatt Papier, womit sie einen scheinbaren Beweis für Lassalles Bündnis mit Bismarck führen konnte.

Lassalle selbst sollte bald genug die peinlichen Folgen seines Fehlers empfinden. Nach der Solinger Versammlung sprach er noch ungestört in Düsseldorf, mußte dann aber wegen gänzlicher Erschöpfung seiner Stimmittel die Absicht aufgeben, auch seine Hamburger Anhänger zu begrüßen. Am 7. Oktober traf er wieder in Berlin ein und sah nun mit Recht seine wichtigste Aufgabe darin, diese Stadt zu erobern. Er begann den Sturm auf Berlin mit einer Ansprache an die Berliner Arbeiter, die er in 16 000 Exemplaren verbreiten ließ.

Die Fortschrittspartei hatte zunächst beabsichtigt, Lassalles rheinische Erfolge totzuschweigen; der ehemalige Kommunist Becker bearbeitete in diesem Sinne Wilhelm Hasenclever, einen Lohgerbergesellen, der sich zum Redakteur eines bürgerlich-demokratischen Blättchens in Hagen emporgearbeitet hatte. Als es dann doch mit dem Totschweigen nicht ging, hatten fortschrittliche Blätter, gleichsam als wollten sie bestätigen, daß ihnen in der Heerschaurede nicht zu viel getan sei, das Märlein verbreitet, Lassalle habe in Solingen durch die Polizisten vor der Wut der über seine Demagogie entrüsteten Arbeiter geschützt werden müssen. Besonders die Volkszeitung und die Berliner Reform, die in den Berliner Arbeiterkreisen gelesenen Blätter, gestelen sich in diesem Humberg. Hiervon ging Lassalle aus, um den Berliner Arbeitern zu zeigen, in wie beispielloser Weise sie von der fortschrittlichen Presse getäuscht würden. Er benutzte Langes Brief an die Süddeutsche Zeitung zum Beweise dafür, daß die Fortschrittler, wo sie unter sich seien, die

Wahrheit aussprechen und den revolutionären Charakter seiner Agitation hervorheben. Er führte abermals aus, daß die Fortschrittler ihn haßten, nicht weil sie Reaktion, sondern weil sie Revolution von ihm erwarteten. Er nannte das Eintreten für die preußische Verfassung reaktionär, dagegen das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht revolutionär. Er verhöhnzte die fortschrittlichen Windfahnen, die inzwischen den auf dem Frankfurter Abgeordnetentage begangenen Fehler erkannt hatten und die österreichisch-partikularistische Bundesreform fanatisch verleugneten. Lassalle fragte, was die Arbeiter mit Männern anfangen wollten, die im August schwarzgelb und im Oktober schwarzweiß einhergingen, die in den wichtigsten nationalen Fragen nicht wußten, was sie wollten und also noch viel weniger den Arbeitern sagen könnten, was diese wollen sollten?

Mit besonderer Schärfe protestierte Lassalle dagegen, daß er eine Staatshilfe vom Staate verlange. Er brach im voraus den Stab über Bismarcks spätere „Sozialreform“, indem er den Gedanken weit von sich wies, daß die Arbeiter vom Staate pensioniert werden und um eines Almosen willen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgeben sollten. Er verlange nicht mehr und nicht weniger, als daß der zukünftige, der durch die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts wiedergeborene demokratische Staat durch eine ihm sehr leicht fallende Kreditoperation den Arbeitern die Kapitalvorschuße verschaffe, die sie für die Bildung von Produktivgenossenschaften gebrauchten. Diese Staatshilfe sei kein Gegensatz zur Selbsthilfe, sie sei vielmehr die großartigste „soziale Selbsthilfe“, sie gewähre den Arbeitern überhaupt erst die Möglichkeit zur Selbsthilfe. Lassalle mahnte die Berliner Arbeiter an ihre großen Toten vom März 1848 und warnte sie vor der Verantwortlichkeit, die sie durch fortgesetztes Zaudern vor sich selbst, vor ihren Brüdern, vor der gesamten Geschichte auf sich laden würden. Die wichtigsten Zentren Deutschlands seien gewonnen, das preußische Rheinland marschiere im Sturmschritt voran, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich werden.

Die Ansprache war sehr geschickt abgefaßt, hatte aber so gut wie gar keine Wirkung. Das Berliner Proletariat befand sich damals in einer chaotischen Gärung, die es schon im Vorjahre nicht zu seinem Vorteile von dem Leipziger Proletariat unterschieden hatte. Die preußische Hauptstadt entwickelte sich mit einer Art fieberhaften Tempo zu einem

großen Industrie- und Handelsplage, namentlich auch durch die immer dichtere Verknüpfung des Eisenbahnnetzes, das von ihr ausstrahlte. Sie zog massenhafte Arbeitsträfte aus den preussischen Hinterwäldern an; in den Jahren 1860 bis 1867 vermehrte sich die Einwohnerzahl von nahe 500 000 bis über 700 000 Personen. Hastig flutete die Arbeitermasse hin und her unter einem so starken Einflusse neuer Elemente, die bis dahin von Politik so wenig wußten wie vom Manne im Monde und nun in der großen Stadt zunächst ein Goldland gefunden zu haben glaubten, die den ersten Enttäuschungen nur erlagen, um sich desto krampfhafter an die letzten Hoffnungen zu klammern. Dabei fehlten fast alle Organisationen, um die wirre Masse zu gliedern.

Neben dem großen Handwerkervereine, der sich ausschließlich oder vorwiegend Unterrichtszwecken widmete, und dem Berliner Arbeitervereine, der politischen Hochburg Schulzes, gab es nur drei Arbeitervereine im eigentlichen Sinne des Wortes: den Altgesellenverein, an dessen Spitze ein Schuhmacher stand, den Buchdruckergehilfenverein und jenen Verein von Maschinenbauern in der Oranienburger Vorstadt, der sich Vorstädtischer Handwerkerverein nannte. Die Teilnahme dieser Vereine an Lassalles Agitation stellte sich in einer zunächst sehr auffallenden Form dar. Unter den fünf oder, Vahlreich eingerechnet, sechs Arbeitern, die sich am Schlusse der Ansprache bereit erklärten, Einzeichnungen in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entgegenzunehmen, befanden sich vier oder fünf Schuhmacher, ein Schriftsetzer und kein Maschinenbauer. Erwägt man nun, daß die Schuhmacherei dem untergehenden Handwerke, die Buchdruckerei der Manufaktur und der Maschinenbau der modernen Großindustrie angehörte, so scheinen sich die Berliner Arbeiter um so ablehnender verhalten zu haben, je höher die industrielle Entwicklungsstufe war, auf der sie standen.

Jedoch erklärte sich der innere Zusammenhang dieser seltsamen Erscheinung einfach genug. Die Schuhmacherei, von jeher ein übersehtes, weil leicht und mit geringen Mitteln zu ergreifendes Handwerk, war schon seit den vierziger Jahren zu einem großen Teile eine kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie geworden; in der Armenpflege Berlins und anderer Großstädte spielte seitdem der hungernde Schuhmacher mit zahlreicher Kinderfchar eine hervorragende Rolle. In den sechziger Jahren brach nun der Maschinenbetrieb über dies Handwerk herein. Der Pariser

Ausstellungsbericht von 1867 triumphierte: Mehr als drei Jahrausenbe, seit der Zeit der Pharaonen, hat man die Schuhe in gleicher Weise mit der Hand gearbeitet, jetzt ist die rein mechanische Anfertigung gelungen. In den preussischen Militärschuhmachereien wurde mit Maschinen gearbeitet, die eine Berliner Fabrik das Stück zu 200 Talern lieferte. In diesem Handwerke hieß es: Kette sich wer kann! Der Führer der zünftlerischen Bewegung war ein Schuhmachermeister; von Schulze's 200 Rohstoffgenossenschaften bestanden nicht weniger als 80 aus Schuhmachermeistern; zu Lassalle's ersten und eifrigsten Anhängern gehörten intelligente Schuhmachergesellen, wie Bahlteich, Megner, Arndt, Heuts, Voigt.

In einer anderen Lage befanden sich die Buchdruckergehilfen. Eine Reihe von Umständen — das rasche Aufblühen des Zeitungswesens und seine örtliche Gebundenheit, die reaktionäre Zerstörung der Schule, welche die Konkurrenz von Arbeitskräften für diesen der Schulbildung in so hohem Maße bedürftigen Beruf einschränkte, die vorläufige Sicherung vor maschinellem Betriebe und anderes mehr — machten die Buchdruckergehilfen besonders geneigt zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die ihnen nach ihrer richtigen Annahme einen gewissen Einfluß auf die Lohnhöhe gestatten würde. Der Berliner Buchdruckergehilfenverein, der 600 Mitglieder und damit etwa die Hälfte aller mit Drucken und Setzen beschäftigten Arbeiter Berlins umfaßte, hatte bereits an die Berliner Buchdruckereibesitzer das Ersuchen gerichtet, einen den Gehilfen in der Reaktionszeit aufgenötigten Tarif zu revidieren, der zu den inzwischen sehr gestiegenen Lebensmittelpreisen in unerträglichem Mißverhältnis stand. Der Verein war natürlich kurzerhand abgewiesen worden und bekehrte sich jetzt zu Lassalle's Grundsätzen, soweit sie ihm paßten. Er beanspruchte die Staatshilfe, indem er eine Petition um Aufhebung der Koalitionsverbote an das Staatsministerium richtete. In der Begründung dieser Petition berief er sich auf das eherne Lohngesetz, aber mit der Einschränkung, daß durch Koalition der Arbeiter eine „annäherungsweise Ausgleichung des Übergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter“ erreicht werden könne. Es war nur eine halbe Anhängerschaft, die Lassalle in dem Buchdruckergehilfenvereine gewann.

Ganz ablehnend stellten sich dann die Maschinenbauarbeiter zu seiner Agitation. Bei der damaligen hohen Blüte der Maschinenfabrikation

gut gelohnt, eine kräftige, rege, echt moderne Arbeiterschicht, waren die Maschinenbauer aller politischen und wirtschaftlichen Reaktion in tiefster Seele abhold. Sie sahen die preussischen Bureaukraten und Büntler aus nächster Nähe am Werke, und sie waren dadurch sehr argwöhnisch geworden, daß sich der Führer der vorjährigen Arbeiterbewegung, noch dazu einer aus ihrer eigenen Mitte, als ein Werkzeug der Regierung entpuppt hatte. So konnte ihnen die Volkszeitung, mit der sie seit den fünfziger Jahren eng verwachsen waren, die „Staatshilfe“ verhältnismäßig leicht vereseln. Zudem petitionierten die fortschrittlichen Maschinenfabrikanten bei der Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote, was zwar nur, wie die Haltung der Fortschrittspartei sehr bald zeigen sollte, ein Fehlerschrei war, um den wichtigsten Teil des Berliner Proletariats warm zu halten, aber für den Augenblick seines Eindrucks nicht verfehlte. Zu alledem kam nun noch Lassalles unglückliches Telegramm an Bismarck. Die Maschinenbauarbeiter blieben der Fortschrittspartei treu, und ihre Haltung entschied für die Masse des Berliner Proletariats.

Einige Anhänger hatte Lassalle in der bürgerlichen Bevölkerung Berlins gewonnen, die Ärzte Eisner und Neumann, den Buchhändler Reinhold Schlingmann, den Kandidaten Alexi. Auch Liebknecht, der seit einem Jahre aus dem englischen Exile heimgekehrt war, schloß sich ihm um diese Zeit an. Liebknecht war kurze Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung tätig gewesen, die von August Braß, einem blutroten Republikaner von 1848 her, als großdeutsch-demokratisches Organ begründet worden war, aber sehr schnell in Bismarcks Lager übergang. Sobald Liebknecht dahinter gekommen war, schied er aus, um auf dem Berliner Pflaster wieder den harten Kampf ums Dasein zu beginnen, den er ein Duzend Jahre auf dem Londoner Pflaster geführt hatte. Was ihn zum Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bewog, war nach seiner eigenen Angabe die Erfüllung einer Ehrenpflicht, eine Kundgebung der Sympathie gegenüber den Angriffen der fortschrittlichen Presse. Er dachte sonst wie Marx über Lassalles Agitation, und es war begreiflich genug, daß ihm nach den bösen Erfahrungen, die er eben mit Braß gemacht hatte, Lassalles taktische Wendung wider den Strich ging und selbst sein Mißtrauen erweckte. Auf der anderen Seite waren ihm die deutschen Verhältnisse fremd geworden, und er hegte die irrige Ansicht, daß Lassalle als alter Kommunist sich dennoch in fortschrittlich-demokratisches Fahrwasser und in die großpreussische

Napoleonschwärmerei des Jahres 1859 habe verlocken lassen. So war die Antipathie gegenseitig, wie Liebnecht wohl mit Recht annahm.

Die schwachen Kräfte, womit Lassalle den Sturm auf Berlin versuchte, stießen auf einen weit überlegenen Widerstand. Die Fortschrittspartei erklärte, in Berlin habe der Sozialismus sein Haupt erhoben, in Berlin müsse er nun auch aufs Haupt geschlagen werden. Um einen so edlen Lorbeer zu erringen, verschmähte sie nicht die Hilfe der Polizei; sie legte wieder Wert darauf, dreimal unrecht zu haben, nachdem Lassalle mit seiner Depesche an Bismarck einmal unrecht gehabt hatte. Lokalabtreiberien, bei denen die Polizei hilfreiche Hand leistete, waren ihr erstes, und tumultuariische Störungsversuche, bei denen die Polizei abermals hilfreiche Hand leistete, ihr zweites Mittel. Eingedenk seiner rheinischen Erfahrungen, hielt Lassalle zunächst geschlossene Mitgliedersitzungen ab, um einen festen Kern seiner Anhänger zu schulen. Aber schon in der ersten dieser Sitzungen am 22. Oktober mußten elf Fortschrittler hinausgepediert werden, die sich unter betrügerischer Einzeichnung in die Vereinslisten eingeschlichen hatten, um spektakeln zu können. In der zweiten Sitzung am 2. November drang ein lärmender Menschenhaufe in den Saal ein, worauf sich der überwachende Polizeibeamte beeilte, die Versammlung aufzulösen. Eine dritte Sitzung am 10. November verlief verhältnismäßig ruhig; es brauchten nur zwei fortschrittliche Madagassellen hinausgetan zu werden, und die Polizei versagte ihnen sogar den erbetenen Beistand. Nun wollte Lassalle den Stier bei den Hörnern packen und berief eine öffentliche Versammlung in den großen Saal des Eldorado. Jedoch hinderte ihn eine heftige Halsentzündung am Erscheinen, und die Fortschrittler verbreiteten triumphierend, er habe sich aus Angst gedrückt. Als dann aber Lassalle am 22. November in einer neuen öffentlichen Versammlung erschien, die er wieder ins Eldorado berufen hatte, drang ein Haufe Polizeibeamter ein, trieb die Versammelten gewaltsam auseinander und verhaftete Lassalle unter der Anklage, in seiner Ansprache an die Arbeiter Berlins ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben. Dazu schrien die anwesenden Fortschrittler, und leider auch fortschrittlich betörte Arbeiter, wie besessen Bravo!

Lassalle wurde nach drei Tagen gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen, doch sah er ein, daß sein Sturm auf Berlin mißlungen sei. Der Beifall der Arbeiter zu seiner Verhaftung

bewies ihm, daß er noch keine Kraft erwecken könne, stark genug, den gemeinsamen Widerstand der Fortschrittspartei und der Polizei zu brechen. Ehrenhalber hielt er noch eine oder ein paar Versammlungen ab, die nicht mehr gestört wurden, sei es, daß ein Rest von Scham in der Fortschrittspartei erwacht war, sei es, daß sie sich der Arbeiter jetzt versichert hielt. Dann gab Lassalle die Agitation in Berlin auf. Die Zahl der Berliner Vereinsmitglieder war in diesen heftigen Kämpfen auf 200 gestiegen, sie sank schnell wieder auf 30 bis 40 herab, und höher hat sie sich nicht mehr erhoben, solange Lassalle lebte.

2. Lassalle und Bismarck.

Derweil hatten die neuen Wahlen zum Abgeordnetenhaus, trotz Bismarcks krampfhaftester Anstrengungen, Beeinflussungen und Maßregelungen, der Fortschrittspartei einen neuen Sieg gebracht. Zwar war auch die Zahl der konservativen Abgeordneten von einem Duzend auf drei Duzend gestiegen, aber nicht auf Kosten der Fortschrittspartei, sondern der altliberalen und anderer kleiner Mittelgruppen. Das neue Abgeordnetenhaus hob sofort die Preßordonnanz auf, und Bismarck gab sie preis. Seine Spekulation auf den nationalen Nerv war vorläufig mißglückt, doch fügte es sich, daß er sie sofort mit größerer Aussicht auf Erfolg wiederholen konnte.

Am 15. November starb der König von Dänemark ohne männliche Leibeserben, und am 18. November wurde die dänische Gesamtverfassung erlassen, die entgegen dem Londoner Protokolle das Herzogtum Schleswig dem Königreiche Dänemark einverleibte. Damit war die schleswig-holsteinische Frage, in der sich seit einem halben Menschenalter die deutsche Schande gewissermaßen verkörperte, wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Eine unzweifelhaft starke Bewegung ging durch die Nation. In Hunderten von Volksversammlungen wurde Gut und Blut für die Befreiung der Herzogtümer vom dänischen Joch versprochen, wurde beschlossen, für diesen Zweck Geld zu sammeln und Freiwilligenscharen zu werben. Dieser Bewegung traten die deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, schroff entgegen, indem sie am Londoner Protokolle festhielten, daß die schleswig-holsteinische Erbfolgeordnung durch einen Gewaltstreich zugunsten des dänischen Thronfolgers beseitigt hatte. Sie erklärten, gegen Dänemark nur einschreiten zu wollen, weil es die im

Londoner Protokolle gegen Schleswig-Holstein übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, erkannten damit aber gerade die Rechtsbeständigkeit dieser Urkunde an, deren Zerreißung die nationale Bewegung ungefühm verlangte. Soweit waren die Voraussetzungen zu dem revolutionären Volkskriege um Schleswig-Holstein gegeben, den Marx 1848 und Lassalle 1859 verlangt hatten.

Jedoch gelang es der deutschen Bourgeoisie, in holdem Einklange mit der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, die nationale Bewegung sofort in eine Sackgasse zu verrennen: in das Erbrecht der Augustenburger, ein Fürstenrecht, dessen Legitimität auf irgend einer mittelalterlichen Schafshaut, dessen moralische Unversehrtheit und politische Berechtigung auf einem ganz anderen Blatte geschrieben stand. Der augustenburgische Prätendent selbst gehörte zu den nach Charakter und Geist gleich nichtigen Dugendprinzen, die Deutschland überschwemmen; er begann den Kampf um sein sogenanntes Recht mit einem Bettelbriefe an Louis Bonaparte. In Deutschland waren seine eifrigsten Vorkämpfer der Herzog von Koburg-Gotha, jener Hans in allen Gassen, der sich einer europäischen Lächerlichkeit erfreute, und der sächsische Minister v. Beust, dessen an den Dresdener Maitämpfern verübten Schandtaten zum europäischen Skandal geworden waren.

Trotz dieser mißlichen Bundesbrüderschaft beeilte sich die deutsche Bourgeoisie, allen Einfluß, den sie auf die deutschen Massen besaß, der augustenburgischen Agitation dienstbar zu machen. Groß- und Klein-deutsche vereinten sich für diese erhabene Aufgabe, und ein neuer Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. setzte einen Sechsunndreißiger-Ausschuß nieder, der mit laut schallenden Null- und Nichtigkeitserklärungen die österreichischen und preußischen Majonette aus der Welt zu dividieren unternahm. Es kam bald soweit, daß sich die radikalen Elemente der Bourgeoisie gegen den abstoßenden Lärm empörten. Als dem „rein deutschen“ Minister Beust für seine Verdienste um die schleswig-holsteinische Sache ein Nationalgeschenk überreicht werden sollte, wandte die Wochenschrift des Nationalvereins dies Übermaß der Entehrung dadurch ab, daß sie in einigen Aufsätzen die schauerlichen Geheimnisse des Zuchthauses in Waldheim enthüllte. Und als sich die preußische Fortschrittspartei beeilte, in die Augustenburgererei hineinzutaumeln, ging ihr linker Flügel nicht darauf ein. Vielmehr erklärte Waldeck, das preußische Abgeordnetenhaus habe durchaus keinen Anlaß, sich für einen Prätendenten

dieses Schlags zu begeistern; vernünftiger noch, als die Stabilisierung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den schleswig-holsteinischen Grenzmarken, sei ihre Annexion an Preußen. Eben dies war der vorläufig geheime Endzweck, den Bismarck auf den verschlungenen Wegen einer durch und durch reaktionären Kabinettspolitik, aber immerhin mit einer Geschicklichkeit verfolgte, die den gemeinsamen staatsmännischen Talenten der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, wie der groß- und klein-deutschen Bourgeoisie überlegen war.

Dem „schleswig-holsteinischen Dusel“ stand Lassalle ebenso ablehnend gegenüber wie Marx seinerzeit dem meerumschlungenen Schoppenenthusiasmus. Soweit die nationale Bewegung von echtem Gehalt war, ergriff sie auch die Arbeiter; namentlich die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die den umstrittenen Ländern so nahe wohnten, erließen einen Aufruf, der zu Geldsammlungen und Truppenwerbungen für das „gute deutsche Recht“ aufforderte, wobei es übrigens auf keine fortschrittliche Schwanzpolitik, sondern auf eine selbständige Aktion der Arbeiterklasse abgesehen war. Es lag auf der Hand, daß eine solche Aktion unter den obwaltenden Verhältnissen den herrschenden Klassen nur einen willkommenen Anlaß bieten konnte, die junge Arbeiterbewegung zu ersticken, und so beeilte sich Lassalle, die drohende Gefahr rechtzeitig zu beschwören. Er verfaßte eine Resolution, die das Londoner Protokoll als einen Gewaltstreich und das legitime Fürstenrecht als ein Phantom kennzeichnete. Es sei die Pflicht aller deutschen Regierungen, die Herzogtümer aus der Gewalt der dänischen Krone zu reißen, aber vor der Entsendung von Freiwilligen und von Turnern nach Schleswig-Holstein müsse mit äußerstem Nachdruck gewarnt werden. Das Volk würde dadurch seine opferwilligsten Vorkämpfer verlieren, deren Zusammenhaltung dringender als je erforderlich sei. Den gewaltigen zentralen Aufgaben gegenüber, die in Deutschland selbst gelöst werden müßten, sei es von verhältnismäßig sehr untergeordnetem Interesse, ob, solange in Deutschland einige dreißig Fürsten herrschten, einer davon ein ausländischer Fürst sei. Die sich für das legitime Fürstenrecht begeisternden Anhänger der Fortschrittspartei und des Nationalvereins schienen Schleswig-Holstein als eine Gelegenheit benützen zu wollen, um die Aufmerksamkeit von der inneren Lage abzulenken und der Lösung eines Konflikts, dem sie nicht gewachsen seien, unter dem Scheine des Patriotismus zu entfliehen. Das

Volk aber solle nicht vergessen, daß sich durch die Einheit und Freiheit Deutschlands die schleswig-holsteinische Frage von selbst löse, während kein Erfolg in Schleswig-Holstein die deutsche Einheit und Freiheit zu sichern vermöge.

Die Resolution gelangte überall im Vereine zur Annahme. Auch die Hamburger Mitglieder, deren erstes Feuer Lassalle als ganz ehrenvoll anerkannte, beruhigten sich allmählich. Von den beiden Vorstandsmitgliedern, die in Hamburg wohnten, hatte Audorf von vornherein den Kopf oben behalten, während Berl noch ein besonderes Schreiben Lassalles erhielt, mit der dringenden Warnung, nichts für die Aufstellung von Freiwilligen zu tun. Ohne Zweifel entsprach Lassalles Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage unter den damaligen Verhältnissen durchaus den Interessen des Proletariats, und das galt ebenso von der Resolution, die Lassalle etwa gleichzeitig in der polnischen Frage fassen ließ.

Diese Resolution erkannte dem polnischen Aufstande von 1863 das europäische Verdienst zu, die Illusion des Panславismus zu zerstören und zugleich die früher von vielen deutschen Patrioten gehegte Befürchtung eines zwischen Napoleon und dem Zaren unter dem Mantel des Nationalitätsprinzips geschlossenen Bündnisses unmöglich zu machen. Damit sei die wichtigste Vorarbeit für eine solidarische Politik der europäischen Demokratie geschaffen. Um Deutschland habe sich der polnische Aufstand das spezielle Verdienst erworben, eines der mächtigsten äußeren Hindernisse für die Herstellung der deutschen Einheit zu beseitigen, wenn Deutschland die polnische Erhebung zu seiner Neugestaltung benütze. Die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter dem Schutze Deutschlands sei dessen glorreichste und legitimste auswärtige Aufgabe, der Krieg zu diesem Zwecke das direkteste Interesse Deutschlands, die einzige Sühnung des durch die Teilung Polens mitbegangenen Unrechts und zugleich seine wahrhafte Emanzipation von dem, von Osten wie von Westen her, auf ihn lastenden Drucke. Die einzige Einschränkung, die Lassalle machte, bezog sich auf die friedliche Germanisierung polnischer Landstriche, die er höher einschätzte, als Marx sie in der Neuen Rheinischen Zeitung, und etwa so, wie Marx sie in der New York Tribune eingeschätzt hatte. Lassalle sah darin eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage. Der prinzipielle Inhalt sowohl seiner polnischen wie seiner schleswig-holsteinischen Resolution

ließ sich vom kommunistisch-revolutionären Standpunkt aus nicht anfechten, wie denn auch beide Resolutionen vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London bestätigt wurden.

Die politische Entwicklung im Winter von 1863 auf 1864 war nun in großen Zügen diese. Das preussische Abgeordnetenhaus verweigerte eine Anleihe von 12 Millionen Talern, die Bismarck für die Exekution gegen Dänemark gefordert hatte, und strich im Etat für 1864 abermals die Kosten der Heeresreorganisation. Da Bismarck von vornherein erklärt hatte, er werde sich an diese Beschlüsse nicht kehren, so schlug Jacoby vor, der Regierung das ganze Budget zu verweigern; einem Ministerium, das absichtlich und grundsätzlich die Verfassung verletze, dürfe überhaupt keine Verfügung über Staatsgelder anvertraut werden. Das war in seiner Art konsequent. Aber die Mehrheit der Fortschrittspartei war in ihrer Art auch konsequent, wenn sie meinte, eine Verweigerung des ganzen Budgets sei rein illusorisch und würde im völligen Verpuffen der beabsichtigten Wirkung die Lage der Opposition noch verschlechtern, es sei denn, daß die Steuerzahler die Steuern zu zahlen verweigerten, und daran sei nicht zu denken. So begnügte man sich, dem Budget von rund 135 Millionen Talern noch nicht ganz 6 Millionen Taler abzustreichen, womit Bismarck nun aber auch gewonnenes Spiel hatte. Er schickte den Landtag am 25. Januar 1864 mit einer sehr ungnädigen Strafpredigt an das Abgeordnetenhaus nach Hause und nahm, wie er verheißen hatte, das Geld, wo er es fand. Für die verhältnismäßig geringe Höhe der Summen, um die es sich handelte, hatte er vorläufig finanzielle Hilfsquellen genug, und die Staatsgläubiger beruhigte er durch einen, am 12. Februar veröffentlichten Beschluß des Staatsministeriums, der die Finanzverwaltung an bestimmte, fest umgrenzte Normen band. Diese Vorgänge bestätigten aufs neue Lassalles Ansicht, daß die gänzliche Stillesetzung der konstitutionellen Maschinerie das einzige Mittel der Opposition gewesen sein würde, die Regierung lahm zu legen. Mit seinem Fortparlamentieren hatte das Abgeordnetenhaus nur erreicht, daß es als politische Macht überhaupt nicht mehr mitzählte.

Sa noch mehr: es wurde geradezu eine Stütze seines Gegners. Mit dem Frankfurter Fürstentage und der schleswig-holsteinischen Krisis geriet Bismarck in ein Kreuzfeuer feudaler und höfischer „Fraktionen“, von denen er sehr wohl wußte, daß sie sich immer mehr komplizieren würden

je mehr sich seine deutsche Politik enthüllte. Die Königin Augusta, die als Schülerin Goethes eine gebildete Frau war, hatte den ostelbischen Junker nie gern gesehen; das Kronprinzliche Paar war liberal und noch weit mehr augustinburgisch gesinnt; die einflußreiche Königin-Witwe scheute jedes Zerwürfniß mit Oesterreich, und die gleiche Scheu empfand ein sehr großer Teil des Junkertums. Alle diese Einflüsse stürmten auf das zaghafte Gemüt des Königs ein. Damals wurde ein angebliches Wort Bismarcks viel kolportiert: kaum sei der alte Schimmel an den Rand des Grabens gespornt, so scheue er immer mit einem mächtigen Satz zurück. Was Bismarck trotzdem in der Gunst des Königs erhielt, war die Dreistigkeit, womit er das rebellische Abgeordnetenhaus abtrumpfte. Er wußte sehr wohl, was er tat, wenn er die Schatten des 18. März vor dem Könige beschwor, wenn er nach seiner eigenen Erzählung den König mit Karl I. von England, sich selbst mit Strafford und die harmlosen Manchester Männer, die bloß ein wenig mit der Couponschere an den „unproduktiven“ Heeresausgaben schnipseln wollten, mit lauter blutdürstigen Cromwells verglich.

In der schleswig-holsteinischen Sache ging Bismarck auf Grund des Londoner Protokolls vor, gemeinsam mit Oesterreich, das sich jetzt gern von ihm finden ließ, aus Sorge um die nationale Bewegung und daneben, nach einigen parlamentarischen Andeutungen österreichischer Minister, auch wohl aus geheimem Argwohne gegen ihn selbst. Um die bundestägliche Mehrheit und die vernichtenden Resolutionen der Sechsunddreißiger kümmerte sich Bismarck nicht weiter. Er sagte, politische Fragen seien Machtfragen; die deutschen Großmächte seien das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwinde schütze; Preußen könne sich nicht von einer Mehrheit majorisieren lassen, die etwa ein paar Millionen repräsentiere. Höchstens benutzte er die pomphaften Resolutionen der Sechsunddreißiger vor den auswärtigen Mächten ähnlich, wie die pomphaften Reden der preussischen Abgeordneten vor dem Könige; er tat so, als könnten jene Proklamationen die Revolution in Deutschland entsafen, wenn die deutschen Großmächte nicht wenigstens auf Grund des Londoner Protokolls gegen Dänemark eingeschritten. Die Komik dieser Mystifikation überboten die Sechsunddreißiger dann freilich noch, indem sie eine neue Proklamation vom Stapel ließen, worin sie sich über ihre sonstigen Mißerfolge damit trösteten, daß sie „Oesterreich und Preußen, diese der nationalen Ehrensache feindlichen,

auf ihren prinzipiellen Gegensatz gegen die nationale Strömung pochenden Mächte dennoch nach Schleswig getrieben“ hätten.

Im Januar 1864 richteten Österreich und Preußen die Aufforderung an Dänemark, die neue Gesamtverfassung zurückzunehmen, widrigenfalls sie einschreiten müßten; setze Dänemark ihrem Einschreiten bewaffneten Widerstand entgegen, so löse der Krieg alle Verträge, und das Londoner Protokoll stehe dann überhaupt zur Diskussion. Dänemark blieb hartnäckig, und es kam zum Kriege. Am 18. April stürmten preußische Regimenter die Düppeler Schanzen. Auf Betreiben Englands wurden dann auf einer internationalen Konferenz in London neue Ausgleichsversuche gemacht. Nunmehr sagte sich Bismarck von dem Londoner Protokolle los, und zugleich tauchten im preußischen Staate, wie in den Herzogtümern selbst, Adressen auf, die mit der einstweilen verschämten und verschleierten Forderung der preußischen Annexion an den König herantraten und von ihm freundlich aufgenommen wurden. Bismarck schrieb darüber an einen Vertrauten, es scheine ihm zweckdienlich, „alle Hunde loszulassen, welche bellen wollten“; das „gesamte Geläut der Meute“ wirke dahin zusammen, daß den Ausländern die Unterwerfung der Herzogtümer unter die Dänen unmöglich erscheine. Der Augustenburger und „alle ewig Ungebedelten bis zur Königsau“ müßten daran gewöhnt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen könne. Die Adressen sollten den Herzogtümern den „Schwindel“ abgewöhnen, sich als Geburtstagskind in der deutschen Familie anzusehen, für dessen Partikularinteressen Preußen mit seiner Existenz einzutreten habe. Und zur „Beleuchtung der Situation“ fügte Bismarck „schließlich“ hinzu, daß für ihn die preußische Annexion zwar nicht der oberste und notwendige Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat sei.

Während dieser politischen Entwicklung haben persönliche Verhandlungen zwischen Lassalle und Bismarck stattgefunden. Was darüber bekannt geworden ist, beruht auf Mitteilungen, welche die Gräfin Hatzfeldt einer- und Bismarck andererseits im Jahre 1878 gemacht haben. Sie gehen in manchen Punkten auseinander. So ist gleich streitig, wer die Verhandlungen begonnen hat: nach der Gräfin Hatzfeldt ist es Bismarck gewesen, nach Bismarck selbst aber Lassalle. Über diesen Punkt läßt sich nichts Sicheres feststellen, und es kommt auch nicht viel darauf an, da Bismarck zugibt, daß er sich leicht habe finden lassen, und Lassalle,

wenn er es für nötig oder wünschenswert hielt, überhaupt mit Bismarck zu verhandeln, auf eine formelle Eiskettenfrage schwerlich so großen Wert gelegt hat, wie die Gräfin Hayfeldt später behauptete. Ob die Verhandlungen drei- oder viermal stattgefunden haben, wie Bismarck, oder viel häufiger, wie die Gräfin Hayfeldt sagt, läßt sich ebenfalls nicht entscheiden und ist auch ziemlich gleichgültig. In einem dritten Punkte hat die Angabe Bismarcks die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Nach der Gräfin Hayfeldt hat Lassalle die Beziehungen abgebrochen, weil Bismarck sich geweigert habe, das allgemeine Wahlrecht sofort zu ottronieren, während nach Bismarck irgend ein Bruch nicht erfolgt ist, was dadurch glaubwürdig wird, daß Lassalle bis an sein Lebensende für die Übersendung seiner Kundgebungen an Bismarck sorgte. In der ungleich wichtigeren Frage aber, um was es sich bei diesen Unterredungen gehandelt habe, hat die Gräfin Hayfeldt unzweifelhaft recht mit der Antwort: um politische Geschäfte. Bismarcks Versicherung, er habe mit Lassalle gemächlich geplaudert, wie mit einem geistreichen Gutsnachbarn, kann nur den Rang einer lustigen Ausflucht beanspruchen.

Nichts ergöglicher denn auch, als der Versuch Bismarcks, seine Versicherung zu begründen. Er sagte darüber im Jahre 1878: „Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und lebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stile, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“ Diese Sätze zeigen, daß, Person gegen Person gerechnet, bei diesen Unterredungen Bismarck der arme Teufel gewesen ist, und sein Versuch,

mit dem Sozialismus Kirichen zu essen, hat denn auch damit geendet, daß er die Steine bekam, wie Lassalle vorausgesagt haben soll.

Ihre Verhandlungen bewegten sich, wie die Gräfin Sayfeldt angibt und Bismarck anerkennt, um das allgemeine Wahlrecht und die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Man darf hinzufügen, daß es für Lassalle auf jenes und für Bismarck auf diese angekommen sei. Ein strebsamer Professor hat neuerdings Disraeli, Louis Bonaparte und Bismarck als die drei klassischen Vertreter des Imperialsozialismus gefeiert, wobei Disraeli und selbst Bonaparte unverdient schlecht fortkommen. Will man überhaupt von einem Sozialismus Bismarcks sprechen, so muß man ihn als Almosen- oder Lakaiensozialismus taufen. Die unbelehrbare Hartnäckigkeit, womit Bismarck nicht nur, wie selbstverständlich, dem revolutionären Emanzipationskampfe des Proletariats, sondern auch allen Sozialreformen entgegengetreten ist, welche die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu heben geeignet sind, ist hinlänglich bekannt; das vorige Jahrhundert hat keinen kapitalistischen Ausbeuter gesehen, der offener als Bismarck die Sonntagsruhe der Arbeiter für ein Danaergeschenk erklärt oder die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in den Fabriken als einen verwerflichen Eingriff in das innere Heiligtum der Familie gebrandmarkt hat. Bismarcks sogenannter Sozialismus erschöpfte sich in den Worten, die er einmal einem seiner Leute als Leitmotiv für die offiziöse Abschlichtung der Arbeiterfrage angab: „Wer Aussicht auf Pension für das Alter oder die Invalidität hat, sei sie auch noch so klein, der fühlt sich wohlter und zufriedener mit seinem Schicksal, der ist viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewisse Zukunft blickt. Betrachten Sie zum Beispiel den Unterschied zwischen einem Privatdiener und Kanzleidiener oder Hofbedienten, diese werden sich weit mehr bieten lassen, weil sie weit mehr Anhänglichkeit an ihren Dienst haben als jener, denn sie haben Pension zu erwarten.“ Bismarcks Sozialismus, wenn man denn einmal dies Wort mißbrauchen will, hat immer darin bestanden, die Arbeiter durch Almosen zu verblenden, damit sie wie höfische Lakaien sich leichter behandeln und sich mehr bieten ließen.

Von diesem genialen Gesichtspunkt aus faßte Bismarck auch die Produktivassoziationen mit Staatskredit auf. Seine bonapartistischen Manöver waren im Staatsministerium auf einen gewissen Widerstand

gestoßen; die alten bureaukratischen Böpfe verstanden sich noch nicht auf diese neue Mode. Um so mehr sah sich Bismarck anderweitig nach gutem Räte um. Seine eigene ökonomische Weisheit bestand in einem trüben Mischmasch feudal-mittelalterlicher Reste und vulgär-ökonomischer Anfänge, entsprechend der Stellung eines Junkers, dem die kapitalistische Profitmacherei einzuleuchten beginnt. Natürlich täuschte sich Lassalle keinen Augenblick so über Bismarcks sozialistische Gesinnung, wie sich Bismarck über Lassalles monarchische Gesinnung täuschte. Das Entsetzen, womit Lassalle hinter den Almosen- und Laskaiensozialismus gekommen ist, spiegelt sich deutlich genug wieder in den energischen Protesten, die er von nun an wiederholt gegen alles Experimentieren mit seinem Vorschläge der Produktivassoziationen richtete. Er nutzte höchstens Bismarcks Torheit für seine Zwecke aus, wie im Frühjahr 1864, als eine Deputation von drei schlesischen Webern in Berlin erschien, um die Hilfe des Königs gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter anzurufen.

Die chronische Not der schlesischen Weber war damals durch die Baumwollenkrisis in eine akute Katastrophe umgeschlagen. Bereits im August 1862 hatten die Fabrikanten des Kreises Reichenbach den Landrat Olearius auf die „bedenkliche Situation“ aufmerksam gemacht und für den Winter um Vorkehrungen gegen die unter den Webern herrschende Not ersucht. Olearius hatte ihnen geantwortet, daß sämtliche Fabrikanten gewiß selbst alles aufbieten würden, um aus eigenen Mitteln dem drohenden Notstande zu begegnen; ihre Lage habe sich im allgemeinen gebessert, während die Lage der Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit geblieben sei. Als die Fabrikanten dann die Errichtung eines Arbeitshauses für die beschäftigungslosen Weber beantragten, hatte Olearius sie höhnisch beschrieen, dieser Vorschlag werde seinen Urhebern „nicht mit Unrecht“ den Haß der Arbeiterbevölkerung zuziehen. Ein Arbeitshaus solle eine ohne Verschulbung in Not geratene zahlreichere Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen sei, sich einen Notpfennig zu erübrigen, und mit deren Tätigkeit andere reich geworden seien, vor Hunger schützen? Dieser Landrat war ein kleinster Bonaparte und deshalb ein Mann nach dem Herzen des kleinen Bonaparte, der gleich darauf, im September 1862, preussischer Ministerpräsident wurde. Die Sache hatte ziemliches Aufsehen gemacht und auch eine parlamentarische Debatte veranlaßt. Der Kreis Reichenbach, worin die großen Weberdörfer Langenbielau und Peterswaldbau lagen, war ein heißer Boden,

und unter den dortigen Fabrikanten befand sich ein Führer der Fortschrittspartei, Leonor Reichenheim, der in Wüste-Giersdorf eine große Spinnerei und Weberei besaß, eine jener Fabriken, welche die Seehandlung in den vierziger Jahren gegründet und Hansemann im Jahre 1848 um jeden Spottpreis verschleudert hatte. Reichenheim war ein kapitalistischer Fabrikant des gewöhnlichen Schlages; er verhöhnte die von ihm ausgebeuteten Arbeiter nicht in der Art der Gebrüder Zwanziger, aber er tröstete sie mit Schulzes Sparrezepten, was die undankbaren Weber auch als bitteren Hohn auffaßten. Sie antworteten wahr genug: Wovon sollen wir sparen, sollen wir unseren Magen in den Rauchfang hängen?

Aus Wüste-Giersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber Florian Paul mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim beschäftigt wurden. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite zugestiftet worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königtum geschöpft haben sollten, das zwanzig Jahre früher ihren Widerstand gegen die beispielloseste Ausbeutung mit blauen Bohnen, mit Peitschenhieben, mit Karren und Ketten gestraft hatte. Amtlich erklärte der Landrat Olearius allerdings, er könne die Absicht der Weber nicht fördern und nicht hindern. Das Herz dieses Braven war geteilt, da sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Minister des Innern, und ebenso der Handelsminister, dem die Gewerbepolitik unterstand, von bonapartistischen Künsten nichts wissen wollten. Es dauerte denn auch vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim Könige verschaffte.

In der Zwischenzeit sahen sich die Weber in Berliner Arbeiterkreisen um und gerieten an den damals vielgenannten Arbeiter Karl Preuße, der sowohl dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine Lassalles als dem Berliner Arbeitervereine Schulzes angehörte. Die Fortschrittler behaupteten, Preuße sei ein Agent Wagners und suchten auch daraus einen Strick für Lassalle zu drehen, in dessen Hause Preuße gesehen worden war. Soweit sich die Behauptung heute noch nachprüfen läßt, war sie eine grundlose Verdächtigung. Die sehr zahlreichen Reden Preußes, die in den Berichten der damaligen Presse über die Berliner Arbeiterbewegung vorliegen, lassen in ihm einen jener schwatzhaften,

aber wohlmeinenden Vereinsmeier erkennen, die sich überall vorbrängen und schließlich überall mit einer Art heiteren Wohlwollens geduldet werden; als die Fortschrittler ihn, zur besseren Betätigung ihrer Behauptung, aus dem Berliner Arbeiterverein ausschließen lassen wollten, hinderte die große Mehrheit der Mitglieder das Femgericht, indem sie erklärte, Preuße sei zwar ein wunderlicher Kauz, aber ein ehrlicher Kerl. Den schlesischen Webern, die ihn um Hilfe und Rat angingen, sagte Preuße, er sei selbst kein Schriftgelehrter, aber sie möchten sich nur an Lassalle, Schulze-Delitzsch und Wagener wenden, die eigentlichen Schriftgelehrten der Arbeiterfrage, und als die Weber meinten, an Schulzes Rezepten hätten sie vorläufig genug, empfahl er ihnen statt des Sparapostels den Schriftfeger Dittmann, den Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins.

Die Weber fanden an Lassalle weit größeren Geschmack, als an Dittmann und Wagener. Florian Paul wurde Bevollmächtigter für Wüste-Giersdorf, und der Kreis Reichenbach gehörte bald zu den stärksten Stützen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dagegen spielte Bismarck durchaus den armen Teufel, als er die Weberdeputation beim Könige einführte. Das „soziale Königtum“ blamierte sich gründlich, indem der König den Webern das nie eingelöste Versprechen „einer baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Not“ spendete; eine bureaukratische Kommission, die zur Untersuchung der von den Webern erhobenen Beschwerden niedergesetzt wurde, fand alles in schönster Ordnung, und Leonor Reichenheim trug eine Art Märtyrerkrone aus dem Handel davon. Er hatte inzwischen unter den ansässigen Webern fürchterliche Musterung gehalten, und Bismarck streckte den ausgesperrten Arbeitern aus der königlichen Schatzkammer ein kleines Kapital vor, um eine Produktivassoziation zu gründen. Jedoch hatte er auch damit kein Glück, denn dies Musterinstitut, in dessen Leitung der Landrat Olearius seine staatsmännischen Talente bewähren sollte, machte binnen Jahr und Tag eine glorreiche Pleite. Die Höhe des Almosen, durch das Bismarck die schlesischen Weber zu höfischen Lakaien schmeidigen wollte, wird verschiednen angegeben, im Mindestbetrage zu 6000, und im Höchstbetrage zu 12000 Talern.

Nahm Bismarck ein demagogisches Interesse an den Produktivassoziationen mit Staatskredit, so nahm Lassalle ein demokratisches Interesse an dem allgemeinen Wahlrechte. Um diese Waffe, womit er sich getraute,

sowohl die Fortschrittspartei wie die Reaktion zu schlagen, war es ihm in seinen Verhandlungen mit Bismarck zu tun. Er sah richtig voraus, daß Bismarck über kurz oder lang auf das allgemeine Wahlrecht zurückgreifen müsse, aber er irrte darin, daß er durch seine persönliche Verebbarkeit diesen Zeitpunkt beschleunigen zu können hoffte. Täuschte sich Bismarck in Vassalle nach der Art eines beschränkt-pfiffigen Geschäftsmannes, so täuschte sich Vassalle in Bismarck nach der Art eines groß und weit blickenden Idealisten, der bei dem Gegner Gesichtspunkte voraussetzte, die diesem so fremd waren, wie einem Sübseeinsulaner die Hegelsche Philosophie.

Was Vassalle gesagt hat, um Bismarck zur Otroyierung des allgemeinen Wahlrechts zu veranlassen, läßt sich aus seinen späteren Reden mit ziemlicher Sicherheit schließen. Von der Auffassung aus, daß die preussische Verfassung noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt habe, sah Vassalle in der Otroyierung des allgemeinen Wahlrechts nicht einen Bruch, sondern eine Wiederherstellung des Rechts, und das war auch ganz plausibel, falls man überhaupt so gutmütig sein wollte, vor einem Rechte in Preußen zu sprechen, nach den unzähligen Rechtsbrüchen, auf denen dieser gesegnete „Rechtsstaat“ beruhte. Jedoch war diese ganze Beweisführung verschwendete Mühe, soweit sie auf Bismarck und dessen König wirken sollte. Beide hatten an so vielen Rechtsbrüchen teilgenommen, daß es ihnen auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger nicht ankommen brauchte und, wie eine nahe Zukunft zeigen sollte, auch wirklich nicht ankam. Ebenfowenig waren sie zugänglich für Vassalles Appell an die „Allergebildesten und Allerintelligentesten“, die in ihrem Hader mit der Bourgeoisie die Berufung auf das Volk als einen „Ausweg von der höchsten historischen Weisheit“ erkennen würden, oder für Vassalles Appell an das Königtum, das noch „aus seinem ursprünglichen Teige geknetet“ dastehet, auf den Knäuel des Schwerts gestützt. Das war ihnen abermals unverfälschtes Sanskrit. Sie kannten jetzt das Volk, das Friedrich Wilhelm IV. in seinen Anfängen noch nicht gekannt hatte, den puer robustus sed malitiosus, den rüstigen und bössartigen Knaben, der am 18. März 1848 den „ursprünglichen Teig“ des legitimen Königtums mit berben Fäusten geknetet und das Schwert des Prinzen von Preußen zerbrochen hatte. Sie hüteten sich wohlweislich, ihn vorzeitig auf die Bühne zu rufen. In der Tat vergaß Vassalle bei diesem Raisonnement zwei seiner eigenen Sätze, sowohl den

Satz: Individuen lassen sich täuschen, Klassen nie, als auch den Satz: Lieber noch als die Revolution von unten will die Fortschrittspartei den Despotismus von oben. Bismarck war nicht nur eine Person, sondern auch eine Klasse, und er wußte sehr gut, daß er im Nothfalle die Bourgeoisie viel billiger haben könnte, als um ein großes Zugeständnis an das Proletariat.

Er liebte die Dreiklassenwahl durchaus nicht, die in den letzten Jahren neben ihrem antidemokratischen auch ihren antifeudalen Charakter so scharf hervorgekehrt hatte, und er sollte sie bald als das „elendeste und widersinnigste“ Wahlssystem kennzeichnen. Er verkannte auch nicht die einladenden Seiten, die das allgemeine Wahlrecht für die Junker hat, solange das ländliche Proletariat unter ihrer Botmäßigkeit steht. Aber sein Klassenbewußtsein war viel zu stark ausgeprägt, um die zweischneidige Art vorzeitig zu probieren. Vorerhand paßte die gemüthlich-schläfrige Art, in der die Fortschrittspartei den Verfassungskampf führte, durchaus in seinen Kram; er hatte nicht nur keinen dringenden, sondern für absehbare Zeit überhaupt keinen Anlaß, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu oktroyieren. Niemand bewies ja schärfer, als Lassalle, die Hoffnungslosigkeit der fortschrittlichen Opposition.

Nur in der deutschen Frage hatte Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts ausgespielt, und diese Frage steckte noch tief in den wirren Anfängen seiner reaktionären Kabinettspolitik, der Lassalle seinen fortreisenden Atem einhauchen konnte. Bismarck war durchaus ein Diplomat der alten Schule, der nicht daran dachte und nicht einmal daran denken durfte, jenes starke Spiel mit den Karten auf dem Tische zu spielen, das Lassalle ihm zumutete. Die Offenherzigkeit, die er zeitweise herausging, um seine Verschlagenheit desto besser zu verdecken, gleich jener „stärksten Diplomatie, welche ihre Berechnungen mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Nothwendigkeit gegründet sind“, doch nur so, wie ein Kamel dem Pferde oder wie die Revolution von oben der Revolution von unten gleicht. Das Großpreußen, das Bismarck erstrebte, konnte alles eher brauchen, als jenes „erhöhte Seelenleben“ und jene „inmense Expansivkraft“ der Nation, die Lassalle vom allgemeinen Wahlrechte verhielt.

In seinen Verhandlungen mit Bismarck betrat Lassalle einen falschen Weg, auf den ihn ein Übermaß persönlichen Selbstvertrauens und eine ideologische Unterschätzung des Gewichts verlockte, das moderne Klassen-

kämpfe in sich selber tragen. Gewiß mußte Lassalle gegenüber der Reaktion vollkommen freie Hand zu behalten, und immer durfte er sich sagen, daß er mit ihr spiele und sie nicht mit ihm. Aber der Versuch, mit List in eine Festung zu bringen, die mit Gewalt noch nicht zu erobern war, hat ihn doch zu manchem mißverständlichen Worte verleitet.

3. Lassalles Kämpfe mit Justiz und Polizei.

Wie wenig der altpreußische Staat zu überlisten war, hätte Lassalle schon aus der Art entnehmen können, womit die preußischen Behörden über ihn und seine Agitation herfielen. Bismarck schützte ihn dagegen nicht; er hätte es auch schwerlich gekonnt, selbst wenn er es gewollt hätte. Der Polizeistaat hat seinen Kopf für sich; er reagiert instinktiv auf jeden Versuch, die Massen seiner Fuchtel zu entreißen, und die biederen Polizisten, die das Proletariat von Lassalle weg zu Schulzedeiligisch drangsalierten wollten, blieben ganz in ihrer Rolle.

Die Art aber, wie Lassalle den Kampf mit Justiz und Polizei führte, gereicht ihm zur höchsten Ehre. Um einen Strohhalm groß sich regen, steht Ehre auf dem Spiel: das war seine Parole in diesem Kampfe, und er sprach oft aus, was der deutsche Liberalismus nie begriffen hat, daß der Polizeistaat nur dann zu einem Rechtsstaat umgewandelt werden könne, wenn jeder einzelne jede ihm widerfahrene widerrechtliche Gewalt aus allen Kräften, über jede Rücksicht hinaus und bis in die vollste Öffentlichkeit hinein verfolge und jedesmal von neuem an das öffentliche Rechtsgewissen des Landes appelliere. Ideologisch wie dieser Gedanke ausgedrückt sein mag, ist er unendlich viel praktischer, als das Verfahren jener praktischen Leute, die sich jeder polizeilichen Willkür fügen, weil ja doch nicht dagegen aufzukommen sei. Hätte die bürgerliche Opposition sich von je zu Lassalles Grundsätze bekannt, so wäre die preußische Presse und Vereinsfreiheit längst etwas Besseres gewesen, als ein papierener Paragraph der Verfassung. Statt dessen spendete der Liberalismus seinen lauten oder stillen Beifall allen polizeilichen Schikanen, mit denen die junge Arbeiterbewegung zu unterdrücken gesucht wurde. Um so höher ist es zu achten, daß Lassalle bis zur Erschöpfung seiner geistigen und körperlichen Kraft die Freiheit zu schützen suchte, mochte er dadurch auch einen Haß gegen sich erwecken, dem er als einzelner auf die Dauer erliegen mußte.

Der Krieg Lassalles mit der rechtlosen Willkür ist vorüberlich bis auf den heutigen Tag. Trotzdem ist es unmöglich, oder eben deswegen lohnt es sich nicht, ihn in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Die polizeilichen Scherereien, womit Lassalle und seine Anhänger verfolgt wurden, sind heute noch viel zu bekannt, als daß sie einer ausführlichen Schilderung bedürften; wer jemals im proletarischen Klassenkampfe mitgestritten hat, der hat sie auch schon am eigenen Leibe erprobt. Hausfuchungen und Verhaftungen, Beschlagnahmen und Konzeptionsentziehungen, Auflösungen und Verbote, alles auf Grund von Befehlen, die der polizeilichen Willkür schon einen weiten Spielraum ließen, aber wo sie ihr eine Grenze setzten, ohne Bedenken von ihr übertreten wurden: das waren die erhebenden Mittel, wodurch die heilige Hermandad ihren gesellschafts- und staatsverhaltenden Beruf betätigte, gegenüber einer friedlichen und gesetzlichen Agitation für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes im Interesse der arbeitenden Klassen.

Durchaus auf der Höhe der Polizei stand die Justiz. Der Staatsanwälte zu geschweigen, die nur willenslose Werkzeuge des Polizeistaats waren, so hingen auch die Richter in hohem Grade von diesem Staate ab. Sie rekrutierten sich aus den herrschenden Klassen, standen unter harten Disziplinargesetzen, und selbst die besseren von ihnen wurden durch die Kautschutparagrafen des preußischen Strafgesetzbuchs gezwungen, ihre Klassenvorurteile zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen. Die Klassenjustiz brauchte weder sich noch andere mit dem Märchen zu täuschen, daß Lassalle ein Reaktionär sei. Sie bestätigte ihm gern, daß er ein anderer Mann sei als die Männerchen der liberalen Opposition. Nachdem sich die Gegenrevolution durch eine Reihe schändlicher Justizmorde befestigt hatte, war sie, gemäß dem verschlafenen Tempo des bürgerlichen Klassenkampfes, mit der Handhabung der von ihr korrumpierten Justiz nicht über eine gewisse Grenze hinausgegangen. In den fünfziger Jahren wurden auf Grund der strafgesetzlichen Kautschutparagrafen verhältnismäßig seltene Anklagen erhoben und verhältnismäßig geringe Strafen verhängt. Eine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung, wegen Erregung von Haß und Verachtung, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen u. s. w. war damals schon ein Ereignis, und wenn auf sie erkannt wurde, bemasß sie sich nach Tagen oder höchstens nach wenigen Wochen. Das änderte sich mit einem Schlage, als der Arbeiteragitator Lassalle auf dem öffentlichen Schau-

plage erschien. Die Staatsanwälte überstürzten sich mit Anklagen gegen ihn, die es schwer machten, zu sagen, was an ihnen staunenswerter war: die kindische Logik der Begründung oder die kannibalische Höhe der beantragten Strafen. Neun Monate Gefängnis, zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Zuchthaus: so ging es in rascher Stufenfolge innerhalb eines Jahres, und die Richter waren nicht viel langsamer, die Justiz zum Racheschwerte bedrohter Klassenvorrechte zu machen.

In dem ersten und auch bedeutsamsten Prozesse, den Lassalle zu führen hatte, handelte es sich um das Arbeiterprogramm, das die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen angereizt haben sollte. Die Reden, durch die sich Lassalle erst vor dem Stadtgericht und dann vor dem Kammergericht verteidigte, waren nicht nur Meisterstücke gerichtlicher Beredsamkeit, sondern auch wert- und wirkungsvolle Waffen für das Rüsthaus seiner sozialpolitischen Agitation. Wie seine Assisenrede von 1849, hatte Lassalle sie schon, ehe er sie hielt, im Drucke herausgegeben. Sie küßten dadurch nichts von ihrer kampfreudigen Frische ein, und ebensowenig beeinträchtigte die sorgfältige Vorbereitung das bewundernswerte Maß von Schlagfertigkeit, womit sich Lassalle in allen Wechselfällen der Verhandlungen zurechtfaud. In der ersten Instanz vor dem Stadtgericht ging es sehr stürmisch zu, und die Art, wie Lassalle als meisterhafter Debatter trotz aller Unterbrechungen des Präsidenten das Wort immer wieder zu behaupten wußte, war ebenso klassisch, wie die Strafe, die er über den Staatsanwalt v. Schelling verhängte, indem er ihn moralische Spießruten laufen ließ zwischen den Zitaten aus den Werken seines Vaters, des Philosophen v. Schelling.

Die wissenschaftliche Höhe des Arbeiterprogramms vermochten natürlich weder der Staatsanwalt noch die Richter zu erklimmen. Sie halfen sich mit einem Kauderwelsch, von dem Lassalle in seiner beißend scharfen Appellationsrechtfertigung sagte, daß ein Wort das andere aufesse. Wie die Fliegen am Leime, klebten sie am Worte Revolution, das sie nur im „Heugabelsinne“ zu deuten, nur als Mord und Totschlag aufzufassen verstanden. Im Geiste des preußischen „Rechtsstaats“ machten sie kein Hehl daraus, daß vor Arbeitern nicht gesagt werden dürfe, was sonst zu sagen straflos sei. Der einzige Punkt, bei dem sie einen sozusagen sachlichen Anlauf nahmen, war die Bestreitung der Tatsache, daß die indirekten Steuern mit unverhältnismäßiger Wucht auf den arbeitenden

Klassen lasteten. Wohl durfte Lassalle später vor dem Kammergerichte sagen: „Es ist hart, es ist erbitternd, gerade für einen Punkt bestraft zu werden, der sich bereits seit drei Jahrhunderten in der Wissenschaft von Buch zu Buch bis in jeden Zeilfaben geschleppt hat, bloß deshalb bestraft zu werden, weil ein Staatsanwalt und ein Gerichtshof niemals ein Kompendium der Staatswirtschaft zur Hand genommen haben.“ Auf das Konto dieser Unwissenheit hin wurde Lassalle zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt neun Monate beantragt hatte. Vergebens beschwor Lassalle die Richter, ihn freizusprechen, um des Andenkens willen, das die Geschichte ihren Namen bewahren werde; sie zogen es vor, ihre Namen — Pielchen, Kolk, v. Wulffen — auf das schwarze Blatt der ungerechten Richter zu schreiben. Den Staatsanwalt v. Schelling aber tröstete eine glänzende Karriere über seine moralische Vernichtung; er hat es bis zum Minister der preußischen und zum Staatssekretär der deutschen Justiz gebracht.

Seiner Verteidigungsrede erster Instanz hat Lassalle den Titel gegeben: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Sie gipfelt in dem Bekenntnis: „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des öffentlichen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzuegend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereintigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernde in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, so lange ich atme, mein Leben zu weihen beschloffen habe.“ Die Rede ist durchaus würdig des Arbeiterprogramms, zu dessen Verteidigung sie gehalten wurde, kurz ehe Lassalle das Offene Antwortschreiben erließ: nicht frei von ideologischem Überschwange und eben auch darin echt Lassallisch, aber noch frei von trübender Erbitterung, das Bild eines Kriegers, in dessen blanken Waffen noch einmal heller Sonnenschein blinkt, ehe denn der Staub des Schlachtfeldes aufwirbelt.

Etwas von diesem Staube liegt schon auf der großen Rede, womit Lassalle das Urteil des Stadtgerichts vor dem Kammergericht anfocht.

Sie handelt über die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, und sie führt den Nachweis, daß die indirekten Steuern das Mittel seien, die Steuerlast von den Besitzenden auf die Besitzlosen Klassen abzuwälzen, so gründlich und unwiderprüflich, wie er weder vorher noch nachher geführt worden ist. In dieser Beziehung ist sie von bleibendem Wert und genügt für sich allein schon, um die törichte Behauptung zu widerlegen, daß Lassalle ein Dilettant auf ökonomischem Gebiete gewesen sei. Nicht minder schlagend wandte sich Lassalle gegen die Mißhandlung des Wortes Revolution. Er definierte die Revolution nochmals als ein neues Prinzip, das an die Stelle eines bestehenden Zustandes trete, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt, und fügte die berühmten gewordenen Worte hinzu: „In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls von dem künftigen Eintreten einer Revolution überzeugt bin. Sie wird entweder eintreten in voller Geseßlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen beizeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen. In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, jedenfalls, und wenn ich, mich dem Tageslärm verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten.“ Mit heißendem Hohn geißelte Lassalle die Klassenjustiz, die nicht verurteile das, was gesagt worden sei, sondern die Person, die es gesagt habe, und den Ort, wo es gesagt wurde. Er durfte sich darauf berufen, daß der Leiter des preußischen statistischen Bureaus, der Geheime Rat Engel, gleichzeitig mit dem Arbeiterprogramm einen Vortrag ganz ähnlichen Inhalts vor dem bürgerlichen Publikum der Singakademie gehalten habe, ohne angeklagt zu werden, und er konnte einen Brief verlesen, worin Engel tapfer genug war, ihm diese Übereinstimmung zu bestätigen und mit leicht verständlichem Wink hinzuzufügen, daß in allen Prozessen fachwissenschaftlichen Ursprungs der Schwerpunkt ebenso in das Gutachten der Sachverständigen gelegt werden müsse, wie bei Prozessen technischen oder kommerziellen Ursprungs. So wiegen in dieser Rede Lassalles die bedeutenden und großen Seiten weitaus vor, aber an einzelnen Stellen spürt man doch, daß er sie im Frühling 1863 abgefaßt hat, unter dem ersten frischen Eindrucke der Verleumdungen, mit denen ihn die Fortschrittspartei überhäufte.

Namentlich spitzte er den sehr richtigen Gedanken, daß die ungeheure Zunahme der indirekten Steuern ein unterscheidendes Merkmal der bürgerlichen Geschichtsperiode sei — einer Periode, die den modernen Absolutismus ebenso umfaßt wie die Bourgeoisrepublik —, dahin zu, daß er der manchesterlichen Bourgeoisie den Staat gegenüberstellte, vor dessen Nichtern er plädierte. Er sagte ihnen, sie gehörten ja nicht zu den Manchestermännern, zu jenen modernen Barbaren, die den Staat haßten, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt, und die, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden hätten, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen A. noch ein sittlicher Punkt sei, von wo aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte. „Wie breite Unterschiede Sie und mich auch trennen, meine Herren, — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand. Das uralte Vestafener aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren!“ Das war eine sehr gefährliche Beweisführung, die von einer reaktionären Demagogie leicht mißbraucht werden konnte und wirklich mißbraucht worden ist; nämlich fünfzehn Jahre später, als der Staat, dem das Kammergericht diente, über die von ihm gewaltsam geknebelte Arbeiterklasse eine neue furchtbare Last indirekter Steuern stürzte, und die „modernen Barbaren“ allein, gleichviel aus welchen Beweggründen, sich dieser Auspöwerung der Massen widersetzten. Wie wenig Staat mit diesem Staate zu machen war, erfuhr Lassalle selbst gleich durch das Urteil des Kammergerichts. Der höhere Gerichtshof trug zwar gerechte Scheu, sich ebenso bloßzustellen wie der niedere, und er milderte deshalb die Strafe auf hundert Taler herab, aber die juristische Ungeheuerlichkeit des ersten Urteils stieß er nicht um und erkannte ebenso auf die Vernichtung des Arbeiterprogramms.

Der Staatsanwalt v. Schelling rächte sich, indem er wegen der Vertheidigungsrede erster Instanz einen Injurienprozeß gegen Lassalle anstrengte, der mit dessen Verurteilung zu einem Monate Gefängnis schloß, und obendrein gegen die Ansprache an die Arbeiter Berlins eine Hochverratsanklage anhängig machte. Diese Anklage nahm Lassalle sehr kaltblütig auf; „sie ist ein reiner Blödsinn und hat ihren Quell bloß

in persönlicher Rachsucht des Staatsanwalts v. Schelling“, schrieb er an Dammer. Der Prozeß wurde am 12. April 1864 vor dem Staatsgerichtshofe verhandelt und endete in der Tat damit, daß Lassalle von der Anklage freigesprochen wurde, ein auf gewaltsame Änderung der preußischen Verfassung gerichtetes Unternehmen vorbereitet zu haben. Dagegen wurden zwei andere, damit verbundene Anklagen wegen Schmähung von Staatseinrichtungen und Beleidigung des Staatsministeriums von dem Ausnahmegerichtshofe dem ordentlichen Gerichte überwiesen und zugleich wieder gegen Lassalles Verteidigungsrede eine neue Anklage auf Grund irgend welcher Kautschutparagrafen erhoben. So blieb es bei dem schönen Prinzip: aus jeder vernichteten Anklage wuchsen zwei oder drei neue empor. Die Verteidigungsrede, die Lassalle in dem Hochverratsprozesse hielt, räumte in ihrem ersten Teile mit dem juristischen Widersinn des Oberstaatsanwalts Abelung spielend auf, während der zweite Teil die politische Seite der Anklage beleuchtete und dabei alles das ausführte, was nach Lassalles Ansicht den König und Bismarck veranlassen konnte, die preußische Staatsverfassung durch Ostroyierung des allgemeinen Wahlrechts gewaltsam zu ändern.

Darüber ist das gleiche zu sagen, wie über Lassalles Verhandlungen mit Bismarck überhaupt. Der Fortschrittspartei spielt Lassalle in der Rede härter mit als jemals vorher. Er nennt sie eine Clique, die das Königtum mit einem Halsbande erwürgen wolle, das sie aus seiner Gunst winde. Jedenfalls darf nicht übersehen werden, daß diese Auffassung selbst durchaus der historischen Wahrheit entsprach und stets von Lassalle vertreten worden ist, was immer sich dagegen einwenden läßt, daß Lassalle sie gerade bei dieser Gelegenheit in dieser Form aussprach. In höflicherer Wendung sagte der liberale Publizist H. W. Oppenheim dasselbe, wenn er schrieb: „Die preußische Verfassung war nicht bewaffnet zur Welt gekommen, die Zeichen ihres revolutionären Ursprungs waren längst verwischt, der Stempel der Bewilligung aus der Machtfülle des Königtums war ihr in den Reaktionsjahren aufgeprägt worden.“ Daraus gerade, daß die Fortschrittspartei ihren angeblichen Kampf um die Freiheit und das Recht des Volkes auf diese Mißgeburt von Verfassung beschränkte, war das Zerwürfniß zwischen ihr und Lassalle entstanden. Auch betonte Lassalle in der Rede vor dem Staatsgerichtshofe immer wieder: Ich bin der Treiber, die Männer an der Regierung aber sind die Getriebenen; er sprach sehr ungeniert von ihrer „Un-

fähigkeit“, wenn sie nicht täten, was er verlangte. Wie er Buchers Bitte um eine vorsichtigeren Ausdrucksweise abgelehnt hatte, so antwortete er kühn: Das schickt sich nicht, als Bucher ihn bat, sich während der Beratung des Gerichtshofes zu entfernen, um fliehen zu können, falls dennoch auf die dreijährige Zuchthausstrafe erkannt würde, die der Oberstaatsanwalt beantragt hatte.

Ein dritter großer Prozeß entstand aus Lassalles Heerschaurede, die in Düsseldorf mit Beschlagnahme belegt worden war. Er war deshalb besonders bemerkenswert, weil er vor einem Gerichtshofe des liberalen Rheinlandes sich abspielte und der Staatsprokurator seine Tiraden aus der fortschrittlichen Presse schöpfte. Das Verfahren unterschied sich aber sonst nicht von den Prozessen, die Lassalle vor ostelbischen Gerichtshöfen zu bestehen hatte, weder in der Ungerechtigkeit der Anklage und des Urteils, noch in der Schwere der beantragten und verhängten Strafe. Es führte für Lassalle fast noch größere Schererei mit sich, als irgend ein anderer seiner Prozesse. Die Kontumazialverhandlung erster Instanz hatte mit Lassalles Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis geschlossen, durch seine persönliche Verteidigung vor der Berufungsinstanz brachte er die Strafe auf die Hälfte herunter, doch blieb auch hier das Nachspiel nicht aus: eine neue Anklage auf Grund der Verteidigungsrede. Gegenüber Lassalle waren sie wirklich eine „reaktionäre Masse“, die liberale wie die konservative Juristerei.

Lassalles Tod kassierte dann den ganzen kläglichen Aktienberg. Aber als sein sterbliches Teil der Klassenjustiz entronnen war, verfolgte sie noch unermüdblich sein unsterbliches Teil. So erkannte das Berliner Stadtgericht am 15. Februar 1865 auf Vernichtung der Rede über die Wissenschaft und die Arbeiter, auf Grund des Haß- und Verachtungsparagraphen. Justiz und Polizei schlugen noch immer mit Spieß und Stangen nach Lassalles Geiste, derweil sich an ihm und an ihnen schon das Dichterwort erfüllte: Dann wird er mitten durch die Schergen Wie ein erhabnes Wesen gehn.

4. Bastlat-Schulze.

Inmitten solcher Bedrängnisse hatte Lassalle Kraft und Zeit, seine Streitschrift gegen Schulze-Delitzsch zu schreiben, ein theoretisches Werk, worin er als Arbeiteragitator sein letztes Wort sprach.

Soweit diese Schrift, die im Januar 1864 erschien, gegen Schulze polemisiert, gilt von ihr dasselbe, wie von der Streitschrift gegen Julian Schmidt: sie tut der Person Schulzes manchmal zu viel, weil sie eine ganze faule Sache in dieser Person verkörpert. Freilich hatte Schulze die ihm übertragene Rolle des „Königs im sozialen Reiche“ mit großer Selbstgefälligkeit übernommen und war bereit, mit seinem Namen alle kapitalistische Korruption zu decken, wie denn überhaupt jeder polemischen Ausschreitung Lassalles in dieser Zeit die Entschuldigung zur Seite steht, daß sie gegenüber den Sünden der Gegner ein Kinderspiel war. Aber um seiner selbst und um seiner Sache willen hätte Lassalle besser daran getan, von seinen persönlichen Angriffen gegen Schulze die Hälfte zu streichen und die andere Hälfte von der leidenschaftlich-ungefümmen auf eine herablassend-verächtliche Klangfarbe zu dämpfen. Diejenigen Abschnitte seiner Schrift — und sie überwiegen durchaus —, in denen sich die ganze fleghafte Kraft seiner Dialektik noch einmal entfaltet und manchmal hinreißender als jemals zuvor, würden dadurch noch gewonnen haben.

Diese Abschnitte sind in ihrer Art wahre Muster positiver Kritik. Es war eine nahezu unmögliche Aufgabe, aus Schulzes Kapiteln zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, die Bastiats verwaschenes Gerebe abermals verwuschen, die richtigen Gesichtspunkte zur Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft zu gewinnen. Aber Lassalle hat das nahezu Unmögliche möglich zu machen gewußt, und die Hoffnung, die er in der Vorrede aussprach, mag schon richtig gewesen sein: seine Sterne führten ihn günstiger, indem sie ihn zwangen, die wichtigsten Fundamentalsätze der wissenschaftlichen Nationalökonomie in der weit höheren Einbringlichkeit und Lebendigkeit der polemischen Form darzustellen, als wenn sie ihm gestattet hätten, die Grundlinien der wissenschaftlichen Nationalökonomie in einem systematischen Werke schrittweise zu entwickeln. Für die erschöpfende Lösung dieser Aufgabe war Lassalle zu sehr Jurist und Philosoph, und sein ökonomisches Werk würde neben dem ökonomischen Werke von Marx bestanden haben, wie ein hölzernes Linien Schiff neben einem Hochseepanzer, während der Bastiat-Schulze diesem Hochseepanzer vorankam wie ein flinkes Torpedoboot, das einstmals eine furchtbare Verheerung unter den alten wurmstichigen Räten der feindlichen Flotte anrichtete.

Im Bastiat-Schulze zerriß Lassalle alle Schleier, die das Manchester-tum und in anderer Weise auch die historische Schule über das Wesen

der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet hatten: die beschränkte Vorstellung, als ob die Zustände dieser Gesellschaft die ewigen Naturzustände der Menschheit seien, die trügerische Vorspiegelung von der Selbsthilfe, die den einzelnen, auf sich selbst angewiesenen Menschen zu seines Glückes Schmied machte, die systematische Fälschung der ökonomischen Kategorien zur höheren Ehre der Bourgeoisie, die Behauptung, daß Kapitalien nur durch Sparen entstehen könnten, daß der Unternehmergewinn ein Lohn für geistige Arbeit oder moralische Entfagung sei und ein Duzend ähnlicher Tendenzmären, die damals als reinste Früchte der Wissenschaft auf Markt und Gassen feilgeboten wurden. Aus ihrer kritischen Auflösung entwickelte Lassalle die tatsächliche Wahrheit; er wies nach, daß die kapitalistische Produktionsweise eine historische Kategorie, eine bestimmte Geschichtsperiode sei, deren Entstehung und deren Auflösung er in gleich einleuchtender Weise zu schildern wußte. Er legte den historischen Prozeß dar, durch den das Kapital mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht, den lebendigen Arbeiter zum toten Arbeitsinstrument herabgesetzt und sich selbst, das tote Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt habe, und er zeigte, wie die schreienden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft darauf hindebrängen und nur dadurch gelöst werden könnten, daß die große Produktion der gesamten Gesellschaft das Kapital wieder zum toten dienenden Arbeitsinstrument begrabiere und damit zugleich neue Springquellen des gesellschaftlichen Reichthums eröffne. Gerade das bürgerliche Eigentum sei ein anarchischer Sozialismus, eine Verteilung des Eigentums von Gesellschafts wegen, eine Verkennung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sich für diese Verkennung als rohe Naturmächte rächten und die kapitalistische Produktionsweise zu einem Ball- und Glücksspiele machten, wobei der Rücken der arbeitenden Klassen der grüne Tisch sei, auf dem die Spekulanten und Unternehmer ihre Gewinn- und Verlustchancen auskämpften. Es sei das eigentümliche Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaft, auf ökonomischem Gebiete die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen aufzuheben, und gerade der Sozialismus wolle durch die vernünftige Berücksichtigung des Gemeinsamen und Solidarischen in der menschlichen Gesellschaft die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Menschen herstellen.

Im einzelnen enthält der Bastiat-Schulze manches, was vom Standpunkte der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnis aus anfechtbar oder

unhaltbar erscheint, im ganzen war er zur Zeit seines Erscheinens, historisch und theoretisch, eine Leistung, die, mit der einzigen Ausnahme von Marx und Engels, kein Lebender hätte besser oder gleich gut machen können. Nichts haltloser, als wenn Roscher mit seinem ängstlich-langweiligen Wust von verschwommenen Begriffen und kahlen Notizen auf den „Feuilletonisten“ Lassalle herabzusehen versuchte. Der Bastiat-Schulze schlug dreimal die ganze bürgerliche Gelehrsamkeit. Sie hat dafür eine ihrer würdige Revanche genommen, indem sie seit dreißig Jahren nachzuweisen versucht, daß die Geschichte der politischen Ökonomie noch keinen so merkwürdigen und vielseitigen Plagiator gesehen habe, wie Lassalle gewesen sei.

Leider haben Lassalles nächste Freunde mit diesem unholben Spul begonnen. Ziegler behauptete, Lassalle habe seine ganze Theorie aus dem Fourieristen Toussenet entnommen, Bucher aber vernichtete angeblich und verheimlichte tatsächlich einen Agitationsplan aus Lassalles Nachlaß, weil dieser Plan nach einem Gutachten von Robbertus aus Proudhon abgeschrieben sein sollte. Daß Robbertus selbst von Lassalle nachgeahmt worden sei, ist von den verschiedensten Seiten in die Welt posaunt worden. Andere sagten, Lassalle sei der reine Buchez, und wieder andere, er sei der reine Bazard, ein halbes Schoß noch anderer aber, er sei der reine Louis Blanc. Daß er zu alledem auch noch Marx geplündert hat, gehört zur alltäglichen Weisheit hoffnungsvoller Privatdozenten. Die kühneren Geister unter ihnen sehen denn auch ein, daß es nachgerade an der Zeit sei, der alten Veier einen neuen Ton einzufügen, und so wissen sie zu erzählen, daß Lassalle einen Aufsatz geplündert habe, den Marx erst mehrere Monate nach Lassalles Tode veröffentlicht hat. Mit der genialen Wendung, daß Lassalle die Schriften anderer Sozialisten zu plagieren verstanden haben soll, nicht nur soweit sie vor seinem Tode erschienen waren, sondern auch soweit sie nach seinem Tode erschienen sind oder noch erscheinen werden, wird dem Ehrgeize bürgerlicher Forschung allerdings ein unabsehbares Feld geistreicher Entdeckungen eröffnet.

Die Methode dieser Forschung ist ebenso lieblich wie ihr Ergebnis. Da der Sozialismus seit Saint-Simon und selbst schon seit Thomas More aus den Übelständen der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen ist und diese Übelstände beseitigen will, so gibt die Gemeinsamkeit des Ursprungs und des Ziels allen Sozialisten der neueren Zeit eine ge-

wisse gemeinsame Denkrichtung. Innerhalb dieser Gemeinsamkeit wird das Wesen, Wirken und Wollen des einzelnen Sozialisten durch seine natürlichen Anlagen, durch seine Bildung und Erziehung, durch die jeweilige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenkämpfe, durch die schon erreichte Höhe sozialistischer Erkenntnis, kurz, durch das ganze historische Milieu bestimmt, worin er denkt, handelt und spricht. Alles das ist zu untersuchen, wenn man feststellen will, welche Stellung einem einzelnen Sozialisten in der Geschichte des Sozialismus gebührt. Ihn bloß nach den allgemeinen Zügen zu beurteilen, die dem modernen Sozialismus gemeinsam sind, ist so geistlos, als wenn ein Naturforscher behaupten wollte, Löwe und Schaf oder Maus und Walfisch seien dieselben Tiere, weil sie die Eigenschaften der Säugetiere gemeinsam haben. Zuzugeben ist immerhin, daß diese unsinnige Methode historischer Kritik ihren sinnigen Grund hat. Je greifbarer und schärfer ein einzelner Sozialist einer bestimmten Gesellschaft auf den Leib gerückt ist, um so mehr bemühen sich die Schönfärber dieser Gesellschaft, ihn als einen abstrakten Schemen darzustellen, der sich allerlei allgemeine Schlagworte aus allen möglichen Winkeln zusammengeklaut habe. Den theoretisch-wissenschaftlichen Werken Lassalles, die nicht in die Massen gedrungen sind, hat noch kein deutscher Professor oder Privatdozent die Originalität abgestritten; umgekehrt, je mehr das große theoretische Werk von Marx Gemeingut der Massen wird, um so häufiger erscheinen Universitätschriften mit dem tröstlichen Nachweise, daß Marx auch solch elender Plagiarius gewesen sei wie Lassalle.

Lassalle selbst hat sich nie als einen bahnbrechenden sozialistischen Theoretiker ausgegeben; er hat nicht einmal als sozialistischer Agitator behauptet, neue Gedanken in die Massen zu werfen. Im Gegenteil! Er wird nicht müde zu wiederholen, daß er den Arbeitern nur absolut Feststehendes und Leicht zu Begründendes geben wolle, daß er ihnen nichts sage, was nicht längst in der Wissenschaft festgestellt sei, was sich die Männer der Wissenschaft nicht längst an den Schuhsohlen abgelaufen hätten. Wenn Lassalle sich dabei auf bürgerliche Autoritäten zu berufen liebte, so nicht, weil er damit irgend welchen Diebstahl an sozialistischen Vorgängern verdecken wollte, sondern aus dem von ihm selbst ganz offen angegebenen Grunde, weil er mit solchen Autoritäten seine bürgerlichen Gegner desto nachdrücklicher schlagen konnte. Der historische Schwerpunkt seiner Agitation liegt nicht darin, ob seine

einzelnen Forderungen und Gedanken schon von anderen mehr oder weniger ähnlich ausgesprochen worden seien, sondern darin, ob er den historischen Augenblick, wo der politische Klassenkampf des deutschen Proletariats organisiert werden mußte, richtig erkannt und ob er diesen Kampf richtig zu organisieren verstanden habe. Nur in dieser Beschränkung kann es sich überhaupt darum handeln, ob Lassalle den Vertretern der sozialistischen Theorie und Praxis, von denen er gelernt hat, in seinen Agitationschriften immer gerecht geworden ist.

Tatsächlich schuldet Lassalle dem Utopismus gar nichts, dem kleinbürgerlichen Sozialismus einiges, um so viel mehr aber dem modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Ob er in den einzelnen Gedanken oder auch Redewendungen, womit er sich an die französische Sozialdemokratie der vormärzlichen Zeit anlehnte, jedesmal seine Quelle hätte angeben sollen, das ist eine Frage, die sich nur von Fall zu Fall entscheiden ließe. Soll sie ehrlich entschieden werden, so würde sie weit mehr Arbeit und Mühe kosten, als sie schließlich wert ist. Im Wesen der Sache war die deutsche Sozialdemokratie, die Lassalle begründete, grundverschieden von der französischen Sozialdemokratie der Louis Blanc und Genossen; so hatte Lassalle, der sich auf Schritt und Tritt hüten mußte, perfiden Gegnern neuen Anlaß zu Verdrehungen zu geben, triftigen Anlaß genug, sich nicht auf den französischen Sozialismus zu berufen, was er eben nur in sehr äußerlichem und sehr vertlausuliertem Maße hätte tun können, und was nicht zu tun im schlimmsten Falle mehr eine Unhöflichkeit, als eine Ungerechtigkeit war.

Ganz anders steht es um Lassalles Verhältnis zum modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Seine Agitation und namentlich der Bastiat-Schulze ist nicht denkbar ohne die geistige Vorarbeit von Marx. Nun zitiert Lassalle in seiner ökonomischen Hauptarbeit einmal die Schrift, die Marx im Jahre 1859 zur Kritik der politischen Ökonomie veröffentlicht hatte, und er zitiert sie nicht nur, sondern überhäuft sie mit den lebhaftesten Lobsprüchen, indem er sie in einem Atemzuge äußerst bedeutend, meisterhaft, vortrefflich, epochemachend, ausgezeichnet nennt. Gegenüber diesem nicht übertriebenen, aber überladenen Lobe sieht es wie rauhe Unfreundlichkeit aus, wenn Marx in der Vorrede zum ersten Bande des Kapitals sagt, Lassalle habe in der Wiedergabe dessen, was er in der Schrift von 1859 über Wertgröße und Wertsubstanz entnommen habe, „bedeutende Mißverständnisse“ begangen. Noch unfreund-

licher klingt der Zusatz, den Marx „en passant“ macht: „Wenn F. Lassalle die sämtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, zum Beispiel über den historischen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweise u. s. w. u. s. w. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangabe, so war dieses Verfahren wohl durch Propagandarücksichten bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von seinen Detailausführungen und Nußanwendungen, mit denen ich nichts zu tun habe.“ Im Hinblick wohl auf diese Stelle sagt ein bürgerlicher Biograph Lassalles, Marx habe sich persönlich so weit von Lassalle entfernt, wie sich ein schwerfälliger und verbissener Geist von einem gewandten und beredten Geiste zu entfernen pflege. Aber das ist ein grundloser Ausfall gegen Marx, und man braucht nur die Tatsachen selbst sprechen zu lassen, um eine Erklärung zu finden, die jedem der beiden Männer das Seine gibt, ohne gegen einen oder auch gegen beide ungerecht zu sein.

Wie weit Lassalle davon entfernt war, sich heimlich mit den Federn von Marx zu schmücken, geht schon aus dem hohen Werte hervor, den er stets darauf legte, mit Marx zusammenzuarbeiten, zeigt sein bis in den Sommer 1862 hinein bekundetes Bestreben, gemeinsam mit Marx die Arbeiteragitation in Deutschland zu beginnen. Wenn aber Marx mit Lassalles „Detailausführungen und Nußanwendungen nichts zu tun“ haben wollte, wenn er mit anderen Worten die besondere Form verwarf, die Lassalle der deutschen Arbeiterbewegung geben zu müssen glaubte, so befand sich Lassalle offenbar in einer Zwangslage. Er konnte weder seine wissenschaftliche Überzeugung in dem verleugnen, was er von Marx gelernt hatte, noch auch konnte er sich auf Marx berufen, ohne eine öffentliche Auseinandersetzung über das hervorzurufen, worin sie nicht übereinstimmten. Insofern, aber auch nur insofern, sind es gewiß „Propagandarücksichten“ gewesen, die Lassalles Verfahren bestimmten, und fast scheint es, als habe er das eine Mal, wo er sich in völliger Übereinstimmung auf Marx berufen zu können glaubte, durch die Fülle des Lobes ausgleichen wollen, was er an anderen Orten widerwillig genug unterlassen mußte. Diese „Propagandarücksichten“ hat Marx nun aber auch geachtet, nicht nur solange Lassalle lebte, sondern auch über seinen Tod hinaus, und das fällt um so schwerer

ins Gewicht, als Lassalle an der einen Stelle, wo er sich auf Marx beruft, den Auffassungen von Marx großen Eintrag tut. Marx hat das Verhältnis erst klargestellt, als er im ersten Kapitel des Kapitals seine früheren Ausführungen über Ware und Geld nochmals zusammenfaßte und möglichst popularisierte, gerade mit Rücksicht auf die „bedeutenden Mißverständnisse“, die Lassalle hineingebracht hatte.

Diese Mißverständnisse liefen im Grunde auf den tiefsten Unterschied hinaus, der zwischen Lassalle und Marx bestand, auf den Unterschied zwischen rechtsphilosophischer und ökonomisch-materialistischer Auffassung. Lassalle zerplückte im Bastiat-Schulze die Kategorie des Dienstes, die von Bastiat und anderen Sophisten des Kapitalprofits der Werttheorie der englischen Ökonomie untergeschoben worden war. Er stellte diese Theorie wieder in ihrer Reinheit her, im Sinne Ricardos, wonach sich alle Werte in Arbeitsquanta und diese in Arbeitszeit auflösen. Er entwickelte dann an der Hand von Marx, daß in einer Gesellschaft, wo der einzelne nicht Gebrauchswert, sondern Tauschwert produziert, wo der einzelne nicht für seine, sondern für aller anderen Leute Bedürfnisse arbeitet, nicht die individuelle Arbeitszeit als solche den Wert der Waren bildet und mißt, sondern nur soweit sie allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit verkörpert, die im Gelde ihr selbständiges Dasein gewinnt. Jedoch enthielt Lassalles Annahme, mit dieser Darlegung über das Geld und die gesellschaftliche Arbeitszeit als Maßeinheit des Wertes den „gebrängten Gedankenextrakt“ aus dem gegeben zu haben, was Marx über Wertgröße und Wertsubstanz ausgeführt hatte, allerdings „bedeutende Mißverständnisse“. Er nahm aus der Werttheorie, die Marx entwickelt hatte, nur das, was seiner rechtsphilosophischen Weltanschauung zusagte: den Nachweis, daß die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit, die den Wert bilde, die gemeinsame Produktion der Gesellschaft notwendig mache, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Für Marx aber war die von ihm entwickelte Werttheorie die Lösung aller Rätsel, welche die kapitalistische Produktionsweise einschließt, ein Faden, woran sich die Wert- und Mehrwertbildung verfolgen ließ als ein weltgeschichtlicher Prozeß, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muß. So übersah Lassalle den Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie in Gebrauchswerten, und der Arbeit, sofern sie in Tauschwerten resultiert, jene zweischlächtige Natur der in den Waren enthaltenen Arbeit, die Marx dann im ersten Bande des Kapitals nochmals aus-

führlieh nachwies als den Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht. Auf dem neuen Wege, den Marx gebahnt hatte, ging Lassalle eine Strecke mit, um diesen Weg dann durch seine moralisch-rechtliche Auffassung der Werttheorie wieder zu versperren, und es ist ganz selbstverständlich, daß Marx dies Hindernis wegräumen mußte, als er seine Arbeit von 1859 fortzuführen unternahm.

Die wehleidigen Gemüther, die heute über das Unrecht klagen, das Lassalle von Marx zu befahren gehabt hat, verstehen sich sicherlich nicht auf Marx, aber noch viel weniger auf Lassalle. Er war ein viel zu aufrichtiger und ernster Jünger der Wissenschaft, um nicht die Aufklärung eines fundamentalen Irrtums willkommen zu heißen, selbst wenn sie auf seine Kosten erfolgte. Er hätte die Befreiung von einem unwillkommenen Zwange darin gesehen, daß Marx sein geistiges Eigentum wieder einforderte. Und erst recht könnte er es sich gefallen lassen, daß Marx mit seinen „Detailausführungen und Nutzenwendungen nichts zu tun“ haben wollte. Sie waren die Waffen, mit denen Lassalle das deutsche Proletariat ausrüstete, und die deutsche Arbeiterbewegung aus fünfzehnjährigem Schlummer wieder erweckt zu haben, das ist, wie Marx ein anderes Mal sagt, Lassalles unsterbliches Verdienst.

5. Lassalle und die Arbeiter.

Die gewaltige Arbeitslast, die Lassalle im Winter von 1863 auf 64 zu bewältigen hatte, gipfelte in der Sorge um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Entwickelte sich dieser zu einer großen politischen Macht, so war das Hauptziel erreicht, und was sonst gelang oder mißlang, konnte als Nebensache gelten. blieb diese Entwicklung aus, so hatte Lassalle nach seiner eigenen Auffassung doch den großen Einsatz verloren, an den er eine schier übermenschliche Tatkraft setzte. Und in seinem Sinne erfüllten sich die Hoffnungen nicht, mit denen er seine Agitation begonnen hatte.

An und für sich zwar wuchs der Verein in ganz achtungswerthem Umfange. Die tausend Mitglieder, die er im Herbst 1863 gezählt hatte, verfünffachten sich nahezu binnen Jahresfrist. Aber damit blieb der Verein doch nur in den spielerischen Grenzen, die Lassalle verabscheute, und zudem vollzog sich dieses Wachstum so aufreibend und qualvoll, daß Lassalle in trüben Stunden „des Ofels voll, sehr voll“ wurde.

Die Dinge sahen in Wirklichkeit ganz anders aus, als Lassalle sie sich auf dem Papier ausgemalt hatte. Es war unmöglich, ein geschlossenes Arbeiterheer von heute auf morgen aus dem Boden zu stampfen.

Wenn es falsch ist, zu sagen, daß Lassalles Agitation aus persönlichem Ehrgeiz entsprungen sei, so ist es mindestens übertrieben, zu sagen, daß Lassalle nur ein historisch-wissenschaftliches Interesse am Emanzipationskampfe des Proletariats genommen habe. Es liegen beweiskräftige Zeugnisse genug für die Tatsache vor, daß ihn eine tiefe Sympathie zur Arbeiterklasse zog, daß er mit ihr zu empfinden und zu fühlen wußte. Was ihm aber doch im wesentlichen fremd blieb, das war ihr inneres Leben als Masse, der mühsame Kampf mit dem Elend, und der Not, mit dem Alltäglichen und Kleinen, durch den sie sich auf den sicheren Boden ihres modernen Klassenbewußtseins emporarbeiten muß, die vergeblichen Anläufe und die peinlichen Mißfälle, die davon unzertrennlich sind. Niemals und nirgends kann die moderne proletarische Revolution wie Pallas Athene aus dem Haupte eines kühnen Denkers geboren werden, und für die „Halbheiten, Erbärmlichkeiten und Schwächen ihrer ersten Versuche“ hatte Lassalle kein richtiges Verständnis, wenigstens kein so scharfes Verständnis, wie Marx und Engels dafür hatten.

Das deutsche Proletariat begann zu erwachen, und mit ihm der Geist der freiwilligen Disziplin und Solidarität, der seinen Emanzipationskampf befeelen muß. Lassalles zündende Beredsamkeit verstand, diesen Geist im Sturme mit sich fortzureißen, aber dem schnellen Aufschäumen folgte ein ebenso schnelles Abschäumen. Von den Tausenden, die atemlos an Lassalles Lippen gehangen hatten, schrieben sich höchstens Hunderte in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein, und von diesen Hunderten erfüllten kaum Duzende die Pflichten, die sie damit übernahmen. Das war für Lassalle die bitterste Enttäuschung, während es in Wirklichkeit ein ganz unvermeidlicher und in seinen Folgen heilsamer Prozeß war. Die moderne Arbeiterklasse muß sich selbst ihr Schicksal schmieden, um es für immer in starken Händen zu halten; der Zwischenraum, der zwischen ihrer ersten mächtigen Aufrüttelung und ihrer dauernden Organisation in kampffähigen Bataillonen liegt, muß durchschritten, kann nicht überflogen werden.

So kam es, daß Lassalle selbst die Wirkungen seiner Agitation beträchtlich unterschätzte. Es war noch feuchtes Holz, in das die von ihm

gestreuten Funken fielen, und sehr mit Unrecht hielt er sie für erloschen, weil sie nicht gleich in helle Flammen aufschlugen. Was er in die Massen warf, das wirkte weit über die Stunde, den Tag und das Jahr hinaus. Und die Hauptsache gelang ihm doch: er schuf das feste Knochengerüst für ein mächtiges Arbeiterheer. Eine Kerntruppe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ließ sich nicht mehr werfen und ist im ärgsten Sturm und Drang nicht mehr geworfen worden. Fast zur selben Zeit, nur wenige Monate später, als Lassalle „über die tiefe, schmerzliche Enttäuschung, den freissenden inneren Ärger“ klagte, den ihm die Gleichgültigkeit und Apathie der Arbeitermasse einflöße, als er das *métier de drape* verfluchte, bei dem er sich innerlich zu Tode ärgere, um so mehr als er diesem Ärger nicht Luft machen könne und ihn nach innen würgen, oft noch das Gegenteil behaupten müsse, zu dieser selben Zeit schrieb ein kluger und unbefangener Beobachter, wie Albert Lange, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei eine „außerordentlich wirksame Pflanzschule leitender Köpfe im Arbeiterstande“, und fügte hinzu, daß wer wirklich mit den Arbeitern umgehe, leicht einsehen müsse, daß der Einfluß dieses Vereins viel weiter reiche als seine Mitgliederlisten; unter den rheinischen Arbeitern gebe es Anhänger Schulzes überhaupt nicht mehr in nennenswerter Anzahl.

Allerdings war der Verein unter diesen Arbeitern auch stärker vertreten als irgendwo sonst. Von den 4610 Mitgliedern, die im Herbst 1864 gezählt wurden, entfiel mehr als die Hälfte auf das Rheinland, und von dieser Hälfte wieder mehr als die Hälfte auf Elberfeld-Barmen und die ländlichen Vorposten der im Wuppertale altheimischen, durch die Fortschritte der Technik und die Konjunkturen des Weltmarkts unausgesetzt revolutionierten Textilindustrie, namentlich auf Ronsdorf und Wermelskirchen. Hugo Hillmann, der Bevollmächtigte für Elberfeld, bestrich unermüdlich die ganze Gegend, ein geborener Agitator und politisch nichts weniger als ein unsicherer Kantontist, wofür er in seiner Londoner Exilzeit einmal ohne Grund gegolten hatte, aber persönlich bei zerrütteten Vermögensverhältnissen durchaus nicht peinlich in der Wahl seiner Hilfsmittel und deshalb viel angefochten. Auf die Klagen des Vereinstassierers über Hillmann antwortete Lassalle wohl ärgerlich, es gehe ihm mit Hillmann wie dem ersten Napoleon mit Davoust, hätte er zwei solche, so müßte er einen davon erschießen lassen, aber da er nur den einen habe, so brauche er ihn.

Neben Elberfeld-Barmen war Solingen mit 500 Mitgliedern ein Mittelpunkt der rheinischen Bewegung. Hier hatte Lassalle in Karl Klings und Eduard Willms eifrige Anhänger gewonnen. Der Solinger Arbeiterbildungsverein löste sich vollständig in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf, und der Solinger Konsumverein erklärte öffentlich, er sei seit seinem anderthalbjährigen Bestehen immer weit entfernt gewesen von der „geradezu lächerlichen und prahlerischen Ansicht“, als könne durch Konsumvereine die Klassenlage der Arbeiter gehoben werden; er habe immer nur die Absicht gehabt, seine Mitglieder gegen den Wucher des Kramladens und die immer mehr um sich greifende Verfälschung aller Lebensmittel zu sichern. Die Schleifer und Scherenarbeiter, die Schwertfeger und Schwertschmiede Solingens hatten seit Jahrzehnten die Rutenstreiche des Kapitals so schwer empfunden, daß sie den proletarischen Klassenkampf leicht und schnell begriffen. In Remscheid, Hagen, Iserlohn legten handwerksmäßige Vorstellungen der Propaganda noch starke Hindernisse in den Weg, ähnlich in Krefeld auf dem linken Ufer des Rheins. Dagegen ging es in Duisburg mit seiner starken Fabrikbevölkerung rüstig vorwärts, ebenso in Düsseldorf, wo persönliche Erinnerungen an Lassalles Leben am Rheine mitwirkten; jede der beiden Städte zählte etwa 250 Mitglieder. Langsamer entwickelte sich Köln, wo die rheinische Bourgeoisie den stärksten Gegendruck ausübte. Moses Heß war im Dezember 1863 nach Paris zurückgekehrt, und sein Nachfolger im Amte des Bevollmächtigten vermochte die Ungunst des Terrains nicht durch persönliche Geschicklichkeit auszugleichen.

Nächst den Rheinlanden war Hamburg und das benachbarte Harburg die Hauptburg des Vereins. Beide Städte musterten etwa 700 Mitglieder. Der klassische Platz des deutschen Großhandels bot dem proletarischen Klassenkampfe ähnlich günstige Bedingungen wie die klassische Stätte der deutschen Großindustrie. Der Hamburger Arbeiterbildungsverein stammte noch aus dem Jahre 1848 und hatte unter der Asche der Reaktionsjahre fortglimmende revolutionäre Funken genährt; daneben waren in den fünfziger Jahren in Hamburg die beiden größten Konsumvereine Deutschlands entstanden. Als dann die nationalvereinliche Strömung in den Bildungsverein überschlug, entwickelte sich sofort aus seiner Mitte eine energische Opposition. Ihr Führer war Jürgen Lüders, der Ökonom des Bildungsvereins, und ihr Hauptredner August

Berl, seines ursprünglichen Berufes ein Advokatenschreiber, der von einem jener Konsumvereine als Buchhalter angestellt worden war. Er wurde wegen seiner Opposition aus dem Bildungsverein ausgeschlossen und Jürgen Lüders als Ökonom abgesetzt, worauf dieser eine kleine Wirtschaft auftrat, in der Berl mit seinem Anhange verkehrte. Zu ihnen gesellte sich im November 1862 der junge Jakob Rudorf, der als Schlosser am Schraubstock und in der Schmiede fünf schwere Lehrjahre durchgemacht, dann auf fünf Wanderjahren in Deutschland, der Schweiz, Paris, London viel erlebt und erlernt hatte. Echtes Proletariatsblut, stand er den Massen näher als Berl, der nicht unbegabt war und es später sogar noch zum Doktor und Rechtsanwalt gebracht hat, aber damit auch der Arbeiterbewegung verloren gegangen ist. In Harburg war Bevollmächtigter des Vereins Theodor York, ein fühner trotziger Proletarier, dem es auf den Vorwurf der Widerhaarigkeit wenig ankam, wenn es galt, die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zu sichern. Von Hamburg übertrug Gustav Deckwig, ein junger Tischlergeselle, die Bewegung nach Bremen, doch ließ er sich von dem Senat einschüchtern, der die Tatsache, daß in Bremen kein Vereinsgesetz bestand, dahin auslegte, daß in Bremen kein politischer Verein geduldet werden brauche. So beschränkte sich Deckwig auf eine stille Agitation, die nur einige Duzend Mitglieder eintrug.

Das Königreich Sachsen war nicht seiner industriellen Bedeutung entsprechend im Verein vertreten. Es stellte ungefähr ebensoviel Mitglieder wie Hamburg und Harburg zusammen, wovon die Hälfte auf Leipzig mit seinen industriellen Vororten Ronnewitz, Stötteritz, Thonberg entfiel. Ehe Wahlteich im Herbst 1863 nach Berlin übersiedelte, hatte er die Agitation nach Großenhain, Großburgk, Neugersdorf, Rokweitz getragen, mit anfänglich nicht unbedeutendem, aber schnell zusammenschrumpfendem Erfolge. Ein Bericht aus Neugersdorf spricht sich darüber aus wie folgt: „Die Mitglieder wagen nicht, sich öffentlich für Laffalle zu bekennen wegen der Verfolgungen. Ein Weber verdient schon lange täglich nicht mehr als höchstens 3 Silbergroschen 6 Pfennig. Aus diesem Grunde war auch der Beifall erklärlich, den Herr Wahlteich erntete. Allgemein glaubten die Arbeiter, es ginge an ein Losschlagen, die Zustände zu verbessern.“ Draftischer, als in diesen schlichten Worten eines Arbeiters, lassen sich die scheußlichen Wirkungen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie nicht schildern: Hungerlöhne

im furchtbarsten Sinne des Wortes, die das Seelenleben des ausgebeuteten Proletariats zwischen sklavischer Furcht und wilder Rachsucht hin- und herschleudern.

In den entwickelteren Arbeiterschichten des Königreichs Sachsen besaß der bürgerliche Radikalismus, der sich hier nicht so abgewirtschaftet hatte, wie am Rheine, noch immer großen Einfluß; das dicke Netz von Arbeiterbildungsvereinen, das Sachsen links der Elbe bedeckte, konnte nicht mit einem Schlage zerrissen werden. In Dresden stieg die Mitgliederzahl kaum auf ein Duzend, unter denen der Kupferschmied Försterling weniger durch Talent als durch Eifer hervorragte. In Leipzig blieb Wuttke dem Vereine treu und hielt den Mitgliedern Vorträge über den französischen Sozialismus. Es wird berichtet, daß er nicht großen Beifall fand, was sich daraus erklären würde, daß seine Fähigkeit der Darstellung nicht auf gleicher Höhe mit seiner Gelehrsamkeit stand. Bevollmächtigter für Leipzig war Dammer, der, ein junger Gelehrter mit einem Einkommen von 300 Talern und einer schnell anwachsenden Familie, durch den persönlichen Kampf ums Dasein schwer bedrängt wurde; so ruhte die Agitation vornehmlich in den rüstigen Händen Frißches, der zur alten Garbe der Dresdener Matikämpfer gehörte.

In den schlesischen Weberbezirken nahmen die Dinge einen besseren Fortgang als in den sächsischen, doch erst nach Lassalles Tode. Was ihm selbst noch viele Freude ohne rechten Grund und viele Plage ohne rechten Erfolg gemacht hat, war ein kleiner Anhang, den er in dem böhmischen Orte Aßch gewann. Er bestand aus etwa hundert Strumpfwirkern und Webern, braven und ehrlichen Leuten, die durch die Maschine aufs Pflaster geworfen waren und den „Hungertod als Ausgang solcher Weltkomödie“ vor Augen sahen. Aber nur in ihrer frommen, nicht in ihrer revolutionären Gesinnung mochten sie „Abkömmlinge der alten Hussiten“ sein, wie Lassalle sie nannte. „Nach der Bibel muß sich hoch und niedrig richten, und das gerade ist die Tendenz des Präsidenten Herrn Lassalle und seiner hellbentenden Anhänger“, schrieb der Strumpfwirker Martin, den Lassalle zum Bevollmächtigten für Aßch ernannt hatte. Diese völlige Unklarheit zeigte zur Genüge, daß es sich bei den Mitgliedern in Aßch um einen wilden Schößling, nicht um eine echte Wurzel der Agitation handelte, wodurch Lassalles Bemühungen, seine dortigen Anhänger vor den Bedrückungen

der Behörden und Fabrikanten zu schützen, natürlich nicht schlechter wurden.

In Süddeutschland fand die Agitation nur geringen Boden, was teils durch ihren preussischen Ursprung, teils durch das noch immer starke Übergewicht des süddeutschen Kleinbürgertums verursacht sein mochte. In Frankfurt a. M. waren Heymann und Theodor Müller nicht zu bewegen gewesen, ein Amt des Vereins anzunehmen, obgleich ihre Sympathien bei der Sache blieben. Auch der Frankfurter Arbeiterbildungsverein bestand fort, weil Müller in erster Reihe die Bildungsbestrebungen der Arbeiter fördern wollte und Lassalle aus Rücksicht auf die ihm von Müller geleisteten Dienste diesen Willen respektierte; sein Versuch, Sonnemann wegen dessen Umtriebe auf dem Züricher Arbeitstage aus dem Verein stoßen zu lassen, scheiterte an zwei Stimmen Mehrheit. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begann in Frankfurt mit 67 Mitgliedern, die in langsamem, aber stetigem Wachstum blieben. Es waren zur Hälfte Schneider, daneben andere Handwerker, wie der Sirtler Fritz Ellner und der Portefeuillearbeiter Welcker, auch einzelne Literaten, wie Bernhard Becker und der junge Heinrich Oberwinder. Mit Schweiger hatte Lassalle seinen Willen doch nicht durchgesetzt; durch seine Vermittlung wurde Schweiger dann Mitglied in Leipzig. Nachdem sich der anfängliche Bevollmächtigte in Frankfurt, der Zigarrenhändler Strauß, als unzuverlässig erwiesen hatte, trat Bernhard Becker an seine Stelle. Viel schlimmer als in Frankfurt sah es in Mainz aus, wo der Uhrmacher Scheppler sehr schnell in die mütterlichen Arme der Fortschrittspartei zurückkehrte. Die Vorgänge in Mainz waren ein besonders schlagender Beweis für den schnellen Wechsel von Ebbe und Flut, der die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung so oft kennzeichnet. Lassalles Beredsamkeit schien die Mainzer Arbeiter auf einen Schlag gewonnen zu haben; dann trat ein so völliger Rückschlag ein, daß in den anderthalb Jahren bis zu Lassalles Tode sich erst etwa wieder zehn bis zwölf Mitglieder gesammelt hatten; als dann aber Lassalles Leiche die Stadt passierte, bereiteten ihr die Mainzer Arbeiter ein Totenfest wie einem Könige.

In der Rheinpfalz, in Baden, in Württemberg, den klassischen Stätten der Kleinbürgerei, vermochte die Agitation noch nirgends festen Fuß zu fassen. Vielmehr schlossen sich die württembergischen Arbeiterbildungsvereine, deren es eine ganze Anzahl in Stuttgart, Eßlingen, Ulm,

Heilbronn, Göppingen, Neutlingen, Gmünd, Cannstatt und anderen Orten gab, im Juni 1863 zu einem besonderen Landesverbande zusammen und hielten ein Jahr später ihre erste Landesversammlung in Göppingen ab. In den Vorständen dieser Vereine saßen Fabrikanten, Professoren, Lehrer, Apotheker und andere gelehrte Häuser, aber höchst selten Arbeiter. Etwas anders lagen die Dinge in Bayern. In der Hauptsache ein ackerbaureibendes Land und in seiner gewerblichen Gesetzgebung außerordentlich rückständig, besaß es doch in Augsburg, München und Nürnberg einzelne Mittelpunkte der Metall- und Textilindustrie, die Tausende von Industriearbeitern zählten. Besonders hatte Augsburg mit seinen großartigen Spinnereien, Webereien und Kattunbrudereien ein ganzes Arbeiterheer angezogen. Die Augsburger Arbeiter machten keine schlechte Schule durch, da die Textilbarone im Anfang ihrer Fabrikgründungen fremde Arbeiter aus dem Elsaß und der Schweiz heranzogen, um die heimischen Arbeiter anzulernen; auch gab es in Augsburg eine Anzahl Arbeiter, die in der bairisch-pfälzischen Erhebung mitgethan hatten und noch tief in der Rebellenhaut steckten. Am meisten tat aber auch hier die bayerische Bourgeoisie, um die Arbeitermassen in das politische Leben zu werfen. Sie begann sich zu fühlen und band mit dem Ultramontanismus an, mit dem unter diesem Namen segelnden Junker- und Pfaffenium; sie wollte namentlich die Schranken der Gewerbe- und Zollgesetzgebung niederbrechen, die ihr die Beteiligung am Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erschwerten. Die Augsburger Spinnerkönige, heute Schützöllner, waren damals eifrige Manchesterleute und verhießen den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern alle Wonnen des Paradieses vom tausendjährigen Reich des Freihandels. Einsteilen konnten sie damit das Proletariat betören, nicht jedoch, ohne daß sich in den vorgeschrittensten Arbeitern eine bessere Einsicht regte. Als ein Augsburger Arbeiter, der Mechaniker Friedrich Dürr, der in Hamburg sich der Agitation Lassalles angeschlossen hatte, in seine Vaterstadt zurückkehrte, gewann er einige Duzend Kameraden. Doch wollte es noch nicht recht vorwärts gehen, da es an Rednerkräften fehlte und die Verkörperung Lassalles durch die liberale Presse noch viel zu großen Glauben bei den Arbeitern fand.

Im ganzen war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bei Lassalles Tode über etwa 50 deutsche Orte verbreitet, in mehr als einem Drittel davon stand er freilich nur so gut wie auf dem Papier, in einem anderen

Drittel zählte er über 100 Mitglieder. Außerhalb Deutschlands erklärte sich der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London zum Anschlusse bereit, doch empfing ihn Lassalle sehr zurückhaltend, indem er meinte, nichts sei schwieriger und verwickelter als das Londoner Terrain. Wahrscheinlich wollte er jedem möglichen Zusammenstoße mit Marx ausweichen. In der Schweiz trat Johann Philipp Beder mit einem Offenen Briefe für Lassalle ein, klagte aber über mangelhaften Erfolg, da die Arbeiter des Handwerks noch ganz in Schulzes Illusionen verhasen seien und jeder sich schon als künftiges Mitglied einer einträglichen Genossenschaft betrachte.

Blieb nun die räumliche Ausdehnung des Vereins weit hinter Lassalles Erwartungen zurück, so nicht minder oder eher noch mehr seine innere Entwicklung. Lassalle wollte auch hier ernten, nachdem er kaum gesät hatte. Er verging vor Ungeduld über die unregelmäßige Berichterstattung der Bevollmächtigten, über die unpünktliche Zahlung und oft gänzliche Stockung der Mitgliederbeiträge, über die „Reibungen, Kleinlichkeiten, Intriguen, Streitigkeiten in Fortschrittlerweise“, woran das junge Vereinsleben nicht arm war. Die „Vereinspieleret“ erprekte ihm unzählige Flüche. Ein regelmäßiges Funktionieren des von ihm geschaffenen Organismus hat er nicht mehr erlebt, so unermüdet er war, durch Bitten, Mahnungen und im äußersten Falle selbst Drohungen die Bevollmächtigten anzutreiben. Die Vereinskasse war von vornherein mit einem starken und immer wachsenden Defizit behaftet, das durch Geschenke Lassalles, durch die Erträgnisse seiner Agitationschriften, durch freiwillige Anleihen bei den paar wohlhabenden Mitgliedern des Vereins, durch Vorschüsse des Kassierers und andere Finanzoperationen gemildert, aber keineswegs behoben wurde. Wenn selbst Hillmann in Elberfeld, Perl in Hamburg und Dammer in Leipzig mit ihren Abrechnungen und Berichten im Rückstande blieben, was war dann groß von den Bevollmächtigten zu erwarten, die verhältnismäßig wenige Mitglieder hinter sich hatten, als einfache Arbeiter nach des Tages Last und Hitze agitieren und dann noch rechnen oder schreiben sollten, ungeübt, wie sie waren, mit der Feder umzugehen?

Um die innere Lebensfähigkeit des Vereins zu erhöhen, griff Lassalle zu einigen Maßregeln, die auf eine größere Selbständigkeit der Mitglieder abzielten. Zunächst ordnete er für Elberfeld, Barmen und Ronsdorf je eine besondere, von den örtlichen Mitgliedern zu wählende

Kassenverwaltung an. Sie sollte aus zwei Kassierern und zwei Kontrolleuren bestehen; neben ihnen hatten zwei Zensoren die Aufgabe, säumige Mitglieder zur Zahlung ihrer Beiträge anzuhalten. Doch blieb der Bevollmächtigte allein berechtigt, über die örtlichen Ausgaben zu verfügen, mit der Maßgabe, daß sie ohne besondere Genehmigung des Präsidenten niemals in einem Monat die Hälfte der Monatseinnahmen übersteigen dürften. Etwas später verfügte Lassalle dann für jene drei Orte und dazu für Düsseldorf, Solingen und Wermelskirchen, daß die örtlichen Mitgliedschaften für den Posten des Bevollmächtigten drei Kandidaten wählen sollten, aus denen der Präsident die endgültige Auswahl zu treffen habe. Beide Einrichtungen, deren Ausdehnung über den ganzen Verein von vornherein vorgesehen wurde, waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Sie scheinen aber keine große Verbesserung herbeigeführt zu haben, da der Fehler mehr darin lag, daß sich die Organisation überhaupt noch nicht eingelebt hatte, als daß sich ihre Mängel bereits fühlbar machten.

In allen diesen Kinderkrankheiten zeigte der Verein doch, daß er ein sehr gesundes Kind war. Dafür sprachen schon die zahlreichen Beweise treuer Anhänglichkeit und raschen Verständnisses, die Lassalle von den Mitgliedern erhielt. Sie beschwichtigten immer wieder seine Ungeduld und durften ihn wohl mit großer Genugtuung erfüllen. Es war doch die Elite des deutschen Proletariats, die ihn in freiwilliger Disziplin als ihren Führer anerkannte. Zugleich aber zeigte sich schon früh, daß der Verein bei alledem keine Sekte war, die sklavisch auf die Worte des Meisters schwor, sondern eine sich schnell entwickelnde Partei, die sehr bald an dem Gängelbände der diktatorischen Leitung zu zerren begann. Es ist zwar nur ein unbeglaubiges Erzählchen, daß Lassalle auf den entschiedenen Widerspruch seiner Berliner Anhänger gestoßen sein soll, als er ihnen habe das Versprechen abnehmen wollen, bei einem Kampfe zwischen dem Königtum von Gottes Gnaden und der liberalen Bourgeoisie für das Königtum und gegen die Bourgeoisie einzutreten. Diese Aufforderung steht mit allen beglaubigten Äußerungen Lassalles in so unverständlichem Gegensatz, daß sie, ohnehin nur durch dritte Hand überliefert, ins Reich der Fabeln verwiesen werden muß. Aber in einem anderen Falle ließ sich Lassalle leider dazu hinreißen, an die revolutionäre Gesinnung der rheinischen Arbeiter eine sehr unbillige Zumutung zu stellen. Zwei Solinger Schleifer, namens Moll, und ein Oberfelder

Arbeiter, namens Loß, wurden im Frühjahr 1864 zu viermonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt, weil angeblich sie die Messerstücke ausgereilt haben sollten, durch die einige fortschrittliche Spektakelmacher bei Lassalle's Heerschaurede in Solingen verwundet worden waren. Lassalle schlug nun vor, die Verurteilten sollten ein durch eine große Arbeiteradresse unterstütztes Gnadengesuch an den König richten. Indessen die waderen Männer weigerten sich entschieden. Sie meinten, selbst wenn sie vier Jahre sitzen sollten, würde es doch ihren Gesinnungen widerstreiten, dem Könige verpflichtet zu werden, und ihre Kameraden stimmten ihnen bei. Lassalle mußte sich mit einem rückhaltlosen Nein bescheiden, und er nahm es wenigstens mit dem ehrlichen Bekenntnis hin, daß es ihn mit Stolz erfüllen müsse, an der Spitze solcher Männer zu stehen. Kurirt war er freilich noch immer nicht ganz und holte sich einen zweiten Korb mit dem Vorschlage, eine Beschwerdeadresse ohne Gnadengesuch ins Werk zu setzen.

Sehr viel unberechtigter, als dieser Protest der Solinger Arbeiter, war an und für sich die Opposition Wahlteich's gegen Lassalle. Wahlteich hatte am 1. Februar 1864 sein Amt als Vereinssekretär niedergelegt, da er sich mit Lassalle nicht persönlich zu stellen vermochte; an seine Stelle trat Eduard Wilm's aus Solingen, der vortrefflich mit Lassalle ausgekommen ist. Wahlteich siedelte nach Dresden über, wo er das Amt des Bevollmächtigten übernahm. Sein Bestreben ging jetzt auf eine Dezentralisation des Vereins, auf engeren Anschluß an die entschiedeneren Richtungen der Bourgeoisie, und er ließ es dabei an Bemerkungen über die Scheinexistenz des Vereins, über den sehr gefährlichen Humbug des Präsidiums und ähnlichen Äußerungen nicht fehlen, die eine unverkennbare persönliche Schärfe gegen Lassalle enthielten. Sachlich war Wahlteich mit seinen Bestrebungen jedenfalls auf dem Holzwege; was bei einem Anschlusse der Arbeiter an die Fortschrittspartei herauskam, hatte er ja am eigenen Leibe erprobt. Scheiterte die Zentralisation des Vereins daran, daß sich die Arbeiter noch nicht in eine politische Parteiorganisation zu finden mußten, so war seine Dezentralisation einfach ein Todesurteil für die ganze Agitation. Lassalle sah darin mit Recht nicht den Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst, einen schicklichen Vorwand, den Verein aufzulösen, wenn er denn wirklich aufgelöst werden mußte. Glaubte Wahlteich an keinen Erfolg mehr, so hätte es gerade für ihn nach seiner Vergangenheit näher

gelegen, aus dem Verein auszuschelden, statt ihn zu zerrütten, und es war durchaus begreiflich, daß Lassalle über Wahlteichs Opposition eine steigende Erbitterung empfand.

Trotz alledem lag in dieser Opposition ein sehr bedeutames Moment. Es sind von jeher viele ungerechte oder wenigstens stark übertriebene Vorwürfe gegen die Organisation laut geworden, die Lassalle der Arbeiterbewegung gab; wenn er zum Beispiel in seinen Erlassen die örtlichen Mitgliedschaften kurzweg Gemeinden zu nennen begann, so ist diese einfache und sinngemäße Abkürzung eines schwerfälligen Ausdrucks als religiöser Sektenegeist angesprochen worden, während sie tatsächlich die Wiederbelebung einer Bezeichnung war, die schon der Bund der Kommunisten für seine örtlichen Mitgliedschaften gebraucht hatte. Aber bestreiten läßt sich nicht, daß die Gefahr der Sektenebildung in Lassalles Organisation lag, und deshalb war die Opposition, die sich schon frühzeitig gegen Lassalle innerhalb des Vereins erhob, ein Zeichen innerer Kraft, mochte sie zunächst, wie im Falle der Solinger Arbeiter, eine berechnete oder, wie in Wahlteichs Falle, eine unberechtigte Form annehmen. Sie ist niemals wieder völlig verstummt, solange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bestand, und erst mit der Gefahr erloschen, gegen die sie gerichtet war, mit der Gefahr, die sich an jede persönliche Diktatur knüpft.

Lassalle meinte es in großem Sinne, wenn er im proletarischen Klassenkampf Autorität und Freiheit vereinigt, wenn er darin ein Vorbild der künftigen Gesellschaftsform sah. Unzweifelhaft war seine persönliche Diktatur auch heilsam und nützlich, solange es darauf ankam, ein starkes Klassenbewußtsein des Proletariats zu erwecken und die kopflose Zerfahrenheit zu beseitigen, die von der Fortschrittspartei in seine Reihen getragen worden war. Aber nach der Erreichung dieses Ziels wurde die persönliche Diktatur aus einem Hebel zu einer Hemmung und mußte ihrerseits beseitigt werden. Eine historisch aufsteigende Klasse, die sich ihres revolutionären Willens bewußt geworden ist, vereinigt Autorität und Freiheit in sich selber und braucht ihren Willen nicht wie einen Hammer in die Hand eines einzelnen zu legen. Die wahre Berechtigung einer persönlichen Diktatur, wie Lassalle sie handhabte, besteht darin, sich selbst überflüssig zu machen, und in diesem Sinne zeugte es von der selbständigen Triebkraft der Bewegung, daß vorgeschrittene Arbeiter, wie York, Wahlteich und die Solinger Schleifer, schon früh ihren Willen geltend machten gegen Lassalles diktatorische Leitung.

Ehe die persönliche Diktatur sich selbst überflüssig machte, sollte noch manches Jahr vergehen, und ihr Auflösungsprozeß führte mehr als einmal zu heftigen Erschütterungen. Aber darin spiegelte sich nur jener unscheinbare Gang der proletarischen Revolution wieder, der den Gegnern willkommenen Anlaß zu spottwohlfeilen Triumphen gibt, bis sich herausstellt, daß er eine Bedingung ihres unaufhaltsamen Erfolges ist.

Drittes Kapitel.

Lassalles Ende.

Am 8. Mai 1864 trat Lassalle seine Sommerreise an, von der ihm keine Rückkehr mehr beschieden sein sollte. Einer entschuldigenden Erklärung bedurfte er diesmal nicht, um den Berliner Staub von seinen Schuhen zu schütteln. Die beispiellosen Anstrengungen des Winters hatten seine Gesundheit völlig zerrüttet. An die Bevollmächtigten des Vereins schrieb er schon im Februar: „Ich bin todmüde, und so stark meine Organisation ist, so wankt sie doch bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht mehr schlafen kann. Ich wälze mich bis fünf Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf. Ich bin überarbeitet, überangestrengt, übermüdet im furchtbarsten Grade“, und ähnlich an Robbertus zur selben Zeit: „Ich bin von übermäßiger Anstrengung und übertriebener Nervenaufregung durch die Arbeit so herunter, daß meine Nerven mir wie Stride um den Körper schlottern.“ Lassalles Tage waren gezählt; ein Halsleiden, das ihm schon bei seinen Agitationsreden im Vorjahre arge Schmerzen bereitet hatte, ließ ihm nach dem Urtheil seines Düsseldorfser Arztes nur noch eine kurze Lebensfrist.

Gleichwohl wollte er nicht weichen, solange noch irgend ein Hoffnungsflämmchen am Horizonte blinkte. Er rechnete immer noch darauf, der Regierung das allgemeine Wahlrecht entreißen zu können, und dieser Gedanke wurde mehr und mehr die treibende Kraft dessen, was er in den letzten Monaten seines Lebens gedacht und gesprochen hat. Da er einem Irrlichte nachjagte, so geriet er immer weiter vom richtigen Wege ab, obgleich nie so weit, daß ihm nicht die Rückkehr in jedem Augenblicke freigestanden hätte. Die Kundgebungen dieser Zeit tragen die Spuren geistiger und körperlicher Abspannung in allzu reichem Maße, niemals aber verlor Lassalle in ihnen sich selbst, und seiner Sache ist er mit keinem Hauche untreu geworden. Sein Prinzip blieb stets dasselbe, so eigentümliche Sprünge auch mitunter seine Taktik machte.

Lassalle verwandte den Monat Mai auf eine neue Heerschau über seine Truppen. Sie begann in Leipzig und erstreckte sich dann namentlich wieder über die rheinischen Gemeinden, um in dem Stiftungsfeste des Vereins zu gipfeln, das am 22. Mai 1864 in Konnsdorf gefeiert wurde. Nach Konnsdorf wird denn auch gewöhnlich die Rede benannt, die Lassalle vorher schon, meist wohl in kürzerer Zusammenfassung, am 9. Mai in Leipzig, am 14. in Solingen, am 15. in Barmen, am 18. in Wermelskirchen gehalten hatte, überall von jubelnden Zurufen der Arbeitermassen empfangen, schwelgend in Triumphen, die ihn wohl für unendliche Plage entschädigen durften. In tiefen Zügen trank sein durstiges Herz diesen vollen Sonnenblick des Erfolges, dem so bald die ewige Nacht folgen sollte. In dem namenlosen Jubel der rheinischen Massen dünkte er sich ein Faust, der am Ziele seiner Erdenlaufbahn befriedigt stille steht, und er hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben. Wer mag heute mit diesen Worten eines Sterbenden rechten?

Die Konnsdorfer Rede gilt allgemein als die schwächste aller Agitationsreden, die Lassalle gehalten hat. Zum Teil liegt ihre Schwäche wohl darin, daß sie nicht aus einem Guß entworfen ist. Ursprünglich sollte sie eine „Revue nach innen“ werden, wie die vorjährige Heerschaurede eine „Revue nach außen“ gewesen war. Sie sollte den rechten Eifer und Geist unter den Mitgliedern wecken und daran eine kurze pralle Schilderung der politischen Lage schließen. Dann verschob sich ihr Konzept nicht unwesentlich dadurch, daß die schlesische Weberdeputation, kurz ehe Lassalle seine Reise antrat, vom Könige empfangen wurde und dieser Zwischenfall eine vortreffliche Ausfallspforte für Lassalles taktische Wendung zu bieten schien. Die Rede wurde nun doch eine „Revue nach außen“, wie schon ihr eigentlicher Titel sagt: Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Über die Köpfe der Arbeiter weg sprach Lassalle zu den „paar Leuten in Berlin“, auf die er schon mit seiner vorjährigen Heerschaurede einzuwirken versucht hatte.

Aber je stärker die Trümpfe seiner Taktik wurden, um so klarer enthüllte sich auch ihr Grundfehler. Auf der einen Seite wollte Lassalle den König auf den nichtsagenden Redensarten festnageln, womit die Weber abg gespeist worden waren; „wir wollen doch sehen, ob das Königtum dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden

Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird.“ Lassalle machte den König zum Schwurzeugen für die sozialdemokratischen Grundsätze, indem er ausführte, daß mit dem Versprechen einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage auch schon das allgemeine Wahlrecht versprochen worden sei; eine aus der Klassenwahl hervorgegangene Volksvertretung werde ja niemals die zur Abhilfe der Arbeiternot erforderlichen Gelder bewilligen. Nimmt man hinzu, daß Lassalle das Exemplar der königlichen Antwort, das der Weberdeputation von der offiziellen Preßstelle übergeben worden war, mit einer sehr unzeremoniösen Geste behandelte, so mochte sich vielleicht dieser oder jener zurückgebliebene Arbeiter über den Hohn täuschen, womit Lassalle dem Königtum begegnete, aber die Masse der Arbeiter wußte jedenfalls, woran sie war. Auf der anderen Seite pflegt aber niemand eine höhnische Behandlung schneller zu verstehen, als ihre Opfer, und wie konnte Lassalle hoffen, daß die Nonndorfer Rede, deren sorgsame Übermittlung an Bismarck er dem Vereinssekretär auf die Seele band, einen mit allen Hunden gehegten Diplomaten aus Blatteis Loden würdel!

Auch die Schilderungen, die Lassalle in dieser Rede von seinen agitatorischen Erfolgen gab, waren wohl mehr auf Berliner Adressen als auf die rheinischen Arbeiter berechnet. Sie litten an argen Übertreibungen. Da die tatsächlich großen Wirkungen seiner Propaganda zwar vorhanden, aber vorerst nicht zu greifen und zu sehen waren, so suchte Lassalle ihre greif- und sichtbaren Früchte, wo sie nicht, oder doch lange nicht in dem von ihm behaupteten Maße vorhanden waren. Er entwarf ein Herrbild, mit dem er sich selbst das bitterste Unrecht tat; wie tief stand diese manchmal fast romanhafte Legende unter dem großen historischen Anstoße, den er wirklich gegeben hatte! Mit gutem Fug ist ihm namentlich von jeher zum Vorwurfe gemacht worden, daß er den Bischof von Mainz zu einem Parabegaulle gegen die fortschrittlichen Manchesterleute aufzäumte, den „Fürsten der Kirche“, der „am Rheine fast für einen Heiligen“ gelte, der sich „seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben“ habe und der sich nun „in seinem Gewissen gedrungen“ fühle, das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Wenn der Bischof Ketteler in einem unbedeutenden Schriftchen das eiserne Lohngesetz anerkannte, um die liberale Bourgeoisie zu ärgern, und den göttlichen Ursprung des Eigentums behauptete, um den Emanzipationskampf des Proletariats niederzuschlagen, so trieb er eine pfäffische

Demagogie, die einen Schulze-Deitjich „fast als Heiligen“ erscheinen lassen konnte. Gerade vor rheinischen Arbeitern, deren so viele noch im Geisteszwange des Ultramontanismus lebten, hätte Lassalle besser daran getan, diesem Wolfe den Schafspelz abzuziehen, statt ihn als eine fragwürdige Autorität gegen den Kapitalismus auszuspielen.

Erst am Schlusse der Ronsdorfer Rede erhob sich Lassalle auf die alte Höhe seiner Beredsamkeit. Als letztes Zeichen des Erfolges nannte er die Verfolgung, die ihn betroffen habe. Er gedachte triumphierend der Prozesse, die er mit der Schärfe des Schwertes vernichtet habe, aber er fügte als guter Kenner proletarischer Klassenkämpfe hinzu, einer gewissen Erbitterung gegenüber sei der einzelne verloren, wie stark er auch sei. Die Fittiche des Todes rauschten über ihm, als er sein Exorciare sprach, und mit begeisterten Zurufen schworen seine Hörer in seine Hand, daß mit seiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht untergehen, daß die Feuersbrunst, die er entzündet habe, weiter und weiter fressen solle, solange einer von ihnen noch atme.

Von Ende Mai bis Ende Juni hielt sich Lassalle in Gms auf, wo er Heilung für sein Halsleiden suchte. Hier schrieb er eine Erwiderung auf die Rezension, welche die Kreuzzeitung aus der Feder Wageners über den Bastiat-Schulze gebracht hatte. Unter den feudalen Parteigängern krebste Wagener am eifrigsten mit dem allgemeinen Wahlrechte; er nahm den Mund sehr voll mit der feigen Bourgeoisie, die ihre politischen Güter und Freiheiten in die Kabufe geworfen habe, um ihren Geldsack zu retten. Jedoch was er selbst retten wollte, das waren die „politischen Güter und Freiheiten“ der „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung“, und die ständische Verkrüppelung, die er dem allgemeinen Wahlrecht antun wollte, lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine feudale Auflage der plutokratischen Dreiklassenwahl, deren Diktierung ja auch damit beschönigt worden war, daß sie das „allgemeine Wahlrecht“ am Leben erhalte.

Wagener war ein zu guter Hasser des Kapitalismus, um ihn nicht genau zu kennen. Er wußte, daß die Wiederherstellung der feudalen zünftigen Gesellschaftsorganisation ein Unding sei, und geriet dadurch in einen ausgesprochenen Gegensatz zu dem alten Romantiker v. Gerlach, der ihn einst in die Geheimnisse des feudalen Sozialismus eingeweiht hatte, und der jetzt, da die Dinge brennend zu werden begannen, lieber noch mit Schulze-Deitjich kramen wollte als mit Lassalle. Auch täuschte

sich Wagener nicht, wie Bismarck, über Lassalles „monarchische Gesinnung“; er sah sehr wohl ein, daß der konkrete preußische Staat mit der abstrakten Staatsidee Lassalles verzweifelt wenig zu tun habe. Aber gegenüber einer konsequenten Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie der Bastiat-Schulze enthielt, wußte Wagener nicht mehr aus noch ein, und seine Rezension dieser Schrift erschöpfte sich in ganz alltäglichen Phrasen über die Fundamente des christlichen Staats, über die Erhaltung des Mittelstandes als der einzig richtigen Verbindung von Kapital und Arbeit, über ähnliche Schlagworte mehr. Wagener machte sogar eine verschämte Anleihe bei dem landläufigsten Manchester-tum, indem er meinte, es käme mindestens ebenso sehr auf die Steigerung, als auf die anderweite Verteilung des Gesamteinkommens an, und sein Trumpf, daß die Arbeiter auch nicht alle Tugendhelden, die Kapitalisten auch nicht alle Sünder seien, hätte ebensogut in den Spalten der Volkszeitung paradien können wie in den Spalten der Kreuzzeitung.

Lassalle hatte in Berlin persönlich mit Wagener verkehrt und soll ihm, wie Wagener in seinen Denkwürdigkeiten schmunzelnd erzählt, das Kompliment gemacht haben, die drei klügsten Leute im Preußischen seien — in dieser Reihenfolge — Lassalle, Bismarck und Wagener. Hat sich Lassalle diesen Scherz wirklich gestattet, so muß er nicht übermäßig hoch von Wageners geistigen Fähigkeiten gedacht haben, und Wageners Rezension seines Bastiat-Schulze war gewiß nicht geeignet, ihm einen höheren Begriff von diesem feudalen Vorkämpfer beizubringen. Dennoch entschloß er sich, ihm ausführlich zu antworten; wie der Inhalt der Erwiderung zeigt, wollte er einen neuen Anstoß zur Oktrojierung des allgemeinen Wahlrechts geben. Er widerlegte mit leichter Mühe die plumpen Mißverständnisse Wageners; er führte aus, daß es ganz auf die Träger der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung ankomme, ob das gebieterische politisch-soziale Bedürfnis der Gegenwart sich auf reformatorischem oder revolutionärem Wege durchsetzen solle; er protestierte energisch gegen alle kleine Experimentiererei mit Produktivassoziationen und begründete das allgemeine Wahlrecht damit, daß es nichts Organisationsfähigeres gebe, als die großen Massen, und nichts Intelligenteres, als ihren gesunden Verstand. Das war gewiß sehr richtig, nur daß es die Leute stußig machen mußte, die es gewinnen sollte. Denn wie es immer mit der „Klugheit“ Bismarcks und Wageners stehen mochte, so fürchteten sie als gewigte Vertreter der

herrschenden Klassen die Massenintelligenz und die Massenorganisation wie die Pest.

Ende Juni ging Lassalle nach Düsseldorf, um sich persönlich vor der Berufungsinstanz zu verteidigen gegen die Anklage, die ihm wegen seiner vorjährigen Heerschaurede angehängt worden war. Soweit sich seine Verteidigung in politischen Geleisen bewegte, war sie ein Nachklang der Ronsdorfer Rede. Lassalle hielt sich dann ein paar Wochen in Frankfurt und in der Pfalz auf, namentlich beschäftigt mit den Vorbereitungen für eine regelmäßig erscheinende Vereinszeitung. Die oft aufgeworfene Frage, weshalb er sich nicht früher daran gemacht habe, diese empfindliche Lücke seiner Rüstung auszufüllen, zumal da der Nordstern immer schlechter wurde, beantwortet sich sehr einfach dadurch, daß er bis dahin eine dreifache Manneskraft hatte aufbieten müssen, um noch dringlicheren Aufgaben gerecht zu werden. Beschäftigt hatte er sich schon seit dem Winter mit dem Plan eines Vereinsorgans; zum endgültigen Abschlusse gediehen die Vorarbeiten im Sommer 1864. Die Redaktion des Blattes sollte Schweizer und neben ihm Jean Baptiste v. Hoffstetten übernehmen, ein bayerischer Orléantant, der einiges Vermögen besaß, ein gutmütiger und liebenswürdiger, aber nicht eben begabter und etwas phantastischer Mann, der ganz unter Schweizers geistigem Einflusse stand. Als Erscheinungsort des neuen Blattes wurde Berlin bestimmt.

Mitte Juli siedelte Lassalle zu einer Molketur nach Rigi-Kaltbad über, wo zunächst die Vereinsangelegenheiten fortführen, ihn lebhaft zu beschäftigen. In seinem Drange, einen „Druck auf die Ereignisse“ auszuüben, hat er damals den Gedanken erwogen, im Herbst von den Hamburger Arbeitern eine Resolution beschließen zu lassen, durch die Bismarck aufgefordert werden sollte, Schleswig-Holstein gegen den Willen Österreichs zu annektieren. Der Schleswig-holsteinische Krieg war jetzt beendet. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenzen hatten preußische Truppen am 29. Juni die Insel Alsen erobert, am 10. Juli war ganz Jütland in österreichisch-preußischem Besitze, und am 20. Juli erklärte sich die dänische Regierung zu Friedensunterhandlungen bereit. Lassalle erwies sich als guter Prophet, indem er voraussah, daß Österreich und Preußen sich um die gemeinsame Beute in die Haare geraten würden, indem er hterin die auswärtige Verwicklung erkannte, in deren Verlaufe Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts

ausspielen mußte. Aber freilich war damit die Resolution nicht gerechtfertigt, die er den Hamburger Arbeitern vorzuschlagen gedachte. Sie wäre vielmehr von allen verkehrten Schritten, zu denen Lassalle durch seine taktische Wendung verleitet wurde, der weitaus verkehrteste gewesen; sie hätte durchaus keinen „Druck auf die Ereignisse“ ausgeübt, sondern nur die Arbeiterbewegung zugunsten der preussischen Eroberungspolitik bloßgestellt. Im übrigen ist sehr fraglich, ob sie bei Lassalle eine beschlossene Sache gewesen ist, wie die Gräfin Hasfeldt und andere später behauptet haben. So wie er sie in seinen Briefen erwähnt, an einem Tage mit überschwenglichen Erwartungen als „einen großen, sehr großen, vielleicht tatsächlich wichtigen Coup“ und am nächsten Tage schon als eine Sache, wovon er sich selbst nicht viel verspreche, erscheint sie eher als Ausfluß einer nervös überreizten Stimmung, wie sie sich wohl in vertraulichen Briefen oder Gesprächen auslöst, ohne daß deshalb schon eine Brücke vom Gedanken zur That geschlagen wäre.

Weit mehr als durch diesen noch ganz im Blauen schwebenden Plan wurde Lassalle auf Rigi-Kalibad durch seinen Streit mit Bahlteich beansprucht. Die gegenseitige Mißstimmung entlud sich an den Vorbereitungen für die erste Generalversammlung des Vereins, die nach den Statuten noch vor Ende des Jahres 1864 stattfinden mußte. Über die Zusammensetzung der Generalversammlung verfügten die Statuten, daß an dem Orte, wo sie stattfinden, sämtliche erschienenen Mitglieder nach Köpfen, die anderen Orte aber durch gewählte Delegierte abstimmen sollten, die so viele Stimmen abzugeben hätten, als die Gesamtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Orten betrüge. Eine Bestimmung über die Reisekosten der Delegierten enthielten die Statuten nicht. Es war deshalb ganz sachgemäß und in keiner Weise statutenwidrig, daß Lassalle im Einverständnis mit Dammer, den er für die Zeit seiner Abwesenheit von Deutschland wieder zum Vizepräsidenten ernannt hatte, aus der Not eine Tugend zu machen versuchte. Sie schlugen vor, daß diejenigen Gemeinden, welche die Reisekosten für besondere Delegierte nicht aufbringen könnten oder wollten, sich durch Mitglieder vertreten lassen sollten, die am Orte der Generalversammlung oder in dessen Nähe wohnten. Allerdings mußte eine allgemeine Befolgung dieses Vorschlags die Bedeutung der Generalversammlung sehr herabdrücken, aber bei der Armut und der ziffernmäßigen Schwäche vieler Gemeinden gab es keine andere Möglichkeit, eine General-

versammlung herzustellen und der entsprechenden Vorschrift der Statuten zu genügen. Jedenfalls beschränkte der Vorschlag kein Recht der Mitglieder, denn es blieb jeder Gemeinde unbenommen, Delegierte aus ihrer Mitte zu senden, vorausgesetzt, daß sie deren Reisekosten aufbringen konnte und wollte.

Nun protestierte Wahlteich als Mitglied des Vorstandes gegen den Vorschlag Lassalles und Dammers. Er behauptete, daß die Gemeinden dadurch in der Wahl ihrer Delegierten beschränkt würden. Wahlteich wollte eine „ordnungsgemäße Abhaltung“ der Generalversammlung erst dann anerkennen, wenn die Reisekosten der Delegierten, sei es aus der Vereinskasse, sei es durch eine den Vereinsmitgliedern aufzuerlegende Extrasteuer gedeckt würden. Aber abgesehen davon, daß die Vereinskasse mit schweren Schulden behaftet war und eine Extrasteuer bei der Unpünktlichkeit, womit die Mitglieder schon ihre regelmäßigen Beiträge zahlten, ein Schlag ins Wasser gewesen sein würde, hatte Wahlteich nicht einmal die Statuten für sich, die nirgends vorschrieben, daß die Reisekosten der Delegierten zur Generalversammlung von Vereins wegen bestritten werden müßten. Formell und materiell war Wahlteich mit seinem Antrage ebenso im Unrecht, wie Lassalle und Dammer mit ihrem Vorschlage im Rechte waren. Obendrein schlug Wahlteich in den Gründen, die er seinem Antrage mitgab, einen wenn nicht gehässigen, so doch feindseligen Ton an, der an sich durchaus geeignet war, Lassalle zu erbittern, um so mehr, als auf der Hand lag, daß Wahlteichs Vorgehen ein Glied mehr in seinen Dezentralisationsbestrebungen war.

Dennoch läßt es sich nur aus Lassalles körperlich leidendem und feilisch erregtem Zustande erklären, daß er in einem langen, vom 27. Juli datierten und an alle Vorstandsmitglieder gerichteten Rundschreiben die Kabinettsfrage zwischen sich und Wahlteich stellte, daß er in kaum noch verblühten Worten drohte, er werde das Präsidium niederlegen, wenn der Vorstand nicht Wahlteich aus dem Vereine stoße. Diese sehr un-demokratische Handlungsweise wurde durch einige Begleiterscheinungen noch unschöner: der Vorstand, der bisher so gut wie gar nicht funktioniert hatte, sollte zum erstenmale in einer Art Büttelrolle auftreten, ferner nahm Lassalle gleichzeitig Bernhard Becker und Schweiker, von denen er wußte, daß sie seine Ansichten teilten, in den Vorstand auf, und endlich wies er den Vereinssekretär an, das Rundschreiben an alle übrigen Vorstandsmitglieder zwar sofort, an Wahlteich aber erst dann

zu senden, wenn Wilms vorher nach Dresden gereist sei und Försterling gehörig instruiert habe, um den „Intriguen“ Wahlrechts in Dresden und den sächsischen Gemeinden überhaupt vorbeugen zu können. Und zu allem Unglück schloß Lassalles Tätigkeit für den Verein mit diesem schrillen Mißklänge.

Denn am Tage vorher war Helene v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad erschienen, und in rascher Entwicklung spann sich nun das Drama ab, das Lassalles Tod am 31. August herbeiführte. Die Vorgänge selbst hängen nicht unmittelbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zusammen, und sie sind auch so oft erzählt worden, daß sie nicht noch einmal dargestellt zu werden brauchen. Nur soweit sich auf Lassalles Kosten ein sentimentales Mitgefühl für jene Dame geltend gemacht hat, verdienen sie eine kurze Beleuchtung.

Aus freiem Antriebe erschien Fräulein v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad, und Pharisäer mögen es tadeln, daß Lassalle, krank, seit langen Tagen in unwirtliches Gebirgswetter eingesponnen, von Arbeit und Sorgen aufgerieben, sich einem so weiten Entgegenkommen nicht entzog. Die Dame zerriß dann launenhaft den klug ersonnenen Werbungsplan Lassalles, indem sie ihn in einem Genfer Hotel vor die Wahl stellte, sie entweder wie ein dummer Junge bei Nacht und Nebel zu entführen, oder sie wie ein ehrbarer Philister in ihr elterliches Haus zurückzuleiten. Lassalle hat später bitter bereut, daß er sich, statt zur Flucht, zu der „Großmuts- und bürgerlichen Anstandskomödie“ entschlossen habe, aber damit ist noch lange nicht widerlegt, daß er in einer drückenden Zwangslage das getan hat, was noch am ehesten der Würde seiner Person und seiner Stellung entsprach. Die Nebewendung, daß er dadurch ein sich rückhaltlos hingebendes Frauenherz tödlich verletzt habe, würde erst dann diskutierbar sein, wenn Fräulein v. Dönniges im weiteren Verlaufe der Dinge irgend etwas von einem verletzten Frauenherzen verraten hätte. Es ist wirklich nichts davon zum Vorschein gekommen. Die Art, wie sich das angebliche Opfer Lassalles nach dem übereinstimmenden Zeugnis Müstows und des Advokaten Haenle in der entscheidenden Szene des Dramas benahm, begründete vielmehr die subjektive Berechtigung des Wortes, mit dem Lassalle die Dame qualifizierte, um ihren Vater und ihren erst abgelegten und nun wieder angelegten Bräutigam zum Zweikampfe zu zwingen.

Gewiß hat Lassalle sich schwer kompromittiert, um seinen Willen durchzusetzen, um den Fluch einer lächerlichen Niederlage abzuwenden, die

für ihn, der schon jede ernste Niederlage haßte wie den Tod, völlig unerträglich war. Die Schritte, die er bei dem bayerischen Minister des Auswärtigen tat, und durch die Gräfin Hakfeldt beim Bischofe von Mainz tun ließ, der Zweikampf selbst, zu dem sich Lassalle herbeiließ, obgleich er ein prinzipieller Gegner des Duells war, manche Äußerungen, die er in diesen stürmischen Tagen mündlich und schriftlich getan hat, lassen sich nicht rechtfertigen. Es bleibt immer ein peinlicher Eindruck, mag man auch alle Entschuldigungsgründe aufzählen: Lassalles Pflicht, ein um feinetwillen mißhandeltes Weib zu schützen, solange er glauben mußte, daß es geschützt sein wollte, die berechnete Verletzung seines berechtigten Selbstbewußtseins durch das prozige Gebaren der Familie Dörniges, die hoffnungslose Auflösung seiner Körper- und Seelenträfte, die mit erschütternder Wahrheit aus jeder Zeile seiner damaligen Briefe spricht. Lassalle hätte einen schöneren Tod sterben können und doch — wenn es gestattet ist, aus dem Inhalt eines reichen Lebens auf die stillen Gedanken der Sterbestunde zu schließen, so mag er auch diesen Tod als einen Erlöser begrüßt haben.

Er hing nicht am Leben um des Lebens willen; ihm graute vor dem abstumpfenden Alter, das er schon mit dem vierzigsten Lebensjahre heranziehen sah, auf dessen Schwelle er stand. Ungewiß und unklar lag seine nächste Zukunft vor ihm. Die da meinen, daß er jemals Bismärcksche Livree angezogen hätte, wie sein Freund Bucher, sprechen wie der Blinde von der Farbe. Soweit Lassalle überhaupt bestimmte Pläne für die Zukunft gefaßt hatte, gehen sie aus den Äußerungen hervor, die er in seinen letzten Wochen zu Johann Philipp Becker gemacht hat. Nach dem Berichte des alten Freiheitskämpfers hat Lassalle erklärt, seine Kraft sei aufgerieben, und er müsse Einhalt tun. Er habe geglaubt, die sozialistische Bewegung in etwa einem Jahre zum Durchbruche bringen zu können, aber er sehe ein, daß es Jahrzehnte erheische, und dazu reiche seine leibliche Kraft nicht aus, namentlich werde er die bevorstehenden Freiheitsstrafen nicht überdauern können. Diese Worte tragen den Stempel der Wahrheit. Auf Beckers Rat beabsichtigte Lassalle, sich durch zweijährigen Aufenthalt in Genf das dortige Bürgerrecht zu erwerben, und diese Absicht hätte er bei längerer Lebensdauer wahrscheinlich ausgeführt. Ein Vogel mit gebrochenen Schwingen wäre er dann aber doch gewesen, und er dachte wohl groß genug von sich, um einen raschen Tod einem langen Siechtum vorzuziehen.

Deshalb ist nicht weniger haltlos, was eine neuere Legende wissen will, daß nämlich Lassalle in dem tödlichen Zweikampfe einen „indirekten Selbstmord“ begangen habe, aus Furcht vor einer Konferenz mit Marx und Engels, die im Herbst stattfinden sollte und ihn vor die Alternative gestellt haben würde: Widerruf und Rückzug oder Kampf auf Leben und Tod mit den alten Freunden. In allen vorhandenen Urkunden findet sich nicht die leiseste Hindeutung auf diese Konferenz; vielmehr geht aus einem Briefe, den Lassalle noch am 29. Juni an Wilmis richtete, unzweideutig hervor, daß er damals völlig im unklaren darüber war, wie Marx über seine Agitation denken mochte. Es lohnt nicht erst, alle die psychologischen und sonstigen Unmöglichkeiten dieser Legende aufzuzählen; will man aber einmal die für Marx und Engels nicht weniger als für Lassalle kränkende Voraussetzung machen, daß ein solches Femgericht verabrebet worden sei, so hatte Lassalle jedenfalls nicht den geringsten Anlaß, sich davor in einen „indirekten Selbstmord“ zu flüchten. Er konnte seine Agitation mit freier Stirne vor jedem vertreten, auch vor Marx und Engels. Für ihn zeugten die deutschen Arbeiter, die er zum Klassenbewußtsein erweckt, denen er die Bahn zu gewaltigen Kämpfen und Siegen gebrochen hatte. Sie traten denn auch in ihrer Masse für ihren toten Führer ein, als ein halbes Jahr später die Meinungsverschiedenheiten offenbar wurden, die zwischen Lassalle und seinen alten Freunden bestanden hatten, allen voran die rheinisch-westfälischen Arbeiter und unter ihnen auch ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes.

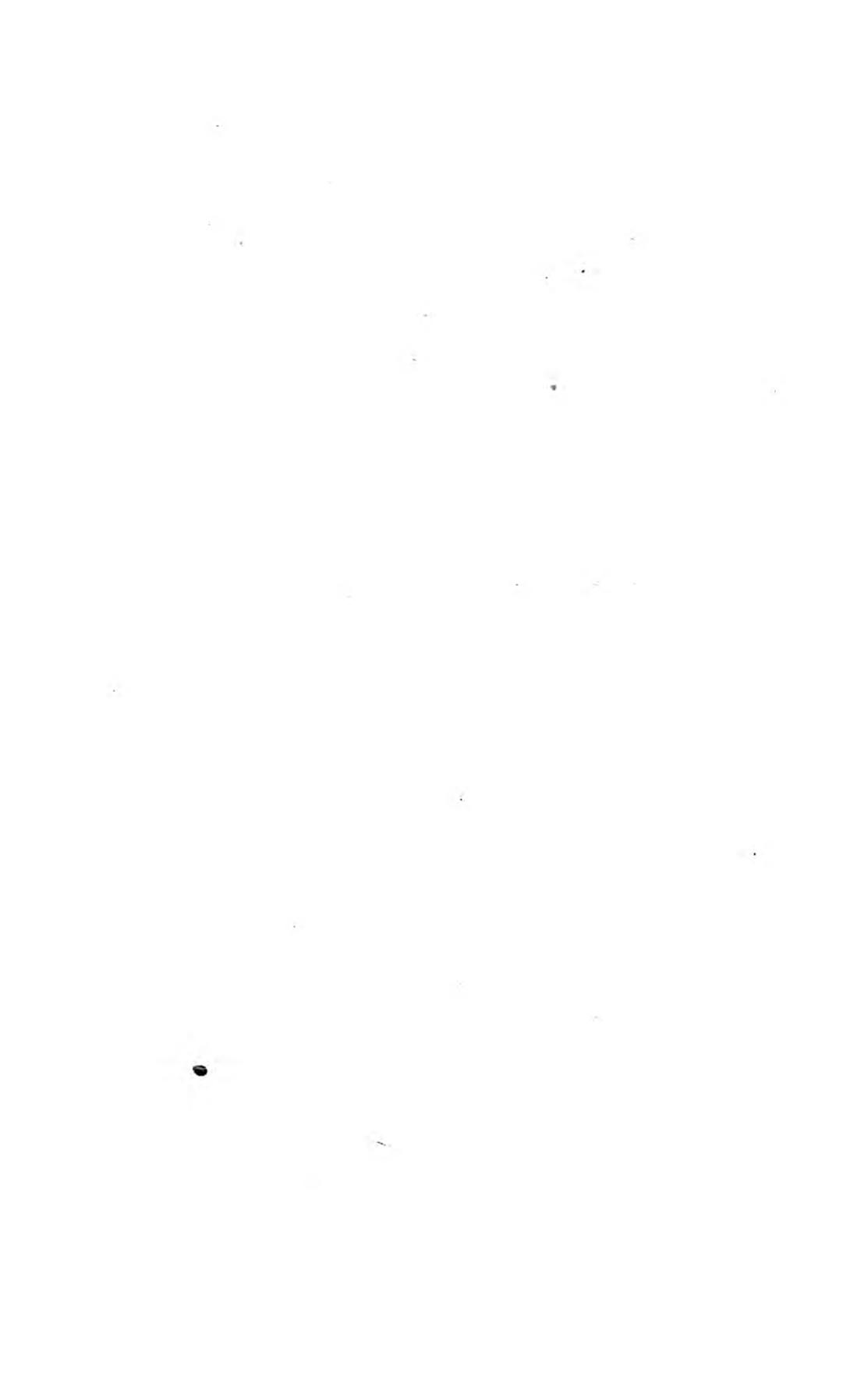
Mag man doch den bürgerlichen Romanfabrikanten überlassen, sich ihren Lassalle zurechtzuknechten, bald als einen frommen Knecht Fribolin, der andächtig am Throne der Hohenzollern kniet, bald als ein wildes Ungeheuer, mit dem man patriotische Kindsblöffe unter die Betten schiebt: der historische Lassalle fordert oft den rauhen Atem der historischen Wahrheit heraus, aber sein ehernes Standbild wird davon nicht umgeweht. Er war ein kranker und sterbender Mann, als er in der Schweiz ein dennoch vorzeitiges Ende fand. Die Kugel des wallachischen Junkers schien so sinnlos ein so großes Leben zu schließen, doch sie tötete nur, was noch sterblich war an dem Denker und Kämpfer Lassalle. So wie die Dinge damals lagen und so wie Lassalle nun einmal war, hatte er seine historische Mission vollbracht; seine glühende Seele hatte ausgeatmet, und der Rest war allzu menschliche Leidenschaft.

Ein triftiger Sinn lag gleichwohl in der so völlig irrigen Ansicht seiner treuer Anhänger, daß er für die Arbeiterfrage gefallen sei. So auch schrieb Mary tröstend an die Gräfin Hagfelbt: „Er starb jung — im Triumph — als Achilles.“

Immer hat die deutsche Arbeiterklasse mit gutem Takte abgelehnt, am Grabe Lassalles die Totenrichterinnen zu spielen; sie bewahrt ihm eine tiefe und unverwüßliche Anhänglichkeit, die ihn ebenso ehrt, wie sie.

Viertes Buch

Der Streit der Fraktionen



Erstes Kapitel.

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Dieselben Ursachen, die in Deutschland eine neue Arbeiterbewegung erweckt hatten, drängten in allen industriell entwickelten Ländern auf die gleiche Wirkung hin. Wo es ein europäisches Proletariat gab, da begann es sich im Anfange der sechziger Jahre zu organisieren, um zunächst auf nationalem Boden um seine Emanzipation zu kämpfen. In den vorgeschrittensten Ländern aber enthüllte sich auch schon der internationale Charakter dieses Kampfes.

In England hatte die Niederlage der festländischen Revolution von 1848 zum völligen Erlöschen des Chartismus geführt. Dazu brachte der gesetzliche Zehnstundentag der Arbeiterklasse eine geistige, sittliche und körperliche Erfrischung, die von ihr als eine Art Wiebergeburt empfunden werden mußte, und die Entwicklung der Trade Unions nahm einen großartigen Aufschwung in der fieberhaften Industrietätigkeit der fünfziger Jahre. Mit der Handelskrise von 1857 häuften sich dann aber die Ereignisse, welche die englischen Arbeiter darüber belehrten, daß auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für sie keine bleibende Stätte bereitet sei. Epochemachend wirkte namentlich der amerikanische Bürgerkrieg, von dem Mary sagte, daß er die Sturmglocke für die europäische Arbeiterklasse läute, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des achtzehnten Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse geläutet habe. Die Baumwollenkrisis stürzte die Arbeiter der englischen Textilindustrie in das furchtbarste Elend, und dennoch erwies sich das englische Proletariat den herrschenden Klassen überlegen, deren Sympathien für die amerikanischen Sklavenbarone an seinem heldenmütigen Widerstande zerschellten. Den Trade Unions aber wurde jeder Versuch, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sehr bald verleidet durch die bei jedem Streitfalle wiederkehrende Drohung der Kapitalisten, sie durch die Einfuhr billigerer Arbeitskräfte vom Fest-

lande lahmzulegen. Die Aristokratie der englischen Arbeiterklasse, die in gefährlicher Selbsttäuschung sich auf den Kampf um Arbeitslohn und Arbeitszeit zu beschränken begonnen hatte, nutzte gern oder ungern das internationale Gebiet des proletarischen Klassenkampfes betreten.

In Frankreich hatte der italienische Krieg dem bonapartistischen Staatsstreich nur eine Galgenfrist verschafft. Die Kugel, die der Dezembermann ins Rollen gebracht hatte, rollte wider seinen Willen weiter. Er mußte sich zum Werkzeug der italienischen Demokratie hergeben, und die französische Demokratie machte ihm eine heftigere Opposition denn jemals früher. Umsomehr sann Bonaparte darauf, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Die Gelegenheit konnte ihm günstig genug erscheinen. Das französische Proletariat war sektiererisch zerklüftet; neben alten Nesten der geheimen Gesellschaften und der utopistischen Schulen gab es namentlich Blanquisten und Proudhonisten, von denen jene im Barrikadenkampfe und diese in kleinbürgerlichen Spielereien ihre Rettung sahen. Ein Versuch von sechzig Pariser Arbeitern, sich an den Wahlen für den gesetzgebenden Körper zu beteiligen, wurde von Proudhon herbe getadelt, weil die Arbeiter politisch sich an die radikale Bourgeoisie angeschlossen, und von der radikalen Bourgeoisie schändlich verhöhnt, weil die Arbeiter auf eigenen Füßen stehen wollten. Überhaupt wurden die französischen Arbeiter von der französischen Bourgeoisie in derselben Weise gehänfelt, wie die deutschen Arbeiter von der deutschen Bourgeoisie. Das war Wasser auf Bonapartes Mühle, und er ließ ihre Räder lustig klappern, geschickter als sein Nachahmer Bismarck, aber mit demselben Mißerfolge. Gleich mit seinem ersten Schachzuge hatte er Unglück; indem er den französischen Arbeitern gestattete, Delegierte zu wählen, die mit offizieller Unterstützung auf die Londoner Weltausstellung von 1862 gesandt werden sollten, förderte er alles andere eher als seine Hintergedanken.

Die französischen Arbeiter wählten natürlich ihre klarsten Köpfe, die sich in London schnell mit den englischen Arbeiterführern befreundeten. Am 5. August 1862 fand in London ein „Fest der internationalen Verbrüderung“ statt, auf dem der Austausch der Meinungen den Wunsch nach einer dauernden Verbindung zwischen den Proletariern diesseits und jenseits des Kanals erweckte. Zunächst stellte sich diese Verbindung ganz zwanglos dadurch her, daß einige französische Delegierte in London blieben, wo sie Arbeit gefunden hatten. Enger geschürzt wurden die

angeknüpften Fäden durch den polnischen Aufstand von 1863. Die alten polenfreundlichen Überlieferungen der westeuropäischen Kulturvölker erwachten am mächtigsten im westeuropäischen Proletariat. Es kann dahingestellt bleiben, ob Bonaparte wieder, wie von mancher Seite behauptet worden ist, die Fraternisierung der englischen und französischen Arbeiter in der polnischen Sache begünstigte, zur Förderung seines angeblich volkstümlichen Despotismus: jedenfalls waren einige französische Arbeiter, die am 22. Juli 1863 auf einer großen Polenmeeting in London erschienen, nicht auf seine Kosten, sondern auf Kosten französischer Werkstätten abgeordnet worden. Sie wollten gemeinsam mit den englischen Arbeitern für den polnischen Aufstand wirken, wobei wieder der Gedanke eines internationalen Arbeiterbundes wie von selbst hervortrat. Ein Ausschuß, dem der Schuhmacher Odger und andere englische Gewerkschaftsleiter angehörten, erließ einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, der zunächst für ihre Unterstützung in der polnischen Frage dankte, dann aber fortfuhr, daß eine Verbrüderung der Völker für die Sache der Arbeit höchst notwendig sei. Denn jedesmal, wenn die englischen Arbeiter ihre soziale Stellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Arbeitslohns verbessern wollten, drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher oder anderer ausländischer Arbeiter, und eine solche Schmutzkonkurrenz sei nur möglich, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Völker fehle.

Diese von Professor Beezly ins Französische übersezte Adresse zündete in den Pariser Werkstätten. Eine eifrige Agitation für den in ihr niedergelegten Gedanken begann, und neue Geldsammlungen unter den Pariser Arbeitern ermöglichten es, ihre Antwort auf die Londoner Adresse durch eine Deputation zu übersenden. Zum Empfange dieser Deputation berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864 Arbeiter aller Länder nach St. Martins Hall zu einem großen Meeting, dem Professor Beezly präsiidierte. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstande anhub: „Wiederum ist Polen im Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben“, um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen sozialen und politischen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Teilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeuge ge-

worben, und der Freihandel ohne Solidarität der Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnisvoller sei, als die in den Tagen der großen Revolution zerbrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnisvollen System eine unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen, einem System, das die Menschheit in einen Haufen fettbäuchiger Mandarinen und eine Masse hungernder unwissender Wesen scheidet.

Nach einer lebhaften Debatte setzte das Meeting ein Komitee von Arbeitern verschiedener Länder nieder, mit dem Auftrage, Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft zu entwerfen, die provisorisch gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Brüssel endgültig darüber entschiede. Das Komitee bestand ganz überwiegend aus englischen Arbeitern. Doch verstärkte es sich in seiner ersten Sitzung am 5. Oktober aus verschiedenen Nationalitäten. Es umfaßte nunmehr etwa 50 Mitglieder. Von ihnen bestand immer noch etwa die Hälfte aus englischen Arbeitern, denen auch die Stellen des Präsidenten, des Schatzmeisters und des Schriftführers vorbehalten wurden. Darnach war am stärksten Deutschland durch 10 Mitglieder vertreten, die wie Marx, Eccarius, Ferdinand Wolff, Lechner, Lochner, Pfänder meist schon dem Bunde der Kommunisten angehört hatten. Frankreich hatte 9, Italien 6, Polen 2 und die Schweiz auch 2 Vertreter. Zu korrespondierenden Sekretären wurden Marx für Deutschland, Le Lubez für Frankreich, Wolff, der Privatsekretär Mazzinis, für Italien, Holtrop für Polen und Jung für die Schweiz ernannt. Das Komitee tagte im Bureau des allgemeinen Rates der Trade Unions, seine Finanzwirtschaft begann mit 3 Pfund Sterling (60 Mark), die in der ersten Sitzung gesammelt wurden.

Seine wichtigste Aufgabe bestand zunächst darin, sich über Wesen und Zweck des geplanten Bundes klar zu werden. Von vornherein ergab sich, daß nicht daran gedacht werden konnte, zerstörend in die bereits vorhandenen nationalen Arbeiterorganisationen einzugreifen, und ebenso wenig konnte es sich darum handeln, neben ihnen eine neue Organisation zu schaffen, die ihre nationale Entwicklung zu hindern geeignet war. Die Fragen des allgemeinen Wahlrechts, der Republik und ähnliche, wie wichtig sie sein mochten, mußten den nationalen Arbeiterorganisationen überlassen bleiben; sie hatten eine ganz verschiedene Bedeutung für die

deutschen und die englischen, für die französischen und die italienischen Arbeiter. Worauf es ankam, war die Aufrichtung einer Standarte, welche die kämpfenden Arbeiterheere der einzelnen Länder nie aus den Augen verlieren durften, wenn sie nicht auf trügerische Irrwege geraten, wenn sie die große gemeinsame Siegesstraße des modernen Proletariats erreichen wollten. Es galt, einen Boden für die internationale Aktion der Arbeiterklasse, einen Rahmen zu schaffen, worin deutsche Lassalleaner, französische Proudhonisten und englische Gewerkschafter einmütig zusammenwirken konnten zur Beseitigung der Hindernisse, die der Befreiung der Arbeiter auf internationalem Gebiete entgegenstanden. Nachdem sich das Komitee hierüber klar geworden war, wurde ein Subkomitee niedergesetzt, um Programm und Statuten zu entwerfen.

In einer neuen Sitzung am 1. November unterbreitete dies Subkomitee seine Vorschläge. Hauptsächlich handelte es sich um die Entscheidung zwischen zwei Entwürfen, deren einen Mazzini selbst ausgearbeitet hatte und durch Wolff vertreten ließ, und deren anderen Marx vorlegte. Mazzini war damals unter den englischen Arbeitern sehr populär, doch verstand er sich nicht auf die moderne Arbeiterbewegung. Ihr eigentlicher Herzschlag, der proletarische Klassenkampf, war ihm unverständlich und deshalb verhaßt. Sein Programm verstieg sich höchstens zu einiger sozialistischer Phraseologie, über die das Proletariat im Anfange der sechziger Jahre längst hinaus war. Ebenso waren seine Statuten aus dem Geiste einer vergangenen Zeit geboren; in der streng zentralistischen Weise politischer Verschwörungsgeellschaften abgefaßt, verstießen sie, wie gegen die Lebensbedingungen der Trade Unions im besonderen, so im allgemeinen gegen die Lebensbedingungen eines internationalen Arbeiterbundes, der keine neue Bewegung schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern schon vorhandene, aber verzettelte Klassenbewegung des Proletariats verbinden sollte. Was Mazzini nicht begriff, das verstand Marx um so besser. Seine Inauguraladresse und seine Statuten wurden einstimmig angenommen und sind maßgebend geblieben für die Internationale Arbeiterassoziation, wie sie selbst den neuen Bund taufte.

Von der Inauguraladresse hat Professor Beechly später einmal gesagt, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Sache der Arbeiter gegen die Mittelklasse, die je in ein Dutzend kleiner

Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse beginnt damit, die große Tatsache festzustellen, daß sich die Not der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe, obgleich gerade diese Periode in den Jahrbüchern der Geschichte beispiellos dasiehe durch die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachstum ihres Handels. Sie führt den Beweis dadurch, daß sie urkundlich gegenüberstellt einerseits die fürchterliche Statistik der Blaubücher über das Elend des englischen Proletariats, andererseits die Ziffern, die der Schatzkanzler Gladstone in seinen Budgetreden beigebracht hatte für die heraufschende, aber ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichtum und Macht, die in jener Periode vor sich gegangen sei. Die Adresse deckt diesen schreienden Gegensatz an den englischen Zuständen auf, weil England an der Spitze der europäischen Industrie und des europäischen Handels stehe, aber sie fügt hinzu, daß er mit anderer Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter in allen Ländern des Festlandes bestehe, wo die große Industrie sich entwickle.

Überall beschränke sich die heraufschende Vermehrung von Macht und Reichtum auf die besitzenden Klassen, es sei denn, daß eine kleine Anzahl von Arbeitern, wie in England, einen etwas erhöhten, aber durch die allgemeine Preissteigerung wieder ausgeglichenen Arbeitslohn erhalten hätte. „Überall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, wie die oberen Klassen auf der sozialen Leiter stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von denen, die ein Interesse daran haben, anderen trügerische Hoffnungen zu erwecken, daß weder die Bervollkommnung der Maschinen, noch die Verwertung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und die Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen das Elend der gewerbtätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser heraufschenden Periode ökonomischen Fort-

Schritts. Diese Periode ist in den Jahrbüchern der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt.“

Die Adresse wirft einen Blick auf die Niederlage der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren und findet, daß diese Zeit auch ihre entschädigenden Charakterzüge habe. Besonders zwei große Tatsachen werden hervorgehoben. Zuerst der gesetzliche Zehnstundentag mit seinen für das englische Proletariat so heilsamen Folgen. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, welche die politische Ökonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, den Inbegriff der politischen Ökonomie, welche die Arbeiterklasse vertritt. „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sondern auch der Sieg eines Prinzips: zum erstenmal am hellen lichten Tag erlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“

Die zweite große Tatsache, in der die politische Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Besitzes einen noch größeren Sieg errungen hat, ist die Kooperationsbewegung, sind die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. „Durch die Tat, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Übereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Unternehmern, die einer Klasse von Arbeitern zu tun gibt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als Werkzeuge der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen die Arbeitenden selbst monopolisiert zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziierten Arbeit, die ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt.“ Die Adresse führt dann aus, daß Kooperationsarbeit, auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, gleichwohl das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge. „Vielleicht

haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkungsart, philanthropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluger Nationalökonomien ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperativarbeitssystem gehuldigt, das sie vergebens im Keime zu ersticken versucht, als die Utopie des Träumers verhöhnt oder als Verruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten.“ Erst die Ausdehnung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen und ihre Förderung durch Staatsmittel könne die Massen retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu verteidigen und zu verewigen. Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Dieser Abschnitt der Adresse stimmt dem Sinne nach vollkommen mit dem überein, was Bassalle im Offenen Antwortschreiben über die Bedeutung der genossenschaftlichen Arbeit für das Proletariat ausgeführt hatte.

Indem die Adresse die Pflicht der arbeitenden Klassen betont, sich die politische Macht zu erobern, sagt sie, die Arbeiter schienen diese Pflicht begriffen zu haben, wie ihr gleichzeitiges Wiederaufleben in England, Deutschland, Frankreich und Italien, wie ihr gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei beweise. „Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündnis vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden.“ Die Erfahrung der Vergangenheit lehre, daß Mißachtung der Brüderlichkeit, die zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen räche. Diese Erwägung habe das Meeting in St. Martins Hall zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßt.

Und noch eine andere Überzeugung habe dies Meeting beherrscht. Erheische die Emanzipation der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand, wie könnten sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolge, nationale Vorurteile hervorrufe und in Raubzügen das Blut wie den Schatz des Volkes vergeude? Die Adresse weist auf den amerikanischen Bürgerkrieg und den polnischen Aufstand hin. „Die auf keinen Widerstand stoßenden Übergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in

St. Petersburg, deren Hände in allen europäischen Kabinetten tätig sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gezeigt, den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer Stande, den Streich zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch für den Verkehr der Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.“ Und so schließt die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, wie weiland das kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Statuten beginnen mit Erwägungsgründen, die sich in folgende Sätze zusammenfassen lassen: Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu grunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Eintigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, in denen die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken aller dieser Länder. Aus diesem Grunde erklären die Statuten, daß die Internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen. Es ist die Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann zu fordern, der seine Pflicht tut. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Die Organisation des Bundes gipfelte in einem Generalrat, der zusammengesetzt sein sollte aus Arbeitern der verschiedenen, in der Assoziation vertretenen Länder. Bis zum ersten Kongreß übernahm das in St. Martins Hall gewählte Komitee die Befugnisse des Generalrats. Sie bestanden darin, die internationale Vermittlung zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zu übernehmen, die Arbeiter jedes Landes fortbauernnd über die Bewegungen ihrer Klasse in anderen Ländern zu unterrichten, statistische Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen anzustellen, Fragen von allgemeinem Interesse in allen Arbeitergesellschaften erörtern zu lassen, im Falle internationaler Streitigkeiten eine gleichmäßige und gleichzeitige Aktion der assoziierten Gesellschaften zu veranlassen, periodische Berichte zu veröffentlichen und in ähnlichen Aufgaben. Der Generalrat wurde vom Kongreß gewählt, der jährlich einmal zusammentrat. Der Kongreß bestimmte den Sitz des Generalrats, sowie Ort und Zeit des nächsten Kongresses. Doch war der Generalrat befugt, die Zahl seiner Mitglieder zu vervollständigen, und im Notfalle den Ort des Kongresses zu verlegen, nicht aber die Zeit seines Zusammentritts hinauszuschieben. Die Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder, die sich den Internationalen angeschlossen, behielten ihre gesonderte Organisation unangetastet bei. Keiner unabhängigen Lokalgesellschaft war verwehrt, unmittelbar mit dem Generalrat zu verkehren, doch wurde es als eine für die wirksame Tätigkeit des Generalrats notwendige Vorbedingung bezeichnet, daß die gesonderten Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder sich soweit möglich zu nationalen, in Zentralorganen vertretenen Körperschaften vereinigten.

Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation waren mit einer Meisterschaft entworfen, die auch von dem Manne anerkannt worden ist, der später am eifrigsten daran gearbeitet hat, den Bund zu zerrütten: von Bakunin. Marx hat die Internationale nicht geschaffen, so wenig wie Lassalle die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hat, aber wie dieser der deutschen, so hat jener der internationalen Arbeiterbewegung die Form gegeben, in der sie eine mächtige Wirksamkeit entfalten konnte. Die Internationale war die Erbin des Kommunistenbundes, in dessen Manifeste schon ausgesprochen worden war, daß vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Befreiung des modernen

Proletariats sei. Aber wie sehr unterschied sich die Internationale von dem Bunde der Kommunisten! Aus der geheimen Propagandagesellschaft, die der bürgerlichen Gesellschaft den rücksichtslosesten Krieg ansagte, war ein auf die weiteste Öffentlichkeit begründeter Bund geworden, der Arbeitergesellschaften von den verschiedensten Tendenzen umfaßte, vorausgesetzt, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dennoch war es derselbe Geist, der beide Körper beselte, jener schöpferische Geist, der gleichmäßig seine großen Zwecke verfolgte in allem Wechsel der Mittel, den der Wandel der Zeiten erheischte.

Solange die Internationale bestand, ist Marx ihr Dolmetsch gewesen, und auch schon, ehe ihn das Meeting von St. Martins Hall in das Gründungskomitee wählte, hat er sich an den vorbereitenden Schritten beteiligt. Es war sein langgehegter Wunsch, wie Engels einmal sagt, mit dem Wiederaufleben des europäischen Proletariats „eine die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation zu gründen, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie der Bourgeoisie und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermutigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken“. In diesen Worten ist zugleich das innere Wesen der Internationalen treffend gekennzeichnet. Sie ist nie der mit ungeheuren Mitteln wirkende Geheimbund gewesen, der die Bedrücker des Proletariats geängstigt und dessen Schatten sie noch geschreckt hat. Sie war immer nur eine moralische Macht, welche die Arbeiter ermutigte, stärkte, vorwärts führte, und als solche bildet sie einen ragenden Markstein in der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts.

Der Gedanke einer internationalen Verbrüderung war seit den Tagen des römischen Weltreichs niemals völlig erloschen. In ihrer Weise verkörperte ihn die römische Kirche des Mittelalters. Er schien dann gänzlich verbunkelt zu werden durch die aufkommende kapitalistische Produktionsweise, welche die einzelnen Nationen sowohl schuf, als auch in den erbarmungslosen Krieg um den Weltmarkt warf. Aber er wurde doch immer wieder wach in den Köpfen bürgerlicher Ideologen, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer Nation im Rausche höchster Triumphe über die nationalen Schranken hinweggehoben zu werden schien, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer anderen Nation daran verzweifelte, je zu

nationaler Selbständigkeit zu gelangen. Das Weltbürgertum der französischen Revolutionäre und der deutschen Klassiker, wie ähnlich es sich sah, hatte einen ganz entgegengesetzten Ursprung. Immer zerfloß die bürgerliche Internationalität wie ein blutloser Schemen im Sturm und Drang der nationalen Kämpfe, um dann doch immer wieder daraus emporzutauken. Es gehört zum antagonistischen Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, je länger je mehr die Völker des Erdballs sowohl enger zu verbinden, als auch tiefer zu zerteilen.

Dieser Antagonismus erlischt erst völlig im modernen Proletariat, das überall dieselben Interessen hat. So tritt denn auch schon bei den großen Utopisten die internationale Verbrüderung viel entschiedener und klarer hervor, als bei den weltbürgerlichen Denkern und Träumern der Bourgeoisie. Saint-Simon setzte der Allianz des Feudalismus einen Bund der entwickeltesten Nationen, der Deutschen, Franzosen und Engländer, zur Sicherung des Friedens und der Kultur entgegen, Fourier wollte durch eine große Föderation seiner Phalansteren das alte Staatensystem zerstören, Owen gründete einen Verein aller Klassen und Nationen zur Propaganda für die weltbefreienden Gedanken des Sozialismus. Je klarer sich das moderne Proletariat über seine Interessen wurde, um so entschiedener mußte es das Ideal einer allgemeinen Völker-
verbrüderung von allen Nebeln phantastischer Vorstellung befreien. Wie sich die Internationale aus der Sympathie für einen nationalen Aufstand entwickelte und wie sie immer die treue Freundin nationaler Freiheitskämpfe geblieben ist, so packte sie den internationalen Gedanken da an, wo er in der Gestalt nüchterner, praktischer, reeller Tatsachen in die Wirklichkeit zu treten begann. Zu ihren Hauptwurzeln gehörte das Bemühen der Trade Unions, sich vor der Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande zu schützen.

Überhaupt bildeten die englischen Arbeitergesellschaften das Rückgrat des Bundes, eine Tatsache, die an und für sich schon genügt, um die Fabeln, als sei er eine Gesellschaft von Schwärmern oder Verschwörern gewesen, gebührend zu kennzeichnen. Als vier Jahre später die deutsche Fortschrittspartei auf den feinen Gedanken geriet, die frommen Musterknaben von englischen Arbeitern gegen die Propaganda der Internationalen auszuspielen, konnte Marx darauf hinweisen, daß alle irgend bedeutenden Bewegungsparteien des britischen Proletariats durch ihre Führer im Generalrat des Bundes vertreten seien: der allgemeine Rat

der Trade Unions durch Odger, Applegarth und Howell, die übrigen affilierten Trade Unions durch Shaw, Buckley, Cohn, Hales und Maurice, die englischen Kooperationsgesellschaften durch Weston und Williams, die Reformliga durch Dell, Cowell Stepmey und Lucraft, die National Reform Assoziation durch Walton und Milner, die atheistische Volksagitation durch Copeland und Mrs. Harriet Law, daß der Beehive, das offizielle Organ der Trade Unions, zugleich dem Generatrate der Internationalen als offizielles Organ diene.

Wurzeln in der rauhen Wirklichkeit, hatte die Internationale sich langsam durchzuringen, bis sie festen Boden unter den Füßen bekam, ganz ähnlich dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine, nur daß Marx viel gebuldiger und zäher arbeitete als Lassalle. Erst zwei Jahre nach ihrer Gründung war die Internationale so weit, ihren ersten Kongreß abhalten zu können. Aber wie bei Lassalles Verein wäre es sehr verkehrt, ihre historische Wirksamkeit nur unter dem materiellen Gesichtspunkte zu betrachten. Die Finanzen des Generalrats, der Nerv aller modernen Kriegführung, waren nach einem Worte von Marx stets wachsende negative Größen, während umgekehrt ihr geistiger und moralischer Einfluß eine stets wachsende positive Größe war. Ihre Arbeit hat tausendfältige Frucht getragen, und ihre Verdienste um den proletarischen Emanzipationskampf sind unvergänglich.

Das gilt in erster Reihe von ihrer Rückwirkung auf Deutschland. Die Zahl der deutschen Arbeiter, die sich der Internationalen unmittelbar angeschlossen haben, war immer sehr gering, mehr als tausend werden es schwerlich zu irgend einer Zeit gewesen sein. Aber auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie hat der Bund mit bleibendem Erfolge eingewirkt.

Zweites Kapitel.

Lassalles Erben.

Dem Unsterne, der über Lassalles letzten Tagen gewaltet hatte, unterlag auch sein Testament. Die namhaften Renten, die Lassalle einzelnen Freunden vermachte, waren wohl dazu bestimmt, diese Männer unabhängig zu stellen und ihnen die Förderung der Agitation zu ermöglichen, aber sie erreichten diesen Zweck nicht. Bucher wurde ein Beamter Bismarcks, der Kandidat Meigi ein pietistischer Reaktionär, und Küstow hat nichts für die Propaganda getan, wenn er auch ein ehrlicher Demokrat blieb.

Damit allein war noch nicht viel verloren. Verhängnisvoller erwiesen sich die Bestimmungen des Testaments, die sich unmittelbar auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezogen. Lassalle empfahl dem Vereine, den Frankfurter Bevollmächtigten Bernhard Becker zu seinem Nachfolger zu wählen, und diesem band er auf die Seele, an der Organisation festzuhalten, die den Verein zum Siege führen werde, Verfügungen, die sich als Reflexe der Bahlsteichschen Opposition erklären, aber, statt alte Verwirrung zu schlichten, nur neue Verwirrung angerichtet haben. Ähnlich stand es um den Paragraphen des Testaments, der dem Vereinssekretär Willms — neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Talern „zum Lohne für seine Bravheit“ — auf die Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Taler vermachte, damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein gewissenhaft verwende.

Noch ehe Lassalles Sarg geschlossen war, entbrannte der erste Streit zwischen seiner Mutter und der Gräfin Hagfeldt. Sein Vater war nicht lange vorher gestorben, und seine übrige Familie, Mutter, Schwester und deren Mann, ein Kommerzienrat Friedland, den Lassalle tödlich gehaßt hatte, bekundeten bei seinem Tode, wie tief sie noch im Sumpfe des Geldjudentums steckten. Nach weitläufigen Verhandlungen wurde das Übereinkommen getroffen, daß die Gräfin Hagfeldt die Leiche Lassalles

zur Beerdigung in Berlin ausgeantwortet erhielt, gegen Übernahme von 10 000 Francs Unkosten, und die Verpflichtung, das Begräbniß nach jüdischem Ritus auszurichten. Die Gräfin beabsichtigte, den Sarg durch die großen Gemeinden des Vereins zu führen und überall feierliche Totenfeste zu veranstalten. Doch gelang ihr nur in Mainz die imposante Ausführung ihres Vorhabens. Als der Sarg auf einen Dampfer in Köln anlangte, beschlagnahmte ihn die Polizei im Auftrage der Familie und führte ihn nach Breslau, wo er sofort mit würdeloßer Eile auf dem jüdischen Friedhofe bestattet wurde. Als die letzte Scholle Erde auf ihn fiel, meinte Friedland schmunzelnd: Nun ist der große Kampf begraben.

Diese Ansicht traf aber gewaltig daneben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zeigte nun doch, daß er tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen hatte. Die Totenfeiern Lassalles verliefen in allen Gemeinden ernst und erhebend. Der plötzliche Tod des geliebten Führers entmutigte nirgends, sondern stärkte überall die trotzig-zuversichtliche Siegessehne. Der Kultus, der dabei mit der Person Lassalles getrieben wurde, ging manchmal etwas weit, aber im allgemeinen nicht weiter, als unter den obwaltenden Umständen begreiflich und verzeihlich war. Am ausgeprägtesten erschien er in einigen Liedern Ludwig Würkerts, die „der Bibel, der Kirche, dem Herrn“ Treue schworen oder noch schärfer aus Herrbildliche streiften. In alldem steckte aber doch ein tüchtiger Kern. -

Ludwig Würkert war ein Veteran der vormärzlichen Demokratie, ein schon bejahrter Mann, der ein Vierteljahrhundert zu den ausgezeichnetsten Kanzelrednern des Königreichs Sachsen gehört, dann wegen hervorragender Beteiligung am Maiaufstande vier Jahre Zuchthaus verbüßt hatte und nun das Hotel de Saxe verwaltete, die „Herberge der Gerechtigkeit“, wie das Haus bald von den Leipziger Arbeitern genannt wurde. Eine gefeierte Größe des bürgerlichen Radikalismus, hatte Würkert an das Märchen vom Reaktionär Lassalle geglaubt, bis ihn der Nachruf eines demokratischen Blattes stutzig machte, worin es hieß, Lassalle sei doch einer der Unseren gewesen. Nun las Würkert die Schriften Lassalles, und dem alten Revolutionär fiel es wie Schuppen von den Augen: im Saale seines Hotels pflegte er jetzt vor einer dichtgedrängten Schaar von Hörern über Lassalle zu sprechen und den toten Genius in Gedichten zu feiern, deren fromme Vergleiche der Sprache

des alten Theologen und nicht einer religiösen Empfindung der Massen entsprangen. Was sonst in Prosa und Versen bei Lassalles Totenfeiern laut wurde, das war von einer durchaus weltlichen Kampflust beseelt; bei der Totenfeier in Hamburg erklang zum erstenmale die Arbeitermarseillaise des jungen Jakob Ludorf, deren schlichte schmutzlose Worte seitdem auf unzähligen Arbeiterversammlungen erklingen sind und das zierlich geschliffene Bundeslied Herweghs ganz in den Hintergrund gedrängt haben.

In die Zeit gleich nach Lassalles Tode fielen auch einige Erfolge, die ihm selbst, wenn er sie noch erlebt hätte, die größte Freude gemacht haben würden. Im Oktober 1864 sollte der zweite Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Leipzig stattfinden, und am 2. dieses Monats trat ein Arbeitertag des Maingaues in Offenbach zusammen, um über die in Leipzig zu verhandelnden Gegenstände zu beraten. Als Bericht-erstatte des Komitees entwickelte Sonnemann alle die schönen Dinge, die den Arbeitern blühen sollten, falls sie nur die gehorsamen Diener der Bourgeoisie blieben, wurde aber für die altgewohnten Schlagworte nicht mehr mit dem altgewohnten Beifall belohnt. Vielmehr bemerkten die Arbeiter trocken, daß sie alle die verheißenen Herrlichkeiten um das allgemeine Wahlrecht daran geben würden. Sonnemann wandte ein, das allgemeine Wahlrecht könne den Arbeitern nicht vorwärts helfen, wie das Beispiel Frankreichs zeige, dafür sei er bereit, sobald die Stunde schlage, mit den Arbeitern auf die Barrikaden zu steigen. Allein dieser aufopfernde Heldennut wurde unter erquickender Heiterkeit begraben, und das Komitee des Maingaues zog mit der schmerzlichen Erfahrung heim, daß die Tage sich neigten, in denen die Arbeiter so mir nichts dir nichts angeführt werden konnten.

Auf dem Leipziger Vereinstage fing es dann auch an, Abend zu werden für die Bourgeoisie. Ein übles Vorzeichen empfing ihn schon an der Schwelle. In dem Berichte über den vorjährigen Vereinstag, der angeblich 17000 Arbeiter vertreten haben sollte, war auch ein Solinger Arbeiterverein mit angeblich 1500 Mitgliedern als Teilnehmer aufgeführt worden; an den Leipziger Vereinstag richteten nun die beiden einzigen Arbeitervereine in Solingen einen scharfen Protest, worin sie erklärten, es sei eine „infame Lüge“, daß sie „je mit den ehrenwerten Herren Sonnemann und BIRTH in einem Briefwechsel gestanden haben sollten“, die Solinger Arbeiter ständen zu Lassalle, und die 1500 An-

hänger, die Schulze=Delitzsch dort haben sollte, seien Geschöpfe der Phantasie. Der Leipziger Vereinstag, der am 22. und 23. Oktober tagte, war von 40 Arbeiterbildungsvereinen besetzt, unter deren Vertretern nur verhältnismäßig wenige Arbeiter waren.

Am ersten Tage wurde über Freizügigkeit verhandelt, und die üblichen Nebenarten über dieses angebliche Heilmittel der Arbeiterbeschwerden spannen sich in der üblichen Weise ab. Dann aber erhob sich Frißsche, der einen Leipziger Zigarrenarbeiterverein vertrat, und wies nach, daß die Freizügigkeit zwar als ein natürliches, allen Menschen angeborenes Recht durchgesetzt werden müsse, aber mit sozialen Reformen nicht das Geringste zu tun habe. Was den Arbeitern allein helfen könne, sei das allgemeine Wahlrecht. Frißsches berebte Ausführungen entfesselten den Beifall der anwesenden Arbeiterdelegierten und der Zuhörer auf den Tribünen. Es mußte schon mit Hilfe der Geschäftsordnung künstliche Vorzüge getroffen werden, um Frißsche nicht zum zweitenmale zum Worte kommen zu lassen. Am nächsten Tage sprach Albert Lange über Konsumvereine. Er führte aus, daß sie durchaus kein Univerfalmittel, aber doch ganz nützliche Einrichtungen seien, vorausgesetzt, daß sie von Arbeitern begründet und verwaltet würden, und nicht von den gelehrten Männern der Bourgeoisie, die überhaupt gut daran tun würden, sich nicht so viel in Arbeiterangelegenheiten zu mischen, in denen die Arbeiter selbst viel besser Bescheid wüßten. Den Drahtziehern des Vereinstags wurde immer schwächer zu Mute, und als Frißsche in einer Verhandlung über Produktivgenossenschaften sprechen wollte, schnitten sie ihm durch einen rechtzeitig eingebrachten Schlußantrag das Wort vom Munde ab. Darüber entstand ein heftiger Streit, den der auf beiden Seiten gleich angesehene Albert Lange nur mühsam beschwichtigen konnte. Zu einer wirklichen Versöhnung vermochte er es freilich auch nicht zu bringen; vielmehr verließ Frißsche den Vereinstag, unter schriftlichem Proteste gegen den „unwürdigen Terrorismus“, der an der Redefreiheit verübt worden sei. Erfolglos war sein Vorstoß nicht gewesen. In den Ausschuß des Vereinstages wurde zwar wieder Sonnemann und Max Hirsch, aber neben ihnen Albert Lange und Bebel gewählt. Der gegen die revolutionäre Flut aufgeworfene Damm zeigte die ersten Risse.

Nun pläzte auch die Bombe im Maingau. Auf einem Arbeitertage, der zum 27. November nach Frankfurt a. M. berufen wurde, um den Bericht über den Leipziger Vereinstag entgegenzunehmen, waren die

Anhänger Lassalles in entschiedener Mehrheit. Sie setzten das alte Komitee des Maingaus ab und wählten erst vorläufig, dann auf einem neuen, stark besuchten Arbeitertage am 18. Dezember endgültig ein neues Komitee, dessen neun Mitglieder zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörten. Becker wurde zum Vorsitzenden, Ellner und Oberwinder zu Schriftführern dieses Komitees ernannt. Zugleich erklärte der Arbeitertag Schulze-Delitzsch, Faucher, Sonnemann und Max Birtz für unfähig, Führer der Arbeiter zu sein, weil sie nicht die wahren Interessen des Proletariats verfolgt hätten, sondern mit Lügen umgegangen seien.

Während so die Prinzipien Lassalles immer tiefer in die Arbeiterklasse eindringen und sich unaufhörlich neue Gemeinden bildeten, stand es anders um die Frage, ob die Organisation der Arbeiterpartei in derselben Weise aufrecht erhalten und ihre Taktik in derselben Weise fortgeführt werden könne, wie zu Lassalles Lebzeiten. Die eine wie die andere war je länger je mehr auf seine Person zugeschnitten gewesen, und diese Person konnte durch niemanden ersetzt werden, am wenigsten durch den Mann, den Lassalle als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Bernhard Becker ragte weder durch Bildung noch durch Talent über das bescheidenste Mittelmaß empor, und das einzige, was ihn empfahl, war der Ruf der Ehrlichkeit, den er damals genoß.

Es läßt sich wohl erklären, weshalb Lassalle auf ihn verfallen war. Seine Hoffnungen auf die schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse zu einer großen politischen Partei waren arg herabgestimmt worden, und so mochte er es noch nicht an der Zeit halten, einen Arbeiter an die Spitze des Vereins zu stellen. Verzichtete er aber darauf, so war seine Auswahl sehr beschränkt. Mit Liebknecht stand er auf gespanntem Fuße, und an Schweitzer, den er sonst wohl gewählt haben würde, durfte er nicht denken bei der großen Unbeliebtheit Schweizers in den Kreisen der Arbeiter. Dammer hatte sich als Leipziger Bevollmächtigter nur mäßig bewährt. Es blieb kaum ein anderer als Becker, der die Frankfurter Gemeinde in guter Ordnung gehalten und Bahlsteichs Opposition entschieden verworfen hatte. Soweit Lassalle die Dinge vor seinem Tode übersehen konnte, durfte er glauben, die verhältnismäßig beste Wahl getroffen zu haben, aber die Folge lehrte, daß es dennoch eine sehr unglückliche Wahl war.

Zunächst achtete der Verein die letzten Willensmeinungen seines Stifters. Bahlsteich wurde vom Vorstande gegen die Stimmen Meßners und Yorks

ausgestoßen. War Bahlteichs Opposition nicht frei gewesen von einem gewissen faktischen Eigenwillen, so ehrte es ihn jetzt, daß er sich schweigend in sein trotzdem unverdientes Schicksal fügte und keine feindselige Handlung gegen den Verein unternahm. Die Präsidentenwahl machte noch einige formale Schwierigkeiten, doch war sie bis zum 1. November in den meisten Gemeinden vollzogen. Alle abgegebenen Stimmen fielen auf Bernhard Becker, und zwar für die Zeit, für die Lassalles Präsidium noch gedauert haben würde. Am 2. November legte der Vizepräsident Dammer, der sich von nun an aus der Agitation zurückzog, die Leitung des Vereins in Beckers Hände.

Aber damit begannen erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Der Streit um Organisation und Taktik brach aus, als um die Jahreswende von 1864 auf 1865 die erste Generalversammlung in Düsseldorf stattfand und die ersten Nummern des neuen Vereinsorgans erschienen.

1. Die vorhandenen Gegensätze.

Nach der bürgerlichen Auffassung ist die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren nach Lassalles Tode ein wildes Gewirr persönlichen Habers und kleinlichen Gezänks gewesen. Wenn man an der Oberfläche der Dinge haften bleibt, so scheint diese Auffassung auch ganz zutreffend zu sein. Es ist nicht leicht, sich in den gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen zurechtzufinden. Lebt man sich aber in die Dinge selbst ein, und anders wird der Historiker nie zu einem richtigen Urteile gelangen, so erkennt man bald das vernünftige Gesetz der Entwicklung, das sie beherrschte.

Die Frage, wie Lassalles politische Erbschaft liquidiert werden sollte, ließ eine verschiedene Beantwortung zu. Die nächstliegende Ansicht war, die Agitation genau in den Geleisen fortzuführen, in denen sie sich bei Lassalles Tode befand. Diese Ansicht hatte in der Gräfin Hagfeldt ihre eifrigste Befürworterin. Für sie war die Bewegung Lassalle und Lassalle die Bewegung. In ihrer Trauer um den toten Freund lag eine wilde Größe der Leidenschaft, die menschlich tief ergriff, aber politisch schlecht beriet. Die Gräfin machte jedes Wort Lassalles zu einem Evangelium, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, und dieser Buchstabenglaube mußte sie um so eher irreleiten, als sie nicht durch die Sozialdemokratie zu Lassalle, sondern durch Lassalle zur Sozialdemokratie gekommen war.

Sie hätte nicht eine geborene Aristokratin sein müssen, wenn die taktische Wendung Lassalles in ihr nicht Neigungen und Sympathien erweckt hätte, von denen Lassalle selbst sehr weit entfernt gewesen war. Der „große Minister“, den Lassalle als Schachfigur betrachtet hatte, wurde ihr zum Ideal.

Als „der beste und einzige Freund“ Lassalles hielt die Gräfin sich für seinen berufenen Nachfolger. Deshalb war ihr die Wahl Beders gerade recht. Sie hoffte, den beschränkten Mann leiten zu können, wie sie wollte, und aus diesem Grunde hielt sie ebenso streng an Lassalles Organisation fest, wie an seiner Taktik. Der Verein sollte das Werkzeug Beders bleiben, wie Beder ihr Werkzeug war. Beder selbst verherrlichte die Gräfin „in tiefster Ehrfurcht und Dankbarkeit“ als die Retterin des Vereins, der ohne ihre Hilfe aus den Fugen gegangen sein würde. Daran war so viel wahr, daß die Gräfin sich eifrig bemühte und auch ihre reichen Geldmittel nicht schonte, um die Schöpfung Lassalles am Leben zu erhalten. Aber es war ebenso richtig, daß wenn ihre Absichten durchgingen, aus der Arbeiterpartei, die Lassalle hatte schaffen wollen, eine fanatisch-religiöse Sekte werden mußte.

Dagegen wollte Schweiger den Verein als sozialdemokratische Partei erhalten, und er war klug genug, einzusehen, daß mit dem Herzog auch der Mantel des Herzogs gefallen sei. Schweiger hatte sich mit überraschender Schnelligkeit in den sozialistischen Theorien zurechtgefunden; ohne ein selbständiger Theoretiker zu sein, hat er doch, solange er in der revolutionären Arbeiterbewegung wirkte, den wissenschaftlichen Kommunismus richtiger und schärfer vertreten, als irgend wer sonst in den deutschen Grenzen. Worin er aber selbst den großen sozialistischen Theoretikern überlegen war, das war seine genaue Kenntnis der damaligen deutschen Zustände und der klare politische Blick, womit er sie zu würdigen verstand. Ein geborener Süddeutscher, fand er sich sofort in der altpreussischen Kaserne mit einer Umsicht zurecht, um die ihn die altpreussischen Demokraten hätten beneiden können. Schweiger besaß nicht die mächtigen Leidenschaften Lassalles, aber so konnte er sich von ihnen auch nicht hinreißen lassen. Selten hat ein Politiker so gut wie er begriffen, daß der Groll in der Politik nichts zu suchen habe. Er hatte wenig vom Feuer des Agitators, und in seinen agitatorischen Kundgebungen klingt manchmal ein gequälter Ton durch, aber er war unübertroffen in der Fähigkeit, den Arbeitermassen eine politische Situation

oder ein soziales Problem in faßlicher, lichtvoller und dabei doch niemals flacher Weise auseinanderzulegen.

Vor den Illusionen, denen Lassalle sich in den letzten Monaten seines Lebens hingeeben hatte, war Schweitzer hinlänglich geschützt. Er hielt daran fest, daß die politische Organisation der Arbeiterklasse eine unbedingte Notwendigkeit sei, ebenso daran, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nur auf dem Wege möglich sei, den Lassalle beschritten hatte. Er ging noch weiter und erkannte an, daß Lassalles taktische Wendung durch die Gewalt der Umstände erzwungen worden sei. Er gab sie nicht völlig auf, beschränkte sie aber in einer Weise, die alle Mißverständnisse ausschloß. Trotz des Drängens der Gräfin Hapselbt ließ sich Schweitzer nicht dazu herbei, die schleswig-holsteinische Resolution zu befürworten, die Lassalle in seiner letzten Zeit erwogen hatte. Er betonte mit aller Schärfe, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei die unbedingtste Heeresfolge zu leisten hätten, sobald diese Partei irgend welche ernsthafte Anstalten mache, die bürgerlichen Freiheiten durchzusetzen. Aber solange die Fortschrittspartei die bürgerlichen Klasseninteressen einfach verriet und in ihrer Verblendung heftiger auf das Proletariat Losßlug, als auf die Regierung, solange vertrat Schweitzer den Standpunkt, daß die Arbeiterpartei sich in völliger Unabhängigkeit zu halten habe, sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber dem Junkertum, daß sie mit wachsamem Auge spähen solle, was sie für sich aus dem Zwiste der unterdrückenden Klassen herauschlagen könne.

In seiner kaltblütigen Weise bildete Schweitzer sich keinen Augenblick ein, der feudalen Reaktion bürgerliche Freiheiten ablisten oder abschmeicheln zu können. Aber er rechnete darauf, daß Bismarck gezwungen werden würde, das allgemeine Wahlrecht und vielleicht auch das Koalitionsrecht durchzudrücken, und er sah darin einen wesentlichen Vorteil für die Arbeiterklasse, der die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation noch so gut wie ganz fehlten. Dem Wahlrechte, das sie besaß, brach die Dreiklassenwahl jede Spitze ab, ein Koalitionsrecht bestand fast nirgends, Press- und Vereinsrecht waren der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben. Sollte die Arbeiterbewegung ein politisches Gewicht in die Waagschale werfen, so mußte sie vor allen Dingen erstarken, so mußte sie sich einen gesetzlich anerkannten Boden schaffen, worauf sie sich bewegen konnte, und das war, solange die bürgerliche Opposition versagte,

nach Schweizers Ansicht nur dadurch möglich, daß sie prinzipiell sich ihre volle Unabhängigkeit wahrte und taktisch den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Junkertum ausnützte, unbekümmert um die Klage der Fortschrittspartei, daß sie der Reaktion diene, und unbekümmert um die Klage der Reaktion, daß sie sich von der Fortschrittspartei nachführen lasse. So wollte Schweizer fortbauen auf der Grundlage, die Lassalle gelegt hatte, zunächst den Boden behauptend, der einmal gewonnen war, und kühl rechnend mit den praktischen Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Agitation, aber gern bereit, die Worte Lassalles preiszugeben, um im Geiste Lassalles die proletarische Bewegung immer fester und tiefer zu begründen.

In diesem Bestreben suchte er sich mit Marx, Engels und Liebknecht zu verständigen. Um das neue Vereinsorgan herauszugeben, waren Schweizer und Hoffstetten nach der preußischen Hauptstadt übergesiedelt, wo sie das preußische Bürger- und das Berliner Heimatsrecht erwarben. Noch zu Lassalles Lebzeiten ging Schweizer zu Liebknecht und brachte sofort das Gespräch auf die reservierte Haltung der „alten Sozialisten“ gegenüber der Agitation Lassalles. Liebknecht setzte ihm die Bedenken auseinander, die Lassalles alte Freunde hegten, und so sagt Liebknecht in einer späteren Erklärung: „Herrn v. Schweizer schien das einzuleuchten.“ Unmittelbar nach Lassalles Tode schlug Schweizer vor, daß Marx das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernehmen solle. Indessen Marx lehnte ab, weil er sich mit der Lassalleschen Bewegung nicht identifizieren und unter den herrschenden politischen Zuständen überhaupt nicht nach Deutschland zurückkehren wollte. Auf die dringenden Bitten Schweizers erklärten sich Marx und Engels aber bereit, an dem neuen Vereinsorgane mitzuarbeiten, freilich nur mit dem größten Widerstreben und erst auf die ausdrückliche Versicherung Liebknechts hin, daß auf Schweizers Loyalität zu bauen sei. Liebknecht selbst trat in die Redaktion ein.

Es war ein sehr ungleiches Paar, das da zusammengeriet, und es bedurfte keines großen Scharfsinns, um dieser Ehe ein unfriedliches Ende vorherzusagen. Liebknecht, der Revolutionär von 1848, der die Gegenrevolution mit der Waffe in der Faust bekämpft und in schwerem Exile den alten gerechten Haß genährt hatte, ein leidenschaftlicher Agitator, dem ein großes Ziel unwandelbar voranleuchtete: Schweizer dagegen, um reichlich zehn Jahre jünger, das Kind einer ganz anderen

Generation, als in der Liebnecht aufgewachsen war, ein Organisator und Politiker, der mit prüfendem Blick alle die Hindernisse maß, die dem Vormarsche der Arbeiterklasse im Wege standen. Beide mochten sich wohl in einer akademischen Erörterung über allgemeine Gesichtspunkte verständigen, aber es war unmöglich, daß sie im praktischen Handeln des Tages gleichen Schritt und Tritt halten sollten. Liebnecht wollte doch am liebsten Lassalles Werk über den Haufen stürzen und ohne jede Rücksicht auf die konkreten politischen Zustände, wie sie nun einmal in Deutschland bestanden, die sozialistische Agitation frisch aus radikaler Wurzel entwickeln. Er wollte, wie er später seine damaligen Absichten erläutert hat, als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung die Internationale an die Stelle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzen, und das hieß, die politische Arbeiterpartei Lassalles und Schweigers in eine sozialistische Propagandagesellschaft auflösen.

Schweiger stellte sich keineswegs feindlich zur Internationale; gleich in den ersten Nummern des neuen Vereinsorgans druckte er ihre Inauguraladresse ab. Auf eine Anfrage Frißches, der an dem neuen Bunde kein klares Programm, kein einheitliches Ziel und kein bestimmtes Mittel entdecken konnte, antwortete er vollkommen sachgemäß, die Internationale sei ein Band, das durch alle europäischen Kulturstaaten geschlungen werden solle — durch eine Anzahl von Ländern, in denen die Verhältnisse zwar der Hauptsache nach gleichartig, nicht aber gleich seien. Welcher nächste Zweck aufzustellen und welche Mittel zu dessen Verwirklichung anzustreben seien, das richte sich nach den speziellen Verhältnissen eines gegebenen Landes, während die Internationale unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Eigentümlichkeit der sozialdemokratischen Arbeitervereine in den verschiedenen Ländern nur den Zweck verfolge, ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Elemente durch alle europäischen Kulturstaaten im allgemeinen herzustellen: einen Zweck, der seine Begründung in der Gemeinschaftlichkeit der Volksinteressen in allen Kulturstaaten finde. An dieser Auffassung Schweigers war in keiner Weise etwas auszusetzen. Der Anschluß an die Internationale, der für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Korporation durch die deutschen Vereinsgesetze verhindert wurde, entschied noch nichts über die politische Organisation und Taktik einer nationalen Arbeiterpartei. Sobald sich die deutschen Arbeiter darauf beschränkten, als einzelne Personen — und anders konnten sie es nicht — der

Internationalen beizutreten und für deren Prinzipien zu wirken, hörten sie eben auf, eine politische Partei zu sein, die auf nationalem Boden zu kämpfen bereit und fähig war.

Irgend ein politisches Aktionsprogramm für die deutschen Zustände stellte Liebknecht nicht auf. Später hat er wohl den „Kultus des allgemeinen Wahlrechts“ verworfen und sein Bedauern ausgesprochen, daß Lassalle nicht die Steuerverweigerung verkündet habe, die das einzige Mittel gewesen sein würde, die feudale Reaktion zu Paaren zu treiben. Inbesseren hatte Lassalle bereits in seinen Verfassungsbeden mit den schlagendsten Gründen nachgewiesen, daß mit der Steuerverweigerung unter den besonderen deutschen Verhältnissen nichts auszurichten sei. Dieser Nachweis ist auch niemals widerlegt, vielmehr von allen Kennern der deutschen Zustände als unwiderleglich anerkannt worden. Zu allem Überflusse hatte Johann Jacoby im Herbst 1863 den Versuch gemacht, in einer Wahlrede, die bedeutendes Aufsehen machte, zur Steuerverweigerung aufzufordern; die ganze Wirkung war gewesen, daß Jacoby selbst zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde und gerade zwei Steuerzahler, John Reitenbach-Plick in Ostpreußen und Albert Lange am Rhein, die Zahlung der Steuern verweigerten, worauf sie ihnen abgepfändet wurden. Ebensovienig traf Liebknechts Vorschlag, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch ein Direktorium von drei Männern zu ersetzen, den Punkt, auf den es ankam. Die ganze Organisation des Vereins war auf die diktatorische Leitung zugeschnitten; wenn diese beseitigt werden sollte, so mußte jene von Grund aus umgewälzt werden; die dreiköpfige Diktatur war unter Umständen noch verfehlter, als die einköpfige. Doch hat Liebknecht mit diesen hingeworfenen Gedanken schwerlich einen durchdachten Organisationsplan geben wollen, und an sich war seine Auffassung durchaus konsequent.

Lassalles Erwartung, das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats werde sich im Sturme als eine unwiderstehliche Macht erwecken lassen, hatte sich als trügerisch erwiesen. Eine gemeinsame Aktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat war unmöglich, das sprach auch Marx zu dieser Zeit mit dürren Worten aus. Beim Stiftungsfeste des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London sagte er, die deutsche Bourgeoisie sei zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, und er habe allerdings erwartet, daß sie wenigstens so viel durchsetzen werde,

wie die englische Bourgeoisie, als er im kommunistischen Manifeste die Arbeiter aufforderte, gemeinsam mit der Bourgeoisie den Absolutismus zu stürzen. Verwarf es nun Plebknecht als eine unzulässige Taktik, die herrschenden Parteien gegeneinander auszuspielen, so blieb in der Tat nichts übrig, als der deutschen Arbeiterbewegung die Form einer sozialistischen Propagandagesellschaft zu geben, wie ein halbes Menschenalter früher im Bunde der Kommunisten. Denn die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation, Presse- und Vereinsfreiheit, Koalitions- und Wahlrecht, besaß das deutsche Proletariat entweder immer noch nicht oder doch nur erst auf dem Papiere.

2. Der Kampf der Meinungen.

Die Gegensätze, die nach Lassalles Tode in der jungen Arbeiterbewegung erwachten, explodierten zunächst in einem Zerwürfniß zwischen Becker und der Gräfin Hagfeldt. Beckers übertriebene Devotion vor der Gräfin schlug in einen ebenso übertriebenen Haß um, als die Spöttereien der Bourgeoispresse über den „Schürzenpräsidenten“ und allerlei sonstige kleinliche Anlässe den armen Teufel aus den Träumen des Ehrgeizes erweckten, in denen sich sein enges Hirn eben zu beirrauschen begann. Becker suchte jetzt eine Stütze an Lassalles Mutter und bettelte auch von ihr 200 Taler für den Verein los, ein Schritt, der nach dem schönsten Benehmen der Familie Lassalle nicht nur die Gräfin Hagfeldt, sondern alle erbitterte, die Lassalles Andenken in Ehren hielten. Becker hatte wohl noch eine weitere Absicht, als er die alte Frau Lassalle für sich zu gewinnen suchte. Sie socht das Testament ihres Sohnes an, und für Becker hatte ihre Gunst um so größeren Wert, als er für sich auf die Rente von 500 Talern spekulierte, die Lassalle dem Vereinssekretär Billms auf fünf Jahre zur Agitation für den Verein vermacht hatte.

Unter allen testamentarischen Bestimmungen Lassalles war diese, wenn nicht die unglücklichste, so doch die unbegreiflichste. Er wußte, daß Becker arm wie eine Kirchenmaus sei, und daß vom Verein ein Präsidentengehalt noch nicht aufgebracht werden könne; wenn er trotzdem nicht dem von ihm empfohlenen Präsidenten, sondern dem schon mit 400 Talern Jahresgehalt honorierten Vereinssekretär eine dauernde persönliche Rente von 150 Talern und dazu jenes Legat für Vereins-

zwecke vermachte, so mußte er sich sagen, daß er damit dem Vereinssekretär ein gefährliches Übergewicht über den Präsidenten gab. Vielleicht ging Lassalles Absicht dahin, daß der von ihm sehr geschätzte Willms tatsächlich den Verein leiten und Becker eine Art Ehrenstellung als Präsident erhalten sollte, gewissermaßen als Puffer, woran sich die Eifersüchteleien anderer Arbeiter gegen Willms brechen könnten. Aber selbst dann war der größten Verwirrung Türl und Thor geöffnet, und sie verfehlte nicht sich einzustellen, als die erste Generalversammlung des Vereins am 27. Dezember 1864 in Düsseldorf zusammentrat.

Auf dieser Generalversammlung waren 34 Orte durch 20 Delegierte vertreten, Berlin durch Mezner, Frankfurt durch Ellner, Elberfeld durch Hillmann, Düsseldorf durch Levy, Hamburg durch Berl, Harburg durch York, Dresden durch Försterling, Leipzig durch Frißsche. Die Vereinskasse hatte einen Bestand von 39 Talern. Eine Reihe von Anträgen wurde ohne wesentliche Debatte angenommen. Sie gingen dahin, Lassalles Todestag in allen Gemeinden feierlich zu begehen, den Mitgliedern in den schlesischen Weberdistrikten wegen ihrer Armut die Hälfte der Beiträge zu erlassen, die Kassenorganisation Lassalles auf den ganzen Verein auszubehnen, mit gewissen Vereinfachungen für die kleineren Gemeinden. Der wichtigste Beschluß war, das Sekretariat mit dem Präsidium zu verschmelzen und dem Präsidenten ein Jahresgehalt von 500 Talern auszuwerfen. Er wurde auf Antrag Frißsches gefaßt, nachdem ihn Mezner, York, Berl, Levy und Försterling als eine unabweißbare Notwendigkeit befürwortet hatten.

Eine solche Notwendigkeit war er ohne Zweifel. Es wäre völlig unerträglich gewesen, den Präsidenten auf die Gnade der Gräfin Hagfeldt oder der Frau Lassalle anzuweisen. Vor diesem Gesichtspunkte mußten alle anderen Bedenken zurücktreten, so groß sie sein mochten. Es gab ihrer gewiß viele und wichtige. Der Beschluß war ein handgreiflicher Bruch der Statuten, die nach ihrem Wortlaut die Vereinigung des Sekretariats mit dem Präsidium nicht zuließen und vor drei Jahren nicht geändert werden durften. Die Macht des Präsidenten wurde noch erhöht, der Abstand zwischen Beckers Fähigkeiten und den Aufgaben, denen er genügen sollte, noch vergrößert. Die Gräfin Hagfeldt gewann einen bequemen Vorwand, auf die schwere Verlegung der Organisation hin Becker als unrechtmäßigen Usurpator zu behandeln. Endlich zerrüttete der Beschluß die Solinger Gemeinde, eine der ältesten und festesten

Burgen des Vereins. Willms konnte sich zwar über kein formelles Unrecht beklagen; er war nach Ablauf seiner Amtszeit als Sekretär eben nicht wiedergewählt worden, unter ausdrücklicher Anerkennung, daß ihm damit kein Mißtrauensvotum erteilt, sondern nur einem unerbittlichen Zwange der Umstände nachgegeben werden sollte. Aber er besaß nicht die Selbstverleugnung, die Wahlteich in viel schwierigerer Lage bewährt hatte, und da sein Freund Klings auf seine Seite trat, so entwickelte sich in der Solinger Gemeinde eine heftige Opposition, die sich dann auch nach Hamburg, Leipzig und anderen Gemeinden verpflanzte.

Viel schärfer noch brachen die vorhandenen Gegensätze in dem neuen Vereinsblatt aus. Die erste Probenummer erschien am 15. Dezember 1864 unter dem Titel: Der Sozialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Eigentümer und Redakteure waren Hoffstetten und Schweizer, als Mitarbeiter wurden Bernhard Beder, Johann Philipp Beder, Engels, Herwegh, Heß, Liebknecht, Marx, Rüstow und Wuttke genannt. Das Programm beschränkte sich auf drei große Gesichtspunkte: Solidarität der Völkerinteressen und der Volksfrage durch die ganze zivilisierte Welt; das ganze gewaltige Deutschland ein freier Volksstaat; Abschaffung der Kapitalherrschaft. Die zweite Probenummer wurde am 21., die dritte am 30. Dezember ausgegeben. Vom 4. Januar ab erschien dann das Blatt regelmäßig, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der leitende Kopf der Redaktion war Schweizer, und er ging in seinem Sinne vor. Der erste Leitartikel schilderte Lassalles Verdienste um die Arbeiterklasse, der zweite aber behandelte die Schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem Sinne, daß jede im Rahmen der bestehenden Zustände mögliche Lösung dieser Frage für die Nation gleich traurig sei, möchte nun Österreich oder Preußen das eroberte Land behalten oder möchte Schleswig-Holstein ein selbständiger Staat werden. In jenem Falle würde der Krebsgeschaden Deutschlands, der Dualismus der beiden Großmächte gestärkt, in diesem die kleinstaatliche Misere von neuem verbroht werden. Annektiere Preußen das Land, so sei wenigstens ein Trost in all dem Elend: dem Bundestage, dem einzigen Organe der Gesamtnation, würde der letzte Lebensnerv getötet, und dann würden die Verhältnisse zur entscheidenden Umwälzung, zur endlichen Ermannung der Nation drängen.

In der inneren Politik betonte Schweitzer die völlige Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Partei. Zwar ständen der Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus die Fäuste des Proletariats mit Recht zur Verfügung, aber wenn sich die liberale Bourgeoisiepartei nicht freundlicher, ja vielleicht noch feindlicher zur Volkspartei stelle, als die monarchisch-absolutistische Partei, so bliebe der Volkspartei nur übrig, je nach den obwaltenden Umständen, zu einzelnen Zwecken und in bestimmten konkreten Fragen, mit der einen oder der anderen Partei zusammenzuwirken, immer vorausgesetzt, daß „die selbständige prinzipielle Stellung der Volkspartei durch ein derartiges Kooperieren zu einzelnen Zwecken niemals auch nur im geringsten“ berührt werde. Das Geschrei der liberalen Presse über „Zusammenhang mit der Reaktion“ wies Schweitzer mit den Worten zurück, daß dieses nichtsnutzige Gerede überhaupt nicht ernst gemeint sei, „indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusamt ihren Lohnschreibern sehr gut wissen, was wir sind und was sie sind“; die deutsche Sozialdemokratie sei ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze würden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der eiserne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten habe, was sich jetzt aufblähe.

Das liberale Geschrei über „Zusammenhang mit der Reaktion“ wurde am lebhaftesten erweckt durch fünf Leitartikel über das Ministerium Bismarck, die Schweitzer in der Zeit vom 27. Januar bis zum 1. März veröffentlichte. Tatsächlich bewiesen sie nur, daß Schweitzer an Klarheit des politischen Blicks turmhoch über der fortschrittlichen Presse stand. Liest man die Artikel heute, so erscheinen sie in gewissem Sinne als sehr trivial, in dem Sinne nämlich, daß die Ereignisse längst bestätigt haben, was Schweitzer zu einer Zeit voraussah, wo nur sehr wenige Köpfe in Deutschland sich zu einer gleich eindringenden Auffassung der politischen Lage emporzuschwingen konnten.

Schweitzer untersuchte in den Bismarckartikeln historisch, welche Faktoren in der deutschen Frage überhaupt aktionsfähig seien. Er fand deren nur zwei: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Er wies nach, daß der Bundestag, Österreich, die Mittel- und Kleinstaaten sich der deutschen Frage gegenüber schlechthin ohnmächtig erwiesen hätten — im Guten wie im Schlimmen. Zu lösen sei diese Frage nur noch auf zwei Wegen. Entweder dadurch, daß die deutsche Nation durch eine Revolution sich selbst helfe, und dies sei die für jeden Demokraten selbst-

verständliche Lösung der deutschen Frage im deutschen Sinne. Oder aber dadurch, daß der preußische Staat, getreu seinen historischen Überlieferungen, das übrige Deutschland verspeise, und an dieser Lösung der deutschen Frage arbeite Bismarck augenblicklich mit großem Erfolge. „Von diesem Streben ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gesamtnation hinarbeitet: einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden Volksstaat herzustellen. Außerlich haben beide Bestrebungen das Gemeinsame, daß bisher getrennte Teile der Nation einheitlich zusammengefaßt werden sollen; innerlich unterscheiden sie sich dadurch, daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste dynastisch-partikularistischer Interessen, im anderen Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.“ Aber wie das Preußentum der Feind des Deutschtums, so sei es auch der Feind der „bestehenden Gewalten“ in Deutschland.

Aus der preußischen Geschichte legte Schweizer dar, daß der preußische Partikularismus der für die nationale Entwicklung gemeinschädlichste, weil mächtigste Partikularismus sei, daß er ganz etwas anderes bedeute, als der lichtensteinische und der lippe-detmoldische und selbst als der bayerische und schwäbische Partikularismus. Ein preußischer Minister, der einmal die alten Überlieferungen des preußischen Staats aufnehme, werde durch die Wucht der Dinge selbst vorwärts gerissen werden und könne auf diesem Wege nicht umkehren. Die deutsche Politik der Fortschrittspartei leide an dem Fehler, weder preußisch noch deutsch zu sein. Sie verlange die deutsche Einheit mit der preußischen Spitze, ohne zu begreifen, daß die deutsche Einheit nur durch die deutsche Revolution zu haben sei, und daß die preußische Spitze nur ein Großpreußen schaffen könne. Den Scharfsinn dieser historischen Untersuchung heute noch beweisen wollen, hieße Wasser in die Spree tragen.

Dennoch war an Schweizers Bismarckartikeln etwas nicht in der Ordnung. So recht er darin hatte, daß der preußische Partikularismus ein besonderes Ding sei, das nach seinen historischen Ursprungs- und Daseinsbedingungen begriffen sein wolle, so schilderte er das eigentümliche Wesen dieser Bedingungen doch mit einer Lebendigkeit, die manchmal einer Berherrlichung zum Verwechseln ähnlich sah. Es war noch das Wenigste, daß Schweizer von der „bedeutenden Politik“ Bismarcks sprach. Derselben Politik erkannte Albert Lange zur selben Zeit die „Grundzüge der Kühnheit und einer gewissen großartigen Einfachheit“ zu; diese Reaktion kluger Köpfe auf die einfältigen Kindereien, womit der Nationalverein

den preußischen Minister aus dem Sattel zu heben gedachte, war begreiflich genug. Aber die Art, wie Schweiger den preußischen Staat zu einem Werke „tüchtiger Regenten“ machte, wie er das „mächtige Genie“ des alten Fritz pries, „eines in jeder Hinsicht bewundernswürdigen Mannes“, und anderes mehr war historisch ebenso anfechtbar wie politisch. Böswillige Gegner, und Schweiger mußte wissen, daß er mit sehr böswilligen Gegnern zu kämpfen hatte, brauchten nur einzelne Sätze aus dem Zusammenhange zu reißen, um den Anschein zu erwecken, als ob die junge Arbeiterbewegung borussifiziert werden sollte. Namentlich in den beiden ersten Bismarckartikeln machte sich dieser Mißgriff Schweigers sehr bemerkbar, viel weniger in den drei letzten. Zwischenein hatte er eine sehr empfindliche Lektion erhalten, seine Politik war öffentlich von Marx und Engels verleugnet worden.

Das Widerstreben dieser beiden Männer, am Sozialdemokraten mitzuarbeiten, hatte seine guten Gründe gehabt. Hegten sie schwere Bedenken gegen Lassalles Agitation und wollten sie nicht selbst die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen, so war es für sie am geratensten, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, wie sie schon bei Lassalles Lebzeiten getan hatten. Die halbe Verantwortung einer bloßen Mitarbeit am Vereinsorgan mußte zu allerlei Reibereien führen. Daß Schweiger die ehrliche Absicht hatte, die Agitation auf die breitere prinzipielle Grundlage zu stellen, die den Anschauungen des kommunistischen Manifestes entsprach, hat er dadurch bewiesen, daß er diese Absicht ausführte, auch nachdem er von den Verfassern des Manifestes eine bittere Absage erhalten hatte. Marx und Engels trauten ihm aber nicht, und die Berichte Liebknechts verstärkten bald dies Mißtrauen. Hat Liebknecht ebenso, wie er gleich darauf sich öffentlich aussprach, nach England geschrieben, so haben Marx und Engels, bei aller subjektiven Wahrhaftigkeit des Berichterstatters, kein objektiv zutreffendes Bild von den damaligen Personen und Zuständen in Deutschland empfangen. Ohnehin haben sie in ihrer Auffassung ostelbischer Dinge die geborenen Rheinländer nie ganz verleugnet, was sich an ihrem Urteil über Lassalle und Lassalles Agitation ebenso spüren ließ, wie im Jahre 1848 an ihrem Urteil über Born und die damalige Arbeiterbewegung in Berlin und Leipzig.

Gleich den ersten Leitartikel des Sozialdemokraten über Lassalle verurteilte Marx als eine „servile Lobhudelei“, was ein unbillig hartes

Urteil war, mag man auch gern zugeben, daß nicht jedes Wort dieses Artikels auf die Goldwaage gelegt werden durfte. Schweiger hat um Gebuld, es werde schon nach und nach besser werden. Auf seinen Wunsch schrieb Mary dann sofort einen Nachruf auf Proudhon, als dieser im Januar 1865 gestorben war; nicht jedoch, ohne in dem vor-
 trefflichen Aufsätze „jeden Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt“ als Verletzung des „einfachen sittlichen Tactes“ zu kennzeichnen. Gleich-
 zeitig sandte Engels die Übersetzung eines altdänischen Bauernliedes ein, um in einer Randglosse den deutschen Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Krautjunkerium ans Herz zu legen. Natürlich druckte Schweiger diese Beiträge ohne jede Änderung ab. Dann aber hatte Mary wieder neue Ausstellungen zu machen: an einem Pariser Brief von Heß und an Schweigers Stellung zur Koalitionsbewegung, die sich damals in Deutschland zu entwickeln begann. Schweiger hat wiederholt um Gebuld. Am 15. Februar schrieb er an Mary, jede theoretische Aufklärung werde er dankbar als Belehrung annehmen, aber um praktische Fragen momentaner Taktik zu beurteilen, müsse man im Mittelpunkt der Bewegung stehen. Er fügte hinzu: „Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein konsolidierter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herum.“ Hierauf antworteten Mary und Engels mit einer öffentlichen, aus London und Manchester vom 23. Februar datierten Erklärung, daß die vom Sozialdemokraten befolgte Taktik ihre weitere Mitarbeit an dem Blatte ausschließe. Sie hätten keinen Augenblick seine schwierige Stellung verkannt und keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche erhoben. Aber sie hätten wiederholt gefordert, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine mindestens ebenso kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber der Fortschrittspartei. Ihre Ansicht vom königlich preussischen Regierungssozialismus und die richtige Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk hätten sie bereits 1847 in der Deutschen Brüsseler Zeitung entwickelt und unterschrieben heute noch jedes Wort ihrer damaligen Erklärung. Gleichzeitig trat Liebknecht aus der Redaktion aus, und einige Tage darauf sagten Herwegh, Rüstow und Johann Philipp Becker ab. Von den angekündigten Mitarbeitern blieben nur Heß und Wuttke dem Blatte treu.

Die Bourgeoise jubelte über das Zerwürfniß, und Sonnemanns Preßorgan wies vom erhabenen Standpunkte seiner antiken Sittlichkeit die „demokratisch gesinnten Arbeiter“ darauf hin, was sie von „solchen Chefs“, wie Marx und Engels, halten müßten, die sich mit dem Sozialdemokraten überhaupt erst eingelassen hätten, obgleich doch schon Lassalle mit der Reaktion geliebäugelt habe. Schweizer knüpfte an diesen geistreichen Ausfall die Bemerkung, daß die giftigsten Gegner der Lassalleschen Agitation das Verfahren von Marx und Engels dennoch für inkonsequent hielten, und mit dieser taktischen Deckung brauchte man es nicht genau zu nehmen. Sehr ungehörig war aber die verdächtigen Unterstellung Schweizers, man habe sich zurückgezogen, weil man eingesehen habe, daß man nicht die erste Rolle in der Partei spielen könne. Marx antwortete darauf scharf und schlagend in der Berliner Reform, die Guido Weiß in jener Zeit leitete. Sonst bemühte sich Schweizer, über „diese persönlichen Geschichten“ möglichst schnell zur politischen Tagesordnung überzugehen. Leider aber war seine Rechnung ohne den unglückseligen Bernhard Becker gemacht, der den unmöglichen Versuch unternahm, sich als ebenbürtiger Nachfolger Lassalles zu bewähren und die Gegner des Vereins mit Keulenschlägen niederzuwerfen. Er hielt den Hamburger Arbeitern am 22. März eine lange Rede, die von persönlichen Ausfällen gegen die Gräfin Hasfeldt, sowie gegen Marx, Engels und Liebknecht strotzte.

In der Berliner Gemeinde kam es darüber zu den heftigsten Auftritten. Liebknecht verteidigte die Gräfin, obgleich er prinzipiell bereits mit ihr gebrochen hatte, ritterlich gegen Beckers Angriffe und widerlegte die häßlichen Verleumdungen, die Becker aus Bogts Pamphlet und ähnlichen Quellen gegen ihn, Marx und Engels zusammengetragen hatte. Auf seinen Antrag beschloß die Berliner Gemeinde fast einstimmig, den Bernhard Becker „als Lügner, Verleumder und unheilbaren Idioten“ aus dem Vereine zu stoßen. In der Hitze des Gefechts trug Liebknecht dann aber auch dazu bei, die Verwirrung zu steigern. Er veröffentlichte in der Rheinischen Zeitung, einer gehässigen Gegnerin der Arbeiterbewegung, eine Erklärung, worin er unter anderem sagte, daß die Lehre Lassalles nichts sei, als ein „abgeschwächter und verwischter Abklatsch“ der von ihm und seinen Freunden seit Jahren vertretenen Prinzipien. Kurz vorher hatte Marx den Schaumschläger Blind, der gegenüber der Arbeiterklasse ganz am gleichen Strange zog, wie die Rheinische Zeitung,

mit den Worten abgefertigt: „Es liegt mir durchaus fern, einen Mann wie Lassalle und die wirkliche Tendenz seiner Agitation einem grotesken Clown, hinter dem nichts steht als sein eigener Schatten, verständlich machen zu wollen. Ich bin im Gegenteil überzeugt, daß Herr Karl Blind nur seinen von Natur und Äsop ihm auferlegten Beruf erfüllt, wenn er nach dem toten Löwen tritt.“ Damit war gewiß in musterhafter Weise die Grenze gezeichnet, die unter allen Umständen inne gehalten werden mußte, sobald es sich der Bourgeoisie gegenüber um Lassalles Person und Werk handelte.

Mitten in dem unerfreulichen Haber erschien eine kleine Schrift über die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, die Engels schon vor dem öffentlichen Zusammenstoße entworfen und auch wohl ausgeführt hatte. Jedenfalls ist sie ganz frei von Polemik, wenn auch in ihrem letzten Abschnitte unter fortlaufendem Hinblick auf Schweizers Taktik verfaßt. In den beiden ersten Abschnitten beleuchtete Engels die preußische Militärfrage vom Standpunkte der Regierung und der Bourgeoisie aus, mit der historischen Unbefangenheit des wissenschaftlichen Forschers, die selbst für Männer wie Heß und Rüstow, geschweige denn für die liberalen Politiker unverständlich war. Der dritte Abschnitt untersuchte die Stellung des Proletariats zu dem Streite der Regierung und der Bourgeoisie um die Verfassung. Er mündete in den Sätzen: die Arbeiterpartei vor allem organisiert halten, soweit es die jetzigen Zustände zulassen; die Fortschrittspartei voran treiben zum wirklichen Fortschreiten, soweit das möglich, sie nötigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten, jede ihrer Inkonsequenzen und Schwächen unmissichtlich züchtigen und lächerlich machen; die eigentliche Militärfrage gehen lassen, wie sie geht, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterpartei auch einmal ihre eigene deutsche „Armeeorganisation“ machen wird; der Reaktion aber auf ihre heuchlerischen Lockungen mit den stolzen Worten des alten Hildebrandliedes antworten: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.

In diesem Programm lag genau genommen nichts, was der Auffassung Schweizers widersprach. Schweizer hätte sich sogar auf Engels berufen können gegen den lärmenden Vorwurf Herweghs, daß der Sozialdemokrat einen ihm von Rüstow eingesandten Aufsatz über die preußische Militärfrage nicht aufgenommen habe. Rüstow stand in dieser

Frage auf einem zwar radikaleren, aber doch wesensgleichen Standpunkte mit der Bourgeoisie. Herwegh schlug auch ganz konsequenterweise auf Engels nicht viel weniger heftig los, als auf Schweitzer. Will man die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer entdecken, so muß man etwas näher auf die Ausführungen eingehen, durch die Engels zu seinen Schlüssen gelangte.

Er schilderte die bonapartistischen Grimassen der preußischen Regierung und meinte, wenn sie das allgemeine Wahlrecht ostroziere, so werde sie es so verklausulieren, daß es eben kein allgemeines Wahlrecht mehr sei. Er wies auf die französischen Erfahrungen hin, die sich in Deutschland noch verschlimmern würden. Das deutsche Proletariat sei nicht so konzentriert und habe nicht eine so lange Erfahrung im Kampfe wie das französische. Dann aber sei in Deutschland nicht der kleine Parzellenbauer, sondern der große Grundbesitz die Regel; wenn ein Drittel der deutschen Proletarier unter dem Kommando der Kapitalisten stände, so ständen ihrer zwei Drittel unter dem Kommando der Feudalherren. „Solange das Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das Geringste ausrichten, solange ist das allgemeine direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein Fallstrich.“ Hier lag die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer. Was Engels dann weiter ausführte darüber, daß die ganze Arbeiterbewegung in Deutschland erst gebildet sei, daß die Regierung ihr jeden Augenblick den Garaus machen könne, bestritt Schweitzer nicht nur nicht, sondern diese unanfechtbare Tatsache war gerade die Triebfeder seiner Taktik. Ebenso wenig hatte er je etwas dagegen eingewandt, daß die Arbeiterklasse der Reaktion keinen Dank schulde, wenn diese aus Haß gegen die Bourgeoisie soziale Zugeständnisse mache, wie Koalitionsrecht, Fabrikaufsicht, Normalarbeitstag und so weiter, oder dagegen, daß wenn die bürgerliche Klasse die bürgerlichen Freiheiten verrate, die Arbeiter dennoch die Agitation für Pressefreiheit und Vereinsrecht trotz der Bürger fortführen müßten.

Schweitzer hatte sich aus der sehr verwickelten Lage, in die ihn Beders ungewaschene Rede in Hamburg gebracht hatte, so gut er konnte herauszuhelfen gesucht. Er durfte Beders nicht verleugnen, wenn nicht alles, was noch zusammenhielt, aus Rand und Band gehen sollte, und so beeiferte er sich wieder, den persönlichen Streit so schnell als möglich

aus der Welt zu schaffen. Sobald der Verein die Krisis überstanden hatte, hielt er sich von allen persönlichen Angriffen fern, stellte Marx und Engels immer hoch als bedeutende Theoretiker und sprach ihnen nur das zutreffende Urteil über die praktischen Möglichkeiten der deutschen Agitation ab. Während der Krisis selbst hatte Heß, der den Abschnitt des Kommunistischen Manifestes über den deutschen Sozialismus nicht vergessen konnte, in einem Pariser Briefe einen beiläufigen Ausfall gegen die Schrift von Engels gemacht, den Schweitzer passieren ließ. Er selbst antwortete dann nach der Krisis in durchaus sachlicher und würdiger Weise, ohne Engels zu nennen, wie Engels ihn nicht genannt hatte.

Schweitzer sagte, gegen das allgemeine Wahlrecht würden zwei Einwände gemacht. Der erste gehe dahin, daß es selbst in ehrlicher und richtiger Handhabung bei dem tatsächlichen Bildungsgrade des Volkes, besonders der Landbevölkerung, eine Stütze der reaktionären Gewalten werden könne. Hierauf sei hauptsächlich zu erwidern, daß es vorerst weniger darauf ankomme, Majoritäten in die Volksvertretung zu schicken, als darauf, die Volksstimme überhaupt in den anerkannten und mit formeller Autorität ausgestatteten Staatskörperschaften geltend zu machen, was unter der Dreiklassenwahl nahezu unmöglich sei. Es wäre schon viel, sehr viel gewonnen, wenn die Arbeiterpartei im Parlamente vertreten wäre, sei es auch nur schwach an Zahl.

Der zweite Einwand, daß nämlich das allgemeine Wahlrecht ohne die entsprechende Ergänzung durch volle Pressefreiheit und volle Vereinsfreiheit nicht die Sache des Volkes, sondern die Sache seiner Unterdrücker fördere, sei in Wirklichkeit gar kein Einwand. Die Arbeiterpartei fordere das allgemeine Wahlrecht selbstverständlich nur als den konsequenten Ausbau der sämtlichen, im Begriff eines freien Staats liegenden Rechte; ein allgemeines Wahlrecht ohne diese Rechte würde das elende Danaergeschenk einer unter volkstümlichem Deckmantel verborgenen volksfeindlichen Despoten- und Willkürherrschaft sein. Allerdings wäre dann noch die Frage, ob nicht selbst ein solches Wahlrecht gegenüber dem bestehenden Wahlgeseze als ein vergleichungsweise Fortschritt, als ein geringeres Übel zu begrüßen sei.

Man könne diese Frage mit Ja und mit Nein beantworten. Mit Ja, wenn man erwäge, daß in solchem Wahlrecht doch immer bei besonderer Beharrlichkeit der Massen eine wichtige Handhabe gewonnen

sei. Mit Nein, wenn man erwäge, daß der Besitz eines Rechtes, von dem größtenteils nur der Schein vorhanden sei, für die Entwicklung der Massen gefährlicher werden könne, als die unumwundene Vor-enthaltung eines wichtigen Rechts. „Wir glauben auch wirklich, daß innerhalb unserer Partei die Meinungen über dieses Ja oder Nein geteilt sind. Darin aber — und dies ist hier die Hauptsache — sind wir jedenfalls alle einig, daß wenn irgendwo das allgemeine Stimmrecht von einer Regierung gegeben würde, ohne daß zugleich die entsprechenden sonstigen Volksrechte sicher gestellt wären: der erste, ja alleinige Gebrauch jenes Stimmrechts zunächst auf Erringung und Sicherstellung jener anderen Rechte gerichtet werden müßte. Denn die Freiheit — die Freiheit brauchen wir vor allem.“ Hatte Engels also gemeint, daß die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts durch die preußische Regierung keine Waffe, sondern ein Fallstrick sein würde, so meinte Schweitzer, daß sie zwar ein Fallstrick sein solle, aber eine Waffe werden könne. Dies war der Kern der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Engels und Marx auf der einen, und Schweitzer auf der anderen Seite bestand.

Vierthalb Jahre später, am 13. Oktober 1868, schrieb Marx an Schweitzer: „Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt.“ Und indem Marx hinzufügte: „Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Willen abhängt“, bekannte er sich mit anderen Worten zu demselben Gedanken, mit dem Schweitzer am 15. Februar 1865 seine Nachsicht erbeten hatte: zu dem Gedanken, daß die Dinge in concreto eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herumschleppen. In seiner überaus schwierigen Stellung hat Schweitzer nicht immer die richtigen Grenzen seiner Taktik innegehalten, wie zum Beispiel nicht in einzelnen Sätzen der Bismarckartikel, aber die Taktik selbst hat der historische Verlauf der Dinge als richtig bestätigt.

Ein letzter Meinungskampf über die Aufgaben der Arbeiterpartei spann sich zu derselben Zeit zwischen Albert Lange und Schweitzer ab. Die vermittelnde Haltung, die Lange auf dem Leipziger Vereinstage eingenommen hatte, in Verbindung mit seiner Wahl in den Ausschuß, war für ihn der Anstoß, sich im Zusammenhange über die Arbeiterfrage zu äußern, um nicht den Vorwurf einer zweideutigen Haltung

auf sich zu laden. Seine kleine Schrift war ungemein reich an feinen und treffenden Bemerkungen über die Arbeiterbewegung, litt aber an dem Grundfehler, daß Lange an dem Malthus'schen Bevölkerungsgesetze festhielt, das durch die eben sich ausbreitende Theorie Darwins eine endgültige Bestätigung zu erhalten schien. Die naturwissenschaftliche Bildung Langes legte seinem sozialwissenschaftlichen Denken noch einen letzten Schlagbaum vor, so fern Lange den korrupten Schlußfolgerungen blieb, welche die Vulgärökonomien aus Malthus gezogen hatten und zogen.

In seinen praktischen Forderungen stand Lange viel näher an Lassalle, als an Schulze. Er verlangte die völlige Selbständigkeit der Arbeiterbewegung, die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse zuerst auf politischem, dann auf genossenschaftlichem Gebiete, die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter diese bringenderen Zwecke, die Demokratisierung des Staats durch unumschränkte Assoziations- und Pressfreiheit, durch allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und notwendigen Gegenständen, durch finanzielle und gesetzliche Beförderung von Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirtschaft. Über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts dachte Lange skeptischer als Lassalle, aber er gab zu, daß es gewährt werden müsse, sobald die Massen es forderten, und erkannte auch an, daß es kein besseres, gerechteres und aussichtsreicheres Agitationsmittel für die Durchsetzung sozialer Ideen gebe. Mit diesem Programm war Lange für die Bourgeoisie unmöglich geworden, und um so bitterer empfand er die „totale Nichtbeachtung der Schrift in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Stimmführer“. In der Tat besprach Schweitzer die Schrift in einer ziemlich wegwerfenden Weise, die ihrer geistigen Bedeutung nicht entfernt gerecht wurde, und es scheint auch, daß Lange keine besonders freundliche Aufnahme gefunden hat, als er seine Ansichten der Duisburger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in einem Vortrage entwickelte.

Zum Teil mag dies unverdiente Schicksal Langes sich daraus erklären, daß seine Schrift gerade erschien, als die Gemüter durch die Krisis des Vereins tief aufgeregter waren. Zum anderen Teile lag es aber doch auch daran, daß Lange vermitteln wollte, wo nichts mehr zu vermitteln war, so sehr er in gutem Glauben versicherte, daß ihm alle vermittelnden Absichten fern lägen. Er hat damals von der „neupreußischen verfälschten Sozialdemokratie in Berlin“ gesprochen, um

dann doch wieder in seiner gerecht abwägenden Weise zu einer Verständigung mit Schweitzer zu gelangen, soweit sie überhaupt möglich war.

Im Boten vom Niederrhein, einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte, das Lange vom Herbst 1865 bis zum Sommer 1866 in Duisburg herausgab, tadelte er es als einen Fehler, wenn auch als einen nach Lage der Umstände sehr entschuldbaren Fehler, daß Lassalle das Genossenschaftswesen zu einseitig unter Schulzes kleinbürgerlich-philistrischen Gesichtspunkten betrachtet und den echt sozialistischen Geist übersehen habe, der in englischen und französischen, teilweise auch schon in deutschen Arbeitergenossenschaften seine Wurzeln geschlagen habe. „Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, führten sie in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Mauerkeule. So mußten sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zueinander verhalten. Ihre Aufgabe ist nicht dieselbe, aber sie ergänzen sich.“ Wie schon aus seiner Schrift über die Arbeiterfrage hervorging, war dies der eigentliche Stein des Anstoßes, den Lange an Lassalles Agitation nahm. Lange wollte durchaus keine charakterlose Verwischung der Gegensätze, sondern eine Vereinigung von Dingen, die sich sehr wohl vereinigen ließen. Aber er verkannte das Recht jener Einseitigkeit, ohne die kein großes praktisches Handeln zu haben ist.

Schweitzer gab bereitwillig zu, daß Lassalles angeblicher Fehler seine Nachteile gehabt habe. Aber deshalb sei er doch ein entschiedener Vorzug seines Agitationsprogramms. „Der entgegengesetzte Fehler wäre höchstens geeignet gewesen, eine doktrinäre Polemik einiger Fachleute, aber keine zündende Arbeiteragitation hervorzurufen.“ Der Übelstand, den Lange beklage, werde sich in der Praxis bald ausgleichen und beginne schon, sich auszugleichen. Jedoch dürfe dadurch in keiner Weise die noch lange nicht genug bekämpfte und beseitigte Illusion genährt werden, daß die auf sogenannter „Selbsthilfe“ beruhenden Genossenschaften eine dauernde und gründliche Verbesserung der proletarischen Klassenlage herbeizuführen geeignet seien. Worauf Lange erwiderte, daran möge wohl etwas Wahres sein, nur sei zu beachten, daß die große Masse der Arbeiter nicht etwa an Überschätzung der Selbsthilfe leide, sondern an einfacher Teilnahmslosigkeit. Gerade die Arbeiter, die in das echte Genossenschaftswesen gezogen würden, ständen dadurch den Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schon näher als die teilnahmlose Masse.

Zugleich aber wandte sich Lange gegen einige vorlaute Bemerkungen, mit denen sich Sonnemann in die Diskussion gemischt hatte. Dieser kapitalistische Denker behauptete nämlich, der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine sei die wahre Sozialdemokratie, die mit den Sozialdemokraten Englands, Frankreichs und Amerikas völlig übereinstimme, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der Luft schwebende phantastische Zukunftspolitik, die auf der einen Seite das allgemeine Stimmrecht, also die Herrschaft der Mehrheit fordere, und auf der anderen Seite dieser Mehrheit schon ein bestimmtes sozialistisches Programm vorschreiben wolle. Lange fertigte ihn damit ab, daß die Übereinstimmung der deutschen Arbeitervereine mit den amerikanischen, englischen und französischen Sozialdemokraten noch nicht weit gediehen sei, daß sie erst mit der Emanzipation von Schulzes ängstlicher und einseitiger Leitung anfangen und insoweit dem indirekten Einflusse der Lassalleschen Agitation zu danken sei. Die Politik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sei nichts Unerhörtes. Die Anhänger Lassalles rechneten schwerlich auf einen totalen Sieg, wenn ein Parlament durch das allgemeine Wahlrecht gewählt würde. „Es läßt sich aber behaupten, daß der ganze Charakter der Versammlung sich ändern wird, wenn auch nur ein halbes Duzend entschiedener Sozialdemokraten hineinkommt. Von Stund' an würde auch die ganze Behandlung der sozialen Frage in der Presse eine andere werden.“ Das sei aber doch schon etwas, zumal die Dreiklassenwahl keinen Mann dieser Richtung durchlassen würde, die Wahlen möchten sonst ausfallen wie sie wollten.

Diese Bemerkungen Langes konnte Schweitzer mit Genugtuung registrieren. Seine Diskussion mit Lange landete an demselben Punkte, an dem seine Diskussion mit Engels gelandet war, ein Beweis mehr, daß dieser Punkt der Schwerpunkt des ganzen Streits war, der nach Lassalles Tode entbrannte und von den Arbeitern längst praktisch entschieden worden war, ehe er theoretisch ausklang.

3. Die Entscheidung der Arbeiter.

Die Erklärung, worin Marx und Engels dem Sozialdemokraten absagten, erschien in der 29. Nummer des Blattes. Die kurze Zeit hatte genügt, das Bäumchen so fest wachsen zu lassen, daß es den heftigen Sturm bestand.

Die Triumphe, die der Schluß des Jahres 1864 der Arbeitersache gebracht hatte, setzten sich im Anfange des Jahres 1865 ununterbrochen fort. Bernhard Becker war kein geschickter Agitator, aber als er im Januar die schlesischen Weberbezirke besuchte, genügte sein Erscheinen, um mehr als tausend Mitglieder für den Verein zu gewinnen; es gab dort halb zehn Gemeinden, von denen eine 500, eine andere 400, die meisten über 200 Köpfe musterten. Das neue Komitee des Maingaues berief für den ersten Sonntag im Februar eine große Versammlung nach Mainz in den kurfürstlichen Marmorsaal, wo sich 2000 Arbeiter jubelnd für Vassalles Prinzipien erklärten. Vorher schon hatte Hülsmann einen tadeln Vorstoß nach Remscheid, Hagen, Iserlohn mit glänzendem Erfolge ausgeführt; unter den neu gewonnenen Mitgliedern befanden sich Hasenclever und Tölcke.

Die Entwicklung in Iserlohn fesselte einige Monate die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Vereinskreise hinaus. Sobald sich ein Bureaukrat entschied, die Polizeivillkür auszubehnen, soweit ihm beliebt, zeigte sich auch, daß seinem Belieben keine Grenzen gesetzt waren. Der Bürgermeister Hülsmann war einfach entschlossen, die Arbeiterbewegung in Iserlohn nicht aufkommen zu lassen; wo er einen Schimmer von ihr zu sehen glaubte, verbot, verfolgte, verhaftete er darauf los. Unter anderem hatte er angeordnet, daß die überwachenden Polizeibeamten jede Versammlung aufzulösen hätten, in der von „Arbeitern“ oder „Arbeitervereinen“ gesprochen würde. Die Blicke der höheren Bureaukratie ruhten natürlich mit Wohlgefallen auf dem gesinnungstüchtigen Streber. Jedoch Tölcke verstand es, ihn zahm zu kriegen, mochte er mitunter auch dem verzweifeltsten Übel mit verzweifeltsten Heilmitteln auf den Leib rücken.

So ließ er am 22. März den „Arbeiterverein in Iserlohn“ einen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstage des Königs Wilhelm absenden und berief für den Abend eine „fröhliche Zusammenkunft“ der Mitglieder, um die königliche Antwort zu empfangen. Sie traf pünktlichst und huldvollst ein, aber die Polizeibeamten verboten ihre Verlesung, da sie an einen „Arbeiterverein“ adressiert sei und dies Wort laut bürgermeisterlichen Befehls nicht öffentlich ausgesprochen werden dürfe. Nun mußte der Landrat heran, der die Verlesung nicht zu verbieten wagte und damit wider Willen dem getreuen Knechte Hülsmann einen berben Nasenstüber gab. Es ist unmöglich, alle Schachzüge auf-

zuzählen, durch die Tölcke den Bürgermeister in die Enge trieb; im September 1865 war dieser arme Tropf so weit, daß er völlig überschnappte und einen Ukas an die Gast- und Schankwirtschaften in Sferlohn erließ, der sie mit der Entziehung der Konzession zum Gewerbebetriebe bedrohte, „sobald in den Räumen des Gewerbetreibenden der frühere Privatschreiber, jetzige gewerblose Karl Wilhelm Tölcke geduldet oder demselben in irgendwelcher Art Speise oder Getränke verabreicht“ werde. Etwaige Entschuldigungen wegen der Unbekanntschaft mit der Person des p. Tölcke würden nicht berücksichtigt werden. Der Beschwerdebeweg gegen diese Verfügung stände zwar offen, aber denjenigen, die sich beschwert fühlten, würde „als Persönlichkeiten, die nicht genügende Bürgschaft für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb gewährten“, die Erlaubnis zum ferneren Gewerbebetrieb untersagt werden. An diesem Übermaße von Bäcklichkeit starb selbst die preußische Polizei. Tölcke konnte bald im Sozialdemokraten über den Empfang mächtiger westfälischer Würste und anderer Liebesgaben quittieren, die ihm von bürgerlichen Freunden des Humors zum Schutze gegen den Hungertod zugesandt worden waren.

Vor allem aber begann die Agitation sich jetzt in Berlin auszudehnen. Lassalle hatte schon in seiner Ronsdorfer Rede gesagt, daß der Berliner Arbeiterverein gegen die Fortschrittspartei schwierig zu werden beginne. Es war ihm als Prahlerei ausgelegt worden, aber nach seinem Tode zeigte sich, daß es keine Prahlerei war. Je mehr sich die große Industrie entwickelte, um so dringender machte sich für die Arbeiter das Bedürfnis der Koalitionsfreiheit geltend; wäre die Fortschrittspartei gut beraten gewesen, so wäre sie rechtzeitig für diese Konsequenz ihrer eigenen Freihandelslehre eingetreten. In gewohnter Halbheit wollte sie aber, wie jener Philister von 1848, die Republik mit dem Großherzoge. Der famose Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Massen, den die Manchesterleute beherrschten, beschloß im Oktober 1864 eine Agitation für die Koalitionsfreiheit, jedoch für die Koalitionsfreiheit mit einem Maulkorbe: besondere Strafbestimmungen sollten gegen ihren Mißbrauch erlassen werden. Die zu den Beratungen zugezogenen Arbeiter merkten wohl die Absicht, aber ehe sie ihre Verstimmung ausdrücken konnten, überrumpelte sie der würdige Gneist durch einen Geschäftsordnungskniff, und der Zentralverein befürwortete eine Koalitionsfreiheit, die tatsächlich keine war. Der Verdruß darüber fraß in der

Arbeiterwelt weiter, und der Berliner Arbeiterverein berief zum 22. Januar 1865 eine Massenversammlung in die Tonhalle, um gegen die Beschlüsse des Zentralvereins und besonders gegen jede, nicht durch allgemeine Landesgesetze bestimmte, Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu protestieren.

An diese Bewegung knüpfte der Sozialdemokrat mit großem Geschick an. Ohne zu verhehlen, daß die Koalitionsfreiheit eine einfache Konsequenz der liberalen Wirtschaftsordnung sei und mit dem Sozialismus nichts zu tun habe, vertrat er sie als ein unveräußerliches Recht der Arbeiterklasse. Zu der Arbeiterversammlung am 22. Januar waren die fortschrittlichen Abgeordneten eingeladen worden, jedoch erschienen von ihnen nur etwa zwanzig, und unter diesen großen Volksmännern fand auch nicht einer auch nur ein Wort, das die Herzen der Arbeiter erwärmt hätte. Sie suchten die Macher des Zentralvereins als edle Menschenfreunde herauszuhauen, und meinten, die Arbeiter dürften sich nicht wundern, wenn von der Fortschrittspartei auch noch andere Interessen vertreten würden als Arbeiterinteressen. Die Arbeiter bekundeten in ihren Reden deutlich, daß sie der fortschrittlichen Führerschaft nachgerade satt würden. Der Berichterstatter Dittmann erklärte, der Kultus edler Volksfreunde sei Götzendienerei, die Arbeiter wollten nicht länger unter Ausnahme Gesetzen stehen, das allgemeine Wahlrecht möge von Lassalle überschätzt worden sein, aber es sei doch das Recht der Arbeiterklasse, und Recht müsse Recht bleiben. So sprach derselbe Arbeiter, der nicht ganz zwei Jahre früher dem Femgericht über Lassalle präsiidiert hatte. Die Versammlung nahm einstimmig den von Dittmann vorgeschlagenen Protest an, und Schulze samt Faucher ließen sich nun wirklich dazu herbei, im Abgeordnetenhaus zu beantragen, daß die Paragraphen 181 und 182 der preussischen Gewerbeordnung von 1845 aufgehoben werden sollten, von denen der erste die Koalition der Unternehmer, der zweite die Koalition der Arbeiter verbot.

Nun aber erhob sich der Sozialdemokrat und deckte das frivole Spiel auf, das dieser Antrag mit den Arbeitern trieb. Schulze und Faucher unterschlugen die Paragraphen 183 und 184 der Gewerbeordnung, von denen jener die Verbindung von Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, dieser den zivilrechtlichen Kontraktbruch der Arbeiter, sowie ihren groben Ungehorsam und ihre beharrliche Widerspenstigkeit mit Geld- und Gefängnisstrafen bedrohte. Bernhard Becker wies die

Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an, überall große Arbeiterversammlungen zu berufen und sie beschließen zu lassen, daß der Antrag Schulze-Faucher die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse nicht befriedige, daß die Arbeiter die unbefchränkte Koalitionsfreiheit beanspruchen und die Beseitigung aller ausnahmerechtlichen Bestimmungen verlangen müßten, welche die Gewerbeordnung gegen sie enthalte.

Der Versuch der Antragsteller, ihren hinterhältigen Streich zu rechtfertigen, goß neues Öl ins Feuer. Schulze sagte, Paragraph 183 sei schon durch die Verfassung aufgehoben worden, die alle Vereine zulasse, deren Tendenz nicht den Strafgesetzen zuwiderlaufe; ihn ausdrücklich aufheben, heiße die Rechtsbeständigkeit der Verfassung anzweifeln und die heiligsten Grundrechte des Volkes antasten. Die Ausrede war höchstens ein trauriger Beweis dafür, was diese Leute den Arbeitern zu bieten wagten. Nach der gleichviel wie verwerflichen, aber formell rechtsgültigen Rechtsprechung des Obertribunals wurden einschränkende Spezialgesetze durch die allgemeinen Grundsätze der Verfassung nicht aufgehoben. Die Beseitigung des Paragraphen 183 tastete kein „heiliges Grundrecht“ an, sondern entfernte nur eine Fußangel, die das Vereinsrecht des Proletariats noch illusorischer machte, als das Vereinsrecht der Bourgeoisie. Ferner sagte Schulze, der Paragraph 184 möge ja gehässig sein, aber er lasse sich nicht gelegentlich aufheben, sondern nur zusammen mit denjenigen Beschränkungen, die sonst noch der persönlichen Freiheit entgegenständen. War Schulze wirklich beschränkt genug, diese Ausflucht ehrlich zu meinen, so war die Volkszeitung jedenfalls noch ehrlicher, indem sie erklärte, daß die Fortschrittspartei die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs beibehalten wolle, natürlich nur für die Arbeiter. Sie gab gnädig zu, daß der Paragraph 184 in seinen Strafbestimmungen gemildert werden könne, aber ein kontraktbrüchiger Arbeiter begehe Unrecht, und Unrecht müsse bestraft werden. Nur „unwissende Dezer“ könnten behaupten, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs irgend etwas mit der Koalitionsfreiheit zu tun habe „und sehet, sehet, sehet, ihr Arbeiter; von solchen, solchen Leuten werdet ihr gehegt gegen Männer, die kenntnisreich, besonnen und sorgsam eure Sachen vertreten“.

Am selben Tage, wo sich diese sittliche Entrüstung entlud, beschloßen die „kenntnisreichen, besonnenen und sorgsamen Männer“, das zu tun,

was die „unwissenden Hege“ verlangten: die Kommission des Abgeordnetenhauses, die den Antrag Schulze-Faucher zu beraten hatte, behnte ihn auch auf die Paragraphen 183 und 184 aus. Die Peitsche des Sozialdemokraten knallte die fortschrittlichen Tribünen vom kapitalistischen Lotterbette auf; Faucher gestand keufzend, die „bedenkliche Ausdehnung der Bewegung“ lasse kein längeres Zögern zu. Mitte Februar kam es dann im Abgeordnetenhaus zu der berühmten dreitägigen Koalitionsdebatte, die in dieser Geldsackvertretung den Sprachenswirrwarr des Turmbaus von Babel hervorrief. Schulze schrieb: Entfesseln Sie die Bestie nicht, Faucher erklärte die Trade Unions für reaktionäre Überbleibsel der mittelalterlichen Zünfte, Leonor Reichenheim spielte sich als verfolgte Unschulb auf und feierte die schlesischen Textilfabrikanten als die lieblichsten Gönner der duldbenden Menschheit. Ein vierter Fortschrittsheld verhieß, daß Schulzes Genossenschaften die Arbeiter Mann für Mann zu wohlhabenden Bürgerleuten machen würden, ein fünfter meinte umgekehrt, einzelnen Arbeitern könne geholfen werden, aber nicht der Arbeiterklasse, ein sechster erweckte schallende Heiterkeit durch den anmutigen Witz, Albert Lange verhalte sich zu Lassalle wie Knipperdolling zu Mohammed. Trunken von diesen rednerischen Triumpfen, wollte die fortschrittliche Mehrheit dann den Antrag der Kommission annehmen, aber als sie ihr Werk näher besah, stellte es sich heraus, daß sie, die ganz klare Fragestellung des Präsidenten mißverstehend, nur die Aufhebung der Paragraphen 181 und 182 beschlossen hatte. Nichts natürlicher, als daß die Arbeiter in dem lächerlichen Unfall einen heimtückischen Unfall argwöhnten, indessen der Sozialdemokrat beruhigte sie. Er schrieb, in einer Arbeiterversammlung könne ein solcher Bock freilich nicht geschossen werden, aber der böse Wille sei den Fortschrittlern diesmal durch das energische Auftreten der Arbeiter gründlich ausgetrieben worden. Die großen Parlamentarier hätten nur zeigen wollen, daß, wo einmal ihr böser Wille aufhöre, ihre Unfähigkeit anfangen.

Die konservative Partei und die Regierung schlossen in der Koalitionsdebatte nicht besser ab als die Fortschrittler. Wagener ritt sein klapperiges Steckenpferd des allgemeinen, aber ständisch verkrüppelten Wahlrechts und brachte den famosen Antrag ein, die Regierung zur Initiative in der Lösung der sozialen Frage aufzufordern. Bismarck phantasierte von den Königen der Geusen, als die sich die Hohenzollern von Anbeginn erwiesen haben sollten. Der Handelsminister v. Tschuplik aber gab die

offizielle Erklärung ab, die Regierung sei bereit, die Koalitionsfreiheit zu gewähren, doch damit sei noch lange nicht genug getan; unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern solle eine Kommission niedergelegt werden, um zu beraten, inwieweit durch Förderung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens, der Konsum-, Vorschuß- und Produktivvereine, die „Lage der arbeitenden Klasse materiell in erheblichem Belange verbessert“ werden könne. Der Sozialdemokrat nahm diese Erklärung ernsthaft oder tat so, als ob er sie ernsthaft nehme, um sie gegen die Fortschrittler auszuspielen, und dies wird der Punkt gewesen sein, der für Marx an Schweizers Stellung zur Koalitionsbewegung anstößig war. Sonst entsprach diese Stellung durchaus den Anschauungen, die Marx oft kundgegeben hatte.

Von irgend einer Sektentendenz ist in dem damaligen Sozialdemokraten nicht die Spur zu entdecken. Er knüpfte überall an die tatsächlichen Regungen der Arbeiterklasse an, um die proletarischen Interessen energisch zu vertreten. Den Tuchmachern in Burg, den Strumpfwirkern in Apolda, den Schriftsetzern in Leipzig, und wo immer der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erwachte, stand er mit Rat und Tat zur Seite. Namentlich der Leipziger Seckerstreik im Frühjahr 1865 machte großes Aufsehen; er war die erste Arbeitseinstellung in Deutschland, die sich einigermaßen entfalten konnte, da es im Königreiche Sachsen seit einigen Jahren ein gewisses Maß Koalitionsfreiheit gab. Die Secker kämpften um eine Lohnerhöhung, die sie nach zehnwöchigem Ringen nur halb erreichten; ihre Kraft wurde dadurch gebrochen, daß es den Buchdruckereibesitzern gelang, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuziehen. Der Sozialdemokrat war fast das einzige Blatt in Deutschland, das die streikenden Secker nicht belämpfte und beschimpfte, und schlechthin das einzige, das ihre Sache mit Ausdauer und Geschick vertrat. In hereditester Weise schärfte das Blatt den Arbeitern ein, wie verwerflich die Handlungsweise der Streikbrecher sei, und das wollte etwas bedeuten zu einer Zeit, wo Sonnemann und ähnliche Arbeiterfreunde das Streikbrechen als eine höchst verdienstliche Sache priesen, beispielsweise Frankfurter Hufschmiede belobten, die als Schwarzbeine einen Streik der Pariser Hufschmiede lahmgelegt hatten.

Diese Entwicklung der Dinge erklärt es in erschöpfender Weise, weshalb die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich für Schweizers Taktik entschied. Irgend eine Vorliebe für seine Person

spielte dabei in keiner Weise mit. Schweiger war nach wie vor bei den Arbeitern sehr wenig beliebt; von der Düsseldorfer Generalversammlung wurde er nicht wieder in den Vorstand gewählt, nachdem das Loß ihn ausgeschieden hatte, und auch die Anerkennung des Sozialdemokraten als Vereinsorgan war nicht ohne Weilläufigkeiten erfolgt. Die Arbeitermassen wurden einzig von ihrem natürlichen Klasseninstinkt geleitet, indem sie Schweigers Taktik als die den proletarischen Interessen förderlichste anerkannten. Das angebliche „Kokettieren mit der Reaktion“ schreckte sie am wenigsten. Die Politik der liberalen Bourgeoisie hatte im Proletariat einen solchen Abscheu vor dieser Partei erzeugt, daß Schweiger damals und später mit Recht den Vorwurf abweisen konnte, er verheze die Arbeiter gegen die bürgerliche Opposition, daß er mit Recht sagen konnte, er schüre den Haß gegen die Fortschrittspartei so wenig, daß er ihn vielmehr oft genug aus politischen Veranlassungen zügle.

Die erste Entscheidung zu gunsten seiner Taktik gab ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag, der am 12. März in Barmen stattfand und von Düsseldorf, Elberfeld, Wermelskirchen, Solingen, Iserlohn, sowie von einigen kleineren Gemeinden beschickt worden war. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter mit der Haltung des Sozialdemokraten wohl zufrieden sein könnten, da er die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei vollständig wahre: auch sei es zu billigen, die Vorschläge der Regierung in der Arbeiterfrage erst abzuwarten, ehe man darüber urteile; es sei keineswegs unmöglich, daß die Regierung die Dreiklassenwahl aufhebe und an ihre Stelle das allgemeine Wahlrecht setze. Von den drei Rednern, die diese Resolution befürworteten, gehörten zwei zu den alten Revolutionären aus den Tagen der Neuen Rheinischen Zeitung: Hillmann und dann Röser, der nicht wie Becker und Bürgers, mit denen er im Kommunistenprozesse verurteilt worden war, die kommunistische Sache preisgegeben hatte. Die Resolution des rheinisch-westfälischen Parteitags fand nach und nach die Billigung aller Gemeinden. Das zweite Stiftungsfest des Vereins, das am 23. Mai 1865 in Frankfurt gefeiert und von 32 Gemeinden durch Delegierte beschickt wurde, verlief in erhebender Weise; zu gleicher Zeit kündigte der Sozialdemokrat an, daß er vom 1. Juli ab täglich erscheinen werde.

Freilich gab es noch eine Opposition, aus der sich in Berlin, Altona, Köln, Solingen, Mainz und manchen anderen Orten besondere Oppo-

fitionsgemeinden entwickelten. Sie fanden ein gemeinsames Organ im Nordstern, der sich der Gräfin Hagfeldt zur Verfügung gestellt hatte. Will man noch heute einen sozusagen körperlichen Beweis dafür haben, weshalb die Taktik Schweigers siegen mußte, so braucht man nur den Sozialdemokraten und den Nordstern von 1865 nebeneinander zu legen. Aus jenem tritt alles, was in der damaligen Arbeiterwelt lebte und webte, voll sprudelnder Frische hervor, in diesem erkennt man davon nur einige düster verschwommene Schattenrisse. Es lag ein tiefer Sinn in Lassalles Worte, daß der Geist der Massen, ihrer Masselage angemessen, immer auf objektive, auf sachliche Zwecke gerichtet sei, daß die Stimmen unruhiger, persönlichkeitsjüchtiger einzelner in diesem Stimmenakkord verklängen, ohne nur gehört zur werden. Wieviele solcher Stimmen verhallten spurlos im Nordstern! Um nur die bekannteren Namen zu erwähnen, so fielen die Erklärungen Herweghs und Rüstows um so pompöser aus, je weniger dahinter steckte. Ob Martiny, der sich nie um den Verein gekümmert hatte, jetzt zum erstenmale die Feder eintauchte, um seinen Rücktritt zu erklären, konnte den Arbeitern gleichfalls sehr gleichgültig sein. Selbst das „Unumwundene Wort“, womit der brave Johann Philipp Becker eine Reihe von Nummern hindurch „das Bernhardtchen“ zudeckte, mußte auf die Dauer ermüden. Dieser alte Kämpfer versuchte wenigstens, die Oppositionsgemeinden zu organisieren. Jedoch war der einzige Erfolg seines Bemühens, daß sie nun gänzlich zerfielen. Gegen seinen Plan, das Präsidium des Vereins in ein Direktorium von drei Mitgliedern zu verwandeln, das der Kontrolle eines Ausschusses von elf Mitgliedern unterworfen sein sollte, erhob sich die Gräfin Hagfeldt mit äußerster Heftigkeit, und die Sache verlief im Sande, nach einer oder zwei Delegiertenversammlungen, die in Leipzig stattfanden, ohne etwas vor sich zu bringen. Die Trümmer der Opposition fanden sich dann meistens bald zum alten Stamme zurück.

Mary und Engels hatten mit alledem nichts zu schaffen. Liebknecht aber stieß in der Berliner Oppositionsgemeinde sehr bald mit den Anhängern der Gräfin Hagfeldt zusammen, mit denen er sich natürlich in keiner Weise einigen konnte. Daneben hielt er im Buchdruckergehilfenvereine Vorträge über den Bauernkrieg, von denen der Sozialdemokrat anerkennende und sachliche Notiz nahm. Im Sommer 1865 wurde Liebknecht aus dem preussischen Staat ausgewiesen, mit ihm ziemlich

zu gleicher Zeit Bernhard Becker. Die feudale Reaktion verwendet immer eine mütterliche Sorgfalt darauf, der Arbeiterbewegung durch gleiche Brutalität gegen ihre verschiedenen Richtungen die Notwendigkeit festen Zusammenschlusses klar zu machen.

4. Taktik und Organisation.

Nicht allein in der Koalitionsdebatte bedeckte sich die bürgerliche Opposition des Abgeordnetenhauses mit eigentümlichen Lorbeeren. In der schleswig-holsteinischen Sache hatte sie überhaupt kein Programm mehr, und in dem Verfassungskstreit erst recht nicht. Selbst mit ihren überhitzten Worten kam sie nicht mehr vom Flecke. Als Gneist den Kriegsminister mit dem „Kainszeichen des Eidbruchs“ regaliert und Roon trocken erwidert hatte, Gneist sei ein „unerschämter“ Patron, da froch der Übeltäter demütig zu Kreuze, und der gerade antierende Vizepräsident v. Unruh begnügte sich, ein verdutztes Gesicht zu schneiden, wie ein Kater, der donnern hört.

In all dem Jammer überließ es den alten Ziegler, der sich dahinein hatte locken lassen, einmal siedend heiß, und in der erschütterndsten Rede, die je in diesen Räumen gehört worden ist, rief er der Fortschrittspartei das bittere Wort Armand Marrast's zu: „Euch ist die Perverfität ins Gehirn gestiegen, ihr könnt nicht mehr gehörig denken.“ In der Berliner Reform schrieb Guido Weiß über die Rede: „Sarmlos beginnend, behaglich sich ergehend, selbst abschweifend in den bunten Bildern des Erlebten, sprang sie plötzlich auf und über den lächelnden Hörer her und schlug ihm eine scharfe Klaue — wir wissen nicht, ob in die Brust oder nur in den Wanst.“ Ach, es war nur in den Wanst. Die Volkszeitung schwieg die Rede mit sieben unverständlichen Zeilen tot, und in der Elberfelder Zeitung ließ sich ein offiziös-parlamentarischer Korrespondent dahin vernehmen, Ziegler sei die lustige Person des Hauses; dabei komme zwar nicht viel heraus, aber es sei doch unterhaltend. Dieser Sumpf war nicht mehr zu bewegen, auch nicht, wenn man ihn mit Ruten peitschte.

Nachdem die Session des Landtags im Juni unter dem hergebrachten Haber geschlossen worden war, wollte die Fortschrittspartei, wie üblich, beim Gläserklingen die Taten feiern, die sie nicht getan hatte. Diesmal machte ihr aber Bismarck einen Strich durch die Rechnung, sei es weil

er die angeborene Gewalttätigkeit nicht bändigen konnte, was bei ihm immer vorausgesetzt werden durfte, oder sei es, wie damals manche Leute meinten, weil er selbst unter der Kläglichkeit dieser Opposition litt und sie etwas antreiben wollte, um seine Staatsretterei dem Könige unentbehrlicher zu machen. Am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln ein Abgeordnetenfest, das am 22. und 23. Juli in der rheinischen Hauptstadt gefeiert werden sollte. Das Verbot war die reine Polizeiwillkür, es entbehrte jedes rechtlichen Grundes oder auch nur Scheingrundes. Es schien nun so, als ob die Fortschrittspartei sich endlich einmal ermannen wollte. Das Kölner Festkomitee, an dessen Spitze der Stadtverordnete Classen-Kappelmann stand, erklärte öffentlich, das Fest werde unter allen Umständen stattfinden, und von 250 eingeladenen Abgeordneten sagten 160 ihr Erscheinen zu, zum Teil in sehr geharnischten Briefen.

Der Sozialdemokrat aber beeilte sich, die Arbeiter zur kräftigen Unterstützung der Fortschrittspartei aufzufordern, in einem Falle, wo diese Partei praktisch ein bürgerliches Recht vertreten wolle. Auf Anordnung Bernhard Beckers fanden am 23. Juli überall in Deutschland, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertreten war, große Arbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter der Fortschrittspartei in der Wahrung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts ihre volle Sympathie und ihre tatkräftige Unterstützung versprachen. In der Berliner Versammlung wurde auf Schweizers Antrag ein ständiges Komitee niedergesetzt, um weitere Schritte zu beraten, und dies Komitee, worin alle Berliner Arbeitervereine vertreten waren, berief auf den 30. Juli eine Massenversammlung nach der Alhambra. Zwischenein verfiel der Sozialdemokrat fast jeden Tag der polizeilichen Beschlagnahme, wurden die Gemeinden in Berlin und Magdeburg wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgelöst, und erhielt Bernhard Becker den Befehl, innerhalb 24 Stunden das preussische Gebiet zu verlassen. Um so stärkeren Zulauf hatte die Massenversammlung am 30. Juli; sie protestierte energisch gegen die Ausweisung Beckers und Liebknechts, sowie gegen jede Beeinträchtigung des Vereinsrechts.

Von einer ähnlichen Energie war die bürgerliche Opposition weit entfernt. Statt der 160 Abgeordneten, die ihr Kommen zugesagt hatten, erschienen in Köln nur 80. Namentlich fehlten die Präsidenten des Abgeordnetenhauses; als Ersatz hatte Grabow seine 45 Pfund schwere

Büste zum Anhochen und Autoastieren gesandt. Wie den Gästen, so fehlte den Gastgebern das Haupt: Classen-Kappelman war für die beiden Festtage über die belgische Grenze gegangen, aus Angst vor der Möglichkeit einer Verhaftung. Öffentlich wurde das heldenmütige Ausreißen damit beschönigt, daß die Einsperrung des beliebten Volksmannes einen blutigen Krawall verursachen könne, der unter allen Umständen vermieden werden müsse; im geheimen waren sich die Auguren darüber einig, daß nach der Verhaftung Classen-Kappelmans auch die paar Duzend Abgeordneten verdunstet würden, die noch erschienen waren. Die Schmauserei in Köln wurde dann von Militär und Polizei gehindert. Am nächsten Tage dampften die Festteilnehmer nach Oberlahnstein, wo sie ihr Gelage abhielten, ungehindert von der nassauischen Kriegsmacht, die zu spät anrückte. Zu einem Proteste gegen die Polizeiwirtschaft langte es aber nicht, sondern nur zu einem Dankschreiben an Classen-Kappelman, dessen Unterzeichnung auch nur 46 Abgeordnete wagten. Professor Eckhardt, ein süddeutscher Demokrat, der sich in Köln eingefunden hatte, um die verheißenen Heldentaten der Fortschrittler zu bewundern, schrieb halb belustigt, halb empört: „Bismarck, schlummere ruhig! Diese Herren machen keine Revolution, die wollen harmlos gefeiert sein, ruhig essen, schön reden, in den Zeitungen stehen, aber dir Widerstand leisten — nein, wenigstens nie mit Rüstung, eher mit Entrüstung.“ Und bitterer noch schrieb der liberale Historiker Baumgarten, der damals im Auslande lebte: „Ich wünschte, die Herren, welche dieses Fest arrangiert hatten, wären in den nächsten Wochen im Auslande Zeugen der Geringschätzung gewesen, mit der die Nationen Europas von Deutschland redeten.“ Von Deutschland, das heißt von der deutschen Bourgeoisie.

Denn die deutschen Arbeiter hatten in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan, unbekümmert um den Dank der Bourgeoisie, den sie so wenig beanspruchten wie erhielten. In Berlin nergelte die Volkszeitung daran herum, daß die Anhänger Schulzes unter den Arbeitern mit den Anhängern Lassalles in einem gemeinsamen Interesse auch gemeinsam handelten, in Köln rissen die biedereren Bürger die Straßenplakate ab, die zur Protestversammlung der Arbeiter einluden, und in Frankfurt schrieb Sonnemann mit heller Schadenfreude: „Die Sozialdemokraten spielen *va banque* und werden das Spiel verlieren.“ Für die bürgerlichen Ängstlerlinge, die um nichts mehr zitterten, als um das in ihren Zeitungen angelegte

Kapital, mochte es ein verlorenes Spiel sein, wenn der Sozialdemokrat zwölfmal kurz hintereinander polizeilich beschlagnahmt wurde und etwa ebenso viele Anklagen auf Grund aller möglichen Kautschutparagrafen erhielt, die dem verantwortlichen Redakteur Schweitzer sechzehn Monate Gefängnis und einjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintrugen. Politisch war das Spiel aber gewonnen, sehr gewonnen. Kein Blatt in Deutschland hatte das bedrohte Vereinsrecht auch nur entfernt mit gleicher Konsequenz und Courage verteidigt, wie der Sozialdemokrat; in diesem Kampfe, wie vordem schon im Kampfe um das Koalitionsrecht, hatten die Arbeiter im Sozialdemokraten einen Führer gefunden, auf den ganz anderer Verlaß war, als auf die gesamte Fortschrittspresse. Der Umschwung in ihren Anschauungen trat so scharf hervor, daß Schulze-Delitzsch, als ihn der Berliner Arbeiterverein aufforderte, am 1. Oktober einen öffentlichen Vortrag in der Alhambra zu halten, nur unter der Bedingung zusagte, daß sich keine Diskussion an seine Ausführungen knüpfen dürfe.

Gesichert vor jedem unbequemen Widerspruche, schloß Schulze seinen Vortrag mit dem feinen Worte, daß alle Sozialisten ins Narrenhaus gehörten. Hieran anknüpfend, berief Schweitzer die Berliner Arbeiter am 8. und 15. Oktober gleichfalls in die Alhambra, um ihnen, unter vollständiger Freiheit der Diskussion, das sozialistische Programm zu entwickeln, zum Beweise, daß es just nicht so närrisch sei, wie Schulze behaupte. Die Arbeiter kamen nun schon in hellen Haufen. Sie merkten bald, daß ihnen eine ganz andere geistige Kost vorgesetzt wurde, als Schulzes abgeleierte Phrasen, und ihr Interesse wuchs so schnell, daß jenes ständige Arbeiterkomitee, das in der Kölner Festangelegenheit niedergelegt worden war, zum 6. November eine Massenversammlung in die Alhambra berief, um über „die beiden Hauptrichtungen in der sozialen Frage“ zu diskutieren. Das Komitee lud einerseits Schulze-Delitzsch, Faucher, Prince-Smith und Michaelis, andererseits Schweitzer und Wuttke ein. Schulze und Faucher waren verreist, Wuttke aber anderweitig verhindert, während Michaelis und Prince-Smith in hochfahrender Weise ablehnten zu kommen. Schweitzer fand in der überfüllten Versammlung gar keinen Gegner mehr, der ihm auch nur halbwegs gewachsen gewesen wäre. Er schätzte seinen Erfolg ganz richtig mit den Worten ein, daß es zwar gegenüber dem Wutke der von den herrschenden Klassen verbreiteten Vorurteile schwer sei, die sozialistischen

Prinzipien in geordneter Weise zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen, aber daß, sobald es einmal geschehen könne, diese Prinzipien mit unbefleglicher Gewalt zu immer entschiedener Herrschaft gelangten. Neben diesen allgemeinen Arbeiterversammlungen hielt Schweizer als Ersatz für die von der Polizei aufgelöste Gemeinde freie Versammlungen sozialdemokratischer Arbeiter ab, zu denen 400 bis 500 Personen kamen. Leider wurde die aussichtsreiche Agitation bald durch Schweizers Verhaftung abgeschnitten, die in den letzten Novembertagen gleich nach seiner ersten Verurteilung erfolgte.

Über alledem wurde der Fortschrittspartei nun doch angst und bange. Gleich nach Lassalles Tode hatten ihre Führer, wie Albert Lange bezeugt, die Parole ausgegeben, die Arbeiterbewegung todzuschweigen, aber damit waren sie nicht weit gekommen. Dann sollte der tiefe Eindruck, den die Verteidigung des Vereinsrechts durch die Arbeiterpartei in ganz Deutschland hervorgerufen hatte, durch das Gerücht ausgeglichen werden, in feudalen Kreisen werde eine Geldsammlung für Schweizer und Hofstetten veranstaltet. Von anonymer Seite zweimal in fortschrittliche Blätter lanziert, fiel die elende Verleumdung zweimal platt zu Boden. Zum drittenmale nahm sie nach Schweizers Verhaftung der brave Eugen Richter auf und braute sie mit abgerissenen Sätzen aus den persönlichen Erklärungen, die bei der Krisis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewechselt worden waren, zu einem wüsten Klatsche zusammen, den er als „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles“ anonym herausgab. Das Pamphlet war so hämißlich, wie der Charakter seines Urhebers, wurde aber von der Fortschrittspartei mit beträchtlichen Unkosten an alle ihr zugänglichen Arbeitervereine versandt. Friedrich Stephany, später ein würdiger Kumpan Eugen Richters im Beschimpfen der Arbeiterklasse, weigerte sich damals, als Vorsitzender des Vorstädtischen Handwerkervereins, den ihm gratis zugefandten Packen der Schmutzschrift unter die Mitglieder zu verteilen; neben anderen Schmeicheleien an den Verfasser sagte er in einer öffentlichen Erklärung: „Diese sogenannte Geschichte der sozialdemokratischen Partei charakterisiert sich als eine höchst unerquickliche, wenn nicht geradezu ekelregende Schmähung gegen einzelne Personen der sozialdemokratischen Partei, insbesondere gegen den Redakteur v. Schweizer, der jetzt im Gefängnisse sitzt und sich deshalb nicht einmal zu rechtfertigen vermag.“ Wenn so schon ein Talmisfreund der Arbeiter sprach, so

begreift sich leicht, welches Schicksal dem Wische beschieden war, wo er in wirkliche Arbeiterhände geriet.

Es half nichts: der „König im sozialen Reiche“ mußte mit einer „wissenschaftlichen“ Widerlegung des Sozialismus heraus, wenn den Arbeitern noch imponiert werden sollte. Unter dem Titel: Die Abschaffung des geschäftlichen Risiko durch Herrn Lassalle, veröffentlichte Schulze-Delitzsch jetzt seine Antwort auf Lassalles Bastiat-Schulze, fast zwei Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift. Was lange gewährt hatte, wurde diesmal nicht gut. Zwar tiftelte Schulze den einen oder den anderen Widerspruch an den Produktivassoziationen mit Staatskredit heraus, soweit diese Forderung Lassalles noch mit einem letzten Neste des kleinbürgerlichen Sozialismus behaftet war, aber selbst einen so geringen Erfolg erreichte der Sparapostel nur durch die Fiktion, daß Lassalle seine Forderungen überhaupt für die kapitalistische Gesellschaft, für die Welt der auf Kapital und Spekulation gebauten Einzelwirtschaften berechnet habe. Sonst bedienten sich die beiden „Gedanken“, auf denen Schulzes Schrift beruhte, wie zwei Klowns im Zirkus, mit schallenden Maulschellen. Um seine Selbsthilfe anzupreisen, erklärte Schulze, das ökonomische Schicksal des einzelnen hänge weit überwiegend von seiner persönlichen Fähigkeit und Tüchtigkeit ab; um den Unternehmergewinn zu retten, erklärte er umgekehrt, wer Arbeit und Vermögen an ein Geschäft wage, laufe stets Gefahr, beides zu verlieren, und müsse für dies niemals zu beseitigende Risiko durch den Kapitalprofit entschädigt werden. Natürlich quittierte die Bourgeoispreffe das Geschreibsel als „glänzende Widerlegung“ Lassalles, aber wo es eigentlich wirken sollte, da erfuhr es eine niederschmetternde Kritik.

Unter dem geistigen Einflusse der sozialdemokratischen Agitation waren die Arbeiterbildungsvereine immer schwieriger geworden. Sie hatten bereits auf ihrem dritten Vereinstage, der im August 1865 in Stuttgart zusammengetreten war, den Beschluß gefaßt, daß jeder Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht wirken müsse. Nun aber kam ihr Organ, die Koburger Arbeiterzeitung, die immer so tapfer auf Lassalle geschmüht hatte und auf Schulze immer so gut zu sprechen gewesen war, um dessen neueste Schrift als einen Wirrwarr von unverbesserlicher Beschränktheit und hinterhältiger Täuschung zu zerzausen. Sie schloß ihre Besprechung: „Fürwahr, auch der nicht persönlich beteiligte Kritiker muß streng an sich halten, um nicht in ungemessenen Ausbrüchen des verdientesten

Unwillens, um nicht in dem Vorwurfe berechneter Treulosigkeit seinem beleidigten Gerechtigkeitsgeföhle Luft zu machen. Aber wie kommt denn nur Herr Schulze zu solchen, tief ins menschliche Gewissen hinein reichenden Dingen? Wie erklärt es sich, daß ein bis dahin geachteter Mann so gewissenlos erscheint? Das muß ein Fehler im Kopfe sein, der sein Herz in Verwirrung bringt. Wir sehen nur eine Lösung des Rätsels: Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkte der Unternehmer und kann sich gar keinen Zustand vorstellen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelkapitale, das Spekulieren von Geschäft zu Geschäft, der Krieg aller Millionen Taler unter sich, jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdigerweise immer zu Arbeitern spricht. . . . Von der riesigen Frage des Großkapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheuren Krise des 19. Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häfzelt und tipfelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die übergreifende Großindustrie halten? Das ist seine Spezialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort geniert er niemanden. Wenn Herr Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der ‚Arbeiterfrage‘ zu reden, oder gar die Arbeiterfrage zu lösen! Wir hoffen, ihm durch diese Beurteilung den Dienst zu erweisen, daß er sich endlich selbst kennen lernt und künftig nur bei staatspolizeilichen Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitssmaßregeln mitredet, aus der sozialen Frage aber vorsichtig seine Finger herausläßt. Denn wenn selbst Vassalle der größte Faselhans seines Jahrhunderts wäre, so würde dadurch Schulze-Delisch noch um kein Jota gescheiter.“ So begannen sich die getreuesten Vasallen gegen den „König im sozialen Reiche“ zu empören.

Nach dieser Vorarbeit von bürgerlicher Seite ging Schweizer selbst daran, zu dem Länglein aufzuspielen, das „der tote Schulze gegen den lebenden Vassalle“ gewagt hatte. Es geschah in einer Reihe glänzender Aufsätze, die Schweizer im Gefängnisse schrieb, der einzigen, und leider der einzigen, seiner ökonomischen Abhandlungen, die heute noch durch einen besonderen Abdruck weiteren Kreisen bekannt ist. Er legte in dieser Arbeit das Hauptgewicht auf die praktische Durchführbarkeit, auf die ungeheuren Vorzüge der vergesellschafteten Produktion und behandelte die Produktivassoziationen mit Staatskredit als bloßes Übergangsmittel;

er fußte mit anderen Worten weit mehr auf dem Bastiat-Schulze, als auf dem Offenen Antwortschreiben Lassalles. So war er immer bestrebt, im Geiste Lassalles alles Anfechtbare und Mißverständliche auszuschließen, was die Worte Lassalles enthalten mochten. Die Ansicht, als ob Schweitzer ein Epigone Lassalles in dem Sinne gewesen sei, daß er über der Hülse den Kern verkannt habe, ist völlig hinfällig; man braucht nur die alten Jahrgänge des Sozialdemokraten zu durchblättern, um sie in ihr Nichts zusammenfallen zu sehen.

Nicht als ob Schweitzer theoretisch über Lassalle hinausgekommen wäre, als ob er schon Gesichtspunkte erfaßt gehabt hätte, die Marx erst später im Kapital entwickelt hat. In dieser Beziehung läßt sich nur sagen, daß Schweitzer aus den früheren Schriften von Marx manches richtiger zu erkennen wußte, als Lassalle. In einer längeren Polemik mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung druckte er einmal das klassische Programm des historischen Materialismus ab, das Marx in der Vorrede seiner Schrift von 1859 niedergelegt hatte, und wußte es vortrefflich zur historischen Kennzeichnung der großen französischen Revolution zu verwerten. So auch führte er im Sinne von Marx aus, daß der von Lassalle vielfach noch gebrauchte Ausdruck: Arbeiterstand ungenau sei, daß die alten historischen Stände in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschwunden und an ihre Stelle Klassen getreten seien. In den Fragen aber, die Marx erst später in seinem Hauptwerke klar gestellt hat, in den Fragen des ehernen Lohngesetzes, der moralisch-rechtlichen Auffassung des Mehrwerts und ähnlichen, blieb Schweitzer auf den Pfaden Lassalles, nur daß er sie immer geradeaus auf ihr revolutionäres Endziel verfolgte, auf das Endziel, das schon im kommunistischen Manifeste gesteckt worden war.

Die Produktivassoziationen mit Staatskredit behandelte Schweitzer als einen Keil, der die kapitalistische Gesellschaft sprengen, der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen solle. Er beugte sorgfältig dem Mißverständnisse vor, als ob durch sie eine neue Klasse behäbiger Kleinbürger geschaffen werden solle, und betonte nachdrücklich, daß die Produktivassoziationen nach Lassalles und Schulzes Prinzipien sich nicht graduell, sondern prinzipiell unterscheiden. Die Produktivassoziationen, die das Bürgertum für die Arbeiter wolle, seien gewöhnliche Erwerbsunternehmungen und Geldspekulationen ohne tiefere Bedeutung, die Produktivassoziationen aber, die das Proletariat für sich erstrebe, seien

soziale, den ganzen Menschen ergreifende Versuche zur Verwirklichung einer großen zivilisatorischen Idee.

In einer Polemik gegen ein konservatives Blatt schrieb Schweitzer über Lassalles Hundertmillionenplan: „Jeder Vernünftige und ehrlich Urteilende weiß, daß Lassalle damit nur nachgewiesen haben wollte, mit wie verhältnismäßig geringen Mitteln die neue Produktionsweise angebahnt werden könne. Niemals und an keinem Orte aber hat er ausgesprochen, daß er jetzt, wenn man ihm diese hundert Millionen zur Verfügung stellte, dieselben angenommen hätte und zu solchen Zwecken angewandt wissen wollte.“ Demgemäß hielt Schweitzer auch immer auf eine richtige Erklärung des allgemeinen Wahlrechts und der Staatshilfe, die Lassalle gefordert hatte. Er machte weder ein Hehl daraus, daß allgemeines Wahlrecht und allgemeines Wahrecht, je nachdem es von der bürgerlichen oder der sozialen Demokratie gefordert werde, noch auch daraus, daß Staat und Staat, je nachdem es sich um den Staat der Besitzenden oder den Staat der nichtbesitzenden Klasse handle, völlig verschiedene Dinge seien. Für die bürgerliche Demokratie, die Demokratie der Besitzenden Klassen, sei das allgemeine Wahlrecht eine Forderung der Rechtsgleichheit, der freien Persönlichkeit, für die soziale Demokratie, die Demokratie der arbeitenden Klassen, sei es die unmittelbare Herrschaft über alle Organe der Staatsgewalt. Für die Besitzenden Klassen sei der Staat ein Mittel, die nichtbesitzenden Klassen zu bändigen, für die nichtbesitzenden Klassen aber ein Mittel, alle sozialen Ungleichheiten aufzuheben. Deshalb hätten wohl die Besitzenden Klassen ein großes Interesse an einer starken Staatsgewalt, aber keineswegs die arbeitenden Klassen. Deren Interesse ging dahin, keinen Präsidenten und am allerwenigsten einen unverantwortlichen Präsidenten an der Spitze der Staatsgewalt zu dulden, vielmehr selbst durch verantwortliche Organe die Staatsgeschäfte zu besorgen und den Staat sich vollkommen bedien zu lassen mit der Gesellschaft. Das konstitutionelle Königtum und die bürgerliche Republik seien die mit den Interessen der Besitzenden Klassen verträglichsten Staatsformen; im Interesse der nichtbesitzenden Klasse liege die soziale Republik, in der das Volk und nicht bloß eine einzelne bevorzugte Gesellschaftsklasse souverän sei, oder ein starkes selbstherrschendes Königtum, das, eifersüchtig auf die Übermacht des Besitzes, seine Stütze in den Massen suche. Freilich könne ein solches Königtum die Grundlage des Klassenkampfes nicht auf-

heben und nicht politische Freiheit gewähren. Dies sei nur möglich durch die Herstellung des reinen sozialen Volksstaats, des Idealstaats, den die arbeitende Klasse erkämpfen müsse.

In einem einzigen Falle hat Schweitzer die geistige Erbschaft Lassalles nicht vor mißverständlichen Schlagworten behütet, sondern um ein mißverständliches Schlagwort vermehrt. Zur ersten Wiederkehr von Lassalles Todestage druckte er das Konzept einer Rede ab, die Lassalle vor Berliner Arbeitern gehalten hatte, worin es hieß: „Wie sehr ich gerade der Reaktion am feindlichsten gegenüberstehe, wie ich auch der Fortschrittspartei nur insofern feindlich gegenüberstehe, als sie selbst noch mit der Reaktion auf gemeinschaftlichem Boden steht, das mögen Sie am kürzesten aus der Erklärung entnehmen, die neulich ein reaktionärer Abgeordneter, der Graf Wartensleben, in der Kammer abgegeben hat. Herr Birchow hatte nämlich bis in die Räume der Kammer hinein die Verleumdung getragen, daß ich mit der Reaktion im Bunde stehe. Hierauf erklärte Graf Wartensleben wörtlich: Lassalle ist ebensowenig unser Verblinderter, wie ich ihn für den Verblindeten der Fortschrittspartei halte. Er steht als unser gemeinsamer Feind vor dem Tore.‘ Gegen die Wahrheit dieser Erklärung läßt sich nichts einwenden. Ihren, der Reaktionäre und der Fortschrittspartei, gemeinsamen Feind, der bereits vor den Toren stehe, und den sie also gemeinsam abwehren müßten, nennt mich Graf Wartensleben. Vor mir also verschwinden die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen. Vor mir also sinken sie trotz dieser Unterschiede zu Einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen.“ Auf diese Worte Lassalles bezog sich der Sozialdemokrat häufig in der nächsten Zeit, als ihm fast jeder neue Tag eine neue fortschrittliche Verleumdung und eine neue polizeiliche Plackerei ins Haus brachte. Daraus entwickelte sich dann allmählich das Schlagwort von der „reaktionären Masse“, die alle anderen Parteien gegenüber der Arbeiterpartei bilden sollten, ein Schlagwort, das später, als sein eigentlicher Ursprung vergessen war, sehr mit Unrecht als ein prinzipieller Teil der Lassalleschen Politik aufgefaßt worden ist, und in diesem Sinne mancherlei Mißverständnisse hervorgerufen hat. Freilich mehr in der Theorie als in der Praxis, denn der bürgerliche Liberalismus hat kaum jemals darauf verzichtet, der Arbeiterbewegung eine mindestens ebenso heftige Feindschaft zu zeigen, wie ihr die feudale Reaktion nur immer zeigen konnte.

Ohne dem sozialdemokratischen Prinzip irgend etwas zu vergeben, hatte Schweitzer mit seiner Taktik innerhalb eines Jahres bedeutende Erfolge erzielt. Das Proletariat des Maingaues wie des bergisch-märkischen Industriebezirks war ganz von sozialistischen Tendenzen erfüllt. Von Hamburg drang die Propaganda nach Schleswig-Holstein, von Dresden und Leipzig nach Chemnitz, Glauchau, ins Erzgebirge vor. In Braunschweig entwickelte sich eine kleine Gemeinde hoffnungsvoll unter der sorgsamten Pflege Wilhelm Brackes, eines jungen Kaufmanns, der, in reinstem Idealismus für die Sache der Armen und Enterbten erglühend, schwärmerische Begeisterung mit praktischer Nüchternheit zu verbinden verstand. In der preussischen Provinz Sachsen verzweigte sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach Magdeburg, Naumburg, Erfurt, und von hier aus in die thüringischen Kleinstaaten, nach Apolda, Weimar, Jena. In Ostelbien wuchsen die schlesischen Gemeinden zu einer immer stärkeren Stütze des Vereins heran, in Stettin sammelten sich die ersten Anhänger, namentlich aber in Berlin eröffneten sich die erfreulichsten Aussichten. Und fast noch bedeutungsvoller als die unmittelbare Ausbreitung des Vereins war die Strömung, welche die proletarische Bewegung immer stärker auf die sozialistische Seite drängte.

Praktisch wurde den Arbeitermassen die Notwendigkeit des Klassenkampfes durch den hartnäckigen Widerstand eingepaukt, auf den jeder Anlauf zur Besserung ihrer Lebenshaltung bei der Bourgeoisie stieß, theoretisch wurden sie aufgeklärt durch den Kampf mit ihren sozialdemokratischen Kameraden, in den die Bourgeoisie sie zu jagen bemüht war. Die fortschrittliche Behauptung, daß nur der unüchtige Bodensatz des Proletariats nach dem Goldregen Lassallescher Staatsgelder schmachte, erwies sich immer mehr als eine Tendenzlüge. Was Albert Lange sofort erkannt hatte, das mußte jetzt auch schon dies oder jenes einsichtiger Bourgeoisblatt zugeben, daß nämlich gerade die intelligentesten und kräftigsten Proletarier in der sozialdemokratischen Bewegung tätig seien, daß in dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine eine ganz andere Macht heranwuchs, als in Schulzes harmlosen Bildungs- und Konsumvereinen. Nicht zuletzt erwiesen sich die sozialdemokratischen Feste als kräftige Agitationsmittel; das klassenbewusste Proletariat mußte schon in seinen Anfängen der altersschwachen Bourgeoisie zu zeigen, wie politische Parteien ihre Feste feiern mußten. In den Festreden einfacher Arbeiter brach eine Fülle aufkeimender Geisteskraft hervor;

die Rede, die der Tuchschereergeselle Wahl, ein ganz junger Mann noch, der leider schon im nächsten Jahre am Magentkrebse starb, im Herbst 1865 bei einer Totenfeier Lassalles in Augsburg hielt, machte auch in bürgerlichen Kreisen bedeutendes Aufsehen.

Trotz aller dieser Fortschritte war aber die durch Lassalles Tod gestellte Aufgabe erst halb gelöst. Die Organisation der jungen Arbeiterpartei stand nicht auf gleicher Höhe mit ihrer Taktik. Zwar hatte die straffe Zentralisation des Vereins bei den politischen Aktionen für die Koalitionsfreiheit und für das Vereinsrecht so große Vorzüge gezeigt, daß niemand daran denken konnte, sie anzutasten. Sie hatte moralische Wirkungen hervorgebracht, die weit hinausgingen über das Gewicht, das der Verein schon tatsächlich in die Waagschale zu werfen vermochte. Aber moralische Wirkung, so groß sie sein mag, ist noch lange nicht politische Macht; neben dem Geiste, der aufzuklären und zu überzeugen mußte, bedurfte die Arbeiterbewegung eines Körpers, der handeln und schlagen konnte.

Hiermit sah es aber trübe aus. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stand als politischer Körper immer noch nicht auf festen Füßen; ihm fehlte namentlich nach wie vor der Rückgrat einer guten Finanzverwaltung. Der Sozialdemokrat wurde aus den privaten Mitteln Hoffstetens unterhalten; er hatte nur erst einige hundert Abonnenten und deckte noch lange nicht seine Unkosten. Die persönliche Diktatur Lassalles war in Bernhard Beckers Händen zu einem Herrbilde entartet. Die paar verständigen Anordnungen, die Becker verfügt hatte, waren ihm von Schweitzer vorgeschrieben worden; wo er selbständig zu handeln versuchte, richtete er fast immer nur Unheil an. Sein einziges Verdienst um den Verein blieb die Agitationsreise, die er im Januar 1865 in den schlesischen Weberbezirken unternommen hatte. Wie er den Streit zwischen Marx und Schweitzer durch sein persönliches Eingreifen vergiftete, so stellte er den Verein auch sonst bloß, sei es, daß er sich als „Präsident der Menschheit“ aufspielte, sei es, daß er einen unerquidlichen Lokalstandal in Frankfurt dadurch hervorrief, daß er sich als ungebetener Gast bei einer fortschrittlichen Kneiperei einfand, sei es, daß er in Braunschweig, wie Bracke bezeugt, durch taktloses Auftreten die kaum gewonnenen Arbeiter wieder stutig machte. So konnten die Dinge unmöglich fortgehen. Der mühsam eroberte Boden ließ sich nur sichern, wenn dem Verein alles Sektenhafte abgestreift, wenn er zu

einer wirklichen Arbeiterpartei erweitert wurde, die bei aller strengen Zentralisation doch so organisiert war, daß sie durch die zufällige Unfähigkeit des Präsidenten nicht lahmgelegt werden konnte. Das war die Ansicht Schweizers, der eine Reihe der tüchtigsten Mitglieder, wie Audorf, Bracke, Frigische, York und andere mehr oder weniger zustimmten.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten des Vereins und der Redaktion des Vereinsorgans kam zum öffentlichen Ausbruch, als Becker darauf bestand, die zweite Generalversammlung zum 25. November 1865 nach Frankfurt einzuberufen, wo er sich seit seiner Ausweisung aus Berlin aufhielt. Er war formell berechtigt, diese Anordnung zu treffen, aber tatsächlich war sie ein weiterer Schritt zur fettenhaften Verkrüppelung des Vereins. Die erste Generalversammlung hatte in Düsseldorf stattgefunden, dann war das Stiftungsfest, gewissermaßen eine formlose Generalversammlung, in Frankfurt gefeiert worden, nun sollte auch noch die zweite Generalversammlung im Südwesten beraten, während sich im Nordosten eine große politische Katastrophe vorbereitete und an ihrem Zentralpunkte Berlin zugleich die Arbeiterbewegung hohe Wellen zu schlagen begann. Das hieß den Verein gewissermaßen aus der Schutzweite der politischen Entscheidungen bringen und zugleich die unfähige Diktatur Beckers mindestens auf ein Jahr verlängern. Gerade in Frankfurt hatte er aus seinen besseren Tagen einigen Anhang, und es war vorauszusehen, daß die Generalversammlung, wenn sie hier stattfand, von auswärts schwach besucht werden würde. Besonders den armen sächsischen und schlesischen Gemeinden konnte nicht zugemutet werden, ihre Delegierten zum drittenmale binnen Jahresfrist auf eine verhältnismäßig kostspielige und weite Reise zu schicken. Zur Reorganisation des Vereins war aber eine möglichst zahlreich besetzte Generalversammlung notwendig, und so verlangte Schweizer, daß sie in Leipzig tagen sollte, einem Orte, der sich in jeder Beziehung besser empfahl als Frankfurt.

Jedoch hatten die brieflichen Vorstellungen, die er bei Becker erhob, keinen Erfolg. Becker antwortete erst mit leeren Ausflüchten und dann mit Drohungen. Nun ging der Sozialdemokrat öffentlich vor und verlangte am 19. November die Verlegung der Generalversammlung nach Leipzig, wobei er allein die Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit geltend machte, die für Leipzig sprachen. Seine Forderung fand in vielen Gemeinden lebhaft Zustimmung. Becker aber vertagte am

21. November die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit und legte das Präsidium nieder, indem er seine Befugnisse auf Fritzsche als Vizepräsidenten übertrug.

Ob Becker damit bezweckte, die Flinte ein- für allemal ins Korn zu werfen, oder eine Verwirrung zu schaffen, die ihm dennoch den Sieg verschaffen sollte, läßt sich um so weniger mit Bestimmtheit sagen, als er überhaupt nicht der Mann klarer Entschlüsse war. Jedenfalls richtete er eine große Verwirrung an, die noch dadurch gesteigert wurde, daß Schweizer in diesen Tagen verhaftet wurde. Fritzsche, der mit Schweizer's Plänen übereinstimmte, ging am 26. November nach Frankfurt, um die Vereinsakten von Becker zu übernehmen, fand hier aber einige Delegierte vor, die zu der inzwischen vertagten Generalversammlung eingetroffen waren und nunmehr durchsetzten, daß Fritzsche eine neue Generalversammlung zum 30. November nach Frankfurt einberief. Das Verfahren war sehr tumultuarisch, denn der von Fritzsche einberufene Generalversammlung fehlte selbst die formelle Rechtsgiltigkeit, welche die von Becker ursprünglich einberufene Generalversammlung immer noch hatte für sich beanspruchen können. Die Gründe, die das Vorgehen der in Frankfurt erschienenen Delegierten bestimmten, waren wohl verschieden: die einen, wie Hasenclever und Böcke, meinten und sagten, daß die Sorge für die gefährdete Existenz des Vereins jeder anderen Forderung vorangehen müsse; andere, wie Hillmann, scheinen nach ihrem späteren Verhalten aus weniger aner kennenswerten Motiven gegen eine gründliche Reorganisation des Vereins und die damit verbundene Beseitigung der finanziellen Mißwirtschaft eingenommen gewesen zu sein. Mit seinen Andeutungen über eine notwendige Änderung der Statuten stieß Fritzsche auf taube Ohren, und als er am 30. November die von ihm einberufene Generalversammlung eröffnete, erhielt er sofort eine Art Mißtrauensvotum, indem ein Antrag auf Bestallung eines anderen Vorsitzenden einlief. Fritzsche verließ darauf die Generalversammlung, nachdem er seine Befugnisse als Vizepräsident auf Hillmann übertragen hatte, und reiste nach Leipzig zurück, um dort auch sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen. Er widmete sich jetzt vorwiegend der Gründung eines Gewerkevereins von Zigarrenarbeitern, zu dem die Vorbereitungen schon seit einiger Zeit im Gange waren.

Die Frankfurter Generalversammlung tagte am 30. November und 1. Dezember. Auf ihr waren 9421 Mitglieder in 58 Orten durch

20 Delegierte vertreten, die in ihrer Mehrheit aus dem Maingau und dem bergisch-märkischen Industriebezirke kamen. Nach stürmischen Debatten wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die zugleich ein Kompromiß und ein Provisorium darstellten. Die Generalversammlung sprach den Sozialdemokraten ihre „entschiedene Mißbilligung“ aus, weil er das durchaus berechnete Verfahren Beckers in der Anordnung der Generalversammlung öffentlich kritisiert habe, wählte aber Tölke an die Stelle Beckers zum Präsidenten, für die Dauer eines Jahres und vorbehaltlich der Bestätigung seiner Wahl durch die Urversammlungen der Vereinsmitglieder. Bis dahin sollten die Geschäfte des Vereins durch den Vizepräsidenten Hillmann besorgt werden. Zum Vereinskassierer wurde Försterling an Stelle Leovys ernannt. Diese Beschlüsse führten noch zu heftigen Auseinandersetzungen in vielen Gemeinden, namentlich weil ihre rechtliche Gültigkeit sehr anfechtbar war. Jedoch siegte der Wunsch, zunächst einmal die Existenz des Vereins zu sichern, über alle Bedenken, und am 1. Januar 1866 konnte Tölke die Leitung des Vereins übernehmen, da die Urversammlungen seine Wahl bestätigt hatten.

Auch der Sozialdemokrat räumte ein, daß die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung vorläufig anerkannt werden müßten, um den Verein vor jeder Zerspaltung zu bewahren. Aber er fügte hinzu, daß sobald als möglich eine neue Generalversammlung einzuberufen sei, um die Reorganisation des Vereins zu beraten, und er fuhr fort, diese Reorganisation im Sinne einer Sammlung aller sozialdemokratischen Elemente vorzubereiten. Albert Lange, der jetzt in freundlichstem Einvernehmen mit den Duisburger Vereinsmitgliedern stand, erläuterte die ganze Krisis im Voten vom Niederrhein zutreffend so, daß der Sozialdemokrat auf die Bildung einer sozialdemokratischen Partei und auf die Beseitigung derjenigen Einseitigkeiten hinarbeite, die diesem Streben im Wege ständen, während seine Gegner die fettenähnliche Abschließung des Vereins für nötig hielten. Deshalb von einem Solinger Sektierer als „Arbeiterfeind“ denunziert, erhielt Lange von einer Versammlung rheinisch-westfälischer Vereinsmitglieder, die am 17. Dezember in Duisburg tagte, eine schöne Ehrenerklärung. In ähnlicher Weise, wie Lange, faßte Wahlreich die Sachlage auf und sandte dem Sozialdemokraten einige Zeilen zu, worin er sich bereit erklärte, sein Verhalten in dem Konflikte mit Lassalle vor der nächsten Generalversammlung oder auch im Vereinsorgane zu rechtfertigen. Die Aufnahme dieser kurzen und

burchaus würdig gehaltenen Erklärung glaubte Hillmann als eine „gemeine Beschimpfung unseres großen Meisters Lassalle“ gegen den Sozialdemokraten ausspielen zu können, erhielt aber eine so treffende Antwort über „Präsidententerrorisnius und Settenfanatismus“, daß er auf eine weitere Diskussion verzichtete. Dagegen entzog er kurzweg am vorletzten Tage seiner Vizepräsidentenschaft dem Sozialdemokraten das Recht, sich Vereinsorgan zu nennen. Das kam dem Blatte aber durchaus gelegen; von seiner letzten Nummer des Jahres 1865 an nannte es sich „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

Der Amtsantritt Tölkes versprach ein Ende dieser Wirren. Ein energischer und gescheiter Mann, war Tölke aus anderem Holze geschnitten als Becker; strammer Lassalleaner und ganz durchdrungen von dem Werte einer straffen Zentralisation, war er den weiteren Auffassungen Schweizers doch nicht unzugänglich. Er versprach gleich in seiner ersten Kundgebung, außer in dringlichen Fällen stets die Zustimmung des Vorstandes zu wesentlichen Anordnungen einzuholen. Er ging auch willig auf den Plan der Statutenrevision ein und erkannte bis zur endgiltigen Entscheidung des Vorstandes den Sozialdemokraten als Vereinsorgan an. Es war nun doch alle Aussicht vorhanden, daß eine Organisation geschaffen wurde, welche die Früchte der Taktik in die Scheuern zu bringen gestattete. Nur schade, daß sehr viel zu tun war, um den Verein zu einer politischen Macht zu entwickeln; in der Vereinskasse befanden sich ganze sechs Taler, als Tölke die Leitung übernahm. Viele Monate mußten vergehen, ehe ausgeglichen werden konnte, was unter Becker versäumt worden war, und das zu einer Zeit, wo jeder Tag kostbar zu werden begann.

Denn am politischen Horizonte hatten sich schwere Wetterwolken aufgetürmt, und ehe die jungen Saaten der Revolution von Unten durch feste Schranken gesichert werden konnten, brach die Revolution von Oben wie ein verchlammender Strom über sie herein.

Drittes Kapitel.

Die Revolution von Oben.

I. Der habsburgisch-hobenzollernsche Konflikt.

Sobald der Wiener Friede im Oktober 1864 die Elbherzogtümer in den gemeinsamen Besitz Österreichs und Preußens gebracht hatte, begann zwischen diesen Mächten der Haber um die Beute. In absolutistisch-staatsstreckerischen Gellisten und in gänzlichem Mangel an nationaler Gesinnung waren das Berliner und das Wiener Kabinett einander würdig; in der schleswig-holsteinischen Frage aber besaß Bismarck stärkere Trümpfe, als seine gleich reaktionären Nebenbuhler an der Donau.

Blind in ihrer Eifersucht, und daneben von eingebildeter Angst vor der „Revolution“ gepeinigt, war die Wiener Politik beim ersten Auftauchen der schleswig-holsteinischen Frage ins preußische Garn gegangen. Sie hatte dadurch den mittel- und kleinstaatlichen Partikularismus vor den Kopf gestoßen und die sicherste Stütze ihrer Vorherrschaft über den deutschen Bund gefährdet. Dafür konnte ihr der schleswig-holsteinische Mitbesitz um so weniger eine Entschädigung sein, als sie mit der unwillkommenen Bescherung überhaupt nichts anzufangen vermochte. So blieb ihr nichts übrig, als reumütig zu ihrer alten Politik zurückzukehren und sich dahin zu entschließen, daß die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestage übertragen und, was auf dasselbe hinauslief, die Elbherzogtümer dem augustenburgischen Prätendenten ausgeliefert werden sollten.

Das ging nun nicht an ohne die Zustimmung des preußischen Mitbesitzers, und Bismarck dachte nicht daran, den Großmütigen zugunsten des Augustenburgers zu spielen. Höchstens wollte er den hilflosen Prätendenten als preußischen Vasallen zulassen, richtete aber diese Suppe, die er in den Februarbedingungen von 1865 kredenzte, so mager an, daß sie für die österreichische Eifersucht, und würzte sie durch seine offiziellen Federn so mit Hohn und Spott, daß sie für den dynastischen

Dünkel des Augustenburger und der sonstigen Jaunkönige von Gottes Gnaden ungenießbar wurde. Die preußische Diplomatie arbeitete für die hohenzollernsche, wie die österreichische Diplomatie für die habsburgische Hausmacht; deutschnationale Gesichtspunkte waren der einen so fremd wie der anderen, und die Vorwürfe, mit denen sie sich gegenseitig wegen Förderung der „Revolution“ bombardierten, durften auf beiden Seiten nur im pickwischen Sinne verstanden werden. Der Vorteil Bismarcks war nur, daß die Erhaltung der bundestäglichen Wirtschaft und die Stabilisierung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den Erbherzogtümern mit allen ökonomischen Interessen Deutschlands in schreiendem Gegensatz stand, wodurch die preußische Annexions- und Gewaltpolitik mehr hinter sich bekam.

Im Sommer 1865 waren die Dinge schon zum völligen Bruche zwischen Österreich und Preußen gediehen. Aber einstweilen fühlten sich die beiden Gegner noch nicht stark genug zum entscheidenden Waffengange. Sie verkleisterten den Miß noch einmal notdürftig durch den Vertrag von Gastein, der unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts das Herzogtum Holstein in österreichische, und das Herzogtum Schleswig in preußische Verwaltung gab. Jedermann wußte, daß damit nur eine Galgenfrist gewonnen sei, und niemand wußte es besser, als die hohen Vertragsschließenden selbst. Beide suchten nach Bundesgenossen, wobei Bismarck wieder die stärkeren Triumphe in der Hand hatte. Rußland war durch die am polnischen Aufstande geübten Schergen Dienste der preußischen Regierung gewonnen, und Bonaparte wurde durch arge Verlegenheiten seiner äußeren und inneren Politik dazu gebrängt, der italienischen Bewegung einen neuen Brocken in Gestalt Venetiens hinzuzwerfen, auf das Österreich weder gegen Geld noch gegen gute Worte verzichten wollte. Im September 1865 reiste Bismarck an den Hof Bonapartes, um von diesem erhabenen „Beschützer der Nationalitäten“ die gnädige Erlaubnis zur „deutschen Einigung“ zu erhalten. Konspiration mit dem Auslande für dynastische Eroberungszwecke war altpreußische Politik, und Bismarck wurde den glorreichen Überlieferungen des alten Fritz durchaus nicht untreu, als er sich zum „nationalen Hero“ aufzuschwingen gedachte durch ein preußisch-italienisches Angriffsbündnis gegen Österreich unter Bonapartes wohlwollendem Schutze. Die damals weit verbreitete Meinung, daß er bestimmte Verpflichtungen eingegangen sei, im Falle des Erfolges deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, mag

in dieser Form übertrieben gewesen sein; sicher ist, daß er Bonapartes Appetit auf deutsche Landsegen hinhaltend nährte, was zur Kennzeichnung seines „deutschen Patriotismus“ vollkommen genügt. Freilich darf nicht übersehen werden, daß alle anderen „deutschen Staatsmänner“, mochten sie in Wien, München, Dresden oder sonstwo hausen, in gleichem Falle nicht anders gehandelt hätten. Nationale Interessen dynastischen Zwecken zu opfern, war ihr altgewohntes und gern geübtes Metier; höchstens hätte ihnen die Fähigkeit Bismarcks gefehlt, Bonaparte schließlich doch übers Ohr zu hauen. Moralisch waren sie alle von gleichem Kaliber; worin Bismarck ihnen und ebenso seinem guten Freunde an der Seine über war, das waren zwei Eigenschaften, die in der Politik gar viel bedeuten: er hatte erstens einen Willen und zweitens ein Ziel.

Mit dem bonapartistischen Protektorate und dem italienischen Bündnisse hing aufs engste der Bundesreformplan Bismarcks zusammen. Er sagte zum General Govone, der als italienischer Unterhändler nach Berlin kam, aus der schleswig-holsteinischen Frage lasse sich leicht ein Kriegsfall machen, aber für einen großen Krieg sei diese Frage ein zu kleiner Anlaß. Die allgemeine deutsche Frage müsse ins Spiel gezogen werden; handle es sich um ein großes nationales Interesse, so werde Europa um so ruhiger zusehen. Europa hieß in diesem Falle Bonaparte, und auf bonapartistischem Pferdebufe hinkte Bismarcks Bundesreform einher. Nachdem am 8. April 1866 das preußisch-italienische Angriffsbündnis gegen Österreich abgeschlossen worden war, richtete die preußische Regierung am 9. April den Antrag an den Bundestag: eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrechte der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag zu berufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten, in der Zwischenzeit aber durch Verständigung der Regierungen untereinander diese Vorlagen herzustellen.

Die offizielle Begründung des Antrags enthielt den üblichen Redeschwall, womit aller Bonapartismus seine lösenlose, aber ränkevolle Politik zu verkleiden pflegt. Das allgemeine direkte Wahlrecht wurde als konservatives Prinzip empfohlen, das vom konservativen Standpunkt aus jedem anderen, auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus vorzuziehen sei. Die gegenwärtige Bundesverfassung überliefere Deutschland in großen europäischen Krisen entweder der Revolution

oder der Fremdherrschaft; um beides zu vermeiden, sei eine Bundesreform notwendig, die nach den Erfahrungen von 1848 weder durch das einseitige Vorgehen der Regierungen, noch durch das einseitige Vorgehen der Nation erreicht werden könne; nur durch das Zusammenwirken beider Faktoren könne auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung entstehen. Bismarck empfahl also das famose Prinzip der Vereinbarung, an dem die Parlamente des Revolutionsjahres gescheitert waren, als das unfehlbare Heilmittel der deutschen Wirren. Entweder unterlag er wirklich einem jener drolligen Mißverständnisse, denen sein interessierter Verstand bei der Analyse historischer Ereignisse zu unterliegen pflegte, oder es kam ihm, wofür sich gleichfalls zahlreiche Beispiele aus seiner Politik beibringen lassen, auf eine handvoll Phrasen mehr oder weniger nicht an, um seine wirklichen Zwecke zu verhüllen.

Diese wirklichen Zwecke gingen unzweideutig aus den Kundgebungen seiner offiziellen und offiziellen Presse hervor. Nach bonapartistischem Muster spielte Bismarck ein Doppelspiel, und zwar ein doppeltes Doppelspiel: einmal ein Doppelspiel zwischen den Dynastien und der Nation, und dann ein Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Kreuzzeitung sagte den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen: Nehmt, was ihr noch bekommen könnt; was euch Bismarck bietet, wird euch niemals wieder geboten werden. Für euch allein werdet ihr niemals mit der bürgerlich-nationalen Bewegung fertig werden; wollt ihr den Parlamentarismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, so braucht ihr ein deutsches Parlament. Freilich wird darin der parlamentarische Spektakel erst recht losgehen, aber „gegen alle derartigen Ausſchreitungen gibt es ein sehr einfaches Rezept — man kehrt sich nicht daran. Daß dies möglich ist, dafür liefern die letzten sechs Jahre preußischer Geschichte den schlagendsten Beweis.“ Umgekehrt sagte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Preußen bedauert, die Wahrnehmung machen zu müssen, daß einstweilen der Anschein entstanden ist, als ob die deutschen Regierungen gegen die nationale Reform unter die Waffen treten. Daß Württemberg, Hannover, Sachsen, Hessen-Darmstadt und andere Bundesstaaten sich nicht aus Liebe zum Prinzen von Augustenburg in einen Existenzkampf stürzen wollen, liegt auf offener Hand. Man wird der Wahrheit sehr nahe stehen, wenn man behauptet, daß die Regierungen, welche sich rüsten, indem sie einen gewaltigen Kampf gegen Preußen

heraufbeschwören, zugleich gegen die Verwirklichung auch der bescheidensten nationalen Forderungen Truppen aufbieten.“ Und dann drohte das offiziöse Hauptblatt, kaum noch verblümt, mit der „Revolution“, will sagen, mit der Depositionierung widerpenstiger Zwergdespoten durch preußische Gewalt.

Neben diesem Doppelspiele zwischen den Dynastien und der Nation lief das Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat einher. Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz lockte die Fortschrittspartei mit der Illusion, die sogenannte Bundesreform werde durch die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungstreit beseitigen. Der ganz amtliche Staatsanzeiger aber tischte ein für die Bourgeoisie sehr leckeres Gericht auf, indem er als die Grundzüge der Bundesreform eine Reihe ökonomischer Reformen aufzählte, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande, deutsche Konsulate und manches andere noch, das die hemmenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise ziemlich gründlich abzutragen versprach.

Verfagte die Bourgeoisie dennoch, so sollte das Proletariat durch das allgemeine direkte Wahlrecht gefördert werden. Bismarck glaubte, es jetzt mit diesem Trumpfe wagen zu können. Er rechnete mit den Massen der ostelbischen Landbevölkerung, in deren geistiger Nacht noch kein Morgenrot politischer Erkenntnis dämmerte; er hoffte, das passive Wahlrecht durch Verfassung der Diäten ebenso einzuschränken, wie er das aktive Wahlrecht durch Beseitigung der Klassenwahl erweiterte, und dann lebte er noch immer in dem holden Traum von dem „Monarchisten“ Casselle. Es hatte zwar schon manche Beckeruhr geschlagen, die diesen angenehmen Schlummer stören konnte; das Berliner Polizeipräsidium gestand später in einem amtlichen Berichte mit dünnen Worten, es habe anfangs den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für eine „besonnene und gesetzliche Agitation“ gehalten und ihn deshalb geduldet „trotz des Verstosses gegen § 8 des Vereinsgesetzes“ (Verbindung politischer Vereine), aber bei der Kölner Festangelegenheit seien ihm die Augen aufgegangen, und es habe sich beeilt, die Berliner Gemeinde zu schließen. Allein was der gemeine Polizeiverstand begriff, das begriff der geniale Staatsmann noch lange nicht. Einstweilen glaubte Bismarck, mit dem Feuer spielen zu können.

Die Kommission zur Beratung der Arbeiterfrage, deren Niederlegung die Regierung bei der Koalitionsdebatte versprochen hatte, war im Sommer 1865 einberufen worden, aber nach einigem weitläufigen Debattieren wieder auseinandergegangen, ohne etwas anderes zu hinterlassen, als einen Haufen wertloser Makulatur oder, wie es in der preussischen Bureaokratischen Sprache heißt, „schätzbaren Materials“. Das rote Gespenst mußte härter beschworen werden. Im Oktober 1865 schrieb Bucher an Marx, um ihm die Mitarbeit am amtlichen Staatsanzeiger anzutragen. Als er damit bei Marx abbligte, wandte er sich mit demselben Anliegen an den Privatdozenten Eugen Dühring, der damals gerade durch einige nationalökonomische Arbeiten bekannt geworden war. Dühring nahm die alte Idee Sismondis von der Unterkonsumtion der arbeitenden Klasse als dem Hauptgebrehen der kapitalistischen Produktionsweise wieder auf, wollte das Übel aber nicht, wie Hobbertus, durch einen staatlich eingeführten Normalwerkarbeitstag kurieren, sondern durch die selbständige Initiative der Arbeiter, die sich in freien Koalitionen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen sollten. Dühring ging auf die Mitarbeit am Staatsanzeiger ein, um sich halb mit der Redaktion zu überwerfen. Trotzdem erschien im April 1866 Wagener bei ihm, und beauftragte für den „intimen Gebrauch“ des Staatsministeriums eine Denkschrift über die Frage, wie „etwas für die Arbeiter getan“ werden könne. Dühring lieferte auch dies Pensum ab. Dann wurde Schweizer am 9. Mai aus der Haft beurlaubt, nachdem alle ärztlichen Zeugnisse, die er im Laufe des Winters über seinen leidenden Gesundheitszustand beigebracht hatte, bis dahin ohne jede Wirkung geblieben waren. Und endlich nahm die Gräfin Hagfeldt seit dem Anfange des Jahres 1866 ihre niemals völlig eingeschlafenen Wählereien mit verzehnfachter Kraft wieder auf. In ihrer Verblendung sah sie die preussische Bundesreform als die Erfüllung von Lassalles nationalem Programm auf und ihr demagogisches Treiben lief daraus hinaus, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu einem Werkzeuge Bismarcks zu machen, mochte sie nun mit dem „großen Minister“ in näherer oder fernerer Verbindung stehen und die reichen Geldmittel, die sie aus dem Fenster warf, aus ihrem eigenen Vermögen oder aus anderen Fonds schöpfen.

So sah die Revolution von Oben aus. Gegen die Misere der Bundestagswirtschaft war sie ungemein stark gewaffnet. Sollte sie noch niedergeschlagen werden, so konnte es nur durch die Revolution von Unten

geschehen. Aber die Revolution von Unten war ein Ding der Unmöglichkeit. Die Arbeiterklasse, die sie machen wollte, konnte sie noch nicht machen, und die bürgerliche Klasse, die sie machen konnte, wollte sie längst nicht einmal mehr in Worten, geschweige denn in Taten machen. Sobald sich die Dinge auf die Spitze des Schwertes hinauszuspiesen begannen, löste sich die bis über den Schellenhaus gepriesene Geschlossenheit der Fortschrittspartei in ein wildes Durcheinander auf. Bei den einen schlug der preußische Partikularismus durch alles Schaumgold nationaler Lebensarten durch. Twisten erklärte, daß „jede Alternative der Niederlage der preußischen Politik vorzuziehen“ sei, und Ziegler rief seinen Breslauer Wählern zu, das Herz der Demokratie sei stets bei den Fahnen des Landes. Die anderen wieder erschöpften sich in ohnmächtigen Klagen über die Gefährdung der materiellen Bourgeoisinteressen durch den drohenden Krieg und in ebenso ohnmächtigen Flüchen über den Bruch des Landfriedens. Darin tat sich besonders der Nationalverein hervor, der auch die Bismärksche Bundesreform feierlich verdammt. Die Kumpanei Bennigsen hatte so viel für die „preußische Spitze“ getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig blieb, und nun schrie sie Hetermordio, da sich die „preußische Spitze“ enthüllte, so wie sie war und wie sie nicht anders sein konnte.

Eine dritte Gruppe bildete die Deutsche Volkspartei, die sich, an den Erfolgen der fortschrittlichen und nationalvereinlichen Politik verzweifelnd, seit Jahr und Tag von ihr zu trennen begonnen hatte. Es waren manche ehrliche und tüchtige Demokraten darunter, wie Büchner, Eckardt, Labendorf, Pfau, aber auch sehr zweifelhafte Elemente, Frankfurter Winkelrepublikaner vom Schläge Sonnemanns, augustenburgische und welfische Partikularisten, die über die gefährdeten Gerechtigkeiten ihrer angestammten Fürsten ebenso blutige, wenn nicht noch blutigere Tränen vergossen, als über alle sonstigen Verruchtheiten Bismarcks. Als die Deutsche Volkspartei im September 1865 ihre konstituierende Zusammenkunft in Darmstadt hielt, stellte sich sofort heraus, daß über die beiden entscheidenden Probleme der Zeit, die nationale und soziale Frage, keine Einigung möglich sei. Die Partikularisten klammerten sich an ihr geliebtes Förderativprinzip, von dem es obendrein unentschieden blieb, ob es in monarchischem oder republikanischem Sinne gemeint sein sollte, und an der Forderung sozialer Reformen, durch die Büchner und Eckardt eine Annäherung an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anbahnen

wollten, stießen sich die Börsendemoskraten. Das Deutsche Wochenblatt in Mannheim, das Organ der Deutschen Volkspartei, erklärte, die nationale wie die soziale Frage als offene Fragen behandeln zu wollen!

In der zunächst brennenden Frage kam es dann doch zu einer Art Verständigung, insofern als eine „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten“ den Keim der deutschen Einheit und Freiheit bilden sollte. Ludwig Pfau erläuterte in einem besonderen Flugblatte, damit solle nicht die alte Triasibee aufgewärmt werden, die Aufteilung Deutschlands zwischen Österreich, Preußen und dem Bunde der Mittel- und Kleinstaaten; diese Triasibee sei „eine dreiköpfige Mißgeburt, von Professorenbüffel und Fürstendienerie im geschändeten Bette der Revolution erzeugt“. Die Koalition der Mittelstaaten, welche die Deutsche Volkspartei erstrebe, solle kein Ziel, sondern ein Anfang, kein Zweck, sondern ein Mittel sein, ein erster Kern, um den sich die übrigen Stämme gruppieren könnten. Gärardt aber führte im Deutschen Wochenblatte aus, man würde der Deutschen Volkspartei vor, daß sie zugleich die legitimistische und die republikanische Fahne trüge. Das sei jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Mitglieder der Partei seien Republikaner, aber trotzdem meinten sie es ehrlich mit der Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten, die das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten sei. Wollten die Fürsten den monarchischen Bundesstaat, so würde die Deutsche Volkspartei das Volk zu ihrer Unterstützung anrufen; wollten sie ihn nicht, so müßten sie sich gefallen lassen, von Bismarck verspeist zu werden. Wenn schon die ehrlichsten und klarsten Köpfe der Deutschen Volkspartei sich in solchen gewiß ehrlich gemeinten, aber hoffnungslos unklaren Vorstellungen bewegten, so war sie nicht eben zur Lösung der deutschen Frage berufen.

In diesem wüsten Chaos widerstreitender Interessen und Meinungen mußte sich nun die junge Arbeiterpartei ihren Weg suchen.

2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege.

Seit den Bismarckartikeln hatte der Sozialdemokrat konsequent dieselbe deutsche Politik verfolgt, nur daß er sich vor den mißverständlichen Arabesken hütete, womit die Bismarckartikel verziert gewesen waren. Hatte er in ihnen von Bismarcks „bedeutender“ Politik gesprochen, so glossierte er Bismarcks Pilgerfahrt an den Hof Bonapartes mit einem

beißenden Stoßsenfer über das „arme Preußen“, das „seiner großen Bläue voll, fürsichtlich gen Paris“ eile, um sich die Gunst Bonapartes durch den „Kaufpreis deutschen Landes“ zu erwerben. Von der alt-preussischen Demokratie der Walbeck und der Ziegler hielt sich der Sozialdemokrat völlig fern. Er sagte, die preussische Spitze sei nun einmal die preussische Spitze, und die herrschende Konfusion würde noch viel größer werden, wenn sie sich als verhüllte Reaktion, als Scheinliberalismus geberdete. Preußen sei seinem inneren Wesen nach ein absolutistischer Staat, ein liberales Preußen habe nie existiert und könne nie existieren. „Erwarten, daß dies sich je ändern könne, heißt etwas innerlich Unmögliches erwarten.“ Mit demselben Rechte könne man hoffen, daß jemals die Muftis und Memas der Türkei den christlichen Glauben predigen würden.

Ebenso scharf wie gegen den „preussischen Absolutismus“ wandte sich der Sozialdemokrat gegen die „österreichische Konföderationswirtschaft“. Österreich sei der Hort der deutschen Zerrissenheit, und deshalb ständen die reaktionären Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten auf seiner Seite. Sei aber die Verösterreichung und die Verpreußung Deutschlands gemeinschädlich und hassenswert, so sei die „Ertäselei“ in jeder Form lächerlich und verächtlich. Der Sozialdemokrat begrüßte die Deutsche Volkspartei als einen an sich aner kennenswerten Organisationsversuch der bürgerlich-demokratischen Elemente, die es noch in Deutschland gab, erklärte sich auch gern bereit, taktisch mit ihr zusammenzugehen, sobald es die Interessen der Arbeiterklasse erforderten, deckte aber rücksichtslos ihre Unklarheit in der nationalen und der sozialen Frage auf. Er hob hervor, daß die Beust und Dalwigk und die sonstigen mittel- und kleinstaatlichen Diplomaten, die sich jetzt als „rein deutsche Staatsmänner“ aufspielen wollten, „Minister aus der Zeit der blutigsten und krafftesten Reaktion, Fürstenknechte durch und durch“ seien, und die „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten“, welche die Deutsche Volkspartei erstrebte, tat er mit dem einfachen Satz ab, daß „wenn es ernst würde und irgend welche Fürsten zum Beispiel endgültig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zugunsten des Volkes oder zu gunsten eines großen Fürstenhauses auf ihre volle Souveränität verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Kollegen zu Füßen werfen, als unter dem Jubel des Volkes durch die Straßen ihrer Hauptstadt ziehen“ würden.

Den einzigen Weg zur deutschen Einheit und Freiheit erblickte der Sozialdemokrat in der deutschen Revolution. Da die letzte Aussicht auf eine solche Revolution in den Möglichkeiten gegeben war, die durch den gewaltsamen Zusammenstoß der deutschen Großmächte hervorgerufen werden konnten, so stimmte das Blatt nicht in das Friedensgeschrei der Bourgeoisie ein. Ebenso schrieb Albert Lange im Boten vom Niederrhein, wer aus tiefer liegenden Gründen wirklich wünsche, daß Bismarck durch den Versuch zur Ausführung seines Programms der republikanischen Partei Luft mache, der werde ihn jetzt am liebsten still gewähren lassen, bis er nicht mehr zurück könne. Und in einer Versammlung Leipziger Fortschrittler und Nationalvereiner, wo über den drohenden Krieg herzbrechend gejamert wurde, erklärte Webel als einziger Opponent, man solle doch nicht so furchtsam sein; aus dem Kriege könne ganz etwas anderes hervorgehen, als die Kriegführenden dächten; das Volk werde sich zur rechten Zeit erheben und den Krieg in seinem Sinne beendigen. Schlagfertig auf der Lauer stehen, kampfgelüftet und talbereit, jedem mißtrauend, sich selbst aber vertrauend: das war die Politik, die der Sozialdemokrat in der Krisis des Jahres 1866 der Arbeiterklasse empfahl.

Eine erste Möglichkeit praktischen Eingreifens sah er in Bismarcks Schachzuge mit dem allgemeinen Wahlrechte. Er täuschte sich natürlich nicht über Bismarcks Beweggründe und erwiderte auf die Lockungen der offiziellen Presse: „Was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einiges Deutschland, frei und einig durch den Willen der Nation. Will Preußen dieses verwirklichen helfen — gut, so mag es den Versuch machen, das gerade Gegenteil von dem zu werden, was es bisher war. In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unserigen gemacht hat, wollen wir bis auf weiteres zusammengehen, aber in keinem anderen. . . . So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreußentum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, um die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preußischen Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt. Alles übrige gehört ins Gebiet offiziöser Wünsche und Illusionen.“ Der Sozialdemokrat sprach offen aus, daß Bismarck zu seiner „halben und unkräftigen Parlamentsberufung“ „nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage der Dinge“ geschritten sei; er sprach ebenso offen aus, daß es das

„Erbärmlichste von allem“ sein würde, wenn sich die Arbeiter dadurch täuschen ließen. Aber er riet, die Verlegenheit des preussischen Ministers auszunützen. Durch den guten Willen der Machthaber sei noch nie ein historischer Fortschritt vollbracht worden, aber oft genug durch ihre klug benützte Verlegenheit. Die Arbeiterklasse müsse die dargebotene Waffe gebrauchen, „nicht wie jene wollen, sondern wie wir wollen“ Darum gab der Sozialdemokrat die Parole aus: „Wir wählen! Wir wählen nicht, weil Bismarck dies Parlament berufen hat, wir wählen aber auch ebensowenig, ob schon er es berufen hat. Wir wählen darum, weil wir die ohnmächtige Politik des tatenlosen Zusehens verwerfen, weil wir uns beteiligen wollen an allem, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht, und weil nur wir, die Arbeiterpartei, es zu hindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes verrate.“ Zugleich empfahl der Sozialdemokrat die kräftigste Agitation für das allgemeine Wahlrecht, um Bismarck auf dem widerwillig betretenen Wege vorwärts zu treiben.

Diese hier kurz zusammengefaßte Taktik zieht sich wie ein roter Faden durch alle Artikel, die der Sozialdemokrat über die deutsche Frage veröffentlichte, vor und nach Schweizers Haft. Mögen bei seiner Beurteilung aus dem Gefängnisse gewisse Hintergedanken der Regierung mitgewirkt haben, so hat Schweizer den gewünschten Preis sowentig gezahlt, wie sich Marx auf Buchers Werbung einließ. Aus all dieser Zeit ist auch nicht ein Satz des Sozialdemokraten aufzufinden, der mittel- oder unmittelbar auf eine Förderung der preussischen Gewaltpolitik abzielte. Die Politik, die Schweizer der Arbeiterklasse empfahl, war zweifellos dieselbe Politik, die Lassalle, wenn er noch gelebt hätte, ihr empfohlen haben würde.

Nicht in der damaligen Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lag der wunde Punkt, sondern in seiner damaligen Organisation. Er war noch kein so festgeschlossener Körper, daß ihn das hereinbrechende Kriegsgewitter nicht in allen Fugen erschüttert hätte. Die große Masse der deutschen Arbeiter war noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, und wo sie es schon war, noch nicht so klar über ihre Klasseninteressen, um nicht in den Strudel gerissen zu werden, worin die deutschen Dinge einer allgemeinen Katastrophe entgegenrieben. Eine alte Kerntruppe des Vereins hielt sich tapfer genug, aber sie war nicht stark genug, um den empörten Wogen gebieten zu können, welche die Revolution von Oben aufwarf.

Nirgends in Deutschland prallten auf gleich engem Raume die nationalen und die sozialen Gegensätze so scharf aufeinander, wie im Königreiche Sachsen. Bourgeoisie und Proletariat standen sich unvermittelt gegenüber in dem industriell hoch entwickelten Ländchen, das jetzt, eingekreist zwischen Preußen und Österreich, zum Schauplatz des Krieges zu werden drohte. Die sächsische Politik leitete der österreichische Parteigänger Beust, vielleicht der gewandteste und jedenfalls der ruckloseste jener Zwergdiplomaten, die, noch triefend von allem Blute und Schmutze des weißen Schreckens, mit deutsch-nationalen Schlagworten um sich warfen. Seine Kriegsrüstungen erregten den Unwillen der sächsischen Bourgeoisie, die um keinen Preis die Geschäfte gestört sehen wollte, teilweise auch, wie namentlich in den großen Handels- und Industrieplässen des Landes, der kleinstaatlichen Verzopftheit müde war und von Preußen verspeist zu werden wünschte. Das sächsische Proletariat kam dadurch in eine sehr schwierige Lage. Es konnte sich weder für Bismarck noch für Beust begeistern; es konnte keine Revolution machen, aber es konnte auch nicht so leicht, wie etwa das rheinisch-westfälische Proletariat, eine abwartend-schlagfertige Stellung einnehmen, denn das Kriegsfeuer brannte ihm allzu dicht auf den Fingern.

Un und für sich befand sich das sächsische Proletariat gerade zu dieser Zeit in einer sehr erfreulichen Entwicklung. Die sächsischen Arbeiterbildungsvereine bildeten den Kern und Stamm der deutschen Arbeiterbildungsvereine überhaupt; der Dresdener Verein blühte unter dem Schuhmacher Knöfel, den Leipziger Verein hielt Webel auf alter Höhe, unter den Lehrern dieses Vereins war Liebknecht besonders tätig, der sich nach seiner Ausweisung aus Berlin in Leipzig niedergelassen hatte. Namentlich den Bemühungen Webels war es zu danken, daß sich die sächsischen Arbeiterbildungsvereine zu einem Gauverbande zusammengeschlossen hatten, im ganzen 29 Vereine mit 4579 Mitgliedern, mit denen an genossenschaftlichen Instituten 5 Sparkassen, 2 Vorschußvereine, 5 Konsumvereine, 1 Konsumbäckerei, 4 Krankenkassen, 2 Invalidenkassen, 2 Begräbniskassen und 1 Weberassoziation verbunden waren. Zwischen diesen Vereinen und den sächsischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bestand schon ein sehr freundliches Einvernehmen; beide Richtungen pflegten gemeinsam große Volksversammlungen abzuhalten, und eben jetzt hatte der Leipziger Arbeiterbildungsverein einen sehr entschiedenen Bruch mit der fortschrittlich-

manchesterlichen Agitation der Volkszeitung vollzogen. Zunächst gab auch die nationale Frage keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Am 28. April tagte in Dresden eine von 2500 Arbeitern besuchte Versammlung, die von Försterling und Knöfel einberufen worden war und unter ihrem gemeinsamen Voritze beriet. Sie forderte die Einberufung eines konstituierenden deutschen Parlaments, auf Grund des gleichen und direkten Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit, nicht allein zur Regelung der politischen Verhältnisse, sondern auch zur Inangriffnahme der sozialen Frage, und sie forderte ferner zur Unterstützung dieses Parlaments die allgemeine Volksbewaffnung. Prinzipiell stimmte dieser Beschluß durchaus mit der Haltung des Sozialdemokraten überein; er sprach unumwunden aus, daß nur die deutsche Revolution die deutsche Einheit und Freiheit retten könne. Aber freilich war damit noch nichts gesagt über die taktische Stellung des Proletariats zu den streitenden Mächten.

Diese Frage wurde brennend, als die Leipziger Bourgeoisie unter der Führung der städtischen Behörden vom sächsischen Ministerium die sofortige Abrüstung verlangte und damit eine preußenfreundliche Agitation eröffnete. Um ihr entgegenzuwirken, fand am 8. Mai eine von nahezu 6000 Personen besuchte Volksversammlung in Leipzig statt, an der ebenso wie an der Dresdener Versammlung beide Richtungen des sächsischen Proletariats gleichermaßen beteiligt waren. Fritzsche, Buttkc, Bebel und Liebknecht wohnten der Versammlung bei; den Vorsitz führte Steinert, der als Nachfolger Fritzsches die Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins leitete. In ihrem berechtigten Widerstande gegen die Bismärkschen Tendenzen der bürgerlichen Geldsäcke ging diese Versammlung über die Grenze hinaus, die der Sozialdemokrat inne zu halten trachtete. Alte Demokraten von 1848 meinten, gegen Beusts Vergangenheit lasse sich ja manches sagen, aber jetzt stehe er wie Österreich auf dem deutschen Standpunkte. Eine von Bebel eingebrachte Resolution hielt in ihrem Kerne noch an der Dresdener Resolution fest, erklärte sich aber auch schon einseitig gegen die preußische Eroberungspolitik und billigte die Rüstungen des Ministeriums Beust als „Verteidigungsmaßregeln“, während eine von Buttkc eingebrachte Resolution so gut wie vorbehaltlos die Politik Beusts ermunterte. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem außer den Antragstellern und anderen auch Fritzsche und Liebknecht dafür gesprochen

hatten; damit vollzog sich eine erste bedeutende Abweichung von der Politik des Sozialdemokraten.

Ähnlich wie im Königreiche Sachsen lagen die Verhältnisse im Maingau, nur daß hier der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch lange nicht so entwickelt war. Der Sturm, der die deutschen Zustände bis auf den Grund aufwühlte, deckte im südwestlichen Deutschland einen noch kleinbürgerlichen Grund auf. Eine von 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am 20. Mai in Frankfurt stattfand, wurde von den Mataboren der Deutschen Volkspartei beherrscht, wenn auch Arbeiter daran teilnahmen, wie Bebel von den Arbeiterbildungsvereinen und Welcker vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Beschlüsse dieser Versammlung unterschieden sich in sehr bezeichnender Weise von den Dresdener und auch den Leipziger Resolutionen. Sie erklärten sich ausschließlich gegen die friedensbrecherische Politik Bismarcks und nannten jede Neutralität Feigheit und Verrat. Indem sie die preußische Bundesreform unbedingt verwarfen, forderten sie die sofortige Konstituierung Schleswig-Holsteins als eines besonderen Staats, ferner ohne Erwähnung irgend eines Wahlrechts „ein konstituierendes, mit der nötigen Macht ausgestattetes Parlament“ und endlich als hölzernes Eisen „von den Regierungen die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung“. Gegen diese Beschlüsse sprach sich Welcker bereits sehr entschieden aus, während Bebel sie noch billigte und in den volksparteilichen Ausschuß eintrat, der ein Programm des Widerstandes gegen die preußische Herrschaft ausarbeiten sollte. Dies bald darauf veröffentlichte Programm hielt sich an die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, lenkte aber insofern etwas ein, als es neben der preußischen auch ausdrücklich die österreichische Spitze verwarf. Es wollte die deutsche Einheit als föderative Verbindung der deutschen Staaten auf Grund der Selbstbestimmung herstellen und die Gefahr eines Krieges an der Seite Österreichs dadurch mildern, daß die Bundesgenossen im Kampfe keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen sollten. Eine Aufforderung, die an und für sich vortrefflich war, aber, an die Beust und Genossen gerichtet, praktisch keine andere Wirkung haben konnte, als die Aufforderung an Hyänen, nicht die Gräfte zu entweichen, sondern sich wie die Lämlein auf der Weide zu nähren.

Ein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine fand in diesem Jahre wegen der unruhigen Zeitläufe nicht statt, doch trat der Ausschuß am

10. Juni in Mannheim zusammen, wo sich ergab, daß eine Minderheit dem preußenfreundlichen, die Mehrheit aber dem volksparteilichen Standpunkte zuneigte. Sonst wurden viele Klagen über die Teilnahmslosigkeit der Arbeiterbildungsvereine laut; die große Mehrheit von ihnen war mit ihren Kassenbeiträgen rückständig. Die Verwirrung in den Kreisen des deutschen Proletariats erschien so groß, daß Albert Lange die Hoffnung eines ersprießlichen Wirkens aufgab. Er ließ den Boten vom Niederrhein eingehehen und sagte in der letzten Nummer vom 29. Juni, er habe stets darnach gestrebt, die Arbeiter zur Einigkeit, zum Nachdenken und zum geregelten Gebrauch ihrer Macht zu bewegen. Jetzt würden die Massen durch Agenten aufgeregt, die ganz andere Zwecke verfolgten und über reichliche Mittel zu gebieten schienen. Im Herbst siedelte Lange dann nach der Schweiz über, von wo er leider erst wieder als todkranker Mann nach Deutschland zurückkehren sollte.

Über die Agenten mit den reichen Mitteln erhob auch der Sozialdemokrat lebhaft Klage. Jedoch nannte er das Kind beim richtigen Namen und beschuldigte die Gräfin Hagfeldt, hinter diesen Agenten zu stehen. Sie suche die Arbeiter durch die illusorische Hoffnung auf goldene Berge und mächtige Beschützer zu gewinnen, aber der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dürfe nie vergessen, daß er eine deutsch-demokratische Partei sei, der die Freiheit soviel gelte, wie die Gleichheit, die ohne die Freiheit nie zur Gleichheit gelangen könne. Da die Gräfin mit ihren wahren Absichten den Arbeitern nicht kommen durfte, so schlug sie ihre Haken an zwei äußerlichen Umständen ein. Einmal daran, daß die Polizeibehörde in Leipzig, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen Sitz hatte, die Wahl Tölkes zum Präsidenten nicht eher anerkennen wollte, als bis Tölke nachgewiesen habe, daß er durch den Verlust der preußischen Nationalfahne nicht um die bürgerlichen Ehrenrechte gekommen sei, und zweitens daran, daß die Statuten des Vereins durch die Verschmelzung des Präsidiums mit dem Sekretariat verletzt worden seien. Am 12. März hatte die Gräfin mit Tölke in Bohwinkel bei Elberfeld eine Unterredung, worin sie ihn zu einem „rettenden Staatsstreich“ aufforderte. Tölke sollte durch einen Machtspruch alles für null und nichtig erklären, was seit der Düsseldorfer Generalversammlung im Vereine geschehen sei, sich als unmittelbaren Nachfolger Lassalles und Willms als Sekretär des Vereins proklamieren. Dafür versprach die Gräfin, den Widerstand des Leipziger Polizeiamts gegen seine Wahl

zu beseitigen. Tölcke blieb fest, erließ aber, um der Gräfin möglichst jede Handhabe neuen Habers zu entziehen, am 29. März eine Verordnung, die das Sekretariat vom Präsidium wieder trennte und Hasenclaver zum Vereinssekretär ernannte. Am 1. Mai sollte Hasenclaver an den Wohnort Tölckes, nach Iserlohn, übersiedeln; wegen der Besoldung war zwischen beiden eine „die Klassenverhältnisse nicht berührende Einigung“ getroffen worden. Ferner ernannte Tölcke, bis zur polizeilichen Anerkennung seiner Wahl, den Hamburger Bevollmächtigten Perl zum Vizepräsidenten.

Mit alledem war der Gräfin Hasenfeldt natürlich nicht gebient. Obgleich sie in ihren Verhandlungen mit Tölcke besonders Hillmann als einen Träger der finanziellen Mißwirtschaft im Verein angeklagt hatte, machte sie den so schwer Beschuldigten jetzt mit einer kühnen Schwentung zu ihrem Mann, und Hillmann ging auf die nicht beneidenswerte Rolle ein. Solange Tölckes Wahl zum Präsidenten nicht die behörbliche Anerkennung gefunden hatte, konnte Tölcke als Präsident auch keine rechtsgültigen Anordnungen treffen; der einzige berechtigte Vertreter des Vereins war dann immer noch Hillmann, den die Frankfurter Generalversammlung mit der Leitung der Urwahlen betraut hatte, aus denen Tölcke als Präsident hervorgegangen war; so zogen Hillmann, die Gräfin Hasenfeldt und das Leipziger Polizeiamt ihre Schlässe.

Das Verhalten dieser Behörde war in hohem Grade zweideutig. Die parteiische Justiz des preußischen Novemberstaatsstreichs hatte manchem ehrlichen Manne die Nationalfokarbe abgesprochen, so auch dem alten Ziegler, der gern über den Verlust dieses kostbaren Schmucks zu spaßen pflegte. Wenn ihn aber preußische Junker baten, sie doch nicht gar so oft mit der ollen Kamelle zu necken, an die sie ungern erinnert seien, so drehte eine bürgerlich-städtische Behörde, wie das Leipziger Polizeiamt, für Tölcke daraus einen moralischen Strick. Vergebens wies Tölcke durch gerichtliche Erkenntnisse nach, daß er längst wieder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sei, falls er wirklich jemals nicht darin gewesen sein sollte: das Leipziger Polizeiamt verlangte eine Bescheinigung der Iserlohner Polizeibehörde, und die verweigerte Tölckes intimer Feind, der Bürgermeister Hillmann. Damit aber nicht genug! Je eifriger die Leipziger Polizei nach dem Splitter in Tölckes Auge suchte, um so eifriger übersah sie den Balken in Hillmanns Auge. Seit etwa einem Jahre befand sich Hillmann im Konkurs und konnte nach dem sächsischen

Bereinsgefeske nicht einmal Mitglied, geschweige denn Vorsitzender eines politischen Vereins sein. Vermutlich erklärt sich das sonderbare Verhalten des Leipziger Polizeiamts aus demselben Umstande, der es auf den ersten Blick doppelt sonderbar erscheinen läst; es war als städtische Behörde abhängig von dem Stadtrate und den Stadtverordneten, die zu eben dieser Zeit der Bismärdischen Politik ihr Wohlwollen zuwandten, just wie die Gräfin Hagfeldt, die mit ihrem Einfluß auf die Leipziger Polizei nicht genug zu prahlen wußte.

Am 10. Mai machte Hillmann den Staatsstreich, den Tölcke abgelehnt hatte. Er beraumte für den 20. Mai die Wahl eines neuen Präsidenten durch Urabstimmung in den Gemeinden an, berief zum 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung nach Barmen und ernannte Willms zum Vereinssekretär, wobei er das nun endlich an Willms auszahlende Legat Cassalles in goldenen Lichtern spielen ließ. Tölcke antwortete auf den Staatsstreich mit der Berufung des Vorstands nach Hamburg zum 21. Mai. Nun brach ein heilloser Wirrwarr herein. Die alten Mitglieder hielten zwar treu zur Fahne, und die von Hillmann angeordnete Präsidentenwahl wurde am 20. Mai nur in einzelnen Gemeinden vollzogen. Aber es zeigte sich jetzt wieder, wie sehr die traurige Finanzwirtschaft die Aktionskraft des Vereins geschwächt hatte. Der Sozialdemokrat hatte schon zum 1. April sein tägliches Erscheinen einstellen müssen, und kam wieder nur dreimal wöchentlich heraus, weil die Klagen der Mitglieder über den zu hohen Abonnementpreis nicht aufhörten. In der Vereinskasse war völlige Ebbe, während die Gräfin Hagfeldt das Gold mit vollen Händen ausschüttete; Tölcke konnte nicht einmal die Reisetkosten aufbringen, um bei der von ihm einberufenen Vorstandssitzung in Hamburg zu erscheinen. Der Vorstand kam überhaupt nicht in beschlusfahiger Zahl zusammen; nur etwa sechs seiner Mitglieder waren zugegen, die meisten aus Hamburg selbst oder aus nahegelegenen Orten: neben Audorf und Berl noch York aus Harburg, Deckwig aus Bremen, Bracke aus Braunschweig und Försterling aus Dresden.

Von Berlin fand sich Schweiger als Vertreter des Vereinsorgans ein, zugleich aber auch die Gräfin Hagfeldt. Sie rückte jetzt offen mit ihren Plänen heraus. Sie versprach, den Verein aus allen Nöten zu reißen und den Präsidenten wie den Sekretär aus ihrer Tasche zu besolden, vorausgesetzt, daß Hillmann zum Präsidenten gewählt würde.

Die Mehrzahl der anwesenden Vorstandsmitglieder antwortete ihr mit Lionel in der Jungfrau von Orleans: „Madame, geht nur nach Hause zurück! Wir wollen mit guten Waffen, nicht mit Weibern siegen.“ Aber die Gräfin gewann doch Deckwig für sich und namentlich den Vereinskassierer Försterling, der sich sofort ins Rheinland zu Hillmann und Willms verfügte. Die Organisation des Vereins war nun insofern völlig aufgelöst, als er keinen einzigen Beamten von unangefochtenem Rechtstitel mehr besaß.

Unter diesen Umständen einigten sich Schweiger und die treu gebliebenen Vorstandsmitglieder dahin, der Auffassung des Leipziger Polizeiamts nachzugeben. Sie rechneten darauf, daß die Mehrheit der Mitglieder sich unmöglich durch das durchsichtige Spiel der Gräfin Hagfeldt betören lassen könne. Lehnte die Generalversammlung aber ab, eine Kreatur der Gräfin Hagfeldt zum Präsidenten zu wählen, so war der eingerissenen Verwirrung am kürzesten gesteuert. Da Tölcke nicht in Hamburg erschienen war und also eine Verständigung mit ihm nicht erreicht werden konnte, so wurde beschlossen, durch den Sozialdemokraten öffentlich Perl als den Kandidaten vorzuschlagen, auf den sich die Stimmen aller Mitglieder vereinigen sollten, die den Verein nicht in die Hände der Gräfin Hagfeldt und ihrer Hintermänner geraten lassen wollten. Indem der Sozialdemokrat diesen Auftrag erfüllte, führte er den Arbeitern eindringlich vor, daß sie endlich für eine vernünftige Finanzwirtschaft des Vereins sorgen müßten. Es sei ihrer nicht würdig, sich auf Geschenke und Legate zu verlassen. So begreiflich es sei, daß sie bei der „unerhörten Geldwirtschaft“, die bisher im Verein geherrscht habe, ihre Groschen und Pfennige nicht hätten opfern mögen, so notwendig sei es, daß sie eine gute Finanzorganisation schufen und unterhielten. Die deutsche Arbeiterbewegung dürfe nicht an einem so elenden Hindernisse scheitern, an dem englische und französische Arbeitervereine noch nie gescheitert seien.

Das energische Eingreifen wirkte. Die Gräfin Hagfeldt und ihre Strohänner suchten nun noch neue Zeit zum Intriguieren zu gewinnen; sie verlegten die Generalversammlung vom 3. auf den 17. Juni, und dann auch noch, als sich die rheinisch-westfälischen Arbeiter in ihrer Masse von Hillmann lossagten, von Barmen nach Leipzig. Aber alle Kreuz- und Quersprünge halfen nichts: am 17. Juni trat die dritte Generalversammlung in Leipzig zusammen und wählte für den Rest des

Jahres Perl mit 6082 gegen Hillmann mit 3140 Stimmen zum Präsidenten. Vertreten waren 34 Orte durch 12 Delegierte. Die Mehrheit für Perl wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht bereits die Eisenbahnverbindungen nach dem Westen unterbrochen gewesen wären, so daß von den rheinisch-westfälischen Gemeinden, die fast durchweg für ihn gestimmt hatten, nur Barmen auf der Generalversammlung vertreten war. Hillmann versprach, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen, und erhielt den Dank der Generalversammlung für seine Haltung, was ihn und seine Beschützerin freilich nicht hinderte, schon am nächsten Tage neue Wühlereien zu beginnen.

Der Streit um das Amt des Schriftführers hatte dadurch seine praktische Spitze verloren, daß sowohl Hasenclever wie Willms als Landwehrmänner eingezogen worden waren. Provisorisch wurde J. Levien in Hamburg zum Schriftführer und J. M. Hirsch in Erfurt zum Kassierer ernannt. Hirsch war Geschäftsführer in einer Weinhandlung, aber trotz seines Berufs ein echtes Proletariertkind, eines Leinewebers Sohn, der schon mit vier Jahren ans Spulrad gesetzt worden war, und alles Elend der durch den Maschinenbetrieb proletarisierten Weberklasse gründlich durchgestofet hatte, bis ihn ein Zufall, zuerst als Laufburschen, ins Weingeschäft verschlug.

So war vorläufig der Verein neu gefestigt und konnte wieder an politische Aktionen denken. Während der wochenlangen Wirren war auch der Sozialdemokrat politisch lahmgelegt gewesen; eine Artikelreihe über „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Sozialdemokratie“ brach er mit der bitteren Bemerkung ab, es sei lächerlich, sozialdemokratische Politik zu treiben, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aus einem Spiel- und Zantvereine nicht wieder eine ernsthafte Aktionspartei geworden sei. Die Legende, daß Schweizer nach seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse teils im Sozialdemokraten, teils auf Agitationsreisen durch ganz Deutschland verräterische Zettelungen für Bismarcks Politik betrieben habe, ist eben eine Legende. Aus dem Monat Juni liegen von ihm drei Kundgebungen vor, ein Aufsatz in den Nummern des Sozialdemokraten vom 6. und 8. Juni, ein Vortrag, den er am 11. Juni vor 1500 Arbeitern in Erfurt, und endlich ein Vortrag, den er am 16. Juni, am Vorabend der Generalversammlung, in Leipzig hielt. Alle drei zeugen sowohl für seine Ehrlichkeit, wie für sein Talent.

Der Aufsatz im Sozialdemokraten behandelte die Darlehensstellen, welche die preussische Regierung Mitte Mai eingerichtet hatte, zu dem

Zweck, Scheine im Betrage von 25 Millionen Talern auszugeben, die bei allen öffentlichen Kassen zu ihrem vollen Nennwerte angenommen werden sollten, ohne daß im Privatverkehr ein Zwang zu ihrer Annahme bestand. Als Zweck der Kassen wurde „Abhilfe des Kreditbedürfnisses“ angegeben, das sich namentlich für die Kleinbürger um so drückender fühlbar machte, je mehr die politische Krisis eine wirtschaftliche Krisis nach sich zog. Insofern waren die Darlehenskassen unzweifelhaft ein Hilfsmittel der Bismärckschen Politik. Die konservative wie die liberale Presse übertrieben ihre Bedeutung aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen. Die konservativen Blätter taten so, als ob die Errichtung der Darlehenskassen ein wunderbarer Geniestreich der Regierung sei, die damit den ökonomischen Leiden der Massen von Grund aus abhelfen wolle. Die liberalen Blätter aber warnten vor der Annahme des „falschen Geldes“, da das verfassungsmäßige Recht der Regierung zur Errichtung der Darlehenskassen mindestens sehr zweifelhaft sei und die unter allen Umständen notwendige nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses niemals zu erhalten sein werde. Sie behaupteten außerdem, die Darlehenskassen sollten nur dem großen Kapital helfen, wovon sich die biederen Manchesterleute nun mit einemmale nicht genug entsetzen konnten.

Gegenüber dieser von rechts und links her betriebenen Demagogie erfüllte Schweizer die erste Pflicht des Publizisten, Kumburg aufzudecken und die Massen über die für sie äußerst wichtige Frage aufzuklären, was es mit dem neuen Gelde auf sich habe. Er untersuchte zunächst die finanztechnischen Bedingungen seiner Ausgabe und kam zu dem Ergebnisse, daß ein Fekken Papier zwar niemals Geld sei, sondern nur die Stelle des Geldes vertreten könne, aber daß die Darlehenskassenscheine so sicher seien, wie preußisches Staatspapiergeld überhaupt. Ob das eine Papier verfassungsmäßig ausgegeben sei und das andere nicht, kümmere den Geldverkehr nicht, der mehr als irgend ein anderes Element in der menschlichen Gesellschaft die reale Sachlage ins Auge fasse, nicht aber ein doktrinär-theoretisches Gezänk, als zu welchem der preußische Verfassungstreit längst entartet sei. Gingen die Dinge für Preußen gut, so sei keine Gefahr bei der Annahme der Darlehenskassenscheine, im umgekehrten Falle fehle freilich alle Garantie, denn in Zeiten der Not machten die Staatsregierungen kurzen Prozeß mit den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Über die Darlehenskassen selbst sagte Schweitzer, sie seien nicht weniger als eine geniale Offenbarung, sondern ein schon öfters von den Regierungen angewandtes Mittel, um in großen Krisen eine geringe Linderung zu schaffen. An den ökonomischen Zuständen im ganzen und großen änderten sie gar nichts. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise verschuldeten diejenigen, die um dynastischer Zwecke willen die Kriegsgefahr beschworen hätten; durch die Darlehenskassen würde die Krisis nicht beseitigt, sondern nur ein wenig abgeschwächt. Dem großen Kapital kämen diese Kassen aber nur insoweit zu gute, als diesem Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich alles zu gute komme; unter dieser allgemeinen Voraussetzung nützten sie vorzugsweise dem kleinen Kapital, „nur freilich in der unter den jetzigen Verhältnissen einzig möglichen, nicht sehr trostvollen Weise“. Was die Arbeiter betreffe, so würden sie vom Kapital ausgebeutet, eierlei ob vom Groß- oder Kleinkapital; für sie hätten die Darlehenskassen den etwaigen Nutzen, daß die Möglichkeit fernerer Ausbeutung immer noch dem einfachen Verhungern vorzuziehen sei. Könnte durch die fortschrittliche Agitation gegen die Darlehenskassen das Budgetrecht der Volksvertretung gesichert werden, so müßten die Arbeiter gewiß in den ersten Reihen der Kämpfer stehen, aber dazu sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden, nachdem die Feigheit der liberalen Bourgeoisie die richtige Zeit für ein entscheidendes Auftreten längst verfehlt habe.

Der Vortrag, den Schweitzer am 11. Juni in Erfurt hielt, handelte über den Sozialismus und das Privateigentum am Grund und Boden. In der faßlichsten Weise erläuterte er das Wesen der Bodenrente und löste die chimärischen Einbildungen auf, worin sich die Bodenbesitzreformer heute noch bewegen. Er wies nach, daß nur die vergesellschaftete Produktion die furchtbaren Übel heilen könne, die das Privateigentum am Grund und Boden über die arbeitenden Klassen verhänge. Der Vortrag gehört nicht nur zu Schweitzers besten Leistungen, sondern auch zu dem Besten, was die sozialistische Literatur über die Grund- und Bodenfrage aufzuweisen hat; in gleich engem Rahmen ist diese Frage vielleicht niemals sonst mit gleich durchsichtiger Klarheit behandelt worden.

Endlich behandelte Schweitzers Vortrag in Leipzig die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Er recapitulirte die im Sozialdemokraten entwickelte Auffassung der deutschen Frage. Das unendlich Traurige, der namenlose Fluch der Lage sei, daß es sich allein darum

handle, ob Preußen oder ob Österreich in Deutschland herrschen solle, daß ein Drittes in diesem Augenblick und für die absehbare Zukunft nicht mehr möglich sei. Die junge Arbeiterpartei, die erst seit etlichen Jahren bestehe, könne diese Lage nicht mit einem Zauberschlage umändern, sie könne in diesem verhängnisvollen Augenblicke nur feststellen, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen seine Dynastien unmöglich sei, die liberale, besonders die kleindeutsche Bourgeoisie, der Gotthaismus, die Schuld daran trage. Weder für den preußischen Absolutismus, noch für die österreichische Verdummungswirtschaft könne die Arbeiterpartei sich begeistern, sie könne nur ihre Kraft daran setzen, die Konzession an die Arbeiterklasse, die der preußischen Regierung durch die Schwere der politischen Lage abgezwungen worden sei, zu einer wirklichen Er-rungenschaft zu machen. „Im ganzen preußischen Staat und in zweiter Reihe durch ganz Deutschland, soweit unser Einfluß reicht, müssen Massenversammlungen gehalten werden, die das allgemeine Stimmrecht als ein unveräußerliches, als ein selbstverständliches Recht des Volkes gebieterisch, ja drohend von der preußischen Regierung verlangen.“ Wenn man schließlich frage, ob die Arbeiter nicht doch noch in dem Streite zwischen Österreich und Preußen Partei ergreifen sollten, so sei die Antwort: „Noch nicht! Wenn es uns aber gelingt, die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen an uns — wenn die Dinge sich so gestalten, daß in Preußen allein unsere Operations-basis sein kann, während in Österreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben — dann, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht, wie Vagner und einfältige Schwächer sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung und die Bundeswirtschaft; dann werden wir hoffen und wünschen, dann werden wir, soviel wir können, das unsere tun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Österreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis sei.“ Gemäß dieser Auffassung beschloß den Tag darauf die General-versammlung, ungefäumt mit allen Kräften die Agitation für das all-gemeine Stimmrecht aufzunehmen, nach dem nicht nur das deutsche Parla-ment, sondern auch die einzelstaatlichen Landtage gewählt werden müßten.

Als dieser Beschluß gefaßt wurde, rollten bereits die eisernen Würfel über die Geschichte des deutschen Volkes.

3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Binnen weniger Wochen war eine völlig veränderte Sachlage geschaffen. In raschen Schlägen warf das preußische Heer die österreichische Kriegsmacht und die Truppen der Mittelstaaten nieder, die sich im entscheidenden Augenblick alle auf die habsburgische Seite geschlagen hatten. Die besiegten Regierungen, einschließlich des Wiener und ausschließlich des Karlsruher Hofes, bekundeten ihren deutschen Patriotismus dadurch, daß sie sich hilfesuchend in Bonapartes Arme warfen. Der französische Einspruch hielt den Siegeslauf der preußischen Waffen auf, und der Friede wurde nach den französischen Vorschlägen abgeschlossen. Die Revolution von Oben bewährte auch darin ihren Charakter, daß sie auf halbem Wege stillstehen mußte, aufgehalten durch den Machtanspruch eines auswärtigen Despoten.

So blieben die Dinge in der Schwebe. Österreich verzichtete auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, aber damit waren auch seine deutschen Provinzen für Deutschland verloren. Die Staaten nördlich des Mains bildeten einen Bundesstaat, so zwar, daß die preußische Hausmacht, die sich durch Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts noch beträchtlich verstärkt hatte, mit erdrückendem Gewichte über einer Meuge kleiner Vasallen stand. Die Staaten südlich des Mains aber, Bayern, Württemberg, Baden und ein Teil von Hessen-Darmstadt hingen in der Luft; es stand bei ihnen, einzeln oder gemeinsam, europäische Mächte zu spielen oder auch in eine „nationale Verbindung“ mit dem norddeutschen Bunde zu treten, alles ganz wie es ihnen beliebte.

Von vornherein lag auf der Hand, daß dieser Zustand unmöglich dauern konnte, und tatsächlich glaubte auch niemand an seine Dauer. Zwar das ganze Deutschland, einschließlich der deutsch-österreichischen Provinzen, war nach wie vor nur durch eine Revolution von Unten zu haben, durch eine Revolution, die nach dem überwältigenden Erfolge der preußischen Waffen in weitere Ferne gerückt war, als jemals seit den Märztagen von 1848. Aber die Mainlinie, so sehr sie den Überlieferungen der preußischen Staatskunst entsprach und welche Rolle sie immer in den Unterhandlungen Bismarcks mit Bonaparte gespielt haben mochte, hatte ihren alten vaterlandsverräterischen Sinn verloren, seitdem Österreich aus Deutschland hinausgeworfen worden war. Nicht der

preussische Schulmeister hatte bei Königgrätz gesagt, wie ein schönrednerisches Schlagwort die Siege der Zündnadel erklären wollte, sondern der Zollverein, der seit dreißig Jahren ein großes Wirtschaftsgebiet geschaffen hatte. Die ökonomischen Bedürfnisse dieses Wirtschaftsgebietes, von dem die kapitalistische Produktionsweise täglich neue Striche eroberte, waren der reale Boden, aus dem die nationalen Einheitsbestrebungen emporsprossen. Die politischen Bande, die dieses Wirtschaftsgebiet mit Österreich verknüpften, konnten um so leichter zerrissen werden, je mehr sie zu drückenden Fesseln seiner ökonomischen Konsolidierung geworden waren, aber um so weniger ließen sich seine eigenen ökonomischen Zusammenhänge durch staatsrechtliche Tüfteleien lösen. Die süddeutschen Staaten konnten nicht europäische Macht spielen, sie konnten auch nicht zu französischen oder österreichischen Vasallen werden, es sei denn, daß ein großes, seit dreißig Jahren zusammengewachsenes Wirtschaftsgebiet, das sich im aufsteigenden Aste der kapitalistischen Entwicklung befand, in tausend Trümmern zerschlagen wurde, und dies gehörte zu den historischen Unmöglichkeiten.

Bismarck begriff die Lage und wußte ihr seine Politik mit unlegbarem Geschick anzupassen. Er war jetzt mitten in der Ausführung des Programms, das er im Jahre 1864 dem russischen Staatsrat Gortchakoff entwickelt hatte oder entwickelt haben sollte: „Ich werde die einen erkaufen, die anderen einschüchtern, noch andere schlagen, und zuletzt alle für mich gewinnen, indem ich sie gegen Frankreich führe.“ Bismarck bändigte den Heißhunger des Königs, der mit aller Gewalt hatte in den Krieg getrieben werden müssen, aber jetzt mit seiner Abdankung drohte, wenn er nicht nach altpreussischer Manier soviel Land und Leute verschlucken konnte, als in seiner augenblicklichen Gewalt waren. Wie Österreich selbst, so erhielten die süddeutschen Staaten den Frieden zu sehr milden Bedingungen; die vorerst geheim gehaltenen Schutz- und Trugbündnisse, die Bismarck dafür von ihnen einhandelte, waren ihm mehr wert, als etwa solche Geviertmeilen bayerischen oder schwäbischen Landes. Den biedereren Bonaparte aber, der jetzt leise wegen etwaiger „Kompensationen“ anklopfte, behandelte Bismarck nach der Losung: Auf einen Schelmen anderthalbe! Er spielte von nun an den strengen Hüter der deutschen Ehre, nicht aus deutscher Gesinnung, die ihm und seinem Könige so fremd war wie je, sondern aus dem wohlverstandenen Interesse der preussischen Politik. Er bekam es nach wie vor über sich, Bona-

partes Appetit auf deutsches Gebiet „dilatorisch“ zu behandeln, aber diese Behandlung war ihm nur noch ein Köder, um den Fuchs ins Tellerreisen zu locken.

In ihrer Art begriff auch die Bourgeoisie die Lage, aber eben auch nur in ihrer Art. Ehe der Krieg ausbrach, hatte Bismarck das Abgeordnetenhaus aufgelöst, und seine Spekulation auf den nationalen Nerv glückte diesmal besser, als im Jahre 1863. An demselben 3. Juli, wo die entscheidende Hauptschlacht des deutschen Kriegs geschlagen wurde, schmolz in den Urwahlen die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses dahin, und nun spaltete sich obendrein die bis dahin herrschende Partei. Wie sich aus der alten Feudalpartei eine freikonservative Fraktion absonderte, die enblich begriff, daß ohne gewisse Zugeständnisse an den Kapitalismus die Verpreußung Deutschlands nicht zu haben sei, so sonderte sich aus der Fortschrittspartei die nationalliberale Fraktion ab, die enblich ohne alles Brimborium auf die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie verzichtete, vorausgesetzt, daß die materiellen Interessen dieser Klasse befriedigt würden. Sie war tief gerührt, als Bismarck um Indemnität für die budgetlose Finanzwirtschaft der letzten Jahre einkam; ohne zu begreifen oder begreifen zu wollen, wie notwendig die Regierung diese Indemnität brauche, ohne einen Versuch, den Artikel 99 der Verfassung so zu ändern, daß für die Zukunft das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses unzweideutig sicher gestellt wurde, bewilligte die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Indemnitätsgesetz, um sich dann vom Könige sagen zu lassen, daß er in gleicher Lage stets ebenso handeln würde, wie in den Jahren des Verfassungstreits. Nicht mit Unrecht legte Wagener diese Sorte Indemnität dahin aus, daß sie nicht ein Unrecht der Regierung ausgleiche, sondern das Recht der Regierung besiegele.

Hätte sich nun wenigstens aus dem Reste der Fortschrittspartei, der an dem alten Namen und an dem alten Programm festhielt, eine kleinbürgerliche Demokratie entwickelt! Aber auch davon war keine Rede. In der zusammengeschmolzenen Fortschrittspartei befanden sich sehr verschiedene Elemente; neben kleinbürgerlichen Demokraten saßen konstitutionelle Hasen, wie Classen-Kappellmann, fanatische Preußen, wie Waldeck und Biegler, gerissene Sykophanten des großen Kapitals, wie Eugen Richter, der zum Profuristen bei Bleichröder geboren und in der Pein eines verfehlten Berufs auf den unglücklichen Gedanken verfallen war, den Parteiführer und Politiker zu spielen. Nur ein Mann aus der

alten Fortschrittspartei dachte ehrlich und tapfer genug, die bürgerlichen Ideale nach wie vor hochzuhalten, den siegreichen Machthabern zum Troste; Johann Jacoby sagte mit dem römischen Zwölftafelgeseze: *contra hostem aeterna auctoritas esto*, gegen den Feind der Freiheit erlischt nie der Rechtsanspruch des Volkes.

Einer so traurigen Politik, wie die Bourgeoise trieb, war das Proletariat unfähig. Seine großen Endziele wurden durch die deutsche Umwälzung überhaupt nicht berührt, es konnte sich nur fragen, ob der Weg zu diesen Zielen verändert sei. Und auch diese Frage fand insofern sofort ihre Erledigung, als der Sieg des Preussentums auch ein Sieg der Reaktion war, als der Kampf um die politische Freiheit, ohne die das Proletariat seine sozialen Ziele nicht zu erreichen vermag, um so schwieriger und also auch um so notwendiger geworden war. Es blieb dann nur noch das eine zu entscheiden übrig, wie sich der Emanzipationskampf des Proletariats am wirksamsten führen lasse: ob vom Boden der neu geschaffenen Zustände aus, oder außerhalb dieses Bodens. Es handelte sich um die richtige Würdigung der Frage, ob der Tag von Königgrätz eine historische Entscheidung oder der plumpe Glückszufall einer abenteuerlichen Politik gewesen sei, ob er der deutschen Entwicklung eine neue Bahn angewiesen oder sie in eine Sackgasse verrannt habe, aus der sie vor allen Dingen erst wieder herausgebracht werden müsse. Die verschiedene Beantwortung dieser Frage warf einen jahrelangen Zwist in die deutsche Arbeiterklasse, die damit dem Elend der deutschen Zerrissenheit einen letzten Tribut zahlte.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entschied sich dafür, auf dem Boden der neuen Zustände zu kämpfen. Während des Krieges selbst hatte die auf der Leipziger Generalversammlung beschlossene Agitation für das allgemeine Wahlrecht einen stattlichen Umfang angenommen. Auf Anordnung des neuen Präsidenten Berl, der zeitweilig nach Berlin übergestelt war, gingen zuerst die schlesischen Mitglieder mit großen Versammlungen vor, die während der ersten Julwoche in Grnsdorf, Dreißighuben, Langenbielau, Peterswaldau, Steinseifersdorf, Stollbergsdorf, Wüste-Giersdorf stattfanden und mit einem schlesischen Arbeitertage in Wüste-Waltersdorf schlossen. In der zweiten Julwoche beriefen die norddeutschen Gemeinden in Hamburg, Altona, Kiel, Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt, Itzehoe, Bremen, Harburg, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Stettin die Arbeiter ein; diese Reihe von Ver-

sammlungen gipfelte in einem norddeutschen Arbeitertage, der in Hamburg zusammentrat. In der zweiten Hälfte des Juli gingen in gleicher Weise die mittel- und süddeutschen Gemeinden vor: Leipzig, Thonberg, Stötteritz, Neustadt, Oberkändler, Grüna, Plauenscher Grund, Großenhain, Glauchau, Dresden, Leisnig, Böhlen, Naumburg, Apolda, Beerfelden, Erfurt, Mainz, Frankfurt a. M., Offenbach, Augsburg, Asch in Böhmen; ein mittel- und süddeutscher Arbeitertag in Leipzig machte den Beschluß. Endlich kamen die rheinisch-westfälischen Gemeinden an die Reihe: Köln, Warmen, Elberfeld, Ronsdorf, Remscheid, Solingen, Wald, Wermelskirchen, Düsseldorf, Gerresheim, Hilden, Derendorf, Duisburg, Meyberich, Dünnwald, Mühlheim, Altena, Hagen, Iserlohn, Hörde und manche andere noch; ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag in Warmen beendete die ganze, in ihrer Weise großartige Kundgebung im Monat August.

Zu dieser Zeit hatte sich der Pulverdampf genugsam verzogen, um einen Überblick über die Ergebnisse des Krieges zu gestatten. Kein anderes Blatt in Deutschland übersah sie so klar und weit, wie der Sozialdemokrat. Er geißelte unbarmherzig das verächtliche Kriechen des österreichischen Kabinetts und des kleinen „Staatengebüßels“ vor Bonaparte, aber er züchtigte nicht minder, in einer Nummer, die dreimal hintereinander von der Polizei beschlagnahmt wurde, die Agitation für die Mainlinie, die von der Kreuzzeitung und der Nationalzeitung in halber Eintracht betrieben wurde. „Wenn ihr Blut und Eisen nur gefordert habt, um aus einer schmachvollen Zersplitterung unseres Vaterlandes seine noch schmachvollere Zerreißung zu machen, so ist klar, daß ihr gewissenlos waret, für elende dynastische Interessen das Herzblut unseres Volkes zu vergießen.“ Am Vorabend des Friedensschlusses dämpfte der Sozialdemokrat sowohl das preußenfeindliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Mainlinie, als auch das preußenfreundliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Einheit Deutschlands. „Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland der Mainlinie. . . . Der beabsichtigte süddeutsche Bund kann nach Lage der Dinge der konsolidierten norddeutschen Macht gegenüber nur ein so schattenhaftes Dasein führen, daß an eine ernsthafte Gegenstellung gegen Preußen kaum zu denken ist, ja, daß mit innerer Notwendigkeit die nationalen Bestrebungen auch dort lediglich um Preußen gravitieren werden. Der ganze Süden wird ein Nebenland sein, das den beständigen Hang, sich mit dem Hauptlande zu ver-

einigen, in sich trägt.“ Aber wenn auch von einer Mainlinie in hergebrachtem Sinne nicht gesprochen werden könne, so verdiene die preußische Regierung nicht weniger schweren Tadel. Sie könne das verfloßene Blut nicht verantworten, wenn nicht aus diesem Kriege eine wahrhaft nationale Schöpfung hervorgehe. Das offizielle Blatt der preußischen Regierung fordere die Einstellung der Agitation für eine das gesamte Vaterland umfassende Staatschöpfung gleichsam als patriotische Pflicht. „Allein, nicht was der preußischen Regierung und ihrem Staatsanzeiger angenehm oder unangenehm ist, sondern das bleibende und unverjährbare Recht der Nation kommt hier in Betracht. Es ist wahr, daß wir keine Mainlinie bekommen, aber es ist ebenso wahr, daß wir auch kein einiges Deutschland errungen haben. Früher aber darf die nationale Agitation nicht ruhen, als bis das ganze und große Deutschland vollendet im Herzen Europas steht.“

Am bezeichnendsten fast trat der Standpunkt des Sozialdemokraten in seiner Kritik der Rede hervor, durch die Johann Jacoby im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die neue Gestaltung der deutschen Zustände protestiert hatte. Der Sozialdemokrat druckte die Rede an der Spitze des Blattes ab, was ihm wieder eine polizeiliche Beschlagnahme eintrug, und fügte hinzu: „Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken! Inmitten eines Zustandes verzweifelnder Fahnenflucht und wirrer Auflösung hören wir die markige Stimme eines Mannes ertönen, der unbeirrt von dem wuchtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt hat, unbeirrt von Verrat und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen langen Lebens.“ Jedoch gegen Jacobys Bemerkung, er könne sich über die preußischen Siege nicht freuen, sie hätten das ersehnte Ziel deutscher Einheit und Freiheit weiter hinausgerückt, als selbst der frühere Bundestag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände, wandte der Sozialdemokrat ein, hier sei ein Mißverständnis abzuwehren. Gewiß seien die preußischen Siege beklagenswert, weil durch einen dynastischen Krieg, nicht durch die selbständige und volkstümliche Erhebung der Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden sei. „Aber entscheidende Ereignisse haben stattgefunden, wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen. Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es gibt fortan

nur noch eine deutsche Großmacht. Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist tatsächlich da. Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Österreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation und diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Österreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bebauern, und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei, trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage tatsächlich so lag, war es besser, daß Preußen siegte als Österreich. Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht? Die erneute Bundeswirtschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern, dazu Jesuitentum, eisernen Druck und entmannende Korruption. Wir wissen wohl, daß auch, was Preußen uns bringt, des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zum Besseren, und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten. Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirtschaft.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Auffassung den Anschauungen entsprach, die in den Arbeitermassen, namentlich in den norddeutschen, aber teilweise auch in den mittel- und süddeutschen, vorherrschten. Nach all dem Elend, das die bundestägliche Wirtschaft gerade über das Proletariat gebracht hatte, war es nur natürlich, daß diese Klasse eine Wendung der Dinge, die ihr wenigstens etwas freiere Luft zu verschaffen versprach, als ein geringeres Übel empfand, wenn nun einmal nichts Besseres zu haben war. Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine wurde kein Laut des Protestes gegen die Stellung des Sozialdemokraten laut, wohl aber manche Kundgebung, die viel weiter nach der preußischen Seite ging, als der Sozialdemokrat gehen wollte. Hasenclever, der als Landwehrmann eingezogen worden war und auf dem Stammschlosse des Augustenburgers im Quartier lag, veröffentlichte in einer Flensburger Zeitung ein Gedicht an den Einheitsmacher Bismarck, und Tölke entwickelte in einer langen Reihe von Artikeln ein Parteiprogramm, das auf eine „vollständige Einigung Deutschlands unter einem hohenzollernschen Kaiserreiche mit voller poli-

tischer und gewerblicher Freiheit" lossteuerte. Schweitzer griff auch hier, wie bei der Abneigung der Arbeiter gegen die Fortschrittspartei, nicht aufstachelnd, sondern zügelnd ein.

In einer Artikelreihe über „Unser Parteiprogramm“ führte er gegen Töbke aus, daß die soziale Forderung des Proletariats, die Emanzipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals, über allem Wechsel der politischen Zustände stehe. Ebenso klar sei es, daß die deutsche Sozialdemokratie die Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen könne, daß die deutschen Arbeiter niemals zu Werkzeugen herrschsüchtiger Junker werden dürften. Der Sieg Preußens über Oesterreich habe die reaktionären Elemente in Preußen mächtiger als je gemacht, in Sachen der Freiheit bleibe es also ganz bei dem alten Kampfe. In Sachen der Einheit sei aber insofern eine Änderung eingetreten, als der deutsche Dualismus fortgefallen sei. „Preußens Regierung hat das Verdienst, daß sie einen Kern nationaler Kraft geschaffen hat, der die Grundlage der Macht und Größe zwar noch nicht ist, aber werden kann, werden soll, und, wenn die Nation das Thut, auch werden wird.“ Man dürfe sich deshalb nicht darüber täuschen, daß die preußische Regierung im Interesse des spezifischen Preußentums handle, daß ihr angebliches Interesse an der deutschen Einheit nur eine leere Versicherung sei. Aber solche Vorspiegelungen seien in der Politik verhängnisvoll; etwas müsse doch geschehen, um sie glaubhaft zu machen. So habe die preußische Regierung ein deutsches Parlament nach dem allgemeinen Stimmrechte vorgeschlagen, von diesem Plane seien durch den Gang der Ereignisse nur Trümmer übrig geblieben, aber selbst das norddeutsche Parlament, ein so schwaches Mittel es gegenüber der so mächtig gewordenen preußischen Regierung sei, müsse von der Arbeiterklasse im Dienste der nationalen Sache benützt werden; unter Umständen könne es doch eine Macht werden. Nicht aber könne die nationale Aufgabe darin liegen, die Ereignisse des Jahres 1866 ungeschehen zu machen, den alten Dualismus wiederherzustellen oder an die Stelle der reaktionären preußischen Kreise die noch weit reaktionäreren österreichischen Kreise zu setzen.

In Berlin sei das Machtzentrum, auf das eingewirkt werden müsse, um die deutsche Einheit zu schaffen. „Nicht nur die süddeutschen Staaten müssen zu dem jetzt vorhandenen Kerne herangezogen werden — auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, solange dort

deutsche Zunge klingt.“ Notwendig sei aber ein Einheits-, nicht ein Bundesstaat. Ein Bundesstaat, worin ein einzelner Staat mächtiger sei, als alle übrigen zusammengenommen, sei ein beständiger Widerspruch in sich selbst, eine offene Wunde, besonders für die Sache der Freiheit gefährlicher, als ein Einheitsstaat. Denn die Regierung des einen übermächtigen Staates habe tatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zerteilt und zerklüftet sei. „Möglich freilich — und dies macht viele irre —, daß man in einem Winkelstaate vielleicht etwas lauter sprechen darf, als im Hauptstaate selbst, aber man bedenke, daß alles, was dort gesprochen und getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat.“ Demgemäß habe die Arbeiterklasse die preußische Regierung zu unterstützen gegen partikularistische und habsburgisch-dualistische Bestrebungen, vor allem auch — und hier mit der vollen Liebe und Glut vaterländischen Gefühls — in etwaigen Konflikten mit dem einmischungslüchtigen Auslande. Aber sie müsse bei alledem stets festhalten, daß sie nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehe, und auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, wach und rege erhalten jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen.

Als Schweizer dies Programm veröffentlichte, hatten sich die sächsischen Arbeiter unter dem Eindrucke des Krieges bereits auf ein anderes Programm geeinigt, das am 19. August 1866 auf einer „Landesversammlung der sächsischen Demokratie“ in Chemnitz beraten und beschlossen wurde. Die Versammlung bestand ausschließlich oder doch ganz überwiegend aus Delegierten der sächsischen Arbeitervereine, von denen die Mehrheit, wie Rothmähler, Debel, Liebknecht, Knöfel, die Advokaten Schrapz und Gebrüder Freitag von Arbeiterbildungsvereinen, die Minderheit aber von den Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Dresden, Leipzig, Glauchau, Limbach und Chemnitz abgeordnet worden war. Nach sechsstündiger Beratung wurde ein Programm angenommen, das zwar auch die Beteiligung an den Wahlen zum norddeutschen Parlament empfahl, aber nur zu dem Zwecke, die durch den Krieg geschaffenen Zustände unverzüglich zu bekämpfen, die großdeutsch-demokratische Einheitsstendenz ungeschwächt aufrecht zu erhalten und die Zusammenberufung eines konstituierenden Parlaments zu erstreben, das von allen deutschen Staaten, mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs zu beschicken sei.

Die sonstigen Forderungen des Chemnitzer Programms liefen auf die völlige Demokratisierung des Staats hinaus, auf das allgemeine Stimmrecht für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften, Volkswehr statt der stehenden Heere, freie Presse und freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Selbstverwaltung der Gemeinden, Unabhängigkeit der Gerichte, Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staate, Reform der Volksschulen und ähnliches. Für das Proletariat wurde verlangt Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Alle diese Forderungen entsprachen äußerlich dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unterschieden sich von ihm aber wesentlich dadurch, daß sie in bürgerlich-demokratischem Sinne gestellt wurden. Weber verstanden sie unter dem allgemeinen Stimmrechte die Herrschaft der Arbeiterklasse über die Staatsgewalt, noch unter der staatlichen Förderung der Produktivgenossenschaften die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise. Unter dem Voritze desselben Kockmäbler, der dem Programm Lassalles einen so heftigen Widerstand entgegengesetzt hatte, wenn er jetzt freilich auch ehrlich genug war, das von ihm an Lassalle begangene Unrecht in gewissem Grade anzuerkennen, wurde das Chemnitzer Programm beraten, und die neue Partei nannte sich selbst Sächsische Volkspartei, betrachtete sich als einen Zweig der Deutschen Volkspartei.

Freilich konnte sie, da sie aus einem Stamme von Arbeitern bestand, von vornherein nicht in solche Konfusion verfallen, wie die Deutsche Volkspartei, die nach ihren verworrenen Anläufen in Darmstadt und Frankfurt noch immer nicht wußte, weder was sie in der nationalen, noch was sie in der sozialen Frage wollte. In Württemberg allein hatte sie sich einigermaßen organisiert, und hier trieb ihr schwäbischer Partikularismus gar wunderbare Blüten. So benutzte der Stuttgarter Beobachter, ihr Hauptorgan, die beiläufige Tatsache, daß der Landtag in Weimar ein paar tausend Taler an der Zivilliste des Herzogs gestrichen hatte, um „seiner getreuen Eckartrolle gemäß“ die süddeutschen Fürsten darauf hinzuweisen, was ihnen vom norddeutschen Bunde drohe; entschlossen sie sich, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsame Sache zu

machen und einen parlamentarisch-militärischen Südbund zu gründen, so würde das Volk dadurch in einem Grade verpflichtet werden, daß „bei dessen ganzer Denkungsweise eine Erschütterung der ökonomischen Grundlage der Throne außer den Kreis aller Wahrscheinlichkeit fiele“. Gegen solche „Triäseleien“ war die Sächsische Volkspartei natürlich gefeit. Ihren Standpunkt in der deutschen Frage gaben vollkommen klar die Programmsätze wieder: „Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.“ Im Prinzip war diese Auffassung dieselbe, die auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertrat. Der Unterschied lag nur in der Frage, ob die Umwälzungen des Jahres 1866 eine veränderte Taktik geböten. Das Chemnitzer Programm verneinte diese Frage, während der Sozialdemokrat sie bejahte.

Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die an der Beratung des Chemnitzer Programms teilgenommen hatten, berichteten darüber an das Vereinsorgan, daß in einigen redaktionellen Anmerkungen zu den Berichten „Vorsicht“ anriet; wer es gut mit den Arbeitern meine, könne sich einfach der sozialdemokratischen Partei anschließen. Jedoch kam es zu keiner offenen Fehde. Auch konnten beide Organisationen sehr gut nebeneinander bestehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte zwar im Königreiche Sachsen ihren Ursprung genommen, sich aber gerade hier nicht im Verhältnis zur industriellen Blüte des Landes und lange nicht so stark entwickelt, wie in Hamburg und Rheinland-Westfalen. Es stimmt nicht mit den Tatsachen, wenn man diese Erscheinung dadurch hat erklären wollen, daß die sächsischen Arbeiter zu aufgeklärt gewesen seien, um nicht durch den angeblich preußenfreundlichen und angeblich sektenhaften Charakter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückgestoßen zu werden; gerade die wirklich preußenfreundliche und wirklich sektenhafte Form der deutschen Arbeiterbewegung, der orthodoxe Vassalleanismus der Gräfin Hapsfeld, nistete sich um diese Zeit in Sachsen ein und fand hier ein fruchtbareres Rekrutierungsgebiet als irgendwo anders. Man wird der Wahrheit näher

kommen, wenn man annimmt, wofür auch manches andere spricht, daß einerseits der bürgerliche Radikalismus in Sachsen noch so gesund war, um die vorgeschritteneren Arbeiterschichten an seine Fahne zu fesseln, andererseits aber bedeutende Teile des sächsischen Proletariats, namentlich in der hausindustriellen Arbeiterbevölkerung, noch verhältnismäßig sehr unentwickelt waren.

Traf diese Annahme zu, so war es ein erfreulicher Fortschritt, daß sich die demokratischen Elemente des sächsischen Proletariats auf Grund eines Programms organisierten, das seinem Inhalte nach schon mit proletarischem Geiste erfüllt war und nur die bürgerliche Form abzustreifen brauchte, um mit dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammenzufallen. Die abweichende Taktik in der nationalen Frage mußte als ein notwendiges Übel hingenommen werden, da die Auffassung des Chemnitzer Programms unzweifelhaft den Anschauungen der sächsischen, wie überhaupt vieler mittel- und süddeutscher Arbeiterkreise entsprach. Wirklich bedenklich war jedoch, daß die Sächsische Volkspartei, wohl wissend, daß sie von sich aus keine großdeutsche Revolution machen konnte, ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei suchte, mit der sie im Grunde nichts gemein hatte, als die rein negative Eigenschaft des Preußenhasses. Eines Hasses, der obendrein hüten und dräben ganz verschiedenen Quellen entsprang: bei der Sächsischen Volkspartei überwiegend demokratisch-revolutionären Gefinnungen, bei der Deutschen Volkspartei überwiegend partikularistischer Krähwinkerei oder anderen Triebfedern, die das großdeutsche Programm als eine schimmernde Maske für sehr dunkle Zwecke mißbrauchten. Vor einer Fahne, unter der Sonnemann und ähnliche Feinde des Klassenbewußten Proletariats sich sammelten, hatten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine ebenso ausgesprochene, wie berechtigte Abneigung.

Zwei Wochen nach der Chemnitzer Versammlung hielt die Internationale ihren ersten Kongreß ab. Er tagte in Genf, wo Johann Philipp Becker für ihre deutschen Sektionen einen Mittelpunkt der Organisation geschaffen hatte und seit Anfang des Jahres 1866 den Vorboten, eine Monatschrift, als Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache herausgab. In Deutschland bestanden erst kleine und vereinzelt Sektionen des Bundes, in Schlessien, Sachsen, Schleswig-Holstein, am Rhein. Im ganzen war der Kongreß, der während der

ersten Septemberwoche tagte, von 60 Delegierten besucht, 3 Deutschen, 7 Engländern, 7 Franzosen; die Mehrheit bildeten, wie es in der Natur der Sache lag, schweizerische Delegierte.

Der Generalrat wurde namentlich durch Odger, Eccarius und den Uhrmacher Jung vertreten; von ihnen leitete Jung die Verhandlungen des Kongresses. Das Programm und die Statuten der Internationalen fanden mit unwesentlichen Änderungen ihre endgültige Bestätigung, wobei ein Antrag der französischen Delegierten, nur Handarbeiter als Mitglieder der Assoziation zuzulassen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Doch gehört eine ausführliche Darstellung der Kongreßverhandlungen in die Geschichte der Internationalen; hier kann es sich nur um diejenigen Beschlüsse des Kongresses handeln, und in ihnen lag ohnehin sein Schwergewicht, die dem gemeinsamen Emanzipationskampfe des internationalen Proletariats gemeinsame Ziele steckten.

Der Beschluß, eine allgemeine Statistik über die Lage der modernen Arbeiterklasse zu veranstalten, konnte vorerst nicht mehr als den akademischen Wert einer fruchtbaren Anregung beanspruchen. Über die Kooperativgesellschaften beschloß der Kongreß im Sinne der Inauguraladresse: ihr großer Wert bestehe darin, zu zeigen, daß die Unterjochung der Arbeit durch das Kapital für die Zwecke der Produktion überflüssig sei, aber sie vermöchten nicht durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzuwälzen. Um ihrer Entartung in bürgerliche Handelsgeschäfte vorzubeugen, empfahl der Kongreß den Kooperativgesellschaften, einen Teil ihres Gesamteinkommens in einen Fond für die Propaganda zu verwandeln, und allen von ihnen beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionäre seien oder nicht, den gleichen Anteil am Gewinne zu gewähren; als bloß zeitweiliges Mittel gab er den Aktionären eine niedrig bemessene Verzinsung ihrer Geschäftsanteile zu.

Am wichtigsten waren die Beschlüsse des Genfer Kongresses über die Arbeiterschutzesetzgebung und die Gewerkvereine, über diejenigen Waffen des proletarischen Emanzipationskampfes, welche die englischen Arbeiter zu über-, die französischen und die deutschen Arbeiter zu unterschätzen geneigt waren. Der Kongreß stellte den Grundsatz auf, daß die Arbeiterklasse sich Arbeiterschutzesetze erkämpfen müsse. „Indem die Arbeiterklasse solche Gesetze durchsetzt, befestigt sie nicht die regierende Macht. Im Gegenteil wandelt sie jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihr eigenes Werkzeug um.“ Sie bewirke durch ein allgemeines Gesetz,

was durch isolierte individuelle Anstrengungen bewirken zu wollen, ein nutzloser Versuch sein würde. Der Kongreß empfahl die Beschränkung des Arbeitstags als eine Bedingung, ohne die alle anderen Bestrebungen des Proletariats um seine Emanzipation scheitern müßten. Sie sei nötig, um die körperliche Energie und Gesundheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen, um ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Umgangs, sozialer und politischer Tätigkeit zu gewähren. Als gesetzliche Grenze des Arbeitstags schlug der Kongreß acht Stunden vor, die in eine bestimmte Tagesperiode gelegt werden müßten, so zwar, daß diese Periode die acht Stunden Arbeit und die Unterbrechungen für Mahlzeiten umfasse. Der Achtstundentag solle gelten für alle volljährigen Leute, Männer wie Frauen, die Volljährigkeit vom Schlusse des achtzehnten Lebensjahres an gerechnet. Nachtarbeit sei grundsätzlich zu verwerfen, unerläßliche Ausnahmen müßten von der Gesetzgebung festgestellt werden. Frauen seien mit aller möglichen Strenge von der Nachtarbeit auszuschließen, sowie von aller anderen Arbeit, die für den weiblichen Körper gesundheitsgefährlich oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sei.

In der Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, sah der Kongreß einen heilsamen und rechtmäßigen Fortschritt, so abscheulich die Form sei, worin er sich unter der Herrschaft des Kapitals verwirkliche. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft müßte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Lebensjahre an produktiver Arbeiter werden, ebenso wie keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Naturgesetze ausgenommen werden dürften: nämlich zu arbeiten, um essen zu können, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirne, sondern mit den Händen. In der gegenwärtigen Gesellschaft empfehle es sich, die Kinder und jugendlichen Personen in drei Klassen zu teilen und verschieden zu behandeln: in Kinder von 9 bis 12, in Kinder von 13 bis 15, in Jünglinge und Mädchen von 16 und 17 Jahren. Die Arbeitszeit der ersten Klasse in irgend einer Werkstätte oder häuslichen Arbeit solle sich auf 2, der zweiten auf 4, der dritten auf 6 Stunden beschränken, wobei der dritten Klasse eine Unterbrechung der Arbeitszeit auf wenigstens eine Stunde für Mahlzeiten und Erholung vorbehalten bleiben müsse. Jedoch dürfe die produktive Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen nur gestattet werden,

wenn sie mit Bildung verbunden werde, worunter drei Dinge zu verstehen seien: geistige Bildung, körperliche Gymnastik und endlich technische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteile und zugleich das heranwachsende Geschlecht in den praktischen Gebrauch der elementarischen Werkzeuge aller Arbeitszweige einweihe.

Über die Gewerkvereine beschloß der Genfer Kongreß, daß ihre Tätigkeit nicht nur rechtmäßig, sondern auch notwendig sei. Sie seien das Mittel, die einzige soziale Gewalt, die das Proletariat besitze, nämlich seine Zahl, der konzentrierten sozialen Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen. Solange die kapitalistische Produktionsweise bestehe, könnten die Gewerkvereine nicht entbehrt werden, sondern müßten vielmehr ihre Tätigkeit durch internationale Verbindung verallgemeinern. Indem sie sich bewußt den unaufhörlichen Übergriffen des Kapitals widersetzen, würden sie unbewußt Schwerpunkte der Organisation für die arbeitende Klasse, ähnlich wie die mittelalterlichen Kommunen zu solchen Schwerpunkten für die bürgerliche Klasse geworden seien. Unaufhörliche Guerillagekämpfe in dem täglichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit liefernd, würden die Gewerkvereine noch weit wichtiger als organisierte Hebel für die Aufhebung der Lohnarbeit. Bisher hätten die Gewerkvereine zu ausschließlich den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital ins Auge gefaßt, in Zukunft dürften sie sich nicht der allgemeinen politischen und sozialen Bewegung ihrer Klasse fern halten. Sie würden sich am stärksten ausbreiten, wenn die große Masse des Proletariats sich überzeuge, daß ihr Ziel, weit entfernt begrenzt und selbstsüchtig zu sein, sich vielmehr auf die allgemeine Befreiung der niedergetretenen Millionen richte.

So bereiteten die ersten internationalen Assisen der modernen Arbeiterklasse sicheren und weiten Blickes die Befreiung der Menschheit vor, während Europa noch widerhallte von dem Donner der Schlachten, die ein neues Zeitalter von „Blut und Eisen“ heraufbeschworen.

4. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts.

Bei aller Größe seiner Erfolge konnte Bismarck nicht daran denken, den Trumpf zurückzuziehen, den er vor dem Kriege mit dem allgemeinen Wahlrecht ausgespielt hatte. Er brauchte einen Tropfen demokratischen

Als, um sich vor Europa als den Vollstrecker des nationalen Willens zu salben, um das mißtönende Snarren der Titren zu dämpfen, durch die das norddeutsche Mittel- und Kleinfürstentum in den Tempel der deutschen Einheit wallfahren sollte.

Auch rechnete er nicht ohne Grund darauf, daß ihm das allgemeine Wahlrecht unter dem Einbruche des siegreichen Krieges ein noch willfährigeres Parlament beschaffen werde, als er jetzt in dem preußischen Abgeordnetenhaufe besaß. Diese würdige Volksvertretung war der gleichen Ansicht und suchte sich dadurch zu sichern, daß sie die Befugnisse des norddeutschen Reichstags noch mehr beschnitt, als Bismarck sie beschneiden wollte; sie nahm ihm das Recht der „Vereinbarung“ und ließ ihm nur die Befugnis der Begutachtung, indem sie den einzelstaatlichen Landtagen das Recht vorbehielt, die Beschlüsse des Reichstags zu bestätigen oder zu verwerfen. Bismarck ging darauf mit doppeltem Vergnügen ein. Er war nun um so freier gegenüber dem norddeutschen Reichstage gestellt und wußte als gewitzter Politiker natürlich sehr gut, daß, wenn sich einmal die Regierungen mit einem durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Parlamente über die Verfassung des norddeutschen Bundes geeinigt hatten, die Zensurvertretungen der Einzelstaaten daran nichts mehr zu ändern vermochten.

Für die Arbeiterklasse konnte es sich nur um die Frage handeln, ob sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, so wie es Bismarck gewährte, zu einer brauchbaren Waffe für ihre Zwecke schmieden lasse. Der Sozialdemokrat hob hervor, daß der norddeutsche Reichstag, wehrlos, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentrieren, einer Regierung gegenüberstehe, die, siegreich nach Innen und nach Außen, ein großes Heer und alle anderen Machtmittel eines großen Staates zu ihrer Verfügung habe. Es habe nicht leicht schon ein Parlament so ohne alle reale Macht gegeben. Dennoch müßten die Arbeiter wählen, einmal weil aus dem einfachen Nichtstun und bloßen Zusehen überhaupt nichts herauskomme, zweitens weil es von großer Wichtigkeit sei, daß die Arbeiter in einer regelmäßigen staatlichen Körperschaft ihre Forderungen begründen und so das Lotschweigungs- oder Verleumdungssystem ihrer Gegner durchbrechen könnten, und drittens weil es zwar nicht wahrscheinlich, aber doch möglich sei, daß die Umstände, die das Parlament machtlos machten, sich änderten. Die Parole sei also Wählen und nicht nur Wählen, sondern auch Wählen nach tüchtiger Vorbereitung.

An dieser Vorbereitung ließ es Schweiger nicht fehlen. Die Amnestie, die nach dem Kriege erlassen worden war, befreite ihn von dem Reste seiner Gefängnisstrafe und einer Masse neuer Anklagen. Er hatte die Arme wieder frei und gebrauchte sie rührig. Wo die Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins polizeilich aufgelöst worden waren, wie in Berlin, richtete er sozialdemokratische Arbeitervereine ein, und um der Vereinskasse etwas aufzuhelfen, hielt er gegen ein Eintrittsgeld von einem Taler in einem vornehmen Hotel unter den Linden sechs Vorträge über Kapital und Arbeit, die von bürgerlichen Kreisen auch zahlreich besucht wurden. Indessen diese und andere Hilfsmittel waren doch nur Tropfen auf einen heißen Stein. Die verheerenden Folgen des Krieges lasteten am schwersten auf der Arbeiterklasse, und es war unmöglich, daß sie große Geldopfer für die Wahlen aufbringen konnte. Die Zeit war für eine Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins so ungünstig wie möglich, und dazu kam, daß die Gräfin Hagfeldt ihre Wühlereien mit ungeschwächter Kraft fortsetzte. Sie erklärte die Wahl Berlins zum Präsidenten für ungültig, weil sie auf der Generalversammlung und nicht durch Urabstimmung der Mitglieder vorgenommen sei. Sie hatte dabei zwar den klaren und unzweideutigen Wortlaut der Statuten gegen sich, aber es kam ihr auf die künstlichsten Auslegungen nicht an, um diesen Sinn in sein gerades Gegenteil zu verkehren. Heute wäre jedes Wort über ihre Deuteleien und Lüfteleien verschwendet; worum es der Gräfin tatsächlich zu tun war, das war die Wahl einer ihrer Kreaturen zum Präsidenten des Vereins, und um diesen Zweck zu erreichen, besaß sie leider noch viel wirksamere Mittel, als Interpretationskünste, um die sie jeder orthodoxe Theologe hätte beneiden können.

Ihre Macht bestand in dem Ansehen, das sie als alte Freundin Lassalles und angeblich genaueste Kennerin seines Willens in den Augen vieler Arbeiter umgab, und in ihrer stets gefüllten Kriegskasse, wodurch sie einzelne einflußreiche Agitatoren in den Mittelpunkt der Bewegung für sich gewann: Hillmann am Rhein, Försterling in Sachsen, Florian Paul in Schlessen, auch einzelne Mitglieder in Hamburg. Mit deren Hilfe ließ sie ein Wahlprogramm in die Massen werfen und von Arbeiterversammlungen genehmigen, das in orthodoxer Anknüpfung an einzelne Worte Lassalles halb utopistisch-revolutionär und halb beschränkt-national war, in seiner praktischen Spitze: Durch Einheit zur Freiheit! aber dem

nationalliberalen Programm gleich wie ein Ei dem anderen. Die Gräfin hoffte jetzt, auf der ordentlichen Generalversammlung, die von Perl auf den 27. Dezember nach Erfurt berufen worden war, endlich das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen und die Wahl Försterlings zum Präsidenten durchzusetzen.

Jedoch zeigte sich auf der vierten Generalversammlung, daß der alte Stamm des Vereins nicht zu erschüttern war; 12 Delegierte, die 26 Orte vertraten, darunter Audorf, Ellner, Tölcke, dachten nicht daran, nach der Pfeife der Gräfin zu tanzen. Von den gräflichen Schildträgern erschienen 6, darunter Försterling und Deckwitz. Sie sahen sofort, daß ihr Spiel verloren sei, und weigerten sich, ihre angeblich aus Bremen, Hamburg, Dresden und Chemnitz stammenden Mandate zur Prüfung einzureichen, indem sie behaupteten, Perl könne gar keine rechtsgültige Generalversammlung einberufen. Die Gräfin Hagfeldt war selbst in Erfurt erschienen, und Schweizer hatte schon vor dem Zusammentritt der Generalversammlung mit ihr gütliche Verhandlungen angeknüpft, in denen er ihren Ansprüchen außerordentlich weit entgegenkam. Er gab zu, daß der Präsident fürderhin kein Gehalt beziehen und das Gehalt des Sekretärs wie zu Lassalles Zeit auf 400 Taler festgesetzt werden sollte; namentlich aber wurde das von der Gräfin in die Massen geworfene Programm auf Betreiben Schweizers von der Generalversammlung angenommen, nur mit einigen unzweifelhaften, wenn auch nicht durchgreifenden Verbesserungen. Dann traten die 12 Delegierten mit den 6 Anhängern der Gräfin zu einer Beratung zusammen, und Audorf machte den Vorschlag, daß die Wahl des Präsidenten, an der die Opposition nach Einreichung und Prüfung ihrer Mandate teilnehmen sollte, noch der bestätigenden oder nicht bestätigenden Urabstimmung aller Vereinsmitglieder zu unterbreiten sei. Nach mehrstündiger Beratung gingen Försterling und seine Genossen mit diesem Vorschlage zur Gräfin, kamen aber bis Mitternacht nicht wieder, worauf die Generalversammlung Perl zum Präsidenten, Audorf zum Schriftführer und F. M. Hirsch zum Kassierer wählte. Da die Wahl Försterlings zum Präsidenten von vornherein aussichtslos war, so ließ sich die Gräfin Hagfeldt auf nichts ein.

Die von Schweizer empfohlene Taktik der Generalversammlung war zweifellos sehr gewagt. Sie kostete dem Sozialdemokraten die Mitarbeit des letzten der „alten Sozialisten“, der ihm bis dahin noch treu geblieben war; Moses Heß verwarf das Erfurter Wahl-

programm. In der Tat hatte dessen erster Satz, der jede Föderation, jeden Staatenbund beseitigen, alle deutschen Stämme durch eine innerlich und organisch durchaus verschmolzene Staatseinheit vereinigen und durch Einheit zur Freiheit marschieren wollte, eine bedenkliche Anziehungskraft für allerlei merkwürdige Arbeiterfreunde, die in „dieser Hauptsache“ ein Herz und eine Seele mit dem Proletariat sein wollten. Sie meinten auch, die übrigen Punkte des Wahlprogramms — allgemeines Wahlrecht mit Diätenzahlung für alle deutschen Parlamente, Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte, beschließende und nicht bloß beratende Befugnisse für den norddeutschen Reichstag, freie Arbeiterassoziationen nach den Prinzipien Paffalles, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen — „im wesentlichen“ annehmen zu können; höchstens machten sie den Vorbehalt, daß es mit der Staatshilfe für die Arbeiterassoziationen wohl keine besondere Eile habe. Gewiß lag hier eine große Gefahr vor, wie es an sich schon unerfreulich war, daß die junge Arbeiterpartei mit einer fragwürdigen Fahne in ihre erste Wahl Schlacht marschierte. Aber Schweitzer sah eine noch größere Gefahr darin, durch Aufstellung eines hieb- und stichfesten Wahlprogramms am Vorabend der Wahl Schlacht den Bruderkrieg im Schoße des Proletariats zu entzünden, und er hielt es für noch unerfreulicher, mit aufgelösten Reihen den Kampfplatz zu betreten. War erst die Gräfin Hagfeldt auf ihrem eigenen Programm festgenagelt, so ließ sich erwarten, daß die bürgerlichen Berufungskünste, die mit diesem Programm getrieben werden konnten, an der geschulten Kerntuppe des Vereins von selbst scheitern würden. Obendrein gab Schweitzer den Arbeitern den probaten Rat, bürgerliche Arbeiterfreunde erst in zweiter Reihe nach ihrer Stellung zu dem Erfurter Wahlprogramm, in erster Reihe aber darnach zu fragen, ob sie das Proletariat als Klasse vertreten wollten, und im Falle einer ausweichenden Antwort ihnen sofort den Rücken zu kehren.

Glücklicherweise bewährte sich Schweitzers Vertrauen auf den gesunden Sinn der Arbeiter. Irgendwelche praktische Mißgriffe verursachte das Erfurter Wahlprogramm nicht, dagegen legte es die Agitation der Gräfin Hagfeldt für die Zeit der Wahlen vollständig lahm. Ihrem Groll darüber gab sie den unwürdigen Ausdruck, daß sie in den beiden Wahlkreisen, in denen Schweitzer mit einiger Aussicht auf Erfolg kandidierte, diese Aussicht zu zerstören suchte, zum Gaudium der fortschrittlichen und der reaktionären Gegner. In Esberfeld-Barmen hegte sie Hillmann gegen

Schweizer und überschwemmte den Wahlkreis mit einem in Genf gedruckten Pamphlet, das die grundlosesten Beschuldigungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete; in Reichenbach-Neurode wirkten ihre Agenten sogar unverhohlen gegen Schweizer für den Landrat Nearius. Schweizer wurde dadurch kaum geschädigt, aber die Gräfin Hagfeldt vernichtete selbst den Rest des Ansehens, das sie bisher noch bei den rheinischen und schlesischen Arbeitern genossen hatte.

Dank ihren ewigen Intriguen zog der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein fast ungerüstet in die Wahl Schlacht, mit nackten Leibern sich den Spießen und Stangen der Regierungsgewalt, den tausend unsichtbaren, aber desto gefährlicheren Waffen der Geldmacht entgegenwerfend. Was ihnen an äußeren Mitteln fehlte, das suchten die Arbeiter durch einen wahren Feuereifer zu ersetzen. Der Wahltermin wurde erst sehr spät von der Regierung auf den 12. Februar 1867 anberaumt, und in wenigen Wochen drängte sich das entscheidende Ringen zusammen. Den verhältnismäßig größten Erfolg hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriebezirke, wo sie etwa 18000 Stimmen musterte. In Altena-Ferlohn fielen 1124 Stimmen auf Hafenclever, in Hagen 1589 Stimmen auf den Arzt Reinde, der sich durch opferbereites Wirken große Liebe bei den Arbeitern erworben hatte und seine humane Gesinnung für sozialistische Überzeugung versah. Mittinghausen, der noch etwas von dem utopistischen Gange des vormärzlichen Sozialismus bewahrt hatte und in der direkten Gesetzgebung durch das Volk den einzigen Hebel der sozialistischen Gesellschaft erblickte, erhielt in Köln 1095, Schweizer in Düsseldorf 664, der Schneider Schob in Mülheim a. Rh. 1059, der Eisenarbeiter Böhm in Duisburg 1686, Martiny in Solingen 1437, Audorf in Lennep-Mettmann 4034 und Schweizer in Elberfeld-Barmen 4668 Stimmen.

In Elberfeld-Barmen kämpfte Schweizer mit Bismarck als konservativem, und mit Fockebeck, dem Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, als liberalem Gegenkandidaten. 70 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an diesem Kampfe, der in ganz Deutschland großes Aufsehen erregte. Die Beschimpfungen, womit die konservativen und mehr noch die liberalen Blätter über Schweizer herfielen, überstiegen alles Maß; nicht nur wurde ihm die geschlechtliche Verirrung seiner Jugendjahre bis zum Eckel vorgehoben, sondern er wurde auch als Betrüger und als Dieb denunziert. Und alle Gehässigkeit seiner

bürgerlichen Gegner wurde fast noch überboten durch die verleumderischen Angriffe der Gräfin Hagfeldt und ihrer Werkzeuge. Die Arbeiter in Elberfeld-Barmen ließen sich aber keinen Augenblick verblüffen; sie erklärten einfach: wir wählen Schweizer, und wenn er Mörder und Räuber wäre. Sie wußten recht gut, weshalb ihr Kandidat diese Angriffe erfuhr. Hillmann, der zwei Jahre lang der beliebteste Agitator des Rheinlands gewesen war, erhielt als sozialdemokratischer Gegenkandidat gerade 52 Stimmen. Den Sieg freilich konnten die Arbeiter noch nicht an ihre Fahne fesseln; Schweizer kam nicht einmal zur Stichwahl, da Bismarck 6523 und Jordanbeck 6123 Stimmen erhalten hatte.

Nächst dem Rheinlande erzielte die sozialdemokratische Wahlagitation im nordwestlichen Deutschland ihre größten Erfolge. In den beiden Kreisen der Stadt Hamburg erhielt Berl zusammen 3223, in Harburg York 3660, in Braunschweig der sächsische Schriftsteller Walster 2267 Stimmen. Nach diesen 9000 Stimmen kam Schlesien mit deren 4000, von denen auf Schweizer in Reichenbach-Neurode 3109, und auf den Weber Heinrich Schnabel, ein altes eifriges Mitglied des Vereins, in Waldenburg 891 fielen.

Im Königreiche Sachsen trugen Würkert als Kandidat der Stadt Leipzig und Fricksche als Kandidat des Landkreises Leipzig jeder etwa 1000 Stimmen davon, Würkert etwas mehr, Fricksche etwas weniger. Sonst wurden noch etwa 6000 sächsische Stimmen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgegeben, davon 800 in Dresden, 1300 in Chemnitz und 3081 in Freiberg, aber sie vereinigten sich nahezu ausschließlich auf Anhänger der Gräfin Hagfeldt. Von den Kandidaten der Sächsischen Volkspartei siegten Bebel in Glauchau-Meerane und Schrapß in Zwickau-Crimmitschau, beide erst in der Stichwahl. Liebknecht unterlag für diesmal noch in Stollberg-Schneeberg, vermutlich deshalb, weil er an ausgiebiger Agitation dadurch gehindert wurde, daß er die erste Frucht der „deutschen Einheit“ bitter genug zu kosten bekommen hatte. Er hatte nach Erlaß der preussischen Amnestie einen Besuch in Berlin abgestattet und im Buchdruckergehilfenvereine gesprochen; deshalb wegen Wahnbruchs verhaftet und angeklagt, wurde er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis auf den letzten Tag abbüßen mußte. Selbst die Richter schämten sich ein wenig des skandalösen Urteils und stotterten in der Begründung einige entschuldigende Nebenarten, aber dadurch wurde der Wanzengeruch der Stadtvogtei für Lieb-

knecht nicht in die Morgenluft deutscher Freiheit umgewandelt. In den drei Wahlkreisen, wo Liebknecht, Bebel und Schrapz kandidierten, rang die Hausindustrie ihren entsetzlichen Todeskampf mit der Maschinenarbeit; in der Glauchau-Meeraner Handweberei arbeiteten im Jahre 1863 30700, im Jahre 1880 nur noch 3194 Handwebstühle; mindestens 40000 Personen hatten die mechanischen Webstühle in diesem einen Kreise innerhalb eines halben Menschenalters „überflüssig“ gemacht. Wieviele Stimmen überhaupt bei den Februarwahlen von 1867 auf die Sächsische Volkspartei fielen, läßt sich nicht mit annähernder Sicherheit sagen, da die Partei damals noch über kein eigenes Organ verfügte, das ihre Entwicklung genau registriert hätte; soweit verstreute Notizen ein Urteil zulassen, mögen 12000 bis 15000 Stimmen für sie abgegeben worden sein.

Sie besaß aber zwei Mandate, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seinen 40000 Stimmen auch nicht einen Sitz erobert hatte. Zur Stichwahl stand nur Audorf in Lennep-Mettmann, während in einigen anderen Kreisen, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Reichenbach-Neurode, die sozialdemokratischen Wähler die Entscheidung zwischen den konservativen und den liberalen Kandidaten zu treffen hatten. Für die Wahlen hatte der Sozialdemokrat die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen Wahlkompromisse abzuschließen, lieber in der kleinsten Minderheit und ohne alle Aussicht auf Erfolg nach den eigenen Prinzipien und für den eigenen Kandidaten zu stimmen, als auf Kosten der Prinzipien eine unnatürliche Verbindung einzugehen. Was er dagegen je nach den örtlichen Verhältnissen für erlaubt erklärte, waren Transaktionen mit anderen Parteien, so zwar, daß, unbeschadet der beiderseitigen Prinzipien, die Arbeiter in einem Wahlkreise für den Kandidaten einer bürgerlichen Partei eintreten könnten, vorausgesetzt, daß sich diese Partei verpflichtete, in einem anderen Wahlkreise den Sieg eines sozialdemokratischen Kandidaten zu sichern. Diese Möglichkeit kam bei den Hauptwahlen überhaupt nicht, wohl aber bei den Stichwahlen in ernsthaften Betracht. Im Februar 1867 lag die Sache sehr einfach. Unterstützten die Fortschrittler in Lennep-Mettmann den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Bismärcker Sybel, so konnten die Sozialdemokraten in Düsseldorf, Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode die fortschrittlichen gegen die konservativen Kandidaten herausheben. Indessen die biederen Fortschrittler bekannten sich damals schon, wie seitdem fast immer, zu der kuriosen

Anschauung, daß ihre „unentwegten Mannesbrüste“ durchaus nicht befleckt würden, wenn sie bei Stichwahlen lieber für den unvernünftigsten Reaktionär als für den vernünftigsten Sozialdemokraten stimmten, daß dagegen sozialdemokratische Wähler, die bei Stichwahlen nicht die fortschrittliche Schleppe trügen, sich als „Erdlinge der Reaktion“ brandmarkten. Sie entschieden in Lennep-Mettmann gegen Audorf und für Ehbel.

So mußten die sozialdemokratischen Wähler bei den Stichwahlen auf eigene Faust vorgehen. In Düsseldorf stimmten sie für den fortschrittlichen Kandidaten, da die politische Freiheit sowohl für das Volkswohl von höchster Wichtigkeit, als auch besonders die unerläßliche Grundlage für die Bestrebungen der Arbeiterklasse sei. Dagegen beschloßen sie in Elberfeld-Barmen, sich bei der Stichwahl der Abstimmung zu enthalten, da die Arbeiterpartei aus prinzipiellen Gründen nicht für den Kandidaten der konservativen Partei stimmen, aber wegen des beispiellos gehässigen Verhaltens der Fortschrittspartei für diesmal auch mit ihr nicht zusammengehen könne. Beide Beschlüsse waren von Schweitzer vorgeschlagen und durchgeführt worden, in Düsseldorf wie in Elberfeld gegen den heftigen Widerstand der Arbeiter, die unter den Streichen der Hungerpeitsche, womit die fortschrittlichen Fabrikanten sie traktierten, am liebsten für die konservativen Kandidaten gestimmt hätten. Übrigens war auch der Elberfelder Beschluß durchaus gerechtfertigt. Ob Bismarck oder sein „guter Freund“ Fockebeck, der ihm schließlich in allem zu Willen war, im norddeutschen Reichstag saß, das war verhältnismäßig gleichgültig; wohl aber war es für die Arbeiterpartei eine dringende Notwendigkeit, endlich einmal das Lügen-system zu zerbrechen, durch das die Fortschrittspartei noch immer einen großen Teil der Arbeiterklasse über die sozialdemokratische Agitation verblendete. Ähnlich wie in Elberfeld-Barmen lagen die Dinge in Reichenbach-Neurode, doch verließen sie in beiden Kreisen insofern nicht gleich, als die schlesischen Arbeiter sich wirklich der Abstimmung enthielten oder vielleicht selbst dem liberalen Kandidaten Twisten eine Hilfsmannschaft stellten, so daß er über Olearius siegte, während die rheinischen Arbeiter für Bismarck und gegen Fockebeck entschieden.

Neben der tiefen Erbitterung über die fortschrittlichen Wahlpraktiken wurde diese Entscheidung wohl durch die Erwägung beeinflusst, daß durch den Sieg Bismarcks, der bereits in einem altmärkischen Wahl-

kreise gewählt worden war, ein neuer Wahlkampf notwendig werden würde. Schweizer nannte die Entscheidung der Arbeiter einen „verhängnisvollen Schritt“, erklärte sie aber als „eindringliche Lehre“ für die Fortschrittspartei, sei es als Quittung über die unflätigen Schmähungen und nichtswürdigen Verkümmern des Wahlrechts, welche die Bourgeoisie dem Proletariat zugesügt habe, sei es als eine Huldbigung nicht zwar für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht zurückgegeben habe, das die liberale Opposition zu fordern so hartnäckig vergessen hatte. Wirklich lehnte Bismarck das Mandat ab, und es kam zu einem zweiten Wahlkampfe, worin Schweizer mit 4919 und der liberale Kandidat Sneydt mit 4291 Stimmen zur Stichwahl gelangten. Die Konservativen dämpften jetzt selbst alle Illusionen über ihre etwaige Arbeiterfreundlichkeit, indem sie den Sieg Sneydts entschieden. Damit schwand die letzte Aussicht auf eine Vertretung des Klassenbewußten Proletariats im ersten norddeutschen Reichstage. Aber umsonst hatten die Arbeiter in Elberfeld-Darmen nicht acht Wochen lang alle Fibern angestrengt; sie hatten, wie Schweizer in einem Abschiedswort an seine Wähler sagte, zweierlei gelernt, einmal daß die Fortschrittspartei mit äußerster Hefigkeit, unter Anwendung aller, selbst der verwerflichsten Mittel, die Arbeitersache niederzuhalten suchte, und dann, daß die konservative Partei trotz aller schönen Redensarten im entscheidenden Augenblick auch versagte.

Über den allgemeinen Ausfall der Wahlen schrieb der Sozialdemokrat: „Der lang erwartete, lang ersehnte zwölfte Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf allen Punkten. Das haben wohl wenige der Unseren erwartet, und sicherlich steht mancher vor diesem Ergebnis wie vor einem unlösbaren Rätsel. Alle diese großen rauschenden Versammlungen mit ihrer Begeisterung und ihren Triumpfen, diese stürmische Bewegung in den Massen — und doch unterlegen, an wenigen Orten ehrenvoll, an manchen Orten schmachvoll unterlegen.“ Dies Gefühl bitterer Enttäuschung war nur zu berechtigt. Entsprachen die Wahlerfolge selbst da, wo die Niederlage ehrenvoll war, nicht berechtigten Erwartungen, so gab es breite Strecken Deutschlands, wo die sozialdemokratische Agitation sich schon seit Jahren eingewurzelt hatte, wo noch gewaltige Wahlversammlungen den sicheren Sieg zu verbürgen schienen und wo der Partei doch am Wahlstage selbst der Boden unter

den Füßen wich, wie loser Flugsand. So in den thüringischen Bezirken, so im Maingau, der Stätte so vieler Triumphe. In Frankfurt erhielt Weller armselige 150 Stimmen, während sich eine vierzigfache Überzahl auf das goldene Kalb vereinigte, das ihm der bürgerliche Parteienmischmasch in der Person Rothschilds entgegengestellt hatte. Noch kläglich war die Niederlage in Berlin, dessen Arbeiterbevölkerung sich doch schon vor zwei Jahren um die Fahne der Sozialdemokratie zu scharen begonnen hatte. Auf den Buchdruckergehilfen Feistel, den gemeinsamen Kandidaten aller Berliner Arbeiterkreise, die sich nicht mehr ins Schlepptau der Fortschrittspartei nehmen lassen wollten, fielen in allen sechs Wahlkreisen zusammen etwa 75 Stimmen.

Gewiß ließen sich viele Entschuldigungs- und Erklärungsgründe der Niederlage aufführen. In Berlin, unter dessen Philistern ein arger Chauvinismus grassierte, hatte die Reaktion als ihre Kandidaten die Minister und Generale aufgestellt, die wegen des Krieges von 1866 dotiert worden waren; um wenigstens deren Sieg zu hindern, entschlossen sich viele Arbeiter im letzten Augenblick dazu, ihre Stimmen den fortschrittlichen Kandidaten zu geben. Am Rhein und auch anderwärts hatte eine schlaue Wahlkreisgeometrie das Ihre getan; Audorfs Steg in Lennep-Wettmann war besonders deshalb gescheitert, weil die Weberbörfer des Wuppertals nicht, wie bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, mit Solingen, sondern mit Remscheid zusammengelegt worden waren, wo das Handwerk noch einigermaßen festen Boden hatte. Dazu kamen die großen Lücken der Wahllisten, die Drangsalierungen der Polizei, die Aushungerungsmethoden der Fabrikanten und was sonst in das schmähliche Kapitel bureaukratischer und kapitalistischer Wahlpraktiken gehört. Aber umgekehrt wie die bürgerliche Opposition, die nach den Ursachen ihrer Wahlniederlagen überall zu spüren pflegt, nur nicht bei sich selbst, hat die proletarische Opposition stets den preiswürdigen Grundsatz befolgt, immer zuerst vor der eigenen Türe zu kehren, wenn sie nicht erreichte, was sie wollte. Sie wußte sich ehrliche Rechenschaft abzulegen über ihre Fehler, sich klar zu machen, daß sie vor einem Entweder Ober stände.

Die zahlreichen Erfolge, die sie seit vier Jahren errungen hatte, waren ihr immer wieder unter den Händen zerronnen, weil sie kein Gewölbe besaß, worin sie die gewonnenen Schätze bergen konnte. Die konservative Partei gebot über die alt und fest begründete Organisation

der Staatsmacht, die liberale Partei über die unsichtbare, aber überall gegenwärtige Wirksamkeit der sozialen Geldmacht; wollte die Arbeiterpartei mit so starken Gegnern erfolgreich kämpfen, so mußte sie sich auch ein festes Gefüge dauernder Kraft schaffen. Es ging so nicht weiter, daß ein einziger großer Geldbeutel, wie ihn die Gräfin Hatzfeldt besaß, die Arbeiterbewegung jahrelang zum Gespötte der Welt machte. Ohne hin drohte die Fahne zu sinken, um die sich die alte Garde noch immer wieder gesammelt hatte; die geringen Mittel des Sozialdemokraten waren nahezu erschöpft, und er mußte eingehen, wenn sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht endlich auf feste finanzielle Füße stellte. Es konnte sich nicht darum handeln, Lassalles Organisation zu zerstören, denn ihr verdankte der Verein mindestens noch seine moralische Macht, sondern vielmehr sie zu verwirklichen, um hinter die moralische Macht auch politische Macht zu setzen.

Aus dem Sachlichen ins Persönliche überseht, hieß das aber nichts anderes, als daß die moralische Diktatur, die Schweitzer seit dem Tode Lassalles besessen hatte, in eine politische Diktatur verwandelt werden mußte. Die Abneigung der Arbeiter gegen Schweitzer war allmählich geschwunden; in dieser Beziehung hatten die Verleumdungen, womit die bürgerliche Presse ihn überschüttete, das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Schweitzer war viel zu klug, um sich je einzubilden, daß eine proletarische Massenbewegung dauernd unter der Diktatur eines einzelnen stehen könne, aber die Vereinsmitglieder waren auch zu einsichtig, um nicht zu erkennen, daß eine zeitweilige Diktatur unter den damaligen, nach den verschiedensten Seiten hin kritischen Zuständen noch immer notwendig sei. Wie Löbke bezeugt, hat sogar York, ein Demokrat durch und durch, dem schon Lassalles Diktatur wider den Strich gegangen war, die vorläufige Notwendigkeit der Diktatur auf noch längere Zeit bemessen, als selbst Schweitzer. Jede Diktatur ist das schlimmste Verhängnis für den Diktator selbst; diesem Verhängnis ist auch Schweitzer unterlegen, und er hat seine Schuld teuer genug mit seinem ehrlichen Namen gebüßt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß im Jahre 1867 die ältesten und treuesten Mitglieder des Vereins seine Diktatur für notwendig gehalten haben.

Er war schon der tatsächliche Leiter der Wahlbewegung gewesen und ließ nach ihrem Schlusse durch den Präsidenten Perl zum 19. Mai eine außerordentliche Generalversammlung nach Braunschweig einberufen.

Sie wurde von 18 Delegierten besucht, die 45 Orte mit 2508 Mitgliedern vertraten. Die Mitgliederziffer war äußerst gering; sie betrug kaum den vierten Teil der Mitglieder, die ein Jahr früher auf der Generalversammlung in Leipzig vertreten gewesen waren, doch hatten diese Zahlen, solange keine strenge Kontrolle über die Zahlung der Mitgliederbeiträge geübt wurde, überhaupt nur einen sehr problematischen Wert.

Die fünfte Generalversammlung beschloß zunächst ein Programm, das den Anhängern der Gräfin Hagfeldt die Lüre wies. Seine Hauptpunkte waren der einheitliche und freie Volksstaat, die gemeinsame gesellschaftliche Produktion und zur Anbahnung des neuen Gesellschaftszustandes Produktivassoziationen mit Staatskredit nach den Grundsätzen Ferdinand Lassalles, die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturbölkern, Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, mit direkter geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, zur Beeinflussung der öffentlichen Gewalten. An der Hand dieses Programms sollten die Vereinslisten durchgesehen und alle Mitglieder ausgeschieden werden, die ihm nicht vorbehaltlos zustimmten. Dann sollte eine Neuwahl sämtlicher Bevollmächtigten stattfinden, deren Amtsdauer von einer ordentlichen Generalversammlung zur anderen beschränkt wurde. Die Bestätigung ihrer Wahl blieb dem Präsidenten vorbehalten, ja formell erhielt der Präsident das unbeschränkte Recht, die Bevollmächtigten zu ernennen, da die Polizei in ihrer Wahl ein Kennzeichen „selbständiger Vereine“ entdeckt hatte. Doch wurde eine Kommission niedergesetzt, die etwaige Beschwerden über den Präsidenten entgegennehmen und der nächsten Generalversammlung übermitteln sollte. Um den polizeilichen Verfolgungen einen Niegel vorzuschieben, wurden auch sonst alle Ansätze zur „Zweigvereinsbildung“ beseitigt, die Bezeichnung der örtlichen Mitgliedschaften als Gemeinden ausgemerzt, der einheitliche und geschlossene Charakter des Vereins in der Weise festgestellt, daß er in Leipzig seinen Sitz habe und dem sächsischen Vereinsgesetze unterliege, während an den einzelnen Orten nur Versammlungen der Mitglieder stattfinden dürften: Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin und anderen Orten einen augenblicklichen Erfolg hatten, aber bei der Dehnbarkeit und Lückenhaftigkeit der deutschen Vereinsgesetze keinen dauernden Schutz vor polizeilicher Willkür gewähren konnten. Zur Sicherung einer guten Finanzverwaltung wurde unter anderem angeordnet, daß mindestens die Hälfte der örtlichen Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden

müßte und der Kassierer alle Monate die Namen der mit ihren Beiträgen rückständigen Orte im Sozialdemokraten veröffentlichen sollte. Das Kassiereramt behielt J. M. Hirsch, doch da er halb darauf wegen Veröffentlichung des ersten sozialdemokratischen Lieberbuchs verhaftet und zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt wurde, so ging es auf Bracke über. Zum Präsidenten wurde Schweizer gewählt, und das Sekretariat an seinen Wohnort verlegt; an Stelle Audorfs, der im Jahre darauf nach Rußland ging, trat der Stenograph Koller.

Die erste Wirkung dieser Reorganisation bestand darin, mit der Gräfin Hagfeldt reinen Tisch zu machen. Sie stiftete jetzt eine besondere Sekte unter dem Namen des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es gelang ihr, etwa den sechsten Teil des alten Vereins abzusprengen, die Hauptmasse der Mitglieder im Königreiche Sachsen und einzelne Splitter in Kiel, Bremen und anderen Orten. Zum Präsidenten ließ sie Försterling wählen, neben ihm war ihre rechte Hand der junge Fritz Mende, dem die einfachsten intellektuellen und moralischen Eigenschaften für die Tätigkeit eines Arbeiterführers fehlten. Es gibt keine Entschuldigunq für die Art, wie sich die Gräfin an dem Andenken ihres toten Freundes versündigte. Ihr Treiben war nicht mehr gefährlich, denn es ließ sich vorhersehen, was sich auch wirklich erfüllte, daß die paar tausend ehrliche Arbeiter, die sie mit Lassalles Namen verblendete, halb zu besserer Erkenntnis erwachen und dann zum alten Vereine zurückkehren oder sich der Sächsischen Volkspartei anschließen würden. Aber es war im höchsten Grade peinlich, daß die Bourgeoisie ein paar Jahre lang ihren stumpfen Witz an dem Unfuge schärfen konnte, den die Gräfin trieb.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte mit den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung wieder die Spitze der sozialistischen Bewegung in Europa genommen. Ein Prüfstein dafür war der zweite Kongreß der Internationalen, der einige Zeit darauf, während der ersten Septemberwoche, in Lausanne tagte. Er war von 64 Delegierten besucht, der Mehrzahl nach Schweizern, dann 6 Deutschen, 6 Engländern, 17 Franzosen, 2 Italienern und 2 Belgiern. Unter den deutschen Delegierten befanden sich Albert Lange, Ludwig Büchner und Labendorf.

Der Kongreß beschloß, daß die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse unzertrennlich von ihrer politischen Emanzipation, daß die Er-

oberung der politischen Freiheit die erste und absolute Notwendigkeit sei. Das stimmte ganz mit dem Braunschweiger Programm überein. Aber dann zeigten sich auf dem Kongresse der Internationalen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das Gemeineigentum am Grund und Boden, über das sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein längst klar war. Diese sozialistische Forderung stand nicht unmittelbar auf der Tagesordnung des Lausanner Kongresses, aber sie brach bei mehreren Anlässen durch, sowohl bei der nochmals aufgenommenen Frage der Kooperativgesellschaften, über die der Kongress beschloß, daß sie, auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt, einen ganz elenden fünften Stand bilden würden, als auch bei der von dem Kongresse bejahten Frage, ob die Transport- und Verkehrsmittel verstaatlicht werden sollten. Namentlich die Franzosen traten leidenschaftlich für das individuelle Eigentum am Grund und Boden ein, während andere, die das Gemeineigentum befürworteten, wie Labendorf, von der kommunistisch-revolutionären Auffassung des Gedankens weit entfernt waren. Fast nur Eccarius und Legner, die alten Mitglieder des Kommunistenbundes, die jetzt im Generalkomitee der Internationalen saßen, behandelten die Frage so gründlich und klar, wie Schweizer sie schon anderthalb Jahre früher in seiner Erfurter Rede behandelt hatte.

Einen Monat später trat in Gera der vierte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. In seinen Verhandlungen begannen sich jetzt die Geister immer schärfer zu scheiden. Uhlisch brachte eine Reihe von Resolutionen ein, wonach die Volksschule den „ewigen Gesetzen der Menschenseele“ gemäß eingerichtet werden solle, und Sonnemann überraschte den Vereinstag durch die interessante Mitteilung, daß er nun endlich die soziale Frage gelöst und in der Frankfurter Sozietätsdruckerei eine Produktivgenossenschaft eingerichtet habe, worin er einfacher „Mitarbeiter“ der Setzer sei, die in brüderlicher Gemeinschaft mit ihm nach fünf Jahren das Geschäft besitzen würden. Wie sich von selbst versteht, handelte es sich um eine kapitalistische Treiberei; die Frankfurter Sozietätsdruckerei ist heute ein Millionenunternehmen, worin der „Arbeiterfreund“ Sonnemann „seine“ Setzer ganz so wie jeder beliebige Kapitalist ausbeutet. In wohlthuendem Gegensatz gegen solche häßlichen Reklamen schilderte Webel in seiner beredten Weise das furchtbare Unglück im Sugauer Steinkohlenbergwerke, wo über hundert Arbeiter der verbrecherischen Profitgier des Kapitals und der schuldvollen Pflicht-

vergeffenheit der sächfifchen Bergpoltzei zum Opfer gefallen waren, während der Tuchmacher Motteler in einem ergreifenden Berichte das namenlofe Elend der fabrikmäßigen Kinderarbeit entrollte. Beide verlangten das rüdfichtslofe Einschreiten der Staatsgewalt gegen die Ausbeutung des Kapitals. Die kräftigeren Elemente der Arbeitervereine drängte es unaufhaltfam zu engerem Zusammenschlusse, als er bisher durch den über ganz Deutschland zerstreuten Ausschuß hergestellt worden war. Die Schlingen der deutschen Vereinsgefetze mußten auch hier durch allerlei subtile Unterscheidungen umgangen werden. Einer der größeren Vereine wurde damit betraut, die allgemeinen Angelegenheiten des Vereinstags zu besorgen; der Siz dieses Vereins wurde der Borort des Vereinstags; seinen Ausschuß bildeten fortan sieben Mitglieder, von denen sechs Weisßer von dem leitenden Verein aus seiner Mitte gewählt werden sollten, der Vorsizende aber von dem Vereinstage selbst. Im Wesen der Sache handelte es sich um die Frage, ob der Vereinstag unter kapitalistischer Vormundschaft bleiben oder in proletarischer Selbständigkeit sich entwickeln wollte. Bei der Wahl des Vorsizenden standen sich Bebel und Max Hirsch als Kandidaten gegenüber. Bebel siegte mit namhafter Mehrheit, ein großer Schritt vorwärts war getan.

Inzwischen ging die Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins rüstig voran. Am 22. November tagte in Berlin die sechste Generalversammlung, auf der 3408 Mitglieder durch 20 Delegierte vertreten wurden. Die Mitgliederzahl schwankte noch immer etwas im Ungewissen; die Generalversammlung stand für diesmal noch von der praktischen Ausführung des Braunschweiger Beschlusses ab, wonach nur die Delegierten solcher Orte zugelassen werden sollten, die ihren Verpflichtungen gegen die Vereinskasse nachgekommen seien. Aber die Klassenverhältnisse waren durch Bracke schon in musterhafte Ordnung gebracht worden; die Abonnenten des Sozialdemokraten hatten sich seit dem Anfange des Jahres nahezu verdreifacht. Sie waren von 450 auf 1200 gestiegen; bis zu 10 Exemplaren bezogen 83, bis zu 25 Exemplaren 25 Orte, voran marschierten Frankfurt mit etwa 50, Elberfeld-Barmen mit etwa 175 und namentlich Hamburg mit etwa 375 Exemplaren. Die einstimmige Wiederwahl Schweigers zum Präsidenten war von selbst gegeben. Jedoch nahm die Generalversammlung eine tiefgreifende, schon in Braunschweig geplante, aber damals noch verschobene Änderung an

den Statuten vor: der Präsident sollte fortan durch Urabstimmung der Mitglieder mindestens sechs Wochen vor jeder ordentlichen Generalversammlung gewählt werden. Der Beschluß wurde mit 2264 gegen 838 Stimmen gefaßt, während 306 Stimmen, die Schweizer führte, sich der Abstimmung enthielten. In der Opposition befanden sich besonders die Hamburger und die Iserlohner Mitglieder. Bestimmt, die tatsächliche Diktatur des Präsidenten möglichst zu demokratisieren, war der Beschluß doch sehr zweischneidig; er verstärkte die Macht des Präsidenten gegenüber den anderen Beamten und Behörden des Vereins.

Einstweilen trübte noch keine Wolke die wiederhergestellte Eintracht. Schweizer, der immer darauf bedacht war, das selbständige Denken der Arbeiter zu befördern, veranstaltete bei dieser Generalversammlung zum erstenmal eine öffentliche Sitzung, in der eine Reihe von wichtigen Problemen debattiert wurde. Die Tagesordnung war etwas zu reichlich besetzt: über Preußen und die deutsche Frage, das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung der Wuchergesetze, die Frauenarbeit, die Zuchthausarbeit, die Verfälschung der Lebensmittel und die Reklame, den Normalarbeitstag und die englische Fabrikgesetzgebung sollte verhandelt werden. Es konnte nicht fehlen, daß dabei manches einseitige und oberflächliche Urteil laut wurde, aber die eiserne Ausdauer der Redner und Hörer imponierte deshalb nicht weniger den einsichtigeren Organen der bürgerlichen Presse. Sie schrieben: Allen Respekt vor diesen Sozialdemokraten! Wo haben bisher Männer aus dem Volke elf Stunden eines einzigen Tages in sehr mäßig erwärmten Räumen ausgeharrt, um Reformfragen zu diskutieren? Auf den großen Kongressen der verschiedenen Wissenschaften wissen sich's die Leute bequemer zu machen und die geistigen Anstrengungen durch zeitgemäße leibliche Erquickung zu mildern.

Zu der gehobenen Stimmung dieser Generalversammlung trug nicht wenig bei, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eben seinen ersten parlamentarischen Feldzug nicht ohne Verlust, aber doch mit Ehren bestanden hatte.

5. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie.

Die Verfassung, die der am 12. Februar gewählte Reichstag mit den verbündeten Regierungen des norddeutschen Bundes beraten hatte, war ganz nach Bismarcks Vorschriften ausgefallen. Die Hauptschuld

baran trug die Bourgeoisie der annectierten oder auch noch nicht annectierten Mittel- und Kleinstaaten, die alle Finger nach den Herrlichkeiten eines einheitlichen und großen Wirtschaftsgebiets schleppte; wie sie dem seligen Nationalvereine die vorlautesten Worthelben gestellt hatte, so stellte sie jetzt in denselben „Staatsmännern“ dem preussischen Absolutismus die kleinlautesten Überläufer. Die Reste der alten Fortschrittler jammerten in einem offiziellen Altkensstücke mit berechtigtem Zorne, wenn auch konfus wie immer: „Die neue Verfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volke mehr Rechte genommen, als sie besaßen.“ Aber das allgemeine Wahlrecht war wenigstens erhalten geblieben, mochte auch Bismarck die dauernde Verfassung von Diäten zur Kabinettsfrage gemacht und durchgesetzt haben. Wir werden unsere Abgeordneten schon nicht verhungern lassen, sagten die Arbeiter und gingen frischen Mutes von neuem ans Werk, als am 31. August 1867 der norddeutsche Reichstag gewählt wurde, für den in der neuen Bundesverfassung eine dreijährige Gesetzgebungsperiode vorgesehen worden war.

Die ziffernmäßigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie blieben diesmal noch ziemlich weit hinter dem zurück, was sie in den Februarwahlen erreicht hatte. Mit Ausnahme des Kreises Essen und der Stadt Hannover, die zum erstenmal mit je 1100 Stimmen auf den Kampfplatz traten, wurde kein neuer Boden erobert, und mit Ausnahme der Städte Elberfeld-Barmen, wo Schweizer auf den ersten Schlag 6110 Stimmen gewann, wurde nirgendß eine gleich hohe Stimmenzahl erreicht, wie sechs Monate vorher. Selbst die stets erprobte Beste Hamburg, wo der Buchhändler August Geib kandidierte, brachte nur wenig über 2000 Stimmen auf. Jedoch mitten in den frischen Hoffnungen seiner kräftig fortschreitenden Reorganisation empfand der Verein keine besondere Enttäuschung, und zwar um so weniger, als alle übrigen Parteien über eine noch weit größere Abspannung zu klagen hatten. Wie in Elberfeld-Barmen, so kam Schweizer auch in Reichenbach-Neurode zur Stichwahl, obgleich er in diesem Kreise kaum halb so viele Stimmen erhalten hatte, wie im Februar. Ferner standen Hasenclever in Essen gegen den konservativen Landrat Devens und Reinde in Lennep-Wettmann gegen den alten Ludolf Camphausen zur engeren Wahl. Reinde, der während des Sommers mit dem Fortschrittler Harfort in westfälischen Blättern eine lange Fehde über die Berechtigung des Sozialismus ausgefochten und dadurch die dankbare Anerkennung der Arbeiter gewonnen hatte, war

in einer ganzen Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt worden, außer in Lennep-Mettmann auch in Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Solingen und Hagen. Vergebens machte Schweiger, dem die Braunschweiger Generalversammlung die Leitung der Wahlen anvertraut hatte, die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie nicht so zimperlich vor Arbeiterkandidaturen zurückschrecken sollten; die Meinung, daß ein Arbeiter nicht genug Ansehen zum Parlamentskandidaten habe, sei ein „verfluchtes Vorurteil“, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse, da es die herrschenden Klassen nur in ihrem eigenen Interesse den Arbeitern eingeflößt hätten. Wie so oft, sollte sich auch in diesem Falle erst die praktische Erfahrung als wirksame Lehrmeisterin erweisen.

Für die Stichwahlen hatte Schweiger die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter sich an ihnen unter allen Umständen beteiligen sollten, wenn es sich auch nur um zwei bürgerliche Kandidaten handle: aus dem prinzipiellen Grunde, weil die Arbeiter bei dem unlöslichen Zusammenhange des Politischen und Sozialen doch immer irgend ein Interesse daran hätten, ob dieser oder jener Kandidat siege, aus dem praktischen Grunde, weil eine politische Partei sich bei jeder Gelegenheit geltend machen müsse. Für die Frage, welche der streitenden Parteien die Arbeiter unterstützen sollten, sei in erster Reihe maßgebend, wie sich diese Parteien, besonders während der Hauptwahl, gegen die Arbeiter verhalten hätten. Als junge Partei habe die Sozialdemokratie vor allem festen Fuß zu fassen und das Verleumdungssystem zu zerbrechen, durch das die alten Parteien sie niederhalten wollten. In Düsseldorf hätten bei den Februarwahlen die Arbeiter den Sieg der Fortschrittspartei entschieden; gleichwohl habe die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Zeitung den ganzen Sommer hindurch nichts als hämische Schimpfartikel über die Arbeiterbewegung gebracht. Diese infame Kampfweise müsse den Liberalen abgewöhnt werden; wo sie sich ihrer schuldig machten, hätten die Arbeiter bei den Stichwahlen unbedingt für den gegnerischen Kandidaten zu stimmen; die Förderung der Parteisache gehe jeder anderen Rücksicht vor. Wo aber die Liberalen in ehrlicher und sachlicher Weise die Arbeiterpartei befehdeten, was selbstverständlich ihr Recht sei, da hätten die Arbeiter bei Stichwahlen für die liberalen Kandidaten zu stimmen, wobei jedoch die sogenannten Nationalliberalen nicht zu den Liberalen gerechnet werden dürften. Sie seien weiter nichts als Schein-

heilige Reaktionäre im liberalen Schafspelze und noch gemeinschäblicher als offene Konservative.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Stichwahlen im bergisch-märktischen Industriebezirke behandelt. In Düsseldorf halfen die Arbeiter dem Bismärcker Michaelis zum Siege über den fortschrittlichen Kandidaten Bürger, während ein Teil der konservativen und nationalliberalen Wähler in Elberfeld-Barmen den Sieg Schweigers gegen den fortschrittlichen Kandidaten Löwe-Kalbe durchsetzte. Diese von der sozialdemokratischen Partei beobachtete Taktik ist damals von verschiedenen Seiten heftig getadelt worden, und gewiß hatte sie ihre Bedenken. Nur war es falsch, zu sagen, daß sie auf irgend welchen heimlichen und verräterischen Abmachungen mit der konservativen Partei oder der Regierung beruhen sollte. Sie war vielmehr lange vor der Hauptwahl öffentlich im Sozialdemokraten proklamiert worden, nicht als eine grundsätzlich richtige, sondern im Gegenteil als eine grundsätzlich unrichtige, aber in bestimmten Notfällen durch die prinziplos unwürdige Politik der Fortschrittspartei erzwungene Taktik. Jedenfalls hatte sie den Vorzug, den Zweck zu erreichen, den sie erreichen sollte. Sobald die Fortschrittspartei sah, daß die Arbeiter sich nicht als willenloses Stimmvieh mit Fußtritten abspießen ließen, bequeme sie sich zu anständigen Manieren. Nach gegenseitigem Übereinkommen stimmten die sozialdemokratischen Wähler in Hagen und Solingen für die fortschrittlichen, die fortschrittlichen Wähler aber in Essen und Lennepe-Nettmann für den sozialdemokratischen Kandidaten. Das tatsächliche Ergebnis war, daß Hartort in Hagen und Reincke in Lennepe-Nettmann siegten, während Hasenclever in Essen und Eugen Richter in Solingen durchfielen. In Reichenbach-Neurode unterlag Schweiger dem liberalen Kandidaten Twesten.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte somit zwei Siege im norddeutschen Reichstage erobert. Die Sächsische Volkspartei aber behauptete nicht nur die Wahlkreise Glauchau-Neerane und Zwickau-Crimmitschau, sondern gewann noch zwei neue Siege dazu; Liebknecht siegte in Stollberg-Schneeberg und der Arzt Götz im Leipziger Landkreise. Unter nicht ganz zweifelsfreien Umständen gewann Försterling den Wahlkreis Chemnitz. Er kämpfte mit einem großdeutschen Demokraten in der Stichwahl, und es hieß damals, daß die 3500 Stimmen, die Försterling bei der engeren Wahl mehr erhielt, als bei der allgemeinen Wahl, zum Teil von arbeiterfeindlicher Seite herrührten, die durch das

voraussetzliche Auftreten Försterlings im Reichstage die sozialdemokratische Sache schädigen zu können hofften.

Ob dem nun so war oder nicht, jedenfalls machte sich Försterling, als der Reichstag am 10. September zu seiner ersten Session zusammentrat, gleich bei der Adreßdebatte durch ein gedankenloses Herplappern einzelner Brocken aus Lassalles Schriften parlamentarisch unmöglich. Aber auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verlor einen seiner Abgeordneten, indem Reinde die erste beste Gelegenheit benutzte, um den proletarischen Klassenkampf zu verleugnen, um zu erklären, daß die Aufgabe des Sozialismus durchaus nicht sei, Bourgeoisie und Proletariat auseinander zu heßen, sondern zu versöhnen. Es blieb dem Verein nichts übrig, als zwischen sich und diesem parlamentarischen Vertreter einfach das Tisch Tuch zu zerschneiden, was auf der Berliner Generalversammlung geschah. Götz und Schraps waren im wesentlichen bürgerliche Demokraten, die sich mit der schärferen Zuspizung des proletarischen Klassenkampfes bald zu erbitterten Gegnern der Sozialdemokratie entwickelten, während Bebel sich noch in der Mauerung von bürgerlich-rabikalen zu sozialdemokratischen Anschauungen befand. So lag die parlamentarische Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts vorwiegend in Liebknechts und Schweigers Händen, und zwischen ihnen flammte sofort der alte Streit über die richtige Taktik auf.

Liebknecht sah in dem norddeutschen Bunde ein reaktionäres Werk der Gewalt und des Unrechts, das unter allen Umständen zertrümmert werden müsse; um es nicht noch zu stärken, verwarf er jede praktische Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstags; die parlamentarische Tribüne war ihm nur eine Stätte, von wo er seinen Protest gegen die neue Gestaltung der deutschen Dinge in die Massen schleudern konnte. Schweiger dagegen faßte den norddeutschen Bund als eine sehr unerfreuliche und sehr unwillkommene, aber dennoch unwiderrufliche Tatsache auf, mit der die Sozialdemokratie sich abzufinden, auf deren Boden sie sich als äußerste Opposition einzurichten habe, wenn sie eine politische Partei bleiben wolle. Während Liebknecht ihn als „Doppelgänger Wageners“ verspottete, sagte Schweiger nicht, daß Liebknecht im Dienste oder im Interesse der depostierten Fürsten und der österreichischen Regierung arbeite, wohl aber sagte er, daß er den Standpunkt Liebknechts nicht teilen könne, weil die Zertrümmerung des norddeutschen Bundes nach dem Überlaufen der Bourgeoisie ins Bismärckische

Lager nicht mehr möglich sei, es sei denn durch die Gewalt des Auslandes, was aus dem Regen unter die Traufe kommen heiße. Gegenüber den bonapartistischen Untrieben und den Revanchegelüsten des zum österreichischen Premier avancierten Beust mußte nach Schweizers Ansicht die Arbeiterklasse mit allen anderen Klassen der Nation zusammenstehen, während Liebknecht in der Bedrängung Bismarcks durch Bonaparte und Beust das logische Schicksal einer gewalttätigen Eroberungspolitik sah.

Dem entsprechend ergriff Liebknecht am 17. Oktober das Wort, bei der Beratung des neuen Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, um auszuführen, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über das Gewaltwerk des norddeutschen Bundes, das nichts anderes bedeute als die Teilung, Schwächung und Knechtung Deutschlands, daß sie hinwegschreiten werde über den norddeutschen Reichstag, der nichts sei als ein Feigenblatt des Absolutismus. Liebknecht protestierte gegen die stehenden Heere als die Werkzeuge solcher Gewaltpolitik, wie Bismarck sie betrieben habe; eine Resolution auf Einrichtung einer Volkswehr nach schweizerischem Muster brachte er nur deshalb nicht ein, weil er sich bei dem Versuche, sie einzubringen, in den Schlingen der Geschäftsordnung verfangen hatte. Die Rede Liebknechts traf mit unbarmherziger Geißel alle wunden Stellen der Revolution von Oben, und der furchtbare Lärm, womit die fatten Patrioten der herrschenden Klassen um den Redner tobten, ehrte seinen Mut doppelt. Aber die Lauterkeit und Schärfe einer Kritik verbürgt noch nicht in jedem Punkte ihre Richtigkeit. Sah Liebknecht voraus, daß Bismarck sich mit Bonaparte zu messen haben und das Schicksal des norddeutschen Bundes dann in der Wage des Kriegsglücks ruhen werde, so sah Schweizer noch etwas weiter voraus, daß sich diese Wage zugunsten Bismarcks senken müsse, nach dem ganzen Stande der historischen Entwicklung.

Schweizer meldete sich nach Liebknechts Rede zum Worte, um das hervorzuheben, was ihn von Liebknechts Auffassung trennte. Damals bestand noch die Rednerliste, in die sich Schweizer gegen die Vorlage einschrieben ließ. Als dann ein Schlußantrag einkam, wurde vor der Abstimmung darüber die Rednerliste verlesen, und es ergab sich, daß Schweizer unter den gegen das Gesetz eingezeichneten Rednern an neunter Stelle stand, während für das Gesetz nur noch zwei Redner eingetragen waren. Schweizer ließ sich nun, um überhaupt noch zum Worte zu kommen, auf die Seite der Redner übertragen, die für das Gesetz

sprechen wollten, eine parlamentarische Praxis, die, so lange die Rednerliste bestand, bei allen Parteien gang und gäbe war, wenn es sich um die Abgabe irgend einer kurzen Berichtigung oder Erklärung handelte, die den eigentlichen Gegenstand der Beratung nicht berührte. Die völlig gleichgültige Episode würde heute nicht mehr der geringsten Erwähnung wert sein, wenn sie nicht von jeher einen Hauptbeweis für Schweizers angeblichen Verrat gebildet hätte. Er war „für“ den preussischen Militarismus eingetreten; die amtliche Rednerliste des Reichstags lieferte ja den urkundlichen Beweis.

Tatsächlich hat Schweizer für das Bundesgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste weder gesprochen noch gestimmt. Er gab einfach eine kurze Erklärung ab, von der er mit Recht sagen durfte, daß er sie im Namen der Tausende von Arbeitern abgebe, die ihn zu ihrem Führer erwählt hätten: eine Erklärung des Sinnes, daß er mit Liebknecht zwar in der Opposition gegen die inneren Zustände des norddeutschen Bundes, aber nicht in dem Bestreben übereinstimme, diesen Bund selbst zu zertrümmern. Er betonte namentlich, daß er und die Arbeiter seiner Richtung dem Auslande gegenüber auf preussischer Seite ständen. Wenn er dabei den bedenklichen Ausdruck gebrauchte, er wolle nicht die Eigenschaften Preußens bemäkeln, die im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkannt habe, so war diese Übertreibung hervorgerufen durch Liebknechts Übertreibung, daß der norddeutsche Bund im Auslande noch verachteter sei, als der Bundestag seligen Andenkens. Heute, wo diese Gegensätze längst der Geschichte angehören, wäre es unbillig, an den Worten des einen oder des anderen zu klauen. Jedoch Liebknechts Ansicht, daß jeder, der mit Schweizer das Werk der Blut- und Eisenspolitik anerkenne, durch eine breite unübersteigliche Kluft von der Sozialdemokratie getrennt sei, stimmte nur so, daß damals eine breite, aber nicht unübersteigliche Kluft mitten durch das klassenbewußte Proletariat lief. Sie war eingeebnet, ehe noch ein Jahrzehnt ins Land ging.

Im Grunde lief der neue Zwist zwischen Liebknecht und Schweizer auf ihre alte Meinungsverschiedenheit hinaus. Liebknechts Rede war eine rein propagandistische Kundgebung; als in der Konfliktzeit radikale Demokraten für eine schweizerische Volkswehr schwärmten, schrieb Engels achselzuckend: „Wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land von 18 Millionen Einwohnern und sehr exponierten Grenzen unmöglich, und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise

möglich.“ Gewiß wußte das auch Liebknecht sehr gut; ihm kam es eben nur auf die Propaganda demokratischer Ideale an. Dagegen vertrat Schweiger die Ansicht, daß eine politische Arbeiterpartei eine praktische Politik treiben müsse, praktische Politik natürlich nicht im Sinne irgend einer bürgerlichen Rechnungsträgerin, sondern von prinzipiell-proletarischem Boden aus. Er stimmte gegen das Militärgesetz, aber er glaubte nicht an ihm, sondern an einer anderen Stelle den parlamentarischen Hebel ansetzen zu sollen, um etwas für die Arbeiterklasse zu erreichen.

Nicht auf militärischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete lag der Schwerpunkt des norddeutschen Reichstags. Dies schwache Parlament konnte nichts daran ändern, daß die militärischen Einrichtungen Preußens auf den Mittelstaat Sachsen und die paar Duzend Kleinstaaten erstreckt wurden, die zum norddeutschen Bunde gehörten. Wohl aber konnte es einen Ton mitreden bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die einigermaßen mit dem feudal-zünftigen Schutt aufräumen sollte. Die Befriedigung ihrer materiellen Interessen war der Preis, um den die Bourgeoisie ihre politischen Ideale an Bismarck preisgegeben hatte, der Preis, den Bismarck zahlen mußte und auch zahlen wollte. Der Bourgeoisie, die den Boden ebnete, worauf sie das Proletariat um so gründlicher auszubeuten gedachte, sofort mit den unüberhörbaren Ansprüchen der Arbeiterklasse in den Weg zu treten, das war nach Schweigers Ansicht die praktische Politik, die von den sozialdemokratischen Abgeordneten im norddeutschen Reichstage getrieben werden mußte.

Bei der Aufhebung der Wuchergesetze brachte Schweiger nach dem Muster der englischen Gesetzgebung den Antrag ein, daß der Wucher bei Darlehen unter hundert Talern verboten bleiben sollte, und begründete ihn in einer vortrefflichen Rede, die zum erstenmale in einem deutschen Parlamente einige Hauptgesichtspunkte des wissenschaftlichen Kommunismus entwickelte. Nicht minder gut verteidigte er einen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote. Seine parlamentarische Hauptarbeit in der kurzen Session war jedoch ein Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital. Der Entwurf bestand aus 47 Paragraphen, die teilweise nur zusammenstellten, was die preußische Gesetzgebung bereits über das Verbot der Kinderarbeit und des Trudsystems verfügt hatte, darüber hinaus aber den zehnstündigen Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter, die Einsetzung von Fabrikinspektoren mit ausgiebig bemessenen Befugnissen und endlich auch ständige Parlaments-

kommissionen „zur Erhebung und Feststellung der im Gebiete des norddeutschen Bundes vorhandenen städtischen und ländlichen Arbeiterverhältnisse“ forderten. Das Gesetz sollte sich auf alle Unternehmungen erstrecken, die mindestens zehn Lohnarbeiter beschäftigten, und zwar nicht nur auf die Fabriken im engeren Sinne, sondern auch auf landwirtschaftliche Güter, Schiffswerften, Eisenbahnen, Dampfschiffe, endlich auch auf die Hausindustrie. Fußend auf den Erfahrungen der englischen Fabrikgesetzgebung, legte Schweizer das Hauptgewicht auf die Einrichtung einer wirksamen Fabrikaufsicht, womit viel mehr erreicht war, als mit den weitgreifendsten Verboten und Strafandrohungen, die auf dem geduldbigen Papiere der Gesesammlung ein beschauliches Dasein führten. Einzelne fortschrittliche Abgeordnete, denen Schweizer seinen Entwurf vorlegte, meinten überlegen, das sei ja gar nichts, und sie würden verschärfende Amendements stellen. Worauf Schweizer, der diese Pappenheimer kannte, trocken erwiderte: Soll mich freuen.

Zunächst suchte er die 15 Unterschriften, deren er zur Einbringung seines Entwurfs bedurfte, bei den Abgeordneten, die von Arbeitern gewählt worden waren. Jedoch lehnten Försterling und Meinde ab, während Liebtnecht für sich und seine engeren Gesinnungsgenossen erklärte, sie könnten keinen Antrag unterschreiben, der den norddeutschen Bund durch wichtige Einrichtungen stützen wolle. Schweizer wandte sich nun an die weisen Kritiker der Fortschrittspartei, die ihre Unterschriften auch zusagten, aber schon am nächsten Tage auf Grund eines Fraktionsbeschlusses ihre Zusagen zurücknahmen. Genau dasselbe Spiel wiederholte sich bei den Nationalliberalen: erst Zusage, dann Fraktionsbeschuß und endlich Ablehnung. Williger zeigten sich die Konservativen, aber nur unter der Bedingung, daß die ländlichen Arbeiter ausgeschlossen würden, worauf Schweizer natürlich nicht einging. Endlich nach unsäglicher Mühe setzte Schweizer durch, daß die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Konservativen sich verpflichteten, je 5 Mann aufstehen zu lassen, wenn der Präsident die Unterstützungsfrage stelle. Aber der Präsident Simson, ein eingefleischter Bourgeois, der sich immer der ungeschminktesten Parteilichkeit gegen die parlamentarischen Vertreter des Proletariats befließ, erklärte nunmehr, das genüge ihm nicht, er wolle 15 Unterschriften sehen. Nun neue Versuche Schweizers, neue Ausflüchte der Parteien und neue Halsstarrigkeit des Präsidenten, bis der Schluß der kurzen Session die angstschwigenden Patrioten erlöste.

Von Liebknecht und anderen ist später der Vorwurf erhoben worden, Schweiger habe durch diesen Entwurf die Arbeiterbewegung in Bismarcks Hände spielen wollen und dabei mit Wagener unter einer Decke gesteckt. Nun fußt der Entwurf durchaus auf der englischen Fabrikgesetzgebung und enthielt nichts, was nicht ganz ebenso in späteren sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwürfen wiedergekehrt wäre. Bismarck für seine Person gehörte damals wie immer zu den hartnäckigsten Gegnern jedes gesetzlichen Arbeiterschutzes, und der neue Bundesrat, die Vertretung der Regierungen, kümmerte sich nicht im mindesten um Schweigers Entwurf, ja warf selbst den vom Reichstage angenommenen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote vorläufig in den Papierkorb. Daß Schweiger wie mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen, so auch mit den Konservativen über die Unterstützungsfrage verhandelt hat, ist richtig und von ihm selbst sofort mit aller Ausführlichkeit im Sozialdemokraten berichtet worden; auch ist es wahrscheinlich genug, daß er bei dieser Gelegenheit mit Wagener gesprochen hat. Aber er verzichtete lieber auf die konservative Unterstützung, als daß er sie durch ein prinzipwidriges Zugeständnis erkaufte, und so ist nicht abzusehen, welcher Vorwurf ihn treffen soll.

Schweiger hatte einfach nach der Auffassung gehandelt, die der Genfer Kongreß der Internationalen im vorigen Jahre mit den Worten kundgegeben hatte, daß Arbeiterschutzgesetze nicht die regierende Macht stärken, sondern sie vielmehr in ein Werkzeug der Arbeiterklasse verwandeln.

Viertes Kapitel.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus.

Das Jahr 1867 macht auch dadurch Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß es den ersten und auf lange hinaus einzigen Band des großen Werkes erscheinen sah, durch das Marx seine Kritik der politischen Ökonomie zu klassischer Vollendung brachte. Indem Marx den Produktionsprozeß des Kapitals schilderte, erklomm er die Höhe, von der aus das ganze Gebiet der modernen sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich dalag, wie die niederen Berglandschaften vor dem Bergsteiger, der auf der höchsten Stufe steht.

Im ersten Abschnitte seines neuen Werkes faßte Marx noch einmal zusammen, was er in der Schrift von 1859 über Ware und Geld bargelegt hatte. Er tat es in einer noch ungleich reicheren Darstellung, in einem weltweit gespannten Rahmen und in einem Bilde voll haarscharfer Schattierungen. Weniges in der Weltliteratur läßt sich an literarischer Meisterhaftigkeit mit diesen Kapiteln vergleichen. Ihre vielberufene Schwerverständlichkeit gilt nur für den Leser, der noch nicht dialektisch geschult ist; bei ernsthafter Bemühung erschließt sich jedem gesunden Verstande diese Quelle der Erkenntnis, die aus der Tiefe des menschheitlichen Werteprozesses sprudelt und dabei so klar und rein ist, daß man jedes Sandkorn auf ihrem Grunde zählen kann.

Marx ging dann zu der Untersuchung über, wie sich Geld in Kapital verwandelt. Tauschen sich in der Warencirkulation gleiche Werte gegeneinander aus, wie kann der Gelbbesitzer Waren zu ihrem Werte kaufen und zu ihrem Werte verkaufen, dennoch aber mehr Wert herausziehen, als er hineinwarf? Er kann es deshalb, weil er unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf dem Warenmarkt eine Ware von so eigentümlicher Beschaffenheit vorfindet, daß ihr Verbrauch eine Quelle von neuem Wert ist. Diese Ware ist die — Arbeitskraft. Damit löste Marx das Rätsel, an dem die klassische Ökonomie ge-

scheitert war und der kleinbürgerliche Sozialismus sich vergebens abgequält hatte, damit erklärte er den Unterschied zwischen dem Arbeitslohn und dem Arbeitsprodukt, der dem kapitalistischen Wertefesze so schreiend zu widersprechen schien.

Die Arbeitskraft existiert in der Gestalt des lebendigen Arbeiters, der zu seiner Existenz sowie zur Erhaltung seiner Familie, welche die Fortdauer der Arbeitskraft auch nach seinem Tode sichert, einer bestimmten Summe von Lebensmitteln bedarf. Die zur Hervorbringung dieser Lebensmittel nötige Arbeitszeit stellt den Wert der Arbeitskraft dar. Dieser im Lohne gezahlte Wert ist aber weit geringer, als der Wert, den der Käufer der Arbeitskraft aus ihr zu pumpen vermag. Die Mehrarbeit des Arbeiters über die zur Erzeugung seines Lohnes nötige Zeit hinaus ist die Quelle des Mehrwerts, der stets wachsenden Anschwellung des Kapitals. Die unbezahlte Arbeit des Arbeiters erhält alle nichtarbeitenden Mitglieder der Gesellschaft; aus ihr werden die Grundrenten der Grundbesitzer, die Profite der Kapitalisten, die Staats- und Gemeindesteuern bestritten; auf ihr beruht der ganze gesellschaftliche Zustand, worin wir leben.

Zwar ist die unbezahlte Arbeit an sich keine Eigentümlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Solange es besitzende und besitzlose Klassen gibt, hat die besitzlose Klasse stets unbezahlte Arbeit liefern müssen. Solange ein Teil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nötigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für die Eigner der Produktionsmittel zu produzieren. Die Lohnarbeit ist nur eine besondere historische Form des seit der Klassenscheidung herrschenden Systems unbezahlter Arbeit, eine besondere historische Form, die als solche untersucht werden muß, um richtig verstanden zu werden.

Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Gelbbesitzer den freien Arbeiter auf dem Warenmarke vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt und daß er andere Waren nicht zu verkaufen hat, daß er los und lebzig ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen. Es ist kein naturgeschichtliches Verhältnis, denn die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft. Es ist aber

auch kein gesellschaftliches Verhältnis, das allen Geschichtsperioden gemeinsam wäre, sondern das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.

Die Warencirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Warenproduktion, Warencirkulation und entwickelte Warencirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Von der Schöpfung des modernen Welthandels und Weltmarktes im sechzehnten Jahrhundert datiert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Die Illusion der Vulgärökonomien, als habe es einmal eine fleißige Elite gegeben, die Reichtum akkumulierte, und eine Masse faulenzender Lumpen, die schließlich nichts zu verkaufen hatten, als ihre eigene Haut, ist eine fade Kinderei: eine ebenso fade Kinderei, wie das Halbdunkel, worin die bürgerlichen Historiker die Auflösung der feudalen Produktionsweise ausschließlich darstellen als Emanzipation des Arbeiters statt zugleich als Verwandlung der feudalen in die kapitalistische Ausbeutungsweise. Indem die Arbeiter aufhörten, unmittelbar zu den Produktionsmitteln zu gehören, wie Sklaven und Leibeigene, hörten die Produktionsmittel auf, ihnen zu gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauern und Handwerker. Durch eine Reihe gewaltfamer und grausamer Methoden, die Marx im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation an der englischen Geschichte ausführlich schildert, wurde die große Volksmasse vom Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitswerkzeugen expropriert. So entstanden die freien Arbeiter, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf; vom Kopf bis zur Zehe, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend kam das Kapital zur Welt. Sobald es einmal auf eigenen Füßen stand, erhielt es nicht nur die Scheidung zwischen dem Arbeiter und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit, sondern reproduzierte sie auf stets wachsender Stufenleiter.

Von den früheren Arten unbezahlter Arbeit unterscheidet sich die Lohnarbeit dadurch, daß die Bewegung des Kapitals maßlos, sein Heißhunger nach Mehrarbeit unersättlich ist. In ökonomischen Gesellschaftsformationen, wo nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts überwiegt, wird die Mehrarbeit durch einen engeren oder weiteren Kreis von Bedürfnissen beschränkt, aber aus dem Charakter der Produktion entspringt kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehr-

arbeit. Anders wo der Tauschwert vorwiegt. Als Produzent fremder Arbeitsamkeit, als Auspumper von Mehrarbeit und Ausbeuter von Arbeitskraft übergipfelt das Kapital an Energie, Maßlosigkeit und Wirksamkeit alle früheren, auf direkter Zwangsarbeit beruhenden Produktionsprozesse. Es kommt ihm nicht auf den Arbeitsprozeß, die Erzeugung von Gebrauchswerten an, sondern auf den Verwertungsprozeß, die Erzeugung von Tauschwerten, aus denen es mehr Wert heraus schlagen kann, als es hineingesteckt hat. Der Hunger nach Mehrwert kennt kein Gefühl der Sättigung; die Produktion von Tauschwerten besitzt die Schranke nicht, die der Produktion der Gebrauchswerte in der Befriedigung der Bedürfnisse gezogen ist.

Wie die Ware Einheit von Verbrauchs- und Tauschwert, so ist der Produktionsprozeß der Ware Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozeß. Der Wertbildungsprozeß dauert bis zu dem Punkte, wo der im Lohne gezahlte Wert der Arbeitskraft durch einen gleichen Wert ersetzt ist. Über diesen Punkt hinaus wird er zum Erzeugungsprozeß von Mehrwert, zum Verwertungsprozeße. Als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß wird er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Warenproduktion. Im Arbeitsprozeße wirken Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammen; im Verwertungsprozeße erscheinen dieselben Kapitalbestandteile als konstantes und variables Kapital. Das konstante Kapital setzt sich in Produktionsmittel um, in Rohmaterial, Hilfsstoffe, Arbeitsmittel, und verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeße. Das variable Kapital setzt sich in Arbeitskraft um und verändert im Produktionsprozeße seinen Wert; es reproduziert seinen eigenen Wert und einen Überschuß darüber, Mehrwert, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. So schafft sich Marx klare Bahn für die Untersuchung des Mehrwerts, von dem er zwei Formen findet, den absoluten und den relativen Mehrwert, die eine verschiedene, aber jeder eine entscheidende Rolle in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise gespielt haben.

Absoluter Mehrwert wird produziert, indem der Kapitalist den Arbeitstag über die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Zeit ausdehnt. Ginge es nach seinem Wunsche, so hätte der Arbeitstag 24 Stunden, denn je länger der Arbeitstag ist, desto größeren Mehrwert produziert er. Umgekehrt hat der Arbeiter das richtige Gefühl, daß jede Stunde Arbeit, die er über die Erzeugung des Arbeitslohnes hinaus arbeitet,

ihm unrechtmäßig entzogen wird; er hat an seinem eigenen Körper durchzumachen, was es heißt, überlange Zeit zu arbeiten. Der Kampf um die Länge des Arbeitstages dauert vom ersten geschichtlichen Auftreten freier Arbeiter bis auf den heutigen Tag. Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, und die Konkurrenz zwingt ihn, mag er persönlich ein edler Mensch oder ein schlechter Kerl sein, den Arbeitstag bis zur äußersten Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit auszurecken. Der Arbeiter kämpft für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer Arbeiten, Essen und Schlafen sich auch sonst noch als Mensch betätigen zu können. Marx schildert in eindruckvollster Weise den halbhundertjährigen Bürgerkrieg, den die Kapitalisten- und die Arbeiterklasse in England um den Arbeitstag kämpfte, von der Geburt der großen Industrie, welche die Kapitalisten antrieb, jede Schranke zu zertrümmern, die Natur und Sitte, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht der Ausbeutung des Proletariats setzten, bis zum Erlaß der Zehnstundenbill, welche die Arbeiterklasse erkämpfte, als ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.

Relativer Mehrwert wird produziert, indem die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit zugunsten der Mehrarbeit verkürzt wird. Der Wert der Arbeitskraft wird dadurch gesenkt, daß die Produktivkraft der Arbeit in denjenigen Industriezweigen gesteigert wird, deren Produkte den Wert der Arbeitskraft bestimmen. Dazu ist notwendig eine fortwährende Umwälzung der Produktionsweise, der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses. Die historischen, ökonomischen, technologischen und sozialpsychologischen Ausführungen, die Marx hierüber macht in einer Reihe von Kapiteln, welche die Kooperation, die Teilung der Arbeit und die Manufaktur, die Maschinerie und die große Industrie behandeln, gehören zu dem Bedeutendsten, was er je geschrieben hat. Selbst einer seiner bürgerlichen Biographen macht sich darüber lustig, daß die akademischen Leitfäden der politischen Ökonomie, statt aus dieser reichen Fundgrube der Wissenschaft zu schöpfen, noch immer oberflächlich nachbeten, was Adam Smith vor mehr als hundert Jahren über Arbeitsteilung geschrieben hat. Jedoch gereicht ihnen zur Entschuldigung, daß sich eher dem Herkules seine Keule entwinden läßt, als einem revolutionären Denker, wie Marx war,

ein Gebante, der so ohne weiteres in der Krippe univeritärer Stallfütterung aufgeschüttet werden könnte.

Mary zeigt nicht nur, daß die Maschinerie und große Industrie ein so furchtbares Elend geschaffen hat, wie keine andere Produktionsweise vor ihr, sondern er zeigt auch, daß sie in ihrer unausgesetzten Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft eine höhere Gesellschaftsform vorbereitet. Die Fabrikgesetzgebung ist die erste, bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsigc Gestalt ihres Produktionsprozesses. Zudem sie die Arbeit in Fabriken und Manufakturen reguliert, erscheint sie zunächst nur als Einmischung in die Ausbeutungsrechte des Kapitals. Aber die Gewalt der Tatsachen zwingt sie alsbald, auch die Hausarbeit zu regulieren und in die elterliche Autorität einzugreifen, damit aber anzuerkennen, daß die große Industrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst. „So furchtbar und ekelhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolut zu halten wie die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Bestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß.“ Die Maschine, die den Arbeiter zu ihrem bloßen Anhängsel entwürdigt, schafft zugleich die Möglichkeit, die Produktivkräfte der Gesellschaft auf einen Höhegrad zu steigern, der eine gleich menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird, wozu alle früheren Gesellschaftsformen zu arm waren.

Nachdem Marx die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerts untersucht hat, gibt er die erste rationelle Theorie des Arbeitslohns, welche die Geschichte der politischen Ökonomie kennt. Der Preis einer Ware ist ihr in Geld ausgedrückter Wert, und der Arbeitslohn ist der Preis der Arbeitskraft. Nicht die Arbeit erscheint auf dem Warenmarkte, sondern der Arbeiter, der seine Arbeitskraft feilbietet, und Arbeit entsteht erst durch den Verbrauch der Ware Arbeitskraft. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert. Dennoch scheint im Arbeitslohne die Arbeit bezahlt zu werden, weil der Arbeiter erst nach getaner Arbeit seinen Lohn erhält. Die Form des Arbeitslohns löscht jede Spur der Teilung des Arbeitstags in bezahlte und nicht bezahlte Arbeit aus. Es ist umgekehrt wie beim Sklaven. Der Sklave scheint nur für seinen Herrn zu arbeiten, auch in dem Teile des Arbeitstages, worin er nur den Wert seiner eigenen Lebensmittel ersetzt; alle seine Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigentumsverhältnis das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältnis das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters. Man begreift daher, sagt Marx, die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Fäulnisse der Vulgärökonomie.

Die beiden Grundformen des Arbeitslohns sind der Zeitlohn und der Stücklohn. An den Gesetzen des Zeitlohns weist Marx namentlich die interessierte Hohlheit der Redensarten nach, womit sich unersättliche Ausbeuter, allen voran der brave Bismarck, gegen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags zu sträuben pflegen: der Redensarten nämlich, als ob durch eine solche Beschränkung der Lohn gesenkt werde. Genau das Gegenteil ist richtig. Vorübergehende Verkürzung des Arbeitstags senkt den Lohn, aber dauernde Verkürzung hebt ihn; je länger der Arbeitstag, desto niedriger der Lohn.

Der Stücklohn ist nichts als eine verwandelte Form des Zeitlohns, er ist die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des

Arbeitslohns. Er gewann größeren Spielraum während der eigentlichen Manufakturperiode und diente in der Sturm- und Drangperiode der englischen Großindustrie als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Arbeitslohns. Der Stücklohn ist sehr vorteilhaft für den Kapitalisten, da er größtenteils die Arbeitsaufsicht überflüssig macht und obendrein die mannigfaltigste Gelegenheit zu Lohnabzügen und sonstigen Prellereien bietet. Für die Arbeiter bringt er dagegen große Nachteile mit sich: Abrackern durch Überarbeit, die den Lohn steigern soll, während sie ihn tatsächlich zu senken strebt, gesteigerte Konkurrenz unter den Arbeitern und Abschwächung ihres Solidaritätsbewußtseins, Dazwischenschiebung von Schmarozkerexistenzen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, von Mittelspersonen, die dem gezahlten Lohne ein erkleckliches Stück abzwacken, und anderes mehr.

Das Verhältnis von Mehrwert und Arbeitslohn bedingt, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dem Kapitalisten sein Kapital stets neu produziert, sondern daß sie auch immer wieder die Armut der Arbeiter produziert: auf der einen Seite die Kapitalisten, welche die Eigentümer aller Lebensmittel, aller Rohprodukte und aller Arbeitsinstrumente sind, und auf der anderen Seite die große Masse der Arbeiter, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft diesen Kapitalisten für ein Quantum Lebensmittel zu verkaufen, das im besten Falle eben hinreicht, sie in arbeitsfähigem Zustande zu erhalten und ein neues Geschlecht arbeitsfähiger Proletarier heranzuziehen. Aber das Kapital reproduziert sich nicht bloß, sondern es vergrößert und vermehrt sich beständig; diesem „akkumulationsprozesse“ widmet Marx den letzten Abschnitt in der Darstellung, die er vom Produktionsprozesse des Kapitals gibt.

Mehrwert entspringt nicht nur aus Kapital, sondern Kapital auch aus Mehrwert. Ein Teil des jährlich produzierten Mehrwerts wird von den besitzenden Klassen, unter die er sich verteilt, als Revenue verzehrt, ein anderer Teil aber als Kapital akkumuliert. Die unbezahlte Arbeit, die der Arbeiterklasse ausgepumpt worden ist, dient jetzt als Mittel, ihr immer mehr unbezahlte Arbeit auszupumpen. Im Strome der Produktion wird überhaupt alles ursprünglich vorgeschossene Kapital eine verschwindende Größe, verglichen mit dem direkt akkumulierten Kapital, das heißt dem in Kapital rückverwandelten Mehrwert oder Mehrprodukt, ob nun funktionierend in der Hand, die akkumuliert hat,

oder in fremder Hand. Das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz des Privateigentums schlägt durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil um. Die Gesetze der Warenproduktion schienen das Eigentumsrecht auf eigene Arbeit zu gründen. Gleichberechtigte Warenbesitzer standen sich gegenüber, das Mittel zur Aneignung fremder Ware war nur die Veräußerung der eigenen Ware, und die eigene Ware konnte nur durch Arbeit hergestellt werden. Jetzt erscheint Eigentum, auf Seite des Kapitalisten, als das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen.

Als die modernen Proletarier hinter diesen Zusammenhang zu kommen begannen, als das städtische Proletariat in Lyon die Sturmglöcke läutete, und das ländliche Proletariat in England den roten Hahn fliegen ließ, erfanden die Vulgärökonomien die „Abstinenztheorie“, wonach das Kapital durch freiwillige „Enthaltung“ der Kapitalisten besteht, eine Theorie, die Marx ebenso unbarmherzig geißelt, wie Lassalle sie schon im Bastiat-Schulze geißelt hatte. Was aber wirklich zur Akkumulation des Kapitals beiträgt, das ist die erzwungene „Enthaltung“ der Arbeiter, die gewaltsame Herabdrückung des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft zu dem Zweck, den notwendigen Konsumtionsfonds der Arbeiter teilweise in einen Akkumulationsfonds von Kapital zu verwandeln. Hier haben die Jammersehreie über das „luxuriöse“ Leben der Arbeiter, die endlosen Vitaneien über jene Flasche Sekt, die Berliner Maurer einmal getrunken haben sollen, die wohlfeilen Kochrezepte christlicher Sozialreformer und was sonst in dies Gebiet kapitalistischer Klopffecherei gehört, ihren tatsächlichen Ursprung.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist nun dieses. Wachstum des Kapitals schließt Wachstum seines variablen oder in Arbeitskraft umgesetzten Bestandteils ein. Bleibt die Zusammensetzung des Kapitals unverändert, erheischt eine bestimmte Masse Produktionsmittel stets dieselbe Masse Arbeitskraft, um in Bewegung gesetzt zu werden, so wächst offenbar die Nachfrage nach Arbeit und der Subsistenzfonds der Arbeiter verhältnismäßig mit dem Kapital, und um so rascher, je rascher das Kapital wächst. Wie die einfache Reproduktion fortwährend das Kapitalverhältnis selbst reproduziert, so reproduziert die Akkumulation das Kapitalverhältnis auf erweiterter Stufenleiter: mehr Kapitalisten oder größere Kapitalisten auf diesem Pol, mehr Lohnarbeiter

auf jenem. Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats, und zwar erfolgt sie in dem vorausgesetzten Falle unter den für die Arbeiter günstigsten Bedingungen. Von ihrem eigenen ausschwellenden und schwellend in neues Kapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Teil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln usw. besser ausstatten können. Jedoch wird dadurch das Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis, worin sie stehen, so wenig berührt, wie ein gut gekleideter und genährter Sklave aufhört, Sklave zu sein. Immer müssen sie ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit liefern, das zwar abnehmen kann, aber nie bis zu dem Punkte, wo der kapitalistische Charakter des Produktionsprozesses ernsthaft gefährdet werden würde. Steigen die Löhne über diesen Punkt, so stumpft der Stachel des Gewinnes ab, und die Akkumulation des Kapitals erschlafft, bis die Löhne wieder auf ein seinen Verwertungsbedürfnissen entsprechendes Niveau gesunken sind.

Jedoch nur dann, wenn sich bei der Akkumulation des Kapitals das Verhältnis zwischen seinem konstanten und seinem variablen Bestandteile nicht verändert, spannt sich die goldene Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst schmiedet, loser nach Umfang und Wucht. Tatsächlich tritt aber mit dem Fortgange der Akkumulation eine große Revolution ein, die wie Marx sie nennt, organische Zusammensetzung des Kapitals ein. Das konstante Kapital wächst auf Kosten des variablen Kapitals, die wachsende Produktivität der Arbeit bewirkt, daß die Masse der Produktionsmittel verhältnismäßig schneller wächst, als die Masse der ihnen einverleibten Arbeitskraft, die Nachfrage nach Arbeit steigt nicht gleichmäßig mit der Akkumulation des Kapitals, sondern sinkt verhältnismäßig. Dieselbe Wirkung hat in anderer Form die Konzentration des Kapitals, die sich, unabhängig von seiner Akkumulation, dadurch vollzieht, daß die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfes zur Verschlingung des kleinen Kapitals durch das große Kapital führen. Während das im Fortgange der Akkumulation gebildete Zuschußkapital, im Verhältnis zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter anzieht, stößt das in neuer Zusammensetzung reproduzierte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter ab. So entsteht eine relative, das heißt für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überflüssige Arbeiterbevölkerung, eine industrielle Reservearmee, die während

schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten unter dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird, oder der öffentlichen Armenpflege anheimfällt, unter allen Umständen aber dazu dient, die Widerstandskraft der beschäftigten Arbeiter zu lähmen und ihre Löhne niedrig zu halten.

Ist die industrielle Reservearmee notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage, so wird sie umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Expansionskraft des Kapitals, die großer Menschenmassen bedarf, um sie plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf neue Märkte oder in neue Produktionszweige zu werfen. Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen, zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größeren oder geringeren Absorption, und Wiederbildung der industriellen Reservearmee. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die relative Überbevölkerung oder industrielle Reservearmee. Ihre verhältnismäßige Größe wächst mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber die industrielle Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die Arbeiterschichten, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Aus ihm ergibt sich auch ihre geschichtliche Tendenz. Hand in Hand mit der Akkumulation und Konzentration des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, und die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame

Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, die alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgebliht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt, die Enteigner werden enteignet. Das individuelle, auf eigener Arbeit gegründete Eigentum stellt sich wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: als Kooperation freier Arbeiter und als ihr Gemeineigentum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmitteln. Natürlich ist die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetriebe beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum bei weitem nicht so langwierig, hart und schwierig, wie die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Eigentums in kapitalistisches Eigentum war. Hier handelte es sich um die Enteignung der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, dort wird es sich um die Entelgnung weniger Usurpatoren durch die Volksmasse handeln.

Es ist natürlich unmöglich, auf dem Umfange weniger Seiten einen annähernden Begriff von dem Reichtum der Gedanken und Tatsachen zu geben, den der erste Band des Kapitals enthält. Was in einer solchen Zusammenfassung doch mehr oder weniger nur als unbewiesene Behauptung auftritt, das haut sich in dem Buche selbst Stein um Stein auf, ungemörtelt und ungeputzt, fest gefügt durch die Schlagkraft der Logik, sicher ruhend in der Schwerkraft der Tatsachen. In der Fülle geistiger Schätze aber, die mit fast verschwenderischer Hand über das Werk ausgestreut sind, trägt es den echtsten Stempel des Genius: immer bleibt in dem Leser die Empfindung wach, daß der Meister größer ist, als sein Werk.

Indem Marx die politische Ökonomie kritisierte, vollendete er sie. Er baute auf dem Grunde, den Adam Smith und Ricardo gelegt

hatten; er setzte die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise fort, wo jene selbständigen Denker sie abgebrochen hatten oder richtiger sie hatten abbrechen müssen, weil das Spiel ihrer immanenten Gesetze noch nicht so weit entwickelt war, um bis auf den Grund erkannt werden zu können. Die bürgerlichen Nachfolger der klassischen Ökonomen waren den umgekehrten Weg gegangen; je mehr die kapitalistische Produktionsweise ihr wahres und gewiß nicht schönes Gesicht enthüllte, um so mehr hatten sie aufs Erforschen und Erklären verzichtet, und sich aufs Beschönigen und Vertuschen geworfen, was sie dann „Fortbildung der Wissenschaft“ nannten. Als das Buch von Marx erschien, versuchten sie es zunächst mit dem beliebten System des Totschweigens, und als es damit nicht mehr ging, erhoben sie ein gewaltiges Geschrei über unwissenschaftliche Tendenz. Höchst bezeichnend dafür ist eine Kritik, die der erste Band des Kapitals noch acht Jahre nach seinem Erscheinen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erfuhr, und zwar nicht von einem beliebigen Manchestermanne, sondern, wie aus dem Inhalt hervorgeht, von irgend einem Mitgliede der historischen Schule.

Der treffliche Mann führte aus, wer dem Wesen des Kapitals auf den Grund kommen wolle, der solle sich daran machen, die wirkliche Geschichte des Kapitals wissenschaftlich zu erforschen. Dazu gehöre die Kraft eines Riesen und die Geduld eines Zwerges. Wer über die Ungerechtigkeit der heutigen Güterverteilung reden wolle, der solle die Tatsachen der heutigen Gewinne und Löhne, des Eigentums, seines Wachstums und seines Untergangs untersuchen. Damit allein könne er sachkundigen Lesern etwas beweisen. Nun sollte man die Schlußfolgerung erwarten, alle diese Forderungen habe Marx erfüllt. Aber nein! „Marx stellt sich bewußt und absichtlich, jede andere Fortentwicklung der Wissenschaft geringschätzig ignorirend oder vielmehr wirklich nicht kennend, auf den Standpunkt der englischen Nationalökonomie vor fünfzig Jahren. Er bemüht sich, den David Ricardo in dessen abstrakter Manier fortzuentwickeln und zu vervollständigen, gleichsam dessen letztes Wort, das unausgesprochen geblieben, zu ergänzen. Mit dem ganzen Stolze des Autodidakten stellt er sich auf Voraussetzungen, die er für selbstverständlich hält, die Andere längst für widerlegt halten. Ricardo und die älteren Autoren haben ihr Verdienst, das ihnen nicht bestritten werden darf, die ökonomische Logik geübt und verbessert zu haben, aber dies ist längst geschehen und hat

seine Zeit gehabt. Wer heutzutage die Wissenschaft zu fördern glaubt, indem er die brennenden Fragen, die sich an das Kapitaleigentum knüpfen, durch jene alte Logik zu erledigen unternimmt, der täuscht sich — und hat ein volles Menschenalter des Lebens der Wissenschaft verschlafen.“ Dies „volle Menschenalter,“ das Marx verschlafen haben sollte, war ausgefüllt einerseits durch die Sophismen, womit Bastiat und die Bastiatiden die Lehren der Adam Smith und Ricardo verfälschten, andererseits durch die Angstesprünge, womit Moscher und die sonstigen Meister der „historischen Methode“ über die unbequemen Konsequenzen der klassischen Ökonomie hinwegzuhüpfen versuchten.

Es mag genug sein an dieser einen Probe, die in all ihrem Unverstande klassisch war für das Maß von Verstand, womit die bürgerliche Ökonomie jahre- und jahrzehntelang das Werk von Marx zu besprechen wußte. Auf die Dauer konnte auch sie sich seinem Einflusse nicht entziehen. Die Entwicklung der Dinge selbst bestätigte die Schlußfolgerungen, die Marx gezogen hatte, viel zu schlagend, als daß sich diese Beweisführung nicht auch kurzfristigen Augen hätte aufdrängen müssen. Kein bürgerlicher Ökonom wagt heute mehr, das fossile Zeug in den Mund zu nehmen, womit der erste Band des Kapitals vor zwanzig Jahren von dieser Seite her begrüßt wurde, und man mag selbst ohne Übertreibung sagen, daß alle reelle Arbeit, welche die bürgerliche Ökonomie noch leistet, mittelbar oder unmittelbar unter dem Einflusse dieses Buches steht. Soweit sie nicht bloß mit Strohhalmen, sondern mit halbwegs handfesten Waffen den wissenschaftlichen Kommunismus bekämpft, hat sie diese Waffen in seinem Feuer geschmiebet. Ihrem Schicksal entgeht sie deshalb doch nicht, so wenig wie Barbarenhorden ihrem Schicksal entgehen, selbst wenn sie schließlich mit den Waffen der Zivilisation ihre überlebten Gesellschaftszustände zu verteidigen suchen.

Jedoch bedurfte auch die Arbeiterklasse der Erziehung durch die ökonomische Entwicklung, ehe ihr das Werk von Marx in Fleisch und Blut überzugehen begann. Die Schuld daran trug jener Stand der Dinge, den Marx selbst in der Vorrede andeutete mit den Worten, Deutschland werde, wie das ganze übrige kontinentale Westeuropa, nicht nur durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch durch den Mangel ihrer Entwicklung gequält. Die lange Reihe erbter Notstände, die aus der Fortvegetation altertümlicher überlebter

Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprangen, verdunkelte den Arbeitern noch den inneren Zusammenhang der modernen Notstände, den das Werk von Marx enthüllte. Johann Philipp Becker taufte es als die Bibel der Arbeiterklasse, was theoretisch ein ungehörter, aber historisch ein zutreffender Vergleich war. Es wurde zunächst mehr angestaunt als gelesen, mehr bewundert als verstanden, mehr mit orthodoxem Eifer als mit kritischer Einsicht ausgelegt. Damals hatte der Vorwurf des Dogmenfanatismus einen besseren Sinn als heute, wo der unaufhaltsame Fortschritt der deutschen Großindustrie jeden neuen Tag erläutert, wie richtig Marx das vorbildliche Wesen der englischen Großindustrie erkannt hat, wie sehr sein Werk kein dogmatisches, sondern ein historisches Werk ist.

Ein historisches Werk, das eine bestimmte Periode des menschlichen Entwicklungsprozesses schildert, kann kein unfehlbarer Weisheitsborn für alle Zukunft sein, und von solchem Ansprüche war niemand weiter entfernt, als Marx. Seit dreißig Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise manche Erscheinungen gezeitigt, die er so nicht gekannt und vorhergesehen hat; der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie besteht nicht mehr in der Form jenes zehnjährigen Zyklus, von dem Marx sprach. Jede Abweichung in den Tatsachen hat aber bisher nur die Richtigkeit der Tendenz verstärkt, die Marx in der kapitalistischen Produktionsweise historisch walten sah. Vergebens sucht man die Verelendung, welche die kapitalistische Produktionsweise für die Arbeiterklasse mit sich führt, dadurch zu widerlegen, daß man auf die Fortschritte hinweist, die diese Klasse am ehesten da macht, wo jene Produktionsweise am höchsten entwickelt ist. Eben das ist ja die von Marx nachgewiesene Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, daß die große Industrie mit ihrer Fron- und Hungerpeitsche je länger je mehr das Arbeiterheer drückt und schult, das ihre kapitalistischen Wurzeln ausrotten wird. Die famose Weisheit, die der Arbeiterklasse den ökonomischen und politischen Klassenkampf verleiden will, indem sie ihr als angebliche Früchte der großen Industrie aufreden möchte, was dieser Industrie in schwerem Ringen vom proletarischen Klassenkampfe abgezwungen worden ist, mag im günstigsten Fall als der Galgenhumor passieren, womit sich die kapitalistische Produktionsweise die Leidensstationen ihres unaufhaltbaren Niedergangs verfürzt.

Wenn gut Ding Weile haben wollte und der erste Band des Kapitals nur allmählich zum geistigen Eigentum des deutschen Proletariats wurde, so begann doch dieser erfreuliche Assimilationsprozeß sofort nach seinem Erscheinen. Zuerst besprach Schweitzer das Werk im Sozialdemokraten mit völligem Verständnis seines Inhalts, in einer langen Reihe von Aufsätzen, die Marx für sehr beachtenswert erklärte. Dann erschien im Demokratischen Wochenblatte, das Liebknecht seit dem Anfange des Jahres 1868 als Organ der Sächsischen Volkspartei herausgab, eine anonyme Anzeige, die sich durch zwei Nummern zog und zweifellos von Engels verfaßt ist. Der erste deutsche Arbeiter, dem die Ehre gebührt, das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus geistig bewältigt zu haben, war Josef Diezgen, ein Lohgerber, der damals in Petersburg lebte und von hier aus dem Demokratischen Wochenblatte eine Kritik des Kapitals einsandte, die in jeder Zeile den Geist des gewaltigen Werkes atmete.

Daran hatte Marx die größte Freude; in den Zeichen des Verständnisses, das seine riesenhafte Arbeit in der Arbeiterklasse selbst fand, sah er ihren „besten Lohn“. Er pflegte Diezgen, der ein Jahr darauf in einer Schrift über das Wesen der menschlichen Kopfarbeit die materialistische Geschichtsauffassung selbständig entwickelte, „unseren Philosophen“ zu nennen.

Deutsche Gewerkschaften.

Hatte die Krisis von 1857 den ersten, wenn auch zunächst nur mittelbaren Anstoß zum Wiedererwachen der europäischen Arbeiterbewegung gegeben, so übte die Krisis von 1866 schon weit stärker und unmittelbarer die gleiche Wirkung aus. Große Bankbrüche englischer Häuser führten zu einer völligen Lähmung der Spekulation. Während eine allgemeine Stockung des Verkehrs eintrat, zahlreiche Fabriken ihre Produktion einschränken oder ganz einstellen mußten, die Arbeitslöhne sanken und die Arbeitslosigkeit wuchs, schnellten die Preise der für die Arbeiterklasse notwendigen Lebensmittel durch die schlechten Ernten von 1866 und 1867 beträchtlich in die Höhe.

Unter diesem ökonomischen Drucke schwoh die europäische Arbeiterbewegung mächtig an. Je nach dem Stande, den sie in den einzelnen Ländern erreicht hatte, gab sich die menschliche Empörung des Proletariats gegen unmenschliche Zustände in verschiedenen Formen kund. In Irland herrschte der Fenierschrecken, und in Belgien erhoben sich die Grubenarbeiter gegen den fürchterlichsten Notstand in einem Hungeraufbruch, den der bürgerliche Musterstaat nur mit Pulver und Blei niederzuschlagen wußte. In Österreich, wo die Niederlage von 1866 die deutsche Bourgeoisie ans Ruder gebracht hatte, entfaltete sich sofort eine proletarische Opposition, deren innere Stärke freilich noch nicht in richtigem Verhältnisse zu dem imponierenden Schein ihres äußeren Auftretens stand.

In den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bereits auf eine gewisse Höhe angelangt war, bekundete sich der Widerstand gegen die Geißelschläge der Krisis in zahlreichen Arbeitseinstellungen, womit ein engerer Anschluß an die Internationale Hand in Hand ging. Eine Delegiertenkonferenz der Trade Unions, die 1866 in Sheffield stattfand, ermahnte diese Verbände „aufs eindringlichste“, sich der Internationalen anzuschließen, deren Unterstützung sich bei Streiks der Londoner Maschinen-

bauer, Bronzearbeiter, Schneider, Korbmacher und anderer Gewerke von großem Nutzen erwies. Bei einer Aussperrung der Pariser Bronzearbeiter im Frühjahr von 1867 sicherte die Hilfe der Internationalen diesen Arbeitern die eben gewährte Koalitionsfreiheit, und ebenso verschaffte sie im Frühjahr 1868 den Genfer Bauarbeitern den Sieg, als sie in einem großen Streik um Erhöhung des Arbeitslohns und Verkürzung der Arbeitszeit kämpften.

In Deutschland wurden die Wirkungen der ökonomischen Krise bis zu einem gewissen Grade durchkreuzt und verdeckt durch die Wirkungen der politischen Krise, die dasselbe Jahr 1866 mit sich brachte. Die junge Freundschaft zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem preußischen Absolutismus bekam ihren ersten Stoß durch ein erbauliches Gezänk darüber, wer die Schuld an dem herrschenden Notstande trage, der sich in einzelnen Landesteilen, wie in der Provinz Ostpreußen, zu einer Hungersnot im schrecklichsten Sinne des Wortes steigerte. Die offiziöse Presse erklärte der unglückseligen ökonomischen Doktrin der liberalen Bourgeoisie den Krieg auf Leben und Tod, denn sie verschulde alles Unheil, während die liberalen Blätter nicht weniger emphatisch behaupteten, daß die Regierungen mit ihren ewigen Rüstungen und der dadurch stetig gesteigerten Kriegsgefahr die allgemeine Noilage schufen, indem sie die Produktion und den Verkehr lahmlegten. Die Organe der Arbeiterklasse sagten den streitenden Brüdern, jeder von ihnen könne sich an seiner eigenen Nase zupfen, jedoch fanden sie, daß die nächste Ursache der Arbeitslosigkeit für diesmal von den Regierungen verschuldet sei. Die bürgerliche Produktionsweise, so führte der Sozialdemokrat aus, ermöglicht überhaupt erst Produktionsstockungen, die zum Massenelend führen, aber die Regierung ist schuld daran, daß auf jener Grundlage diese heutige spezielle Stockung eingetreten ist, und ähnlich sagte das Demokratische Wochenblatt, die Saat der Blut- und Eisenpolitik reife in der Geschäftslosigkeit, Hungersnot und Volksverarmung.

I. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokrat.

Trotz dieser gleichmäßigen Auffassung wurde der Gegensatz zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei seit dem Erscheinen des Demokratischen Wochenblattes nicht gemildert, sondern beträchtlich geschärft.

Nur lag der Grund nicht etwa in einer schlafferen politischen Haltung des Sozialdemokraten. Gerade in dieser Zeit ging Schweiger gegen die preußische Regierung mit einer Schärfe vor, die ihn in ein Kreuzfeuer von Anklagen und Gefängnisstrafen, das Blatt selbst aber in ein Kreuzfeuer von polizeilichen Beschlagnahmen brachte, mit einer Schärfe, die sogar von der Volkszeitung rückhaltlos anerkannt wurde. Freilich mußte sich der Sozialdemokrat, um überhaupt mit einiger Regelmäßigkeit erscheinen zu können, in persönlichen Angriffen auf die Träger der Berliner Regierung eine Reserve auferlegen, die das Demokratische Wochenblatt in Leipzig nicht zu nehmen brauchte. Diese notgedrungene Vorsicht gereichte dem Sozialdemokraten aber durchaus nicht zur Unehre, und zwar um so weniger, als er die einzelnen Fragen, die auf der politischen Tagesordnung standen, weit eindringlicher und faßlicher behandelte, als das Demokratische Wochenblatt. Obnehin hatte er nicht Unrecht, über die damalige sächsische Pressfreiheit ungefähr ebenso zu sprechen, wie Lessing hundert Jahre früher über die preußische Pressfreiheit unter dem alten Fritz gesprochen hatte. Wegen Beleidigung Bismarcks wurde das Demokratische Wochenblatt nicht angeklagt, sondern nur wegen Beleidigung Bonapartes. Im allgemeinen aber genoß es eine beneidenswerte Pressfreiheit, während der Sozialdemokrat das erfolgteste Pressorgan in Deutschland blieb, und so wenig das Leipziger Blatt einen Tadel verdiente, weil es seine günstige Lage ausnützte, so wenig verdiente das Berliner Blatt einen Tadel, weil es sich nicht den Kopf an der Mauer einrannte.

Die wirklichen Unterschiede zwischen den beiden Blättern bestanden erstens darin, daß der Sozialdemokrat seine Opposition vom Boden des norddeutschen Bundes aus führte, während das Demokratische Wochenblatt diesen Bund zertrümmern wollte, und zweitens darin, daß der Sozialdemokrat in sozialwissenschaftlicher Erkenntnis dem Demokratischen Wochenblatte bedeutend voraus war. Das Organ der Sächsischen Volkspartei rechnete mit der Möglichkeit, daß in nächster Zukunft schon das Werk von 1866 vernichtet werden würde. Gegen Bismarck spielte es den Deust aus, der con amore seine „Revanche für Königgrätz“ nehme, indem er in Österreich das parlamentarische Regiment einführe, die Presse befreie, das Vereinsrecht herstelle, das Heer dem Reichstage unterordne, die Axt an das Konkordat anlege, und selbst für die berufene Welfenlegion hatte das Demokratische Wochenblatt entschuldigende

Worte. Dagegen fehlte ihm fast jedes Verständnis für den politischen und namentlich auch den sozialen Standpunkt, den der Sozialdemokrat einnahm. Das Blatt sagte, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein keine andere Grundlage habe, als „die paar ewig wiederholten Lassalleschen Redensarten von Staatshilfe“, eine Behauptung, deren Härte nur von ihrer Ungerechtigkeit übertroffen wurde. Der Fülle lehrreicher Aufsätze, die der Sozialdemokrat unausgesetzt über die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus spendete, hatte das Demokratische Wochenblatt wenig mehr Gleichwertiges entgegenzusetzen, als die beiden Besprechungen, die es über den ersten Band des Kapitals veröffentlichte. Um der „gegenwärtigen Teuerung und Geschäftsstockung“ abzuhelpen, brachte es sogar noch einmal das papierene Arbeitsgeld des kleinbürgerlichen Sozialismus aufs Tapet, und in einer Artikelreihe über „Staatshilfe und Selbsthilfe“ vertrat es zwar die grundsätzlich richtige Auffassung, schliff ihr aber eine sehr schiefe polemische Spitze an, indem es behauptete, Lassalle habe das Stichwort der Staatshilfe in die Massen geworfen, ohne sich klar zu machen, welcher Staat denn helfen könne und solle, und indem es hinzufügte, daß Lassalle „freilich nie ein Politiker“ gewesen sei.

Günstiger als über Lassalle urteilte das Demokratische Wochenblatt über Johann Jacoby, von dessen eingreifender Tatkraft es eine Wiedergeburt der deutschen Demokratie erwartete. Im Januar 1868 hatte Johann Jacoby eine Ansprache an seine Berliner Wähler über das Ziel der deutschen Volkspartei gehalten und diese Rede bald darauf durch einen Brief an einen seiner Anhänger ergänzt. Beide Kundgebungen zeigten ihn als das was er war, als einen edlen und reinen Charakter, aber auch als einen ideologischen Formalpolitiker, dem die Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschlossen blieben. Seine allgemeinen Formeln konnten, angewandt auf die konkreten Tagesfragen, etwas sehr Revolutionäres, aber auch etwas sehr Reaktionäres bedeuten. Seine Forderung, daß jedes Volk, jeder einzelne Volksstamm den gleichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung habe, mochte mit einigem guten Willen als die nationale Revolution aufgefaßt werden; so wie Jacoby selbst sie auffaßte, als das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und sonstiger Bruderstämme, war die Forderung entschieden reaktionär, lief sie auf eine Anschauung hinaus, die nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Märzrevolution zu verfahren, und

die von wirklichen Revolutionären, wie Marx, Engels und Lassalle, stets in der rücksichtslosesten Weise bekämpft worden war.

Ebenso zweideutig war Jacobys soziales Programm. Er forderte gerechte Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit, Schranken gegen den Machtmißbrauch des Großkapitals und Großgrundbesitzes, für den Arbeiter aber statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohns den ihm gebührenden Anteil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente. Das waren ideologische Redewendungen, die alles Mögliche bedeuten konnten, eben deshalb aber die größte Verwirrung anrichten mußten und auch wirklich anrichteten. Bracke, ein edler und reiner Charakter, wie Jacoby, legte sie dahin aus, daß die gerechte Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit und der Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitsrente nicht die gleichen Dinge seien; das Kapital habe keinen Anspruch auf die weitere Ausnützung der Arbeitskraft, sondern der Arbeit, die allein alle Werte schaffe, gebühre der volle Arbeitsertrag. Dagegen erläuterte Sonnemann das Programm Jacobys so, daß Lohn und Rente die gleichen Dinge seien, daß der Lohn ein Minimum der Arbeitsrente garantiere, und daß es darauf ankomme, dem Arbeiter außer dem Lohne einen Anteil an dem Überschusse des Ertrages zu sichern; das liege ebenso im Interesse des Fabrikanten wie des Arbeiters, denn die Produktion steige dadurch, daß der Arbeiter wisse, warum er arbeite. Es ging über Menschenwitz zu sagen, wer die Schlagworte Jacobys richtig auffaßte, der ehrliche Sozialrevolutionär Bracke oder der auf eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter bedachte Kapitalist Sonnemann.

Das Demokratische Wochenblatt verkannte nun keineswegs, daß Johann Jacoby noch kein Sozialdemokrat sei. Aber es meinte, er komme der Sozialdemokratie weit entgegen, und seine Hand müsse ergriffen werden, um eine große demokratische Partei zu bilden und den politischen Vorkampf gegen den Bismärckischen Zäsarismus auf dessen eigenstem Gebiete einzuleiten. Abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, irrte diese Auffassung schon darin, daß sie Jacobys politischen Einfluß weit überschätzte. Jacoby hatte nichts hinter sich, als eine handvoll bürgerlichen Ideologen, die in der neugegründeten Zukunft von Guido Weiß ein Organ besaßen, das ehrlichste und geistreichste, aber auch das am wenigsten gelesene Blatt der bürgerlichen Presse. Das Berliner Kleinbürgertum hielt sich entweder zur Volkszeitung, die im Fahrwasser der

Bourgeoisie segelte, aber soweit ihm die Augen über die kapitalistische Produktionsweise aufzugehen begannen, verbiß es sich in den quadratischen Röder, den ihm der wieder aufgetauchte Demagoge Held in der Staatsbürgerzeitung zuwarf. Vor einem ehrlichen Bündnis mit dem klassenbewußten Proletariat hegte es das alte Grauen.

Schweiger, der mitten in diesen Verhältnissen lebte und Helld's Wühlereien in geschickter Weise lahm zu legen mußte, indem er sich sogar zu öffentlichen Redekämpfen mit dem windigen Schwäger herabließ, stand dem Programm Jacobys viel nüchterner, als das Demokratische Wochenblatt, jedoch keineswegs unfreundlich gegenüber. Er deckte seine Halbtat auf, stimmte aber der Äußerung Jacobys: „Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand miteinander gehen; so nur ist das beiden gemeinsame Ziel, die Veredelung des Menschen zu erreichen“, „aus volstem Herzen“ bei und fügte nur hinzu: „Ja, Hand in Hand wollen wir mit den entschiedeneren Elementen des Bürgertums gehen, aber als selbständige Arbeiterpartei mit eigenen Prinzipien.“ Erst als am 19. Juli 1868 eine zahlreich besuchte Volksversammlung in der Nähe von Wolfenbüttel auf Antrag Brackes und mit dessen Interpretation eine Resolution annahm, wonach in den Zielen kein prinzipieller Unterschied zwischen dem Programm Jacobys und dem Programm der Sozialdemokratie bestände, fuhr der Sozialdemokrat großes Geschick auf. Indem er, an und für sich vollkommen zutreffend, darlegte, daß die Annahme von Jacobys verschwimmenden Redewendungen den europäischen Sozialismus um Jahrzehnte zurückwerfen würde, nannte er sie „albernes, hohles Geschwätz eines wichtigtuenden Bourgeois“, was dann das Kind mit dem Bade verschüttet hieß. Alle Wichtigtuerei war einem Manne wie Jacoby völlig fremd. Gewiß meinte er es ehrlich mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, wenn er auch nicht verstand, worauf es ankam; angesichts der diametral entgegengesetzten Auslegungen, die sein Programm erfuhr, hüllte er sich in tiefes Schweigen.

Es mag an diesen Ausführungen genug sein, um die Meinungsverschiedenheiten zu kennzeichnen, die zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten bestanden. Heute darüber von oben herab abzusprechen, wäre ebenso wohlfeil, wie es wohlfeil sein mag, auf der einen Seite lauter Verrat und auf der anderen Seite lauter Weisheit zu erblicken. Vielmehr handelte es sich um historische Gegensätze, die als solche durchgekämpft werden mußten, ehe sie ihre historische

Ausgleichung finden konnten. Einstweilen hätte die Masse der sächsischen und süddeutschen Arbeiter so wenig den Sozialdemokraten verstanden, wie die Masse der Berliner, Elberfelder, Hamburger und überhaupt der norddeutschen Arbeiter das Demokratische Wochenblatt.

2. Hamburger Generalversammlung und Nürnberger Vereinstag.

Das Anschwellen der Arbeiterbewegung förderte ebenso den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, wie die Sächsische Volkspartei. Wie weit immer das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat in ihren Ansichten auseinandergingen, so waren sie doch die beiden einzigen Organe, an denen die deutschen Arbeiter in ihrer harten Bedrängnis kräftige Stützen fanden. Nicht mit „demagogischen Redensarten“ gewannen sie, wie die kapitalistischen und offiziellen Federhelden einträchtiglich meinten, ihren wachsenden Einfluß, sondern in der legitimsten Weise von der Welt, durch den treuen Beistand, den sie der Arbeiterklasse in allem und jedem leisteten.

Wie im Jahre 1867, so verdreifachte sich der Leserkreis des Sozialdemokraten nahezu im Jahre 1868; er stieg von 1200 auf mehr als 3400 zahlende Abonnenten, die sich über 215 Orte verbreiteten. Nach wie vor marschierte Hamburg weit voran mit 807, dann kam aber schon Berlin mit 224, darauf Elberfeld-Barmen mit 161, Hannover mit 154, Essen mit 107, Braunschweig mit 89, Harburg mit 61, Altona mit 60, Kassel mit 58, Frankfurt mit 53, Paris mit 50 Abonnenten. In Paris bestand seit Jahren ein fester und treuer Stamm von Anhängern Lassalles, unter denen Petersen, der alte Genosse Weitlings, und Leo Frankel, der spätere Arbeitsminister der Pariser Kommune, durch Eifer und Einsicht hervorragten.

Von jeder beschränkt-nationalen Tendenz hielt sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen frei. Er wußte sich nur auch hier zu sagen, was schon möglich und was noch nicht möglich war. Als die österreichische Arbeiterbewegung um die Jahreswende von 1867 auf 1868 einen gewaltigen Aufschwung nahm, richtete Schweitzer ein vortreffliches Manifest an die Arbeiter Wiens, worin er die Aufgaben und Ziele darlegte, die den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam seien. Er betonte die innere Einheit, welche die deutschen und die österreichischen Arbeiter verband. „Wir wissen, daß wir Eine Nation

sind und Eine Nation bleiben wollen. Niemals, niemals wird man uns einreden, wir seien im Auslande, wenn wir im Prater zu Wien oder auf den Bergen Tirols stehen. Soweit deutsche Zunge klingt, ist deutsches Vaterland.“ Aber Schweizer verhehlte sich nicht, daß unter den obwaltenden Umständen jeder Versuch zur Herstellung einer äußeren Einheit die innere Einheit gefährden würde. Leider dachte Hoffstetten darin phantastischer. Indem er nach Wien ging, um dort ein Arbeiterblatt zu gründen, richtete er eine Verwirrung an, die sowohl der deutschen wie der österreichischen Arbeiterbewegung geschadet hat. In der ganz richtigen Voraussetzung, daß die Wiener Bourgeoisie gegen ihn als einen „Bismärcker“ und „Preußen“ hegen würde, führte sich Hoffstetten unter falschem Namen in den Wiener Arbeiterbildungsverein ein, ein Schritt, der natürlich, als die Maske fiel, nicht nur in verstärkter Weise das bewirkte, was er vermeiden sollte, sondern auch die Wiener Arbeiter mißtrauisch machte. Wenn Schweizer dies Vorgehen Hoffstettens tadelte, in der persönlich schonendsten Weise für seinen „treuesten und bewährtesten Freund“ und unter voller Anerkennung der Verdienste Hoffstettens um das Vereinsorgan, so erfüllte er eine unabweisbare Pflicht.

Die innere Organisation des Vereins war jetzt vollkommen hergestellt und funktionierte vortrefflich. Zwar die alte Hoffnung Lassalles, alle klassenbewußten Arbeiter in dem Vereine zusammenfassen zu können, zerrann mehr und mehr; selbst in Elberfeld-Barmen und in Hamburg, wo die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter nach Tausenden zählten, gab es nur etwa je 500 Vereinsmitglieder; einzig in Iserlohn gelang es der rastlosen Energie Tölkens, so ziemlich alle Arbeiter zu organisieren, die den sozialdemokratischen Grundsätzen angingen; in der verhältnismäßig kleinen Stadt zählte der Verein 700 Mitglieder. Der Verein bildete nur den Kern der Partei, aber einen Kern, an den sich, sobald es darauf ankam, eine sechs-, zehn-, zwölfmal so starke Masse leicht angliederte. Als im März 1868 eine Nachwahl in Essen stattfand, wo es etwa 300 Vereinsmitglieder gab, erhielt Hasenclever im ersten Wahlgange 2065 Stimmen; er unterlag dann in der Stichwahl mit dem konservativen Kandidaten, da die fortschrittlichen Wähler den reaktionären Polizeipräsidenten von Köln für einen ihrer würdigeren Vertreter erachteten, als den alten Demokraten Hasenclever. Dagegen gelang es im Juli 1868, als Heinke sein Mandat niederlegte, den Wahlkreis

Lenney-Mettmann zu behaupten, wo Frickhe im ersten Wahlgange 3223 Stimmen erhielt und in der Stichwahl über den konservativen Kandidaten siegte, den Schulze-Delitzsch empfahl und die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler mittelbar durch Stimmhaltung unterstützte.

Auch die Finanzen des Vereins waren unter Brades umsichtiger Pflege gut geordnet. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich nach wie vor auf einen halben, in besonders armen Gegenden, wie den schlesischen und sächsischen Weberbezirken, auf einen viertel Silbergroschen wöchentlich, doch mußte überall die Hälfte der einlaufenden Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden. Die Verwaltung war äußerst sparsam; die Berliner Generalversammlung setzte das Gehalt des Sekretärs, des einzigen besoldeten Vereinsbeamten, auf 20 Taler monatlich fest, und bewilligte für das halbe Jahr, wo Roller das Amt seit der Braunschweiger Generalversammlung schon geführt hatte, nur eine summarische Entschädigung von 25 Talern. Konnte der Präsident Mitte 1867 über monatlich etwa 25 Taler für Vereinszwecke verfügen, so anderthalb Jahre später bereits über monatlich 300 bis 400 Taler.

Ein großer Teil der Einnahmen ging vorläufig darauf, den Fehlbetrag des Vereinsorgans zu decken, das sich mühsam auf eigene Füße emporarbeiten mußte, nachdem es durch die Erschöpfung von Hofstettens Geldmitteln mehrmals dicht an den Rand des Abgrunds gekommen war. Um es zu halten, mußte sich Schweiger im Februar 1868 zu einem eindringlichen Aufruf um außerordentliche Geldsammlungen an die Vereinsmitglieder entschließen. Da er der Bourgeoisie nicht das Vergnügen machen durfte, öffentlich zu sagen, worum es sich handle, so gab er nur an, daß wichtige Vereinsinteressen auf dem Spiele ständen und daß er der nächsten Generalversammlung die nötige Rechenschaft über die Verwendung der einlaufenden Gelder ablegen werde. Trotzdem hatte der Aufruf guten Erfolg. Eine Besoldung bezog Schweiger als Redakteur des Vereinsorgans so wenig wie als Präsident. Jedoch stellte er, als Hofstetten nach Wien gegangen war und die mit der Leitung des Vereins verbundenen Geschäfte immer mehr anwuchsen, Wilhelm Hasselmann als Hilfskraft in die Redaktion ein, einen jungen Studenten der Chemie, der, in Bremen geboren und früh verwaisst, von Kindestheuern an auf die Wohlthätigkeit reicher Verwandten angewiesen gewesen war und reichlich alle Bitterkeit gekostet hatte, die von solchem Schicksal unzertrennlich zu sein pflegt. Aus diesen traurigen Erfahrungen seines

jungen Lebens rührte jener Ausdruck feindseliger Verschlossenheit her, der schon äußerlich Lassalles Auftreten kennzeichnete. Ein bitterer Hasser des Kapitalismus und dabei ein aufgeweckter Kopf, fand er sich bald auf sozialpolitischem Gebiete zurecht. An Schweizers Fähigkeiten reichten die seinen nicht heran, aber er war ein tüchtiger Journalist, der eine kraftvolle, wenn auch mehr auf-, als anregende Feder führte.

Nach dreijährigem schweren Ringen war Schweizer nun doch an das Ziel gelangt, das er sich nach Lassalles Tode gesteckt hatte. Indem er an Lassalles Organisation und Taktik festhielt, hatte er die deutsche Arbeiterbewegung in die breiteren und freieren Bahnen des kommunistischen Manifestes zu leiten verstanden. Mit Marx stand er in freundlichen Beziehungen. Als im Sommer 1868 eine Herabsetzung der Eisenzölle geplant wurde, und die Eisenindustriellen durch agitatorische Redensarten die rheinisch-westfälischen Arbeiter dagegen aufzuwiegen versuchten, wandte sich Schweizer an Marx mit der Bitte um Rat. Er setzte dann den Arbeitern auseinander, daß die deutsche Eisenindustrie nach der Lage des Weltmarktes eine Herabsetzung der Eisenzölle wohl ertragen könne, aber durch deren Aufrechterhaltung auch nicht in ihrem Fortschritte behindert würde. Es handle sich um einen Konflikt innerhalb der Kapitalistenklasse, der so oder so entschieden werden könne, ohne daß die nationale Entwicklung dadurch beeinträchtigt würde. Somit hätten die Arbeiter einzig auf die Förderung ihrer Klasseninteressen zu sehen. Wenn die schutzöllnerischen Eisenindustriellen ihre Unterstützung verlangten, so sollten sie einfach erwidern: Gut, wir sind dazu bereit, wir werden dafür eintreten, daß eine Enquete über die Lage der Eisenproduktion stattfinde, ehe die Eisenzölle herabgesetzt werden, wir stellen nur die Bedingung, daß sich diese Enquete nicht bloß auf die Interessen der Kapitalisten, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter, besonders auf den Lohn, die Arbeitszeit, die Lebensverhältnisse der in der Eisenproduktion beschäftigten Arbeiter erstrecke. Auf diese Fingerzeige Schweizers hin berief Tölcke einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag nach Hagen, zu dem die Eisenindustriellen eingeladen wurden. Aber keiner der falschen Brüder erschien, worauf der Arbeitertag beschloß, daß die Herabsetzung der Eisenzölle die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse in keiner Weise gefährde und somit kein Anlaß für die Arbeiter vorliege, den schutzöllnerischen Eisenindustriellen die erbetene Hilfe zu gewähren.

Welläufig war dieser Fall der einzige, wo Schweizer aus seiner diktatorischen Vollmacht heraus die sozialpolitische Haltung des Vereins bestimmte. Er berief sich ausdrücklich darauf, daß die richtige Beurteilung der Eisenzollfrage spezielle fachwissenschaftliche Kenntnisse voraussetze und daß er die „bedeutendste wissenschaftliche Autorität unserer Nation“ um ihre Ansicht befragt habe. Eine Diktatur in irgend einem subjektiv willkürlichen Sinne hat er nie zu handhaben versucht; er wußte sehr gut, daß moderne Proletarier keine Hammelherde sind, die sich blindlings leiten läßt. Freilich arbeiteten die nicht abreißen- den polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungen verwerflichen Diktatur- gelüsten eifrig in die Hände, indem sie auf eine immer straffere Zentrali- sation drängten. Doch hat Schweizer stets entscheidenden Wert darauf gelegt, wie mit der Generalversammlung und dem Vorstande, so auch mit der Masse der Mitglieder in einem vollkommenen Einverständnis zu bleiben. Trotz seiner formellen Befugnis hat er niemals einen Bevollmächtigten ernannt, der ihm nicht von den Mitgliedern des betreffenden Orts vorgeschlagen worden wäre. Er verstand seine Diktatur nur im Sinn eines energischen, klaren und raschen Handelns, er faßte sie auf wie einen Hammer, der zwar in der einzelnen Faust am kräftigsten geschwungen werden könne, aber der von der Gesamtheit geschmiedet sein müsse.

Indessen auch einer so beschränkten Diktatur begannen die Dinge über den Kopf zu wachsen. Als sich im Jahre 1865 die ersten An- fänge der Streikbewegung in Deutschland kundgaben, hatte sich der Sozialdemokrat fördernd und wohlwollend zu ihr gestellt, doch noch ganz gemäß der Auffassung Lassalles, wonach die Koalitionsfreiheit ein gutes Recht der Arbeiterklasse sei, aber kein Mittel, ihren Beschwerden in nennenswertem Umfange abzuhefen. Die zahlreichen Streiks, die 1867 in England und Frankreich ausbrachen, führten das Blatt dann schon zu einer tieferen Ergründung des Problems. Es sagte sich überall, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, brechen die Streiks mit Macht hervor, trotz aller Abmahnungen der bürgerlichen und der sozialistischen Ökonomen, trotz der bitteren Er- fahrungen, welche die Arbeiter praktisch mit der Einstellung der Arbeit zu machen pflegen; unmöglich können die Arbeiter sich so hartnäckig und so völlig über ihre eigenen Interessen täuschen; die Streiks müssen eine innere Berechtigung haben. Diese Berechtigung fand der Sozial-

demokrat darin, daß sich das Proletariat zuerst am Lohnverhältnis als eine benachteiligte und unterdrückte Klasse erkennen lerne und hier zuerst den Hebel seiner Emanzipation ansehe, daß die Streiks somit die ausgezeichnete, nicht hoch genug zu veranschlagende Eigenschaft besäßen, eine Arbeiterbevölkerung, die bisher noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sei, aus ihrem Schummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Aber da der Sozialdemokrat an der Ansicht festhielt, daß die Streiks ökonomisch notwendig erfolglos bleiben müßten, und eben nur ein Mittel seien, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu reifen, so folgerte er daraus, daß sie in der Regel nicht zu billigen seien, wo die Arbeiterklasse bereits offen für ihre letzten Ziele wirke.

Jedoch auch über diese Auffassung ging Schweizer im Jahre 1868 einen Schritt hinaus. Theoretisch mag er aus dem Werke von Marx gelernt haben, daß es mit dem ehernen Lohngeetze seinen Haken habe, praktisch zeigte ihm die tägliche Erfahrung, daß auch die klassenbewußten Arbeiter keineswegs aus Streiken verzichteten und daß die ökonomische Erfolglosigkeit der Streiks kein unanfechtbares Dogma sei. Frizsche hatte schon Ende 1865 den Zigarrenarbeiterverein gegründet, dann war um die Mitte des nächsten Jahres der Verband der Buchdruckergehilfen entstanden, jetzt gründete auch Schob einen Gewerkverein der Schneider und Lübkert einen Gewerkverein der Zimmerleute. In alten sozialdemokratischen Sigen, wie Elberfeld-Barmen, Essen, Hamburg, brachen zahlreiche Streiks aus, mit wechselnden, aber im allgemeinen wenigstens nicht unguünstigen Erfolgen. Die erkämpften Lohnerhöhungen gleichen meistens wohl nur die gestiegenen Preise der Lebensmittel aus, und insofern bestätigten sie mehr das eherne Lohngezet, als daß sie es widerlegten, aber auch dann zeigten sie eben doch, daß die Streiks je nachdem eine sehr notwendige Sache seien.

Besonders lehrreich waren die Vorgänge in Berlin, wo der herrschende Notstand die letzten Nebel des chauvinistisch-patriotischen Rausches zerstreute und die Arbeiterbewegung sich wieder mächtig zu regen begann, ähnlich wie zum erstenmale in Breslau, der Vaterstadt Lassalles, die sich ihr allzu lange versagt hatte. In Berlin erreichte die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker wie der Zigarrenarbeiter beträchtliche Erfolge: die Buchdrucker setzten die Beseitigung der regelmäßigen Sonn-

tagarbeit durch, die Zigarrenarbeiter wehrten in mehrmonatigem, rühmlich geführtem Kampf eine entwürdigende Fabrikordnung ab, die ihnen von den Fabrikanten aufgehalst werden sollte. Die Bäcker, Maurer, Zimmerer begannen sich gegen jämmerliche Löhne und endlose Arbeitszeit aufzulehnen, und zum erstenmale küftete sich ein wenig der Schleier von den entsetzlichen Geheimnissen der Konfektionsindustrie, die in Berlin einen großen Aufschwung genommen hatte und schon damit prahlte, hier die erste der Welt zu sein.

Die Ausbeutung in dieser Industrie hatte einen so hohen Grad erreicht, daß die übermütig gewordenen Kapitalisten nicht einmal mehr davor zurückscheuten, ihre gaunerischen Praktiken selbst ans Tageslicht zu ziehen. Sie pflegten ihren Hausarbeiterinnen feuchte Wolle zu liefern, die bei der Verarbeitung eintrocknete, und dann beim Abliefern der fertigen Ware das Gewichtsmanko zu Lohnabzügen oder Einbehaltung der gestellten Kauttionen zu benutzen. Eine Firma Schulz und Siebenmark ging so weit, eines ihrer Opfer, das sich nicht geduldig betrügen lassen wollte, wegen Unterschlagung beim Staatsanwalt zu denunzieren. Jedoch wurde die angeklagte Arbeiterin vom Gerichte glänzend freigesprochen, da die Beweisaufnahme ergab, daß die Firma Schulz und Siebenmark das Betrügen ihrer bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiterinnen systematisch betrieben hatte. Das Aufsehen, das diese Gerichtsverhandlung machte, lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Konfektionsindustrie, und es ergab sich, daß ihre Blüte einzig und allein auf dem moralischen und physischen Ruin beruhte, durch den sie Zehntausende und aber Zehntausende von jungen Arbeiterinnen hinschlachtete.

Vom ersten Morgenrauen bis tief in die sinkende Nacht hinein mußten die armen Geschöpfe tätig sein, wenn sie genug verdienen wollten, um nicht allzu rasch zu verhungern. Versagten ihre müden Augen endlich bei der trostlosesten Beleuchtung, wobei der verwöhnte Blick der Wohlhabenden keinen Faden mehr erkennen konnte, so waren einige Stunden unruhigen Schlafes ihre einzige Erquickung, der einzige Genuß, den sie vom Leben hatten. Mit all dieser Qual verdienten sie beim Duffel- und Tuchnähen höchstens zehn, beim Weißwarennähen etwa acht, bei Tapissierarbeiten etwa drei, höchstens fünf Silbergrößen täglich. Aus diesem grauenvollen Elend gab es für die Arbeiterinnen nur den einen Ausweg in die Prostitution, der sie unter die polizeiliche

Kontrolle, ins Arbeitshaus, ins Gefängnis, in einen Tod der Schande führte.

Es ist anzuerkennen, daß durch die bürgerlichen Kreise ein Schauer des Entsetzens flog, als diese Zustände offenbar wurden. Sogar die unverfälschtesten Manchesterleute schwangen sich wenigstens zu einem Tadel der betrügerischen Praktiken auf, wodurch die Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie noch um die paar elenden Pfennige ihrer Hungerlöhne gebracht werden sollten. Nur die preußische Polizei stand ganz auf der Höhe der kapitalistisch-kriminalistischen Plünderungsmethoden. Sie löste die Arbeiterversammlungen auf, in denen die Lage der Konfektionsarbeiterinnen besprochen werden sollte, weil diese Arbeiterinnen selbst daran teilnahmen. Ein Recht dazu hatte sie nicht einmal nach dem preußischen Vereinsgesetz; ihre einzige Triebfeder war die reine Wollust am Weißbluten der „Ärmsten der Armen“; das „soziale Königtum“ offenbarte sich so, wie es sich nicht anders offenbaren konnte.

Wieder trat der Sozialdemokrat, wie drei Jahre früher, mit äußerster Energie und unbekümmert um alle polizeilichen Beschlagnahmen, für das bedrohte Vereinsrecht ein. Die fortschrittlichen Weltweisen lahnten erst hinterher, ebenso wie sie dem energischen Betreiben Schweizers, den vorjährigen Antrag auf Erlaß der Koalitionsfreiheit von neuem im Reichstag einzubringen, nur in schlaffer Weise nachkamen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Reichstags wollte sich vorläufig auf nichts einlassen, doch stand fest, daß die Koalitionsfreiheit im nächsten Jahre beschlossen werden würde, sei es auch nur in verklausulierter Weise. Wie sehr immer die Polizei die streikenden Arbeiter mit allerlei Schikanen verfolgte, so erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklagen mehr wegen Übertretung des Koalitionsverbots, seitdem die Gerichte 1865 bei dem Tuchmacherstreik in Burg 278 wegen verbotenen Koalierens angeklagte Arbeiter freigesprochen hatten. Es war vorherzusehen, daß die gesetzliche Anerkennung der Koalitionsfreiheit die Streikbewegung noch mächtig anschwellen, daß die nächste Zukunft der Arbeiterklasse dem gewerkschaftlichen Kampfe gehören würde.

Hierüber täuschte sich Schweizer nicht. Er nannte es nach wie vor eine grobe, für jeden Sozialisten unmögliche Täuschung, anzunehmen, daß die kapitalistische Produktionsweise durch Arbeitseinstellungen gebrochen werden könne, aber er sah ein, daß die Masse der Arbeiterschaft nicht eher zum Massenbewußtsein gelange, sich nicht eher von der

Bevormundung des Polizeistaats und der Gelbmacht befreie, bis sie durch praktische Erfahrungen lerne, welcher Erbitterung, welchen unglaublichen Hasses die herrschenden Klassen fähig seien, sobald die Arbeiter auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage verlangten. „Die Streiks — mit einem Worte — sind ein geschichtlich notwendiges Übergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen und kommunistischen Bewegung.“ Daraus ergab sich von selbst die Schlussfolgerung, durch eine richtige Organisation der Streiks dies Übergangsstadium möglichst abzukürzen, die in der Arbeitermasse vorhandene Strömung vor Verzettelung und Zersplitterung zu schützen, sie wenigstens so stark als möglich gegen die kapitalistische Produktionsweise zu waffnen und ihren engen Zusammenhang mit der politischen Agitation zu wahren.

So weit ging Schweitzer, wenn auch nicht weiter. Als gleichberechtigt und selbständig neben der politischen Bewegung erkannte er die gewerkschaftliche Bewegung nicht an. Sie war ihm vielmehr nur ein Hebel, der politischen Bewegung einen desto stärkeren Nachdruck zu geben; er betrachtete sie gewissermaßen als Festung, hinter deren Wällen neue Rekruten einegerziet werden und im Notfalle auch die kämpfenden Heersäulen des Proletariats eine Zuflucht finden konnten. Wenn sich auch mehr und mehr herausstellte, daß die politische Organisation nur eine Elite der Arbeiterklasse umfasse, so wurde sie deshalb nicht weniger heftig von der Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, die immer neue Handhaben suchten und fanden, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein etwas am Zeuge zu flicken. Ungefähr ein Drittel seiner örtlichen Mitgliedschaften wurde schon wieder wegen „Zweigvereinsbildung“ angefochten; an einzelnen Orten, wie in Berlin selbst, hatte der Verein in erster Instanz zwar freisprechende Erkenntnisse erstritten, aber die Staatsanwälte gingen sofort an die höheren Instanzen, deren Entscheidung mindestens unberechenbar war. Als Schweitzer im Sommer 1868 die Generalversammlung des Vereins nach Hamburg berief, geschah es in der bösen Ahnung, daß diese siebente Generalversammlung wohl die letzte sein werde.

Sie tagte vom 22. bis zum 26. August. Schweitzer hatte sie nach Hamburg berufen, um die dortigen Mitglieder „für ihre sowohl durch strengste Ordnung, wie durch Prinzipientreue, Tatkraft und Opferwilligkeit ausgezeichnete und für den ganzen Verein mustergültige Haltung“ zu ehren. Zum Danke für sein großes Werk war Karl Marx durch

ein offizielles Schreiben des Vorstandes als Ehrengast eingeladen worden. Dringende Geschäfte verhinderten ihn, zu kommen; er entschuldigte sich in einem Schreiben, worin er „mit Freude“ feststellte, daß die Generalversammlung auf die Tagesordnung ihrer öffentlichen Sitzungen die Punkte gesetzt habe, von denen jede ernste Arbeiterbewegung ausgehen müsse: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstages und planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, die sie für die ganze Gesellschaft zu lösen habe. Die Generalversammlung beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Erringung der politischen Freiheit zu kämpfen; sie erklärte die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für notwendig und verdamnte die Sonntagsarbeit, die den Arbeitern den letzten Ruhetag und das letzte Familienglück raube, als den Gipfel der sozialen Tyrannei; endlich faßte sie den Beschluß, daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich in allen Kulturländern zusammengingen, und daß es somit die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei sei, gemeinsam vorzugehen mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von gleichen Prinzipien geleitet würden.

Die drei öffentlichen Sitzungen der Generalversammlung waren imposante Kundgebungen. Die Hamburger Arbeiter erwiesen sich ihres alten Rufes würdig, sie stellten eine dankbare und intelligente Hörschaft von sechstausend Köpfen. In den vier geschlossenen Sitzungen wurden die eigentlichen Geschäfte des Vereins erlebt. Vertreten waren 83 Orte mit 7274 regelmäßig zahlenden Mitgliedern durch 36 Delegierte, während 50 bis 60 Orte, die zumeist erst im Laufe des Jahres gewonnen worden waren, noch keine Vertreter gesandt hatten. Die Generalversammlung billigte, daß der Präsident die finanziellen Überschüsse zunächst auf die Erhaltung des Vereinsorgans verwandt habe, wofür Schweitzer als Eigentümer des Sozialdemokraten dem Vereine mit 1000 Talern haftbar blieb. Ferner beschloß die Generalversammlung, bis der Etat des Sozialdemokraten balanziere, von Vereinswegen die fehlenden Abonnements zu beziehen und diese Exemplare zur Agitation zu verwenden. Dagegen lehnte sie einen Antrag Wolfenbütteler Mitglieder, den Sozialdemokraten als Vereinsbesitz zu übernehmen, und ebenso den Antrag eines Düsseldorfer Mitgliedes, die Redaktion von dem Präsidium zu trennen, als unzweckmäßig ab. Sobald der Sozialdemokrat seine Kosten deckt, worauf man etwa in zwei Quartalen rechnete, sollten die finanziellen

Mittel des Vereins zur systematischen Propaganda durch Ausendung besoldeter Agitatoren, zunächst im Königreiche Sachsen und in Süddeutschland, verwandt werden. Zur Organisation dieser Propaganda erhielt der Präsident die nötigen Vollmachten. Das Gehalt des Sekretärs wurde auf 25 Taler monatlich erhöht.

Die wichtigste Verhandlung der geschlossenen Sitzungen bezog sich aber auf die Stellung des Vereins zur Streikbewegung. Braunschweiger Mitglieder hatten den Antrag gestellt, die Arbeitseinstellungen zu organisieren. Dazu beantragte Perl Übergang zur Tagesordnung, während Fritzsche zwei Anträge einbrachte, wonach die Generalversammlung erstens erklären sollte, daß die Streiks kein Mittel seien, die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise zu ändern, wohl aber ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie übermäßig lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen, und wonach sie zweitens den Präsidenten beauftragen sollte, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen. Nach lebhaften Debatten wurde Perls Antrag mit 3417 gegen 2583 Stimmen verworfen, der erste Antrag Fritzsches mit gleicher Mehrheit angenommen, sein zweiter Antrag mit 3255 gegen 3044 Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung hatte also eine prinzipiell freundliche Stellung zu den Streiks eingenommen, aber ihre praktische Organisation von Vereins wegen für unndig erklärt.

Nach diesem Ausfalle der Abstimmung erklärten Schweitzer und Fritzsche, daß sie nunmehr als Reichstagsabgeordnete einen Gewerkschaftskongreß einberufen würden. Ihre Erklärung rief wieder eine heftige Debatte hervor, worin darüber gestritten wurde, ob die Absicht Schweitzers und Fritzsches gegen die Parteidisziplin verstoße. Schweitzer selbst führte aus, daß die Generalversammlung ohne Zweifel das Recht besitze, dem Präsidenten alles zu untersagen, was sie für eine Schädigung des Vereins halte; wolle er sich nicht fügen, so habe er aus dem Verein auszutreten. Nun habe die Generalversammlung abgelehnt, die Organisation der Streiks von Vereins wegen in die Hand zu nehmen, woran sie vielleicht wohlgetan habe, aber prinzipiell habe sie die Streiks gebilligt. Daraus scheine ihm hervorzugehen, daß sie kein Verbot, sich daran zu beteiligen, habe aussprechen wollen, indem sie ablehnte, den Vereins-

präsidenten zur Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu verpflichten. Sie möge sich jetzt näher erklären, aber er verhehle nicht, daß er sofort sein Amt niederlegen und aus dem Vereine scheiden müsse, wenn ihm die Generalversammlung die Einberufung des Kongresses verbiete. Nach seiner Auffassung müsse die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung organisieren; er dürfe die verantwortliche Leitung nicht weiter führen, wenn er das Bewußtsein habe, daß die Agitation durch ein wesentliches Versäumnis lebensunfähig werden könne. Daraufhin erklärte die Generalversammlung fast einstimmig, daß sie ein Verbot nicht habe aussprechen wollen; als Reichstagsabgeordnete könnten Schweitzer und Frißsche den Kongreß berufen.

Leider ist über diese Verhandlungen kein ausführlicher Bericht erhalten, aus dem sich ersehen ließe, inwieweit die Opposition von praktischen Bedenken oder von orthodoxem Lassalleanismus geleitet gewesen ist. Mitgespielt hat beides: Perl hob in den kurzen Motiven, womit er seinen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung begründete, nur finanzielle und formelle Einwände hervor, während Schweitzer sich in einem Artikel des Sozialdemokraten sehr entschieden gegen den Vorwurf verteidigte, mit der Einberufung des Kongresses die Überlieferungen Lassalles verlassen zu haben. Als den entscheidenden Gesichtspunkt betonte er ganz richtig die Tatsache, daß eine Streikbewegung in den Massen vorhanden sei, die zu Lassalles Lebzeiten gefehlt habe. Eine solche Bewegung ins Leben zu rufen, sei so wenig Lassalles Sache gewesen, wie es jemals die Sache eines Sozialisten sein könne, aber wenn sie einmal da sei, müsse jeder Sozialist, und würde also auch Lassalle, wenn er noch lebte, darauf bedacht sein, ihr das richtige Ziel anzuweisen. Sofort nach Schluß der Generalversammlung, noch von Hamburg aus, richtete Schweitzer und Frißsche einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands, worin sie einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zum 27. September nach Berlin einberiefen, zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zwecke gemeinsamen Vorschreitens vermittelt der Arbeitseinstellungen.

Zehn Tage darauf trat in Nürnberg der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. Seit dem Geraer Vereinstage

hatte Bebel mit energischer und geschickter Hand die Leitung des Verbandes geführt, um bald zu erkennen, daß eine reinliche Scheidung zwischen den vorwärtsdrängenden und den rückwärtsziehenden Elementen zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden sei. Lieber zehn sichere, als dreißig schwankende Vereine, schrieb er an Albert Lange. Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins vollzog sich innerhalb des Verbandes in durchaus ursprünglicher Weise, gefördert durch die zwingende Berechtigung der ökonomischen Tatsachen, und nicht, wie die landläufige Erzählung wissen will, durch die angeblichen Überredungskünste Liebknechts, der ebenso wie das Demokratische Wochenblatt dem Verbands als solchem noch ferne stand. In der Arbeiterhalle, die in Mannheim erschien, hatte der Verband ein eigenes Organ. Je klarer sich aber die proletarischen Elemente der Arbeitervereine darüber wurden, daß der Verband, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wollte, eine bestimmte Stellung zu den brennenden Fragen auf politischem und sozialem Gebiete einnehmen müsse, um so eifriger rüsteten sich ihre bürgerlichen Elemente, die letzte Position zu verteidigen, welche die Bourgeoisie noch im Proletariat besaß. Sobald der Vorort Leipzig den Vereinstag zum 5. September nach Nürnberg einberufen und seine Absicht ausgesprochen hatte, als Programm des Verbandes die Hauptsätze aus den Statuten der Internationalen vorzuschlagen, wurde von beiden Seiten mit Macht für die eifrige Beschickung des Tages agitirt, wobei es die bürgerliche Seite nicht an allerlei Mitteln fehlen ließ, die Zahl der ihr noch anhänglichen Arbeiter und Arbeitervereine künstlich hinaufzuschrauben.

Sedoch hatten sie damit kein Glück gegenüber der elementaren Strömung, die durch die Arbeitermassen ging. Der Nürnberger Vereinstag entschied sich für die Annahme des Programms, das der Vorort Leipzig ihm vorgeschlagen hatte, und für die Begründung zentralisierter Gewerkschaften, unter Ablehnung eines von Sonnemann eingebrachten Antrags, der Altersversorgungskassen für Arbeiter, unter Vermittlung der Post und demnach als Anstalten, die unter staatlicher Aufsicht ständen, eingerichtet haben wollte. Bei der entscheidenden Programmfrage stimmten 72 Vereine mit 69 Stimmen gegen 37 Vereine mit 46 Stimmen. Die bürgerliche Minderheit machte noch einen Versuch, ihre Sache zu retten, indem sie behauptete, hinter der Mehrheit ständen kaum 1800, hinter der Minderheit aber 8800 Mitglieder der Arbeitervereine. Bebel deckte den Humbug sofort in einer blühigen Erklärung auf. Zwar

rechnete er auch noch 5876 Mitglieder für die Minderheit und nur 6480 Mitglieder für die Mehrheit heraus, aber es zeigte sich alsbald, daß die Minderheit, die sofort aus dem Verbande schied, überhaupt keine Aktionsfähigkeit mehr besaß. Sie versuchte einen Deutschen Arbeiterbund zu gründen, ohne über die ersten Ansätze hinaus zu kommen. Die Vereine der Minderheit schlossen sich entweder halb der Mehrheit an oder sie gingen ein; von ihnen allen besteht heute nur noch der Berliner Arbeiterverein, der sich damals übrigens auch in zwei Vereine spaltete, von denen der eine unter dem alten Namen an dem fortschrittlichen Programm festhielt, während der andere sich als Demokratischer Arbeiterverein auftat und dem Verbande der Arbeitervereine angeschlossen.

Wie der Geraer, so bedeutete auch der Nürnberger Vereinstag einen großen Schritt vorwärts, aber zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte er noch nicht. Formell wurde der Verband aufrecht erhalten, Bebel wieder zum Vorsitzenden und Leipzig zum Vorort gewählt. Der Vereinstag war von den österreichischen und schweizerischen Arbeitervereinen besichtigt worden, der Generalrat der Internationalen wurde durch Secarius vertreten, und einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die eben der Hamburger Generalversammlung beigewohnt hatten, Kirchner aus Hildesheim und Karl Hirsch aus Berlin, sprachen kräftig im Sinne der Mehrheit. Trotzdem befanden sich in der Mehrheit noch mancherlei Elemente, die mit dem proletarischen Klassenkampfe so viel gemein hatten, wie das Wasser mit dem Feuer: ehrliche Kerle wie Labendorf, unsichere Kantonalisten wie Sonnemann, allerlei Schlauchköpfe aus der Deutschen Volkspartei, die das internationale Programm zur Not annehmen mochten, weil es noch nichts über eine nationale Politik der Arbeiterklasse besagte. Die Deutsche Volkspartei hatte den Nürnberger Vereinstag offiziell besichtigt, und so besichtigte der Nürnberger Vereinstag offiziell eine Konferenz der Deutschen Volkspartei, die am 19. und 20. September in Stuttgart tagte und nach dreijährigen Wehen nun endlich mit einem Programm in der nationalen und der sozialen Frage niederkam.

Die Deutsche Volkspartei war zu einer süddeutschen Partei zusammengeschumpft, abgesehen von einigen augustinburgischen und welfischen Anhängern, die in Schleswig-Holstein und Hannover ein hinsterbendes Dasein führten, sowie von den paar Anhängern Jacobys und namentlich von der Sächsischen Volkspartei, die, überwiegend aus Arbeitern

bestehend, sich rüstig in sozialdemokratischem Sinne entwickelte. Gerade aber in ihrer örtlichen Beschränkung hätte die Deutsche Volkspartei in den Jahren zwischen Königgrätz und Sedan eine historische Bedeutung gewinnen können, wenn sie gegenüber der Ohnmacht und Unfähigkeit der süddeutschen Regierungen, unter dem Schutze der Eiferfucht von ganz Europa, eine energische demokratische Propaganda entfaltet hätte, die zugleich das sicherste Mittel gewesen wäre, der Berliner Reaktion das Leben sauer zu machen. Allein der günstige Augenblick verrann nutzlos, weil, ähnlich wie in den Tagen der deutschen Revolution, der krähwinkelhafte Partikularismus über alle demokratischen und republikanischen Nebensarten siegte, weil, wie Albert Lange bitter sagte, ein blinder, dem Feinde in die Hände arbeitender Haß gegen Preußen die einzige Triebfeder der Deutschen Volkspartei war.

Das nationale Programm, das sie im Herbst 1868 endlich aufs Papier brachte, war denn auch weiter nichts, als ein rückständiger, mit leeren Nebensarten über Freiheit und Selbstbestimmung verkleisterter Partikularismus, und ihr soziales Programm war etwas noch Schlimmeres. Die Deutsche Volkspartei erklärte grundsätzlich ihren „Anschluß an das vom Nürnberger Vereinstage angenommene Programm“ und stellte eine Reihe sozialer Forderungen auf, die, wie Hebung der Volksschule, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, nirgends über den bürgerlichen Horizont hinausgingen, wenn sie auch in einzelnen Punkten, wie Abschaffung der stehenden Heere und Beteiligung der Arbeiter am Reingewinne, die kapitalistischen Konsequenzen etwas radikaler oder etwas verschmizter zogen, als die norddeutschen Liberalen es taten. Mit dem Programm der Internationalen, dem sie sich „anschlossen“, standen diese Forderungen auf demselben friedlichen Fuße, wie das Kapital mit der Arbeit. Man begreift nach solchen Leistungen, daß Marx den Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen eine „kleine Lumperei“ nannte. Ähnlich sagte Engels, die Geschichte der nächsten Jahre werde beweisen, daß Nationalliberale und Volksparteiler sich nur deshalb so heftig befehdeten, weil sie die entgegengesetzten Pole einer und derselben Borniertheit seien.

Während die Nürnberger Mehrheit noch mit der Deutschen Volkspartei zusammenhing, stimmten die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung weit mehr überein mit den Beschlüssen, die gleichzeitig der dritte Kongreß der Internationalen faßte. Er tagte vom 6. bis

zum 12. September in Brüssel und war von 97 Delegierten besucht, deren größere Hälfte aus Belgien bestand; Frankreich wurde durch 18, England durch 11, die Schweiz durch 8 und Deutschland durch 4 Delegierte vertreten. Über die Notwendigkeit der politischen Aktion und die Bedeutung der Streiks für die Arbeiterklasse beschloß der Brüsseler Kongreß ganz ebenso, wie die Hamburger Generalversammlung darüber beschloffen hatte, und zum erstenmale erklärte sich der Kongreß der Internationalen für das Gemeineigentum am Grund und Boden, allerdings nur gegen eine starke Minderheit, deren Rückgrat die französischen Delegierten bildeten. Schweizer hatte eine offizielle Einladung zu dem Brüsseler Kongresse erhalten, konnte aber nicht erscheinen, weil er, unaufhörlich von der Staatsanwaltschaft verfolgt, mehrere Gerichtstermine wahrzunehmen hatte. In seiner Antwort auf das Einladungsschreiben sagte er, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen auf dem Boden der Internationalen stehe und von seinem formellen Eintritt in den Bund nur durch die deutschen Vereinsgesetze zurückgehalten werde.

Diese Gesetze wurden eben jetzt wieder benützt, um den Verein auch als nationale Organisation zu zerstören. Das Kammergericht entschied in zweiter Instanz, daß die örtliche Mitgliedschaft in Berlin als selbständiger Zweigverein aufzulösen sei. Hiergegen war zwar noch die Berufung an das Obertribunal möglich, aber am 16. September verfügte das Leipziger Polizeiamt die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt. Als Vorwand wurde diesmal die Bestimmung genommen, daß die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Beiträge für Lokalzwecke in den einzelnen Orten verwandt werden dürfe, „solchem nach die Vereinsmitglieder der einzelnen Ortschaften nicht bloß als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern als Mitglieder eines Lokalvereins mit eigener Kassenverwaltung“ erschienen. Da es sich um einen bloßen Vorwand handelte, so legte Schweizer kein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Leipziger Polizei ein, sondern ordnete einfach an, daß sich der Verein sofort aufzulösen habe, nicht „aus Gehorsam gegen die Obrigkeit“, wie er den Mitgliedern auseinandersetzte, sondern „weil es nach Lage der Dinge das Vernünftigste ist, was wir tun können“. Schweizer erkannte und sprach es auch offen aus, daß der in Leipzig geführte Schlag aus Berlin kam; er wollte vermeiden, daß ein rechtskräftiges und dann für alle preußischen Gerichte maßgebendes Urteil des Obertribunals in Sachen der „selb-

ständigen Zweigvereine“ erginge; mit der freiwilligen Auflösung des Vereins hielt er sich die Möglichkeit offen, ihn sofort wieder in neuen, alle denkbaren Einwände ausschließenden Formen zu eröffnen.

3. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Bei aller sonstigen Verschiedenheit hatten sich die Hamburger Generalversammlung und der Nürnberger Vereinstag doch in zwei Beschlüssen gefunden, die ein gemeinsames Aktionsfeld für das gesamte klassenbewusste Proletariat in Deutschland zu öffnen schienen: in dem Anschluß an die Internationale und in der Gründung der Gewerkschaften. So auch faßte das Demokratische Wochenblatt die Lage auf. In seiner Nummer vom 12. September schrieb es: „In Hamburg, Nürnberg und Brüssel dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staats.“ Gleichzeitig erschien in der Zukunft eine Leipziger Korrespondenz, worin gesagt war, daß eine mehr oder minder vollständige Verschmelzung der demokratischen Arbeitervereine mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine nur eine Frage der Zeit sei.

Wie aner kennenswert diese Einheitsbestrebungen waren, so wurden sie doch auf Wegen verfolgt, die von dem erstrebten Ziele weitab führten. In der Leipziger Korrespondenz der Zukunft hieß es, „Dieser und Jener“ stemme sich aus persönlichen Gründen gegen die Einigung der deutschen Arbeiter. Noch deutlicher wurde das Demokratische Wochenblatt, indem es auf der zweiten Seite derselben Nummer, auf deren erster Seite die demokratischen Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung anerkannt worden waren, den „Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ kategorisch aufforderte, ein Hamburger Mitglied des Vereins zu maßregeln, den Schuhmacher Praast, der nach der Behauptung eines volksparteilich-welfischen Blattes bei einer Totenfeier Lassalles in Hannover die preußischen Annexionen gelobt haben sollte. Dabei stand nicht einmal fest, ob von Praast, der sich beiläufig ein Jahr später von Schweigers auf Liebknechts Seite schlug, wirklich ein prinzipienwidriger Verstoß begangen worden war; die bloße Versicherung eines Blattes, daß im Schatten der Welfenhose für die deutsche Ein-

heit und Freiheit kämpfte, konnte unmöglich als überführender Beweis gelten. Auch dieser Artikel des Demokratischen Wochenblatts wurde sofort von der Zukunft übernommen.

Schweizer hatte bis dahin alle Angriffe des Demokratischen Wochenblatts gegen seine persönliche und politische Integrität unbeachtet gelassen. Jetzt antwortete er dem Demokratischen Wochenblatte, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein könne unmöglich für irgend eine Äußerung eines einzelnen Mitglieds verantwortlich gemacht werden; auch stehe der Präsident nicht als Polizeibüttel und Zensor hinter jedem Redner; wolle man jedoch wissen, wie er selbst sich zu der angeblichen Ausführung des Hamburger Mitgliedes stelle, so sage er, „daß der von uns erstrebte Eine deutsche Volksstaat weder durch das preußische Annexions-, Militär- und Polizeigetriebe, noch durch den in den Mittel- und Kleinstaaten von der ‚Volkspartei‘ und den Werkzeugen der verjagten Fürsten geschülten, stupiden und widerlichen Preußenhaß näher gebracht“ werde. Auf die Leipziger Korrespondenz der Zukunft aber erklärte Schweizer, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein werde mit der Mehrheit der Nürnberger Vereine ebenso Hand in Hand gehen, wie mit allen ähnlich gesinnten und befreundeten Parteien. Allein von Verschmelzung könne keine Rede sein, es sei denn, daß die Nürnberger Vereine in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein träten, wo sie willkommen sein würden. Niemals aber könne die von Lassalle gegründete straffe Organisation geändert werden, um einem „verschwommenen Wischwaschi“ Platz zu machen.

Dieser Ausdruck war gewiß sehr unhöflich, obgleich nur eine winzige Grobheit, verglichen mit den bösen Dingen, die sich Schweizer seit neun Monaten vom Demokratischen Wochenblatte hatte sagen lassen müssen. Jedenfalls war nicht gut mißzuverstehen, was Schweizer unter dem „verschwommenen Wischwaschi“ verstand. Er meinte nicht das Programm der Internationalen, dem er sich eben selbst angeschlossen hatte, sondern die verschwommenen Beziehungen der Nürnberger Vereine zur Deutschen Volkspartei. Trotzdem verfiel das Demokratische Wochenblatt dem Mißverständnisse, daß Schweizer mit dem unhöflichen Worte „nur“ die Lehre von Marx gemeint haben könne, von der sich die Lehre Lassalles allein dadurch unterscheidet, daß sie ihr die Spitze abbreche. So wurde Schweizer abermals für einen „Verräter an der Sache des Sozialismus und der Demokratie“ erklärt.

Danach blieb nur noch die Gewerkschaftsbewegung als ein Feld gemeinsamen Wirkens übrig. Indessen die Nürnberger Vereine beschickten den Arbeiterkongreß nicht, den Schweizer und Fritzsche zum 27. September einberufen hatten. Und zwar, wie Liebknecht später angegeben hat, deshalb nicht, weil es ihrer Ehre zu nahe gegangen sei, nachdem Schweizer erklärt habe, die Nürnberger Vereine würden zu dem Kongresse nicht zugelassen werden. Hiermit hatte es nun aber folgende Bewandnis. Nachdem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch das Leipziger Polizeiamt aufgelöst worden war, erklärte der Sozialdemokrat, daß mit Rücksicht auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine sich nicht miteinander verbinden dürften, „Arbeitervereine, die ein politisches Programm haben, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Nürnberger Majorität als solche“, nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten. Bei der ganzen Anordnung handelte es sich einfach um eine Formfrage, die den Kongreß vor polizeilichen Übergriffen schützen sollte; einen Grund zur Beschwerte hätten höchstens die Vereine der Nürnberger Minderheit gehabt, die kein politisches Programm besaßen, gleichwohl aber, wie der Sozialdemokrat in einer Anmerkung hinzufügte, als solche auch nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten, da sonst tatsächlich eine politische Partei bevorzugt werden würde. Allen Vertretern bereits bestehender Gewerkschaften, allen Delegierten von Versammlungen der verschiedenen Gewerke, ja von Arbeiterversammlungen überhaupt, war der Kongreß ohne jede Einschränkung geöffnet.

Eher läßt sich der ebenfalls gegen Schweizer und Fritzsche erhobene Vorwurf hören, daß sie die Einberufung des Kongresses überstürzt, daß sie nicht erst den Verlauf des Nürnberger Vereinstags abgewartet und dann gemeinsam mit dem Vororte der siegreichen Mehrheit die Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung angegriffen hätten; besondere Eile habe die Sache nicht gehabt, da die Verleihung der Koalitionsfreiheit doch erst in Jahr und Tag zu erwarten gewesen sei. Jedoch hatten Schweizer und Fritzsche triftige Gründe, das Eilen zu schmieden, so lange es heiß war. Sie wollten ihre Bataillone bereits organisiert und ihre Kriegskasse bereits gefüllt haben, ehe das Signal zum Kampfe erscholl; dann mußte ihnen auch viel daran liegen, gegenüber dem Widerstande in der eigenen Partei, der aus einer sehr problematischen Spekulation auf die Ergebnisse des Nürnberger Vereinstages nur neue

Nahrung gewonnen haben würde, möglichst bald eine vollendete Tatsache zu schaffen, und ganz besonders kam es darauf an, ein hinterhältiges Spiel der Fortschrittspartei zu durchkreuzen, die eben daran ging, sich der proletarischen Streikbewegung zu bemächtigen und sie in falsche Bahnen zu leiten.

Es ist eine reine Erfindung, zu sagen, daß Liebknecht und Schweitzer zur Gründung von Gewerksgenossenschaften geschritten seien, nachdem Max Hirsch eine Reise nach England unternommen habe, um die Trade Unions zu studieren und nach Deutschland zu verpflanzen. Liebknecht kannte die Trade Unions aus der Zeit seines englischen Exils sehr genau und hatte seit seiner Rückkehr nach Deutschland durch zahlreiche Vorträge die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter auf sie gelenkt, während Schweitzer sich mindestens schon seit Jahr und Tag im Sozialdemokraten mit den einschlägigen Fragen befaßt hatte, lange ehe Max Hirsch auf den sauberen Einfall verfiel, die noch fortschrittlich gesinnten Arbeiterkreise durch eine verpfuschte Nachahmung der Trade Unions über ihre wahren Interessen zu täuschen. Er ist erst in England selbst, wohin er sich begeben hatte, um die Kooperativgesellschaften kennen zu lernen, auf die Trade Unions aufmerksam gemacht worden und zwar durch Lujo Brentano, der die englischen Gewerkschaften wirklich studierte; von den „Studien“, die Max Hirsch trieb, gibt es eine zutreffende Probe, daß er sich, nachdem er schon wochenlang den deutschen Arbeitern die Schieds- und Einigungsämter als die Allheilmittel der sozialen Frage angepriesen hatte, hilfesehend an Brentano wandte, dieser möge ihm doch aus seinen Sammlungen aushelfen, da er selbst „leider gar kein Material“ über die englischen Schieds- und Einigungsämter besäße. Schloß diese grandiose Unwissenheit aus, daß Liebknecht und Schweitzer etwas von Max Hirsch gelernt haben können, so machte es die frivole Eilfertigkeit, womit Max Hirsch dennoch an die Gründung von deutschen Gewerksvereinen zu gehen gedachte, um so wünschenswerter, sein Treiben so schnell wie möglich zu durchkreuzen.

Inzwischen hatte der Aufruf Schweitzers und Frißches in den deutschen Arbeiterkreisen gezündet. Zu dem Arbeiterkongresse, der am 26. September eröffnet wurde, erschienen 206 Delegierte, die 142008 Arbeiter in 110 Orten vertraten und zwar Arbeiter der verschiedensten Gewerke. Am stärksten beteiligten sich, wie es in der Natur der Sache lag, die Hauptstöße des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin

durch 27 und, das benachbarte Brandenburg eingerechnet, sogar durch 42, Hamburg-Altona durch 22, Elberfeld-Barmen durch 11, Braunschweig durch 7 Abgeordnete. Doch auch aus Süddeutschland fand sich eine nicht unbeträchtliche Zahl Delegierte ein, so aus Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Speyer, Stuttgart, Augsburg, Würzburg, und ebensowenig fehlten Delegierte aus dem Königreiche Sachsen, aus Dresden, Freiberg, Glauchau und Leipzig.

Somit hatte die Fortschrittspartei das Nachsehen. Sie konnte nur noch zwei Tage vor der Eröffnung des Kongresses den letzten Rest der ihr noch anhänglichen Maschinenbauer zusammenberufen, etwa 400 bis 500 Mann, unter denen aber auch schon die Meinung laut wurde, man dürfe sich nicht deshalb von einer guten Sache ausschließen, weil sie von sozialdemokratischer Seite angeregt würde. Schulze-Delitzsch selbst mußte sich in die Bresche werfen mit einer Rede, worin er sich als den geborenen Arbeiterführer ausprägte und über die „müßigen Schwägereien unnützer Duden“ lärmte. Die Versammlung wählte zwölf Delegierte, die unter Führung von Max Hirsch den Arbeiterkongreß besuchen und „gegen die Organisierung des sozialen Krieges“ protestieren sollten. Natürlich scheiterte dieser Versuch, den Kongreß zu vereiteln; als Max Hirsch in der ersten Sitzung einige unnütze Weitläufigkeiten machte, wurde er samt seinem Anhang entfernt, während Schulze, durch einen Abgesandten Schweizers gestellt, mehr vorsichtig als wahrheitsliebend ableugnete, mit „den müßigen Schwägereien unnützer Duden“ den Aufruf Schweizers und Frißches gemeint zu haben. Dieses Gegenteil von Heldennut trug ihm noch eine sehr derbe Resolution des Kongresses ein, der zugleich erklärte, daß er in den Berliner Maschinenbauern seine Brüder erkenne und daß die Entfernung ihrer Delegierten sich nur gegen absichtliche Störenfriede gerichtet habe. Leider beschwichtigte die gutgemeinte Erklärung den verletzten Korpsgeist der Berliner Maschinenbauer nicht, die sich nun wieder enger an die Fortschrittspartei angeschlossen.

Sonst verlief der Arbeiterkongreß in voller Harmonie und führte nach viertägigen Verhandlungen zur Gründung von zehn Arbeiterschaften und eines Arbeiterschaftsverbandes. Man hatte sich für das Wort Arbeiterschaft entschieden, weil die Mehrheit der Delegierten fürchtete, das Wort Gewerkschaft könne bei vielen Arbeitern unliebsame Erinnerungen an zünftlerische Bestrebungen erwecken. Die zehn Arbeiterschaften,

die sich sofort bildeten, waren die Schuhmacher, die Schneider, die Maurer, die Bäcker, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Hand- und Fabrikarbeiter, die Buchbinder, Sattler und Riemer, die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, endlich die Färber, Weber und Manufakturarbeiter. Für die einzelnen Gewerkschaften entwarf der Kongreß Musterstatuten, deren Annahme und Abänderung oder Ablehnung ganz in ihrem Belieben stand; verpflichtet waren sie nur als Mitglieder des Verbandes auf die Satzungen des Verbandes, in den sie eintreten konnten, sobald sie fünfhundert Mitglieder zählten. Der Verband selbst war nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisiert als eine Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durchführung von Arbeitseinstellungen. Das Präsidium, das aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern bestand, wurde durch allgemeines Stimmrecht aller Mitglieder erwählt; die Generalversammlung wurde von den einzelnen Arbeiterschaften durch örtliche Delegierte besetzt, deren jeder so viele Stimmen führte, als die Arbeiterschaft in den von ihm vertretenen Orte Mitglieder zählte; im Ausschuß endlich wurde jede Arbeiterschaft durch je einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede volle Anzahl von fünfhundert Mitgliedern seiner Arbeiterschaft je eine Stimme zu führen hatte. Immerhin standen dem Ausschusse ungleich größer Befugnisse zu als dem Vorstande, der entsprechenden Behörde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er hatte namentlich allein darüber zu entscheiden, ob ein Streik zur Verbandsache erklärt werden solle; er sollte die beschließende und das Präsidium nur die ausführende Behörde sein.

Von den bereits bestehenden Gewerkschaften traten die Schneider provisorisch in den Verband ein, unter dem Vorbehalte, daß ihre Generalversammlung zustimmen würde, während die Delegierten der Zigarrenarbeiter und Zimmerer erklärten, ihren Generalversammlungen dringend den Eintritt empfehlen zu wollen. Dagegen lehnte der Vertreter des Buchdruckerverbandes den Anschluß ab, da er nur für eine föderalistische, nicht aber für eine zentralistische Verbindung der einzelnen Gewerkschaften zu stimmen berechtigt sei. Ein Antrag, mit der Konstituierung des Verbandes zu warten, bis sich die einzelnen Arbeiterschaften organisiert hätten, und dann eine neue Generalversammlung einzuberufen, wurde mit dem Hinweis auf „andere sozialistische Elemente“ begründet, die man nicht vor den Kopf stoßen solle, aber nach eingehender Debatte abgelehnt, wobei die Redner der Mehrheit geltend

machten, daß alle Richtungen der deutschen Arbeiterklasse sich auf dem Kongresse hätten vertreten lassen können, daß eine neue Generalversammlung große Unkosten verursachen würde, und daß den bürgerlichen Gegnern der Arbeiterfrage jede Möglichkeit neuer Untriebe abgeschnitten werden müsse. Der Kongreß tat sich als die erste Generalversammlung auf und setzte das erste Präsidium ein, das aus Schweizer, Frißche und dem Fabrikarbeiter Klein in Elberfeld bestand. Ebenso konstituierte sich sofort der erste Ausschuß, indem die Delegierten der Gewerke, die sich in Arbeiterschaften organisieren wollten, je einen Bevollmächtigten wählten. Zum Verbandsorgane wurde der Sozialdemokrat erkoren.

Schweizer hatte in Sachen des Kongresses am 15. September und am 8. Oktober an Marx geschrieben. Der Wortlaut seiner Briefe ist bisher nicht bekannt geworden, wohl aber der Wortlaut der Antwort, die Marx am 13. Oktober an Schweizer richtete. Soweit sich daraus schließen läßt, hatte Schweizer gewünscht, daß Marx seine Vorlagen an den Kongreß begutachten und in der gewerkschaftlichen Bewegung zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Nürnberger Vereinen vermitteln solle. Marx erklärte sich zu dieser Vermittlung bereit und versprach volle Unparteilichkeit; er fügte hinzu, daß er, als Sekretär der Internationalen für Deutschland, schon wiederholt zum Frieden gemahnt habe; auf die ihm gewordene Antwort, daß Schweizer selbst den Krieg provoziere, wozu ihm Belegstellen aus dem Sozialdemokraten gesandt seien, habe er erklärt, daß er sich notwendig auf die Rolle des Unparteiischen beim Duell beschränken müsse. Man kann nicht loyaler sprechen, als Marx hier spricht, doch ist er auch diesmal über die Verhältnisse in Deutschland nicht zutreffend unterrichtet worden. Provoziert hat Schweizer den Krieg nicht, und das mag Marx auch aus den ihm eingesandten „Belegstellen“ ersehen haben, in denen Schweizer nur Provokationen abwehrte; sonst hätte er schwerlich so freundlich an Schweizer geschrieben. In eben diesem Briefe erkennt er „unbedingt die Energie und Intelligenz“ an, womit Schweizer in der deutschen Arbeiterbewegung wirke, sehr im Unterschiede von dem Demokratischen Wochenblatte, das ein paar Wochen vorher Schweizer wegen Verrats an der Demokratie und am Sozialismus zum so und so vielen Male angeklagt hatte.

Indessen loyal wie Marx gegen Schweizer war, so war er auch ehrlich gegen ihn. Er verhehlte nicht, daß die Statuten des Arbeiter-

schaftsverbandes prinzipiell verfehlt seien. So sehr die gewählte Organisation für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen taugte, so sehr widerspreche sie dem Wesen der Trade Unions. Er halte sie für unmöglich, aber selbst wenn sie möglich wäre, so wäre sie nicht wünschenswert, am wenigsten für Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch gemahregelt werde und an die Autorität, die vorgesezte Behörde glaube, gelte es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren. Auch seien die Statuten nicht geeignet, die „rasche Aktion“ zu fördern, die Schweizer beabsichtige; die Generalversammlung, der Ausschuß, das ganze überflüssige Präsidium, drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs, würden überall in Kollision geraten; bei den Trade Unions handle es sich größtenteils um Geldfragen, und in denen höre alles Diktatorientum auf. Bei alledem gab Mary die Möglichkeit zu, daß die Fehler der Organisation vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden könnten.

Mary tabelte, daß Schweizer an die Klassenbewegung die Forderung stelle, sich einer Sektenbewegung unterzuordnen. Dieser Tadel war vollkommen berechtigt, insofern als Schweizer die gewerkschaftliche Bewegung als ein Hilfsmittel zweiter Ordnung der politischen Organisation einspannen wollte. Aber er war unberechtigt, insofern als Mary in diesem Briefe von Lassalle wie von einem Sektenstifter und vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wie von einer Sektenbewegung sprach, und er wäre doppelt unberechtigt gewesen, wenn Mary, was er nicht aussprach und vielleicht auch nicht meinte, aber was sich zwischen den Zeilen seines Briefes herauslesen ließ, unter den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei die ausschließliche Klassenbewegung des deutschen Proletariats verstanden hätte. So lagen die Dinge in Deutschland nicht. Sie lagen vielmehr so, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eine ungleich entwickeltere Form der Klassenbewegung war, als die Nürnberger Vereine und die Sächsische Volkspartei. An demselben 13. Oktober, an dem Mary seinen Brief in London schrieb, veröffentlichte der Sozialdemokrat in Berlin aus Schweitzers Feder einen Artikel, der Begriff und Wesen der Internationalen ganz im Sinne von Mary erläuterte. Es wurde darin gesagt, wer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehöre, der gehöre auch zur Internationalen, etwa wie ein Bürger des Kantons Uri auch ein Bürger der Schweiz sei. Die nationalen Organisationen der Arbeiter seien notwendig, weil

und solange in den einzelnen Kulturnationen große Verschiedenheiten beständen, mit denen der proletarische Emanzipationskampf zu rechnen habe, aber die Entwicklung gehe dahin und müsse in dem Sinne gefördert werden, daß die Zentralleitung der Internationalen mehr und mehr die Wirksamkeit der nationalen Zentren der Arbeiterbewegung ersetzen könne. Das waren gewiß nicht die Ansichten eines Sektenhüptlings, und Schweiger mußte dadurch, daß Marx ihm Irrtümer vorhielt, von denen er sich frei wußte, unwillkürlich verleitet werden, das Gewicht des Tabels zu unterschätzen, den Marx ihm mit Recht aussprach. blieb er aber einmal bei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung ein untergeordnetes Hilfsmittel der politischen Bewegung sei, so waren seine Arbeiterschaften vollkommen konsequent und logisch gedacht, und auch deshalb wird er über die Mißbilligung von Marx leichter hinweggekommen sein, weil seine fortschrittlichen Gegner anerkannten, käme es auf den Krieg zwischen Kapital und Arbeit an, so sei sein Arbeiterschaftsverband vortrefflich organisiert.

Die Fortschrittler selbst gingen gleich nach dem Schlusse des Arbeiterkongresses daran, Gewerksvereine nach dem famosen Prinzip zu gründen, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie der Interessen bestände. Der Harmonieapostel Hirsch sollte den vollständig abgewirtschafteten Sparapostel Schulze ablösen. Unter Vertuschung der Tatsache, daß die in den Trade Unions organisierten Arbeiter es ihren jahrzehntelangen, mühevollen, mit den kolossalsten Opfern durchgeführten Kämpfen verdankten, wenn sie in den Schieds- und Einigungskammern von den Fabrikanten als gleichberechtigte Männer behandelt wurden, bildete Max Hirsch sich ein oder tat so, als ob er sich einbildete, daß der Krieg, dem die Trade Unions einzig und allein ihre Erfolge verdankten, ein kolossaler Irrtum gewesen sei, daß der leidliche Zustand sozialen Friedens, zu dem sich die englischen Fabrikanten aus Respekt vor der Macht der Trade Unions bequemen, der natürliche Zustand zwischen Kapital und Arbeit sei. Die Musterstatuten der fortschrittlichen Gewerksvereine ahmten die Statuten der großen Trade Unions nach, nur daß sie ihnen das Rückgrat ausbrachen; sie luden die Unternehmer ebenso zu freundlichem Beitritt ein, wie die Arbeiter, und Max Hirsch erklärte, daß „seine“ Gewerksvereine keineswegs „ausschließlich das Recht und die Interessen der Arbeiter“, sondern ebenso das Recht und die Interessen ihrer Ausbeuter sichern sollten. Die praktischen Aussichten dieser Gründung be-

ruhten auf der Annahme, daß die deutschen Unternehmer den „gut-gefinnten“ Gewerkvereinen freiwillig gewähren würden, was die Trade Unions den englischen Unternehmern abgetrotzt hatten. Der erste Fabrikant, mit dem die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, war Vorsig. Er sollte auf Verlangen des fortschrittlichen Gewerkvereins der Maschinenbauer einen Werkmeister entlassen, der einen Arbeiter geohrfeigt hatte; aber als Schulze-Delitzsch und Max Hirsch den Lokomotivkönig deshalb antraten, beschränkte er sich darauf, sie mit moralischen Ohrfeigen hinauszuweisen.

Es war vorherzusehen, daß die fortschrittlichen Gewerkvereine bald auf den Sand gesetzt sein würden, und auch der Widerstand, den die Fraktion der Gräfin Hagfeldt, in ihrer orthodoxen Weise an Lassalles Worten klebend, gegen die gewerkschaftliche Bewegung überhaupt richtete, hatte nicht viel zu bedeuten. Sollte die Zersplitterung dieser Bewegung vermieden werden, so kam es darauf an, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei einigen werde. Marx hatte sein Versprechen gehalten und vermittelnd eingegriffen; das Demokratische Wochenblatt besprach den Berliner Arbeiterkongreß in seiner Weise verhältnismäßig freundlich. In diesem Blatte veröffentlichte dann Bebel als Vorsitzender des Verbands deutscher Arbeitervereine von ihm entworfene Statuten für deutsche Gewerkschaften, welche die Mitte und zwar die richtige Mitte zwischen den Wegen hielten, die Schweizer und Max Hirsch eingeschlagen hatten. Sie begannen den Bau nicht beim Siebel, sondern beim Fundament, und verzichteten auf jede diktatorische Zentralisation der Gewerkschaften, während sie die einzelnen Gewerkschaften als kräftige Verbände organisierten, um die Interessen und die Rechte ihrer Mitglieder gegenüber dem Kapital zu sichern. Sie machten durch ihre einfache Anspruchslosigkeit einen günstigeren Eindruck, als der kunstvoll getürrte Bau Schweitzers oder gar als das doktrinär verwaschene Gerede der fortschrittlichen Statuten; verglichen mit diesen, seien sie much more workmanlike, meinte ein englischer Kenner der Trade Unions.

Zugleich nahm eine Versammlung von Delegierten Leipziger Gewerke, die am 26. November unter Bebel's Vorsitz tagte, einstimmig eine von Liebknecht beantragte Resolution an, wonach, unter Ausschluß jeder Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Gewerkvereinen, die Arbeiterchaften Schweitzers und die Gewerkschaften der Nürnberger Vereine

nach gegenseitiger Verabredung eine gewerkschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung einberufen, bis dahin aber in ein Vertragsverhältnis zu einander treten, sich namentlich mit ihren Klassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen sollten. Auf dies Angebot, das ihnen wieder zuerst durch die Zukunft bekannt wurde, antworteten das Präsidium und der Ausschuß des Arbeiterschäftsverbandes am 29. November gleichfalls durch einstimmigen Beschluß schroff ablehnend. Die Einigkeit der Arbeiter sei das erste Erfordernis für das Gedeihen der Gewerkschaften. Die Gründung einer dritten Gruppe von Gewerkschaften fördere aber die Uneinigkeit; die Herren Bebel und Liebknecht könnten sich also sparen, durch das Angebot eines Vertragsverhältnisses die von ihnen gestörte Einigkeit wieder herzustellen. Wollten sie wirklich nicht die Einigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung stören, so sei es ihre Pflicht, in den Arbeiterschäftsverband einzutreten, innerhalb dieses Verbandes für die ihnen gut scheinenden Änderungen zu wirken und unter allen Umständen sich der Mehrheit zu fügen.

Damit war die Zerspaltung der gewerkschaftlichen Bewegung entschieden. Eine ausschließliche Schuld fällt weder auf die eine, noch auf die andere Seite, was mit anderen Worten nur heißt, daß die Zerspaltung in all ihren beklagenswerten Wirkungen doch durch die Verhältnisse gegeben war. Wären die Einigungsversuche auch weiter gebieter, als sie tatsächlich gebieter sind, so wären sie doch früher oder später auf einen Punkt gestoßen, wo sie scheitern mußten. Der Riß, der durch die deutsche Arbeiterklasse ging, klappte noch zu tief, als daß ihn ärztliche Kunst von heute auf morgen schließen konnte. Er mußte sich erst völlig ausbluten, ehe er gründlich von Innen heraus heilte.

Sechstes Kapitel.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Nach dem Schlusse des Berliner Arbeiterkongresses, am 10. Oktober 1868, hatte Schweizer, gemeinsam mit einigen Parteifreunden, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wieder eröffnet, und zwar, um den Behörden möglichst alle formalen Handhaben zur Drangsalierung der Arbeiterbewegung zu entwinden, mit denjenigen Änderungen des Geschäftsreglements, die durch die verschiedenen gerichtlichen und polizeilichen Entscheidungen notwendig geworden waren. Zugleich verlegte Schweizer den Sitz des Vereins nach Berlin. Auch das ist ihm zum schweren Vorwurfe, ja als „Schurkenstreich“, als Auslieferung der Arbeiterbewegung an Bismarck angerechnet worden, doch war es zweifellos die richtigste Taktik, die Schweizer befolgen konnte. In Leipzig oder Hamburg war der Verein nicht sicherer als in Berlin; gerade in Leipzig begann jetzt die Polizei einen böshaften und kleinlichen Feldzug gegen die beginnende Gewerkschaftsbewegung, wohl aber konnte er sich, wenn er sich am Centralpunkt der deutschen Politik in voller Öffentlichkeit unter peinlicher Beobachtung der Vereinsgesetze immer kräftiger entfaltete, besser gegen Angriffe schützen, als irgendwo anders.

Möglich, daß die preussische Regierung den Sitz des Vereins in Berlin haben wollte, um ihn je nach den Bedürfnissen ihrer Politik zu dulden oder zu unterdrücken; wenigstens läßt darauf schließen, daß sie bei allen sonstigen Schikanen den Verein als solchen einige Jahre hindurch nicht auflöste. Seitdem die Bourgeoisie seine ergebene Dienerin geworden war, hatte sich Bismarcks demagogisches Interesse an der Arbeiterbewegung bedeutend abgekühlt. Dührings Denkschrift war von einer staatsmännischen Aktion zu einer privaten Spekulation herabgesunken; Wagener hatte sie unter seinem eigenen Namen herausgegeben, ohne Genehmigung des Verfassers, der ihm deshalb jetzt einen ärgerlichen Prozeß machte. Immer aber wußte Bismarck, daß ihm die schwerste Prüfung seiner Politik noch bevorstand, und die systematische

Verfolgung der Arbeiterbewegung, wie sie seinen Herzensgelüsten entsprach, hat er am Ende der sechziger Jahre noch nicht betrieben. Es war ein Zwitterzustand, in den Schweiger sich fügte, wie Liebknecht und Bebel sich in den Zwitterzustand der sächsischen Pressfreiheit fügten; sein Endziel blieb nach wie vor, durch die Gunst und Ungunst der Zeitumstände hindurch die Arbeiterbewegung zu einer Macht zu entwickeln, die mit aller Gewaltpolitik des reaktionären Polizeistaats auch nicht mehr zeitweise unterdrückt werden konnte.

Er durfte es wohl als einen schönen Erfolg betrachten, daß die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keine Auflösung in den Reihen der Partei hervorgebracht hatte. Nach der dreiwöchigen Stockung floß ihr Blut desto heißer und schneller um. Als Schweiger am 1. Dezember 1868 eine dreimonatige Strafhaft antrat, konnte er in einer Finanzansprache verkünden, daß mit dem Beginne des neuen Jahres die systematische Agitation durch besoldete Agitatoren eröffnet werden würde, womit endlich ein Ziel erreicht war, das sich Lassalle schon im Offenen Antwortschreiben gesteckt hatte. Während Schweigers Haft übernahm Tölcke, der zu diesem Zwecke nach Berlin übersiedelte, die Leitung des Vereins, Fritzsche die Leitung des Verbandes, Hasselmann die Leitung des Sozialdemokraten. Im Anfange des neuen Jahres zeigten einige Nachwahlen die wachsende Kraft der Partei. In Duisburg erfocht sie zum erstenmal gleich im ersten Wahlgange einen Sieg; Hasenclever schlug mit 6792 Stimmen sowohl den konservativen wie den nationalliberalen Gegenkandidaten. In Celle fielen bei der Hauptwahl 2336 Stimmen auf York, während er in der Stichwahl mit 5259 Stimmen nur um ein Geringes unterlag.

Um die Jahreswende erhielt Schweiger einen mehrwöchigen Urlaub aus dem Gefängnisse, zum Begräbnis seines Vaters und zur Ordnung von Erbschaftsangelegenheiten. Er benützte die wiedererlangte Freiheit, um die Präsidentschaftswahl anzuordnen und die Generalversammlung zum Osterfeste nach Elberfeld-Barmen einzuberufen, auch um die Agitation in Süddeutschland und im Königreiche Sachsen ins Werk zu setzen. Das Demokratische Wochenblatt machte darüber sehr böse Bemerkungen: Schweiger habe in „Familienangelegenheiten“ Urlaub erhalten, um Zwittertracht in die Demokratie zu säen, jetzt wo sich Bismarcks Schöpfung vor einer schweren Krise befinde. Einen tatsächlichen Grund hatten die argen Andeutungen nicht. Weber befand sich Bismarcks Werk vor einer

schweren Krisis, noch auch tat Schweizer etwas anderes, als was die Interessen des Vereins geboten. Die Einberufung der Generalversammlung und die Anordnung der Präsidentenwahl sollten die Wiederherstellung der Organisation beglaubigen; sie waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Mit der Agitation in Süddeutschland und Sachsen aber führte Schweizer einen Beschluß der Hamburger Generalversammlung aus.

Nicht einmal mit der praktischen Ausführung dieses Beschlusses ging er einseitig vor. Er benützte seinen Aufenthalt in Frankfurt, um die Agitation in Süddeutschland mit 25 Vorstandsmitgliedern und Bevollmächtigten zu beraten. Auf deren Vorschlag übertrug er sie an den Techniker v. Bonhorst in Wiesbaden, den Schuhmacher Kölsch in Mainz und den Metallarbeiter Hausstein in Offenbach, ordnete ihre Dauer auf sechs Wochen an und warf 200 Taler aus der Vereinskasse für sie aus. In Berlin regelte er dann in ähnlicher Weise die Agitation im Königreiche Sachsen, die dem Schneider Liebisch in Hamburg und dem Schuhmacher Schumann in Berlin übertragen wurde.

1. Agitationen in Süddeutschland und Sachsen.

In Süddeutschland war die Arbeiterbewegung seit dem Tode Lassalles nur in sehr langsamem Flusse vorwärts gekommen. Der alte Preußenhaß, den die Ereignisse des Jahres 1866 neu aufgefrischt hatten, griff aus den kleinstädtischen in die proletarischen Kreise über und entfremdete sie dadurch dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Namentlich in Württemberg hatte die sozialdemokratische Agitation bis zum Jahre 1869 nirgends festen Fuß zu fassen vermocht. Wohl waren die Illusionen Schulzes in dem Verbanne der württembergischen Arbeitervereine ausgestorben; die Geschwindigkeit, womit das große Kapital allerlei kleine Anstalten der Selbsthilfe, Weberassoziationen, Banken für Handwerker, Genossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen vom Erdboden fegte, öffnete den Arbeitern bald die Augen. Während des deutschen Krieges hatte der Verband eine Jahresversammlung in Wiberach abgehalten, wo sich die entschiedenste Neigung zur Beschäftigung mit politischen Fragen kundgab, zum höchsten Verdruß der Eduard Pfeiffer, Kilian Steiner, Gustav Siegle und anderer Stuttgarter Börsen- und Fabrikmagnaten, die bisher das große Wort

in den Arbeiterbildungsvereinen geführt hatten. Ihr Groll bewirkte nur, daß der Sitz des Verbandes auf der Jahresversammlung von 1867 von Stuttgart nach Göppingen verlegt wurde, wo er fortan blieb und wo auch eine kleine Monatszeitung als sein Organ herauskam. Die Pfeiffer und Genossen behielten nur den Stuttgarter Arbeiterverein unter ihrer Herrschaft, den sie durch die Vorarbeiter und Werkmeister der Siegleschen Farbenfabriken beherrschten; daneben bestand in Stuttgart ein demokratischer Arbeiterverein. Wenn nun aber auch der Verband mit Schulze gebrochen hatte, so hielt er sich doch nur erst zur schwäbischen Volkspartei, aus deren Landeskasse auch die Kosten für seine Vertretung auf dem Nürnberger Vereinstage bestritten wurden. Im Anfange des Jahres 1869 zählte der Verband 21 Vereine mit 1564 Mitgliedern, die nächst den sächsischen Vereinen die stärkste Stütze der Nürnberger Mehrheit bildeten; in der Januarnummer des Verbandsorgans wurde den Agitatoren Schweigers der Krieg erklärt, falls sie irgendwo auf schwäbischem Boden erscheinen sollten.

Ähnlich wie in Württemberg lagen die Dinge in dem größten Teile Süddeutschlands. Ja teilweise war selbst in hochentwickelten Industrieplässen die proletarische Bewegung noch nicht einmal so weit gediehen. Die alten Arbeitervereine von Fürth und Nürnberg blieben auch nach dem Nürnberger Vereinstage im fortschrittlichen Fahrwasser, und erst die vorgeschrittensten Arbeiter standen hier auf dem volksparteilichen Standpunkte. In Fürth waren sie in dem Arbeiterverein Zukunft organisiert, der sich mehr mit politischen, als mit sozialen Fragen beschäftigte und sich feindlich zur Lassalleschen Bewegung stellte, weil er ihren Klassencharakter noch nicht begriff. Bürgerliche Demokraten hatten in ihm eine gewichtige Stimme, doch fand ihr Einfluß bald ein Gegengewicht an dem Vorkämpfer Gabriel Löwenstein, dem Vorsitzenden des Vereins, der neben Bebel dem Nürnberger Vereinstage präsiidiert hatte und, ein ungemein praktisches und rühriges Talent, an den nächstliegenden Fragen des Gemeinwesens, im Kampfe gegen den städtischen Klüngel, sich selbst und seine Kameraden über die proletarischen Klasseninteressen aufzuklären verstand. In Nürnberg splitterte sich nach dem Vereinstage ein kleiner Bruchteil von dem alten Arbeiterverein ab, um sich unter dem Namen der Pioniere und später unter dem Namen des Arbeiterbildungsvereins selbständig zu organisieren. Es war ein kleines Häuflein, das zunächst ein recht idyllisches Parteidasein führte, immer

voll guten Mutes und immer ohne Geld war. Mer allmählich setzten sie dem alten Arbeiterverein hart zu, der seinerseits dahinter kam, daß die fortschrittlichen Macher sich nur um ihn kümmerten, wenn sie ihn brauchten. Ohnehin gab ihm der Krach eines mit ihm eng verbundenen Konsumvereins einen unverwindlichen Stoß.

Ganz ohne Erfolg war indessen auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein jenseits des Mains nicht geblieben. Von Mainz aus drang seine Propaganda nach Worms, Heidelberg und namentlich nach Mannheim vor, wo sich bald 400 Mitglieder um seine Fahne sammelten. In Augsburg hielt sich ein kräftiger und zäher Stamm von Anhängern, an deren Spitze jetzt der Schriftsetzer Tauscher stand. Im Vereine mit dem Schriftsetzer Neff hatte Tauscher auch in München agitiert, wohin Neff bald übersiedelte, um gemeinsam mit dem Schriftsetzer Franz in dem Proletariat der bayerischen Hauptstadt zu wirken. Dem unermüdlichen Eifer dieser Männer gelang die Ausbreitung des Vereins nach Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Kaufbeuren und Kolbermoor, dagegen vermochten sie ihn in Fürth und Nürnberg nicht einzubürgern.

Derweil rannte die ökonomische Entwicklung die papierenen Wälle über den Haufen, hinter denen sich der grimme Preußenhaß des süddeutschen Partikularismus verschanzte hatte. Der nüchterne Zollverein ließ sein nicht spotten. Seine Erneuerung lag so sehr im Interesse der Bourgeoisie und des Proletariats, daß diese großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wo sie sich bereits klar herausgebildet hatten, rücksichtslos über alle Schmerzen der monarchischen und auch republikanischen Krähwinkeln hinwegschritten. Als die bayerische Reichsratskammer sich gegen die Erneuerung der Zollvereinsverträge sperrte, berief Tauscher am 29. Oktober 1867 in den Saal zu den drei Königen eine Versammlung, in der Tausende von Arbeitern unter der Ermunterung ihrer Unternehmer erschienen. Tauscher verlas mit mächtiger Stimme und unter stürmischem Beifall den Entwurf einer Adresse an die Reichsratskammer, worin kategorisch die Genehmigung der Zollvereinsverträge verlangt wurde. Obgleich er selbst schon die Frakturschrift gewählt hatte, die zur Erleuchtung von Junkerköpfen notwendig ist, so erschien einigen liberalen Redakteuren die Adresse doch noch als „zu solide“ abgefaßt, und sie beantragten die Einfügung eines Satzes, worin der Reichsratskammer verheißen wurde, daß sie bei längerem Sperren die Fäuste der Arbeiter an ihrer Türe hören solle. Mit dieser

gern genehmigten Verschönerung ging die Adresse nach München ab, und zwei Tage später sprangen die Junker über den Stof.

Auf Grund der Zollvereinsverträge fanden im Frühling 1868 in Süddeutschland die Wahlen zum Zollparlamente statt. Es fielen nur erst wenige hundert Stimmen auf Arbeiterkandidaten, auf Tauscher in Augsburg ihrer 152, aber der praktische Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die süddeutschen Arbeiter. Ebensowenig wie die gewerkschaftliche Bewegung, die im nördlichen Deutschland begann. Der Zigarrenarbeiterverein breitete sich in Mannheim und selbst in Stuttgart aus, wo auch die Buchdrucker eine stramme, fast sämtliche Gehilfen umfassende Organisation hatten; in Augsburg gab es binnen kürzester Frist 1500 organisierte Arbeiter, darunter 800 Manufaktur- und 400 Metallarbeiter; auch in Nürnberg begannen sich die Metallarbeiter, die Schuster und Schneider zusammenzuschließen. An den verschiedensten Orten regte sich das süddeutsche Proletariat, und so waren die Vorzeichen günstig genug, unter denen Bonhorst, Kölsch und Hausstein ihre Agitation begannen.

Judessen die süddeutsche Bourgeoisie wußte auch die Gefahr zu würdigen und bot alles auf, um die gefürchteten Eindringlinge zurückzuschlagen. Es gelang ihr in Karlsruhe und Pforzheim, aber dafür unterlag sie um so schmälicher in Freiburg, wo der alte Beneden sich den „Hetzaposteln“ mit seinen morschen Knochen entgegenstemmte, wobei ihn der junge und hoffnungsvolle Denker Adolf Wagner mit einer nach dem glaubwürdigen Zeugnis der kapitalistischen Presse „vernichtenden“ Beredsamkeit unterstützte. Auf der anderen Seite blieb dieser Sieg aber der einzige große Erfolg, den die Agitatoren auf noch jungfräulichem Boden errangen. Sonst gaben sie nur der Agitation da, wo sie schon bestand, einen neuen Anstoß: in Worms, Heidelberg, Mannheim, dann in Augsburg, München und Würzburg. In Fürth und Nürnberg, wohin Tauscher sie begleitete, mußten sie sowohl mit den Fortschrittlern, als auch mit den Volksparteilern pauken. Die Fürther Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, in der Nürnberger Versammlung siegten die Volksparteiler. Das württembergische Gebiet umgingen die Agitatoren, mit Ausnahme eines kleinen Abstechers nach Ulm, doch wurde auch hier gleich darauf das Eis gebrochen. Im Pfingsten 1869 kehrte der Schreiner Leichardt, ein geborener Stuttgarter, der zwei Jahre unter den Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

gewirkt hatte, in seine Vaterstadt zurück und begann die sozialistische Agitation.

Für einen ersten Anlauf hatten die süddeutschen Agitatoren genug vor sich gebracht; der Lärm der bürgerlichen Presse verriet, wie bange ihren Patronen bei den paar Pyrrhusiegen war, die sie noch erfochten hatten. Ungünstiger verlief die Agitation im Königreiche Sachsen, obgleich Liebisch und Schumann bis zu völliger Erschöpfung ihrer körperlichen Kräfte ihrer Aufgabe gerecht zu werden suchten. Sie sollten die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung wiederherstellen, die „Sonderbestrebungen“ der Gräfin Hagfeldt, sowie der „Herren Bebel und Liebknecht“ lahm legen, allein das war mehr als sie leisten konnten. Der Verein der Gräfin Hagfeldt war freilich schon mitten in seiner inneren Auflösung, allein der Kampf gegen die Gewerkschaften entflammte gerade jetzt noch einmal den Fanatismus der Sekte, und im März 1869 wurde Mende bei einer Nachwahl in Freiberg gegen einen konservativ-partikularistischen Kandidaten in den Reichstag gewählt. Trotzdem wäre dieser Gegner leicht zu überwinden gewesen, wenn die sächsischen Agitatoren nur nicht ihre beste Kraft in dem Kampfe mit den Arbeiter- und Volksvereinen hätten aufreiben müssen, die sich um das Demokratische Wochenblatt scharten.

Politisch hielt dies Organ noch immer den preußenfeindlich-volksparteilichen Kurs inne; in seiner Neujahrnummer von 1869 begrüßte es das „verjüngte“ Österreich, das kriegsgerüstet dastehe, den treulosen Überfall von 1866 zu rächen. In schroffem Gegensatz hierzu schrieb der Sozialdemokrat gleichzeitig von dem „liberalen Bourgeoischwindel“ in Österreich, der rücksichtsloser, willkürlicher und gehässiger gegen die Arbeiter verfare, als es in Preußen jemals geschehen sei. Nicht lange darauf sagte auch Mary, wenn irgendwo, so stelle in Österreich die liberale Mittelklasse ihre selbstsüchtigen Instinkte, ihre geistige Inferiorität und ihren kleinlichen Groll gegen die Arbeiterklasse zur Schau, während Albert Lange sich nicht bitter genug über die traurige Sorte von Liberalismus auslassen konnte, wodurch Beust die erbärmlichsten Reaktionsstreiche zu verheucheln suchte. Aber neben dem einseitigen Preußenhass trat der proletarische Charakter des Demokratischen Wochenblattes viel schärfer hervor, seitdem der Verband der deutschen Arbeitervereine es im Dezember 1868 zu seinem Organe erkoren hatte. Geschwächt durch die Nürnberger Spaltung, hatte er die Arbeiterhalle in Mann-

heim eingehen lassen müssen; im Demokratischen Wochenblatte redigierte jetzt Bebel die „Vororts- und Arbeiterangelegenheiten“, wobei er sich wenig mit hoher Politik, aber um so eindringlicher und geschickter mit der strafferen Organisation des noch immer sehr lose zusammenhängenden Verbandes beschäftigte. Kräftig unterstützt wurde er dabei durch Motteler, der ihm an organisatorischer Begabung gleichkam, und in Grimnitzchau gewerkschaftlich wie politisch eine sehr erfolgreiche Propaganda entwickelte, namentlich im Proletariat der Textilindustrie.

Von den 72 Vereinen der Nürnberger Mehrheit schieden nach und nach 5 aus verschiedenen Ursachen aus, dagegen kamen im Laufe eines Jahres 42 neue hinzu, so daß der Verband 109 Vereine mit 10 000 Mitgliedern zählte. Trotzdem hatte er mit den größten und namentlich mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da jedes Mitglied nur einen Silbergroschen Jahresbeitrag an den Verband zu zahlen hatte, so beliefen sich die Jahresseinnahmen auf wenig über 300 Taler, wovon nicht nur die Agitations- und Organisationskosten, sondern auch die beträchtlichen Fehlbeträge des Demokratischen Wochenblattes gedeckt werden mußten. In einem Rundschreiben an die Verbandsmitglieder forderte Bebel im März 1869 zu außerordentlichen freiwilligen Beiträgen auf, indem er hervorhob, daß die Verbandskasse bisher noch auf die „Unterstützung anderer, außerhalb unseres engeren Kreises stehender Freunde“ angewiesen gewesen sei. Diese Freunde waren der Hofbaurat Demmler in Schwerin, ein so wackerer Demokrat, wie er ein namhafter Künstler war, und namentlich der Revolutionsfonds, den einst Kinkel und Willich in den Vereinigten Staaten gesammelt hatten, und den jetzt Labendorf und andere Flüchtlinge in Zürich verwalteten. Aus diesem Fonds erhielt der Verband der deutschen Arbeitervereine nach und nach 3500 Francs, die zu einem bedeutenden Teile auf das Demokratische Wochenblatt verwandt wurden.

Mitten in diese schwere Reorganisationsarbeit brach nun die feindliche Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herein, und ihre Abwehr verschlang die an und für sich geringen Summen, die für nützlichere Zwecke hätten verwandt werden können. So erklärt sich die heftige Erbitterung, womit sich Bebel und Liebknecht gegen Schweizer wandten und der Erfolg, den sie mit ihren Anklagen bei den sächsischen Arbeitern fanden. Sie betonten dabei selbst, daß sie mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf dem gleichen prinzipiellen Boden

ständen, und in der Tat endete am 11. Februar die erste Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Bebel und Liebknecht gegen Schumann kämpften, mit dem Beschlusse, zum 7. März im Anschluß an eine Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei einen sächsischen Arbeitertag nach Hohenstein-Ernstthal einzuberufen, um gegen die sächsische Reaktion zu agitieren, die jetzt ihre Krallen vorzustrecken begann. Zur Einberufung dieses Arbeitertags wurde ein Komitee niedergesetzt, worin neben einem Anhänger der Gräfin Hagfeldt je drei Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sächsischen Volkspartei saßen. Auch drei Tage darauf endete eine zweite Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Liebknecht sprach, mit einer Art Einigungsversuch, mit der Einbringung des Antrags, daß Liebknecht und Schweitzer sich in einer öffentlichen Versammlung über ihre gegenseitigen Anschuldigungen auseinandersetzen sollten.

Freilich konnte niemals völlige Klarheit darüber geschaffen werden, ob der Antrag abgelehnt oder angenommen worden war. Jedoch machte sich Liebknecht, der so wenig wie Bebel der Versammlung selbst beigewohnt hatte, in einer öffentlichen Erklärung anheischig, allein oder mit Bebel, sei es in Leipzig oder Berlin oder in der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder in einem Schiedsverfahren vor dem Generalrat der Internationalen, zu beweisen, daß Schweitzer, für Geld oder aus Neigung, seit dem Ende des Jahres 1864 die Organisation der Arbeiterpartei systematisch hintertreibe, das Spiel des Bismärckischen Zäsarismus spiele und alle Bemühungen vereitere, die Einigung der Partei herzustellen. Diese Herausforderung nahm der Sozialdemokrat an und zwar in der Form, daß Bebel und Liebknecht eine offizielle Einladung zur Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhielten, um dort ihre Anklagen gegen Schweitzer zu begründen.

2. Der Eisenacher Kongress.

Schweitzer saß wieder im Gefängnisse, als sich diese Vorgänge abspielten. Doch durfte Tölske sicher sein, daß er durch die Annahme von Liebknechts Herausforderung in Schweitzers Sinne handelte. Diesem konnte nichts willkommener sein, als der Versuch Liebknechts, ihn vor der Generalversammlung anzuklagen. Er hatte eben durch seine so

gut wie einstimmige Wiederwahl zum Präsidenten ein Vertrauensvotum des Vereins erhalten, der Liebknechts bekannte Anklagen nicht bestätigen konnte, ohne seine sechsjährige Geschichte zu verleugnen. So erklärte Schweitzer denn, als er am 5. März wegen Zusammentritts des norddeutschen Reichstags wieder aus dem Gefängnisse entlassen wurde, er werde seinen Einfluß dafür einsetzen, daß Nichtmitglieder in der Generalversammlung erscheinen und ihn anklagen könnten. Aber er fügte hinzu, daß er nicht daran denke, sich mit jedem herumzuzanken, der es für gut befände, ihn anzugreifen. Seine Haltung und seine Tätigkeit lägen so offen da, daß, wer von seinen Angängern eine Verteidigung für nötig halte, sie selbst führen könne.

Der hochmütige Ton, den Schweitzer damit anschlug, war keineswegs der Deckmantel eines bösen Gewissens. Schweitzer durfte sich bei einem Rückblick auf das letzte Jahrzehnt sagen, daß er die deutsche Arbeiterbewegung kräftiger entwickelt und gefördert habe, als sonst irgend ein Einzelner, und es war begreiflich genug, wenn er dem ewigen Gerede von seiner Verräterei ein starkes Selbstbewußtsein entgegensetzte. Immerhin aber hätte er sich des hausbackenen Sprichworts erinnern sollen, daß Hochmut vor dem Falle kommt. Es ist der Fluch jeder Diktatur, daß der Diktator niemals zu erkennen vermag, wann seine Diktatur überflüssig zu werden beginnt. Nicht nur Schweitzer selbst, sondern ebenso die große Masse der Mitglieder hielt die diktatorische Leitung des Vereins noch für notwendig, und für diese Auffassung ließen sich einweisen sehr triftige Gründe anführen. Gleichwohl entzog sich die Arbeiterbewegung, je mehr sie erstarke und über je weitere Gebiete sie sich erstreckte, um so mehr der Leitung eines Einzelnen. Der Hochmut, den Schweitzer herauszuhängen begann, war tatsächlich der Anfang vom Ende, sowohl weil er unwillkürlich verriet, daß die Diktatur innerlich überlebt war, als auch weil Schweitzer damit auf eine schiefe Bahn geriet, worauf es unaufhaltfam bergab gehen sollte.

Eine gewisse Opposition gegen seine Diktatur war lange im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erwacht. Männer, wie Bracke und York, und ebenso Geib, der sich durch opferbereite und rastlose Tätigkeit für die Arbeiterklasse ein großes Ansehen bei den Hamburger Arbeitern erworben hatte, sahen an der Sächsischen Volkspartei und dem Verbände der deutschen Arbeitervereine weniger die volksparteilichen Eierschalen, als das muntere Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins,

und sie bewährten darin einen schärferen Blick, als Schweizer. Noch entschiedener näherten sich die thüringischen Mitgliebschaften den sächsischen Arbeitern, deren preußenfeindlicher Pessimismus ihnen dadurch sehr verständlich gemacht wurde, daß sie zu dem gewohnten Glende der Kleinstaaterei noch den preußischen Exekutor und Feldwebel aufgehaßt bekamen. In Berlin selbst führte Schweizers Diktatur zu mancherlei persönlichem Hader in seiner nächsten Umgebung, namentlich mit dem Vereinssekretär Koller und noch mehr mit Hoffstetten, der, nach seinem völligen Fiasco in Wien, wieder das Mitverfügungsrecht über den Sozialdemokraten beanspruchte, auf das er bei seinem Abgange nach Wien nur provisorisch verzichtet haben wollte, nicht aber, wie Schweizer behauptete, definitiv.

In dem unerquicklichen Streite, der daraus entstand, läßt sich heute noch nicht klar sehen. Es war hinfällig, von einem Betrüge Schweizers in kriminalistischem Sinne zu reden, denn erstens ist der Sozialdemokrat niemals ein Vermögensobjekt gewesen, und zweitens erkannte Schweizer den Anspruch Hoffstettens auf die Hälfte eines etwaigen Reinertrages vollkommen an. Zudem war das Blatt als geistige Potenz nicht das Werk Hoffstettens, sondern Schweizers, und da Hoffstetten offen erklärte, daß er jetzt ein Gegner von Schweizers Politik sei, so wäre durch das Wiederaufleben seines Mitverfügungsrechtes das Vereinsorgan völlig lahm gelegt gewesen. Hat Schweizer unamerabischhaftlich gegen seinen alten Kameraden gehandelt, was sich heute so wenig wie damals entscheiden läßt, da die Verabredungen, um die es sich handelte, unter vier Augen getroffen worden waren, so hat er es nicht um des Geldes, sondern um seines politischen Einflusses willen getan, aber eben deshalb verstärkten Hoffstettens Klagen das Mißtrauen gegen Schweizers Diktatur bei allen, in denen es schon aus anderen Gründen erwacht war.

Nach einer anderen Seite sicherte Schweizer sein Eigentumsrecht an dem Vereinsorgan, indem er seit der Neubegründung des Vereins auf jede Aushilfe der Vereinsklasse verzichtete und den wieder gewachsenen Fehlbetrag des seit Gründung der Gewerkschaften beträchtlich vergrößerten Blattes aus eigener Tasche deckte, aus der Erbschaft, die ihm durch den Tod seines Vaters zugeflossen war. Damit lud er aber auch das Odium der Klagen über die Redaktion auf sich, die von vielen Seiten beschuldigt wurde, in der Aufnahme von Berichten parteiisch und rücksichtslos zu verfahren.

Durch alle diese Mißstimmungen war Schweizers Stellung aber noch nicht ernstlich gefährdet, und er sah der Generalversammlung mit voller Zuversicht entgegen. Er hatte sie, wie im Vorjahre nach Hamburg, so diesmal nach Elberfeld-Barmen berufen, wo auf Schritt und Tritt der rauchende Schlot, das Wahrzeichen der großen Industrie, die brennende Frage des Jahrhunderts verkündete: um die dortigen Arbeiter zu ehren, die zuerst mit beispielloser Ausdauer, mit unbeugsamem Mute die Waffe des allgemeinen Wahlrechts zu führen verstanden hätten. Er selbst brachte nur einen Antrag an die Generalversammlung, auf engen Anschluß des Vereins an die Internationale, soweit es die deutschen Vereinsgesetze gestatteten; in der Begründung hob er den internationalen Zusammenhang der reaktionären und volksfeindlichen Elemente, des offenen und verhüllten Absolutismus, der Militär-, Adels- und Priesterherrschaft, der Kapitalmacht als den für die internationale Verbindung des Proletariats entscheidenden Gesichtspunkt hervor. Um so zahlreicher waren die Anträge, die aus der Mitte des Vereins angemeldet wurden. Die meisten beschäftigten sich mit Einzelfragen der Agitation und Propaganda, aber einige suchten die Diktatur des Präsidenten einzuschränken, sei es durch die Kongentrierung des Vorstandes an einem Orte, sei es durch die Einsetzung einer Preßkommission, sei es durch die Trennung des Präsidiums vom Vereinsorgane. Am weitesten ging der Apotheker Vogel und drei andere Mitglieder aus Berlin, welche die „Führerschaft bestimmter Personen“ für entbehrlich erklärten und die Einberufung eines Kongresses beantragten, auf dem sich alle sozialdemokratischen Elemente in Deutschland über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation verständigen sollten.

Die achte Generalversammlung wurde am 28. März 1869 eröffnet; auf ihr waren 126 Orte durch 57 Delegierte vertreten, hinter denen 12053 regelmäßig zahlende Mitglieder standen. Liebknecht und Bebel, die gleich am ersten Tage gehört wurden, brachten gegen Schweizer die aus dem Demokratischen Wochenblatte bekannten Anklagen vor: Schweizer habe im Reichstage Verrat geübt, den norddeutschen Bund anerkannt, für das Militärgezet das Wort ergriffen, das Nürnberger Programm ein Wischiwaschi genannt, die Nürnberger Vereine vom Arbeiterkongresse ausgeschlossen und so weiter. Ein Duisburger Delegierter beantragte sofort, dem Vereinspräsidenten das volle Vertrauen

der deutschen Arbeiter auszusprechen, da in Liebknechts und Bebels Ausführungen nichts Neues und Erhebliches enthalten gewesen sei, und dieser Antrag wäre einstimmig oder so gut wie einstimmig angenommen worden, wenn Schweizer nicht durch sein unzeitiges Diktatorspielen die für ihn sehr günstige Lage verfahren hätte.

Er blieb auf seinem alten Standpunkte stehen: eine Verschmelzung mit anderen Parteien sei unmöglich, wer Sozialdemokrat sein wolle, habe sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Wohl aber sei ein friedliches und freundliches Verhältnis mit anderen Parteien möglich, die ähnliche Ziele verfolgten, und dazu sei er gern bereit, sobald Liebknecht und Bebel ihm als dem erwählten Vereinspräsidenten ihre Wünsche vortragen wollten, statt ihn beständig anzugreifen und an der Organisation des Vereins zu rütteln. Auf die gegen ihn erhobenen Anklagen ließ sich Schweizer aber nicht sachlich ein, sondern beanspruchte einfach ein Vertrauensvotum, nicht für seine Verwaltung überhaupt, deren Prüfung die Generalversammlung noch erst vorzunehmen habe, sondern als Nichtigkeitserklärung der von Bebel und Liebknecht vorgebrachten Beschuldigungen. Dazu konnten sich nun manche Delegierte nicht entschließen, und zwar wieder nicht, weil sie das Vertrauensvotum überhaupt verweigern, sondern weil sie sich erst darüber schlüssig machen wollten, wenn der Gesamtzustand des Vereins geprüft worden sei. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde das Vertrauensvotum von 42 Delegierten mit 7400 Stimmen bewilligt, während 14 Delegierte mit 4635 Stimmen sich der Abstimmung enthielten. In der Mehrheit befanden sich Bonhorst, Gliner, Frißsche, Hasenclever, Lölke, in der Minderheit Bracke, Geib, J. M. Hirsch, Perl, Vogel, York.

Die Abstimmung war für Schweizer ein empfindlicher Schlag, aber keine warnende Lehre. Am zweiten Tage der Beratungen, denen Liebknecht und Bebel nun nicht mehr beiwohnten, erklärte er, die Minderheit der Delegierten habe ihn der Außenwelt gegenüber im Stich gelassen, und so werde er die Mitglieder der Orte, von denen diese Delegierten abgesandt seien, zu einer Urabstimmung darüber veranlassen, ob sie ihm ferner ihr Vertrauen schenkten oder nicht. Die Delegierten der Minderheit erwiderten darauf, zum Teil unter heftigen Angriffen auf Liebknecht und Bebel, daß sie mit ihrer Stimmenthaltung durchaus kein Misstrauensvotum beabsichtigt hätten; sie hätten nur

keiner PreSSION nachgeben wollen und hielten es überhaupt nicht für ihre Aufgabe, bei jeder Gelegenheit heranzuhüpfen und den Präsidenten zu schützen. Aus ihren Reden ging hervor, daß ein wirkliches Mißtrauen gegen Schweitzer höchstens bei einzelnen Delegierten bestand, so bei J. M. Hirsch, der die thüringischen Mitglieder vertrat, und bei Vogel, der trotzdem seine Anträge zurückzog, da sie keine Aussicht auf Annahme hatten. Wohl aber verrieten auch die Reden der Minderheit, daß Schweizers diktatorisches Gebahren denjenigen Anträgen den Weg bereitet hatte, die das Präsidium unter schärfere Kontrolle zu nehmen bezweckten.

So beschloß denn die Generalversammlung, eine Redaktionskommission von drei Mitgliedern als Beschwerbeinstanz über den Sozialdemokraten zu stellen und dem Vorstande einen größeren Spielraum zu schaffen, als er bisher jemals in dem Vereinsleben gehabt hatte. Die Zahl seiner Mitglieder wurde von 25 auf 15 herabgesetzt, von denen 12, das heißt alle außer dem Präsidenten, dem Sekretär und dem Kassierer, an einem und demselben, aber jährlich wechselnden Orte wohnen und sich als eine Art Kontrollkommission über jenen drei eigentlichen Vereinsbeamten konstituieren sollten. Zu diesem Behufe wurde die Frist von drei Monaten, innerhalb deren der Präsident die Zustimmung des Vorstandes zu den von ihm selbständig getroffenen Anordnungen einzuholen hatte, auf acht Tage herabgesetzt; auch erhielt der Vorstand das Recht, „in Fällen einer politischen Unredlichkeit oder eines groben Klassenvergehens“ den Präsidenten, Sekretär und Kassierer vom Amte zu entheben. Doch unterlag ein solcher Beschluß der innerhalb vierzehn Tagen einzuholenden Bestätigung durch eine außerordentliche Generalversammlung oder durch Urabstimmung aller Mitglieder, der übrigens auch alle diese Bestimmungen, soweit sie Statutenänderungen enthielten, noch unterbreitet werden sollten. Schweitzer fügte sich darein, ja, der Vorschlag, dem Vorstande ein vorläufiges Absetzungsrecht der Beamten einzuräumen, ging sogar von ihm aus. Aber schwerlich war er dabei ohne Hintergedanken. Es sei schon recht, meinte er, der großen Macht des Präsidenten dadurch ein Gegengewicht zu geben, daß der Präsident im Falle eines Mißbrauchs statutenmäßig abgesetzt werden könne, aber so lange der Präsident im Amte sei, dürfe seine freie und kräftige Wirksamkeit nicht behindert werden. Dies war jedoch nicht eigentlich der Sinn, den die Generalversammlung mit den neuen Bestimmungen verband, die

vielmehr auch und in erster Reihe auf eine schärfere Kontrolle der laufenden Verwaltung abzielten.

Nach fünftägigen Verhandlungen ging die Generalversammlung in feiblichem Frieden auseinander. An Stelle Kollers wurde Tölcke zum Sekretär gewählt, und wie Tölcke, so zählten auch die Mitglieder der neuen Redaktionskommission, Frigische, Lübker und Schumann, zu Schweizers treuen Anhängern. Der neue Vorstand wurde fürs erste Jahr nach Hamburg verlegt, wo Geiß durch und durch loyaler Charakter nicht minder als der klare Blick und die sturmteste Haltung der inzwischen auf 1300 Köpfe angewachsenen Vereinsmitglieder die sicherste Bürgschaft gegen jede unzeitige Schikanierung des Präsidenten boten. In dem Streite zwischen Hoffstetten und Schweizer erklärte die Generalversammlung sich für unzuständig, wie es in der Natur der Sache lag, doch wurde Vogel, der Hoffstetens Aussagen durch einen scharfen, obwohl nicht einmal unparlamentarischen Angriff auf Schweizer zu stützen suchte, durch einstimmigen Beschluß der Delegierten aus dem Vereine gestoßen. Ja, auch mit Liebknecht und Bebel fand eine gewisse Annäherung statt, die Generalversammlung nahm Schweizers Antrag auf engen Anschluß an die Internationale an, und Schweizer erklärte, Liebknecht und Bebel nicht angreifen zu wollen, vorausgesetzt, daß sie ihn nicht behelligen würden. Unter der entsprechenden Voraussetzung stellte auch das Demokratische Wochenblatt seine Angriffe auf Schweizer ein, da nun gegründete Aussicht auf Einigung, wenn auch nicht Verschmelzung der sozialdemokratischen Richtungen sei.

Leider aber erschien gleichzeitig mit dieser Notiz des Demokratischen Wochenblattes in dem Frankfurter Journal, einem volksparteilichen Organe, eine Korrespondenz, die zwar von Bebel gemißbilligt, aber von der kapitalistischen Presse deshalb nicht weniger ausgebeutet wurde, um Schweizer bloßzustellen. Es hieß darin, daß Schweizer auf Liebknechts „durchaus objektiv gehaltene“ Anklage sich nicht verteidigt, sondern viermal um ein Vertrauensvotum gebeten habe, das ihm von 6500 Stimmen bewilligt, von 4500 Stimmen aber versagt worden sei; äußerst betreten, habe Schweizer sein Amt dennoch nicht niedergelegt, trotz seiner Erklärung, zurücktreten zu wollen, wenn ihm eine nennenswerte Minderheit ihr Vertrauen entzöge. Gereizt durch diese neue Attacke, deren tatsächliche Darstellung sich allerdings nur durch die in Kriegszeiten herkömmliche Einseitigkeit der Auffassung erklären ließ, kam Schweizer

nun auf seine frühere Absicht zurück und verfügte für alle Orte, deren Delegierte sich in Elberfeld-Barmen der Abstimmung enthalten hatten, eine Urabstimmung der Mitglieder über die Vertrauensfrage. Er hatte die Genugtuung, daß ihm, mit Ausnahme von Braunschweig-Wolfenbüttel und Eisenach, die Mitglieder über die Köpfe ihrer Delegierten fort ihr Vertrauen aussprachen, doch war sein Erfolg etwas teuer erkauft durch die neuen Reibungen und Verstimmungen, die davon unzertrennlich waren. Immerhin ging dieser erste Windstoß vorüber, ohne großen Schaden anzurichten; in der Mitte des April erklärten das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat, daß eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach das Krlegsbeil zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei begeben sein sollte.

Es war dringender Anlaß genug vorhanden, gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde zu machen. Der norddeutsche Reichstag beriet in diesem Frühjahr die neue Gewerbeordnung, wobei die parlamentarischen Vertreter der Bourgeoisie in wahren Orgien schwelgten. Es war eine wunderliche Kohorte: der Wigbold Braun, der mit den Späßchen eines rheinischen Schoppenstechers die Arbeiterfrage aus der Welt schaffte, der Lugenbold Laster, der in seinem fürchterlichen Deutsch den Moralprediger für alle Welt, aber besonders für das Proletariat spielte, der Profitbold Stumm, der die Sozialdemokratie zum Frühstük verspeiste, ohne zu ahnen, welch schmerzliches und unheilbares Magenbrücken er sich dadurch für die nächsten dreißig Jahre holte, und wer sie sonst noch waren. Selbst Miquel, der gescheiteste Kopf dieser Gesellschaft, der sich vom kommunistischen Organisator von Bauernaufständen zum Kostgänger an den gründerischen Fleischtröpfen der Diskontogesellschaft abgewandelt hatte, wußte den angeblichen Arbeiterfreund Wagener nur dadurch totzuschlagen, daß er die Argumente des kommunistischen Manifestes gegen den feudalen Sozialismus nachbetete, mit der vorsichtigen Randglosse, er habe die vortrefflichen Gedanken in einem „englischen Schriftsteller“ gefunden.

Schweizer hatte sich zeitig gerüstet, in diesen kapitalistischen Launel dreinzufahren. Bereits in der Generaldebatte hielt er eine ausgezeichnete Rede über die allgemeinen Gesichtspunkte des modernen Arbeitsverhältnisses, an der Hand des Kapitals von Marx, wie er selbst hervorhob; in der Spezialdebatte brachte er eine große Zahl von Amendements ein,

die sich, wie sein früherer Arbeiterschutzgesetzentwurf, an die englische Fabrikgesetzgebung anlehnten, aber sich wiederum in durchaus bescheidenen Grenzen hielten. Er forderte in Sachen der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normalarbeitstags nicht mehr, als die Bourgeoisie in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse bewilligen konnte. Lehnte sie dennoch in hergebrachter Verblendung ab, so trat die Ökonomie der Arbeiterklasse intellektuell und moralisch um so glänzender der Ökonomie der Bürgerklasse gegenüber. Schulter an Schulter mit Schweizer führten diesen Kampf Frischa, Hafenclever und auch Bebel, dessen gewinnende Beredsamkeit die Stumm und Konsorten trefflich abzutrumpsfen verstand.

Praktische Erfolge hatte die proletarische Opposition fast gar nicht; nur ein Antrag Bebels, die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern aufzuheben, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Mit Mühe und Not gelang es, die lärglichen Bestimmungen der preußischen Gesetzgebung über Kinderarbeit und Trudwesen in die neue Gewerbeordnung zu retten, doch lehnte der Reichstag hartnäckig die Anstellung von Fabrikinspektoren ab, die aus so kümmerlichen Keimen vielleicht doch noch eine Spur gesetzlichen Arbeiterschutzes hätten entwickeln können. Schweizer beantragte vergebens die Einführung von Fabrikinspektoren, die von der Regierung zu ernennen, aber vom Reichstage zu bestätigen seien. Nur bei den Konservativen fand sich ein sehr verächtliches Interesse für dies erste Erfordernis einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Die Fortschrittspartei eiferte durch den Sparapostel Schulze und den Harmonieapostel Max Hirsch dagegen, und der nationalliberale Wigbold Braun meinte, er habe in seinem Leben auch oft mehr als fünfzehn Stunden täglich arbeiten müssen, ohne daran umzukommen; das Hausrecht müsse gegen polizeiliche Eingriffe nicht geschwächt, sondern gestärkt werden; niemand werde Nächstens in seinem Bette vor den Fabrikinspektoren sicher sein, denn sie brauchten bei ihrem Eindringen ja nur zu erklären, daß sie geglaubt hätten, hier sei ein industrielles Unternehmen; aus der amtlichen Fabrikaufsicht werde eine spanische Hermandad, eine Art Femgericht entstehen. Diesen entsetzlichen Gallimathias begrüßten die „Vertreter von Besitz und Bildung“ mit lebhaftem Beifall, reichlich ein Menschenalter nach der Einführung der englischen Fabrikinspektoren, über deren Wirksamkeit längst eine reiche Literatur vorlag. Man glaubt manchmal zu träumen, wenn man in

den damaligen Verhandlungen liest, mit welcher nonchalanten, ihnen seitdem freilich gründlich abgewöhnten Hochmütigkeit die Vertreter des Kapitalismus die bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse abzufertigen versuchten.

Von einem selbstverständlich ganz verschiedenen Standpunkt aus verwarf Liebknecht das „Parlamenteln“ Schweigers. Er sah darin eine Opferung des Prinzips, die Herabwürdigung des ernstesten politischen Kampfes zu parlamentarischer Spiegelfechtereier; in dem Antrage Schweigers auf Anstellung von Fabrikinspektoren argwöhnte er die Absicht, die Arbeiterbewegung in die Hände Bismarcks zu spielen. Am 31. Mai sprach Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Der Demokratische Arbeiterverein hatte unter den Berliner Arbeitern nur einen spärlichen Anhang, dagegen waren unter seinen Mitgliedern junge Literaten und Kaufleute, Adolf Hepner, Karl Hirsch, Paul Singer und andere, verhältnismäßig stark vertreten, und unter ihnen wog das jüdische Element vor; als „Intelligenzen“ und „Mühlendammer“ verspotteten die Anhänger Schweigers diese nicht zahlreiche, aber rührige und unbequeme Opposition. Indem Liebknecht das „Parlamenteln“ als einen Ausfluß von „Kurzfrist oder Verrat“ verwarf, erklärte er den Sozialismus für eine Machtfrage, die in keinem Parlamente, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen sei. Er befürwortete engeren Anschluß der Sozialdemokratie an die bürgerliche Demokratie, wie sie Jacoby vertrat. Die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter verhalte sich deshalb gleichgültig zur Sozialdemokratie, weil diese nur erst den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, aber nicht den politischen Vorkampf führe, weil die Reaktion den „nationalliberalen Sozialismus“ ausbeute, dessen Widersinn schon daraus hervorgehe, daß er politisch an demselben Strange ziehe, wie die nationalliberale Bourgeoisie, deren soziale Herrschaft er brechen wolle.

Liebknecht hat später über die „unverbesserlichen Kindsköpfe“ gespottet, die diese Rede gegen ihn zu zitieren pflegten, weil sich mit veränderten Umständen auch seine Ansicht über die politische Stellung der Sozialdemokratie geändert habe. Sicherlich kommt es für das historische Urteil einzig und allein darauf an, ob Liebknechts Taktik den Umständen angemessen war, unter denen er sie empfahl. Allein diese Frage muß entschieden verneint werden. Das „Parlamenteln“, so wie Schweiger

und mit ihm Bebel es trieb, war vom Genfer Kongreß der Internationalen, ja, im Demokratischen Wochenblatte selbst von Engels empfohlen worden. Engels schrieb in seiner Anzeige des Kapitals: „Der nächste norddeutsche Reichstag wird auch eine Gewerbeordnung zu beraten haben und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Beratung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Buche von Marx vertraut gemacht zu haben. Es ist da vieles durchzusetzen. . . Vier oder fünf Vertreter des Proletariats sind unter diesen Umständen schon eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen.“ Genau so, mit dem ersten Bande des Kapitals in der Hand, hatte Schweitzer sein „Parlamenteln“ betrieben.

Aber auch den „politischen Vorkampf“ führte der Sozialdemokrat mindestens ebenso entschieden, wie die Zukunft. In Fragen der politischen Opposition bestand ein Unterschied zwischen beiden Blättern höchstens darin, daß Schweitzer die partikularistische Demokratie wegwerfender behandelte, als Guido Weiß. Aber selbst dieser Unterschied war nicht sehr groß, denn Guido Weiß kannte die deutschen Verhältnisse viel zu gut, um zu hoffen, daß die sieben Schwaben der Deutschen Volkspartei den norddeutschen Bund über den Haufen rennen würden. Hiervon abgesehen, führte Schweitzer den „politischen Vorkampf“ sogar viel entschiedener, als Johann Jacoby. Als Liebknecht seine Rede im Demokratischen Wochenblatte abdruckte, richtete Leo Frankel aus Paris einen Offenen Brief an ihn, worin er gegen diese Angriffe die entschiedenste Partei für Schweitzer nahm. Es war gewiß ein schwerer Irrtum Schweitzers, in Liebknecht und Bebel die Dupes einer rein politischen Bourgeoispartei zu sehen, allein die Art, wie Liebknecht ihn immer wieder angriff, mußte ihn in seinem verhängnisvollen Irrtum bestärken.

Dies anzuerkennen gebietet die Gerechtigkeit, so wenig damit Schweitzers nunmehrige Vorgehen gerechtfertigt werden kann. Er empfand die Einschränkung seiner Diktatur als einen unleidlichen Zwang, und wie er in ihr das Ergebnis einer heimlichen Verschwörung sah, so scheute er nicht davor zurück, sie sich wieder vom Halse zu schaffen, sei es so oder so. Die Umstände gestalteten sich für ihn günstig genug. Die Urabstimmung über die Änderung der Statuten war auf eine starke

Gleichgültigkeit der Mitglieder gestoßen, kaum 50 Orte hatten es überhaupt der Mühe für wert gehalten, abzustimmen. Dabei hatten die Beschlüsse der Generalversammlung zwar eine überwiegende Mehrheit gefunden, doch nicht ohne energischen Widerspruch, den große Mitgliedschaften des Rheinlandes, wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, dagegen erhoben. Als Schweitzer nach Hamburg ging, um den neuen Vorstand einzurichten, empfingen ihn hier die alten Kerntuppen des Vereins mit lautem Jubel, und ebenso lebhaft wurde er in Hannover begrüßt, wo der Verein mächtig aufblühte und schon tausend zahlende Mitglieder musterte. In demselben Monat Mai, wo Liebknecht vor vielleicht sechzig Mitgliedern des Demokratischen Arbeitervereins das „Parlamenteln“ Schweitzers verwarf, jauchzten sechstausend Berliner Arbeiter in der Alhambra eben diesem „Parlamenteln“ zu; der Sozialdemokrat konnte den Bericht über die imposante Massenversammlung mit den stolzen Worten schließen: Berlin gehört uns! Große Streiks der Berliner Bauarbeiter, von Liebknecht geschickt und kraftvoll geleitet, trugen den proletarischen Klassenkampf in die immer noch breiten Schichten der Berliner Arbeitermasse, die von der politischen Bewegung noch nicht berührt worden waren. Und zum 22. Mai berief Schweitzer die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes nach Kassel, um das Heer zu mustern, das nunmehr die Waffe des Koalitionsrechts schwingen konnte.

Freilich hatte die norddeutsche Gewerbeordnung absichtlich manche Scharke in diese Waffe geschliffen. Die Arbeiterfeindlichkeit des norddeutschen Reichstags ließ sich nicht einmal da bändigen, wo es sich um einfache Konsequenzen der Freihandelslehre handelte, die den Arbeitern nützen konnten. An und für sich war der deutsche Liberalismus schon so schwachherzig, daß er sogar die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nur in den der Bureaucratie wohlgefälligen Schranken zu beschließen wagte und die Hauptschikane, das bureauratische Konzessionswesen, ruhig fortbestehen ließ. Um so mehr war er darauf bedacht, die Koalitionsfreiheit so zu verstümmeln, daß, wie Lasker sagte, eine „mächtige und durchgreifende“ Polizei jede Streikbewegung in den Grenzen der Gesetzmäßigkeit, will sagen in den Grenzen halten konnte, die den herrschenden Klassen bequem waren. Nicht nur wurde den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, sondern auch ein besonderer Strafparagraf eingefügt, der den sogenannten Terrorismus streikender Arbeiter bändigen sollte und kautschukartig genug abgefaßt war, um bei einem nur geringen

Aufwande des bösen Willens, über den die Polizei allemal verfügt, jede proletarische Lohnbewegung zu lähmen. Diesem gehässigen Vorrechte für Klassenbewußte Arbeiter fügte der norddeutsche Reichstag ein günstiges Vorrecht für Schwarzbeine hinzu; gegen Verletzung von Verabredungen, die auf Grund des Koalitionsrechtes getroffen worden waren, sollte weder Klage noch Einrede stattfinden.

Trotz alledem war ein Stück Koalitionsfreiheit gerettet, und so beseelte eine kampffreudige und siegesfrohe Stimmung die Generalversammlung des Arbeiterschäftsverbandes in Kassel. Zugegen waren 100 Delegierte, die 220 Orte mit 35 232 zahlenden Verbandsmitgliedern vertraten; für den ganzen Verband wurden mehr als 50 000 steuerzahlende Mitglieder berechnet. Am stärksten waren in Kassel die Zigarrenarbeiter mit 10 000, die Zimmerer mit 5585, die Maurer mit 3955, die Hand- und Fabrikarbeiter mit 3666, die Metallarbeiter mit 3281, die Holzarbeiter mit 2137, die Schuhmacher mit 1808, die Manufakturarbeiter mit 1742, die Berg- und Hüttenarbeiter mit 1558, die Schneider mit 671 Mitgliedern vertreten; andere Arbeiterschaften, wie die Bäcker, die Buchbinder, die Maler und Lackierer waren noch nicht aus den ersten Anfängen der Entwicklung heraus. Die Generalversammlung beschäftigte sich überwiegend mit Agitations- und Organisationsfragen. Ins Präsidium trat neben Schweizer und Frißsche an die Stelle Kleins, der nicht nach Berlin übersiedeln konnte, Lübker ein. Die Mitglieder des Präsidiums erhielten als solche keine Besoldung, doch wurden um diese Zeit für Schweizer als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 45 Taler Monatsgehalt ausgeworfen, von einer Kommission, die von der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen für diesen Zweck eingesetzt worden war. Wie es scheint, war die Besoldung des Präsidenten auch als eine Beschränkung seiner Diktatur gedacht; jedenfalls sträubte sich Schweizer dagegen, setzte die ihm ausgeworfenen 45 auf 25 Taler herab und erhob auch diese nicht. In Kassel machte sich übrigens kaum etwas von der Mißstimmung bemerkbar, die in Elberfeld-Barmen unter einem Teile der Delegierten geherrscht hatte; das Vertrauensvotum für Schweizer wurde von einem thüringischen Delegierten beantragt und mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Im ganzen und großen gestalteten sich die fünfzügigen Verhandlungen zu einem Triumph für Schweizer, der auf dem gewerkschaftlichen Gebiete ebenso glücklich organisieren zu können schien, wie auf dem politischen.

Zu alledem fügte sich, daß er die Anhänger der Gräfin Hatzfeldt für sich günstig zu stimmen mußte. Menck, der jetzt als Präsident des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fungierte, war in München-Glabach verhaftet worden, als angeblicher Räubersführer eines Tumults, den die Polizei durch die ungesetzliche Auflösung einer Arbeiterversammlung hervorgerufen hatte. Jedoch versagte der Reichstag auf Schweigers sofort eingebrachten Antrag seine verfassungsmäßig notwendige Zustimmung zu Mencks Verhaftung, und damit waren freundliche Beziehungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen angebahnt, die sich auf Lassalle beriefen. Gleich darauf aber hielt Liebknecht jene Rede in dem Demokratischen Arbeitervereine, die in Schweiger die Ansicht hervorrufen mußte, daß mit diesem Gegner kein dauerndes Einvernehmen möglich sei, und unternahm Bebel eine Agitationsreise in die thüringischen Bezirke, wo er in Gera, Pößneck, Apolda, Jena, Weimar, Gotha und Erfurt mit großem Erfolge sprach. Bebel hielt sich dabei von allen Angriffen auf Schweiger frei und befürwortete nur die Einigung aller sozialdemokratischen Fraktionen, womit er auch bei den thüringischen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhaften Anklang fand. Entsprechende Resolutionen wurden in den meisten dieser Versammlungen angenommen, in einzelnen freilich nicht, ohne zugleich eine Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen mit der bürgerlichen Demokratie zu befürworten. Jedenfalls hielt Schweiger an seinem Ansprüche fest, daß Einigungsversuche dieser Art nur mit ihm als dem erwählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geführt werden dürfen. Er sah in Bebel's thüringischer Agitation einen „Vertragsbruch“ und hielt den Augenblick für günstig genug, um loszuschlagen.

Am 18. Juni veröffentlichten der Sozialdemokrat in Berlin und die Freie Zeitung in Leipzig, das Organ der Gräfin Hatzfeldt, eine pompfaste Proklamation Mencks und Schweigers, worin dem „souveränen Volke“ die „Wiederherstellung der Einheit der Lassalleschen Partei“ vorgeschlagen wurde, und zwar auf folgende Bedingungen hin. Die beiden bisher getrennten Vereine sollten am 24. Juni von den beiderseitigen Präsidenten aufgelöst und an demselben Tage ein neuer Gesamtverein mit dem alten Statut vom 23. Mai 1863 gegründet werden. Der Präsident dieses Vereins sollte dann sofort nach allgemeinem Stimmrechte in sämtlichen Mitgliedschaften gewählt und das Ergebnis

der Wahl am 3. Juli verkündet werden. Dann sollte auf gleiche Weise die Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden, der bis zur nächsten Generalversammlung zu fungieren habe, und endlich sollte Mende in der Zeit vom 24. Juni bis zum 3. Juli provisorisch den neuen Gesamtverein leiten. Diese Vorschläge wurden von Mende und Schweiger den Mitgliedern beider Vereine mit der Verfügung unterbreitet, daß über sie bis einschließlicb des 22. Juni mit Ja oder Nein abgestimmt werden müßte.

Es war ein regelrechter Staatsstreich Schweigers, dem von nun an seine Diktatur nicht mehr bloß Mittel zum Zwecke, sondern selbst Zweck war. Der Verein der Gräfin Hagfeldt litt an unheilbarer Schwindsucht. Die Lebenszeichen, die er noch von sich gab, waren die krampfhaften Zuckungen einer absterbenden Sekte, wie sein verbissener Widerstand gegen die gewerkschaftliche Organisation und die gewalttätige Noheit, womit er im März die Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei in Hohenstein-Ernstthal gesprengt und damit auch den geplanten gemeinsamen Kongreß der sächsischen Arbeiter vereitelt hatte. Schweiger, der ein Jahr vorher mit seinem Rücktritte gedroht hatte, wenn ihm die Hamburger Generalversammlung nicht die Organisation der Gewerkschaften gestatte, verbündete sich jetzt mit den geschworenen Gegnern dieser Organisation, und während er selbst auf jedes Zugeständnis an die höhere Entwicklung seines Vereins verzichtete, machte er dem fettenhaften Lassalleanismus des anderen Vereins das weittragende Zugeständnis, das alte Statut Lassalles wiederherzustellen. Worauf es ihm ankam, war danach freilich klar: auf die Erneuerung seiner uneingeschränkten Diktatur. Nicht zum wenigsten ging seine geheime Absicht aus seiner Forderung hervor, daß das „souveräne Volk“ innerhalb dreier Tage die Gesamtheit seiner Vorschläge annehmen oder ablehnen solle. Allerdings berief er sich darauf, daß große Eile geboten sei, da die Polizei sonst beide Vereine auflösen könne, weil sie in Verbindung miteinander getreten seien, aber diese formelle Schwierigkeit hatte er selbst erst durch die Art seines Vorgehens geschaffen. Er rechnete darauf, daß der Überdruß aller tüchtigen Arbeiter an dem Fraktionsgezänk, ihr aufrichtiger und dringender Wunsch nach Einheit ihnen über alle Bedenken hinweghelfen würde, und diese Rechnung trog ihn im allgemeinen auch nicht.

Seine Vorschläge wurden in beiden Vereinen mit überwältigender Mehrheit durch Urabstimmung angenommen. Der neue Vorstand in

Hamburg stellte nur zwei Bedingungen: erstens sollte die Gräfin Hagfeldt nicht in die Einigung aufgenommen werden, und zweitens sollte Schweiger sich verpflichten, auf der ersten Generalversammlung des neuen Vereins für die Wiederherstellung der Beschlüsse einzutreten, die in Elberfeld-Barmen gefaßt worden waren. Als Tölcke, der persönlich nach Hamburg herübergekommen war, im Auftrage Schweigers beide Bedingungen einräumte, gab der Vorstand seine Zustimmung und löste damit sich selbst auf. Offenen Widerspruch erhoben zunächst nur einige Mitglieder in Braunschweig, Celle, Harburg, Magdeburg, Erfurt, Gotha, Frankfurt, darunter Bracke, York, Lonhorst, Uner. In einem Aufruf vom 22. Juni schlugen sie einen allgemeinen Kongreß der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands vor, um eine wirklich demokratische Organisation zu schaffen: Schweigers Staatsstreich sei die reinste Überrumpelung; der Argwohn, daß Schweiger den Verein zur Befriedigung seines Ehrgeizes mißbrauche, ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen wolle, sei nunmehr zur Gewißheit erhoben. Den Tag darauf erklärten Liebknecht und Bebel, denen Schweiger nun auch öffentlich wegen der thüringischen Agitation „Vertragsbruch“ vorgeworfen hatte: sie seien zum Kampfe bereit, es werde sich zeigen, ob „die Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und Reinheit der Absichten auf unserer Seite“ den Sieg davontragen werde. Dann aber brach Schweiger sein durch Tölcke verpfändetes Wort; er sagte im Sozialdemokraten, weder dürfe die Gräfin Hagfeldt von der Einigung ausgeschlossen werden, noch sei eine Änderung des Statuts von 1863 wünschenswert, und nun sagten ihm auch zehn Mitglieder in Hamburg ab, an ihrer Spitze Geib und andere Mitglieder des ehemaligen Vorstandes.

Begleitet wurden diese Kundgebungen durch eine heftige Kanonade zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten. Wie immer in solchen Fällen, wurde dabei hüben und drüben gesündigt. Von der einen Seite wurde Schweiger als Söldling Bismarcks und Tölcke als ein unheimlicher Verbrecher hingestellt, der nicht einmal die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, von der anderen Seite wurde Liebknecht als ein heimlicher Verblinderter der Bourgeoisie und Bebel als ein Stipendiat des Königs von Hannover angeklagt. An solchen gegenseitigen Beschuldigungen hatte die Bourgeoisie ihre helle Freude, wobei sie dann glücklich wieder den großen Fortschritt übersah, der

sich in dieser schweren Krisis der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. Am 17. Juli veröffentlichte das Demokratische Wochenblatt einen Aufruf an die „deutschen Sozialdemokraten“, worin ein „allgemeiner deutscher sozialdemokratischer Arbeiterkongreß“ zum 7., 8. und 9. August nach Eisenach berufen wurde. Unterzeichnet war der Aufruf von 63 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 3 ehemaligen Anhängern der Gräfin Hagfeldt, einem Ausschusse der österreichischen Arbeiter, dem Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, der deutschen Sektion der Internationalen in Genf, dem deutsch-republikanischen Verein in Zürich und endlich dem Verbands der deutschen Arbeitervereine, für den etwa 100 Mitglieder unterschrieben hatten, darunter Bebel, Liebknecht, Bahlsch, Meßner, Hugo Hillmann, Motteler, Stolle, Gabriel Löwenstein, Karl Hirsch, J. M. Hirsch, Hepner, Vogel und Wilhelm Eichhoff.

Als dieser Aufruf veröffentlicht wurde, stand schon fest, daß die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu ihrem neugewählten Präsidenten Schweitzer halten und der Eisenacher Kongreß somit die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie gewissermaßen unwiderruflich machen werde. Insofern mochte die Schadenfreude der Bourgeoisie einen gewissen Sinn haben. Aber in Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. Solange die realen Ursachen fortbauerten, die das deutsche Proletariat zersplitterten, war eine getrennte Organisation beider Richtungen allen Einigungsversuchen vorzuziehen, die immer wieder an jenen Ursachen scheitern und immer neue Erbitterung hervorrufen mußten. Besser als dies schleichende und zerrüttende Fieber war ein offener Krieg, der neben allen Nachteilen doch auch große Vorteile hatte, der die wirklich vorhandenen Gegensätze klar hervortrieb, sie gewissermaßen auf ihre knappste und kürzeste Formel brachte, der die Propaganda mächtig anspornte und zwei kraftvolle Organisationen schuf, die, sobald die historische Entwicklung die wirklichen Hindernisse der Einigung beseitigt hatte, einen Frieden schließen konnten, bei dem es keine Sieger und keine Besiegten gab.

Der Krieg begann schon auf dem Eisenacher Kongresse. Schweitzer entschloß sich ihn zu beschicken, in der Hoffnung, die neue Organisation noch im Keime zu ersticken oder doch durch eine imposante Kraftentfaltung von vornherein in den Schatten zu stellen. Da er selbst noch eine zweimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, so erschien

Tölke an der Spitze von 110 Delegierten, die 102000 Arbeiter vertraten; die Kosten der Delegation wurden je zur Hälfte aus den Kassen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Arbeiterschaftsverbandes bestritten. Von der Gegenseite aber erschienen 262 Delegierte, hinter denen 140000 Arbeiter standen. Man begann damit, sich gegenseitig „Mandatschwindel“ vorzuwerfen, von beiden Seiten mit gleichem Unrecht oder in gewissem Sinne auch mit gleichem Rechte. Da die ganze Krisis eine lebhafte Bewegung in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen hatte, und die Mandate zum großen Teil von Massenversammlungen ausgestellt worden waren, so mochten die Ziffern an und für sich nicht unrichtig sein, aber wenn sie kein Schwindel waren, so waren sie doch auch kein sicherer Maßstab für die Kraft der streitenden Teile. Schweizer hatte in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation noch lange nicht 102000 Köpfe zusammengebracht, und ebenso wenig traten 140000 Mitglieder in die neue Organisation ein, die in Eisenach gegründet wurde.

Zunächst waren die österreichischen und schweizerischen Hilfstruppen rein dekorativ. Schweizer behielt darin recht, daß eine organisatorische Verbindung der deutschen und der österreichischen Arbeiter eine Illusion sei; sie war es höchstens nicht in der traurigen Wirkung, daß die Beteiligung der österreichischen Arbeiter an dem Eisenacher Kongreß von der österreichischen Reaktion zum Vorwande genommen wurde, um die junge Arbeiterbewegung an der Donau durch türkische Verfolgungen so schnell niederzuwerfen, wie sie schnell aufgeblüht war. Tatsächlich setzte sich die neue Organisation aus zwei Elementen zusammen: aus dem Verbands der deutschen Arbeitervereine und den abgefallenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wie stark diese waren, läßt sich mit ziffernmäßiger Genauigkeit nicht angeben; Tölke schätzte sie auf 300, Liebknecht aber auf 5000, wobei die Wahrheit nicht sowohl in der Mitte, als ziemlich nahe bei Tölkes, und recht weit von Liebknechts Schätzung liegen mochte. Es waren ihrer schwerlich auch nur tausend, aber es befanden sich darunter verhältnismäßig viele, im organisierten Kampfe trefflich erprobte und geschulte Kräfte. Der Verband der deutschen Arbeitervereine aber zählte 10000 Mitglieder, die nach einer damaligen Aufstellung Bebel's in 58 sächsischen, 25 württembergischen, sowie einigen badischen, hessischen und bayerischen Orten organisiert waren, wozu dann noch einzelne schwache Absenker in Berlin und am Rheine kamen.

Nach einer tumultuarischen Verhandlung, in der sich ein Zusammenarbeiten als unmöglich erwies, hielt jede der beiden Richtungen ihren besonderen Kongreß in Eisenach ab, der für die Delegierten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins natürlich nur eine demonstrative Kundgebung war. Dagegen konstituierte sich die Gegenseite als Sozialdemokratische Arbeiterpartei, im wesentlichen nach den Plänen, die Bebel schon von langer Hand für die Reorganisation des von ihm geleiteten Verbandes vorbereitet hatte. Dem prinzipiellen Teile des Eisenacher Programms wurden die Sätze des Nürnberger, seinen „nächsten Forderungen“ die Sätze des Chemnitzer Programms zugrunde gelegt. Dabei zeigte sich sofort, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern, wie sie von nun an, unhöflicher Kriegsnamen zu geschweigen, die gegnerischen Fraktionen zu nennen pflegten, gar nicht bestanden. Wenn Liebknecht mit Recht sagte, daß in dem Eisenacher Programm die letzten Konsequenzen des Kommunismus enthalten seien, so sagte Tölcke mit gleichem Rechte, das Eisenacher Programm sei wesentlich das Lassallesche Programm. Es enthielt auch nicht einen Punkt, der seit fünf Jahren nicht vom Sozialdemokraten vertreten worden war. Ja, der wirklich anfechtbare Satz des Lassalleschen Programms gelangte in das Eisenacher Programm in noch anfechtbarer Fassung. Indem auf Antrag von Karl Hirsch unter die „nächsten Forderungen“, die alle schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden konnten, auch aufgenommen wurde: Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischer Garantie, wurde der revolutionäre Sinn der Lassalleschen Produktivassoziationen mit Staatskredit, den Schweizer oft genug aufgedeckt hatte, wieder verschleiert.

Wesentlicher waren die Verschiedenheiten in der Organisation. Bebel war selbst ein viel zu guter Organisator, um nicht die Vorzüge der Lassalleschen Organisation zu würdigen, aber da sowohl die Diktatur vermieden, als auch der Polizei möglichst alle Schikanen abgeschnitten werden sollten, so hatte er eine gebundene Marschrouten. Die Leitung der Partei wurde einem Ausschusse von fünf Mitgliedern übertragen, über dem eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern stand; beide Behörden sollten von den Parteimitgliedern der Orte gewählt werden, an die der Parteikongreß ihren Sitz verlegen würde. Sie fungierten auch als obere Instanzen des Parteiorgans, unterstanden aber selbst

dem Parteikongreß, der mindestens einmal im Jahre zusammentreten sollte. Jeder Delegierte sollte auf dem Kongreß eine Stimme führen, doch durften die Parteimitglieder eines Ortes nicht mehr als fünf Delegierte absenden. Als Parteisteuer hatte jedes Parteimitglied einen Groschen monatlich an den Ausschuß zu entrichten oder auf das Parteiorgan zu abonnieren. Die Parteimitglieder jedes Ortes waren verpflichtet, auf Grund des Parteiprogramms sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen, die monatlich einen Groschen auf den Kopf jedes Mitgliedes für allgemeine Agitationszwecke zu zahlen hatten. Zum Parteiorgane wurde das Demokratische Wochenblatt ernannt, das vom 1. Oktober ab zweimal wöchentlich erscheinen, sich Volksstaat nennen und der Partei gehören sollte. Der Sitz der Partei wurde nach Eisenach, der Ausschuß nach Braunschweig-Wolfenbüttel, die Kontrollkommission nach Wien verlegt. Es ist klar, daß diese Organisation viel demokratischer, aber auch viel loser und zerbrechlicher war, als die Organisation Lassalles.

Über die Stellung zur Internationalen konnte der Eisenacher Kongreß auch nichts anderes beschließen, als schon die Generalversammlungen in Hamburg und Elberfeld-Barmen beschlossen hatten. Bebel sprach nun auch aus, was Schweizer so oft betont hatte: „Unter allen Umständen muß zunächst die Sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituieren, da neben der internationalen auch die nationale Organisation unentbehrlich ist und jene ohne diese nur ein Schatten wäre.“ Allerdings empfahl der Eisenacher Kongreß den Parteimitgliedern den persönlichen Eintritt in die Internationale, aber dieser Beschluß mußte die ohnehin schwerfällige Organisation noch schwerfälliger machen, wenn er anders nicht bloß auf dem Papier stehen blieb. Auch den Gewerkschaften, die sich auf Grund von Bebels Statuten gebildet hatten, empfahl der Kongreß die internationale Organisation, und sie nannten sich von nun an Internationale Gewerksgenossenschaften. Es waren ihrer erst wenige: die Buchbinder hatten sich in Leipzig, die Berg- und Hüttenarbeiter in Zwickau, die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter in Grimmitzschau organisiert; die Metallarbeiter schritten jetzt in Nürnberg, die Maurer und Zimmerer in Dresden, die Schuhmacher in Leipzig zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Borerst waren diese Verbände noch schwach; die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die zu Pfingsten ihren ersten Kongreß in Leipzig abgehalten hatten,

zählten etwa 3000 Mitglieder, und sie hatten sich unter Motteler's geschickter Leitung verhältnismäßig am stärksten entwickelt.

Als der Eisenacher Kongreß seine Sitzungen geschlossen hatte, trat der Verband der deutschen Arbeitervereine zu seinem letzten Vereinstage zusammen. Vor sechs Jahren gegründet als Bollwerk der Bourgeoisie gegen die eben erst anrollenden Wellen der proletarischen Bewegung, war jetzt schon von der steigenden Flut überschwemmt und unterwaschen. Er löste sich auf in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

3. Die ersten Fraktionskämpfe.

Hatte sich schon bei der Abfassung des Eisenacher Programms gezeigt, daß keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des klassenbewußten Proletariats in Deutschland bestanden, so begannen gleich die Kämpfe der nächsten Monate mit den praktischen Hindernissen der Einigkeit aufzuräumen. Sie zerrieben die Diktatur, welche die Lassalleaner beherrschte, und zerrissen die Bande, welche die Eisenacher mit der Deutschen Volkspartei verknüpften.

Zunächst nahmen die Dinge eine für Schweizer günstige Wendung. Der vierte Kongreß der Internationalen, der vom 5. bis zum 12. September in Basel tagte, hatte sein Schwergewicht in der Beratung der Grund- und Bodenfrage. Zwar war die Frage schon ein Jahr vorher auf dem Brüsseler Kongresse im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus entschieden worden, aber gegen eine starke Minderheit der französischen Delegierten, und um völlige Klarheit zu schaffen, hatte sie der Generalrat auf die erste Stelle der Tagesordnung für den Baseler Kongreß gesetzt. Dieser Kongreß wurde von 78 Delegierten besucht, von denen gerade der dritte Teil aus Frankreich kam, darunter Barlin, der edle Märtyrer der Kommune. Der Generalrat hatte Applegarth, Lucraft, Cowell Stegney, Eccarius, Jung und Lehner gesandt, von Deutschen waren außer Liebknecht, der die Eisenacher vertrat, Moses Hess, Nittinghausen, der Lehrer Spier aus Wolfenbüttel und der Professor Jannasch aus Magdeburg, von Schweizern Johann Philipp Becker, Bürkli und Greulich zugegen, als Vertreter neapolitanischer Arbeiter kam Bakunin. Es war eine sehr stattliche Versammlung, und ihre Entscheidung fiel über die Hauptfrage der Verhandlungen wie in Brüssel. Der Kongreß erklärte mit 54 Stimmen, die Gesellschaft habe das Recht, den Grund

und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln, und mit 53 Stimmen, diese Verwandlung sei im Interesse der Gesellschaft notwendig. Die Minderheit enthielt sich überwiegend der Abstimmung; gegen den zweiten Beschluß stimmten nur 8, gegen den ersten nur 4 französische Delegierte. Aber wenn die Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus damit einen entschiedenen Erfolg über die kleinbürgerlichen Illusionen des Proudhonismus davongetragen hatte, so kam die Schlacht doch noch einmal zum Stehen bei der Frage des Erbrechts, die auf der zweiten Stelle der Tagesordnung stand. Eccarius vertrat die konsequente Auffassung des Generalrats, wonach das Erbrecht mit dem Privateigentum steht und fällt, während Batunin den ideologischen Überbau mit der ökonomischen Unterlage verwechselte und das Erbrecht aus Gründen der Gerechtigkeit als selbständige Quelle der Ungleichheit beseitigen wollte. Keine der beiden Auffassungen gewann die Mehrheit, und die Frage blieb in der Schwebelage.

Die Baseler Beschlüsse über das Grundeigentum riefen nun allgemeine Aufregung in dem deutschen Bürgertum hervor. Nicht nur patriotische „Männer der Wissenschaft“, wie Adolf Wagner, verdamnten sie als leichtfertig, nichtswürdig und wüß, sondern auch die tapferen Männer der Deutschen Volkspartei zogen alle Schimpfregister über das „herrschjüchtige Knotentum“ der Internationalen und denunzierten die Baseler Mehrheit als heimliche Helfershelferin der kranken Männer in Berlin und Paris. Der eben aus dem Gefängnisse entlassene Schweizer hatte die Genußtun, den Arbeitern sagen zu können: sowie die Internationale unzweideutig den sozialistischen Standpunkt vertritt, wird sie genau so von der bürgerlichen Opposition verleumdet, wie die Lassallesche Agitation. Über das Gemeineigentum am Grund und Boden brauchte Schweizer nicht mehr viele Worte zu verlieren, da er diese Frage längst mit erschöpfender Klarheit im Sozialdemokraten behandelt hatte. Aber er schrieb nunmehr zwei ausgezeichnete Artikel über das Erbrecht, die in bemerkenswerter Weise zeigten, wie vollkommen er den wissenschaftlichen Kommunismus beherrschte. Seine Auffassung stimmte aufs Haar mit dem Berichte, den der Generalrat über das Erbrecht an den Baseler Kongreß gerichtet hatte, nur daß dieser Bericht erst im Oktoberhefte des Vorboten erschien, während Schweizer seine Artikel auf die ersten flüchtigen Zeitungsberichte über die Baseler Verhandlungen in den Nummern des Sozialdemokraten vom 17. und 19. September veröffent-

lichte. Schweizer führte darin eingehend aus, daß die Abschaffung des Erbrechts in der kapitalistischen Gesellschaft eine utopische und in der sozialistischen Gesellschaft eine überflüssige Forderung sei, aber daß sie für die Diktatur des Proletariats in der Übergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ihre große praktische Bedeutung habe.

Natürlich zögerte Schweizer nicht, seinen Vorsprung auszunützen. Er konnte sich nunmehr darauf berufen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur die organisatorisch geschlossenste, sondern auch die prinzipiell vorgeschrittenste Arbeiterpartei sei. Mit der Internationalen bemühte er sich in Frieden zu bleiben, und erkannte die Bedeutung der Baseler Beschlüsse an, wenn er auch meinte, daß die „Schule von Karl Marx“ auf den internationalen Kongressen mit dem „Halbsozialismus“ ihre „liebe Not“ habe. Um so bitterer ließ er sich über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aus, die nicht für die Baseler Beschlüsse einzutreten wage; die ehemaligen Lassalleaner, die den Braunschweiger Ausschuß bildeten, seien die reinen Stroh puppen, sie dürften nicht gegen die Bourgeois der Volkspartei aufmucken.

In Wirklichkeit beabsichtigte der Braunschweiger Ausschuß, dem Bracke, Bonhorst und Spier angehörten, eine offizielle Kundgebung zugunsten der Baseler Beschlüsse. Aber er stieß damit auf den Widerstand Liebknechts. Bereits in Basel hatte Liebknecht praktische Bedenken dagegen geltend gemacht, das Gemeineigentum am Grund und Boden zum Gegenstand eines programmatischen Beschlusses zu machen, so entschieden er selbst sich zu dieser Konsequenz des wissenschaftlichen Kommunismus bekannte. Er wollte jetzt, wie er dem Braunschweiger Ausschusse schrieb, nicht vorzeitig mit der Deutschen Volkspartei in Strakeel geraten, und hielt es für genügend, wenn das Parteiorgan die Baseler Beschlüsse nicht verleugne. Auf die Frage, welche Stellung die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu diesen Beschlüssen nehme, antwortete das Demokratische Wochenblatt in seiner letzten Nummer: „Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu, zumal sie nach keiner Seite hin durch die Beschlüsse gebunden ist, ebensowenig wie die Internationale Arbeiterassoziation selbst.“ Diese Auffassung ließ sich aber unter den verschiedensten Gesichtspunkten anfechten, und nicht zum wenigsten unter dem taktischen Gesichtspunkte, der für Liebknecht maßgebend war. Schweizer sagte nunmehr,

die Eisenacher wagten sich nicht zu dem Kardinalsfrage des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekennen, zu der Vergeßenschaftung der Produktionsmittel, und die Deutsche Volkspartei verlangte eine ausdrückliche Verleugnung der Baseler Beschlüsse.

So kam es doch zu dem Bruche, den Liebtnecht vorläufig vermeiden wollte. Einzelne Häupter der Volkspartei hatten noch in Eisenach mitgetagt, wie Sonnemann, der die Tatsache zwar vor einigen Jahren abzustreiten versuchte, aber nur mit dem Erfolge, daß seine Anwesenheit urkundlich festgestellt wurde. Daß so gute Kenner der kapitalistischen Produktionsweise, wie er und seinesgleichen, sich so ganz und gar über die prinzipielle Bedeutung des Nürnberger und des Eisenacher Programms getäuscht haben sollten, ist schwer anzunehmen; vermutlich haben sie eine Hand im Spiele behalten wollen, um bis in die zwölfte Stunde hinein zu versuchen, ob sich die Arbeiter nicht doch noch beherrschen ließen. Eher darf man zugunsten der schwäbischen Kleinbürger annehmen, daß sie einfach nicht verstanden haben, was in Nürnberg und Eisenach beschlossen worden war; nun da ihnen die Baseler Beschlüsse ein überraschendes Licht angezündet hatten, gebärdeten sie sich wie von der Tarantel gestochen. Besonders bemühten sie sich, die süddeutschen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzusprengen; sie spekulierten auf die Reste des Kantönligestums namentlich unter den schwäbischen Arbeitern, und auch nicht ganz ohne Erfolg. Der Landesverband der württembergischen Arbeitervereine löste sich trotz seines Anschlusses an die Eisenacher nicht auf, und sein Schriftführer Bronnenmeyer, der von je die Seele dieses Verbandes gewesen war, äußerte sich im Stuttgarter Beobachter sehr mißtrauisch gegen die Diktatur von Marx, die er in dem ganz unverfänglichen Beschlusse des Baseler Kongresses sah, wonach der Generalrat der Internationalen im Bedürfnisfalle die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften vermitteln sollte.

Mein Bebel fuhr den volksparteilichen Machenschaften geschickt und schnell durch die Parade. Er unternahm vom 5. bis zum 30. November eine Agitationsreise nach Süddeutschland, die ihn über Koburg, Bamberg, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Augsburg und München in eine Reihe württembergischer Orte führte und die süddeutschen Arbeiter vollständig aufklärte. Der schwäbische Landesverband verzichtete auf eine fernere Sonderexistenz, und in Stuttgart, wo Bebel im großen

Saale der Lieberhalle sprach, wäre es schon zum völligen Bruche mit der Volkspartei gekommen, wenn nicht noch der Redakteur des Stuttgarter Beobachters vermittelt eingegriffen hätte. Aber gerade der Stuttgarter Beobachter brachte dann aus der Feder Julius Freeses, eines volksparteilichen Preußenfressers, der bald darauf habsburgisches Neptil wurde, gegen Bebels Rede drei lange Artikel, die an stupender Unwissenheit in sozialen Fragen womöglich noch unter der Weisheit von Schulze-Delitzsch standen. Bebel antwortete im Volksstaate mit einer Reihe von Aufsätzen, die er auch gesammelt unter dem Titel: Unsere Ziele herausgab. Es war seine Erstlingschrift; frisch und kräftig geschrieben, befandete sie an mehr als einer Stelle ein fleißiges Studium des Kapitals von Marx, fußte im wesentlichen aber noch auf den Agitationschriften Lassalles. Liebknecht gab jetzt auch die Volkspartei auf; am 13. Januar 1870 schilderte er sie den Leipziger Arbeitern ungemein treffend mit den Worten: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie bloß aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland, und auch hier nur in Schwaben, hat sie Massen hinter sich, aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedenartigsten, augenblicklich durch den Kampf gegen die ‚Verpreßung‘ zusammengehaltenen Elemente.“ Ein paar Monate später hielt Liebknecht im Schützenhause zu Meerane einen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage, der die Baseler Beschlüsse gegen die Angriffe der Volkspartei wirksam verteidigte und, später in erweiterter Form gedruckt, ebenso wie Bebels Streitschrift eine vortreffliche Agitationswaffe der Eisenacher wurde.

Ohne Frage aber hatte die anfängliche Zurückhaltung dieser Fraktion gegenüber den Baseler Beschlüssen dazu beigetragen, Schweizers Stellung wieder zu befestigen. Das Abonnement auf den Sozialdemokraten nahm im Oktober zwar nicht zu, wie seit zwei Jahren in jedem neuen Quartal, aber doch auch nicht ab. In 16 Orten war es gesunken, aber in 12 Orten gestiegen; wie immer marschierte Hamburg voran mit 1214, dann kam Berlin mit 765, Elberfeld-Barmen mit 176, Hannover mit 130 Abonnenten. Im ganzen hielt sich der Sozialdemokrat mit 5000 Abonnenten, während der Volksstaat ihrer erst 2000 zählte. Indem der Sozialdemokrat eine genaue Abrechnung über das Abonnement

veröffentlichte, fügte er triumphierend hinzu, der ganze Ansturm der „bürgerlichen Demokratie“ habe also nicht mehr erreicht, als eine augenblickliche Stockung in dem Siegesmarche der Arbeiterklasse. Gewiß war die Behauptung der Eisenacher, daß Schweizer nur noch eine fanatisierte Herde hinter sich habe, vollkommen unrichtig. Die geschulten Arbeitermassen in Hamburg und am Rhein wußten sehr wohl, weshalb sie an der alten Fahne festhielten, und die Ersatzmänner, die an die Stelle der Bracke, Geib und York traten, waren nicht minder rege und tüchtige Kräfte: der Weber Harm in Elberfeld, der Tischler Dreesbach in Düsseldorf, der Zigarrenarbeiter Meimer in Altona, der Maschinenbauer Frohne und der Zigarrenarbeiter Meißter in Hannover, der Tischler Pfannkuch in Kassel, der Tischler Meinders in Breslau, die Zimmerer August und Otto Kapell in Berlin und viele andere noch. Schweizer unternahm jetzt eine siebenwöchige Organisationsreise durch Deutschland, um die letzten Spuren der Verwirrung innerhalb des Vereins zu beseitigen. Er ging erst nach Stettin, von da nach Breslau und Peterswalbau, dann ins Königreich Sachsen nach Dresden, Limbach und Leipzig, darauf über Staßfurt, Egeln, Magdeburg nach Hamburg, Altona, Kiel, Neumünster, Harburg, Bismarck, Hannover, Bremen, Kassel. Am Rhein besuchte er Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Eisen, Remscheid, Köln, und schließlich in Süddeutschland Frankfurt, Offenbach, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München und Würzburg. In allen diesen Orten hielt er geschlossene Mitgliederversammlungen ab und stellte jedem Mitglied frei, ihn über die persönlichen Vorwürfe zu interpellieren, die gegen ihn erhoben würden; an Honorar für die anstrengende Reise bezog er den für die Agitatoren des Vereins ausgeworfenen Satz: Fahrgehalt dritter Klasse und anderthalb Taler täglicher Diäten.

Noch während seiner Abwesenheit eroberte Lölcke nun auch endlich Berlin. Die Fortschrittspartei verstand seit 1866 die Welt nicht mehr; sie wollte um keinen Preis an dem Tische der materiellen Vorteile fehlen, den Bismarck der Bourgeoisie deckte, aber sie wollte ihre politischen Ideale auch nicht so unbekümmert, wie die Nationalliberalen, unter diesen Tisch werfen, sondern sie etwa noch als harmlosen Tafelschmuck verwenden, was Bismarcks Nerven nun einmal nicht vertrugen. In diesem Dilemma schwand sie dahin; als sie im Sommer 1869 ein kleines Spektakelchen gegen die Gründung eines Klösterchens in der „Stadt der Intelligenz“ anzurichten versuchte, zeigte sich, wie alters-

schwach und lendenlahm sie geworden war; ein energischer Schlossermeister sammelte die paar ultramontanen Elemente, die es in Berlin gab, und schlug regelmäßig ein Loch in die Kulturpaute, auf der die Fortschrittler ihr Bumbum zu schlagen versuchten. Sie probierten es nun mit einem anderen Streiche; ihre Landtagsabgeordneten forderten die preußische Regierung durch einen feierlichen Antrag auf, für eine allgemeine Abrüstung der europäischen Großstaaten auf diplomatischem Wege tätig zu sein. Der Antrag war nicht Fisch und nicht Fleisch; am Vorabend des deutsch-französischen Krieges, den jeder denkfähige Europäer vorausah, hatte er nicht einmal einen Sinn von dem Standpunkt aus, den der zahme Bürgermann „praktische Politik“ zu nennen pflegt, während er als prinzipieller Protest gegen den Militarismus eine schwächliche Halbheit war; obendrein wurde er im preußischen Abgeordnetenhaus gestellt, wo die konservativ-nationalliberale Mehrheit den bequemen Vorwand der Unzuständigkeit hatte, da die diplomatischen und militärischen Angelegenheiten auf den norddeutschen Bund übergegangen waren. Aber eben weil ihr der Antrag keine ernsthafte politische Verantwortlichkeit aufhub, war die Fortschrittspartei auf ihn verfallen als ein Agitationsmittel, um die unter dem wachsenden Drucke des Militarismus ächzenden Massen wieder an ihre Fahne zu fesseln.

Sie berief am 7. November, an einem Sonntagvormittage, eine Volksversammlung in den mächtigen Saal des Konzerthauses und setzte ihren Abrüstungsantrag auf die Tagesordnung. Nicht nur lautete die offizielle Bekanntmachung auf eine Volksversammlung, sondern die fortschrittlichen Blätter betonten noch ausdrücklich, es solle keine Partei-, sondern eine Volksversammlung sein, obgleich sie wußten, daß sich an einer Volksversammlung, die ohne Unterschied der Partei berufen wurde, auch die sozialdemokratischen Arbeiter beteiligen würden. Die Volkszeitung sagte siegesbewußt, das einladende Komitee, worin so ziemlich alle fortschrittlichen Größen saßen, habe die nötigen Vorkehrungen gegen „etwaige Störungsversuche“ der „großartigen Demonstration“ getroffen.

Es wurde eine „großartige Demonstration“, aber nicht zu Ehren der Fortschrittspartei. Nach Eröffnung der überfüllten Versammlung stellte sich bei der Wahl des Vorsitzenden sofort heraus, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Anwesenden aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand. Lüdke wurde zum Vorsitzenden gewählt, worauf der fortschrittliche Stab, der sich schon behäbig auf dem Bureau eingerichtet

hatte, spurlos über eine Hintertreppe verschwand. Nun versuchte die fortschrittliche Minderheit im Saale selbst die Verhandlungen durch tobenden Lärm zu stören, aber sie wurde, sanfter und unsanfter, je nachdem sie es trieb, sofort entfernt, worauf die Verhandlungen unter Tölkcs Vorsitz in völliger Ruhe verliefen. Nicht nur Lassalleaner, sondern auch Eisenacher und Anhänger Schulzes, die sich zum Worte meldeten, wurden aufmerksam angehört. Die Versammlung schloß mit einer Resolution, die den fortschrittlichen Antrag für eine unverzeihliche Halsheit erklärte; was die europäischen Völker brauchten, sei Beseitigung der stehenden Heere und Einrichtung von Volkswehren, die sich auf eine kriegerische Jugendziehung gründeten; die fortschrittlichen Abgeordneten seien Vertreter der Bourgeoisie; den Arbeitern könnten nur Abgeordnete nützen, die der sozialdemokratischen Partei angehörten.

Die Fortschrittspartei erhob nun eine betäubende Klage über Vergewaltigung des Versammlungsrechts. Dieselben Leute, die Lassalles geschlossene Parteiversammlungen in der ungeniertesten Weise gesprengt oder zu sprengen versucht hatten, spielten jetzt die gekränkte Unschuld, weil die Kraftprobe, die sie selbst provoziert hatten, gegen sie ausgefallen war. Sie und sie allein hatten die Versammlungsfreiheit geschädigt, indem ihre Führer sich weigerten, die rechtmäßige Wahl Tölkcs anzuerkennen, und indem ihr Trotz die Fortsetzung der Verhandlungen unter Tölkcs Vorsitz zu stören suchte. Der Standpunkt des Sozialdemokraten war ebenso einfach wie klar: „Wenn man allgemeine Volksversammlungen einberuft, zu denen jeder ohne Unterschied der Parteirichtung erscheinen kann, so hat man zu gewärtigen, daß in allen Fällen, wo es uns gut scheint, auch unsere Partei am Plage ist. Man hat in allen solchen Versammlungen nach allgemeinem und demokratischem Brauche den Vorsitzenden durch die Mehrheit wählen zu lassen. Will man keine Sozialdemokraten haben, so berufe man Versammlungen von bestimmter Parteifarbe ein. In Versammlungen der Fortschrittspartei und Volkspartei werden wir nicht kommen.“ Deshalb war es auch durchaus nicht angebracht, daß der Demokratische Arbeiterverein, der im Konzerthause durch mehrere seiner Mitglieder völlig unbehelligt zum Worte gekommen war, „sämtlichen Parteien“ ein Bündnis zum Schutze der Versammlungsfreiheit anbot, obendrein noch unter ausdrücklicher Berufung auf seine Zugehörigkeit zur Internationalen. Die bürgerlichen Parteien sahen ihn deshalb nicht weniger über die Achsel an, während

Löbke mit Recht fragte, was wohl der Generalkrat der Internationalen zu einer solchen Taktik sagen werde. Eine häßliche Polemik zwischen den „Sprenggarben“ und den „Judenjüngelchen“ war die leider unausbleibliche Folge des sehr verfehlten Vorgehens. Der Volksstaat seinerseits sagte ehrlich, den Fortschrittlern sei nicht mehr als ihr Recht geschehen, wenn er auch bedauerte, daß die Früchte des Sieges zunächst dem „Hoffsozialismus“ in den Schoß gefallen seien.

Jedoch wollte sich die racheschnaubende Bourgeoisie nicht bloß mit unwahren Verdächtigungen trösten. Sie stiftete die ihr noch anhänglichen Maschinenbauer auf, wieder auf einen Sonntagvormittag, am 28. November, eine allgemeine Arbeiterversammlung ins Universum zu berufen, wo „die Berliner Arbeiter in ihrer Majorität das wißte und skandalöse Treiben Schweigers mit Entschiedenheit verdammen“ sollten. Eine eifrige Heze in den fortschrittlichen Vereinen und Zeitungen leitete die hinterhältige Aktion ein, die darauf hinauslief, einen kleinen Putzsch unter den Berliner Arbeitern zu veranstalten. Der Beginn der Versammlung war auf elf Uhr angesetzt, aber schon um neun Uhr sollten sich die fortschrittlichen Arbeiter durch eine Hintertür ins Universum schleichen, so daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn sie um elf Uhr einträfen, den Saal bereits besetzt finden sollten. Die fortschrittlichen Macher hofften, dann werde Mord und Totschlag entstehen, und mit wie innigem Verständnis die Polizei diese Blüte bürgerlichen Gemüthes würdigte, zeigte das Aufgebot der gesamten Polizeimannschaft, die an dem entscheidenden Morgen unter dem Befehle des Polizeipräsidenten selbst die Plätze und Straßen um das Universum besetzt hielt. Aber Löbke war ein umsichtiger Feldherr. Als etwa tausend fortschrittliche Arbeiter um neun Uhr anrückten, fanden sie das Universum von viertausend sozialdemokratischen Arbeitern umstellt, die in aller Kälte des Wintermorgens schon seit sieben Uhr am Plage waren. Kaum war ein kleiner Vortrab der fortschrittlichen Truppen unter dem Schutze des Rebels durch die Hintertür geschlichen, als die sozialdemokratischen Arbeiter diese Tür entdeckten und sofort verrammelten. Als sich nun die feindlichen Scharen auf offener Straße gegenüberstanden, da erwachte in den fortschrittlichen Arbeitern mächtig das Klassenbewußtsein. Um keinen Preis eine Prügelei unter den Arbeitern zum Gaudium der Bourgeoisie und der Reaktion: in diesem Gedanken fanden sich die Herzen. Als sich um elf Uhr die Pforten des Uni-

versumß öffneten, strömten die Massen ruhig hinein. Der fortschrittliche Maschinenbauer Andreae eröffnete die Verhandlungen mit einer herzlichen Mahnung zu Eintracht und Frieden unter den Arbeitern, dann wurden Tölcke und Büblers zu Vorsitzenden erwählt, und nach bewegten, aber friedlichen Debatten beschloß die Versammlung, daß die Unruhen im Konzerthause durch die Fortschrittspartei veranlaßt worden seien, weil sie den Beschluß der Mehrheit nicht habe anerkennen wollen, und daß jeder, der durch Lärm oder untreue Geschäftsführung eine Versammlung störe, dadurch ein ehrloses Attentat auf das Versammlungsrecht unternehme. Mit der Herrschaft der Fortschrittspartei über die Berliner Arbeiter war es für immer vorbei.

So schienen Schweizers Sterne heller zu strahlen als je. Aber die moderne Arbeiterbewegung kann nie zum Fangball diktatorischer Gelüste werden; sie rächt unerbittlich jeden Versuch, mit ihr ein selbstsüchtiges Spiel zu treiben. Bereits auf seiner Rundreise, so erfolgreich sie im allgemeinen war, hatte Schweizer einen empfindlichen Nackenschlag erhalten. Die bayerischen Mitglieder gehörten auch noch nach dem Eisenacher Kongresse zu seinen treuesten Anhängern; gegen einen Annäherungsversuch, den die Eisenacher auf einem Nürnberger Arbeitertage machten, verhielten sie sich ablehnend. Sie waren jetzt schon so weit, ein kleines Wochenblatt, den Proletarier, in München halten zu können. Aber hiermit war Schweizer unzufrieden; als er nach Augsburg kam und die Mitglieder durch eine packende Rede elektrifiziert hatte, forderte er das Eingehen des Proletariers, da es wie eine Organisation, so auch nur ein Blatt geben dürfe. Er wollte die Herausgeber des Proletariers dadurch entschädigen, daß Franz und Tauscher je 400 Exemplare des Sozialdemokraten zum Vertriebe für ihre Taschen erhalten sollten. Indessen die Bayern weigerten sich, obgleich Schweizer drohte, lieber alle süddeutschen Mitgliedschaften darauf geben zu wollen, als das fernere Erscheinen des Proletariers zu dulden. Er nahm sich dann noch Tauscher allein vor, um ihn heftig zu bearbeiten, jedoch Tauscher erklärte, daß er sich von seinen Genossen nicht trennen werde. Schweizer wollte nun am nächsten Tage in einer Versammlung der Münchener Mitglieder das Eingehen des Proletariers beschließen lassen, aber er scheiterte auch damit. Das Gerücht von seiner Absicht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Münchener Arbeitern, denen der Proletarier lieb geworden war. Als

Schweizer kam wurde er unfreundlich empfangen. Er sprach kein Wort vom Eingehen des Proletariats und verschwand, um niemals wiederzukehren.

Die Folge dieser Vorgänge war die Lostrennung sämtlicher bayerischer Mitgliedschaften vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Sie beriefen für den 23. Januar 1870 einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Augsburg, um eine „Lassalle'sche Arbeiterpartei“ zu gründen, die sich einerseits aller „Führerschaften“ entledigen, andererseits scharf von der Deutschen Volkspartei scheiden sollte. Der Kongreß wurde fast nur von bayerischen Arbeitern besetzt. Im Auftrage des Braunschweiger Ausschusses erschien Bebel, um für den Anschluß der Bayern an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu plaidieren. Seine Rede machte einen guten Eindruck und würde wahrscheinlich ihren Zweck erreicht haben, wenn Bonhorst nicht ein Pamphlet im Saale verbreitet hätte, worin Tauscher als eine durch Sektgelage trunken gemachte Kreatur Schweizers verdächtigt wurde. Erbittert durch diese völlig erfundenen Behauptungen beschloßen die Bayern, vorläufig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sie konstituierten sich als vierte Fraktion.

Als vierte Fraktion, denn inzwischen hatte sich die Gräfin Hagfeldt schon wieder mit Schweizer überworfen. Sie beschuldigte Schweizer des Vertragsbruches: er halte nicht die bei der Einigung eingegangene Verpflichtung, die gewerkschaftliche Bewegung mehr und mehr im Hintergrunde verschwinden zu lassen und organisierte Arbeitseinstellungen möglichst zu hindern. Schweizer bestritt, jemals eine solche Verpflichtung eingegangen zu sein; er habe den Gewerkschaften und Arbeitseinstellungen im Vergleiche zur politischen Bewegung stets eine untergeordnete Stellung angewiesen, aber er habe nie versprochen, sie noch unter diese Stellung herabzudrücken. Es ist schwer anzunehmen, daß er sich so bloßgestellt haben sollte, wie die Gräfin Hagfeldt behauptete, aber ebenso wenig hat er bewiesen oder auch nur zu beweisen gesucht, daß er die Anhänger der Gräfin je zu seiner Auffassung der gewerkschaftlichen Bewegung bekehrt habe. War er dennoch die Verschmelzung eingegangen, so hatte er eine Schuld auf sich geladen, die er jetzt schwer büßen mußte. Ein halbes Jahr nach der feierlich verkündigten Einigung der deutschen Arbeiterpartei war sie vierfach zersplittert, und dies klägliche Ergebnis einer diktatorischen Politik gab dem politischen Ansehen des

Diktators einen harten Stoß. Wohl sagte Schweizer nicht mit Unrecht, daß der Gräfin Hagfeldt bei dem neuen Abfalle nur ein kleiner Teil ihrer früheren Anhänger folge; wirklich verschwindet diese Seite nun bis auf ein paar gespensterhafte Lebenszeichen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Aber vorläufig hatte sie noch so viel Kraft, eine Art Generalversammlung nach Halle zu berufen, wo die heftigsten Anklagen gegen Schweizer laut wurden, die ihn fast noch mehr kompromittierten, wenn sie unrichtig, als wenn sie richtig waren. Denn wie hatte er sich bei auch nur einigem Scharfblick über die Unzuverlässigkeit dieser Bundesgenossen täuschen können?

Was noch weit schlimmer war: die gewerkschaftliche Bewegung wurde wirklich durch Schweizers Taktik schwer geschädigt. An und für sich befand sie sich in einem erfreulichen Aufschwunge. Eine ganze Reihe von Streiks wurde in großen Industriep läzen immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg durchgeföhrt. In Berlin erkämpften sich die Maurer und Zimmerer eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit. In Hamburg wehrten die Holz- und Metallarbeiter der Lauensteinschen Wagenfabrik eine Herabsetzung ihrer Akfordräge um $33\frac{1}{3}$ Prozent, welche die Fabrikleitung mit der anmutigen Begründung angeordnet hatte, daß die Arbeiter keinen Speck aufs Brot brauchten, durch einen hartnäckigen Streik voll aufregender Zwischenfälle ab. In Augsburg richteten sich zwei große Streiks gegen die Entfernung despotischer Vorgesetzter; die Eisengießer in der Maschinenfabrik Augsburg siegten nach einer Woche durch das einmütige Zusammenhalten der Arbeiter, dagegen unterlagen die Arbeiter in der Weberei von Kraus nach zwei Wochen, da es dem Fabrikbesitzer gelang, 500 Weber in Böhmen anzuwerben und durch Extrazug nach Augsburg zu schaffen; mit welchem Opfermut diese Streiks durchgeföhrt wurden, beweist die Tatsache, daß allein in zwei Versammlungen, von denen die eine in Augsburg und die andere in München stattfand, 700 Gulden an Unterstützungsgeldern gesammelt wurden. Wenn aber die sozialdemokratischen Arbeiter immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg ihre gewerkschaftlichen Kämpfe durchföhren, so erhielten die fortschrittlichen Gewerkvereine durch den Waldenburger Streik den Todesstoß. Um der sozialdemokratischen Agitation ein Paroli zu bieten, hatte sich Max Hirsch mit seiner Agitation im Waldenburger Bezirke anzusiedeln versucht, allein die gequälten Bergarbeiter nahmen sein frivoles Spiel für bitteren Ernst und

legten, 6500 Köpfe stark, die Arbeit nieder, während die größtenteils liberalen Grubenbesitzer den Harmonieapostel als einen böswilligen Unruhefister behandelten und mit der Hungerpeitsche die Auflösung „seines“ Gewerkvereins diktierten. Der Streik endete mit einer vollständigen und, soweit es sich um Max Hirsch und dessen fortschrittliche Helfershelfer handelte, schimpflichen Niederlage. Die schlesischen Bergarbeiter mußten ihren Irrtum teuer bezahlen und gingen als verständige Leute zur Sozialdemokratie über, ähnlich wie die Forster Fabrikarbeiter, die bald darauf mit Max Hirsch ähnliche traurige Erfahrungen machten. Das Spiel der Fortschrittspartei war lahmgelegt, kaum daß es begonnen hatte.

Alle diese günstigen Ausichten der gewerkschaftlichen Bewegung wurden durch Schweizers selbstsüchtige Diktatorpolitik schwer geschädigt. In fast alle Arbeiterschaften drang der politische Haber; nur die Maurer und Zimmerer hielten unter Lübbert geschlossen zu Schweizer. Die anderen Arbeiterschaften spalteten sich, und zwar so, daß ihre Präsidenten einschließlich Frisches von Schweizer abfielen, während ein mehr oder minder beträchtlicher Teil der Mitglieder ihm treu blieb. In der gewerkschaftlichen Organisation wirkte der Streit der Fraktionen weit vergiftender, als in der politischen, weil er ihrem Wesen nach ihr fremd war, die schon gewonnenen Kräfte nutzlos zersplitterte und die noch nicht gewonnenen Massen umso mehr abschreckte, als er den Verlust manches Streiks verschuldete, so namentlich eines Zigarrenarbeiterstreiks in Leipzig. Schweizer war aber jetzt schon so verblendet, daß er erst recht auf dem Wege des Diktatorspiels vorwärts schritt; von seiner Organisationsreise zurückgekehrt, schlug er vor, sämtliche Arbeiterschaften in einen Allgemeinen Unterstützungsverband zu verschmelzen, was die Fehler der von ihm begründeten Gewerkschaftsorganisation einfach verdoppeln hieß.

Auf der neunten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 5. Januar 1870 in Berlin zusammentrat und von 8062 zahlenden Mitgliedern durch 39 Delegierte besetzt wurde, zeigte sich, daß die Opposition gegen Schweizers Diktatur keineswegs erloschen war. Es kam zu manchen unerquicklichen Auseinandersetzungen. Schweizer klagte über die „Aristokratie des Vereins“ und die „Intelligenzen“, die immer neue Verwirrung stifteten; er verstände nicht, wie sich Männer tagelang mit Altweibergeklatsch befassen könnten; er

habe es satt, sich in dieser Weise erst mit den Vereinsgegnern und dann mit den Vereinsmitgliedern herumzustritten. Worauf Pfannkuch treffend erwiderte, Schweiger habe durch sein Bündnis mit der Gräfin Sagsfeldt dem Vereine das Altweibergeklatsch aufgehalst. Im ganzen und großen freilich verliefen die sechstägigen Verhandlungen noch günstig genug für Schweiger. Namentlich die immer wiederholte Behauptung der Eisenacher, daß Schweiger die Agitation aus den geheimen Fonds der preussischen Regierung bestreite und dabei seinen persönlichen Vorteil nicht vergesse, wurde nach eingehendster Prüfung der Kassenverhältnisse für vollkommen unrichtig erklärt; auch vermochte Schweiger seine Diktatur zientlich unverfehrt aufrecht zu erhalten. Der Präsident sollte nach wie vor durch die Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden, nur nicht mehr vor, sondern nach jeder Generalversammlung; die Übernahme des Sozialdemokraten als Vereinseigentum wurde abgelehnt und die Preßkommission nicht wieder erneuert; nur der Vorstand erhielt etwas verstärkte Befugnisse. Es blieb bei seiner Zerstreuung über ganz Deutschland, aber er sollte in geregelterm Schriftenverkehr stehen und einigemale im Jahre zusammentreten. Er war befugt, gegen „jeden Nachmißbrauch“ des Präsidenten einzuschreiten, dem sonst jedoch die „volle Macht“ nicht verkürzt werden sollte. Zum Sekretär wurde Tölcke gewählt und zum Kassierer Hasencleber, der zugleich in die Redaktion des Sozialdemokraten eintrat.

Unmittelbar an diese Generalversammlung schloß sich die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, auf der 20674 zahlende Mitglieder durch 89 Delegierte vertreten wurden. Sie endete nach dreitägigen Verhandlungen gleichfalls mit einem Erfolge Schweigers. Die Kassenverhältnisse befanden sich in guter Ordnung, und Schweigers Antrag auf Verschmelzung aller Arbeiterschaften in einen einzigen Verband wurde mit etwa 12000 gegen etwa 9000 Stimmen angenommen. Aus Rücksicht auf die starke Minderheit beschloß die Generalversammlung, die tatsächliche Ausführung des Beschlusses bis zum 1. Juli 1870 zu verschieben, doch lag darin kein Mißtrauen gegen Schweiger. Wie aus den Verhandlungen hervorging, war die Minderheit dem Antrage Schweigers keineswegs abgeneigt, sondern wollte ihn nur allmählich ausgeführt wissen, aus Rücksicht auf die „künftigen“ Vorurteile vieler Arbeiter.

Gleich nach diesen Versammlungen erfocht Schweiger noch einen Sieg über Johann Jacoby. Der Wahlvorstand des zweiten Landtagswahl-

bezirks von Berlin berief die Wähler zum 20. Januar ins Neue Gesellschaftshaus am Kottbuser Tor, um den Bericht ihrer Abgeordneten, des Stadtrats Munge und eben Johann Jacobys, entgegenzunehmen. Unter diesen Wählern befanden sich viele Sozialdemokraten. Sie erschienen unter Führung Schweigers und Hasenclevers, die gleichfalls in dem Bezirke wohnten, und bei der Wahl des Vorsitzenden ergab sich, daß sie die große Mehrheit hatten. Die fortschrittlichen Führer spielten wieder die gekränkten Biedermänner und trabten mit Munge an der Spitze davon; Jacoby aber dachte logisch genug, das demokratische Prinzip nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der Tat zu bekennen. Er blieb unter Schweigers Vorsitze und sprach, trotz seiner leisen Stimme achtungsvoll von den Arbeitern angehört, über die Ziele der Arbeiterbewegung. Seine Rede enthielt das berühmt gewordene Wort: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Werte sein, als der Schlachttag von Sadowa“; sie näherte sich dem wissenschaftlichen Kommunismus so weit, wie es für einen bürgerlichen Ideologen möglich war, und jedenfalls weit genug, um die Berliner Fortschrittler und die Frankfurter Demokraten mit gleichem Entsetzen zu schlagen. Aber sie hütete sich, theoretisch wie praktisch, den letzten Schritt zu tun. Weber bekannte sie sich theoretisch zum Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das jede Ausbeutung unmöglich macht, noch auch bekannte sie sich praktisch zum Klassenkampfe, im Einklange mit der Tatsache, daß Jacoby kurz vorher einen Aufruf der fortschrittlichen Manchesterleute für die Waldenburger unterzeichnet hatte, worin es hieß, daß in Deutschland kein Raum für einen Klassenkampf sei. Jacoby wollte die soziale Frage durch ein Handinhandgehen des Staates, der Unternehmer und der Arbeiter gelöst wissen, und so war es vollkommen zutreffend, wenn die Versammlung auf Hasenclevers Antrag beschloß, daß Jacoby manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Jedoch wenn Schweiger damit einen großen Schlag gegen die Eisenacher geführt zu haben glaubte, so überschätzte er seinen Erfolg beträchtlich. Praktisch hatte Jacobys Rede keine besondere Bedeutung; der Volksstaat druckte sie zwar in ihrem Wortlaut ab und verteidigte sie auch gegen Schweigers Angriffe, aber er war viel zu tief in allen Sturm und Drang des Klassenkampfes verwickelt, als daß er sich von Jacoby hätte beirren lassen. Sowohl die sächsische Regierung wie die sächsischen

Fabrikanten zerstörten durch ihre Verfolgungen die Utopie eines friedlichen Zusammenwirkens zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, und sie hätten es selbst dann getan, wenn diese Utopie irgendwo anders entstanden wäre, als in Jacobys gelehrter Stubenluft. Die Eisenacher hatten sehr schwer zu kämpfen, namentlich mit der Finanznot; der Revolutionsfonds, dessen bürgerlich-republikanische Verwalter nun auch schwölerig zu werden begannen, half mit 3500 Francs noch einmal über die ersten Hindernisse fort, aber sie kämpften sich redlich durch und schufen sich namentlich im sächsischen Proletariat eine uneinnehmbare Festung. Im April 1870 wurde Plauen, die wichtigste Fabrikstadt des Vogtlandes, wo Max Hirsch 1869 in einer Nachwahl durchgeschlüpft war, durch Bebel erobert; wie Max Hirsch selbst verzweifelt klagte, verbandte er es nur der Großmut Bebels, daß er als erwählter Vertreter des Wahlkreises überhaupt noch zum Worte kam. Mit Ausnahme Zittaus und Frankenberg's hatte die fortschrittlich-manchesterliche Herrschaft über die Arbeiter jetzt überall in Sachsen ausgespielt. Die Abonnentenzahl des Volksstaats stieg bis zur Mitte des Jahres 1870 auf etwas über 3000 Abonnenten; er zählte deren in Leipzig 198, in Dresden 159, in Köln 128, in Crimmitschau 124, in Glauchau 119, in Mainz 96, in Zwickau 93, in Meerane 91, in Breslau 88, in Chemnitz 85, in Braunschweig 78, in Hamburg 75, in Stuttgart 71, in Berlin 63, in Verbau 61, in Pest 55, in Augsburg 40 und ebensoviel in Nürnberg.

Außerlich spielten sich die Kämpfe der beiden Fraktionen in sehr unerfreulichen Formen ab. In der Presse warf man sich gegenseitig Verrat an der Arbeitersache vor, und in den Arbeiterversammlungen kam es oft zu tumultuarischen Auftritten. In jenem Punkte traf die Eisenacher, in diesem die Lassalleaner der größere Teil der Schuld. Aber trotz dieses Kampfes und in gewissem Sinne auch durch ihn vollzog sich eine wachsende Annäherung der Fraktionen. Typisch dafür war der Verlauf des zweiten Kongresses, den die Eisenacher zu Pfingsten 1870 in Stuttgart abhielten. Nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission beteiligten sich daran 74 Delegierte von 111 Orten; nicht vertreten waren 47 Orte, in denen die Partei Anhänger zählte. Die Gesamtzahl der in Stuttgart vertretenen Parteigenossen belief sich auf 15398, also nur auf den zehnten oder neunten Teil der Arbeiter, die in Eisenach vertreten gewesen waren, und selbst diese Ziffer war sehr ansechtbar, da sie sich nicht ausschließlich auf zahlende Mitglieder beschränkte und auch

noch mehrere tausend österreichische und schweizerische Arbeiter umfaßte. Der Volksstaat, dem sich keine pessimistische Auffassung der eigenen Parteierfolge vorwerfen ließ, schätzte die Zahl der aktiven Parteigenossen nach der Übersicht, die der Stuttgarter Kongreß gewährte, auf 10 000 ein.

Die Lassalleaner versuchten nun den Kongreß zu stören. Durch Leichhardts eifrige Agitation hatten sie auf dem ungünstigen Boden der schwäbischen Hauptstadt dennoch festen Fuß gefaßt; ein paar Wochen vor der Eröffnung des Kongresses reisten noch einige Agitatoren von auswärts zu, und es gelang ihnen, etwa 250 Arbeiter in einer strammen Organisation zusammenzufassen, welche die Stuttgarter Organisation der Eisenacher in öffentlichen Versammlungen lahm zu legen wußte. Als dann der Kongreß der Eisenacher selbst zusammentrat, beschloß er in einer geschlossenen Vorberatung, für seine öffentlichen Versammlungen zwar Nichtmitglieder zuzulassen, aber von der Debatte auszuschließen, was in der ersten öffentlichen Versammlung zu stürmischen Szenen und zum vorzeitigen Abbruche der Verhandlungen führte. Der Kongreß konnte sein ungestörtes Forttragen nur dadurch sichern, daß er Nichtmitglieder auch von seinen öffentlichen Versammlungen ausschloß.

Trotz dieses unerfreulichen Anfangs trugen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses viel dazu bei, die Beziehungen zwischen den beiden Fraktionen zu klären: sowohl was die Organisation, als auch was die Prinzipien, als auch was die Taktik anbetraf. Es hatte sich bald herausgestellt, daß die in Eisenach beschlossene Organisation zu schwerfällig war. Man beließ den Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel, verlegte aber die Kontrollkommission von Wien nach Hamburg-Altona-Harburg. Ferner ließ sich nicht durchführen, daß jeder Eisenacher Parteigenosse zugleich Mitglied der Internationalen, der Partei und eines Lokalvereins sein sollte. Die Forderung, persönlich in die Internationale einzutreten, war nur von einer geringen Zahl der Mitglieder befolgt worden und blieb auf sich beruhen. Dagegen hob der Stuttgarter Kongreß die Verpflichtung der Mitglieder auf, Lokalvereine zu gründen. Er beschloß, daß die örtlichen Mitgliedschaften Vertrauensmänner und Revisoren wählen sollten, um durch sie mit dem Ausschusse zu verkehren, womit eine bedeutende Annäherung an die Organisation der Lassalleaner vollzogen wurde. In einer anderen Beziehung vertiefte sich der Unterschied zwischen der Organisation beider Fraktionen zwar noch, jedoch so, daß die richtige Auffassung der Eisenacher klar hervortrat. Der Sozialdemokrat war an

folgerichtiger Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus dem Volksstaate noch immer sehr überlegen, aber der weite Raum, den das Organ der Eisenacher der Selbstverständigung der Parteigenossen einräumte, hatte doch auch eine gute Seite, indem er ihr geistiges Interesse wirksam anregte. In Stuttgart wurde die Gründung eines literarischen Aktienunternehmens zur Verbreitung der Parteiliteratur beschlossen und der bayerischen Fraktion, die sich nunmehr endgültig mit den Eisenachern verschmolz, die Fortführung des Proletariats gestattet. Gleich darauf gründete Karl Hirsch in Grimmitschau den Bürger- und Bauernfreund, das erste, täglich erscheinende Lokalblatt der Partei. Allerdings hatte auch Schweizer, um den Proletarier zu erdrücken und die Massen namentlich in Süddeutschland besser zu packen, im Einverständnis mit dem Vorstände am 1. April 1870 den Agitator ins Leben gerufen, ein kleines Wochenblatt mit so billigem Abonnementspreise, daß es, wenn überhaupt, so doch nach der günstigsten Berechnung erst mit 50 000 Abonnenten auf seine Kosten kommen konnte. Aber es gewann nicht mehr als 15 000 Abonnenten und schädigte obenbrein den Sozialdemokraten, von dem es bei aller geschickten Redaktion nur ein Ableger war, so sehr, daß dies Hauptorgan der Lassalleaner vom 1. Juli ab wieder in kleinerem Format erscheinen mußte. Die allzu straffe Zentralisation hatte eben auch ihre Schattenseiten.

Was die Prinzipienfragen anbetraf, so erklärte der Stuttgarter Kongreß auf einen Antrag Bebel's, „daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen werde, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln“. Damit war die Einigkeit beider Fraktionen in einer wichtigsten Frage des wissenschaftlichen Kommunismus festgestellt. Eine andere Übereinstimmung ergab sich in der Gewerkschaftsfrage, wenngleich zunächst mehr in der Unklarheit als in der Klarheit. Die Verschmelzung der Gewerkschaften in einen einzigen Verband wurde auch in Stuttgart lebhaft beifwörtet und nur aus demselben Grunde abgelehnt, aus dem eine starke Minderheit auf der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes sie bekämpft hatte: weil es sich empfehle, an die den Arbeitern aus früherer Zeit bekannten und vertrauten Einrichtungen, an die Innungen und Zünfte anzuknüpfen. So führte der Berichterstatter York aus, und auf seinen Antrag erklärte der Stuttgarter Kongreß die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte für die Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Nicht mit Unrecht sagt ein bürgerlicher Schriftsteller, es sei aus den Debatten nicht zu ersehen, wie der Stuttgarter Kongreß gerade zu diesem Beschlusse gekommen sei. Anscheinend spielten dabei zwei Triebfedern mit. Man war kopfscheu geworden durch die Streiks, die in der ersten Hälfte des Jahres 1870 etwas wild ins Kraut geschossen waren, im umgekehrten Verhältnis zu der stockenden Entwicklung der Gewerkschaften. Wie sich dies Verhältnis gestaltete, geht aus einer Abrechnung hervor, die Schweizer im September 1870 veröffentlichte; danach belief sich in den ersten acht Monaten 1870 das Verwaltungskonto des Arbeiter=schaftsverbandes auf 637, sein Agitationskonto auf 217 und sein Streik=konto auf nur 395 Taler, womit 11 Streiks in Hamburg, Kiel, Lüne=burg, Ulzen, Magdeburg, Eberfeld, Solingen, Münster und München unterstützt worden waren. Allerdings berechnete Schweizer die Beiträge, welche die Klassen der einzelnen Arbeiter=schaften und die freiwilligen Sammlungen auswärtiger Parteigenossen, ungerechnet der örtlichen Sammlungen, für jene 11 Streiks aufgebracht hatten, auf etwa 22500 Taler, aber auch das wollte nicht allzu viel sagen, und dabei waren die Gewerkschaften der Lassalleaner unzweifelhaft die stärkeren. Wie das Präsidium des Arbeiter=schaftsverbandes, so hatte auch der Volksstaat schon gegen das „unsinnige Streitmachen“ protestiert, und York warnte in Stuttgart davor, die „unbedingte Aufgabe“ der Gewerkschaften in den Streiks zu sehen, bei denen die „meiste Kraft erfolglos vergeudet“ werde. Dann aber unterschied man noch nicht genügend zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, die selbst ein so vorgeschrittener Proletarier wie York unterschiedslos durcheinander warf. In der Partei wurde nur vereinzelter Widerspruch gegen den Beschluß des Stuttgarter Kongresses in der Gewerkschaftsfrage laut; bezeichnenderweise erhoben ihn zwei ehemalige Lassalleaner, Hugo Hillmann und der Sattler Krücker in Breslau. Sie führten im Volksstaat aus, daß der Beschluß die bedenklichsten Mißdeutungen zulasse und das historische Wesen der Gewerkschaften verkenne, wozu die Redaktion die nicht sowohl abwehrende als ausweichende Bemerkung machte, die von den Gewerkschaften zu gründenden Produktivgeschäfte sollten nur experimentalen Wert haben, wie die englischen Kooperativgesellschaften.

In den Fragen der Taktik beschloß der Stuttgarter Kongreß auf einen Bericht Liebknechts, sich an den im Herbst bevorstehenden Reichs=tags= und Zollparlamentswahlen „lediglich aus agitatorischen Gründen“

zu beteiligen. Die gewählten Vertreter der Partei sollten sich im ganzen und großen negierend verhalten und jede Gelegenheit benutzen, um die Verhandlungen beider Körperschaften als Komödienspiel zu entlarven, immerhin aber auch „soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klassen wirken“, womit sich wieder eine starke Annäherung an den Standpunkt der Lassalleaner vollzog. Etwa zu gleicher Zeit präziserte Schweizer im Agitator die Aufgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin, daß für sie Reichstag und Zollparlament „im wesentlichen nichts weiter als Agitationsmittel“ seien. Sie hätten bei guter Gelegenheit die sozialistischen Prinzipien zu verkündigen, das reaktionäre, nur scheinparlamentarische Treiben öffentlich zu entlarven und bei wichtigen Abstimmungen (zum Beispiel gegen alle Steuern) mitzuwirken. Tatsächlich gestaltete sich der Unterschied im Frühjahr 1870 so, daß Bebel und Liebknecht sich sehr wenig an den parlamentarischen Verhandlungen beteiligten und, wenn sie es taten, den bürgerlichen Parteien in scharf provozierender Weise den Fehbehandelschuh vor die Füße warfen, während Schweizer regelmäßiger an den Sitzungen teilnahm und in sachlicherer, wenn auch keineswegs weniger einschneidender Kritik der einzelnen Vorlagen die sozialdemokratische Auffassung vertrat.

Befolgte Schweizer hierin eine Taktik, die von der historischen Erfahrung der nächsten Jahrzehnte als die richtige bestätigt werden sollte, so gab er sich in einer anderen taktischen Frage eine Blöße, die klar vor aller Welt enthüllte, daß er mit seinem Diktatorspielen nun wirklich auf den beschränkten Sektenhüptling herabkam. Der Stuttgarter Kongreß hatte beschlossen, bei den Wahlen mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse einzugehen, aber da, wo die Partei keine anderen Kandidaten aufstelle, solchen Kandidaten, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich ihren Standpunkt einnahmen, namentlich aber von anderen Parteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten ihre Stimmen zu geben. Dagegen beschloß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Schweizers Vorsitz einen Monat später in Hannover, überall da, wo sich Parteimitglieder befänden, eigene Kandidaten aufzustellen und bei engeren Wahlen für den fortgeschrittensten liberalen Kandidaten, niemals aber für einen Reaktionär oder einen Eisenacher zu stimmen; für Stichwahlen zwischen Reaktionären und Eisenachern wurde Stimmhaltung, für Stichwahlen zwischen Eisenachern und Liberalen Abstimmung für den Liberalen angeordnet. Danach hatten

bei einer Stichwahl zwischen Bebel und Max Hirsch die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Max Hirsch zu stimmen. Begründet wurde dieser ausschweifende Beschluß mit der angeblichen Heuchelei der Eisenacher, die der Arbeiterfrage mehr schade, als ihr genützt werden könne, auch wenn die politischen Forderungen des Eisenacher Programms errungen werden würden. Allein treffend antwortete der Braunschweiger Ausschuß der Eisenacher auf die traurige Sophisterei, das heiße Arbeiter gegen Arbeiter, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten hetzen, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei werde daran festhalten, jedem Arbeiterkandidaten vor jedem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben.

Auf den Wegen, auf die sich Schweizers Diktatur mehr und mehr verirrte, mußte sie elend untergehen. Es war noch ein Glück für sie, daß sie vor ihrer völligen Abwirtschastung in einem gewaltigen Gewitter zusammenbrach, und dies Gewitter schwennte mit ihr zugleich den tiefsten Grund des Habers fort, der das Klassenbewußte Proletariat in Deutschland spaltete. War das Schlachtfeld von Königgrätz die Geburtsstätte dieses Habers gewesen, so wurde das Schlachtfeld von Sedan seine Grabstätte.

Anmerkungen.

Die Zeit von 1863 bis 1878, die in der ersten Auflage als „die Jugendjahre der Sozialdemokratie“ zusammengefaßt war, ist nunmehr in drei Abschnitte gegliedert, von denen der erste bis zum Tode Lassalles, der zweite bis zum deutsch-französischen Kriege und der dritte bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes reicht. Es geschah, um den inneren Zusammenhang der historischen Entwicklung schärfer herauszuarbeiten. Je länger ich mich mit diesen Dingen beschäftigt habe, um so klarer ist mir geworden, daß der innere Streit, der das erste Jahrzehnt der Parteigeschichte erfüllt, seine eigentliche Wurzel in der nationalen Frage hatte, daß alle sonstigen politischen und sozialen Differenzen in letzter Instanz auf das Problem zurückführten, wie sich die Arbeiterklasse nicht prinzipiell — denn im Prinzip war man darüber einig, daß die deutsche Einheit auf Grund von Bismarcks Blut- und Eisenprogramm alles andere eher, als die Erfüllung demokratischer Ideale sei —, sondern faktisch und taktisch zu stellen habe. Wenn dies Problem tatsächlich den Bruderzwist veranlaßte, so mag man heute bei einem Rückblick auf die nunmehr für immer verklungenen Kämpfe sich des getrösten, daß es nur durch ihn zu lösen war. Denn die Frage hatte eben ihre zwei Seiten, deren jede in ihrer besonderen Art durchgekämpft sein wollte, ehe sie dauernd entschieden werden konnte.

Von den drei Büchern, in die ich nunmehr die fünfzehn Jahre von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes geteilt habe, enthält der vorliegende Band die beiden ersten, die Agitation Lassalles und den Streit der Fraktionen. Gegen die erste Auflage hat namentlich das Kapitel über die Anfänge der Partei eine, wie ich glaube, wesentliche und wertvolle Bereicherung erfahren, dank einem Bündel von 87 Briefen, Depeschen, Protokollen und sonstigem handschriftlichen Material, das Freund Motteler, der alte, getreue Archivar der Partei, mit unermüdlicher Sorgfalt gesammelt und mir zur Benutzung anvertraut hat, wofür ich ihm auch an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank aussprechen will. Es läßt sich jetzt bis ins einzelne hinein klarstellen, einerseits ein wie naturwüchsiges Kind der deutschen Arbeiterklasse die deutsche Sozialdemokratie ist, andererseits wie unschätzbare und unsterbliche Dienste ihr Lassalle als Geburtshelfer geleistet hat.

An dem Buche über den Streit der Fraktionen habe ich keine durchgreifenden Verbesserungen vorzunehmen gehabt, am wenigsten an dem,

was ich über Schweizer sage. Wenn ich in der ersten Auflage mit der Möglichkeit rechnete, daß andere denselben historischen Stoff nach den Quellen bearbeiten und zu anderen Ergebnissen gelangen würden, so hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Auch nicht in einem Punkte ist mein Urteil über Schweizer selbst nur ernsthaft diskutiert, geschweige denn widerlegt worden. Daran ändert auch nichts, daß der Vorwärts in seiner Besprechung meiner ersten Auflage aus dem von mir beigebrachten Material allerlei gegen Schweizer herauszuklügeln versucht hat, oder daß R. Eisner in seiner Broschüre über Liebknecht „durch die fernere geschichtliche Entwicklung unzweideutig bewiesen“ sehen will, daß Schweizer „kurzsichtigste Augenblickspolitik“ betrieben habe. Das sind Redewendungen, aus denen nichts hervorgeht, als daß ihre Urheber sich nicht die Mühe gegeben haben, die Dinge selbst zu studieren.

Anders steht es natürlich mit der Polemik, die Bebel gegen meine Auffassung Schweizers gerichtet hat. Bebel will in einer Gesamtdarstellung seiner und Liebknechts Kämpfe mit Schweizer die Unrichtigkeit meiner Darstellung nachweisen, und es versteht sich, daß ich darüber nur meine Genugtuung aussprechen kann. Nichts hat mir ferner gelegen, als eine persönliche Vorliebe für Schweizer, den ich nie gekannt habe und den ich, bis mich die Quellen eines Besseren belehrten, ebenfalls für einen sehr bedenklichen Politiker gehalten habe; mir ist es allein um die historische Wahrheit zu tun, der ich je nachdem Schweizer so willig opfere, wie ich sie auch gegen die eingewurzeltste Parteilegende vertrete. Wird also meine Auffassung Schweizers so urkundlich widerlegt, wie ich sie entwickelt habe, so gebe ich sie gerne preis, wie ich unbeirrt an ihr festhalte, so lange sie nicht urkundlich widerlegt ist.

Deshalb will ich mich gegen Bebel auch gar nicht darauf berufen, daß nicht nur alle alten Lassalleaner, sondern auch alle alten Eisenacher, die mir die Freude gemacht haben, sich zu mir mündlich oder schriftlich über meine Parteigeschichte zu äußern, ihre Genugtuung darüber ausgesprochen haben, daß ich, ohne die wirklichen Fehler Schweizers irgendwie zu beschönigen oder den Kampf der Eisenacher gegen ihn irgendwie herabzusehen, das Übermaß von Schuld beseitigt habe, das nach der herkömmlichen Parteitradition auf ihm lastet, höchstens mit dem Vorbehalt einzelner von ihnen, daß ich, um die verbogene Gerte gerade zu biegen, sie in dieser oder jener Einzelheit vielleicht zu sehr nach der entgegengesetzten Seite gebogen habe, worüber ich nicht lange streiten will. So sehr mich diese zustimmenden Äußerungen erfreut haben, so sehe ich in ihnen allerdings auch keinen durchschlagenden Beweis für mich oder gegen Bebel, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sich solche streitigen Fragen auf dem Wege persönlicher Erinnerungen aus einer, um ein Menschenalter zurückliegenden Zeit überhaupt nicht entscheiden lassen. Als Engels seine biographische Skizze über Marx für das Handwörterbuch der Staatswissenschaften schrieb, hat er sicherlich seine per-

fönlichen Erinnerungen sorgfältig geprüft, und gleichwohl findet sich fast in jedem Satze ein Irrtum. Oder man vergleiche Liebknechts noch in seinen letzten Lebensjahren wiederholte Behauptung, daß Lassalle im Jahre 1859 ein Napoleonschwärmer gewesen sei und im Jahre 1864 aus Angst vor einer Konferenz mit Marx und Engels einen indirekten Selbstmord begangen habe, mit den nunmehr veröffentlichten Briefen Lassalles an Marx und Engels!

Entscheiden lassen sich derartige historische Fragen nur auf dem Wege historischer Kritik. Deshalb begrüße ich freudig die Darstellung, die Bebel angekündigt hat, lebe aber einstweilen der zuversichtlichen Hoffnung, daß wenn er das urkundliche Material über den Streit der Eisenacher und Lassalleaner durchnimmt, sein Urteil über Schweitzer sich wesentlich zu dessen Gunsten ändern wird, ohne daß er deshalb dem Rechte seiner Kämpfe gegen Schweitzer etwas zu vergeben braucht.

Hauptquellen für die Geschichte der Partei von 1863 bis 1878 sind ihre damaligen Zeitungen: Nordstern, Hamb. 63 bis 65, Sozialdemokrat, Berl. 64 bis 71, Demokr. Wochenbl., Leipz. 68 und 69, Volksstaat, Leipz. 69 bis 76, Neuer Sozialdemokrat, Berl. 71 bis 76, Vorwärts, Leipz. 76 bis 78. Sonst ist diese Periode verhältnismäßig häufig bearbeitet worden: Jörg, Gesch. d. sozialpol. Part., Freiburg 67, und Jäger, D. moderne Sozial., Berl. 73, beide vom ultramontanen, R. Meyer, Emanzipationsk. d. viert. Standes, Berl. 74, vom konservativ-sozialen, Mehring, D. deutsche Sozialdemotr., Bremen 77, vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus. Jörgs und Jägers Schriften, namentlich aber Meyers umfangreiches Werk waren für ihre Zeit sehr verdienstliche Arbeiten; was meine damalige Schrift angeht, so sei, wer sich etwa dafür interessieren sollte, auf Mehring, Kapital und Presse, Berl. 91, verwiesen. Laveleye, Le socialisme contemporain, Bruxelles 81, auch deutsch v. Cheberg, Lüb. 84, ist oberflächlich, namentlich nach Jäger und Meyer zusammengeschrieben; eine ungleich bessere Übersicht des sozialpolitischen Parteiwesens in den siebziger Jahren gibt Scheel, Unf. sozialpol. Part., Leipz. 78. Doch sind alle diese Schriften, soweit sie eine historische Würdigung der deutschen Sozialdemokratie versuchen, mehr oder weniger überholt.

Drittes Buch.

Lassalle und das Leipziger Zentralkomitee. Schmoller, Kleingewerbe. Kampffmeyer, Mod. Gesellschaftsklassen. J. S., Beiträge z. Entwicklungsgesch. d. deutschen Großindustrie N 3 11², 620. Huber, Handwerkerbund u. Handwerkerlot, Nordh. 67. Thun, Industrie a. Niederrhein. Wahlteich, Weitling, Zukunft 78. Ellissen, Langes Biographie, Leipz. 94. Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie, Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903 (mit Beiträgen von Bebel, Wahlteich, Mehring und Jaech), Leipz. 03. Roßmäßler,

G. Wort a. d. deutschen Arbeiter, Berl. 63. Wahlteich, Der Parteikampf zwischen d. Sozialisten i. Deutschl., Chemnitz. Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Koburg 63 bis 66. Schulze-Delitzsch, Arbeiterkatechismus, Leipz. 63. Lassalle, Off. Antwortschr. In den Einleitungen zu Lassalles Agitationschriften gibt Bernstein viel historisches Material über Lassalles Agitation. Marx, Programmbrief NZ 9', 561. Marx, Kapital 1, 662. Bernstein, J. Frage d. ehern. Lohngef. NZ 9', 294. Lassalle, Briefe a. Robbertus (in dessen literarischem Nachlaß), Bucher a. Lassalle in der Biographie Buchers v. Poschinger. B. Becker, Gesch. d. Arbeiteragitation Lass., Braunschw. 74; bemerkenswert wegen urkundlicher Mitteilungen, die Auffassung Beckers ist fast durchweg verfehlt und oft sehr ungerecht gegen Lassalle. Robbertus, Off. Brief, Leipz. 63, wieder abgedruckt bei Rozak a. a. O. Lassalle, J. Arbeiterfrage, Leipziger Rede. L. Büchner, Herr Lassalle u. d. Arbeiter, Frankf. 63. L. Büchner, M. Begegn. m. Lass., Berl. 94. Oberwinder, Sozialism. u. Soziald., Berl. 78, enthält einzelne interessante Mitteilungen über die damalige Lage in Frankfurt und Umgegend. Lassalle, Arbeiterlesebuch, Frankfurter Rede. Huber, D. Arbeiter u. ihre Ratgeber, Berl. 63. Schweizer, D. Zeitgeist u. d. Christentum, Leipz. 61. Schweizer, Luzinde, Frankf. 64.

Lassalles taktische Wendung. Die Volkszeitung i. ihr. Gesamthalt., a. Manusk. gedr., Berl. 63. Lassalle, D. Feste, d. Presse u. d. Frankf. Abgeordnetent. Die Autorschaft U. Langes an dem Briefe der Süddeutschen Zeitung ist von Bernstein überzeugend nachgewiesen worden. Lassalle, An d. Arbeiter Berlins. Busch, Unser Reichskanzler, Leipz. 84. Lassalle, D. Wissenst. u. d. Arbeiter. Lassalle, Kriminalprozeß II und III. Lassalle, D. indir. Steuer u. d. Lage d. arbeit. Klasse. Der Hochverratsprozeß wider Lassalle. Lassalle, Bastiat-Schulze. Das Unvermögen der Universitätsgelehrsamkeit, Lassalles Wirksamkeit in ihrem Zusammenhange zu begreifen, ist heute so groß, wie vor dreißig Jahren: neben Sombart und auch Hertner siehe darüber G. Mayer, Lassalle als Sozialökonom, Berl. 94, und L. O. Brandt, Lassalles sozialökon. Anschauungen u. prakt. Vorschläge, Jena 95. Über den angeblich proudhonistischen Agitationsplan, der in Lassalles Nachlaß gefunden worden sein soll, schrieb Bucher am 15. Jan. 66 an die Gräfin Hahfeldt: „Ich glaube den Willen Lassalles zu exekutieren, indem ich diese Scripta vernichte“, sagte aber im Sommer 89 zu seinem Biographen Poschinger, wenigstens nach dessen Versicherung: „Ich sagte nicht, daß ich die Lassalleschen Scripta vernichtet hätte, habe sie auch nicht vernichtet, und mich absichtlich zweideutig ausgedrückt, um ferneren Forderungen der Gräfin zu entgegenen, die nach dem Testamente auf diese Papiere kein Recht hatte.“ Danach müßte sich Lassalles Agitationsplan noch in Buchers Nachlaß vorfinden, und so wenig schön Buchers „Zweideutigkeit“ an sich sein mag, so wäre er in diesem einen Punkte nicht so schuldig, daß ihm von Lassalle geschenkte Vertrauen mißbraucht zu haben, wie in anderen Punkten.

Lassalles Ende. Lassalle, Ronsdorfer Rede. Ketteler, D. Arbeiterfrage u. d. Christentum, Mainz 64. Lassalle, Erwiderung auf Wageners Rezension des Basiat-Schulze. Der Düsseldorfer Prozeß wider Lassalle. B. Becker, Lebensende Lassalles, neue Bearb., Nürnberg. 92. Es ist schade, daß die „neue Bearbeitung“ nicht gründlicher mit Beckers gehässigen Glossen ausgeräumt und sich nicht genügend vor der Gefahr gesichert hat, diesen oder jenen neuen Faden in die Legenden über Lassalles Tod zu spinnen. Helene v. Racowitza (Dönniges), M. Bezieh. z. Ferd. Lass., Bresl. 79, ist eine peinliche Sensationschrift, ebenso Poschinger, Lassalles Leiden, Berl. 88, soweit sich diese Veröffentlichung des eifertigen Bielschreibers nicht auf die Wiedergabe Lassallescher Briefe beschränkt.

Viertes Buch.

Die Internationale Arbeiterassoziation. Die beste Schrift über die Entstehung und die ersten Jahre der Internationalen ist immer noch Eichhoff, D. Intern. Arbeiterassoz., Berlin 68. Die Bücher Testutz, Willebrands u. a. taugten von vornherein nicht viel und sind längst veraltet. M(oriß) B(usch), J. Gesch. d. Intern., Leipz. 72, mischt in der plagiatrischen Weise der Bismärdischen Federhelden allerlei Bruchstücke aus anderen Schriften, die er zur besseren Reklame für sein eigenes Nachwerk, aber sonst nicht unrichtig, als „feichte Produkte“ verhöhnt, zu einem ungenießbaren Häringsalat zusammen. Die wichtigste Quelle für die Geschichte der Internationalen, namentlich in ihren deutschen Beziehungen, ist J. Ph. Beckers Borbote, Genf 66 bis 71. Über den angeblich von Marx gefälschten Satz Gladstones in der Inauguraladresse siehe Brentano, M. Polem. m. Karl Marx, Berl. 90, und Engels, In Sachen Brentano kontra Marx, Hamb. 91.

Lassalles Erben. Die Zeit von Lassalles Tode bis zum Ausbruch des deutschen Krieges muß überwiegend an der Hand des Nordsterns und des Sozialdemokraten geschrieben werden. K. Schilling, D. Ausstoß. B. Beckers, Berl. 65, gibt einen Bericht über die Kämpfe innerhalb der Berliner Gemeinde, als Partisan der Gräfin Hagfeldt, so daß die Wichtigkeit seiner Darstellung sowohl von Liebknecht als auch von Schweitzer angefochten worden ist. Engels, D. preuß. Militärfrage u. d. deutsche Arbeiterpartei, Hamb. 65. F. M. Lange, D. Arbeiterfrage, Duisb. 65. (Eugen Richter), Gesch. d. sozialdemokr. Partei i. Deutschl. seit d. Tode Lassalles, Berl. 65. Schulze-Delitzsch, D. Abschaff. d. geschäftl. Miß., Berl. 66. Schweitzer, Der tote Schulze geg. d. leb. Lassalle, Bär. 66. Lölke, Zweck zc. d. Allgem. Deutsch. Arbeitervereins, Berlin 73. Über die Koalitionsdebatte des preussischen Abgeordnetenhauses siehe auch noch Schippel, Beitr. z. Gesch. d. Koalitionsrechts i. Deutschl., MZ 17², 81. Mehring, J. Kritik d. Kritik, ebenda 818. Bebel, G. Amendirg. d. Zuchthausvorl., MZ 18¹, 180. Schippel, D. Fortschrittspartei u. d. Koalitionsrecht 252, und Bebel 253.

Die Revolution von Oben. In noch höherem Grade, als das vorige, beruht dies Kapitel auf der Zeitungsliteratur, namentlich auf dem Sozialdemokraten und dem Vorboten, die reichliche Berichte über alle damaligen Regungen des deutschen Proletariats enthalten. Die historischen Urkunden zur Geschichte des deutschen Krieges bei Hahn, Schultheß u. a. Verwaltungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums f. d. Jahr 71 bis 80, Berl. 82. Dühring, Sache, Leben u. Feinde, Karlsruhe 82. Der Sozialdemokrat und seine Helfershelfer, Genf 67, das Pamphlet, womit die Gräfin Hahfeldt die Wahl Schweikers in Elberfeld-Warmen und Reichenbach-Neurode bekämpfte. Stenograph. Berichte des norddeutschen Reichstags.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus. In das Verständnis des Kapitals führt vortrefflich ein Kautsky, Marx' Ökonom. Lehren, Stuttg. 87. Allgemeine Zeitung, Augsb. 75, Nr. 49 u. 50.

Deutsche Gewerkschaften. Demokr. Wochenblatt, Sozialdemokr., Vorbote. Jacoby, D. Ziele d. deutsch. Volkspartei u. J. demokr. Progr. Über die Leichtfertigkeit, womit M. Hirsch die fortschrittlichen Gewerksvereine begründet hat, siehe Brentano, D. Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, Jahrb. f. Gesetzgebung etc., Leipz. 78. M. Hirsch, D. deutsch. Gewerksver. u. ihr neuest. Gegn., Berl. 79, hat die urkundlichen Nachweise Brentanos keineswegs zu entkräften vermocht.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Demokrat. Wochenblatt, Sozialdemokr., Vorbote. Hoffetten, M. Verhältn. z. Schweiker u. J. Sozialdemokr., Berl. 69. Stenograph. Berichte über d. Gewerbeordnungsdebatte d. nordd. Reichst. Liebknecht, Über d. polit. Stellung d. Sozialdemokr., insbes. m. Bezug a. d. Reichst., Leipz. 69. A. Wagner, D. Abschaff. d. privaten Grundeigent., Leipz. 70. Hebel, Unsere Ziele, Leipz. 70. Liebknecht, J. Grund- u. Bodenfrage, Leipz. 74. Jacoby, D. Ziel d. Arbeiterbewegung.



Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Franz Mehring

Vierter Band

Bis zum Erfurter Programm

Zehnte Auflage

Stuttgart 1921

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von J. F. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

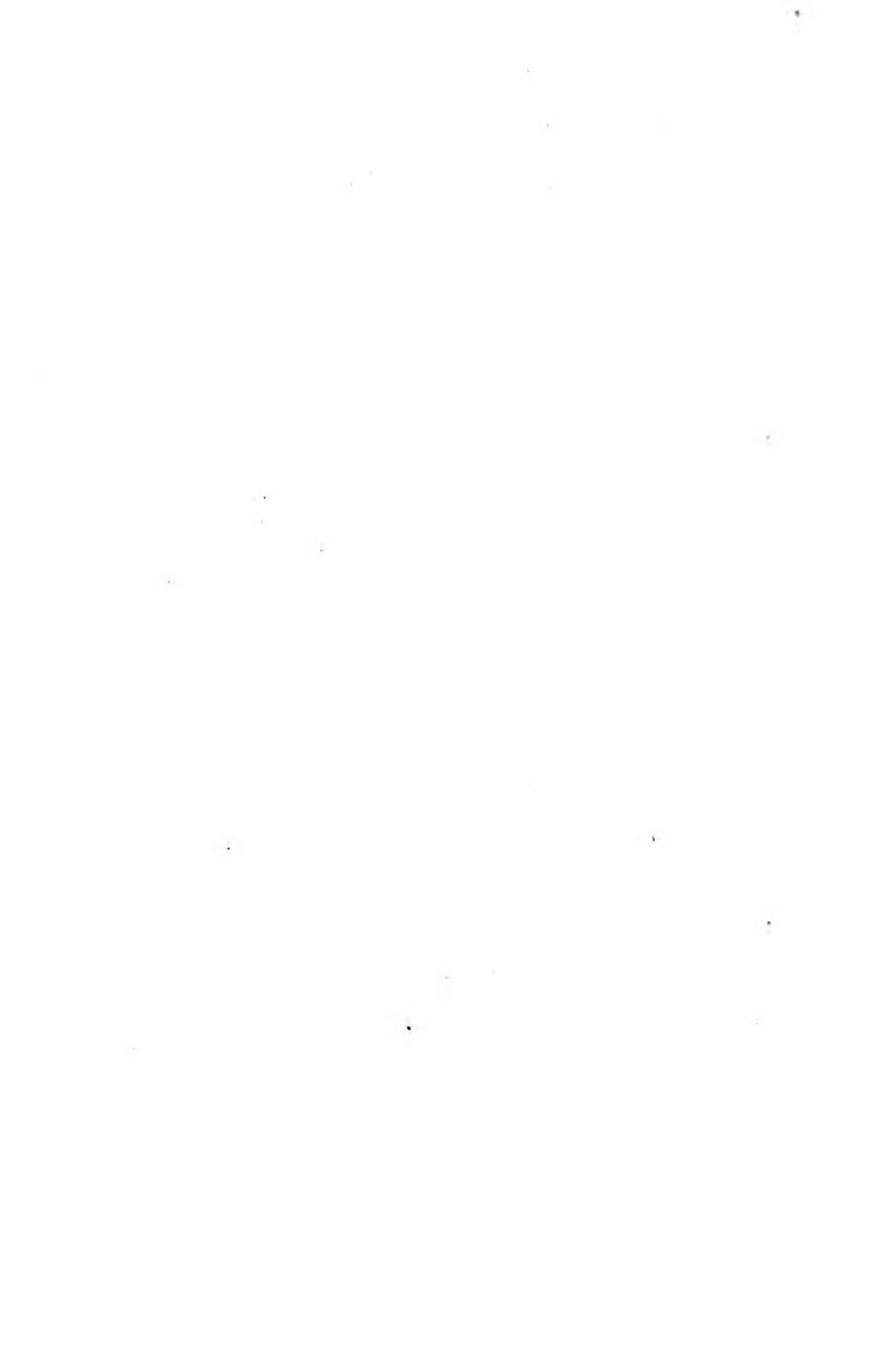
Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Fünftes Buch. Die Einigung der Partei	1
Erstes Kapitel. Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie	3
1. Sedan, Löben, Versailles	7
2. Bismarcks Erleuchtung	19
Zweites Kapitel. Die Hochflut der Milliarden	26
1. Gründungschwindel und Kulturkampf	26
2. Agrar- und Kathedersozialismus	31
Drittes Kapitel. Lassalleaner und Eisenacher	39
1. Das Proletariat im Milliardenregen	39
2. Der Haager Kongreß	50
3. Die letzten Fraktionskämpfe	55
4. Die Ara Lessendorff	71
Viertes Kapitel. Der Gothaer Einigungskongreß	85
Fünftes Kapitel. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands	93
1. Beginnender Reichsbankrott	93
2. Praktische Agitationserfolge	100
3. Theoretische Unsicherheit. Engels gegen Dühring	114
Sechstes Kapitel. Das Sozialistengesetz	125
1. Die christlich-soziale Agitation	127
2. Die Attentate und der weiße Schreden	133
3. Die Entrechtung der Arbeiterklasse	142
Sechstes Buch. Unter dem Sozialistengesetze	153
Erstes Kapitel. Ein Jahr der Verwirrung	155
Zweites Kapitel. Der neue Aufmarsch	170
1. Die Musterung im Schlosse Wyden	170
2. Der entscheidende Kampf	185
3. Der anarchistische Sput	199
Drittes Kapitel. Frage und Antwort	206
1. Die kaiserliche Botschaft	206
2. Der Kongreß in Kopenhagen	213

IV

	Seite
Viertes Kapitel. Wissenschaftliche Sammlung	223
Fünftes Kapitel. Peitsche und Zuckerbrot	231
1. Armenpflege und Lockspigeleien	232
2. Die Kronprinzenpartei und ihr Krach	238
3. Sozialdemokratische Wahlsiege	245
4. Die bayerische Eroberung	252
Sechstes Kapitel. Der Anfang vom Ende	261
1. Worte und Taten	261
2. Fraktion und Partei	265
3. Bismarcks Enttäuschung	275
Siebentes Kapitel. Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes	281
1. Streikerlaß und Geheimbundsprozesse	282
2. Die Faschingswahlen	287
3. Der Parteitag in St. Gallen	294
4. Das Achtungsgesetz	299
Achstes Kapitel. Die neunundneunzig Tage	304
Neuntes Kapitel. Der Zusammenbruch	308
1. Es gelingt nichts mehr!	308
2. Der 20. Februar	312
Zehntes Kapitel. Die Liquidation	325
1. Die Bilanz des Sozialistengesetzes	325
2. Die Alten und die Jungen	328
3. Die Parteitage in Halle und in Erfurt	331
4. Das Erfurter Programm	334
Elftes Kapitel. Von anderthalb bis drei Millionen Stimmen	336
1. Kapitalistische und sozialistische Weltpolitik	337
2. Das Jahrzehnt der Gewerkschaften	345
3. Der Revisionismus	352
Zwölftes Kapitel. Rück- und Vorblicke	356
Anmerkungen	360
Personen-Register	367

Fünftes Buch
Die Einigung der Partei



Erstes Kapitel.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie.

Seit dem Jahre 1866 hatte der diplomatische Krieg zwischen Bismarck und Bonaparte ununterbrochen fortgebauert, immer jedoch so, daß die stärkeren Trümpe in Bismarcks Hand waren.

Er vertrat eine ökonomische Notwendigkeit, die nationale Konsolidierung eines großen Wirtschaftsgebiets, das auf eigenen Füßen zu stehen fähig war, während Bonaparte durch die wachsenden Verlegenheiten eines verfallenden Despotismus vorangetrieben wurde, und etwa noch durch die profitlüsterne Schemelucht der französischen Bourgeoisie, die nach „Rache für Sadowa“ schrie. Der Bonapartismus war jenseits des Rheins längst in absteigender, diesseits des Rheins aber noch in aufsteigender Bewegung; Bismarck konnte noch einigermaßen aus dem Vollen wirtschaften, derweil der andere es mit den verzweifeltsten Streichen eines verlorenen Glücksritters versuchen mußte. Daraufhin mochte es aber niemand wagen, weder Dänemark, Italien und Österreich, die Bonaparte zu einem Angriffsbündnis gegen den norddeutschen Bund gewinnen wollte, noch auch Bismarck, dem der Versucher zwischenein allerlei Handelsgeschäfte mit Land und Leuten vorschlug.

Deshalb war Bismarcks Politik natürlich noch keine ehrliche, volkstümliche oder gar revolutionäre Politik. Wenn er den freiwillig angebotenen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund abschlug, weil dadurch der Kriegsfall mit Frankreich gegeben sei, so war der eigentliche Grund seines Widerstrebens nicht der Kriegsfall als solcher, sondern der allzu ehrliche und volkstümliche Kriegsfall. Hätte Bonaparte den Krieg vom Zaune gebrochen, um sich in rein deutsche Angelegenheiten zu mischen, so konnten die nationalen Leidenschaften in Deutschland bis zu einem Grade entflammen, den Bismarck mit gutem Fug scheute. Er wollte den Krieg mit Frankreich, aber er wollte ihn

als einen dynastischen und kontrerevolutionären Krieg, und so zimmerte er die Falle, die er dem alten Freunde an der Seine stellte, aus den Trümmern einer längst überlebten Kabinettspolitik. Er betrieb heimlich die Kandidatur eines Prinzen aus einer hohenzollernschen Nebenlinie für den spanischen Thron, der im Jahre 1868 durch eine Revolution erledigt worden war. Hätte sein Gegner ihn ruhig gewähren lassen, so wären die Konsequenzen dieser diplomatischen Intrigue für die deutschen Interessen verhängnisvoller geworden als für die französischen. Aber Bonaparte tappte läppisch in die plumpe Falle und erklärte den Krieg wegen der angeblichen Beleidigung, die der französischen Ehre durch die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern zugesügt worden sein sollte. Als der geschicktere der beiden Schwarzkünstler verstand es dann Bismarck, der bonapartistischen Kriegserklärung vollends das Gepräge eines ruchlosen Überfalles aufzudrücken: durch die Fingerfertigkeit, womit er den Sinn der Emser Depesche in sein Gegenteil verkehrte, durch die staunenwert eiserne Stirn, womit er seine Beteiligung an der hohenzollernschen Kandidatur in einer Reihe offizieller Erklärungen abstritt und ähnliche Dinge mehr.

Die Bourgeoisie taumelte hüben und drüben ihren Bonapartes nach, während das Klassenbewußte Proletariat diesseits wie jenseits des Rheins sich über den eigentlichen Charakter des Krieges klar war. Die französischen Mitglieder der Internationalen erließen im Reveil vom 12. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Übergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Torheit“, und zahlreiche ähnliche Adressen französischer Arbeiter verurteilten den „ausschließlich dynastischen“ Krieg. Diese Kundgebungen fanden einen lebhaften Widerhall im deutschen Proletariat; Massenversammlungen in Chemnitz, Leipzig, Fürth, Nürnberg, München schlossen sich ihnen unbedingt an. Dagegen machten andere Massenversammlungen, so namentlich in Braunschweig, wo Bracke, und in Berlin, wo Schweizer sprach, bei aller grundsätzlichen Zustimmung doch den tatsächlichen Vorbehalt, daß der Friedensstörer für diesmal Bonaparte sei und daß Deutschland den Verteidigungskrieg als ein unvermeidliches Übel hinnehmen müsse, es sei denn, daß der Angreifer rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt würde. Beide Versammlungen fanden am 16. Juli statt, und am 23. Juli sagte auch der Generalrat der Inter-

nationalen in einer Adresse über den Krieg, bei aller scharfen Verurteilung sowohl der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften, seinen streng defensiven Charakter abzustreifen, während Johann Philipp Becker im Vorboten mit kernigem Verstande den Chauvinismus geißelte, der auch in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs sein Unwesen trieb.

Kein Zweifel, daß wie in den deutschen Volksmassen überhaupt, so auch in der Masse des deutschen Proletariats das Verlangen vorwog, mit gewaffneter Hand den bonapartistischen Angriff zurückzuweisen. Es wäre auch schwerlich viel anders gewesen, wenn Bismarcks diplomatische Machenschaften damals schon so bekannt gewesen wären, wie sie es heute sind. Möchte Bismarck was immer gesündigt haben und der norddeutsche Bund wie wenig immer mit einem nationalen Idealstaate gemein haben, so galt es, dem Auslande endlich einmal zu zeigen, daß Deutschland entschlossen und fähig sei, seinen eigenen Willen zu haben. Durch alle diplomatischen Lügen hindurch sah das Volk nur die eine Tatsache, daß der Krieg geführt werden müsse, um die nationale Existenz sicher zu stellen. Die süddeutschen Dynastien und Volksvertretungen wurden von dem unwiderstehlichen Strome fortgerissen, und in kampffreudiger Begeisterung strömten Reserven und Landwehren zu den Fahnen. Soweit der Krieg der Abwehr eines bonapartistischen Angriffs galt, war er im höchsten Grade populär, und die offiziellen Gewalten des norddeutschen Bundes beeiferten sich, ihn für rein defensiv, für einen Krieg gegen die französische Regierung, aber nicht gegen das französische Volk zu erklären.

Der norddeutsche Reichstag, der am 19. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, bewilligte einstimmig die geforderte Kriegsanleihe. Jedoch enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, weil sie weder der preussischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Die demonstrative Kundgebung war als solche durchaus logisch, denn an und für sich waren Bismarcks Ränke genau ebenso verwerflich, wie Bonapartes Ränke. Aber praktische Politik wäre diese moralische Demonstration erst dann gewesen, wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, den Bismarck und den Bonapartes das

Handwerk zu legen. Solange diese Möglichkeit fehlte, kam es darauf an, wessen Sache die schlechtere sei und wessen Sieg der verhängnisvollere sein würde. Diese Entscheidung konnte aber nicht zweifelhaft sein. Mit Recht sagte der Sozialdemokrat: „Sieg Napoleons bedeutet Niederlage der sozialistischen Arbeiter in Frankreich, bedeutet die Allmacht der bonapartistischen Soldateska in Europa, bedeutet vollständige Zerstückelung Deutschlands.“ Deshalb stimmten die parlamentarischen Vertreter der Lassalleaner für die Bewilligung der Kriegsanleihe, und zwar nicht nur Schweitzer und Hasenclever, sondern auch Frißsche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, während die ehemaligen Lassalleaner des Braunschweiger Ausschusses mit Liebknechts und Bebel's Stimmenthaltung im höchsten Grade unzufrieden waren.

Ebenso unzufrieden waren sie mit der Haltung des Volksstaats, der in diesen Tagen allerdings bewies, daß mit moralischen Wallungen allein keine konsequente Politik getrieben werden kann. In seiner Nummer vom 17. Juli erklärte das Blatt, der „großmächtige Nordbund“ streiche vor der bonapartistischen Herausforderung die Segel; wer nicht in der Welt nationalliberaler Dichtung lebe, habe dies Resultat voraussehen müssen; „hätte Preußen die französische Herausforderung angenommen, es wäre Wahnsinn gewesen“. In seiner nächsten Nummer vom 20. Juli mußte der Volksstaat diese irrtümliche Auffassung preisgeben und sagte nun vollkommen zutreffend: „Bonaparte will durch Demütigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozialrepublikanischen Bewegung in Frankreich ein ‚inneres Sabowat‘ bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europas. Fällt Bonaparte, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie besiegt. Unser Interesse erheißt die Vernichtung Bonapartes. Unser Interesse steht in Harmonie mit dem Interesse des französischen Volkes.“ Aber in der darauffolgenden Nummer vom 23. Juli hieß es wieder: „Mag sich deutscher und französischer Cäsarismus in Begleitung des Geldprozentums allein schlagen, wir Proletarier haben mit dem Kriege nichts gemein.“ Aus dieser Haltung des Parteiorgans ergab sich ein schwerer Konflikt mit dem Braunschweiger Ausschusse, der in einem Manifeste vom 24. Juli bei vollkommener Aufrechterhaltung des demokratischen und sozialistischen Prinzips dennoch die Auffassung vertrat, daß der Krieg, weil und solange er ein

Verteidigungskrieg sei, von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse.

In den nächsten Wochen kam es zu einer sehr scharfen Spannung dieser Gegensätze. Bracke sprach mit bitteren Worten von der „Monarchie Liebnecht“ und den „Strohpuppen“, welche die Mitglieder des Ausschusses darstellen sollten, während Liebnecht meinte, unmöglich könnten fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die Partei aufstellen; das würde ebenso lächerlich sein, wie jenes über Galilei zu Gericht sitzende Kardinalskollegium. Nun waren aber die „fünf Personen in Braunschweig“ die vom Parteikongresse bestellte Leitung der Partei, und ihre Auffassung hatte unstreitig den weitaus größeren Teil des klassenbewußten Proletariats hinter sich, war also weit weniger „individuell“ als die Auffassung Liebnechts. Nochmals drohte ein Konflikt in der nationalen Frage die deutsche Arbeiterklasse zu zerreißen, aber es war endlich der letzte seiner Art.

1. Sedan, Tötzen, Versailles.

Er fand seine Lösung in der verräterischen Politik der herrschenden Klassen. Der schnelle Siegeslauf der deutschen Heere hatte in kurzer Frist den Thron Bonapartes zertrümmert; am Tage von Sedan war jenseits des Rheins die bürgerliche Republik gesichert, diesseits des Rheins aber die deutsche Einheit, soweit sie für absehbare Zeit zu erreichen war. Deutschland konnte jetzt einen Frieden diktieren, der seine Ehre und seine Interessen vollauf gewahrt, zugleich aber den beiden vornehmsten Kulturvölkern des Kontinents ein freundliches Zusammenleben ermöglicht und damit eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Entwicklung der europäischen Zivilisation gesichert hätte.

Jedoch eben dies paßte durchaus nicht in den Kram der deutschen Fürsten und Junker. Wie war von ihnen eine großmütige und weit-sichtige Politik zu erwarten in dem Augenblicke, wo sie der französischen Nation eine unheilbare Wunde schlagen konnten, dieser Nation, die der feudal-romantischen Herrlichkeit soviel gebranntes Herzeleid angetan hatte! Allerdings hatte der König von Preußen wiederholt in feierlichster Weise erklärt, er führe den Krieg nicht gegen die französische Nation, sondern gegen den französischen Kaiser, der jetzt unschätzlich ge-

macht worden war, aber die deutsche Bourgeoisie übernahm gern die Rolle der Ratte, die mit geschäftigem Zahne das Pentagonum auf der Schwelle des Eroberungskrieges zernagte. „Diese Mittelklasse, die in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1846 bis 1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat, war natürlich höchlichst entzückt, die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten“, schrieb Marx voll bitterer Verachtung.

Bereits am 30. August traten fortschrittliche und nationalliberale „Notabilitäten“ in Berlin zusammen, um in einer Adresse an den preußischen König und in einem Aufrufe an das deutsche Volk die Annexion von Elsaß-Lothringen und damit den Eroberungskrieg vorzubereiten. Neben einem „einigen Reiche“ forberten sie „geschützte Grenzen“, die Welt müsse erfahren, daß „Herrscher und Volk“ entschlossen seien, nachzuholen, was 1815 versäumt worden sei; diese Schuld der Diplomatie habe Europa ein halbes Jahrhundert im bewaffneten Frieden gebüßt, und sie dürfe sich nicht wiederholen. Die bürgerlichen Abrüstungshelden erklärten mit biederemännischer Zuversicht, Europa könne entwaffnen, wenn Deutschland in einem Eroberungskriege Elsaß-Lothringen an sich gerissen habe. Sie verließen sich aber keineswegs allein auf die überzeugende Kraft dieser tiefsinnigen Beweisführung, sondern verhängten in der bürgerlichen Presse einen unbeschränkten Terrorismus über alle, die sich dem Eroberungskriege widersetzen. Sie riefen das „Volk“ auf, solche Bösewichte „entschlossen von seinem Leben, von seinen Versammlungen in Stadt und Staat auszuschließen“, und fügten zu besserer Deutlichkeit in jenen Tagen der Pariser Deutschen-austreibung hinzu: „Wären wir Franzosen, wie schnell würde ihnen das Handwerk gelegt werden.“ Heute erscheinen diese Ausbrüche eines blöden Fanatismus ungleich mehr lustig als fürchterlich, aber in der Bluthitze eines großen Krieges waren sie nicht ganz so harmlos, und die Regierung zögerte nicht, sie durch eine Reihe von Gewalttaten zu krönen.

Gegenüber dem nunmehrigen Eroberungskriege waren der Braunschweiger Ausschuß und der Volksstaat sofort einig, und auch die Lassalleaner schwenkten in die Front gegen den Überwitz des Afterpatriotismus. Während sich aber der Sozialdemokrat darauf beschränkte, die Politik der herrschenden Klassen scharf zu kritisieren, rief

der Braunschweiger Ausschuß in einem Manifeste vom 5. September die deutschen Arbeiter auf, in Massenversammlungen großartige Kundgebungen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. Dem Aufrufe waren einige briefliche Äußerungen von Marx einverleibt, dessen Rat die Braunschweiger in ihrem Konflikt mit Liebknecht eingeholt hatten. Darin sagte Marx haarscharf alles Unheil voraus, das die Annexion tatsächlich gehabt hat: die tödliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs, die europäische Hegemonie Rußlands; er nannte sie das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln. Nicht minder hat sich seine andere Prophezeiung bewährt: dieser Krieg, worin Deutschland bewiesen habe, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Österreich fähig sei, unabhängig vom Ausland seine eigenen Wege zu gehen, werde den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen. Noch ausführlicher geißelte eine zweite Adresse, die der Generalrat der Internationalen am 9. September über den Krieg erließ, den historischen Widersinn der Annexionspolitik; der Volksstaat schrieb von nun an in jeder Nummer: Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!

Nationalliberale Heldenseelen denunzierten das Braunschweiger Manifest dem General Vogel v. Falckenstein, der in Hannover als Generalgouverneur der Küstenlande schaltete und bereits einige harmlose Dänen und Welfen wider Gesetz und Recht ins Gefängnis gesteckt hatte. Auf Befehl Falckensteins wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, Bracke, Bonhorst, Spier, der Schneider Kühn und der Zimmermann Gralle verhaftet und in Ketten nach der Feste Boyen bei Löben an der russischen Grenze geschleppt. Dasselbe Schicksal teilten noch an demselben Tage der Gelbgießer Ehlers, ein früheres Mitglied des Ausschusses, und der Buchdruckereibesitzer Sievers, ein halb gelähmter Greis von sechzig Jahren und dazu ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, dessen Verbrechen darin bestand, daß sein Geschäftsführer ohne sein Vorwissen den Druck des Manifestes aus Geschäftsriicksichten übernommen hatte. An dem dreitägigen Transport der Gefangenen durch die Gauen des hoffnungsvoll der Gottesfurcht und frommen Sitte entgegenglämmernden Vaterlandes hatte der patriotische Janhagel seinen heillofen Spaß. Bald wurden Bracke und seine Genossen als Leichenräuber und Marodeure

geneckt, bald als die frisch gefangene französische Regierung angestaunt, bald mit sittlicher Entrüstung empfangen, weil sie sich Essen und Trinken, soviel sie dessen habhaft werden konnten, gut schmecken ließen. Sie ertrugen die holde Kritik der patriotischen Empörung mit einem Galgenhumor, der sie auch dann nicht verließ, als der Stappenkommandant des Potsdamer Bahnhofes in Berlin, ergriffen vom heiligen Grimme des Krieges, in ihnen „Lümmel, Lumpen und Puppäcke“ begrüßte, die „in Lügen etwas hinten drauf kriegen“ würden. In Lügen selbst wurden sie anfangs sehr hart, dann etwas besser behandelt.

Eine Reihe anderer Verhaftungen, darunter auch Yorks in Hamburg, vervollständigte die patriotische Haupt- und Staatsaktion, doch blieben diese Verhafteten in den Gefängnissen ihrer Heimatsorte. Dagegen wurde Geib gleichfalls in Ketten nach Lügen geschleppt, als die Kontrollkommission in Hamburg auf Liebknechts und Bebel's Aufforderung einen neuen Ausschuß niedergesetzt hatte, und zwar in Dresden, das Falkensteins Befehlen nicht unterstand. Die Versammlungen, in denen gegen die Annexion protestiert werden sollte, hinderte Falkenstein, und ebenso verbot er den Volksstaat im Bereiche der Küstenlande. All diese rechtlose Willkür begleitete der liberale Philister mit heimlichem Schmunzeln oder mit lautem Jubel. Erst als auch Johann Jacoby verhaftet und nach Lügen transportiert wurde, weil er am 14. September in einer Königsberger Versammlung gegen die Annexion protestiert hatte, wurde in fortschrittlichen Kreisen einiger Widerspruch laut.

Jrgend einen rechtlichen Vorwand, womit sich sein Gebahren hätte beschönigen lassen, besaß Falkenstein nicht. Allerdings war der Kriegszustand in den Küstenlanden proklamiert worden, aber nicht zugleich die Aufhebung des gesetzlich verbürgten Maßes von Preß- und Versammlungsfreiheit oder der verfassungsmäßigen Vorschrift, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. In seiner Antwort auf einen Protest der städtischen Behörden von Königsberg versteckte sich Bismarck hinter die Ausrede: die Bewegung gegen die Annexion bestärke die Franzosen in ihrem Widerstande, und die militärische Gewalt dürfe deshalb die Urheber der Proteste unschädlich machen, kraft ihres Rechtes, alles zu beseitigen, was die Erreichung des Kriegszwecks zu hindern geeignet sei. Eine Behauptung, die, von ihrer staatsrechtlichen Unhaltbarkeit abgesehen, schon an der Schwäche litt, zwei Unwahrheiten in einem Atemzuge zu enthalten. Erstens nämlich bestärkten

die deutschen Proteste gegen die Annexion keineswegs den Widerstand der neuen französischen Regierung, deren Organe vielmehr ganz richtig ausführten, Bismarck werde sich dadurch in seinem Eroberungskriege nicht beirren lassen, und zweitens war, als die Proteste erfolgten, die Annexion noch keineswegs als Kriegszweck anerkannt. Die Arbeiterklasse, die dagegen protestierte, geleitet von hohen Gesichtspunkten humaner Kultur, hatte genau dasselbe verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, wie die Bourgeoisie, die dafür demonstrierte, geleitet von der Profitgier nach einem neuen Absatzmarkte. Die paar schüchternen Proteste, die aus dem Schoße der Bourgeoisie gegen die Annexion laut wurden, gingen beiläufig von Baumwollindustriellen aus und wurden mit der Angst vor der Konkurrenz der elsässischen Baumwollindustrie begründet.

Einzelne Umstände deuten darauf hin, daß Bismarck, nicht aus Gründen des Rechts, sondern aus Gründen der Politik, die Paschawirtschaft des Generals Falkenstein unter den obwaltenden Umständen nicht besonders gern gesehen hat. Aber einen preußischen General wegen gesetzwidriger Handlungen zu verleugnen, ging, wenn nicht über seinen Willen, so doch über seine Macht; der Militarismus ließ sich auch von ihm nicht am Barte zupfen. Er benutzte dann die preußischen Landtagswahlen, die im November stattfanden, um durch königlichen Befehl vom 24. Oktober die „preußischen Untertanen“ unter den Lözener Gefangenen, „soweit nicht inzwischen die gerichtliche Haft gegen sie beschloffen sei und vorbehaltlich des etwa gegen sie einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens“, in Freiheit zu setzen. Unter den Braunschweiger Ausschußmitgliedern war Vonhorst als annektierter Nassauer der einzige Preuße; die anderen mußten bis zum 14. November ausharren, worauf sie, da das Braunschweiger Kriegsgericht inzwischen ihre gerichtliche Untersuchungshaft „wegen Verdachts des Hochverrats“ angeordnet hatte, mit Stricken gefesselt in das Braunschweiger Gefängnis abgeliefert wurden. In den ersten Tagen des Dezember ermannte sich dann auch der Hamburger Senat soweit, um Geiß zu reklamieren, und in Lözen blieb nur noch Sievers. Da bei ihm selbst jeder Schein einer Schuld fehlte, so mußte er nach der bezaubernden Logik preußischer Gerechtigkeit besonders schwer büßen; er wurde erst zu Weihnachten entlassen, nachdem seine bürgerliche Existenz durch die von Falkenstein verfügte Schließung seiner Druckerei zerstört worden war. Wenigstens aber ist diese Untat nicht

ganz ungeführt geblieben; nach jahrelangem Prozessieren erstritt Sievers ein Urteil des Braunschweiger Kassationshofs, das den Falkenstein zur Leistung einer Entschädigung verurteilte.

Derweil hatten die deutschen Fürsten die deutsche Einheit zurecht gezimmert, so schlecht sie irgend konnten. Wäre es auf ihre Herzenswünsche angekommen, so wäre die deutsche Einheit auch nicht um einen Schritt gefördert worden; der preußische König war, wie er an seine Gemahlin schrieb, in einer „morosen Emotion“, weil er in diesen Pott steigen sollte, und der bayerische, damals schon halb oder ganz wahnsinnige König knirschte in den Zügel, der einem Wittelsbacher von einem Hohenzoller angelegt werden sollte. Fast allein der preußische Kronprinz, ein liebenswürdiger, zwar nicht geistig bedeutender, aber mit moderner Bildung soweit vertrauter Mann, daß er mit aufrichtigem Grauen auf die Greuel der Schlachtfelder blickte, schwärmte für die deutsche Einheit, freilich auch er mehr aus dynastischem Ehrgeiz, als aus nationaler Gesinnung. Es war wieder, wie einst bei der Gründung des Zollvereins, eine eiserne ökonomische Notwendigkeit, die das neue deutsche Gemeinwesen schuf. Sie beugte die „großen Helden“ unter ihre starke Faust, und vor ihrem nüchternen Muß zerstob aller souveräne Truß. Delbrück, ein preußischer Bureaukrat, aber ein Bureaukrat, der bei aller Trockenheit in der Schule des Zollvereins die Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung begriffen hatte, leitete die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen, deren Ergebnisse dann im Versailler Hauptquartier niet- und nagelfest gemacht wurden. Soweit sich darin ein historischer Fortschritt vollzog, war er den namenlosen Toten der Schlachtfelder geschuldet, deren stromweise vergossenes Blut der feste Kitt des neuen Baues wurde, den die Fürsten und Minister nicht dürftig und zerbrechlich genug herstellen konnten.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes, die an gesicherten Volksrechten nicht einmal soviel enthielt, wie die preußische Verfassung, und die von dem getreuen Patrioten Miquel dahin gekennzeichnet worden war, daß sie höchstens als „zeitweilige Aufhebung eines kurzlebigen Militärstaats Norddeutschland“ passieren könne, wurde die Grundlage der deutschen Verfassung, nur noch mit wesentlichen Verschlechterungen. Die süddeutschen Dynastien bestätigten jetzt Schweigers Wort, daß sie sich lieber noch einem von ihresgleichen unterwerfen, als den nationalen Interessen die geringsten Zugeständnisse machen würden. Ja mehr noch:

sie bekräftigten selbst Bismarcks Hohn, daß die preußische Politik für die süddeutschen Staaten zu liberal sei. Namentlich der bayerische Partikularismus hatte jetzt einmal eine große Gelegenheit, „dem prozigen, übermütigen Preußentum“ einen schweren Schlag zu versetzen, die Interessen der bürgerlichen Klassen, vom Proletariat ganz zu geschweigen, gegenüber dem ostelbischen Junkertum kräftig zu fördern. Von der Macht, die er damals durch die Gunst der Umstände besaß, gibt es einen zutreffenden Begriff, daß er von den neunundsiebzig Paragraphen der norddeutschen Verfassung sechsundzwanzig durchlöcherzte, einige davon allerdings nur formell, und andere fünfundzwanzig für sich ganz oder teilweise aufhob. Aber auch nicht eine seiner Forderungen ging darauf hinaus, die Volksrechte auch nur um Strohhalmsbreite zu erweitern. Vielmehr beieferte er sich, die deutsche Einheit, die vom preußischen Partikularismus schon genügend verhubelt worden war, noch weiter zu verhubeln. Ein besonderer Dorn im Auge war ihm die vorgeschrittene Gesetzgebung des norddeutschen Bundes über Niederlassung und Verehelichung; daß der bayerische Staatsbürger, der in Preußen oder Sachsen ohne Genehmigung seines Königs eine Ehe schloß, auch fernerhin den Genuß haben sollte, seine ehelichen Kinder innerhalb der blauweißen Grenzpfähle von Rechts wegen als Bastarde behandelt zu sehen, das war eines jener erhabenen Ziele, für die der bayerische Partikularismus seinen kostbaren Schweiß in Strömen vergoß. Für die Volksmassen fielen bei den Versailler Verhandlungen nur die feudal-romantischen Titel Kaiser und Reich ab, wobei es auch noch zu mancherlei tragikomischen Zwischenfällen kam. Der preußische König erklärte, sich „nicht ein Haar breit“ daraus zu machen, und der bayerische König mußte, mit der Pistole auf der Brust, gezwungen werden, jenes „hochherzige“, von Bismarck verfaßte Schreiben zu unterzeichnen, durch das dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde.

Von vornherein hatten die deutschen Dynastien entscheidenden Wert darauf gelegt, daß die Stimme des Volkes bei der Gestaltung seiner künftigen Geschichte nicht gehört werde. Wohl aber waren sie gezwungen, die Genehmigung ihrer Versailler Abmachungen einerseits vom norddeutschen Reichstage, andererseits von den süddeutschen Volksvertretungen einzuholen. Es geschah mit der anmutigen Drohung: Annehmen oder Ablehnen; wird auch nur ein Titelchen daran geändert, so ist es mit der deutschen Einheit wieder einmal Esfig. Von den süddeutschen

Kammern verstand es sich von vornherein, daß sie sich trotz allen Sperrens und Zerrrens fügen mußten, aber auch der norddeutsche Reichstag, dessen Zuständigkeit in seiner Julisession bis zum Schlusse des Jahres verlängert worden war, wagte keinen wirklichen Widerspruch. Er wurde am 24. November mit einer Thronrede eröffnet, die in schneidendem Widerspruche mit der Thronrede vom Juli erklärte, daß Bonaparte den Krieg „mit Zustimmung der ganzen französischen Nation“ unternommen habe. Sie verkündete jetzt die Annexion von Elsaß-Lothringen als den Zweck des Krieges, für dessen Fortführung sie eine neue Anleihe verlangte. Liebknecht und Webel brachten dazu den Verbesserungsantrag ein, daß der Reichstag die Anleihe verweigern und den Bundeskanzler auffordern solle, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen, doch stimmten außer ihnen für diesen Antrag nur noch Schweizer und Hasenclever. Bei der Abstimmung über die Anleihe selbst votierten außerdem noch Fricksche, Mende, Schrapz und der welfische Partikularist Gwald mit Nein; Försterling hatte sein Mandat schon im Frühjahr niedergelegt. Ebenso hielten die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen in der Opposition gegen die Versailler Verträge und gegen die Titelverzierung Kaiser und Reich; nur bei der Abstimmung über den bayerischen Vertrag fanden sich die fortschrittlichen und selbst ein paar nationalliberale Stimmen dazu.

Bei alledem vollzog sich die Wiebergeburt von Kaiser und Reich keineswegs unter erhebenden Vorzeichen. Delbrück legte die neugebackene Kaiserkrone auf den Tisch des Hauses wie eine unbekannte Warenprobe, von der er nicht recht im klaren war, in welche Rubrik des Zolltarifs sie eigentlich gehöre. Der Kronprinz grollte über dies geschäftsmäßige Gebahren, und auch Bismarck gab zu, daß Delbrück für eine bessere Inszenierung hätte sorgen sollen. Es fragt sich nur, ob die „weltgeschichtliche Szene“ durch eine theatralische Aufstufung viel gewonnen hätte. So wie sie sich abspielte, brachte sie wenigstens die wirkliche Lage der Dinge zum ungeschminkten Ausdruck. Der freikonservative Führer Friedenthal, der in seiner Person den großen Grundbesitzer und den großen Industriellen vereinigte, fragte in dürrer Geschäftston an, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt bekommen werde, und Delbrück verlas mit seiner tonlosen Stimme als Antwort jenes „hochherzige“ Schreiben, das Bismarck dem bayerischen Könige

abgezwungen hatte. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sagten ihr Ja und Amen zu den Abmachungen der Fürsten, wohl wissend, daß sie kein Reich der Freiheit, sondern ein Reich der Bourgeoisie schufen; sie opferten abermals ihre politischen Ideale den materiellen Interessen ihrer Klasse und fielen mit wildem Schreien über Liebknecht und Bebel her, die als Sprecher der sozialdemokratischen Opposition mit tapferer Entschiedenheit die unveräußerlichen Rechte des Volkes vertreten hatten. Es entsprach denn auch der wirklichen Lage der Dinge, daß nach Schluß der Reichstagsession am 17. Dezember Liebknecht und Bebel und mit ihnen Hepner, der in die Redaktion des Volksstaats eingetreten war, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet wurden: zur selben Zeit, wo sich eine dreißigköpfige Deputation der Reichstagsmehrheit nach Versailles begab, mit einer von Lasler in seinem laudertwälschesten Deutsch begründeten Adresse, die den preußischen König himmelhoch anflehte, im Interesse des Vaterlandes die deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Im Schloßhose von Versailles standen die Vertreter der deutschen Nation wie weiland Kaiser Heinrich im Schloßhose von Canossa. Hohn und Spott regnete auf sie herab. Hofleute und Krautjunker variierten in allen Tonarten das verächtliche Wort des preußischen Königs: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Lasler eine rechte Ehre.“ Jedoch fand die Deputation in Versailles auch ein fühlendes Herz, und dieses Herz schlug in der Brust Stiebers, den Bismarck in richtiger Schätzung seines eigenen Regierungssystems wieder zum Leiter der politischen Polizei gemacht hatte. Der meineidige Macher des Kölner Kommunistenprozesses hatte den guten Instinkt, daß Leute seines Kalibers im Reiche der Bourgeoisie noch bessere Ausichten auf gute Verköstigung hätten, als im absolutistisch-feudalen Staate, und er schwänzelte wohlbienerisch um die Deputation des Reichstags. Sie war auch nicht undankbar, und in einem feierlichen Schreiben empfing Stieber ihren „verbindlichsten Dank“ und ihre „vollkommene Ergebenheit“. Er sandte den Brief nach Berlin, damit er den spätesten Stiebern noch als ein Ehrenzengnis ihres Ahnherrn aufbewahrt werde, und schrieb dazu: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!“ Ja, die „Zeiten“ waren „wunderbar“, und es begreift sich, daß selbst dieser hartgefottene Sünder über sie erstaunte.

Der deutsche Eroberungskrieg weckte den hartnäckigen und zähen Widerstand der französischen Nation. Die Franktireurs führten den Krieg, als hätten sie das preussische Landsturmgesetz von 1813 studiert, und Bismarck schäumte vor Wut über diese „Mörder“, die alle aufgekniipft zu werden verdienten, ganz wie einst Napoleon Schills Offiziere als brigands hatte erschießen lassen. Erst nach halbjährigem Ringen, das beiden Völkern unermessliche Opfer kostete, konnte der französische Widerstand gebrochen werden. Am 26. Februar wurde der Präliminarfriede in Versailles geschlossen, durch den Frankreich sich verpflichtete, Elsaß-Lothringen abzutreten und fünf Milliarden an Deutschland zu zahlen.

Unter dem frischen Eindruck des endlich geschlossenen Friedens, der zugleich ein Sieg der Reaktion war, fanden am 3. März die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Es war der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die mit unerlöschlicher Konsequenz dem Eroberungskrieg widerstand, diejenige Partei, die am schwersten unter dem Drucke des Krieges gelitten hatte, von der ein großer Teil noch unter den Waffen in Frankreich stand, ein verhältnismäßig viel größerer Teil als von jeder bürgerlichen Partei. Dennoch fielen 101 927, gegen 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen, auf sozialdemokratische Kandidaten, und zwar 62 952 auf Lassalleaner, 38 975 auf Eisenacher. Die Lassalleaner hatten ihren Hauptrekrutierungsbezirk (46 313) im Königreich Preußen, und hier wieder im Rheinland (14 821), in Schleswig-Holstein (11 182) und in Hannover (6805), die Eisenacher im Königreich Sachsen (31 043). Die Lassalleaner zählten in Sachsen nur 2246, die Eisenacher in Preußen nur 2544 Stimmen. Überwiegend vertreten waren die Eisenacher in Bayern mit 2519 und in Braunschweig mit 2486, die Lassalleaner in Hessen mit 3973, in Lübeck mit 543, in Bremen mit 1506, in Hamburg mit 5071 Stimmen. Alle diese Ziffern haben aber nur einen relativen Wert, in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, unter denen die Wahlen von 1871 stattfanden. In Berlin, wo noch kurz vor dem Kriege 4000 Lassalleaner, in geschlossener Reihe unter Führung Schweigers, an dem Begräbnis Walbeds teilgenommen hatten, fielen in allen sechs Wahlkreisen auf den Zimmergesellen Grau nur 2058 Stimmen. In Württemberg wieder, wo die Eisenacher entschieden viel stärker waren als die Lassalleaner, kamen die 491 sozialdemokratischen Stimmen, die im ganzen abgegeben

wurden, aufß Konto der Bassalleaner, die in Stuttgart einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. In Süddeutschland überhaupt wirkten die Neuheit der Wahl und die überaus miserable Aufstellung der Wählerlisten hindernd auf die Wahlbeteiligung der Arbeiter. Je größer aber die Schwierigkeiten waren, mit denen die sozialdemokratische Wahlagitation zu kämpfen hatte, um so bemerkenswerter war der doch sehr beträchtliche Fortschritt der Stimmzahl, den sie seit 1867 verzeichnen konnte. Nur fielen die meisten sozialdemokratischen Mandate aus. Von den Bassalleanern kamen nicht mehr als drei in die Stichwahl, in der alle unterlagen: der Schneider Bräuer in Altona, Hasselmann in dem hannöverschen Wahlkreis Goslar und Schweizer in Elberfeld-Barmen, wo er mit 8477 Stimmen unterlag gegen eine Koalition aller bürgerlichen Parteien, die 9540 Stimmen aufbrachte. Von den Eisenachern ging nur Bebel in Glauchau-Meerane schlank durch gegen Schulze-Dehtsch, den die Bourgeoisie als demonstrativen Gegenkandidaten aufgestellt hatte; daneben siegte Schrapß in Zwickau-Grimmitschau, und in Mittweida unterlag Spier erst in der Stichwahl einem nationalliberalen Gegenkandidaten.

Am 24. März erklärte Schweizer, daß er von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückzutreten beabsichtige. Als Grund gab er an, daß er lange Jahre hindurch Zeit, Arbeitskraft, Seelenruhe und Geld der Partei geopfert habe; niemand könne ihm zumuten, diese Opfer weiter fortzusetzen, er dürfe verlangen, daß Ablösung stattfinde. Inwieweit Schweizer innerlich die Überzeugung von der Unhaltbarkeit seiner Diktatur gewonnen hatte, läßt sich nicht feststellen; äußerlich war ihr schon dadurch ein Ziel gesetzt, daß Schweizer den Sozialdemokraten nicht mehr halten konnte, der infolge des Krieges auf 2700 Abonnenten gesunken war. Er konnte das Blatt nicht einmal mehr fortsetzen, bis die von ihm einberufene Generalversammlung in der Mitte des Mai zusammentrat; die letzte Nummer erschien am 26. April. Mußte aber die Partei selbst das Blatt übernehmen, so konnte Schweizers Diktatur nicht mehr in der bisherigen Weise fortbauern. Möglich, daß auch seine Wahlniederlage bestimmend auf seinen Entschluß eingewirkt hat. Er selbst gab es sogar in dem Sinne zu, daß er nun nicht mehr seinen Wählern gegenüber gebunden sei; tatsächlich schlug aber auch der Verlust der überlegenen Stellung, die er sich durch seine parlamentarische Wirksamkeit zu sichern gewußt hatte, seiner Diktatur eine andere wichtige Stütze fort. Während des Krieges war seine politische Haltung durch-

aus richtig, aber schwächer gewesen als die Haltung Liebknechts und Bebel's; die Einsicht, daß er sich den Eisenachern gegenüber völlig ver-
rannt habe, daß seit Sedan die Verschmelzung der beiden Fraktionen nur
eine Frage der Zeit und für seine Diktatur überhaupt kein Platz mehr in
der deutschen Arbeiterbewegung sei, mag ihn nach und nach überkommen,
mag nicht wenig dazu beigetragen haben, seinen Entschluß zu reifen.

Die zehnte Generalversammlung, die am 18. Mai in Berlin zu-
sammentrat und von 5356 zahlenden Mitgliedern in 74 Orten durch
34 Delegierte besetzt wurde, drückte ihr Bedauern aus, daß Schweizer
„durch persönliche Verhältnisse“ behindert sei, die Parteileitung ferner
beizubehalten, sprach ihm durch ein einstimmiges Vertrauensvotum ihren
Dank für seine „langjährige umsichtige Leitung“ aus und empfahl den
Mitgliedern, Hasenclever als neuen Präsidenten zu wählen. Bis zum
1. Juli wurde Schweizer mit der Fortführung der Geschäfte betraut.
Wie schon auf der vorjährigen Generalversammlung, wurden die Klassen-
verhältnisse aufs eingehendste geprüft und durchaus richtig befunden. Das
Eigentumsrecht an den beiden bisherigen Parteiorganen trat Schweizer
an die Partei ab, wogegen die Generalversammlung die Schulden des
Sozialdemokraten bis zum Betrag von 1000 Talern übernahm. Es
wurde bestimmt, daß der Agitator bis zum 1. Juli als Parteiorgan
dienen, dann aber eingehen und der Sozialdemokrat wieder als alleiniges
Parteiorgan dreimal wöchentlich erscheinen solle. Auf der General-
versammlung des Allgemeinen Deutschen Unterstützungsverbandes, die am
25. Mai zusammentrat, waren nur noch 4257 Mitglieder in 27 Orten
durch 19 Delegierte vertreten; einen großen Teil an dem schnellen Zu-
sammensinken der gewerkschaftlichen Organisation trug zweifellos der
Krieg, aber auch die Durcheinanderwürfelung der einzelnen Arbeitszweige
war den Mitgliedern bedenklich geworden; die Generalversammlung be-
schloß, sie wenigstens soweit zu beseitigen, daß Arbeitern derselben Ge-
werbe gestattet wurde, überall, wo sie es für nötig hielten, eine eigene
Mitgliedschaft des Verbandes zu gründen und nach ihrem Gewerke zu
benennen. Die Maurer hatten sich eine solche Sonderstellung von vorn-
herein vorbehalten.

Am 1. Juli übernahm der neugewählte Präsident Hasenclever das
Präsidium, und an demselben Tage erschien die erste Nummer des Neuen
Sozialdemokraten.

2. Bismarcks Erluchtung.

Am 18. März 1848 war der Prinz von Preußen als der starrste Vertreter des vormärzlichen Absolutismus von der Revolution aus Berlin vertrieben worden. Am 17. März 1871 zog derselbe Mann als deutscher Kaiser in Berlin ein, siegreich heimkehrend aus Versailles, umjubelt von den herrschenden Klassen als der würdige Erbe der Ottonen und der Hohenstaufen. Er durfte sich sagen, daß er am 17. März 1871 kein anderer war als am 18. März 1848. So mag sich selbst seinem engen Geiste die Vorstellung aufgebrängt haben, daß die inneren Kämpfe um die Freiheit, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten auf deutschem Boden abgepielt hatten, eitel Lug und Trug gewesen seien, daß seine Krone von Gottes Gnaden so ewig sei, wie jener himmlische Herr sein soll, von dessen Tische er sie genommen haben wollte.

Hat er sich diesem Traume hingegeben, so erschien schon am nächsten Tage an der Wand seines Palastes die unsichtbare Hand, die ihr Mene Mene Tetel Upharsin schrieb. Am 18. März 1871 erhob sich das Pariser Proletariat und bewies, daß die europäische Geschichte seit 1848 einen großen Sinn gehabt hatte, wenn auch einen von den Völkern teuer erkauften. Überall, wo es in deutschen Landen ein Klassenbewußtes Proletariat gab, antwortete ein heller Jubelruf der revolutionären Erhebung der Pariser Arbeiter. Weder die Lassalleaner noch die Eisenacher schwankten auch nur einen Augenblick; Massenversammlungen in Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Elberfeld, wie in Dresden, Leipzig und Chemnitz erklärten der sozialen Revolution in Paris ihre huldigende Sympathie, entboten ihren Kämpfern die brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiter. Sozialdemokrat und Volksstaat verspotteten mit gleicher Überlegenheit die „naive Unverschämtheit“ einiger Bourgeoisblätter, die von der deutschen Sozialdemokratie die Verleugnung der Pariser Kommune oder doch ihrer „Greuel“ verlangten. Möglich, daß durch solche pfiffige Taktik dieser oder jener kleine Vorteil zu erlangen gewesen wäre, aber es wäre eine Taktik zum Speien gewesen, und die Sozialdemokratie wäre der Erbkrankheit des deutschen Liberalismus verfallen, um ein paar zweifelhafter Profiten willen nicht nur die eigene Ehre und Würde, sondern auch einen großen und dauernden Gewinn zu verschmerzen. Das rüchhaltlose Bekenntnis zur Pariser Kommune hat sich der deutschen Sozialdemokratie reich gelohnt. Heute sind die „Greuel

der Kommune" zum Kinderspott geworden; jeder halbwegs unterrichtete Bourgeois weiß ebensogut, wie die deutschen Arbeiter von Anfang an gewußt haben, daß die wirklichen Greuel von den Feinden der Kommune, von den Vorkämpfern der bürgerlichen Ordnung begangen worden sind, daß die Schwäche der Kommune nicht ihre Unmenschlichkeit, sondern ihre Scheu vor durchgreifenden Maßregeln war.

So entschieden wie die deutsche Sozialdemokratie trat der Generalrat der Internationalen für die Pariser Kommune ein. In der von Marx verfaßten Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich richtete er sofort das leuchtende Banner auf für das streitende Heer der Arbeiterklasse, dessen französischer Flügel eben eine so furchtbare Niederlage erlitten hatte. Niemand wußte besser als Marx, daß er damit die Existenz der Internationalen gefährdete, die in der Tat zum Teil an den Folgen und Wirkungen dieser meisterhaften Adresse untergegangen ist. Nicht alle europäischen Arbeiterparteien waren politisch schon so reif wie die deutsche Sozialdemokratie, und namentlich die englischen Trade Unions schreckten vor dem Schreckgespenst zurück, daß die europäische Bourgeoisie aus der Pariser Kommune zu machen beflissen war. Aber für Marx kam nichts auf die Form der Sache an, wo es ihr Wesen zu retten galt. Und schlagender konnte seine Politik nicht gerechtfertigt werden, als durch die Adresse selbst, die, niedergeschrieben unter dem frischen Eindruck der Tatsachen, noch heute weit voran an der Spitze der ganzen massenhaften Literatur steht, die seitdem über die Pariser Kommune entstanden ist. Obgleich sie die Rechtfertigung der Kommune bezweckte und in einem Augenblick, wo ein Für und ein Wider nur galt, ihr Für nicht dadurch abschwächte, daß sie bei den Fehlern des Aufstandes verweilte, so hob sie doch die entscheidenden Gesichtspunkte mit solcher Klarheit und Schärfe hervor, daß sie bis auf den heutigen Tag die klassische Schrift über die Pariser Kommune geblieben ist.

Von Bismarck aber ging damals das Wort um, daß die Kommune ihm wieder die „erste schlaflose Nacht“ verursacht habe. Ein Wort, das in jedem Falle seine damalige Lage gut kennzeichnete, mag er es nun gesprochen haben oder nicht. Der Aufstand der Pariser Arbeiter zeigte ihm, daß seine Diplomatie einem Beust oder Bonaparte gegenüber geistreich genug sein mochte, aber gegenüber den großen Massenbewegungen des Jahrhunderts ein Witz von vorgestern war. Als Er-

gebnis seiner nächtlichen Denklübungen trug er dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preussischen Städteordnung gewesen, dieser Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. Bebel, der einzige Sozialdemokrat, der im ersten deutschen Reichstag saß, drückte sein Erstaunen aus, daß eine Versammlung ernsthafter Männer darüber nicht in die größte Heiterkeit ausgebrochen sei, und fügte seinerseits hinzu: „Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird.“ Die hohe Versammlung glaubte diesen Worten die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, die sie dem platten Einfall Bismarcks versagt hatte; seitdem ist ihr das Lachen freilich gründlich vergangen.

Später hat Bismarck selbst gestanden, diese Rede Bebel's sei der „Lichtstrahl“ gewesen, der ihn über das Wesen der sozialdemokratischen Bewegung erleuchtet habe; von nun an habe er sie zu bekämpfen und zu unterdrücken gesucht als einen Feind, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Zustande der Notwehr befinde. Man braucht nicht an der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zu zweifeln, schon deshalb nicht, weil es für einen sogenannten Staatsmann demütigend genug war. In der Tat begann jetzt der offene Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie, anfangs ruck- und stoßweise mit lässigem Hochmut geführt, dann in dem verzweifeltsten Kampf um die eigene Existenz immer verzweifelter, bis diese Existenz ruhmlos zusammenbrach.

Hatte Bismarck die gesekwidrigen Gewalttaten Falkensteins anscheinend nicht mit ungetrübttem Wohlgefallen betrachtet, so erschienen sie ihm jetzt gut genug zu einem ersten Schläge gegen das klassenbewußte Proletariat. Sowohl die Braunschweiger wie die Leipziger Gefangenen waren Ende März entlassen worden, nachdem jene etwa 200, diese etwa 100 Tage um nichts und wieder nichts hinter den Kerkermauern verbracht hatten.

Derweil war alles Material, das durch zahlreiche Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Verhafteten oder ihrer Bestimmungsgenossen errafft worden war, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter auf Hochverrat und Majestätsverbrechen gesiebt worden, jedoch ohne jeden Erfolg. Dies Endresultat so vieler Mühen mußte um so mehr beschämen, als das erbeutete Material an erschöpfender Ergiebigkeit nichts zu wünschen übrig ließ; der plötzliche Überfall Falkensteins hatte alle Brieffschaften und Bücher der Eisenacher Parteileitung in die Hände ihrer Verfolger gebracht. Weber die Gerichte in Braunschweig, noch die Gerichte in Sachsen verrieten eine besondere Neigung, sich mit der schlechten Sache noch weiter zu befassen, wobei die Art, wie diesen Gerichten zugemutet worden war, die demütigen Helfershelfer militärischer Gewalttaten zu spielen, auch wohl dämpfend mitwirken mochte. Der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel beantragte selbst, das Verfahren gegen die Braunschweiger Verhafteten wegen Vorbereitung zum Hochverrat einzustellen, und der Anklagesenat des Obergerichts trat dem Antrage bei. Zwar blieb dabei vorbehalten, wegen anderweitiger Vergehen, die nicht zur Kompetenz des Kriminalsenats, sondern zur kreisgerichtlichen Kompetenz gehörten, gegen Bracke und Genossen vorzugehen, doch lag auf der Hand, daß mit dieser anmutigen Redewendung nur einigermaßen die empörende Tatsache verhüllt werden sollte, daß vollkommen schuldlose Leute monatelang ihrer Freiheit beraubt worden waren.

Allein diese Braunschweiger Rechnung war ohne den Berliner Wirt gemacht. Bismarck drängte darauf, den Vorbehalt des Oberstaatsanwalts in Wolfenbüttel einzulösen, und am 10. Oktober 1871, mehr als ein halbes Jahr nach der Entlassung der Verhafteten, hatte der Staatsanwalt Koch in Braunschweig das saure Stück Arbeit fertig gebracht, wenigstens gegen Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn eine Anklage zurechtzuzimmern. Einige Raufschutparagrafen des alten braunschweigischen und des neuen norddeutschen Strafgesetzes dienten als nebelhafte Stützen der Anklage, die auf Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gerichtet war. Wirklich verurteilte auch das Kreisgericht nach dreitägigen Verhandlungen Bracke und Bonhorst zu sechzehn, Spier zu vierzehn und Kühn zu fünf Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, aber das Obergericht kassierte dies Urteil soweit, daß für Bracke und Bonhorst nur noch drei, für Spier zwei Monate und für Kühn sechs Wochen Haft übrig blieben, wegen Beteiligung

an einem Vereine mit angeblich gesetzwidrigem Zwecke. Auch dies Urteil war noch sehr anfechtbar, zumal da es sich auf eine alte vormärzliche Verordnung stützte, aber wieviel sich theoretisch dagegen sagen ließ, so lief es praktisch auf die Freisprechung der Angeklagten hinaus, da das Obergericht die verhängte Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtete.

Williger als die gelehrten Gerichte in Braunschweig erwiesen sich die bürgerlichen Geschworenen in Leipzig den Berliner Zumutungen. Liebknecht, Bebel und Hepner standen im März 1872 zwei Wochen lang vor dem Leipziger Schwurgericht, angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Das Belastungsmaterial war wesentlich dasselbe, wie in dem Braunschweiger Verfahren, nur noch vermehrt durch einen Haufen „Beweise“, die nichts bewiesen, als daß den Angeklagten um jeden Preis ein Tendenzprozeß gemacht werden sollte. Nicht weniger als 140 Beweisstücke wurden den Geschworenen vorgelegt, Briefe, Neben, Zeitungsartikel, Programme, eine verworrene Masse der unterschiedlichsten Kundgebungen aus der revolutionären Literatur seit 1848, verfaßt nicht nur von den Angeklagten und ihren Gesinnungsgenossen, sondern auch von ihren politischen Segnern. Aber nicht eins dieser Schriftstücke lieferte auch nur den Schatten eines Beweises dafür, daß die Angeklagten im Sinne des Strafgesetzes ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet hätten. Dafür half der Präsident v. Mücke aus mit einer parteiischen Leitung der Verhandlungen, die damals in deutschen Landen noch ziemlich ungewohnt war und fast ausnahmslos von der unabhängigen Presse aller bürgerlichen Parteien scharf verurteilt wurde. Auch sonst fehlte es nicht an allerlei Druck auf die Geschworenen, von denen sich dann wirklich acht, genau die zur Beurteilung notwendige Anzahl, dazu hergaben, Liebknecht und Bebel schuldig zu sprechen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu je zwei Jahren Festung, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft, während Hepner frei ausging.

Mit Recht aber sagten Liebknecht und Bebel, der Prozeß habe so unendlich viel für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze getan, daß sie gern die paar Jahre Festung hinnähmen. Sie hatten nicht nur die persönlichen Sympathien gewonnen, die alle rechtlich denkenden Menschen unschuldig Verurteilten zu spenden pflegen, sondern darüber hinaus eine höchst wirksame Propaganda für ihre politischen und sozialen Ziele gemacht. Während Hepner, der von vornherein zu einer Neben-

rolle in diesem gerichtlichen Drama bestimmt war, sich mit gutem Takte begnügte, durch draßischen Wig die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten, vertraten Liebknecht und Bebel die Sache, die in ihren Personen getroffen werden sollte, mit würdigem Ernste, und dabei so eindringlich und schlagfertig, daß sie die tölpelhaften Angriffe des Präsidenten und des Staatsanwalts spielend zurückschlugen. Liebknecht zumal, der den Arbeitermassen bisher ferner gestanden hatte als Bebel, entfaltete jene prächtige Eigenart, die dem „Soldaten der Revolution“ im Fluge die Proletarierherzen gewann. So hatten die Prozeßverhandlungen einen hohen agitatorischen Wert; sie räumten mit weitverbreiteten Vorurteilen über die Arbeiterbewegung auf; ihr Frage- und Antwortspiel gestaltete sich zu einer anregenden Einführung in die Gedankenwelt der Sozialdemokratie.

Im Juli 1872 wurde Bebel dann nochmals das Opfer der Klassenjustiz. Das Leipziger Bezirksgericht verurteilte ihn wegen Majestätsbeleidigung, weil Bebel in einer öffentlichen Versammlung die unanfechtbare Wahrheit ausgesprochen hatte, daß der preußische König nicht das Versprechen gehalten habe, die Frucht des Krieges solle die einheitliche und freiheitliche Gestaltung Deutschlands sein. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis und „Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte“. Das Gericht kassierte Bebel's Reichstagsmandat, und dieses war der Humor davon. In der ersten Session des deutschen Reichstags war Bebel schnell zu einem gefürchteten Kämpfer geworden; ohne den Rückhalt einer Partei, ganz allein stehend, hatte er auf dem Parkett des bürgerlichen Parlamentarismus ein paar renommierteste Tänzer Platt niederzusetzen gewußt. Sowohl den braven Lasfer, der, von Bebel in die Enge getrieben, mit dem „Knüppel“ des Philisters gedroht und dann den stenographischen Bericht gefälscht hatte, weil ihm diese furchtbare Drohung selbst allzu lächerlich erschienen war, als auch den braven Simson, der von Bebel auf einer groben Verletzung der Geschäftsordnung ertappt und nur dadurch gerettet wurde, daß ihn die bürgerliche Mehrheit wider ihr besseres Wissen von Schuld und Fehle freisprach. Nun rächte das Leipziger Bezirksgericht nicht nur den König von Gottes Gnaden, sondern auch den bürgerlichen Parlamentarismus an dem Missetäter.

Aber die wackeren Weber des Wahlkreises Glauchau-Meerane verstanden sich schlecht auf den patriotischen Spaß und schickten Bebel,

mit dreitausend Stimmen mehr, als er vordem erhalten hatte, in den Reichstag zurück. Die hohe Versammlung mußte sich nun doch selbst zum Henkersamte bequemen; sie lehnte den von Schrapz gestellten Antrag ab, Wibel zu reklāmieren, der inzwischen seine Festungshaft in Hubertusburg angetreten hatte. Und welcher Patriot konnte ihr verdenken, daß sie nicht mehr die helle und klingende Stimme hören mochte, die ihr so überzeugend darzulegen wußte, wie tönern des neuen deutschen Reiches Herrlichkeit sei!

Zweites Kapitel.

Die Hochflut der Milliarden.

I. Gründungsschwindel und Kulturkampf.

Wie die Revolution von Oben durch ein Kompromiß zwischen dem preußischen Militärstaate und der deutschen Bourgeoisie gesichert worden war, so hatten diese Mächte den Eroberungskrieg nach Sedan geführt, und so teilten sie sich in die Beute. Die sonderbaren Vorspiegelungen der liberalen „Notabilitäten“, wonach die Annexion Elsaß-Lothringens zur europäischen Entwaffnung führen sollte, tat Molke mit den kühlen Worten ab: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrisen werde.“ Der Militarismus trat in seiner Sünden Blüte; er schroß zu Dimensionen an, die den ärgsten Pessimisten der sechziger Jahre unglaublich erschienen wären, und die liberale Bourgeoisie mußte sich mit dieser einen Folge ihrer genialen Politik abfinden, so gut oder so schlecht sie konnte.

Besser fuhr sie mit der anderen Folge des Eroberungskrieges. Die Kolbenstöße der deutschen Heere hatten ihr die Tore des Weltmarktes weit geöffnet. Zwar kam der Milliardenregen ganz überwiegend dem Militärstaate zugute, um Schulden abzutragen, Dotationen und Pensionen zu zahlen, Festungen und Kasernen zu bauen, die Bestände von Waffen und Militäreffekten zu erneuern, aber die enorme Vermehrung des disponiblen Kapitals und der zirkulierenden Geldmenge gab der jungen Großindustrie einen mächtigen Aufschwung. Die Konzentration des Kapitals ergriff alle Zweige des gewerblichen Lebens; die Jahre 1871 bis 1873 schufen an Aktienkapitalien mehr als 1200 Millionen Taler, fast soviel, wie die französische Kriegsschädigung betrug; Bankinstitute und Industriegeellschaften schossen in den buntesten Formen aus dem Boden hervor. Eisen- und Kohlenwerke wurden in großer Zahl gegründet, Eisenbahnlinien massenhaft entworfen. Es war ein wilder

Taumel der Spekulation, worin die Bourgeoisie den letzten Rest von politischer Haltung verlor.

Sie warf sich platt auf den Bauch vor dem „Säkularmenschen“, der ihr all die goldene Herrlichkeit beschert hatte. Als Ludwig Bamberger, der sich nach seiner Flucht aus dem bairisch-pfälzischen Aufstande in Paris mit Bank und Börse angefreundet hatte, aus der Seele gequälter Beamten sagte: Hunde sind wir ja doch!, gewann das bittere Wort volkstümlichen Klang, aber in bezeichnendem Mißverständnis als das politische Bekenntnis Bambergers und seiner nationalliberalen Freunde. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung ließ Bismarck der liberalen Bourgeoisie vorläufig auch noch freie Hand. Er war durch reiche Dotationen aus einem Vertreter des halb bankerotten Kleinadels zu einem Vertreter des kapitalistisch-industriell wirtschaftenden Großgrundbesitzes geworden, einer Klasse, die ein lebhaftes Interesse an dem Wegräumen der feudal-zünftigen Ruinen hatte. Ohnehin mußten seine bonapartistischen Instinkte angenehm gekitzelt werden von dem Gründungs-taumel, der die bürgerliche Welt in eine Spielhölle verwandelte, um sie en masse betören zu können. Bismarck hatte nichts einzuwenden, wenn Delbrück, der einstweilen seine rechte Hand in der Wirtschaftspolitik blieb, vom Regierungstische mit zynischem Behagen verkündete, es sei das Geheimnis der Zeit, keine Finsen zu verlieren, und keine Gesetzgebung könne die Dummen daran hindern, ihr Geld loszuwerden. Gewiß waren die neuen Gesetze über gemeinsames Bürgerrecht und Freizügigkeit, über Gewerbefreiheit, über gemeinsame Maße, Münzen und Gewichte, über Handelschutz im Auslande und so weiter, wieviel sie im einzelnen zu wünschen übrig ließen, als Ganzes ein historischer Fortschritt, aber es hieß die Dinge auf den Kopf stellen, wenn Treitschke, der Prophet des neuen Reichs, in seiner pomphaften Weise versicherte, die Bourgeoisie habe diese Gesetzgebung „aus Pflichtgefühl der höheren Stände“, „in richtiger Erkenntnis ihrer sozialen Pflichten“ der Arbeiterklasse geschenkt. Selten oder nie haben herrschende Klassen einen längst notwendigen Fortschritt der ökonomischen Entwicklung in so beschränkt-selbstsüchtiger Weise protokolliert, wie in diesem Falle; das zeigte sich sofort, als sie entdeckten, daß die Bourgeoisie nicht vorwärts marschieren kann, ohne daß auch das Proletariat vorwärts marschiert.

Es zeigte sich sogar noch früher, als nur erst die partikularistische Opposition gegen die Reichsgründung sich zu einer großen parlamen-

tarischen Partei zusammenballte. Die deutschen Waffen hatten mittelbar auch die weltliche Herrschaft des Papstes gestürzt und dadurch alle streitbaren Kräfte des Katholizismus mobil gemacht. Unter dem Namen des Zentrums trat eine spezifisch katholische Fraktion von 57 Mitgliedern in den ersten deutschen Reichstag ein. Sie kam nicht eigentlich schon mit feindseligen Absichten gegen Bismarck, der noch kurz vor dem deutsch-französischen Kriege die Jesuiten als schätzenswerte Bundesgenossen gefeiert und sich allen Zumutungen widersetzt hatte, durch diplomatisches Einschreiten die Verklündung des Unfehlbarkeitsdogmas auf dem Vatikanischen Konzile von 1870 zu hindern. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß die neue Fraktion der Sammelplatz aller partikularistischen Elemente wurde. In den katholischen Gegenden am Rhein, in Schlesien, in Bayern war von jeher die Antipathie gegen das spezifische Preußentum am stärksten gewesen; dazu kamen die katholischen Polen und etwas später auch die katholischen Oesterreicher; ja der partikularistische Charakter des Zentrums überwog von vornherein so sehr seinen religiösen Charakter, daß sich ihm auch die orthodox-protestantischen Welfen angeschlossen. Unter dem gemeinsamen Banner des Ultramontanismus fand sich alles zusammen, was aus partikularistischen Gründen der neu-reichsdeutschen Herrlichkeit widerstrebt, eine Masse der politisch und sozial verschiedensten Elemente, die nach den verschiedensten Richtungen auseinandergehen, von den Auffassungen kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Demokratie bis zu den Auffassungen feudaler Romantik und zünftlerischer Krähwinkelerei; es war bezeichnend, daß der ehemals welfische Minister Windthorst, kein Prinzipienmann, sondern ein Diplomat der alten Schule wie Bismarck, aber ein ungleich gewigterer Diplomat, der Führer des bunt gemischten Haufens wurde.

Für einen Staatsmann, der gar nicht einmal genial, sondern nur ein wenig mit dem modernen Kulturleben vertraut zu sein brauchte, konnte nichts einfacher sein, als diese Opposition lahm zu legen. Sie mußte sich in ihre heterogenen und alles in allem historisch rückständigen Bestandteile auflösen, sobald das neue Reich nicht mehr mit dem preußischen Korporalstocke, sondern wie ein moderner Kulturstaat regiert wurde. Allein was Bismarck nach 1866 bis zu einem gewissen Grade geleistet hatte, das leistete er nach 1870 nicht mehr; er verstand die gegebene Lage nicht mit einigem Geschick auszunützen, der Wehrauch,

der dem „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts“ verbrannt wurde, hatte ihm jede Aussicht über den alten Junkerhorizont hinaus vernebelt. Er glaubte erst recht an der Spitze des Jahrhunderts zu marschieren, wenn er mit dem preussischen Korporalstock auf alles loszuschlug, was nicht gleich nach seiner Pfeife tanzen wollte. Wer sich seinen Launen und Nerven nicht fügsam anschmiegte, war ein „Reichsfeind“ und wurde in den Reichsbann getan. Im besonderen reizte der Anschluß der Polen an das Zentrum seinen blinden Polenhaß auf. Das Zentrum selbst stieß ihn gewissermaßen auf die richtige Fährte, indem es von den beiden Forderungen seines im Frühjahr 1871 veröffentlichten Programms den partikularistischen Gesichtspunkt, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Staaten, an die erste, und den religiösen Gesichtspunkt, den Schutz der Religionsgesellschaften vor Eingriffen der weltlichen Gesetzgebung, erst an die zweite Stelle setzte. In tragikomischer Verkennung dieser Sachlage bildete Bismarck sich ein, die partikularistische Opposition bändigen zu können, indem er mit der katholischen Kirche anband. Er setzte ihr mit allerlei Ausnahmegesetzen und gewalttätigen Eingriffen in ihr inneres Leben zu, obgleich er selbst es in seinen jungen Jahren miterlebt hatte, wie trefflich der römische Priester den preussischen Gendarmen abzutrupfen versteht. Statt selbst mit den Waffen bürgerlicher Freiheit zu kämpfen, drängte er diese Waffen dem Zentrum auf und machte es dadurch für seine reaktionäre Staatskunst unüberwindlich, mochte er sich auch prahlerisch vermessen, daß er nicht nach Canossa gehen werde.

Konnte freilich seine Torheit noch übertroffen werden, so wurde sie von der Torheit der liberalen Bourgeoisie übertroffen, die ihm auch auf diesem Wege durch dick und dünn nachstampfte, obgleich sie nicht einmal den milbernden Umstand für sich geltend machen durfte, in feudalen Anschauungen aufgewachsen zu sein. Sogar ein Mann von Borchows Bildung hielt sich nicht für zu schlecht, das Satyrspiel mit dem ehrwürdigen Namen eines Kulturkampfes zu taufen. Immerhin war für die gerissene Gründerstippe dieser „Kulturkampf“ nur eine Skulisse, um die Massen desto bequemer zu plündern; man konnte mit tödlicher Sicherheit darauf rechnen, daß wer in Parlament und Presse am heftigsten „gegen Rom“ donnerte und am feierlichsten den Schatten des armen Ulrich Hutten beschwor, auch am tiefsten im Gründerjumpf steckte. Viele Duzende kulturkämpferischer Reichstagsabgeordneter schlugen ihre Mandate an Gründungs-

prospekte, um deren betrügerische Verheißungen zu vergolden, und begaben sich in den Dienst der „patriotischen Selbmächte“, namentlich der Diskontogesellschaft und des Hauses Bleichröder, der beiden Riesen unter den Schröpfungsfischen, die den Wohlstand der Mittelklassen verschluckten. In der parlamentarischen Kohorte der Diskontogesellschaft ragte Miquel hervor, der ehemalige Kommunist und nunmehrige national-liberale Parteiführer; als Mitdirektor der Diskontogesellschaft bezog er in vier Jahren ein Einkommen von 1338730 Mark 10 Pfennig, beklagte sich aber mit tränenden Augen als verleumdete Unschuld, wenn irgend ein vorwärtiger „Reichsfeind“ auf den Gedanken verfiel, er könne eine diesen Bezügen entsprechende Tätigkeit bei den schauerlichen Gründungen der Diskontogesellschaft entfaltet haben; Miquel wollte das niedliche Einkommen nur erhalten haben für nebensächliche juristische Gutachten, die jeder arme Schlucker von Assessor für ein paar tausend Mark Jahresgehalt mit Wonne gemacht haben würde. Nicht minder hübsch redete sich der schlesische Junker und freikonservative Parteiführer von Kardorff aus, der in Bleichröders parlamentarischer Kohorte hervorleuchtete; er hatte eine Reihe der blutigsten Gründungen nur verfaßt, um ohne Vermögensverluste der parlamentarischen Tätigkeit obliegen und seine unerseßliche Kraft als Gesetzgeber dem Vaterlande erhalten zu können.

Den parlamentarischen Vorkämpfern der liberalen Bourgeoisie entsprachen ihre publizistischen Vorkämpfer. An die Stelle Gustav Freytags mit seinen Grenzboten trat jetzt Paul Lindau mit seiner Gegenwart, ein literarisches Talent sechsten Ranges, das nicht einmal die Literatur des zweiten Kaiserreichs, sondern nur ihren Abhub nach Deutschland zu importieren verstand. Ruge, der nach 1866 zu Bismarck übergelaufen war, schrieb jetzt, aus allen Träumen gerissen: „Bluntschli ist leitender Schriftsteller und Redwig angekündigt. Ist dies die Gegenwart? Ist dies unsere Zeit? . . . Lindau hat alle Berühmtheiten ohne jeden Unterschied der Richtung zusammengemaiselt und die Geschichte scheint reine Spekulation zu sein.“ Sie war wirklich reine Spekulation. Guido Weiß machte in der Wage den letzten Versuch, ein Banner der bürgerlichen Demokratie aufzuwerfen, aber wie hoch die kleine Wochenschrift an Charakter, Geist und Wissen über Lindaus Gegenwart stand, so brachte sie es nicht über ein langsames Siechtum von wenigen Jahren.

In der bürgerlichen Tagespresse wimmelten die Schmocks wie die Würmer in einem Leichnam. Ganz zu geschweigen der Börsen- und Handelspresse, von der nur ein Narr anderes erwarten konnte, so wurde auch die „große“ und „vornehme“ politische Presse von der Fäulnis angefressen. Bis in die Spalten der frommen Kreuzzeitung verirrt sich Börsenreklamen, die Handelsredakteure der nationalliberalen Nationalzeitung und der fortschrittlichen Vossischen Zeitung mißbrauchten ihre öffentliche Stellung zur Prellerei des Publikums, und die demokratische Frankfurter Zeitung erhielt ihre Preßbeteiligung von jeder Gründung, die das Weichbild der Frankfurter Börse passierte. Ihr Handelsredakteur Bernhard Doktor aber schrieb an die Times: „Hätten wir nicht den stänkernenden Geist extravaganter Demagogen, welche die Arbeiter gegen ihre Meister aufwiegeln und sie mit Hoffnungen kügeln, die nie verwirklicht werden können, so würden sich alle Klassen der Gesellschaft wohlbefinden, und das Land würde eine bis jetzt nicht gekannte Glückseligkeit genießen.“ Dafür zauste Marx ihn berbe ab, ohne doch bei all seinem Scharfsinn zu ahnen, daß nicht ein Jahrfrücht ins Land gehen sollte, bis das ganze offizielle Deutschland, vom genialen Staatsmann Bismarck bis zum nicht minder genialen Oppositionsführer Eugen Richter, auf denselben Ton gestimmt sein würde, den jener dunkle Börsenmann zuerst angeschlagen hatte.

2. Agrar- und Kathedersozialismus.

Inmitten des kapitalistischen Gründerchwinds entwickelten sich zwei Arten des bürgerlichen Sozialismus, die, ihrem Wesen nach nicht neu, unter den damals in Deutschland gegebenen Verhältnissen ihre besondere Form annahmen, worin sie die Klassenkämpfe der Zeit zu beeinflussen suchten.

Der Agrarsozialismus entsprang aus der „Kreditnot“ der preußischen Landjunker, deren Grundbesitz, sei es wegen lieberlicher Wirtschaft, sei es wegen Besitzveränderungen, Veräußerungen oder Erbteilungen, sei es aus anderen Gründen, stark mit Hypotheken belastet war. Zwar hatte auch diese Klasse trotz ihres rückständigen Betriebes ihren Anteil an der großindustriellen Entwicklung, denn mit der wachsenden Bevölkerung stiegen die Getreidepreise. Aber der Kapitalprofit stieg noch schneller als die Grundrente, und dadurch wurde der junkerliche Grundbesitz ent-

wertet. Der Grund und Boden hat als solcher keinen selbständigen Tauschwert, da er kein Produkt menschlicher Arbeit ist; sein scheinbarer Tauschwert entsteht dadurch, daß im gesellschaftlichen Verkehre die Grundrente, die ein Grundstück abwirft, als der Zins eines Kapitals betrachtet und nach dem laufenden Zinsfuß kapitalisiert wird. Der Tauschwert eines Gutes, das 4000 Mark Grundrente abwirft, beläuft sich zur Zeit, wo der Zinsfuß vier Prozent abwirft, auf 100 000 Mark. Nun reguliert sich der Zinsfuß nach dem Kapitalprofit; steigt dieser schneller als die Grundrente, so sinkt der Tauschwert des Grund und Bodens. Wenn in dem angezogenen Beispiele die Grundrente auf 4500, zugleich aber der Zinsfuß von vier auf fünf Prozent steigt, so ist das Gut nur noch 90 000 Mark wert; sein Ertragswert ist um mehr als zwölf Prozent gestiegen, aber sein Tauschwert um zehn Prozent gefallen. Von der Mitte der fünfziger bis zum Anfange der siebziger Jahre war nun der Zinsfuß in der Tat von vier auf fünf Prozent gestiegen, während die Grundrente nur um so viel entsprechend langsamer wuchs, daß sich der Wert des landwirtschaftlich bebauten Bodens um nahezu ein Fünftel verminderte. Damit war aber dem ostelbischen Krautjunktum, das sich schon seit den Tagen des alten Fritz nur durch verschämte oder auch nicht verschämte Staatshilfe über Wasser gehalten hatte, abermals die Lebensfrage gestellt.

Wohlgemerkt dieser Fraktion der besitzenden Klassen, nicht aber, wie die Junker zu behaupten liebten, der landwirtschaftlichen Produktion selbst. Die Junker kamen nicht um, weil die landwirtschaftliche Produktion versiegte, sondern die landwirtschaftliche Produktion schien zu versiegen, weil sie sich in den Händen einer feudal beschränkten und tief verschuldeten Klasse befand. Sie harrete der kapitalkräftigen Hände, die sie der großen modernen Produktionsweise anpassen und dadurch auf eine noch nie dagewesene Höhe bringen konnten. Diese Entwicklung ergab sich so unbedingt aus den Lebensbedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, daß auf kapitalistischem Boden kein Kraut dagegen gewachsen war. Die Heilmittel, die dennoch probiert oder vorgeschlagen wurden, hatten das Schicksal aller Anläufe, die sich einer historischen Notwendigkeit entgegenstemmen: sie verstärkten den Druck, den sie schwächen wollten. Die zahlreichen Hypothekenbanken, die der „Kreditnot“ der Junker dadurch abzuhelpen versuchten, daß sie die Hypotheken in börsen- und weltmarktfähige Papiere verwandelten, quälten sich ver-

gebens ab, wie Robbertus sagte, aus dem Noß einen Vogel zu machen; halfen die künstlichen Flügel dem Noße für einen Augenblick in die Höhe, so stürzte es um so sicherer im nächsten Augenblicke nieder, um alle Glieder zu zerbrechen. Aber um die Kur, die Robbertus anriet, war es nicht besser bestellt. In echt utopistischer Weise wollte er das kündbare Hypothekenskapital durch den unkündbaren Rentenbrief ersetzen; die Ware sollte als Ware produziert, aber nicht als Ware ausgetauscht werden; Robbertus wollte die Grundrente, die überhaupt erst als Folge der bürgerlichen Produktionsweise entsteht, durch den mittelalterlichen Rentenbrief, die Verschuldungsform der feudalen Produktionsweise, vor allen unangenehmen Abenteuern schützen, die ihr in der bürgerlichen Welt zustoßen können. Wäre diese Absicht so ausführbar gewesen, wie sie aus einem Duzend Gründe nicht war, so hätte sie die Junker vollends in die Lunte gebracht, denn auf unkündbare Rentenbriefe hätten sie das Kapital, das sie brauchten, von der Bourgeoisie nur unter noch viel ungünstigeren Bedingungen erhalten, als auf kündbare Hypotheken.

Unmittelbar ging nun diese ganze Sache das Proletariat nichts an. Die Arbeiter hatten keinen Anlaß, den „historischen Geschlechtern“ des alten Preußens, die seit manchem Jahrhundert die kleinen Bauern gelegt hatten, um nun selbst von den modernen Großbürgern gelegt zu werden, eine Träne nachzuweinen, und die Umwandlung der patriarchalischen in die großindustrielle Landwirtschaft brachte das ländliche Proletariat zwar nicht aus dem Regen in den Sonnenschein, aber doch aus der Traufe in den Regen. Gleichwohl gab es einen Gesichtspunkt, aus dem sich eine Interessengemeinschaft zwischen Junkern und Proletariern konstruieren ließ. Die „Kreditnot“ der Junker entstand dadurch, daß der Kapitalprofit schneller wuchs als die Grundrente; wie nun, wenn der Anteil des Kapitals an dem Nationalprodukte durch den steigenden Anteil des Lohnes gesenkt wurde, wobei der vermehrte Konsum von Brot und Fleisch durch die Arbeiter auch die Grundrente in die Höhe schnellte? Auf diesem Gedanken beruhte der Agrarsozialismus, der in Robbertus und Rudolf Meyer seine beredtesten Vorkämpfer fand.

Rudolf Meyer war reichlich dreißig Jahre jünger als Robbertus. Seine Geburt und Erziehung wiesen ihn in die Interessentkreise der ostelbischen Landwirtschaft, während ihn sein kräftiges Selbstbewußtsein und die reichen Kenntnisse, die er sich auf historischem und ökonomischem Gebiete erworben hatte, hinlänglich davor schützten, auf die Irrwege

feudaler Romantik zu geraten oder gar ein literarischer Bedienter des Junkertums zu werden. Er war ein engerer Landsmann Wageners, unter dessen Leitung er in der konservativen Presse emporkam. Aber weder Wagener noch auch nur Robbertus bestimmten ihn ausschließlich. Rudolf Meyer war schon das Kind einer neuen Zeit, die der proletarische Klassenkampf zu beherrschen begann. Für die Utopien, in denen Robbertus lebte und webte, empfand er mehr akademische Bewunderung als wirkliches Interesse; dafür verstand er um so besser, was für Robbertus im letzten Grunde doch immer unverständlich blieb. Eine echte Kampfnatur, hatte Rudolf Meyer ein wahlverwandtes Empfinden für den „Emanzipationskampf des vierten Standes“, dessen Zeugnisse er mit fleißiger und kundiger Hand erst in der Berliner Revue, dann auch in einem umfangreichen Werke sammelte. Während er dem liberalen Manchesterium einen überlegenen Krieg machte, erschien er gern in sozialdemokratischen Versammlungen, und ehrlicher Kerl, wie er auf seinem besonderen Standpunkt war, wurde er von den Arbeitern als willkommener Gast betrachtet. Wenn er nicht schon zu ehrlich gewesen wäre, so war er viel zu klug, um soziale Demagogie zu treiben: er verhehlte den Arbeitern nicht, daß ihre und seine Wege schließlich weit auseinander gingen, aber die Strecke, die er mit ihnen gehen wollte, führte nicht abseits in die Sümpfe, sondern lag wirklich auf ihrem Wege, so etwa bis zum Meilensteine des Normalarbeitstages.

Bei den Arbeitern fand Rudolf Meyer das bedingte Verständnis, das seiner bedingten Freundschaft für sie entsprach. Die Junker aber, denen er unbedingt helfen wollte, versagten ihm unbedingt jedes Verständnis. Waren sie schon mißtrauisch gegen Robbertus, der ihnen seine Willen doch immer in diplomatisch verzuckerter Form eingab, so entsetzten sie sich je länger je mehr vor dem „konservativen Barrikadenstile“ Rudolf Meyers. „Musikus ist zu dünn“, klagte Robbertus. Gewiß konnte auch der Agrarsozialismus auf die Dauer den Junkern nicht helfen, aber er konnte ihnen historisch ein anständiges Begräbnis sichern nach einem Tagewerke, dem jeder Begriff historischen Anstandes mehr und mehr abhanden gekommen war. Lieber griffen die Braven auch altbeliebter Art zur „Klinke der Gesetzgebung“, um sich durch noch ärgere Auspressung und Unterdrückung der Massen eine Galgenfrist zu erkaufen, und solange die Grundrente noch stieg, fühlten sie das Messer auch noch nicht so recht an ihrer Kehle.

Politisch zerfielen sie in den Tagen des Gründerschwindels und des Kulturkampfes in drei Fraktionen. Die Freikonservativen rekrutierten sich aus den Großgrundbesitzern, die zugleich Großkapitalisten waren, und die Landwirtschaft schon industriell betrieben. Sie gründeten heftig in holdem Wettstreit mit der Bourgeoisie; wie Karborff das parlamentarische Mundstück Bleichröbers war, so spannten sich die Herzöge Ujest und Ratibor vor den Triumphwagen des kapitalistischen Abenteurers Strousberg; zu Klassengenossen der Bourgeoisie geworden, genierten sich die Junker dieser Richtung sogar nicht, die „Kreditnot“ ihrer Standesgenossen auszubeuten. Gegen eine mäßige Provision bildeten sie den ornamentalen Verwaltungsrat jener berufenen Zentralbodenkreditgesellschaft, die von sechs großen Gründerfirmen: Rothschild, Oppenheim, Foulb, Fremy, Bleichröder und Hansemann-Miquel ins Leben gerufen und von der Regierung mit außergewöhnlichen, teilweise selbst gesetzlich ansehbaren Privilegien ausgestattet worden war, angeblich um den Grundbesitz zu retten, und wirklich, um ihn in die Gewalt des Kapitals zu liefern. Die Neukonservativen dagegen bestanden aus den Junkern, die überhaupt keinen oder doch so geringen Grundbesitz hatten, daß sie mit Haut und Haaren von der Regierung abhängig waren, aus dem „Chor der Landräte“, der sich treiben ließ, wie der Wind von Oben wehte. Endlich die Altkonservativen waren der eigentliche Schlachthausen des Krautjunkertums, das noch immer nicht begriff, was in der Welt vorging. Durch Beten und Fluchen glaubten sie die Wiederkehr der patriarchalischen Zeit ertrotzen zu können; sie nahmen, wie Rudolf Meyer spottete, das Schnurren der Räder und das Fauchen der Dampfmaschine für das sinnige Summen des Spinnrades und die Töne des Kuhhorns, und die Arbeiter wollten sie durch „Strafen bessern“, um so der sozialdemokratischen Bewegung den Garaus zu machen.

Bedenklicher und zaghafter, als der Agrarsozialismus eines Robbertus und eines Rudolf Meyer, geberdete sich der Kathedersozialismus, der im akademischen Treibhause heranwuchs. In seinem Ursprunge war er eine Gelehrtenrevolte gegen die manchesterliche Weisheit, die, da sich nun alles so herrlich erfüllte, sich nachgerade überschlug. Sie posaunte jedes Profitinteresse des Kapitals als heilige Errungenschaft der Menschheit aus, und die beste Schönfärberei, die in England und Frankreich kaum noch ein mitleidiges Achselzucken erregte, tummelte sich als „national-ökonomische Wissenschaft“ auf den deutschen Märkten und Gassen. Hatte

Lassalle in gekühler Übertreibung gesagt, die deutschen Manchesterleute würden am liebsten allen Staat abschaffen und die Justiz an den Mindestforbernden verganten, so erklärte jetzt der Wigbold Braun in bitterbösem Ernste, der Staat spiele den auftraglosen Geschäftsführer der bürgerlichen, will sagen kapitalistischen Gesellschaft, wenn er die Justiz administrierte; das Finden und Fällen der Urteile sei Sache der Rechtstechniker, die jene Gesellschaft mit ihrem Vertrauen beehre; deren Urteile habe der Staat einfach zu vollstrecken. Bamberger aber pries die Börse als eine gigantische Arbeitsstätte; er meinte, andere Daseinsformen der Gesellschaft als die gegenwärtigen seien der menschlichen Vorstellung so unzugänglich wie die Vorstellung einer außerweltlichen Existenz, und selbst die Erforschung der gegenwärtigen Gesellschaft durch die Statistik erklärten die Manchesterleute für überflüssiges Kopfzerbrechen, da die Volkswirtschaft durch ewige Naturgesetze beherrscht werde.

Gegen diesen Hexensabbat erhob sich eine Anzahl meist jüngerer Gelehrter, die durch historische und statistische Studien gebildet waren. Die Statistik stößte ihnen keckerische Zweifel an den ewigen Naturgesetzen der Manchestererei ein, und aus der Geschichte kannten sie noch andere Daseinsformen der Menschheit, als die kapitalistische Produktionsweise. Um sie für solchen Frevel den Regierungen zu denunzieren und den Spießbürgern zu verdächtigen, wurden sie von den zütnenden Manchesterleuten als Kathedersozialisten getauft, und eines dieser gereizten Gemüther zwang seinem prosaischen Geschäftsinne sogar das schöne Verschen ab: Zum Liebknecht und zum Bebel fehlt ihnen nur der Mut. In Wirklichkeit hatten die Kathedersozialisten weder etwas mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, noch mit dem Klassenkampfe des Proletariats zu tun. Sie waren überhaupt keine geschlossene Schule. Ihr rechter Flügel, wie ihn etwa Held vertrat, hegte eine „prinzipielle Abneigung gegen Prinzipien“ und unterschied sich sehr wenig von den etwas vernünftigeren Manchesterleuten. Ihr linker Flügel aber, wie ihn etwa Adolf Wagner vertrat, kopierte wohl gelegentlich mit plumpem Ungeschick Lassalles polemische Art oder kollettierte auch mit Nobbertus, um dann wieder die Rolle des willigen Helfershelfers für jede Reaktion in Kirche oder Staat zu übernehmen.

Es war kein Zufall, daß der Schwerpunkt des Kathedersozialismus in seine mittlere Richtung fiel. In ihr reagierte die bürgerliche Ideologie,

soviel es davon noch in Deutschland gab, gegen das Auseinanderklaffen der bürgerlichen Gesellschaft in die auf Leben und Tod ringenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats. Schmollers Buch über das deutsche Kleingewerbe und Brentanos Buch über die englischen Gewerksvereine, zwei historische Leistungen von bleibendem Werte, enthielten den Kern des Kathedersozialismus, soweit er eine geschichtlich bemerkenswerte Erscheinung war. Er befürwortete Fabrikgesetze und Gewerksvereine, aber nicht im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus, nicht als Etappen des proletarischen Emanzipationskampfes, sondern gerade umgekehrt, im Sinne der bürgerlichen Ökonomie, welche die bürgerliche Gesellschaft erhalten will unter den Bedingungen, unter denen sie logischerweise erhalten werden kann. Diese Kathedersozialisten waren sowenig Gegner der bürgerlichen Klassen, daß sie vielmehr ihre verständigsten Freunde waren. Sie irrten darin, daß sie die dauernde Rettung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt für möglich hielten, aber wenn diese Rettung noch möglich gewesen wäre, so allerdings nur auf den Wegen, die Brentano und Schmoller vorschlugen. Wäre ihr Rath rechtzeitig gehört worden, so wäre die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zwar nicht erstickt, aber bedeutend verlangsamt worden.

Was aber immer die Kathedersozialisten geleistet haben, das leisteten die einzelnen als einzelne. Ihr Versuch, sich zu organisieren und als höhere Instanz über den kämpfenden Klassen zu etablieren, war von vornherein mit völliger Unfruchtbarkeit geschlagen. Sie hatten kein gemeinsames Prinzip und konnten die verschiedenen Köpfe nur unter die nebelhafte Kappe des „ethischen Pathos“ bringen. Damit war aller möglichen Verwirrung das Tor geöffnet, und sie verfehlte nicht, sich pünktlich einzustellen, so daß der Kathedersozialistenkongreß schon nach wenigen Jahren mit dem Volkswirtschaftlichen Kongresse ein Kartell auf Du und Du einging. Sein Einfluß auf die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte ist gleich Null gewesen.

Die Bourgeoisie ihrerseits zeigte im Frühjahr 1873 praktisch, was sie unter „ethischem Pathos“ verstand. Wagener, der seit dem Jahre 1866 wieder in den Staatsdienst getreten war, hatte sich von alten Neigungen betören lassen, ein wenig am Gründerwindel zu naschen. Er war kein Sünder vor anderen und nur an der Pommerschen Centralbahn betheilig, einem an sich nützlichen Unternehmen, bei dessen Gründung eher geringere denn ärgere Gesetzesverletzungen vorgekommen waren,

als bei hundert anderen Gründungen; verglichen mit den Bahnen Hannover-Altenbeken und Löhne-Wienenburg, die Bennisgen gegründet hatte, sah die Pommerische Zentralbahn beinahe noch so sauber aus, wie ein Wickelkind unterm Babeschwamm. Auch waren die paar tausend Taler Gründergewinn, die sich Wagener ausbedungen hatte, in der Milliardenzeit eine solche Lappalie, daß die Börse später spottete, Wagener sei mit Recht gestraft worden, weil er mit derartigen Lumpereien das Geschäft verborben habe. Aber Wagener, der von den Liberalen schon als der böse Genius Bismarcks gefürchtet wurde, stand seiner Anciennetät nach vor der Ernennung zum ersten Rat im Staatsministerium, als welcher er den persönlichen Vortrag beim Kaiser gehabt haben würde. Dieser einflußreiche Posten, den bisher ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft inne gehabt hatte, durfte auf keinen Fall an einen abgesagten Gegner und zugleich gründlichen Steuener des Kapitalismus übergehen, und so brach denn Lasker, in dessen Fraktion mindestens drei Duzend dreimal so schuldige Gründer saßen, im preußischen Abgeordnetenhaus mit „ethischem Pathos“ gegen Wagener los, indem er ihn als das Urbild aller Gründerkorruption niederdonnerte.

Es war eine unbeschreiblich dreiste Komödie, aber sie gelang. Bismarck opferte seinen alten Freund den „patriotischen Geldmächten“, und an die Stelle, von der Wagener ferngehalten werden sollte, trat wieder ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft. Auch wurde eine königliche Untersuchungskommission niedergesetzt, die sich in der Ausrottung der Gründerei als ein gar kurioser Kehrbesen entpuppen sollte. So wenig wie der Agrarsozialismus vom Junkertum, so wenig wurde der Kathedersozialismus von der Bourgeoisie erhört; ihren Neunmalweisen war guter Rat viel zu wohlfeil; lieber ließen sie ihr Lehrgeld aufsummen, bis es unerschwinglich wurde, selbst für ihre tiefen Geldkasten, die nun schon der große Krach auszufegen begann.

Drittes Kapitel.

Cassalleaner und Eisenacher.

1. Das Proletariat im Milliardenregen.

Die Arbeiterbewegung erholte sich schnell von den Schlägen des Krieges. Hatte die Krisis nach 1866 sie denken gelehrt, so lehrte der industrielle Aufschwung nach 1870 sie handeln. Durch den Milliardenregen wurde das Geld billiger und der notwendige Lebensbedarf der Arbeiterklasse teurer; wollte sie ihren Reallohn auf derselben Höhe halten, so mußte sie ihren Geldlohn steigern; eine große Streikbewegung ging durch das deutsche Proletariat.

Diese durchaus unerläßliche Abwehr verschrie die bürgerliche Presse als einen frivolcn Angriff. Sie bewegte sich dabei in einem eigentümlichen Widerspruche. Da nach der manchesterlichen Theorie jeder Streik an den ewigen Naturgesetzen der Volkswirtschaft scheitern mußte, so wurde an jedem noch so siegreichen Streik mit unbarmherziger Mißhandlung der Tatsachen nachgewiesen, daß die Arbeiter ihn verloren hätten, aber da auch bewiesen werden mußte, daß die Arbeiter durchaus keinen Anlaß zum Streifen hätten, so wurden sie, trotz aller angeblich verlorenen Streiks, als Schlemmer dargestellt, die zum Frühstück den Sekt in Weißbieregläsern verpraktcn. Die sittliche Empörung darüber nahm sich in den Organen der Bourgeoisie besonders anmutig aus neben dem Behagen, womit in der nächsten Spalte geschildert wurde, wie auf den Zauberfesten der Gründer Goldfischbecken mit Sekt gefüllt wurden, um die Gäste durch die Todeszudungen der Tierchen zu ergötzen.

In gewissem Sinne lag die Sache gerade umgekehrt, wie die Manchesterblätter behaupteten. Eines von ihnen sagte denn auch einmal in einem unbewachten Augenblicke speziell über die Berliner Streiks, sie seien häufig siegreich, möge manchmal auch die Lohnerhöhung in dieser oder jener verschämten Form gewährt werden, aber sie verbesserten die

gedrückte Lage der Arbeiter nicht, die, was sie heute dem Profite des Kapitalisten entrongen hätten, morgen der Grundrente des Hausbesizers ausliefern müßten; im allgemeinen hätten die gestiegenen Löhne der Berliner Arbeiter noch nicht einmal die Steigerung der Wohnungsmieten ausgeglichen. Damit wurde auf die Wohnungsnot angespielt, die nach dem Kriege in einer Reihe älterer Städte und namentlich in Berlin allen sozialen Heilkünstlern viel Kopfzerbrechen verursachte, obgleich sie eine alte Begleiterscheinung der großindustriellen Revolution war. Wo sich die große Industrie in alten Städten niederläßt, lockt sie ein Heer von Arbeitern an und reißt die engen winkligen Gassen nieder, um dem modernen Verkehre breite Straßen zu schaffen; während die Nachfrage nach Arbeiterwohnungen wächst, sinkt ihr Angebot. In Berlin, Breslau, Köln hatte die Wohnungsnot in chronischer Form schon seit den vierziger Jahren bestanden; nach 1870 nahm sie nur durch den reißend schnellen Aufschwung der großen Industrie eine akute Form an. Auch war sie keineswegs das einzige Symptom der drängenden Arbeiternot; die Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse machte sich überall geltend, nur daß sie hier mehr an unerschwinglichen Wohnungsmieten und dort mehr an unerschwinglichen Brot- und Fleischpreisen hervortrat; in Berlin irrten Hunderte von Obdachlosen umher, ohne zu wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollten, in Nürnberg zogen Hunderte von Hungernden durch die Straßen, um den Bäcker- und Metzgerläden die Fenster einzuwerfen. In Berlin wurde damals berechnet, daß die Wohnungsmiete um 114, der Haushalt um 67 und die Kleidung um 18 Prozent, die gesamte Haushaltung also um 66 Prozent im Preise gestiegen sei. Von den Berliner Arbeitern hatten aber nur die Maurer und Zimmerer mehr als 90, die Tischler und vielleicht auch noch die Maler etwa 70 Prozent Lohnerhöhung erkämpft, alle übrigen Arbeiter waren mit den Lohnerhöhungen, die sie durchgesetzt hatten, mehr oder weniger weit hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben.

Gelang es nun einem Teile der deutschen Arbeiter wirklich, seine Lebenshaltung etwas zu erhöhen, konnte ein anderer Teil die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne wenigstens einigermaßen ausgleichen, so schaltete ein dritter Teil überhaupt daran, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern. War der zweite Teil schon zahlreicher, als der erste, so mochte der dritte Teil zahlreicher sein, als die

ersten beiden zusammengenommen. Gerade in den maßgebenden Zweigen der großen Industrie kam es entweder wegen allzu großer Entkräftung der Arbeiter überhaupt nicht zu Massenstreiks, wie in der Textilindustrie, oder die Massenstreiks verliefen überwiegend unglücklich, wie bei den Bergleuten und den Metallarbeitern. 16 000 Bergleute des Ruhrtales mußten im Sommer 1872, nachdem sie mehrere Wochen hindurch tapfer um die achsstündige Schicht und 25 Prozent Lohnerhöhung gekämpft hatten, bedingungslos die Waffen strecken. Dasselbe Schicksal hatten im November 1871 etwa 8000 Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, und gleich resultatlos verlief zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung unter den 3000 Arbeitern der großen Maschinen- und Waggonfabrik Cramer-Klett in Nürnberg, obgleich diese Arbeiter, in sicherer Voraussicht ihrer Niederlage, die Arbeit nicht erst niederlegten; auch in Berlin verunglückten zwei Maschinenbauarbeiterstreiks. Im allgemeinen brachte die Milliardenzeit der deutschen Arbeiterklasse eine entschiedene Verschlechterung ihrer Klassenlage; der Minderzahl, der sie eine vorübergehende Erleichterung ermöglichte, stand die Mehrzahl gegenüber, deren Lebenshaltung durch die Verteuerung der Lebensmittel gesenkt wurde, ohne daß sie die Löhne entsprechend oder auch überhaupt nur zu steigern vermochte.

Erhielten die Arbeiter dadurch eine eindringliche Lehre über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, die nicht einmal unter den denkbar günstigsten Umständen dem Proletariat ein erträgliches Dasein zu bieten vermag, so zeigte ihnen die Haltung der herrschenden Klassen gegenüber den Streiks, was sie von diesen ihren „besten Freunden“ zu erwarten haben. Wenn die Unternehmer selbst mit Aussperrungen und Maßregelungen vorgingen, Gegenkoalitionen bildeten und schwarze Listen einführten, so war das auf bürgerlichem Boden ein mehr oder minder legitimer Krieg; auch war es keine neue Erscheinung, daß die Staatsgewalt, wo sie irgend konnte, zugunsten der Unternehmer in die Lohnkämpfe eingriff, daß bei einem großen Maurerstreik in Berlin das „soziale Königtum“ den Maurermeistern die Kontrakte für Staatsbauten verlängerte und die Maurergefellen, die ihrer Militärpflicht genügten, den Meistern zur Verfügung stellte. Eher konnte es verwundern, daß die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der politischen Richtung mit gleich unbelehrbarem Hasse auf die streikenden Arbeiter einschlugen. Keine von ihnen schwang sich auch nur zu einer objektiven Würdigung der Gründe auf, welche die Lohnbewegung der Arbeiter hervorriefen

und hervorrufen mußten. Der höchste Grad ihrer Weisheit bestand darin, die Streiks als „sozialdemokratische Mächenschaften“ zu denunzieren, ein Pfiff, der alles andere eher als pfiffig war.

Denn er drängte den Arbeitermassen unabweisbar die Erkenntnis auf, daß sie unter allen politischen Parteien allein in der Sozialdemokratie eine allezeit zuverlässige Freundin besäßen. Nicht als ob die sozialdemokratischen Fraktionen der Streiklust der Arbeiter irgendwie geschmeichelt hätten. Sie unterstützten die Lohnbewegung der Arbeiter, indem sie ihre Berechtigung nachwiesen, und sie traten auch mit aller Kraft für die siegreiche Durchführung der Streiks ein, wenn sie einmal ausgebrochen waren, aber nichts lag ihnen ferner, als Streiks zu provozieren, und sie wurden nicht müde, den Arbeitern einzuschärfen, daß sie für eine tüchtige Organisation sorgen müßten, ehe sie zu dem zweischneidigen Mittel der Arbeitseinstellung griffen. Selbst ein unruhiger Kopf, wie der Buchbinder Johann Most aus Augsburg, der früher in der österreichischen Arbeiterbewegung tätig gewesen war und sich im Jahre 1871 der Eisenacher Fraktion angeschlossen hatte, nicht ohne von Anfang an durch manche Extravaganzen in der eigenen Partei anzustoßen, bemühte sich doch in Chemnitz bis zum letzten Augenblicke, den Ausbruch des Maschinenbauarbeiterstreiks zu hindern. Besser als ihm glückte es dem Schlosser Karl Grillenberger, der die Lohnbewegung in der Cramer-Klettischen Fabrik umsichtig geleitet hatte, den unvermeidlichen Rückzug ohne die Verluste eines Streiks anzutreten; den Dank dafür zahlten die bürgerliche Presse und der fortschrittliche Magistrat, der zugleich Polizeibehörde war, durch die sinnreiche Behauptung, Grillenberger und die paar Sozialdemokraten, die es sonst erst in Nürnberg gab, hätten den gleichzeitigen Brotkrawall angestiftet. Darüber gingen den Nürnberger Arbeitern, die noch bis nach dem Kriege zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei gehört hatten, die Augen auf, und sie kamen in hellen Haufen zur Sozialdemokratie.

Wie den Streiks, so stellten sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien mit gehässiger Feindseligkeit der gewerkschaftlichen Bewegung entgegen, die sich aus den Streiks entwickelte. Am gehässigsten im Königreiche Sachsen, wo sich die politische Szenerie gänzlich geändert hatte seit dem Eisenacher Kongreß und seit dem Tage von Sedan, seitdem der sächsische Partikularismus eingesehen hatte, daß er mit den Arbeitern nicht spielen und gegen die preußische Hegemonie nicht mehr

aufkommen könne. Sobald sich die sächsischen Arbeiter offen zum proletarischen Klassenkampfe bekannt hatten, schmolz auch der bürgerliche Radikalismus in Sachsen wie Schnee an der Sonne; schon bei den Reichstagswahlen von 1871 war er größtenteils zum verwachsensten Nationalliberalismus übergelaufen, und der Leipziger Polizeidirektor Rüber, ein alter Genosse Robert Blums, gehörte schon zu den ärgsten Peinigern der sächsischen Arbeiter. Das ganze polizeiliche Rüstzeug, das einst der ränkevolle Geist eines Beust ausgeklügelt hatte, um die bürgerliche Opposition zu mißhandeln, wurde jetzt von der bürgerlichen Opposition in trauer Gemeinschaft mit allen rückständigen Elementen dazu gemißbraucht, die Arbeiterbewegung lahmzulegen, und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fast mehr noch als die politische. In einem Lande, wo eine große Konzentration der gesundheitsgefährlichen Textilindustrie mit ihren Riesentabissements, ihrer Frauen- und Kinderarbeit- ihrer seit Jahrzehnten hinsiechenden Hausindustrie, mit ihrer Abhängigkeit von auswärtigen Märkten, Krisen und Stockungen über eine schwächliche, schlechtgelohnte, zu 8000 Köpfen auf die Viertelmeile dicht zusammengedrückte Arbeiterbevölkerung ein wahres Hungerdasein verhängte, arbeiteten die herrschenden Klassen, von der reaktionären Regierung bis zu den bürgerlichen Freiheitshelben, im Schweiße ihres Angesichts daran, jeden Weg aus diesem Hungerdasein zu versperren. Im Anfang des Jahres 1872 schilberte Motteler die Schikanen, wodurch die gewerkschaftliche Bewegung in Sachsen unterdrückt wurde, mit den Worten: „Bald nennt man uns eine Verbindung von Vereinen, die das Gesetz verbiete, bald stempelt man uns zu politischen Vereinen, um uns unter gewisse Gesetzesparagrafen bringen zu können. Bald stehen wir im Geruche, mit der Londoner Internationalen zu gehen, und bald bedrohen wir die Ordnung dadurch, daß wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.“ Wenn aber die sächsische Regierung in diesem polizeilichen Kleinkriege vorläufig voran marschierte, so ging die preukische Regierung gleich auf's Ganze; im Jahre 1873 brachte sie an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs einen Entwurf über die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, der die kaum gewährte Koalitionsfreiheit wieder aufheben sollte.

Alle die wehleidigen Klagen darüber, daß die deutschen Arbeiter, im Unterschiede von ihren englischen Kameraden, lieber revolutionären Utopien nachjagen, als auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ihre Klassen-

lage verbessern, erlebigen sich durch die einfache Tatsache, daß die deutschen Arbeiter immer durch ein raffiniertes System polizeilicher Unterdrückung aufs politische Gebiet zurückgeworfen worden sind, wenn sie sich auf gewerkschaftlichem Gebiete anzusiedeln gedachten. An und für sich gibt es wenige Dinge auf der Welt, die sich so wenig über einen Kamm scheren lassen, wie die gewerkschaftliche Organisation der modernen Arbeiterklasse. Die Möglichkeit dieser Organisation und damit das Interesse der Arbeiter für sie wechselt in der verschiedensten Weise; sie ist um so stärker, je mehr die einzelnen Gewerbe noch handwerks- oder manufakturmäßig betrieben werden; sie sinkt tief in der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie und auch in den maschinenmäßig betriebenen Großindustrien, in denen die Frauen- und Kinderarbeit eine große Rolle spielt; sie steigt wieder, wo im Maschinenbetriebe die Konkurrenz der Arbeiterhände durch besondere Ansprüche an physische Kraft oder technische Ausbildung beschränkt wird oder wo eine einschneidende Fabrikgesetzgebung die Arbeiter vor schrankenloser Ausbeutung schützt. Alle diese und andere Gesichtspunkte komplizieren sich zu einer bunten Musterkarte von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, und bekanntlich haben auch die englischen Gewerkschaften Jahre und Jahrzehnte hindurch schweres Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie zu einer Macht herangewachsen sind.

Wenn sie aber dennoch zu einer Macht heranwachsen konnten, so nur, weil sie wenigstens die allerunerläßlichste Voraussetzung einer gewerkschaftlichen Organisation besaßen. Gewiß haben die englischen Koalitionsverbote schwerere Strafen angedroht und in manchen Fällen auch verhängt, als die deutschen, aber die englischen Arbeiter hatten, was die deutschen Arbeiter noch nie gehabt haben: Preß- und Vereinsfreiheit. Mit der Koalitionsfreiheit verhält es sich ähnlich wie mit dem allgemeinen Wahlrechte: ohne Preß- und Vereinsfreiheit wird sie zum Messer, dem der Griff fehlt. Ihre volle Wirksamkeit kann sie erst entfalten, wenn sie sich auf leistungsfähige Verbände stützt, und solche Verbände lassen sich nicht ohne Preß- und Vereinsfreiheit erhalten. Werden die Anfänge gewerkschaftlicher Verbände durch die schikanöse Handhabung reaktionärer Preß- und Vereinsgesetze erstickt, so bleibt den Arbeitern nichts übrig, als der politische Kampf gegen eine Reaktion, die ihnen alle Vorbedingungen ihrer Klassenorganisation abschneidet.

Von vornherein waren deshalb die deutschen Arbeiter auf den politischen Kampf angewiesen, und es kann gewiß nicht bestritten werden, daß ihr Blick für die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation dadurch manchmal getrübt worden ist. Ganz ähnlich, nur umgekehrt, wie die gewerkschaftliche Organisation den Blick der Trade Unions für die Bedeutung der politischen Organisation getrübt hat, und zwar noch viel andauernder. Denn im Anfange der siebziger Jahre war das Interesse der deutschen Arbeiter fast ebensosehr, wenn nicht noch mehr, auf ihre gewerkschaftliche, wie auf ihre politische Organisation gerichtet. Natürlich machten sich auch da die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten geltend, die in der Natur der gewerkschaftlichen Organisation liegen. Wenn von den beiden ältesten deutschen Gewerkschaften die Schriftsetzer erfolgreichere Lohnkämpfe führten als die Tabakarbeiter, so war damit nicht gesagt, daß die Tabakarbeiter ihre Sache schlechter gemacht hätten als die Schriftsetzer. Auch daß sie stärker als diese in die politischen Fraktionskämpfe verwickelt waren, gab nicht den Ausschlag, da Frißsche als Gewerkschaftsführer geschickt genug zu laviieren verstand. Der wirkliche Grund ihrer geringeren Erfolge war vielmehr, daß den Tabakarbeitern die hausindustrielle und die weibliche Arbeit als ein Dorn im Fleische saß. Die Schriftsetzer und Tabakarbeiter hatten je ein eigenes Organ, und ebensoweit brachten es die Hutmacher, die Gold- und Silberarbeiter, die Porzellaner. Kräftige Ansätze zu gewerkschaftlichenbildungen entwickelten sich auch bei den Bauhandwerkern, den Maurern, Zimmerern, Tischlern, Puzern. Schlechter kamen die Metallarbeiter vorwärts, teilweise weil sie sich ohne genügende Sonderung der Branchen organisierten, wodurch sehr verschiedene und sogar gegensätzliche Interessen zusammengesperret wurden. Die Weber tagten 1871 in Glauchau und 1872 in Berlin; so wenig es ihnen an gutem Willen zur gewerkschaftlichen Organisation gebrach, so große Schwierigkeiten hatten sie zu überwinden.

In den politischen Organisationen der Arbeiterklasse gab es noch immer eine Richtung, die der gewerkschaftlichen Organisation mehr oder weniger ablehnend gegenüberstand. Sie trat bei den Lassalleanern stärker hervor als bei den Eisenachern, aber auch die Lassalleaner stellten tüchtigste Gewerkschaftsmänner, wie den Maurer Grottkau und die Zimmerer Kapell, von denen nach Lübkers Auswanderung jener den Bund der Maurer, diese den Bund der Zimmerer leiteten. Von

den Eisenachern begann der Sattler Ignaz Auer, ein geborener Bayer, in Berlin seine Berufsgenossen zu organisieren, in Sachsen war Motteler unermüdllich tätig, und fast am unerbrossensten von allen bemühte sich der damalige Parteisekretär York um die Förderung der Gewerkschaften. Er in erster Reihe brachte auch im Juni 1872 einen Gewerkschaftskongreß in Erfurt zusammen, der von 9920 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besichtigt wurde. Davon gehörten 6152 den Internationalen Gewerkschaften, 3768 lokalen Fachvereinen an. Diese Ziffern waren nicht bedeutend und der Kongreß hatte auch keine einschneidenden Folgen; je schwerer aber die Hindernisse zu bewältigen waren, die in der Sache selbst lagen, um so entscheidender wurde es, daß die sorgsam gepflegten Keime, wo es irgend anging, von der rohen Gewalt der Polizei ausgerottet wurden.

Vergebens suchten die herrschenden Klassen ihre feindselige Gesinnung hinter der Behauptung zu verstecken, daß sie nicht den Gewerkschaften selbst, sondern dem Mißbrauche an den Krügen wollten, den die sozialdemokratische Agitation mit den Gewerkschaften triebe. Mit dieser Heuchelei mochten sie die Spießbürger, aber konnten sie nicht die Arbeiter täuschen. Sicherlich wollten die sozialdemokratischen Förderer der Gewerkschaftsbewegung durch sie nicht etwa den Emanzipationskampf des Proletariats verflachen, aber ebensowenig wollten sie mit ihr ein frivoles Spiel treiben. Ein so eifriger Parteimann wie York führte immer wieder aus, die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung müßten auseinander gehalten werden; beide seien gleichberechtigt, aber jede habe ihre besondere Berechtigung; solle die gewerkschaftliche Bewegung gedeihen, so dürfe sie nicht zum bloßen Schwanz der politischen Bewegung werden. Was York und seine Genossen mit den Gewerkschaften wollten, das war die selbständige und unabhängige Organisation der Arbeiterschaft auf ökonomischem Gebiete. Sie verstanden die Trade Unions viel besser als die bürgerlichen Zeitungsschreiber, viel besser auch als die kathedersozialistischen Professoren, die sich zunächst für die fortschrittlichen Gewerksvereine begeisterten, um dann nach einigen Jahren durch den Mund Brentanos zu gestehen, daß diese Mißgebilde überhaupt keine Gewerkschaften seien, sondern reine Kranken-, Invaliden- und Begräbnisklassen, deren Mitglieder eine platonische Liebe für gewisse Gewerksvereinsideale hegten. Die Regierung und die Bourgeoisie ertrugen aber selbst die fortschrittlichen Gewerksvereine nur mit

schlecht verhehltem Widerwillen; schon eine scheinbare Organisation der ökonomischen Arbeiterinteressen war ihnen fatal, und indem sie mit politischen Waffen auf die wirklichen Ansätze einer gewerkschaftlichen Organisation losschlügen, machten sie den Arbeitern klar, daß vor allem anderen die politische Macht der besitzenden Klassen gebrochen werden müsse, gaben sie der revolutionären Arbeiterbewegung einen gewaltigen Anstoß.

Einen nicht minder kräftigen Anstoß empfing diese Bewegung aber auch auf rein politischem Gebiete. Das altpreußische Regierungssystem, das unverändert im neuen deutschen Reiche fortbestand, machte aller schwärmerischen Begeisterung für Kaiser und Reich ein sehr schnelles Ende. Die Militär- und Steuerlasten nahmen nicht ab, und sie wirkten doppelt abschreckend überall in Deutschland, wo die Bevölkerung noch nicht an diese angenehme Fuchtel gewöhnt war. Neben dem Soldatwerden und Steuerzahlen blieb auch das Mundhalten in altpreußischen Ehren. In dem neuen norddeutschen Strafgesetze waren die Kautschukparagraphen des alten preußischen Strafgesetzes ein wenig schärfer gefaßt worden; nun ging dem Reichstage im Jahre 1873 ein neuer Preßgesetzentwurf zu, in dessen § 20 mit Gefängnis oder Festungshaft bis zwei Jahren bedroht wurde, „wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtsinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreife, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichne, als nachahmungswert, verdienstlich oder pflichtmäßig darstelle, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angreife“. Wie das Kontraktbruchgesetz auf ökonomischem, so war dieser Paragraph auf politischem Gebiete Bismarcks erstes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie, aber in seiner kautschukenen Fassung, gegen die Mantauffels Kautschukparagraphen die reinen Waisenkinder waren, konnte er auch jede bürgerliche Opposition erschlagen, und so ging er den bürgerlichen Parteien doch über den Späß. Da die neuen Wahlen heran nahen, so wagte Lascher sogar einmal ein schüchternes Wort von den „Rechten des Volkes“ zu murmeln, aber das bekam ihm sehr schlecht. Bismarck schnarrte ihn an: „Zum Volke gehören wir alle, zum Volke gehöre ich ebensogut wie Sie, ich habe auch mein Volksrecht, ich verbitte es mir, den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen. Das verbitte ich mir.“ Auf diese schüßige Herausforderung

fanb die liberale Opposition nicht die gebührende Antwort. Die Fortschrittler unterschieden sich kaum noch von den Nationalliberalen; der von Birchow verfaßte Wahlaufruf, den sie im Jahre 1873 für die nächsten Reichstagswahlen erließen, wurde von dem offiziellen Hauptblatte mit dem sehr verdienten Lobe geehrt, auch der konservativste Mann könne ihm seinen Beifall nicht versagen, und als ein anderes Regierungsblatt die immerhin wohlwollende Voraussetzung machte, der linke Flügel der Fortschrittspartei werde mit Birchows überlohaser Stillsüßung nicht einverstanden sein, spielten diese Braven noch die beleidigten Patrioten; sie versicherten, keiner ihrer Wahlaufrufe habe je eine so einstimmige Billigung aller Parteimitglieder gefunden wie dieser.

So förderte das stete Anwachsen der politischen Unzufriedenheit diejenigen Parteien, die gegenüber Bismarck ein festes Rückgrat zu bewahren wußten, die rote und die schwarze Internationale, wie sie im reichspatriotischen Jargon hießen, die sozialdemokratische und die ultramontane Partei. Die katholische Kirche hatte ihre alte und noch immer mächtige Organisation auf den Kriegsfuß gesetzt, seitdem Bismarck und die liberalen Kulturkämpfer in ihr inneres Leben griffen, und schlangenkflug, wie sie in den Händeln dieser Welt ist, wußte sie die Waffen der bürgerlichen Freiheit zu schwingen, die Bismarcks Gendarmenpolitik ihr aufnützte. In den katholischen Gegenden des Reichs leitete sie den wachsenden Strom des politischen Grolls in ihre Kanäle und kreuzte selbst bis zu einem gewissen Grade die Arbeiterbewegung. Am Rhein und in Schlesien nahm die sozialdemokratische Agitation nach dem Jahre 1870 ein entschieden langsameres Tempo an, und in Bayern verschob sich ihr leitender Standort von den katholischen Städten Augsburg und München auf das protestantische Nürnberg-Fürth. Der Ultramontanismus war durchaus nicht blöde, die in seinem Geistesbanne aufgewachsene Arbeiterbevölkerung mit sozialistischen Forderungen zu ködern; sein weitverzweigtes Vereinswesen, das er geschickt auszubauen wußte, bot namentlich den Handwerksgejellen mancherlei Anziehungspunkte; das sozialpolitische Programm, das der Domkapitular Mousfang in Mainz aufstellte, sah von weitem beinahe so aus, wie das Programm Lassalles. Vor allem beglaubigte die brutale Verfolgung, deren Opfer sie waren, die katholischen Priester bei den katholischen Arbeitern noch weit besser, als aller irdische und himmlische Segen, den sie verhiessen.

In den protestantischen Gegenden aber, wo die preussische Fuchtel bisher nicht bekannt gewesen war, nahm die sozialdemokratische Agitation einen Aufschwung, der mehr oder minder weit über die Grenzen hinausging, die ihr nach den historisch gegebenen Bedingungen gesteckt waren. So im protestantischen Bayern, so in Hannover, so namentlich in Schleswig-Holstein. Dies verwöhnte Lieblingskind teutscher Nation machte gar verwunderte Augen, als es nun endlich die Milch frommer Denkungsart aus dem mütterlichen Busen trinken durfte. Neben einigen industriellen Orten, Altona, Ottenfen, Pinneberg, Kiel, Neumünster, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von jeher Mitgliedschaften gehabt hatte, schien Schleswig-Holstein mit seiner aderbautreibenden Bevölkerung, seiner behäbigen Bauernklasse, seinem eingewurzeltten Partikularismus und nicht zuletzt auch seinem plattdeutschen Dialekt der sozialdemokratischen Agitation verschlossen zu sein, und doch machten hier die Lassalleaner nach 1870 verhältnismäßig noch größere Fortschritte, als die Eisenacher im Königreiche Sachsen. Allerdings spielten dabei auch soziale Gesichtspunkte mit. Auf den Latifundien des östlichen Holsteins entstand dadurch eine tiefe Aufregung des ländlichen Proletariats, daß die Junker die Tagelöhner, die an und für sich schon in den erbärmlichsten Verhältnissen lebten, massenhaft auf die Straße warfen, und zwar deshalb, weil die neue deutsche Gesetzgebung schon nach zweijährigem Aufenthalte den Unterstützungswohnitz gab, während das holsteinische Recht erst nach fünfzehnjährigem Aufenthalte das Armenrecht gegeben hatte. Aber im allgemeinen schwelte doch der Born über die politischen Bescherungen der Berliner Regierung die Segel der sozialdemokratischen Agitation in den Elbherzogtümern, und das übrige tat dann die schleswig-holsteinische Polizeiwirtschaft, die auch nur in Sachsen ihresgleichen hatte.

Es waren noch einigermaßen verschobene Verhältnisse. Viele Proletarier, die ihrer Klassenlage nach zur Partei der sozialen Revolution gehörten, schworen einstweilen zur Fahne des innerlich reaktionären Ultramontanismus, während sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie in den neupreussischen Landstrichen viele unsichere Kantontisten befanden. Der Besitzstand der Partei in Schleswig-Holstein blieb jähren Schwankungen unterworfen. Allein zahlreiche Mitläufer wurden doch treue Parteigenossen und was die Hauptsache war: die Sozialdemokratie konnte leisten, was der Liberalismus überhaupt nicht mehr und der

Ultramontanismus nur vorübergehend leisten konnte: auf sie war auch in rein politischen Fragen steter Verlaß. Indem die Leidenden und unterdrückten Klassen der Bevölkerung, weit über das Proletariat hinaus, auf sie blicken lernten als auf eine immer zuverlässige Stütze, erschloß sich ihr eine neue Quelle der Macht, die um so reicher strömen mußte, je mehr die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik Bismarcks sich übertrumpfte.

2. Der Haager Kongress.

Die Pariser Kommune hatte Bismarck nicht nur über die deutsche Sozialdemokratie, sondern ihn und seinesgleichen auch über die Internationale aufgeklärt. Die europäische Reaktion waffnete sich gegen den Bund der Arbeiter und verfolgte ihn in allen Ländern des Kontinents. Einer gemeinsamen polizeilichen Razzia, welche die spanische Regierung vorschlug, widersetzte sich die englische Regierung zwar noch, zum Verdrusse Bismarcks, der in seiner offiziellen Presse den britischen Boden als die Freistadt denunzierte, von wo aus die heilige Sache der Ordnung untergraben würde. Aber auch die englische Regierung schritt gegen die Sektionen der Internationalen in Irland ein und ließ durch ihre auswärtigen Vertreter Informationen über die Verzweigungen des Bundes einziehen, während die republikanische Regierung der Schweiz nur mit Mühe gehindert werden konnte, Flüchtlinge der Kommune an die Nachsucht der französischen Bourgeoisie auszuliefern.

Hand in Hand mit den Unterdrückungsmaßnahmen, die der vereinigte Regierungsverstand von Europa auszutüfteln mußte, ging der Verleumdungskrieg, den die Lügenkraft der zivilisierten Welt dem Bunde machte. Apokryphe Geschichten und Geheimnisse der Internationalen, Lärmtelegramme und dreiste Fälschungen öffentlicher Urkunden jagten einander. Den großen Brand von Chicago kündete der elektrische Funkenring um die Erde als die höllische Tat der Internationalen an, und es war noch ein Wunder, wie ihr Generalrat mit treffendem Spott sagte, daß nicht auch ein Orkan, der damals Westindien verwüstete, ihrem dämonischen Wirken zugeschrieben wurde. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese europäische Hege, als im September 1872 die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin stattfand, von der die patriotischen Zinkenisten ein neues Zeitalter des Weltfriedens und des Weltglücks datierten. Nach ihrer Behauptung war der alte feudalreaktionäre Bund der Ost-

mächte wiederhergestellt zur Rettung der modernen Gesellschaft, und uneingedenk der Erfahrung, daß Vögel, die morgens zu früh singen, abends von der Krake gefressen zu werden pflegen, erläuterten sie Väterchens Erscheinen in Berlin als endgültige Absage an alle französischen Revanchegelüste.

Scheinbar ertönten ihre Triumphgesänge auch nicht ganz ohne Grund. Denn in derselben Herbstwoche, wo der deutsche, der österreichische und der russische Kaiser im Schlosse an der Spree tagten, beendete die Internationale auf ihrem fünften Kongreß ihr historisches Dasein. Durch den Fall der Kommune war der Bund in eine sehr schwierige Lage gekommen. Engels, der sich im Jahre 1870 aus der kaufmännischen Tätigkeit zurückgezogen hatte und gemeinsam mit Marx im Generalrat arbeitete, sagte darüber: „Die Internationale wurde in den Vordergrund der europäischen Geschichte gedrängt in einem Augenblicke, wo ihr die Möglichkeit aller erfolgreichen praktischen Agitation abgeschnitten war. Die Ereignisse, die sie zur siebenten Großmacht erhoben, verboten ihr gleichzeitig, ihre Streitkräfte mobil zu machen und tätig zu verwenden, bei Strafe der unfehlbaren Niederlage und Zurückdämmung der Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte.“ In der Tat, so und nicht anders lag die Sache. Die „respektablen“ Trade Unions hatten sich von der Internationalen zurückgezogen, wegen der Parteinahme des Generalrats für die Kommune, und das französische Proletariat bedurfte nach dem erschöpfenden Kriege, der Aushungerung von Paris und dem fürchtbaren Aberlaß der Kommune einer geraumen Zeit, um neue Kräfte zu sammeln. Für die Stütze, welche die Internationale in ihren französischen Sektionen verlor, war es ein sehr zweifelhafter Ersatz, daß die Flüchtlinge der Kommune den Generalrat in London überschwemmten und in den endlosen Streit rissen, der den unausbleiblichen Niederschlag jeder gescheiterten Revolution bildet. Eine Ahnung von diesen Wirren gab es, wenn Frau Marx an Johann Philipp Beder schrieb, man gelte schon für preußisch, wenn man nicht auf all den französischen Firlefanz von Lug und Trug schwören wolle, was ihr platterdings unmöglich sei.

Während so die Internationale in England und Frankreich mehr oder weniger den Boden unter den Füßen verlor, wurde sie in einer Reihe ökonomisch oder politisch weniger entwickelter Länder, in Belgien, Holland, Italien, Spanien, einem Teile der Schweiz, durch inneren

Saber zerrüttet. Das Proletariat dieser Länder befand sich teilweise noch in einem Entwicklungsprozeß, den die englischen, französischen und deutschen Arbeiter schon in vormärzlicher Zeit durchgemacht hatten: in der Periode des Sozialismus, der von Politik nichts wissen will, weil die Arbeiter in den politischen Kämpfen der besitzenden Klassen stets die Betroffenen gewesen sind. Dieser Sozialismus versteht die kapitalistische Gesellschaft noch nicht nach ihren historischen Existenzbedingungen; er begreift weder die Notwendigkeit ihres Entstehens noch die Notwendigkeit ihres Vergehens; er ist sich deshalb auch völlig unklar über die Mittel, durch die das Proletariat befreit werden kann. In dem politischen Kampfe der Arbeiterklasse sieht er einen Rückfall in alte Irrtümer, eine neue Täuschung, die eine neue Macht der Unterdrückung heranzüchte. Er will die bürgerliche Gesellschaft bis auf den letzten Stein niederreißen, jede Spur ökonomischer und politischer Herrschaft vernichten, aber er will dies Ideal der Zukunft auch schon in der Gegenwart verwirklichen, indem er dem Proletariat die „politische Enthaltung“, den Verzicht auf seine Organisation und damit den Verzicht auf die einzige Waffe empfiehlt, die ihm den Sieg über die konzentrierten Machtmittel der herrschenden Klassen verschaffen kann.

Der unpolitische Sozialismus ist ein Durchgangsstadium in der historischen Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins. Er mußte deshalb auch in der Internationalen vertreten sein, deren Aufgabe gerade darin bestand, die verschiedenen Arbeiterparteien der einzelnen Länder über die weltgeschichtliche Aufgabe des modernen Proletariats aufzuklären und dadurch ihre notwendigen Entwicklungsstadien abzukürzen. Jedoch wurde er eine Gefahr für die Internationale, als Bakunin ihn am Ende der sechziger Jahre unter dem Stichworte des Anarchismus zu sammeln begann und mit seiner Hilfe die Herrschaft über den großen Arbeiterbund an sich zu reißen versuchte. Daß Bakunin ein Agent der russischen Regierung gewesen sei, ist oft behauptet, aber nie bewiesen worden, und die Gründe, die dafür zu sprechen scheinen, lassen sich sehr wohl aus Bakunins panslavistischen Neigungen erklären, wegen deren er schon in den Revolutionsjahren von seinen alten Freunden Marx und Engels bekämpft worden war. Es wäre auch zu viel gesagt, wenn man Bakunins anarchistische Theorie einzig und allein auf das Konto seines persönlichen Ehrgeizes setzen wollte. Ein geborener Russe, stammte er aus einem Lande, das den proletarischen Klassenkampf noch nicht

einmal in seinen ersten Anfängen kannte, und über ein Jahrzehnt lang dem europäischen Geistesleben fern gehalten, bewegte er sich noch ganz in den Anschauungen des vormärzlichen Sozialismus, als er im Jahre 1860 seinem sibirischen Eiskerker entflohen war. Theoretisch knüpfte er mit seinem Anarchismus an Proudhon und Stirner an, und praktisch berührte er sich mannigfach mit Weitling: in der wachsenden Vereinerndung der Masse sah er den wirksamsten Hebel der sozialen Revolution und in den Deklassierten ihre stärksten Vorkämpfer. Aber soviel ist auch richtig, daß persönlicher Ehrgeiz und persönliche Eifersucht auf Marx mitspielten bei Bakunins Versuchen, die Herrschaft über die Internationale zu gewinnen, zu diesem Zweck ihre Organisation zu zerrütten und die europäische Arbeiterbewegung auf eine längst überwundene Stufe ihrer historischen Entwicklung zurückzuwerfen.

Es ist klar, daß der unpolitische Sozialismus einen Januskopf trägt, der auf der einen Seite ein sehr harmloses, auf der anderen Seite ein sehr blutdürstiges Gesicht zeigt. Ein Sozialismus, der die politische Enthaltung empfiehlt, aber doch die bürgerliche Gesellschaft umwälzen will, verläuft entweder in die harmloseste Selbsthilferei, Sektenstifterei und Utopisterei, oder in geheime Verschwörungen, Attentate und Putsché. Es ist ebenso klar, daß er in den vierziger Jahren, wo noch soviel Utopismus im Schwange ging, mehr sein harmloses, und in den sechziger Jahren, wo der naturwüchsige Klassen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat schon so schroff ausgeprägt war, mehr sein blutdürstiges Gesicht hervorkehrte. Durch die „Propaganda der Tat“ gewannen die Anarchisten eine gewisse Fühlung mit den Blanquisten, dem entschlossensten Flügel der Kommunevlüchtlinge. Beide gingen sehr weit in ihren Zielen auseinander, denn die Anhänger Blanquis wollten sich gerade der politischen Gewalt durch einen raschen Handstreich bemächtigen, um durch sie eine revolutionäre Diktatur auszuüben, aber beide kamen überein in der Praxis der revolutionären Handstreiché. Einer Praxis, die den Regierungen die willkommené Gelegenheit bieten mußte, gegen die arbeitenden Klassen eine Praxis der reaktionären Handstreiché einzuleiten, und zwar mit einer zermalnenden Wucht, gegenüber der alle Attentate und Putsché, welche die Bakunisten und Blanquisten, einzeln oder gemeinsam, ausrichten konnten, nur als unreife Knabenspiele erschienen.

Der Generalrat der Internationalen und Marx als sein leitender Kopf widersetzten sich Bakunins Wühlereien mit äußerster Kraft, und

würden sie unter gewöhnlichen Verhältnissen bald bewältigt haben. Wurden sie ihrer doch sogar Herr unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, die nach dem Falle der Pariser Kommune eingetreten waren. Aber eine andere Frage war, ob die Aufrechterhaltung der von außen und innen gleich sehr bedrängten Internationalen der europäischen Arbeiterbewegung nicht unverhältnismäßig große Opfer auferlegte. Marx bejaht diese Frage, und entschloß sich, die von dem internationalen Proletariat für sein praktisches Handeln und Schlagen geschmiedete Waffe vom anarchistischen Roste zu säubern und sie dann bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten auf dem Fechtboden niederzulegen. Auf dem Haager Kongresse führte er seinen Entschluß aus.

Die internationale Ausdehnung der Arbeiterbewegung trat auf diesem Kongresse noch klarer und schärfer hervor, als auf den früheren Kongressen des Bundes. Nach ihren Geburtsländern berechnet befanden sich unter den 64 Delegierten 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Irländer, 1 Däne und 1 Korse. Es stellte sich alsbald heraus, daß der bisherige Generalrat über eine starke Mehrheit verfügte; namentlich die Deutschen und — mit einer Ausnahme — auch die Franzosen standen zu ihm, während die Engländer geteilt und ungleich stimmten. Das Bestreben der Bakunisten, entsprechend ihrer anarchistischen Doktrin den Generalrat zu einem bloßen „Briefkasten“, zu einem „Bureau für Korrespondenz und Statistik“ herabzubringen, wurde bereitet, der Generalrat in seinen Befugnissen als vollziehender Ausschuß der Affoziation bestätigt und gesichert. Der Kongreß sagte sich durch einen feierlichen Beschluß von jeder Verantwortlichkeit für das Treiben der Bakunisten los und stieß Bakunin nebst einem seiner Helfer aus dem Bunde.

Um so schwerer wurde es der siegreichen Mehrheit, den Generalrat nach New York zu verlegen, wie die meisten seiner bisherigen Mitglieder verlangten, darunter auch Marx, der mit Engels dem Kongresse persönlich beizuwohnen. Namentlich die deutschen Delegierten widersetzten sich dem Antrage, der schließlich nur eben knapp durchging. Den Ausschlag gab, daß die Mitglieder des bisherigen Generalrats mit wenigen Ausnahmen eine Wiederwahl ablehnten, Marx und Engels speziell, weil ihnen sonst die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten unmöglich sei, ein Grund, der natürlich nicht in subjektivem, sondern in objektivem Sinne verstanden sein sollte und auch verstanden wurde.

Wie Marx allemal willig seine wissenschaftliche Arbeit unterbrach, wo sich eine Möglichkeit praktischen Handelns für die Arbeiterklasse bot, so nahm er sie gern wieder auf, wo diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war. Trat aber die bisherige Mehrheit des Generalrats zurück, so konnte die oberste Leitung des Bundes nicht in London bleiben, ohne die dringende Gefahr, entweder den französischen Blanquisten mit ihrer Butschaktik oder den englischen Arbeiterführern mit ihren „respektablen“ Tendenzen in die Hände zu fallen. Wenn aber London fortfiel, so war New York der einzige Ort, der die beiden nötigen Bedingungen vereinte: Sicherheit der Archive und internationale Zusammensetzung des Generalrats.

Ohne Zweifel ging es bei diesen Beratungen und Beschlüssen des Haager Kongresses ein wenig diplomatisch her, was durch die damalige Lage der Internationalen zur Genüge erklärt und gerechtfertigt wurde. Ein paar Jahre später schrieb Engels kürzer und offener: „Angesichts der Unmöglichkeit, gegenüber der allgemeinen Reaktion den an sie gestellten Forderungen zu entsprechen und ihre volle Wirksamkeit anders aufrecht zu erhalten, als durch eine Reihe von Opfern, an denen die Arbeiterbewegung hätte verbluten müssen, — angesichts dieser Lage zog sich die Internationale vorläufig von der Bühne zurück, indem sie den Generalrat nach Amerika verlegte.“ Und nicht nur vorläufig zog sie sich zurück, sondern für immer. Die Internationale hielt im Jahre 1873 noch einen Kongreß in Genf ab, aber tatsächlich stellte sich heraus, daß ihre historische Aufgabe vollbracht war. Der Gedanke der internationalen Solidarität hatte in dem modernen Proletariat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß er keiner äußeren Stütze mehr bedurfte, und die nationalen Arbeiterparteien entwickelten sich durch die industriellen Umwälzungen der siebziger Jahre so eigentümlich und kräftig, daß sie über den Rahmen der Internationalen hinauswuchsen, ähnlich wie die europäische Arbeiterbewegung durch die industriellen Umwälzungen der fünfziger Jahre über den Rahmen des Kommunistenbundes hinausgewachsen war.

3. Die letzten Fraktionskämpfe.

In die deutsche Arbeiterbewegung griff die Krisis der Internationalen gar nicht oder sogar wie gar nicht ein. Der Generalrat des Bundes machte in einer gegen Bakunin gerichteten Veröffentlichung die beiläufige

und ziemlich vom Zaune gebrochene Bemerkung, daß die Lassalleaner zu einfachen Werkzeugen der Polizei geworden seien, nachdem sie jahrelang die Organisation der deutschen Arbeiter gehindert hätten, und dieser ungerechte Ausfall reizte den Neuen Sozialdemokraten zu nicht weniger ungerechten Ausfällen gegen Marx und die Internationale. Aber mit Bakunins anarchistischer Theorie und Praxis hatten die Lassalleaner sowenig zu tun wie die Eisenacher.

Seit dem Tage von Sedan waren die beiden Fraktionen in der nationalen Frage einig. Sie standen im gemeinsamen Kampfe gegen das Berliner Regierungssystem. Auch in der prinzipiellen Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus hielten sie eine gemeinsame Höhe inne, insofern als beiden die historisch-materialistische Dialektik noch immer fremd war. Hasselmann entwickelte im Neuen Sozialdemokraten auf „naturrechtlichen“ Wege, daß den Arbeitern die Produkte gehörten, die sie allein geschaffen hätten, und der Versicherungsbeamte C. A. Schramm, der im Volksstaat eine Reihe bemerkenswerter Artikel über die ökonomischen Grundbegriffe veröffentlichte, folgerte in ganz ähnlicher Weise, aus der Werttheorie von Marx ergebe sich die Berechtigung der sozialistischen Forderungen, der Anspruch der Arbeiter auf die von ihnen geschaffenen Werte. Selbst Liebknecht stellte Budke, den Historiker des Manchesterturns, als den bahnbrechenden Geist auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete hin, wie es Marx auf sozialwissenschaftlichem und Darwin auf naturwissenschaftlichem Gebiete sei.

Der einzige der damaligen Parteischriftsteller, der in seiner Weise den historischen Materialismus erfaßt hatte, war Dieckgen, der fleißigste Theoretiker der Eisenacher, doch bewegten sich seine geistvollen Aufsätze zu eng im philosophischen Geleise, als daß sie auf die mitten im praktischen Kampfe stehenden Arbeiter wirksamen Eindruck hätten machen können. Eine Reihe älterer und neuerer Arbeiten von Marx und Engels, die der Volksstaat veröffentlichte, die Abhandlungen über den Bauernkrieg, die Adresse über die Pariser Kommune, setzten zuviel voraus, um den Arbeitern schon in Fleisch und Blut überzugehen, und in den praktischen Tagesfragen, an denen sich die historisch-materialistische Auffassung am anschaulichsten hätte erläutern lassen, griffen die Altmeister des wissenschaftlichen Kommunismus selten ein. Die Anhänger der Eisenacher Fraktion klagten oft über die allzu gelehrten und schwerfälligen Artikel des Volksstaats, und selbst der Parteiauschuß

hielt der Redaktion die Schreibweise des Neuen Sozialdemokraten als Muster vor. Die geistige Hauptnahrung blieben auch für die Arbeiter dieser Richtung die Agitationschriften Lassalles; „der Organisation nach waren wir Eisenacher, dem Prinzip und der Agitation nach Lassalleaner“, schrieb später bei einem Rückblick auf diese Zeit Karl Grillenberger, der Tüchtigsten einer aus dem Nachwuchs der Eisenacher.

Unzweifelhaft war auch der Neue Sozialdemokrat nicht bloß in der populären Darstellung, sondern ebenso in der scharfen Auffassung der ökonomisch-sozialistischen Probleme dem Volksstaat überlegen. Als die Frage der Wohnungsnot alle Welt beschäftigte, knüpfte Hasselmann an sie an, um in einer Reihe musterhaft klarer Artikel die Grund- und Bodenfrage auseinanderzulegen, während der Volksstaat über dieselbe Frage dem Proudhonisten Mühlberger das Wort gab zu allerlei konfusem Ausführungen, die dann Engels durch seine klassischen Abhandlungen über die Wohnungsfrage ins reine brachte. Zu dem überhebenden Tone, den die Eisenacher gerade in theoretischen Fragen gern gegen die Lassalleaner anschlugen, hatten sie durchaus keinen Anlaß. Der Krieg, den Bracke gegen den „Lassalleschen Vorschlag“ der Produktionsassoziationen mit Staatshilfe eröffnete, zeigte den trefflichen Mann auf einem Holzwege; das Herrbild, das er von Lassalles Vorschlag entwarf, indem er ihn den „vergeblich nach Hoffähigkeit strebenden königlich preussischen Regierungssozialismus“ nannte, existierte nur in seiner Phantasie; Hasselmann vertrat, wie schon Schweiger vor ihm, die Produktionsassoziationen mit Staatskredit immer in dem Sinne, daß sie nach dem Siege des Proletariats die erste praktische Handhabe zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein sollten. Der Drang zur gründlichen Revision ihres Programms machte sich unter den Eisenachern stark geltend, aber in einer Form, die eben nur die noch große theoretische Unklarheit dieser Fraktion verriet. Bodenreformerei, Abschaffung des Erbrechts und sonst allerlei eklektischer Sozialismus, der bei den Lassalleanern schon von Schweiger abgetan worden war, machte sich in ihren besten Köpfen noch sehr breit, und sogar bei Bracke war noch nicht die Neigung erstorben, durch zeitweilige Verhüllung des prinzipiellen Kommunismus dem radikalen Kleinbürgertum entgegenzukommen.

Nur in einer Frage, und zwar in der sehr wichtigen Gewerkschaftsfrage, war die theoretische Klarheit bei den Eisenachern entschieden größer als bei den Lassalleanern. Im Mai 1873 veröffentlichte der

Volksstaat mehrere vorzügliche Artikel über die Gewerkschaften, die heute noch mit Genuß und Nutzen gelesen werden können. In diesen „praktischen Emanzipationswinken“ wurde nachgewiesen, daß die gewerkschaftliche Bewegung eine gleich bedeutende und gleich berechnete Waffe des proletarischen Emanzipationskampfes sei, wie die politische Bewegung, aber daß zwischen beiden Bewegungen eine scharfe Trennung durchgeführt werden müsse. In lichtvoller Weise wurden die einzelnen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert, wurde gezeigt, was sie als wirksame Hebel der proletarischen Klassenlage, als Übungsfelder demokratischer Selbstverwaltung, als Keime der zukünftigen Gesellschaftsorganisation, genug als Organe des bewußten Kampfes für die Emanzipation des Proletariats leisten können, immer unter der Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Bewegung das ihr mit der politischen Bewegung gemeinsame Ziel auf anderem selbständigen Wege verfolge. Die anonym erschienenen Artikel waren von dem Schriftsteller Karl Hillmann verfaßt und bekundeten einen bedeutenden Fortschritt gegen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses über die Gewerkschaftsfrage. Allerdings erhob sich im Volksstaate sofort eine protestierende Stimme gegen sie, doch wog die Auffassung Hillmanns unverkennbar in der Eisenacher Fraktion vor. Dagegen hatten die Gewerkschaftsmänner der Lassalleaner einen schweren Stand, und sie würden einen noch schwereren Stand gehabt haben, wenn nicht die Berliner Bauhandwerker mit ihren erfolgreichen Streiks im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine einflußreiche Stellung eingenommen hätten. Der Allgemeine Unterstützungsverband hatte sich einer ernsthaften Streikbewegung gegenüber als ohnmächtig erwiesen, und der Versuch, ihn auf lokaler Stufenleiter als Berliner Arbeiterbund zu erneuern, hatte keinen besseren Erfolg. Die sachlich gegliederten Gewerkschaften, wie den Maurer- und Zimmererbund, hielt die Macht der Tatsachen aufrecht, aber der doktrinaire Widerstand verstummte nicht. Auf jeder Generalversammlung erhob er seine Stimme, und erzielte auch immer Beschlüsse, die mit den bestehenden Gewerkschaften aufräumen oder sie mindestens zu Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herabdrücken wollten.

In der Organisation hatten wieder die Lassalleaner den Vortritt. Ihr Heer war gerüsteter, schlagfertiger, zahlreicher. Auf ihren Generalversammlungen, die wie 1871, so auch 1872 in Berlin, 1873 aber in Frankfurt a. M. stattfanden, musterten sie in ansteigender Zahl bis

zum zweiten Zehntausend aktiver Mitglieder, während die Eisenacher, die ihre Kongresse 1871 in Dresden, 1872 in Mainz und 1873 in Eisenach abhielten, eben nur knapp ans erste Zehntausend herankamen. Freilich hatte die Organisation der Lassalleaner auch ihre bedenklichen Seiten. Zugeschnitten auf eine diktatorische Leitung, mußte sie zu bösen Rivalitäten um den beherrschenden Einfluß führen, wenn der Präsident ein Mann war, wie Hasenclever, dem im Guten und Schlimmen das Zeug zu einem Diktator fehlte. Neben ihm standen Hasselmann als Redakteur des Vereinsorgans, der Hutmacher Derossi aus Düsseldorf als Sekretär und der Kassierer Grüwel, die alljährlich durch die Generalversammlung gewählt wurden, wie der Präsident durch Urabstimmung aller Mitglieder. Im Vereinsorgan wachte Hasselmann eifersüchtig darüber, daß keine schriftstellerische Kraft neben ihm aufkam; das geistige Leben des Vereins erhielt dadurch, sowenig es seltenhaft war, doch eine seltenhafte Färbung. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes kamen unter Hasenclever zu weit größerem Einfluß, als sie unter Schweizer besessen hatten, Grottkau, die Kapells, namentlich auch der nach Hferlohn zurückgekehrte Töbke. Das wäre ein unzweifelhafter Fortschritt gewesen, wenn die Parteileitung eine demokratische Verfassung gehabt hätte, in der die einzelnen Kräfte nebeneinander hätten arbeiten können; da ihnen dieser legitime Spielraum fehlte, so stießen sie feindlich aufeinander. Der Kultus, den die Lassalleaner mit ihrer Organisation trieben, hatte sein triftigen Gründe, aber er wurde sehr übertrieben; seinen starrsten Vertreter fand er in Töbke, dem die Berliner Leitung immer noch nicht genug zentralisierte, obgleich er selbst in der Provinz saß.

Die Eisenacher hatten ihren Ausschuß seit 1871 in Hamburg, wo Weib und Dork die leitenden Köpfe waren, die Kontrollkommission wurde 1871 nach Berlin, 1872 nach Breslau, 1873 nach Frankfurt a. M. verlegt. Ihre Organisation war viel loser als die Organisation der Lassalleaner, die Mitglieder zahlten ihre Beiträge saumseliger und spärlicher; gegenüber den blühenden Finanzen der Lassalleaner kamen die Eisenacher nicht aus der Schuldennot heraus. Aber bei allen unverkennbaren Schattenseiten hatte ihre Organisation doch auch ihre Vorzüge. Schon daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den verschiedenen Organen der Parteileitung immer offen und sachlich ausgetragen werden konnten, war nicht hoch genug zu schätzen.

Besonders aber besaßen die Eisenacher eine reichere Literatur und Presse als die Lassalleaner. Schon im Jahre 1871 entstanden neben dem Grimmitzhauer Bürger- und Bauernfreund der Dresdener Volksbote, die Chemnitzer Freie Presse, der Braunschweiger Volksfreund als Lokalblätter der Partei, bald auch in Nürnberg-Fürth das Demokratische Wochenblatt, das 1873 ins Eigentum der Partei überging. In fast überreicher Fülle erwachsen dann neue Lokalblätter in Hof, Gera, Eisenach, Mainz, München, wo der Proletarier inzwischen eingegangen war. Aus dem geplanten literarischen Aktienunternehmen war die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig geworden, die neben dem Volksstaat eine schnell anwachsende Broschürenliteratur pflegte. Auch Bracke, der den Braunschweiger Volksfreund verlegte, gab eine Reihe Parteischriften heraus.

Die „Intelligenzen“ erwiesen sich für die Eisenacher keineswegs als so verhängnisvoll, wie die Lassalleaner behaupteten. Nur in Nürnberg-Fürth führte ein häßlicher Krakeel zwischen den sonst sehr begabten Literaten Memminger und Mook zu peinlichen Störungen der fränkischen Bewegung, die dann aber nach Beseitigung der beiden Störenfriede unter den treuen Händen der Arbeiter Grillenberger, Gabriel Löwenstein, Scherm, Wörlein um so gedeihlicher emporkwuchs. Auch mochte es ein Erfolg von zweifelhaftem Werte sein, daß Bernhard Becker sich bei den Eisenachern einfand; seine Redaktionsführung in dem Braunschweiger Volksfreund und seine gehässigen Schriften über Lassalles Agitation und Lebensende trugen viel zur Verhetzung mit den Lassalleanern bei. Aber sonst bewährten sich die jungen literarischen Kräfte der Eisenacher durchaus: Bruno Geiser und Max Reißer in Breslau, Johannes Webbe in Hamburg, Wilhelm Bloß, der von der süddeutschen Volkspartei kam und bald neben Hepner den Volksstaat redigierte, während Liebknecht seine Festungshaft abbüßte. Im fernen Königsberg gab der Referendar Kokošky eine Monatschrift, die Demokratischen Blätter, heraus, die sich freilich nicht lange halten konnten; Kokošky ging dann an den Braunschweiger Volksfreund.

Auch die Arbeiter beteiligten sich bei den Eisenachern viel eifriger an der Broschüren- und Zeitungsliteratur, als bei den Lassalleanern, bei denen die mündliche Agitation überwog. Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren nicht solche Theoretiker stellen konnte, wie in den vierziger Jahren, wo

der Bund der Kommunisten die Kämpfe der deutschen Philosophen und der englisch-französischen Sozialistenschulen mit teilnehmendem Verständnis begleitet hatte; der einzige, der an die Weitling, Eccarius, Pfänder erinnerte, war Diezgen. Die neue Arbeiterbewegung war von vornherein mit praktischen Aufgaben über und über belastet, und die theoretische Arbeit hatten vorläufig die großen Denker des wissenschaftlichen Kommunismus vollbracht. Ihre Untersuchungen zu popularisieren und den Tageskampf mit den bürgerlichen Ökonomen zu führen, das war die bescheidene, aber nützliche und mit gutem Erfolge gelöste Aufgabe der Arbeiter, die in der Eisenacher Fraktion zur Feder griffen. Den Vogel schloß der Schriftsetzer Franz ab, der sich im Jahre 1870 einem gegen ihn als Redakteur des Proletarlers eingeleiteten Hochverratsprozesse der bayerischen Regierung mit Zustimmung seiner Parteigenossen durch die Flucht nach Zürich entzogen hatte. Hier war Viktor Böhmer, ein deutscher Manchestermann, zum Professor an der Universität avanciert, und da er zu den verständigeren Vertretern seiner Schule gehörte, so hielt er sich für verpflichtet, das „ewige Naturgesetz“ von manchesterlichen Gnaden, wonach mit der Akkumulation des Kapitals auch der Wohlstand des Kleinbürgertums und des Proletariats wachsen soll, einmal durch die offizielle Statistik des Kantons Zürich zu beweisen und daneben den Sozialismus aus freier Faust abzutun. Franz bewies nun in einer etwas verben und grobschlächtigen, aber inhaltlich vortrefflichen Schrift, daß der beamtete Lehrer der Statistik aus den von ihm beigebrachten Zahlen das Gegenteil von dem herauslese, was tatsächlich darin stehe. Ernst Engel, der bedeutendste deutsche Statistiker, der mit seiner charakteristischen Ehrlichkeit ehebem schon zu Lassalles Cideshelfer geworden war, erkannte jetzt in der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus an, daß Böhmer von Franz gründlich geschlagen worden sei; Franz habe unwiderleglich nachgewiesen, daß eine Verminderung des Mittelstandes und somit eine Vermehrung des Proletariats, und zwar in absolutem wie relativem Sinne, stattgefunden habe, und daß selbst im idyllischen Schweizerlande, in einer freien Republik, „eine wahnsinnige Konzentration des Kapitals in immer weniger Hände“ eine unleugbare Tatsache sei.

Die Unterschiede zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurzelten in der Verschiedenheit ihrer historischen Entwicklung. Die Lassalleaner waren die ältere Fraktion und hatten eine sechsjährige

Kriegserfahrung vor den Eisenachern voraus; die günstigsten Quartiere waren schon in ihren Händen, als die Eisenacher begannen. Die Lassalleaner waren weit überwiegend in dem einzigen Großstaate des neuen Reichs vertreten; sie hielten die Reichshauptstadt und eroberten von ihr aus die Mark Brandenburg, das Stammland der neuen Kaiser. Sie beherrschten den Lauf der Ober von Breslau bis Stettin. Ihre Fahne wehte über dem alten mächtigen Hamburg mit dem schleswig-holsteinischen Vorlande, über Bremen und Lübeck und Hannover, alten Hansestädten, in denen moderner Handel und moderne Industrie kräftig emporblühten. Im Westen besaßen sie Oberrhein-Barmen mit dem bergisch-märkischen Industriebezirk, im Südwesten Frankfurt a. M. mit dem Maingau. Dagegen beherrschten die Eisenacher zwar auch ein altes Vorland deutscher Kultur, aber das Königreich Sachsen war seit dem Anfang des Jahrhunderts politisch sehr ins Hintertreffen der nationalen Entwicklung gekommen, worunter mit der einzigen Ausnahme Leipzigs namentlich auch seine großen Städte litten. In der Residenzstadt Dresden hatten die langen Jahre Preussischer Regiments das öffentliche Leben arg verkümmert, und die Fabrikstadt Chemnitz war weit und breit berufen wegen des geistigen Stumpfseins ihrer ungebildeten Emporkömmlinge; der Volksstaat selbst wies einmal drastisch nach, daß keine Stadt in Deutschland unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer so niedrigen Kulturstufe stände, wie das sächsische Manchester. Dann erstreckten sich die hauptsächlichlichen Besitzungen der Eisenacher über die kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie der mitteldeutschen Kleinst-, über die erst wie Inseln aus dem handwerksmäßigen Betriebe emporragenden Industriebezirke der süddeutschen Mittelstaaten. Der Drang nach landsmannschaftlicher Gruppierung, der bei den Eisenachern stark hervortrat, war in den Verhältnissen begründet; wenn die Blätter dieser Fraktion manchmal im Übermaß für Dezentralisation schwärmten, so mochten sie mehr aus der Not eine Tugend machen, als daß sie die Vorzüge der Zentralisation verkannt hätten.

Sobiel zeigte sich auf den ersten Blick, daß die Unterschiede der beiden Fraktionen mehr auf ihre Ergänzung als auf ihre Bekämpfung hinwiesen. Auf jede besondere Stärke der Lassalleaner kam eine besondere Schwäche der Eisenacher, und umgekehrt. Die gegenseitige Unterstützung bei Streiks, die gemeinsame Arbeit in Gewerkschaften, der praktische Kampf gegen die gemeinsamen Feinde führte die Mit-

glieder beider Fraktionen an manchen Orten auch schon zusammen; in Württemberg, wo die Lassalleaner allerdings nur in der Hauptstadt einen starken Posten hatten, war sogar schon ein völliges Einvernehmen hergestellt; die Süddeutsche Volkszeitung, die im Jahre 1873 unter der Redaktion Karl Hillmanns in Stuttgart zu erscheinen begann, wurde von Lassalleanern und Eisenachern begründet. Aber die praktisch angespannenen Fäden der Versöhnung zerrissen doch meistens wieder bei den unvermeidlichen Grenzfehden; besonders übel nahmen es die Eisenacher, als Frohme und der Schuhmacher Hartmann aus Hamburg im Sommer 1872 eine umfassende Agitation in Süddeutschland begannen. Eine wirkliche Versöhnung war nur auf offiziellem Wege möglich und damit hatte es eine eigentümliche Bewandnis.

Die Lassalleaner spielten ein wenig den älteren Sohn vom Hause, dem sich der jüngere Sohn zu fügen habe; sie ließen die Einigungsfrage sehr an sich kommen, aber soweit sie sich darüber äußerten, hatte die Sache wenigstens Hand und Fuß: ihre Ansichten über die unpraktische Organisation und den „Halbsozialismus“ der Eisenacher, dem es mit dem proletarischen Klassenkampfe kein rechter Ernst sei, mochten übertrieben oder ganz unrichtig sein, aber sie ließen eine aufklärende Diskussion zu. Umgekehrt waren die Eisenacher die viel eifrigeren Friedensprediger, aber die viel ungeschickteren Friedensstifter. Sie warfen den Lassalleanern hauptsächlich deren angebliche, bewußte oder unbewußte Abhängigkeit von der preussischen Regierung vor, und damit waren natürlich alle sachlichen Verhandlungen von vornherein abgebrochen. Selbst Lassalle wurde von der Presse der Eisenacher als ein ganz guter Poet, aber ein sehr schlechter Politiker behandelt; in den Volksstaat verirte sich sogar einmal das böse Wort: Wäre Lassalle nicht von selbst gekommen, so hätte Bismarck ihn erfinden müssen.

Der einzige Beweis für alle solche Unterstellungen war die Behauptung, daß die Lassalleaner von Polizei und Staatsanwaltschaft so gut wie unbehelligt blieben, während die Eisenacher die schwersten Verfolgungen zu ertragen hätten. Mit der Richtigkeit dieser Behauptung war es aber nicht zum besten bestellt. In Schleswig-Holstein wurden die Lassalleaner ebenso drangsaliiert, wie die Eisenacher in Sachsen. Frohme, der angeblich als „Polizeitagent“ in Süddeutschland agitirt hatte, wurde wegen dieser Agitation unter eine Reihe von Anklagen gestellt, von seinem Wohnorte Bremen wie ein gemeiner Verbrecher und

öfter mit gemeinen Verbrechern zusammengeeffelt, von einem Gefängnis ins andere geschleppt; den Weg von Bensheim nach Lorsch an der Bergstraße, wo er das Verbrechen des „Hochverrats“ begangen haben sollte, mußte er mit Ketten an Händen und Füßen zu Fuß zurücklegen, obgleich er an einer schweren Beinwunde krankte; schließlich wurde er wegen absoluter Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen aus der Untersuchungshaft entlassen, was alles für einen „Polizeiagenten“ doch höchst wunderbare Schicksale waren. Wichtig war immerhin, daß der Volksstaat schwerer mit Preßprozessen bedrängt wurde, als der Neue Sozialdemokrat, aber das war ein sehr vorübergehender Zustand und bewies ebensowenig, wie die verhältnismäßige Preßfreiheit, die das Demokratische Wochenblatt seinerzeit in Leipzig genossen hatte. Ohnehin rühmte sich der Neue Sozialdemokrat nicht ganz ohne Grund, daß er den Fußangeln der reaktionären Preß- und Strafgesetze besser auszuweichen wisse als der Volksstaat.

Jedoch gereichte der aussichtslosen Versöhnungstaktik der Eisenacher zur Entschuldigimg, daß die Lassalleaner ihr einen Schein von Berechtigung gaben. Tölcke wollte an die Generalversammlung des Jahres 1872 einen Antrag bringen, der allen Gewerkschaften der Lassalleaner das Lebenslicht ausblasen sollte. Aber Hasselmann weigerte sich, den Wortlaut des Antrags im Vereinsorgane zu veröffentlichen, und die Preßkommission stimmte ihm auf eine Beschwerde Tölckes zu. Unzweifelhaft hatte sie dazu ihre sachlichen Gründe; es war ganz zwecklos, einen solchen Pantapfel in die Arbeiterwelt zu werfen, während die Streikbewegung am höchsten ging. Nun witterte Tölcke in seinem Eifer für die reine und unverfälschte Organisation Lassalles hinter dem ablehnenden Bescheide eine Intrigue Schweizers, und in einer Sitzung des Vorstandes, die am 3. März 1872 in Hannover stattfand, richtete er gegen Hasselmann die Beschuldigung, unter einer Decke mit Schweizer zu spielen, der im Dienste der preussischen Regierung für die Gewerkschaften eingetreten sei, um die Kraft der Arbeiterbewegung durch ihre Verteilung in verschiedene Kanäle zu brechen. Schweizer stehe mit dem Berliner Polizeipräsidenten in Verbindung und hinterbringe dieser Behörde alles, was in der Arbeiterbewegung vorfalle. Tölcke erzählte aus der Zeit, wo er die stellvertretende Leitung des Vereins gehabt hatte: „Schweizer sagte mir kurz vor dem Antritt seiner Haft, daß ich mich zu jeder Zeit, wenn etwas passiere, an das Polizeipräsidenten

wenden könne. Schweizer ist mit mir dorthin gegangen und hat mich vorgestellt, wobei er eine große Kenntnis der Räumlichkeiten entwickelte.“ Zu alledem erklärte Tölcke weiter, daß Schweizer die einlaufenden Beiträge der Mitglieder in seinem Interesse verwandt habe; auch aus der Kasse des Unterstützungsverbandes habe Schweizer 500 Taler entnommen und zu seinem Bankier getragen.

Der erste Eindruck dieser Enthüllungen auf die Hörer war der sehr natürliche Ausruf: Wenn das alles wahr ist, wenn du das alles gewußt und dennoch immer die Partei Schweizers genommen hast, so bist du ja ein noch viel ärgerer Verräter als Schweizer. Diese Schlußfolgerung war ganz unabweisbar. Entweder verhielten sich die Dinge so, wie Tölcke behauptete, und dann hatte er seit dem Herbst 1868 eine ebenso schimpfliche, oder noch schimpflichere Rolle gespielt, als Schweizer, oder Tölcke hatte sich durch seinen fanatischen Organisationskultus in allerlei Wahngelüste hineingelebt, um den ihm unbegreiflichen Widerstand gegen die strenge Wiederherstellung der Lassalleschen Organisation zu erklären. Heute, wo sich alle einschlägigen Verhältnisse klar übersehen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der zweite Fall vorlag. Tölcke war ein ehrlicher Mann und glaubte an seine Einbildungen; moralisch entlastet es ihn, daß er sich selbst darin die aller- schlechteste Rolle zuerteilte, aber ihre völlige Grundlosigkeit tritt dann nur um so schärfer hervor. Über die Annahme, daß Schweizer im Dienste der preussischen Regierung die gewerkschaftliche Bewegung eingeleitet habe, ist überhaupt kein Wort zu verlieren, aber auch der Versuch auf dem Polizeipräsidium verliert alles Anstößige, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen Tölcke von Schweizer nach Berlin gerufen wurde. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war damals gerade in Leipzig verboten und in Berlin etwas formlos wieder eröffnet worden; wenn Schweizer, der immer großen Wert darauf legte, die formelle Vereinsorganisation solange als möglich aufrecht zu erhalten, mit Tölcke aufs Polizeipräsidium ging, um sich zu vergewissern, daß Tölckes Stellvertreterschaft von der Polizeibehörde anerkannt werden würde, so tat er nichts Schlimmeres, als ein Jahr später Bracke, der sich gleichfalls auf die Polizeidirektion in Braunschweig begab, um nachzuforschen, ob dem nach dieser Stadt verlegten Ausschusse der Eisenacher polizeiliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Schweizer wäre ja nicht nur ein Schuft, sondern auch ein Narr gewesen, wenn

er sich, um während seiner Haft die Arbeiterbewegung in verräterischen Händen zu lassen, den ungefähr gescheiterten seiner Anhänger hundert Meilen weit verschrieben und ihn dann als Zuträger beim Polizeipräsidium angestellt hätte. Und sicherlich hätte der alte Barrikadenkämpfer Tölcke sofort Lärm geschlagen, wenn die Dinge sich wirklich so abgespielt hätten, wie er fünf Jahre später sich einbildete.

Auch die angeblichen Unterschlagungen Schweizer's lösen sich in leeren Dunst auf, wenn man ihnen auf den Leib rückt. Allerdings hatte er 500 Taler aus der Verbandskasse genommen und zu seinem Bankier getragen, aber dieser Bankier war auch der Bankier des Verbandes, an den die Einnahmen, sobald sie eine gewisse Höhe überschritten hatten, abgeführt werden mußten; Schweizer hatte nur den formellen Fehler begangen, bei der Hinterlegung der Summe nicht zwei Mitglieder des Verbandsausschusses zuzuziehen, wie die Statuten vorschrieben. Unterschlagungen konnte er überhaupt nicht machen ohne Mitschuld des Vereins- und des Verbandskassierers; zudem hatten, gerade mit Rücksicht auf die schon von den Eisenachern gegen Schweizer erhobenen Vorwürfe, die Generalversammlungen von 1870 und 1871 die Kassenverhältnisse aufs eingehendste untersucht und durch einstimmigen Beschluß ihre völlige Ordnung anerkannt.

Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Schweizer dann beschuldigt worden, die Vereinskasse zwar nicht widerrechtlich geplündert, aber kraft seiner diktatorischen Vollmachten in aller Form Rechts geschöpft zu haben. Allein Schweizer hatte alle seine Arbeit für den Verein unentgeltlich getan, bis ihm im Jahre 1869 wider seinen Willen 45 Taler Monatsgehalt aufgedrängt wurden, die er selbst auf 25 Taler herabsetzte und zunächst überhaupt nicht erhob; hat er sie später erhoben, so kann es nur im letzten Jahre seines Präsidiums geschehen sein, wie er denn auch für seine letzte große Rundreise im November und Dezember 1869 die gewöhnlichen Agitatorenbiäten angenommen hat. Die sonstigen Tausende von Talern, die er geschluckt haben soll, sind allein im Interesse des Vereinsorgans aufgebracht worden und übersteigen wenig die Höhe der Gerichtskosten und Geldstrafen, die der Sozialdemokrat während seines mehr als sechsjährigen Bestehens zu leisten hatte. In den ersten Jahren seines Bestehens wurden die Fehlbeträge des Blattes aus Hofstettens Mitteln gedeckt; nach Erschöpfung dieser Mittel half die Vereinskasse aus, bis Schweizer durch den Tod seines Vaters zu einigem Ver-

mögen gelangte. Dann kam er selbst für die Unterbilanz des Sozialdemokraten auf, bis die Partei das Blatt und zum Teil auch die Verbindlichkeiten des Blattes übernahm. Die Summen, die nominell Schweizer, tatsächlich aber das Vereinsorgan auf diese Weise erhalten hat, bestanden hauptsächlich aus je 1000 Talern, die von den Generalversammlungen in den Jahren 1868 und 1871 bewilligt worden waren; dazu kamen noch kleinere Beträge, wie ein paar hundert Taler, welche die Berliner Mitglieder während des deutsch-französischen Krieges für das Parteiblatt aufbrachten. Von Gegnern Schweizers ist die Gesamtsumme einmal auf 2500 Taler angegeben worden; mag sie so hoch oder höher oder niedriger gewesen sein, immer handelte es sich um Aufwendungen für einen wichtigen, um nicht zu sagen den wichtigsten Parteizweck, um Aufwendungen, die Bucherzinsen getragen haben, und in der Geschichte der Partei ehrenvoll gebucht sind: der Sozialdemokrat war für die sechziger Jahre ein so klassisches Organ des Proletariats, wie die Neue Rheinische Zeitung für die Revolutionsjahre gewesen war und wie der Züricher Sozialdemokrat für die achtziger Jahre werden sollte.

Eine dritte Behauptung geht dahin, daß Schweizer der Kasse des Vereins kein Leid getan, sie im Gegenteil aus den geheimen Fonds der Regierung gespeist und aus dieser Quelle zugleich für sich die Mittel zu einem luxuriösen Leben geschöpft habe. Aber die Generalversammlungen von 1870 und 1871 haben nach sorgfältigster Prüfung einstimmig erklärt, daß nie ein Pfennig unrechtmäßigen Gutes in die Vereinskasse geflossen sei, und die Behauptungen über Schweizers verschwenderische Lebensführung sind auch nur in der Zeit laut geworden, wo er seinen Vater beerbt hatte: vorher hat er durchaus eine bescheidene Existenz geführt, und nach seinem Rücktritte von der Agitation hat er sich mühsam als Bühnendichter durchgeschlagen.

Diese Einzelheiten sind etwas ausführlicher kargelegt worden, weil sie einmal eine große Rolle in der sozialdemokratischen Parteigeschichte gespielt haben und weil die Ehre eines Mannes an ihnen hängen geblieben ist: für die historische Frage nach Schweizers Schuld oder Unschuld sind sie ohne jede Bedeutung. Diese Frage löst sich in die beiden anderen Fragen auf: Hat Schweizer eine konsequente und wohlbedachte Politik getrieben, die bei aller Anfechtbarkeit im einzelnen sich im ganzen nur aus den Interessen der Arbeiterklasse, nicht aber aus den Interessen der Regierung erklären ließ? Und konnte eine mächtig

anschwellende, von den kräftigsten und vorgeschrittensten Schichten des Proletariats getragene Bewegung lange Jahre hindurch von einem Polizeigenossen genasführt werden? Die Antwort auf diese Fragen geben die historischen Thatfachen.

Die Debatten der Vorstandssitzung fanden ihre Fortsetzung in der Generalversammlung, die im Mai 1872 in Berlin zusammentrat. Wieder wurden die lebhaftesten Anklagen gegen Tölcke laut, und ein Delegierter beantragte seine Ausschließung, was vollkommen berechtigt war, wenn sich alles so verhielt, wie Tölcke behauptete. Damit drohte aber auch eine neue Krisis über den Verein hereinzubrechen, und nun zeigten sich die bedenklichen Seiten des Kultus, der mit der straffen Zentralfaktion getrieben wurde. Bei den Eisenachern wäre der Konflikt bis in seine letzten Konsequenzen ausgetragen worden, welcher Art sie immer sein mochten, bei den Lassalleanern entschied das Vereinsinteresse. Noch während der Verhandlung wurde Schweitzer, der als Zuhörer zugegen war, zum Verlassen des Saales aufgefordert, da er nicht Mitglied des Vereins sei. Dann wurde die Sache einer Kommission zur Prüfung übergeben, die mit dem Entscheide zurückkam, gegen Schweitzer lägen große gewichtige, aber durch ganz bestimmte Thatfachen nicht erweisbare Gründe zum Mißtrauen vor, dagegen habe Hasselmann sich von allem Verdachte gereinigt und Tölcke habe früher nicht anders handeln können, da er keine genügenden Beweise gehabt habe. Beide hätten sich verständigt, womit der Antrag auf Ausstoßung Tölckes erledigt sei, die Generalversammlung müsse beiden ihr Vertrauen schenken. Diese Entscheidung der Kommission wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt, dann faßte die Generalversammlung noch den Beschluß, daß Schweitzer nicht mehr in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufgenommen werden könne. 5595 Stimmen waren dafür, 1177 dagegen, 1219 enthielten sich der Abstimmung.

Sobald diese Vorgänge durch das Protokoll der Generalversammlung ruckbar wurden, riefen sie unter den Eisenachern natürlich eine große Aufregung hervor. Der Volksstaat sagte nicht nur: So ist alles bestätigt, was von unserer Seite gegen Schweitzer eingewandt worden ist, sondern er sagte auch, wie so viele Lassalleaner: Ist Schweitzer schuldig, so sind es Hasenclever, Hasselmann, Tölcke auch. Es war den Eisenachern nicht zu verdenken, wenn sie in schärfster Weise namentlich gegen Tölcke vorgingen, der im Jahre 1869 Liebknecht und Bebel als falsche Brüder

angeklagt hatte, während er nach seiner jetzigen Behauptung damals schon gewußt haben wollte, daß Schweizer in heimlichen Beziehungen zur preußischen Polizei stehe. Die Lassalleaner erkannten zu spät ihren schweren Fehler und suchten nun einzulenkten. Der Neue Sozialdemokrat sagte, bei Schweizers Beurteilung habe es sich nicht um seine Beziehungen zur preußischen Regierung, die ihm nicht nachgewiesen und nicht einmal vorgeworfen seien, sondern um „ganz andere Dinge“ gehandelt. Nachgewiesen waren ihm solche Beziehungen gewiß nicht, aber vorgeworfen allerdings, und die „ganz anderen Dinge“ entpuppten sich als einige unverfängliche Notizen über die Geschäfte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Rudolf Meyer auf seinen Wunsch, für seine historischen Arbeiten über die Arbeiterbewegung, von Schweizer erhalten hatte. Schweizer selbst hatte die harmlose Sache gelegentlich auf der Redaktion des Neuen Sozialdemokraten erzählt, und die kleine literarische Gefälligkeit, die er einem konservativen, aber unabhängigen und mit der Arbeiterbewegung sympathisierenden Schriftsteller erwiesen hatte, konnte nur dadurch zu einem „Verrate“ aufgebauscht werden, daß der Neue Sozialdemokrat die Form, die Meyer den Mitteilungen Schweizers gegeben hatte, auf Schweizers Konto schrieb.

So waren die Versöhnungsversuche der beiden Fraktionen vollständig verfahren. Die Bemühungen des Volksstaats, sie dennoch fortzusetzen, indem er darauf drängte, daß die Lassalleaner auch die Schweizer abfagen müßten, nachdem sie den Schweizer losgeworden seien, konnten nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. In einer scharfen Verfügung, die der Volksstaat an der Spitze des Blattes abdrucken mußte, machte die Kontrollkommission in Breslau dieser Einigungstaktik ein Ende, die nach ihrer richtigen Bemerkung den Riß immer noch erweitern mußte, statt ihn zu schließen.

Inzwischen hatte die Notiz, daß Schweizer nun auch von den Lassalleanern verworfen worden sei, die Kunde der bürgerlichen Presse gemacht, und in seiner ersten Aufregung richtete Schweizer an die Organe dieser Presse ein Schreiben, worin er sagte, daß solche Erscheinungen „des Unbanks oder des Bödsinns“ nicht verwundern könnten „bei Leuten, von denen nur ein sehr kleiner Teil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während die weitaus meisten nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden“, wozu dann noch ihr beschränkter

Horizont komme. Das war ein sehr häßliches Wort, das Schweizer schon um seiner selbst willen nicht hätte sprechen sollen, aber es war nicht sein letztes Wort. Als wegen des ihm zugefügten Unrechts der Hamburger Bevollmächtigte Bräuer mit einigen hundert Anhängern vom Verein abfiel, weigerte sich Schweizer, ihre Führung zu übernehmen und der Arbeiterbewegung um seiner Person willen einen Stein in den Weg zu werfen. Statt neuer Zerplitterung empfahl er dringend in einem „an die Arbeiter Deutschlands“ gerichteten Flugblatt die Einigung der beiden Fraktionen. Über die erlittene Kränkung ging er mit den Worten hinweg: „Bin ich schuldlos, dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen. Bin ich schuldig, dann tat die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, indem sie diejenigen Personen im Amt der Parteileitung ließ, die jahrelang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren und somit als meine Mitschuldigen dastanden.“ Dann begründete Schweizer in durchsichtig-klarer, an seine besten Tage erinnernden Weise die Notwendigkeit wie die Möglichkeit der Einigung: „mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben, Einheit um jeden Preis.“ Man liest nicht ohne Bewegung die vergilbten Blätter, das ehrliche und kluge Abschiedswort eines Mannes, der in schwierigsten Zeiten das Steuer der Sozialdemokratie mit sicherer Hand geführt und dem Klassenbewußten Proletariat unvergängliche Dienste geleistet, der dann, verstrickt in die Folgen seines besten Tuns, manches Unrecht getan und schlimmeres Unrecht erduldet hat. Noch nicht drei Jahre später, im Juli 1875, ist Schweizer in der Schweiz gestorben.

Eine praktische Wirkung hatte sein Flugblatt nicht, selbst die „Bräuerchen“ blieben als einflußloses Sonderfraktionchen bestehen. Zwischen den beiden großen Fraktionen dauerte der Krieg im Jahre 1873 fort, in unerträglicheren Formen fast als jemals früher. Der Volksstaat stimmte zu, als Sonnemann im Frühjahr dieses Jahres einen Bierkrawall in Frankfurt a. M. dahin erläuterte, daß die Lassalleaner ihn im Auftrage der preußischen Regierung angestiftet hätten, um den ehernen Felsen aller Bürgertugend, Menschenfreundschaft und Volksherrschaft, nämlich die Frankfurter Börsendemokratie zu erschüttern, und Tölpel veröffentlichte eine Broschüre, worin er nachweisen wollte, daß die Gräfin Hapsfeld,

Liebknecht und Schweiger immer geheime Verbündete gewesen wären, die durch ihre öffentlichen Scheinkämpfe die Arbeiterbewegung hätten ruinieren wollen. Es war, als ob jede der Fraktionen dafür sorgen wollte, daß am nahenden Tage der Versöhnung keine der anderen etwas vorzuwerfen habe.

4. Die Ära Tessedorff.

Die neuen Wahlen zum Reichstage, die am 10. Januar 1874 stattfanden, deckten vor aller Welt die Tatsache auf, daß Bismarck im Laufe dreier kurzer Jahre eine unvergleichlich günstige Situation in unvergleichlich kurzfristiger Weise verfahren hatte. Er wurde nunmehr gestraft, womit er gesündigt hatte. Durch seine Preßföhdlinge war jeder Widerstand gegen seinen Despotismus als „Reichsfeindschaft“ denunziert worden, und nun ergaben die Wahlen, daß, ohne Anrechnung der halben Million fortschrittlicher Stimmen, die nach Bismärckischer Rechnung halb „reichsfreundlich“ und halb „reichsfeindlich“ einzuschätzen waren, 2 408 549 unbedingt „reichsfreundlichen“ Stimmen gegenüber standen 2 339 936 unbedingt „reichsfeindliche“ Stimmen. Die „Reichsfreunde“ hatten also nur noch die bescheidene Mehrheit von 74 613 Stimmen, und diese Mehrheit war tatsächlich schon eine bedenkliche Minderheit, wenn man erwog, wie manches Hunderttausend „reichsfreundlicher“ Stimmen durch die bekannten Wahlmitteln erpreßt worden war.

Günstiger, als das Verhältnis der abgegebenen Stimmen, stellte sich für Bismarck freilich die Verteilung der Mandate. Die Nationalliberalen und die Ultramontanen hatten in runder Summe je anderthalb Millionen Stimmen davongetragen, jene aber etwa 150 und diese etwa 100 Mandate. Am ungünstigsten fuhren in dieser Beziehung die Sozialdemokraten. Sie hatten die ansehnliche Zahl von 351 670 Stimmen erobert, über 6 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Lassalleaner 180 319, die Eisenacher 171 351. Aber die Lassalleaner hatten im ersten Wahlgange nur zwei Wahlkreise in Schleswig-Holstein gewonnen, Altona (Hasenclever) und Plön-Segeberg (Reimer), die Eisenacher nur sechs Wahlkreise im Königreiche Sachsen, Freiberg (Geib), Mittweida (Vahlreich), Chemnitz (Mojt), Glauchau-Neerane (Bebel), Zwickau-Erimmitschau (Motteler) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht). Zur Stichwahl standen noch 11 sozialdemokratische Kandidaten: in Berlin VI

und Westphallensland, in Hamburg I und II, in Jüehoe und Kiel, in Dresden-Altstadt, Leipzig-Land und Borna, im Fürstentum Neuß ä. L. und in Elberfeld-Barmen. Von ihnen allen siegten nur Hasselmann in Elberfeld-Barmen und Johann Jacoby im Leipziger Landkreise. Allein Jacoby lehnte die Wahl ab, und sein Wahlkreis ging in der Nachwahl wieder verloren. Jacoby hatte sich nach dem Leipziger Hochverratsprozesse den Eisenachern durch eine öffentliche Erklärung angeschlossen, praktisch wollte er nun aber doch nicht mitthun, da er den Rechtsbruch nicht anerkennen könne, auf dem das neue Reich beruhe. Darauf antwortete der Volksstaat mit aller Achtung vor Jacoby, so gesetzlich wie die preußische Verfassung und der preußische Landtag, wo Jacoby doch solange mitgethan habe, sei das neue Reich noch alle Tage, und wenn Jacoby einmal auf diesem Standpunkte stehe, so hätte er sich nicht in einem aussichtsreichen Wahlkreise aufstellen lassen dürfen. Wie anders klang diese Sprache schon, als die Sprache des Demokratischen Wochenblattes, das sechs Jahre früher auf Jacobys verstimmte Protestpolitik die größten Hoffnungen gesetzt hatte!

Trotz der geringen Zahl von nur neun eroberten Mandaten konnten die sozialdemokratischen Wähler mit höchster Genugthuung auf das Ergebnis ihrer Anstrengungen blicken. Im Königreiche Sachsen, in Schleswig-Holstein, in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck war schon mehr als der dritte Teil aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten gefallen, in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten, namentlich in Braunschweig und im Thüringischen, hatten sie die stattlichsten Ziffern auf den Tisch geworfen; von allen preußischen Provinzen war Posen die einzige, wo sie noch keine Anhänger zählten, in Ostpreußen hatten sie schon 3262, in Pommern 4918 Stimmen gemustert. Die 11279 Stimmen Berlins erreichten nicht ganz die erwartete Höhe, doch kam Hajenclever in der fortschrittlichen Hochburg des Maschinenbauerviertels mit Schulze-Delitsch in die Stichwahl, und der panische Schreck der Bourgeoisie über dies symptomatische Vorzeichen kommender Dinge entschädigte für die leichte Enttäuschung. Verhältnismäßig langsam war der Fortschritt in Rheinland-Westfalen, in Schlesien und in Bayern, den drei Hauptrefrutierungsbezirken des Ultramontanismus. Doch machte in Bayern das protestantische Franken mit 11029 Stimmen eine rühmliche Ausnahme. In Württemberg war noch nicht ganz klare Bahn geschaffen; in mehreren Wahlkreisen schloß

die Sozialdemokratie von vornherein Kompromisse mit der Volkspartei, und in Stuttgart selbst flammte durch die Wahl noch einmal der Haber zwischen Eisenachern und Lassalleanern auf. Diese gewannen 1977, jene 434 Stimmen, im ganzen Lande wurden 8954 sozialdemokratische Stimmen gezählt. In Baden leiteten die Agitation von Mannheim aus für die Lassalleaner Dreesbach, und für die Eisenacher der Tapezierer Ehrhart; auf beide Fraktionen zusammen fielen 3516 Stimmen. In Rheinbayern, wo sich seit dem Kriege die große Industrie in Kaiserslautern und namentlich in der Vorderpfalz anzusetzen begann, fehlte dem Proletariat noch die nötige Schulung; als sich die gänzlich verarmten Weber des Städtchens Lambrecht bei einer Gemeindevahl mit jähem Entschluß aufrasteten und das ganze Fabrikantentum vom Rathaus feigten, wurden die neuen proletarischen Gemeinderäte mit leichter Hand wieder beseitigt, da sie den Kniffen und Maßregelungen ihrer Ausbeuter nicht gewachsen waren.

Die sozialdemokratischen Fraktionen waren getrennt in die Wahlschlacht marschirt. Anscheinend zu ihrem Schaden, denn wenn sie von vornherein gemeinsam operiert hätten, so würden sie vielleicht ein paar Mandate mehr gewonnen haben. Tatsächlich zu ihrem Vorteile, denn die fast gleiche Zahl von Stimmen, die jede Fraktion aufgebracht hatte, wirkte abkühlend auf die gegenseitige Überreizung. Die Lassalleaner sahen, daß die Eisenacher kein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie seien, und die Eisenacher erkannten, daß die Regierungsfreundlichkeit der Lassalleaner ein Märchen sei. Die politische Haltung der Lassalleaner in dem Wahlkampf war geradezu tabellos gewesen; in Frankfurt a. M., wo sie in der Stichwahl zwischen Lasker und Sonnemann entscheiden mußten, hieben sie trotz alledem ihren alten Gegner Sonnemann heraus. Bei ihren eigenen Stichwahlen unterstützten die beiden Fraktionen sich gegenseitig, und tatsächlich datiert ihre Einigung vom 10. Januar 1874. Die äußere Bedrängnis gab den letzten Anstoß zur völligen Verschmelzung, aber ihr erster und treibender Gedanke war sie nicht. Die Solidarität des Proletariats, seine unbedingt wirksame, aber auch seine einzige Waffe, hat die elementare Gewalt einer Naturkraft; sie kann verwüstend und zerstörend wirken, wo sie sich noch über ihre Ziele unklar ist, wo sie selbst gefährdet zu sein scheint; so erklären sich die überaus heftigen Fraktionskämpfe, die gegenseitigen Beschuldigungen von Männern, die sich all ihr Leben als gleich treue Vorkämpfer der Arbeiterklasse bewährt

haben, die harten Schicksale Schweigers. Aber wo die Solidarität des Proletariats Weg und Steg klar vor sich sieht, da drängt sie auch mit unwiderstehlicher Gewalt hinein, wie ein Fluß, der sich schäumend und sprudelnd durch felsigen Grund zwingen mußte, ruhig in ein breites und tiefes Bette strömt. Dem bürgerlichen Verstande ist diese Erscheinung freilich unfassbar, er würde sich sonst nicht seit Jahrzehnten in hoffnungslosem Irrsal über die Frage bewegen, wann Spaltungen innerhalb des klassenbewußten Proletariats möglich sind und wann nicht.

Gleich nach den Wahlen wurde der Reichstag einberufen und nun traten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch persönlich näher. Der neue Präsident von Jorkenbeck war womöglich noch parteiischer als sein Vorgänger Simson, und Bamberger erdreistete sich, die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse zu manierlichem Benehmen aufzufordern, damit sie sich als Gäste nicht die Ungnade des Hausherrn zuzögen. Natürlich weigerte sich die bürgerliche Mehrheit auch, die Beurteilung Liebknechts und Webels, die noch in Hubertusburg saßen, für die Dauer der Session zu verlangen. So waren die sieben sozialdemokratischen Abgeordneten auf ein enges Zusammenhalten angewiesen. Anfangs kam es noch zu einigen Meinungsverschiedenheiten, aber sie wurden durchaus schon in parteigenössischem Geiste erledigt, und sie zeigten obendrein, wie sehr sich die alte feindselige Gruppierung der Fraktionen zu verschieben begann. Die Lassalleaner brachten jetzt zum neuen Militärgeetze den demonstrativen Antrag auf Einführung einer Volkswehr ein, den Liebknecht im Jahre 1867 hatte einbringen wollen, und als Motteler das Reich als nationales Gemeinwesen anerkannte, wandte Hasselmann ein, ohne die Deutsch-Oesterreicher sei das neue Reich kein nationales Gemeinwesen, die Sozialdemokratie müsse das ganze Deutschland wollen, das freilich nur in der Freiheit einig werden könne. In allen praktischen Fragen der Politik standen die beiden Fraktionen Schulter an Schulter; sie verwarfen gleich energisch die Gendarmenpolitik gegen die katholische Kirche und geißelten mit gleicher Schärfe das wüdrige Gebaren, womit die elsass-lothringischen Abgeordneten bei ihrem ersten Eintritt in den Reichstag von der chauvinistischen Mehrheit empfangen wurden.

Bismarck brachte an den neuen Reichstag sofort wieder die beiden Ausnahmegesetze gegen das Proletariat, womit er im vorigen Reichstag gescheitert war, sowohl das Kontraktbruchgesetz, als auch den § 20 des

Preßgesetz, diesen in etwas gemildertter Form. Glück hatte er damit aber auch jetzt noch nicht. Das Kontraktbruchgesetz blieb in der Kommission hängen, nachdem Haffelmann es in der ersten Lesung als „Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse“ gebrandmarkt hatte, und vom § 20 des Preßgesetzes wollten die liberalen Parteien einstweilen noch nichts wissen. Sonst freilich bewilligten sie das Preßgesetz nach Bismarcks Diktaten, als einen Abklatsch des altpreussischen Preßgesetzes, der für Preußen selbst geringe Verbesserungen enthielt, für viele Mittel- und Kleinstaaten aber ein entschiedener Rückschritt war. Bei diesem Umfalle waren die preussischen Liberalen die Hauptschuldigen, die Bismarck mit dem kapitalistischen Profit getöbert hatte; um die Beseitigung der Kauttionen und der Stempelsteuer verhandelten sie ihr politisches Ideal einer freien Presse. Die Fortschrittspartei hätte neben dem Profit freilich auch gern die Konsequenz gerettet, aber als sie eben ihren ersten erschrecklichen Baunfluch auf die nationalliberale Verrätereil losgelassen und jede Verantwortung für eine solche Mißgeburt von Preßgesetz abgelehnt hatte, erklärte ihnen Lasfer trocken: Gleiche Brüder, gleiche Stappen, und so nützlich es im allgemeinen sein mag, daß ihr Fortschrittler das Banner des Prinzips in unentwegter Faust schwenkt, während wir Nationalliberalen die praktischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, so habt ihr diesmal die Neberei doch allzu heftig übertrieben und müßt nun schon mit uns für das Preßgesetz stimmen, wenn wir nicht mit euch gegen das Preßgesetz stimmen sollen. Auf diesen freundschaftlichen Rippenstoß ließen die Fortschrittler die Konsequenz fahren und retteten nur den Profit. Es waren sehr runde Summen, die dabei in die Taschen der liberalen Zeitungsbesitzer fielen, aber die liberale Bourgeoisie machte doch ein sehr schlechtes Geschäft. Wenigstens ein bürgerlicher Publizist sah dem Handel auf den Grund; Guido Weiß sagte in der Wage richtig voraus, wenn der politische Druck auf der Presse bliebe und nur ihre materiellen Existenzbedingungen erleichtert würden, so würde sie noch weit mehr, als bisher schon, einen industriellen Charakter annehmen und auch die Gesinnung sich in steigendem Maße den Gesetzen des Marktes bequemen. Der bürgerliche Freisinn, der heute so herzbrechend über die Konkurrenz der gesinnungslosen Geschäftspresse jammert, hat sich selbst die Rute gebunden.

Wichtiger noch, als das Preßgesetz, war das Militärgesetz, das der Reichstag im Frühjahr 1874 zu beraten hatte. Es berührte die

Lebensfrage des bürgerlichen Parlamentarismus, die in der preußischen Konfliktzeit nicht gelöst, sondern durch die Revolution von Oben nur vertagt worden war. Die Einrichtung des norddeutschen Bundes und der deutsch-französische Krieg hatten bequeme Gelegenheiten geboten, durch Bewilligung mehrjähriger Pauschquanten die Beantwortung der Frage hinauszuschieben, ob das Parlament alljährlich das Militärbudget zu bewilligen habe; nun aber half kein Mundspitzen mehr, und es mußte gepfiffen sein. Der Entwurf des Militärgesetzes, den die Regierung vorlegte, verlangte in seinem ersten Paragraphen, daß die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in der Höhe von 401 659 Mann für immer gesetzlich festgelegt werde. Damit war nach der Auffassung, die sogar noch die schwächlichsten Liberalen im Jahre 1867 bekundet hatten, der „nackte Absolutismus“ proklamiert; verzichtete der Reichstag auf das weitaus wirksamste seiner wenigen Machtmittel, so war der Scheinkonstitutionalismus verewigt.

Nun hatte die liberale Bourgeoisie im Frühjahr 1874 weder große Einsicht noch großen Mut nötig, um Bismarcks Attentat auf ihren geliebten Konstitutionalismus zurückzuschlagen. Die Fortschrittler und die Nationalliberalen zusammen besaßen schon eine knappe Mehrheit, und da sie in der Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts sämtliche „Reichsfeinde“ hinter sich hatten, so verfügten sie über eine erdrückende Mehrheit. Allein Bismarck kannte diese Leute, denen er schon einmal mit herber Verachtung das Wort hingeworfen hatte, sie wüßten gar nicht, wie viel sie ihm 1867 hätten abzwängen können, wenn sie nur festgestanden hätten. Nicht minder verächtlich sagte er jetzt den Nationalliberalen, sie seien „auf seinen Namen gewählt“ und hätten einfach zu parieren. Diese Drohung und ein lärmender Entrüstungsturm, den Bismarck durch seine Goldschreiber inszenieren ließ, genügten denn auch, die große Masse der Nationalliberalen umzuwerfen, und ihr Führer Bennigsen tat noch ein übriges, indem dieser ehemalige Leiter des Nationalvereins seiner immerhin besseren Vergangenheit den Hohn antat, zu sagen, seit 1848 sei noch keine so primitive Bewegung durch die Volksmassen gegangen, wie der offiziöse Spektakel gegen das Budgetrecht des Reichstags. Ein kleiner Rest der Nationalliberalen unter Lasfers Führung versuchte zwar stehen zu bleiben, aber als er bei der Fortschrittspartei anfragen ließ, ob auf diese Reserve zu rechnen sei, kam die Schreckenskunde zurück, daß auch unter den Unentwegten die

Flucht in vollem Gange sei. So bekam Bismarck das Septennat, die gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre, die seinen Wünschen sogar noch mehr entsprach, als ihre dauernde Festlegung. Denn die Hof- und Militärpartei, die auf sein Hausmeiertum mit scheelen Augen sah, hätte ihn leichter abhalsen können, wenn das Militärbudget ganz aus der parlamentarischen Machtbefugnis gebracht worden wäre, während das parlamentarische Budgetrecht durch seine einmalige Preisgebung auf sieben Jahre doch schon einen unverwindlichen Stoß erhielt. Bismarck hatte ein wenig früh auf ein „Plebizit“ zurückgreifen müssen, aber er hatte auch gesehen, daß dies letzte Hilfsmittel des Bonapartismus bei den biederben Deutschen weit kräftiger anschlug, als bei den wetterwendischen Franzosen. Er räumte ihm fortan den Ehrenplatz in seiner diplomatischen Hausapotheke ein.

In allen diesen Fragen hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Fuß beim Mase. Es ist auch nicht wahr, daß sie immer nur die „eine sozialdemokratische Rede“ gehalten hätten. Ohne nach den zweifelhaften Vorbeeren parlamentarischer Beredsamkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen; höchstens Hasselmanns sonst durchaus aner kennenswerte Reden hatten manchmal eine etwas stark agitatorische Form. Der Haß der Feinde machte auch durchaus keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Fraktionen; er schlug auf die Eisenacher wie auf die Lassalleaner los, mit der Feder wie mit dem Knüttel.

Seit den Wahlen spukte das rote Gespenst von dem Schreibtische des Säkularmenschen bis zum Bierische des Phylisters. Über blöde Angst und über blödes Grollen kam aber weder der Säkularmensch noch der Phylister hinaus, obgleich es ihnen nicht einmal an verständigem Rathe fehlte. Nach der leichten Makulatur des Manchesterturns über die Arbeiterbewegung war die agrar- und die kathedersozialistische Richtung ihrem historischen Verständnis schon nähergerückt, und im Jahre 1874 erschienen ein paar Schriften, die den herrschenden Klassen eindringlich genug die Konsequenzen ihrer selbstmörderischen Verblendung vorhielten.

Die bedeutendste dieser Schriften war die dritte Auflage von Albert Langes Büchlein über die Arbeiterfrage. Manche Umstände hatten dazu beigetragen, Lange der bürgerlichen Weltanschauung wieder zu nähern. Er war bereits ein todtkranker Mann, als er im Jahre 1872 an die

Universität Marburg berufen wurde; in der Schweiz hatte er rühmliche Kämpfe an der Spitze einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie von noch ungebrochener Kraft geführt; auch war Brentanos Werk über die Trade Unions nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Lange meinte, Brentanos „bedeurende Arbeiten“ hätten die „extremen Ansichten“ von Marx erschüttert, wonach eine kräftige Gewerkschaftsorganisation und eine wirksame Fabrikgesetzgebung gegenüber der Notwendigkeit einer sozialen Revolution bedeutungslos seien. Aber wenn sich Lange nicht mehr speziell an die Adresse der Arbeiter wandte, so hatte er deshalb nicht aufgehört, der alte treue Freund der Arbeiterklasse zu sein. Immer stellte er die „wirkliche und vollständige Emanzipation der Arbeiter aus ihrer unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern“ als das oberste Ziel jeder ernsthaften Sozialreform hin, und mit deutlicher Anspielung auf die kathechrische Windfahne Adolf Wagner meinte er, daß wer in besonderen Broschüren Franklin zitiere, um zu beweisen, daß die Arbeiter ihr Loß einzig durch Fleiß und Sparsamkeit verbessern könnten, überhaupt nicht mitzähle. Auch sagte Lange bei aller Achtung vor Brentanos Arbeiten, es sei mindestens zweifelhaft, ob nicht alle mühevollen Errungenschaften der Arbeiter, die so oft wieder durch die Macht des Kapitals durchbrochen und zurückgeworfen würden, nicht dennoch bloß als Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung der Verhältnisse zu betrachten seien, die auch das Staatswesen und die Form des Besitzes ergreife. Er kam dadurch der Auffassung von Marx sehr nahe, der die Gewerkschaftsorganisation und die Fabrikgesetzgebung niemals für bedeutungslos erklärt, aber allerdings stets nur als „Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung“ aufgefaßt hat. Jedoch im Wesen der Sache sprach Lange in der dritten Auflage seiner Schrift zur bürgerlichen, wie in ihrer ersten Auflage zur proletarischen Lesewelt. Er löste die Täuschungen interessierter Bourgeoisökonomen in ihr Nichts auf und trat den Vorurteilen der gebildeten Philister mit einleuchtenden Gründen entgegen: einen getreueren Gattart konnte sich die bürgerliche Kultur nicht wünschen, die überhaupt noch ihren Namen verdiente.

Beträchtlich tiefer stand schon die andere Schrift, die im Frühjahr 1874 als mahnende und warnende Stimme im bürgerlichen Lager laut wurde: Schäffles Quintessenz des Sozialismus. Politisch ein sehr unklarer Kopf, ehebem partikularistisch-demokratischer Preußenfreßer im Schwaben-

land, dann österreichischer Handelsminister in einem feudalen Ministerium, endlich Egeria bei Bismarcks Almosensozialismus, hat Schäßle die historische Berechtigung der Arbeiterbewegung, die Lange in hohem Grade verstand, niemals verstanden. Er faßte den wissenschaftlichen Kommunismus als ein utopisches System auf, das auf der Grundlage des kapitalistischen Wertbegriffes die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen wolle, und kam so zu einer Reihe grober Mißverständnisse. Was er aber wirklich geleistet hat und was zu leisten im Jahre 1874 ein wirkliches Verdienst war, das war die offene Opposition „gegen den wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorskpiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurteile, der Selbstbelüugung und der Denunziationen“, womit sich die Bourgeoisie über die angeblichen „Teiler“ von Sozialisten erheben zu können glaubte. Schäßle erklärte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel für ein Ziel, dessen Erreichung sehr zweifelhaft sei, aber er wies nach, daß sie, wenn sie möglich sei, dem kapitalistischen Privatbetriebe, der „besten der Welten“, unendlich überlegen sein würde. Seine Beweisführung blieb so wenig, wie Langes Beweisführung ganz ohne Eindruck auf die bürgerliche Ideologie, jedoch ehe diese Wirkung sich irgend erweitern und vertiefen konnte, kam schon der Herold und Prophet des neuen Reichs mit mächtigen Tamtamschlägen heran, um die Köpfe der Patrioten wieder zu betäuben.

Im Sommer 1874 veröffentlichte Treitschke die Aufsätze über den Sozialismus und seine Gönner, worin er allen Patrioten die kathedersozialistische Limonade und nun gar den unverfälschten Wein des wissenschaftlichen Kommunismus als gefährliche Giftränke denunzierte. Nach seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hätte Treitschke selbst zur kathedersozialistischen Richtung gehört, aber als der ehrlichste und geistreichste unter den Einheitsfanatikern der Bourgeoisie sah er mit richtigem Instinkte voraus, daß in der Sozialdemokratie die Macht heranwachsen, die über alle seine mühsam mit Blut und Eisen gekitteten Ideale siegenden Fußes hinwegschreiten werde. So wurde er der leidenschaftlichste aller Sozialistentöter. Ohne je ernsthafte ökonomische Studien getrieben zu haben, mußte er mit den ältesten Gemeinplätzen des Manchesterturns hantieren, die er so feierlich einherbröhnte, als brächte er eine friische Sendung göttlicher Geheimnisse vom Berge Sinai heim. Indem er behauptete, seine sozialpolitische Weisheit aus der sozialen Statistik der Freihändler geschöpft zu haben, also aus einer Quelle, die nie und

nirgendß gesprudelt hat, bescheuigte er selbst seine gänzliche Unkenntnis in ökonomischen Fragen, und er opferte auch gern seinen Ruf als Historiker auf dem Altare des Vaterlandes, durch die verblüffende Behauptung, daß die englischen Freihändler die Urheber der englischen Fabrikgesetze seien. Wo ihn aber doch die freihändlerische Doktrin im Stiche ließ, da rettete er sich durch die naturwissenschaftliche Doktrin. Kam die alleinseligmachende Konkurrenz als Regulator der menschlichen Gesellschaft in Mißkredit, so segelte es sich ebenso bequem unter der Flagge des Kampfes ums Dasein. Die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes hängt von der ewigen Ungleichheit der Menschen ab, denn sie nährt sich vom Elend der Massen und sie verjüngt sich im Blutbade der Schlachtfelder. Was Darwin in aller Gewissenhaftigkeit des Forschers als unbewußten Erhaltungstrieb des tierischen Daseins nachgewiesen hatte, das rief Treitschke als Sittengesetz der Menschheit aus. Treffend bemerkte Guido Weiß dazu: die Bestialität hat sich ihres Namens fürder nicht zu schämen, gehet hin und lernet vom Raubtier.

Sie gingen hin und lernten vom Raubtier. Wie hoch die konservative und die liberale Presse den endlich gefundenen Drachentöter Treitschke pries, so war Bismarck doch ein viel zu praktischer Politiker, um an ein biblisches Wunder zu glauben, um zu hoffen, daß die Mauern von Jericho durch eine noch so mächtige Bosaune umgeblasen werden könnten. Er rechnete mit handgreiflichen Machtmitteln, und da ihm der Reichstag noch Ausnahme Gesetze gegen die Arbeiterklasse verweigerte, so war er der plausiblen Meinung, daß sich das Handwerkszeug der Mantuffelschen Reaktion weit ausgiebiger gegen die Sozialdemokratie verwenden lasse, als bisher geschehen sei. Sein Hauptwerkzeug bei dieser staatsmännischen Aktion wurde der Staatsanwalt Lessendorff, ein beschränkter Bureaukrat und stümperhafter Jurist, aber eine jener servilen Naturen, die vor keinem Handlangerdienste zurückschrecken. Lessendorff, der sich als Staatsanwalt in Magdeburg durch die hitzige Verfolgung der sozialdemokratischen Agitation hervorgetan hatte, wurde nach Berlin berufen und fand in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Dreimännerkollegium, das eines solchen Staatsanwalts würdig war.

Bereits im Januar 1874 erwarb sich Lessendorff seine ersten staatsretterischen Sporen an dem Schriftfeger Heinsch, dem Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, der sich weder durch Rede noch Schrift

verfündigt hatte, aber als ausgezeichnete Organisator der Arbeiterklasse eine gründliche Abstrafung verdiente. Heinsch wurde der Aufreizung und sonstiger Verbrechen angeklagt, weil er bei einem Arbeiterfeste Karten verteilt hatte, auf deren Rückseite ein weitverbreitetes und niemals angefochtenes Arbeiterlied abgedruckt war. Lessendorff beantragte zwei Jahre, und die siebente Deputation erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Dabei verkündete Lessendorff, er werde demnächst auch mit Most ein „Hühnchen pflücken“, der jenes Gedicht in eine von ihm veranstaltete Lieder Sammlung aufgenommen hatte. Gleich nach Schluß der Reichstagsession wurde Most in Mainz verhaftet, nach Berlin transportiert, mit Dieben und Gaunern zusammengesteckt, endlich angeklagt, in einer Rede über die Pariser Kommune aufgereizt zu haben durch die Bemerkung, daß eine Revolution unvermeidlich sei, wenn die herrschenden Klassen sich nicht zu rechtzeitigen Reformen entschließen. Wegen dieser „frehen Drohung“, die tatsächlich eine selbst den zahmsten Kathedersozialisten geläufige Wendung war, beantragte Lessendorff dritthalb Jahre und erkannten die würdigen Richter, die es in Berlin gab, auf anderthalb Jahre Gefängnis.

Jedoch beschränkten sich Lessendorff und die Staatsanwälte ähnlichen Schlages keineswegs auf die Verfolgung der Eisenacher. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1874 wurden, ungerechnet die mit Geldstrafen erledigten Bagatelisachen, allein im preußischen Staate nicht weniger als 87 Lassalearner in 104 Prozessen zu insgesammt 211 Monaten und 3 Wochen Gefängnis verurteilt, durchweg auf Grund von Staatsschutzparagraphen, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Majestäts- und sonstiger Beleidigung, nicht zum wenigsten wegen Bismarckbeleidigung, die neben vielen anderen Hasencleber mit 3 Monaten Gefängnis zu büßen hatte. Der Säkularmensch hatte endlich auch einmal einen originalen Gedanken, auf den sein alter Gönnner Manteuffel noch nicht verfallen war; er ließ sich Tausende von Strafantragsformularen lithographieren, die er in seinen Mußestunden mit seiner eigenhändigen Namensunterschrift verzierte, um sie gegen die Kritiker seines Systems als gegen angebliche Beleidiger seiner Person abzufeuern. Die Urteile, denen die angeklagten Lassalearner verfielen, waren durchweg von demselben juristischen Kaliber, wie die über Heinsch und Most gefällten Urteile, und der Ruhm der

siebenten Deputation, in ihrer Art einzig zu sein, verblich sehr schnell. Uebermals bestätigte sich, was Helvetius einst über besoldete Richter gesagt und ein namhafter Jurist, wie Twisten, in etwas höflicheren Worten bestätigt hatte: Hätte die Pest Orden und Pensionen zu vergeben, so würden die Juristen beweisen, daß die Pest von Gottes und Rechts wegen besiehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrat sei.

Die gleichmäßig harte Verfolgung der Lassalleaner und der Eisenacher räumte wieder ein tüchtig Teil des alten Schuttes fort, der noch zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen lagerte. Dennoch lehnte die Generalversammlung der Lassalleaner, die zu Pfingsten in Hannover tagte, einen Antrag auf Einigung mit den Eisenachern ab, während der Kongreß der Eisenacher, der ein paar Monate später in Koburg zusammentrat, zwar seine Geneigtheit zur Einigung aussprach, aber die praktische Erörterung ihrer Möglichkeit aufs nächste Jahr verschob. Das einzige Hindernis der völligen Verschmelzung war jetzt nur noch die Organisationsfrage. Die Eisenacher wollten sich der allzu strammen Organisation nicht fügen, während die Lassalleaner nicht von ihr lassen wollten, obgleich gerade die Generalversammlung in Hannover von neuem gezeigt hatte, daß ihre peinlichste Wirkung, die Neibereien unter den Führern, immer wieder auftauchte. Da verfiel Lessendorff auf den rettenden Gedanken: Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation, und die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr. Nichts war verbienter, als der Lorbeer, den die sozialdemokratischen Blätter der siebziger Jahre diesem Helfer in der Not zu spenden pflegten.

Gleich nach der Generalversammlung in Hannover wurden bei den bekannten Lassalleanern in Berlin massenhafte Hausdurchsuchungen gehalten, und Körbe voll ihrer Papiere aufs Polizeipräsidium geschleppt. Sie erkannten, worauf es abgesehen war, und Hasenclever verlegte den Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sofort nach Bremen. Doch die Zeiten waren vorüber, in denen die Reaktion wenigstens Sinn und Wortlaut ihrer eigenen Gesetze geachtet hatte. Tölcke versuchte noch einmal im Neuen Sozialdemokraten nachzuweisen, daß der Organisation des Vereins selbst mit dem preußischen Vereinsgesetze nicht betzukommen sei, und in der Tat war sie diesem Gesetze strenger angepaßt, als die Organisation irgend einer anderen politischen Partei. Aber die Redaktion machte zu Tölckes Ausführungen die ebenso kurze wie treffende Bemerkung, wenn der Verein aufgelöst werden solle, so würden juristische

Strupel das allerletzte Hindernis sein. Bereits am 25. Juni konnte Lessendorff einen gerichtlichen Beschluß produzieren, der die vorläufige Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anordnete. Als Vorwand mußte, wie bei den früheren Schließungen, der § 8 des Vereinsgesetzes wegen Bildung von Zweigvereinen dienen. In ähnlicher Weise wurde gegen die Gewerkschaften der Lassalleaner und gegen den Arbeiterinnenverein eingeschritten, der die proletarische Frauenbewegung zu organisieren begonnen hatte; auch die Berliner Organisation der Eisenacher kam bald an die Reihe. Wie das Vereins-, so wurde auch das Versammlungsrecht für die Arbeiter illusorisch, indem ihre Versammlungen als angebliche Fortsetzung der geschlossenen Vereinsorganisation aufgelöst wurden. Genug, die Ära Lessendorff zeigte, daß die reaktionären Vereinsgesetze der Gegenrevolution gegen das Proletariat noch ganz anders mißbraucht werden könnten, als sie dormalerweise gegen das Bürgertum mißbraucht worden waren.

Damit wurde aber die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur unaufschiebbaren Notwendigkeit. Waren die äußeren Stützen der Organisation fortgeschlagen, so stand die Partei um so fester, je größer sie war. Das wußten sich die Lassalleaner zu sagen und danach zu handeln. Bis zu einem gewissen, aber doch nur nebensächlichen Grade wirkten auch die Eifersüchteleien unter ihren Führern auf die schnellere Verschmelzung mit den Eisenachern hin; in der Hauptsache entschied, daß Lessendorff den letzten Zankapfel aus der Welt geschafft und durch seine brutalen Verfolgungen die einheitlich geschlossene Phalanx aller klassenbewußten Proletarier zurecht gehämmert hatte. Tölpel, bis dahin der starrste Organisationsfanatiker der Lassalleaner, wandte sich im Herbst 1874 an Geiß und Liebknecht, die ohne Zögern in die dargebotene Hand der Versöhnung schlugen.

Über die Einzelheiten der Vereinigung berieten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum erstenmale am 15. Dezember 1874. Auf Geiß's Frage nach den Bedingungen der Lassalleaner erklärte Hasselmann als die entscheidende Forderung die beiderseitige rückhaltlose Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes. Davon scheinen die Eisenacher etwas überrascht gewesen zu sein, weil sie eine spezifische Forderung des Lassalleschen Programms, etwa die Produktivassoziationen mit Staatskredit, erwartet haben mochten, doch konnte Hasselmann nach der ganzen historischen Entwicklung der Lassalleaner eben nur diese Forderung als

das A und O der Vereintigung stellen. Natürlich waren die Eisenacher damit sofort einverstanden. Am Abend desselben Tages fand eine Massenversammlung statt, in der die Abgeordneten beider Fraktionen von den Berliner Arbeitern mit stürmischem Jubel begrüßt wurden.

Drei Wochen später flossen auch in Hamburg die beiden Ströme der Arbeiterbewegung ineinander. Am 1. Januar 1875 war der treue York gestorben, im frischesten Mannesalter, frühzeitig aufgerieben von Arbeiten und Kämpfen. Lassalleaner und Eisenacher gaben ihm gemeinsam das letzte Geleit, in einem stattlichen Zuge von fünftausend Mann, über dem zwanzig Fahnen wehten. Als ein alter Freund Yorks am Holstentore in die Reihen trat und einen Fahnenträger fragte, welchem Gewerke die schöne Fahne gehöre, antwortete ihm der junge kräftige Arbeiter: Das ist gleichgültig, wozu die Frage? Wir sind alle eins.

Viertes Kapitel.

Der Gothaer Einigungskongress.

Die eingehenden Beratungen über die Frage, wie die Verschmelzung der beiden Fraktionen durchgeführt werden könne, fanden am 14. und 15. Februar 1875 in Gotha statt. Von jeder Seite waren je neun Mitglieder zugegen, von den Lassalleanern Hasenclever, Hasselmann, Hartmann, die beiden Kapells, Reinders, von den Eisenachern Liebknecht, Motteler, Bahlsch, Geib, dazu Eduard Bernstein, ein junger Bankbeamter aus Berlin, Wilhelm Bock aus Gotha, der sich um die gewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher verdient gemacht, und Ignaz Auer, der als Leiter der sächsischen Wahlschlacht hervorragende Talente bekundet und seit dem Sommer 1874 als Ersatzmann Yorks die Stelle des Parteisekretärs übernommen hatte. Bebel saß noch im Gefängnisse.

Das Protokoll dieser Vorkonferenz wurde nicht veröffentlicht, wohl aber ihr Ergebnis, zwei Vorlagen über Organisation und Programm der neuen Gesamtpartei. Der Organisationsentwurf verzichtete nach den reaktionären Verfolgungen auf jede Vereinsbildung; der Partei konnte jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekannte und für die Förderung der Parteiinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer, eintrat. Die diktatorische Spitze wurde abgestoßen, dagegen im Interesse einer starken Zentralisation die Wahl aller Parteibehörden durch den jährlichen Parteikongress angeordnet. Als Parteibehörden fungierten neben den Redaktionen der beiden offiziellen Organe, die vorläufig nebeneinander fortbestehen sollten, ein Vorstand von fünf, eine Kontrollkommission von sieben und ein Ausschuss von achtzehn Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes und der Kontrollkommission mußten je an einem und demselben Orte, die Mitglieder des Ausschusses konnten auch an verschiedenen Orten wohnen. Seine Aufgabe sollte sein, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Kontrollkommission zu entscheiden.

Die Programmvorlage war ein Kompromiß zwischen den bisherigen Programmen der Lassalleaner und der Eisenacher, ein Kompromiß jedoch weit mehr der Form als dem Wesen nach. Von ihren Überzeugungen brauchte keine der beiden Fraktionen etwas preiszugeben, aus dem einfachen Grunde, weil diese Überzeugungen sich im wesentlichen deckten. Soweit darin überhaupt noch ein Unterschied bestand, waren die Lassalleaner die entwickeltere Fraktion, und es gelang ihnen denn auch, alle ihre Sturmworte in das neue Programm zu bringen, den unverkürzten Arbeitsertrag für die Arbeiter, das eiserne Lohngesetz, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die Eine reaktionäre Masse, aber alle so, daß damit den Eisenachern kein Opfer ihrer besseren Einsicht zugemutet wurde. Die einzige dieser Forderungen, die nicht auch den Eisenachern geläufig war, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wurde ausdrücklich in dem Sinne erläutert, worin sie stets von den Lassalleanern aufgestellt worden war, und worin sie von den Eisenachern ohne jedes Bedenken unterzeichnet werden konnte.

Gleich der erste grundlegende Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern“, war Gemeingut beider Fraktionen. Er war die getreue Formulierung des Gedankens, daß, da die gesellschaftlich notwendige Arbeit alle Werte schafft, diese Werte auch unverkürzt allen Arbeitern gehören. Der Anspruch des Arbeiters auf den „vollen Ertrag seiner Arbeit“ war ein moralisch-rechtlicher, ein „naturrechtlicher“ Protest gegen die Grundrente und den Kapitalprofißt, gegen die Aneignung des Mehrwerts durch die herrschenden Klassen. Die Auffassung des Mehrwerts aber als eines Hebels, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, die Auffassung, daß die sozialistische Gesellschaft als solche produziert, der Ertrag der gemeinsamen Arbeit also auch der Gesellschaft gehört, und unter die einzelnen Gesellschaftsglieder nur „verkürzt“, nur soweit verteilt werden kann, als er für die gemeinsamen Zwecke der Gesellschaft nicht beansprucht wird, war beiden Fraktionen noch verschleiert. Sonst kamen in dem prinzipiellen Teil des Programms, unbeschadet einzelner anfechtbarer und ungenauer Ausdrücke, die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft, die gänzliche Beseitigung der Lohnarbeit, der proletarische Klassenkampf als das einzige

Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollkommen klarem Ausdruck. Nicht minder klar wurde die Notwendigkeit betont, zunächst im nationalen Rahmen zu wirken, aber auch den Aufgaben und Pflichten der internationalen Arbeiterbewegung gerecht zu werden.

Die praktischen Forderungen, die der Programmwurf an die kapitalistische Gesellschaft richtete, liefen auf die völlige Demokratisierung des Staats, auf unbeschränkte Koalitionsfreiheit und eine durchgreifende Arbeiterschutzesetzgebung hinaus. Als Übergangsmittel von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft figurierten die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes und für Ackerbau wie Industrie in solchem Umfange ins Leben gerufen werden sollten, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entstehen mußte.

Wie bekannt, unterwarf Marx diesen Programmwurf einer sehr scharfen Kritik, die er von London aus am 5. Mai an Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht sandte. Sie ist heute noch überaus lesenswert wegen ihrer prinzipiell-positiven Gesichtspunkte; ihre negative Auffassung aber traf vielfach daneben, und zwar deshalb, weil sie von tatsächlich unrichtigen Voraussetzungen ausging. Marx verkannte, daß der Programmwurf die theoretischen Anschauungen beider Fraktionen getreu wiederspiegelte; er glaubte, daß die Eisenacher den wissenschaftlichen Kommunismus bereits in allen seinen Konsequenzen erfaßt hätten, während die Lassalleaner eine zurückgebliebene Sekte seien, die, von der historischen Entwicklung auf den Sand gesetzt, sich den Eisenachern ergeben müsse. Aus diesem Irrtum erklärt sich vollkommen der heftige Unmut, aus dem heraus Marx schrieb. Er übertrieb keineswegs den Wert von Programmen, sondern sagte ganz offen: Jeder Schritt praktischer Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme. Aber er wollte keinen „Prinzipienschwacher“ und meinte, ehe man sich darauf einlasse, solle man sich lieber mit einer Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind begnügen. An und für sich war diese Ansicht ganz unanfechtbar; hätte eine der beiden Fraktionen auch nur ein Titelchen ihrer Prinzipien geopfert, so wäre die neue Gesamtpartei dadurch allerdings „demoralisiert“ worden; es wäre dann auch sehr bald zu neuen Spaltungen gekommen, und zwar zu um so gefährlicheren Spaltungen, als die Zeit herannahte, wo sich der Mangel einer erschöpfenden theoretischen Auffassung praktisch sehr fühlbar machen sollte.

Mary irrte darin, daß er theoretisch die Eisenacher über- und die Lassalleaner unterschätzte. Wie er zu dem Irrtum über die Eisenacher gekommen ist, läßt sich nicht mit voller Bestimmtheit sagen. Hat er den Volksstaat aufmerksam und regelmäßig gelesen, so konnte er schwer verkennen, wie breit sich noch mancherlei effektischer Sozialismus in den Spalten des Eisenacher Organs machte. Es scheint, daß Mary in Männern wie Diezgen die Masse der Eisenacher Partei verkörpert gesehen hat und daß er durch den Kampf des Volksstaats gegen das angebliche Sektentum der Lassalleaner unwillkürlich zu der Meinung verleitet worden ist, die Eisenacher seien theoretisch entwickelter, als sie tatsächlich waren. Leichter ist zu verstehen, weshalb Mary die Lassalleaner unterschätzte. Wie der Volksstaat zur Zeit der Fraktionskämpfe zu versichern pflegte, las Mary den Neuen Sozialdemokraten überhaupt nicht, und wenn er sich die Lassalleaner so vorstellte, wie sie im Volksstaat abkonterfeit wurden, so mußte er sich allerdings ein grundfalsches Bild von ihnen machen.

Sowenig die Eisenacher bei dem Gothaer Programmwürfe ihre Prinzipien verrieten, sowenig machten die Lassalleaner dabei die Vorbehalte, wegen deren Mary sie im Verdacht hatte. Sonst gewöhnt, die Arbeiterbewegung immer nach ihrem großen Wurfe zu beurteilen, nahm er für dieses Mal die Dinge allzusehr unter's Mikroskop und suchte hinter kleinen Unbehilflichkeiten, Unebenheiten, Ungenauigkeiten des Ausdrucks hinterhaltige Absichten, die wirklich nicht dahinter steckten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß seine Antipathie gegen Lassalle in diesem Briefe sein Urteil beeinflusst hat. Es war ein ebenso harter, wie ungerechter Vorwurf, wenn er sagte, Lassalle habe das Kommunistische Manifest grob verfälscht, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern der Bourgeoisie zu beschönigen. Lassalle hat weder diese Allianz abgeschlossen, noch das Kommunistische Manifest grob verfälscht. Beim ehernen Lohngesetz ging er nicht von Malthus aus, sondern faßte es genau so auf, wie es im Kommunistischen Manifest aufgefaßt worden war. Auch hat Lassalle das Schlagwort von der Einen reaktionären Masse nicht geprägt, sondern es war sozusagen von selbst entstanden, aus der zwölfjährigen Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, die, wenn sie die liberale Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus und Feudalismus unterstützen wollte, die ersten und heftigsten Schläge immer von der liberalen Bourgeoisie erhielt. Nicht

minder irrte Marx, wenn er hinter dem Satz: In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, ein verwerfliches Erbe Lassalles sah, der nur die Kapitalisten, aber nicht die Grundeigentümer habe angreifen wollen. Die „Kapitalistenklasse“ stammte gerade aus dem Eisenacher Programm, wo sie natürlich auch in dem allgemeinen, das Grundeigentum einschließenden Sinne gemeint war, während gerade die Lassalleaner die Grund- und Bodenfrage viel prinzipieller zu erörtern gewußt hatten, als die Eisenacher. In diesen und ähnlichen Sätzen hat sich Marx zu weit fortreißen lassen von einem Unmut, der, wenn seine tatsächlichen Voraussetzungen gestimmt hätten, durchaus berechtigt gewesen sein würde.

Sein Brief hatte die Wirkung, die er unter den obwaltenden Umständen überhaupt nur haben konnte. Er führte dazu, daß einzelne Sätze des Programmentwurfs klarer und schärfer gefaßt wurden, änderte aber nichts am Wesen der Sache. Ein neuer Beweis dafür, daß der Entwurf der theoretischen Erkenntnis beider Fraktionen entsprach, war die fast ungeteilte Zustimmung, die er überall bei den klassenbewußten Arbeitern fand. Am einschneidendsten kritisierte ihn noch der Westdeutsche Arbeitertag, der am 15. April in Dortmund tagte. Die Ausführungen, die hier gemacht wurden, berührten sich mannigfach mit den prinzipiellen Einwänden, die Marx einige Wochen später in seinem Programmbriefe erhob, und es war bezeichnend, sowohl daß der Westdeutsche Arbeitertag nahezu ausschließlich von Lassalleanern besetzt worden war, als auch daß der Volksstaat diese Kritik verbrießlich aufnahm. Am 18. Mai schrieb Tölcke begütigend an das Blatt, dem Westdeutschen Arbeitertage habe nichts ferner gelegen, als die Absicht, einen Zankapfel zwischen die Einigungsbestrebungen zu werfen; seine Teilnehmer würden, wenn die Einigung davon abhinge, jedes Programm annehmen, das nicht gegen die Parteiprinzipien verstieße, und wäre es nur ein weißes Blatt Papier mit einer geballten Faust darauf.

Die Einigung selbst vollzog sich dann auf dem Gothaer Kongresse, der vom 22. bis zum 27. Mai tagte. Vertreten durften nur solche Parteigenossen sein, die im letzten Vierteljahre für eine der beiden Fraktionen gesteuert hatten. Von den Lassalleanern waren 73 Delegierte mit 15322, von den Eisenachern 56 Delegierte mit 9121 Stimmen zugegen. Die Verhandlungen wickelten sich glatt und rasch ab, ohne bemerkenswerte Zwischenfälle. Den Bericht über die Programmfrage

erstatteten Liebknecht und Hasselmann in vollkommenem Einvernehmen. Liebknecht focht zwar das eiserne Lohngesetz an, aber nicht von den Gesichtspunkten aus, die Marx im Kapital dargelegt hatte, sondern weil ein „eisernes Gesetz“ dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach ein unwandelbares und ewiges Gesetz sei, während das Lohngesetz doch nur in der kapitalistischen, nicht aber in der sozialistischen Gesellschaft bestehe. Selbstverständlich hatte Lassalle aber von einem „eisernen Gesetz“ immer nur im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaft gesprochen, worüber niemals das geringste Mißverständnis bestanden hatte, und so blieb das eiserne Lohngesetz im Programm. Ebenso blieben darin die Produktivassoziationen mit Staatskredit, von denen Hasselmann nicht mit Unrecht sagte, daß sie niemals von den Lassalleanern, sondern immer nur von den Eisenachern mißverstanden worden seien. Über die „Eine reaktionäre Masse“ wurde namentlich abgestimmt; 111 Delegierte mit 23022 Stimmen waren dafür, 12 Delegierte mit 2191 Stimmen dagegen; die Minderheit bestand zumelst aus sächsischen und süddeutschen Delegierten, die keineswegs vom Standpunkte des kommunistischen Manifestes aus das Schlagwort anfochten, sondern es nur als ein Hindernis für ein taktisches Zusammengehen mit der Volkspartei beiseitigen wollten. Dürftig, wie die Verhandlungen über das Programm waren, bestätigten sie eben dadurch, daß ernstliche theoretische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Fraktionen nicht bestanden.

Auch die Organisationsfrage machte nicht besonderes Kopferbrechen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war durch richterliches Erkenntnis vom 16. März für Preußen endgültig aufgelöst worden, und ebenso die meisten Gewerkschaften der Lassalleaner; man wußte aus den Erfahrungen des letzten Jahres, daß sich schließlich, auch nach anfänglichem Sträuben, immer Gerichte fänden, die jede beliebige Auslegung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden bestätigten. Im wesentlichen wurde die Organisationsvorlage angenommen, auch die etwas schwerfällige Gruppierung der drei obersten Parteibehörden beibehalten, gegen den Rat Auer's, der in der Organisationsfrage den Bericht erstattete. Ob sie sich bewährt haben würde, läßt sich nicht sagen, da die Gothaer Organisation bald durch Lessendorff zertrümmert wurde. Überhaupt traten die formellen Organisationsfragen von nun an ganz in den Hintergrund. Dank ihren Verfolgern konnte sich die Partei den Luxus eines Organisationskultus nicht mehr gönnen; sie warf einfach ihre Schanzen

auf, wo immer der Feind anrückte, und die Solidarität des Proletariats sorgte dafür, daß diese Schanzen allemal von widerstandsfähiger Mannschaft besetzt wurden. Der Sitz des Vorstands wurde nach Hamburg verlegt, der Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands, wie Bebel sagte; auf seinen Vorschlag wurden, entsprechend dem Stärkeverhältnis der beiden Fraktionen, drei Lassalleaner und zwei Eisenacher in den Vorstand gewählt: Hafenclever und Hartmann als Vorsitzende, Auer und Derossi als Sekretäre und Geib als Kassierer. Getauft wurde die neue Organisation als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Über die Fragen, die sich auf die Parteipresse bezogen, kam es gleichfalls zu schneller Einigung. Ein einziges Hauptorgan wurde von allen Seiten gewünscht, doch mußten vorläufig aus zwingenden, namentlich auch finanziellen Gründen der Neue Sozialdemokrat und der Volksstaat als Zentralorgane beibehalten werden. Lokale Parteiblätter sollten nur dann als Parteiorgane gelten und die materielle wie moralische Unterstützung der Partei beanspruchen können, wenn bei ihrer Gründung die Zustimmung der Parteibehörden eingeholt worden wäre. Es machte sich schon eine gewisse Reaktion gegen das allzu eifrige Gründen von Lokalblättern geltend, auch bei den Eisenachern, und gerade bei ihnen, die in diesem Punkte praktische Erfahrungen gesammelt hatten; das Für und Wider einer zahlreichen Lokalpresse wurde eben zu dieser Zeit in einer lehrreichen Polemik zwischen Karl Hirsch und Auer abgewogen. Damit hing noch eine andere Frage zusammen, die Gründung von Genossenschaftsbuchdruckereien, womit die Eisenacher in Leipzig vorgegangen waren, während die Lassalleaner bisher abgelehnt hatten, sich als Kampfpartei mit dem Gepäck konfiszierbaren Eigentums zu beschweren. In dieser Frage siegte die Auffassung der Eisenacher. In den großen Zentren der Bewegung war das Bedürfnis nach eigenen Organen viel zu stark, als daß es sich hätte hintanhalten lassen, und die Genossenschaftsbuchdruckereien empfahlen sich, um den Parteigenossen ein möglichst breites und festes Eigentumsrecht an den Parteiblättern zu sichern.

In der Gewerkschaftsfrage gab es keinen Streit mehr. Auf Antrag Frigisches erklärte der Kongreß, daß, solange die Lohnarbeit bestehe, die Organisation der Gewerkschaften notwendig sei und die Sache der Arbeiter fördere, soweit es unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft möglich sei. Die gewerkschaftlichen Organi-

sationen, die auf beiden Seiten bestanden, verschmolzen sich; für einen großen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung war freilich die Zeit vorbei.

Der Gothaer Einigungskongreß schloß um die Mitternachtsstunde des 27. Mai zu allseitiger Befriedigung seiner Teilnehmer. Es waren genau zwölf Jahre verflossen, seitdem Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet hatte. Der Lassalleanismus erlosch in diesen Gothaer Tagen für immer, und doch waren sie die leuchtendsten Ruhmes-tage Lassalles. Wie recht immer Marx mit seinen positiven Einwen-dungen gegen das Gothaer Programm haben mochte, das Schicksal seines Programmbriefes zeigte klar, daß die Wege, auf denen sich in Deutschland eine mächtige und unbestegbare Arbeiterpartei als Trägerin der sozialen Revolution entwickeln konnte, von Lassalle richtig erkannt worden waren.

Fünftes Kapitel.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

1. Beginnender Reichsbankrott.

Zur selben Zeit, wo sich die revolutionäre Arbeiterpartei zu einem festgeschlossenen Körper zusammenfaßte, begann in der „reaktionären Masse“ der bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Persektion. Der große Krach, dessen erste Schatten schon in die Reichstagswahlen von 1874 gefallen waren, hatte einen furchtbaren Umfang angenommen. Nach einem kurzen Ausruf erfuhr das neue Reich in einem langen Krakenjammer, was es bedeute, als ebenbürtige Macht auf dem Weltmarkte zu konkurrieren. Aus dem Anfange des Jahres 1875 liegt eine Berechnung vor, wonach der Wert der Aktien von 556 Aktiengesellschaften, darunter 105 Eisenbahnen, von 6770 Millionen Mark Ende 1872 auf 4425 Millionen Mark Ende 1874 gesunken, somit eine Wertverminderung von 2345 Millionen Mark oder über 30 Prozent eingetreten war. Die Eisenindustrie allein berechnete ihren Verlust auf 455 Millionen Mark.

In ihrer Verzweiflung über die Absatzkrise erhoben die Großindustriellen ein mark- und heinzerschneidendes Geschrei nach Schutzzöllen. Diese Forderung hatte jetzt eine ganz andere Bedeutung als ein Menschenalter früher. Wenn in den dreißiger und vierziger Jahren Schutzzölle als vorübergehendes Erziehungsmittel der nationalen Industrie gefordert worden waren, so konnte davon nicht mehr die Rede sein. Der deutsche Gesamthandel stand in der Mitte der sechziger Jahre auf dem Weltmarkte nur noch dem englischen nach; er belief sich 1874 (Ausfuhr und Einfuhr addiert) in Millionen Mark: Großbritannien 13380, Deutschland 9300, Frankreich 6800, Vereinigte Staaten 4980. In Industrie und Transport hatte Deutschland mehr Dampfkraft im Betriebe, als irgend ein anderer Staat des europäischen Festlandes. Unter solchen Verhältnissen war es mit dem ursprünglichen historischen

Sinne der industriellen Schutzzölle vorbei. Die Großindustriellen verlangten sie nunmehr zu dem edlen Zwecke, sich hohe Preise auf dem inneren Markte zu sichern, um auf dem Weltmarkte desto erfolgreicher durch Schleuderpreise unterbieten zu können. Die eigenen Volksgenossen sollten weißblutet werden, damit die überschüssigen Produkte der Großindustrie um so wohlfeiler an fremde Nationen abgesetzt werden könnten.

Eine mächtige Bundesgenossenschaft fanden die schutzzöllnerischen Großindustriellen an den schutzzöllnerischen Großgrundbesitzern. Im Laufe weniger Jahre wurden die ostelbischen Junker aus eingefleischten Freihändlern zu eingefleischten Schutzzöllnern. Der industrielle Aufschwung hatte die industrielle Bevölkerung relativ auf Kosten der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermehrt, und in der Landwirtschaft die Produktion von Genusmitteln und Rohstoffen für die Industrie auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln. Der Konsum von Nahrungsmitteln stieg rascher, als ihre Produktion im Inlande; Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte konnten nicht mehr ausgeführt, sondern mußten eingeführt werden. Diese Einfuhr wurde außerordentlich erleichtert durch die kolossale Umwälzung der Verkehrsmittel, die treibhausartige Entwicklung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt; namentlich die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten wurde in der Mitte der siebziger Jahre zu einer Exportindustrie, die den deutschen Markt, wie die europäischen Märkte überhaupt, mit Fleisch und Getreide überschwemmte. Aber damit sanken auch die Fleisch- und Getreidepreise, und die Grundrente der preußischen Junker begann zu fallen. In solcher Not hätten diese allemal bewährten Patrioten Gott, König und Vaterland verraten, geschweige denn daß sie ihre freihändlerischen Grundsätze auf den Kehrstrich warfen. Wie die Großindustriellen entschlossen sie sich zum Weißbluten der Massen, um ihre sinkende Grundrente wieder zu steigern.

Bei der Regierung aber fand die schutzzöllnerische Agitation einen verständnisinnigen Widerhall. Bismarck war sowohl Großindustrieller wie Großgrundbesitzer, und der Genius, der den Säkularmenschen befeelte, trauerte mit beiden, so schwere Not leidenden Klassen. Daneben hatte er noch seine besonderen Schmerzen. Die fünf Milliarden waren durch den Raubfang gegangen, aber der Militarismus war geblieben und forderte von Jahr zu Jahr größere Opfer. Neue Steuerquellen mußten erschlossen werden, und zwar Steuerquellen, die massenhaft

frümden und durch Parlamentsbeschlüsse nicht verstopft werden konnten. Die Wege dazu waren indirekte Steuern, Finanzzölle, Verstaatlichung großer Erwerbs- und Verkehrswege. Im deutschen Reiche wurde das Tabaksmopol das Ideal Bismarcks, im preussischen Staate die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Säkularmensich entdeckte jetzt sein „sozialistisches“ Herz. Die Väter dieses glorreichen „Sozialismus“ waren beim Tabaksmopol der alte Fritz, der erste Napoleon und Metternich, als seine Geburtshelferin aber diente bei der Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen die Diskontogesellschaft, die dem Reichsinvalidenfonds eine Unmasse von Eisenbahnaktien aufgehäuft hatte, deren Marktwert nach dem Krach in einem unangenehmen Mißverhältnisse zu ihrem Nominalwerte stand. So wurde der preiswürdige Ankauf der preussischen Bahnen durch den Staat zu einem Ziele, für das jeder rechte Patriot im innersten Herzensgrunde erglöhien mußte.

Die geplante Massenplünderung war bei alledem nicht wohl möglich, wenn die Kälber nicht selbst ihre Kehlen den Meggern darboten. Zu diesem aufopfernden Liebesdienste erwiesen sich die Kleinbürgerlichen Klassen gern bereit. Die Bauern ließen sich leicht von dem Schredgespenste der amerikanischen Konkurrenz ins Bockshorn jagen, obgleich die große Mehrzahl der ländlichen Kleinbesitzer, die überhaupt nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf produzierte, von den Getreidezöllen direkten Schaden haben mußte, die kleine Minderzahl der wohlhabenderen Bauern aber höchstens einen geringen Nutzen, der durch die gleichzeitige Einführung von Finanz- und Industriezöllen sofort wieder aufgesaugt wurde. Bei den Handwerkern, welche die rapide Entwicklung der großen Industrie massenhaft deklassiert hatte, war auch keine große Überredungskunst notwendig, um ihnen die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der alten Zoll- und Zunftschranken zu erwecken. Unfähig, die historische Entwicklung zu verstehen oder sich gar schon im rettungslosen Ertrinken an einen Strohalm klammernd, ließ sich der kleine Besitz in Stadt und Land von den Schlaraffenbildern betören, die ihm die agrarischen und industriellen Schutzzöllner vorgaukelten.

Ein besonders wirksamer Hebel der Kleinbürgerlichen Reaktion wurde die hiedermännische Entrüstung über die Schwindelgeschäfte des großen Kapitals. Je klarer der Krach die Gaunereien der Gründerjahre aufdeckte, um so klarer stellte es sich auch heraus, daß es in der großbürgerlichen Gesellschaft für solche großen Diebe keine Galgen gab.

Die königliche Untersuchungskommission, die nach Lasfers glorioser Verheißung „mit der Fackel bis in den letzten Winkel leuchten“ sollte, blies selbst das schwächste Nachtlicht aus, das einen „Edelsten und Besten“ zu streifen drohte; schon durch die eine wunderbare Historie vom „unauffindbaren Zeugen“ Abdies nahm sie die französischen Panamaskaubale vormeg. Abdies sollte über die Gründerprofite aussagen, die bei Hannover-Altenbeken gemacht worden waren, aber die Untersuchungskommission konnte ihn trotz krampfhaften Suchens nicht auffinden, zur selben Zeit, wo Abdies als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter täglich auf derselben Bank sowohl mit Laster als auch mit Vennigsen saß. Fast alle Versuche, eine gerichtliche Sühne für die offenkundigsten Betrügereien der Schwindeljahre zu erlangen, scheiterten von vornherein oder verliefen im Sande; im günstigsten Falle führten sie zu gerichtlichen Verhandlungen, bei denen bebrüllte Altenmenschen alsbald in einem toten Winkel des kapitalistischen Labyrinths festzufahren und in ihrer juristischen Verlegenheit ein moralisches Kauderwälsch über die „gewerbsmäßige Verleumdung“ der „angesehensten Männer“ herzustottern pflegten. Der altväterische Glaube des Spießbürgers, daß Recht doch Recht bleiben müsse, wurde zur Seifenblase, und darüber wurden alle Spießbürger wütend.

Sie ergänzten den „Sozialismus“ der Schutzölle und des Tabakmonopols durch den „Sozialismus des dummen Kerls“, durch den Antisemitismus. Dem Bauern und dem Handwerker trat das vernichtende Kapital gewöhnlich in der Gestalt des Juden entgegen, und in ihrer beschränkt-rückständigen Auffassung nahmen sie den Träger der Sache für die Sache selbst. Das war um so erklärlicher, als das Geldjudentum sich während der Schwindelperiode in einer Weise mausig gemacht hatte, die ihm unvermeidlich eine unliebsame Aufmerksamkeit zuziehen mußte; namentlich in Berlin hatte die Vermauschelung des öffentlichen Lebens einen Umfang angenommen, der die unerschrockensten Verehrer des weisen Nathan beunruhigen konnte. Der Antisemitismus fand eine Menge stinker Federn in dem „Proletariate der Intelligenz“, in dem Kleinbürgerlichen Nachwuchs, der sich seit dem Versinken des Kleinbetriebes in die gelehrten Berufe gerettet hatte, aber schon in der eigenen Überfülle erstickte und nun auf die jüdische Konkurrenz los schlug, die ihm auch auf diesem Gebiete gemacht wurde. In der praktischen Politik war der Antisemitismus eine völlig ziellose Bewegung,

und er war es doppelt unter der Ägide Bismarcks, der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Diese Leute mochten im stillen dem Geldjudentum eine kleine Lektion gönnen, aber sie waren viel zu enge mit ihm verknüpft, um ihm ein ernsthaftes Leid anzutun; für sie war der „Sozialismus des dummen Kerls“ nur ein Mittel, den „dummen Kerl“ um so fester am Narrenseile zu halten.

Diese ganze rückläufige Bewegung fand nun aber doch einen Widerstand, an dem sie sich unter normalen Verhältnissen hätte brechen müssen. Ein namhafter Teil der deutschen Bourgeoisie ließ sich aus guten Gründen nicht von den Großindustriellen ins schutzöllnerische Schlepptau nehmen, namentlich nicht der große Handel und die große Meederei, auch nicht die freihändlerischen Theoretiker. Sie erkannten ganz richtig, daß diese Art Schutzzoll von der Hand in den Mund lebte und die Henne schlachtete, welche die goldenen Eier legte. Die staatliche Förderung der reichsdeutschen Schleuderpreise im Auslande mußte zu Repressalien der anderen Industriestaaten führen, zur Aufrichtung von Zollschranken, die den auswärtigen Markt für Deutschland sehr verengten; nicht weniger wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die Verteuerung der Produktionskosten bedroht, die der Verteuerung aller inländischen Waren folgen mußte; die Industriebölle boten auf die Dauer keinen Ersatz für den Schaden, den die Lebensmittelbölle der Industrie zufügten. Dazu kam, daß Bismarcks Finanz- und Steuervolitik die so schon geringe politische Macht der Bourgeoisie beträchtlich schmälern sollte. Gerade ihre entschiedeneren, klareren und weitsichtigeren Köpfe hielten an ihren freihändlerischen Grundsätzen fest.

Ohne Zweifel war ihre Lage in der Mitte der siebziger Jahre sehr schwierig. Sie hatten den Feind im eigenen Lager, ihr kleinbürgerliches Gefolge schwand ihnen unter den Händen fort, die Bürokratie machte gegen sie mobil, und die frisch bekehrten Junker drangen mit besonderem Borne auf die verstockten Sünder ein. Es war überhaupt eine verzweifelte Aufgabe, die manchesterliche Fahne hochzuhalten, während das Märchen vom tausendjährigen Reiche des Freihandels in den tausend Ruinen der Schwindelperiode zerschmettert am Boden lag. Die freihändlerische Bourgeoisie mußte den großen Krach aus der Welt zu hegen, die ruchlosesten Gründungen als „korrekteste“ Geschäfte darzustellen suchen, und das gelang ihr nur unvollkommen, trotz der massiven Unwahrheit, welche die Eugen Richter und Konforten bei der Lösung

dieser erhebenden Aufgabe entwickelten. Am wenigsten entwaffnete sie den „Sozialismus des dummen Kerls“ durch einen künstlich gezüchteten Philosemitismus, der nicht klüger, aber noch widerlicher war, als der naturwüchsige Judenhaß der Bauern und der Handwerker.

Trotz alledem konnte sich die freihändlerische Bourgeoisie eine Position schaffen, aus der sie schwer hinauszumandrieren war. Sie mußte sich auf das klassenbewußte Proletariat stützen, das der drohenden Massenplünderung von vornherein den entschlossensten und rücksichtslosesten Widerstand entgegensetzte. Selbstverständlich war eine Verständigung zwischen beiden Teilen nur in der Beschränkung möglich, daß sie den Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft, auf dem sie beide standen, gemeinsam gegen den verwüstenden Einfall historisch rückständiger Gegner schützten. Gerade aber in dieser Beschränkung hätte auch die Kraft eines solchen Bündnisses gelegen, dessen Gefahr die Bödner aller Arten wohl zu schätzen wußten. Sie suchten die Arbeitermassen mit allerlei sozialistischem Schlagworten über den „Schutz der nationalen Arbeit“ zu ködern, ja sie stellten die Erhöhung der Löhne als den eigentlichen Zweck der Schutzzölle hin. Bismarck fabelte von dem Tabaksmopol als dem „Patrimonium der Enterbten“; er kramte seinen Almosen- und Lafaiensozialismus wieder hervor, und Hand in Hand mit seinen verstärkten Anläufen, die politisch entwickelten Schichten der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen, ging sein Bestreben, ihre politisch noch unentwickelten Schichten durch das Zinsengericht einer verbesserten Armenpflege über ihr politisches Erstgeburtsrecht zu täuschen.

Je geringere Aussichten diese Demagogie hatte, um so bringenderen Anlaß hatte die freihändlerische Bourgeoisie, im klassenbewußten Proletariat einen festen Stützpunkt ihrer wackeligen Lage zu suchen. In ihrer althergebrachten Verblendung tat sie aber das gerade Gegenteil. Sie fiel hemmend in den Arm, den das Proletariat gegen die ökonomische Reaktion erhob. Die Freihandelskammerburschen rühmten sich, auf dem „Ehrenposten“ im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu stehen; im Lästern über die „Führer“, welche „die Arbeitergroßchen verprakteten“, und ähnlichem Schwafz leisteten sie auch wirklich noch mehr, als die offiziellen und reaktionären Blätter. Während die Schutzzöllnerischen Agitatoren mit ihren Vorspiegelungen über die beabsichtigte Erhöhung der Löhne doch wenigstens die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung anerkannten, wurde der preussische Finanzminister Otto Camphausen, neben

Delbrück das staatsmännische Ideal der liberalen Bourgeoisie, nicht milde, zu versichern, das einzige Heilmittel der Krise sei eine Herabsetzung der Arbeitslöhne. Die empfindlichen Niederlagen, die sich die deutschen Unternehmer dadurch holten, daß sie trotz ihres wachsenden Reichtums nicht auf die schädigen Geschäftskniffe ihrer Anfänge verzichten mochten, wurden von den freihändlerischen Zeitungen auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen gesucht; nach ihrer lebenswürdigen Darstellung verschuldete es die Faulheit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter, daß der Reichskommissar Reuleaux der Vertretung der deutschen Industrie auf der Weltausstellung in Philadelphia das Brandmal: Billig und schlecht ausdrücken mußte, oder daß die deutsche Baumwollindustrie ihren Markt in China verlor, weil, wie Treitschke spottete, die Asiaten an die Echtheit der Ware strengere Ansprüche stellten, als die geduldigen Deutschen. Der Humbug Bismarcks, daß der proletarische Klassenkampf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter verderbe, fand in Eugen Richter seinen getreuesten Nachbeter. Mit dieser geistreichen Politik kapitulierten die freihändlerische Bourgeoisie vor ihren reaktionären Gegnern; sie ebnete den Weg der Gewaltpolitik, auf dem Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne durchsetzen sollte.

Selbstverständlich vollzog sich der ökonomisch-politische Krebsgang in Deutschland nicht im Laufe weniger Wochen oder Monate. Das ging um so weniger an, als er sich in der Gesetzgebung des Reichs nur durch ein vollständiges Herumwerfen der politischen Parteien durchsetzen konnte. Das ostelbische Krautjunktum hatte seit Jahr und Tag einen so boshaften Kleinrieg gegen Bismarcks kapitalistische und kulturkämpferische Politik geführt, daß sich die holde Eintracht zwischen diesen schönen Seelen nicht gleich auf den ersten Hieb wiederherstellen ließ. Von den beiden stärksten Fraktionen des Reichstags war das Zentrum mit seinen rheinischen Großindustriellen und schlesischen Großgrundbesitzern, mit seinem Gefolge von Bauern und Kleinbürgern und politisch noch unreifen Arbeitern sofort für eine reaktionäre Wirtschaftspolitik zu haben, während unter den Nationalliberalen die freihändlerische Bourgeoisie vorherrschte. Nun war aber das Zentrum bis an die Zähne gerüstet gegen den „biokletianischen Christenverfolger“ Bismarck, während die Nationalliberalen zu einer immer willenloseren Schutztruppe des Säkularmenschen herabgesunken waren, wie sie noch im Jahre 1876 durch das Kompromiß in Sachen der Justizgesetze bewiesen. Es lohnte

für Bismarck schon der Versuch, die Nationalliberalen für die wirtschaftliche Reaktion breitzuschlagen, ehe er den sauren Gang nach Canossa antrat. Denn soviel stand freilich für diesen genialen Staatsmann fest, daß der „weltgeschichtliche Kampf zwischen Kalchas und Agamemnon“ wie ein Schattenspiel von der Wand verschwinden müsse, wenn auf keinem anderen Wege die Steigerung der Grundrenten und der Kapitalprofite zu haben war.

Immerhin aber trieb der große Krach die Dinge doch verhältnismäßig schnell voran. In der Mitte des Jahres 1875 gipfelte der krautjunkerliche Feldzug gegen Bismarck in den Kraartikeln der Kreuzzeitung, aber in demselben Jahre begann auch die Grundrente zu fallen, und schon im Frühjahr 1876 organisierten sich die Junker unter stiller Förderung Bismarcks ökonomisch als Steuer- und Wirtschaftsreformer, politisch als deutsch-konservative Partei. Zur selben Zeit sah Delbrück ein, wie die Sachen standen, und ging, ehe er gegangen wurde. Bismarck aber erklärte in der Herbstsession des Reichstags von 1875, der Reichshaushalt müsse „möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern“ aufgebracht werden. Gleichzeitig enthüllte er die Grundzüge seiner künftigen Arbeiterpolitik, einerseits durch ein neues Ausnahmefgesetz gegen die Sozialdemokratie, andererseits durch ein neues Hilfskassengesetz, das den Arbeitern einige Almosen spenden sollte, um sie dadurch zu Lakaien der Fabrikanten und Gemeindebehörden zu machen.

Die Sozialdemokratie täuschte sich nicht über den Ernst der Lage. Sie hatte ihre inneren Kämpfe nur abgeschlossen, um desto heftigeren Kämpfen mit der Außenwelt entgegenzugehen. Für sie gab es ringsum nichts als Feinde. Sie sah den Sturm heraufziehen und rüstete sich eifrig, ihn zu bestehen.

2. Praktische Agitationserfolge.

Nach der Verschmelzung ihrer beiden Fraktionen ging die sozialdemokratische Agitation doppelt rüstig voran. Die alten bewährten Kräfte arbeiteten einträchtig zusammen und neue Kräfte traten hervor: der Zigarrenarbeiter Molkenbuhr in Ottensen, der Schriftsetzer Oldenburg in Mendsburg, der Seemann Schwarz in Lübeck, der Gerber Schuhmacher in Solingen, der Tischler Lugsauer in Düsseldorf, der Kommis Kaiser in Berlin, der Schneider Kühn in Langenbielau, der

Zigarrenarbeiter Geyer in Großenhain, der Hutmacher Heine in Halberstadt, der Holzbildhauer Rüdiger in Gera, der Schlosser Ulrich in Offenbach, der Kaufmann Wiemer in Nürnberg, der Schriftsetzer Richard Fischer in Augsburg. Auch aus den klar blickenden Ideologen der bürgerlichen Klassen erhielt die Partei neuen Zuwachs: den Referendar Biered in Berlin, den Lehrer Sabor in Frankfurt a. M., den Dichter Dull in Stuttgart und den ehemaligen Offizier Georg v. Bollmar, einen geborenen Münchener, der, als Postbeamter im deutsch-französischen Kriege schwer verwundet, in langen Jahren körperlichen Leidens sich in die sozialistische Weltanschauung eingelebt hatte.

Die Gegner sorgten reichlich dafür, daß es an paßendem Agitationsstoffe nicht gebrach. In den ersten fünf Jahren des neuen Reiches hatten sich die besitzenden Klassen, da sie das Kreuz besaßen, reichlich mit Gesetzen zur Förderung ihrer Klasseninteressen gesegnet; während dieser ganzen Zeit war im Interesse oder vielmehr im angeblichen Interesse der arbeitenden Klassen nur ein überaus kümmerliches Haftpflichtgesetz verabschiedet worden, das durch seine halb hinterhältigen, halb loddrigen Bestimmungen den Unternehmern die bequeme und reichlich benützte Gelegenheit bot, sich der Haftpflicht für die Unglücksfälle in ihren Betrieben zu entziehen. Ein ähnlicher Geist wehte durch das Hilfsklassengesetz, das dem Reichstage im Herbst 1875 zuzug. Die Vorlage der Regierung behandelte die Arbeiter, unter dem Scheine einer ihnen zu erweisenden Wohlthat, als unmündige Kinder, die auf Schritt und Tritt gegängelt werden mußten; sie bedrohte schwer die Freizügigkeit des Proletariats und verkümmerte ihm nicht minder schwer die Selbstverwaltung seiner eigensten Angelegenheiten; den freien Hilfsklassen der Arbeiter machte sie das Leben auf Schritt und Tritt sauer. Der böse Wille der Regierung ging sogar den bürgerlichen Parteien des Reichstags zu weit. Immerhin waren auch sie reichlich genug mit diesem Artikel versehen. So schlossen sie von der kommissarischen Beratung der Vorlage die sozialdemokratischen Abgeordneten aus, die weit- aus die erfahrensten Sachkenner waren.

Obgleich das Hilfsklassengesetz im letzten Grunde nur den Zweck hatte, die Armenpflege der Gemeinden zu entlasten, so nahmen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse die bürgerliche Gesellschaft wie sie ist, und verlangten nicht mehr, als daß in ihr den Arbeitern billig sein sollte, was allen anderen Klassen recht war. Sie stimmten dem

Klassenzwange zu, aber sie verwarfen die Zwangsklassen; sie verzichteten auf alle Almosen der Bourgeoisie, aber sie verlangten die unverkümmerte Selbstverwaltung der Arbeiterklassen durch die Arbeiter. Eine Unzahl Petitionen und Proteste aus den verschiedensten Arbeiterschichten bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung. Mußten doch auch den Arbeitern, die dem proletarischen Klassenkampfe noch fern standen, die Augen übergehen, wenn sie in der Verwaltung ihrer spärlichen Krankengroschen beaufsichtigt und behindert werden sollten von denselben gesetzgebenden Körperschaften, die es für ein Ding der Unmöglichkeit erklärten, die Raubzüge der kapitalistischen Aktiengesellschaften zu beaufsichtigen und zu verhindern. Trotzdem wurde das Gesetz in einer Form angenommen, die von den sozialdemokratischen Vertretern schlecht hin verworfen wurde, mochte sie auch den freien Hilfsklassen der Arbeiter etwas größeren Spielraum lassen, als die Regierung ihnen gewähren wollte.

Nicht weniger revolutionierend wirkte das politische Ausnahmengesetz, das die Regierung gegen die Arbeiterklasse einbrachte. In einer Novelle zum Strafgesetzbuche, welche die paar kleinen Fortschritte des deutschen Strafrechts rückwärts zu revidieren versuchte, befand sich ein § 130 folgenden Inhalts: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft.“ Zur Verteidigung dieses Paragraphen vor dem Reichstage hatte Bismarck mit seinem Takte den preußischen Minister des Innern berufen, denselben Grafen Eulenburg, der ein Menschenalter früher als Benhur in rheinischen Borden heldenhafte Kämpfe mit Nachwächtern geführt und seitdem als lebenslustiger Junggeselle so viele praktische Angriffe auf das Institut der bürgerlichen Ehe gemacht hatte, daß er als theoretischer Verteidiger dieser heiligen Einrichtung besonders berufen erschien. Graf Eulenburg verhehlte nicht, daß § 130 direkt auf die Sozialdemokratie gemünzt sei, und schleppte zum erstenmale den großen Bitatensack heran, der hinfort einen Ehrenplatz unter den Waffen deutscher Staatskunst einnehmen sollte. Durch einzelne Artikel oder auch durch einzelne, aus dem Zusammenhange gerissene Sätze der sozialdemokratischen Presse suchte er die Gemeenschädlichkeit des proletarischen Klassenkampfes zu erweisen; er meinte, daß die als besser situiert bezeichneten Klassen freiwillig niemals auf

ihre Rechte verzichten würden, und daß die Gesellschaft niemals auf den Punkt kommen werde, sich freiwillig, ohne Zwang, zu egalisieren; § 130 sei also unbedingt notwendig, wolle man es nicht dahin kommen lassen, daß die Flinte schieße und der Säbel haue.

Auf einer gleichen Höhe überzeugender Verebtsamkeit bewegte sich Bismarck selbst, indem er die sozialdemokratische Agitation für den großen Krach verantwortlich machte und mit bösen Sticheleien auf die „Gutmütigkeit“ der deutschen Richter eine noch größere Korruption der deutschen Strafrechtspflege vorbereitete. In komischer Verwechslung der Tatsachen verlangte er größeren Schutz der deutschen Polizeibeamten vor dem böswilligen Publikum, damit sie die allgemeine Achtung der englischen Polizeibeamten gendßen, und erklärte übrigens dem Reichstage, er werde die Ablehnung des § 130 hinnehmen, aber es sei vielleicht einer der Würmer, die nicht stürben, und die Enkel der gegenwärtigen Abgeordneten, wenn er eine Gesetzgebungsperiode als eine Generation auffassen dürfe, würden sich noch mit denselben Fragen beschäftigen müssen. Auf dem Gebiete solcher Reaktionsstrieche war Bismarck immer ein guter Prophet.

Vorläufig bewilligte ihm der Reichstag ein gutes Stück seiner reaktionären Strafgesetznovelle, aber noch nicht den § 130. Vielmehr wurde das Monstrum einstimmig abgelehnt und sogar unter allgemeiner Heiterkeit, so daß die staatsmännische Würde des hohen Hauses gefährdet gewesen wäre, wenn der fortschrittliche Führer Hänel sie nicht durch die pathetische Erklärung gerettet hätte, der § 130 sei ein schwerer, durch nichts begründeter Angriff auf die Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Zustände im Reich und in jedem Einzelstaate, ein schwerer, durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf diejenigen Grundsätze, die alle liberalen Parteien seit zehn und zwanzig Jahren als unverrücktes Ziel vor Augen gehabt hätten. In der zweiten Gesetzgebungsperiode darauf sagte sich derselbe Herr Hänel, ganz nach Bismarcks prophetischem Worte: Weh' dir, daß du ein Enkel bist! und verfolgte das nicht mehr unverrückte, sondern sehr verrückte Ziel, durch die fast wörtliche Wiedereinbringung des § 130 die Sozialdemokratie totzuschlagen. Lessendorff aber rächte das einstweilige Fiasko seines Gönners Bismarck dadurch, daß er Ende März 1876 einen Beschluß des Berliner Stadtgerichts beibrachte, der die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wegen angeblicher „Zweigvereinsbildung“ im preußischen Staate schloß.

Während so die herrschenden Klassen den trefflichsten Agitationsstoff heranschleppten, unterhielten sich die bürgerlichen Auguren von dem angeblichen „Rückgange“ der Sozialdemokratie, den ihre Maulwurfsaugen, der Himmel weiß wo, entdeckten. Sicherlich hätte die Geschäftskrisis, die mit einer noch nie gekannten Schwere in erster Reihe auf dem Proletariat lastete, einen erlahmenden Einfluß auf die sozusagen körperliche Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung ausüben können, wenn sie nur nicht zugleich die Geister revolutioniert hätte. Dazu räumte die überaus feindselige Haltung der herrschenden Klassen, die elende Lüge, daß die Arbeiter den großen Krach verschuldet haben sollten, und ähnliche Ausbrüche eines unverföhnlichen Hasses mehr, mit den letzten Illusionen der vorgeschrittenen Arbeiterschichten auf. So wie die Dinge lagen, eroberte die sozialdemokratische Agitation täglich neues Terrain, und der vom 19. bis 23. August 1876 in Gotha tagende Parteikongreß zeigte einen „Rückgang“ auf, der die Propheten der Bourgeoisie peinlich überraschte.

Der Kongreß war als allgemeiner Sozialistenkongreß einberufen worden, um auch den Parteigenossen aus denjenigen Staaten, wo die Parteiorganisation „geschlossen“ worden war, die Teilnahme zu ermöglichen. Die meisten Mittel-, und manche Kleinstaaten dazu, in erster Reihe Bayern und Sachsen, hatten eifrig den Vorbeeren Lessendorffs nachgetrachtet; kaum noch in einem kleinen Teile des Deutschen Reiches, in den Hansastädten, sowie in einigen thüringischen und süddeutschen Staaten, waren sozialistische Verbindungen möglich, deren Mitglieder an verschiedenen Orten wohnten.

Jedoch zeigte der Kongreß von 1876, daß Lessendorff und sein edles Gefolge zu spät aufgestanden war; die Zertrümmerung ihrer äußeren Organisation war längst kein Mittel mehr, die Entwicklung der Partei aufzuhalten, sondern nur noch ein Hebel, ihren Aufschwung zu beschränken. Auf dem Kongresse erschienen 98 Delegierte, die 291 Orte mit 38254 Mitgliedern vertraten; die Gesamteinnahme der Parteikasse belief sich für vierzehn Monate, für die Zeit vom 8. Juni 1875 bis zum 10. August 1876, auf 58763 Mark, darunter 4330 Mark vom Verleger des Wählers, eines handgroßen Blättchens, das einmal monatlich erschien und für 20 Pfennig das Exemplar an „geschlossene“ Parteigenossen verkauft wurde, um ihnen so die Zahlung ihrer Beiträge zu ermöglichen. Die Einnahmen der Parteikasse erschöpften aber nicht entfernt die Summe, die deutsche Arbeiter trotz aller schweren Not der Zeit für die Emanzi-

pation ihrer Klasse aufzubringen wußten; Auer, der den Bericht des Vorstandes erstattete, schätzte die Aufwendungen für örtliche Parteizwecke mindestens auf das Dreifache ein.

Auch sonst bot Auers Bericht ein sehr erfreuliches Bild. Der Partei standen 145 wohlgeschulte Redner zur Verfügung, die alle schon die Feuertaufe in Versammlungen rühmlich bestanden hatten, darunter 8 voll, sowie 14 zum Teil besoldete Agitatoren, und 46 Parteibeamte, hauptsächlich Redakteure und Expedienten der Parteiblätter. 12 politische Organe und ein belletristisches Unterhaltungsblatt, die Neue Welt, waren seit dem Einigungskongresse neu entstanden. Die Partei verfügte über nicht weniger als 23 politische Organe, von denen 15 in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt wurden; 8 erschienen sechsmal, 8 dreimal, 4 zweimal und 3 einmal in der Woche. Der Broschürenvertrieb belief sich in die Hunderttausende, als Parteikalendar wurde der Arme Konrad in vierzigtausend Exemplaren abgesetzt. So durfte Auer sagen, daß von dem ausposaunten „Niickgange“ der Sozialdemokratie nichts übrig bleibe, als Schrecken in allen feindlichen Lagern vor der wachsenden Macht der Arbeiterpartei.

Der Verfolgungen gedachte er nur, um festzustellen, daß namentlich in Preußen und Bayern das Vereinsrecht für die Arbeiter durch rechtlose Willkür so gut wie völlig aufgehoben sei. Nicht über die reaktionären Vereinsgesetze beklagte sich die Sozialdemokratie, denn mit ihnen wisse sie sich, bei aller Agitation für die gesetzliche Beseitigung solcher Machwerke, doch abzufinden; wogegen sie protestiere, daß sei die tendenziöse reaktionäre Manier, womit die bestehenden Gesetze gegen sie ausgelegt würden, während sie auf alle anderen politischen Parteien eine loyale Handhabung fänden. Über die Möglichkeit einer neuen Parteiorganisation sprach sich Auer sehr resigniert aus. Die preussischen Parteigenossen hätten mit peinlichster Genauigkeit die Klippen und Untiefen des Vereinsgesetzes umschifft, indessen wenn die preussische Regierung entschlossen sei, innerhalb ihrer Machtsphäre keine sozialistische Organisation zu dulden, so fände sie immer Staatsanwälte und Richter, die ihren Willen vollstreckten, unter freudiger Zustimmung der konservativen und der liberalen Parteien. Möge aber das offizielle Band zerrissen sein, so binde alle Parteigenossen fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen enterbten Volkes.

Der Kongreß hatte zwei Hauptaufgaben zu erledigen: einmal den Schlußstein ins Einigungswerk zu fügen und dann für die nächsten Reichstagswahlen mobil zu machen. Ganz leicht war es nicht, den Dualismus zu beseitigen, der in den beiden Zentralorganen der ehemaligen Fraktionen noch fortbestand; bei der Abstimmung über die entscheidende Frage, ob das neue Zentralorgan in Leipzig oder Berlin erscheinen sollte, trat der alte Unterschied noch einmal ziemlich scharf hervor; überwiegend stimmten die ehemaligen Lassalleaner für Berlin, die ehemaligen Eisenacher für Leipzig. Als sich ergab, daß, bei 6 Stimmenthaltungen, für Leipzig 49 und für Berlin 38 Delegierte gestimmt hatten, wurde die Klage laut, daß die geographische Lage des Kongreßortes den sächsischen und thüringischen Delegierten ein unverhältnismäßiges Übergewicht gegeben habe, und die Spannung verschärfte sich noch durch die Weigerung Hasselmanns, in die Redaktion des neuen Zentralorgans in Leipzig einzutreten. Doch der rebliche Wille, um jeden Preis die Einheit zu erhalten, siegte über alle Schwierigkeiten. Alte Lassalleaner, wie Radow und Zielowsky, tabelten Hasselmanns Obstruktion scharf, während Hasenclever sich bereit finden ließ, die von Hasselmann verschmähte Stelle anzunehmen. Unter Liebknechts und Hasenclevers Redaktion sollte das neue Zentralorgan unter dem Titel Vorwärts vom Oktober 1876 ab in Leipzig erscheinen, dreimal wöchentlich, wie auch schon der Volksstaat seit 1873 erschienen war. Hasselmann, der bisher eifrig an der Einigung der Fraktionen gearbeitet hatte, nahm von nun an eine frondierende Stellung in der Partei ein; nach dem Eingehen des Neuen Sozialdemokraten ging er in seinen Wahlkreis Elberfeld-Barmen und gab hier die Rote Fahne heraus, angeblich ein regelmäßig erscheinendes Wahlflugblatt, tatsächlich ein schwach verhülltes Konkurrenzunternehmen des Vorwärts. Soweit der verschlossene Charakter Hasselmanns ein Urteil zuließ, bestimmte ihn die Enttäuschung persönlichen Ehrgeizes. Seine Fronde war unbequem, aber nicht gefährlich; eine sachliche Handhabe zur Opposition fehlte ihm, und selbst wenn eine Sektenbildung noch möglich gewesen wäre, wie sie es nicht mehr war, so langte Hasselmanns ganze Persönlichkeit nicht zu einem fanatisierenden Sektenhüptling.

Die zweite Hauptaufgabe des Kongresses war die Rüstung für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse wurden etwa vierzig Wahlkreise für „offiziell“ erklärt, das

heißt für Kreise, in denen die Partei mit nennenswerter Aussicht auf Erfolg kandidieren könne und also von Partei wegen in den Wahlkampf eingreifen müsse: zwölf sächsische und fünf schleswig-holsteinische Kreise, die beiden Stadtkreise und der Landkreis Hamburg, Berlin IV und VI, Braunschweig I, in Schlesien Reichenbach-Neurode und Waldenburg, im Rheinlande Elberfeld-Barmen, Lennep-Nettmann und Solingen, im Rheingau Hanau und Offenbach, in Bayern Nürnberg, in Württemberg Göttingen-Kirchheim, dazu einige Wahlkreise in mitteldeutschen Kleinstaaten, wie Anhalt-Bernburg, Sachsen-Meiningen und Neuß ä. L.

Zur Leitung der Wahl wurde ein Zentralwahlkomitee von fünf Personen in Hamburg niedergesetzt, das zugleich alle sonstigen Aufgaben der Parteileitung übernehmen sollte; nach einem Erkenntnisse des preussischen Obertribunals stand eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge hatte, nicht unter dem preussischen Vereinsgesetze. In das Zentralwahlkomitee wurden die Mitglieder des früheren Vorstandes gewählt, Hartmann, Deroffi, Geib, Auer, an die Stelle Hasenclevers, der nach Leipzig übersiedelte, trat H. Brasch. Für die beiden Vorsitzenden wurden je 45, für die beiden Schriftführer je 150, für den Kassierer 135 Mark, für die beiden Redakteure des Zentralorgans je 195 Mark Monatsgehalt ausgeworfen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten an Diäten täglich 9 Mark erhalten, sofern sie nicht mit mindestens 100 Mark monatlichen Gehalts angestellte Parteibeamte waren, in diesem Falle erhielten sie nur 6 ober, falls sie in Berlin wohnten, nur 3 Mark täglich. Ein ständiger Agitator bezog monatlich 135 Mark, auf Reisen außerhalb seines Agitationsbezirks außerdem ein Lebiger 1,50, ein Verheirateter 3 Mark täglichen Zuschusses. Nicht fest angestellte Agitatoren bezogen, wenn ledig, täglich 6, wenn verheiratet, täglich 7,50 Mark Diäten. Diese Regelung der Parteigehälter auf dem Kongresse von 1876 zeigte zur Genüge, was es mit dem „Verwüsten der Arbeitergroschen“ auf sich hatte, derjenigen Klopffechtere, an der sich die geistreiche Bourgeoisie neben dem angeblichen „Rückgange“ zumcist ergöhte. Wenn die Partei ihren Angestellten die Lohnsätze besser gestellter Arbeiter zahlte, so genügte sie einer Anstandspflicht, die sie ihrer eigenen Würde schuldete; Hungerlöhne, wie der erste beste Kapitalist, konnte sie nicht zahlen. Aber über diese Grenze ist sie nie hinausgegangen und Seide hat noch kein Mensch in ihrem Dienste gesponnen; unter den zahllosen Kräften, die sich in diesem Dienste aufgerieben

haben, mögen wenige gewesen sein, die nicht, wenn sie einen bürgerlichen Erwerb gewählt hätten, auf einen höheren Entgelt ihrer Arbeitsleistung hätten rechnen können.

Die Reichstagswahlen, die am 10. Januar 1877 stattfanden, erfüllten die auf sie gesetzten Hoffnungen. In 175 Wahlkreisen waren sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, auf die 493 447 Stimmen fielen, mehr als 9 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie war nun schon die viertstärkste Partei im Reich; beträchtlich stand sie nur noch den Nationalliberalen und den Ultramontanen, um ein Geringes den Konservativen nach; abgesehen von den kleinen Parteigruppen des Reichstags, überflügelte sie von den eigentlichen Parteien schon die Fortschrittler und die Freikonservativen. Die Verteilung der Stimmen zeigte die härtere und schärfere Ausprägung des Klassenkampfes. Die Bewegung war stehen geblieben oder selbst etwas abgeklaut, wo sie sich hauptsächlich aus der allgemeinen politischen Unzufriedenheit nährte; dafür hatte sie einen überraschenden Aufschwung in den großen Städten gewonnen, in Berlin, Hamburg, Altona, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Dresden und vielen anderen. Berlin holte jetzt mit einem Schläge ein, was es bei den früheren Reichstagswahlen versäumt hatte; es brachte 31 522 sozialdemokratische Stimmen auf, fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen noch etwas günstigeren Prozentsatz stellten die 25 942 sozialdemokratischen Stimmen in Hamburg dar. Die Drehorgeln der bürgerlichen Demagogen mußten gänzlich umgestimmt werden. War nach den Wahlen von 1874 der sozialdemokratische Erfolg dem „verkommenen“ Fabrikproletariat und der ländlichen Industriebevölkerung geschuldet, während die großen Städte als Hort der Bildung und Gesittung gefeiert wurden, so wurden jetzt die großen Städte zu Stätten vaterlandslosen Gesindels, während der Landmann zu der Ehrenrolle gedieh, mit fester Hand die schwankende Wage ins Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein aufgehalten zu haben, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohe.

Es gab keine preußische Provinz mehr und nur noch sechs preußische Regierungsbezirke, die noch nicht „verseucht“ waren. Freilich befanden sich darunter neben einem pommerschen (Stralsund) und einem westpreußischen (Marienwerder) ein schlesischer (Oppeln), ein westfälischer (Münster) und zwei rheinische Regierungsbezirke (Aachen und Koblenz), ein Beweis, daß die ultramontane Agitation noch immer stark die

Arbeiterbewegung kreuzte. Aber es zeigte sich doch auch, daß dieser Damm gebrochen zu werden begann; seit 1874 waren die sozialdemokratischen Stimmen in Rheinland-Westfalen von 28 824 auf 44 690, und in Schlesien von 9 004 auf 23 449 gestiegen. Unter den Mittelstaaten stand Sachsen obenan mit prächtig ansteigenden Ziffern; hier hatte sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in sechs Jahren nahezu vervierfacht; sie belief sich auf 123 978, auf 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Bayern zeigte sich gleichfalls schon, doch schwächer als in Rheinland-Westfalen und Schlesien, eine rückläufige Bewegung gegen den ultramontanen Strom; unter den bayrischen Provinzen stand Franken mit der sozialdemokratischen Hochburg Nürnberg weit im Vordertreffen. In Württemberg und Baden war die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 ziemlich stehen geblieben, doch machte sich auch in diesen Staaten die Konzentration der Bewegung in den größeren Städten geltend. In Stuttgart waren 4609 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, und fast ebensoviel schon einen Monat früher bei den Erneuerungswahlen zum württembergischen Landtag, an denen sich die Sozialdemokraten zum erstenmal beteiligten. Viel Mühe und Sorge machte die Erhaltung der Süddeutschen Volkszeitung, in deren Redaktion und Verwaltung der Schriftsetzer Georg Bahler eintrat, nachdem Karl Hillmann an das Hamburger Parteiorgan übergesiedelt war; seit dem Erlaß des reaktionären Preßgesetzes und dem scharfen Winde vom Norden her begannen auch im Schwabenlande die Verfolgungen. Wie Stuttgart in Württemberg, so wurden Mannheim in Baden und Ludwigshafen in der Pfalz zu leitenden Orten der Bewegung. Mannheim brachte 1689 Stimmen auf, und noch im Laufe dieses Jahres gründete Dreesbach das Badisch-Pfälzische Volksblatt, das wöchentlich einmal erschien und bald ein paar tausend Abonnenten zählte. Von Mannheim wurde vorläufig auch noch, namentlich durch Ehrhart, die Agitation in der Pfalz betrieben, wo nach der Vereinigung der beiden Fraktionen der erste, von zwanzig Orten besetzte Arbeitertag stattgefunden hatte. In den drei Wahlkreisen der Pfalz wurden 2500 Stimmen abgegeben. Ein Hauptherd der Agitation war die Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, vom Volksmund Knochenmühle genannt, die Tausende von Arbeitern beschäftigte, doch wurde die Bewegung dadurch sehr gehindert, daß die rheinbayrische Großindustrie weniger gelernte Handwerker anzog, als Kleinbauern und ländliche Tag-

löhner, die durch die immer schärfer sich zuspitzende Parzellenwirtschaft im Überschusse produziert wurden. Diese bedürfnislosen und noch vom Eigentumsteufel besessenen Elemente waren ideale Arbeiter im Sinne der ausbeutenden Bourgeoisie und deshalb dem proletarischen Klassenbewußtsein schwer zugänglich.

Bei der Verteilung der Mandate schnitt die Partei wieder sehr schlecht ab. Mit ihren vierzig offiziellen Wahlkreisen hatte sie so ziemlich das Richtige getroffen; sechsunddreißig Mandate hätten ihr nach dem Verhältnis ihrer Stimmzahl zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen gebührt. Tatsächlich mußte sie sich mit zwölf Mandaten begnügen. Im ersten Wahlgang behauptete sie von ihren bisherigen neun Sitzen nur fünf: Altona (Hasenclever), Glauchau-Meerane (Bebel), Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Chemnitz (Most). Sie gewann dazu Berlin IV und VI (Frische und Hasenclever), die sächsischen Kreise Auerbach-Reichenbach (Auer) und Leipzig-Land (Demmler), endlich den Wahlkreis Neuß ä. L. (Blos). Von diesen zehn Sitzen ging aber Altona wieder in der Nachwahl verloren, die dadurch nötig wurde, daß Hasenclever in Berlin VI annahm. Daneben war die Partei an zwanzig Stichwahlen beteiligt: in Berlin III, Breslau I und II, Magdeburg und Nürnberg, in den schleswig-holsteinischen Kreisen Ikehoe, Gliickstadt, Plön-Segeberg, in den sächsischen Kreisen Dresden-Altstadt, Borna, Freiberg, Plauen und Ishopau, in den rheinischen Kreisen Elberfeld-Varmen und Solingen, in den schlesischen Kreisen Reichenbach-Neurode und Waldenburg, endlich in Gotha, Hanau und Offenbach. Von ihnen allen aber gewann sie nur drei: Dresden-Altstadt (Bebel), Reichenbach-Neurode (M. Kapell) und Solingen (Rittinghausen). Bebel nahm in Dresden-Altstadt an, in Glauchau-Meerane trat Bracke an seine Stelle.

Doch die Partei brauchte sich die Freude an ihrem großen Erfolge nicht durch die verhältnismäßig geringe Zahl der Mandate trüben zu lassen. In den Wahlkreisen, die sie verloren hatte, war ihre Stimmzahl beträchtlich gestiegen, mit der einzigen Ausnahme Plön-Segebergs, wo die Großgrundbesitzer fürchterliche Musterung unter dem ländlichen Proletariat gehalten hatten, und bei den Stichwahlen brachte sie 62368 Stimmen mehr auf, als ihre Kandidaten in diesen Kreisen bei den Hauptwahlen erhalten hatten. Von diesem Zuwachs entfiel nur eine verhältnismäßig geringe Zahl auf volksparteiliche Elemente und

katholische Arbeiter. Wo es galt, einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu hindern, schlossen sich auf bürgerlicher Seite Kretzi und Plethi unbedenklich zusammen, trotz alles sonstigen, noch so giftigen Habers, und dies schlagende Zeugnis der Furcht, das sie ihren Segnern einflößte, konnte der Partei schon eine Handvoll Mandate ersezen. Im Reichstage selbst empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten eine noch viel gehässigere Gesinnung als in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode; der nationalliberale Abgeordnete Valentin machte sich einen berüchtigten Namen durch die Schlußanträge, die den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse das Wort abschnitten.

Der Jahreskongreß für 1877 wurde von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einberufen, nach Gotha für die Zeit vom 27. bis 29. Mai. Vertreten waren 251 Orte durch 95 Delegierte, hinter denen, soweit ihre Mandate Angaben über die Stimmenzahl enthielten, 32000 aktive Parteimitglieder standen. Auer erstattete wieder den Bericht im Auftrage des Zentralwahlkomitees, diesmal für die Zeit vom 11. August 1876 bis zum 30. April 1877. In diesen noch nicht ganz neun Monaten waren 54217 Mark in die Parteikasse eingelaufen, darunter 10000 Mark vom Verleger des Wählers. Dazu kamen aber noch die gewaltigen Anstrengungen, welche die einzelnen Wahlkreise für den Wahlkampf gemacht hatten. Die Abrechnung für Altona ergab eine Ausgabe von 30000 Mark, in Berlin hatten 307 Versammlungen mit Vorträgen und Diskussion, sowie 144 Wahlhilfsmännerversammlungen stattgefunden, waren 1346145 Exemplare von Drucksachen überwiegend unentgeltlich durch Parteigenossen verbreitet worden. Ferner hatte dieser kurze Zeitraum heißen Kampfes 18 neue Blätter hervorgerufen; die Partei zählte jetzt neben dem Vorwärts 41 Zeitungen, von denen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 12 wöchentlich einmal erschienen. 25 dieser Blätter wurden in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt, deren 14 in Deutschland existierten. Unter den 44 Redakteuren der Partei befanden sich nach der Zusammenstellung Auers: zwölf Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Lohgerber, ein Riemendreher, ein Mechaniker, ein Zigarrenarbeiter, ein Zimmerer, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchhändler, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. Auer brandmarkte durch diese Aufzählung das Märchen von den „ver-

bummelten Genies“, die sich angeblich durch Aufhebung und Ausbeutung der Arbeiter ein Lotterleben verschaffen sollten. Wie es mit diesem Lotterleben tatsächlich stand, zeigten die Strafanträge und Strafurteile, die mit dem Wachstum der Parteipresse in wachsendem Maße auf sie herabgelassen; die Chemnitzer Freie Presse hatte im Laufe eines Jahres acht Jahre Gefängnis zubüßiert bekommen, und ähnlich ging es den meisten Parteiblättern. Aber in solchen Verfolgungen erstarkte die Partei, und, sicher ihres unzerstörbaren Lebens, konnte der alte Organisationsfanatiker Tölcke den einstimmig und ohne jede Debatte angenommenen Antrag stellen, daß der Kongreß „mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamierte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen“ auf jede Organisation der Partei verzichte und den Parteigenossen überlasse, sich je nach den örtlichen Bedürfnissen und Verhältnissen zu organisieren.

Die deutsche Sozialdemokratie galt jetzt schon als die mächtige Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung, und die Proletarier der verschiedensten Länder sandten ihren Kongressen brüderliche Grüße. Um die Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden, beschloß der Gothaer Kongreß von 1877 auf Vollmars Antrag, einen Weltkongreß zu beschicken, der von bakunistischer Seite für den September nach Gent einberufen worden war. Auf diesem Weltkongreß fanden sich ungefähr 30 Delegierte der europäischen Arbeiterparteien ein; als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie kam Liebknecht. Die anarchistische Richtung unterlag nach heftigen Debatten mit 13 gegen 16 Stimmen. Die siegreiche Mehrheit schloß einen Solidaritätspakt ab und erließ ein Manifest, das im Sinne der alten Internationalen die Notwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Agitations-, Organisations- und Propagandamittels begründete. Doch warnte Liebknecht selbst im Vorwärts davor, diese Vorgänge zu überschätzen; ebenso zahlreiche wie zwingende Gründe verboten den Versuch, die Internationale in der alten Form zu erneuern.

In engeren Grenzen, als die politische, hielt sich die gewerkschaftliche Bewegung. Den neuen Anstoß, den auch sie durch die Einigung der Fraktion empfing, machte die seit Jahren andauernde Geschäftskrise wett, und die polizeilichen Verfolgungen schädigten die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur äußerlich, sondern begannen sie auch innerlich zu lähmen durch den Streit um die beste Form der Organisation.

Einen Streit beiläufig, der den Trade Unions, die niemals mit 21 verschiedenen Vereinsgesetzen in 26 verschiedenen Einzelstaaten zu tun gehabt haben, auch immer ferngeblieben ist. Wenn um die Jahreswende von 1877 auf 1878 reichlich 50000 Arbeiter in 1300 Orten gewerkschaftlich organisiert waren, so mochte diese Zahl an und für sich sehr gering sein, und wirklich betrug sie nur $1\frac{1}{2}$ Prozent der Arbeitermasse, die es in den betreffenden Industriezweigen überhaupt gab, aber trotz alledem legte sie ein ehrenvolles Zeugnis für den unermüdeten Eifer des deutschen Proletariats nach gewerkschaftlicher Organisation ab.

Eine Übersicht über die damaligen Gewerkschaften gibt eine sorgfältige Statistik, die Geib veranstaltete und im Januar 1878 veröffentlichte. Er zählte 26 Zentralverbände und 5 Lokalvereine, diese entschieden zu niedrig. 9 Zentralverbände hatten ihren Sitz in Hamburg, wohin die von Lessendorff aufgelösten Gewerkschaften geflüchtet waren. In Hamburg erschien auch das größte und meist gelezene der 15 Gewerkschaftsblätter, der Pionier mit 9350 Abonnenten. Er diente den Böttchern, den Stellmachern, den Tischlern und den Zimmerern zum Organ, daneben auch den Manufaktur- und Handarbeitern beiderlei Geschlechts, von denen, bei einer Gesamtziffer von 400000 Köpfen, freilich nur erst 1250 organisiert waren. Die stärksten Organisationen, die etwa die Hälfte ihrer Berufsgenossen umfaßten und über ziemliche Geldmittel verfügten, waren die Buchdrucker mit 5500 und die Schiffszimmerer mit 3000 Mitgliedern; von 65000 Tabakarbeitern, die etwa je zur Hälfte aus Männern und Frauen bestanden, waren nur 8100 organisiert, aber auch sie waren pekuniär einigermaßen auf einen grünen Zweig gekommen. Die Gold- und Silberarbeiter, die sich zuerst in Pforzheim, dem Hauptsitze deutscher Juwelierarbeit, organisiert hatten und dann nach Schwäbisch-Gmünd übergesiedelt waren, verfügten nach sechsjährigem Bestehen über 18000 Mark in ihrer Invalidentasse. Die Schuhmacher hatten in Gotha ihren Sitz mit 3585, die Metallarbeiter in Braunschweig mit 4000 Mitgliedern; von ihnen waren nun schon die Schlosser und die Schmiede als besondere, vorerst nur schwache Verbände getrennt. Die Maurer und Steinhauer zählten 2500 Köpfe und hatten den Grundstein in Hamburg als Organ. Der monatliche Überschuß sämtlicher Gewerkschaften belief sich etwa auf 8000 Mark, wovon der Löwenanteil mit 3538 Mark auf die Buchdrucker entfiel. An eine Erhöhung der Beiträge war nicht zu denken, solange der Not-

stand währte, um so weniger, als die Gewerkschaften sich beeilten, denn mit dem Hilfskassengesetz gegen sie geführten Schlag zu parieren und sich auf dem engen Gebiete anzusetzeln, das jenes Gesetz der unabhängigen Krankenversicherung der Arbeiter noch gelassen hatte. 16 Gewerkschaften hatten eingeschriebene Hilfskassen. Geib empfahl als nächsten Fortschritt die Zentralisation der sehr zersplitterten Gewerkschaftspresse; über diese und andere Organisationsfragen sollte zu Pfingsten 1878 ein Gewerkschaftskongreß in Magdeburg beraten.

Immer aber bröhnte der „Massenschritt der Arbeiterbataillone“ erst in der politischen Bewegung wieder. „Das sind nicht mehr Bataillone, das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, das sind ganze Armeekorps“, schrieb die Magdeburgische Zeitung voll tragikomischen Entsetzens, als die Berliner Arbeiter am 10. März dem Organisator ihrer Wahlfeier das letzte Geleit gaben. In der Blüte seiner Jahre war August Heinsch der schleichenden Proletarierkrankheit erlegen; sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Berlin seit dem Begräbnis der Toten vom 18. März nicht wieder gesehen hatte. Da die Polizei, großsinnig wie immer, die Entfaltung von Fahnen und selbst das Tragen verhüllter Fahnen verboten hatte, so sammelten sich Tausende und aber Tausende, mit roten Nelken im Knopfloche, vor dem Trauerhause; auf dem weiten Wege zum Friedhofe, mitten durch die Arbeiterquartiere des Ostens, flaggten schwarze Fahnen von den Dächern und aus den Fenstern; Hunderttausende säumten die Straßen und entblöhten still ihre Häupter, sobald der Leichenwagen vorüberfuhr. In ähnlich feierlicher Weise wurde am 28. April Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der Berliner Freien Presse, der, gleichfalls in hohem Grade schwindföchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte.

Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: soviel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sann.

3. Theoretische Unsicherheit. Engels gegen Dühring.

Sedoch die Rüstung der deutschen Sozialdemokratie hatte noch eine große Lücke: ihre Praxis war ihrer Theorie weit vorausgeeilt, und für die schweren Kämpfe der nächsten Zukunft brauchte sie die Theorie ebenso

notwendig wie die Praxis. Sie hatte bisher das Manchesterium bekämpft, das von der halbamtlichen Provinzialkorrespondenz bis zur Volkszeitung tausend Sprachrohre hatte, und nun stand eine Wendung bevor, die sie oft genug an die Seite der konsequenten Manchestermänner führen mußte, gegen noch viel rückständigere Richtungen, die sich gleichwohl mit sozialistischen Schlagworten ausstaffierten. Eine so mächtige Volksbewegung, wie die sozialdemokratische Agitation geworden war, durfte sich nicht mehr auf die Propaganda für die sozialistischen Endziele beschränken, sie mußte in die politischen und sozialen Tagesfragen praktisch eingreifen, ohne jedoch prinzipiell zu verflachen: diese Aufgabe konnte sie nicht mit den Resultaten, sondern nur mit der Methode, nicht mit den letzten Gedanken, sondern nur mit der ganzen Denkweise des wissenschaftlichen Kommunismus lösen, und daran fehlte es noch so gut wie vollständig.

Gewiß war die Partei viel zu weit entwickelt, als daß sie so ohne weiteres von den landläufigen Lockungen des reaktionären „Sozialismus“ hätte geködert werden können. Der Kongreß von 1876 faßte bereits Resolutionen gegen Bismarcks Schutzzöllnerei und Verstaatlichungspläne, und beschloß seinerseits, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ein Arbeiterschutzesetz im Reichstag einbringen sollten. Doch zeigten die Verhandlungen, daß sich der Kongreß über die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes keineswegs klar war. Der Antragsteller Hasselmann wollte das Gesetz nur als ein, zur Eroberung rheinischer Wahlkreise schlechterdings notwendiges Angriffsmittel gegen die Ultramontanen haben, während A. Kapell gar einen prinzipwidrigen Mißgriff darin sah; in dem Sinne, worin die Kongresse der Internationalen Fabrikgesetze befürwortet hatten, sprach in der kurzen Debatte kein einziger Redner. Der Gesetzentwurf, den die sozialdemokratischen Abgeordneten dann 1877 im Reichstage einbrachten, forderte den zehnstündigen Arbeitstag, die Wahl von Gewerkekammern und Gewerbegerichten, Anstellung von Fabrikinspektoren, gesundheitspolizeiliche Überwachung der Arbeitsräume, Befreiung der gewerkschaftlichen Organisation von den reaktionären Vereinsgesetzen. Er wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, gemeinsam mit allerlei zahmen Anträgen zur Fortbildung der Arbeiterschutzesetzgebung, die von der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien gestellt worden waren.

Dank der sozialdemokratischen Agitation standen manche Elemente der Bourgeoisie und auch der Bureaucratie dem gesetzlichen Arbeiterschutze

nicht mehr so ganz verständnislos gegenüber wie beim Erlaß der Gewerbeordnung, gleichviel ob die bessere Einsicht blasser Angst oder einem besseren Gefühle entsprang. Preußen hatte seit 1875, Sachsen schon ein paar Jahre früher mit der Anstellung einzelner Fabrikinspektoren begonnen; im preußischen Handelsministerium war sogar eine Novelle ausgearbeitet worden, die für das ganze Reich die obligatorische Einführung von Fabrikinspektoren anordnen sollte. Sie wurde freilich in der Geburt erstickt durch die Großindustriellen, denen sie zur Begutachtung vorgelegt worden war, und namentlich von Bismarck, dessen Herz wenigstens für eine Freiheit, für die Freiheit der Ausbeutung, mit glühender Inbrunst schlug. Die Gewerbeordnungsnovelle, die dem Reichstage im Frühjahr 1878 zuging, enthielt nichts über die Anstellung von Fabrikinspektoren, sondern nur einige schwächliche Verbesserungsvorschläge zu den unzureichenden Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. Diese nahm der Reichstag an und fügte aus eigenem Antriebe die Einführung von Fabrikinspektoren hinzu, zwar nicht für das Reich, aber so, daß die Landesregierungen Fabrikinspektoren mit allen amtlichen Befugnissen der Ortspolizeibehörden anstellen sollten. Die Regierungen wagten nicht, diesen Beschluß des Reichstags offen abzuwerfen; sie brachen ihm nur heimlich die Spitze ab, indem sie in ihren Dienst-Anweisungen die neuen Beamten verpflichteten, von ihrem Rechte auf die amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden keinen Gebrauch zu machen.

Ähnlich wie mit dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurfe stand es mit den Resolutionen gegen die Schutzzölle und die Eisenbahnverstaatlichung. Der Kongreß von 1876 ließ sich mehr von dem praktischen Instinkt des lebhaft erwachten Klassenbewußtseins auf den richtigen Weg stoßen, als daß er ihn in klarer Erkenntnis der Sachlage betreten hätte. Die Resolution gegen die Eisenbahnverstaatlichung bewegte sich etwas stark in dem kleinbürgerlichen Einerseits — Andererseits: einerseits sollten die Eisenbahnen in den Besitz des Staats übergehen, um dem Privateigentum ein ungerechtfertigtes Monopol zu entreißen, andererseits würde der Besitz der Eisenbahnen dem Reiche ein neues Übergewicht im volksfeindlichen Sinne verleihen; es fehlte der übergreifende Standpunkt, der diesen scheinbaren Widerspruch in eine konsequente Auffassung auflöste. In der Resolution gegen die Schutzzöllerei stritten gar drei verschiedene Gesichtspunkte miteinander. Die rheinischen und namentlich

auch die Berliner Delegierten, wie Fritzsche, Rackow, Haffelmann und Most, neigten dem Schutzzolle zu; so wurde in mühsamer Zangengeburt ein Kompromiß fertig, wonach erstens die Sozialdemokratie dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Streite zwischen Freihandel und Schutzzoll fremd gegenüberstehe, zweitens aber die freihändlerischen Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen seien und eine Änderung erheischten, drittens die Arbeiter davor gewarnt werden müßten, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Demgemäß stimmten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten dreifach geteilt, als gleich darauf die Regierung mit einer sogenannten Ausgleichsabgabe auf Eisen einen schutzzöllnerischen Anfang machte: die einen enthielten sich der Abstimmung, die anderen stimmten dafür und die dritten dagegen.

Die Presse der Partei war sehr in die Breite, aber nicht ebenso in die Tiefe gewachsen. Viele der neuen Blätter standen noch auf schwachen Füßen und mußten mit äußerster Anstrengung ums nackte Dasein ringen. Ihren meist proletarischen Redakteuren fehlte jede Muße, sich in ihren Beruf einzuleben; wo es ihrer Beweisführung an sachlicher Kraft mangelte, halfen sie sich durch einen um so kräftigeren Ausdruck ihrer Überzeugungen darüber hinweg. Auch ein leitendes Organ besaß die Partei nicht. Ein solches Organ innerhalb einer durch und durch demokratischen Arbeiterpartei zu schaffen, ist nicht leicht; es gilt da, immer mit großem Takte zwischen der Schylla eines militärischen Befehlshuchs und der Charybdis eines weitherzigen Briefkastens hindurchzusegeln; dennoch haben der Sozialdemokrat der sechziger und der Sozialdemokrat der achtziger Jahre gezeigt, daß die schwierige Aufgabe glänzend gelöst werden kann. In den siebziger Jahren und namentlich seit der Einigung der Fraktionen ward es der Partei nicht so gut. Dem Vorwärts fehlte nicht die demokratische Praxis, aber wohl die überlegene Theorie; so ließ er noch im Sommer 1878 in einer weitläufigen, sich durch viele Nummern hinziehenden Diskussion die kunterbuntesten Ansichten über die Werttheorie zu Worte kommen, aber er verzichtete darauf, das Fazit der ganzen Auseinandersetzung in einer klärenden Zusammenfassung zu ziehen, was gerade die eigentliche Aufgabe eines Zentralorgans war; nach dieser Diskussion mußte sich die Werttheorie in den Köpfen der Arbeiter noch viel krauser darstellen als vordem.

In den politischen und sozialen Tagesfragen gebrach es dem Vorwärts an genauer Kenntnis der Verhältnisse, an konkreter Schärfe in der Auffassung der deutschen Dinge; alles Unbequeme wurde mit einigen Schlagworten „abgefertigt“, wodurch ein suffisanter und nicht eben erfreulicher Ton in die Partei kam. Dabei verdeckten die Ausflüge des Vorwärts in die auswärtige Politik nicht, was in seiner inneren Politik unzulänglich war; seine türkenfreundliche Haltung in dem russisch-türkischen Kriege war in ihrer Art kaum weniger anfechtbar als die russenfreundliche Haltung der herrschenden Klassen. Nicht viel anders stand es um die Berliner Freie Presse, das einflußreichste Tageblatt der Partei. Hier sprach Most allzuoft über Dinge, die er wirklich auch nicht verstand. Zwar seine Polemik gegen Mommsens Römische Geschichte war keineswegs so abgefächert, wie die bürgerliche Presse behaupten wollte, obschon sie sehr viel zu wünschen übrig ließ, aber der populäre Auszug, den Most aus dem ersten Bande des Kapital anfertigte, wimmelte von den ärgsten Mißverständnissen, und sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage riß die großen, bis dahin in der sozialistischen Literatur stets mit Achtung genannten Utopisten in häßlicher Weise herunter, um dann selbst in der Ausmalung des „Zukunftstaats“ einem sehr oberflächlichen Utopismus zu verfallen.

Allzu tragisch brauchte man diese Schatten großen Lichtes nicht zu nehmen. Es waren keine Symptome greisenhaften Verfalls, sondern im Gegenteil Symptome eines kräftig aufstrebenden Wachstums, einer Periode, die man im Leben des einzelnen Menschen als Flegeljahre zu kennzeichnen pflegt. Immer blieb die sozialistische Literatur siegreich in dem Streite mit ihrer bürgerlichen Gegnerin. Einen drastischen Maßstab dafür boten die beiden Agitationsbroschüren Brackes für die Wahlen von 1877 und ihre liberalen Gegenschriften. Obgleich Bracke nur vom ideologisch-moralischen Standpunkt aus die Ungerechtigkeit und die Unvernünftigkeit des bürgerlichen Eigentums anfocht, so bewältigte er doch spielend sowohl die kindlichen Einwände der Magdeburgischen Zeitung als auch die abstoßenden Boten, mit denen der biedere Unruh seinen dreißigjährigen Verrat an der Arbeiterklasse würdig beschloß. Auf Liebknechts Frage, ob Europa sozialisch werden solle, antwortete H. Levy, ein Beamter, der damals zu den schlagfertigsten Mitarbeitern des Vorwärts gehörte, in einer sehr lesenswerten Schrift mit der Gegenfrage, ob die deutsche Arbeiterpartei türkisch werden solle. Das Gefühl

der drohenden Verflachung war in der Partei sehr lebendig und führte, mittelbar und unmittelbar, zur Gründung zweier wissenschaftlicher Zeitschriften, die seit dem Oktober 1877 erschienen.

Die Neue Gesellschaft, eine Monatschrift, die F. Wiebe in Zürich herausgab, hing nur durch einen Teil ihrer Mitarbeiter mit der deutschen Sozialdemokratie zusammen, dagegen fügte sich die Zukunft, eine Halbmonatschrift, die Karl Höchberg in Berlin herausgab, in den Rahmen der Partei ein. Höchberg, der Sohn eines Frankfurter Lotteriekollektors, war ein opferwilliger Idealist, der die Kosten der Zukunft übernahm, ohne dabei irgendwelche Nebenzwecke zu verfolgen, und wären es nur die Zwecke persönlichen Ehrgeizes gewesen. Der Sozialismus war ihm eine Herzenssache, aber freilich nicht bloß im guten, sondern auch im schlechten Sinne des Wortes. Ein Schüler Albert Langes, aus der Zeit, wo Lange sich mehr an die staatsmännische Einsicht der Bestehenden, als an die revolutionären Instinkte der arbeitenden Klassen gewandt hatte, scheute Höchberg vor den rauhen Seiten des proletarischen Klassenkampfes zurück. Er glaubte, die Sache des Kommunismus zur Sache aller rechtlich und vernünftig denkenden Menschen machen zu können. Seine ideale Gesinnung wurde durch seine idealistische Philosophie irrefeleitet; gleich in den ersten Hefen der Zukunft erklärte er, daß der Sozialismus „seine Forderungen, Ziele und Zwecke nur aus der Idee entnehme“, daß „die einzige schöpferische Quelle des sozialpolitischen Ideals das von den gegebenen Zuständen unabhängige, ja denselben sich entgegenstellende, autonome Bewußtsein mit seinem Begriffe von dem Seinssollenden“ sei, daß die wichtigste Aufgabe der „Sozialistit“ darin bestehe, den „sozialistischen Staat“ auszumalen und seine Durchführbarkeit zu beweisen. Damit war der theoretische Sozialismus so ziemlich ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen; Marx und Engels müssen diese programmatischen Fundgebungen, dreißig Jahre nach dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes, mit eigentümlichen Empfindungen gelesen haben.

Sie hielten gute Disziplin und schwiegen. Wäre der Zukunft ein längeres Leben beschieden gewesen, so würde sie auch wohl bald von ihrem himmelblauen Sozialismus kuriert worden sein. Mancherlei Ansätze dazu finden sich sogar schon in ihrem einzigen Jahrgange, mag er auch bunt und verworren genug aussehen. Zu Höchbergs fleißigsten Mitarbeitern gehörte E. A. Schramm, der in den Kampf gegen das

Manchesterium gut eingearbeitet war, so gut, daß er sich schon einen unleidlichen Unfehlbarkeitskron zugelegt hatte, aber der darin nun auch den Sozialismus beschlossen wähnte und Bismarcks reaktionären Verstaatlichungsplänen, denen es auf eine Handvoll Flüche gegen das verwerfliche Manchesterium durchaus nicht ankam, unsicher genug gegenüberstand. Auch Mühlberger kam mit seinen proudhonistischen Quacksalbereien noch einmal angezogen, und ein allzu beträchtlicher Teil der Zukunft wurde wirklich den Erörterungen über die Einrichtung des „Zukunftsstaats“ gewidmet. Doch erhob sich dagegen auch schon eine Opposition; besonders Bebel machte kurzen Prozeß mit Mühlbergers Verfehrtheiten und mit Schramms Unsicherheiten, während er zugleich in einem Aufsatz über das Reichsgesundheitsamt zeigte, daß er die Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, wirkliche Kulturaufgaben zu lösen, soweit diese Fähigkeit tatsächlich vorhanden war, wohl zu würdigen verstand. Alles in allem freilich vermehrte die Zukunft vorläufig die theoretische Unsicherheit in der Partei, und das galt ebenso, wenn nicht noch in höherem Grade, von der Neuen Gesellschaft, deren Herausgeber nicht einmal das echte und tiefe Gerechtigkeitsgefühl besaß, das Höchbergs vertriegenen Idealismus bis zu einem gewissen Grade ausglich.

Es waren überhaupt nicht alle Höchbergs, die damals aus den besitzenden Klassen zur Sozialdemokratie kamen, um sich in den Strahlen dieser aufsteigenden Sonne zu wärmen. Bekannte Erfinder und Reformer, Impfgegner, Naturheilärzte und ähnliche schrullenhafte Genies suchten in den arbeitenden Klassen, die sich so mächtig regten, die ihnen sonst versagte Anerkennung zu finden. In dem frischen Drange, eine verrotte Welt umzuwälzen, zeigte sich das klassenbewußte Proletariat auch nicht sehr spröde und sah mehr auf den guten Willen der Helfer als auf die Kraft ihrer Leiden. Besonders stark war der Zustrom aus den akademischen Kreisen. Die Überlieferungen des bürgerlichen Radikalismus, die sich seit den Tagen der alten Burschenschaft in studentischen Kreisen erhalten hatten, erloschen in der politischen Verwerfung der Fortschrittspartei; je nach Anlage, Herkunft und sozialem Milieu ergaben sich die Studenten entweder einem geschmacklosen Strebertum, das sich höchstens noch mit antisemitischem Schwadronieren aufspielte, oder aber sie suchten sich mit der Sozialdemokratie anzufreunden.

Der weitaus bedeutendste unter den bürgerlichen Adepten des Sozialismus war der Privatbozent Eugen Dühring, der sich über seine alten

Machenschaften mit Bismarck und Wagener weit hinaus entwickelt hatte. Er las unter großem Zulauf über die verschiedensten Fächer, und zugleich hatte er in mehreren, schnell aufeinander folgenden Werken ein eigenes, philosophisch-sozialistisches System aufgestellt, worin er eine Fülle von Wahrheiten letzter Instanz entdeckt zu haben behauptete. So hohen Ansprüchen entsprechend, behandelte er seine philosophischen und sozialistischen Vorgänger mit wenigen Ausnahmen sehr von oben herab; besonders über Marx und Lassalle ergoß sich sein Zorn in vollen Schalen. Trotzdem waren es nicht die schlechtesten Elemente der Sozialdemokratie, auf die Dühring durch Schrift und Wort einen ziemlichen Einfluß gewann; es gehörte immerhin mehr dazu, ihn zu verstehen, als ihn einfach wieder zu verdonnern, wie er seinerseits Marx und Lassalle verdonnert hatte. Ohne Zweifel besaß Dühring große Fähigkeiten. Anders als die Kathedersozialisten verwarf er jeden Sozialismus, der das Lohnsystem nicht völlig beseitigte, er befürwortete die Fabrikgesetzgebung und namentlich die Gewerkschaftsorganisation, aber nur als Mittel zum Zwecke, und er vertrat einen politischen Radikalismus, der in Byron und Shelley, in Marat und Babeuf und den Männern der Kommune seine Ideale sah. Gerade die geistig regen Elemente der Sozialdemokratie, denen Lassalles Agitationschriften nicht mehr genügten und das Kapital von Marx in allen seinen historischen Zusammenhängen noch nicht erschlossen war, mußten durch Dührings Lehre stark angezogen werden.

Auch war das Leben des Mannes nicht ohne Größe. Ein preußisches Beamtenkind, früh verwaisst, in Waisenhäusern und Alumnaten erzogen, kurz nach seinem Eintritt in den Justizdienst völlig erblindet, hatte er sich aus so bedrängenden und beengenden Verhältnissen heraus zu einer freien Weltanschauung emporgerungen und hielt im schwersten Kampfe mit des Lebens Notdurft daran fest. Freilich kannte er praktisch nur altpreußische Zustände; er mußte deshalb mit aller Energie und Kühnheit seiner Denkarbeit in luftigen Regionen bleiben, ohne doch den peiniglichen Erdenrest des zurückgebliebenen Weltwinkels los zu werden, den er einmal wirklich mit eigenen Augen gesehen hatte. Dühring verneinte den spezifisch preußischen Sozialismus, aber er überwand ihn nicht, wenn er in der politischen Gewalt den Ursprung aller Knechtschaft sah. Ohne die moderne bürgerliche Gesellschaft zu kennen, knüpfte er an die Aufklärungsliteratur des revolutionären Bürgertums an, wie

einst die großen Utopisten, aber so kam er auch in die Utopie hinein, in die dürftige Nüchternheit seiner Zukunftskommune, durch deren Zeichnung er nun gar noch über Marx hinausgekommen zu sein glaubte. Er sprach verächtlich von den bloßen „Futterzwecken“ der ökonomischen Klassenkämpfe, und dabei spielten die armseligen Futtertröge preussischer Unversitätsprofessuren die gewaltigste Rolle in seinem Denken und Kämpfen. Dasselbe Mißverhältnis zwischen kleinlichsten Ausgangspunkten und utopistisch verschwommenen Zielen trat in anderer Weise hervor, wenn Dühring in seinem Krakeel mit dem offiziellen Unversitätsflügel zu einem unheimlichen Größenwahn kam, so daß er schließlich in allen möglichen Wissenschaften bahnbrechend auftreten wollte, ohne auch nur in einer bis auf den Grund zu bringen.

Unter solchen Umständen stand es bedenklich genug um den wachsenden Einfluß, den Dühring auf die revolutionäre Arbeiterbewegung gewann. Gerade das, was sie am meisten brauchte; die dialektisch-historische Methode der Auffassung, konnte sie am wenigsten von einem Manne lernen, der in seinem System, wie es denn nun war, für absehbare Zeit die wissenschaftliche Entwicklung abgeschlossen haben wollte. Die Sozialdemokratie war freilich viel zu groß geworden, als daß Dühring sie zum Fußschemel seines Größenwahns hätte machen können, aber wohl konnte er in der eben erst geeinigten Partei von neuem eine verhängnisvolle Verwirrung hervorrufen. Dieser Gefahr trat Engels entgegen in einer Reihe von Aufsätzen, die seit dem Anfang des Jahres 1877 im Vorwärts erschienen. Sie beleuchteten das System Dührings von den verschiedensten Seiten und erprobten in seiner kritischen Auflösung die historisch-materialistische Dialektik in Geschichte und Natur an einer Reihe großer Probleme.

Was Dühring gegen Marx und Lassalle vorgebracht hatte, war wenig mehr als eine Sammlung von Schimpfereien gewesen, verbrämt mit einigen Mißverständnissen, deren guter Glaube gerechten Zweifeln unterlag. So war Engels jeder schonenden Rücksicht auf Dühring überhoben, die ohnehin, wie Engels nicht mit Unrecht sagte, für einen Mann von solchen Ansprüchen die töblichste Beleidigung gewesen sein würde. Dühring war für Engels „eine der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles übertönt mit ihrem dröhnenden höheren Blech“. Engels verhehlte nicht, daß der deutsche Sozialismus

neuerdings auch erklecklich in höherem Blech mache; aus mehr als einer Stelle seiner Aufsätze geht hervor, daß er und Marx sich nicht mehr in den irrigen Voraussetzungen befanden, aus denen heraus Marx seinen Programmbrief geschrieben hatte. Sie haben schlimmere Angriffe, als Dührings Ausfälle schließlich waren, mit gelassenem Schweigen beantwortet; wenn Engels diesmal eingriff, so handelte es sich für ihn um ganz andere Dinge als um Dührings Person, die ohnehin sehr bald aus dem Handel schieb.

Noch während die Aufsätze von Engels im Vorwärts erschienen, gelang es dem offiziellen Universitätsklüngel, dem Dühring um seiner guten Seiten willen längst ein Dorn im Auge war, den verhassten Gegner durch ein Kezergericht lahmzulegen. Auf die fadenscheinigsten Gründe hin wurde Dühring vom Katheder vertrieben. Seine sozialdemokratischen Anhänger traten tapfer für ihn ein und entfachten eine lebhafte Studentenbewegung, die letzte in Deutschland, die einen idealen Schwung zu entfalten wußte. Dühring selbst machte sich aber unmöglich, indem er sich nunmehr offen als Sektenstifter auftrat und die unerschütterliche Autorität eines Sektenhüptlings beanspruchte. Damit war sein Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung für immer abgetan.

Dagegen ist die Polemik, die Engels gegen ihn führte, heute noch lebendig und wirksam. Sie hat in ihrer meisterhaften Form das Verständnis des wissenschaftlichen Kommunismus dem deutschen und dann auch dem internationalen Proletariat erschlossen; eine umfangreiche Literatur ist von ihr ausgegangen und fußt auf ihr. So überaus wertvoll ihre positiven Resultate waren, deren überzeugender Beweiskraft sich zum großen Teile selbst die bürgerliche Gelehrsamkeit bei aller sonstigen Verstocktheit nicht hat entziehen können, so lag ihre epochemachende Bedeutung doch darin, daß sie durch Lehre und Vorbild dem dialektischen Denken zu seinem Rechte verhalf. Engels gab mit dieser Streifschrift der deutschen Sozialdemokratie genau das, was sie in jenem Augenblicke wie das liebe Brot brauchte; er gab einen Anstoß, der in seiner Art nicht minder bedeutungs- und wirkungsvoll werden sollte, als der Anstoß, den ein halbes Menschenalter früher Lassalles Offenes Antwortschreiben gegeben hatte.

Wie notwendig die Schrift war, zeigte vielleicht am schlagendsten ihre etwas unwirliche Aufnahme durch die Partei. Most und andere hatten nicht übel Lust, ihr den Vorwärts zu verschließen und über

Engels ein ähnliches Kezengericht zu halten, wie der offizielle Universitätsklub über Dühring gehalten hatte. Glücklicherweise ließ sich der Kongreß von 1877 nicht darauf ein. Er beschloß nur aus agitatorisch-praktischen Gründen, die Veröffentlichung dieser rein wissenschaftlichen Polemik nicht im Hauptblatte, sondern in einer wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans fortzuführen. Böse Worte fielen freilich genug. Meißner wollte den Vorwärts damit entschuldigen, daß die Redaktion nicht genügende Kräfte gehabt habe, um die Arbeit von Engels gehörig zu prüfen, und Wahlteich meinte in jener überhebenden Weise, die schon Lassalles Verdruß gewesen war, daß der Ton, den Engels anschlage, zu einer Geschmacksverirrung führen müsse und die geistige Speise des Vorwärts ungenießbar mache.

Im Sommer 1878 erschien die vollendete Streitschrift als besonderes Buch. Just da eine dunkle Gewitterwand den politischen Horizont verfinsterte, flammte das ruhig strahlende Licht dieses Leuchtfeuers auf.

Sechstes Kapitel.

Das Sozialistengesetz.

Inzwischen hatte Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne mit zäher Hartnäckigkeit verfolgt. Bei den Wahlen von 1877 konnte er auch schon einen ersten Erfolg verzeichnen. Die Nationalliberalen verloren etwa 20 Mandate, die der konservativen Fraktion zufielen; die freihändlerische Richtung war etwas geschwächt und die schutzöllnerische Richtung etwas gestärkt worden. Gleichwohl ließ sich noch keine schutzöllnerische Mehrheit im Reichstage herstellen, Konservative und Ultramontane zusammen bildeten immer erst eine Minderheit, und Bismarck mußte, was ohnehin für ihn am bequemsten war, mit dem Bemühen fortfahren, die Nationalliberalen kirre zu machen.

Es erübrigt, alle die Versuche aufzuzählen, die er zu diesem Behufe auslaufen ließ: drohende Abschiedsgesuche, schmollendes Zurückziehen auf seine Güter und was dergleichen mehr war. Die entscheidenden Verhandlungen zwischen ihm und Bennigsen fanden zu Weihnachten 1877 in Barzin statt, und sie scheiterten. Bennigsen war damals noch nicht so weit, wie heute seine Nachfolger sind; was Bismarck bot, war ihm zu wenig, und was Bismarck verlangte, war ihm zu viel. Die Nationalliberalen sollten einen oder ein paar Statisten ins Ministerium stellen dürfen, aber dafür das Tabaksmonopol und einen Haufen Finanzgölle bewilligen, ohne „konstitutionelle Bürgschaften“, ohne Sicherung des dadurch arg geschmälernten parlamentarischen Budgetrechts; sie sollten einen scheinbaren Anteil an der politischen Macht erhalten, den wirklichen Anteil daran aber, soweit sie ihn noch besaßen, zu gutem Teile preisgeben. Das war ihnen doch eine allzu bittere Zumutung, und zwar um so mehr, als Bismarcks wachsende Intimität mit dem ostelbischen Junkertum sie längst um ihre Gottähnlichkeit bange gemacht hatte.

In der Session des Reichstags, die im Februar 1878 begann, verschärfte sich die Gegensätze noch bedeutend. Bismarck forderte unverhohlen das Tabaksmonopol; Camphausen, der sich allzu krampfhaft an

sein Ministerportefeuille geklammert hatte, mußte über die Klinge springen; feudale Nullen, wie der Graf Stolberg-Wernigerode, oder farblose Bureaukraten, wie Hobrecht, setzten sich auf die Ministerstühle, die Bennigsen verschmäht hatte. Um die Osterzeit führte die offiziöse Presse eine Sprache, die keinen Zweifel darüber ließ, daß Bismarck, der sich schulkrank oder wirklich krank nach Friedrichsruh zurückgezogen hatte, nur nach einem Anlaß spähe, um den Reichstag aufzulösen und durch irgend ein „Plebizit“ sich ein Parlament zu schaffen, das ihm ein paar hundert Millionen neuer Steuern entgegenbrächte und dabei todesmüdtg seine eigenen Rechte verstümmelte.

Für Bismarcks alten und noch immer ungestillten Sozialistenhaß lag es nahe, an das rote Gespenst als einen vortrefflichen Treiber für seine Treibjagd auf die Taschen des Volkes zu denken. Hätte er aber in dieser Beziehung noch eines Anstoßes bedurft, so lieferte ihn die Fortschrittspartei, die in dieser Zeit die Spitze der bürgerlichen Sozialistenhege übernahm. Ihre älteren und immerhin geschetteren Führer waren gestorben, und ihr Heft hatte jetzt der brave Eugen Richter in der Hand. Es mochte bei einigem Wohlwollen als krankhafte, aber unschädliche Ausschreitung passieren, wenn dieser hervorragende Denker die Sozialdemokratie als „Nachgeburt des Polizeistaats“ verfluchte, oder wenn er meinte, niemand brauche das Kapital von Marx zu lesen, worin nichts bewiesen sei, als daß die kapitalistische Produktionsweise ihre Schattenseiten habe, solange die Menschen noch keine Engel seien. Allein Eugen Richter erklärte auch im Namen seiner Partei den Kampf mit den reaktionären Parteien wörtlich für eine Neben-, den Kampf mit der Sozialdemokratie aber für die Hauptsache und gab die Parole aus: Lieber Lucius, als Kapell! Die Volkszeitung hatte nämlich, nicht etwa tatsächlich gefordert, sondern nur hypothetisch gemeint, daß wenn es bei einer Nachwahl in Erfurt zur Stichwahl zwischen dem Bismarcker Lucius und dem Sozialdemokraten Kapell käme, die fortschrittlichen Stimmen für Kapell und gegen Lucius abgegeben werden müßten, worauf nicht nur alle anderen fortschrittlichen Blätter über das Schreckenskind herfielen, sondern auch das fortschrittliche Zentralwahlkomitee feierlich die Bühne beschritt, um zu erklären, die Hypothese der Volkszeitung widerspräche allen heiligen Überlieferungen der Partei. Diese Überlieferungen dörrten der bürgerlichen Opposition das letzte Blut in den Adern und das letzte Mark in den Knochen.

1. Die christlich-soziale Agitation.

So durfte die christlich-soziale Agitation, die um diese Zeit mit beträchtlichem Gepolter auf die öffentliche Bühne sprang, ihr den Rang abzulaufen versuchen, obgleich sie ziemlich ebenso verwünscht geschelt war wie die fortschrittliche Politik.

Der christliche Sozialismus des neunzehnten Jahrhunderts hat zwei historische Wurzeln. Entweder ist er die Begleiterscheinung des naturwüchsigem Arbeiterkommunismus, der seiner theoretischen Form nach an das ihm vertraute Gedankenmaterial anknüpft, ganz ähnlich wie die großen Utopisten an das ihnen vertraute Gedankenmaterial der Aufklärung angeknüpft haben. In den ersten Anfängen seines Emanzipationskampfes erinnert sich das moderne Proletariat gern des Urchristentums, und die historisch bedeutsamsten Formen des urwüchsigem Arbeiterkommunismus, die mit den Namen Cabet und Weitling verbunden sind, hatten beide die religiöse Färbung. Nur verwittert diese Tünche regelmäßig sehr schnell; je klarer sich die Massen über den proletarischen Inhalt ihrer Bewegung werden, um so rücksichtsloser zerbrechen sie ihre patriarchalische Form.

Oder der christliche Sozialismus entspringt in den besitzenden Klassen und ist eine Begleiterscheinung des feudalen Sozialismus. Deshalb braucht er nicht von vornherein bewußter Humbug zu sein. Religiöse Ideologen mögen in aller Ehrlichkeit glauben, auf religiösem Wege den Armen und Enterbten helfen zu können. In jedem Falle aber ist dieser Form des christlichen Sozialismus auch nur ein kurzer Kreislauf des Lebens beschieden; bei ihr zerbricht der reaktionäre Inhalt sehr bald die proletarische Form. Sie kämpft unter Umständen sehr heftig gegen die kapitalistische Ausbeutung, aber sobald sie der feudalistischen Ausbeutung auf die Beinen tritt, oder das Ausbeutungsverhältnis an und für sich ansieht, muß sie so oder so kapitulieren, bleibt ihren Bekennern nur die Wahl, in die Wüste zu fliehen oder zu Kreuze zu kriechen.

Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom christlichen Sozialismus weder in dieser noch in jener Form lange behelligt worden ist. Die klassische Philosophie, die von den Handwerksburschen und vorgefahrenen Arbeitern so lebhaft begrüßt worden war, hatte ihre Köpfe früh von allem überweltlichen Spuk gesäubert. Bei Weitling trat das religiöse Moment sogar schon in direkt

rückständiger Form auf, und die vormärzliche Reaktion machte mit ihrem sozialistischem Pietismus nicht die geringsten Eroberungen unter der Arbeiterklasse. Als die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre wieder anhub, verhielt sie sich vollkommen gleichgültig gegen alle religiösen Fragen. Nur die Eisenacher traten zeitweise als theoretische Anhänger des Atheismus auf; Bebel bekannte sich einmal im Reichstage zum Atheismus auf religiösem, wie zum Republikanismus auf politischem und zum Kommunismus auf wirtschaftlichem Gebiete, und der Mainzer Kongreß lehnte 1872 zwar einen Münchener Antrag ab, den Parteimitgliedern den Austritt aus der Landeskirche zur Pflicht zu machen, empfahl ihnen aber den formellen Austritt aus den kirchlichen Genossenschaften, nachdem sie durch die Annahme des Parteiprogramms tatsächlich mit jedem religiösen Bekenntnis gebrochen hätten.

Jedoch gerade ihre eingehendere Beschäftigung mit religiös-philosophischen Problemen belehrte die Eisenacher darüber, wie gänzlich schon die religiösen von den ökonomischen Fragen verschlungen worden waren. Das Buch von David Strauß über den alten und neuen Glauben predigte in seiner ersten Hälfte den entschlossensten Atheismus, in seiner zweiten Hälfte aber den reaktionärsten Reichspatriotismus. Bruno Bauer veröffentlichte seine epochemachenden Untersuchungen über die Entstehung des Christentums in der Hauptzeitschrift des Manchesterturns, gründete mit Faucher zusammen die Post, das Organ Stroussbergs, und schrieb zugleich für die Berliner Revue Rudolf Meyers die politischen Übersichten. Der Modephilosoph v. Hartmann orakelte über die „Selbsterziehung des Christentums“ und gehörte dabei zu den gehässigsten Sozialistenhegern. Eben dazu gehörten fast alle deutschen Darwinisten. Genug, die Tatsache, daß sich die ökonomischen Klassenkämpfe nicht mehr in religiöser Verkleidung durchsetzten, trat mit jedem Tage unzweideutiger hervor; sie war eine leicht erklärliche Folge der großen Industrie, die ohne eine weitreichende Herrschaft über die Natur und also auch ohne eine tiefgreifende Zerstörung aller übernatürlichen Vorstellungen nicht möglich ist.

In dem Gothaer Programm fand diese Erkenntnis einen noch halb unbewußten, aber gerade deshalb sehr drastischen Ausdruck. In dem ursprünglichen Entwurfe war „Gewissensfreiheit“ gefordert, dann aber in der endgültigen Fassung dies Wort durch „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ersetzt worden, zunächst aus dem rein äußerlichen

Grunde einer schärferen Präzisierung des Begriffs, die sehr notwendig erschien zu einer Zeit, wo die preußische Regierung sich als Vorkämpferin der „Gewissensfreiheit“ gegen die römische Kurie aufzuspielen liebte. Jedoch die „Erklärung der Religion zur Privatsache“ erhielt praktisch sofort den übertragenen Sinn, daß die Religion auch für den proletarischen Klassenkampf eine Privatsache sei. Soweit die Religion als Machtmittel der herrschenden Klassen dient, war ihre Bekämpfung in anderen Punkten des Programms enthalten, so darin, daß alle Geseze abgeschafft werden sollten, die das freie Denken und Forschen verböten, und daß die Schule vom Staate verwaltet werden sollte. Aber gegen die Religion als solche zu kämpfen, entfiel mehr und mehr jeder Anlaß, da jeder Tag zeigte, sowohl daß zum Kampfe gegen den letzten preußischen Gendarmen größere Courage gehörte, als zum Kampfe gegen den lieben Gott, den die verschrumpftesten Philister in aller Gemütsruhe führten, als auch daß alle noch vorhandene religiöse Vernebelung das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins durchaus nicht hindere.

Allerdings hatte der Kulturkampf der Arbeiterbewegung manche Steine in den Weg geworfen, indem er die katholischen Arbeiter wieder fester an die verfolgten Priester ihrer Kirche knüpfte. Aber wenn dadurch bewiesen wurde, daß die Bekämpfung rein kirchlicher Anschauungen eine unfruchtbare und zweischneidige Waffe sei, so zeigte sich auch seit der Mitte des Jahrzehnts, daß die Entwicklung der großen Industrie und die von ihr unzertrennliche Verschärfung des kapitalistisch-proletarischen Klassengegensatzes gründlicher, als alle Beredsamkeit, mit der religiösen Ideologie aufräume. Wo katholische Unternehmer und katholische Arbeiter sich unvermittelt gegenüberstanden, wo sich also die Ablenkung der proletarischen Rebellion auf die „liberalen“ und „protestantischen“ Kapitalisten von selbst verbot, da enthüllte sich der demagogische Charakter des katholischen Sozialismus, und die ultramontane Bourgeoisie erwies sich um kein Haar besser als die liberale Bourgeoisie. Eine klassische Stätte dieser Metamorphose war die große rheinische Fabrikstadt Aachen. Hier, wo es „liberale Kapitalisten“ nur in geringer Anzahl gab, verschärfte sich von Jahr zu Jahr der Kampf zwischen den katholischen Ausbeutern und den katholischen Ausgebeuteten, während die katholische Kirche zeigte, daß sie, sobald es zum Klappen kam, auf seiten der herrschenden Klassen zu finden war. Der Widerstand, den die Kapläne Cronenberg, Laaf, Vöginger versuchten, wurde von ihren

kirchlichen Oberen nicht minder als von profitungsrigen Fabrikanten niedergeworfen. Die einen, wie Laaf und Vizinger, mußten zu Kreuze kriechen, die anderen, wie Cronenberg, wurden in die Wüste gestoßen. Über sie hinweg aber hielt der revolutionäre Sozialismus seinen Einzug in die alte Kaiserstadt.

Die evangelische Geistlichkeit war in ihrer gänzlichen Abhängigkeit vom Staate von vornherein auf eine viel bescheidenere Rolle gegenüber der Arbeiterbewegung angewiesen als die katholische. Der sogenannte „Muckerkongreß“, der 1871 in Berlin tagte, hatte sich von Adolf Wagner mit einem verlegenen Giertanzen über die soziale Frage erlustieren lassen, ohne daß sonst etwas dabei herausgekommen wäre, und auch die Bemühungen Rudolf Meyers, der, in diesem Punkte viel unklarer als sein Lehrer Robbertus, die evangelischen Geistlichen für die agrarsozialistischen Ziele mobil machen wollte, hatten keinen besonderen Erfolg. Den etwa willigen Geistlichen wurde von obenher „abgewunken“, wie einer von ihnen zu Rudolf Meyer sagte. Bismarck war ein viel zu praktischer Geschäftsmann, um auf eine religiöse Vergleischung der Ausbeutungsmethoden besonderen Wert zu legen; auch wollte er kein „evangelisches Zentrum“ haben, das möglicherweise seinem Hausmeiertum in die Quere kommen konnte. Den Bemühungen Rudolf Meyers und Wagener's, ihn für eine ernste Fabrikgesetzgebung zu gewinnen, hatte er sich längst verschlossen; als dann Rudolf Meyer in einer fulminanten, von bitteren Wahrheiten überfließenden Streitschrift einen wuchtigen Vorstoß gegen das System der kapitalistischen Korruption unternahm, von dem Bismarck nicht lassen wollte, wurde das Buch sofort beschlagnahmt und sein Verfasser wegen Bismarckbeleidigung vor Gericht gestellt. Rudolf Meyer zog das Exil der harten Gefängnisstrafe vor, die ihm von einem willigen Gericht aufgehalst wurde.

Jedoch hatte er einige evangelische Geistliche für sich gewonnen, in erster Reihe den märkischen Landpfarrer Rudolf Todt, der im Jahre 1877 mit einer umfangreichen Schrift über den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft hervortrat. Todt war ein durchaus ehrlicher Mann, dazu ein gescheiter Kopf und ein fleißiger Arbeiter, wie auch sein Buch eine sehr respektable Leistung war, namentlich wenn man erwog, daß es aus einer weltentlegenen Landpfarre kam. Es bekundete ein weitreichendes Verständnis der sozialdemokratischen Weltanschauung und zeichnete sich dadurch sehr vorteilhaft vor den kleinlichen

kniffen aus, womit sich die liberalen Federhelden um die entscheidenden Gesichtspunkte herumzureden versuchten. Todt erklärte vom christlichen Standpunkt aus die wirtschaftlichen und bis zu einem gewissen Grade auch die politischen Ziele der Sozialdemokratie für unanfechtbar; unbedingt verwarf er nur ihren Atheismus. Darauf ließ sich nun freilich keine politisch-soziale Agitation gegen die Sozialdemokratie aufbauen, aber Todt wollte auch kein politisch-sozialer Agitator sein. An der Hand seines Buches gründete er vielmehr den Zentralverein für Sozialreform und als dessen Organ den Staatssozialisten, eine Wochenschrift, die sich hauptsächlich mit theoretischen Erörterungen befaßte.

Anderß der Hofprediger Stöcker, der ebenfalls von Rudolf Meyer angeregt worden war, aber des trockenen Tones sehr bald satt wurde. Stöcker besaß nicht Todts Gründlichkeit und Wahrheitsdrang, aber dafür hatte er alles Zeug zu einem erfolgreichen Demagogen: derben Mutterwitz, eine feste Schlagfertigkeit in Gedanke und Rede, eine unverwundliche Laune, die er sich durch die ärgsten Bebrängnisse nicht trüben ließ. Obgleich er über jenen glücklichen Leichtsinns im Behaupten und Widerrufen von Tatsachen verfügte, der zum rechten Demagogen gehört, war Stöcker keineswegs das Schensal von Verlogenheit, das die liberale Presse in piffiger Berechnung aus ihm machen wollte; verglichen mit einem Eugen Richter, konnte er immer noch als Muster von Wahrheitsliebe gelten. Es war selbst nicht so ganz uneben, wenn ihn seine Verehrer den „zweiten Luther“ nannten; nur daß ihm fehlte, was aus Luther trotz alledem eine große historische Gestalt gemacht hat; die revolutionäre Periode im Lebenslauf.

Die christlich-soziale Agitation, die Stöcker im Januar 1878 eröffnete, war auf die Interessen der herrschenden Klassen zugeschnitten, und nur auf sie. Zu Bismarcks Schützlingen hat Stöcker freilich niemals gehört, und gleich sein erstes sozialpolitisches Auftreten hatte eine merkbare Spitze gegen Bismarck; er begann seinen Feldzug gegen die Sozialdemokratie als ein angebliches Kind des Liberalismus zur selben Zeit, wo Bismarck mit Bennigsen über nationalliberale Ministerkandidaturen verhandelte. Stöcker wollte auf die Herrschaft der Orthodogie in der Kirche hinaus, die mit der Herrschaft des absoluten König- und des feudalen Junkertums im Staate eng zusammenhing; diesen Mächten die Arbeiterklasse dienstbar zu machen, war das Ziel seiner christlich-sozialen Agitation. Jede tiefere Auffassung ökonomischer Klassenkämpfe lag ihm

fern; sein Arbeiterprogramm hatte er sich aus agrarsozialistischen und aus sozialdemokratischen, aus katholisch-sozialen und aus zünftlerischen Quellen zusammengetragen; es kam ihm gar nicht darauf an, den gesetzlichen Arbeiterschutz und die massenplündernde Schutzöllnerlei für eine und dieselbe herrliche Sache zu erklären. Todt hielt sich diesem Treiben fern, und Rudolf Meyer machte sich noch viel offener über solch eine „Mißgeburt“ von christlichem Sozialismus lustig.

Die Mittel, die Stöcker anwandte, um namentlich auf den achtzigjährigen Kaiser zu wirken, waren durchaus seines erhabenen Zweckes würdig. Er warb einige faule Früchte an, die sich die Sozialdemokratie abgeschüttelt hatte, und berief mit ihrer Hilfe zum 3. Januar 1878 eine Volksversammlung in den Eisbrenner, auf deren Tagesordnung die Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei stand. Wie er gehofft und gewünscht hatte, fanden sich ein paar tausend sozialdemokratische Arbeiter ein, um sich das Ding einmal anzusehen, und es kam zu einem lebhaften Wortgefecht zwischen Most und Stöcker, das sich dann noch in mehreren anderen Volksversammlungen fortsetzte. Es war ein von Stöcker nicht ungeschickt ausgenützter Glückszufall, daß er auf Most stieß, dessen unbesonnener Eifer an solchen oratorisch-spektakelhaften Wettkämpfen großes Gefallen fand, und sich selbst dazu hinreißen ließ, in einer jener Volksversammlungen, und zwar im Widerspruch mit der allgemeinen Parteitaktik, eine Agitation für Massenaustritt aus der Landeskirche einzuleiten. Sie verlief ziemlich im Sande, nicht aus Anhänglichkeit der Arbeiter an die Kirche, sondern aus dem entgegengesetzten Grunde, weil den Arbeitern die Kirche viel zu gleichgültig geworden war, als daß ihnen der formelle Austritt noch die mancherlei Scherereien gelohnt hätte, die damit verbunden waren. Stöcker aber war nicht träge, diesen scheinbaren Mißerfolg eines sozialdemokratischen Vorstoßes für sich auszubenten, und wußte auch sonst gehörig die Trommel zu rühren. Obgleich Rudolf Meyer manches Mal vor Berliner Arbeitern gesprochen hatte und keinem konservativen Redner in sozialdemokratischen Volksversammlungen Schlimmeres drohte, als etwa ausgelacht zu werden, so spielte Stöcker den Ritter ohne Furcht und Tadel, der zum erstenmal in die Höhle des Löwen zu bringen wage, und blähte Mosts banales Zitat: Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen, in öffentlichen Sendschreiben als angebliche Aufforderung zum Meuchelmorde auf. Der alters- und geisteschwache

Kaiser war von diesem „Lanzenbrecher“ denn auch sehr erbaut und half als oberster Bischof der protestantischen Landeskirche den orthodoxen Eiferern wieder auf die im Kulturkampf etwas lahm gewordenen Beine.

Das Klassenbewußte Proletariat fiel aber natürlich auf Stöckers christlich-soziale Agitation nicht hinein. Die sozialdemokratische Parteileitung nahm vielmehr Most an den Zügel und hinderte die Fortsetzung der Redewettkämpfe, die dem Treiben Stöckers eine tatsächlich gar nicht vorhandene Bedeutung zu geben schienen. Als die Arbeiter sich nicht mehr darum kümmerten, klappte die christlich-soziale Blase sofort zusammen. Stöcker blieb nur noch der Magnet für allerlei Lumpenproletariat, das bei ihm nach den gefüllten Fleischtöpfen schnupperte, die es bei der Sozialdemokratie nicht gab, und in dieser schwefeligen Gesellschaft schwelte denn auch der Schwefelsäuren auf, nach dem Bismarck auslugte, um seine Minen zu entzünden.

2. Die Attentate und der weisse Schrecken.

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolvergeschüsse ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kalesche vorüberfuhr. Die Behauptung des gänzlich verkommenen, wenn auch durchaus nicht lebensmüden Menschen, daß er sich selbst habe erschießen wollen, um dadurch die Aufmerksamkeit des Kaisers auf das Elend der Massen zu lenken, war sicherlich unwahr, allein mit der Glaubwürdigkeit der Behauptung, daß er den Kaiser habe treffen und töten wollen, stand es um nichts besser. Hödels Revolver gehörte zu jenen Mordwerkzeugen, die um die Ecke schießen; er hatte einen schiefen Lauf und schloß nach dem Zeugnis eines als Sachverständigen vereidigten Hofbüchsenmachers, auf neun Schritte einen Fuß zu hoch und ebensoviel nach links.

Hödel selbst war nichts weniger als ein politischer Fanatiker. Bei seinen zwanzig Jahren schon ein menschliches Wrack, trug er die Striemen und Wunden an sich, womit die bürgerliche Gesellschaft die Unglücklichen zu strafen pflegt, die sich ungeladen zu ihren Gastmahlen einfinden. Unehelich geboren, mit vererbter Syphilis behaftet, im Kindesalter schon als Taschendieb gepeitscht und als Vagabund in eine Korrekionsanstalt gesteckt, dann bei einem Klempnermeister als wehrloses Ausbeutungsobjekt untergebracht, war er all sein Lebtag herumgeknuft und herum-

gepufft worden. Krank an Geist und Körper, besaß er nicht die Kraft einer revolutionären Entwicklung und kämpfte als Gauner und Tagedieb gegen die feindlichen Gewalten, die ihn auf ein halb tierisches Dasein herunterdrückten. Er war nicht mehr zu retten, als er sich in Leipzig, wo seine Mutter als Wäscherin und sein Stiefvater als Flickschuster lebten, der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen versuchte. Seine lumpenproletarischen Gewohnheiten machten ihn in dem klassenbewußten Proletariat sehr bald unmöglich, und nachdem ihn die Leipziger Parteigenossen schon im März abgeschüttelt hatten, war er am 9. Mai durch ausdrücklichen Beschluß des Hamburger Zentralwahlkomitees aus der sozialdemokratischen Partei gestoßen worden. Zwischenein hatte Hödel den „Anarchisten vom reinsten Wasser“ gespielt und sich mit dem Schriftsetzer Werner eingelassen, einem der zwei oder drei Anhänger Bakunins, die es in Deutschland gab, dann hatte er sich dem nationalliberalen Lokalhäuptling Sparig in Leipzig offenbart, der ihn für sogenannte „Enthüllungen“ aus der sozialdemokratischen Partei bar entlohnte, und endlich hatte ihn Stöckers schmetternde Reklametrompete nach Berlin gelockt, wo Hödel übrigens auch noch einmal mit den Sozialdemokraten anzubändigen versuchte, aber nur, um von ihnen abermals unzweideutig die Tür gewiesen zu bekommen.

So hatte Hödel bei der Sozialdemokratie wiederholt einen ungestaltlichen Empfang gefunden, während der anarchistische Wirrkopf, der national-liberale Prozentpatriot und der christlich-soziale Hofprediger ihn mit offenen Armen aufgenommen hatten. Immerhin wäre es unbillig, den verlotterten Burschen irgend einer politischen Richtung aufzuhängen, wie verkehrt sie sonst sein möchte. Hödels Herandrängen an politische Parteien hatte für ihn nur den Zweck, sich ein möglichst bequemes Dasein zu sichern, und eben hierauf zielte seine Revolverchießerei unter den Linden ab. Sie war ein grober Unfug, durch den Hödel sich interessant machen wollte, in der Hoffnung, daß dabei mancherlei für ihn abfallen werde; als er verhaftet wurde, hatte er keinen Pfennig mehr in der Tasche. Die Posse ist dem armen Tropfe schlecht bekommen, aber bis an die Stufen des Blutgerüstes, die er mit leidlichem Mute betrat, hat er geleugnet, auf den Kaiser geschossen zu haben, und das hätte, wenn es nicht wahr gewesen wäre, um so geringeren Sinn gehabt, als Hödel herostratische Göttelei genug besaß, sich kokettierend auf den „Attentäter Seiner Majestät“ hinauszuspielen

Selbst aber wenn man annehmen wollte, daß Hödel dem Kaiser nach dem Leben getrachtet habe, so war dies Attentat ein mit idiotischen Mitteln gemachter Mordversuch eines Idioten, der nicht aufs Schafott oder auch nur ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehörte. Alle mündlichen und schriftlichen Kundgebungen Hödels zeigen handgreiflich, daß er juristisch und moralisch gleich unzurechnungsfähig war, und diese Tatsache wäre auch medizinisch über jeden Zweifel hinaus festgestellt worden, wenn die Regierung den Wunsch Virchows, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen, nicht rundweg abgeschlagen hätte. Die Verhandlung, die gegen Hödel vor dem Staatsgerichtshofe geführt wurde, bewies in allen ihren Teilen nichts, als daß die Regierung ihn schlechterdings als ernsthaften Hochverräter behandelt wissen wollte, von der krampfhaft tendenziösen Anlagenschrift an bis zur überaus schwachen Verteidigung und dem widerspruchsvollen Urteil, das „den geistig und körperlich zerrütteten Menschen“ gleichwohl für zurechnungsfähig genug hielt, um ihn zum Tode zu verurteilen.

In jedem Falle gehörte dies Attentat, wenn es denn wirklich ein Attentat war, zu den harmlosesten Attentaten des Jahrhunderts. Trotzdem machte der Byzantinismus, der die besitzenden Klassen seit dem deutsch-französischen Kriege verheerte, eine große Haupt- und Staatsaktion daraus; der patriotische Mob zog vor das Palais des Kaisers und sang: Nun danket alle Gott; der Kaiser selbst, der zunächst auch an kein Attentat glauben wollte, ließ sich dann doch überreden, daß er einer furchtbaren Gefahr entronnen sei, und erklärte, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse, um solche Greuelthaten zu vermeiden. Von den bürgerlichen Blättern behielten nur wenige den Kopf oben, die meisten bekrierten mit, etwa wie die Nationalzeitung: „Welch große inhaltsschwere Entscheidung ist heute über dem Haupte der nichts ahnenden Welt dahingerauscht! Eine kleine Hebung oder Senkung der Pistole mehr, ein kaum zu berechnendes Etwas“, und dann kam eine lange Vitanei darüber, daß die ganze Weltgeschichte umgetrempelt worden wäre, ohne die „so wunderbare“ Rettung des Kaisers. Wie die politische, so die belletristische Presse. Sie füllte ganze Nummern mit der Beschreibung des „Attentats“ und verewigte den „Attentäter“ in so prächtigen Holzschnitten, wie sie gewöhnlichen Unsterblichen nicht zu widmen pflegte. Natürlich züchteten durch all den Paroxysmus mehr oder minder hämische Denunziationen gegen die Sozialdemokratie als angebliche Nährmutter

Höbels. Es versteht sich, daß die sozialdemokratische Presse für den Spul nichts übrig hatte, als was ihm gebührte: beißenden Hohn und Spott. Sie war ganz unschuldig daran, wenn eine künstliche Attentatsmanie herangezüchtet wurde in derselben kapitalistischen Gesellschaft, die so viele verlorene Existenzen heranzüchtet. Die bürgerliche Torheit konnte nicht einmal die Entschuldigung harmloser Naivität für sich geltend machen. Die englische und französische Geschichte bot warnende Beispiele genug dafür, daß Attentate ansteckend wirken und dreimal ansteckend, wenn der Verbrecher, mag er selbst ein so armseliger Patron sein, wie Höbel war, mit allen Ehren eines Luzifer gefeiert wird.

Bismarck seinerseits faßte den tragikomischen Zwischenfall weniger von der sentimental-pathetischen, als von der demagogisch-praktischen Seite auf und telegraphierte auf die erste Kunde von Höbels Revolverschüssen umgehend aus Friedrichsruh: Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie! Wenige Tage darauf war denn auch schon ein solches Machwerk fertig, das Bucher nach einer Angabe seines offiziellen Biographen verbrochen haben soll. Es hob in sechs Paragraphen die Preß- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie auf, soviel davon für diese Partei überhaupt noch bestand. Der Bundesrat sollte befugt sein, „Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen“, zu verbieten, doch blieb dem Reichstage das Recht vorbehalten, die ergangenen Verbote „bei seinem nächsten Zusammentritte“ zu beseitigen. Die Dauer des Gesetzes war auf drei Jahre beschränkt.

Dieser Entwurf hatte schon im Bundesrat einigen Widerspruch erfahren, im Reichstage war er seiner Ablehnung von vornherein sicher. Bei der Verhandlung, die am 23. und 24. Mai stattfand, stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen dafür. Ihr Hauptsprecher war Moltke, der alle verschimmelten Gemeinplätze über die „Güterteilung“ der Sozialisten ausbot und „Elend und Not“ als „zwingende Elemente“ in „Gottes Weltordnung“ verherrlichte. Die anderen bürgerlichen Parteien scheuten noch davor zurück, der Polizei ins Blaue hinein diktatorische Vollmachten zu übertragen. Die Nationalliberalen, auf die es in erster Reihe ankam, wußten trotz all ihrer byzantinischen Krämpfe recht gut, daß Höbels Attentat der Dummejungenstreich eines, wie Bismarck sagte, „nichtsnußigen jugendlichen Subjekts“ gewesen sei; sie waren durch das Scheitern der Warginer Verhandlungen kopfscheu geworden und wollten „bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen in Preußen und

im Reiche“ keine Diktatur der Verwaltung. Solche Gewalt, meinte Bennigsen, dürfe man nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe, und an diesem Grundsatz müsse man um so fester halten, wenn keine Gefahr sichtbar sei, die eine Diktatur erheische. Der nationalliberale Redner fand manche glücklichen Wendungen; er wollte die bürgerlichen Freiheiten auf dem Boden des für alle gleichen Rechtes erhalten und protestierte gegen Ausnahmemaßregeln, die Hunderttausende deutscher Mitbürger trafen. Freilich ganz vermochte Bennigsen mit der wallenden Toga seiner feierlichen Beredsamkeit den reaktionären Pferdefuß nicht zu verstecken; er fand unglaublicherweise, daß die bestehende Gesetzgebung noch nicht bis zur äußersten Grenze des Zulässigen gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden sei, und erklärte sich bereit, ihre etwaigen Lücken auf dem Boden des gemeinen Rechtes auszufüllen.

Die Ultramontanen waren natürlich noch viel mißtrauischer als die Nationalliberalen gegen die polizeiliche Diktatur; solange sie selbst unter Ausnahmegesetzen standen, konnten sie überhaupt nicht gleich mit beiden Füßen in die Ausnahmegesetzgebung gegen eine andere Partei springen. Von der Fortschrittspartei sprach Eugen Richter, ähnlich wie Bennigsen, nur viel leiser und kleinlicher. Während Bennigsen doch eine gewisse historische Auffassung der Sozialdemokratie bekundet hatte, sah der Fortschrittredner in ihr „wesentlich und in der Hauptsache ein Kunstprodukt“ der preussischen Regierung; er warf der Polizei ungeschickte Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze vor, die doch selbst Mantelstück für genügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehalten habe, und die auch er, der große Freiheitsheld, „geschickt gehandhabt für vollkommen ausreichend“ halte. Nur zur Ausfüllung ihrer „Lücken“ erklärte er sich noch nicht bereit, das sollte erst etwas später kommen. Die sozialdemokratische Fraktion fand es, wie sie in einer von Liebknecht verlesenen Erklärung sagte, „mit ihrer Würde nicht vereinbar“, an der Debatte teilzunehmen, wenn sie auch „zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit“ gegen die Vorlage stimmen werde; der Versuch, die Tat eines Wahnwütigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen sei, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberchaft“ eines unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, die den Mord in jeder Form verurteile und die politische wie wirtschaftliche Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auf-

fasse, richte sich selbst in den Augen jedes vorurteilslosen Menschen. Die Vorlage der Regierung wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen; nur von den Freikonservativen gingen drei zur Opposition über, während von der national-liberalen Opposition ein Professorenkleeblatt abblätterte: Treitschke und Beseler stimmten mit Ja, während Gneist sich der Abstimmung enthielt. Noch an demselben Tage wurde die Session des Reichstags geschlossen.

Am neunten Tage darauf, am 2. Juni, reifte die Saat, die der patriotische Mob und das politische Drahtziehertum vom Schlage Bismarcks ausgestreut hatten: eine verlorene Existenz, diesmal aus den besitzenden Klassen, ein Doktor Karl Nobiling, der Sohn eines Domänenpächters, schoß aus einem Hause unter den Linden mit einer Schrotbüchse auf den vorüberfahrenden Kaiser und verwundete ihn schwer. Ehe Nobiling ergriffen werden konnte, hatte er sich selbst eine Kugel durch den Kopf gejagt, und die erste authentische Meldung, die wieder über ihn in die Öffentlichkeit drang, war die Nachricht seines Todes, der am 10. September erfolgte. Ob und was er in der Zwischenzeit über die Tat und ihre Beweggründe ausgesagt hat, darüber hat die Regierung immer sorgsam geschwiegen, ein negativer, aber durchschlagender Beweis dafür, daß sie für einen Zusammenhang Nobilings mit der Sozialdemokratie auch nicht die entfernteste Spur hat entdecken können.

Nach dem, was sonst über Nobiling bekannt geworden ist, gehörte der ebenso eitle, wie unfähige Mensch seinen geistigen Anlagen und Neigungen nach etwa in die Region nationalliberaler Sozialisten-töter. Er war noch dümmere als Höbel, wie der Untersuchungsrichter zu einem ultramontanen Redakteur sagte, und der Gefängnisarzt, der ihn behandelte, teilte einem Kollegen brieflich mit, angeregt durch eine historische Bemerkung Schillers über die französischen Capets, habe Nobiling nach seiner eigenen Behauptung den Kaiser erschließen wollen, weil dieser sich zum Schaden des Volkes von anderen leiten lasse und der Kronprinz selbständiger regieren würde. Diese idiotische Auffassung stimmt zu der Tatsache, daß Nobiling erblich belastet war, wozu noch kam, daß er an derselben geschlechtlichen Krankheit wie Höbel litt. Er hatte sich keine Stellung erringen können, die seinen Ansprüchen entsprach, und als er vor dem Nichts stand, wollte er nicht ruhmlos aus der Welt scheiden wie andere Selbstmörder, von denen er einmal gesagt hatte, er begreife nicht, wie sie gehen könnten, ohne einen Großen mit-

zunehmen. Höbels Glorie zeigte seiner Eitelkeit den Weg, nur daß er bei seinem höheren Bildungsgrade den Fluch der Lächerlichkeit erkannte, der dem Attentate Höbels trotz alledem anhing. Dagegen schloß er sich durch die hössartige Ausführung seines Mordplans.

Über das hinterlistige Abschließen eines mehr als achtzigjährigen Mannes, der politisch längst allen Haß überlebt hatte, empörten sich die weitesten Volkskreise. Auch die sozialdemokratische Presse war weit davon entfernt, das zweite Attentat so spöttisch zu behandeln, wie sie das erste mit vollem Recht behandelt hatte; sie verkannte keinen Augenblick den Ernst der Lage, der durch Nobilings Schrotschüsse geschaffen worden war. Nur der „Hürbrandenburgische Basall“ Bismarck hatte keinen anderen Gedanken, als daß die Gelegenheit günstig sei, einen bonapartistischen Streich auszuführen. Noch am Abend desselben Tages, an dessen Mittag Nobilings Schüsse gefallen waren, versandte der offiziöse Telegraph eine angeblich „amtliche“, tatsächlich ihrem ganzen Inhalt nach erfundene Depesche, wonach der mit einer Kugel im Kopfe daniederliegende Nobiling bei seiner „gerichtlichen Vernehmung“ ausgesagt haben sollte, daß er sozialistischen Tendenzen huldige, daß er auch wiederholt in Berlin sozialistischen Versammlungen beigewohnt habe, und daß er schon seit acht Tagen mit der Absicht umgegangen sei, den Kaiser zu erschießen. Dieser mitten in die gärende Menge geworfene Funke entzündete jene Stimmung, von der ein Gedicht im Vorwärts treffend sagte: Ein ganzes Volk in Haß und Wahn, Von tollem Grimm entstellt die Züge, und von der Guido Weiß in der Wage noch epigrammatischer schrieb: Der Kaiser hat die Wunden und die Nation das Wundfieber.

Die nationalliberalen Abgeordneten und Preßorgane erklärten jetzt mit allen Zungen, daß sie bereit seien, das verlangte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu bewilligen. Aber sie fanden bei Bismarck taube Ohren. Der Säkularmensch wollte gerade die Nationalliberalen „an die Wand drücken, daß sie quietschten“, und führte dies Programm mit der ihm eigenen Strupellosigkeit aus. Unter der Regentschaft, die der Kronprinz mit gebundenen Händen für den daniederliegenden Kaiser führte, hatte der Hausmeier womöglich noch freiere Bahn als vordem. Er überwand leicht den Widerstand, den er sowohl im preussischen Staatsministerium als auch im Bundesrate fand, und bereits am 11. Juni war der Reichstag aufgelöst, der 30. Juli als Termin für die Neuwahlen anberaumt. Für die Wahlzeit verhängte Bismarck ein System

des weißen Schreckens, das denn auch den Zweck erfüllte, die aufgeregten Spießbürger blind und toll vor Angst zu machen, so daß sie sich voll brünstigen Eifers an die Schlachtbank drängten. Am sinnlosesten gebärdete sich wieder die Fortschrittspartei, die sehr gut wußte und auch offen aussprach, wohinaus Bismarck wollte, nichtsdestoweniger aber in unerschöpflichen Schmähungen auf das klassenbewußte Proletariat die reaktionärsten Parteien noch zu überbieten versuchte.

Anlagen und Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Versammlungsaufösungen und Zeitungsbeschlagnahmen brachen über die sozialdemokratische Partei mit einer bis dahin doch immer noch nicht erhörten Heftigkeit herein. Der nach Gotha einberufene Parteikongreß wurde verboten, ebenso der nach Magdeburg und dann nach Hamburg einberufene Gewerkschaftskongreß. Mit allen denkbaren Schikanen drückte die Polizei auf die Wirte, ihre Säle nicht mehr für sozialdemokratische Versammlungen zu öffnen; mit welcher Frivolität das danach noch vorhandene Versammlungsrecht der Arbeiter niedergetreten wurde, mögen einige der „Gründe“ erläutern, aus denen polizeiliche Aufösungen von Arbeiterversammlungen erfolgten: weil der Mittelgang im Saale nicht frei war; weil ein Fenster offen stand und die Versammlung also unter freiem Himmel tage; weil Menschen hinter einer verschlossenen Glastür standen und in den Saal hineinsahen, möglicherweise also eine Scheibe eingedrückt werden könne; weil ein Anwesender während eines Vortrages: Lächerlich! gerufen hatte; weil einzelne Anwesende über die Äußerung eines Redners gelacht hatten; weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte. Im Königreich Sachsen wurde grundsätzlich jede Versammlung aufgelöst, in der die Attentate erwähnt wurden. Nicht besser als der Versammlungs-, ging es der Pressefreiheit der Arbeiterklasse. Selbst vogelfrei für die nichtswürdigsten Verleumdungen, durfte sie durch ihre Presse nicht Schlag mit Schlag erwidern; Staatsretter Lessendorff sühnte, wie es Staatsretter Eugen Richter verlangt hatte, selbst jede „Beleidigung“ von Privatpersonen mit einem Strafantrage von Amts wegen. In Halle wurde jeder Redakteur des dortigen Parteiblattes sofort verhaftet, so daß schließlich genau so viele Redakteure im Gefängnis saßen, wie Nummern des Blattes erschienen waren.

Hand in Hand mit der politischen ging die wirtschaftliche Bedrängung des klassenbewußten Proletariats. Treitschke schrie wie ein rasender Schamane: „Warum erklären unsere großen Unternehmer nicht, daß

sie in ihren Werken keinen Arbeiter beschäftigen werden, der an der sozialdemokratischen Wählerei teilnimmt?" In dieselben Kerbe hieben viele Organe der bürgerlichen Presse, und bald konnten sie lange Listen von Firmen veröffentlichen, die sich verpflichteten, keine Sozialdemokraten mehr anzustellen. Es waren besonders solche Firmen, die sich in der Gründerzeit durch ihre Gründertaten hervor getan hatten; die Gauner drängen sich immer vor, wenn es ehrliche Leute zu verfeimen gilt. Offiziell wurde dies noble Achtungsverfahren durch einen Erlaß des preussischen Handelsministers Maybach an die Handels- und Gewerbekammern geweiht. Gegenüber einem solchen Gewissenszwange, der in der Geschichte gestitteter Völker beispiellos dastand, forderten die sozialdemokratischen Blätter die bedrohten Arbeiter auf, alles zu versprechen und nichts zu halten; Unternehmer, die mit der Hungerfolter drohten, mußten sich gefallen lassen, angelogen zu werden, auf ihr Haupt kämen die Folgen. Es hat nie ein unantastbareres Recht der Notwehr gegeben, als die Arbeiterpresse in diesem Falle anriet.

Aber nicht nur in der Geschichte der gestitteten Völker, sondern selbst in der Geschichte des byzantinischen Reichs beispiellos waren die Majestätsbeleidigungsprozesse, in denen der patriotische Fanatismus ausschäumte. Eine gemeingefährliche Denunziantenpest tobte durch alle Schichten des deutschen Volkes, mit alleiniger Ausnahme des Klassenbewußten Proletariats: in München denunzierte der berühmte Maler Piloty den ihm bekannten siebenjährigen Arzt Treppenbach wegen einer im Privatgespräch über den geisteskranken König von Bayern getanen Äußerung; in Berlin gaben sich die Spitzbuben in den Spelunken des Lumpenproletariats gegenseitig an. Bis in den Schoß der Familie drang die ekelhafte Seuche; der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirtschaftshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert. Es kam so weit, daß der amerikanische Gesandte in Berlin den Staatssekretär in Washington ersuchte, die amerikanischen Staatsbürger, die nach Deutschland herüberkämen, vor jedem politischen Gespräche zu warnen.

Bei manchen Beamten und Behörden in Deutschland regte sich das Gewissen, und sie suchten den schmutzigen Strom zu stauen. Doch ohne

nennenswerten und namentlich ohne dauernden Erfolg. Der ehemals hannoversche und nunmehr preussische Justizminister Leonhardt, dem die Elastizität seines Gewissens gestattet hatte, von dem unterlegenen Welfen Georg zu dem siegreichen Hohenzollern Wilhelm herüberzuwechseln, wies die Staatsanwälte zur schärfsten Verfolgung der Majestätsbeleidiger an, und diesem Druck erlagen die Gerichte, wie immer in solchen Fällen. Die verächtliche siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts erkannte an einem einzigen Tage, am 8. Juni, gegen 7 Personen wegen Majestätsbeleidigung auf 22 Jahre 6 Monate Gefängnis, darunter gegen einen Angeklagten auf 2 Jahre 6 Monate, weil er beim Nachhausegehen in angetrunkenem Zustande vor sich hin gemurmelt hatte: „Wilhelm ist tot, er lebt nicht mehr.“ Eine Frau in Brandenburg a. S. erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, weil sie auf die erste Nachricht von Nobilings Attentat geäußert hatte: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen lassen.“ Wegen einer ähnlich harmlosen Äußerung kam ein Mann in Bonn in erster Instanz mit 3 Monaten Gefängnis davon, wurde dann aber auf die Berufung des Staatsanwalts in zweiter Instanz zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Liberale Blätter, die mit einer Statistik der Majestätsbeleidigungsprozesse begonnen hatten, hörten schon anfangs Juli damit auf, überwältigt von Abscheu und Scham; in einem einzigen Monate war auf weit über 500 Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung erkannt worden.

In solchen Delirien „genas“ die deutsche Nation von dem „Gifte“ der sozialdemokratischen Theorien.

3. Die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Von den beiden Zielen, die Bismarck durch den weißen Schrecken verfolgte, erreichte er das eine vollständig: er drückte die Nationalliberalen so an die Wand, daß ihnen die Überbleibsel eines politischen Rückgrats zerbrochen wurden. Die liberalen Fraktionen verloren etwa 40 Sitze, und ebensoviel gewannen die konservativen Fraktionen. Mit ihren 115 Mandaten konnte Bismarck, je nachdem es ihm paßte, eine konservativ-nationalliberale oder eine konservativ-ultramontane Mehrheit bilden; insoweit stand die Bahn für seine reaktionären Pläne offen.

Nicht aber erreichte er sein zweites Ziel, die Verschmetterung der Sozialdemokratie, trotz der selbstmörderischen Weihilfe, die ihm dabei

die liberalen Parteien leisteten. Zwar als in den Hauptwahlen sieben von den bisherigen zwölf sozialdemokratischen Reichstagsitzen verloren gingen: Chemnitz, Leipzig-Land, Zwickau-Crimmitschau, Auerbach-Reichenbach, Berlin VI, Neuß ä. L. und Reichenbach-Neurobe, und nur zwei behauptet wurden: Glauchau-Meerane (Bracke) und Stollberg-Schneeberg (Liebflecht), da erhob sich ein verfrühtes Triumphgeschrei der „Ordnungsparteien“. Aber es verstummte sehr schnell, als die „Sieger“ ihre Herrlichkeit näher besehen wollten und nur ihren eigenen Schaden besehen.

Unter bebrängteren Umständen, als diesmal, hatte die sozialdemokratische Partei noch nie einen Wahlkampf geführt. Die gesetzlichen Waffen, die allen bürgerlichen Parteien zur unbeschränkten Verfügung standen, wurden ihr zerbrochen oder wenigstens aufs äußerste verkümmert, ein Versammlungsrecht hatte sie in weiten Strecken des Reiches überhaupt nicht, in anderen Gebieten nur im beschränktesten Maße; ihre Flugblätter wurden unter den wichtigsten Vorwänden beschlagnahmt, und ebenso ihre Zeitungen durch einen ununterbrochenen Guerillakrieg der Polizei und Staatsanwaltschaft lahmgelegt; mindestens die Hälfte ihrer Vorkämpfer in Schrift und Wort saß hinter Gefängnisgittern. Gegen Sozialdemokraten ist der Polizei alles erlaubt, sagte ein liberales Blatt, und ein konservatives Blatt bestätigte, daß die Polizei „in jeder denkbaren Weise“ die sozialdemokratische Wahlagitiation behindere. Doch solche Geständnisse wurden nur gelegentlich in dem inneren Haber der bürgerlichen Parteien gemacht; weder Konservative noch Liberale genierten sich, die polizeiliche Drangsalierung der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunützen, auch die Fortschrittspartei kämpfte, unentwegt wie immer, unter dem mütterlichen Schutze der Polizei gegen das klassenbewußte Proletariat. Dazu kam der unerhörte Notstand, der nun schon ins fünfte Jahr die Arbeiter niederbrückte, die wirtschaftliche Maßregelung zahlloser Parteigenossen und nicht zuletzt der Wirbelsturm des Hasses und der Wut, den die angebliche moralische Verantwortung für die Attentate gegen die Sozialdemokratie entfesselte. Der Vorwärts übertrieb nicht, wenn er sagte: „Es war kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen und mit gleicher Sonne. Der Feind vom Kopfe bis zum Fuße gepanzert und gerüstet. Die Sozialdemokratie wehrlos, an Händen und Füßen gefesselt.“ Selbst der Hamburgische Korrespondent, damals dasjenige bürgerliche Blatt, das verhältnismäßig noch das größte Verständnis für die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte, meinte dennoch,

daß die von allen Seiten angegriffene, unter dem Einbruch der schwierigsten Verhältnisse stehende Partei einen starken Rückschlag erleiden, vielleicht gar die Flinte ins Korn werfen und sich nur der Ehre wegen schlagen werde.

In der Tat verkannte das Hamburger Zentralwahlkomitee keinen Augenblick, daß unter solchen Verhältnissen keine Angriffs-, sondern nur eine Verteidigungsschlacht möglich sei. In seinem Wahlauftruf vom 18. Juni sagte es: „Wie groß die Partei ist, hat uns der vorige Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig sie sein kann, soll uns der 30. Juli zeigen.“ Laute der gemeinsame Schlachtruf der Gegner: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! so gelte es, die im Reichstage eroberte Position mit allen Kräften zu behaupten. Deshalb sei der Kampf auf die aussichtsreichsten Wahlkreise zu konzentrieren; in anderen Wahlkreisen solle agitatorisch da vorgegangen werden, wo es sich, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Kosten und Mühen tun lasse; wo aber die Agitation sehr erschwert sei, viel koste und wesentliche Vorteile nicht verspreche, sei auf sie zu verzichten. Als offizielle Kreise, in denen die Partei mit höchstem Nachdruck vorgehen müsse, nannte das Zentralwahlkomitee 29: Berlin IV und VI, Hamburg I und II, in Schleswig-Holstein Altona, Glückstadt, Kiel, im Rheinlande Elberfeld-Barmen und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in den mitteldeutschen Kleinstaaten Gotha und Neuß ä. L., in Schlesien Breslau I und II, Reichenbach-Neurode und Waldburg, in Bayern Nürnberg, im Königreiche Sachsen Auerbach-Reichenbach, Borna, Chemnitz, Dresden-Altstadt, Freiberg, Glauchau-Meerane, Leipzig-Land, Mittweida, Stollberg-Schneeberg, Irschopau und Zwickau-Crimmitschau.

Die Haltung der Arbeiter in dem Wahlkampfe war gleich musterhaft durch Besonnenheit wie durch Energie. Der Vorwärts veröffentlichte wochenlang an der Spitze seiner Nummern die Mahnung: Parteigenossen! Laßt euch nicht provozieren! Man will schießen! Die Reaktion braucht Krawalle, ihr Spiel zu gewinnen! Zu dieser Mahnung hatte die Parteileitung die gewichtigsten Gründe; Bismarck verfolgte damals schon den Plan, zu dem er sich seither mit staatsmännischem Zynismus auch öffentlich bekannt hat: die Sozialdemokratie bis aufs Blut zu reizen, damit sie loschlage und um so gründlicher ausgerottet werden könne, und irgend welchen junkerlichen Fähen entfloß damals das geflügelte Junkerwort, man müsse den roten Lappen so lange

schwüngen, bis er in den Augen der geängstigten Philister wie der Schein brennender Städte aussehe. Aber die klassenbewußten Arbeiter setzten allen Herausforderungen kaltblütige Verachtung entgegen und warfen ihre ganze Kraft in den Wahlkampf. In die Kasse des Hamburger Zentralwahlkomitees liefen vom 1. Februar bis zum 18. Oktober 1878 64 218 Mark ein, etwa die Hälfte davon für den Wahlfonds. Nach einer eher zu niedrigen, als zu hohen Schätzung wurden einschließlich der örtlichen Kosten 150 000 Mark für den Wahlkampf aufgebracht. Dänische, belgische, englische, französische, österreichische und schweizerische Arbeiter sandten etwa 8000 Mark ein, eine Unterstützung, die moralisch noch wirksamer war als materiell. Auch Marx warf aus London eine Bombe ins feindliche Lager, die eine nicht geringe Verwirrung anrichtete. Als die Nachricht auftauchte, daß der Diplomatenkongreß, der im Sommer 1878 in Berlin zusammentrat, um die Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges zu ratifizieren, von Bismarck zu einer internationalen Arbeiterhege mißbraucht werden sollte, enthüllte Marx mit beißendem Sarkasmus die anmutigen Angebote, die ihm Bucher, der offizielle Sekretär des Kongresses, im Herbst 1865 für die Mitarbeiterschaft am amtlichen Blatte der preußischen Regierung gemacht hatte. Durch seine verlegenen Ausreden machte sich Bucher vor aller Welt nur lächerlich.

Die Wahltaktik der sozialdemokratischen Partei glich dem Verfahren eines Festungskommandanten, der beim Heranrücken einer überwältigenden Feindesmacht die Vorstädte abbrennt, um sich desto sicherer hinter seinen Mauern und Wällen zu verschanzen. Von vornherein verzichtete die Partei darauf, eine so große Stimmenzahl zu mustern, wie im Jahre 1877, und es war tatsächlich schon ein beträchtlicher Erfolg, daß sich trotzdem 437 158 Stimmen, gegen 8 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf ihre Kandidaten vereinten, nur 56 289 Stimmen weniger als im Vorjahre. Viel schwerer aber fiel natürlich in die Waagschale, daß sich die feindlichen Sturmkolonnen an ihren verschanzten Lagern wirklich die Köpfe eingerannt hatten. In den 29 offiziellen Wahlkreisen war die Stimmenzahl von 220 000 auf 240 000 gestiegen. Wenn auch dieser große Erfolg eine Schattenseite hatte, wenn sich das Wachstum der Stimmenzahl nicht gleichmäßig über alle jene Wahlkreise verteilte, so trat viel stärker noch die Lichtseite hervor, daß die Stimmenzahl in allen größeren Städten mit der Ausnahme Nürnbergs bedeutend ge-

wachsen war, und zwar wieder um so bedeutender, je heißer das Feuer war, worin die Wähler dieser Städte gestanden hatten. In Berlin, wo der weiße Schrecken in all seiner Weißglut brannte, waren die sozialdemokratischen Stimmen von 31 522 auf 56 147 gestiegen. Den biedereren Fortschrittlern blieb das heißere Geschrei über den „Sieg“, den sie an der mütterlichen Hand der Polizei erfochten hatten, in der Kehle stecken, wenn sie auf die 15 000 Stimmen blickten, mit denen Hasenclever in Berlin VI unterlegen war, oder auf die 20 000 Stimmen, mit denen Frißsche in Berlin IV zur Stichwahl gelangte. Der Hamburgische Korrespondent erkannte ehrlich an, daß solche Wahlerfolge reichlich ein Duzend Reichstagsmandate wert seien.

Selbst in ihrer dürrsten Form blieb die famose Wahlparole: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstapel wenig mehr als ein frommer Wunsch. Außer den beiden Siegen, welche die Partei behauptet hatte, war sie an 16 Stichwahlen beteiligt, in Hannover und in 15 ihrer offiziellen Wahlkreise: in Berlin IV, in Breslau I und II, in Altona und Glückstadt, in Elberfeld-Barmen und Solingen, in Hanau und Offenbach, endlich in den sächsischen Kreisen Auerbach-Reichenbach, Borna, Dresden-Alttstadt, Freiberg, Mittweida und Zschopau. Die Stichwahlen vollzogen sich schon unter beträchtlicher Ernüchterung der „Ordnungsparteien“. Der heilige Eifer für die Rettung des Vaterlandes war bei den Konservativen wie bei den Liberalen verdampft, als der Ausfall der Hauptwahlen sie mit der Nase auf ihre Klasseninteressen gestoßen hatte; die Liberalen wollten die siegreichen Konservativen nicht noch mehr stärken, und die Konservativen wollten den geschlagenen Liberalen nicht wieder neuen Mut einflößen; der zähe Ordnungsbrei zerfloß einigermaßen bei den Stichwahlen, und die sozialdemokratische Agitation hatte etwas freiere Hand.

So gewann die Partei in ihren 16 Stichwahlen noch 7 Sitze: Berlin IV (Frißsche), Breslau I (Reinders), Elberfeld-Barmen (Hasselmann), Dresden-Alttstadt (Vebel), Mittweida (Vahlreich), Freiberg (Kajser) und Zschopau (Wiemer). Mit besonderer Begeisterung begrüßte sie die Wahlerfolge in Berlin und Breslau, den beiden größten preussischen Städten; über Breslau flatterte zum erstenmale die rote Fahne, und in Berlin hatte Frißsche mit 22 000 Stimmen die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt, die noch je auf einen Reichstagskandidaten gefallen war. Es gab nun doch wieder 9 sozialdemokratische Reichstags-

mandate, soviel wie im Reichstage von 1874, und wie damals 3 preußische und 6 sächsische. 3 Mandate und noch nicht 60 000 Stimmen waren die kümmerliche Beute der Heziagd, in der sich der sogenannte „Rechtsstaat“ bis auf die Knochen bloßgegeben hatte; die Panduren hatten ein wenig auf den freiwillig preisgegebenen Außenwerken der Partei geheert, während die geschlossene Phalanx so ungebroschen wie je das Schlachtfeld behauptete.

Jedoch war dieser schwere Mißerfolg der Schreckenskampagne weder für Bismarck noch für die bürgerlichen Parteien eine Warnung. Mitte August veröffentlichte die Regierungspresse den Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes, zu dessen Beratung der Reichstag am 9. September zusammentrat. Gemäß dieser Vorlage sollten die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, sowie Druckschriften, „welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in einer, den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise dienen“, zu verbieten. Das Verbot sollte für das ganze Reichsgebiet gültig, eine Beschwerde dagegen, ohne aufschiebende Wirkung, an den Bundesrat zulässig sein. Versammlungen, bei denen gleiche Tendenzen vorauszusetzen seien, sollten gleichfalls verboten, oder falls diese Tendenzen erst in ihrem Verlaufe hervorträten, aufgelöst werden, eine Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden stattfinden. Ferner sollte das Einsammeln von Beiträgen für sozialdemokratische Zwecke verboten sein. Verstöße gegen alle diese Verbote, die Teilnahme an verbotenen Vereinen, die Fortsetzung und Verbreitung verbotener Druckschriften usw. wurden mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund dieses Gesetzes rechtskräftig verurteilten Personen sollte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten untersagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gast- und Schankwirten die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe entziehen können. Endlich sollte über Bezirke und Ortschaften, die durch sozialdemokratische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien, „von den Zentralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrats für die Dauer von mindestens Einem Jahre“ ein kleiner Belagerungszustand verhängt werden können, so zwar,

daß der öffentliche Vertrieb von Druckschriften, das Versammlungsrecht, das Recht zum Besitze oder zum Tragen von Waffen von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht, namentlich aber der Polizei die Befugnis erteilt wurde, Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei, den Aufenthalt in diesen Bezirken und Ortschaften zu versagen. Eine Begrenzung in der Zeitdauer des Gesetzes war nicht vorgesehen.

Wie hart immer alle diese Bestimmungen waren, so waren sie für Bismarck noch lange nicht hart genug. Da er wußte, wie gehörig er die Massen schröpfen wollte, so konnten die Vorkämpfer der Massen für ihn nicht fest genug geknebelt werden. In einem Schreiben aus Kissingen rüffelste dieser Gemütsmensch seine Kanzlei, weil sie den Entwurf zu früh veröffentlicht habe, so daß nunmehr wohl weitere Verschärfungen nicht durchzusetzen sein würden. Als Verschärfungen nach seinem Herzen bezeichnete Bismarck namentlich zweierlei: erstens den erweizlichen Sozialdemokraten das Wahlrecht und die Wählbarkeit zum Reichstage zu entziehen, und zweitens jedem sozialdemokratisch gesinnten Beamten die Entlassung ohne Pension anzudrohen; er wollte dadurch den „schlecht bezahlten Subalternbeamten“, den „Bahnmärtern, Weichensstellern und ähnlichen Kategorien“, die nach seiner ganz richtigen Annahme in ihrer Mehrzahl schon Sozialdemokraten waren, patriotische Gesinnung einpaulen. Er kam nun aber wirklich mit diesen schöpferischen Gedanken zu spät; vorläufig hatte die Öffentlichkeit an dem veröffentlichten Entwurfe genug.

Die sechswöchigen Verhandlungen des Reichstags über die Vorlage gestalteten sich zu einer Komödie der Irrungen. Die 115 Mitglieder der beiden konservativen Fraktionen waren bereit, mit Haut und Haaren alles anzunehmen, was die Regierung verlangte. Dagegen wollte eine bürgerliche Opposition von etwa 160 Mitgliedern, in der Hauptmasse die Ultramontanen nebst ihren Anhängseln, und daneben die Fortschrittler, von der Vorlage nichts wissen. Prinzipiell ablehnend gegen eine ärgere Bedrückung der Arbeiter verhielt sich diese Opposition aber keineswegs. Obgleich seit der Ära Lessendorff und besonders seit dem Attentate Nobilings handgreiflich gezeigt worden war, was alles mit dem „gemeinen Rechte“ gegen die sozialdemokratische Partei ausgerichtet werden konnte, jedenfalls unendlich viel mehr, als die bürgerliche Demokratie in der „schamlosen Reaktionszeit“ Manteuffels und

die ultramontane Partei in der „diofletianischen Christenverfolgung“ Bismarcks zu erragen gehabt hatte, so erklärten sich sowohl die Fortschrittler wie die Ultramontanen bereit, die „Lücken“ des „gemeinen Rechts“ auszufüllen. Und zwar durch den wenig veränderten § 130, den der ganze Reichstag drei Jahre früher unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt hatte. Natürlich war dieser Paragraph, wenn auch in der Form eines allgemeinen Gesetzes, tatsächlich auch nur ein gegen die arbeitenden Klassen gerichtetes Ausnahmengesetz, wie seine ursprünglichen Väter Bismarck und Culenburg immer ganz unbehohlen bekannt hatten. Umgekehrt richteten sich die fortschrittlich-ultramontanen Angriffe in der Form zwar gegen den ausnahmeseftlichen Charakter der Regierungsvorlage, ihre wirkliche Sorge aber war, daß die schrankenlosen Polizeibefugnisse, die sie forderte, nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen bürgerliche Oppositionsparteien angewandt werden könnten. Sobald die Fortschrittler und die Ultramontanen hierüber beruhigt waren, haben sie das Sozialistengesetz nicht gestürzt, als sie es stürzen konnten, und somit war der ebenso reichliche wie volltönende Phrasenschwall, den sie bei der ersten Beratung losließen, ohne jede ernsthafte Bedeutung.

Die Entscheidung lag bei den Nationalliberalen, für die der Entwurf immerhin auch ein sehr harter Bissen war. Basker nannte ihn „eine juristische und politische Monstrosität“ und erklärte ihn für „völlig unannehmbar“. Besser noch als der ideologische „Strangschläger“ dieser Bourgeoispartei sahen ihre gewaschenen Geschäftsleute ein, daß wenn Bismarck mit solcher Gewaltpolitik die Sozialdemokratie wirklich zerschmetterte, die liberale Bourgeoisie der leidtragende Teil sein würde. Vollends wurden sie beunruhigt durch die unaufhörliche Versicherung der Regierung, daß es mit der polizeilichen Unterdrückung allein freilich nicht getan sei, sondern auch auf „positivem“ Wege für das Wohl der arbeitenden Klassen gesorgt werden müsse; der „Sozialismus“ Bismarcks konnte ihnen sehr viel unbequemer werden, als für absehbare Zeit der Sozialismus des Proletariats. Sie tanzten wie die Bären auf glühenden Platten; wer diese wunderlichen Sprünge noch heute bewundern will, der lese die damaligen Reden Bambergers. Aber freilich konnte an einen wirklichen Widerstand dieser Partei, die, immer kraftlos, eben eine so gehörige Tracht Schläge in den Wahlen gesehen hatte, nicht gedacht werden, und es war kaum noch nötig, daß Bismarcks

Hauptblatt sie durch die drohende Frage einschüchterte, ob die Nation sich bei Herrn Lascher für einen nochmaligen Wahlkampf bedanken solle.

Natürlich ging es bei dem nationalliberalen Umfalle nicht ohne die übliche Portion politischer Heuchelei ab. Die würdigen Männer wollten nicht der Sozialdemokratie an den Stragen, sondern nur ihren gemeingefährlichen Bestrebungen und ihrem revolutionären Charakter. Das Gesetz, das sie schufen, sollte nicht „eine Anzahl Bürger wegen ihrer politischen Gesinnungen in Acht und Bann tun“; „wir haben“, so sagte Lascher, „so deutlich als möglich das Gegenteil ausgedrückt; nicht die Sozialdemokratie und ihre Tendenzen, sondern die friebengefährdende Agitation soll unter das Gesetz fallen.“ Die Nationalliberalen brachten dies gesetzgeberische Kunststück durch eine Reihe von „Verbesserungen“ fertig, die mit einigen juristischen Zwirnsfäden die mörderischen Taten der polizeilichen Diktatur fesseln sollten. An das kautschukene Kleid der Vorlage wurden noch ein paar kautschukene Knöpfe genäht, das Wort „Untergrabung“ mußte dem Worte „Umsturz“ weichen, statt des Bundesrats sollte als Beschwerdeinstanz eine Reichskommission von neun Mitgliedern fungieren, von denen der Bundesrat vier aus seiner Mitte und fünf aus den höchsten Gerichtshöfen wählte; einige neu eingestellte Paragraphen waren dazu bestimmt, eingetragene Genossenschaften und eingeschriebene Hilfsklassen besser vor der polizeilichen Willkür zu schützen. Von allen diesen und ähnlichen „Verbesserungen“ hatten nur zwei eine etwas größere Bedeutung: die Begrenzung des Gesetzes auf die Dauer von $2\frac{1}{2}$ Jahren und die Bestimmung, daß nicht durch eine polizeiliche Verfügung, sondern nur durch ein gerichtliches Erkenntnis berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund des Gesetzes bestraften Personen der Aufenthalt beschränkt oder der Gewerbebetrieb untersagt werden dürfe, wobei dann auch noch festgesetzt wurde, daß sich die Aufenthaltsbeschränkung nicht auf den Wohnsitz des Verurteilten erstrecken dürfe, vorausgesetzt, daß er ihn schon sechs Monate inne habe.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, waren die „Milderungen“ der Nationalliberalen nichts als Kartenhäuser, die große Kinder aufbauten. Milder harmlos stand es um die treuherzige Fuchsmiene, womit Bismarck und seine Leute auf das kindliche Spiel eingingen. Sie wußten recht gut, daß wenn sie nur erst den Moluschklauch dieses Gesetzes öffnen durften, der erste Windstoß alle nationalliberalen Kartenhäuser spurlos vom Tische fegen würde. Es paßte ihnen aber in den Stram,

so zu tun, als ob sie die Arbeiterklasse nur aus lauter Liebe verzehren wollten, und weshalb sollten sie an dem hängenenden Strick, den sie ihr um den Hals legten, nicht ein paar unschuldige Zwirnsfäden flattern lassen? Der neue preussische Minister des Innern, wieder ein Graf Eulenburg, war ganz damit einverstanden, wenn Lascker für Schonung der Genossenschaften und Hilfskassen plädierte, und Bismarck selbst brach eine Lanze für das Koalitionsrecht und die Streiks der Arbeiter, die er in vorteilhaften Gegensatz brachte zu den dunklen Zukunftsbildern der Sozialdemokratie. Von Bebel wegen seiner Verhandlungen mit Lassalle in die Enge getrieben, wollte Bismarck sogar stets für das Wohl der Arbeiterklasse geschwärmt haben, wobei ihm nur das kleine Bech zustieß, vor aller Welt zu zeigen, wie unbekannt ihm die größte Frage des Jahrhunderts war. Die Quelle der revolutionären Arbeiterbewegung sah er, darin ein Herz und eine Seele mit seinem intimen Feinde Eugen Richter, in dem unwiderstehlichen Zauber, den das kunstvoll verschleierte Bild des „Zukunftstaats“ auf die Massen ausübte. Wer sich freilich auf die Feinheiten preussischer Staatskunst verstand, konnte sich durch Bismarcks Neben nicht beirren lassen; seine wehnütigen Klagen über die nicht hinlänglich scharfen Bestimmungen des Gesetzes, die heimliche Lücke, womit er wieder auf „die gutmütigen Richter und die milden Gesetze“ stichelte, seine Hentersfreude an der Hinrichtung des Adolten Höbel zeigten den Wolf auf seinem wirklichen Pfade.

Die sozialdemokratische Fraktion, die ungehörigerweise von der kommissarischen Beratung der Vorlage ausgeschlossen worden war, kämpfte im Plenum tapfer um jeden Paragraphen. In überzeugender Weise legten ihre Redner dar, daß die Attentate auch nicht in dem entferntesten Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Agitation gestanden hätten, bedekten sie das trenlose Spiel auf, das Bismarck von jeher mit der Arbeiterklasse gespielt hatte, wiesen sie nach, daß der „revolutionäre Charakter“ der proletarischen Bewegung noch lange nicht an das heranreiche, was die bürgerliche Bewegung in ihren revolutionären Zeiten an herzerfrischender Deutlichkeit gegenüber allen himmlischen und irdischen Autoritäten geleistet habe. Sie sagten voraus, daß die praktische Wirkungslosigkeit der Vorlage so groß sein werde, wie ihre himmel-schreiende Ungerechtigkeit, und Brack tat den Schuß ins Schwarze: Wir pfeifen auf das Gesetz. Das Kern- und Treffwort fuhr den

Patrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblick vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalte; der Präsident von Fordenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichterstattern der Zeitungen einprägen mußte, Bräde habe nur auf das Gesetz „pfeifen“ — und nicht noch ganz etwas anderes wollen.

Am 19. Oktober wurde das Sozialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Außer ihm war in der Session nur noch eine politische Machenschaft zurechtgezettelt worden; 204 Mitglieder verschiedener Parteien, mehr als die absolute Mehrheit des Hauses, erklärte eine „Reform des deutschen Zolltarifs“ für notwendig, nach der angeblich die „weitesten Kreise des Deutschen Reichs“ schrieken. Das Signal zur Massenplünderung erscholl in demselben Augenblicke, wo das Siegel auf die Knebelakte des Proletariats gedrückt wurde. Jedoch hatte die feine Rechnung ein großes Loch. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse war vollbracht, aber ihr Helbenzeitalter hob an.

Sechstes Buch

Unter dem Sozialistengesetze

Erstes Kapitel.

Ein Jahr der Verwirrung.

Die moderne Arbeiterbewegung ist frei von aller bürgerlichen Romantik. Nichts fällt dem kämpfenden Proletariat mühelos in den Schoß; Schritt für Schritt muß es sich alles erringen, das Geringste wie das Größte; nach mancherlei Wirrnis erst führt sein Pfad ans gewollte Ziel. Das Sozialistengesetz hatte die deutsche Sozialdemokratie vor eine völlig neue Aufgabe gestellt; so mußte sie sich prüfend und tastend neue Wege suchen, und fand nicht immer gleich den richtigen Weg. Nur daß sich mit ihrer höheren Entwicklung die Stappen ihrer Aufklärung entsprechend abkürzten; nicht mehr ein Jahrzehnt, sondern nur noch ein Jahr innerer Wirren steht am Eingang ihrer zweiten großen Lebensperiode.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht, und sofort begann die Niedermetzlung der sozialdemokratischen Blätter, Schriften und Vereine. Den Reigen der Verbote eröffnete Leopold Jacobys Gedichtsammlung: Es werde Licht; es schien, als ob der Polizeipräsident v. Madai, in dessen Händen sich die Handhabung des Gesetzes für ganz Deutschland zusammenfaßte, seiner selbst mit einem frivolen Witz spotten wolle. Von den 47 politischen Blättern der Partei retteten nur zwei ihr Dasein, eines in Nürnberg und eines in Offenbach. Sie hatten rechtzeitig ihre Titel geändert und schrieben ganz zurückhaltend, bei anderen Blättern versagten auch diese Hilfsmittel. Der Versuch, an die Stelle der verbotenen Zeitungen farblose Blätter zu setzen, gelang auch nicht überall, namentlich nicht in Berlin. Zugleich wurden die zahlreichen Arbeitervereine verboten, die seit der Auflösung der Parteiorganisation entstanden waren, es sei denn, daß sie sich im letzten Augenblicke freiwillig auflösten, und ebenso alle Gewerkschaften, mit wenigen Ausnahmen, unter denen der, übrigens auch stark geschürriegelte, Buchdruckerverband die namhafteste war. In dem-

selben Umfange, wie die Gewerkschaften, verschwanden die Gewerkschaftsblätter. Die Hauptschläge fielen gleich in den ersten Wochen; der Vorwärts, die Berliner Freie Presse und das Hamburg-Altonaer Volksblatt, die drei namhaftesten Blätter der Partei mit zusammen etwa 45 000 Abonnenten, mußten schon in den ersten Tagen daran glauben. In den nächsten Monaten wurde dann gründliche Nachlese gehalten; bis zum 30. Juni 1879 waren 217 Vereine, 5 Klassen, 127 periodische und 278 nicht periodische Druckschriften verboten.

Der Brutalität dieses Massenmordens entsprach seine Verfühe. Möchte man noch so gering von der Kurzsichtigkeit der Nationalliberalen denken, die sich durch Bismarcks und Culenburgs Nebenarten über die „loyale Handhabung“ des Gesetzes hatten täuschen lassen, so wurde dadurch natürlich der Wortbruch der Regierung in keiner Weise entschuldigt. Sie trat alle ihre halben und ganzen Versprechungen mit Füßen, unterdrückte nicht die „gemeingefährlichen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie, sondern alles, was zu ihr gehörte, schonte weder die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus, noch die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren eingeschriebenen Hilfsklassen, fetzte die „Schutzmaßregeln“ der Nationalliberalen wie Spinnweben fort. Die Reichskommission, um deren „richterliche Garantien“ wochenlang gestritten worden war, erwies sich als das reine Schattenspiel an der Wand; von den 627 Verboten, die bis zur Mitte des Jahres 1879 ergangen und mindestens zu drei Vierteln nach dem Sinne und Wortlaut selbst dieses Gesetzes unzulässig waren, hob sie gerade 6 auf, meist nur solche, welche die bürgerliche Literatur betroffen hatten, wie Schäffles Quintessenz des Sozialismus und eine Nummer eines fortschrittlichen Blattes; von allen irgend nennenswerten Erzeugnissen der sozialistischen Literatur gab sie nur Lassalles Affisenrede von 1849 wieder frei.

Während der Beratung des Sozialistengesetzes war innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich schon die Frage erwogen worden, was nach seinem Erlasse zu tun sei. Ein gewaltfamer Widerstand gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse wäre einfacher Wahnsinn gewesen, aber auch der nahelegende Gedanke einer geheimen Organisation wurde sofort und auf immer verworfen. Für eine breite und mächtige Volksbewegung war alle Geheimbündelei unmöglich, und wäre sie dennoch versucht worden, so würde sie nur ein der Polizei erwiesener Liebesdienst gewesen sein. Es blieb nichts übrig, als vorläufig abzu-

warten, wie das Gesetz gehandhabt werden würde. Am Tage seiner Veröffentlichung erklärte der Vorwärts, die „Schwere saure Leistung“ einer den Bestimmungen des Gesetzes entsprechenden Schreibweise auf sich nehmen zu wollen.

Die polizeiliche Praxis übertraf dann freilich die schlimmsten Erwartungen. Die Vorkämpfer des heiligen Eigentums gaben ein erbauliches Vorbild, Eigentum zu vernichten. An den 16 Genossenschaftsbuchdruckereien waren 400 Personen als Drucker, Setzer, Expedienten und Redakteure angestellt, über 2500 Arbeiter und Kleinmeister mit ihren paar Ersparnissen und — mittelbar durch die Solidarität — ihrer ganzen Habe beteiligt. Die Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei, der selbst die farblosesten Blätter und auch die Zukunft verboten wurden, mußte sofort liquidieren; da es ihr gelungen war, mit ihrem Schriftenlager fast ganz aufzuräumen, so kamen die Genossenschafter mit dem Verlust ihrer Einlagen davon. Für die meisten Genossenschaftsbuchdruckereien wäre die sofortige Liquidation gleichbedeutend mit dem Konkurse gewesen, und es lag gar nicht einmal im Interesse der Partei, sofort alle diese Schanzen zu räumen. Der Versuch, sich so oder so auf das Sozialistengesetz einzurichten, mußte bis zum letzten Ende durchgeführt werden; hinderte die Verblendung der Gegner jede mildere Kampfmethod, so konnte eine härtere Kampfmethod um so nachdrücklicher angewandt werden. Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Sturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein; bis dahin, so hofften sie, würden die farblosen Blätter, womit die Genossenschaftsbuchdruckereien sich zu halten suchten, den geschulten Genossen als „Erkennungszeichen und Legitimation“ dienen.

Allerdings sprach dabei auch eine gewisse Entmutigung mit. Nach den heißen Kämpfen der letzten Jahre und namentlich der letzten Monate, in denen jeder Nerv angespannt worden war, machte sich eine natürliche Abspannung geltend. Sie wurde durch das Gefühl der absolutesten Rechtlosigkeit beträchtlich verstärkt, und dazu kamen der immer noch andauernde Notstand, die immer noch andauernden Maßregelungen und Verfolgungen. Nicht alle Führer, die bisher ihren Mann gestanden hatten, waren der neuen und um so schwierigeren Lage gewachsen, und das Heer von Spiegeln, das an ihre Fersen gehängt wurde, zwang auch die Entschlossensten zu behutsamer Vorsicht. Das Hamburger Zentralwahlkomitee hatte sich am 19. Oktober aufgelöst, und mancherlei

Personenverhältnisse brachten es mit sich, daß es seine Verbindungen vollständiger preisgab, als vielleicht nötig und jedenfalls wünschenswert gewesen wäre. Geib war todkrank; ein Herzleiden, dem sein blühendes Leben sonst wohl noch lange widerstanden hätte, entwickelte sich schnell unter den furchtbaren Aufregungen der Sozialistenjagd, die den edel denkenden und fein empfindenden Mann täglich erschütterten; Auer war schon vor längerer Zeit nach Berlin gesandt worden, um die zerfahrenen Redaktionsverhältnisse der Berliner Freien Presse zu ordnen; Hartmann, der bald darauf der Partei völlig untreu wurde, besaß nicht die nötige Festigkeit und Umsicht. So fehlte jede Leitung, während sich von allen Seiten vernichtende Schläge über die Partei entluden; was Wunder, daß mancherlei Unsicherheit und Verwirrung in ihren Reihen einriß.

Die erste Wendung zum Besseren gab Bismarck dadurch, daß er zum letzten vernichtenden Schläge gegen die Sozialdemokratie ausholte. Am 28. November, kurz vor der Rückkehr des von seinen Wunden genesenen Kaisers nach Berlin, wurde über diese Stadt, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland der kleine Belagerungszustand verhängt, der in § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehen worden war. Und zwar in zwei seiner vier Bestimmungen: in der lächerlichsten, die das Waffentragen ohne Erlaubnisschein verbot und die nur allerlei komische Zwischenfälle veranlaßt hat, und in der gehässigsten, die der Polizei die Ausweisung aller ihr mißliebigen Personen gestattete. Am nächsten Tage erhielten bereits 67 Parteimitglieder, an der Spitze Auer und Frijsche, die lithographierten Ausweisungsbefehle; den meisten war eine zwei-, anderen nur eine ein-, wenigen eine dreitägige Frist gelassen; alle Besuche um weiteren Aufschub wies Madai in rohester Form zurück. Manche der Ausgewiesenen hatten sich schon seit Jahren von der Agitation zurückgezogen, viele besaßen ein kleines Geschäft, alle mit einer einzigen Ausnahme waren Familienväter. In einem würdig gehaltenen Flugblatte, das sofort verboten, aber doch in Tausenden von Exemplaren vertrieben wurde, verabschiedeten sie sich von ihren Parteigenossen. Sie wiesen darauf hin, daß ihr erstes und letztes Wort immer gewesen sei: Keine Gewalttätigkeiten, achtet die Gesetze, innerhalb ihres Rahmens verteidigt eure Rechte. So auch forderten sie jetzt: Seid ruhig, laßt euch nicht provozieren, an unserer Gefeslichkeit müssen unsere Feinde untergehen.

Und zum Schlusse die Bitte: Keiner von uns vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zurückzulassen, gedenkt unserer Weiber und Kinder! Viele Ausgewiesene gingen nach Hamburg und nach Belpzig, andere ließen sich in märkischen Städtchen an der Grenze des Belagerungsgebiets nieder, um ihren Angehörigen möglichst nahe zu bleiben.

Von allen schändlichen Wortbrüchen Bismarcks war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin der schändlichste. Den § 28 des Sozialistengesetzes hatten die Nationalliberalen nur für den äußersten Notfall bewilligt: wenn ein Bezirk von der sozialdemokratischen Agitation so unterwühlt wäre, daß jeden Augenblick ein gewaltsamer Ausbruch erwartet werden könnte, so sollte der Paragraph angewandt werden, um der Verhängung des wirklichen Belagerungszustandes zu entgehen. Von alledem gab es damals in Berlin nichts. Ohne den geringsten Versuch eines Widerstandes waren die harten Bestimmungen des Sozialistengesetzes ausgeführt worden; auch nicht ein Berliner Arbeiter dachte daran, Bismarcks Spiel zu spielen, ein Attentat oder einen Putsch zu provozieren. Selbst die bürgerliche Presse war einstimmig darin, daß alle tatsächlichen Voraussetzungen fehlten, unter denen § 28 angewandt werden könne; nur die reaktionären Blätter stotterten einige verlegene Redensarten über das „teuere Haupt“ des Kaisers, das geschützt werden müsse. Dahinter versteckte sich auch Graf Eulenburg, als ihn die Fortschrittler im preußischen Abgeordnetenhaus wegen der Maßregel interpellierten. Wäre es mehr als bloßer Vorwand gewesen, so hätte dieser Polizeiminister an einer wahrhaft polizeiwidrigen Beschränkung gelitten. Männer, wie Auer und Fritzsche, sollten des Meuchelmordes verdächtig und die rechtlose Vernichtung von 67 Existenzen sollte geeignet sein, Attentate nicht etwa zu züchten, sondern im Keime zu ersticken! Aber das ganze Gerede vom „teueren Haupte“ war eitel Vorwand. Bismarck selbst gestand bald darauf im Reichstage, seine Absicht sei eigentlich gewesen, den kleinen Belagerungszustand über alle Hauptorte der sozialdemokratischen Agitation zu verhängen. Nach seinen Andeutungen scheinen die anderen Regierungen noch vor diesem Henkersdienste zurückgeschreckt zu sein; er selbst machte jedenfalls kein Hehl daraus, daß er beabsichtigt habe, den Reichstag mit dem § 28 auf's Glatteis zu führen.

Aber wie der schändlichste unter seinen schändlichen Wortbrüchen, so war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin auch

der törichteste unter seinen törichten Gewaltstreichen. Er zeigte der sozialdemokratischen Partei sonnenklar, daß ihr keine Ruhepause gestattet sei, daß ein Kampf auf Leben und Tod gegen sie geführt werde. Überall, wo die Parteimitglieder einen Augenblick ermattet waren, kehrten sie nun massenhaft auf ihre alten Posten zurück. Die Sammlungen für die Ausgewiesenen und ihre Familien knüpften die ersten Fäden einer neuen Organisation, und die Ausgewiesenen selbst, ja mehr noch ihre hungernden Weiber und Kinder wurden Agitatoren, wie sie das klassenbewußte Proletariat noch nicht besessen hatte. Ergraute Kämpfer, die jahrelang im Gefängnis gefessen hatten, ohne mit der Wimper zu zucken, haben oft gesagt, daß keine Folter der Unterdrückung sie so mit kochendem Ingrimm erfüllt habe, wie die Ausweisung, die launenhafte Vernichtung ihrer menschlichen Existenz in der Wurzel. Nicht der geringste Vorteil, den die Partei als solche, bei aller tödlichen Verwundung der einzelnen, aus dem kleinen Belagerungszustande zog, war die allmähliche Lösung des moralischen Dammes, der seit den Attentaten in der Vorstellung weiter Volkstriebe auf ihr gelastet hatte. Die beschränktesten Spießbürger, die schon in der Schule von der Vertreibung der protestantischen Salzburger als von einer historischen Schandtate sprechen gelernt hatten, sahen mit Schauern ihren bewunderten Nationalhelden nach den Lorbeeren des Erzbischofs Firmian trachten, und ihre Sympathie begann sich unwillkürlich dem verfolgten Proletariat zuzuwenden. Vasker und der Fortschrittler Ludwig Lötze sammelten unter ihren Parteigenossen und führten namhafte Summen an den Unterstützungsfonds für die Ausgewiesenen ab; in der bürgerlichen Presse wagte nur Julius Stettenheim, ein Postenreißer der Börsenpresse, die Opfer des kleinen Belagerungszustandes zu verhöhnen.

Noch eine andere bedeutsame Folge hatte Bismarcks tölpelhafter Gewaltstreich. Karl Hirsch, der seit einiger Zeit in Paris gelebt hatte, wurde von dort ausgewiesen; in solchen kleinen Gefälligkeiten gegen Sozialdemokraten wuschen die offiziellen „Erbfeinde“ an der Seine und an der Spree sich gegenseitig gern die Hände. Hirsch beabsichtigte, nach Berlin zurückzukehren, als ihn die dortigen Ausweisungen eines Besseren belehrten. Er ging nun nach Brüssel und gründete die Laterne, eine kleine Wochenschrift im Format und Stile von Rocheforts Laterne. Am 9. Dezember aber wurde Most aus Bözengsee entlassen und sofort aus Berlin ausgewiesen. Er siedelte nach London

über, wo er mit Hilfe des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins die Freiheit gleichfalls als Wochenschrift herausgab. Die Laterne erschien von Mitte Dezember 1878, die Freiheit von Anfang Januar 1879 ab.

So hatte die deutsche Sozialdemokratie auf einen Schlag zwei ausländische Organe, die in dem von der Reaktion gedüngten Boden gewissermaßen wild gewachsen waren. Beide Blätter vertraten die Interessen der Partei mit derjenigen Offenheit, die ihnen die Pressefreiheit des Auslandes gestattete. Ihre Einschmuggelung nach Deutschland gelang erst sehr unvollkommen, aber die Hast, womit Bismarck diese neuen Waffen der Sozialdemokratie zu zerbrechen suchte, zeigte genugsam, wie sehr er sie fürchtete. Der Generalpostmeister mußte eine Verfügung erlassen, welche die Postbeamten zu Helfershelfern der politischen Polizei degradierte und sehr stark mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Briefgeheimnis karambolierte, was in Deutschland, dem klassischen Lande der Schwarzen Kabinette, freilich nichts Neues war. Im März wurde Karl Hirsch vom belgischen Ministerium ausgewiesen. Damit waren Bismarcks Schmerzen aber nicht gelindert, denn Hirsch ging nach England und führte die Laterne weiter. Sie war geistreicher und geschickter geschrieben als die Freiheit, aber mehr aufs politische Pamphlet angelegt; die Freiheit hatte in höherem Grade das Wesen eines politischen Parteiblattes, wurde aber durch die persönlichen Eigenschaften ihres Herausgebers weit subjektiver als die Laterne. Most, dessen exzentrischer Charakter der Partei schon vor dem Sozialistengeheke manche Not gemacht und manche Ungelegenheiten geschaffen hatte, war nach der Art und Weise, wie Justiz und Polizei ihm zehn Jahre lang mitgespielt hatten, in einem Grade aufgeregt und erbittert, der sich psychologisch sehr wohl erklären ließ, aber das Bewußtsein seiner politischen Verantwortlichkeit stark herabminderte. In seiner fahrigten und hastigen Art hatte er es für überflüssig gehalten, sich mit der deutschen Parteileitung wegen der Herausgabe der Freiheit ins Einvernehmen zu setzen. Seine Entschuldigung, daß es eine solche Parteileitung ja gar nicht gegeben habe, war doch nur formell zutreffend; in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab es immer noch eine Parteileitung, und für Most als ehemaligen Abgeordneten hätte es doppelt nahe gelegen, ihren Rat einzuholen.

Für die deutsche Partei entstand nun die Frage, wie sie sich zu den beiden ausländischen Presseorganen stellen sollte. Die Laterne vermied

sorgfältig, die Partei zu engagieren oder zu kritisieren, die Freiheit aber drängte unausgesetzt auf eine revolutionäre Taktik. Damals jedoch noch nicht im „Heugabelsinne“, sondern in dem Sinne, worin vor dem Sozialistengesetze agitiert worden war. Most wollte die Freiheit mit derselben Tinte schreiben, mit der einst der Volksstaat und der Vorwärts geschrieben worden war. Eine grundsätzliche Einigung mit ihm, geschweige denn mit Karl Hirsch war keineswegs ausgeschlossen, mochte sie auch durch das eigenmächtige Vorgehen namentlich Mosts sehr erschwert sein. Allein die leitenden Parteikreise in Deutschland wollten überhaupt nichts von beiden Blättern wissen. Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezüchtet worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde. Bismarck lebe von den Attentaten und müsse kapitulieren, wenn ihm dieser Proviant ausgehe. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden neue Verfolgungen sein, und die beträchtlich geschmälernten Mittel der Partei reichten so schon nicht hin für die genügende Unterstützung der Ausgewiesenen und Gemäßigten. Nach der aufreibenden langjährigen Agitation könnten die Parteigenossen eine Ruhepause wohl ertragen; für die sozialistische Propaganda sei noch reichlich gesorgt durch die zahllosen, ins Proletariat geschleuderten, aber noch nicht zum vierten Teile gelesenen und geistig verdauten Agitationschriften.

Diese Auffassung hatte im Februar 1879 nicht mehr die relative Berechtigung, die sie im Oktober 1878 gehabt hatte. Als der Reichstag am 12. Februar zusammentrat, brachte Bismarck sofort einige Vorlagen an ihn, um die Sozialdemokratie gänzlich zu zerschmettern. Bismarck lebte nicht allein von dem sinnlosen Sozialistenhaß des Philisters, und die Sozialdemokratie brauchte gegen ihn noch andere Waffen, als die moralische Sympathie neutraler Zuschauer. In der Tat drängten denn auch die Massen wieder auf den Kampfplatz, auf dem sie dem Feinde ins Weiße des Auges schauen konnten. Am 5. Februar fand für den verstorbenen Fortschrittler Bürgers in Breslau II, dem westlichen Wahlkreise der Stadt, wo die schlesische Aristokratie und Pluto-

tratie haufte, eine Nachwahl statt, und in ihr brachten die Arbeiter trotz polizeilicher Unterdrückung aller und jeder Wahlagitatio, trotz des Verbots ihrer Flugblätter und der Auflösung ihrer Versammlungen, trotz der ganz ungerechtfertigten Verhaftung ihres Kandidaten Krücker 5175 Stimmen auf. Krücker kam in die Stichwahl, worin er zwar unterlag, aber nicht ohne daß die für ihn abgegebenen Stimmen auf 7544 gestiegen wären. Ein ähnlich glänzendes Ergebnis hatte am 27. Februar eine Nachwahl im sächsischen Wahlkreise Walbheim-Döbeln, bei der 4322 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen.

Die Verhandlungen des Reichstags waren bis zu den Osterferien gewissermaßen ein Nachklang zu den Debatten über das Sozialistengesetz. Bismarck wollte nachholen, was er damals noch versäumt hatte: den Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Reichstage. Er spannte gleich zwei Stränge auf seinen Bogen: einmal sollte der Reichstag genehmigen, daß Frißche und Hasselmann, die als Berliner Ausgewiesene sich zu den Beratungen des Reichstags eingefunden hatten, wegen Bannbruchs strafrechtlich verfolgt würden, und dann sollte die Disziplinargewalt des Reichstags dahin erweitert werden, daß er seine Mitglieder wegen ungebührlicher Reden ausschließen, ja ihnen die Wählbarkeit entziehen und die ungebührlichen Reden selbst aus den stenographischen Berichten entfernen könne. Der Reichstag ging weder auf das eine oder das andere ein; sogar die nationalliberalen Redner fanden kräftige Worte, um ein solches Maß der Selbstentwürdigung abzuweisen. Sie handelten dabei aber viel mehr in ihrem eigenen Interesse, als im Interesse des Prinzips oder gar der verfolgten Sozialdemokratie; gleich darauf zeigten sie bei einer anderen Angelegenheit, ein wie wohlfeiler Artikel bürgerliche Sympathie überhaupt war. Über die praktische Anwendung des § 28 war dem Reichstage alljährlich Bericht zu erstatten, und auch diese „Schutzmaßregel“ löste sich bei der ersten Probe in blauen Dunst auf. Man ließ einen sozialdemokratischen Redner sprechen, und dann stimmten nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch mit einigen Ausnahmen die Fortschrittler und die Ultramontanen für einen konservativen Schlußantrag. Bei der Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus war Bismarck ein wenig dreister gewesen und hatte gemeint, die Polizei dürfe doch „gute Revolutionäre“ nicht gleich mit Königsmördern in einen Topf werfen. Aber selbstem hatte Bismarck seine offiziöse Meute auf die „revolutionäre“ Fortschrittspartei los-

gelassen, und nun schwiegen die Unentwegten fein vorsichtig zu den gräßsten Mißbräuchen des Sozialistengesetzes, um sich dafür zur Abwechslung als „konservativste aller Parteien“ aufzuspielen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Bebel am 4. März zu dem sogenannten Maulkorbgesetze, Liebknecht am 17. März zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin. Bebel fertigte sehr glücklich den edlen Bismarck ab, der wegen sogenannter „Beleidigung“ seiner Person mit seinen lithographierten Strafanträgen Tausende von Menschen, selbst alte Spittelweiber, ins Gefängnis gebracht und nun mit wehleidiger Miene gemeint hatte, als Mitglied des Bundesrates müsse er sehr vorsichtig sein, da er nicht die verfassungsmäßige Redefreiheit der Abgeordneten besäße. Der Einbruch in dieses Volksrecht stand einem Manne vortrefflich an, der für sich die unbeschränkteste Verleumdungsfreiheit nicht nur besaß, sondern auch wirklich ausnützte, indem er, wenn ein von ihm Verleumbeter ihn einmal gerichtlich belangen wollte, sofort einen heroischen Rückzug unter die Schöße seiner Offiziersuniform antrat. Liebknechts Rede war auf die Taktik der deutschen Parteiführer zugeschnitten. Sie zerpfückte unbarmherzig die paar leeren Redensarten des Rechenschaftsberichts, und dann sagte Liebknecht, er würde ein Felgling sein, wenn er formell desavouieren wollte, was Parteigenossen im Auslande schrieben, aber die Partei habe damit absolut nichts gemein und er könne sagen, daß viele der einflußreichsten Parteimitglieder die Gründung der Freiheit und der Laterne gemißbilligt hätten. Die Partei werde das Sozialistengesetz beobachten, weil sie eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes und gewalttames Revolutionsmachen überhaupt ein Unsinn sei; Brackes Pfeifen auf das Gesetz habe nicht bedeutet, daß sich die Partei dem Gesetze nicht fügen werde, sondern habe nur die geschichtliche Wahrheit festgestellt, daß sie durch das Gesetz nicht unterdrückt werden würde; die unparlamentarische Form seiner Äußerung habe Bracke nachträglich bedauert, und er, Liebknecht, wolle sie auch nicht gutheißen.

Diese Rede Liebknechts rief eine, nicht von Most persönlich, sondern von Mielle, einem alten Berliner Parteimitgliede, entworfene Denkschrift des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London hervor, in der es hieß: „Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetz, sondern eine schlaue Taktik gegen das Gesetz ist nötig und auch zu ermöglichen. Noch gibt es glücklicherweise einige Länder, in denen das

freie Wort gestattet ist, auch ist um das Deutsche Reich noch keine Mauer gezogen. Und selbst Mauern lassen sich übersteigen, wenn man mutig und entschlossen ist. Wenn jede Propaganda im Innern abgeschnitten ist, dann ist noch die Propaganda des gedruckten Wortes aus dem Auslande möglich.“ Viel ansehnlicher waren andere Teile der Denkschrift, die sich mit gutem Fuge so auslegen ließen, als werde darin eine Geheimbündelei nach dem Muster der russischen Nihilisten und eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfohlen. Hiergegen erhob sich sofort die Laterna, wenn sie auch sonst ihre vielfache Übereinstimmung mit der Denkschrift bekundete. Auf ihren Protest erklärte die Freiheit zwar, daß sie weder eine geheime Organisation, noch eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfehlen wolle, aber sie war dennoch auf dem besten Wege dazu. Most fing an, von einer „neuen Partei“ zu sprechen und traktierte die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in einem Stile, der mehr und mehr jede Verständigung ausschloß.

Und doch wurde eine Verständigung über die nunmehrige Taktik immer notwendiger. Nach den Osterferien begann der Reichstag an die berufene „Finanz- und Wirtschaftsreform“ zu gehen. Er wurde dabei zur Börse, an der Bismarck mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern um den Anteil handelte, den jeder dieser drei edlen Verbündeten aus der Haut der konsumierenden Massen schneiden könne. Nach langen und widerlichen Verhandlungen hatten die Großindustriellen ihre Eisen- und Textil-, die Großgrundbesitzer ihre Getreide- und Vieh-, Bismarck seine Finanzzölle in der Tasche, dem Volke aber kostete der Spaß eine Verteuerung aller Lebensmittel und 130 Millionen Mark neuer Steuern. Politisch vollzog sich dabei eine völlige Parteiverschiebung. Die gebrochenen Nationalliberalen gaben ihren Mitgliedern die Abstimmung in allen wirtschaftlichen Fragen frei; ein Teil blieb mit den Fortschrittlern bei der freihändlerischen Fahne, ein anderer Teil ging zu den Schutzzöllnern über. Aber an ihren „konstitutionellen Garantien“ hielten sie fest, das Einnahmehewilligungsrecht des Reichstags wollten sie nicht ganz in der Versenkung verschwinden lassen; so mußte Bismarck mit den Ultramontanen abschließen, die sich mit „föderativen Garantien“, mit der Überweisung aller Überschüsse an die Einzelstaaten und — als angenehmer Beigabe — der Entlassung des kulturkämpferischen Kultusministers Falk begnügten. Einen großen Gelst, wie Bis-

markt war, genierte das nicht; wo solche Summen heinzuramschen waren, lohnte nicht nur der Gang nach Kanossa, sondern auch eine Reverenz vor dem Partikularismus.

Um sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, konnten den Arbeitern weder die farblosen Blätter, noch die früheren Agitationschriften etwas nützen. Und auch die parlamentarische Tribüne erwies sich als ein sehr unzulängliches Sprachrohr. In den langen Wochen, in denen um den neuen Zolltarif gestritten wurde, gelangten die sozialdemokratischen Abgeordneten fast gar nicht zum Worte, trotz unzähliger Meldungen. Sie konnten ihre Auffassung nicht entfernt in erschöpfender Weise entwickeln. Ihre Stellung wurde noch dadurch erschwert, daß Kayser sich für einzelne industrielle Schutzzölle zu begeistern begann. Dabei drängten die Arbeitermassen der großen Städte immer stärker vor. Als Reinders, der den Breslauer Ostkreis vertrat, am 22. Mai gestorben war, bereiteten ihm die Breslauer Arbeiter ein großartiges Leichenbegängnis, dann wählten sie Hasenclever in zweimaliger Wahlkampf als seinen Ersatzmann. Fünfmal im Laufe weniger Monate hatte das Breslauer Proletariat die kräftigsten Lebenszeichen gegeben; es war gar kein Zweifel, daß die Berliner, die Hamburger, die Leipziger, genug, die Arbeiter in den großen Zentren der Bewegung sich gleich mächtig geregt hätten, wenn ihnen gleiche Gelegenheiten geboten worden wären. Dagegen zeigte eine Nachwahl in dem märkischen Wahlkreis Kottbus-Spremberg einen bedenklichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen.

Nun ging auch die Laterne schärfer vor. So sehr sie gegen Most das treue Festhalten an der Partei vertrat, so verhehlte sie nicht, daß die Vorgänge in London unmöglich gewesen sein würden, wenn nicht in Deutschland böse Fehler begangen worden wären. Sie sagte: Keine Organisation ohne Organe; taugen die ausländischen Organe nicht, so schafft neue, aber zögert nicht länger, denn es ist höchste Zeit. Sie geißelte Kayser's schutzzöllnerische Sprünge und wies überzeugend die Gemeinshäßlichkeit des neuen Zolltarifs nach, so wie er lag und stand. Sie druckte einen Brief Liebknecht's ab, worin gegen Most gesagt war, Loßschlagen oder Verbleiben auf dem Boden des Sozialistengesetzes, ein drittes gebe es nicht, aber sie veröffentlichte auch eine Zuschrift

„Aus Berlin“, worin es hieß, mit dem Glauben, daß die Sozialdemokratie tief genug in den Massen eingewurzelt sei, um ganze Jahre äußerer Ruhe ertragen und jedes materiellen Bandes entbehren zu können, sei ebensowenig ausgerichtet, wie mit Theatereffekten; es gebe wohl noch ein drittes: eine energische Haltung, defensiv und offensiv, unter Benützung der Umstände innerhalb und außerhalb des Deutschen Reichs.

Endlich griffen auch Marx und Engels in die unklaren Verhältnisse ein. Höchberg hatte sich nach dem Sozialistengesetz wie vor ihm als der treue Freund der Partei erwiesen; er half und unterstützte, wo er immer konnte, sein Vermögen galt ihm nur noch als Eigentum der Partei. Aber über seinen Schatten vermochte er nicht zu springen; er hielt an der Hoffnung fest, namhafte Kreise der herrschenden Klassen durch Belehrung und Berufung auf ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Sozialdemokratie zu gewinnen; er wünschte, daß die Partei solchen Elementen den Übertritt möglichst erleichtere, ihr wirtschaftliches Programm mehr betone, ihre politisch-revolutionären Überlieferungen mehr in den Hintergrund dränge. So ließ er zu Ostern 1879 von Brüssel aus zehntausend Exemplare von Schöffles Quintessenz des Sozialismus an Beamte, Juristen, Lehrer in Deutschland versenden, und in gleichem Sinne begründete er als Ersatz für die verbotene Zukunft ein paar neue wissenschaftliche Zeitschriften, die Staatswirtschaftlichen Abhandlungen unter dem Pseudonym eines Dr. R. F. Seyffert in Leipzig und das Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik unter dem Pseudonym eines Dr. Ludwig Richter in Zürich. Die Leipziger Zeitschrift, die in unregelmäßigen Zwischenräumen erschien, entging den Griffen des Sozialistengesetzes; sie beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der praktischen Sozialpolitik und stellte dem schutzöllnerischen Trugbilde des Schutzes der nationalen Arbeit eine internationale Arbeiterschutzesgebung als das wirkliche Interesse der Arbeiterklasse entgegen. Nicht so glücklich fuhr das Züricher Jahrbuch, das sofort verboten wurde, trotz seiner sehr vorsichtigen Haltung. Die erste Hälfte des ersten Jahrgangs, die im Sommer 1879 herauskam, enthielt ein paar Aufsätze von Greulich und Bollmar, eine Anzahl von Rezensionen und eine Reihe von Berichten über die sozialistische Bewegung in den modernen Kulturländern, zum großen Teile treffliche Arbeiten, die einen nicht unwesentlichen Fortschritt über die Haltung der Zukunft hinaus bekundeten.

Aber dieses Heft enthielt auch in einem besonderen Aufsatz „Mildblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“, die sich als „kritische Aphorismen“ gaben. Die Verfasser waren Höchberg und G. A. Schramm; Eduard Bernstein, der als literarischer Beirat Höchbergs in die Schweiz übergesiedelt war und als dritter Verfasser galt, hatte nur einige nebensächliche Zeilen beigezeichnet. War eine Selbstkritik der Sozialdemokratie im Augenblick ihrer härtesten Unterdrückung an sich schon bedenklich und schwierig, so gelang sie diesem Aufsatz nicht entfernt in halbwegs befriedigender Weise. Die bisherige Agitationsweise wurde einer bitteren, nicht einmal immer zutreffenden, geschweige denn taktvollen Kritik unterzogen; vor den „unfruchtbaren Debatten über den Zukunftsstaat“ wurde gewarnt, aber keineswegs im Sinne einer alle Utopien ausschließenden revolutionären Aktion, sondern nur im Sinne der bürgerlich-reformatorischen Praxis, und endlich wurde die Notwendigkeit betont, zahlreiche Anhänger aus den bestehenden und gebildeten Klassen zu gewinnen, wenn anders die mit so vielen Opfern an Kraft und Familienglück betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen sollte. Hiergegen protestierten Marx und Engels in einem Rundschreiben an Bebel, Bracke und andere; sie forderten, daß solche Ansichten nicht an leitender Stelle ausgesprochen werden sollten, wenn man sie überhaupt in der Partei dulden wolle.

Nun war das Züricher Jahrbuch freilich nicht zur Leitung der Partei berufen, aber neben der Laterne und der Freiheit vertrat es jetzt schon eine dritte taktische Richtung, ohne daß sich die berufene Stimme der Partei hören ließ. Die Notwendigkeit eines offiziellen, im Auslande erscheinenden Parteiorgans war nicht länger abzuweisen; das sah auch Geib ein, der sich am längsten dem Plane widersetzt hatte. Er selbst sollte das Erscheinen des neuen Blattes nicht mehr erleben. Am 1. August endeten seine Leiden; seinem Sarge folgten die Hamburger Arbeiter in einem gewaltigen Zuge, den bürgerliche Blätter auf 30 000 Köpfe schätzten, und an seiner offenen Gruft gelobten sich seine alten Freunde, unermüßlich im Geiste des unvergeßlichen Mannes weiter zu wirken.

Als Erscheinungsort des Parteiorgans wurde Zürich gewählt, wo die schweizerische Arbeiterbewegung eine eigene Druckerei besaß und auch sonst die günstigsten Bedingungen für das Gedeihen des Unternehmens vorhanden waren. Die Laterne hatte bereits Ende Juni ihr Erscheinen eingestellt, da Karl Hirsch selbst erkannte, daß die von ihm gewählte

Form eines politischen Pamphlets den Bedürfnissen der Partei nicht genüge. Die Freiheit konnte aber nach allem Vorgegangenen um so weniger zum offiziellen Organ ernannt werden, als Most sich immer mehr in eine sinnlose Revolutionspielerei verlor. In Zürich gab „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge“ am 28. September seine Probenummer heraus.

Er bekannte sich selbst als ein Kind des Sozialistengesetzes. Die farblosen Blätter, die in Deutschland noch von Parteigenossen herausgegeben würden, könnten bei mancherlei sonstigen Vorteilen doch kein Ersatz für die frühere Parteipresse sein; sie müßten nicht nur jede, auch die leiseste Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation vermeiden, sondern dürften sich nicht einmal, ohne die Gefahr der sofortigen Unterdrückung zu laufen, den dritten Teil der Offenheit erlauben, womit die bürgerliche Presse bisweilen gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen bespräche. Prinzipiell und taktisch stellte sich der Sozialdemokrat auf den Boden des Gothaer Programms; als Organ der deutschen Sozialdemokratie, die nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes sei, werde er für die allmähliche Aufklärung und Organisation der Massen wirken und alle scheinbar eher zum Ziele führende, in Wahrheit aber törichte und verderbliche Revolutionsmacherei bekämpfen. Obgleich er sich nicht im Machtbereiche der deutschen und österreichischen Partei befinde, gedenke er in der Form nach Möglichkeit jede Verletzung des gemeinen Rechts zu vermeiden, was seiner Rücksichtslosigkeit in der Sache keinen Eintrag tun solle.

Damit löste sich ein peinlicher Damm, und durch die Reihen der Partei lief wieder der alte bewährte Schlachtruf: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Zweites Kapitel.

Der neue Aufmarsch.

1. Die Musterung im Schlosse Wyden.

Gleich in seiner Probenummer konnte der Sozialdemokrat einen bedeutsamen Erfolg verzeichnen, den die Partei bei den sächsischen Landtagswahlen errungen hatte.

Die Entstehungsgeschichte der Vassalleschen Agitation erklärte zur Genüge, weshalb die sozialdemokratische Wahlthätigkeit sich zunächst auf die Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht, also auf die Reichstagswahlen konzentriert hatte. Aber mit ihrem stärkeren Wachstum hatte die Partei begonnen, sich auch an den Zensuswahlen für die einzelstaatlichen Landtage und die Gemeinden zu beteiligen, unbeschadet aller prinzipiellen Bedenken, in dem unverwüßlichen Drange, sich wo es irgend anging einen neuen Platz zum Handeln und zum Schlagen zu erobern. Dieser Drang wurde nur da gezügelt, wo die Möglichkeit jedes selbständigen Erfolges ausgeschlossen war, wie bei den Wahlen zum preussischen Landtage. Wo sich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten günstigere Aussichten boten, waren sie vielfach, und oft genug mit Erfolg, ausgenützt worden, nicht zulezt im Königreiche Sachsen. In den sächsischen Gemeindevertretungen saßen zahlreiche Sozialdemokraten, und auch die Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen, die alle zwei Jahre stattfanden, um je ein Drittel der Zweiten Kammer zu erneuern, hatte allmählich so zugenommen, daß Grimmitschau 1877 den Anwalt Freytag als ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag sandte. Immerhin war vor dem Sozialistengesetze kein allzu großes Gewicht auf die Beteiligung an den Zensuswahlen gelegt worden; als nun aber am 10. September 1879 neue Wahlen für den sächsischen Landtag stattfanden, und zwar besonders in solchen Bezirken, die wie Leipzig-Land, Chemnitz, Zwickau bei den Reichstagswahlen von 1878

verloren gegangen waren, beschloßen die sächsischen Parteimitglieder eine Kraftprobe zu unternehmen.

Etwa zwei Drittel der sozialdemokratischen Reichstagswähler wurden durch den Zensus von der Landtagswahl ausgeschlossen, trotzdem gelang es, Liebknecht in der westlichen Hälfte von Leipzig-Land und den Rechtsanwalt Puttrich in Zwickau durchzubringen. Auch in den Bezirken, wo die Parteikandidaten unterlagen, war die eroberte Stimmenzahl verhältnismäßig sehr günstig, und besonders hatte sich die private Organisation von Mann zu Mann, die unter dem Sozialistengesetz allein noch möglich war, vortrefflich bewährt. Bis zum dritten Tage vor der Wahl befanden sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien in vollständigem Dunkel über die sozialdemokratischen Absichten. Zwar schwante ihnen eine Überrumpelung, und die Polizei hatte den strengsten Befehl, jede sozialdemokratische Wahlbewegung sofort zu unterdrücken; um ihren patriotischen Heldenmut vorläufig zu fühlen, verbot sie drei Blätter in Dresden, Chemnitz und Glauchau, von denen keines auch nur im entferntesten gegen das Sozialistengesetz verstoßen hatte. Aber der Überfall gelang vollkommen: in der Frühe eines Herbstsonnetages schwärmten Hunderte von Parteigenossen aus den verschiedenen Zentren der Wahlbewegung aus, und am Abend desselben Tages hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Wahlaufruf und Stimmzettel. Nur in Chemnitz, wo der Polizeier Siebdracht wie ein türktischer Pascha hauste, wurden zwanzig Personen, darunter die Reichstagsabgeordneten Wahlteich und Wiemer, beim Falzen der Wahlaufrufe und Stimmzettel überrascht und alle, wie ein Bündel Zigarren mit einem Stricke zusammengebunden, auf das Polizeigebäude geschleppt. Sie mußten freilich bei gänzlichem Mangel eines auch nur scheinbar verbrecherischen Tatbestandes sofort wieder entlassen werden, nur den Kandidaten Wahlteich behielt man bis nach vollzogener Wahl in Haft; mit diesem widergesetzlichen Streiche wurde denn auch der Sieg von „Gesetz und Ordnung“ in Chemnitz gesichert.

Der Treueid, den Liebknecht und Puttrich bei ihrem Eintritt in den sächsischen Landtag leisten mußten, wirbelte einigen Staub in der Partei auf, obgleich er nichts als eine leere Formalität war. Der gehässigen Polemik Mosts zu geschweigen, so focht auch Karl Hirsch deshalb eine scharfe Fehde mit Hasenclever aus. Doch schief der Streit sehr schnell ein. Machten die besitzenden Klassen die Erfüllung staatsbürgerlicher

Rechte und Pflichten von dem Herfagen einiger schwillstigen Säge abhängig, so durften sich die arbeitenden Klassen dadurch nicht einen Augenblick beirren lassen; Most selbst hatte bei seiner Aufnahme in den sächsischen Staatsverband einen ganz gleichen Treueid geleistet. Ein trauriges Ereignis zeigte allzu bald und allzu gründlich, wie nützlich eine Vertretung der Arbeiterklasse im sächsischen Landtage war. Kaum hatte Liebknecht am 27. November im Dresdener Landhause die gemeingefährliche Ausbeutung der sächsischen Bergarbeiter kräftig geißelt, als am 2. Dezember eine furchtbare Explosion im Zwickauer Brückenbergschachte 89 Menschenleben vernichtete, einzig durch die Schuld des ausbeuterischen Kapitals, das trotz der gestörten Ventilation die Kohlenförderung nicht auf ein paar Stunden aussetzen wollte. Unter dem Eindruck dieser entsetzlichen Katastrophe fand eine Woche später in Magdeburg eine Nachwahl zum Reichstage statt, die der Sozialdemokratie einen großen Erfolg einbrachte. Auf ihren Kandidaten Bierck fielen in der Hauptwahl 4721, in der Stichwahl 7312 Stimmen. Gleich darauf kamen bei einer Gemeindevahl in Gßlingen von sieben zu wählenden Gemeinderäten fünf Sozialdemokraten durch, wie auch bei Gemeindevahlen in Glauchau-Meerane und Mannheim schöne Erfolge erzielt wurden, und im pfälzischen Städtchen Lambrecht eroberten die blutarmen Weber abermals das Rathaus. Allerdings mußten sie wieder weichen, da die fünfzehn zu Stadträten gewählten Arbeiter von ihren Ausbeutern mit sofortiger Entlassung bedroht wurden, aber welcher Ruhm für die Gesellschafts- und Staatsretter, wenn ihre „Siege“ noch schmählischer waren als ihre Niederlagen!

Derweil hatte der Sozialdemokrat seine klärende und sammelnde Wirksamkeit begonnen. Für Redaktion und Verlag zeichnete der schweizerische Parteigenosse Herter, und an der finanziellen Sicherung des Blattes, das vorerst nur mit Fehlbeträgen arbeiten konnte, beteiligte sich Höchberg mit gewohnter Opferwilligkeit. Aber der Sozialdemokrat wurde doch von vornherein, was er werden sollte: ein Organ der Gesamtpartei. Die enge und nahe Verbindung mit der deutschen Partei schützte ihn vor den Gefahren der Emigranteliteratur. In seinem ersten Jahrgange machte sich eine gewisse theoretische Unsicherheit geltend, nicht mehr jedoch, als in der Partei selbst davon noch vorhanden war; die eiserne Notwendigkeit des Kampfes drängte zunächst alle Theorie in den Hintergrund. Die Sprache des Blattes war ernst und würdig,

gewiß nicht frei von kräftigen Ausdrücken, sobald es infame Handlungen richtig zu kennzeichnen galt, aber frei von allem vulgären Zynismus.

Die Beschuldigung, daß der Sozialdemokrat damit begonnen habe, den im Dienste der Partei geleisteten Meineid zu rechtfertigen, beruht auf einer groben Fälschung. In Frankfurt a. M. war der Parteigenosse Ibsen von den Geschworenen wegen angeblichen Meineids schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden, weil er durch eine falsche Zeugenaussage einen, wegen Verbreitung einer verbotenen Schrift angeklagten, Freund gedeckt haben sollte. Wegen angeblichen Meineids, denn Ibsen war vollkommen unschuldig verurteilt worden. Hiervon abgesehen, billigte der Sozialdemokrat in einem von Hasenclever verfaßten Artikel mit keiner Silbe den Meineid, wenn er geleistet worden wäre; er stellte nur die damals landesübliche Gewissensfolter an den Pranger, die einen Mann entweder zum Verrat an einem Freunde oder zum gerichtlichen Meineide zwingt; er beanspruchte menschliches Erbarmen mit dem Unglücklichen, der in solchem Konflikt strauchelt und gegen das Gesetz verstößt: „Für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher.“ Es war dieselbe Anschauung, aus der heraus Schiller seinen Verbrecher aus verlorener Ehre geschrieben hatte; daraus eine Rechtfertigung des Meineids im Dienste der Partei zu konstruieren, bewies nur die geistige und sittliche Verwahrlosung derer, die sich mit dieser Lüge beleckten.

Was sich, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, eher gegen den Sozialdemokraten einwenden ließ, war der beträchtliche Raum, den er auf das Ausreuten des in der Partei aufgeschossenen Unkrauts verwenden mußte. Es wollte nicht viel besagen, ja es war ein entschriebener Vortheil, daß der scharfe Wind des Sozialistengesetzes sehr schnell die Spreu von dem Weizen sonderte und alle unsicheren Elemente wegblies, die sich dem raschen Siegeszuge der Partei nach dem Gothaer Vereinigungskongresse angeschlossen hatten. Viel beklagenswerter war es schon, daß manche altbewährte Genossen ermattet die Waffen von sich warfen oder selbst der Versuchung unterlagen, sobald die Polizei sie vor die Wahl stellte, entweder ihre und ihrer Familien Existenz vernichtet zu sehen oder zu Verrätern an ihrer Sache zu werden. Aber auch diese Fälle verschwanden in der Fülle aufopfernder Treue, und der Jubel der Gegner über die Proskriptionslisten des Sozial-

demokraten bestätigte nur, daß die Partei eiserne Zucht in ihren Reihen aufrecht zu erhalten entschlossen war. Wirklich bedenklich war dagegen der Einfluß, den Most in dem ersten Jahre der Verwirrung gewonnen hatte. Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotzige Naturen, die auf die Stimme der Londoner Freiheit hörten, die um so mehr darauf hörten, je härter sie unterdrückt wurden. Namentlich in Berlin, wo der kleine Belagerungszustand im November 1879 erneuert worden war und fortbauend dazu benutzt wurde, das klassenbewusste Proletariat zu zehnten, hatte Most einen gewissen Anhang gewonnen, und auch unter den Berliner Ausgewiesenen herrschte eine entzündliche, jedem Argwohn und Verdacht leicht zugängliche Stimmung. Da die Polizei die Sammlungen für die Ausgewiesenen verboten hatte, mußten sie im Geheimen fortgesetzt, und mußte ihr Ergebnis auch im Geheimen verteilt werden, woraus allerlei Klatschereien und Reibungen entstanden. Most erklärte diese Sammlungen überhaupt für eine philisterhafte Tätigkeit. Seitdem ihm mit dem Erscheinen eines ausländischen Parteiorgans jeder ernsthafte Grund zur Beschwerde genommen worden war, verrante er sich ganz und gar, warnte die Arbeiter vor der Teilnahme an den Wahlen, feierte die Attentate Höbels und Nobilings, arbeitete mit wenig ehrenhaften Mitteln auf die Bildung einer neuen „sozialrevolutionären“ Partei hin. In allen diesen Dingen freie Bahn zu schaffen, war eine oft unerfreuliche, mit vielem kleinlich-persönlichen Haber verknüpfte, aber bei alledem notwendige Aufgabe.

Im allgemeinen wurde ihr der Sozialdemokrat mit großem Eatte gerecht. Er drang von Woche zu Woche tiefer ins deutsche Proletariat ein, trotz aller polizeilichen Spürkünste, trotz der Hunderte von Haus-suchungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattfanden, trotz aller postalischen Briefstiebereien. In diesem Guerillakriege schürzten sich die neuen Fäden der Organisation, die mit den Sammlungen für die Ausgewiesenen angeknüpft worden waren, zu einem Gewebe, das, wie ein Staatsanwalt in Magdeburg schon 1880 klagte, wohl in einzelnen Maschen aufgelöst, aber niemals zerrissen werden könne. Das hungernde und verachtete Proletariat erwies sich als der wirkliche Herr der modernen Produktions- und Verkehrskräfte, mit deren Waffen es die historisch längst überlebte Polizeiwirtschaft spielend überwand. Alles Ding will gelernt sein, und gelegentlich wurde eine Sendung des

Sozialdemokraten oder anderer verbotenen Schriften abgefangen, aber bald arbeitete die „rote Feldpost“ mit einer Genauigkeit und Pünktlichkeit, vor der die reklamenhaft aufgebauschte „Friedigkeit“ der offiziellen Reichspost ruhig die Segel streichen konnte. Neben dem Sozialdemokraten erwies sich die Verbreitung von Flugblättern als ein wirksames Agitationsmittel; ehe ein Verbot hinterher hinken konnte, waren die Flugblätter gewöhnlich verteilt. Als die Dresdener Polizei eine mündliche Berichterstattung Nebels an seine Wähler verbot, erstattete Nebel den Bericht in einem Flugblatte, daß an einem Sonntagmorgen zwischen 7 und 9 Uhr von 700 Mann in 30000 Exemplaren so geschickt und schnell verteilt wurde, daß die Polizei, als sie dahinter kam, nur noch ein paar einzelne Exemplare erwischte.

So sicher wurden die Arbeiter bald ihrer unbezwinglichen Kraft, daß sie mit ihren Verfolgern spielen lernten, wie die Kage mit der Maus. Im Februar 1880 ging ein Züricher Parteigenosse, den der Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen über die Expeditionsweise des Sozialdemokraten ausholen wollte, scheinbar darauf ein, jagte den Staatsretter mit seinem Gefolge von Spitzeln an die belgische Grenze, während dessen eine große Sendung verbotener Schriften über die schweizerische Grenze ging, und lieferte den erhaltenen Südensold an die Kasse des Sozialdemokraten ab, der darüber als „von Schnüffel und Vangohr im Deutschen Reiche“ quittierte. Einen Monat darauf wurde in Lindau von der Zollbehörde ein großes Kolli angehalten, das, aus einem kleinen Orte in Borarlberg in ein Mainstädtchen in Franken adressiert, angeblich Papierabfälle, unter solchen Abfällen verpackt aber eine Sendung des Sozialdemokraten enthielt. Stolz auf ihren Fang bargen die Zöllner ihn in ihrem Keller, aber am nächsten Morgen war er verschwunden, und die Sendung gelangte in die richtigen Hände. Im Reiche selbst wurde zu gleicher Zeit der Magdeburger Polizei ein lustiger Streich gespielt. Mit ihrer Genehmigung hatte ein patriotischer Buchhändler eine Schrift in rotem Umschlage veröffentlicht, unter dem verlockenden Titel: Der Sieg der Sozialdemokraten oder die Idee Deutschland als Republik, von einem Parteifreunde. Die Schrift begann mit radikalen Phrasen, um dann in eine dringliche Empfehlung polizeifrommer Gesinnung auszulaufen. Flug erschien eine zweite Schrift, genau in der gleichen Ausstattung, mit dem gleichen Titel und der gleichen Einleitung, aber danach mit einem Inhalte, der des

Sozialistengesetzes spottete. An 25 000 Exemplare wurden unter der fördernden Mitwirkung der hohen Polizei verbreitet, die erst nach zwei Monaten dahinter kam, welches Kuckucksei sie ausgebrütet hatte. Nun war guter Rat teuer. Sollte sie ihr eigenes Nachwerk mitverbieten oder die Kontrebande mitlaufen lassen? Das schwierige Dilemma schärfte ihre trüben Sinne, und am 9. Mai 1880 verfügte die königliche Regierung in Magdeburg, die Schrift mit dem blaßroten Umschlage sei polizeilich erlaubt, aber die Schrift mit dem hellroten Umschlage sei polizeilich verboten. Also zu lesen im Deutschen Reichsanzeiger und nicht etwa im Amtsblatte von Schilda.

Über solchen ergöhlischen Scherzen verkannte die Sozialdemokratie nicht den Ernst der Lage. Für alle moralischen Niederlagen entschädigte sich die Polizei durch den ausgiebigen Gebrauch, den sie von den materiellen Machtmitteln ihrer schrankenlosen Diktatur machte, und im Frühjahr 1880 brachte Bismarck den Antrag an den Reichstag, das noch auf ein Jahr laufende Sozialistengesetz auf fünf weitere Jahre zu verlängern. Der Säkularmensch konnte nicht mehr ohne den Belagerungszustand regieren, mit dem nach Cavour's bekanntem Worte jeder Esel regieren kann.

Die schönen Früchte, die nach Bismarck's Versicherung das Sozialistengesetz zeitigen sollte, hatten sich als eitel Staub und Asche erwiesen. Der Notstand, den angeblich die sozialdemokratische Agitation verschuldet hatte, war nach ihrer Unterdrückung fast noch unerträglicher geworden als vorher. Seinen Höhepunkt erreichte er um die Jahreswende von 1879 auf 1880. An den verschiedensten Orten Deutschlands, im Spessart, in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge, in Oberschlesien herrschte selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine grauenhafte Hungersnot. Ein überaus strenger Winter und verheerende Überschwemmungen im Frühjahr kamen hinzu. Wenn aber selbst dadurch die Kraft der sozialdemokratischen Partei nicht gebrochen wurde, so wurden um so weiter die Augen der armen Bevölkerung geöffnet, die bisher noch an den Erlöser Bismarck geglaubt hatte. Bis auf den Tod entkräftet, wie sie war, fühlte sie doppelt scharf die neuen Schröpfungspfeile der Finanz- und Schutzölle. Die Lohnerhöhung, die den industriellen Arbeitern durch die Schutzölle beschert werden sollte, blieb natürlich aus; vielmehr wurden die Löhne, wo es irgend anging, noch gedrückt; waren die Arbeiter doch auch in dieser Beziehung durch die

Zerstörung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen wehrlos gemacht worden! Das ländliche Proletariat wurde aufgeklärt durch das Feld- und Forstpolizeigesetz, womit die preussische Selbstvertretung in ihrer unstillbaren Profitgier die Blaubeeren und Fichtennadeln verschlang, die der blutigen Armut noch vom alten Gemeineigen am Walde geblieben waren. Unter so bewandten Umständen wußte ein erleuchteter Staatsmann, wie Bismarck, nichts Besseres zu tun, als den Belagerungs- zustand zu verschärfen: in der Frühjahrssession 1880 verlangte er vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 25 615 Mann.

Die Militärvorlage wurde von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit ohne viel Federlesens bewilligt. Einzelne Nationalliberale jammerten allerdings ein wenig über die Unerfülltheit des Militarismus, jedoch einiges Säbelgerassel Moltkes machte sie schnell verstummen. Seit dem russisch-türkischen Kriege hatte das Dreikaiserbündnis einen unverwundlichen Stoß erhalten; die widerstreitenden Interessen Oesterreichs und Rußlands in der Orientfrage waren scharf aufeinander gestoßen, und wie eifrig immer Bismarck in den siebziger Jahren und namentlich auf dem Berliner Kongresse die zarischen Interessen vertreten hatte, so klagte Väterchen doch bitter über die Undankbarkeit des geirren Vasallen. Die neue Gruppierung der europäischen Mächte stellte Deutschland, Oesterreich und halb auch Italien dem Zweibunde Rußland-Frankreich gegenüber. Die Annexion Elsaß-Lothringens reifte jetzt ihre bitteren Früchte. Die sozialdemokratische Politik nach Sedan konnte nicht hüdniger gerechtfertigt werden, als durch die steigenden Militärforderungen, die nach der Versicherung der Regierung notwendig sein, um gegen „zwei Fronten“, gegen Frankreich und Rußland gerüstet zu sein. Eben das hatte der Braunschweiger Ausschuß in seinem Manifeste vorausgesagt. Von gleichem Standpunkt aus kritisierte Bebel die Militärvorlage, ohne zu verhehlen, daß auch die Sozialdemokratie bereit sei, den vaterländischen Boden gegen fremde Eroberungsgelüste zu verteidigen. Er begründete diese von Most, aber auch von einzelnen treuen Parteimitgliedern angefochtene Auffassung ausführlich im Sozialdemokraten: die international gesinnte Sozialdemokratie sei nicht vaterlandslos, ihr dürfe nicht gleichgültig sein, ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme oder ausländische Eroberer Fesseln deutschen Landes an sich rissen, auch

das Proletariat brauche die nationale Unabhängigkeit, um seinen Emanzipationskampf mit Kraft und Nachdruck führen zu können. Es war die alte Auffassung, die 1859 von Marx, Engels und Lassalle betätigt, in den Anfängen der deutschen Partei von Lassalle und Schweitzer vertreten und nur in den wirrenreichen Jahren des norddeutschen Bundes hier und da verbunkelt worden war.

Die Sozialistenvorlagen der Regierung enthielten nichts als einige dürftige und nichtsagende Nebenarten, sowohl der Rechenschaftsbericht über die Handhabung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, als auch der Gesetzentwurf, der die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre verlangte. Sie waren, wie alle Vorlagen ähnlicher Art, die dem Reichstage im nächsten Jahrzehnte zgingen, nach dem Schema gearbeitet, das Macaulay einmal als die Logik aller schlechten Regierungen in die Formel gebracht hat: „Wenn das Volk unruhig ist, so ist es für die Freiheit nicht reif; wenn es ruhig ist, so verlangt es nicht nach Freiheit.“ So sagte das System Bismarck entweder: das Sozialistengesetz hat Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es verlängert werden, oder aber es sagte: das Sozialistengesetz hat noch keine Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es erst recht verlängert werden. Zwischen diesen beiden genialen Gesichtspunkten taumelten seit 1880 die „Begründungen“ aller Sozialistenvorlagen wie betrunken einher; vielleicht haben die Geheimräte, die sie auszuarbeiten hatten, wirklich beim Frühschoppen ausgewürfelt, ob sie ihre Nebenarten mehr auf diesen oder auf jenen Seiten schlagen sollten, jedenfalls war niemals irgend ein Zusammenhang mit der konkreten Entwicklung der Dinge in diesen Schriftstücken zu entdecken. Die unabhängigen Organe der bürgerlichen Presse erklärten halb genug, es lohne nicht, die Makulatur erst abzudrucken, und um so weniger darf sich eine historische Darstellung damit befassen. Im Jahre 1880 war die Frage des Sozialistengesetzes, die 1878 noch für viele seiner Befürworter mit mancherlei ideologisch-moralischem Ballast bepackt gewesen war, längst zur simplen Machtfrage geworden, die allein nach den Bedürfnissen des praktischen Klassenkampfes entschieden wurde.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit war bereit, das Gesetz zu verlängern. Die Nationalliberalen stellten nur zwei Bedingungen: die Verlängerung sollte sich nicht auf 5, sondern nur auf $3\frac{1}{2}$ Jahre, bis zum 30. September 1884 erstrecken, und die polizeiliche Ausweisungsges-

befugnis nach § 28 sollte Mitglieder gesetzgebender Körperschaften während deren Sessionen nicht berühren. Beides bewilligte die Regierung; auf die kleine Abkürzung der Frist kam es ihr nicht an, und mit der Verfolgung Frißches und Hasselmanns wegen Banubruchs war sie inzwischen auch bei den Gerichten abgebligt. Von allen Nationalliberalen stimmte nur Lasfer unbedingt gegen jede Verlängerung; damals schon ein sterbender Mann, der seine politischen Sünden erkannte und sie an seinem Telle zu sühnen versuchte, sprach er die Wahrheit aus, daß die Regierung die ihr gegen die Sozialdemokratie übertragenen Befugnisse, entgegen ihren Versprechungen, in grober Weise mißbraucht habe. Seine Parteigenossen halfen sich über das unbequeme Geständnis mit der gewissenlosen Bemerkung fort, wenn Unkraut ausgejätet werde, lasse es sich nicht vermeiden, daß auch gesunde Pflanzen mit ausgerissen würden.

Von den bürgerlichen Oppositionsparteien waren die Ultramontanen jetzt darüber beruhigt, daß sie von dem Ausnahmegezet nicht behelligt würden, und also auch bereit, es zu verlängern, nur sollten um des lieben Scheins willen ihnen einige „Milderungen“ zugestanden werden. Der alte Windthorst verlangte, daß der kleine Belagerungszustand auf Berlin beschränkt, Sammlungen für Ausgewiesene nicht verboten, Wahlversammlungen nicht den Beschränkungen des Gesetzes unterliegen sollten, und anderes mehr. Die Regierung und ihre konservativ-nationalliberale Mehrheit gingen nicht darauf ein: die bekehrten „Reichsfeinde“ sollten ohne alles Nasonnieren über den Stod springen; 14 Ultramontane waren auch dazu bereit. Da so die Mehrheit für das Gesetz reichlich gesichert war, konnten sich die Fortschrittler noch einmal den ungetrübten Genuß ihrer gesinnungstüchtigen Tiraden gönnen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Wahlteich in der ersten Besung sehr gut und kräftig. Gegenüber dem Gerede der Gegner, daß die Sozialdemokratie die Revolution im „Heugabelstnne“ wolle, nach dem Muster des nihilistischen Terrorismus in Rußland, der damals in seiner Blüte stand, legte er dar, daß die Revolution in altem Stile mit Barrikaden und dergleichen bei der Vervollkommnung der Waffen und der Ausbildung des modernen Militarismus schon aus rein technischen Gründen unmöglich sei; deutsche Sozialdemokraten und russische Nihilisten seien nach ihren Ursprüngen und Zielen ganz verschiedene Parteien und demgemäß auch auf eine ganz verschiedene Taktik angewiesen. Ähnlich stellte sich Bebel zum russischen Nihilismus. An der

zweiten Lesung beteiligte sich die Fraktion durch Abänderungsanträge, natürlich nur zu dem Zwecke, ausreichend zum Worte kommen und die ungeheuerliche Polizeiwirtschaft nach den verschiedensten Seiten beleuchten zu können. Ohnehin waren ihre Anträge so abgefaßt, daß, wie ein nationalliberaler Redner sagte, bei ihrer Annahme nur das Schneckenhaus bleiben, die Schnecke selbst aber verschwunden sein würde. In der dritten Lesung sprach Hasselmann, im ganzen nicht ungeschickt, aber mit der plump-herausfordernden Wendung schließend: er bebauere, daß mehrere seiner Kollegen die Gemeinschaft mit den russischen Nihilisten abgelehnt hätten, er nehme sie an, die Zeit des parlamentarischen Geschwäges sei vorüber, und die Zeit der Taten beginne. Dann wurde die Vorlage der Regierung mit 191 gegen 94 Stimmen genehmigt.

Einen ungünstigeren Augenblick, als den Tag, an dem die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse auf eine Reihe von Jahren erstreckt wurde, hätte sich Hasselmann für sein Pronunziamento nicht wählen können. Seit dem Gothaer Kongresse von 1876 hatte er in seiner frondierenden und intrigierenden Haltung beharrt, ohne irgend ein erkennbares Prinzip, es sei denn, daß er mit der „schwierigen Faust“ der Arbeiter kokettierte. Die unbestreitbaren Verdienste, die er sich als geistiger Leiter des Neuen Sozialdemokraten erworben hatte, erhielten ihm die Anhänglichkeit mancher Arbeiterkreise, besonders in Berlin und Elberfeld-Barmen, den Stätten seiner persönlichen Wirksamkeit, jedoch zu einer Fraktion Hasselmann brachte er es nicht. Nach dem Erlasse des Sozialistengesetzes waren von seinen Reichstagskollegen die verschiedensten Versuche gemacht worden, ihn wieder zur rückhaltlosen Mitarbeit für die Parteiinteressen heranzuziehen, allein sie scheiterten an seinem mißtrauischen und verschlossenen Wesen. Er schürte vielmehr alle Verstimmungen, die irgendwo in der Partei aufstauchten, und die parlamentarische Fraktion hatte längst die Frage erwogen, ob diesem heimlichen Verbüchrigungskriege nicht ein offenes Zerbrechen des Tisches vorzuziehen sei. Um so besser, daß Hasselmann jetzt selbst brach und sich freiwillig zu einem politisch toten Manne machte.

Seine hartnäckige Absonderung scheint seinen politischen Blick vollständig getrübt zu haben; sonst hätte er aus einer Reihe von Nachwahlen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1880 stattfanden, erkennen müssen, wie wenig das klassenbewußte Proletariat die politische Tätigkeit mit der „Propaganda der Tat“ zu vertauschen gedachte. Am 2. März

wurde Auer in Glauchau-Meerane mit 8225 gegen 7288 Stimmen gewählt, an Stelle Brades, der wegen schwerer Krankheit sein Mandat niedergelegt hatte. Der Wahlkreis war freilich ein altes Besitztum der Partei, aber gerade damals herrschte in ihm ein furchtbarer Notstand, dessen lähmenden Einfluß zu überwinden eine hohe geistige Energie der hungernden Weber erforderte. Viele dieser Braven verzichteten auf jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, um nur ja ihr Wahlrecht nicht zu verlieren. Scheinbar nicht ganz so günstig verlief am 15. April eine Nachwahl in Berlin II, wo auf den sozialdemokratischen Kandidaten nur etwa 3000 Stimmen fielen, um die Hälfte weniger als im Attentatsjahre. Erwog man aber, daß in Berlin jeder sozialdemokratische Wähler vor der Gefahr sofortiger Ausweisung stand, so war auch dies Ergebnis aller Ehren wert, und den Jubel der Gegner über eine so „segensreiche“ Wirkung des kleinen Belagerungszustandes dämpfte selbst ein konservatives Blatt mit der skeptischen Frage, wie viele liberale oder konservative Stimmen wohl unter den Umständen aufgebracht worden wären, unter denen die Sozialdemokratie doch immer noch 3000 Stimmen gemustert habe. Wenn es aber eine kleine Scharte gewesen wäre, so wurde sie am 27. April glänzend ausgeweht durch die Wahl Hartmanns in Hamburg II, wo 13 155 sozialdemokratische Wähler gleich im ersten Anlauf 6451 fortschrittliche und 3583 nationalliberale Wähler schlugen. Damit war der erste Wahlkreis unter dem Sozialistengesetz neu erobert worden; mitten in die Beratungen des Reichstags über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schleuderte das alte treue Hamburg diesen schneidenden Protest. Der Sieg wurde unter den schwierigsten Umständen erfochten, trotz der Unterdrückung jeder Wahlagitiation, trotz der Verhaftung des Wahlkomitees und der Beschlagnahme des Wahlfonds, trotz der Konfiskation selbst eines harmlosen Flugblattes, das die Wähler zur Einsicht der Wahllisten aufforderte. Nur ein Schatten fiel auf den schönen Erfolg; an demselben Tage starb Brade, durch einen Blutsturz dahingerafft; wie Geib, hatte er noch nicht sein vierzigstes Lebensjahr erreicht.

Auch für die inneren Parteiverhältnisse war diese Wahl von Bedeutung. In Hamburg gab Hasselmann einige farblose Wochenblätter heraus, und wenn irgendwo, so mußte er hier seine „Taten“ beginnen. Er dachte aber nicht daran, wagte sogar seine Brandrede nur verstimmt in seinen eigenen Blättern abzudrucken und intrigierte bloß

in der alten Weise weiter, nur daß seine Verbächtigungen ihr Gift verloren hatten, seitdem er offen damit hervorrücken mußte. Sein kleiner Anhang schmolz vollständig zusammen, und der große Revolutionär wurde der willenslose Spielball preußischer Spigel. Als ein gewisser Neumann, ein angeblicher „Sozialrevolutionär“ aus Berlin, auf der Reise nach London bei Hasselmann vorsprach, gab dieser dem falschen Bruder einen blutdürstigen Artikel für die Freiheit mit. Als dann verlautete, daß Neumann wahrscheinlich ein Spigel sei, wie er es denn wirklich war, hielten Hasselmann und sein Helfershelfer Karl Schneidt, ein ehemaliger Privatlehrer, schleunige Flucht für um so geratener, als sie bei den deutschen Arbeitern nichts mehr zu verlieren hatten. Gefördert und unterstützt wurde ihre Ausreizerei durch einen anderen Spigel, den Blaufärber Wichmann, und zwar im Auftrage des Polizeikommissars Engel in Altona, der vor Hasselmann so große Angst hatte, daß er den „Mann der Tat“ zur Auspionierung der ausländischen Anarchistenparteien mißbrauchte. Hasselmann, der erst nach Belgien, dann nach England und endlich nach Amerika ging, empfahl den Helfer seiner Flucht überall als einen treuen Gesinnungsgenossen; Wichmann wurde ein geschätzter Korrespondent der Freiheit und erhielt von den ausländischen Anarchisten die vertraulichsten Mitteilungen, die er brühwarm zu Engel trug. Ebenso kläglich, wie Hasselmanns Pronunziamento, verlief der Versuch zweier Berliner Ausgewiesenen, des Maurers Körner und des Zimmerers Fin, der Partei von rechts her in den Rücken zu fallen; kaum hatten sie sich für die „Sozialreformer“ Wisnarek und Stöcker begeistert, als sie abgetane Leute waren; es hat sich niemals auch nur ein dritter Mann zu ihnen gefunden, um wenn nicht eine reichsfreundliche Arbeiterreformpartei, so doch einen reichsfreundlichen Arbeiterreformklub zu bilden.

Mit Most war im Monat Mai noch ein letzter Versuch der Verständigung gemacht worden. Um diese Zeit sollte in Morichach am Bodensee ein geheimer Parteikongreß stattfinden, zu dem Most als Delegierter mit Mandaten von Berlin und Crimmitschau in der Schweiz erschienen war. Der Kongreß mußte verschoben werden, da die Polizei hinter seine Vorbereitungen gekommen war, und Most agitierte nun in den schweizerischen Städten. Dabei kam es in Zürich mit den dortigen Anhängern der Partei zu eingehenden Auseinandersetzungen und zur einstimmigen Annahme einer Resolution, wonach alle persönlichen An-

griffe auf beiden Seiten eingestellt und die sachlichen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise ausgetragen werden sollten. Jedoch als Most nach London zurückgekehrt war, verleugnete er diese Abmachung und setzte die alten Hezereien fort. Sie wurden den Arbeitern nun halb so widerlich, wie Hasselmanns Brandreden. Als in Berlin V, wo im Attentatsjahre 3615 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, im Juni eine Nachwahl stattfand, bei der die Partei wegen absoluter Aussichtslosigkeit einer Parteikandidatur demonstrative Wahlenthaltung angeordnet hatte, ließ sich Most von seinen Anhängern als Kandidaten aufstellen und erhielt gerade 203 Stimmen. Unter den Berliner Parteigenossen herrschte mancherlei Mißstimmung, und die schmerzende Geißel des kleinen Belagerungszustandes machte sie noch am ehesten empfänglich für eine Taktik, die Auge um Auge und Zahn um Zahn forderte. Aber sie waren viel zu erprobte und geschulte Parteigenossen, um ihrer Parteipflicht nicht in vollem Umfange nachzukommen, und alle separatistischen Bestrebungen lagen ihnen durchaus fern.

Der geplante Kongreß tagte dann vom 20. bis zum 23. August auf dem alten Schlosse Wyden, das bei Ossingen im Kanton Zürich etwas abseits von der Heerstraße liegt. Er wurde von 56 Delegierten besucht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus den verschiedenen Teilen Deutschlands gekommen waren; außerdem waren Vertreter der deutschen Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien, sowie je zwei österreichische und schweizerische Parteigenossen zugegen. Die Sozialisten aller Länder schickten zahlreiche Begrüßungsschreiben und Sympathiezuschriften. Obgleich der Sozialdemokrat seit dem 20. Juni wiederholt zur Beschickung des Kongresses aufgefordert hatte, war das Geheimnis von Ort und Zeit so gut gewahrt worden, daß die vier-tägigen Beratungen völlig ungestört verliefen. Most und Hasselmann hatten sich nicht eingefunden, und sonst befanden sich unter den 56 Teilnehmern nur drei „Sozialrevolutionäre“, ein rheinischer Delegierter und die beiden Delegierten für Berlin.

Die acht Sitzungen des Kongresses führten zu manchem kräftigen Auseinanderplagen der Geister, aber zuletzt doch zu vollkommener Einigung. Die Kritik der im ersten Jahre des Sozialistengesetzes begangenen Fehler hatte jetzt nur noch ein historisches Interesse; mochten die einen die überaus schwierige Lage und die drückende Verantwortlichkeit der Führer

nicht gebührend veranschlagen, so übertrieben die anderen mit der Frage, was die Führer denn hätten ausrichten können, wenn die Massen versagten. Aber an der seit Jahr und Tag eingeschlagenen Taktik ließ sich grumbäglich nichts mehr aussetzen. Man fügte sich nicht mehr dem Sozialistengesetze, sondern setzte die alte Agitation in der alten Weise fort, trotz des Ausnahmegesetzes und gegen dieses Gesetz. Das Klassenbewußte Proletariat nahm die ihm geraubten Rechte aus eigener souveräner Kraft zurück, sicher, daß seine Todfeinde eher die Stürme des Himmels mit ihren Händen greifen, als seine Riesenglieder mit ihren rostigen Ketten fesseln könnten.

So beschloß der Kongreß, das Gothaer Programm dahin zu ändern, daß die Partei ihre Ziele mit allen Mitteln und nicht mehr bloß mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebe, die Reichstagsfraktion als Parteileitung und den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan anzuerkennen, in der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre einen Parteikongreß abzuhalten, die Organisation an den einzelnen Orten den Parteigenossen zu überlassen, an den Wahlen für Reichstag, Landtag und Gemeinde aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten teilzunehmen, insbesondere aber für die Reichstagswahlen von 1881 die allgemeinste und kräftigste Propaganda zu entfalten. So zwar, daß die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, ohne Rücksicht auf ihre Zahl, selbständig vorgehen und eigene Kandidaten aufstellen, bei Stichwahlen aber im allgemeinen sich der Stimme enthalten sollten. Die Stimmenthaltung bei Stichwahlen war ein altes Erbstück von den Gothaer Kongressen der siebziger Jahre her; durch die kraftlose Haltung der bürgerlichen Oppositionsparteien veranlaßt, hatte dieser Beschluß gewöhnlich nur ein papiernes Dasein geführt; war der vorgeschrittenere der beiden bürgerlichen Kandidaten, zwischen denen die Entscheidung lag, nur halbwegs annehmbar, so konnte er im allgemeinen auf die sozialdemokratischen Stimmen rechnen.

Auch die internationale Stellung der Partei wurde durch einige Beschlüsse bestimmt. Der Kongreß sprach dem Befreiungskampfe der russischen Muhliten seine Sympathie aus, wenn ihre durch die russischen Verhältnisse bedingte Taktik auch nicht für die deutschen Verhältnisse geeignet sei, und beschloß, einen von den belgischen Sozialisten für das Jahr 1881 geplanten Weltkongreß zu beschicken. Auf Anregung eines mit den amerikanischen Verhältnissen vertrauten Delegierten sollten ein

paar bekanntere Parteigenossen noch vor den nächsten Reichstagswahlen in den Vereinigten Staaten öffentliche Vorträge über die politischen Verhältnisse Deutschlands zum Besten des Unterstützungs- und Wahlfonds halten.

In den inneren Parteiwirren beschloß der Kongreß die Ausstoßung Hasselmanns und Mosts. Die drei „sozialrevolutionären“ Delegierten enthielten sich der Abstimmung, doch nur aus formalen Gründen, denn sie erkannten das falsche Spiel, das Hasselmann und Most gespielt hatten; namentlich ergab die sorgsame Prüfung der Rechnungen, daß alle Beschuldigungen wegen Verschleuderung der Parteigelber aus der Luft gegriffen worden waren. Eingelaufen waren von Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August 1880 rund 37310 Mark, und davon für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben 27650 Mark. Ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, die sich mindestens ebenso hoch beliefen.

Schloß das erste Jahr des Sozialistengesetzes mit einem Signale zum Sammeln, so schloß sein zweites Jahr mit der Musterung der gesammelten Truppen. Das Heer war marschbereit, und seine Fahnen wehten voran zu neuen Siegen.

2. Der entscheidende Kampf.

Als Antwort auf die Hamburger Wahl und den Bydener Kongreß führte Bismarck einen Schlag, den er schon lange geplant hatte: am 28. Oktober 1880 wurde über Hamburg-Altona und Umgegend, über ein Gebiet von 20 Seviertmeilen mit 600000 Einwohnern, der kleine Belagerungszustand verhängt. Der Hamburger Senat hatte lange mit setzner Einwilligung geögert; die Bourgeoisie der großen Handelsstadt lag damals in heftigem Zwiste mit Bismarck, der im Interesse seiner schutzöllnerischen Politik den Eintritt Hamburgs in den Zollverein betrieb; für ihn war es natürlich ein doppeltes Vergnügen, mit dem revolutionären Proletariat zugleich die widerhaarige Bourgeoisie zu treffen, die bald darauf denn auch die Waffen streckte.

Mit der Bourgeoisie waren die Hamburger Arbeiter für die Freihafenstellung der Stadt gegen Bismarck eingetreten, und wesentlich wohl diesem Umstande hatten sie es zu danken gehabt, daß sie in den beiden ersten Jahren des Sozialistengesetzes nicht übermäßig gequält

worden waren. Nicht als ob es ihnen an mancherlei Drangsalierung gefehlt hätte; war doch das Hamburg-Altonaer Volksblatt so schnell verboten worden, wie der Vorwärts und die Berliner Freie Presse. Aber noch vor der Verkündung des Sozialistengesetzes hatte Heinrich Diez, ein geborener Lübecker, der Leiter der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei, dies Geschäft übernommen, um es vor der Polizei zu schützen, und es gelang, die ersten Schläge durch die Gründung der Gerichtszeitung zu parieren, die von Bloß, Karl Hillmann, Oldenburg, dann auch von Auer redigiert wurde und schnell 12000 Abonnenten gewann. Vorsichtig gehalten, wurde sie in Hamburg gebulbet, dagegen in Altona in ihren ersten 42 Nummern fortgesetzt konfisziert. Die preussische Polizei wollte darin eine Fortsetzung des verbotenen Volksblatts sehen, und es entspann sich zwischen ihr und den Altonaer Kolporteurs, die um ihr tägliches Brot kämpften, ein wochenlanger Krieg, der schließlich auf eine durch zwei Instanzen getriebene Anklage des Altonaer Polizeianwalts mit dem Siege der angeklagten Kolporteurs endete. Auf Vorstellungen, die Diez bei dem Polizeikommissar Engel erhob, erwiderte dieser christliche Biedermann: „Sie haben Berliner Ausgewiesene in Ihrem Geschäft angestellt, das genügt.“ Die Hamburger Wahl vom 27. April zeigte dann, daß auch in den Samthandschuhen der Hamburger Polizei scharfe Nägel steckten, aber sie zeigte auch, daß den Hamburger Arbeitern nichts ferner lag, als gewalttames Losschlagen. Damit fehlte jede Voraussetzung für die Anwendung des § 28; die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Umgegend war nichts als ein böshafter Machtkakt.

Nicht minder böshaft war seine Ausführung. Ausweisungsbefehle erhielten sofort 75 Personen, darunter 67 Familienväter, ein paar Monate darauf folgten noch 30 Personen. Dem Gastwirt Fahl in Binneberg, der seit einem Jahre an der Schwindsucht darniederlag und das Bett nicht verlassen konnte, wurde ein Besuch um vorläufige Fristverlängerung rundweg abgeschlagen; es war ein echtestes Stücklein preussischen Christentums, daß Fahl in seinem schwer leidenden Zustande forttransportiert werden mußte. Unter den Hamburger Ausgewiesenen befanden sich Auer, Bloß, Diez, Hartmann, Karl Hillmann, die Brüder Kapell, Oldenburg, Praast, Reimer; die Mehrzahl von ihnen ging nach Amerika. Diez begab sich mit Auer und Hillmann nach Harburg, um die Gerichtszeitung aufrecht zu erhalten, doch wurde sie schon am

30. März 1881 verboten, angeblich wegen einer Notiz über — russische Polizeiwirtschaft, tatsächlich wegen ihrer Opposition gegen den Hamburger Zollanschluß. Sie wurde zwar sofort durch die Bürgerzeitung ersetzt, an der Johannes Wedde in erster Reihe tätig war, doch hatte das Hamburger Geschäft, wie Diez von einer Kommission bürgerlicher Fachmänner feststellen ließ, durch die Unterdrückungen und Verfolgungen seit dritthalb Jahren 100 000 Mark an Wert verloren. Zudem sperrte die Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes auf Stadt und Amt Harburg bald auch diesen Zufluchtsort.

Die Hamburger Ausweisungen kosteten der Partei manche alten Kämpfer; Hartmann, Karl Hillmann, Oldenburg, die beiden Kapells zogen sich von der Bewegung zurück. Aber die geschlossenen Reihen schwankten nicht einen Augenblick, und als der Reichstag am 30. und 31. März 1881 die Denkschriften über den Berliner und Hamburger Belagerungszustand diskutierte, gestand selbst die bürgerliche Presse, so kühn wie diesmal sei die Sozialdemokratie noch niemals im Reichstage aufgetreten. Und wohl verdienten die Reden Auer's und Bebel's das Lob des Sozialdemokraten: kein Zugeständnis, aber auch kein kindisches Drohen, kein Appell an die guten Herzen, aber auch kein theatrales Gepolter. Es war in den Tagen, wo die russischen Terroristen den Zaren Alexander hingerichtet hatten und eine neue Sozialistenfurcht unter den deutschen Spießern im Schwange ging. Die sozialdemokratischen Redner verschmähten jede wohlfeile Enttäuschung darüber, daß der Fluch schwerer Taten ihren Täter getroffen habe; sie lehnten die Taktik der russischen Revolutionäre für die deutschen Verhältnisse ab, aber für ihr gutes Recht sprachen sie, wie noch in keinem Parlamente der Welt dafür gesprochen worden war. Auer schloß: Tun Sie, was Sie wollen, wir sind auf alles gefaßt, und Bebel: Ihre Waffen werden in diesem Kampfe zersplittern, wie Glas am Granit.

Am Tische des Bundesrats trat ihnen zum erstenmal ein neuer preussischer Polizeiminister entgegen, jener hinterpommersche Grande v. Puttkamer, dessen Name für die Tage des Sozialistengesetzes so sprichwörtlich werden sollte, wie die Namen Kockebue, Kampff, Tzischoppe für die Tage der Demagogenhetze sprichwörtlich geworden sind. Ein Junker ohne jede historische und ökonomische Bildung, alt geworden in der gedankenlosen Routine der preussischen Bureaucratie, auf die gewöhnlichsten Polizeikniffe dressiert, nur begabt mit einer gewissen theatra-

lischen Fähigkeit, große Worte um sich zu schleudern, trotz des zerknirschenden Bewußtseins, daß nichts, aber auch rein gar nichts dahinter stehe. Er machte der sozialistischen Feldpost das schmeichelhafte Kompliment, daß sie den Sozialdemokraten „mit wahrhaft infernalischer Geschicklichkeit“ nach Deutschland einzuschmuggeln wisse, und schleppte seinen großen Zitatensack heran, den er fortan bei jeder Sozialistendebatte als einzige Trostquelle seiner staatsmännischen Weisheit öffnen sollte. Einen Grund oder auch nur den Schatten eines Grundes für den über Berlin und Hamburg verhängten kleinen Belagerungszustand konnte er natürlich nicht vorbringen. Trotzdem begnügte sich der Reichstag, die Denkschriften zur Kenntnis zu nehmen; Bismarck wußte, was er den bürgerlichen Parteien bieten durfte.

Er mußte nun aber endlich mit seinen „positiven Reformen“ heraus, in der letzten Session des Reichstags, der in den Attentatswahlen gewählt worden war. In den drei ersten Sessionen war das altpreußische Thema Soldatwerden, Steuerzahlen und Mundhalten gründlich durchgedankt worden; wurde nicht noch im letzten Augenblicke irgend ein Augenverblenden angerichtet, so konnte es bei den neuen Wahlen im Herbst 1881 böse ausschauen. Ein Gesetzesentwurf über Unfallversicherung der Arbeiter war die Bescherung, die Bismarck den geknechteten und hungernden Massen aufbaute. An die Stelle des elenden Haftpflichtgesetzes, das den Unternehmern nur erndlichte, sich der Entschädigung für Unfälle der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entziehen, sollte eine Versicherung aller Unfälle durch eine Reichsbank treten. Die Kosten der Versicherung sollten die Unternehmer zu zwei Dritteln, die Arbeiter zu einem Drittel tragen, mit der Einschränkung, daß für Arbeiter, deren Jahresverdienst 750 Mark nicht übersteige, die Reichskasse das zu leistende Drittel übernehmen sollte. Jedoch sollte die Unfallversicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit erst in der fünften Woche nach geschehenem Unfall eintreten, und bis dahin hatten die Krankenkassen die Last zu tragen. Die Begründung der Vorlage troff von arbeiterfreundlichen Nebensarten, von „sozialistischen Momenten“ und Christentum und Humanität. Bei ihrer Beratung im Reichstage tat Bismarck dann noch ein übriges, ganz in jener denagogischen Manier, die, wenn sie einmal den Mund aufzut, ihn nicht voll genug zu nehmen weiß. Dieser Mann, der eben Hunderte von Arbeiterfamilien seinen despotischen Launen geopfert hatte, vergoß heuchlerische Tränen über die Ent-

erbtan und die Arbeitergreife, die langsam auf dem Kehrriht verhungern müßten.

Jetzt zeigte sich, wie sehr man ihn überschätzte, wenn man ihn auch nur mit einem Disraeli oder Louis Bonaparte verglich. Er brachte die ganze Bourgeoisie gegen sich auf, ohne auch nur einen einzigen Arbeiter zu gewinnen. Seine nationalliberale Schutztruppe hatte sich schon im Sommer 1880 gespalten; die allzu heftig „geärgerten Freihändler“ waren ausgeschieden und trieben unter dem Namen der Sezessionisten eigene Politik. Aber auch die schutzöllnerische Bourgeoisie war keineswegs mit „sozialistischen Experimenten“ einverstanden. Besonders die Börse, deren Matadore die schutzöllnerische Politik heftig unterstützt und auch bereits ihren Nahtn in einem neuen kleinen Aktienschwindel abgeschöpft hatten, wurde täglich wütender über die Judenhege. Nachdem Stöcker mit seiner christlich-sozialen Agitation bei den Arbeitern abgeblüht war, hatte er sich mit gar nicht unebenem Instinkt auf die antisemitisch-kleinbürgerliche Agitation geworfen und jetzt wenigstens in Berlin ganz ansehnliche Haufen zusammengebracht. Bismarck war kurzfristig genug, diesem aussichtslosen Värm wohlwollenden Schutz zu gewähren. Freilich als Stöcker im Juni 1880 seinen Leibjuden Reichröder angetastet hatte, wollte der Säkularmensch den zweiten Luther aus Berlin ausweisen lassen, „wie andere Sozialdemokraten auch“, eine Absicht, die daran scheiterte, daß der Kaiser von seinem „Vanzenbrecher“ nicht lassen mochte und ihn mit einem derben Rüssel davonkommen ließ. Aber öffentlich verleugnete Bismarck die antisemitische Agitation nicht, ließ sich vielmehr unter dankender Erwiderung von ihr anheben und erkannte gar nicht, daß die feurigsten Huldigungen der armseligen Spektakelmacher ihm die wachsende Erbitterung der jüdischen Hochfinanz nicht aufwiegen konnten. Diese geriebene Klasse begann ihn zu kitzeln, wo er am empfindlichsten war. Sie plagte den Kronprinzen, der, von seinem liebevollen Vater überaus knapp gehalten, auf ihr Wohlwollen angewiesen war, so hart und so lange, bis er etwas von der „Schande des Jahrhunderts“ murmelte oder gemurmelt haben sollte, denn sicher ist dieses Wort, daß die ganze kapitalistische Presse fortan als die herrlichste Blüte menschlichen Geistes gegen den antisemitischen Schutzpatron Bismarck ausspielte, niemals festgestellt worden.

Das Unfallversicherungsgesetz war nun der Tropfen, der den massenhaft angehäuftan Groll der Bourgeoisie zum Überlaufen brachte. Sie

nahm Bismarcks „Sozialismus“ viel ernster, als er gemeint war, sah in der Reichsbank für Unfallversicherung einen Anfang, das gesamte Versicherungswesen der privaten Spekulation zu entreißen, und in dem Reichszuschuß einen Versuch, einen Bruchteil des Staatskredits, den die Bourgeoisie ungeschmälert für sich beansprucht, der Arbeiterklasse zuzuwenden. So in Herz und Nieren angegriffen, bewies die deutsche Bourgeoisie etwas von der Courage, die sie für ihre politischen Ideale niemals zu erproben vermocht hat, und sie schwang sich zu dem heroischen Entschluß auf, ihren genialen Helden bei den nächsten Wahlen für seine rollenwidrigen Seitensprünge ein wenig zu zausen.

Die Arbeiter aber durchschauten Bismarcks Spiel sofort. Liebknecht traf den Nagel auf den Kopf, indem er von der „unübersteiglichen Klüft“ sprach, die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Urheber des Sozialistengesetzes gähne. Gleichwohl lag es nicht im Interesse der Partei, unbesehen in das Anathem der Bourgeoisie gegen das Unfallversicherungsgesetz einzustimmen. Indem sie den falschen Bruder Sozialismus abwies, durfte sie sich nicht von dem falschen Bruder Manchestermann umgarnen lassen. Selbst in dem antisemitisch-philosemitischen Froschmäusetriebe, worin die Arbeiter noch am ehesten neutral bleiben konnten, nahmen sie sofort eine entschiedene und klare Stellung über den Parteien. Sie hatten nicht den geringsten Anlaß, sich für das Geldjudentum zu begeistern, aber durften sie sich deshalb von der christlich-germanischen Schachererpolitik betören lassen, die nichts als das Geldjudentum in höchster Potenz war und von Stöcker durch dick und dünn verteidigt wurde? Als die Berliner und die Breslauer Polizei im Januar 1881 den Arbeitern ein wenig Luft ließ, in der Hoffnung, daß sie auf den antisemitischen Weim gehen würden, warnten große Versammlungen „alle ländlichen und städtischen Lohnarbeiter vor den Betrügnisversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art“. Die Arbeiter sollten sich nicht aktiv an der sie gar nichts angehenden Antisemitendebewegung beteiligen und bei den Reichstagswahlen nur solche Kandidaten wählen, die alle Ausnahmegeetze verwürfen. Worauf in Berlin wie in Breslau wieder die strengste Sperre über die Arbeiterversammlungen verhängt wurde.

Von gleich überlegenem Standpunkt aus faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bismarcks Unfallversicherungsgesetz auf. Sie kritisierte den Entwurf im Interesse der Arbeiterklasse ungleich einschneidender

und sachlicher, als die bürgerliche Opposition, aber sie deckte zugleich die Schwäche dieser Opposition auf. Die sozialdemokratischen Redner wiesen spöttisch darauf hin, daß gerade diejenigen Liberalen, die am eifrigsten für die kapitalistische Reichsbank zur Regelung der Geldzirkulation eingetreten waren, jetzt am heftigsten die sozusagen proletarische Reichsbank zur Regelung der Unfallversicherung bekämpften. Eine solche Bank habe ihre unbestreitbaren Vorzüge, indem sie billiger als die private Versicherung verwalte und eine große Kontrollinstanz bilde, um Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen zu treffen, was schließlich doch der Hauptzweck aller Unfallversicherung sei. Gegen den Reichszuschuß sprachen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch aus, aber aus ganz anderen Gründen, als die Manchesterleute. Sie stellten sich auf die unanfechtbare, gerade von der bürgerlichen Ökonomie anerkannte Tatsache, daß die Kosten der Unfallversicherung zu den Produktionskosten gehörten und also allein von den Unternehmern getragen werden müßten. Das Reich habe den Unternehmern keine Geschenke zu machen, aber freilich noch viel weniger die Arbeiterklasse, und wenn zwischen beidem die Wahl stünde, sei der Reichszuschuß allerdings noch ein geringeres Übel, als die Beitragspflicht der Arbeiter. Im einzelnen präzisierete die Fraktion ihre Auffassung in einer Reihe von Abänderungsanträgen, die selbstverständlich abgelehnt wurden, zum abermaligen Beweise, daß die Arbeiterinteressen nur in den sozialdemokratischen Abgeordneten kundige und willige Vertreter hatten. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich, die Reichsbank und den Reichszuschuß als freile Attentate auf den heiligen Geist des Kapitalismus zu streichen und im übrigen den Entwurf so zu verballhornen, daß er vom Bundesrat als unausführbar abgelehnt wurde.

In der allgemeinen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu Bismarcks „sozialistischer“ Schwenkung machte sich die theoretische Unsicherheit der Partei noch einigermaßen fühlbar. In agitatorisch wirksamer, auch praktisch zutreffender, aber theoretisch mindestens mißverständlicher Weise wurde der Unfallversicherungsentwurf als Kapitulation Bismarcks vor der Sozialdemokratie ausgelegt. Und zwar so, daß Bismarck nicht die Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie ihn habe, daß er im sozialistischen Schlepptau schwimme und mit seiner Borlage in die kapitalistische Gesellschaftsorganisation die dünne Spitze eines Keils treibe, dessen dickes Ende folgen müsse. So weit dachte

Bismarck aber gar nicht; sein Entwurf wollte weder den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen, noch verließ er ihn. Ohne Zweifel sind damals in diesem Zusammenhange manche anfechtbaren Sätze ausgesprochen worden, doch hatten sie gegenüber der praktisch ganz richtigen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion durchaus nicht die Bedeutung, zu der sie bei späteren Gelegenheiten aufgebauscht worden sind, um wenn möglich einige Verwirrung in der Partei zu stiften.

Nach Schluß der Reichstagsession, am 27. Juni 1881, wurde der kleine Belagerungszustand über die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig verhängt. Puttkamer hatte schon im März darauf angespielt, aber wie der Hamburger Senat, so hatte sich die Dresdener Regierung eine Weile dagegen gesträubt. Es fehlte eben auch hier jede Spur eines Grundes für die Anwendung des § 28, und der Polizeidirektor Rüder, ein alter Peiniger der Sozialdemokratie, der bisher auch das Sozialistengesetz roh genug angewandt hatte, legte sein Amt nieder, da er sich zu den nunmehr von ihm geforderten Pentersdiensten doch nicht bequemen mochte. Die ersten Ausweisungsbefehle aus Leipzig ergingen nicht ganz so zahlreich, wie sie in Berlin und Hamburg ergangen waren; sie trafen 31 Personen, 6 Ledige und 25 Familienväter, darunter Liebknecht, Bebel und Hasenclever. Freilich folgten bald 22 Ausweisungen nach, namentlich in der östlichen Hälfte des Leipziger Landkreises, wo eben die Wahl zum sächsischen Landtage anstand. Jedoch das Schreckensmittel verfiel nicht; die Wahl Bebels war die tapfere und trostige Quittung der Leipziger Industriebörfen über die ihnen angetane Gewalt.

Besonders zahlreich waren unter den Ausgewiesenen die Gemeinderatsmitglieder von sozialdemokratischer Gesinnung, deren es in 25 Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig 76 gab. Keiner von ihnen hatte daran gedacht, in Stötteritz, Thonberg oder Volkmarisdorf blutige Putzschne zu veranstalten; es waren fleißige und tüchtige Leute, die nach dem Zeugnis der Gemeindevorstände, ihrer politischen Gegner, ihr Amt unverweisklich verwaltet hatten; einzelne von ihnen trugen das eiserne Kreuz aus dem deutsch-französischen Kriege. Der wahre Grund der empörenden Maßregel war Bismarcks Absicht, in Leipzig, wie schon in Berlin und Hamburg, ein Hauptzentrum der sozialdemokratischen Agitation lahm zu legen. Als Bebel, der sich mit Liebknecht in dem Dorfe Borsdorf, hart an der Grenze des Belagerungsgebietes, niedergelassen hatte,

nach seinem Eintritt in den sächsischen Landtag von dem Minister v. Rostiz-Ballwig Rechenschaft forderte, wußte dieser Handlanger der Berliner Gewaltpolitik nur ein paar, nicht gehauene und nicht gestochene Redensarten vorzubringen, worauf ihn die bürgerliche Mamelukenmehrheit durch die schleunige Annahme eines Schlußantrags vor einer noch gründlicheren Abstrafung rettete.

Im Hochsommer und Frühherbst entbrannte dann der Wahlkampf mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Parteien verhetzten einander „in einer den öffentlichen Frieden, besonders die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ dermaßen, daß sie von Rechts wegen alle unter das Sozialistengesetz gehört hätten, wenn dies Gesetz sonst nur etwas mit dem Rechte zu tun gehabt hätte. Der größte Hezer aber war Bismarck selbst. Er hatte es diesmal nicht auf die längst mürrische gewordenen Nationalliberalen, sondern auf die Fortschrittler und die Sezessionisten abgesehen, die er als „Republikaner“ denunzierte, wogegen sich die harmlose Gesellschaft mit tragischen Geberden des Entsetzens komisch genug wehrte.

Immer aber war Bismarcks Hauptziel, und von seinem Standpunkt aus auch mit Recht, die neuen Heersäulen der Sozialdemokratie zu zertrümmern. In seinen Söhnen stieg er selbst „zum Volke herab“, wie ein patriotischer Schulmeister preisend zur Harfe sang; einer dieser hoffnungsvollen, aber talentlosen Jünglinge erklärte in einer Berliner Lärmversammlung, die Hundesperre sei schwerer zu ertragen, als der kleine Belagerungszustand, wofür die Berliner Arbeiter dem Erzeuger des „Reichshundezungen“ gebührend heimgeleuchtet haben. In den Provinzen reiste Adolf Wagner als Bismarcks Kommiss und versprach den Arbeitern das Tabaksmonopol als „Patrimonium der Enterbten“, wenn sie nur an den „Sozialismus“ des Säkularmenschen glauben wollten. Ein gründlicher Durchfall in den vier Wahlkreisen, wo Wagner kandidierte, war die verdiente Quittung, die dieser akademischen Leuchte für ihre intellektuell und moralisch gleich erhebende Rolle ausgestellt wurde.

Ungleich mehr als allen Demagogenkünsten vertraute Bismarck der nackten Gewalt. In den Belagerungsgebieten folgten die Ausweisungen Schub auf Schub, die sozialdemokratischen Wahlflugblätter wurden beschlagnahmt, mochte ihr Inhalt noch so harmlos sein, die Wahlversammlungen der Arbeiter unterlagen einem allgemeinen Verbote. Wer sozialdemokratische Flugblätter oder auch nur Stimmzettel verbreitete, wurde

verhaftet, tage- und selbst wochenlang in Untersuchungshaft gehalten. Nicht weniger als 600 solcher vollkommen ungerechtfertigter Verhaftungen konnten in den letzten Wochen vor der Wahl gezählt werden. Hilfreiche Hand fand die Polizei bei der Bourgeoisie, die trotz aller sonstigen Feindschaft doch darin mit der Regierung einig war, jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg zu hindern. Sie verbreitete das Gerücht, jedem Wahlkreise, der einen Sozialdemokraten wähle, drohe der kleine Belagerungszustand oder gar, jeder auf einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegebene Stimmzettel sei ungültig. Besonders die sächsische Bourgeoisie war unerschöpflich in der Erfindung von Fallstricken, über die das Proletariat bei Ausübung seines Wahlrechts stolpern sollte. In Stollberg-Schneeberg vertrieb sie Stimmzettel in Viertelfolioformat, die durch ihre Größe leicht kenntlich waren, im Leipziger Landkreise Stimmzettel aus Hanfpapier mit Wasserzeichen und rauhen Rändern, wobei zur Verhütung jeder Nachbildung der ganze Vorrat dieses nur in einer Fabrik vorhandenen Papiers aufgekauft wurde, in Glauchau-Meerane überwiesen die „ordnungsfreundlichen“ Gemeindevorstände die Steuerrückstände der halb verhungerten Weber den Armenkassen und rechneten sie den Schuldnern als Armenunterstützung an, wodurch viele Hunderte von Arbeitern um ihr Wahlrecht kamen. In diesem Kreise übertraf auch die Polizei sich selbst, indem sie den sozialdemokratischen Kandidaten für die ganze Wahlzeit unter ihre fürsorgende Obhut nahm. Auf den Dörfern wurde Auer stets von einem Gendarmen, in den Städten von zwei uniformierten Polizisten begleitet, die ihm vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf zehn Schritt Entfernung folgten. Nicht weniger als sechs sächsische Wahlen, in denen „Gesetz und Ordnung“ gesiegt hatten, wurden später sogar von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags wegen des unerhörtesten Wahldrucks beanstandet.

Doch die Arbeiter wußten, was es galt, und sie waren entschlossen, die Generalprobe des Sozialistengesetzes als Männer zu bestehen. Die Vortragsreise, die Frißche und Bierck gemäß dem Beschlusse des Wzbener Kongresses durch die Vereinigten Staaten gemacht hatten, brachte der sozialdemokratischen Wahlklasse das hübsche Handgeld von 13 000 Mark ein; sonst waren die proletarischen Massen auf ihre eigene Kraft angewiesen, gegen alle Gewalt und List der übermächtigen Gegner. Eine heiße Kampflust trieb sie über alle Hindernisse voran; als Frißche und

Wahrscheinlich nicht lange vor der Wahl nach Amerika ausgewanderten, wurden die bittersten Urteile laut über diese ältesten Parteigenossen, die doch fast zwei Jahrzehnte immer im Vordertreffen gestanden haben. Viele der alten Führer waren in der einen oder der anderen Weise dem Sozialistengesetze zum Opfer gefallen; an ihre Stelle traten neue Männer, die wie von selbst aus den Massen emporsprossen und, vor wenigen Monaten noch ganz unbekannt, den schwierigsten Aufgaben gerecht zu werden verstanden. Niemals noch war das Märchen von den „verführten Massen“, den Opfern „leichtfertiger Verführer“, so gründlich zerstört worden, wie bei dieser Wahl.

Am 27. Oktober gewann die Partei in der Hauptwahl 311 961 Stimmen. Es waren immerhin 125 197 Stimmen weniger, als bei den Attentatswahlen, aber auch nicht einem Gegner fiel es ein, den Unterschied gegen die Sozialdemokratie auszunutzen. Mehr als dreihunderttausend Stimmen für die seit drei Jahren mit allen Gewaltmitteln gehetzte, unterdrückte, verfolgte Sozialdemokratie, das hieß mit anderen Worten: das Sozialistengesetz ist ein Schlag ins Wasser gewesen. Der Berliner Korrespondent der Times meldete nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen“ über den sozialdemokratischen Wahlerfolg herrsche. Engels aber schrieb erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen.“

In der Hauptwahl war nur ein Mandat gewonnen worden: der Gärtner Stolle, ein alter Streiter noch von der Sächsischen Volkspartei her, hatte in Zwickau-Crimmitschau gesiegt. Doch verstanden es die „Ordnungsfreunde“, den Sieg zu eskamotieren, indem sie eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel mit Unrecht für ungültig erklärten, so daß auch in diesem Kreise noch eine Stichwahl stattfinden mußte. Im ganzen war die Sozialdemokratie an 22 Stichwahlen beteiligt. Voran standen in der Größe des Erfolges die drei Belagerungsgebiete: Stichwahlen in Berlin IV und VI, in Hamburg II und Altona, in der Stadt Leipzig, die noch nie zuvor so nachdrücklich herantreten worden war: 30 171 Stimmen im Berliner, 30 087 Stimmen im Hamburg-Altonaer, 17 006 Stimmen im Leipziger Belagerungsbezirke. Nicht minder rühmlich hatte sich Breslau, das unter dem Sozialistengesetze zuerst die Fahne vorangetragen hatte, mit Stichwahlen in seinen beiden Wahlkreisen gehalten. Weiter standen zwei andere preussische Provinzialhauptstädte, Hannover und Magdeburg, zur Stichwahl, und im Rheinlande die

Industriezentren Esberfeld-Barmen und Solingen. Im Königreiche Sachsen waren Glauchau-Meerane, Stollberg-Schneeberg und Leipzig-Land den ruchlosen Wahlpraktiken der Gegner gerade noch knapp unterlegen. Stichwahlen standen, außer in Leipzig-Stadt und Zwickau-Crimmitschau, in Dresden-Alstadt, Freiberg, Mittweida und dem wichtigen Chemnitz an. In den mitteldeutschen Kleinstaaten war Neuß ä. L. halb erobert. Glänzend hatte sich der Maingau herausgehaut mit Stichwahlen in Mainz, Frankfurt, Hanau, Offenbach, in Bayern wankte Nürnberg, das Hauptzentrum der bayerischen Industrie.

Von den verlorenen Stimmen fiel ziemlich der dritte Teil auf das Königreich Sachsen. Es hatte ihrer seit den Attentatswahlen etwa 40000 eingebüßt und war fast genau auf die Ziffer von 1874 zurückgeworfen worden. Doch dieser Teil der Verlustliste zählte keine Toten und keine Überläufer, sondern nur Gefangene und Verwundete; sie kamen alle wieder, die Ärmsten der Armen, die für den Augenblick der Hunger gelähmt und die Hungerpeitsche zerschlagen hatte. Ähnlich lag es mit den 6000 in Schlesien verlorenen Stimmen. Gründlicher hatte sich die Bewegung in den vorwiegend ländlichen Distrikten verschoben: in Schleswig-Holstein, wo die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 in bauerndem Abschwelen um mehr als zwei Drittel gesunken war, von 44933 auf 14109, in den ostelbischen Provinzen des preußischen Staats und in den Kleinstaaten nördlich des Mains. Dagegen hatte sich, wie der Maingau, so ganz Süddeutschland ausgezeichnet gehalten, obgleich die Polizeiwirtschaft in den süddeutschen Staaten längst in eine erfolgreiche Konkurrenz mit ihren preußischen und sächsischen Vorbildern getreten war. Hätte das Gesamtergebnis der Wahl den Stimmenverlust nicht schon in den Hintergrund gedrängt, so würde die feste Haltung des süddeutschen Proletariats und die Konzentration der Bewegung in den großen Industrieplätzen ihn ohnehin ausgeglichen haben. In diesem Sinne meinte Engels, die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse sei jetzt der Kern der Partei geworden, die, über das ganze industrielle Deutschland gleichmäßig verteilt, nun erst eine nationale Bewegung werde.

Die Bourgeoisie ihrerseits hatte ihrem ehemaligen Abgott den zugebachten Denktettel wirklich erteilt. Die Fortschrittler und die Sezessionisten rückten über 100 Mann stark in den Reichstag ein; sowohl die konservativ-nationalliberale wie die konservativ-ultramontane Mehr-

helt war zertrümmert. Bismarcks Bestürzung verriet sich zum Erbarmen in dem ratlosen Hin und Her, womit er für die Stichwahlen zu retten suchte, was noch zu retten war. Er sprach davon, als konstitutionell denkender Mann einem fortschrittlich-ultramontanen Koalitionsministerium das Feld räumen zu wollen und berief schleunigst einen seiner Geschäftsjuden, um ihm zu offenbaren, wie warm sein Herz stets für das Volk Israel geschlagen habe. Dann aber klagte er auch, die Bourgeoise lohne ihn mit Undank; auf ihr Drängen habe er das Sozialistengesetz gemacht, das die Arbeiterklasse gegen ihn erbitterte; ihm liege gar nichts daran, und er verzichte lieber heute als morgen darauf. Gleichzeitig bot Adolf Wagner, in Verbindung mit Stöcker, den Berliner Sozialdemokraten ein politisches Geschäftchen an. Liebknecht, Bebel und Hasenclever sollten erklären, daß sie die arbeiterfreundliche Absicht der Regierung in ihrer Reformpolitik anerkannten, daß sie ernstlich gewillt seien, gemeinsam mit den sozialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten, und daß sie hofften, durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden. Dafür versprachen Wagner, Stöcker und Genossen, bei den Stichwahlen in Berlin IV und VI für die sozialdemokratischen gegen die fortschrittlichen Kandidaten einzutreten und im gegebenen Falle für die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu stimmen.

Wenn diese Verhandlungen nicht schon mit Vorwissen Bismarcks geführt worden sind, so fanden sie jedenfalls bei ihm verständnisinnigen Widerhall. Das offiziöse Hauptblatt schlug den Takt dazu: Dank dem Sozialistengesetze finde die Bourgeoise politische Verbündete in der Klasse der Arbeiter, ihrer wirtschaftlichen Erbfeinde, deren unbequeme Ansprüche auf ökonomischem Gebiete sie nach wie vor zu vereiteln suche. Dagegen hindere das Sozialistengesetz die Arbeiter, die wohlwollenden Absichten der Regierung zur Hebung ihrer Lage zu würdigen. Das sei für die Bourgeoise eine angenehme Lage — solange sie vorhalte. Von der staatsmännischen Auffassung der Regierung dürfe aber erwartet werden, daß sie durch Befriedigung der gerechten Arbeiterforderungen den gesunden Kern der sozialistischen Idee verwirkliche, und dann sei das Sozialistengesetz überflüssig. Ungeschminkter konnte nun schon gar nicht geschachert werden.

Liebknecht, Bebel und Hasenclever antworteten, wie es der Ehre der Partei entsprach. Sie wiesen jeden Stimmentauf zurück; dreitausend

ehrlich gewonnene Stimmen seien ihnen lieber, als dreißigtausend erkaufte; sie könnten nicht die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Regierung, die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensmittel, die Erhöhung der Militärlast und dergleichen mehr als arbeiterfreundlich anerkennen. Sie hätten nie abgelehnt, wie noch zuletzt ihre Haltung gegenüber dem Unfallversicherungsgeetze gezeigt habe, Reformvorschläge der Regierung ernsthaft zu prüfen und den Arbeiterinteressen gemäß umzugestalten, aber sie müßten ablehnen, mit reaktionären und deshalb volksfeindlichen Parteien gemeinsame Sache zu machen. Es sei eine ganz willkürliche Annahme, daß sie die gewaltsame Revolution wollten; sie hätten stets erklärt, daß gleichmäßige, gründliche und ganze Reformen einer Revolution, die andernfalls eine notwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten; sie seien nicht verantwortlich für Dinge, die nicht von ihrem Willen und ihrer Macht, sondern vom Willen und von der Macht ihrer Gegner abhängen. Die Wirkung dieser mannhaften Erklärung war bezeichnend; die konservativen Handelsmänner proklamierten Stimmenthaltung für ihre Leute, trotzdem schnellten bei den Stichwahlen die Stimmen für Bebel in Berlin IV von 13573 auf 18979, für Hasenclever in Berlin VI von 10629 auf 17378 empor. Der fortschrittliche Gegenkandidat siegte in Berlin VI mit 569, in Berlin IV gar nur mit 51 Stimmen, wobei noch mancherlei Wahlmacherschaften der Unentwegten eine sehr fragwürdige Rolle spielten.

Sonst verliefen die Stichwahlen verhältnismäßig günstig für die Partei. Die liberale Beschwerde über massenhafte Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten durch konservative Stimmen war im ganzen grundlos, wenn sie auch in einzelnen Kreisen nicht ohne tatsächlichen Anhalt war. Ganz so blind wie der liberale Denker, der sich bei Stichwahlen die Finger an der eigenen Hand abhackt, bloß um seinen moralischen Abscheu vor den kommunistischen „Teilern“ zu bekunden, sind die aus Herrschen gewöhnten Konservativen nie gewesen. Im wesentlichen waren es doch neue, durch den Ausfall der Hauptwahl elektrifizierte Arbeitermassen, die bei den Stichwahlen ins Feld rückten. Gewonnen wurden 13 Sitze: Breslau I (Hasenclever), Breslau II (Sträcker), Hamburg II (Dieck), Solingen (Mittinghausen), Mainz (Liebknecht), Hanau (Frohme), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillen-

berger), Mittweida (Vollmar), Freiberg (Kasper), Chemnitz (Geiser), Zwickau-Trinitatischau (Stolle) und Neuß a. L. (Blos). Liebknecht nahm für Offenbach an, und Mainz ging in der Nachwahl verloren, so daß die sozialdemokratische Fraktion, 12 Köpfe stark, in den Reichstag eintrat.

Am Schlusse seines dritten Jahres war das Sozialistengesetz als gesetzgeberische Leistung ein zerrissener Felsen Papier. Es kamen noch schwere Tage, aber das Schwerste war überwunden.

3. Der anarchistische Spuk.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg beseitigte nun auch die letzten Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik. Unter der scheinbar alles zermalgenden Härte, womit das Sozialistengesetz gehandhabt wurde, waren solche Zweifel doch wieder hier oder da aufgetaucht; Berlin I und V, die beiden Wahlkreise der deutschen Hauptstadt, wo die Wahlausichten am niedrigsten standen und Most den verhältnismäßig größten Anhang gehabt hatte, waren sogar dem Wahlkampfe fern geblieben. Zudem fügte sich, daß gleichzeitig mit der Wahlschlacht der erste Hochverratsprozeß vor dem Leipziger Reichsgerichte verhandelt wurde, der die ganze Hoffnungslosigkeit der „sozialrevolutionären“ Aktion aufdeckte und übrigens jeden klassenbewußten Arbeiter anspornte, die polizeiliche Korruption des Systems Bismarck mit jedem politischen Mittel zu bekämpfen.

Most war seit seiner Ausstoßung aus der Partei tiefer und tiefer gesunken. Er bekannte sich äußerlich zur anarchistischen Richtung, ohne auch nur ihr in irgend einem ernstlichen Sinne anzugehören. Den Inhalt der Freiheit bildete von der ersten bis zur letzten Zeile ein sinnloses Wutschaumen, und die Agitationschrift: Taktik kontra Freiheit, die Most im Herbst 1880 gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete, war, in nicht ganz so tobender Sprache, doch nur ein konfusees Durcheinander. Der Belgier Dave, ein gebildeter Schüler Proudhons und Bakunins, der selbst zur friedlich-harmlosen Richtung des Anarchismus gehörte und in diesem Sinne auf Most einzuwirken suchte, sagte von jener Schrift in seinem gebrochenen Deutsch: „Das hat keine Ahnung von anarchistischen Ideen. Die Broschüre ist ganz und gar eine jakobinistische, gemildert mit Blanquismus, mit Ideen von Blanqui.“

Der „Blanquismus“ war aber auch nicht eigenes Fabrikat von Most, sondern ihm durch Hasselmann souffliert worden, und zwar in dem Artikel der Freiheit, den der Spizel Neumann nach London überbracht hatte.

Most hatte diesen Artikel am Schlusse seiner Broschüre gewissermaßen als ihren praktischen Fünftelsaft abgedruckt, und es hieß darin: „Es fällt uns nicht ein, den Arbeitern Deutschlands ‚Verschwörungsspielerei‘ zu empfehlen, mit geheimen Zentralleitungen und so weiter, denn dieses nützt nur dem finsternen Treiben der Geheimpolizei. Aber vollkommen wirksam können wir uns organisieren, wenn in den vertrauten Kreisen je zehn und zwanzig genau bekannte Freunde zusammentreten, ohne durch Mitgliederverzeichnisse, Statuten und so weiter Anhaltspunkte zu Verfolgungen zu bieten, wenn diese freigebildeten Gruppen mit aller Energie durch Wort und Schrift die revolutionäre Idee verbreiten, wenn sie mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen im Militär stete Fühlung halten, wenn sie sich schließlich, jeder auf eigene Hand, mit einem guten Hinterlader versehen. Viertausend derart organisierte und bewaffnete Sozialisten in der Reichshauptstadt Berlin und eine entsprechende Anzahl in den Hauptindustrieplätzen gesammelt — und Molke soll die Muß nicht leicht knacken.“ Hasselmann hatte, ehe er nach Amerika ging, die Adressen seiner spärlichen Anhänger an Most übergeben. Darunter waren namentlich einige Arbeiter in Frankfurt und Darmstadt, mit denen Most sofort anknüpfte; auch adressierte er seinen Freund Dade an sie, als sich dieser im November 1880 nach Deutschland begab, um literarische Beziehungen für ein Korrespondenzbureau zu suchen, das er zu gründen beabsichtigte, daneben auch wohl, um sich den deutschen Anarchismus einmal in der Nähe anzusehen. Er war peinlich überrascht, nichts davon zu entdecken, als ein paar geistig zurückgebliebene und politisch vollkommen unklare Arbeiter.

Nicht so kurzfristig, wie der anarchifische Ideologe, war die preußische Polizei. Sie deutete Mosts blutdürstige Brählereien viel richtiger und beeilte sich, ihn in ein dichtes Spitzelnetz einzuspinnen. In der Expedition der Freiheit saß der Spizel Neumann als Mosts Vertrauensperson, während die Spizel Wichmann und Wolff von Altona aus für das Blatt korrespondierten. Sie verfolgten mit dieser „schriftstellerischen“ Tätigkeit verschiedene Zwecke: sie hoben die Nachsicht der „republikanisch gesinnten“ Polizei in Hamburg gegen die Sozialdemokratie hervor, sie

verleumbeten die sozialdemokratischen Abgeordneten als Betrüger und Diebe an den Parteigelbern, sie entwarfen ein ungeheuerliches Schreckbild von der anarchistischen Bewegung in Deutschland, und endlich, aber nicht in letzter Reihe lieferten sie reiches Material für Puttkamers großen Zitatensack. So schrieb Wichmann nach dem gelungenen Attentat auf den russischen Zaren: „Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo ein gleiches Ereignis uns von allen Tyrannen befreit! Wir bedauern nur, daß den anderen Schuften ihr verdienter Lohn nicht gleichzeitig ausgezahlt worden ist.“ Und das war noch lange nicht der „sozialrevolutionärste“ Ausbruch. Wer begriffe da nicht „den stittlichen Abscheu und die tiefste Indignation“, womit Puttkamer im Reichstage an solche Perlen seines Zitatensacks nur zu denken wagte! Später haben Wolff und Wichmann ihre „schriftstellerischen“ Fähigkeiten gegen ihre eigenen Patrone gelehrt. Wolff bot seine „Memoiren“ der preussischen Polizeibehörde zu einem Honorar an, das nicht einmal für die erlesensten Meisterwerke der Weltliteratur gezahlt zu werden pflegt; er wurde von den Berliner Gerichten unter strengstem Ausschlusse der Öffentlichkeit wegen Erpressung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, nach seiner Entlassung aus Plözensee in Altona wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wieder verhaftet und am nächsten Morgen in seinem Gefängnis erhängt gefunden. Wichmann aber fing an zu plaudern, als ihm, nach seiner Entlarvung durch die Altonaer Arbeiter, die Polizei keine Pension gewähren wollte, weil er nun für sie unbrauchbar geworden war. Auf diese Weise ist über die beiden Lumpen Genaueres bekannt geworden; selbstverständlich bildeten sie nur einen kleinen Bruchteil der Spitzelbande, die nach dem Sozialistengesetze losgelassen wurde und im Verborgenen ihr schuftiges Handwerk betrieb.

Ehe noch Dave nach Deutschland kam, war sein Signalement in den Händen aller deutschen Polizeibehörden, und ebenso kannte die Frankfurter Polizei die paar Anhänger Mosts im Maingau. Dies halbe Duzend armer Teufel bildete in Frankfurt, Darmstadt und noch ein paar Orten „Gruppen“, nicht etwa, um sich gute Hinterlader anzuschaffen, sondern um gemeinsam auf die Freiheit zu abonnieren und Geld für Most zu sammeln; ganze fünf Mark führten sie wirklich nach London ab. Ihre größte Tat bestand darin, daß sie in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1880, kurz vor einem Besuche des Kaisers in Frankfurt, ein verbotenes Flugblatt in ein paar hundert Exemplaren

verbreiteten. Der Polizeirat Rumpf, der die politische Polizei in Frankfurt und Umgegend leitete, kannte nach seiner eigenen eidlichen Angabe die Täter, aber er verfolgte sie nicht, sondern warb den Schneider Horsch als Spigel, der sich ins Vertrauen der „Verschwörer“ einschleichen sollte. Natürlich warnte Rumpf seinen „Vertrauensmann“ davor, sich aktiv an Mord- und Umsturzplänen zu beteiligen, wie das so die heitere Einleitung jeder polizeilichen Spizelei ist, setzte ihn aber, ebenfalls nach altbewährter polizeilicher Methode, nicht auf Lage-, sondern auf Stücklohn, je nach der „Wichtigkeit“ der gemachten „Enthüllungen“. Horsch, ein bestrafter Dieb, der seine zahlreiche Familie hungern ließ und seinen Sündenlohn mit lieberlichen Dirnen verpraßte, brauchte natürlich Geld, viel Geld, und rapportierte täglich „wichtigere“ Nachrichten: ein Mordattentat auf Rumpf selbst und einen geheimen Kongreß in Darmstadt oder Oberstadt, wo die gewaltsame Schilberhebung beraten werden sollte. Am 1. Dezember 1880 zog Rumpf dann das Netz zusammen; in Frankfurt und Umgebung wurden einige fünfzig Personen verhaftet, in Augsburg Dave und auch in Berlin einige Freunde Mosts. Unter den Verhafteten befand sich Horsch, den Rumpf mit einsteckte, angeblich um ihn vor der Rache der Sozialisten zu schützen. Daß Rumpf damit ein in § 341 des deutschen Strafgesetzes mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen beging, scheint diesen sorgsam Wächter der Gesetze nicht weiter ge-
grämt zu haben.

Schon in Frankfurt wurden in die Zellen der Verhafteten gemeine Verbrecher gesteckt, um sie auszuspionieren, und dies schöne System fand seine Fortsetzung in Berlin, wohin bald alle Verhafteten zusammengebracht wurden. Dem betrügerischen Bankrotteur Schnizer, der namentlich auf Dave geheßt wurde, sagte der Polizeikommissar Graf Stillfried, es komme auf 1000, ja auf 10 000 Mark nicht an, wenn Wichtiges entdeckt würde, und der Untersuchungsrichter Hollmann verhieß demselben Patrioten eine Herabminderung seiner Strafe im Gnadenwege. Die Verhafteten führten auch bittere Beschwerde über die Art, wie Hollmann ihre Aussagen protokollierte. Ihre große Mehrzahl mußte aber nach längerer Untersuchungshaft entlassen werden, da nicht einmal der Schein einer strafbaren Handlung gegen sie aufzufinden war, und dritthalb Monate nach dem großen Schlage erklärte auch der Unrat witternde Horsch dem Untersuchungsrichter, er wolle entlassen werden, da er ja gar kein Verbrecher, sondern ein großer Patriot sei. Auf

eine Anfrage Hollmanns antwortete Rumpf in drei Briefen von demselben Tage, worin er zwar die Spitzerei des Horsch zugestand, aber seinen „Vertrauensmann“ wegen aktiver Beteiligung an der „Verschwörung“ verdächtigen wollte und dabei bemerkte, daß ihm die Vernehmung des Horsch als Zeugen „mindestens nicht angenehm“ sein würde. Das wurde dem Untersuchungsrichter nun doch allzu brenzlich, und er ließ den Horsch frei.

Die Verhandlungen dieses großen Hochverratsprozesses, der inzwischen monatelang zum Frommen des Sozialistengesetzes ausgebeutet worden war, fanden vom 10. bis zum 21. Oktober 1881 statt. Vor den Schranken des Reichsgerichts erschienen noch 15 Angeklagte, und zwar 11 Süddeutsche, 3 Berliner und Dave. Von den Belastungszeugen, die mit Horsch an der Spitze aufmarschierten, sagte selbst die Magdeburgerische Zeitung: Ist seit den Tagen der schwärzesten Reaktion je ein Prozeß vorgekommen, der unter den Belastungszeugen eine solche Fülle widerlicher bestraffter Subjekte, offenkundiger Spione der Polizei aufzuweisen hätte? Gegen Dave zeugte im besonderen noch der Polizeirat Krüger, indem er über das Vorleben dieses Angeklagten Angaben machte, die Dave sofort Punkt für Punkt widerlegen konnte. „Sehen Sie, das ist Ihre Kunst und Wissenschaft“, rief er dem Berliner Polizeigenie zu, und nachdem er noch ein paar nebensächliche Angaben Krügers berichtigt hatte, schloß er: „Es ist nur, um zu beweisen, daß er gar nichts weiß.“ Krüger berief sich auf seine „Vertrauensmänner“, die er im Staatsinteresse nicht nennen dürfe; die gloriose Methode, daß die Polizeibeamten auf ihren Eid nahmen, was ihnen Geister wie Horsch, Wichmann und Wolff gegen Stücklohn je nach der „Wichtigkeit“ mitgeteilt hatten, ging in diesem Prozeß aus ihrer altpreussischen Vergangenheit in ihre neudeutsche Gegenwart über.

Die Anklage „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ fiel natürlich platt zu Boden. Ein Teil der Angeklagten hatte verbotene Druckschriften verbreitet und somit gegen das Sozialistengesetz, vielleicht auch wegen des Inhalts dieser Druckschriften gegen einen oder den anderen Kautschukparagraphen des Strafgesetzes verstoßen, aber das alles war keine Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Ebensowenig wäre es eine solche Vorbereitung gewesen, wenn die Angeklagten sich von dem Lockspiegel Horsch wirklich hätten verleiten lassen, ein Attentat gegen Rumpf oder einen geheimen Kongreß

zu planen. Soviele erkannte das Reichsgericht auch an, jedoch verurteilte es 9 Angeklagte, und unter ihnen Dave, zu einer Gesamtstrafe von 19 Jahren Zuchthaus, indem es die „Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens“ daraus folgerte, daß die Verurteilten im Sinne Mosts gehandelt hätten. Most aber plane das hochverrätherische Unternehmen, die moderne Gesellschaft mittels Gewalt umzustürzen und also auch die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern. Von allem anderen abgesehen, beruhte dies Urteil auf einem groben juristischen Schnitzer. Der angezogene § 86 des deutschen Strafgesetzes war wörtlich aus dem preußischen Strafgesetze übernommen worden, und der preußische Staatsgerichtshof hatte Cassalle noch 1864 ohne Zögern freigesprochen auf den sonnenklaren Nachweis, daß ein hochverrätherisches Unternehmen nach Sinn und Wortlaut dieses Paragraphen eine nach Ort, Zeit und Umständen greifbare Realhandlung sein müsse, nicht aber nur irgend eine allgemeine, irgendwann, irgendwie und irgendwo auszuführende Absicht sein dürfe. Bei dem ersten Hochverratsprozesse, den das deutsche Reichsgericht zu entscheiden hatte, übertrug es an unrichtiger Auslegung des Strafgesetzes schon den preußischen Staatsgerichtshof Manteuffelschen Ursprungs.

Das Urteil erregte auch in bürgerlichen Kreisen peinliches Aufsehen. Da es aber dem bürgerlichen Klasseninteresse wider den Strich ging, zuzugestehen, daß der oberste Gerichtshof des Deutschen Reichs gleich bei der ersten Probe eines politischen Strafprozesses neun im Sinne der Anklage vollkommen unschuldige Männer zu entehrender Zuchthausstrafe verurteilt habe, so half sich die liberale Presse damit, das Reichsgericht zu feiern, weil es den Zeugen Horsch für unglaubwürdig erklärt und daneben einen leisen Tadel der polizeilichen Machenschaften mehr angedeutet als ausgesprochen hatte. Jedoch als sich einige kedere Organe unterstanden, auf die Autorität des Reichsgerichts hin den Rumpf etwas schärfer anzufassen, wurden sie sofort wegen Beleidigung eines, wie Puttkamer im Reichstage sagte, „sehr ausgezeichneten und über jeden Verdacht erhabenen Beamten“ angeklagt und zu schweren Strafen verurteilt.

Bei aller Sympathie mit den unschuldig Verurteilten zeigte der Prozeß den Arbeitern klar, was bei der „sozialrevolutionären“ Taktik herauskam. Most selbst war inzwischen von den englischen Gerichten zu 16 Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er sich über die

Tötung des Zaren ungefähr in demselben Stile ausgelassen hatte, wie der preussische Polizeiagent Wichmann. Die Freiheit konnte sich in London nicht mehr halten und suchte eine Zuflucht in der Schweiz. Im Jahre 1882 erschien sie bei dem Drucker Wilhelm Bühler in Schaffhausen; die Druckkosten zahlte der Schreiner Schröder-Brennwald, der nach einer unbestrittenen Feststellung der Züricher Polizeibehörde im Dienste der Berliner Polizei stand und seine Kiste Dynamit mit sich führte, wie ein Proberetter seinen Musterkoffer.

Drittes Kapitel.

Frage und Antwort.

Die erste Periode des Sozialistengesetzes erstreckte sich über seine drei ersten Jahre. Sie enthielt den siegreichen Widerstand der Partei, der in drei Stappen gleichmäßig und unwiderstehlich heranwuchs. Die zweite Periode des Gesetzes währte fünfzehn Jahre und zerfiel gleichfalls in drei Abschnitte von ziemlich gleicher Länge. Es war die Zeit der „milden Praxis“, der Versuche, die Sozialdemokratie nicht mehr bloß mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrote zu zähmen, die Zeit, wo auf dem Wege der Korruption erreicht werden sollte, was auf dem Wege der Gewalt mißlungen war. Der erste Abschnitt dieser Periode reichte von der kaiserlichen Botschaft im Herbst 1881 bis zum Kopenhagener Kongreß im Frühjahr 1883, von der Frage des Kaisers an das Proletariat bis zur Antwort des Proletariats an den Kaiser.

1. Die kaiserliche Botschaft.

Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, die in die feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft gekleidet war.

Darin hieß es, daß die Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen nicht genüge, sondern auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden müsse. Die Unfallversicherungsvorlage werde, umgearbeitet an der Hand der früheren Verhandlungen, dem Reichstage von neuem zugehen, und als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch die Erwerbsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge, als sie bisher gefunden habe. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Auf-

gaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sei. Immerhin würde auch dabei die Aufwendung erheblicher Mittel nötig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschafft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabaksmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke, Bestrebungen, die nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei seien.

Diese „Staatschrift von weltgeschichtlicher Bedeutung“ war tatsächlich ein reines Verlegenheitsmanöver Bismarcks. Ihn schmerzten noch alle Glieder von den Schlägen, die ihm die Bourgeoisie und weit mehr noch das Proletariat appliziert hatte. Er tat Neu' und Leid vor den kapitalistischen Interessen, indem er diesen „realen Kräften des christlichen Volkslebens“ eine neue Organisation versprach und ihre Händchen zuließ bei den „Sozialreformen“, die der Staat auf eigene Faust nicht ausführen könne. Das Proletariat aber wollte er durch die für den alten, kranken und verunglückten Arbeiter verheißene Fürsorge über die furchtbaren Leiden hinwegtäuschen, welche die kapitalistische Produktionsweise über den gesunden und kräftigen Arbeiter verhängt. Weiden Klassen aber suchte er reichlich strömende Finanzquellen abzulocken, wodurch er nach wie vor Herr der politischen Situation bleiben könnte. In gleichem Geiste war eine Vorlage gedacht, welche die Gewerbeordnung rückwärts revidieren sollte, halb im zünftlerischen und halb im polizeilichen Sinne, um das Kleinbürgertum zu fördern und die Machtmittel der Regierung zu stärken.

In diesem Rahmen bewegte sich für die nächste Zeit die praktische Politik Bismarcks. Bei der ersten Gelegenheit erklärte er sich gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz und gab dadurch den kapitalistischen Interessen eine weitere Bürgschaft seines Wohlverhaltens. In dieser Beziehung heuchelte er keineswegs, denn sein Haß gegen die Fabrikgesetzgebung war durchaus echt, so wenig echt die Schlagworte waren, womit er ihn zu begründen suchte, Schlagworte, deren halbwegs unterrichtete Manchesterleute sich längst schämten. Die Provinzialkorrespondenz ging in der Erfüllung ihres Auftrags, dem Kapital ja nicht auf die Zehen zu treten, sogar soweit, daß sie im September 1882 der überraschten Mitwelt verkündete, der „wahre Sozialismus“ bestehe darin, das Kapital

zu schonen; wolle der Staat seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen, so würde er den größten materiellen Hebel aller Zivilisation vernichten. Wegen dieses allzu kompromittierenden „Mißverständnisses“ mußte sich das halbamtliche Blatt dann freilich acht Tage später selbst ohrfeigen. Die „lieben Brüder“ Stöcker und Adolf Wagner dämpften ihren antisemitischen Zorn zu kindischen Ausfällen gegen die „Juden“ Lassalle und Marx, die den arbeitsamen, fleißigen und uneigennütigen Fabrikanten als faulenzenden Ausbeuter verschrieen, aber den wahren Sitz der Ausbeutung, den spekulierenden Handel, sorgsam verschleiert hätten. Die Arbeiter selbst erhielten etwas freiere Bewegung in Schrift und Wort, um die neuen Heilsbotschaften zu vernehmen und auf sie zu schwören. Um aber diesen Botschaften die Weihe der Wissenschaft zu geben, wurde Robbertus als ihr Schwurzeuge angerufen. Der Ärmste hätte sich im Grabe umgedreht, wenn er diesen Mißbrauch seines Namens hätte hören können; Rudolf Meyer handelte durchaus im Geiste seines Lehrers mit den energischen Protesten, die er vom Auslande her gegen das Sozialistengesetz und die Bismärkische Wirtschaftspolitik richtete. Aber wer daran zweifelte, daß Robbertus aus dem Jenseits diese menschenfreundliche Ära segne, wurde von Adolf Wagner niedergebounert: Robbertus habe erklärt, die Volkswirtschaft müsse Staatswirtschaft werden, und eben dies erfülle sich glorreich.

In der ersten Session des neuen Reichstags wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Da die sozialdemokratische Partei sich als wirkliche Macht erwiesen hatte, so fand ihre parlamentarische Fraktion, obgleich sie nur ein Duzend Köpfe zählte, im Reichstag einen ganz anderen Empfang als früher. Die Rücksichtslosigkeiten gegen sie, die bisher an der Tagesordnung gewesen waren, hörten auf, und ihre Redner kamen ausreichend zum Worte. Alle bürgerlichen Parteien begannen in „Arbeiterwohl“ zu machen. Die liberalen Fraktionen brachten einen Antrag auf Revision des Haftpflichtgesetzes ein, der im Grunde zwar nur bezweckte, die Arbeiterversicherung der privaten Spekulation zu erhalten, aber der schon um des lieben Scheins willen wirkliche Verbesserungen jenes verpöblichten Gesetzes vorschlagen mußte; die Ultramontanen interessierten die Regierung wegen Fortbildung der Fabrikgesetzgebung; nur die Konservativen, die von Wagener auf Stöcker gekommen waren, wußten nichts Besseres zu ersinnen, als eine obligatorische Wiedereinführung der Arbeitsbücher. Die sozialdemokratische Fraktion half

gern dazu, die bürgerliche Arbeiterfreundschaft in die richtige Schmiebe zu geleiten. Sie brachte den Antrag ein, die Regierung zur Beseitigung aller Ausnahmegesetze aufzufordern, und der Mehrheit des Reichstags, die jetzt aus lauter pathetischen Gegnern jeder Ausnahmegesetzgebung bestand, hätte dieser Antrag so willkommen sein müssen, wie er der politischen Lage angemessen war. Merkwürdigerweise hämmerte diese Mehrheit aber das glühende Eisen nicht, sondern ging in weitem Bogen daran vorbei; keine bürgerliche Partei, auch die Fortschritts- und die Volkspartei nicht, wollte den sozialdemokratischen Antrag unterstützen; mit Mühe und Not fanden sich ein Volksparteiler und ein paar Fortschrittler, um die fünfzehn Stimmen voll zu machen, die zur Einbringung eines selbständigen Antrags notwendig waren. Dann wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben.

In der Debatte über die Jahresberichte, die den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig begründen sollten, sprachen diesmal Hasenclever und Blos als Redner der Partei. Sie schnitten nicht so glatt ab wie neun Monate früher Auer und Bebel; einzelne ihrer Äußerungen führten zu lebhaften und scharfen Auseinandersetzungen im Sozialdemokraten. Immer aber gelang es ihnen, den Fekterkünststückchen Buttkamers durch die Parade zu fahren. Es war so recht in der Manier dieses Poseurs, daß er seine Niederlage mit der Klage verdecken wollte, Hasenclever habe die Frage nicht aus „großen Gesichtspunkten“ aufgefaßt. Das fehlte gerade noch, die Polizeischurkereien der Horch und Rumpf zu besingen, wie Vater Homer die Taten Achills und Hektors besungen hat.

In der Frühjahrssession 1882 ging der Reichstag dann an seine „großen Geschäfte“. Bismarck pries das Tabaksmonopol, das selbst im willigen Bundesrate nur mit 36 gegen 22 Stimmen angenommen worden war, über den grünen Klee. Er fürchte sich nicht vor dem sozialistischen Gedanken, der, wie Goethe vom braven Reiter und vom guten Regen sage, überall seinen Weg finde. Wie großes Heil habe der Sozialismus dem Lande schon gebracht! Sozialistisch sei die Bauernemanzipation gewesen, sozialistisch sei jede Enteignung zugunsten der Eisenbahn- oder Wassergesetzgebung, sozialistisch sei die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau. Dieses unglaubliche Spiel mit dem Sozialismus als Schlagwort, wenn es anders nichts Schlimmeres war, hatte nur einen milbernden Umstand, und zwar darin, daß Dam-

berger und ähnliche liberale Weltweise begierig darauf eingingen, um das „sozialistische“ Tabaksmonopol „im Interesse der bürgerlichen Freiheit“ zu bekämpfen. „Sagen Sie richtig: im Interesse der bürgerlichen Ausbeutung“, warfen die sozialdemokratischen Abgeordneten dazwischen. Hauptredner der Fraktion war Vollmar, dessen in ihrer Art meisterhafte Jungfernrede den bürgerlichen Freunden wie den bürgerlichen Gegnern des Tabaksmonopols die Wege wies. Mit 276 gegen 43 Stimmen wurde der Entwurf abgelehnt.

Zugleich hatte die Regierung ein Kranken- und ein Unfallversicherungsgesetz vorgelegt. Beide standen in engem Zusammenhange, denn in noch weit höherem Maße, als in dem ersten Entwurfe, sollte die Unfallversicherung auf die Krankenkassen abgewälzt werden; nicht mehr eine vier-, sondern eine dreizehnwöchige Karenzzeit war vorgesehen. Die Reichsbank für Unfallversicherung ließ Bismarck fallen; an ihre Stelle sollten Betriebsgenossenschaften der Unternehmer treten. Wohl aber hielt er am Reichszuschusse fest, in der Höhe von 25 Prozent der zu leistenden Entschädigungen. Es war immer noch mehr, als die Bourgeoisie sich bieten lassen mochte. Zunächst beschäftigte sich der Reichstag mit der Vorlage über die Krankenversicherung, die nicht viel mehr als eine Verallgemeinerung des Hilfskassengesetzes von 1876 bedeutete. Eine Kommission gewerkschaftlich und politisch geschulter Arbeiter hätte in acht Tagen das Gesetz hieb- und stichfest hergestellt. Der Reichstag aber verhedderte sich so, daß er nach zahllosen Kommissionsitzungen noch immer nicht fertig war. Kam es doch für die bürgerlichen Parteien darauf an, den Arbeitern möglichst sorgfältig jede Möglichkeit einer neuen Organisation zu versperren! Das Haus war nicht mehr zusammenzuhalten, ehe auch nur das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet war, und um nicht wieder von vorn anfangen zu müssen, wurde die Session nicht geschlossen, sondern bis zum nächsten Winter vertagt.

Im Dezember 1882 trat der Reichstag wieder zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion wollte diesmal die bürgerlichen Parteien in der fälligen Debatte über § 28 des Sozialistengesetzes nicht so wohlfeilen Kaufes davonkommen lassen wie bisher; sie beantragte eine Resolution, worin der Reichstag erklären sollte, daß die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig nicht gerechtfertigt sei. Vollmar eröffnete die Debatte mit einer durchschlagenden Rede, die von dem stolzen Rehrreim widerhallte: Wir sind die Sieger,

und ihr seid die Besiegten. Puttkamer antwortete äußerst schwach, indem er ein paar Schnitzel aus dem großen Zitatensack abließ; die Ausweisungen aus Berlin, Hamburg und Leipzig sollten dadurch begründet werden, daß der Sozialdemokrat feyerliche Äußerungen über das Gottesgnadentum gemacht oder die Freiheit über Ehe und Familie in einer der bürgerlichen Heuchelei mißfälligen Weise geschrieben hatte. Mit all seinem leeren Pathos lockte Puttkamer nicht einmal die bürgerlichen Parteien hinter dem Ofen hervor; so raffte er sich zu dem Verzweiflungstreich auf, die „kühnen“ Anarchisten als die stärkere Arbeiterpartei herauszustreichen und alle holden Geheimnisse seiner schönen Polizistenseele in dem Trumpfe zu enthüllen: Most ist mir lieber als Sie.

Die bürgerlichen Parteien hätten nun gern die Debatte geschlossen. Aber sie mußten ihre Armesünderprüchlein hersagen, so gut oder so schlecht es ging, denn die sozialdemokratische Fraktion brachte einen Schlußantrag mit einem Antrag auf Auszählung des beschlußunfähigen Hauses zu beantworten. Einigermassen mannhaft sprach der Volksparteiler Köhl und neben ihm der Fortschrittler Wendt, ein Hamburger Lehrer, der sich offen als Republikaner bekannte. Die preußischen Fortschrittler, denen Bismarck eben in den Landtagswahlen eine böse Schlappe beigebracht hatte, rebeten matt und nichtsagend, wenn sie sich auch nicht offen der sozialdemokratischen Resolution zu widersetzen wagten. Der Schönredner Hänel bot wieder verschämt eine Verschärfung des gemeinen Rechts als Ersatz für das Sozialistengesetz an, und der königstreue Patriot Eugen Richter verleugnete heftig das republikanische Bekenntnis seines Fraktionskollegen Wendt. Die Sezessionisten versteckten sich hinter formalen Ausreden, ebenso der ultramontane Redner Windthorst, der, selbst beschämt über diese niederziehende Rolle, sich zu der komischen Drohung verstieg, die soziale Revolution mit dem Schwerte niederzuschlagen zu wollen. Noch trauriger gebärdete sich der polnische Junker Czarlinski, der sich bereit erklärte, die „Verirrungen“ der Arbeiter an die Polizei zu verraten. Die konservativen und die nationalliberalen Pagoden nickten einfach ihr Ja zu allen Puttkamereien, nur Stöcker tat ein übriges und verlangte womöglich eine Verschärfung des Sozialistengesetzes. Gegen die fortschrittlichen und die volksparteilichen Stimmen wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt.

Vorher hatte Griffenberger noch mit festem Griff das sophistische Spinnengewebe Puttkamers zerrissen. Er fertigte die heuchlerischen

Nebensarten über die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe und Familie so derb wie treffend durch einen drastischen Hinweis auf die Mätressenwirtschaft der oberen Zehntausend ab; dann langte er sich einen von Bismarcks Söhnen, der damals eine verheiratete Frau entführt und auf eine Drohung des Vaters mit dem seiner Rasse eigenen Heldennut das verführte Weib verlassen hatte, um zu den väterlichen Fleischhockern zurückzukehren. Die in all ihrer Heiligkeit getränkte Familie Bismarck schwor fürchterliche Rache, und auf eine telegraphische Depesche aus Berlin wurde umgehend ein harmloser Arbeiternotizkalender verboten, den die Nürnberger Genossenschaftsbuchdruckerei herausgab. Sie kam dadurch an den Rand des Konkurses, aber nur Loren konnten sich einbilden, mit solchen Mitteln einen Mann wie Grillenberger zu schrecken. Ein Bild urwüchsiger Manneskraft, hatte sich der Führer der Nürnberger Arbeiter zu einem trefflichen Kämpfer auf parlamentarischen Boden entwickelt. Kundig, wie wenige, in allen Fragen der Arbeitergesetzgebung, immer bereit und fähig, in sachlichster Weise zu prüfen, was selbst von dieser Regierung dem Proletariate Gutes kommen konnte, war Grillenberger nicht minder voran, die Schlingen des Sozialistengesetzes zu zerreißen. Sein besonderes Interesse widmete er den berücktigten Zwanziggroschenjüngens, die den sozialdemokratischen Abgeordneten auf Schritt und Tritt, bei Tage und bei Nacht, ja bis in die Räume des Reichstags nachspitzelten. Als Grillenberger einmal die Regierung wegen dieses unwürdigen Treibens interpellierte, brücte sich Puttkamer, und der Staatssekretär v. Bötticher sagte mit der unschuldigsten Miene von der Welt: Mein Name ist Hase, und ich weiß von gar nichts. Grillenberger verhieß, wenn der Unfug nicht aufhöre, einmal einen Spion leibhaftig auf dem Tische des Hauses niederzulegen, und er war der Mann, sein Wort zu halten; mehr als einmal sind die feigen Burschen vor seinen kräftigen Fäusten ausgerissen.

Hatte sich ein Teil der bürgerlichen Opposition noch dazu bequemt, die mißbräuchliche Anwendung des § 28 zu tabeln, so fiel auch dieser Teil fast vollzählig um, als am 11. Januar 1883 endlich der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung aller Ausnahmegeetze verhandelt werden mußte. Die Sezessionisten erfanden die Finte, daß die Behandlung verschiedener Rechtsmaterien in einer und derselben Vorlage sich nicht empfehle, und auf diesem Seitenpfade trabten so ziemlich alle „prinzipiellen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung“ in die Büsche, an

der Spitze der fortschrittliche Bullenbeißer Eugen Richter und der ultramontane Fuchs Windthorst. Auch die Frankfurter Zeitung, das Organ der Volkspartei, schrieb von einer „verlorenen Schlacht“ der Sozialdemokratie, als ob die sozialdemokratische Fraktion von der Annahme ihres Antrags die sofortige Beseitigung der kirchen- und sozialpolitischen Ausnahmegeetze erwartet hätte! Was sie beanspruchte und beanspruchen konnte, war vielmehr nur, daß die Mehrheit des Reichstags ihren angeblichen Abscheu vor Ausnahmegeetzen offiziell bekunde. „Wir stehen auf dem Boden des Prinzips“, sagte Liebknecht in den ausgezeichneten Reden, womit er den sozialdemokratischen Antrag begründete, „wir verlangen, daß Sie sich auch auf diesen Boden stellen. Wer gegen unseren Antrag stimmt, bekennt sich als prinzipiellen Anhänger von Ausnahmegeetzen.“ Es gehörte eine schon sehr weit gediehene Geistesverwirrung dazu, in der prinzipiellen Flucht der bürgerlichen Opposition eine „gewonnene Schlacht“ zu erblicken.

Soviel hatte Bismarck mit dem Sozialistengesetz allerdings erreicht, daß zwar nicht der proletarische Sozialismus, aber wohl der bürgerliche Liberalismus und Radikalismus gelähmt war. Die Unentwegten bekamen alle den Staatsmannskoller, der durch die possierlichsten Sprünge die heimliche Angst um den geliebten Geldschrank zu verdecken suchte.

2. Der Kongress in Kopenhagen.

Die innere Kräftigung der deutschen Sozialdemokratie hatte seit den Reichstagswahlen von 1881 ununterbrochene Fortschritte gemacht. Das Bewußtsein, daß die Partei so kräftig lebe wie je, wirkte anfeuernd auf die Arbeitermassen, und in den Spalten des Sozialdemokraten fochten Vollmar und Bebel schon eine kleine Fehde über die Frage aus, ob das Ausnahmegeetz alles in allem nicht dem gemeinen Rechte vorzuziehen sei. Vollmar meinte, die Frage bejahen zu sollen, wogegen Bebel doch eine Reihe triftiger Einwände geltend machte.

Dieser Streit war vorläufig noch Zukunftsmusik; für die Gegenwart genügte, daß die Entwicklung der Partei von dem Sozialistengesetz unabhängig war. Sie besaß jetzt im Auslande einen starken Außenposten, der ihr völlige Freiheit der Bewegung gestattete. Die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz hatten sich zu einer festen Organisation zusammengefaßt, nachdem sie sich im Herbst 1880 auf einem

Kongresse in Olten von ihren schweizerischen Gesinnungsgenossen friedlich-schieblich getrennt hatten, und auch die Schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung, die den Sozialdemokraten herstellte, war in den Besitz deutscher Parteigenossen übergegangen. Das Geschäft stand unter der technischen Leitung eines tüchtigen Fachmannes des schweizerischen Buchdruckers Konzett, die deutsche Partei hatte darin fünf Vertreter. Es waren Eduard Bernstein, der seit dem Herbst 1880 die Redaktion des Sozialdemokraten führte, Julius Motteler, der die Expedition besorgte, der bisher in Dresden agitatorisch tätig gewesene Kaufmann Hermann Schlüter als Verwalter der Buchhandlung, endlich Leonhard Tauscher als Faktor und Richard Fischer als Metteur der Druckerei.

Seitdem Bernstein die Redaktion führte, hielt das während seines ersten Lebensjahres mitunter etwas schwankende Parteiorgan eine streng konsequente Richtung inne, mit einer Schärfe, die den Verfolgungen der Partei entsprach. Ob es in urkräftigen Ausdrücken des Zornes nicht manchmal mehr leistete, als gerade notwendig war, das mochte fraglich sein; Bernstein selbst hat später einmal ehrlich gestanden, daß er, von den heimischen Verhältnissen losgerissen und der Atmosphäre des Exils überwiesen, durch den Konkurrenzkampf mit Mosts Freiheit in der Form seiner Polemik beeinflusst worden sei. Doch handelte es sich dabei allein um die Frage, ob nicht, wie Engels an Bernstein schrieb, die vorwiegende Anwendung des Hohnes und des Spottes die Gegner schärfer verwunde, als die heftigsten Worte der Entrüstung sie verwunden könnten. Sonst war mit den stärksten Ausdrücken, die der Sozialdemokrat je gebraucht hat, der deutschen Polizeiwirtschaft gerade nur ihr Recht geschehen, und dies war auch die sehr entschiedene Ansicht der deutschen Arbeiter. Als Hasenclever und Bloß Ende 1881 im Reichstage einige Redewendungen gebraucht hatten, die halb und halb als eine Verleugnung des Sozialdemokraten gedeutet werden konnten, entspann sich eine lebhaft Auseinandersetzung über die Schreibweise des Zentralorgans, die mit dem nahezu einstimmigen Votum des klassenbewußten Proletariats endete: Je kräftiger, desto besser! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, auch Hasenclever und Bloß, erkannte bei dieser Gelegenheit nochmals den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan an, wobei sie nur den ganz selbstverständlichen Vorbehalt machte, nicht für jeden einzelnen Artikel oder Ausdruck haftbar zu sein.

In der Expedition des Sozialdemokraten bewährte Motteler als „roter Feldpostmeister“ seine alten Organisations Talente. Was noch niemals in der Geschichte gelungen war, das gelang jetzt mit unübertrefflicher Leichtigkeit und Sicherheit: ein verbotenes Emigrantenblatt, dessen Verbreitung mit schweren Strafen bedroht war und dessen Wege von dem polizeilichen Heerbanne eines großen Staates besetzt waren, wurde allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren bis in die entlegensten Orte dieses großen Staates pünktlich vertrieben. Die Möglichkeit eines so beispiellosen Erfolges schufen freilich erst die modernen Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Die Napfkuchen, die Schweizerkäse, die Kürbisse, die Gipsfiguren, die Zuckerhüte, in die gestopft der Sozialdemokrat angeblich die deutsche Grenze passieren sollte, gehörten in das Reich der Fabel. Die modernen Transportmittel und die moderne Technik machten solche altväterischen, für die zu transportierenden Mengen auch ganz unzulänglichen Methoden überflüssig. Der Schmuggel ins Reich bot überhaupt nicht die größten Schwierigkeiten. Viel wichtiger war die Weiterverbreitung und an den einzelnen Orten die Verteilung an die Abonnenten und Leser. Das erforderte ein ganzes Heer energischer, geschickter und unbedingt zuverlässiger Parteigenossen, und ohne ein Massenaufgebot der pflichttreuen Soldaten, die durch die moderne Produktionsweise geschult waren und aus der Solidarität des modernen Proletariats ihre Kraft schöpften, hätte der Sozialdemokrat seine historische Aufgabe nicht vollbringen, hätte auch die Verbreitung von Flugblättern sich nicht zu einer immer schärferen Waffe der Partei entwickeln können. Jeder einzelne dieser Tapferen bewährte einen Opfermut und eine Überzeugungstreue, die um so fleckenloser strahlten, als sie nicht einmal durch die edelste menschliche Leidenschaft, die Begierde nach Ruhm, getrübt wurden. Die namenlosen Kämpfer wußten, daß „kein Lied, kein Heldenbuch“ künden würde, wie sorgsam sie ihre, im Dienste ihrer Klasse übernommene Pflicht erfüllt hätten.

Solche Phalanx zu sprengen, war für die offizielle Polizei des Deutschen Reiches unmöglich, trotz der krampfhaftesten Anstrengungen. In Berlin allein verzehnfachten sich die etatsmäßig angestellten Beamten der politischen Polizei innerhalb dreier Jahre, ungerechnet das ungezählte Heer der Spießbuben, die gegen Stücklohn für die Verteidigung der heiligsten Güter kämpften. Diese Bande überschwemmte namentlich auch die Schweiz, aber so leicht sie in die anarchistischen Konven-

titel eindrang, so sicher prallte sie an der sozialdemokratischen Organisation ab. Die schmähliche Methode der Polizei, arme, gehegte, hungernde Arbeiter so lange zu martern, bis sie sich zu Verräterdiensten bequemen, half auch nicht weit. Wurde gelegentlich ein Posten verbotener Schriften „geschnappt“, so rückte sofort Erfass nach, und es dauerte nie lange, bis der Verräter in der schwarzen Liste des Sozialdemokraten prangte und aller Schande Müß' umsonst war.

Ein Hauptfang gelang den Zürichern im November 1882, als sie mit dem Spigel Schmidt auch dessen „amtliche“ Korrespondenz ergriffen. Schmidt war ein betrügerischer, von den ordentlichen Gerichten steckbrieflich verfolgter Bankrotteur aus Dresden, den die Schweiz nach den bestehenden Verträgen ausliefern mußte, wenn die deutschen Behörden seine Auslieferung verlangten. Das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte trug danach aber kein Verlangen, sondern benützte den Gauner als Lockspigel unter den deutschen Sozialdemokraten in Zürich. Schmidt empfahl Attentate mit vergifteten Nadeln und überhaupt die Stiftung eines Attentatsfonds, was allein schon genigte, ihn denen verdächtig zu machen, die er bespizeln wollte. Bei seiner Entlarvung fanden sich die zärtlich-vertraulichen Briefe vor, die der Kriminalrat Weller und der Polizeikommissar Paul in Dresden, sowie der Polizeiinspektor Kaltenbach mit dem notorischen Verbrecher als ihrem „Vertrauensmanne“ gewechselt hatten, teilweise unter der Deckadresse eines höheren Postbeamten in Mülhausen. Aus diesen Schriftstücken erhellte dann auch die Art, wie Lockspigel gezüchtet wurden, unbeschadet der feierlichen Verwarnung an alle polizeilichen „Vertrauensmänner“, ja nicht zu Verbrechen aufzureizen. Nachdem der Appetit des Spions durch reichliche Vorschüsse gereizt war, wurde er an die Hungerkandare genommen, mit dem Bedeuten, daß neue Gelder nur „locker gemacht“ werden könnten, wenn er „Wichtiges“ zu melden habe. Es war nicht die Schuld des dummen Teufels, wenn all seine Lockspigeleien keine „wichtigen“ Attentate gezeitigt hatten. Aus Zürich hinausgepeitscht, floh er ins Deutsche Reich zurück, wo ihn die ordentlichen Gerichte, die sich nun nicht mehr unter die höheren Bedürfnisse der Polizei zu ducken brauchten, wegen betrügerischen Bankrotts zu vierjährigem Zuchthause verurteilten.

Der Sozialdemokrat konnte nun schon den Spieß umkehren und ein „Verbrecheralbum“ anlegen, worin er die in der deutschen Polizei

herrschende Korruption aufdeckte. In Elberfeld-Barmen allein brachen darüber ein halb Duzend polizeilicher Sozialistenbezer so ober so den Hals, und der Oberbürgermeister klagte, daß sich Niemand mehr zu dem gefährlichen Amte der Staatsrettung hergeben wolle. Um dem Mangel abzuhelpen, wurden „bewährte Kräfte“ von auswärts gesandt, ein Polizeieinspektor Öhlschläger aus Altona mit noch einem Komplizen, aber auch sie mußten schleunigst aus dem Wuppertale reitrieren, da ein Berliner Ausgewiesener, den sie zu Spitzelbienen fördern wollten, ihre Uriasbriefe sofort im Sozialdemokraten veröffentlichte. Dabei kamen gleich noch ein paar Lockspitzel an den Pranger, die seit längerer Zeit im bergisch-märkischen Proletariat gewöhlt hatten.

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse war zertrümmert worden, aber ihre ökonomische Organisation konnte nicht vernichtet werden, es sei denn, daß die moderne Zivilisation aufgehoben wurde, der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, der die Arbeiterklasse vereint, schult und organisiert. Mit ihm waren tausend Wege der schnellen Verständigung eröffnet, ohne daß zu dem gefährlichen und zweischneibigen Mittel einer hierarchisch gegliederten Geheimorganisation gegriffen zu werden brauchte. Jeder gemeinsame Arbeitstag in den großen Werkstätten der modernen Industrie, jede Form geselliger Vereinigung, jeder Bildungs- und Leseverein, jeder Rauch- und Tanzklub, jeder sonntägliche Ausflug in Feld und Wald, jeder Spaziergang am Feierabend spottete der polizeilichen Anstrengungen, die sozialdemokratische Organisation zu zerbrechen. Geheim war diese Organisation, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen in der verschiedensten Weise gestaltete und jeder Form des Angriffs ihren siegreichen Widerstand anzupassen wußte, nur insoweit, als sie geheim sein mußte, um dem Proletariat gleiches Recht mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu sichern. Eben deshalb war sie moralisch so unüberwindlich, wie sie ökonomisch unzerbrechlich war.

Mit der neuen Wendung seiner Politik war Bismarck nun aber auch gezwungen, den Arbeitermassen größeren Spielraum zu lassen, als sie in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes gehabt hatten. Sie mußten sprechen können, sei es auch nur, um ihm für seine „Wohltaten“ zu danken, um ihren „Verführern“ zu fluchen, und nicht zuletzt, um die Bourgeoisie ins Bockshorn zu jagen. Bismarck spann denselben Faden, aber eine andere Nummer der polizeilichen Willkür. In

seiner beschränkten Weise bildete er sich ein, damit die Arbeiter fangen zu können. In der Tat statteten sie ihm ihren Dank ab, indem sie sofort jeden Fußbreit des ihnen eingeräumten, noch so schwankenden Bodens besetzten, aber nicht den Dank, den er beanspruchte, sondern den Dank, den er verdiente.

Mit dem Jahre 1882 nahm die gewerkschaftliche Bewegung einen neuen Aufschwung. Ganz hatte sie selbst durch das Sozialistengesetz nicht unterdrückt werden können. Den ersten größeren Lohnkampf unter dem Gesetze führten die Berliner Tischler im Frühjahr 1880, seit dem Ende dieses Jahres waren auch einzelne Fachvereine entstanden, und noch früher, fast unmittelbar nach dem Verbot der alten Gewerkschaftsblätter, einzelne Fachblätter. So der *Weder*, den *Bock* in Gotha für die Schuhmacher gründete, so die *Neue Tischlerzeitung* und der *Schiffbauerbote* in Hamburg, der *Gewerkschafter* für die Tabakarbeiter in Leipzig und andere mehr. Dann gab ein gewisser Aufschwung der Industrie, der sich im Anfange der achtziger Jahre bemerklich machte, der gewerkschaftlichen Bewegung einen starken Anstoß.

Als im März 1882 der *Bergolber Ewald* die Vorstände der Berliner Fachvereine zusammenberief, um eine Petition zu beraten, die der Regierung die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vortragen sollte, gab es solcher Vereine schon 18. Aus ihnen entstand das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften, das eine lebhafte Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz entfachte. Gleich in der ersten Arbeiterversammlung, die darüber beriet, wurde beschlossen, die Petition nicht an die Regierung, sondern an den Reichstag zu senden; auch ohne *Bismarck* werde sie an den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse kräftige Befürworter finden. Noch deutlicher trat der Geist, der die Berliner Arbeiter besetzte, in späteren Versammlungen hervor, in denen *Hasenclaver*, *Frohme* und andere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete mit stürmischem Jubel begrüßt wurden. Immerhin labierte *Ewald* sehr vorsichtig, und die gehässigen Angriffe der fortschrittlichen Presse, die mit ihren verschollenen Manchesterphrasen gegen die Petition ins Feld rückte, boten ihm auch einen ungezwungenen Anlaß, zunächst mit der Fortschrittspartei abzurechnen. So hofften *Stöcker* und Konsorten monatelang sich der Bewegung bemächtigern zu können; sie schwangen sich sogar zu Angriffen gegen die Polizei auf, die mit der Auflösung der Arbeiterversammlungen gar zu schnell bei der Hand sei.

Langen währte der süße Traum natürlich nicht. Als die konservative Partei um die Jahreswende von 1882 auf 1883 mit ihrem Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ans Tageslicht kam, schoben die Klassenbewußten Arbeiter die lahmen Proteste der Fortschrittler gleichmütig beiseite und brandmarkten den reaktionären Streich in geziemender Frakturchrift. In zwei großartig besuchten Versammlungen nannten die Berliner Arbeiter die Behauptung, daß die Arbeitsbücher vom Proletariat gewünscht würden, eine bewußte Lüge und erklärten, daß die Urheber dieses Antrags die Verachtung aller Arbeiter verdienten und an den Schandpfahl der Geschichte gehörten. Ähnliche Resolutionen faßten etwa hundert Arbeiterversammlungen, die von Rendsburg und Wilhelmshaven bis Nürnberg, München und Stuttgart stattfanden. Wo sich Stöcker und seine Kumpane vor Arbeitern blicken ließen, wurden sie mit lautem Gelächter weggefedt. Die Polizei wußte jetzt, woran sie war, und am 15. Februar 1883 bekam das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften eine Anklage angehängt, weil die Fachvereine als politische Vereine durch ihre Verbindung das Vereinsgesetz übertreten haben sollten.

Trotz der „milden Praxis“ hatten die Verfolgungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht aufgehört. Der kleine Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig wurde am Tage seines Ablaufs regelmäßig erneuert, die Ausweisungen aus den drei Belagerungsgebieten dauerten ununterbrochen fort, die Arbeiterversammlungen wurden nach der Laune der Polizei ebensogut aufgelöst wie gestattet, die Verbote von Druckschriften und Vereinen rissen nicht ab, und die Beschwerdekommision handhabte ihre „richterlichen Garantien“ so lustig wie je zuvor, wenn die Arbeiter, was seit geraumer Zeit nur noch in irgendwelchen Ausnahmefällen geschah, der Mühe für wert hielten, die „Reichsgalgenkommision“ zu behelligen. Auch die Aufrührs-, Hochverrats-, Majestätsbeleidigungs-, Aufreizungs- und sonstigen Kautschukprozesse blieben auf der Tagesordnung. Es gehörte zum Wesen der „milden Praxis“, daß die Arbeiter keinen Augenblick vergessen durften, unter welchem Damoklesschwerte sie lebten. Im einzelnen wäre es auch zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die Justiz der Polizei erst nachgehinkt sei. Das würde namentlich nicht auf das Reichsgericht zutreffen, dessen politische Rechtsprechung seit dem ersten großen Hochverratsprozesse immer tiefer ins bodenlose fiel. Nur soviel darf gesagt werden, daß

zwar nicht alle, aber viele Gerichte in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes eine gewisse Reserve beobachteten. Es kamen manche Urteile vor, die an die Attentatsperiode erinnerten, so wurden vom Juli 1880 bis zum Januar 1882 in Dresden über 90 Parteigenossen gegen 18 Jahre Gefängnis verhängt, aber in vielen Fällen bligten die Polizeibehörden mit ihren Denunziationen bei den Gerichten ab, wie denn in Berlin bis Ende 1881 von 359 polizeilich denunzierten Sozialdemokraten nur 26 gerichtlich bestraft wurden.

Mochte sich nun aber auch die Partei gegenüber der neuen Taktik Bismarcks schnell zurecht finden, so machte sich doch in ihren Reihen das Bedürfnis geltend, auf einem neuen Kongresse eine völlig unabweisbare Stellung zu der seit dem Wüdener Kongresse mannigfach verschobenen Lage der Dinge zu nehmen. Gab es keine prinzipiellen, so immerhin mancherlei taktische Meinungsverschiedenheiten, wie sie namentlich in dem Streit über die Haltung des Sozialdemokraten hervorgetreten waren. Zudem mußten die nächsten Reichstagswahlen vorbereitet werden, und das dritte Jahr, in dessen Laufe nach dem Wüdener Beschlusse spätestens ein neuer Kongreß zusammentreten sollte, war bereits angebrochen. Im August 1882 traten die Reichstagsabgeordneten und eine Anzahl Vertrauenspersonen zu einer dreitägigen Konferenz in Zürich zusammen, wobei die gesamte Lage der Partei einer gründlichen Erörterung unterzogen, und die Einberufung eines allgemeinen Kongresses fürs nächste Frühjahr festgesetzt wurde. Am 4. Januar 1883 forderte der Sozialdemokrat zur Wahl von Delegierten auf, die bis Ende Februar erfolgt sein müsse, worauf den Delegierten weitere Mitteilungen zugehen würden. Obgleich der Natur der Dinge nach sehr viele Personen Ort und Zeit des Kongresses erfuhren, wurde die deutsche Polizei doch vollständig getäuscht. Unter dem Befehle des Polizeirats Krüger hielt ein Kordon von Spitzeln die schweizerische Grenze von Lindau bis Basel besetzt; als dann in deutschen Blättern die Nachricht auftauchte, daß der Kongreß im Norden tage, preschte Krüger nach London, um hier zu erfahren, daß der Kongreß in Kopenhagen getagt habe und bereits geschlossen sei. Die Polizei konnte ihre ohnmächtige Wut über ihre gründliche Niederlage nur noch dadurch bekunden, daß sie in Kiel und Neumünster mehrere heimkehrende Delegierte, darunter einige Reichstagsabgeordnete, wider Gesetz und Recht auf ein paar Stunden sistierte.

Der Kongreß hatte vom 29. März bis zum 2. April in sieben Sitzungen seine Geschäfte zur allseitigen Befriedigung seiner sechzig Delegierten erledigt. Von einem Mitgliede, das seit 1872 sämtlichen Kongressen der Partei beigewohnt hatte, konnte festgestellt werden, daß noch auf keinem früheren Kongresse alle Parteibezirke so gleichmäßig vertreten gewesen seien, wie auf diesem. Die Gesamtlage der Partei erwies sich als in hohem Grade befriedigend. Innerhalb Deutschlands waren vom 5. August 1881 bis zum 28. Februar 1883 in den Sammelstellen 95 000 Mark eingelaufen, daneben nach Zürich für die verschiedensten Zwecke 20 729 Franken gesandt worden. In den drei Belagerungsgebieten war der Geist der Partei am ausgezeichnetsten, opferten die Genossen am großartigsten und besaß das Parteiorgan die stärkste Verbreitung. Über den Stand des Sozialdemokraten berichtete Richard Fischer: die Abonnentenzahl war seit dem Wbdener Kongreß aufß Bierfache gestiegen, das Blatt deckte nicht nur seine Kosten, sondern konnte schon mit der Rückzahlung der ihm gemachten Vorschüsse beginnen.

Die Leitung der nächsten Reichstagswahlen wurde der Reichstagsfraktion übertragen, mit dem Rechte der Kooptation und der Befugnis, ein Subkomitee zur Besorgung der Geschäfte einzusetzen. Sie erhielt den Auftrag, ein allgemeines Wahlmanifest und eine Instruktionsbroschüre zum Schutze gegen ungesetzliche Übergriffe der Behörden und der herrschenden Klassen auszuarbeiten. Als Ziel der Wahlbeteiligung wurde nicht die Eroberung möglichst vieler Mandate, sondern möglichst zahlreicher Stimmen aufgestellt, demgemäß unter Beseitigung der offiziellen Wahlkreise die regste Wahlagitation empfohlen, wo immer es Parteigenossen gab. Die prinzipielle Haltung bei der Wahl blieb nach den Wbdener Beschlüssen geordnet; ein Antrag auf absolute Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten fiel mit 24 gegen 34 Stimmen. Mit dem System, bekannte Kandidaten in möglichst vielen Wahlkreisen aufzustellen, sollte gebrochen werden; alle Kandidaten mußten nicht nur das Parteiprogramm unbedingt anerkennen, sondern sich auch verpflichten, an allen durch Gesamtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen teilzunehmen.

Die Haltung des Sozialdemokraten wurde im ganzen gebilligt, ebenso nach eingehender Aufklärung einzelner Punkte die Gesamthaltung der Reichstagsfraktion. In einer besonderen Resolution forderte der Kongreß ein „rücksichtsloses Vorgehen“ der Partei und verwarf jede Nachgiebig-

keit gegenüber den Verfolgungen der herrschenden Klassen, jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme. Über die sogenannte Sozialreform im Deutschen Reiche erklärte der Kongreß einstimmig ohne Debatte, daß er nach dem bisherigen Verhalten der herrschenden Klassen weder an ihre ehrlichen Absichten noch an ihre Fähigkeiten glaube. Vielmehr sei er überzeugt, daß die angebliche Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt werde, um die Arbeiter vom richtigen Wege abzulenken. Wohl aber halte es der Kongreß für die Pflicht der Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter, bei allen auf die ökonomische Lage des Volks gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entsprängen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Dies war, klar, nett und rund, die Antwort des Proletariats auf die Botschaft des Kaisers.

Viertes Kapitel.

Wissenschaftliche Sammlung.

Noch eine traurige Pflicht war in Kopenhagen erfüllt worden, durch die Guldigung, die dem Andenken des Mannes gespendet wurde, der seit vier Jahrzehnten die proletarische Bewegung zweier Welten mit seinen gewaltigen Gedanken befruchtet hatte. Karl Marx war am 14. März 1883 gestorben. In seinem letzten Lebensjahrzehnt hatte er mit schweren Leiden zu kämpfen gehabt; vor ihm sanken seine Frau und seine älteste Tochter ins Grab; ernst und erschütternd klang dies große Leben aus. Doch es erlosch nicht in hoffnungsloser Nacht, wie einst das Leben eines Lessing oder eines Fichte, sondern im aufdämmernden Frührot der besseren Zeit; die fortschreitenden Erfolge der deutschen Arbeiterklasse erhellen die Lebensneige von Karl Marx.

Sein Erbe übernahm Engels, der noch zwölf Jahre lang unermüdet für das internationale Proletariat gearbeitet und geschafft hat. Aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten gab er den zweiten und dritten Band des Kapitals heraus, die den Mechanismus des Kontors und des Marktes zerlegten, wie der erste Band den Mechanismus der Fabrik. Doch konnten diese Bände ihrem Inhalte nach nicht so tief und unmittelbar in die Arbeiterbewegung eingreifen, wie ehemals der erste Band; die Fülle neuer Erkenntnis, die in ihnen erschlossen war, ließ sich nur von theoretisch durchgebildeten Lesern bewältigen. Gemeinverständlicher war die Schrift, die Engels im Anschluß an Morgans Forschungen und an Vorarbeiten von Marx, doch im wesentlichen als selbständige Arbeit über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats herausgab; sie füllte die eine große Lücke in der welthistorischen Auffassung des kommunistischen Manifestes aus und gab dem wissenschaftlichen Kommunismus mit der lichtvollen Aufdeckung der menschheitlichen Urgeschichte eine neue Stütze. Immer aber gehörte der größere Teil der fruchtbaren und reichen Arbeit, die Engels

in seinem letzten Lebensjahrzehnt vollbracht hat, den praktischen Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes. In unzähligen Aufsätzen, Briefen und Unterhaltungen beriet er die Arbeiterparteien aller Länder; alle Mühsal, die ihm daraus erwuchs, war ihm eine unabweißliche, augenblicklich zu erfüllende Pflicht. Hatte er sein Leben lang etwas im Schatten von Marx gestanden, so lohnte ihn jetzt ein frisch blühendes Greisenalter in reicher, wie er selbst mit der echten Bescheidenheit des großen Denkers meinte, überreicher Fülle.

Seine Schrift gegen Dühring hatte mitten in dem tobenden Kampflärm, der die ersten Jahre des Sozialistengesetzes erfüllte, langsam in einzelnen hellen Köpfen zu wirken begonnen; eine populäre Zusammenstellung ihrer wichtigsten Kapitel, die Engels zur Zeit des Kopenhagener Kongresses herausgab, um die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft in ihren großen Zügen darzulegen, wurde nun schon in einer starken Auflage heißhungrig von den Massen verschlungen, bald auch mit ähnlicher Wirkung in die Sprache aller Länder übersetzt, wo es eine Arbeiterbewegung gab. Höchbergs wissenschaftliche Zeitschriften waren eingegangen, obgleich namentlich das Züricher Jahrbuch in seinen späteren Bänden eine fortschreitende Entwicklung bekundet hatte; solange die Partei um ihr politisches Dasein ringen mußte, schob sie alle Theorie zurück. Nach den Wahlen von 1881 brängte die wundervolle Spannkraft, die in der modernen Arbeiterbewegung lebt, um so stärker zur wissenschaftlichen Sammlung. Das Heer, dem noch ein langwieriger Krieg bevorstand, bedurfte der Milt- und Zeughäuser, um alte Waffen zu schärfen und neue Waffen zu schmieden; die Gründung eines Parteiarchivs war schon in Wyden erwogen, in Kopenhagen mit verstärktem Nachdruck beschlossen worden; es fand in Schlüter einen sehr findigen Pfleger.

In dieser Beziehung, wie in allen anderen, täuschte das Sozialistengesetz die verblendeten Erwartungen seiner Urheber. Nicht mit Unrecht klagten die Manchestermänner, der verfolgte Sozialismus sei ein „großer Herr“ geworden, dem alle Welt den Hof mache. Gewiß lief dabei viel bloßer Schein mit unter, wofür schon die Verbeugungen Bismarcks vor dem Sozialismus hinlänglich zeugten. Jede Maßregel der fiskalischen Plus- oder der bürgerlichen Profitmacherei wurde als Sozialismus verherrlicht, sobald nur der Arm des Staates dazu diente, sie durchzuführen. Aber ungestraft spielt niemand mit diesem Feuer, und was noch an

wissenschaftlichem Gewissen in der bürgerlichen Gelehrsamkeit lebte, empörte sich gegen den Humbug. Manche junge Forscher veröffentlichten verdienstliche Arbeiten über die Lebenslage des deutschen Proletariats; einzelne davon, wie Emanuel Hans Sax und Schnapper-Urndt, bekamen sich ehrlich zu den Anregungen, die sie durch Engels und Marx empfangen haben. Mit tiefen Einblicken in die historische Entwicklung und das typische Wesen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie schilberte Sax thüringische Bezirke, Schnapper-Urndt fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus; ihre Bilder waren bei aller Sorgfalt der Untersuchung mit der schöpferischen Kraft entworfen, die den wissenschaftlichen Forscher von dem gelehrten Handwerkstroß trennt. Aber auch das Spiel dieses Trosses mit Hobbertus erwies sich als zweischneidig. Über einen so harten Knorren, wie Hobbertus doch immer gewesen war, stolperte die akademische Jugend, die auf ihn dressiert wurde: die gefinnungslosen Streber versanken lieber gleich in dem Bismärckischen Sumpfe, indem sie fanden, daß Hobbertus mehr als Marx sein möge, aber Bismarck entschieden noch viel mehr als Hobbertus sei, die wirklichen Talente aber retteten sich auf die ebene Erde des wissenschaftlichen Kommunismus. So namentlich Max Schippel, ein geborener Chemiker, der gleich in seinem literarischen Erstling über das moderne Gland und die moderne Überbevölkerung eine wertvolle Arbeit gab und schnell die materialistische Geschichtsauffassung beherrschen lernte.

Mehr als ihren begabtesten Nachwuchs konnte der wissenschaftliche Kommunismus der offiziellen Gelehrsamkeit nicht entreißen, die, eben weil sie offizielle Gelehrsamkeit ist, sich nicht vom Boden des bürgerlichen Klassenstaats zu lösen vermag. Nur wenige Jahre, und die deutschen Universitäten erklärten sich noch unter dem Sozialistengefesse zu Werkzeugen der Klassenherrschaft. Als Konrad Schmidt, ein junger Königsberger aus altdemokratischer Familie, sich als Privatdozent mit einer Schrift einführen wollte, die ein Problem des wissenschaftlichen Kommunismus in rein spekulativ-theoretischer Form mit großem Scharfsinne behandelte, wurde ihm überall bedeutet, daß ein „Marxist“ an deutschen Hochschulen nicht geduldet würde. Die sozialdemokratische Partei brauchte nicht erst bei diesem Anlasse zu erfahren, daß die Freiheit der Wissenschaft auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine hinfällige Redensart ist. Sie hatte sich längst ihre wissenschaftlichen Waffen-

schmieden im eigenen Lager errichtet. Nach bewährter Gewohnheit war sie dabei von ihren nächsten Bedürfnissen ausgegangen; ihre erste Stätte theoretischer Erörterung wurde ihr Züricher Zentralorgan, dessen Aufgaben sich wandelten, seitdem den deutschen Arbeiterblättern einige Bewegungsfreiheit eingeräumt worden war.

Es kam jetzt nicht mehr in erster Reihe darauf an, den gehegten, unterdrückten und verfolgten Arbeitern die Leidenschaft des Kampfes einzuflöhen und eine revolutionäre Sprache zu führen, die der reaktionären Verfolgungswut entsprach. Vielmehr trat die andere Aufgabe in den Vordergrund, das Spiel der offiziellen Sozialdemagogie zu durchkreuzen, die Partei über die ökonomisch-sozialen Strömungen in Gesellschaft und Staat aufzuklären, mißverständliche Schlagworte in das richtige Licht zu stellen, wie den „Kampf gegen das Manchesterium“, der einmal seinen guten Sinn gehabt hatte und wieder seinen guten Sinn haben konnte, damals aber die deutsche Arbeiterklasse in eine bedenkliche Waffenbrüderschaft mit den bedenklichsten Elementen des herrschenden Ausbeutertums zu bringen drohte. Über alle diese Fragen konnten die deutschen Arbeiterblätter nicht mit der nötigen Offenheit sprechen, ohne sofort dem Beile des Sozialistengesetzes zu verfallen. So zerfezte der Sozialdemokrat in einer Reihe lehrreicher Artikel das Märchen vom sozialen Königtum, die leeren Gaukeleien der Stöcker und Wagner, die sinnlose Vorstellung, als ob jede „Verstaatlichung“ ein Schritt zum Sozialismus sei. Er wies nach, daß die ökonomische Aufgabe der Sozialdemokratie zur Zeit, wo sich der Staat in den Händen der schlimmsten Arbeiterfeinde befinde, nicht darin bestehen könne, den Einfluß des Staates zu verstärken und sein Machtgebiet zu erweitern, sondern nur darin, die proletarischen Klasseninteressen zu fördern und zu wahren. Sein Hauptaugenmerk aber müsse das klassenbewußte Proletariat unter den obwaltenden Umständen darauf richten, politische Macht und politische Rechte zu erobern.

Für diese aufklärende Tätigkeit war Eduard Bernstein mindestens ebenso geeignet, wie für die revolutionierende Tätigkeit des Sozialdemokraten. Er stammte aus einer armen jüdischen Familie in Berlin, sein Vater war Lokomotivführer auf der Anhalter Bahn, sein Oheim der politische Leiter der Volkszeitung, in geistig angeregter und anregender Umgebung wuchs er auf, in einem Milieu, worin sich politische, religiöse, soziale Interessen verschiedenster Art kreuzten. Die Mittel

seiner Eltern gestatteten ihm den Besuch des Gymnasiums nur bis zum Zeugnis für den einjährigen Militärdienst, dann war er zwölf Jahre lang in einem Bankgeschäfte tätig. Im Jahre 1872 schloß sich Eduard Bernstein nach manchem Tastsen der sozialdemokratischen Partei an, sofort als praktischer Agitator, der eifrigsten einer unter den damaligen Eisenachern in Berlin. Er teilte die theoretische Unklarheit dieser Fraktion und kam in nahe Beziehungen zu Dühring und Höchberg; über den wissenschaftlichen Kommunismus wurde er sich erst klar, als er im Winter von 1878 auf 1879 die Streitschrift von Engels gegen Dühring studierte. Im Herbst 1880 machte ihn eine Reise nach London persönlich mit Marx und Engels bekannt; nach Zürich zurückgekehrt, übernahm er vorläufig die Redaktion des Sozialdemokraten, um sie dann endgültig zehn Jahre lang zu führen.

Bernstein hat es verstanden, das Blatt als Organ der Gesamtpartei zu erhalten und ihm zugleich eine bestimmte, feste, klare Richtung zu geben, die allen taktischen Anforderungen gerecht wurde, ohne doch das Prinzip zu verletzen. Fast in keiner, jedenfalls in keiner entscheidenden Frage, die der politische Tageskampf eines Jahrzehnts aufwarf, ist der Sozialdemokrat auf einen Seitenweg abgeirrt. Aus seiner agitatorischen Zeit war Bernstein viel zu vertraut mit den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, um sie je zu verkennen, aber gründlich und langsam schaffend, eine nachdenkliche Natur, selbst mit einem leisen Anfluge von Skepsis, der das relative Recht der Gegner eher zu hoch, als zu niedrig einschätzte, liebte er den Kampf nicht um des Kampfes willen, war er stets zu jeder fruchtbaren Diskussion bereit. Beraten von Engels, hat Bernstein durch seine Leitung des Sozialdemokraten mindestens ebensoviel zur theoretischen Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse beigetragen, wie zu ihrer praktischen Schulung.

Ergänzt wurde diese theoretische Aufklärung durch die Neue Zeit, eine wissenschaftliche Monatschrift, die vom Januar 1883 ab in Stuttgart erschien. Hierher hatte sich Diez nach seiner Vertreibung aus Hamburg-Harburg zurückgezogen und die Trümmer der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei, die in den Besitz von Höchberg übergegangen war, von diesem übernommen. Auch im Schwabenlande, das sich seit der Attentatsperiode eine recht niedliche Polizeiwirtschaft zugelegt hatte, wurde Diez mit argen Scherereien empfangen, doch ganz konnte sein neues Unternehmen nicht totgeschlagen werden.

Die Redaktion der Neuen Zeit übernahm Karl Kautsky, ein geborener Prager. Er stammte aus einer internationalen Künstlerfamilie, in seinen Großeltern von väterlicher Seite mischte sich polnisches und tschechisches, von mütterlicher Seite italienisches und deutsches Blut, sein Vater war ein bekannter Maler, seine Mutter hat sich durch eine Reihe trefflicher sozialer Romane einen rühmlichen Namen gemacht. Dank seiner tschechischen Abstammung wurde Karl Kautsky durch die Quälereien seiner deutschen Schulkameraden früh in die Opposition gedrängt; in der Benediktinerabtei Melk, wo er einen Teil seiner Erziehung erhielt, lernte er die Pfaffenwirtschaft kennen und hassen; dann ergriff ihn mächtig die Erhebung und der Fall der Pariser Kommune. Als er in der Mitte der siebziger Jahre zur Universität abging, stand sein Entschluß fest, daß sein Leben der Partei gehören sollte. Sein Lieblingsfach war die Geschichte, daneben trieb er eifrig Naturwissenschaften und studierte den Sozialismus, zunächst an den französischen Quellen. Das Stück Utopismus, das er von daher überkommen hatte, seine genaue Kenntnis des Darwinismus und der Einfluß Albert Langes veranlaßten ihn zu seiner ersten Schrift, über die Bevölkerungsfrage im Zukunftsstaate. Sie war gerade druckfertig, als Hödel in die Luft schoß. Das Sozialistengesetz schädigte die österreichische Arbeiterbewegung, die nach ihren ersten stürmischen Anläufen verkümmert war und mühsam im Schlepptau der deutschen Bewegung segelte, viel ärger als diese selbst; im österreichischen Proletariat fand Most ein verhältnismäßig ergiebiges Rekrutierungsfeld. Trotz wiederholter Versuche gewann Kautsky auf seinem heimatischen Boden nicht den nötigen Spielraum für eine Tätigkeit, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprochen hätte. Er kam dann in sein Fahrwasser, als Höchberg ihn im Januar 1880 nach Zürich berief, zum Mitarbeiter an seinen Zeitschriften. Wie Bernstein, so befreite sich nun auch Kautsky von allen Nesten theoretischer Unsicherheit durch das Studium des zwischen Dühring und Engels geführten Streits. Höchberg hatte einen guten Blick gehabt, als er Bernstein und Kautsky zu seinen literarischen Gehilfen wählte, nur dies eine hatte er übersehen, daß sie nicht wie er als Philanthropen, sondern als Rebellen zur Partei gekommen waren. Beide wuchsen ihm schnell über den Kopf; die Trennung erfolgte in persönlich freundschaftlicher, aber grundsätzlich entschiedener Weise.

Unter der Redaktion Kautskys vertrat die Neue Zeit von vornherein den Marxismus, die einheitliche und geschlossene Weltanschauung, die

von Marx und Engels begründet worden war. Nicht jedoch in irgend einem dogmatisch-ausschließlichen Sinne, der am wenigsten marxistisch gewesen sein würde. Weit entfernt zu sagen, daß der Marxismus überhaupt das letzte Wort der Menschheit sei, hielt Kautsky nur darauf, daß der Marxismus in der Neuen Zeit sein letztes Wort sprechen könne. Ob eine Weltanschauung überwunden werden kann, muß sie sich historisch ausgelebt haben, und wie relativ immer die Wahrheit sein mag, die ihr innewohnt, so steht eine solche relative Wahrheit hoch über der absoluten Unwahrheit der Konfusion, die überhaupt nicht logisch zu denken vermag. Geschult durch vielseitige Studien und ganz frei von der herkömmlichen Literateneitelkeit, die um gegenseitigen Lobhudeles willen mantscht und mantschen läßt, schied Kautsky in mühsamen Arbeiten, mit unerbittlicher Kritik den Marxismus in seiner historischen Eigentümlichkeit aus dem Bunde des Allweltsozialismus, der sich um ihn gehäuft hatte. Des Rates von Engels erfreute er sich in noch höherem Grade als Bernstein; seit 1884 leitete er die Neue Zeit von London aus.

Hatte diese Monatschrift ihr Schwergewicht in der historischen und ökonomischen Forschung, so beschäftigte sich das Recht auf Arbeit, eine Wochenschrift, die Louis Blerck in München herausgab, vorwiegend mit praktischer Sozialpolitik, mit den Fragen der Arbeiterschutzesgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation. Seit dem Jahre 1882 bemühte sich Blerck, in der bayrischen Hauptstadt einen belebenden Mittelpunkt für die Parteipublizistik innerhalb der deutschen Grenzen herzustellen; in der Süddeutschen Post und einer Reihe von Kopfbülletten, die vom Rheine bis zum Pregel an den verschiedensten Orten erschienen, schuf er einen kleinen Blätterwald, den die Nachfröste des Sozialistengesetzes oft genug verheerten, aber doch nicht zerstörten. Die geistig leitende Kraft dieser Unternehmungen war Bruno Schoenlant, ein junger Thüringer, der auf deutschen Universitäten gelernt hatte, was sie lehren konnten, und daneben vieles, was sie nicht lehren konnten, ein rascher und rüstiger Arbeiter, den ein glänzendes Formtalent und eine reiche Bildung vor aller Verflachung des publizistischen Kleinrieges schützten.

Aus unscheinbaren Anfängen, in Wettererschein und Regenguß, erwuchs der Partei eine wissenschaftliche Literatur, die einen bedeutenden Fortschritt über ihren geistigen Stand in den siebziger Jahren bekundete. Man konnte diesen Fortschritt messen, wenn man Kautskys populären

Auszug aus dem ersten Bande des Kapitals mit Mosks entsprechender Pfüscherei verglich, die zehn Jahre früher vollgültigen Kurs in der Partei gehabt hatte. Die Pächter der bürgerlichen Weisheit glaubten die junge Saat mit allerlei Redensarten über „fanatische Epigonen“ niederhageln zu können; als ob ein anmaßliches und unfähiges Epigonentum nicht vielmehr das naturnotwendige Erbe der Klasse gewesen wäre, die ihre Ideale auf dem Trödelmarkt verloren hatte.

Fünftes Kapitel.

Peitsche und Zuckerbrot.

Der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes dauerte ebenfalls anderthalb Jahre. Er reichte vom Frühjahr 1883 bis zum Herbst 1884 und erledigte praktisch, was im ersten Abschnitt dieser Periode durch die Frage des Kaisers und die Antwort des Proletariats prinzipiell erledigt worden war: Bismarck machte seine „Sozialreform“, und die Sozialdemokratie quittierte darüber in den Wahlen.

Die Handhabung des Sozialistengesetzes war in diesem Zeitraum ungefähr dieselbe wie in dem vorhergehenden, höchstens daß die Peitsche noch etwas lässiger regiert und das Zuckerbrot noch etwas reichlicher ausgestreut wurde. Die Anklage gegen das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften nahm einen glimpflichen Ausgang, Gwald und seine Genossen wurden zu kleinen Geldstrafen verurteilt, die Fachvereine aber nicht geschlossen. Als sich dann die Berliner Arbeiter im Jahre 1883 zum erstenmal an den Gemeindevahlen beteiligten, die zwar auch nach dem Dreiklassenwahlssystem stattfanden, aber sich dadurch von den Landtagswahlen unterschieden, daß jede Klasse ihre eigenen Vertreter wählte, wurden sie wenig behindert. Die unwürdigen Klagen der Fortschrittler darüber beschrieb Puttkamer in seiner pompösesten Attitüde: „Wer gibt uns das Recht, wenn hier bei den Kommunalwahlen, sagen wir einmal der vierte Stand sich zusammentut und ganz bestimmte Beschwerden vorzubringen hat, solche Leute unter die Paragraphen 1 und 9 des Sozialistengesetzes zu subsumieren? Das würde eine flagrante Gesetzesverletzung sein.“ Seit dem Januar 1884 konnte auch ein Arbeiterorgan, das Berliner Volksblatt, täglich erscheinen. Daneben aber wurden 1883 in Berlin 46, 1884 gar 80 Arbeiterversammlungen aufgelöst. Ähnlich wie in der Hauptstadt stellte sich das System von Peitsche und Zuckerbrot im ganzen Reiche dar.

Auf die Arbeiter machte es einen Eindruck, der den Wünschen Bismarcks und Puttkamers schnurstracks widersprach. Der Sozialdemokrat

kennzeichnete es mit den Worten, die Regierung wolle die Arbeiter dressieren, daß sie einmal gegen den Liberalismus als Wadentueifer losführen und dann wieder, wenn ihnen gepiffen würde, gehorsam kuschelten. Aber gerade dieses launenhafte Willkürregiment erbitterte die Arbeiter noch mehr, als eine konsequent durchgeführte, wenn auch noch so harte Verfolgung. An einem schonungslosen Gegner könne man wenigstens die Ehrlichkeit achten. „Aber wenn der Gegner uns nicht zu vernichten, sondern zu korrumpieren sucht, wenn er uns rechtlos macht und unsere Familien dem Glende preisgibt, nicht weil unsere Ziele ihm unsittlich und verderblich erscheinen, sondern weil wir uns nicht korrumpieren lassen, dann wird nicht nur unser Haß ein tieferer, es gesellt sich zu ihm auch die Verachtung: wir verachten Bismarck und seinen Troß, wir verachten ihn in seiner Strenge, und wir verachten ihn noch viel mehr in seiner Milde.“ In den sozialdemokratischen Flugblättern wurde es zum geflügelten Worte: Sein Zuckerbrot verachten wir, seine Peitsche zerbrechen wir.

Für diese Sprache von Männern fehlte dem von Schmeichlern umschwärmten Säkularmenschen jedes Verständnis. Er hielt an der Hoffnung fest, durch seinen Almosensozialismus die „verführten Massen“ gewinnen und durch seine Lockspitzeleien die „verbrecherischen Führer“ auf Glatteis locken zu können. Die oppositionelle Bourgeoisie aber drängte er in die Zwielichtmühle, sich entweder vor ihrer eigenen Klasse zu kompromittieren, indem sie mit dem „Umsturz“ gemeinsame Sache machte, oder allen Kredit bei den Massen zu verlieren, indem sie über den Stock des Sozialistengesetzes sprang. Bismarck war jetzt schon verloren, wenn die oppositionelle Bourgeoisie so festen Stand hielt wie das klassenbewußte Proletariat. Um die Frage, ob sie so festen Stand halten würde, drehte sich der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes.

1. Armenpflege und Lockspitzeleien.

Nach dem Kopenhagener Kongresse brachte der Reichstag das Krankenversicherungsgesetz endlich fertig, das Unfallversicherungsgesetz verschleppte er noch einmal, trotz einer neuen kaiserlichen Botschaft, womit Bismarck es durchzubrücken versuchte. Erst im Jahre 1884 wurde ein dritter Entwurf dieses Gesetzes verabschiedet, der auf den Reichszuschuß ver-

zichtete und auch sonst nach den Diktaten der Großindustriellen fabriziert worden war. Eine ganze Gesetzgebungsperiode hatten Regierung und Reichstag gebraucht, um ein paar „sozialreformatorsche“ Gesetze fertigzustellen, von denen es schwer war zu sagen, welches unvollkommener ausgefallen sei.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in den langwierigen Beratungen die von der Kopenhagener Resolution gebotene Haltung ein. Prinzipiell hatten diese Gesetze mit sozialen Reformen überhaupt nichts zu tun. Sie berührten auch nicht ein Problem der modernen Arbeiterfrage, sondern bewegten sich auf dem Gebiete der Armenpflege, die lange vor der modernen Industrie und überhaupt so lange bestanden hat, als es Klassengesellschaften gibt, die Arme produzieren. Etwaige Verbesserungen der Armenpflege als „Sozialreformen“ auszuspielen, war ein längst sogar schon von bürgerlicher Seite gekennzeichnetes Doppelspiel; zehn Jahre früher hatte Albert Lange geschrieben: „Jede politische Maßregel ist zu verwerfen, welche die Tendenz hat, etwa gegen kleine materielle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter ihre Abhängigkeit oder ihre moralische Unterordnung unter die höheren Klassen zu erhalten und zu befestigen.“ Genau diese, von Albert Lange als „unbedingt verwerflich“ gekennzeichnete Tendenz hatten das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz. Sie waren keine „Sozial-“, sondern Bettelreformen in dem Sinne, daß sie die Arbeiterklasse wieder unter das Joch des Kapitals brücken wollten, gegen die fragwürdige Verheißung, die kranken oder verunglückten Arbeiter vor dem Bettel zu schützen. Jede Selbsttäuschung hierüber war für die deutschen Arbeiter längst ausgeschlossen, und die Vorhersage der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß diese und ähnliche Gesetze im Sinne ihrer Urheber auch nicht den leisesten Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung haben würden, ist seitdem durch die Erfahrungen eines halben Menschenalters bestätigt worden.

Damit war aber eine praktische Mitarbeit insofern nicht ausgeschlossen, als die Armenpflege auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft je nachdem besser oder schlechter eingerichtet sein kann. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich auf diesen Boden, indem sie verlangte, daß die Unfallversicherung Sache der Unternehmer sein solle, die sich dafür weder an den Kassen des Staats noch an den Taschen der Arbeiter zu erholen hätten, die Krankenversicherung aber Sache der Arbeiter.

die weder vom Staat noch von den Unternehmern irgendein Almosen beanspruchten, sondern nur verlangten, was für alle übrigen Klassen der Gesellschaft selbstverständlich sei: die selbständige Verwaltung ihrer Krankenkassen. So einleuchtend die sozialdemokratischen Redner ihre Auffassung im einzelnen begründeten, mit einer Sachkenntnis, die den Rednern sowohl der bürgerlichen Parteien, als auch des Regierungstisches weit überlegen war, so wurden ihre Vorschläge dennoch abgeworfen.

Den herrschenden Klassen war die Verbesserung der Armenpflege nicht Zweck, sondern Mittel. Ihnen kam es auf ein Schaugericht an, das die Arbeiter über die proletarischen Klasseninteressen täuschen und möglichst auch noch von den Arbeitern bezahlt werden sollte. Auch in der unfähigsten Bürokratie fehlt es nie ganz an tüchtigen Elementen, welche die Arbeit leisten, die schließlich von jeder regierenden Klasse geleistet werden muß. Die paar Geheimräte im preußischen Handelsministerium, die wirklich etwas von der Arbeiterversicherung verstanden, suchten sie in ihrer Weise vernünftig einzurichten, so besonders der Geheimrat Vohmann. Er drängte auf eine kräftige Ausbildung der staatlichen Fabrikaufsicht, auf die obligatorische Verpflichtung der Unternehmer, alle Unfälle in ihren Betrieben sofort anzuzeigen, und auf den Erlass technischer Schutzvorschriften. Das waren in der Tat die unerläßlichen Vorbedingungen einer ernsthaften Unfallversicherung. Aber eben deshalb „belästigten sie die Industrie“ und waren für Bismarck ein Greuel. Er unterdrückte die schwachen Anfänge der staatlichen Fabrikaufsicht, wo er irgend konnte, ließ einen im preußischen Handelsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die obligatorische Anzeigepflicht der Unternehmer vom Bundesrat eskamotieren und ebenso eine Reihe ziemlich schlichter Schutzvorschriften, die ein Ausschuß von Sachverständigen ausgearbeitet hatte. Klarer konnte der eigentliche Kern der offiziellen „Sozialreform“ gar nicht beleuchtet werden. Die Regierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit verkoppelten die Kranken- und die Unfallversicherung in der zweckwidrigsten Weise, um ein bourgeois-bürokratisches Ungetüm von Organisation zurechtzubasteln, worin die Beamten und die Unternehmer viel, die Arbeiter wenig zu sagen hatten. Seitdem es eine moderne Arbeiterfrage gab, hatte die „Korporative Organisation“ im sozialreformatorischen Sinne immer und überall als eine Organisation der Arbeiterklasse gegolten; es war die epochemachende

Lat Bismarcks, die „realen Kräfte des Volkslebens“ mit seinen „sittlichen Fundamenten“, worüber die kaiserliche Botschaft so feierlich gesprochen hatte, in dem ausbeuterischen Kapital zu entdecken und ihm unter dem Schutze der Bureaucratie eine neue Organisation zu schaffen.

Hätten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dadurch betören lassen, so würden sie um einiger Silberlinge willen die unveräußerlichen Rechte des Proletariats verraten haben. Sie stimmten sowohl gegen das Kranken-, als auch gegen das Unfallversicherungsgesetz, und die wiederholten Versuche Bismarcks, ihnen daraus einen Strich zu drehen, haben nie auch nur bei einem Arbeiter verfangen. Ebenso wenig erreichten die Denunziationen ihren Zweck, die an die Opposition der sozialdemokratischen Fraktion gegen jede polizeiliche oder zünftlerische Rückwärtsrevidierung der Gewerbeordnung geknüpft wurden. Alle angeblichen oder wirklichen Auswüchse des Manchesterstums reichten nicht an den einen großen Auswuchs der rückständigen Polizeiwirtschaft heran, und für den hiebern Handwerksmeister, der sich redlich vom Schweisse seiner Gesellen und Lehrlinge nähren will, hat die deutsche Arbeiterklasse nie etwas übrig gehabt.

Während die deutsche Sozialdemokratie immer mehr über die bürgerlichen Parteien hinauswuchs, wurde der deutsche Anarchismus immer mehr vom Lockspitzeltum genarrt. Nicht als ob die deutschen Anarchisten durchweg aus Lumpen und Maulhelden oder auch nur aus zurückgebliebenen Arbeitern bestanden hätten; es befanden sich feurige, leidenschaftliche Naturen darunter, die dem psychologisch erklärlichen, aber politisch verhängnisvollen Irrtum verfielen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse nur gewaltsam gebrochen werden könne. Die eigentliche Gefahr der anarchistischen Bewegung lag gerade in solchen Männern, wie dem holsteinischen Tischler Neve, die jeden Augenblick bereit waren, ihre Freiheit und ihr Leben an ihre Überzeugung zu setzen. Ihr zuverlässiger Charakter verschaffte ihnen Vertrauen bei den Arbeitern, während ihre fanatische Beschränktheit sie den Einflüsterungen der Lockspitzel zugänglich machte. Dennoch gelang es der anarchistischen Agitation nicht, eine irgend nennenswerte Ausbreitung unter den deutschen Arbeitern zu gewinnen. Most hatte sich seit seiner Entlassung aus dem englischen Gefängnisse nach New York zurückgezogen, wo nun auch die Freiheit erschien, tobflüchtiger geschrieben als je und um so einflußloser in der deutschen Arbeiterwelt. Die anarchistischen Klassen blieben leer,

und da auch zur anarchistischen Kriegsführung Geld gehörte, so entwickelte sich eine neue Form der „sozialrevolutionären“ Taktik: der gemeine Raubmord, der sofort von den polizeilichen Lockspiegeln sorgfältig gepflegt wurde.

Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhwarenfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um tausend Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anschlags gehörte ein gewisser Hoze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Ihre Besorgnis, Hoze werde nicht ausgeliefert werden, da der von ihm angestiftete Raub einen politischen Hintergrund habe, wurde allerdings durch die Regierung in Washington zerstreut, die sich bereit erklärte, den gemeinen Verbrecher auszuliefern, jedoch die Staatsretter an der Donau beharrten bei ihren zartfühlenden Bedenken. Einen größeren Aufschwung nahm die Raubmordtaktik aber erst im Herbst 1883, gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte. Unter ihren Teilnehmern befanden sich der Schuhmacher Stellmacher aus Schlessen, der die Freiheit während ihres Erscheinens in der Schweiz redigiert hatte, der Buchbinder Kammerer und der Schreiner Kunicz, zwei geborene Österreicher, dann aber auch der Lockspiegel Schröder-Brennwald und der Mechaniker Kaufmann, ein anderer Lockspiegel der deutschen Polizei. Schnell hintereinander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lienhard und einer Schilbwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, endlich in Wien am 15. Dezember die Erschießung des Polizeibeamten Hlubeck, am 10. Januar 1884 der Raubmord an dem Wechselagenten Eisert und dessen zwei Söhnen, und am 25. Januar die Erschießung des Polizeiagenten Blösch.

Die Urheberschaft dieser Verbrechen ist nicht durchweg klargestellt worden. So mag die ziemlich harmlose Explosion im Frankfurter Polizeigebäude ein Privatvergnügen des biedereren Kumpf gewesen sein. Jedoch an den meisten waren nachweislich Kunicz, Kammerer und Stellmacher beteiligt. Als Stellmacher in Wien prozessiert wurde, ergab sich noch eine andere Variante der anarchistischen Taktik. Stellmacher hatte an den Polizeiinspektor Kaltenbach in Mühlhausen und den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben, um sich zu Spitzeldiensten

anzubieten: nicht in der Absicht, diese Dienste wirklich zu leisten, sondern im Einverständnisse mit seinen Gefinnungsgegnossen, um auf solche Art Geld zu erschwindeln. Stellmacher hat bis an den Fuß des Galgens eine trotzig Haltung bewahrt und ist in festem Glauben an seine Sache gestorben, aber was war aus dieser Sache geworden, wenn ihre Grenzen vollständig in das gemeinste Verbrechen und die verächtlichste Spitzerei verließen! Nach Stellmachers Hinrichtung erschienen blutrünstige Plakate in der Schweiz, die ihn zu rächen aufforderten und von dem Klemptner Weiß aus Dresden angeschlagen wurden. In Viestal deshalb vor Gericht gestellt, entpuppte sich auch dies Fröchtchen als deutscher Lockspiegel. Seine Entlarvung zog dem Polizeieinspektor Kaltenbach in Mühlhausen einen tödlichen Schlaganfall zu; der arme Patriot hatte im Kampfe für die heiligsten Güter auch allzu großes Pech gehabt. Zur selben Zeit stöberten die deutschen Sozialdemokraten in Zürich noch den deutschen Lockspiegel Friedemann auf, der auf anarchistischen Festen mit henterhaftem Pathos zu deklamieren pflegte: Mein Kaiser, mein Kaiser muß hängen.

Eine andere Reihe anarchistischer „Taten“ ging im Herbst 1883 von Elberfeld-Barmen aus. Ihr leitender Kopf war der Schriftsetzer August Reinsdorf, der aus einem Leipziger Vororte stammte und schon im Jahre 1877 von den Sozialdemokraten wegen seiner anarchistischen Umtriebe ausgeschlossen worden war. Er war kein Polzeispiegel, wofür er lange Zeit galt, und er gab sich auch nicht, wie die Kammerer und Stellmacher, mit gemeinen Verbrechen ab, aber über einen Verschwörer nach dem Geschnacke der Polizei brachte er es doch nicht hinaus. Er hatte fünf oder sechs Anhänger um sich gesammelt, fast durchweg junge und unreife Menschen, die er zu Dynamitattentaten anstiftete. Drei solcher Versuche wurden gemacht, ohne daß ein Menschenleben geschädigt wurde, bei dem wichtigsten explodierte auch nicht das Dynamit. Reinsdorf, der an weit vorgeschrittener Schwindsucht litt und im Hospitale lag, hatte den Sattler Nupsch und den Schriftsetzer Klüchler nach Rübeshelm gesandt, um am 27. September den deutschen Kaiser und dessen fürstliches Gefolge bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwalde in die Luft zu sprengen. Nach Reinsdorfs eigener Behauptung flossen die Kosten der Expedition zum größten Teil aus polizeilichen Fonds, und diese Behauptung wurde nur deshalb nicht urkundlich festgelegt, weil der Weber Palm, der die fraglichen 40 Mark

beigesteuert hatte, gleichwohl aber nicht mitangeklagt worden war, sondern als Zeuge vernommen wurde, jede Angabe über die Herkunft des Geldes verweigerte. Das Reichsgericht sah von der Vereidigung dieses „Zeugen“ ab, der nach dem Prozesse notorisch polizeiliche Dienste getan hat. Das Attentat war in so kindischer Weise versucht worden, daß es nicht die geringsten Spuren hinterließ. Wie es dennoch „entdeckt“ wurde und weshalb seine „Entdeckung“ nicht gleich an die große Bärmglocke gehängt wurde, die unaufhörlich über die „sozialistischen Attentate“ tönte, blieb auch bei den späteren Verhandlungen vor dem Reichsgerichte sehr im unklaren.

Anscheinend sollte es in der Hinterhand bleiben, als großer Wahlpuff, wenn der Reichstag sich weigerte, das Sozialistengesetz zu verlängern, und deshalb aufgelöst werden mußte. Um die nötige Stimmung für die Verlängerung des Gesetzes zu machen, hatten die Lockspitzel genügend zahlreiche Attentate geliefert.

2. Die Kronprinzenpartei und ihr Krach.

Das Sozialistengesetz lief am 30. September 1884 ab, und wenige Wochen später das Mandat des Reichstags. Bismarcks Absicht, dies Zusammentreffen für seine Pläne auszunutzen, erhielt einen neuen Sporn, als ein halbes Jahr vorher, an einem schönen Märzorgen, die Freisinnige Partei unvermutet auf dem Platze erschien. Sie war von den Fortschrittlern und den Sezessionisten hinter den Kulissen gegründet worden, ohne daß es eine der beiden Fraktionen der Mühe für wert gehalten hätte, die Ansicht ihrer Wähler einzuholen. Was sie bedeutete, war freilich kein Geheimnis, und am wenigsten für Bismarck. Die neue Partei erhielt ihren ersten Glückwunsch vom Kronprinzen, und der Volkswig taufte sie sofort als die Kronprinzenpartei. Das Ableben des halb neunzigjährigen Kaisers wurde damals in naher Zukunft erwartet, und der Kronprinz wollte eine „große liberale Partei“ haben, auf die er sich bei seinem Regierungsantritte stützen könne.

Schade nur, daß diese große Partei sich selbst auf nichts stützte, als auf den „liberalen“ Kronprinzen! Die liberale Opposition hatte seit 1881 eine ungemein schwächliche Politik getrieben. Das galt selbst von der süddeutschen Volkspartei, die sich höchstens durch noch größere Phrasenhaftigkeit von den engbrüstigen Fortschrittlern unterschied; man

brauchte nicht die Finger einer Hand, um in beiden Parteien die paar Bente herzuzählen, die zur Not als bürgerliche Demokraten passieren konnten, und übrigens von den eigentlichen Parteiführern sehr scheel angesehen wurden. Die Sezessionisten waren überhaupt nichts als „geärgerte Freihändler“. Das einzige Verdienst dieser Opposition hatte denn auch darin bestanden, neue Erhöhungen des Zolltarifs abzuwehren; die Sezessionisten waren nicht einmal in der Frage neuer Finanzzölle sattelfest. Das Programm der neuen Partei formulierte die Klasseninteressen des mobilen Kapitals und verbrämte sie mit einigen allgemeinen Redewendungen über Freiheit, Volkswohlfahrt und dergleichen; um hoffähig zu werden, hatten die Fortschrittler die paar Spitzgen ihres alten Programms abgebrochen oder doch so umgebogen, daß sie keinen Hofmarschall stechen konnten. Darüber erhob sich etwelches Murren in der fortschrittlichen Wählerschaft, das von den Führern mit der Versicherung beschwichtigt wurde, eine kostbare Mitgift bringe die sezessionistische Schöne doch in die junge Ehe mit: die neuen Bundesgenossen würden nicht mehr für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

Wirklich hieß es in dem freisinnigen Programm: Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen der Person und der Partei. Es war auch nicht unglaublich, daß alle Liberalen, die noch einige Spannen weit über ihre Nasenspitze hinweg blicken konnten, mit dem Sozialistengesetz reinen Tisch machen wollten. In den gebildeten Kreisen der Bourgeoisie ächzte und stöhnte man schon über das „Unglücksgesetz“; seine „erzieherischen Wirkungen“ wurden öffentlich nur noch von dem Modephilosophen v. Hartmann gepriesen, der an seinem Teil beweisen wollte, daß die bürgerliche Philosophie fünfzig Jahre nach Hegels Tode wirklich bis auf die letzten Knochen vermorscht sei. Niemand konnte von der liberalen Bourgeoisie verlangen, daß sie um des revolutionären Proletariats willen ihre Hoffähigkeit schädigen sollte, aber unter der Versumpfung des öffentlichen Lebens, die das Sozialistengesetz hervorrief, litt sie am meisten. Sie hatte den Schaden von dem AusnahmeGesetz, während das Proletariat den Vorteil davon hatte. Gerade wenn sie hoffähig bleiben, wenn sie dem Kronprinzen einen sicheren Halt bieten wollte, mußte sie dem „UnglücksGesetz“ lieber heute als morgen den Kehraus tanzen.

Bismarck war auch so galant, die neue Partei noch in ihren Flitterwochen zu diesem Tanze aufzufordern. Er verlangte vom Reichstage

die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre. Die erste Lesung seiner Vorlage fand schon am 20. und 21. März statt, zugleich mit der Debatte über die Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig. Zu ihrem Haupttrumpfe hatte die Regierung natürlich die anarchistischen Verbrechen gemacht, für die niemand anders verantwortlich war, als sie selbst. Bebel sagte: „Die Anarchisten sind nur möglich geworden durch das Sozialistengesetz, und die Väter des Sozialistengesetzes sind zugleich die Väter der Anarchisterei.“ In gleichem Sinne sprachen Hasenclever, Grillenberger und Liebknecht; es war ihnen leicht nachzuweisen, was jeder kundige Beobachter der Zeitgeschichte wußte, daß nämlich die Sozialdemokratie den verbrecherischen Anarchismus keineswegs fördere, vielmehr der einzige Damm gegen sein gefährliches Überwuchern sei. Gegen die Sozialdemokratie selbst schleppte Puttkamer den großen Bitatensack heran, wußte aber aus dieser unerschöpflichen Fundgrube nichts weiter hervorzuzaubern, als einige, obendrein gefälschte Zitate aus Debels Buch über die Frau und den Sozialismus. Sogar die getreue Nationalzeitung murrte darüber: sie meinte, wenn etwas bei Erlass des Sozialistengesetzes nicht und nagelfest gemacht sei, so die Absicht, theoretische Spekulationen, wie Bebel in jener Schrift angestellt habe, nicht zu verbieten. Bismarck stritt sich mit Windthorst über die vorsintfluthliche Frage, ob die katholische Kirche der Sozialdemokratie einen unzerbrechlichen Widerstand entgegen stelle, und Hänel sah den Schaden des Sozialistengesetzes darin, daß die bürgerlichen Parteien vergäßen, eine „gewisse Verbindung“ unter sich aufrecht zu erhalten gegen den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind. Sehr glorios machte sich dieses Bekenntnis der Kronprinzenpartei zur „einen reaktionären Masse“ gerade nicht, und es war schon ein erster Schritt zum Umfall, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Entwurf der Regierung, statt ihn kurzer Hand abzuwerfen, in eine Kommission abschoben. Trotzdem befahl die Deputation des Reichstags, die am Tage darauf dem Kaiser zu seinem achtundachtzigsten Geburtstage gratulierte, einen derben Nasenstülper und die Drohung, der Kaiser werde die Ablehnung der Vorlage als einen Schlag gegen seine Person betrachten. Hätte noch irgend ein Zweifel an Bismarcks Absichten bestanden, so war er nun beseitigt; eine zweite Auflage der Altentatswahlen stand vor der Thür, wenn der Reichstag nicht zu Kreuze kroch.

Unter solchen Vorzeichen gestalteten sich die Verhandlungen der Kommission zu einem sehr unerbaulichen Schauspiel. Windthorst kam mit seinen „Milderungsanträgen“ angezogen, die der Polizei den Spaß gemacht hätten, noch ein paar juristische Zwirnsfäden mehr zu zerreißen, als sie schon zerrissen hatte, und Hänel präsentierte seine Verschärfung des gemeinen Rechts, die das Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte. Sie wollten ja alles tun, die unerhörtesten Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung, wenn ihnen nur erlassen würde, dies so oft verfluchte Gesetz jetzt selbst zu bewilligen. Einen verhältnismäßig geschickten Schachzug machten die Fortschrittler, indem sie das mysteriöse Niederwaldbattentat ans Tageslicht zogen und so den Wahlkarren der Regierung etwas verfuhrten, aber statt daran eine kräftige Kritik der Lockspitzelwirtschaft zu knüpfen, apportierten sie vielmehr das Dynamitgesetz, vermutlich die verkehrteste Leistung, die je von der Gesetzgebung eines modernen Staats verbrochen worden ist. All das Flehen und Jammern hätte einen Stein erweichen können, aber Puttkamer hatte strengste Order von Bismarck und erklärte einfach: Hopla, meine Herren, hier ist der Stod, nun springen Sie!

So sprangen sie denn wirklich. Die offiziöse Wahlmaschine war schon in voller Tätigkeit, und diesen Druck hielt die Kronprinzenpartei nicht aus. Der innere Kampf ihrer Mannesseelen spiegelte sich getreulich in einem Briefe wieder, den Mommsen an seine Koburger Wähler richtete. Mit anerkanntem Scharfsinne wies der berühmte Historiker darin nicht nur die Nutzlosigkeit, sondern auch die Verderblichkeit des Sozialistengesetzes nach, um dann zu schließen: besteht die Regierung auf dem Gesetze, so werde ich gleichwohl dafür stimmen, und alles Unheil komme über ihr Haupt. Von den Ultramontanen fielen 39, von den Freisinnigen 27 um; da aber Eugen Richter dem Frieden noch nicht traute, so ließ er durch seinen Adjutanten Otto Hermes den ehemaligen Fortschrittler schreiben, es sei nicht nötig, daß sie zur entscheidenden Abstimmung im Reichstage erschienen. Der urkundliche Wortlaut der Briefe liegt vor und ebenso die Erklärung des Hermes, daß er sie im Auftrage Richters geschrieben habe. Wenn Richter sich hinter die Ausrede versteckt hat, die Abkommandierungen seien nicht „im Auftrage des Parteivorstandes“ erfolgt, so steht diese Nebenart auf derselben Höhe mit Puttkamers Nebenart, „im Auftrage der Regierung“ würden keine Lockspitzel ge-

züchtet. Als ob solche Geschichten jemals offiziell gemacht würden! Die beiden „großen Staatsmänner“ mußten eigentümliche Begriffe von der Ausdehnungsfähigkeit menschlicher Leichtgläubigkeit haben, wenn sie für ihre brünstigen Beteuerungen ein gläubiges Publikum zu finden hofften. Im übrigen entschuldigte Richter die Fahnenflucht seiner 27 Parteigenossen etwa so, wie jene Maid, die noch Jungfer sein wollte, weil sie nur ein ganz, ganz kleines Kind geboren habe. Er sagte: Einmal ist keinmal, und künftig werden wir um so unentwegter das fluchwürdige Ausnahmegesetz bekämpfen. Sie haben es auch wirklich getan, da sie, dank ihrem Wankelmute, niemals wieder in die Lage gekommen sind, die Entscheidung über das Gesetz zu geben. Am 10. Mai wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre mit 189 gegen 157 Stimmen beschlossen.

Bei den Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung trat das wirkliche Wesen der Machenschaft klar hervor. Bismarck sagte der Kronprinzenpartei grimmige Fehde bis zum letzten Athemzuge an, und Richter, der eben die Zukunft seiner Partei vernichtet hatte, antwortete nicht minder grimmig, die nächsten Wahlen würden die Zukunft des Liberalismus sichern. Vom Sozialistengesetze sprachen die beiden Kampfhähne nur ganz nebensächlich, doch warf Bismarck bei dieser Gelegenheit den Röber aus von dem Rechte auf Arbeit, das dem Proletariat im preußischen Landrechte verbürgt sei. Während deutsche Professoren sofort tiefsinnige Abhandlungen über den Widersinn schrieben, hatte die sozialdemokratische Fraktion nur ein verächtliches Achselzucken dafür übrig; sie stellte den spöttischen Antrag, Bismarck möge schleunigst einen Gesetzentwurf einbringen, der das Recht auf Arbeit verwirkliche. Sonst hielten es die sozialdemokratischen Abgeordneten unter ihrer Würde, sich sachlich an Debatten zu beteiligen, bei denen die Entrechtung der Arbeiterklasse den schönsten Deckmantel abgeben mußte für persönliche und politische Machtfragen, die mit dem Sozialistengesetz und dem Sozialismus nichts zu tun hatten. Sie beschränkten sich darauf, tatsächliche Unwahrheiten der Gegner zurückzuweisen und am Schlusse der dritten Lesung durch eine von Liebknecht verlesene Erklärung festzustellen das, was war.

Gleich nach der Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde das Dynamitgesetz beschlossen, das die bürgerliche Opposition apportiert und Puttkamer in seiner süßvollen Weise verschönert hatte. Die Mehrheits-

parteien, die sich eben noch heftig befehdet hatten, waren nun ein Herz und eine Seele, die sozialdemokratische Kritik ihres gemeinsamen Machwerks zu hintertreiben. Die Fraktion kam nicht zum Wort und enthielt sich, da sie ihre Auffassung nicht begründen konnte, der Abstimmung. In ihrem Namen gab Hasenclever eine kurze Erklärung ab, worin er die Unannehmbarkeit des monströsen Gesetzes feststellte und der Regierung überließ, wie sie mit dem von ihr gezüchteten Anarchismus fertig werden wolle. Bekanntlich hat das Dynamitgesetz nie einem anarchistischen Verbrecher ein Haar gekrümmt, wohl aber manchen harmlosen Gewerbetreibenden ins Unglück gestürzt.

Hatte die Kronprinzenpartei gehofft, mit ihrer politischen Erniedrigung wenigstens die Wahltreiberei Bismarcks zu vereiteln, so täuschte sie sich auch darin. Bismarck hatte sogar schon, als die Verlängerung des Sozialistengesetzes beschlossen wurde, einen neuen Trumpf ausgespielt, nämlich die Kolonialpolitik. Er war bis dahin ein abgesagter Gegner dieser Politik gewesen. Als im März 1871 das Gerücht ging, er wolle sich mit französischen Kolonien für die Kriegskosten bezahlt machen, meinte er: „Ich will gar keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so, wie der seidene Sobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd haben.“ Er blieb auch noch taub, als nach dem Krache der siebziger Jahre in kapitalistischen Kreisen eine Kolonialschwärmerei erwachte. Ihr Ziel waren Ackerbaukolonien, um durch eine organisierte Auswanderung der Überbevölkerung als der angeblichen Hauptquelle der sozialen Leiden zu steuern und gleichzeitig der deutschen Industrie einen neuen Stamm wohlhabender Käufer zu sichern. Davon wollte Bismarck nichts wissen; „ich bin kein Freund der Auswanderung“, sagte er einmal im Reichstage, „ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr.“ Wie konnte man auch diesem ostelbischen Junker, der von allen hartherzigen Grundherren stets der hartherzigste gewesen ist, die Auswanderung besitzloser Tagelöhner zumuten, die den Arbeitslohn des ländlichen Proletariats steigern mußte? Anders aber, als jetzt eine kapitalistische Agitation für Handelskolonien, für neue Stätten der ärgsten Ausbeutung begann.

Im April 1884 telegraphierte Bismarck zur Überraschung von aller Welt an den deutschen Konsul in Kapstadt, er solle Angra Pequena,

die südwestafrikanische Niederlassung eines Bremer Kaufmanns, unter den Schutz des Deutschen Reiches stellen. Gleichzeitig sandte er den Generalkonsul Nachtigall auf einem deutschen Kriegsschiffe nach Kamerun und Togo, um dort die deutsche Flagge zu hissen. Dann aber begann die offiziöse und sonst dienstwillige Presse mit allem Hochdruck jene „Schützenfeststimmung“ hervorzurufen, über die Bamberger nicht ohne inneres Grauen witzelte. In der Tat lockerte Bismarck ein paar Grundpfeiler der Kronprinzenpartei: die große Reederei und den großen Handel einer-, den Viertischphilister andererseits. Er sagte im Reichstage, die königlichen Kaufleute sollten die neuen Kolonien regieren, die dem Reiche sehr wenig kosten würden. Die Sorge des Philisters um seinen Geldbeutel war damit beschwichtigt, und seinen hinter dem Stammtische stets in unendlichen Massen vorhandenen Latendrang reizte Bismarck durch den Spott, die Deutschen seien bisher Stubenhocker gewesen, sie hätten auf den Thüringer Bergen zusammengesessen und dem Meere den Rücken zugekehrt. Da widerstand der nationale Taumel nicht, den nicht zuletzt die liberale Opposition herangezüchtet hatte.

Die Lage der Kronprinzenpartei war um so übler, als sie keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Kolonialpolitik wagen durfte. Sie war eine Kapitalistenpartei vom reinsten Wasser, und jeder kapitalistische Vater schnurrt behaglich, wenn er Profit wittert. Das ist seine Natur, die ihm nicht ausgetrieben werden kann. Die Bamberger und Richter mußten sich darauf beschränken, nachzuweisen, daß Bismarcks Kolonialpolitik ein unprofitables Geschäft sei, das nichts einbringen und viel kosten, die nationale Glorie nicht mehren, sondern mindern und der auswärtigen Politik des Reichs manche „Nasenstüber“ eintragen werde. Sie haben damit Recht behalten, aber im Sommer 1884 kurierten diese Wasserstrahlen den herauschten Spießer nicht. Bismarcks Börsenfreunde, die Bleichröder und Konsorten, opferten ein paar lumpige Millionen, um Gesellschaften für die Ausbeutung der neuen Kolonien zu gründen, und mit gleißelnden Farben schilderten unzählige Goldschreiber die unerschöpflichen Schätze, die in den afrikanischen Sand- und Sumpfwüsten verborgen sein sollten. Es gelang, in dem großen und namentlich auch in dem kleinen Bürgertum einen Rausch hervorzurufen, als wäre eine neue Gründer- und Schwindelperiode angebrochen.

In dem Wahlkampfe selbst hütete sich Bismarck diesmal vor dem Tabaksmonopol und ähnlichen verfänglichen Parolen. Er schwärmte für

die Sozialreform und die Kolonialpolitik, und bekämpfte den vaterlandsverräterischen Freisinn, der die deutsche Nation um solche Herrlichkeiten bringen wolle. In dieselbe Posaune stießen die Konservativen und auch die Nationalliberalen, die sich nach der Gründung der freisinnigen Partei auf ihrem Heidelberger Tage der Regierung unbesehen verschrieben hatten. Die nationalliberale Wahltaktik, die den fanatischen Treiber für Bismarck machte, war allerdings noch elender, als die freisinnige Wahltaktik, die schon elend genug war. Die Kronprinzenpartei vergalt nicht Schlag mit Schlag, sie schrieb nicht auf ihre Fahne: Fort mit Bismarck!, sondern stöhnte nur herzbrechend: Wir sind ja so gute Patrioten, und wie kann man uns Vaterlandsverräter nennen! Den Gnadenstoß gab ihr, daß manche ihrer Koryphäen, wie Focke, sich vorbehielten, auch in der Zukunft für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen. Sie verlor etwa 40 Sitze, von denen über 30 an die Ultrakonservativen fielen. Die Nationalliberalen ernteten den verdienten Lohn der Verräter und erwischten von der Beute nur eine Kleinigkeit, soviel etwa ein eifriger Datsch an Trinkgeld verdienen mag. Der Liberalismus in seinen verschiedenen Schattierungen hatte einer konservativ-ultramontanen Mehrheit den Weg in den Reichstag geebnet.

Das war nicht alles, was Bismarck wünschte, denn neben der konservativ-ultramontanen ließ sich noch keine konservativ-nationalliberale Mehrheit bilden. Aber eine schutzblernerische Mehrheit war doch schon ein netter Anfang, und da der alte Kaiser ruhig weiter lebte, so konnte bald ein zweiter Anlauf mit noch besserem Erfolge gemacht werden. Die feste und kühne Haltung des Proletariats hatte den Junker so weit verkracht, daß die Bourgeoisie ihn nur noch umzuwerfen brauchte, aber statt ihn umzuwerfen, ließ sich die Bourgeoisie von dem halb verkrachten Junker ganz verkrachen. Es war die alte Geschichte, die seit den Märztagen so oft auf deutschem Boden gespielt hatte und so oft noch spielen sollte.

3. Sozialdemokratische Wahllege.

Für die Sozialdemokratie wurde der 28. Oktober ein Tag des Triumphes. Bald nach dem Kopenhagener Kongresse hatte Bebel in einer Nachwahl Hamburg I erobert, so daß die Fraktion beim Schlusse dieser Gesetzgebungsperiode 13 Köpfe zählte. In den neuen Wahlen gewann sie 24 Sitze und, was für sie weit mehr galt, 549 990, also 238 029 Stimmen

mehr als 1881. Von 6,1 war sie auf 9,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen gestiegen.

Die Vorbereitungen der Wahl waren nach den Kopenhagener Beschlüssen getroffen worden. Die Fraktion hatte ein Zentralwahlkomitee niedergesetzt, das aus Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever und Liebknecht bestand. Das in anderthalb Millionen Exemplaren verbreitete Wahlmanifest war sehr gut gelungen; in knappem Rahmen wies es nach, daß die Kurversuche der Schutzkürner, der Zünftler, der Kolonialschwärmer und wie diese Doktoren Eisenbart sonst noch hießen, die kranke Gesellschaft nicht heilen könnten, daß deren Gesundung nur auf den Wegen möglich sei, die der wissenschaftliche Kommunismus weise. Ohne alle Prahlerei, aber auch ohne alle Zweideutigkeit führte das Manifest eine klare, ruhige, überzeugende Sprache. Nicht minder gute Dienste leistete die Instruktionsbroschüre, die alle widergesetzlichen Wahlschliche aufdeckte; ohnehin waren jetzt die Arbeiter an das Sozialistengesetz gewöhnt und ließen sich nicht mehr so leicht verblüffen.

Ganz so arg, wie 1878 und 1881, wurden sie bei diesen Wahlen nicht bedrängt. Bei den Wahlprüfungen hatte der Reichstag doch etwas wie Scham empfunden über die empörenden, allen Begriffen von Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden Wahlorgien der Polizei und ihnen für die Zukunft ein paar Niegel vorgeschoben. So hatte er beschlossen, daß die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, noch nicht unter das Sozialistengesetz falle. Ferner hatte der Reichstag eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufgenommen, wonach Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes sein sollten. Damit wurde ein Urteil des Reichsgerichts kassiert, das Stimmzettel für Drucksachen solcher Art erklärt hatte, nach einer beweglichen Klage Buttkamers über den Mangel an Mitteln, die Wahlagitatorien durch Stimmzettel zu verbieten. Freilich waren viele Polizeibehörden weit davon entfernt, diese Reichstagsbeschlüsse zu beachten; in einem Lande von bürgerlich-rechtlichen Gewohnheiten wären die polizeilichen und sonstigen Bedrängungen der Arbeiter bei den Wahlen von 1884 noch immer als himmelschreiende Willkür empfunden worden; nach preußisch-deutschen Begriffen hatte die sozialdemokratische Agitation aber eine Art freier Bewegung.

An der Spitze der sozialdemokratischen Wahlsiege marschierten wie immer die drei Belagerungsgebiete. Von den neun Siegen, die in der Hauptwahl erfochten wurden, stellten sie die fünf glänzendsten: Berlin IV (Singer) mit 25 386, Hamburg I (Webel) mit 12 280, Hamburg II (Dieß) mit 14 276, Altona (Frohme) mit 10 266, Leipzig-Land (Biereck) mit 15 238 Stimmen. Im ganzen warfen die sechs Berliner Wahlkreise 68 275, die drei Hamburger Wahlkreise und Altona 46 550, die beiden Wahlkreise Leipzig Stadt und Land 24 914 Stimmen auf den Tisch. Dabei hatte in Berlin die Sozialdemagogie Stöcker-Wagner all ihren Hofuspokus losgelassen, waren in Hamburg alle Arbeiterversammlungen gehindert worden und gab es in Leipzig kein Blatt, das den Arbeitern auch nur einigermaßen unparteiisch gegenüberstand. Man weiß nicht, wem man den Preis zuerkennen soll, schrieb rühmend der Sozialdemokrat: dem geschlossenen Karree im nordwestlichen Deutschland, den gewaltigen Forts im Norden und Südosten der Reichshauptstadt oder den sozialistischen Arbeiterbataillonen in Leipzig Stadt und Land.

Die vier übrigen, in der Hauptwahl gewonnenen Mandate verteilten sich auf Sachsen und Thüringen: es waren alte Sitze der Partei, Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Grimmitschau (Stolle), Chemnitz (Gelfer) und Neuß ä. L. (Blos). Daneben war die Partei an 24 Stichwahlen beteiligt: in Berlin VI und Hamburg III, dem Landkreise der großen Handelsstadt, in alten rheinischen und sächsischen Sitzen: Eberfeld-Barmen, Solingen, Dresden-Alstadt, Auerbach-Reichenbach, in sieben preussischen Provinzialzentren: Breslau I und II, Königsberg, Magdeburg, Kassel, Hannover, Kiel, in drei nord- oder mitteldeutschen Kleinstaaten: Braunschweig I, Gotha, Neuß j. L., in fünf Maingautreisen: Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Mainz, Hanau, endlich in drei süddeutschen Kreisen: Nürnberg, München II und Frankenthal-Speyer.

An vielen Orten war die Partei auch in der Lage, Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden. Die früheren Wahlen hatten häufig gezeigt, daß der Kampfeifer der Parteigenossen sich nicht zügeln ließ, wenn bei solchen Stichwahlen nur ein halbwegs präsentabler Kandidat der bürgerlichen Linken mit im Spiele war, trotz aller Kongreßbeschlüsse, die im allgemeinen Wahlenthaltung in solchen Fällen empfahlen. Diesmal mußte auch das Zentralwahlkomitee dem drängenden Strom nachgeben; am 30. Oktober erließ es einen Aufruf, worin es anordnete,

daß wo sich die Parteigenossen für eine Beteiligung an Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien entschieden, jedenfalls nur Kandidaten in Frage kommen könnten, die sich bestimmt und unzweideutig verpflichteten, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, gegen die Verschärfung der Strafgesetze, gegen die Verkümmernng oder Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden, gegen die Einführung der Arbeitsbücher und gegen neue Zölle und Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse zu stimmen.

Mitte November waren die Stichwahlen beendet. In ihnen hatte die sozialdemokratische Partei noch 15 Sitze gewonnen: Berlin VI (Hasenclever), Breslau I (Kräcker), Breslau II (Hasenclever), Magdeburg (Heine), Hannover (Meister), Solingen (Schumacher), Elberfeld-Barmen (Harm), Auerbach-Reichenbach (Kasper), Braunschweig (Blos), Gotha (Bock), Neuß j. S. (Mädiger), Frankfurt a. M. (Sabor), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger) und München II (Wollmar). Hasenclever nahm in Breslau II und Blos in Braunschweig an, bei den Ersatzwahlen wurde Berlin VI (Pfanckuch) und Neuß ä. L. (Wiemer) behauptet. Eingebüßt hatte die Partei die Wahlkreise Freiberg, Mittweida und Hanau, von altem Besitze zurückerobert Berlin IV und VI, Altona, Glauchau-Meerane, Auerbach-Reichenbach, Leipzig-Land und Elberfeld-Barmen, zum erstenmal besetzt Braunschweig I, Frankfurt a. M., Gotha, Hannover, Magdeburg, Neuß j. S. und München II.

Obgleich die sozialdemokratische Wahlleitung bei den Stichwahlen den Freisinnigen nach Möglichkeit beigeprungen war, so suchte die geschlagene Kronprinzenpartei doch in ihrer besonderen Art die Wahlerfolge der Arbeiterpartei dadurch zu verkleinern, daß sie behauptete, bei den Stichwahlen sei die Partei durch konservative und nationalliberale Stimmen unterstützt worden. In erster Reihe natürlich zu dem Zwecke, das eiserne Bollwerk der Freiheit, das heißt die Kronprinzenpartei, zu überrennen; anders als durch „Verrat“ hat Eugen Richter die zahllosen Schläge, die er in seinem politischen Leben davongetragen hat, ja noch nie gesehen, nämlich wenn man ihm selber glaubt. Nun ist so viel richtig, daß bei den Stichwahlen von 1884 in manchen Wahlkreisen, so in Hannover, Magdeburg, München II, nationalliberale oder selbst konservative Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind. Auch erklärte die Kölnische Zeitung, ein sozialdemokratischer Abgeordneter sei unter Umständen ein kleineres Übel, als ein fortschritt-

licher, und in ähnlichem Sinne sprach sich der Magdeburger Polizeipräsident aus. Aber was immer daraus gegen die Nationalliberalen oder die Konservativen folgen mag, so ist nicht abzusehen, wie dadurch die sozialdemokratischen Wahlstege verkleinert werden sollen. Selbst wenn dieser oder jener Sitz der nicht erbetenen und nicht erwünschten Hilfe der Reaktion zu danken gewesen wäre, so wäre damit noch nicht entfernt das krasse Mißverhältnis ausgeglichen worden, das damals, wie vorher und nachher stets, zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Mandate und der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bestanden hat und unendlich oft durch das Bündnis der freisinnigen Helben mit der „finstersten Reaktion“ verursacht worden ist. In den Stichwahlen von 1884 hätte die Sozialdemokratie sich nur dann etwas vergeben, wenn sie irgendwie oder irgendwo mit den reaktionären Parteien kokettiert hätte. Das ist aber nirgends geschehen.

In der abschreckendsten Weise bewährte sich dagegen bei diesen Stichwahlen die Gefinnungslosigkeit der „einen reaktionären Masse“. In Offenbach, wo Liebtnecht mit einem Nationalliberalen zur Stichwahl stand, hieß es in einem nationalliberalen Flugblatt: „Die Namen der Mordgesellen Hübner, Nobiling, Kammerer, Stellmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, offen zu erklären, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich.“ In Hannover aber, wo Meister mit dem Welfen Brühl kämpfte, liefen die Nationalliberalen den Sozialdemokraten demütig nach. Sie erklärten, Meister sei „eigentlich“ ein Anhänger der Bismarckschen „Sozialreform“, obgleich es in dem sozialdemokratischen Wahlaufruf hieß: „Die nationalliberale Partei, die Partei der Charakterlosigkeit und der politischen Heuchelei, ist tot und bereits in Fäulnis geraten. . . . Sie ist nur noch eine Anzahl von Hanswürsten. . . . Ihrer erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit ist es zu verdanken, daß die Reaktion in Deutschland so stark geworden ist. . . . Die bisher vom Reichstag fabrizierten sozialpolitischen Gesetze (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) sind so hundserbärmlich schlecht, daß unsere Vertreter notgedrungen dagegen stimmen mußten. . . . Der ganze Staatssozialismus, wie er heute von der Regierung und den Konservativen betrieben wird, ist der reinste Schwindel.“ Wenn dennoch nationalliberale Stimmen für Meister als einen „eigentlichen“ Anhänger Bismarcks abgegeben wurden, so mag man zweifeln, ob man die Dicke

hätigkeit oder die Wahrheitsliebe dieser Gentlemen mehr bewundern soll, aber derselbe Zweifel gilt auch von den freisinnig-volksparteilichen Blättern, die angesichts solcher Tatsachen von einem Bündnis zwischen „Reaktion und Sozialdemokratie“ schwätzen.

So veröffentlichte die Frankfurter Zeitung zur Stichwahl für ihren heißgeliebten, aber unrettbar verlorenen Sonnemann einen Wahlaufruf, von dem sie in ihrem lokalen Teile prelsend sagte, er gehe von den hervorragenden Vertretern des Frankfurter Handelsstandes, der Industrie und des Gewerbes, der Advokatur usw. aus, die zum guten Teile der nationalliberalen, zum Teil auch der konservativen und der ultramontanen Partei angehörten. Und in dem politischen Teile derselben Nummer erdreistete sich das Blatt, zu sagen, daß „der Konservative und der Sozialdemokrat eigentlich Brüder seien, nach gleichem Ziele strebend, Freud und Leid miteinander teilend, ein edles Paar von Brüdern“. Der Sozialdemokrat machte dazu die beißende Bemerkung, das Handelsorgan rechne wohl darauf, in seinem politischen Teile nur von den Dummen gelesen zu werden.

Überhaupt gehörte die beginnende Verekelung der Volksmassen an der bürgerlichen Parteiwirtschaft zu den hervorragenden Kennzeichen der Wahlen von 1884. Prüfte man die amtliche Wahlstatistik, so zeigte sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen überall beträchtlich zugenommen hatte, wo die Arbeiterbewegung schon vor dem Sozialistengesetz tief eingewurzelt gewesen war. Im Königreich Sachsen war mit 128124 Stimmen der Stand von 1878 erreicht worden; im bergisch-märkischen Industriebezirk, im Maingau, in Braunschweig und Hannover, in der Provinz Sachsen, in Schlesien und Thüringen zeigte sich ein gleich günstiges oder ein noch günstigeres Ergebnis. Aber auch in Gegenden, die von Kleinbürgerlichen oder Kleinbäuerlichen Vorstellungen beherrscht wurden, begann die rote Fahne wieder lustig im Winde zu wehen.

Damit setzte eine Entwicklung von neuem ein, die bis in die ersten Jahre des Deutschen Reichs zurückreichte. Sie war durch die jähen Gewaltstöße des Sozialistengesetzes und die verführerischen Lockungen der bürgerlichen Sozialdemagogie unterbrochen worden, denen von vornherein gleichmäßig einen unerschütterlichen Widerstand entgegenzustellen erst das moderne Proletariat der großen Industrie gereift genug war. Wenn die sozialdemokratische Propaganda nun aber wieder

auf einem Hohen vordrang, den der industrielle Mehrbesen noch nicht geebnet hatte, so geschah das unter viel günstigeren Umständen als zehn Jahre früher. Die Enttäuschung der Volksmassen war gründlicher und nachhaltiger als im Anfange der siebziger Jahre. Sie hatten alle bürgerlichen Heilmittel des sozialen Elends durchgekostet, den Freihandel und den Schutzoll, die liberale Manchestererei und die reaktionäre Zünftlerei, und waren immer schlechter gefahren; ihre gesündesten und tüchtigsten Schichten begannen sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur die Radikalkur der Sozialdemokratie ihnen helfen könne, oder doch mindestens einzusehen, daß alle Beschwerten und Unterbrückten nirgends als an dieser prinzipientklaren und prinzipientreuen Partei einen festen Halt hätten. Nicht allein das konservative und das liberale Blendwerk war gründlich verblaßt, sondern auch das ultramontane Blendwerk begann zu verblaffen. Je mehr der Kulturkampf verjumptete um der Massenplünderung willen, desto greifbarer trat der innerlich reaktionäre Charakter des Zentrums hervor. Vielleicht kein Einzelergebnis der Wahlen erregte so großes Aufsehen, wie die Erschütterung der ultramontanen Hochburgen Köln und München durch den Ansturm des klassenbewußten Proletariats.

Noch bedeutamer wurde diese Ausdehnung der sozialdemokratischen Propaganda dadurch, daß sie gleichmäßig die verschiedensten Hindernisse überwand. In Brandenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein warf sie das feudale Junkertum zurück, in Baden und Württemberg das demokratische Kleinbürgertum; in Elsaß-Lothringen hob sie sich mit 3111 Stimmen über den nationalen Gegensatz empor. Von Mannheim bis Königsberg zog sich quer durchs Reich fast schon eine ununterbrochene Postenkette der Partei. In Mannheim hatte Dreesbach über 5000 Stimmen erhalten und kam bald darauf in einer Nachwahl mit ziemlich 7000 Stimmen zur Stichwahl; auch saß er mit noch einem Genossen im Stadtrat, während im Bürgerausschusse die dritte Klasse durch 16 Sozialdemokraten vertreten war. Auf Königsberg waren überhaupt keine Hoffnungen gesetzt worden; nach der Berufszählung von 1882 hatte die Stadt unter allen deutschen Großstädten die verhältnismäßig geringste Industrie, dagegen ein auffälliges Überwuchern kleiner selbständiger Betriebe aufzuweisen. Bis zum Jahre 1878 bestand die Königsberger Sozialdemokratie wesentlich aus einem Häuflein radikaler, von Johann Jacoby beeinflusster Ideologen, deren weitaus

größten Teil das Sozialistengesetz zerstäubte. Bei den Wahlen von 1881 wurden nur 284 sozialdemokratische Stimmen gezählt, und diese kleine Truppe hatte der Schlossermeister Godau unter schweren Mühen gesammelt. Godau war von der Ostbahnwerkstätte wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aufs Pflaster geworfen worden; aus demselben Grunde überall abgewiesen, wo er Arbeit suchte, mußte er sich als Kleinmeister auf tun und lernte allen Jammer des handwerksmäßigen Kleinbetriebs am eigenen Leibe kennen. Mit packender Beredsamkeit wußte er die Klasse aufzuklären, in die ihn nicht seine Neigung, sondern die Not gestoßen hatte. Die gelehrten Vorkämpfer der Bourgeoisie unterlagen diesem echten Proletarier, den ein eiserner Bildungstrieb und Wissensdurst befeelte, trotz der Proletarierkrankheit, die ihn unaufhaltsam auftrieb. In erster Reihe war es sein Verdienst, daß die Partei in Königsberg jetzt schon 4349 Stimmen musterte.

Jedoch die Tatsache, daß die unaufhaltsame Zerlegung der bürgerlichen Parteien mehr und mehr alle historischen Aufgaben, die zu lösen der historische Beruf der Bourgeoisie war, auf die breiten Schultern des Klassenbewußten Proletariats wälzte, trat nirgends so klar und unzweideutig hervor, wie in dem zweitgrößten Staate des Deutschen Reichs, wie in Bayern. Solange es eine deutsche Sozialdemokratie gab, hatte sie ihre Anhänger auch in Bayern gehabt, aber einen bayerischen Flügel der Gesamtpartei, der in gesetzmäßiger Entwicklung seine Reihen und Kotten entfaltete, gab es erst seit den Wahlen von 1884.

4. Die bayerische Eroberung.

In Bayern war das Sozialistengesetz von Anfang an mit großer Härte gehandhabt worden, wenn auch nicht ganz in dem Berliner Stile. Es war mehr urwüchsige Brutalität, als hinterhaltige Berechnung dabei, aber soweit hinterhaltige Berechnung dabei war, zielte sie nach einer anderen Richtung, als nach der höheren Diplomatie der „milden Pragis“. Das sozusagen liberale Ministerium in München hatte ein dringendes Interesse an der fortbauernben Sozialistenhege, um sich dem geisteskranken König als erfolgreichen Vändiger des roten Gespenstes unentbehrlich zu machen. Daneben spielte ein gewisser Antagonismus zwischen Berlin und München, den Biederer für seine publizistische Tätigkeit in der bayerischen Hauptstadt auszunützen verstand. Die Kopf-

blätter, die er für das außerbayerische Deutschland herstellte, betrachtete die bayerische Regierung nach dem Grundsatz: Heiliger Florian, beschütz' mein Haus, zünd' andere an; wenn sie aber die Süddeutsche Post verbot, die ihr selbst im Nacken saß, so hob die Reichskommission, entgegen ihrer sonstigen Praxis, das Verbot wieder auf.

In der linksrheinischen Pfalz hatte das Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung für den Augenblick vollständig zertreten. Jede ihrer Kundgebungen wurde rücksichtslos unterdrückt und es blieb ihr kein Mittel der Agitation, als die nächtliche Verbreitung von Flugblättern, die von Mannheim aus organisiert wurde. Bald aber zeigte die kräftige Minierarbeit die erfreulichsten Wirkungen. Im Jahre 1882 siedelte Ehrhart von Mannheim nach Ludwigshafen über, die Pfalz konnte sich als selbständiger Agitationsbezirk aufstun. Als sich das pfälzische Proletariat in der Wahlbewegung von 1884 durch gewaltige Kundgebungen das Versammlungsrecht zu erzwingen versuchte, wurden 800 Mann Soldaten nach Ludwigshafen verlegt, doch scheiterte die Provokation eines Blutbades an der ebenso besonnenen wie entschiedenen Haltung der Arbeiter. Sie kamen vielmehr im Wahlkreise Frankenthal-Speyer, worin Ludwigshafen liegt, mit 4822 Stimmen zur Stichwahl, und die „Straßbayern“ mußten mit langer Nase abziehen. Seitdem nahm die pfälzische Entwicklung ihren stetigen Fortgang.

Im rechtsrheinischen Bayern blieb Nürnberg-Fürth der Mittelpunkt der Bewegung für die drei fränkischen Regierungsbezirke. Freilich mehr erst als rings umbrandeter Fels, denn als Knotenpunkt eines weitverzweigten Netzes. Ein anmutiges Kleeblatt: die staatliche Bureaucratie, die freisinnig-kommunale Polizei und einzelne anarchistische Elemente machten den Nürnberger Arbeitern das Leben blutauer. Da diese Arbeiter von Grillenbergers hartem Schläge waren, so hielten sie sich unerschütterlich, doch wurde es ihnen schwer, auch nur in Franken selbst erobernd vorzubringen. Im Februar 1884 wollte Grillenberger die oberfränkischen Hausarbeiter der Korbflechterei, die durch den greulichsten Truckunfug bis auf die nackte Haut geplündert wurden, organisieren und zunächst einen Fachverein der Korbmacher in Schney gründen, aber die oberfränkische Regierung beeilte sich, diesen Verein auf ungläubliche Kabulistereien hin für einen politischen Verein zu erklären, der als solcher weder Minderjährige noch Frauen zu Mitgliedern haben und mit anderen Vereinen in keine Verbindung treten dürfe; damit war

der gefühlliche Widerstand der Korbflechter gegen die ungeschicklichen Praktiken ihrer Ausbeuter von Obrigkeit wegen totgeschlagen. Immerhin wurde eine so empörende Mißhandlung wehrloser Arbeiter mittelbar die wirksamste Propaganda für die Sozialdemokratie, die unter den oberfränkischen Korbflechtern bald Tausende von Anhängern zählte; schwieriger war es, andere fränkische Wahlkreise, selbst mittelfränkische ganz in der Nähe Nürnbergs, anzugreifen, weil die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung, der Mangel an Industrie und Städten, die schroffen konfessionellen Gegensätze und anderes mehr einem so hochentwickelten Proletariat der modernen Großindustrie, wie die Nürnberger Arbeiter waren, geringe Anknüpfungspunkte boten.

Für den schwäbischen Regierungsbezirk leistete Augsburg leider nicht oder noch nicht das, was Nürnberg für die fränkischen Regierungsbezirke leistete. Augsburg war ein typisches Beispiel dafür, wie schwer es die Arbeiterklasse zu büßen hat, wenn sie sich von der Höhe sozialistischer Erkenntnis noch einmal herabwerfen läßt. Aus dem sozialdemokratischen Vororte, der ehemals die bayerische Reichsratskammer mit kräftigen Sieben zu Paaren getrieben hatte, war eine Fabrikstadt traurigster Art geworden. Jedes Werk hatte seine Kassen-, Konsum- und Sparspar-Einrichtungen, die Arbeiter wurden elend bezahlt und standen völlig unter der Fuchtel ihrer Ausbeuter; ein Ausgesperrter bekam nirgends sonst Arbeit. Wohl fühlten sich die Arbeiter als Proletarier, aber sie hatten alle Fehler einer systematisch unterdrückten und durch den Industrialismus ausgebeuteten Volksschicht; in platten Vergnügungen, in Lärmen und Schreien unter sich erschöpften sie die Kraft, die sie ihren Vorgesetzten nicht zu zeigen wagten. Doch war auch in Augsburg die schlimmste Zeit schon überstanden; 1550 sozialdemokratische Stimmen bekundeten unzweideutig, daß Disziplin und Energie von neuem im Augsburger Proletariat erwachten und nun wieder schnell erstarken würden.

Nicht aber die fränkischen und schwäbischen, sondern die altbayerischen Landschaften, die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz konnten den Hebel bilden, der den größten süddeutschen Staat in den Maelstrom der sozialdemokratischen Massenbewegung warf. Sie nährten den verhältnismäßig ungebrochensten der alten deutschen Volksstämme und prägten den Charakter Bayerns als eines Bauernlandes am schärfsten aus. Große Industrie gab es eigentlich nur in und um

München, auch da neben einem ziemlich starken Handwerke, dazu kamen ein paar mittlere Bergwerke, sonst wuchsen in den Städtchen und auf dem platten Lande erst industrielle Anfänge, hier oder da Sägen, Zementhütten, Hammerwerke, Papiermühlen, langsam empor. Alles übrige war Land- und Forstwirtschaft, neben einem wenig umfangreichen und politisch machtlosen Großgrundbesitze hauptsächlich mittlere und kleine Bauernschaft. Die ägyptische Plage eines preußischen Junkertums war unbekannt, nicht erst seit der französischen Revolution, sondern schon vom Mittelalter her, wo die Geistlichkeit der Hauptfeudalherr gewesen war und an ihrem Teile die alte Erfahrung bestätigt hatte, daß sich unter dem Krummstabe besser leben ließ, als unter der Junkerpeitsche. Der oberbayerische Adel entstand zumeist aus Ministerialen der Klöster; er konnte um so schwerer aufkommen, als ihn die bayerischen Herzoge schon früh den Daumen aufs Auge drückten und die Bauern ein ebenso gerechtes wie gründliches Mißtrauen gegen den Baron hegten. Sowenig wie das Junkertum hatte das Großbürgertum eine überwiegende Macht; der Liberalismus war eine reine „Gebildeten“partei, die der ländlichen Bevölkerung fern stand. Auch ließ sich wenig für die Antisemiten holen, da der jüdische Wucher die Bauern noch nicht so sehr geplündert hatte; höchstens unter den beschränktesten Kleinbürgern der Flecken und Märkte fand die antisemitische Agitation einigen Anklang. Den maßgebenden Einfluß besaß die katholische Geistlichkeit.

Die altbayerischen Volksmassen lebten verhältnismäßig reichlich. Sie kannten noch nicht das allein seligmachende Sparevangelium der kapitalistischen Sykophanten und führten jede Vermehrung ihres Einkommens sofort ihrer Lebenshaltung zu. Die Einkommensunterschiede waren weit geringer, als in dem kapitalistisch entwickelten Deutschland; es gab weniger Luxus und weniger Bettelarmut, geringen Klassenhaß, keine gegenseitige Absperrung und Überhebung. Damit hingen die altbayerischen Charaktereigenschaften zusammen: unerschütterte Volkskraft, Starrsinn, Steifnackigkeit, wenig Unternehmungsgeist, gar keine Profitgier, mäßige Arbeitslust, Genußfreudigkeit, keine Spur von Unterwürfigkeit. Ein wahres Bauernvolk, frei von Grübelei und mystischer Spekulation, fast ohne jeden Sinn für Theorien, mit geringem formalen Bildungstriebe. Die Religion wirkte unter diesen Massen als Gewohnheit und Kunst, in der Politik waren sie kernige Gefühlsdemokraten. Eine „starke“ Regierung nach Berliner Muster konnte unter solchen Verhältnissen nicht

gebeihen; die bayerischen Beamten waren lange nicht so gebunden und unterwürfig wie die preußischen. Dem widersprach auch nicht die wilde Sozialistenhege; sie bewies nur, daß die bayerischen Arbeiter noch nicht mitzählten unter den treibenden Kräften, zwischen denen die Münchener Vorhegung hin- und herschaukelte, unfähig wie sie war, einem wirklich starken Anstoße zu widerstehen.

Wie in Augsburg, so war auch in München die junge Arbeiterbewegung von der ultramontanen Flut überschwenmt worden, und in der Hauptstadt des Landes arbeitete die Polizei natürlich mit dem höchsten Drucke, um den gestörten Geist des Königs Ludwig aus einem Sozialisten-schrecken in den anderen zu jagen. Die gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren gegen die klassenbewußten Arbeiter rissen nicht ab, der Polizeikommissar Michael Gehret organisierte ein unwürdiges Denunziationssystem und nahm die abenteuerlichsten Erfindungen seiner Lockspigel so unerschrocken auf seinen Dienst, daß er sich bis in die bürgerliche Welt hinein den schmeichelhaften Übernamen des „Meineidsmichels“ erwarb. Da an einen Entsatz der Hauptstadt durch das Land einzuwillen nicht zu denken war, so galt München in der Partei als auf lange hinaus verloren, und um so mehr überraschten die hohen Ziffern, die es 1884 in seinen beiden Wahlkreisen aufbrachte.

In hohem Maße konnte Bollmar das Verdienst dieser glücklichen Wendung beanspruchen. Er war selbst ein echter Sohn des alten Bayerns. In einer Beamten- und Offiziersfamilie aufgewachsen, mit fünfzehn Jahren schon ein Hüne an Körperbau, mit sechzehn Jahren Leutnant, war er mit einundzwanzig Jahren durch seine schwere Verwundung im deutsch-französischen Kriege auf ein langwieriges Krankenzimmer geworfen worden. Er hatte bereits einen bewegten Lebenslauf hinter sich, als ihn ernste wissenschaftliche Studien erst zur Demokratie und dann folgerichtig zum Sozialismus führten. Sobald es die Wiederherstellung seiner Gesundheit gestattete, hatte Bollmar sich der sozialdemokratischen Agitation gewidmet. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes verbüßte er eine lange Haft im Zwickauer Gefängnisse, wo er eine Schrift über den isolierten sozialistischen Staat verfaßte. Theoretisch in mancher Beziehung ansechtbar, bekundete die kleine Arbeit in eigentümlicher Weise Bollmars Neigung, überall an praktische Verhältnisse anzuknüpfen. Deshalb war er für die Redaktion des ausländischen Parteiorgans, die er im ersten Jahre des Sozialdemokraten führte,

weniger geeignet, aber um so glücklicher fand er sich in den praktischen Kämpfen des Reichstags zurecht. Seine bekannte Rede über das Tabaksmonopol war die erste parlamentarische Kundgebung der Partei, die eine völlig unanfechtbare und unzweideutige Stellung in dem Wirrwarr der bürgerlichen, sich als angebliche Sozialreform maskierenden Interessenkämpfe nahm.

Jedoch in sein eigentliches Fahrwasser kam Vollmar erst, als er im Jahre 1883 nach München zurückkehrte, um die Leitung der bayerischen Agitation zu übernehmen. Er wußte sich zu sagen, daß eine schablonenmäßig auf das großindustrielle Proletariat zugeschnittene Taktik in München geringen, im übrigen Altbayern so gut wie gar keinen Erfolg haben werde. Ohne den prinzipiellen Standpunkt der Partei zu verleugnen, suchte er ihn doch den besonderen bayerischen Verhältnissen anzupassen. Er blieb dem sozialdemokratischen Programm vollkommen treu, wenn er die Religion als solche aus dem Parteikampfe schied, eben deshalb aber die ultramontane Verquickung der Religion mit der Politik, die politische und soziale Unterdrückerrolle einzelner Geistlichen und der ganzen Kirche um so schärfer anfaßte. Indem er nachdrücklich auf die Gefühlsdemokratie des bayerischen Stammes wirkte, war er doch bemüht, sie über sich selbst aufzuklären.

Gebensowenig gefährdete die eindringliche Beschäftigung mit den Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung, durch die der sozialdemokratischen Agitation der Weg in die bayerische Volksmasse gebahnt wurde, die Prinzipien und das Programm der Partei. Gewiß mußte hier eine scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen den Bauern, die sich vom Schweiß ihrer paar Knechte und Tagelöhner so rebellisch nähren wollten wie der Zunftmeister von dem Schweiß seiner paar Gesellen und Lehrlinge, und den selbstwirtschaftenden Bauern, die sich von dem modernen Proletariat nur dadurch unterschieden, daß sie sich noch im Besitze ihrer armen Arbeitsmittel befanden. Mit jenen hatte das klassenbewußte Proletariat so wenig etwas zu schaffen, wie mit den Zünflern, diese aber waren seine nächsten Bundesgenossen, und aus solchen selbstwirtschaftenden Bauern bestand die bayerische Bauernklasse zu neun Zehnteln. Immer gehörte viel praktischer Schick und Takt dazu, die notwendige Grenzlinie streng innezuhalten, aber die Schwierigkeit der Aufgabe war kein Grund, sie fallen zu lassen. Ihre Lösung drängte um so mehr, je gründlicher die Torheiten und Treulosigkeiten des Zentrums

die selbstwirtschaftenden Bauern kurierten, genau so, wie die Torheiten und Treulosigkeiten des Freisinns den selbstwirtschaftenden Kleinmeister über seine Lage aufklärten.

So drang die sozialdemokratische Agitation bis in die letzten Winkel eines uralten Bauernlandes vor. Wie die altbayerischen Provinzen überhaupt die bayerische Eigenart am ausgeprägtesten aufwiesen, so wies sie unter ihnen selbst Oberbayern und in Oberbayern wieder der Reichstagswahlkreis Rosenheim-Niesbach-Tölz am schärfsten auf. Ebenso dünn bevölkert wie räumlich ausgebehnt, lief dieser Kreis vom Walchensee bis zum Chiemsee die Tiroler Grenze entlang. Er enthielt fast gar keine Industrie, nur eine Stadt und ein paar Marktflecken, nicht einmal viele Dörfer von nennenswerter Einwohnerzahl. Das Gindösystem herrschte durchaus vor, die zerstreute Bauart, wobei jeder Hof oder Weiler seine ganzen Bestütmer abgerundet um sich liegen hat. Eine Menge dieser Höfe waren von alters her, seit dem sechzehnten Jahrhundert, und weiter selbst bis ins elfte Jahrhundert zurück, urkundlich in derselben Familie, besonders im oberen Isartal, in der einsamen Tachenau und an den Seen, manche von ihnen waren einst Edelitze gewesen. Konservative Neigungen und Sitten wurzelten tief in diesem Kreise, dem Hauptsitze des Almenlebens, des Haberbeldtreibens, des Wildschützenwesens; theoretisch ließ sich gar kein für die sozialdemokratische Agitation ungünstigerer Rekrutierungsbezirk denken. Dennoch ist dieser Kreis zeitweise der beste bayerische Landkreis der Partei gewesen.

Die ganze Entwicklung, deren hervorragendstes Kennzeichen die bayerische Eroberung bildete, war ein Produkt der deutschen Geschichte. Wollte man erklären, weshalb sich die gesunden Kräfte aller leidenden Volksklassen um das sozialdemokratische Banner zu sammeln begannen, so mußte man erklären, weshalb sich die große Industrie, die kapitalistische Produktion, die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland so reißend schnell entwickelt und weshalb der politische Fortschritt nicht die gleiche Höhe mit dem sozialen Fortschritt inne gehalten hatte, weshalb die Machtmittel der Regierung in den Händen rückständiger und verlebter Klassen geblieben, weshalb die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie so feige und träge, die kleinbürgerlichen Klassen so zaghaft und zwiespältig waren. Unter solchen Voraussetzungen mußte es kommen, wie es nun kam. Das hatte Lassalle schon vorausgesehen, als er alle Enterbten in der sozialdemokratischen Partei sammeln wollte, deren Vorhut

das großindustrielle Proletariat bilde, nur daß er die Schnelligkeit der historischen Entwicklung überschätzt hatte.

Die deutsche Sozialdemokratie war damit vor neue schwere Aufgaben gestellt. Immer wo sie erobernd vordringt in eine kleinbäuerliche oder kleinbürgerliche Bevölkerungsschicht, droht die Gefahr, daß die neu gewonnenen Elemente, noch befangen in ererbten Vorurteilen, die Herrschaft über die Partei an sich zu reißen suchen, ebenso wie die bürgerliche Intelligenz, sobald sie etwa nur das Abc des proletarischen Klassenkampfes begriffen hat, ihn nun auch gleich kommandieren möchte. Gerade in Deutschland, dem klassischen Lande des Spießbürgertums, ist zur Zeit, wo die industrielle Entwicklung das Spießbürgertum gewaltsam und massenweise entwurzelt, das Aufkommen eines gewissen kleinbürgerlichen Sozialismus unvermeidlich, eines Sozialismus, der zwar die Grundanschauungen des wissenschaftlichen Kommunismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung erst in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt, damit für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen ist und je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten „Hebung der arbeitenden Klassen“ sympathisiert. An dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter scheitert dieser Sozialismus immer; so sehr die sozialdemokratische Partei auf der Gleichberechtigung ihrer Mitglieder beruht, so sehr ist sie ihrem historischen Wesen nach eine proletarische und keine kleinbürgerliche Partei. Ihr historischer Kern ist das moderne, großindustrielle, seiner ganzen Klassenlage nach revolutionäre Industrie-proletariat; dies Proletariat ist der Preisfechter der Partei, ohne dessen starken und unzerbrechlichen Arm das Parteiprogramm nie verwirklicht werden wird. Deshalb gebührt ihm innerhalb der Partei kein un-demokratisches Vorrecht, aber wohl die Stellung, die seiner Fähigkeit und seiner Kraft entspricht. Wenn die historische Entwicklung aus der deutschen Sozialdemokratie ein vielstimmiges Orchester gemacht hat, so hat die kleine Flöte so gut das Recht, sich hören zu lassen, wie der große Drummbaß, aber gespielt werden muß der große Drummbaß vom modernen Industrie-proletariat, weil er nur von ihm gespielt werden kann.

Mit dem Instinkt des Hasses sahen die bürgerlichen Parteien, daß die bayerische Eroberung unter gewissen Gesichtspunkten auch ihre Rehrseite hatte. Sie träumten wochenlang vom „Damaskus“ der Sozial-

demokratie und trösteten sich über das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmzahl damit, daß neue tiefgehende Spaltungen in der bisher so geschlossenen Partei eintreten würden. Wirklich schienen auch solche Spaltungen im Jahre 1884 einzutreten. Dennoch war der bürgerliche Hoffnungsbrauschk voreilig und endete mit der üblichen Enttäuschung. Die Frage, die der Partei mit dem Ausfalle der Wahlen von 1884 gestellt war, konnte für sie im Grunde gar keine Frage sein. Gefährlich die Quellen abzusperren, woraus ihr täglich neues Leben zurann, wäre der erste Schritt zur fettenmäßigen Verklümmung gewesen. An diesen langsamen Selbstmord hat die Partei keinen Augenblick gedacht; sie fühlte kraftvolles und ursprüngliches Leben genug in sich, um den Kampf und Streit nicht zu scheuen, der mit der Assimilierung neuer Elemente an ihre alten großen Ziele verbunden war. Gewiß sah die Partei in Gegenden mit überwiegend Kleinbäuerlicher und Kleinbürgerlicher Bevölkerung etwas anders aus, als in Gegenden mit großindustriell-proletarischer Bevölkerung. Man brauchte nur die beiden größten Mittelstaaten miteinander zu vergleichen, um den Unterschied sofort zu erkennen; während sich in Sachsen der Abgrund zwischen den „zwei Nationen“ täglich erweiterte und vertiefte, wurden Grillenberger und Bollmar in Bayern die populärsten Männer des Landes, die allezeit willigen Berater und Helfer der allerverschiedensten Bevölkerungsschichten. Aber an der geschlossenen Einheit der Partei hatten alle ihre Teile das gleiche wie das höchste Interesse; jeder Zweig, der sich vom Stamme gelöst hätte, wäre vertrocknet, wäre ein dürres Holz geworden, nur noch gut genug, den Ofen der politischen und der sozialen Reaktion zu heizen.

Innerhalb des festen und unzerbrechlichen Parteirahmens konnten praktische und taktische Meinungsverschiedenheiten kein trennendes und zerstörendes, sondern nur ein belebendes und erfrischendes Element sein. Wie sie gleich nach den Wahlen von 1884 auftauchten, so sind sie manches Mal wiedergekehrt und werden noch manches Mal wiederkehren, aber nur um zu erweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein lebendiger Organismus ist, geboren aus dem historischen Leben eines großen Volkes, gewachsen mit ihren wachsenden Aufgaben, treu dem Gebote des Dichterswortes: Reif sein ist alles.

Sechstes Kapitel.

Der Anfang vom Ende.

I. Worte und Taten.

Die Hoffnung auf ein „Damaskus“ der Sozialdemokratie verlängerte die zweite Periode des Sozialistengesetzes noch um einen dritten Abschnitt, der wieder anderthalb Jahre, vom Herbst 1884 bis zum Frühjahr 1886 währte.

Nach seinem halben Wahlerfolge strebte Bismarck dahin, den neuen Reichstag auszupressen, soweit er für ihn Zitrone war, die Kolonialpolitik zu inszenieren und einen neuen schutzzöllnerischen Fischzug zu veranstalten, zugleich aber einen frischen Wahlkampf nach dem Muster bonapartistischer Plebiszitte vorzubereiten für den Augenblick, wo der Reichstag sich fiskalischen Attentaten auf die Taschen des Volkes unzugänglich erweisen sollte. Einen ersten kleinen Entrüstungskärm leitete er schon zu Weihnachten 1884 ein, aus ganz geringfügigem Anlasse, aber mit dem tröstlichen Erfolge, daß sich der deutsche Philister nach wie vor leicht ins Garn locken ließ. Schwerer war es zu begreifen, daß Bismarck noch immer mit der Möglichkeit rechnete, das Proletariat gegen die Bourgeoisie auszuspielen. Allein es ging ihm, wie es den Machthabern zu gehen pflegt, die für ihre eigennützigen Zwecke die Presse zu korrumpieren trachten: sie glauben schließlich selbst an die Lügen ihrer Goldschreiber. Die Hoffnung der offiziellen Blätter auf das „zahme Haustier“, in das sich wenigstens ein Teil der Sozialdemokratie verwandeln werde, um sich mit der „dünnen Milch“ der Arbeiterversicherung zu begnügen, fand seinen Widerhall in Bismarcks Rede vom 26. November 1884, worin er der Sozialdemokratie noch ein Dutzend Mandate wünschte und sie „ein ganz nützliches Element“ nannte, ohne daß die mäßigen Fortschritte, die bisher in der Sozialreform gemacht seien, auch noch nicht existieren würden. Sogar Puttkamer schnitt der Partei, die „in weniger revolutionäre Bahnen eingelenkt“ sei, ein mög-

lichtst freundliches Gesicht und behauptete zur Abwechslung, das Sozialistengesetz richte sich nur gegen die anarchistische Gruppe, die vor keinen Übeltaten zurückschrecke, um den unmittelbaren gewalttätigen Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung zu erreichen. Freilich als dieser Versuch in einer neuen Rolle nur die Heiterkeit der sozialdemokratischen Fraktion erweckte, kletterte Puttkamer auf den kaum verlassenem Rothurn zurück und schwor sich hoch und teuer, die Sozialdemokratie habe den Dolch geschliffen, womit eben, im Januar 1885, einer seiner Lieblinge, der Lockspiegelvater Rumpf in Frankfurt a. M., niedergestochen worden war.

Im Dezember 1884 hatte das Reichsgericht das mysteriöse Niederwaldbattentat abgeurteilt, ohne jedoch die Schleier zu lüften, die darüber lagen. Von den acht Angeklagten wurden drei freigesprochen, zwei zu langjähriger Zuchthausstrafe und drei, Reinsdorf, Kückler, Rupsch, zum Tode verurteilt. Kückler und Rupsch reichten Gnadengesuche ein, und Rupsch wurde auch zu lebenslanglichem Zuchthause begnadigt, während Kückler als gebrochener Mann aufs Schafott schwankte. Dagegen verschmähte Reinsdorf, um Gnade zu bitten; nicht in der Haltung eines politischen Märtyrers, aber gelassen und gleichmütig, ein Schlemperlied auf den Lippen, verlebte er seinen letzten Tag, und ehe sein Haupt unterm Beile fiel, rief er: Nieder mit der Barbarei!

Vordem war Rumpf schon ein Opfer seiner Menschenjagd geworden. In diesem Attentat hatte kein Lockspiegel sein Händchen, und so hat die Polizei seine Urheber auch niemals entdeckt. Sie brachte nur einige schwache Indizien gegen den Schuhmachergesellen Lieske zusammen, Indizien, die etwa den Verdacht begründeten, daß Lieske irgendwie um die Tat gewußt haben könne, aber die ihn der Tat selbst nicht im entferntesten überführten. Gleichwohl sprachen ihn Frankfurter Geschworene schuldig, und Lieske wurde hingerichtet. Er starb als ein Mann, und sein Fluch jagte seinen Ankläger, den Staatsanwalt Frehse, ins Irrenhaus. Puttkamer aber ließ den preußischen Landtag in einem besonderen Gesetze beschließen, daß die Gehaltsbezüge des Rumpf seinen Erben unverkürzt gesichert bleiben sollten; welch würdigeren Helden konnte die Ära Bismarck-Puttkamer auch auf dem Prytanäum speisen, als einen Lockspiegelvater, der in seinem elenden Handwerk umgekommen war!

In beschämender Weise zeigte damals die kleine Schweiz dem großmächtigen preußisch-deutschen Reiche, wie das anarchistische Wespenst zu

bannen sei. Ein angeblicher Plan, das Bundesratshaus in Bern in die Luft zu sprengen, führte zu einer Untersuchung des eidgenössischen Generalanwalts über die „anarchistischen Umtriebe“ in der Schweiz, und ergab das Resultat, daß die anarchifistische Bewegung, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte, in „rapidem Verfall“ sei, daß Most gerade durch seine wahnwitzigen Hekereien die Arbeiter immer stärker von der „Propaganda der Tat“ zurückstoße, daß die anarchifistischen Umtriebe, die überhaupt noch existierten, allein hervorgerufen würden durch die gehässigen Verfolgungen der Arbeiter in Deutschland und Österreich. „Die Ausnahmegefetze treiben uns die anarchifistischen Agitatoren zu und führen sie bei uns zu agitatorischer Tätigkeit gegen ihr Vaterland.“ Da die bürgerliche Gesellschaft nicht ohne Polizei leben kann, so bleibt die Polizei immer bürgerliche Polizei: demgemäß wies die Schweiz ein Duzend anarchifistischer Agitatoren aus ihrem Gebiete aus, neben deutschen Lockspitzeln, wie Kaufmann und Weiß, auch ehrliche Anarchifisten wie Neve. Aber der Bundesanwalt warnte dringend davor, die anarchifistische Gefahr durch das Mittel zu beschwören, das sie gerade hervorrufe, nämlich durch die Knebelung der politischen Freiheit, und wie die schweizerische Polizei darin das gerade Widerspiel der deutschen Polizei war, so auch in der Geschicklichkeit, das anarchifistische Gewebe aufzudecken. Die Unfähigkeit der deutschen Polizei, wirkliche Attentate zu verhüten, wurde nur erreicht von ihrer Routine in der Anzettelung künstlicher Attentate.

Ein ähnliches Verhältnis bestand zwischen den sozialpolitischen Worten und den sozialpolitischen Taten Bismarcks. Die platonische Liebeserklärung, die er im November 1884 der sozialdemokratischen Partei gemacht hatte, war der holbe Anfang einer Schmalzei, die sehr bald aus einem ganz anderen Lochte blies. Wie 1881, so hatten auch 1884 die sozialdemokratischen Wahlerfolge das bürgerliche Gewissen geschärft, und zwar um so mehr geschärft, je größer sie waren: die Ultramontanen brachten nicht mehr bloß eine Interpellation, sondern einen Antrag auf Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Sie forderten Verbot der Sonntags-, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, für die erwachsenen männlichen Arbeiter aber einen Maximalarbeitstag. Die anderen bürgerlichen Parteien kamen mit ähnlichen Anträgen vor, nur die Kronprinzenpartei wollte die Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Ausbeutung nicht einmal scheinbar, geschweige denn ernsthaft angetastet wissen. Darin war sie mit Bismarck ein Herz und eine Seele.

Wie Don Quichotte seine Rosinante, so spornete der Säkularmensch den klapprigen Manchestergau. Seine phänomenale Unkenntnis auf sozialpolitischem Gebiete mochte ihn zur Not entschuldigen, wenn er die praktisch und theoretisch tausendmal widerlegte Behauptung vortrug, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verkürzung des Arbeitslohnes nach sich ziehen müsse, aber sein böser Wille trat in abschreckender Nacktheit hervor, wenn er sagte, der Maximalarbeitstag schädige die Interessen der Arbeiter; würde zum Beispiel ein vierzehnstündiger Arbeitstag festgesetzt, so würden auch die Unternehmer, die sich bisher mit zehn oder elf Stunden begnügt hätten, vierzehn Stunden arbeiten lassen. Das traurige Gerede erfüllte selbst die bürgerlichen Parteien mit gelindem Grauen, und wieder nur die Kronprinzenpartei empfing mit wollüstigen Schauern diese befruchtenden Gedanken des genialen Staatsmannes. Der ehemalige Fortschrittler Eugen Richter erklärte, der „Herr Reichskanzler“ könne, wenn er so vernünftig spräche, auf die Kerntuppe der Unentwegten zählen, und der ehemalige Sezessionist Baumbach fragte, was denn über die Kinderarbeit viel zu reden sei, da die Kinder der Hohenzollern doch auch ein Handwerk erlernen müßten. Jedoch gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß eine freisinnige Minderheit, mit Ludwig Böwe und dem alten Virchow an der Spitze, gegen die allzu unbeschränkte Profitjagd zu rebellieren begann.

Statt des gesetzlichen Arbeiterschutzes pflanzte Bismarck am 13. März 1885 in einer Debatte des Reichstags über die Kolonialpolitik die Züchtung von Millionären als sein Banner auf. Die Bleichröder und Hansemann seien sozusagen doch auch Menschen, ja sogar Deutsche, die Schutz für ihren Reichtum beanspruchen könnten; „ich wollte, wir könnten sofort ein paar Hundert Millionäre mehr im Lande schaffen“. Wie Bismarck ein Jahr vorher im preußischen Landrechte das „Recht auf Arbeit“ entdeckt hatte, so berief er sich jetzt auf die merkantilistische Politik der alten Hohenzollern; der „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts“ war immer auf der Höhe seiner Bildung, wenn er ein paar Jahrhunderte hinter der Bildung seiner Zeit zurück war. Praktisch beging er mit seiner Millionärzüchtung ein Plagiat an Guizots Enrichissement, nur daß ihm Guizots persönliche Uneigennützigkeit fehlte. In der ersten Session des neuen Reichstags richtete er eine zweite Auflage der schutzöllnerischen Orgie von 1879 an; da die Wölfe sechs Jahre gehungert hatten, so stürzten sie sich mit heißem Hunger auf die kon-

sumierenden Massen. Die Getreidezölle wurden verdreifacht, die Holz- zölle verdoppelt, die Vieh- und Branntweinzölle erhöht und ebenso eine große Anzahl industrieller Zölle. Die Session, die unter dem Zeichen der „Sozialreform“ begonnen hatte, endete mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem „Raubzuge am arbeitenden Volke“, wie Auer als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sagte.

2. Fraktion und Partei.

Diese Fraktion war zum ersten Male stark genug, um im Reichstage selbständig vorgehen zu können. Getreu den Überlieferungen der Partei und den Beschlüssen von Wjden und Kopenhagen legte sie das Hauptgewicht ihrer parlamentarischen Tätigkeit in die Agitation und Propaganda, aber daneben nahm sie mit, was für die proletarischen Interessen mitzunehmen war, ohne alle sonstigen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie beteiligte sich an manchen, wenn auch nicht an allen Kommissionen, nicht an der Budgetkommission, da sie das Budget des Militärstaats doch ein für allemal verwerfen mußte, wohl aber an der Petitions- und der Wahlprüfungskommission, in denen wichtige Interessen der Arbeiterklasse geschützt werden konnten.

Zu den drei Hauptfragen der Session war die Stellung der Fraktion von selbst gegeben. Dem neuen schutzöllnerischen Hezenabbat stand sie in unverföhnlicher Opposition gegenüber, während sie die verlegenen und verlorenen Anläufe der bürgerlichen Parteien zur Fortbildung der Fabrikgesetzgebung durch einen umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf auf die Höhe moderner Kultur hob. Die Kernpunkte ihres Entwurfs waren der zehnstündige Arbeitstag für erwachsene, der achtsündige für jugendliche Arbeiter, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit mit den unumgänglichen Ausnahmen, der Kinderarbeit, der Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tag, der Nachtarbeit unter bestimmter Feststellung der zulässigen Ausnahmen, wöchentliche Lohnzahlung am Freitag und ein Minimallohn, ein umfassendes, reich gegliedertes System zur Überwachung der Arbeitsverhältnisse durch ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte. Der Entwurf war gerade nicht in jedem Punkte unanfechtbar, so nicht in der Forderung des Minimallohns, die schon in der Fraktion auf starken Widerspruch ge-

stoßen war, aber im allgemeinen zeigte er den bürgerlichen Parteien in vortrefflicher Weise, wie eine klare und konsequente Sozialreform auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft aussah. Natürlich fand er die landesübliche Aufnahme: nach einem langen Lärm darüber, daß die Sozialdemokratie durch diesen Entwurf ihren „revolutionären Utopien“ entsagt habe, wurde jede seiner praktischen Forderungen als „revolutionäre Utopie“ zurückgewiesen.

Der Kolonialpolitik setzte die sozialdemokratische Fraktion denselben Widerstand entgegen wie der Zollpolitik, und zwar nicht nur der unprofitablen, sondern der Kolonialpolitik überhaupt, deren Kosten die Arbeiter tragen und deren Profite die Kapitalisten genießen sollten. Neben kleineren Etatsposten präsentierte Bismarck die erste Rechnung der Kolonialpolitik in einer Forderung von jährlich 4400000 Mark, als einer Beihilfe für die Einrichtung und den Unterhalt von regelmäßigen, an Unternehmer zu übertragenden Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien, Australien und Afrika. Soweit diese Forderung die Kolonialpolitik fördern sollte, lehnte die sozialdemokratische Fraktion sie einstimmig ab. Jedoch ergab sich dabei eine Meinungsverschiedenheit zwischen einer durch Auer, Diez, Frohme, Grillenberger vertretenen Mehrheit, und einer durch Liebknecht, Bebel, Vollmar vertretenen Minderheit der Fraktion. Die Mehrheit meinte, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhängen, sondern nur dazu dienen würden, den internationalen Verkehr der Völker und damit die Werke des Friedens zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege. Ohne diese grundsätzliche Auffassung zu bestreiten, wandte die Minderheit ein, die deutsche Handelsmarine sei ohne Subvention groß geworden und man solle deshalb die Steuerzahler aus dem Spiele lassen, die Subvention würde ungesunde Tarifverhältnisse schaffen, und sie hinge doch mit den „Wirtschaftsreformen“ Bismarcks zusammen, indem sie eine Schmutzkonkurrenz züchte; den Handelsverkehr durch Reichsbeihilfe fördern, heiße neue Krisen heraufbeschwören. Diese Bedenken berücksichtigte die Mehrheit dadurch, daß sie alle Hintergedanken, die Bismarck bei der Dampfersubvention haben mochte, zu vereiteln suchte.

Der Handel Deutschlands mit Ostasien und Australien war zu elf Zwölfteln in den Händen Hamburgs, während Bremen nur eine starke Reiseinfuhr hatte, und es war ein offenes Geheimnis, daß Bismarck

die Subvention dem Bremer Lloyd zuwenden wollte, wodurch der Hamburger Handel und nicht zuletzt das Hamburger Proletariat arg geschädigt werden mußte. Als das größte Reedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Reederei, wenn ihr die neuen Linien übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit den damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschafft worden wäre. Aus diesen Erwägungen heraus entschloß sich die Mehrheit, für die ostasiatische und die australische Linie, für diese mit Ausnahme der Samoalinie, zu stimmen, in Konsequenz der Stellung zur Kolonialpolitik die afrikanische und die Samoalinie abzulehnen, jedoch auch ihre Zustimmung, soweit sie ging, davon abhängig zu machen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müßten, schließlich aber die ganze Vorlage zu verwerfen, falls diese Bedingung abgelehnt oder eine der zurückgewiesenen Linien vom Reichstage bewilligt werden sollte. Beide Fälle traten ein, indem der Reichstag die Vorlage annahm, wie sie Bismarck eingebracht hatte, und so stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die gesamte Dampfersubvention.

Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit war innerhalb der Fraktion nicht hervorgetreten, und das verschiedene Urteil über eine tatsächliche Frage hatte zu keiner praktischen Trennung in der Abstimmung geführt. Dennoch erregte der Zwischenfall heftige Debatten in der Partei, die heftigsten, die überhaupt in ihrem Schoße vorgekommen sind, solange das Sozialistengesetz bestand. Zuerst erhob sich die Züricher Mitgliedschaft gegen die Mehrheit der Fraktion, und im Einklange mit ihr auch der Sozialdemokrat, dann folgten die Genossen in Bern, London, Brüssel, Kopenhagen, in Deutschland selbst die Leipziger, Rostocker, Königsberger Parteimitglieder. Am 20. März erließ die Fraktion eine Erklärung, worin sie sich diese Angriffe als „durchaus ungehörig“ verbat; das Parteiorgan dürfe sich unter keinen Umständen der Fraktion widersetzen, die für seinen Inhalt verantwortlich sei; „nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat.“ Diese Erklärung goß Öl ins Feuer und rief neue Stürme hervor; am heftigsten protestierten Frankfurter Genossen gegen die „diktatorische Maßregelung“, gegen den „Sumpf des Parlamentarismus“, in den

die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht verlaufen dürfe. Glücklicherweise einigten sich die Fraktion und das Parteiorgan schnell; am 23. April veröffentlichte der Sozialdemokrat den Friedenspakt: die Fraktion erkannte an, daß der Sozialdemokrat nicht ihr persönliches Organ, sondern das Organ der Gesamtpartei sei und bleiben müsse, dagegen stimmte ihr die Redaktion darin zu, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen aufrechterhalten werden, daß die Fraktion, solange sie unter dem Kriegszustande des Ausnahmegesetzes die Leitung habe, unbedingt auf die Unterstützung aller Genossen zählen müsse, sobald sie einmal einen bestimmten Entschluß gefaßt habe. Damit waren freilich die erregten Gemüter noch lange nicht besänftigt; bis in die Spalten der bürgerlichen Presse spann sich die innere Fehde fort; erst nach Monaten glätteten sich wieder die Wellen.

Auf beiden Seiten gab sich eine Empfindlichkeit und Überreizung kund, die in gar keinem Verhältnisse zu dem eigentlichen Gegenstande des Streites stand. Die Minderheit der Fraktion hatte die Dampfersubvention als einen Teil des Bismärkschen Systems verworfen, aber der Mehrheit ließ sich kein Vorwurf daraus machen, daß sie die Vorlage auf dem Schmelztiegel der Kritik prüfte, ehe sie ihr den Abschied gab. Eine so eminent zivilisatorische Partei, wie die Sozialdemokratie, hat allen Anlaß, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können; da alle solche Keime in dieser Gesellschaft kapitalistisch infiziert sind, so ist die richtige Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem zivilisatorischen Interesse oft schwer zu unterscheiden; bei der Dampfersubvention war sie nicht so leicht zu erkennen, wie beim Nordostseekanal, dessen Bau die Fraktion bald darauf ohne irgend einen Widerspruch aus der Partei bewilligte, obgleich er zunächst auch nur kapitalistischen und militärischen Interessen dienen sollte.

Es darf auch nicht verkannt werden, daß die Mehrheit mit ihrem Standpunkt im historischen Rechte und der ablehnende Beschluß der Fraktion bis zu einem gewissen Grade ein Verlegenheitskompromiß war. Die Dampfersubvention für die ostasiatische und australische Linie (ohne Samoa) sollte den Unternehmern eine Entschädigung bieten für kontraktlich stipulierte, regelmäßige Fahrten nach den Bestimmungsorten. Die Schiffe hatten den Postdienst zu versehen und mußten auf ihren Reisen eine Minimalgeschwindigkeit einhalten. Außer den vorgeschriebenen

Zwischenhäfen durften andere Häfen nicht angelaufen werden, während die bisherigen Linien als bloße Frachtlinien, unbestimmt um die Reisedauer, jeden Hafen anliefen, wo Fracht abzuliefern oder einzunehmen war.

Die Erfahrung hat mittlerweile gezeigt, daß die alten Frachtlinien sich verstärkt haben, während die deutschen subventionierten Postlinien unter den schweren Bedingungen, die ihnen auferlegt wurden, eine Rentabilität nicht immer gezeigt, wohl aber mittelbar auf Handel und Verkehr günstig eingewirkt haben, ganz besonders auf den Personenverkehr, der von allen Nationen benutzt und gerühmt wird. Der tüchtige Bau der Schiffe, die ausgezeichnete Besatzung und die großartige Verpflegung ziehen das ganze internationale Publikum an.

Dies sagte in der zweiten Lesung voraus, daß die Subvention, als Zinsgarantie gedacht, ähnlich wie bei den Anfängen des Eisenbahnbau, ungenügend sei. Von einer „Schmutzkonkurrenz“, die durch Steuererlöse gestärkt werde, konnte also keine Rede sein. Die Subvention stellte sich nur als Entgelt für besondere Leistungen dar, die keine Linie freiwillig unternommen hat oder unternimmt, während die Postlinien durch die internationale Konkurrenz notwendig geworden waren. Der Hinweis auf den transatlantischen Verkehr und die Entwicklung unserer beiden großen Linien ohne Subvention erledigte sich durch das Monopol der Auswanderung, die allein eine sichere Garantie für das angelegte Kapital bietet. Die eigentlich kolonialen Linien, die mit der Dampfersubvention allerdings verknüpft waren, sind sehr bald eingeschlafen, dagegen werden die Ablösungsmannschaften der Flottenstationen, die sonst teilweise mit großen Kosten auf fremden Linien oder aber durch direkte Entsendung von Transportschiffen geschickt werden müssen, auf den Postschiffen befördert. Ähnliche Subventionen zahlten und zahlen die Engländer an die Peninsular and Oriental-Company, die Franzosen an die Messageries maritimes und die Österreicher an den Österreichischen Lloyd, doch haben die deutschen Postlinien alle Konkurrenten aus dem Felde geschlagen.

Dazu kam die Rücksicht auf den Schiffsbau. Fast alle transatlantischen Schiffe waren bis dahin in England gebaut worden. Der Sultan in Stettin hatte zwar einen Versuch gemacht, auf seiner Werft das englische Monopol zu brechen, allein mit zweifelhaftem Ergebnis und nur mit dem sicheren Erfolge, daß die Engländer noch billigere Preise für ihre Schiffsbauten stellten, so daß ein privater Unternehmer ein Tor

gewesen wäre, in Deutschland um teures Geld ein zweifelhaftes Fabrikat zu erhalten, statt in England um billiges Geld ein gutes. Die englischen Preise sanken derart, daß dem kontinentalen Schiffsbau die Konkurrenz unmöglich wurde. Dabei war der deutsche Schiffsbau in eine Krise geraten. Der Bau hölzerner Schiffe hörte allmählich auf, während sich der Bau eiserner Schiffe aus Mangel an Aufträgen nicht entwickeln konnte. Die Werften waren leer, und etwa zwanzigtausend Schiffszimmerleute lagen arbeitslos in den Häfen der Nord- und Ostsee. Wohl hatten sich in Stettin, Lübeck, Hamburg, Bremerhaven Werften für den Eisenschiffsbau etabliert, aber sie mußten sich mit kleinen Schiffsgesäßen begnügen, während die großen nach England vergeben wurden.

Hier konnte nur staatlicher Zwang helfen. Der sozialdemokratische Antrag, daß alle in die subventionierten Linien einzustellenden Schiffe neu und auf deutschen Werften gebaut sein sollten, wurde abgelehnt und mußte vom Standpunkt der Reichstagsmehrheit auch abgelehnt werden, da bei seiner Annahme die Eröffnung der subventionierten Linien lange auf sich hätten warten lassen. Bismarck begriff aber die Situation und erklärte in der zweiten Lesung, der Gedanke des sozialdemokratischen Antrags sei durchaus anzuerkennen, nur in der vorliegenden Form sei er nicht annehmbar. Er wolle aber gern bei dem Bundesrat dafür eintreten, daß alle neuen, in die subventionierten Linien einzustellenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden müßten. Ein sofort von konservativer Seite in diesem Sinne eingebrachter Antrag wurde angenommen. Der Bremer Lloyd konnte also seine älteren, erstklassigen Schiffe einstellen, mußte aber neue auf deutschen Werften bauen lassen. Dadurch hat der deutsche Schiffsbau einen ungeahnten Aufschwung genommen und an der Stelle der früheren zwanzigtausend halbverhungerten Schiffszimmerleute stehen heute Hunderttausende von Arbeitern, die sich in ihrer Organisation ihren Anteil am Profit freilich erkämpfen müssen, aber doch auch erkämpfen.

Soviel über den sachlichen Kern der Dampfersubventionsfrage, die im übrigen nur der Anlaß, nicht die Ursache des bitteren und langwierigen Streites war, der sich an sie knüpfte. Die Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei durch den „eisernen Reifen“ des Sozialistengesetzes zusammengeschmiedet würde, gehörte zu den wohlfeilen Halbwahrheiten des Liberalismus; sie stand auf gleicher Stufe mit der Be-

hauptung, daß geistige Bewegungen durch gewaltfame Mittel nicht unterdrückt werden könnten; die sehr relative Wahrheit dieser Behauptungen läßt sich nirgends so klar erkennen, wie aus der Geschichte des deutschen Liberalismus, der sie mit so großem Pathos zu predigen pflegt. Die sozialdemokratische Partei wurde durch ganz andere Reizen zusammengehalten, als durch das Sozialistengesetz. Um dies Gesetz zu entkräften, schloß sie sich gewiß um so enger und fester zusammen, aber die Kraft dazu schöpfte sie aus ihren historischen Existenzbedingungen, nicht aus einer brutalen Unterdrückung, die, soweit sie überhaupt wirkte, nur zerstörend und verwirrend wirken konnte. Wie sie wirkte, kam ganz auf das Wesen der Klassen an, die sie traf; sie wirkte erschlaffend und erlahmend auf die mittelbar betroffene Bourgeoisie, aufregend und erbitternd auf das unmittelbar betroffene Proletariat. Ein Symptom dieser Überreizung, die in dem nun schon ins siebente Jahr währenden Kampf um Leben und Tod von selbst entstehen mußte, war der Streit um die Dampfersubvention, die heftige Reibung zwischen der Fraktion und der Partei.

Das Sozialistengesetz erheischte, daß die Leitung der Partei der parlamentarischen Fraktion übertragen wurde, daß überhaupt der Reichstagstribüne, dem einzigen Orte in Deutschland, wo noch ein freies Wort möglich war, eine Bedeutung zufiel, die der bürgerliche Parlamentarismus an und für sich nicht beanspruchen konnte. Irgend eine ernsthafte Verfehlung ließ sich der Fraktion nicht nachweisen; noch vor den Wahlen von 1884 hatte sie den alten Mittinghausen, der sich ihrer strammen Disziplin nicht fügte, rücksichtslos ausgeschlossen. Nach den Wahlen von 1887 tat sie mit ihrer stärkeren Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten nur, was sie nicht lassen durfte; wie frei sie sich dabei vom parlamentarischen Kretinismus hielt, zeigte am schlagendsten das Zetern Eugen Richters über ihre angebliche Saumseligkeit im Reichstage. Eine gewisse Zwiespältigkeit der Auffassung lag freilich in der Natur der Dinge: einerseits enttäuschte nach den furchtbaren Anstrengungen der Wahl Schlacht das fruchtlose Klappern der parlamentarischen Mühle, und diese Enttäuschung war schon nach den Wahlen von 1881, ja selbst schon nach den erfolgreichen Wahlen der siebziger Jahre in ganz ähnlicher Weise hervorgetreten, andererseits regte sich namentlich da, wo der Druck des Sozialistengesetzes am schwersten auf den Arbeitern lastete, doch immer wieder die Befürchtung, daß sich die Frat-

tion, um nur etwas zu erreichen, mit den bürgerlichen Parteien zu tief einlassen und im parlamentarischen Treiben versumpfen könne. Die souveräne Selbständigkeit der Partei hüteten gerade die ältesten und treuesten Mitgliedschaften als ihr köstlichstes Kleinod; obgleich im sächsischen Landtage nun schon fünf Sozialdemokraten saßen und im Frühjahr 1885 auch zwei in den hessischen Landtag gelangten, stießen Frohme und Hasenclever doch auf einen unbeugsamen Widerstand, als sie die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen befürworteten.

Am wenigsten ließ sich gegen das Arbeiterschutzesetz einwenden, das die Fraktion im Reichstage eingebracht hatte, doch führte es auch zu mancherlei Reibungen in der Partei. Der ökonomische Zustand der achtziger Jahre war eine chronische Stagnation, unterbrochen durch einzelne Schwankungen, die am Anfange, in der Mitte und am Ende des Jahrzehnts eintraten, und zwar so, daß sich jedesmal ein stärkerer Aufschwung der Industrie bemerkbar machte. Von der ersten dieser Hebungen datierte die neue Streik- und Gewerkschaftsbewegung, die von der Reaktion nicht ganz ungeschoren gelassen, aber im allgemeinen nicht unterdrückt wurde. Sie dehnte sich kräftig aus, als in der Mitte des Jahrzehnts eine höhere Welle des industriellen Aufschwungs heranrauschte; zahlreiche Streiks brachen aus, und im Jahre 1885 hatten fast alle Berufe schon wieder gewerkschaftliche Organisationen, teils Lokal-, teils Zentralverbände, die zusammen über 80 000 Mitglieder umfaßten. Sie entwickelten sich gewöhnlich naturwüchsig aus den Streiks, so der Verband der Bildhauer aus einem mißlungenen Streik in Berlin, der Verband der Tischler aus einem Streit in Stuttgart, den Karl Klotz mit großer Umsicht zu einem glücklichen Ende geführt hatte. Natürlich mußte bei der Gründung gewerkschaftlicher Verbände mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden, die verschiedensten Formen der Organisation wurden durchgeprobt, um den Eingriffen der Behörden jede denkbare Handhabe zu nehmen, die Zentralverbände verlegten ihren Sitz mit Vorliebe in die kleineren Staaten mit etwas freierem Vereinsrechte, die Schneider nach Hamburg, die Tabakarbeiter nach Bremen, die Manufakturarbeiter nach Gera, die Metallarbeiter nach Mannheim. Mit den Versicherungsgesetzen war den gewerkschaftlichen Verbänden eine kräftige Stütze fortgeschlagen worden, doch wußten auch hier die Arbeiter in ihrem unstillbaren Drange nach Organisation aus der Not eine Tugend zu machen; sie drängten sich in die freien Hilfskassen, die das Krankenkassengesetz

zugelassen hatte; im Jahre 1885 zählten diese Klassen 874507 Mitglieder, vierzehnmal so viel, als sie fünf Jahre früher gezählt hatten.

In diesem Jahre erlebte auch die Arbeiterinnenbewegung, nach ihren sporadischen Anfängen in den sechziger und siebziger Jahren, ihre erste Hochflut. Sie konnte sogar schon einen kleinen praktischen Erfolg verzeichnen; als die Regierung einen Zoll auf Nähfäden legen wollte, erhobten die Berliner Konfektionsarbeiterinnen einen so lebhaften Einspruch, daß der Reichstag zunächst die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche zu untersuchen beschloß. In ganz oberflächlicher und unzulänglicher Weise von der Regierung angestellt, deckte die Untersuchung doch ungeheuerliche Zustände auf diesem umfangreichen Ausbeutungsgebiete weiblicher Arbeitskraft auf. Sie entrollte eine bunte Musterkarte der verschiedensten Produktionsweisen und Wirtschaftsformen, die im Gange der ökonomischen Gesamtentwicklung eine die andere abgelöst hatten: nebeneinander fanden sich Handwerk, Hausindustrie, Kaufmannskapital, Schwitzmeisterschaft, Verleger und Fabrikant, Mittelbetrieb und Großunternehmen, Exporthäuser, die für den Weltmarkt produzierten, Firmen, die den lokalen und provinziellen Bedarf deckten, Zwerggeschäfte, die auf Bestellung arbeiteten, Handarbeit und Maschine, Tätigkeit im Fabriksaal und in der Werkstätte, im Keller und in der Dachkammer, aber allen gemeinsam war die Schröpfung der weiblichen Arbeitskraft bis auf das Mark der Knochen, so daß auch die amtlichen Berichterstatter ziemlich unverblümt zugaben, Hungers zu sterben oder sich zu prostituieren sei die einzige Wahl der Arbeiterinnen, die nicht von ihren Familien unterstützt werden könnten. Auf die offizielle „Sozialreform“ machte das schauerliche Bild nicht den geringsten Eindruck; hatte Bismarck doch alle Hände voll damit zu tun, den „Notstand“ der Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu heilen.

Um so mehr zündete das sozialdemokratische Arbeiterschutzesetz in der Gewerkschafts- und Streikbewegung. Petitionen, die seine Annahme vom Reichstage forderten, bedeckten sich mit einer halben Million Unterschriften. Wie in jedem heißen Kampfe, erwachten aber auch diesmal in den Kämpfen manche Hoffnungen, die über das Ziel hinausgeschossen. Wie das Jahr 1885 mit dem Streit um die Dampfersubvention begonnen hatte, so endete es mit einer scharfen Polemik zwischen Liebknecht und Biedel über die Bedeutung des Normalarbeitstages: Biedel gab sich der Illusion hin, daß der Normalarbeitstag die industrielle

Reservearmee mehr oder minder aufsaugen würde, während Liebknecht schlagend nachwies, daß der Normalarbeitstag, so sehr er eine große Etappe im Emanzipationskampfe des Proletariats sei, doch nicht die Übel der kapitalistischen Produktionsweise an der Wurzel heilen könne. Auch hier schuf das Sozialistengesetz künstliche Gegensätze. Der Sozialdemokrat hielt der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber aus guten Gründen eine strenge Reserve inne, während das Recht auf Arbeit ebenfalls aus guten Gründen ihr allzu ausschließlich seine Aufmerksamkeit zuwandte. So entstand ein gewisser Antagonismus zwischen beiden Blättern, und er wurde nun wieder der Anlaß, daß Höchberg und C. A. Schramm noch einmal ihre besondere Auffassung der modernen Arbeiterbewegung durchzusetzen versuchten.

Höchberg hatte sich von den Schlagworten der Kolonialpolitik einfangen lassen und befürwortete im Recht auf Arbeit eine Börsensteuer, unter der Bedingung, daß ihre Erträgnisse zur Gründung von Produktivgenossenschaften für Arbeiter verwandt würden. Diesen Vorschlag tat der Sozialdemokrat sofort ab, ohne darüber Höchbergs Verdienste um die Partei zu vergessen; als Höchberg im Sommer 1885 starb, widmete ihm das Parteiorgan einen Nachruf voll herzlichen Dankes. Härter gestaltete sich der Zusammenstoß mit Schramm, der gegen das „Dogma des Marxismus“ anzurennen versuchte. Er brach einen ganz überflüssigen Streit vom Zaun, als Kautsky in der Neuen Zeit einen durchaus sachlichen und zutreffenden Artikel über ein nachgelassenes Werk von Robbertus veröffentlicht hatte; schlagend zurückgewiesen, brachte Schramm dann noch in Biedercks Verlage eine Broschüre über Robbertus, Marx und Lassalle heraus, worin zur Abwechslung Lassalle auf den Schild gehoben wurde, freilich in einer Weise, die Lassalle selbst, wenn er noch gelebt hätte, sich sehr entschieden verboten haben würde. Der Sozialdemokrat fertigte das Schriftchen in einer Reihe vortrefflicher Artikel ab, und Schramm verbesserte seine Sache nicht durch eine taktlose Spekulation auf den Groll, der in manchen Gemüthern der Fraktion noch gegen das Parteiorgan nachzittern mochte. Auch mit Schoenlank, der sich um diese Zeit von Biederck trennte und ein fleißiger Mitarbeiter der Neuen Zeit wurde, zankte Schramm, um zum drittenmal abgeführt zu werden.

Trotz mancher taktischen Meinungsverschiedenheiten ließ sich die Partei von der mühsam erklimmenen Höhe der theoretischen Erkenntnis nicht

mehr herabwerfen. Sie marschierte vielmehr rüstig auf dem gewonnenen Hochlande vorwärts. Der Sozialdemokrat sammelte in der Sozialdemokratischen Bibliothek die hervorragenden Schriften der älteren sozialistischen Literatur, während sich die Internationale Bibliothek, die Dieck in Stuttgart herausgab, neuen sozialistischen Forschungen eröffnete; als Schäßle jetzt über die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ zu orateln begann, mochte er manche sorgenvollen Bourgeoisgemüter beruhigen, aber in der Partei erzielte er keine andere Wirkung, als daß sie sich über die Schwächen von Schäßles Quintessenz des Sozialismus klar wurde, desselben Schriftchens, das sie zehn und selbst noch fünf Jahre früher sehr bewundert hatte.

3. Bismarcks Enttäuschung.

So sehr die taktischen und theoretischen Auseinandersetzungen, die das Jahr 1885 für die Partei mit sich brachte, von der bürgerlichen Presse ausgebeutet wurden, um über die „Zerfahrenheit der Sozialdemokratie“ zu jubeln, so wenig täuschten sie auf die Dauer den praktischen Genius Bismarcks. Bierend formulierte das Programm des sogenannten „rechten Flügels“ einmal in den drei Forderungen: Beseitigung des Sozialistengesetzes, unbedingte Koalitionsfreiheit, Fabrikgesetzgebung nach englischem Muster, und das war für Bismarck ein noch größerer Greuel, als selbst das Gemeineigentum, sntemalen diese Forderungen seinem geliebten Profit unmittelbar auf den Leib rückten. War doch die Abwehr „revolutionärer Ausschreitungen“ nur der angeblüche, die tatsächliche Anebelung der Arbeiterklasse aber der wirkliche Zweck des Sozialistengesetzes! In Bismarcks Denkerkopfe dämmerte gemach die Erkenntnis auf, wie töricht seine Einbildung gewesen sei, daß sich die deutsche Arbeiterklasse von einem beliebigen Junker mit Peitsche und Zuckerbrot kuranzien lassen würde.

Noch dauerte die „milde Praxis“ an, aber es meldeten sich auch schon die Vorboten neuer Rücken und Lücken. In der gehässigsten Weise beföhete die offiziöse Presse jeden Streit, den freien Hilfskassen wurden Knüppel auf Knüppel zwischen die Beine geworfen, und mit dem Verbote des Metallarbeiterverbandes griff das Sozialistengesetz zum erstenmal tief in die Fachvereinsbewegung ein. In Breslau verbot die Polizei die Buchdruckerei Silesia, deren einziger Besitzer Kräder war,

als einen angeblichen Verein, und die Reichskommission bestätigte die nackte widergesetzliche Vermögenskonfiskation, ohne mit der Wimper zu zucken. Über Bielefeld wurde sogar auf einige Tage der große Belagerungszustand verhängt, weil die streikenden Arbeiter einer Nähmaschinenfabrik, gereizt durch ihren „Brotgeber“, vor dessen Wohnung demonstriert hatten, und in Frankfurt a. M. ließ ein Polizeikommissar Meyer seine Mannschaften mit blanker Klinge auf das Leichengefolge eines braven Sozialdemokraten einhauen, ohne jeden Anlaß, aus reiner Brutalität. Die greuelvolle Friedhofsmezelei, bei der 30 bis 40 Personen verwundet wurden, brachte freilich selbst die schläfrigsten Philister auf; Meyer und ein paar seiner Komplizen wurden vor Gericht gestellt und im Höchstmaße zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, zur selben Zeit, wo der Zigarrenarbeiter Kückelhahn in Altona wegen Verbreitung des Sozialdemokraten in einer Reihe von Fällen zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Obendrein begnadigte die Krone den Meyer und seine Mitschuldigen sofort, auf daß ja kein Zweifel an der „Gerechtigkeit“ dieses berühmten „Rechtsstaats“ auftauche.

Auch sonst begann Bismarck jetzt von der Justiz zu beanspruchen, was ihm die Polizei nicht leisten konnte. Zur Feier seines siebenzigsten Geburtstags wurde eine allgemeine Teller Sammlung für irgend einen erhabenen nationalen Zweck veranstaltet, wobei auch Tausenden von armen Arbeitern ihre Pfennige von patriotischen Unternehmern abgezwaht wurden, aber als etwa zwei bis drei Millionen Mark beisammen waren, legte Bismarck seine Hand auf die größere Hälfte der Summe, um dafür einen Teil seines Stammguts wieder zu kaufen, der seinen Ahnen entglitten war. Noch brannte die Scham darüber auf den Wangen seiner Bewunderer, als der Geniale gegen freisinnige und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete eine Reihe von Prozessen einleiten ließ, um ihnen auf einen vermoderten Paragraphen des preussischen Landrechts hin die aus ihren Parteikassen bezogenen Diäten als „wider die Ehrbarkeit“ verstoßenden Gewinn abzuzwacken. Doch fielen die ersten Instanzen in sieben dieser Prozesse freisprechende Urteile, und ebenso scheiterte ein anderes gerichtliches Verfahren, das sich seit Jahren gegen die ihrer Zeit in Kiel und Neumünster sitzenden Delegierten desopenhagener Kongresses fortgeschleppt hatte. Ein Versuch, ihnen einen Hochverratsprozeß anzuhängen, hatte der Reichsanwalt abgelehnt und ebenso waren die an mehreren Landgerichten versuchten Anklagen auf Geheim-

bündelrei gescheitert. Endlich fand der sächsische Justizminister Abelen in Chemnitz, wo Bollmar 1883 seinen Wohnsitz gehabt hatte, freundliches Gehör beim Staatsanwalt, wiewohl auch hier noch nicht beim Gerichte. Vielmehr sprach das Landgericht in Chemnitz alle neun Angeklagten frei, da nicht der geringste Beweis für eine geheime Verbindung im Sinne des Strafgesetzes erbracht worden sei.

Im November 1885 trat der Reichstag zu seiner zweiten Session zusammen und Bismarck kam nun bald mit ihm hintereinander. In erster Reihe wegen eines Schnapsmonopols, das dazu bestimmt war, sowohl die Taschen des Fiskus, als auch die Taschen der Junker zu füllen. Die Rohproduktion des Branntweins sollte nämlich von der Monopolisierung ausgeschlossen sein und den Produzenten ein Durchschnittspreis von 35 Mark (im Minimum 30, im Maximum 40 Mark) für den Hektoliter gesichert werden, während der Marktpreis des Hektoliters 24 Mark betrug. Wie angenehme Schnitte dabei für die Junker abfielen, zeigte schon das eine Beispiel des Branntweinbrenners Bismarck, der auf seinen hinterpommerschen Gütern monatlich 900 Hektoliter brennen konnte. Dies saubere Monopol ging aber der Mehrheit des Reichstags doch wider den Strich, und da seine Annahme ausgeschlossen war, so wagten nicht einmal die Junker dafür zu stimmen, aus Furcht, sich zwecklos vor der aufgeregten öffentlichen Meinung zu prostituieren. Am 27. März 1886 fiel das Schnapsmonopol im Reichstage mit allen gegen drei Stimmen.

Gleichzeitig hatte sich der Reichstag über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schlüssig zu machen, und einzelne Umstände deuteten darauf hin, daß Bismarck aus diesem Anlasse gern eine sofortige Auflösung herbeigeführt hätte. Aber wenn er wirklich die Absicht gehabt haben sollte, so mußte er sich bald überzeugen, daß den bürgerlichen Oppositionsparteien in dieser Frage jede Konfliktstimmung fehlte. Nicht als ob sich ihnen die Unerträglichkeit des Sozialistengesetzes nicht immer fühlbarer gemacht hätte; sprachen doch selbst schon Nationalliberale, wie Gneist, öffentlich von der Notwendigkeit seiner Beseitigung! Aber der Sozialdemokrat hatte recht, wenn er zu all solchem Gerede trocken bemerkte: die herrschenden Klassen werden das Sozialistengesetz beseitigen, wenn es ihnen wie Feuer auf den Nägeln brennt, jedoch keinen Augenblick früher. Die bürgerliche Opposition litt an greisenhafter Müdigkeit; im Hinblick auf die immer frische und kampfesmutige Sozialdemokratie

sagte damals Bamberger mit einem Seufzer des Neides: Die haben noch den Glauben! Die Freisinnigen waren heilfroh, diesmal ihre alten Tiraden ungestraft herfagen zu können, und die Ultramontanen begnügten sich damit, die zur Verlängerung des Gesetzes nötige Hilfsmannschaft unter einer betäubenden Kanonade über ihre „Milderungsanträge“ abshwenken zu lassen. Die Gaugerei täuschte niemanden mehr; wie üblich, flogen die „Milderungsanträge“ unter den Tisch, und wie üblich, ließ sich die Regierung ein paar Jahre an der von ihr vorgeschlagenen Dauer der Verlängerung abhandeln.

Sonst nahm sie, da sich nun einmal keine große Haupt- und Staatsaktion herauschlagen ließ, auch mit dem Vorlieb, was sie kriegen konnte. Puttkamer holte nur ein kleines Schnipselchen aus dem großen Zitatensacke hervor, einen Artikel des Sozialdemokraten, der die Königin Luise, die preußische Nationalheilige, im Lichte der historischen Wahrheit zeigte, und bellamierte sonst über Arbeiterunruhen, die zwar nicht in Deutschland, aber doch in Belgien stattgefunden hatten, während Bismarck einen vollkommen zutreffenden Satz Babels über russische Zustände so zu verdrehen suchte, als predige die deutsche Sozialdemokratie Mord und Totschlag. Da er es als zweifelhaft hinstellte, ob Marx nicht „Mörder gezüchtet“ habe, um sie gegen ihn, den großen Bismarck, auszusenden, so erklärten die überlebenden Töchter von Marx öffentlich: für ihren Vater sei Bismarck nur eine erheitende Figur und höchstens noch ein stellenweise recht brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer an der proletarischen Revolution gewesen; die Schauerromanvorstellung, als ob ein Mann wie Marx sich damit abgeben könne, „Mörder zu züchten“, zeige aufs neue, mit wie großem Rechte Marx in Bismarck nur einen, bei aller Verschlagenheit höchst bornierten, preußischen Junker gesehen habe, der total unfähig sei, irgend welche große geschichtliche Bewegung zu verstehen. Am 31. März wurde das Sozialistengesetz mit 169 gegen 137 Stimmen auf zwei Jahre verlängert, bis zum 30. September 1888.

Aber wenn die bürgerliche Opposition das System Bismarck-Puttkamer wohlfeilen Kaufs davontommen ließ, so war die sozialdemokratische Fraktion anspruchsvoller. In den fälligen Debatten über den kleinen Belagerungszustand zog Singer einen Lockspigel ans Tageslicht, den Schutzmann Thring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein geschlichen hatte, um hier durch grobe Majestätsbeleidigungen, durch den Vertrieb anarchistischer

Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten zu wirken. Me schönen Ausreden, womit Puttkamer sich um die früheren Lockspigeleien herumgeredet hatte, fielen diesmal fort: Thring-Mahlow war ein etatsmäßig angestellter Beamter, der im Auftrage seiner Vorgesetzten, aber in direkter Übertretung des Vereinsgesetzes unter falscher Maske in einem vom Sozialistengesetze gebuldeten Arbeitervereine spioniert hatte. Das allein begründete schon den Verdacht verbrecherischer Absichten, der durch eine Reihe unanfechtbarer Zeugen zur unbedingten Gewißheit erhoben wurde.

Man begreift, daß sich Puttkamer in seine glorreichsten Posturen warf, um die Wucht dieser Enthüllung abzuschwächen: der reine Komödiant, wie ihm ein freisinniger Abgeordneter zurief. Jedoch war er darin konsequent, daß er dem verunglückten Träger des Systems die sühnenden Nachmittel des Staates zur Verfügung stellte. Der Staatsanwalt mußte die Ankläger des Thring-Mahlow, den Schriftsteller Christensen und den Maurer Berndt, wegen Verleumdung belangen, und in den gerichtlichen Verhandlungen zweier Instanzen traten die amtlichen Vorgesetzten des Lockspiegels begeistert für ihn ein. Nach ihrer eiblichen Versicherung hatte es nie einen untadelhafteren Ehrenmann gegeben; ehe sie etwas auf Thring-Mahlow kommen ließen, ziehen sie sich lieber selbst der mangelhaften Umsicht. Denn wie hatten sie nur einen so durch und durch wahrhaftigen Mann zu einem Dienste kommandieren können, worin er von früh bis spät lügen, lügen und wieder lügen mußte! Mit schmagenden Lippen sprachen sie von dem „kostbaren Material“, das Thring geliefert habe, während Thring selbst wenigstens die kleine Schwäche zugab, in seinen klassischen Berichten immer Marg und Most verwechselt zu haben. Es machte nun doch einen tiefen Eindruck auch auf die bürgerliche Welt, daß von dem Gefasel solcher unwissenden Patrone die ganze Existenz ehrlicher Leute abhängig sein sollte. Nur das Schöffengericht unter dem Vorstehe des Amtsrichters Barbisius hielt noch patriotischen Stand und verurteilte die beiden Angeklagten zu sechsmonatigem Gefängnis; vor dem Landgerichte brach der ganze offizielle Apparat unter der erdrückenden Fülle des gegen Thring beigebrachten Beweismaterials zusammen, und die Angeklagten wurden freigesprochen, da sie nichts als die reine Wahrheit gesagt hätten. Puttkamer aber blieb auch jetzt konsequent und verschaffte dem gerichtlich überführten Lockspiegel die „eklatante Genugthuung“ des Allgemeinen Ehren-

zeichens, zugleich mit dem Schußmanne Naporra, der nicht lange nachher auf ähnlichen Schlichen ertappt worden war.

Gleichwohl gerann die Milch der „milden Praxis“, die dem System Bismarck-Buttkamer schon sauer geworden war, in gährend Drachengift, als die Sozialdemokratie amtlich abgestempelte Lockspiegel anzutasten wagte. Trotz aller heroischen Stellungen in der Öffentlichkeit sagte sich das System in seinem stillen Kämmerlein, daß im Frühjahr 1886 die Methode der Korruption so bankrott geworden sei, wie im Herbst 1881 die Methode der nackten Gewalt.

Siebentes Kapitel.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes.

Die dritte und letzte Periode des Sozialistengesetzes währte, wie die zweite, fünfthalf Jahre und zerfiel auch in drei Abschnitte, nur in Abschnitte von ungleicher Länge. Vom Frühjahr 1886 bis zum Frühjahr 1888 dauerten die Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungetüm noch einmal wild um sich schlug; vom Herbst 1888 bis zum Herbst 1890 vollzog sich sein endgültiger Zusammenbruch, und mit ihm der Zusammenbruch des ganzen Systems Bismarck; dazwischen lagen die deutschen Thronwechsel, die 99 Tage des Kaisers Friedrich.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes spielten sich ab, wie sich Todeskrämpfe abzuspielen pflegen. Die Nationalzeitung traf in ihrer Weise den Nagel auf den Kopf, wenn sie im Jahre 1886 sagte, ein Prinzip lasse sich in der Handhabung des Sozialistengesetzes nicht entdecken, aber die einzelnen Maßregelungen der Regierung bekundeten jene Gleichgültigkeit in der Wahl der Mittel, die am Vorabend großer Erschütterungen von den Vertretern der bestehenden Ordnung bekundet zu werden pflege. Das nationalliberale Blatt bezog sich namentlich auf das Bestreben Bismarcks, die Justiz für die Dienste heranzuziehen, welche die Polizei nicht hatte leisten können. Das war ohne Zweifel vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, um so bedenklicher, als die verhältnismäßige Reserve der offiziellen Rechtspflege in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes wieder eine Art grönländischen Sonnenscheins über sie ergossen hatte; Bebel meinte einmal, man möge sagen, was man wolle, aber die Justiz sei immer doch noch ein ander Ding als die Polizei. Nun von neuem die breitesten Massen des Volks über das Wesen der Klassenjustiz aufklären, hieß gewiß um der zweifelhaftesten Vorteile willen die nach einem bekannten Worte stärkste Stütze der Klassenherrschaft erschüttern. Aber was blieb den ver-

zweifeltsten Trägern des Systems noch anderes übrig, nachdem sowohl die polizeiliche Gewalt wie die polizeiliche Korruption unrettbar gescheitert war?

Soweit die blinden Gewaltstöße, die gleich nach der dritten Verlängerung des Sozialistengesetzes einander folgten, einen inneren Sinn hatten, hat später Bismarck diesen Sinn mit den Worten enthüllt, die Sozialistenfrage sei für ihn nur noch eine „militärische“ Frage gewesen. Genau dies war die Meinung des Sozialdemokraten, der im Frühjahr 1886 immer wieder aus sprach, der neue Wolkenbruch brutaler Verfolgungen solle proletarische Aufstände hervorrufen, auf daß dem schlagflüssigen System durch einen Ueberlaß großen Stils noch eine Galgenfrist verschafft werden könne.

1. Streikerlass und Geheimbundsprozesse.

Am 11. April erschien Puttkamers Streikerlaß, einen Monat darauf wurde die Genehmigung öffentlicher Versammlungen in Berlin von der Erlaubnis der Polizei abhängig gemacht, noch etwas später auch der öffentliche Vertrieb von Druckschriften für Berlin und Altona verboten; in der Reichshauptstadt waren damit alle vier Vollmachten des § 28 aktiv geworden. In allen Belagerungsgebieten nahm die Ausweisungspraxis einen neuen Aufschwung; dazu wurde dem märkischen Landstädtchen Spremberg der kleine Belagerungszustand aufgehängt, weil gestellungspflichtige Rekruten die Flegelien eines Polizeidieners mit dem Absingen der Arbeitermarschlied beantwortet hatten.

Nichts bezeichnender für die offizielle „Sozialreform“, als daß der erste Gewaltstoß der gewerkschaftlichen Bewegung galt. An und für sich enthielt der Streikerlaß nichts Neues; er machte nur die Polizeibehörden darauf aufmerksam, daß nach der zeitweiligen Schonung der Fachvereine wieder mit ihrer Drangsalierung vorzugehen, also die Praxis wieder aufzunehmen sei, die sofort nach Erlaß des Sozialistengesetzes beobachtet worden war. Die heuchlerische Aufforderung, dabei die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu achten, glich wie ein Ei dem anderen den heuchlerischen Versicherungen, womit Bismarck und Culenburg bei der Beratung des Ausnahmegesetzes jene Freiheit zu respektieren versprochen hatten. Der Streikerlaß fand sofort die rücksichtsloseste Ausführung; um die Frühjahrsbewegung der Bauhandwerker lahmzulegen, wurden die Führer der Berliner Maurer ausgewiesen, obgleich sie nie den ge-

ringsten Zusammenhang mit der politischen Arbeiterpartei gehabt hatten, wurde der Fachverein der Maurer und die Preßkommission der Bauhandwerker aufgelöst. Dasselbe Schicksal teilten die drei Arbeiterinnenvereine und sämtliche Arbeiterbezirksvereine, in deren einem der Lockspizel Thring-Mahlow entlarvt worden war. Im Monat Mai wurden in Berlin 47, darunter 33 gewerkschaftlichen Versammlungen die Genehmigung versagt; Maurer und Tischler konnten jahrelang keine Versammlung halten. Und wie in Berlin, so überall in den Provinzen, wo es eine gewerkschaftliche Bewegung gab.

Die bürgerlichen Klassen sahen diesem polizeilichen Wüten mit schlecht verhehlter Genugtuung zu. Soweit sich vereinzelter Widerspruch erhob, kam er von einsichtigen Großindustriellen; dagegen hatten die Künstler ihre helle Freude an der Treibjagd, wie denn auch eine Deputation der Bauinnungsmeister bei Puttkamer ausdrücklich um den Streikerlaß petitioniert hatte. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wegen des Erlasses interpellierte, sprachen nur ihre Redner, wie es sich gehörte; von der bürgerlichen Opposition „hoffte“ Bamberger, daß der Erlaß die Koalitionsfreiheit nicht abwürgen werde, während Windthorst ihn, solange einmal das Sozialistengesetz bestehe, für nicht gesetzwidrig erklärte. Hierdurch üppig gemacht, lästerte Puttkamer über die Agitatoren, die sich vom Schweiß der Arbeiter „mästeten“ und deren „sauer erworbene Spargroschen durch den Rachen jagten“, und dann erklärte er, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laure. Dies geflügelte Wort war nicht ganz so dumm wie es aussah, denn allerdings sind die Streiks die Anfangsschule des proletarischen Klassenkampfes, aber natürlich sprach Puttkamer nicht in historisch-psychologischem, sondern in subaltern-polizeilichem und bourgeois-ausbeuterischem Sinne. Er hielt die Früchte des Koalitionsrechts für „äußerst beklagenswert“ und nannte den Wert dieses Rechts „im höchsten Maße zweifelhaft“. Alles das nahm die bürgerliche Opposition schweigend hin, so daß selbst die Frankfurter Zeitung meinte, der Reichstag trage ein gehäuftes Maß der Mitschuld, wenn der Polizeistaat sich immer herrlicher entfalte.

Am Entfalten ließ er es denn auch nicht fehlen. Da die gewerkschaftliche Bewegung nach den früheren Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz allein doch nicht klein zu kriegen war, so sollte sie außerdem nach verschiedenen gerichtlichen Methoden erdroffelt werden. Zunächst wurde der Rauchschutzparagraf, den die Gewerbeordnung gegen Aus-

schreitungen bei Streiks enthielt, bis zur Menschenmöglichkeit ausgereicht; der Verurteilungen auf Grund dieses Paragraphen gab es im Jahre 1886 nicht weniger als 179, gegen 5 im Jahre 1882. Wo aber dieser Paragraph nicht weiter zu rechnen war, da wurde er durch die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über groben Unfug, über Nötigung, über Erpressung ergänzt; fast die Krone dieser Leistungen war ein Erkenntnis des Reichsgerichts, wonach die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unter § 110 des Strafgesetzbuchs fiel, der die, auch erfolglose, Aufforderung „zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen“ mit dem Höchstmaß von zweijährigem Gefängnis bedroht, während § 111 auf die erfolglose Aufforderung zu einer strafbaren Handlung nur ein Höchstmaß von einjährigem Gefängnis setzt. Nach der Feststellung des obersten Gerichtshofs konnten Arbeiter, die zum Kontraktbruche gegen die Unternehmer aufreizten, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden, während Verbrecher, die zu Mord und Raub aufreizten, höchstens ein Jahr Gefängnis erhalten durften! Ferner wurden die Gewerkschaften als angebliche Versicherungsanstalten, die nach einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Genehmigung durch die Staatsbehörde bedurften, unter polizeiliche Kontrolle zu bringen gesucht. Ganz besonders mußte auch die Bestimmung der meisten deutschen Vereinsgesetze herhalten, die politischen Vereinen die Verbindung untereinander verbot. Der „politische“ Charakter der Gewerkschaften wurde sehr einfach dadurch hergestellt, daß die Gerichte die Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes für „politisch“ erklärten. So hatte ein Tischlerverein in Altona um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit an den Reichstag petitioniert und einige Petitionsbogen von einem Tischlervereine in Hamburg entnommen, der die gleiche Petition abgeandt hatte. Darauf erfolgte die polizeiliche Schließung des Altonaer Vereins unter der famosen Begründung, daß er durch die Entnahme der Petitionsbogen mit einem anderen „politischen“ Verein „in Verbindung getreten“ sei. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Wochen Gefängnis gegen die Mitglieder des Vorstandes, und wenn das Landgericht auch nur auf je 30 Mark Geldstrafe erkannte, so bestätigte es doch die Schlußfolgerung der Polizei als richtig, und ebenso tat das Reichsgericht als letzte Instanz.

Damit sind keineswegs alle, aber einige besonders schöne Folttern der gewerkschaftlichen Bewegung gekennzeichnet. Wenn es dennoch nicht

gelang, sie auszurotten, so war dieser Erfolg der bewundernswerten Ausdauer und Zähigkeit der Arbeiter geschuldet. Sie brauchten sich wahrlich nicht vor den Trade Unions zu verstecken, die mit solchen, in modernen Kulturstaaten unerhörten Hindernissen niemals zu kämpfen gehabt haben. Freilich hatten die raffinierten Verfolgungen der gewerkschaftlichen Bewegung auch eine Wirkung, die der Entwicklung des klassenbewußten Proletariats einen mächtigen Ruck nach vorwärts gab: die handgreifliche Einseitigkeit, womit die Behörden des Klassenstaats an den Arbeiterverbänden verfolgten, was sie den Unternehmerverbänden gestatteten, womit sie geküffentlich die Augen zudrückten vor den größten Verstößen der Unternehmer gegen die Koalitions- und Vereinsgesetze, während selbst dem behufsamsten und vorsichtigsten Verhalten der Arbeiter immer neue Schlingen gelegt wurden, säete eine Saat von Drachenzähnen, woraus geharnischte Männer erwachsen sind.

Wie die ökonomische, so sollte die Justiz auch die politische Organisation der Arbeiterklasse auszurotten helfen. Die offiziöse Presse hatte mit den unverhülltesten Drohungen auf die freisprechenden Urteile erster Instanz in den Diätenprozessen geantwortet; sie konnte dann mit hoher Genugthuung die verurteilenden Erkenntnisse zweiter Instanz verzeichnen. Auch kassierte das Reichsgericht das freisprechende Urteil in dem Chemnitzer Geheimbundsprozesse und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Freiburger Landgericht, nachdem es den Begriff der Verbindung so erläutert hatte, daß der Rechtsanwalt Mundel vor den Freiburger Richtern sagen konnte, glücklicherweise habe der höchste Gerichtshof des Reichs erklärt, die „Verbindung“ müsse sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen, denn sonst wäre jede Familie in Gefahr, als eine Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuchs angesehen zu werden.

Am 4. August 1886 verurteilte das Freiburger Landgericht Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Bierck und Bollmar zu je 9, Diez, Heinkel und Müller zu je 6 Monaten Gefängnis, auf Grund von § 129 des Strafgesetzbuchs, wonach die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht wird. Weil auf dem Kongresse in Kopenhagen über den Stand des Sozialdemokraten berichtet und die Gesamthaltung des Blattes einstimmig gebilligt

worben war, sollten die Verurteilten durch eine „konkludente Handlung“ einer verbotenen Verbindung beigetreten sein, deren Dasein zwar nicht bewiesen, aber vom Gericht vorausgesetzt wurde.

Das Freiburger Urteil entfesselte eine wahre Flut von Geheimbundsprozessen in allen bedeutenden Zentren der Arbeiterbewegung. An und für sich boten diese Prozesse, sowenig wie der Streikerlaß, den Reiz der Neuheit. Bis zum Freiburger Erkenntnis, also in ungefähr 8 Jahren, waren 24 Geheimbundsprozesse angestrengt worden, davon hatten 6 mit Freisprechung, 10 mit Einstellung des Verfahrens geendet, während in 8 Prozessen (Frankfurt 1880, München und Posen 1882, Stettin 1883, Breslau 1884, München, Altona, Augsburg 1886) Verurteilungen erfolgt waren. Von Anfang August 1886 bis Ende Januar 1889, also in dritthalb Jahren, wurden nun aber 55 Geheimbundsprozesse eingeleitet, von denen nur 10 mit Einstellung des Verfahrens und nur 8 mit Freisprechung, dagegen 33 mit der Verurteilung von insgesamt 236 Personen endeten, während 4 noch in der Schwebe waren. Unter diesen vieren stand obenan der Elberfelder Geheimbundsprozeß, der Ende 1889 nach langer Vorbereitung 87 Personen auf die Anklagebank brachte. Er war bestimmt, neben einem örtlichen Geheimbunde einen gesamtdeutschen Geheimbund unter der obersten Leitung der Fraktion nachzuweisen, worauf dann als Krönung des ganzen Feldzugs ein Geheimbundsprozeß gegen sämtliche Mitglieder der Fraktion geplant war. Jedoch brach an dem Elberfelder Prozesse nicht die Partei, sondern das System der Geheimbundsprozesse schmähtlich zusammen. Hatten schon alle diese Prozesse nichts enthüllt, als daß durch ein schandwürdiges Spitzelsystem brave Arbeiter vor die Gerichte geschleppt wurden, um durch künstlich ausgeklügelte Auslegungen des Strafgesetzbuchs für Dinge bestraft zu werden, die zu tun jeder anderen Bevölkerungsklasse freistand, so enthüllte das gerichtliche Verfahren in Elberfeld so arge Zustände, daß selbst zahme liberale Organe schauernd riefen: Genug der Schande! Viel mehr noch an dieser moralischen Rebellion verkam die Ära der Geheimbundsprozesse, als an der juristischen Feststellung des Landgerichts in Elberfeld, daß eine allgemeine Verbindung in Deutschland, an deren Spitze die Fraktion stehe, trotz „schwerer Verdachtsmomente“ nicht zu erweisen sei. Ohnehin wurden nur 43 Angeklagte freigesprochen, 44 aber wegen des angeblichen örtlichen Geheimbunds zu reichlich zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Neben den Geheimbundsprozessen liefen auch die sonstigen, seit Erlass des Sozialistengesetzes üblichen Prozesse in verstärkter Auflage einher. Als im September 1886 dem aus Leipzig ausgewiesenen Genossen Schumann eine Anzahl Freunde das Geleit gab, wobei ein rotes Tuch an einem Stocke getragen wurde, stürzten sich vier Polizisten in Zivil in den Zug, um sich dieses Tuches zu bemächtigen. Ein paar von den Häschern, die sich weder legitimiert noch auch nur gesagt hatten, daß sie Polizisten seien, wurden niedergeschlagen, ohne sonst einen Schaden an ihrer kostbaren Gesundheit zu nehmen. Schumann aber und seine Freunde mußten sich wegen angeblichen Aufruhrs verantworten, und ihrer 11 wurden zu $10\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus und $12\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis verurteilt. Schumann starb nach einigen Monaten im Zuchthause, ein anderer der Verurteilten wurde irrsinnig. Auch die alte, von Manteuffel in der preussischen Reaktionszeit erfundene Praxis, solche Angeklagte, denen nichts oder wenig nachzuweisen war, durch ausgiebige Untersuchungshaft zu martern, gelangte zu neuer Blüte, und nicht bloß in Preußen. In drei Hamburger Prozessen mußten die Angeklagten 15 Jahre Untersuchungshaft aushalten, um dann entweder freigesprochen oder zu Gefängnisstrafen verurteilt zu werden, die in ihrem Gesamtbetrage noch nicht 6 Jahre erreichten.

In solchen Zuckungen verröchelte der Wechselbalg des Sozialistengesetzes, die deutschen Arbeiter aber mußten für alle Zukunft, was Klassenjustiz war.

2. Die Faschingswahlen.

Derweil hatte Bismarck die Frage zu entscheiden, was mit der ausgepreßten Birrone von Reichstag anzufangen sei. Von allem anderen abgesehen, drängte nun auch der bevorstehende Thronwechsel. Der Kaiser konnte jeden Tag sterben, und wenn der Kronprinz zur Regierung kam, mußte Bismarck eine gefügige Reichstagsmehrheit haben.

Da der Reichstag sich in den Fragen der Schutzzölnererei und des Sozialistengesetzes gehorsam erwiesen hatte, mit dem Schnapsmonopol aber keine Wahlagitacion getrieben werden konnte, und auch die Kolonialpolitik durch verschiedene „Nasenstüber“ schon etwas anstößig geworden war, so hatte Bismarck nur ein Mittel, die Wählermassen zu betören, dasselbe Mittel, das ihm zu seinem ersten erfolgreichen „Plebiscite“ verholfen hatte, nämlich den Militärschrecken. Ein Jahr früher, als

nötig war, im November 1886, verlangte er die Erneuerung des erst im Frühjahr 1888 ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41145 Mann und des Militäretats um 23 Millionen Mark. Dies Mittel hatte für ihn noch den Vorteil, daß die bürgerliche Opposition ihm schwer ausweichen konnte, denn in der Septennatsfrage waren sowohl die Freisinnigen wie die Ultramontanen festgenagelt.

Gleichwohl scheute die bürgerliche Opposition den Kampf und trat sofort den Rückzug an. Als im Januar 1887 die zweite Lesung begann, hatte sie nicht nur jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, sondern auch das Prinzip der jährlichen Staatsbewilligung preisgegeben, so zwar, daß sie nur noch das Triennat statt des Septennats, die Bewilligung auf drei statt auf sieben Jahre vertrat. In der gerechtfertigten Besorgnis, daß auch dieser Widerstand bis zur dritten Lesung versiegen könne, löste Bismarck sofort nach der ersten Abstimmung der zweiten Lesung, die für das Triennat und gegen das Septennat entschieden hatte, den Reichstag auf und beraumte die Neuwahlen auf den Faschingstag, auf den 21. Februar an.

Die sozialdemokratische Fraktion war natürlich von den Schwachherzigkeiten der bürgerlichen Opposition frei und bewilligte „keinen Mann und keinen Groschen“. Sie verwarf das Septennatsgesetz, wie sie den ganzen Militäretat verwarf. Aber soweit der Streit zwischen Bismarck und der bürgerlichen Opposition, zwischen Regierung und Reichstag stand, unterstützte sie die bürgerliche Opposition, die dadurch die Mehrheit bekam, vertrat sie den prinzipiellen Standpunkt, daß der Reichstag, und nicht die Regierung über den Militäretat zu befinden habe. Sie nahm den Kampf auf, wie er geboten wurde, und verfolgte das Recht der bürgerlichen Opposition energischer, als diese selbst. Die Freisinnigen spielten wie gewöhnlich die verfolgten Unschuldslämmer, denen der hartherzige Bismarck nicht einmal die drei statt der sieben Jahre zugestehen wollte, obgleich sie ihm alles andere mit vollen Händen bewilligt hätten, und die Ultramontanen hatten nur ein parteitaktisches Interesse daran, die Rechte des bürgerlichen Parlamentarismus zu wahren. Immerhin hielten sie sich strammer als die Freisinnigen. Als Bismarck sich soweit vergaß, zu tun, was er im Kulturkampfe so oft als eine nationale Schmach verurteilt hatte, als er die Hilfe des Papstes gegen das Zentrum anrief und damit einen auswärtigen Souverän zum

Schiedsrichter über innere deutsche Angelegenheiten berief, da wies Windthorst selbst dem heiligen Vater die Zähne, der sich zu dem traurigen Liebesdienste hergegeben hatte. Der ultramontane Führer war von jeder Vorliebe für den modernen Konstitutionalismus frei; er sah sein politisches Ideal etwa in der feudalen Verfassung des Herzogtums Arenberg-Meppen, und als ehemals welfischer Justizminister hatte er eine reiche Erfahrung in Staatsstreifaffären. Aber er wußte sich zu sagen, daß eine geborene Minderheitspartei, wie das Zentrum, die Rechte des Reichstags nicht völlig abbröckeln lassen dürfe, wozu dann noch kam, daß die Ultramontanen nach ihrer ausgiebigen Beteiligung an Bismarcks eigennütziger Wirtschaftspolitik einer Auffrischung ihrer Reputation als angebliche Vorkämpfer „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ bei den katholischen Wählermassen dringend bedurften.

Auf der anderen Seite schlossen sich die beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen zum Kartell zusammen, das sich um Bismarck als seinen Bannerträger scharte. Es war dasselbe Bündnis zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie, das zehn Jahre früher die reaktionäre Ära eingeleitet hatte, jedoch mit dem Unterschiede, daß die nationalliberalen Großindustriellen mit ihrer haltlosen Drehscheibenpolitik ganz unter den Schlitzen der konservativen Großgrundbesitzer gekommen waren. Die Kreuzzeitung gab das Signal zum Kartell, und Bamberger übersetzte dies Fremdwort sehr richtig mit den Worten: Die feudalen Junker des Ostens ziehen in die Reichsfestung ein, und die liberalen Bürger des Westens blasen die Trompeten dazu.

Der Wahlkampf war von vornherein durch die Schwäche der bürgerlichen Opposition verfahren worden. Mit der dünnen und prinzipiell verkröpften Halbheit: Triennat oder Septennat? ließen sich große Wählermassen schwer auf die Beine bringen. Bismarck fand einen viel zugkräftigeren Trumpf in der Wahlparole: Krieg oder Frieden? Während der ganze polizeiliche Apparat aufgeboien wurde, um die Wahlagitation der oppositionellen Parteien lahmzulegen, arbeitete der ganze Apparat der offiziellen und offiziellen Preßmacht daran, bis in die entlegenste Gütte des Reichs die Biige zu verbreiten, daß dem Siege der Oppositionsparteien eine französische Kriegserklärung an das nunmehr entwaffnete Deutschland auf dem Fuße folgen würde. Die Regierungsblätter vertrieben falsche Nachrichten über französische Pferdeantäufe und Rüstungsmaßregeln, über die Anfertigung von Melinitbomben und Piktrinsäure;

um diesem Humbug den gehörigen Nachdruck zu geben, wurden deutsche Pferdeausfuhrverbote erlassen und zu ganz ungewöhnlicher Zeit, im Februar, zahlreiche Reserve- und Landwehrmänner zur Übung mit einem neuen Gewehr einberufen. Die Kartellbrüder erwiesen sich ihres Heros würdig. Sie verbreiteten massenhaft Karten, die durch gefälschte Darstellungen und Ziffern beweisen sollten, daß an den deutschen Grenzen französische Truppenmassen angehäuft seien, denen gleich starke deutsche Heereskörper nicht gegenüberstünden, sie verbreiteten dazu Bilberbogen im grellsten Jahrmaktsstile, worauf zu sehen war, wie französische Rothosen deutsche Frauen mißhandelten, Vieh wegtrieben, Ortschaften anzündeten. Der Sozialdemokrat schrieb: „Es war keine Wahl, es war ein Kesseltreiben, ein Überfall, eine moralische und physische Vergewaltigung, ein Plebiszit im schlechtesten napoleonischen Sinne — nur roher, heuchlerischer, verlogener, wie das der niedrigere Bildungsstand unseres Junkertums mit sich bringt. So plump und brutal konnte es Bonaparte der Kleine nicht treiben — die französische Durchschnittskultur, die der unserigen leider überlegen ist, setzte ihm kategorische Schranken.“ Eben auf diese französische Kultur spekulierten aber die Kartellpatrioten. Hätten sie nicht mit Recht die Chauvinisten der französischen Bourgeoisie für zehnmal so anständig und besonnen eingeschätzt, wie sich selbst, so wäre aus dieser Wahlhege ein deutsch-französischer Krieg entstanden.

Trotz seiner gelegentlichen Nebensarten über den Appell an die Furcht, der in deutschen Herzen niemals ein Echo finde, und über die Deutschen, die Gott fürchteten und sonst nichts auf der Welt, war sich Bismarck darüber klar, daß die Wurzel seines Despotismus in letzter Instanz die Blindheit und die Feigheit des deutschen Philisters sei, und nicht vergebens betete er zu diesen hilfreichen Beschützern. Mit der Angst um die letzte Ruh, die von den Turkos geholt werden würde, brachte er die letzten Dachsen aus dem Hause; über anderthalb Millionen Stimmen mehr, als bei irgend einer früheren Reichstagswahl, wurden am 21. Februar abgegeben, und der Faschingstag gebar eine Kartellmehrheit.

Einem wirklichen Staatsmanne, gesetzt, daß ein wirklicher Staatsmann je auf solche Streiche verfallen könnte, hätte freilich vor diesem Siege gegraut. Politisch unreife Wählermassen, die durch einen blinden Schrecken an die Urne gejagt werden, sind ein schwankes Rohr im Winde, und selbst sie hatten der Regierung nicht einmal die Mehrheit

der überhaupt abgegebenen Stimmen gesichert. Für das Kartell waren in runder Summe $3\frac{1}{2}$ Millionen, gegen das Kartell 4 Millionen Stimmen abgegeben worden. Hätte die Verteilung der Mandate in richtigem Verhältnis zur Stimmenzahl gestanden, so wäre trotz alledem nur eine Kartellminderheit in den Reichstag gezogen. Die ultramontanen Kandidaten hatten trotz Kaiser und Papst fast eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten, als 1884, und selbst der Verlust der Freisinnigen bezifferte sich gegen 1884 auf wenig über 20 000 Stimmen.

Vor allem aber trug die Sozialdemokratie, die einzige Oppositionspartei, die den Kampf mit voller prinzipieller Schärfe geführt hatte, einen großen Erfolg davon. Sie hatte 763 128 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, 10,1 Prozent der Gesamtzahl, 213 038 Stimmen mehr als 1884. In allen preußischen Provinzen, fast in allen Mittel- und Kleinstaaten war die Bewegung stark angewachsen, auch im südlichen und südwestlichen Deutschland, wo sonst die Kriegslüge am stärksten gewirkt hatte; nur in Hessen und in Elsaß-Lothringen, sonst nirgends im ganzen Reiche, war die sozialdemokratische Stimmenzahl nicht gestiegen, sondern etwas gesunken. Dabei hatte die Partei die Last des Wahlkampfes am schwersten zu tragen gehabt; sie mußte unter ganz ähnlichen Umständen kämpfen wie 1878 und 1881. Am Vorabend der Schlacht war der kleine Belagerungszustand über Frankfurt und Umgegend verhängt worden, ohne den geringsten Anlaß, zu dem tatsächlichen Zwecke, den Maingau zu bändigen, der sich bei den früheren Wahlen unter dem Sozialistengesetze so tapfer hervorgetan hatte; um von vornherein den nötigen Schrecken zu verbreiten, wurden die ersten Ausweisungsbefehle ihren Opfern, darunter vielen Familienvätern, unter den Weihnachtsbaum beschert, so recht im Geiste jenes „praktischen Christentums“, womit Bismarck prahlte. Während des Wahlkampfes wurde der kleine Belagerungszustand, nach längerem Sträuben der hessischen Regierung, auf Offenbach ausgedehnt, und zu gleicher Zeit fiel er auf Stettin. Hier war eine Wahlversammlung von Arbeitern ohne jeden Grund aufgelöst worden, und dann hatten verkleidete Polizeispitzel vor dem Versammlungslokale einen kleinen Tumult hervorgerufen. Ein „schneidiger“ Bajonettangriff der bewaffneten Macht rettete die pommersche Hauptstadt, viele Arbeiter wurden leicht oder schwer verwundet, einer getötet, dann regnete es Ausweisungsbefehle. Aber die neuen Belagerungsgebiete erwiesen sich der

alten würdig; eine reizende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen war die Antwort, die sie ihren Quälern ins Gesicht warfen. 93000 Stimmen in Berlin, 65000 in Hamburg-Altona, 30000 in Leipzig Stadt und Land, 9000 in Frankfurt, 7000 in Offenbach, 4000 in Stettin, 4000 in Kottbus-Spremberg: mehr als ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen kam aus den Belagerungsgebieten. In den 23 rein städtischen Wahlkreisen des Reiches musterte die Partei 36,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen tief ergreifenden Ausdruck fand die Aufopferung des deutschen Proletariats bei diesen Wahlen in dem Opfertode dreier Berliner Arbeiter, des Gürtlers Nauen, des Schlossers Hensel, des Formers Bachmann, die, aus einer nächtlichen Versammlung von Vertrauensmännern heimkehrend, auf dem Eise des Spandauer Schiffahrtskanals einbrachen und ertranken.

Nach ihrer Stimmenzahl hätte die Partei 40 Mandate beanspruchen können, tatsächlich erhielt sie nur 11, gegen 25, die sie im vorigen Reichstage gehabt hatte, nachdem der Wahlkreis Stollberg-Schneeberg 1886 in einer Nachwahl von Geyer erobert worden war. Von vornherein gingen in den Faschingswahlen alle sächsischen Wahlkreise verloren bis auf eine Stichwahl in Dresden-Altstadt. Die sächsischen Ordnungsfanatiker hatten ihre Leistungen von 1881 fast noch überboten, freilich nur mit einem viel geringeren Erfolge: sie hatten einen großen Haufen träger Philister an die Urne geschleppt, aber nicht mehr die sozialdemokratischen Heerfäulen erschüttert, die in ganz Sachsen seit 1884 um 20000 Köpfe gewachsen waren. In den Hauptwahlen gewann die Partei 6 Sitze: Berlin IV und VI (Singer und Hasenclever), Hamburg I und II (Bebel und Dieck), Altona (Frohme) und Nürnberg (Grillenberger). Stichwahlen hatte sie 18 zu bestehen: außer in Dresden-Altstadt in Berlin III, Breslau I und II, Königsberg, Kottbus-Spremberg, Magdeburg, Hannover, Gotha, Neuß a. L., Hamburg III, Lübeck, Kiel, Glückstadt, Elberfeld-Barmen, Solingen, Frankfurt a. M. und München II.

Die Stichwahlen waren diesmal von besonderer Bedeutung. Hatte die Wahlkreisgeometrie den Sieg des Kartells gesichert, so konnte der Schaden durch festes Zusammenhalten der Oppositionsparteien in den Stichwahlen bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, die Kartellmehrheit nicht mehr völlig verhindert, aber doch auf eine so geringe Stimmenzahl beschränkt werden, daß sie dadurch schwankend und un-

zuverlässig gemacht wurde. Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer, forderte schon am 23. Februar die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich bindend über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und zu den Ausnahmegeetzen erklärten, und auch das Zentrum gab die Stichwahlparole aus: Wider den Mischmasch! Mit ultramontaner und namentlich mit sozialdemokratischer Hilfe wurden den Freisinnigen so viele Mandate gerettet, daß sie noch 32 Mann stark im Kartellreichstage antreten konnten. Aber die Unentwegten selbst erwiesen sich so unzuverlässig wie je; Eugen Richter, der den kleinlichsten Fraktionsdespotismus in die freisinnige Partei eingeführt hatte, war nicht zu der Stichwahlparole heranzubringen, die Ehre und Vernunft geboten; er mochte fürchten, dadurch seinen Ruf als bewährtester Organisator von Wahl-niederlagen zu gefährden. In Berlin III und Kiel, wo Freisinnige und Sozialdemokraten stachen, flehten die Freisinnigen in erbarmungswürdigster Weise um die Hilfe der Kartellbrüder; wo aber Kartell und Sozialdemokratie gegenüberstanden, liefen sie in offenem Verrat ihrer eigenen Sache zum Kartell über, am skandalösesten in Hamburg III, Glückstadt, Lübeck, Magdeburg und Königsberg. So spielte der Freisinn noch etwa zehn Wahlkreise in Bismarcks Hände und machte die Kartellmehrheit ganz schußfest. Die Sozialdemokraten eroberten in den Stichwahlen nur Breslau II (Kräcker), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Hannover (Meister) und Frankfurt a. M. (Sabor).

Für drei Jahre hatte Bismarck jetzt wieder freie Hand, und wie Don Philipp nutzte er diesen Abend aus. Das Kartell bewilligte ihm auf den ersten Hieb nicht nur die Septennatsvorlage, sondern auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer um jährlich mehr als 100 und der Zuckersteuer um jährlich etwa 40 Millionen, daneben aber auch noch aus den Taschen der Steuerzahler eine jährliche Liebesgabe von 40 Millionen für die Schnapsbrenner und von 30 Millionen für die Zuckersieder. Der „moralische Aufschwung des Volksgeistes“, wie das Kartell den blinden Schrecken dieser Wahlen taufte, hatte allerdings soviel erreicht, daß die Blinderer der Massen keine imaginären Schreckgestalten in roten Hosen waren.

3. Der Parteitag in St. Gallen.

Wie einer ehrlichen und konsequenten Politik alle Dinge zum Besten zu geraten pflegen, so brauchte die sozialdemokratische Partei die Herabminderung ihrer parlamentarischen Mandate nicht zu bedauern. In dem Kartellreichstage durfte sie sich gut und gern mit einem starken Wachtposten begnügen, der bei geeigneten Anlässen die volksfeindlichen Mächtschaften vor allem Volk aufdeckte. Der Streit über das Maß der Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften fiel nunmehr fort, und desto straffer konnte die Partei ihre Kraft zusammenfassen, um die neuen Angriffe des Systems Bismarck abzuwehren und ihrerseits erobert vorzudringen.

Soweit die Geheimbundsprozesse darauf abzielten, das Parteiorgan und die Parteikongresse lahm zu legen, waren sie, wie in allem übrigen, ein Schlag ins Wasser. Nach der Bestätigung des Freiburger Urteils durch das Reichsgericht hatte die Fraktion den offiziellen Charakter des Sozialdemokraten aufgehoben, wodurch sein Einfluß nicht um einen Deut geschwächt und sein Leserkreis nicht um einen Kopf gemindert wurde. Im September 1887 veröffentlichte die Fraktion dann, gemeinsam mit den früheren Reichstagsabgeordneten und den parlamentarischen Vertretern der Partei in den Landtagen, einen Aufruf zur Beschickung eines Parteitags, zu dem jeder Genosse eingeladen wurde. Vorbehalten blieb dem Parteitage selbstverständlich nur, um die Fhring-Mahlow abzuhalten, der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer. Der Aufruf teilte die Tagesordnung des Parteitags mit und hob ausdrücklich hervor, daß die geplanten Verhandlungen dem gemeinen Recht in Deutschland nicht widersprechen. Nur die Handhabung des Ausnahmegesetzes zwingt zu besonderen Maßregeln; deshalb könne Ort und Zeit vorläufig nicht bekannt gegeben werden.

Damit waren alle Fußangeln des Freiburger Urteils umgangen und die Politik Bismarck-Puttkamer sah wieder einmal auf. Ihre Soldschreiber machten sich sogar in bürgerlichen Kreisen verächtlich mit der Frage, weshalb denn der Parteitag nicht in Deutschland tage, wenn seine Verhandlungen nicht dem gemeinen Rechte widersprechen sollten. Sie erhielten von Bebel die wohlgezielte Ohrfeige: „Wenn wir doch einmal von ‚fremder Gnade‘ in bezug auf unsere innersten Parteiangelegenheiten abhängen sollen, so wollen wir lieber von der ‚Gnade‘

einer fremden Regierung, als von der Gnade der deutschen Polizei abhängen. Das mögen sich die offiziellen Blätter und ihre Hintermänner hinter die Ohren schreiben.“ Natürlich gelang es dem Ungeschick der deutschen Polizei diesmal so wenig, wie bei den früheren Gelegenheiten, Ort und Zeit des Parteitags vorzeitig zu entdecken.

Er hielt seine Beratungen vom 2. bis 6. Oktober in der Brauerei zu Schönenwegen bei Bruggen, eine halbe Stunde von St. Gallen. Im ganzen hatten sich 79 Teilnehmer eingefunden, 74 davon aus Deutschland. Der Rechenschaftsbericht der Fraktion ergab, daß seit dem Kopenhagener Kongresse 135 748 Mark in die Parteikasse eingelaufen waren, dazu von ausländischen, namentlich amerikanischen und schweizerischen Genossen 52 907 Mark, ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, von denen man mit Fug annehmen konnte, daß sie noch das Mehrfache dieser Summen erreichten. So ungebeugt und ungebrochen wie je trat die Partei ihren Verfolgern entgegen; gleich der erste Beschluß des Parteitags tabelte scharf die Flucht von Genossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnisstrafen. Ein nicht weniger scharfes Tadelsvotum erhielten Geiser und Bierck, weil sie sich aus unzureichenden Gründen geweigert hatten, den Aufruf zur Beschickung des Parteitags zu unterzeichnen. Über die parlamentarische Tätigkeit der Partei, über ihre Stellung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung wurde ebenso beschlossen, wie in Wyden und in Kopenhagen; nur für die Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfahl der Parteitag, gestützt auf die Erfahrungen der Faschingswahlen, diesmal unbedingt Stimmhaltung. Das Berliner Volksblatt urteilte über die Verhandlungen: Hat es je einen „rechten Flügel“ der Partei gegeben, so gibt es ihn nicht mehr.

Das schlagendste Zeugnis für die unerschöpfliche Kraft der Partei lag aber darin, daß sie sich inmitten aller Bedrängnis anschickte, die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Seit dem großen Krache der siebziger Jahre hatten sich die Übel der kapitalistischen Produktionsweise in allen Kulturländern dermaßen gesteigert und waren allen Klassen der Bevölkerung dermaßen beschwerlich geworden, daß sich ein starkes Bewußtsein von der Notwendigkeit sozialer Reformen weit über die Arbeiterkreise hinaus geltend zu machen begann. Es wurde immer klarer, daß die allgemeine Schutzöllnerei jene Übel nicht schwächte, sondern steigerte, daß auch die Kartelle, Ringe und sonstigen Unter-

nehmerverbände, die sich im Laufe der achtziger Jahre zur Regelung der Produktion bildeten, tatsächlich auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht gegenüber den Konsumenten wie gegenüber den Proletariern hinausliefen. Eine ungleich gründlichere Abhilfe versprach der gesetzliche Schutz der Arbeiterklasse vor der kapitalistischen Ausbeutung. Dabei lief mancherlei Illusion und auch viel Heuchelei mit unter, aber eine starke Strömung drängte doch in allen industriell entwickelten Ländern nach dieser Richtung, und sie nahm eine internationale Wendung, sowohl aus Gründen, die in der Natur der Sache lagen, als auch weil die Vorkämpfer der kapitalistischen Ausbeutung, wie besonders auch Bismarck, stets auf die internationale Konkurrenz und die verschiedene Sozialgesetzgebung der konkurrierenden Länder hinwiesen, nicht zwar um eine internationale Fabrikgesetzgebung zu fördern, aber um eine nationale Fabrikgesetzgebung zu hindern.

Die erste Anregung zu internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiete hatte die Schweiz im Jahre 1881 gegeben, jedoch ohne jeden Erfolg. Seitdem hatte sich das Bedürfnis überall noch fühlbarer gemacht; vielleicht das sprechendste Zeugnis dafür war, daß sogar der deutsche Kartellreichstag gleich in seiner ersten Session auf eine Fortbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung drängte. Wie er auf einen unerschütterlichen Widerstand Bismarcks stieß, so stieß der gesetzliche Arbeiterschutz in allen Ländern auf mächtige Gegnerschaften, ganz abgesehen von der Erfahrung, daß mit der wachsenden Popularität des Gedankens auch sehr unsichere Kantonalisten sich seiner bemächtigten, darunter sogar kapitalistische Klopfflechter, wie Eugen Richter und seine Kohorte von fanatischen Manchesterleuten, die, als sie ganz sicher waren, daß Bismarck in dieser Frage nicht nachgeben werde, nicht üble Lust verrieten, „sozialreformerische“ Demagogie zu treiben. Um so näher lag es, daß die internationale Arbeiterklasse die Frage auf ihre volle Höhe hob, und das Spiel der hartnäckigen Gegner wie der halben oder heuchlerischen Freunde vereitelte.

Sie brauchte dabei nur an die Überlieferungen der alten Internationalen anzuknüpfen, auf deren Kongressen dieser Frage stets ein so bedeutender Raum gewährt worden war. War die Internationale an dem Abfalle des Anarchismus einer-, der Trade Unions andererseits untergegangen, so war jetzt die Zeit reif, sie auf höherer Stufenleiter zu erneuern. Die Anarchisten hatten überall abgewirtschaftet. Wie in

Deutschland und der Schweiz, so waren sie auch in Österreich, Frankreich, Belgien, England von ruchloser Lockspitzerei durchsetzt; im Jahre 1887 wurde der ehrliche und uneigennützig Anarchist Neve von den Lockspitzeln Trautner, Peukert und Neuß in nichtswürdiger Weise der deutschen Polizei ans Messer geliefert und vom Reichsgericht hinter verschlossenen Türen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Einzig in den Vereinigten Staaten hatte sich der Anarchismus zu einer gewissen Macht entwickelt, aber nur dadurch, daß er sich einer gewaltig anschwellenden Bewegung für den Achtstundentag bemächtigte, und nur mit der Wirkung, daß er diese ausschisreiche Agitation auf lange hinaus verfuhr. Die von der anarchistischen Presse gepredigte Gewaltpolitik ermöglichte den amerikanischen Kapitalisten ein abgeartetes Spiel: den Bombenwurf auf dem Heumarkt in Chicago und die verächtliche Justizpoffe, durch die von acht anarchistischen Führern einer zu langjährigem Zuchthause und sieben zum Tode verurteilt wurden. Diese Männer waren an dem Bombenattentate so unschuldig wie die deutschen Sozialdemokraten an Nobilings Schrotschüssen, aber dank ihrer falschen Taktik unterlag die amerikanische Arbeiterbewegung dem künstlich entfachten Wirbelsturme des Hasses und der Wut, den die deutsche Arbeiterbewegung dank ihrer richtigen Taktik siegreich bestanden hatte.

Auf der anderen Seite wurden die Trade Unions aus ihrer beschränkten Zurückhaltung aufgeschreckt, als das englische Weltmarktmonopol mehr und mehr durch die deutsche, französische und namentlich amerikanische Konkurrenz gebrochen wurde. Sie verloren dadurch ihre bis zu einem gewissen Grade geschützte Stellung und wurden unsanft auf die Solidarität des internationalen Proletariats zurückgestoßen. Das ließ sich Schritt für Schritt an den internationalen Kundgebungen der Arbeiterklasse in den achtziger Jahren verfolgen. Der von belgischer Seite angeregte Weltkongreß, den die deutsche Partei in Wyden zu beschicken beschlossen hatte, war 1881 in Chur zusammengetreten, aber wie vier Jahre früher der Genter Weltkongreß ohne bemerkenswerte Ergebnisse. Fast noch unfruchtbarer verlief 1883 eine internationale Arbeiterkonferenz in Paris; höchstens gab sie der bürgerlichen Presse durch ihre nichts-sagenden Beschlüsse willkommene Gelegenheit, wohlfeile Triumphgefänge über eine „moralische Niederlage des Sozialismus“ anzustimmen. Die Konferenz wurde vollständig von den Trade Unions beherrscht, neben denen fast nur noch die Possibilisten vertreten waren; P. Drouffe, der

Führer dieser französischen Arbeiterfraktion, hatte sogar zu verhindern gewußt, daß die deutschen Arbeiter überhaupt eingeladen wurden. Ganz anders sah es schon auf einer internationalen Arbeiterkonferenz aus, die 1886 gleichfalls in Paris stattfand. Zu ihr waren die Arbeiterparteien aller Länder eingeladen worden; die deutsche Sozialdemokratie wurde durch den in Paris wohnenden Genossen Grimpe vertreten, während Mackow als Delegierter des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London erschien. Neben Deutschland, England und Frankreich hatten auch Österreich, Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen und Australien die Konferenz besichtigt. Grimpe richtete einen vielleicht nicht sehr höflichen, aber sehr geschickten Vorstoß gegen die Politik der Trade Unions, wobei ihn Mackow wirksam unterstützte; es kam zu einer lebhaften zweiägigen Debatte, in der die sieben Delegierten der Trade Unions eine sehr erschütterte Haltung zeigten; schließlich stimmten sie dem sonst einstimmig angenommenen Beschlusse der Konferenz, die Regierungen der einzelnen Länder zu einer internationalen Fabrikgesetzgebung auf der Grundlage des Achtfundentags anzutreiben, nur aus dem formalen Grunde mangelnder Vollmacht nicht bei, in der Tendenz erklärten sie sich damit einverstanden. Ein Jahr darauf beschloß der Kongreß der Trade Unions in Swansea von sich aus die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, freilich noch unter Beschränkung auf Gewerkschaften und unter Zulassungsbedingungen, die für Länder mit polizeilicher Ausnahmegesetzgebung, wie Deutschland und Österreich, eine ausreichende Vertretung unmöglich machten.

Hier nun griff der Parteitag in St. Gallen ein. Er faßte eine Resolution gegen den Anarchismus, deren Schwergewicht in einer rückwärts gerichteten Beurteilung der anarchistischen Taktik lag; in der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebensogut, ja sogar häufiger ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ihre individuelle Anwendung führe nicht zum Ziele, sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Masse verletze. „Für die individuellen Gewalttate bis aufs äußerste Verfolgte und Geächtete machen wir die Verfolger und Mörder verantwortlich; wir begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und die gegenwärtig durch bezahlte Lockspiegel für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird.“ Dieser Schlußsatz verwahrte den Parteitag vor dem Verdachte, in das Horn der bürger-

lichen Angstlichkeit zu stoßen; als einen Monat darauf die Hinrichtung der sieben in Chicago verurteilten Anarchisten erfolgen sollte, richteten Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Singer im Namen der deutschen Arbeiter ein Telegramm an den Gouverneur des Staates Illinois, worin sie um Menschlichkeit baten, unbekümmert darum, daß Puttkamer und die Puttkamerlinge diesen Schritt in gehässigster Weise ausbeuteten. Bekanntlich wurden nur zwei der Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, einer tötete sich vor der Hinrichtung selbst, vier aber starben am Galgen als entschlossene und mutige Männer: seitdem ist ihre Unschuld auch offiziell anerkannt worden.

Mit der Abwehr der anarchistischen Taktik verband der Parteitag in St. Gallen die Abwehr des engherzigen Geistes, der noch immer in den Trabe Anons spulte. Er beauftragte die Parteileitung, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder, für den Herbst 1888 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen, und brach dadurch dem internationalen Klassenkampfe des modernen Proletariats eine neue Gasse.

4. Das Achtungsgesetz.

Als der Kartellreichstag im November 1887 zu seiner zweiten Session einberufen wurde, hatte Bismarck neben neuen schweren Militärforderungen noch eine dreischwänzige Peitsche geflochten, um die Wähler dafür zu zerfleischen, daß sie sich am Faschingstage hatten vergewaltigen lassen; die Erhöhung der Brotzölle von 3 auf 5 Mark, die Erstreckung der Gesetzgebungsperioden von 3 auf 5 Jahre und endlich die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 5 Jahre mit kannibalischen Verschärfungen. In all seiner reaktionären Beschränktheit war Bismarck nun schon wieder so weit, nicht einmal mit dem Kartellreichstage fertig zu werden. Nur bei der Verlängerung der Gesetzgebungsperioden als der ersten Attacke auf das allgemeine Wahlrecht machte die Kartellmehrheit gerne mit; gegen die Erhöhung der Brotzölle sträubten sich die meisten Nationalliberalen im Interesse der Industrie, und diese neue Plünderung der Massen gelang erst durch den Zuzug der ultramontanen Sippschaft, dagegen waren weder die Nationalliberalen noch die Ultra-

montanen für das Mchtungsgesetz gegen die Sozialdemokratie zu haben, und Bismarck blieb damit hängen.

Das Gesetz erhöhte die Strafe für die Verbreitung verbotener Druckschriften im Höchstmaste um das Doppelte, von sechs Monaten auf ein Jahr, und bedrohte die „geschäftsmäßige“ Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie mit Gefängnis nicht unter zwei Jahren. Da es vollständig im Belieben des Richters stand, was er für „geschäftsmäßig“ erklären wollte und was nicht, so war mit diesem Kautschutparagrafen die Möglichkeit gegeben, jeden unbequemen Sozialdemokraten erst auf Jahre ins Gefängnis zu werfen und dann aus dem Lande zu treiben. Denn gegen die nach ihm Verurteilten, sowie gegen alle wegen Geheimbündelei Verurteilten sollte die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausgesprochen werden können. Ebenso gegen alle, die im Auslande an Versammlungen zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen teilnehmen würden. Außerdem wurde dieses neu geschaffene Verbrechen noch mit Gefängnis bedroht.

Die Vorlage war die einfache Banfrotterklärung des Sozialistengesetzes. Sie suchte mit der russischen Knute zu erreichen, was mit dem deutschen Polizeistock nicht erreicht worden war. Nach § 22 des Sozialistengesetzes konnte über geschäftsmäßige Agitatoren die Einschränkung des Aufenthalts verhängt werden, und diese schmäbliche Waffe hatte reichliche Anwendung gefunden. Christensen war wie ein wildes Tier durch Deutschland gehetzt worden für das Verbrechen, den Lockspißel Jhring-Mahlow entlarvt zu haben, ebenso Kahser für das Verbrechen, in der sozialdemokratischen Fraktion am weitesten nach Rechts zu stehen, und der Baumeister Kehler für das Verbrechen, an der politischen Agitation gar nicht, sondern nur an der gewerkschaftlichen Organisation der Bauhandwerker beteiligt gewesen zu sein. Jedoch hatten diese Hegerelen und die Ausweisungspraxis in den Belagerungsgebieten nichts anderes bewirkt, als eine um so kräftigere Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda; die Begründung des Mchtungsgesetzes gestand selbst, daß die Ausweisungen häufig die Agitation in Gegenden verpflanzt hätten, die von ihr bis dahin noch wenig oder gar nicht berührt gewesen seien. Dieser selbstmörderischen Folge ihrer staatsmännischen Weisheit wollten die Bismarck und Puttkamer nun dadurch abhelfen, daß sie alle des Verdachts Verdächtigen gleich über die deutsche Grenze jagten. Daneben richtete das Mchtungsgesetz seine giftigste Spitze gegen den Sozialdemo-

kraten, der in mehr als zehntausend Exemplaren allwöchentlich mit unübertrefflicher Pünktlichkeit durch ganz Deutschland verbreitet wurde, obgleich das Reichsgericht inzwischen noch die wunderbare Entdeckung gemacht hatte, daß schon das Bestellen, ja selbst das Annehmen und Aufbewahren von einzelnen Exemplaren als Beihilfe oder Anstiftung zur Verbreitung zu bestrafen sei; „der gewalttätigste aller Raubvögel erklärt sich für unfähig, den Kampf mit dem Kotkehler zu führen, dessen unerschrockenes Lieb ihn verdriekt“, spottete das bedrohte Blatt. Bis in konservative Kreise hinein empfand man die Schande, die diese Vorlage über den deutschen Namen brachte.

Puttkamer selbst war freilich sehr siegesgewiß. Seit den Faschingswahlen gefiel er sich in einer neuen schnurrigen Pose: in der stummen Dulderrolle des seiner Zeit weit voraus geeilten Denkers, der mit gelinder Verzweiflung, aber doch mit rührender Geduld die Verkennung seiner weisen Absichten durch das törichte Volk erträgt. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Handhabung des Sozialistengesetzes sprachen, so betrachtete er lässig hingelehnt seine Lackstiefel oder strich seine flatternden Bartkoteletten, aber kein Wort entrannt dem Zaune seiner Zähne, gleich als ermüde sein göttergleiches Ingenium, mit menschlicher Dummheit zu kämpfen. So auch hielt er es für überflüssig, die Beratung des Mächtigengesetzes einzuleiten; er ließ den Sozialdemokraten den Vortritt, die ihn nun sofort von der sinnenden Bewunderung seiner Lackstiefel auf- und in seine letzte Rolle als Staatsretter hineinragten, in die Rolle des Stiers im Porzellanladen, die er, eben weil sie die letzte war, nicht mit affektierter Kunst, sondern mit überzeugender Naturwahrheit spielte.

Die Sozialdemokratie setzte nach ihrem guten Brauch auf einen Schelmen anderthalbe: sie antwortete auf das Mächtigengesetz mit einer umfassenden Enthüllung der Korruptions- und Spigelwirtschaft, womit das System Bismarck-Puttkamer nicht nur das ganze Deutschland, sondern auch das halbe Europa verpestete. Der Sozialdemokrat hatte bereits im Mai 1887 das schuftige Spiel enthüllt, das den braven Neve in die Hände der deutschen Polizei geliefert hatte; am Ende dieses Jahres schaufelte er nicht weniger als zwölf Polizeiagenten aus dem Sumpfe hervor: in London den Schriftsteller Sachs und den verkrachten Sänger Neuß, in Paris den Schriftsteller Trautner, den Sprachlehrer Nonne und den Schriftsteller Oberwinder, der einst zu Lassalles ersten An-

hängern gehört und dann zeitweise in der österreichischen Arbeiterbewegung gewirkt hatte, in Zürich den Schreiner Schröder und den Weißbierwirt Heinrich, in Genf den Gieser Haupt, in Magdeburg den Schriftsteller Schwennhagen, in Altona den Blaufärber Wichmann, in Hamburg den Tischler Neumann, in Leipzig den Buchhändler Nebel. Einzelne davon, wie Oberwinder, mochten sich mit der Rolle moderner Kogebues begnügt haben, die meisten waren Dynamit- und Lockspigel der verworfensten Art, wie die Reuß und Wichmann, die Schröder und Haupt. Diese beiden hatte das geschickte und schnelle Eingreifen der Züricher Mitgliedschaft zu umfassenden Geständnissen veranlaßt; die gerichtliche Untersuchung, die gegen die überführten Lockspigel eingeleitet wurde, bestätigte in vollstem Umfange ihre Schuld, was der Züricher Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer auf eine Anfrage Bebels und Singers amtlich beglaubigte. Gleichzeitig wies der Bundesrat in Bern den ehemaligen badischen Generalstabsoffizier v. Ehrenberg aus der Schweiz, der sich seit Jahren vergebens abgequält hatte, die sozialdemokratische Partei in hoch- und landesverräterische Unternehmungen zu verstricken. Ehrenberg war bis dahin als hirnloser Abenteurer betrachtet worden; aus der Schweiz gewiesen, stellte er sich jetzt dem Militärgericht in Karlsruhe, das die Untersuchung wegen Hoch- und Landesverrats gegen ihn eröffnete, aber ihn trotz der schwersten Inzichten nicht verhaftete; als dann seine kramphastigen Versuche mißlangen, die Sozialdemokratie dennoch hineinzulegen, die Untersuchung vielmehr für ihn und seine Gönner immer brenzlicher wurde, flüchtete er ungehindert aus dem Reiche.

Die Enthüllungen, die Bebel und Singer im Reichstage über die Lockspigelwirtschaft machten, zerschmetterten das Achtungsgesetz. Puttkamers wütendes Gebaren setzte den Punkt auf's i der entblößten Schande. Er rebete wie im Irrsinne: die Haupt und die Schröder seien freilich keine Gentlemen, aber ohne solche Staatsstützen könne die politische Sicherheit eines Kulturstaats nicht auf einen Tag aufrecht erhalten werden. Die ehrlichen Leute, die den Lockspigeln die Maske abgerissen hatten, schimpfte Puttkamer „eine Bande von Strolchen“, den Polizeihauptmann Fischer aber „ein vertrauensunwürdiges Subjekt“; der Schweiz drohte er mit einer diplomatischen Aktion, um sie an ihre Pflichten gegen die benachbarten Großmächte zu erinnern. In aller Besinnungslosigkeit hatte er noch einen lichten Augenblick, indem er

ehrlich gestand, sich keine Vorstellung von einem Kulturzustande machen zu können, wie er in der Schweiz herrsche; gewiß war es sein und Bismarcks historisches Pech, sich in den Vorstellungen feudaler Barbarei selig zu fühlen und von moderner Kultur nicht einmal etwas zu ahnen. Leider aber vernichtete Puttkamer die versöhnende Wirkung dieses mildernenden Umstandes wieder durch die Dichtung, daß er aus den Reihen der Sozialdemokratie mit Angeboten von Spitzeldiensten überstürmt würde; mit wie großer Befriedigung er sonst auf die Ausdehnung seiner Korruptionstätigkeit blicken mochte, so hat er die Arbeiterklasse doch niemals zu korrumpieren vermocht. Als er endlich alle Kraft zusammen nahm und pathetisch schwor, er müsse ja vor Scham in die Erde sinken, wenn er im Punkte der Lockspitzelei kein reines Gewissen hätte, antwortete ihm ein eisiges Schweigen des ganzen Hauses; nur ein paar Landräte auf der äußersten Rechten würgten ein mühsames: Sehr richtig! hervor. Eine klägliche Politik war an ihr klägliches Ende gelangt.

Einzig die beiden konservativen Fraktionen waren bereit, sich selbst an den Pranger zu schmeiden. Die Nationalliberalen erklärten als das äußerste Maß ihrer Vereinwilligkeit, das unveränderte Sozialistengesetz auf zwei weitere Jahre zu bewilligen, während die Ultramontanen, im sicheren Verlaß auf die Kartellmehrheit, bis auf einen kleinen Rest von acht Mann die Hilfsmannschaft einzogen, die sie bisher für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestellt hatten; Reichensperger, der Führer dieser Hilfsmannschaft, hielt sogar schon wieder eine donnernde Rede gegen Ausnahme Gesetze. Am 18. Februar 1888 wurde das Sozialistengesetz mit 164 gegen 80 Stimmen zum vierten und letztenmal verlängert, bis zum 30. September 1890.

X Ahtes Kapitel. R

Die neunundneunzig Tage.

Kurz darauf, am 9. März, starb Kaiser Wilhelm, über neunzig Jahre alt, und als tobkranker Mann bestieg sein Nachfolger den Thron.

Kein Genie und schwerlich auch nur ein Talent, sogar stark beherrscht von feudalem Fürstenbewußtsein, hatte Kaiser Friedrich doch einen Hauch modernen Geistes gespürt. In seinem Thronmanifeste verkündete er sich als einen Mann des Friedens; unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großtaten, wollte er zufrieden sein, wenn die Nachwelt seiner Regierung nachrühmen könne, daß sie dem Volke wohlthätig, dem Lande nützlich, dem Reiche ein Segen gewesen sei. Im einzelnen freilich ließ das Manifest alle möglichen Auslegungen zu. Verfaßt von dem christlich-konservativen Professor Geffken, wurde es von der freisinnigen Partei mit sich selbst überschlagender Loyalität begrüßt; ihre Staatsmänner verteilten an ihren kneiptischen unermüdblich alle Portefeuilles unter sich, während der Tod Kaiser Friedrichs fast schon auf Tag und Stunde berechnet werden konnte.

So töricht war Bismarck nicht, aber dafür desto böshafter. Er hatte alle Trümpfe in der Hand; was konnte ihm der sterbende Kaiser anhaben oder die Partei des sterbenden Kaisers, die noch nicht den zehnten Teil des Reichstags umfaßte? Wollte Bismarck, wie Stöcker als kundiger Mann sich ausdrückte, „für die voraussichtlich kurze Regierungszeit des kranken Kaisers ein System der Stabilität und Solidarität schaffen“, mit anderen Worten, jede selbständige Handlung des Kaisers von vornherein lahm legen, so war das sehr wenig monarchisch gedacht, aber es war verständlich vom Standpunkt eines Hausmeiers aus. Allein damit begnügte sich Bismarck nicht. Der moderne Geist, der trotz alledem aus dem Thronmanifeste Kaiser Friedrichs wehte, der ohnmächtige, aber zähe Widerstand, auf den Bismarck seit Jahrzehnten beim Kronprinzen und bei der Kronprinzessin gestoßen war, erhelschte schwere Rache,

und indem Bismarck den patriotischen Pöbel in Seidenhüten gegen das hilflose Kaiserpaar hegte, zu einer der häßlichsten Orgien, worin menschliche Erbärmlichkeit sich jemals ausgetobt hat, bestätigte er gern Gessens verzweifelte Frage: Wann wäre in dem Leben dieses Mannes ein Zug edelmütiger Gesinnung zu entdecken gewesen?

Natürlich erstreckte sich Bismarcks „Stabilität“ auch auf die Handhabung des Sozialistengesetzes, an dem Kaiser Friedrich kein Gefallen hatte. Um so größer war Bismarcks diabolisches Vergnügen, die Quälereien der Arbeiterklasse fortzusetzen, als lebte der alte Wilhelm noch. Ja, die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Vertreibung des Sozialdemokraten aus der Schweiz. Durch persönliche Kränkungen des schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangsalierendes Värmen des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Zugeständnisse, die den Interessen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages versprochen wurden, ließ sich der Bundesrat in Bern dazu breitschlagen, im April 1888 Bernstein, Motteler, Schläter und Tauscher aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand mußte die Schreibweise des Sozialdemokraten dienen, wodurch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem den Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsfeste das gute Wort: „Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerglück ist keine Frucht, die im Sonnenscheine gedeiht; nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift.“ Die Vertriebenen selbst aber erklärten in einem Aufruf „an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz“, nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden oder könne ihnen nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifiziere, weder Vorbereitung noch Aufforderung noch auch nur Ermunterung zu gewalttätigen oder hochverräterischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das bewege sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse, auf einem Gebiete, für das die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleiste. Der wahre Grund ihrer Ausweisung seien die Enthüllungen des Sozialdemokraten über das schmachvolle Treiben des deutschen Lockspitzelwesens, wofür Buttiker keine Rache nehme. Durch

die Ausweisung würde die Schweiz zum Büttel der Bismärdischen Polizei erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewaltakt tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Kundgebungen der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wackere Conzett, sicherten das ungestörte Weitererscheinen des Sozialdemokraten im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Schein eines äußeren Drucks zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben. An seinem Wesen änderte sich dadurch nichts; er blieb genau, was er bisher gewesen war. Bismarck und Puttkamer hatten an ein paar Personen ihr Mütchen gekühlt, aber sonst nur nach alter lieber Gewohnheit einen klatschenden Schlag ins Wasser getan. Die größere Entfernung vom deutschen Kriegsschauplatz stumpfte die Wirksamkeit des Parteiorgans in keiner Weise ab. Seine Aufgaben waren mit der dritten Periode des Sozialistengesetzes andere geworden, wie einst mit der zweiten; die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen solchen Umfang angenommen und besaß so viele Organe innerhalb der deutschen Grenzen, daß sie ein ausländisches Organ bis zu einem gewissen Grade entbehren konnte. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade, denn die deutschen Arbeiterblätter lebten unter dem Damoklesschwerde, daß von Zeit zu Zeit auch auf sie niederfiel. Sie mußten eine scharfe Selbstzensur üben, und diese Zensur ist die schlimmste, da sie sich nicht täuschen läßt; den beschränkten Spielraum, den sie besaßen, verdankten sie nicht zuletzt der gerechten Scheu der deutschen Gewalthaber vor den schmerzenden Geißelschlägen des Sozialdemokraten. Um dem ausländischen Parteiorgane möglichst die Wurzeln abzugraben, wurden die einheimischen Arbeiterblätter gebuldet; solange das Sozialistengesetz bestand, durfte der Sozialdemokrat nicht aufhören zu erscheinen. Seine nunmehrigen Aufgaben konnte er von London aus so gut erfüllen, wie von Zürich aus, namentlich den Spießeln wurde er noch fürchterlicher als bisher; kaum hörte solch ein Lumpazius das erste Gold in seiner Tasche klingen, als ihn die „Eiserne Maste“ auch schon ans Tageslicht springen ließ.

Als „Erfolg“ Puttkamers waren die Züricher Ausweisungen so hoffnungslos, wie alle seine „Erfolge“, und sie waren zugleich sein letzter „Erfolg“. Kaiser Friedrich sträubte sich, das noch unter seinem Vorgänger fertig gewordene Gesetz über die Verlängerung der Gesetzgebungs-

perioden zu vollziehen; er mochte seinen Namen nicht mit dem ersten Einbruch in das wichtigste Volksrecht verknüpfen. Aber als Kaiser hatte er kein Veto gegen ein Gesetz, das Bundesrat und Reichstag genehmigt hatten. Eher konnte er sich im preußischen Staate wehren, dessen Zensusparlament den reaktionären Streich des Reichstags sofort nachgeahmt hatte, doch kämpfte er auch hier vergebens gegen den Widerstand des Ministeriums. Indem er das preußische Gesetz vollzog, konnte er seinen guten Willen nur noch durch den Befehl betätigen, Puttkamer solle die amtlichen Wahlbeeinflussungen unterlassen, deren unglaubliche Ausdehnung eben in einer Wahlprüfung des preußischen Abgeordnetenhauses von neuem aufgedeckt worden war. Puttkamer antwortete in dem komisch-pazigen Tone der gekränkten Unschuld, den die bürgerliche Opposition ihm erlaubt hatte, sich anzugewöhnen, allein diesmal kam er an den Unrechten und erhielt am 8. Juni seine Entlassung. Die schnelle Expedition machte den allmächtigen Hausmeier doch vorsichtig; er dehnte die „Solidarität“ nicht auf seinen getreuesten Helfershelfer aus, sondern begnügte sich, den verunglückten Kumpan durch ein Abschiedessen zu trösten. Eine Woche darauf befreite ihn der Tod des Kaisers von aller Sorge.

Die Sozialdemokratie hatte in den 99 Tagen, da Kaiser Friedrich herrschte, eine ernste, männliche und würdige Haltung beobachtet. Sie blieb gleich fern den leeren Illusionen des Freisinns, wie der widerlichen Fronde des Kartells. Ein von Auer verfaßter Nachruf des Berliner Volksblattes gab dem guten Willen des toten Kaisers das gebührende Recht und kennzeichnete doch scharf die Grenzen, die diesem Willen gesetzt gewesen wären, selbst wenn er freie Bahn gehabt hätte; von der „Engländerin“ aber, die damals schutzlos der klaffenden Meute Bismarcks preisgegeben war, sagte er mit einem einfachen Worte, das all den schwülstigen Dombast der freisinnigen Presse aufwog: „Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet.“ Nicht nur in seiner klaren und kräftigen Politik wuchs das klassenbewußte Proletariat über die herrschenden Klassen empor, sondern auch in dem, worin diese Klassen von jeher ihr unveräußerliches Besitztum gesehen hatten: in der Gestinnung des Gentleman, in dem echten Herzenstakte menschlichen Empfindens.

Neuntes Kapitel.

Der Zusammenbruch.

1. Es gelingt nichts mehr!

Bismarcks Hausmeiertum trat in eine neue Phase, als er nicht mehr mit einem neunzig-, sondern mit einem dreißigjährigen Kaiser zu tun hatte. Er selbst war schlechter Psycholog genug, bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. an eine zweite Auflage der „wilhelminischen Tage“ zu glauben. Er überließ mehr, als in seinem Interesse lag, seinem ältesten Sohne, vermutlich dem unfähigsten aller Nepoten, von denen die Geschichte zu erzählen weiß; in kaum noch verhüllten Anspielungen schrieben die offiziellen Federn von einer „Dynastie Bismarck“, die neben den Hohenzollern stehen sollte, wie einst die Karolinger neben den Merowingern standen.

Einstweilen bekundete der junge Kaiser auch eine tiefe Verehrung für Bismarck. Ein Knabe von elf Jahren bei Gründung des Reichs, ein Jüngling von neunzehn Jahren bei Erlass des Sozialistengesetzes, zum Manne herangereift in der Zeit, wo der Posaunenschall des sozialen Königtums von allen offiziellen Türmen ertönte, lebte und webte er in einer geistigen Atmosphäre, die vor jedem feyerischen Gedanken gesichert zu sein schien. Allerdings fehlte es nicht ganz an warnenden Vorzeichen, daß es auch anders kommen könne. Der Geheimrat Hinzpeter, der den Kaiser erzogen hatte, nannte ihn eine eigentümlich starke Individualität, in der sich welfischer, leicht in Energie umgesetzter Starrsinn und hohenzollernscher, mit Idealismus gepaarter Eigenwille verbinde, und Stöcker wollte bereits im August 1888 mit seinen leisen Hofpredigerohren den Kaiser sagen gehört haben: „Sechs Monate will ich den Alten verschmaufen lassen, dann regiere ich selbst.“ Aber es waren fast schon dreimal sechs Monate ins Land gegangen, als der Kaiser zu Neujahr 1890 die Bitte an Gott richtete, ihm den erprobten Rat Bismarcks noch viele Jahre zu erhalten. Inzwischen war er wiederholt für Bis-

marcks Kartellpolitik eingetreten, unter herber Abweisung der freisinnigen Lokalitätsfräde.

Die „Dynastie Bismarck“ aber wurde von jener Verblendung ergriffen, die das sicherste Zeichen des unaufhaltsamen Untergangs ist. Als Geffcken aus den Tagebüchern Kaiser Friedrichs Bruchstücke veröffentlichte, die das Heroentum der „großen Heroen“ von „Reichsgründern“ in all seiner Fadencheinigkeit enthüllten, war Bismarck unbedacht genug, zu behaupten, der Verfasser des Tagebuchs habe in Versailles überhaupt nichts Wichtiges erfahren, auf Befehl des alten Kaisers Wilhelm, der von seinem Thronfolger landesverräterische Zettelungen befürchtet habe. Bismarcks Nepote, der den noch lebenden Diplomaten Morier in das Lügengewebe verstrickte, mußte sich dafür von dem berben Engländer vor ganz Europa als boshafter Verleumder züchtigen lassen. Derselbe Nepote machte die deutsche Diplomatie gleichzeitig auf der Samoakonferenz zum europäischen Gespötte und verwickelte sie durch einen neuen Handel mit der Schweiz in einen europäischen Skandal.

Wie die Kage das Mausen nicht läßt, so konnte auch die deutsche Polizei das Lockspigeln nicht lassen, trotz aller Schlappen, die ihr unheilbares Ungeschied ihr schon zugezogen hatte. Der Polizeieinspektor Wohlgemuth in Mülhausen schlich sich mit argen Verlockungen an den Schneider Luz in Basel, um von diesem treuen Parteigenossen in der Falle gefangen zu werden. Die schriftliche Aufforderung Wohlgemuths: „Wühlen Sie nur lustig drauf los!“ machte alles Ableugnen unmöglich; der Wiedermann wurde verhaftet und nach amtlicher Feststellung seiner Schuld aus der Schweiz verwiesen. Obgleich der schweizerische Bundesrat die notgedrungene Abwehr mit der unschönen Liebedienerei gegen Bismarck verband, zugleich Luz auszuweisen, so kannte der Zorn des Säkularmenschen doch keine Grenzen; sein Nepote erging sich wochenlang offiziell wie offiziös in so dreisten Drohungen gegen das schweizerische Asylrecht, gegen die „wilde Schweiz“, wie sie die Metternich und die Bonaparte in all ihrer Sünden Blüte niemals gewagt hatten. Diesem Bramarbas mußte der Bundesrat in Bern denn auch schlagend heimzuleuchten, mochte er im übrigen auch jetzt noch nicht sein gutes Recht so tapfer verteidigen, wie möglich und nötig gewesen wäre.

In Deutschland selbst wurde das Sozialistengesetz von Buttkeammers Nachfolger, dem preußischen Polizeiminister Herrfurth, ziemlich ebenso

gehandhabt wie von Puttkamer selbst. Als ehemaliger Unterstaatssekretär Puttkamers und zumal als Vorsitzender der Reichskommission kam Herrfurth wohlvorbereitet zu seinem hehren Berufe. Freilich waren ihm die Junker als einem bürgerlichen Eindringling in einen Junkerposten gram, und so suchte er eine gewisse bürokratische Ehrbarkeit herauszubeißen, aber was er dadurch gewann, verlor er wieder durch seine Schwäche. Im März 1889 gelang ihm sogar, was selbst Puttkamer nicht zu tun gewagt hatte: er duldete, daß der Berliner Polizeipräsident v. Nichtshofen, der Nachfolger Mabais, ein bürgerliches Blatt auf Grund des Sozialistengesetzes verbot. Seit der Mitte des Jahrzehnts hatte die Volkszeitung, nach einem Wechsel in ihrer politischen Leitung, die bürgerlich-demokratische Opposition mit derjenigen Konsequenz vertreten, die der politischen Lage angemessen war; sie hatte nach dem Urteile des Sozialdemokraten eine so rücksichtslose Sprache geführt, wie sie seit Jahrzehnten kein bürgerliches Blatt in Deutschland gewagt hatte. Als sie nun gar dem abstoßenden, mit dem alten Kaiser Wilhelm getriebenen Götzendienste zu widersprechen wagte, verfiel sie dem Sozialistengesetze und erhielt dazu einen Majestätsbeleidigungsprozeß angehängt, unter der bezaubernden Begründung, daß ein ungeschminktes historisches Urtheil über den toten Großvater eine blutige Beleidigung des lebenden Enkels sei.

Alle diese Streiche überspannten nun aber doch den Bogen. Es knisterte und krachte überall in dem morschen Bau des Bismarckischen Despotismus, der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in einer Weise regieren wollte, die den deutschen Spießbürgern nicht einmal in den Tagen der Heiligen Allianz erträglich gewesen wäre. Die sichersten Stützen begannen zu wanken. Eine Preßnebelakte, die Bismarck im Frühjahr 1889 an den Bundesrat brachte, verschwand spurlos in dieser sonst so willigen Körperschaft; die Reichskommission gab nicht nur die Volkszeitung, sondern auch manche verbotenen Arbeiterblätter frei; das Reichsgericht stellte nach hunderttägiger Untersuchungshaft das gegen Geffken wegen Landesverrats eingeleitete Verfahren ein; die Majestätsbeleidigungsklage gegen die Volkszeitung blitzte in allen Instanzen ab und das Münchener Landgericht legte den „Meineidsmichel“ von der Bildfläche, nachdem er in einem Geheimbundsprozesse von den Angeklagten unter Auers geschickter Führung betäubend aufs Haupt geschlagen worden war. Ja, der Reichsgerichtsrat Mittelstädt, der wacker in den Hoch-

betrugsprozessen gegen Dabe und Neve mitgeholfen hatte, stellte sich schon auf den öffentlichen Markt, um über die Korruption der Rechtspflege zu greifen, und als gleich schlaue Ratte piff die Nationalzeitung dieselbe Melodie. Es gelingt nichts mehr, meinte die ultramontane Germania, und durch seine treffende Stürze wurde der Satz schnell ein geflügeltes Wort.

Nun sah man auch schon die Kartellratten in unruhiger Hast auf dem scheiternden Schiffe hin- und herrennen. Die Nationalliberalen fanben unter ernsthaftem Runzeln ihrer staatsmännischen Brauen, daß Bismarck alt werde, während die dreisteren Kreuzzeitungsleute ihn bereits in die Wabe zwickten. Eine wilde Heze, die Bismarck deshalb gegen den Grafen Waldersee, den Chef des Generalstabs, als den kommenden Mann des Junkertums eröffnete, hatte keine andere Wirkung, als daß sie die Deroute der „maßgebenden Regionen“ noch mehr enthüllte. Eine gleiche Deroute zeigte der Kartellreichstag in seiner dritten Session. Er bewilligte neue schwere Militärlasten, aber an die „Stärkung des sozialen Gebäudes“ wollte die Kartellmehrheit nicht mehr heran. Trotz alles Hochdrucks hielt sie Bismarck nicht zusammen, um das Alters- und Invaliditätsgesetz durchzubrüden, das noch mühsamer zurechtgeflückt worden war, als die früheren Versicherungsgesetze. Kein Mensch glaubte mehr an die Zauberkrast der offiziellen „Sozialreform“. Hätte sich nicht ein Häuflein feudaler Ultramontaner erbarnt und eine schwache Mehrheit bilden helfen, so wäre das Gesetz gescheitert. Sicherlich entsprang der Widerstand der bürgerlichen Parteien zum großen Teile nichts weniger als ehrwürdigen Motiven, aber darin hatten die Kartellpatrioten doch einen schärferen Blick als Bismarck, daß sie sich nicht mehr einbildeten, durch solche Almosen könne die Arbeiterklasse eingelullt werden.

Vielmehr trat mit jedem Tage klarer hervor, daß der tiefste Grund des Bismarckischen Zusammenbruchs eben der siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewußten Proletariats sei. Während die bürgerliche Opposition, schlaff und träge wie immer, die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstand, rüstete sich die sozialdemokratische Partei mit starker Hand, das vernichtende Urteil des Jahrhunderts an seinem sogenannten Herkules zu vollstrecken.

2. Der 20. Februar. *R*

Nach einem wirtschaftlichen Rückschlage im Jahre 1887 trat ziemlich gleichzeitig mit den deutschen Thronwechseln eine Blüte der Industrie ein, wie sie seit einem halben Menschenalter nicht mehr erlebt worden war. Sie täuschte die Arbeiterklasse nicht über das innere Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, aber sie stählte ihre Muskeln und Sehnen zum Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die nur in dem unlenkbaren Taumel zwischen Aufschwung und Niedergang leben konnte. „Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor“, hieß es in einem Aufruf, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am 27. November 1888 erließ. Der Aufruf forderte zur Agitation bis in die entlegenste Hütte auf; eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Mandate müsse das mindeste sein, was die Partei in den nächsten Wahlen erobere. Und am 24. Februar 1889 kündigte das Berliner Volksblatt einen Lohnkampf an, wie ihn Berlin noch nie gesehen habe.

Nicht aber nur durch die deutsche, sondern auch durch die europäische Arbeiterwelt ging ein frischer, gewaltiger Zug. Zwei große Tatsachen machen das Hundertjahr der großen französischen Revolution für immer denkwürdig in der Geschichte des internationalen Proletariats. Die eine dieser Tatsachen war die Erneuerung der Internationalen auf erweiterter und vergrößerter Stufenleiter. Seit dem Parteitage von St. Gallen hatte sich die deutsche Parteileitung in langwierigen Verhandlungen mit den englischen Trade Unions und den französischen Possibilisten bemüht, erst für 1888, dann für 1889 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß zu berufen, der diesen Namen wirklich verdiente, der, von den sozialistischen Parteien aller Länder geladen, in der Prüfung der Mandate und der Festsetzung der Tagesordnung souverän war. Trotz des größten Entgegenkommens erreichte sie ihren unmittelbaren Zweck nicht, aber mittelbar trug ihr uneigennütziger Eifer gute Früchte. Von den beiden internationalen Arbeiterkongressen, die am 14. Juli 1889, dem Tage des Sturmes auf die Bastille, in Paris zusammentraten, war der bedeutendere und wichtigere derjenige, den die deutschen Sozialdemokraten zuerst angeregt, die französischen Margisten und Blanquisten praktisch vorbereitet hatten. Er zählte allein so viele deutsche, wie der possibilistische Kongreß überhaupt ausländische Delegierte. Seine 395

Teilnehmer setzten sich zusammen aus 221 Franzosen, 81 Deutschen, 22 Engländern, 14 Belgiern, 10 Österreichern, 3 Ungarn, 4 Holländern, 6 Russen, 2 Schweden, 3 Norwegern, 3 Dänen, 6 Schweizern, 5 Polen, 2 Spaniern, 5 Rumänen, 5 Amerikanern, je 1 Böhmen, Bulgaren, Argentinier und Finnländer.

Von den Kongressen der alten Internationalen unterschied sich dieser Kongreß wie die Mobilmachung eines großen Heeres von den vorbereitenden Arbeiten des Generalstabs. Auf den Wegen, die einst in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel abgesteckt worden waren, strömten jetzt die Arbeitermassen der verschiedenen Länder dem gemeinsamen Ziele entgegen. Auf den Vorwurf der bürgerlichen Presse, daß der Kongreß die Fragen der Arbeiterschutzesgebung nicht weitläufig beraten habe, konnte er mit Lassalles Worten erwidern: Solche Fragen diskutiert man nicht mehr, sondern man dekretiert sie. Der Pariser Kongreß proklamierte die absolute Notwendigkeit einer wirksamen, auf den Achtstundentag begründeten Arbeiterschutzesgebung überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrsche, und forderte die Arbeiter aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen zu wirken, sie insbesondere zur Beschickung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu veranlassen, die im Mai 1889 wiederum von der Schweiz angeregt worden war. Der Kongreß erklärte weiter, es sei die Pflicht der Arbeiter, die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufzunehmen; er forderte für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sowie unbeschränktes, vollkommen freies Koalitions- und Vereinsrecht. Endlich beschloß der Kongreß, daß jährlich am 1. Mai eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achtstundentag stattfinden solle.

Die zweite große Tatsache des Jahres 1889 war eine allgemeine Streikbewegung, die gewaltige Schichten des bisher von der Arbeiterbewegung noch nicht berührten Proletariats zum Klassenbewußtsein erweckte. Ihre Gipfelpunkte bildeten der Doerferstreik in England und der Bergarbeiterstreik in Deutschland. In der Mitte des Mai streikten 90 000 Bergleute in Rheinland-Westfalen, 13 000 im Saargebiete, 10 000 im Königreiche Sachsen, 17- bis 19 000 in Schlesien. Ultramontane Einflüsse veranlaßten die westfälischen Bergleute, ihre Führer Schröder, Bunte und Siegel nach Berlin zu schicken, um die Hilfe des Kaisers anzurufen. Der Kaiser versprach, die Forderungen der Streikenden

durch die Behörden prüfen zu lassen, doch müsse er ihnen sein Wohlwollen versagen, wenn sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen sollten; in diesem Falle würde er mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, denn für ihn sei jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Kaiser- und Vaterlandsfeind. Die Kaiserdeputation der Bergleute war an und für sich ein falscher Schritt, der den Niesenstreik verfahren mußte und wirklich verfuhr, aber sie hatte bedeutsame moralische Wirkungen. Mitten in die satte Selbstzufriedenheit der herrschenden Klassen trat aufrüttelnd ein ungeheures Schicksal. Was wollte dagegen die unbeholfene und widerwillige Pflucherei des Reichstags an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgeetze besagen! Und selbst in die dumpfe Luft dieses Reichstags drang ein Hauch der mächtigen Bewegung, die durch das europäische Proletariat wogte. Er kam wiederholt auf die Forderung zurück, den gesetzlichen Arbeiterschutz auszubauen. Doch Bismarcks Antwort blieb immer ein kaltes und starres Nein.

Neben ihren zahlreichen Lohnkämpfen vergaß die deutsche Arbeiterklasse nicht die Vorbereitung für die nahende Wahl, die zum erstenmal einen Reichstag für fünf Jahre schaffen sollte. Noch am Vorabend des Sieges verlor die Partei mehrere ihrer alten parlamentarischen Vertreter durch den Tod, Hasenclever, Kayser, Krücker, von denen namentlich Kayser und Krücker die ärgsten Bitternisse des Sozialistengesetzes durchzukosten gehabt hatten; Hasenclevers Sitz in Berlin VI wurde durch Liebknecht, Krückers Sitz in Breslau II durch Kühn siegreich behauptet. In großem Maßstabe wandte die Partei eine neue Waffe an, um sich das Schlachtfeld zu ebnen; durch den Boykott sicherte sie sich die Säle für ihre Versammlungen, sicherte sie ihren Zeitungen überall eine Stätte, wo Arbeiter verkehrten. Wie der Streik, so ist der Boykott eine zweischneidige Waffe, und es fehlte nicht an Fällen, wo er die Arbeiter selbst schädigte, weil er mißbräuchlich angewandt wurde. Im allgemeinen aber wurde er in durchaus berechtigter Weise gehandhabt, um der Arbeiterklasse gleiches Licht und gleiche Luft mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu schaffen, um den Druck zu brechen, durch den die Behörden und die Unternehmer das Proletariat vom politischen Kampffeld absperrten wollten, und so hatte er großen Erfolg.

Auch die sozialdemokratische Presse blühte trotz alledem fröhlich empor. Fast jeder Monat sah neue Arbeiterblätter entstehen, manchmal vielleicht in zu reicher Fülle, doch wuchs die Literatur der Partei nicht

nur in die Breite. Die Neue Zeit vertiefte mit jedem Jahrgang ihre Forschungen, in der Internationalen Bibliothek veröffentlichte Kautsky seine Schrift über Thomas More, ein Werklein historisch-materialistischer Forschung, das in erschöpfender Würdigung des Reformationszeitalters die dickleibigen Bände sowohl der katholischen wie der protestantischen Geschichtsbaumeister schlug, Bloss gab den deutschen Arbeitern eine fesselnde Geschichte der großen französischen Revolution, J. Stern rechnete gründlich mit der bürgerlichen Halbheit des religiös-philosophischen Frei-denkertums ab. Neben der Neuen Zeit besaß die Partei nun auch zwei vortreffliche Wochenchriften. In Berlin gab Schippel die Volks-tribüne heraus, zugleich mit der Berliner Arbeiterbibliothek, einer periodischen Folge populärer Flugchriften, in denen sich Klara Zetkin durch eine ausgezeichnete Abhandlung über die Frauenfrage als die begabteste Vorkämpferin der deutschen Arbeiterinnen ankündigte. In Nürnberg leitete Schoenlant die Arbeiterchronik, nachdem er lange Gefängnisstrafen wegen unfindbarer Staatsverbrechen verbüßt hatte. Eine Frucht seiner erzwungenen Muße war die Studie über die Fürther Quecksilber Spiegelbelegen und ihre Arbeiter, die auf dem einzigen Gebiete, wo die bürgerliche Ökonomie noch etwas leistete, die überlegene Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus bekundete und mit der brennenden Wahrheit ihrer Darstellung selbst die Münchener Regierung auf ihre lahmen Reformbeine brachte.

Auch auf literarischem Felde sproßten neue Keime. Hatte der bürgerliche Emanzipationskampf, namentlich in Deutschland, seine entscheidenden Schlachten auf künstlerischem Gebiete geschlagen, so vollzog sich der proletarische Emanzipationskampf, und zwar nicht zu seinem Schaden, von vornherein auf ökonomischem und politischem Gebiete. So wollte es die historische Entwicklung. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts fehlte noch so gut wie ganz die ökonomische und die politische Freiheit, von der es in seiner zweiten Hälfte doch wenigstens ein Stück gab; das kämpfende Proletariat kam unmittelbar an den Feind und brauchte keinen künstlerischen Umweg einzuschlagen. Dann aber beruht die Kunst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft durchaus auf kapitalistischen Voraussetzungen: so alle bildende Kunst, so Musik und Theater, nur in der lyrischen und epischen Dichtung war dem Proletariat überhaupt die Betätigung seines Klassegeistes möglich, woran es dann auch nicht gefehlt hat.

Aber immer nur in dem Sinne, daß die Muse zu begleiten, doch zu leiten nicht versteht. Die „tendenzlose Kunst“ des Proletariats war im Grunde offener und wahrer, als die „reine Kunst“ der Bourgeoisie, die nie und nirgends existiert hat, die nur eine reaktionäre Erfindung ist, gerichtet gegen die großen revolutionären Dichter des Bürgertums, die alle „tendenzlos“ im Sinne ihrer Klasse gewesen sind. Seit den zahlreichen Klageliedern, die um Lassalles frühen Tod erschollen, schlang sich ein Kranz schlichter und schmuckloser Weisen durch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, „manch rund, manch rauh gestammelt, manch still, manch wild Gebicht“: Ludorf, Hasenclever, Frohme, Geib und wieviele andere noch schmiedeten ihren wackeren Reim in den Mußestunden des politischen Kampfes; andere, wie Max Kegel, Leopold Jacoby, Rudolf Lavant, standen der Politik ferner und der Dichtung näher, aber auch sie beanspruchten keine neue Ära der Kunst zu eröffnen. Sie wollten nur, wie sich der formvollendetste von ihnen einmal ausdrückte, allem Jorn, aller Trauer, allem Jubel Luft machen, womit sie der proletarische Befreiungskampf in seinen wechselnden Phasen erfüllte, sich den Überschwang der Empfindungen, die ihnen die Brust zu zersprengen drohte, vom Herzen singen; ob die zünftige Literaturgeschichte sie einmal in einem ihrer vielen Fächer unterbringen werde, das hat ihnen niemals eine schlaflose Stunde gemacht.

Ein literarisches Unterhaltungsblatt, das sich die Partei nicht lange vor dem Sozialistengesetz gegründet hatte, unterlag den mittelbaren Wirkungen dieses Gesetzes. Dann schuf Dietz unter Beihilfe von Rudolf Lavant und Bloß im Wahren Jacob einen neuen Sammelplatz für das literarische Parteileben. Nach seiner ursprünglichen Anlage ein Witzblatt, erst vorsichtig einherschreitend auf schwankem Boden, gestaltete sich der Wahre Jacob mit den Jahren immer reicher aus, er gewann Hunderttausende von Lesern und wurde das verbreitetste Blatt der Partei: ein frischer und lustiger Bursch, der auf seinem mächtigen Rücken auch ein gut Stück ernster Parteiarbeit trug. Neben ihm gedieh der Süddeutsche Postillon in München. Dann kamen die Parteikalender, um deren novellistischen Ausbau sich Robert Schweichel große Verdienste erwarb. Ein alter Achtundvierziger, dem als gereiftem Mann im Exil unter dem einfachen und einsamen Bauernvolk der Alpen die Dichtkunst, die sonst der Jugend lockige Scheitel liebt, als ernste Freundin zur Seite trat, blieb Schweichel den Idealen seiner Jugend immer

treu; an einem bedeutsamen Tage der Parteientwicklung, auf dem Nürnberger Vereinstage von 1868, half er mit seiner ergreifenden Programmrede den Sieg entscheiden; er war der altväterischen Meinung, daß zum ganzen Dichter nicht nur ein Kopf und ein Herz, sondern auch ein Rückgrat gehöre. Immer anmutig und klar in der Form, aus echt dichterischem Geiste geboren und gestaltet, atmeten seine zahlreichen Erzählungen für die Kalender der Partei, obenan die wundervollen Skizzen aus dem Bauernkrieg, eine feste und männliche Gesinnung.

Während so die schaffende Lust des Frühlings die Arbeiterklasse beseeelte, quälte sich ihr grimmigster Feind in dem Winter seines Mißvergnügens mit der Frage, wie er sich abermals einen willfährigen Reichstag schaffen könne. Bismarck konnte nur noch von bonapartistischen Plebisziten leben, aber woher einen neuen Röder für ein neues Plebiszit nehmen? Der Streich der Faschingswahlen ließ sich nicht wiederholen, nachdem jede Session des Kartellreichstags aus der Haut der Massen so breite und lange Riemen für den Militarismus geschnitten hatte, daß daran selbst die allergrößten Kälber genug haben durften. Die Kolonialpolitik war durch die Blamage der Samoakonferenz kompromittiert, ebenso die „nationale Wirtschaftspolitik“ durch die Branntwein- und Zuckersteuer mit ihren Liebesgaben, nicht zuletzt auch durch das rapide Anwachsen der kapitalistischen Kartelle, Ringe und Trusts. Sie stiegen im Jahre 1889 auf 95, wovon 20 auf die Textil-, 25 auf die Metallindustrie entfielen, ungerechnet 11 internationale Kartelle für Blei, Kupfer, Zink usw. Selbst die Vereinigten Staaten, die in der Zahl der Kartelle gleich nach Deutschland kamen, zählten ihrer nur 62, das Deutsche Reich marschierte in der künstlichen Preistreiberei an der Spitze aller Nationen. Wie diese Treiberei ein wirksamstes Mittel war, die allgemeine Unzufriedenheit zu nähren, so brachte sie die „nationale Wirtschaftspolitik“ um ihren letzten Glorienschein. Die Freihändler wurden nicht müde, die Schutzzöllerei als die Ursache der Kartellbildung zu benunzieren, was zwar nicht die ganze Wahrheit, aber doch ein gut Stück Wahrheit war. An und für sich wachsen die Kartelle aus der kapitalistischen Produktionsweise hervor, aus der Akkumulation und Konzentration des Kapitals; sie enthalten, ähnlich wie die Frauen- und Kinderarbeit, bei aller Gemeingefährlichkeit ihrer kapitalistischen Form dennoch Keime der sozialistischen Gesellschaftsorganisation. Auch das freihändlerische England hatte seine Kartelle,

aber obgleich es die entwickeltste Großindustrie besaß, rangierte es in ihrer Zahl erst an vierter Stelle, erst hinter den schutzöllnerischen Staaten Deutschland, Amerika, Österreich-Ungarn: soviel war schon richtig, daß die Schutzöllnerei gerade die gemeinschädlichste Form der Kartelle treibhausmäßig züchtete.

So war Bismarck für ein neues Plebiszit auf den Sozialistenschrecken beschränkt, was nun aber auch seine verschiedenen Vaten hatte. Zur „militärischen Lösung“ der Frage gehörten zwei, und die deutschen Arbeiter dachten nicht im Traume daran, sich vor die Kleinkalibrigen jagen zu lassen, um ein bankrotttes System wieder zahlungsfähig zu machen. Auf der anderen Seite war der Kaiser nicht unberührt geblieben von der historischen Entwicklung, die sich seit seiner Thronbesteigung vollzogen hatte. Bei allem Abscheu, den er vor der Sozialdemokratie empfand, schien ihm eine Politik, die alle Schatten der Bourgeoisie mit allen Schatten der Junkerherrschaft vereinte, immer weniger geeignet, eine moderne Monarchie sicher zu stützen. Er verschloß sich der Einsicht nicht, die sich den hellen Köpfen der herrschenden Klassen immer unwiderstehlicher aufdrängte, daß nämlich gerade im Interesse dieser Klassen die Beseitigung des Sozialistengesetzes und die Fortbildung des gesetzlichen Arbeiterschutzes dringend notwendig sei. Die Tatsache, daß er selbst auf Wegen und Stegen von einer Spitzelwolke umgeben war, soll den Kaiser, als er sie aus einer sozialdemokratischen Reichstagsrede erfuhr, auch persönlich gegen das Sozialistengesetz eingenommen haben. Genug, wenn die Sozialdemokratie für die „militärische Lösung“ der Frage nicht zu haben war, so war der Kaiser nicht für einen Streich vom Schlage der Attentatswahlen zu haben.

Schiffbrüchig geworden, dachte Bismarck doch nicht daran, die Fleischköpfe zu verlassen, woraus er sich solange genährt hatte. Im Oktober 1889 brachte er in der vierten und letzten Session des Kartellreichstags einen Gesetzentwurf ein, der das Sozialistengesetz nicht mehr auf Zeit verlängern, sondern dauernd verewigen wollte, unter Verstärkung der „richterlichen Garantien“ und mit ein paar anderen „Milderungen“ derselben heiteren Art. Die Kartellmehrheit war bereit, das Gesetz zu verewigen, nur wollten die Nationalliberalen die polizeiliche Ausweisungsbefugnis des § 28 gestrichen haben, damit die „Milderungen“ doch einbißchen nach was aussähen, während die Konservativen selbst ein verewigtes Gesetz ohne diese Befugnis für unannehmbar erklärten. Ge-

heuchelt wurde dabei auf beiden Seiten. In der Begründung des Achtungsgesetzes war von der Regierung überzeugend ausgeführt worden, daß die polizeiliche Ausweisungsbefugnis des § 28 die sozialdemokratische Agitation über das ganze Land verbreite, und gerade die Konservativen hatten beweglich gejammert, wie sehr dadurch der irdische Friede der junkerlichen Ausbeutungsdomänen bedroht würde, womit ihre nunmehrigen Beteuerungen, daß Gesellschaft und Staat ohne diese Befugnis nicht bestehen könnten, im voraus gekennzeichnet worden waren. Aber seit dem Scheitern des Achtungsgesetzes war die Ausweisungspraxis namentlich in Berlin auch tatsächlich eingestellt worden, eben weil sie ihre Urheber schwerer traf als ihre Opfer, und somit war es ein nationalliberales Schaengericht, ihre nur noch formelle Beseitigung zu einer „Milderung“ aufzublähen, um die das übrige Sozialistengesetz für immer in den Kauf genommen werden könne. Trotz der Handgreiflichkeit der von beiden Seiten betriebenen Heuchelei wurde die Komödie bis zum Schlusse gespielt; in der zweiten Lesung setzten die Nationalliberalen ihre „Milderung“ gegen die konservativen Stimmen durch, worauf die Konservativen gegen das also „gemilderte“ Gesetz stimmten. Es fiel am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen und ist nicht wieder auferstanden.

Über die Vorgänge, die dabei hinter den Kulissen spielten, hat eine Polemik genügend aufgeklärt, die gerade zehn Jahre später zwischen dem ältesten Sohne Bismarcks und dem konservativen Politiker v. Hellendorff geführt wurde. Herbert Bismarck behauptete, sein Vater sei unschuldig an dem Sturze des Sozialistengesetzes; er habe der konservativen Partei durch einen ihrer Führer sagen lassen, sie möchten für das im nationalliberalen Sinne „gemilderte“ Gesetz stimmen, aber der Auftrag sei nicht oder nicht richtig ausgeführt worden. Die innere Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung lag von vornherein auf der Hand, allein der also an die Wand gedrückte konservative Führer wollte auch nicht den Märtyrer Bismarckscher Legendenbildung spielen, obgleich er sich den Ruhm, ein richtiger Zwischenträger gewesen zu sein, nur dadurch erkaufen konnte, daß er seine Partei in arger Weise bloßstellte. Hellendorff erklärte also öffentlich, seine und seiner konservativen Freunde stehentliche Bitte an Bismarck, ihnen zu offenbaren, ob sie sich den Nationalliberalen fügen dürften, sei weder mit Ja noch mit Nein, sondern nur — „nicht ohne eine gewisse Reserve und Unbestimmtheit“ — mit dem

beihilflichen Orakelspruch beantwortet worden, die Bekämpfung der Sozialdemokratie sei das günstigste Schlachtfeld, um eine naturgemäße, im Reichs- und Staatsinteresse liegende Gestaltung der Parteiverhältnisse möglich zu machen, und ihm liege mehr an der Erhaltung der Kartellpolitik, als an dem ganzen Sozialistengesetz.

Diese kurzen Sätze erschöpfen die Politik, die Bismarck von Erlaß des Sozialistengesetzes bis zu seinem Sturze getrieben hat; die Kartellpolitik, die Ausbeutung der Volksmassen, war der Zweck, die Knebelung der Sozialdemokratie aber das „günstigste“ und „naturgemäße“ Mittel, um diesen Zweck durchzusetzen, womit dann vollkommen die andere Äußerung harmoniert, der Zweck, die Ausbeutung der Massen, liege ihm mehr am Herzen, als das Mittel, die Knebelung der Sozialdemokratie. Aber für die armen Junker, die bestimmte Marschrouten haben wollten, war dieses Orakel freilich vieldeutig. Als dann in zweiter Lesung das „gemilderte“ Gesetz angenommen worden war, fand ein Kronrat statt, worin Bismarck die Ablehnung dieses Gesetzes durch die Regierung für den Fall seiner endgültigen Genehmigung durch den Reichstag durchsetzte. Nach dem Kronrat ließ er den wackeren Hellborff wieder entbieten, empfing ihn „ungewöhnlich reserviert und zugeknöpft“, und verweigerte abermals jede klare Antwort auf das Angebot der Konservativen, für das „gemilderte“ Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung in der dritten Lesung eine Erklärung abgeben würde, daß sie damit auskommen könne. Ohne jede Anweisung gelassen, stimmten die Konservativen dann gegen das „gemilderte“ Gesetz, wobei dahingestellt bleiben mag, ob sie ganz der ratlos verstärrte Haufen gewesen sind, als den sie Hellborff zehn Jahre später darstellte oder ob sie nicht doch im geheimen gewußt haben, wohinaus der Säkularmensch wollte.

Bismarcks Plan selbst ist durch Hellborffs Mitteilungen jedenfalls vollkommen aufgedeckt worden. Er wollte weder das „gemilderte“ Gesetz, das er mit einem einfachen Kopfnicken hätte haben können, noch auch wollte er das „ungemilderte“ Gesetz, das ihm bei einigem Drucke auf die Nationalliberalen auch erreichbar gewesen wäre. Er schob die Dinge so, als ob der Kartellreichstag ohne jede Schuld der Regierung an den Grundlagen von Gesellschaft und Staat gerüttelt, als ob er der Krone die notwendigen Waffen der Abwehr gegen die grundstürzenden Wühlerien der Sozialdemokratie verweigert habe: dann wollte Bismarck, wenn irgend eine Teufelei seiner Spitzelgarde, wie sie deren so unzählige voll-

bracht hat, etwa vom Kaliber des Niederwaldbattentats, die nötige Stimmung gemacht hätte, mit tragischer Geberde über den unbotmäßigen Reichstag neue Wahlen ausschreiben. Erwägt man, daß er bald nachher einmal sagte, er habe zu dieser Zeit nach einem General gesucht, der entschlossen und kaltblütig genug gewesen wäre, die Sozialdemokratie in ihrem Blute zu ersticken, so kann man nicht ohne Schauern daran denken, was er geplant haben mag, um den alten bonapartistischen Kniff mit originaler Schlagkraft auszustatten.

An dem ehernen Widerstande der Sozialdemokratie wäre er diesmal, wie bei jedem früheren Male, gescheitert, aber es sollte nicht mehr soweit kommen. Zunächst stieß Bismarck mit dem Kaiser zusammen. Nicht als ob der Kaiser das Sozialistengesetz beseitigen wollte; im Kronrat am 24. Januar hatte er die Annahme des „gemilderten“ Gesetzes befristet. Aber er wünschte, für die auf den 20. Februar anberaumten Neuwahlen für den Reichstag das Panier sozialer Reformen aufgeworfen zu sehen. Am 5. Februar wurden zwei kaiserliche Erlasse veröffentlicht, deren einer die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit, versprach, während der andere die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz anordnete. Beide Erlasse erschienen ohne ministerielle Gegenzeichnung, doch hat Bismarck später behauptet, daß er sie aus weitergehenden Entwürfen zusammengestrichen, insbesondere die internationale Konferenz eingeschaltet habe, gleichsam als ein Sieb, um den „humanen, arbeiterfreundlichen Glanz“ des Kaisers zu hemmen. Die Erlasse erregten großes Aufsehen und verstärkten die hohe Flut, die zugunsten der Sozialdemokratie lief, unter deren moralische Erfolge sie mit Recht von den Arbeitern gerechnet wurden.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, das diesmal aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer bestand, veröffentlichte keinen Wahlauf Ruf. Seine Erlasse trafen nur praktische Anordnungen, über die Prüfung der Wählerlisten, über die Aufbringung der Wahlkosten; sie warnten vor Störungen gegnerischer Versammlungen, empfahlen strenge Sachlichkeit in der Führung des Wahlkampfes; „die Taten der Gegner sind die wirksamsten für uns“. Jeder klassenbewußte Arbeiter wußte, worauf es ankam; in ernstem Schweigen vollzog sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Sie waren entschlossen, einen harten Schlag zu tun und rechneten auf einen großen Erfolg, doch der 20. Februar

übertraf weit ihre kühnsten Erwartungen. 1427298 Stimmen fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten, fast 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 664170 mehr als 1887. Das Königreich Preußen allein brachte fast ebensoviele Stimmen auf, wie drei Jahre früher das Deutsche Reich, das Königreich Sachsen kam dicht an die Viertelmillion heran, das Königreich Bayern überschritt das erste Hunderttausend. Wollte man jede deutsche Landschaft nennen, deren Proletariat sich an diesem unvergeßlichen Tage mit Ruhm bedeckte, so müßte man alle deutschen Landschaften aufzählen. Drastischer noch, als in der ziffernmäßigen Aufrollung der Wahlstimmen, zeigte sich die Größe des sozialdemokratischen Wahlsieges bei einem Blick auf die 78 Wahlkreise, in denen die Partei entweder gesiegt hatte oder zur Stichwahl stand.

Man mochte dann sagen, daß der deutsche Boden von fünf verschanzten Heerlagern der Sozialdemokratie beherrscht werde. Das erste dieser Lager umkammerte das ostelbische Juntergebiet mit 17 Wahlkreisen. Um Berlin II, III, IV, V und VI gruppierten sich als Außenforts dieser sozialistischen Riesenveste 6 märkische Kreise: Niederbarnim, Westhavelland, Zauch-Luckenwalde, Teltow-Beeskow-Storkow, Frankfurt a. O., Kottbus-Spremberg, dann als vorgeschobene Posten 2 pommerische Kreise: Stettin und Randow-Greifenhagen, 1 ostpreussischer: Königsberg, 3 schlesische: die beiden Breslauer Kreise und Reichenbach-Neurode. Noch etwas stärker, als dies nordöstliche, war das nordwestliche Heerlager der Partei mit 18 Kreisen; an die 5 Wahlkreise der alten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck schlossen sich 3 mecklenburgische: Schwerin, Rostock, Güstrow, 4 schleswig-holsteinische: Altona, Kiel, Glückstadt, Flensburg, 5 hannöversche: Hannover, Hameln, Garburg, Stade, Geestemünde, dazu 1 braunschweiger Kreis. Ein drittes sozialdemokratisches Heerlager mit 21 Kreisen zog sich durch das mittlere Deutschland; es bestand aus 9 Kreisen im Königreiche Sachsen: Leipzig Stadt und Land, Mittweida, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitschau, Stollberg-Schneeberg, Auerbach-Reichenbach, Plauen, aus 5 Kreisen in der Provinz Sachsen: Magdeburg, Halle, Erfurt, Naumburg, Kalbe-Nischerleben, 5 kleinstaatlichen Kreisen: den beiden Meuß, Gotha, Sonneberg, Sondershausen, und 2 neupreußischen Kreisen: Rassel und Marburg. Als viertes Heerlager liefen 13 Kreise die westliche Grenze des Reiches entlang; 2 westfälische: Bielefeld und Dortmund, 5 rheinische: Lennep-Mettmann, Elberfeld-Barmen, Solingen,

Düsseldorf, Köln, 6 Maingaulkreise: Frankfurt a. M., Höchst, Hanau, Offenbach, Mainz, Darmstadt. Endlich schloß ein fünftes Heerlager von 9 Kreisen im Süden die Kette: Mülhausen im Elsaß, Mannheim in Baden, Stuttgart in Württemberg, München I und II, Nürnberg, Fürth, Kronach und Würzburg in Bayern.

Nach dem Verhältnis der auf sie gefallenen Stimmen hätte die Partei gerade 78 Wahlkreise beanspruchen können; tatsächlich erhielt sie ihrer nur 35. In den Hauptwahlen gewann sie 20: Berlin IV und VI (Singer und Liebknecht), Hamburg I, II und III (Webel, Diez und Meßger), Altona (Frohme), Leipzig Land (Geyer), Mittweida (A. Schmidt), Chemnitz (Schippel), Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Grimmischau (Stolle), Stollberg-Schneeberg (Seifert), Magdeburg (Voss), Neuß ä. L. (Förster), Neuß j. L. (Wurm), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Mülhausen (Sickel), München II (Vollmar), Nürnberg (Grillenberger). Für die Stichwahlen war die Partei, wie gewöhnlich, auf ihre eigene Kraft angewiesen; in Breslau lief der edle Freisinn schon am Tage nach den Hauptwahlen zum Kartell über. Es fragte sich nur noch, wie sich die Partei bei denjenigen Stichwahlen verhalten sollte, wo sie die Entscheidung zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zu geben hatte. In St. Gallen war für diesen Fall unbedingte Stimmhaltung beschlossen worden, unter dem Eindrucke der bei den Faschingswahlen gemachten Erfahrungen; jetzt aber lag es in der Hand der sozialdemokratischen Wähler, durch die Unterstützung der bürgerlichen Opposition den gigantischen Humbug der Faschingswahlen zu sühnen, durch die völlige Zerschmetterung des Kartells allem verräterischen Spiele mit dem Sozialistengesetze ein Ziel zu setzen. Die klare politische Notwendigkeit siegte über alle formellen Bedenken; bereits am 22. Februar gab das Zentralwahlkomitee die Stichwahlparole heraus: Nieder mit dem volksfeindlichen Kartell, nieder mit den Berewigern des Sozialistengesetzes! Es forderte die Genossen auf, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien für alle Kandidaten zu stimmen, die sich gegen jedes, wie immer geartete Ausnahmengesetz, gegen jede Verschärfung der Strafgesetze, gegen jede Verkümmernng des allgemeinen Wahlrechts verpflichten würden. Ausdrücklich wurde auf Gegendienste anderer Parteien verzichtet, wurde hervorgehoben, daß nur im Interesse der Partei und des öffentlichen Wohls so verfahren werden müsse. Diesem Aufrufe kam die Kampflust der Arbeitermassen schon auf mehr als halbem Wege entgegen. Die Stich-

wahlen vollendeten die Vernichtung des Kartells, in der hoffnungslosen Minderheit von 135 Köpfen trat es in den neuen Reichstag ein, auch eine konservativ-ultramontane Mehrheit war unmöglich.

Für sich selbst hatte die Partei in den Stichwahlen nur 15 Sitze gewonnen: Niederbarnim (Stadthagen), Breslau I (Luzauer), Königsberg (Schulze), Bremen (Brühns), Lübeck (Schwarz), Glüdstadt (Mollenbuhr), Hannover (Meister), Braunschweig (Blos), Halle (Kunert), Kalbe-Mischerleben (Weine), Frankfurt a. M. (W. Schmidt), Mainz (Joest), Offenbach (Ulrich), Mannheim (Dreesbach) und München I (Birk). Unter den parlamentarischen Vertretern der Partei befanden sich nun schon viele, die im Kampfe gegen das Sozialistengesetz ihre Sporen verdient hatten; die Minderzahl kam aus bürgerlichen Berufsschichten, die Schriftsteller Schippel und Wurm, der Rechtsanwalt Stadthagen, der Lehrer Kunert, der Gastwirt Birk, die Mehrzahl aus der Arbeiterklasse, wie die Zigarrenarbeiter Brühns und Förster, die Tischler Joest und Hidel, der Klempner Megger, der Schriftsetzer A. Schmidt, der Lithograph W. Schmidt, der Schuhmacher Seifert.

Der 20. Februar schwemmte dem Hausmeier Bismarck den Boden unter den Füßen weg; an dem Tage, wo die geächtete und verfeimte Sozialdemokratie einen größeren Heerbann aufbot als irgend eine bürgerliche Partei, wurde über sein System der Stab gebrochen. In der Stunde der Not fielen alle trügerischen Hüllen von seiner nackten Selbstsucht; würdelos schied er von der Macht, die er gewissenlos verwaltet hatte. Diesmal sollte ein großer Sünder nicht in die Grube fahren, ehe die Nemesis ihr Werk vollbracht hatte: lärmend und polternd nahm der Säkularmenschen an sich eine Rache, wie sie grausamer sein unversöhnlichster Gegner nicht hätte ersinnen können.

Zehntes Kapitel.

Die Liquidation.

Das Sozialistengesetz überlebte seinen Vater um ein halbes Jahr, doch gab es in dieser Frist kaum noch schwache Lebenszeichen von sich. Tatsächlich war der 20. Februar der Tag, an dem eine neue Periode in der Geschichte des Deutschen Reichs, wie in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie anhub, eine Periode, die bisher nicht abgeschlossen ist und bis zu ihrem Abschlusse sich der historischen Würdigung entzieht. Dagegen fällt noch in den Rahmen dieser Darstellung die Liquidation des Sozialistengesetzes, womit die Partei in den letzten Monaten seines Bestehens begann und womit sie ein Jahr nach seinem Abblaufe fertig war.

I. Die Bilanz des Sozialistengesetzes.

Eine erschöpfende Darstellung der Opfer, die das Sozialistengesetz der Arbeiterklasse gekostet hat, läßt sich nicht entwerfen. Als der Sozialdemokrat nach zehnjähriger Dauer des Gesetzes die Veröffentlichung einer Denkschrift anregte, die eine genaue Statistik aller Verbote geben, die Namen aller Ausgewiesenen mitteilen, alle zerstörten Existenzen der Reihe nach aufmarschieren lassen, die Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen mit allen nötigen Einzelheiten festnageln, von dem künstlich gezüchteten Denunziations- und Lockspiegelwesen ein umfassendes Bild liefern sollte, erwies sich damals schon die Lösung dieser Aufgabe als unmöglich. Die eifrigsten Genossen in den größeren Parteiorten erlahmten daran, und was sie dennoch zusammenbrachten, war so umfangreich, daß es sich in einer halbwegs handlichen und lesbaren Schrift nicht zusammenfassen ließ.

Nach einer ungefähren Statistik waren unter dem Sozialistengesetz 1300 periodische oder nicht periodische Druckschriften und 332 Arbeiter-

organisationen der einen oder der anderen Art verboten worden. Ausweisungen aus den Belagerungsgebieten waren gegen 900 erfolgt, von denen über 500 die Ernährer von Familien betroffen hatten; auf Berlin fielen 293, auf Hamburg 311, auf Leipzig 164, auf Frankfurt 71, auf Stettin 53, auf Spremberg 1; in Offenbach hatte sich die heissige Regierung an der Ausweisung nicht ortsangehöriger Reichsbürger genügen lassen. Die Höhe gerichtlich verhängter Freiheitsstrafen belief sich auf etwa 1000 Jahre, die sich auf 1500 Personen verteilten. Wenn alle diese Ziffern noch nicht entfernt an die Wirklichkeit heranreichten, so gaben sie auch an und für sich nur ein ganz ungenügendes Bild von der Fülle des vernichteten Menschengliedes und Menschenlebens, von den zahllosen Märtyrern, die durch kapitalistische oder polizistische Drangsalierungen von ihrem armen Herde vertrieben, ins Elend der Verbannung gejagt, in ein frühes Grab gestürzt worden waren.

Aber anders als einst die Toten des 18. März durch den Mund ihres Dichters, konnten die Opfer des Sozialistengesetzes von sich sagen: Hoch zwar war der Preis, doch echt auch ist die Ware. Keiner der Tapferen und Treuen, die von der Sense des Sozialistengesetzes dahingemäht worden sind, hat umsonst gelitten; auch aus den Knochen derer, die im Dunklen gestorben und verdorben sind, erstanden die Rächer. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes besaß die Partei 437158 Wahlstimmen und 42 politische Blätter, zählten die gewerkschaftlichen Organisationen 50000 Mitglieder und 14 Organe, beim Erlöschen des Sozialistengesetzes musterte die Partei 1427298 Wahlstimmen und 60 politische Blätter, musterten die gewerkschaftlichen Organisationen über 200000 Mitglieder und 41 Organe. In den drei Jahren seit dem Parteitage in St. Gallen hatte die Parteikasse 325000 Mark eingenommen; als der Krieg erlosch, war die Kriegskasse der Partei noch reich gefüllt, mit nahezu 172000 Mark.

Aber wie der Verlust, so läßt sich auch der Gewinn des Sozialistengesetzes nicht in einigen, sei es noch so rühmlichen Ziffern zusammenfassen. Nach dem bekannten dialektischen Gesetze war die Quantität auf einem gewissen Punkte in die Qualität umgeschlagen; die Partei war in dem zwölfjährigen Kampfe nicht nur größer und stärker geworden, sondern hatte sich auch in ihres Wesens Wesenheit reicher entwickelt. Sie hatte nicht nur gekämpft und geschlagen, sondern auch

gearbeitet und gelernt; sie hatte nicht nur den Beweis der Kraft, sondern auch den Beweis des Geistes geliefert. Das waren unschätzbare Erfolge, die sich in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken ließen, so wenig wie das Bewußtsein der Unbesieglichkeit, das die Partei durchdrang, seitdem sie den Krieg mit allen Machtmitteln eines modernen Großstaats zwölf Jahre hindurch siegreich bestanden hatte. Die Massen waren der Held des proletarischen Heldenzeitalters; gerade darin lag seine eigentümliche Größe und Höheit.

Vergebens quälten sich die bürgerlichen Parteien mit dem Nachweis ab, daß die herrschenden Klassen freiwillig auf das Sozialistengesetz verzichtet hätten, daß die Partei ohne diesen freiwilligen Verzicht ihrer Feinde das Joch ruhig hätte weiter tragen müssen. Das war für einen Teil der herrschenden Klassen überhaupt nicht, und für den anderen Teil nur insoweit richtig, als er „freiwillig“ seine Niederlage erkannt hatte. Dieser Teil verzichtete auf das Sozialistengesetz, weil das klassenbewußte Proletariat den Pfeil auf die Brust seiner Urheber zurückgelentet hatte. Gewiß konnten die herrschenden Klassen das Sozialistengesetz noch aufrecht erhalten, aber nur um den Preis einer allgemeinen Verrottung, die dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation gestattet hätte, verächtlich auf das neu-deutsche Reich herabzusehen. Man mag es verständig nennen, wenn ein General aus einer hoffnungslos verlorenen Schlacht seine Truppen zurückzieht, ehe sie völlig aufgerieben werden, aber welcher Narr hätte einen solchen General je als einen Sieger gefeiert und nun gar als einen „freiwilligen“ Sieger?

Nicht minder töricht war die bürgerliche Spöttereit, weshalb denn die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz so heftig bekämpft habe, wenn es ihr doch so nützlich gewesen sei? In gewissem Sinne ist es ganz richtig, zu sagen: Je toller, desto besser, aber dieser Sinn ist niemals der Sinn der deutschen Sozialdemokratie gewesen und wird es auch niemals sein. Das klassenbewußte Proletariat ist seiner Zukunft sicher und überläßt gern seinen Gegnern den Vortritt, wenn es gilt, die Dinge mit Gewalt auf die Spitze zu treiben. Man kennt das mythische Erzählchen aus der Schlacht bei Fontenoy, wo ein englischer Offizier einem französischen Offizier zurief: Lassen Sie Ihre Leute schießen! und die Antwort erhielt: Wir feuern niemals zuerst. So auch antwortet die Sozialdemokratie auf die Herausforderungen ihrer Gegner, nicht zwar aus feudaler Galanterie, aber aus der wohlermögenden Taktik

ihres Emanzipationskampfes; erst wenn die Gegner die Dinge mit Gewalt auf die Spitze treiben, kann sie die Politik des Je toller, desto besser, mit reichstem Gewinn für sich selbst ausnutzen, wie sie in den Tagen des Sozialistengesetzes getan hat.

Sie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchen schwärmenden Gedanken im Kopf: als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und weitergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen wie das Höchste immer.

2. Die Alten und die Jungen.

Bei der Abrüstung der Partei kam es zu inneren Reibungen, die an und für sich von keiner besonderen Bedeutung waren, aber nicht zum wenigsten durch den Lärm der bürgerlichen Presse zu einer großen Angelegenheit aufgebauscht wurden. Eben diese freundlichen Gevattern taufte den Streit als den Kampf zwischen den Alten und den Jungen; wie oft in solchen Fällen, bürgerten sich die Kriegsnamen ein, obgleich sie wenig zutrafen.

Im Wesen der Sache handelte es sich um eine gewisse Unzufriedenheit in einigen großen Städten, wie Dresden, Magdeburg und namentlich Berlin. Soweit diese Unzufriedenheit einen ernsthaften Hintergrund hatte, konnte man sie am ehesten mit der Stimmung kriegsgewohnter Veteranen vergleichen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen. Gerade in Berlin war eine solche Stimmung sehr erklärlich. Nirgends hatte die Partei einen so schweren Stand gehabt, wie in der Reichshauptstadt, und unzweifelhaft war es von großem Nutzen gewesen, daß sich in Berlin ein fest und stramm gegliederter Stamm radikal gesinnter Genossen gebildet hatte, an dem sich in erster Reihe alle Gewalt- und alle Korruptionsstreiche der Bismärckerei brachen. Dabei mochte freilich auch wohl einmal ein schärferer Ton angeschlagen werden als gerade notwendig war, und besonders bei den Berliner Gemeindevahlen pflegten Streitereien zu entstehen, die den Genossen in den Provinzen nicht immer den angenehmsten Eindruck hinterließen. Aber wenn die Berliner Genossen reichlich brummten, so ließen sie es sich auch reichlich sauer werden, und es war wirkliche Sorge um die Partei, wenn sie von dem Aufhören des Sozialistengesetzes eine gewisse Verweichlichung befürchteten,

um so mehr befürchteten, als die Partei jetzt wieder verhältnismäßig stark im Reichstag vertreten war. Ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die Fraktion machte sich geltend, ähnlich wie nach dem Wahlkampf von 1884, in dem auch eine verhältnismäßig große Zahl von Mandaten erobert worden war, und wie damals an der Frage der Dampfersubvention, so entbrannte die offene Fehde jetzt an den Fragen der Stichwahlen und der Maiseier.

Unzweifelhaft hatte das Zentralwahlkomitee einen in St. Gallen gefaßten Beschluß übertreten, als es zur Unterstützung der bürgerlichen Opposition in den Stichwahlen aufforderte. Aber das Interesse der Partei daran lag so klar und die Zustimmung der weitaus meisten Parteigenossen war so zweifellos, daß der Streit hierüber bald einschloß. Nicht ganz so einfach stand die Sache bei der Maiseier. Unter dem erhebenden Eindruck des 20. Februar hatten zahlreiche, gewerkschaftliche und politische Arbeiterversammlungen beschlossen, den 1. Mai durch Einstellung der Arbeit zu feiern. Daß die Maiseier in dieser Weise begangen werden sollte, war in Paris nicht beschlossen, im Gegenteil, jedem Lande je nach Lage der Verhältnisse die Art der Feier überlassen worden. Nun gab es jedenfalls auch große Kreise des deutschen Proletariats, die aus triftigen Gründen von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai nichts wissen wollten. Der industrielle Aufschwung war vorüber, die Geschäfte stockten von Tag zu Tag mehr, und der Versuch, trotzdem am 1. Mai die Arbeitsruhe zu erzwingen, konnte zu schweren wirtschaftlichen und selbst politischen Konflikten führen, deren siegreiche Durchführung unter den obwaltenden Umständen geradezu ausgeschlossen war. Die Unternehmer und die ihnen gesinnungsverwandten Behörden lauerten nur darauf, den Arbeitern den Sieg des 20. Februar durch eine Niederlage am 1. Mai zu entreißen; als diese schöne Hoffnung gescheitert war, gestand Bennigsens Organ, der Hannoversche Kurier, naiv genug, nun erst sei dem Sozialistengesetze der Todesstoß versetzt worden.

Bei dieser Lage der Dinge schwieg die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wohl allzulange. Sie scheint, erschöpft von den Anstrengungen des Wahlkampfes, die Dringlichkeit der Frage nicht genügend geschätzt zu haben; ihre Absicht, sofort nach dem Zusammentreten des neuen Reichstags einen Fraktionsbeschluß über die Maiseier herbeizuführen, genügte schon deshalb nicht, weil gar nicht feststand, ob der Reichstag

vor dem 1. Mai einberufen werden würde, wie er denn tatsächlich erst am 6. Mai zusammentrat. So veröffentlichte am 23. März ein Kreis Berliner Genossen einen Aufruf, der alle Industriestädte, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, zur allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai aufforderte. Von diesem eigenmächtigen Vorgehen wurde nun wieder die Fraktion unangenehm berührt, immerhin trat sie jetzt am 13. April in Halle zusammen und beschloß mit allen gegen eine Stimme, von der allgemeinen Arbeitsruhe zwar nicht unbedingt, aber überall da abzuraten, wo sie ohne Konflikte nicht zu erreichen sei. Der Beschluß war unzweifelhaft richtig und würde allgemeine Beachtung gefunden haben, wenn nicht schon viele Arbeiter für die Arbeitsruhe engagiert gewesen und daran durch hegerische Bemerkungen der Bourgeois-
 presse über die „Freiheit“ eines Rücktritts festgehalten worden wären. Namentlich in Hamburg wurde der Versuch gemacht, die Arbeitsruhe durchzusetzen, führte aber auch in diesem, gewerkschaftlich und politisch, am besten gerüsteten Waffenplatze der Partei nur zu schweren und verlustreichen Kämpfen. Der Einwand der oppositionellen Stimmen, daß die Sache einen besseren Verlauf genommen und mit einem großen proletarischen Triumphe geendet haben würde, wenn die Fraktion nicht abmahmend eingegriffen hätte, war nun zwar an und für sich hinfällig; eher war der Vorwurf richtig, daß die Fraktion nicht früh genug abgemahnt habe; jedenfalls aber hinterließ diese Streitfrage mancherlei Mißstimmungen.

Die Oppositionselemente in Dresden, Magdeburg und Berlin bestanden aus praktisch vielfach sehr tüchtigen, aber in Rede und Schrift unbeholfenen Leuten, und so konnte es geschehen, daß sich einige junge Schriftsteller zu ihren Wortführern aufwarfen. Insoweit sprach Engels mit Recht von einer „Literatur- und Studentenrevolte“, denn durch diese teilweise noch sehr jugendlichen Kräfte wurde der Streit um einige konkrete Fragen zu einem prinzipiellen Kampfe zwischen den Alten und den Jungen aufgebauscht. Einzelne von ihnen, wie Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, besaßen Gaben und Kenntnisse; sie fehlten nur darin, daß sie, noch unerfahren in den praktischen Bedingungen politischer Kämpfe, das kommunistische Manifest in zu einseitig-formalistischer Weise auffaßten. Andere aber, wie Hans Müller und Bruno Wille, forderten ein härteres Urteil heraus. Müller phantasierte sich innerhalb der Partei einen fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürger-

tum und Proletariat zurecht, indem er, ganz nach Buttkamers Zittermethode, wenn auch in umgekehrter Tendenz, aus den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes etwa ebensoviele mündliche oder schriftliche Äußerungen hervorragender oder nicht hervorragender Parteigenossen zusammenscharre, worin etwa ein kleinbürgerlich-radikaler Stich zu entdecken war, und daran geschmackvolle Redensarten über „eiternde Geschwüre“ am Leibe der Partei knüpfte. Bruno Wille gar, ein freigeistlicher Geistlicher, vertieg sich zu der unglaublichen Beschuldigung: daß Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.

Von den Alten nahm Bebel den Kampf gegen diese Jungen auf. Taktisch wäre es gewiß richtiger gewesen, wenn er die Müller und Wille mehr von der humoristischen Seite aufgefaßt, wenn er nicht von „bubenhafte“, sondern etwa von knabenhaften Angriffen gesprochen hätte; aber wer mochte es einem Manne, der zwölf Jahre lang in erster Reihe des Kampfes Last und Hitze getragen hatte, groß bedenken, wenn solche Anrempelungen ihm die Galle überlaufen ließen? Am wenigsten verdachten es ihm die Arbeiter; in großen Versammlungen, die am 10. August in Dresden und am 13. August in Magdeburg tagten, namentlich aber in einer Berliner Rieserversammlung am 25. August erklärten sie sich mit erdrückender Mehrheit für Bebel und gegen Müller-Wille, für die Alten und gegen die Jungen, zum herzbrechenden Kummer der bürgerlichen Presse, die statt sich über die Bekämpfung der Alten zum „kleinbürgerlichen Possibilismus“ zu freuen, merkwürdigerweise ein rührendes Interesse für die „revolutionären“ Redensarten der Jungen bekundet hatte.

3. Die Parteitage in Halle und in Erfurt.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Partei nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes oblagen, bestanden darin, eine neue Organisation und ein neues Programm zu schaffen. Sie wurden auf den Parteitagen in Halle und Erfurt gelöst.

Der Parteitag in Halle tagte vom 12. bis zum 18. Oktober 1890. Er verlief überaus glänzend und stattlich, 400 Delegierte wohnten ihm bei, 17 Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße der österreichischen, schweizerischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen,

dänischen, schwedischen und polnischen Schwesterparteien. Die Debatten über die neue Organisation führten nach lebhaften Verhandlungen zu völligem Einverständnisse. Eine Vereinsorganisation, wie sie vor dem Sozialistengesetze bestanden hatte, wurde aufgegeben; dafür war die Partei viel zu groß geworden, ganz abgesehen von den polizeilichen Schwierigkeiten. Die notwendige Zentralisation wurde durch den jährlichen Parteitag, den jährlich vom Parteitage zu wählenden Parteivorstand und das Zentralorgan hergestellt; an die Stelle des Sozialdemokraten, der nach rühmlich erkämpftem Siege freiwillig sein Erscheinen eingestellt hatte, trat das Berliner Volksblatt unter dem neuen Namen Vorwärts. Die Verbindung zwischen dem Parteivorstande und den örtlichen Mitgliedschaften stellten von diesen zu wählende Vertrauensmänner her. Der Parteivorstand wurde aus 12 Personen zusammengesetzt, von denen 5 die eigentlichen Geschäfte führen, 7 aber die Kontrolle haben sollten.

Die Opposition fand auf diesem Parteitag ihren Sprecher in dem Buchdrucker Werner, der sehr ungeschickt auftrat und sich in Kleinlichen Klatsch verlor. Seine Beschuldigungen zerfielen in Nichts, als sie in einer Kommission geprüft wurden, und Werner versprach Ruhe zu halten, nachdem der Parteitag gesprochen habe. Es geschah auch bis in den Sommer 1891 hinein. Dann aber erweckte eine Rede, die Bollmar am 1. Juni in München gehalten hatte, die Opposition in Berlin und in Magdeburg von neuem. Auf Bollmars Auffassungen hatte seine erfolgreiche Tätigkeit in dem kleinbäuerlichen Bayern abgefärbt; er befürwortete keineswegs, die Endziele der Partei aufzugeben, aber doch, ihre Hauptkraft auf einige praktische Punkte zu konzentrieren, wie Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Sicherung des Koalitionsrechts, Beseitigung der Lebensmittelzölle. Er meinte: dem schlechten Willen die Faust, aber dem guten Willen die offene Hand! Schade nur, daß sich von dem „guten Willen“ der herrschenden Klassen auch nach Bismarcks Sturze so verzweifelt wenig erkennen ließ. Die internationale Arbeiterschuttkonferenz war ausgegangen wie das Hornberger Schießen; die Novelle zur Gewerbeordnung, die in den Februarerlassen angekündigt worden war, hatte nicht einmal den mäßigsten Ansprüchen an eine Fortbildung der Fabrikgesetzgebung entsprochen und war obendrein mit einem schmählichen Attentat auf das Koalitionsrecht bepackt gewesen; an den Lebensmittelzöllen hielt Bismarcks Nachfolger so zähe

fest, wie Bismarck selbst. Es war kein Wunder, daß Vollmars Rede von weiten Parteifreien als bedenkliche Schwenkung empfunden wurde.

Bedenklicher aber noch stieß nun die Berliner Opposition nach der entgegengesetzten Seite vor. Nachdem sie in öffentlichen Versammlungen namentlich mit Bebel und Fischer heftig zusammengeprallt war, fasste sie ihre Ansichten in einem Flugblatte zusammen, das, vermutlich von dem Tapezierer Wildberger verfaßt, einen Stamm erprobter Arbeiter hinter sich hatte, und als männlicher Protest unzweifelhaft über den flüchtigen Kundgebungen der Müller und Wille stand. Trogdem litt es an dem schlimmsten Fehler, den eine programmatische Kundgebung haben kann; es hatte so wenig einen praktischen Griff, wie eine praktische Spitze. Seinen Hauptstoß richtete es gegen die parlamentarische Tätigkeit der Partei und behauptete, von einer solchen Tätigkeit habe keine Rede sein können, solange die Partei jung gewesen sei und aus Proletariern bestanden habe. Nichts aber konnte unrichtiger sein, als diese Behauptung. Es war bezeichnend, daß ihre Urheber aus der ganzen Parteigeschichte nur ein einziges Zeugnis für sie beizubringen vermochten, nämlich jene Rede Liebknechts aus dem Jahre 1869, die von Liebknecht selbst längst als unhaltbar aufgegeben worden war und die zur Zeit, wo sie gehalten wurde, schon in vollkommenem Widerspruche mit der nicht nur von Lassalle und Schweizer, sondern auch von Bebel und Engels empfohlenen Parteitaktik stand. In dem vergeblichen Versuche, einen ganz haltlosen Standpunkt zu stützen, verfielen die Wortführer der Opposition wieder auf Verdächtigungen der Parteileitung. Das war ein gesundes Fressen für die bürgerliche Presse, die den dunklen Anschuldigungen ein hundertfaches Echo durch das ganze Land gab, und so wurde es zu einem unvermeidlichen Akte der Nothwehr, daß die Parteileitung den oppositionellen Elementen auf dem Parteitage in Erfurt die Schlacht anbot unter dem Zeichen: Beweist oder widerruft; könnt ihr das eine und wollt ihr das andere nicht, so scheidet aus der Partei.

Der Parteitag in Erfurt tagte vom 14. bis 20. Oktober 1891. Er war von 250 Delegierten besucht, von denen knapp ein Duzend zur Opposition zählte. Die Debatten über die Taktik beanspruchten mehrere Tage. Mit Vollmar, der seinem unzeitigen Vorstoß selbst die Spitze abbrach, wurde eine Verständigung erreicht, nicht so mit der Berliner und Magdeburger Opposition. Jeder ihrer Delegierten vertrat seinen

eigenen Standpunkt, und nicht einmal Wildberger, geschweige denn Werner vermochte mit seinen Darlegungen einen tieferen Eindruck zu erzielen. Diese beiden, sowie drei Magdeburger Delegierte erklärten ihren Austritt aus der Partei, als eine Kommission niedergesetzt wurde, um ihre Anklagen zu prüfen; gleichwohl erledigte die Kommission ihre Arbeit und beantragte die Ausschließung Wildbergers und Werners, die vom Parteitage mit allen gegen elf Stimmen bestätigt wurde.

Die Opposition versuchte sich nunmehr als eine Partei der Unabhängigen zu organisieren, doch verlief der Versuch im Sande. Eine Minderzahl splitterte sich zu einem anarchistischen Fraktionchen ab; die jungen Literaten kehrten fast alle in die bürgerliche Welt zurück, wohl nur mit der einzigen Ausnahme Paul Kampfmeyers, der in der charakteristischen Konsequenz alles ehrlichen und unterrichteten Anarchismus sich namentlich der friedlich-genossenschaftlichen Bewegung zuwandte; die Mehrzahl der Jungen fand sich wieder in der Partei zurecht. Elf Jahre später waren die Wunden dieser Kämpfe so völlig vernarbt, daß der Münchener Parteitag im Jahre 1902 die Ausschließung Wildbergers und seiner damaligen Genossen aufhob.

4. Das Erfurter Programm.

Die erfreuliche Seite des Erfurter Parteitags bildete die Feststellung eines neuen Parteiprogramms. Die Notwendigkeit, das Gothaer Programm zu revidieren, war immer lebhafter hervorgetreten, je mehr sich die Partei unter dem Sozialistengesetze über ihr historisches Wesen und ihre historischen Ziele klar geworden war. In St. Gallen hatten Auer, Bebel und Liebknecht bereits den Auftrag erhalten, ein neues Parteiprogramm vorzubereiten. In dem heißen Drange der praktischen Kämpfe war es nicht dazu gekommen; um so eifriger wurde die Frage erörtert, als die Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes wieder einigen freien Spielraum besaß.

Irgend eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit trat dabei nirgends hervor, auch nicht soweit sich die Opposition an der Debatte beteiligte; ein Magdeburger Entwurf, an dem wohl Paul Kampfmeyer den größten Anteil hatte, zeichnete sich sogar vor dem Entwurfe des Parteivorstandes durch teilweise geschicktere Fassung aus. Die noch zu leistende Arbeit war wesentlich redaktioneller Natur; es kam darauf an, die Ge-

banktenwelt, auf deren Höhe sich die Partei emporgearbeitet hatte, in der klarsten und knappsten Form zusammenzufassen, einerseits die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das Endziel der proletarischen Klassenbewegung aus der historischen Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, andererseits die praktischen Wege der Partei auf dem Boden dieser Gesellschaft abzustecken. Eine solche Zerteilung entsprach der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt. Der Entwurf, den der Erfurter Parteitag nach eingehender kommissarischer Beratung einstimmig genehmigte, war von Kautsky verfaßt.

Die Gegner sprachen von einem „Programmhumbug“ in dem Sinne, daß die „Partei gelehrten“ das Erfurter Programm zurechtgestickt hätten, um den wilden Zerstörungssappetiten der Massen ein schimmerndes Mäntelchen umzuhängen. Soweit damit gesagt sein sollte, daß nicht jeder der nahezu anderthalb Millionen Wähler, die am 20. Februar für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt hatten, ein überzeugter Anhänger der sozialdemokratischen Bestrebungen sei, wurden offene Türen eingetornt. In einer seiner letzten Nummern hatte der Sozialdemokrat darüber treffend geschrieben, ein hüfälligerer Trost sei nicht denkbar. Soweit die sozialistischen Stimmen kein unbedingtes Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Gesellschaft seien, seien sie ein unbedingtes Vertrauensvotum für die Partei des „Umsturzes“, deren Pläne von allen bürgerlichen Parteien als ausbündiger Wahnsinn geschildert würden. Was sei also mit dieser Beweisführung für die Gegner gewonnen? Damit war die eine Seite des „Programmhumbugs“ schon im voraus abgetan worden.

Seine andere Seite aber war ein wirklicher Humbug. Von der Partei selbst war jeder Satz des neuen Programms in jahrzehntelangen Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden; dies im einzelnen nachzuweisen, hieße die innere Geschichte der Partei noch einmal erzählen von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm.

Eftes Kapitel.

Von anderthalb bis drei Millionen Stimmen.

Die dreizehn Jahre, die feit dem Falle des Sozialiftengefezes verfloffen find, ftellen fich hiftorifch in demfelben Lichte dar, wie der doppelt fo lange Zeitraum, der in diefen Blättern gefchildert worden ift, in dem Lichte einer Siegeslaufbahn, die das deutſche Proletariat unaufhaltſam und ununterbrochen beſchreitet. Wie die ſozialdemokratiſche Partei von dem kleinen Häuflein, das fich zuerft um Laſſalles Fahne ſammelte, in ſiebenundzwanzig Jahren auf nahezu anderthalb Millionen Reichstagswähler fortſchritt, ſo iſt ſie ſeitdem in dreizehn Jahren auf mehr als drei Millionen Reichstagswähler fortgeſchritten; der 16. Juni 1903 war ein Tag des Triumphes, wie der 20. Februar 1890.

Aber er war nicht in gleichem Sinne, wie dieſer, ein hiftoriſches Datum. Er ſtürzte kein politifches System, und es iſt keine Frage von hiftoriſch entſcheidender Wichtigkeit, ob von nun an 81 ſozialdemokratiſche Abgeordnete im Reichstage ſitzen, wie bisher 58. Dazu lebt die bürgerliche Welt des holden Wahnes, daß die deutſche Sozialdemokratie auf ihrem Dresdener Parteitage den gewaltigen Gewinn des 16. Juni verwüſtet und ihr Prestige in den Augen der Maſſen gründlich zerſtört habe. Endlich vertraut ſie mehr denn je auf ihre Kanonen und ſonſtigen Schießgewehre, auf die politiſchen Machtmittel, über die ſie ſchrankenlos gebietet; wieviel mächtiger, als einſt der Hauzmeier Bismarck, erſcheint heute der Kaiſer Wilhelm, der ſein eigener Feldmarſchall und ſein eigener Reichskanzler ſein will, der mehr als einen Anlauf zu neuen Sozialiftengefezen genommen hat, der nicht aufhört, dem revolutionären Proletariat mit der Schärfe des Schwertes zu drohen und den Emanzipationskampf der Arbeiterklaſſe härter zu ſchelten, als er je geſcholten worden iſt.

So mag denn noch die hiftoriſche Entwicklung der deutſchen Sozialdemokratie in den dreizehn letzten Jahren mit einigen flüchtigen Strichen gezeichnet werden.

I. Kapitalistische und sozialistische Weltpolitik.

Einen Fortschritt über die Ära Bismarcks hinaus bedeutet die Ära Wilhelms II. allerdings, aber es ist kein Fortschritt des gedeihenden, sondern des krachenden Kapitalismus.

Die große Industrie war die Bahnbrecherin für den proletarischen Befreiungskampf. Indem sie kolossalere und massenhaftere Produktivkräfte schuf, als alle vergangenen Menschengeschlechter zusammengenommen, rüttelte sie ungeberdig an den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft, rief sie die Epidemie der Überproduktion hervor, worin diese Gesellschaft verkommt, weil sie nach den Worten des kommunistischen Manifestes zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt, führte sie den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise auf seinen einfachsten und klarsten Ausdruck zurück, auf den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der nur enden kann, sei es mit dem Siege des Proletariats, sei es mit der Rückbildung der Zivilisation in die Barbarei. Sobald die europäische Bourgeoisie diese Lage der Dinge erkannte, zögerte sie keinen Augenblick, ihre Wahl zu treffen. Sie gab die Parole aus: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Sie löschte auf ihrer Fahne den Freihandel und den Frieden, sie schrieb darauf das Monopol und den Krieg. Die Weltpolitik der großen Industrie konzentrierte sich rückwärts auf die Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals, wie sie im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert geherrscht hatte, auf die Weltpolitik, die in der Eroberung und in der Protektion gipfelte, die möglichst viel Absatzmärkte an sich zu raffen und sie dann möglichst schroff von der Außenwelt abzusperrern suchte.

In allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise zeigt sich dieselbe reaktionäre Erscheinung, aber in ihrer klassischen, das will sagen historisch hinfälligsten und für die menschheitliche Kulturentwicklung gemeingefährlichsten Form trat sie in dem Lande hervor, das der großen Industrie die Erlösung aus jahrhundertelanger Erniedrigung zu danken hatte, in Deutschland. Sie wurde eingeleitet durch das Sozialistengesetz, und in dieser Mißgeburt prägte sich klarer als irgendwo sonst ihr eigentlicher historischer Stempel aus. Indem die große Industrie die letzten Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise zog und eine Fülle von Produktivkräften auslöste, die nur in einer höheren Form der gesell-

schafftlichen Organisation sich entfalten können, bot sie den günstigsten Boden für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse, und diesen Boden zu zertrümmern, ist der stärkste Anstoß zur Weltpolitik des krachenden Kapitalismus. Man kann die gewerbfleißigsten Bewohner des Landes nicht mehr vertreiben, wie der spanische Philipp die Mauren und der französische Ludwig die Hugenotten vertrieben hat, denn weder läßt sich der Ausfall der nationalen Arbeit durch exotische Schätze ersetzen, noch ist die große Industrie ohne die kräftigen Arme der Arbeiter im Gange zu erhalten. So stopfte man ihnen einen Knebel in den Mund, um sie zu willenlosen Werkzeugen zu machen; war der Däne erst ihr Stachel genommen, so konnten die Drohnen sich mästen.

Beim Sozialistengesetz machte die große Industrie unter den Nachwirkungen des großen Krachs gemeinsame Sache mit den reaktionären Klassen. Dafür erhielt sie ihre Industriezölle, wie das bankrotte Junkertum durch die Agrarzölle und Liebesgaben künstlich am Leben erhalten wurde und der militärische Absolutismus durch Finanzzölle sich von der bei aller Schwachmütigkeit der bürgerlichen Reichstagsparteien doch immer lästigen parlamentarischen Kontrolle befreite. Eins griff ins andere bei dieser reaktionären Politik. Aber unter Bismarck gedieh sie noch nicht zu ihrer vollen Entfaltung. Als ostelbischer Junker hegte er eine unüberwindliche Abneigung gegen uferlose Flottenpläne, und an der Eroberung Elsaß-Lothringens hatte er so schwer zu verdauen, daß ihm die Lust zu allen überseeischen Abenteuern vergangen war. Erst als ihm die Arbeiterklasse das Sozialistengesetz aus der Hand zu winden begann und er nur noch durch waghalsige Plebiszitenschläge nach bonapartistischem Muster sein System von einer Reichstagswahl zur anderen hinfristen konnte, ließ er sich halb wider seinen Willen in eine Kolonialpolitik drängen, deren kargliche Ergebnisse in umgekehrtem Verhältnis zu den Bosauenschüssen standen, mit denen sie eingeleitet wurde.

Der erschreckende Eindruck seines Sturzes durch dieselbe Klasse, die er mit den ungeheuren Machtmitteln des modernen Staats vergebens zu fesseln gesucht hatte, wirkte dann einen Augenblick ernüchternd auf die herrschenden Klassen. Das System Caprivi bestand aus allerlei Anläufen, auf dem verhängnisvollen Wege umzukehren, den Bismarck mit seiner Eroberungs- und Protektionspolitik eingeschlagen hatte. Allein so schwächlich diese Anläufe waren, so stießen sie alsbald auf den erbitterten und unversöhnlichen Widerstand der reaktionären Parteien,

die von der Weltpolitik des krachenden Kapitalismus leben. Diese Parteien stürzten das System Caprivi logischerweise durch einen frivolsten Sozialistenschrecken, und wenn ihre unablässigen Bemühungen, ein neues Sozialistengesetz zurechtzuzimmern, auch fort und fort an der energischen und geschickten Politik der Sozialdemokratie scheiterten, so wußte sich ihre Eroberungs- und Protektionspolitik um so üppiger zu geben. Begann die deutsche Kolonialpolitik unter Bismarck mit dem Erwerbe einiger afrikanischer Sand- und Sumpfwüsten, deren gesamter Handel für die Dimensionen des Weltmarktes ein sehr beiläufiger winziger Posten ist, so war sie zehn Jahre später vor das chinesische Problem gestellt, vor die Eroberung des letzten großen Absatzmarktes, der auf der Erde für die Erzeugnisse der modernen Industrieländer zu finden ist und der zugleich in seinem Innern alle Bedingungen für eine eigene großartige industrielle Entwicklung besitzt. Und wie verhältnismäßig schwächlich traten die protektionistischen Tendenzen in dem Zolltarife auf, den Bismarck unter dem Schutze des Sozialistengesetzes durchsetzte, verglichen mit dem Zolltarife, den die reaktionären Parteien in den Reichstagen von 1902 unter rücksichtsloser Vergewaltigung der Minderheit durch den Reichstag peitschten.

Ihren politischen Ausdruck fand diese reaktionäre Weltpolitik aber im Imperialismus. Er ist für das Ende der kapitalistischen Wirtschaft genau so die eigentümliche Herrschaftsform, wie der Absolutismus für ihre Anfänge. Der Absolutismus erscheint historisch in den Übergangsperioden, wo die alten Feudalstände untergehen und aus dem mittelalterlichen Bürgerstande die moderne Bourgeoisieklasse entsteht, ohne daß noch eine der streitenden Parteien mit der anderen fertig werden kann. Es ist sein historischer Beruf, die bürgerliche Klasse zu entwickeln, und es ist sein historisches Schicksal, von dieser Klasse überflüssig gemacht zu werden, so daß er sich in seiner letzten Not dem einst bekämpften Feudalismus in die Arme zu werfen und mit ihm unterzugehen pflegt. Von ganz anderem Schlage als dieser Absolutismus ist der Imperialismus, der als letzter Retter der herrschenden Bourgeoisie vor dem sie schon hart bedrängenden Proletariat auf der historischen Bildfläche erscheint. Da der Bourgeoisie gewöhnlich nur ein kurzer Zeitraum ungetrübter Herrschaft bechieden ist, so pflegt der Anfang des Imperialismus dem Ende des Absolutismus bald genug zu folgen; in Deutschland aber verlaufen sie vollständig ineinander, und das widerbe Land der Eichen

und Linden hat den zweifelhaften Genuß, zugleich im Schatten des Absolutismus und des Imperialismus zu leben. Es ist eine Art eingewurzelter nationalen Leidens und erinnert an das Wort, das Marx vor sechzig Jahren schrieb, daß nämlich Deutschland die zivilisierten Mängel der modernen Staatswelt, deren Vorteile es nicht bestimme, zu verbinden wisse mit den barbarischen Mängeln des ancien régime, deren es sich in vollem Maße erfreue.

Die Schuld daran trägt die deutsche Bourgeoisie, die, als sie mit dem Absolutismus aufräumen konnte, sich keineswegs ein Muster an dem summarischen Vorbilde nahm, womit die englische und die französische Bourgeoisie den Absolutismus in Karl I. und Ludwig XVI. getroffen hatte. Sie wurde vielmehr gerade umgekehrt „monarchisch“ bis auf die Knochen, ja sie nahm ein Patent auf die „echte“, „wahre“, „unauslöschliche“ Königstreue, gerade als sie mächtig genug war, mit dem Absolutismus aufzuräumen. Sie handelte so, weil sie im Augenblick ihres Sieges schon den Massenschritt des Proletariats auf ihren Fersen spürte, weil die Sterbestunde des Absolutismus bereits die Geburtsstunde des Kommunismus war. Die deutsche Bourgeoisie trieb dieselbe selbstmörderische Politik, wie sie der Absolutismus zu treiben pflegte; sie gab ihre eigentlich zivilisierende Tätigkeit auf und warf sich dem einst bekämpften Gegner in die Arme, um sich eine Gnadenfrist zu erkaufen. Aber sie hat sich damit auch nur auf eine Galeere eingeschifft, der es nicht beschieden ist, den Sturm des proletarischen Klassenkampfes siegreich zu bestehen.

Der Imperialismus tritt sehr viel großmächtiger auf, hat aber sehr viel weniger hinter sich, als der Absolutismus. Hatte dieser wirklich einen historischen Pionierdienst zu vollziehen, indem er der bürgerlichen Entwicklung den Weg ebnete, so liegt dem Imperialismus nur der historische Gendarmendienst ob, die proletarische Entwicklung zu hindern, um den besitzenden Klassen die ungestörte Herrschaft zu sichern. Der Imperialismus hat scheinbar eine freiere und unabhängigere Stellung, als der Absolutismus hatte, weil er nicht mehr nur zwischen zwei, sondern zwischen drei Klassen balanciert, allein dieser Schein trügt, da er nicht mehr eins gegen eins, sondern immer nur eins gegen zwei ausspielen, also immer nur ein hoffnungsloses Spiel treiben kann und zum ewigen Sabieren gezwungen ist.

Die Möglichkeiten, zwei gegen eins zu spielen, sind für ihn eben unmöglich. Er könnte eine große Macht werden, wenn er Junkertum

und Bourgeoisie unter einen Hut zu bringen und die Arbeiterklasse zu knebeln vermöchte. Aber er kann weder die Arbeiterklasse knebeln, nachdem sie die Feuerprobe des Sozialistengesetzes bestanden hat, noch kann er die Interessen des Junkertums und der Bourgeoisie dauernd verknuppeln, wie das ewige Scheitern der sogenannten „Sammelpolitik“ zeigt. Eine andere Möglichkeit wäre, daß der Imperialismus die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats gegenüber dem Junkertum durchzusetzen versuchte, und an Anläufen dazu läßt er es nicht fehlen, aber er tut immer nur ein paar zaghafte Schritte auf einem Wege, den er freilich nur betreten kann, um sich selbst überflüssig zu machen. So labiert er im Bickack, indem er sich anstellt, als könne er mit einem Wink seines Fingers gleich ein paar Erdteile aus den Angeln heben, während er in jedem praktischen Interessenkonflikt zwischen den drei großen Klassen der modernen Gesellschaft hilflos und ratlos ist.

In untrennbarer Wechselwirkung mit der Weltpolitik des krachenden Kapitalismus, aber in unversöhnlichem Gegensatz zu ihr steht die Weltpolitik des aufsteigenden Sozialismus. Das moderne Proletariat, dessen Intelligenz und Tatkraft die große Industrie auf ihren gipfelnden Höhepunkt geführt und die „geistige Leitung“ der Bourgeoisie mehr und mehr ausgeschaltet hat, ist der geborene Gegner einer Politik, die eben die großindustrielle Entwicklung an dem Punkte aufhalten will, wo sie mit den Interessen der reaktionären Klassen zusammenstößt und seiner eigenen Befreiung den rettenden Hebel bietet. Die deutschen Arbeiter vertreten in ihrem eigenen Interesse zugleich die Interessen der Nation, indem sie sagen: je entwickelter, je intelligenter, je wohlständiger die Arbeiterklasse, um so blühender die nationale Industrie und um so kräftiger ihre Stellung auf dem Weltmarkt; die durchgreifendste Sozialpolitik ist allemal die erfolgreichste Weltpolitik.

Diese einfache und einleuchtende Erkenntnis ergibt sich so sehr aus allen Lebensbedingungen des modernen Proletariats, daß sie ihm weder durch Gewalt noch durch List geraubt werden kann. Alle Versuche, die deutschen Arbeiter über diesen Zusammenhang der Dinge hinwegzutäuschen, sind alsbald zusammengebrochen, selbst wenn sie in gutem Glauben von weltfremden und an sich keineswegs unbegabten Ideologen des Bürgertums unternommen wurden. Der bemerkenswerteste dieser Versuche, die nationalsoziale Agitation, die das Proletariat mit dem

Imperialismus versöhnen wollte, hat nach siebenjährigem Schöpfen ins Faß der Danaiden damit geendet, daß seine Träger in den Schoß der Bourgeoisie zurückflüchteten, die sie ausgezogen waren zu bekämpfen. All ihre uferlose Verebbarkeit für die uferlosen Flottenpläne zerrann wie der flüchtige Schaum der Welle an der unerschütterlichen Erkenntnis der Arbeiterklasse, daß die Flotten- und Kolonialpolitik denselben historischen Lauffchein hat, wie die Getreidezölle und das Sozialistengesetz.

Imperialismus und Sozialdemokratie sind somit unversöhnbare Gegensätze. Es kann nie einen Frieden, nicht einmal einen Waffenstillstand zwischen ihnen geben. Aber der Kampf, worin sie miteinander stehen, ist kein Kampf zweier ebenbürtigen Gegner, dessen Ausgang irgendwie zweifelhaft sein kann. Scheinbar und auf eine noch nicht absehbare Zeit hinaus mag der Imperialismus ein mehr oder minder erdrückendes Übergewicht behaupten, aber jeder neue Tag bröckelt an seiner Macht, um die Macht seines Tobfeindes zu stärken. Der Imperialismus saugt den besitzenden Klassen, die sich ihm in der Angst um Haut und Beutel verschrieben haben, das politische Rückenmark aus, und keiner Klasse so stark, wie der Bourgeoisie, eben weil sie sich selbst am untreuesten wird, indem sie sich ihm unterwirft. Aber in demselben Maße stärkt er das politische Rückgrat der besitzlosen Klassen, in erster Reihe des großindustriellen Proletariats, das immer wieder seine unveräußerlichsten Lebensinteressen von diesem Mandatar aller politischen und sozialen Reaktion gekreuzt sieht.

Als ein besonders wirksames Werkzeug erweist sich der Imperialismus für die Aufrüttelung der politisch noch trägen Volksmassen. Die Zickzackpolitik, die ihm durch seine historischen Lebensbedingungen vorgeschrieben wird, kann sich nur in einer Weise betätigen, die von den breitesten Schichten der Nation als launenhaft und unstet empfunden wird, eben deshalb aber äußerst aufreizend wirkt. Wird dadurch seine Autorität schon schwer erschüttert, so noch schwerer durch die tägliche Erfahrung, daß hinter seiner scheinbaren Übermacht nur eine vollkommene Ohnmacht lauert. Es ist sehr begreiflich, daß der Imperialismus sich selbst als ein Gott erscheint, der mit seinen Blitzen jeden Widerstand zerschmettern kann, aber die Schar der Gläubigen schwindet, wenn sie sieht, wie seine Blitze in den Sand fahren. Indem er sich einbildet, Schöpfer zu sein, enthüllt er sich nur als Geschöpf, das nicht einmal gegen eine der besitzenden Klassen, deren gemeinsame Bedräng-

niz er seine historische Existenz verdankt, seinen Willen durchzusetzen vermag.

So verflüchtigt sich in den Händen des Imperialismus das Kapital politischer Autorität, das einst der Absolutismus gesammelt hatte. Der ehemals zivilisatorische Charakter der monarchischen Herrschaftsform schwindet, dafür treten alle ihre rückständigen und überlebten Seiten in doppelt verletzender Härte und Schärfe hervor. Das große Industrieland Deutschland wird von den tausend großen und kleinen Plagen gezwickt, die sich in dem bürokratisch-militärisch-polizeilichen System der ostelbischen Hinterwälder ausgewachsen haben. Dafür leistet die imperialistische Politik in Deutschland zwar unendlich viel mehr an großen Worten, aber ungleich weniger an reellen Taten, als in England oder Frankreich oder Rußland oder Nordamerika. Mit ihren nie abreißen den Forderungen an Gut und Blut der Nation — und der Imperialismus ist die kostspieligste Herrschaftsform, die es je gegeben hat — peitscht sie alle Schichten der besitzlosen Massen nur auf, um sie aus einer Enttäuschung in die andere zu werfen.

Dritt und schult die kapitalistische Produktionsweise überhaupt die Arbeiterbataillone, so exerziert ihre imperialistische Periode diese Bataillone gewissermaßen im Feuer. Sie liefert der revolutionären Agitation täglich neue Antriebe, sich kräftiger zu entfalten, was jener bürgerliche Stumpf sinn, der, unfähig, historische Zusammenhänge zu verstehen, rasch mit einem Schlagworte zur Hand zu sein pflegt, in der Redensart vom „Schweineglied“ der Sozialdemokratie sich klar zu machen sucht. Dies „Schweineglied“ ist nichts anderes, als die Tatsache, daß allein die ökonomisch und politisch organisierte Arbeiterklasse den verheerenden und verwüstenden Wirkungen des Imperialismus einen kräftigen und unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Das kann keine bürgerliche Partei, auch nicht wenn sie die trugigste Oppositionsmaske vorzustechen versucht. Denn alle bürgerlichen Parteien verkommen am Imperialismus, weil sie in letzter Instanz sich alle an ihn klammern.

Ja, in dieser verkehrten Welt, wo Vernunft Unsinn und Wohltat Plage wird, ist es das Verhängnis der bürgerlichen Parteien, den Imperialismus hindern zu können, wo er einmal zivilisatorisch wirken möchte, aber ihn gewähren lassen zu müssen, wo er die Nation ins Verderben reißt. Die reaktionären Junker hintertreiben in jahrelangem Intrigenspiel die Kanalvorlage, aber sie bewilligen zähneknirschend die

„gräßliche Flotte“; die liberale Bourgeoisie verzögert mit allen ihren Kräften die kleinen Fortschritte der Arbeiterschutzesetzgebung, aber sie spendet mit unerschöpflichen Händen dem Militarismus, der ihr selbst wie ein Alp obliegt. Am jammervollsten ist das Schicksal der Partei, die im Schatten des Imperialismus sich als „maßgebende“ Partei aufzuspielen das verzweifelte Glück hat. War der Ultramontanismus die einzige bürgerliche Partei, die wenigstens den Anfängen des Bismarckschen Hausmelertums mit einem gewissen Maße von Konsequenz und Kraft zu widerstehen wußte, so spielt sie unter dem Imperialismus eine ungleich kläglichere Rolle, als der Nationalliberalismus je in Bismarcks Tagen gespielt hat. Hatte dieser seine politischen Ideale einst geopfert um den Preis einer wirtschaftlichen Gesetzgebung, die in ihrer Art wenigstens ein historischer Fortschritt war, so muß sich die ultramontane Partei an den armseligsten Trinkgelbern genügen lassen, die ihr zudem noch, wie die Leg Heinze, in der Hand zu zerrinnen pfelegen.

So ist die angeblich vaterlandslose Sozialdemokratie die nationalste, ja die einzig nationale Partei in Deutschland geworden, um die sich in immer dichteren Scharen sammelt, was die Nation noch an politischer Lebenskraft besitzt. Aus diesem Grunde, und aus keinem anderen, erklärt sich ihr ununterbrochenes Wachstum, das seit dem Falle des Sozialistengesetzes in nur immer schnellerem Tempo vor sich gegangen ist und jene Kurzsichtigen auf den Sand gesetzt hat, die einst von dem Zerfalle der Partei träumten, wenn nur erst der eiserne Reifen des Sozialistengesetzes gesprengt worden sei. Die unausgesetzten Bedrohungen und Verfolgungen der Arbeiterklasse halfen gewiß mit dazu, den proletarischen Klassenkampf voranzutreiben, aber seine Flammen würden fortbrennen, auch wenn diese Blasebälge aufhörten, sie anzufachen. Ihr wirklicher Brennstoff ist eine vermoderte Welt, die in einem läuternden Feuer untergehen muß, wenn die menschliche Gesittung nicht untergehen soll.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist zum ruhenden Pol in der wilden Flucht der Erscheinungen geworden, die der weltgeschichtliche Untergang der kapitalistischen Produktionsweise erzeugt. Die Art in der einen und die Stelle in der anderen Hand, zertrümmert sie nicht nur die kapitalistische, sondern baut auch die sozialistische Gesellschaft auf. Sie hat in den letzten dreizehn Jahren eine Fülle praktischer Arbeit geleistet, von der hier jedoch nur ihr historisch wichtigster Zweig mit

einigen Blicken betrachtet werden mag, das Aufblühen der gewerkschaftlichen Bewegung, die nun endlich die ökonomische Organisation der deutschen Arbeiter in gleiche Reihe mit ihrer politischen Organisation gestellt hat.

2. Das Jahrzehnt der Gewerkschaften.

Weshalb sich die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische Bewegung des Proletariats, geht zur Genüge aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hervor. In jedem Falle lagen die Ursachen weit tiefer, als in dem mangelhaften Verständnis Lassalles für das Gewerkschaftswesen, das man gewöhnlich in erster Reihe dafür verantwortlich macht. Wären sonst nur die historischen Vorbedingungen für eine kräftige Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens vorhanden gewesen, so wäre Lassalles Autorität, so groß sie unter den damaligen Arbeitern war, doch lange nicht groß genug gewesen, den Gang der Dinge aufzuhalten, selbst wenn man voraussetzen wollte, was keineswegs vorausgesetzt werden darf, daß Lassalle selbst nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätte. Ohnehin war sein Standpunkt in dieser Frage keineswegs so weit, wie man gewöhnlich annimmt, von dem Standpunkt entfernt, den Marx und Engels einnahmen.

Marx sprach sich zum erstenmal in seiner Streitschrift gegen Proudhon über Gewerkschaften aus. Obgleich sie im Jahre 1847 von den bürgerlichen Ökonomen und den utopistischen Sozialisten gleichermaßen verworfen wurden, so erblickte Marx in ihnen ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Allein die eigentümliche und selbständige Bedeutung, die sie für den proletarischen Klassenkampf haben, erkannte Marx damals noch nicht. Er schrieb ihnen einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie zu, auch wenn sie keine andere Wirkung hätten als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen; sonst aber sah er in ihnen die ersten Versuche des Proletariats, sich als Klasse zu organisieren, um dann im Kampfe von Klasse gegen Klasse einen politischen Kampf zu führen; er verglich sie mit der Koalition des Bürgertums gegen die Feudalherren, die anfangs auch nur partiell gewesen sei, bis die als Klasse konstituierte Bourgeoisie die feudale Herrschaft umgestürzt und die Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet habe.

Bemerkenswerter ist, daß Marx auch in der Inauguraladresse der Internationalen, im Herbst 1864, als Lassalle bereits tot war, unter den beiden großen Tatsachen, von denen er sagt, daß die Niederlage der europäischen Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren auch ihre entschädigenden Charakterzüge gehabt habe, zwar den gesetzlichen Arbeitstag, aber dann nicht die Gewerkschafts-, sondern die Kooperativbewegung anführt, so daß danach die Pioniere von Rochdale eine bedeutendere historische Erscheinung gewesen wären, als der Gewerkverein der englischen Maschinenbauer, was heute schwerlich von einem Sozialisten unterschrieben werden wird. Von den Gewerkschaften wird in der Inauguraladresse so wenig gesprochen, wie in Lassalles Antwortschreiben. Dagegen berührt sich die Ausführung der Adresse, daß die Kooperativbewegung, „auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge“, aber daß sie, zu nationalen Dimensionen ausgedehnt und durch Staatsmittel gefördert, die Massen retten könne, sehr nahe mit Lassalles bahnbrechender Agitationschrift.

Was von Marx und Lassalle selbst, das galt auch von ihren Anhängern, solange sie in getrennten Kolonnen marschierten. Trotz Lassalles Abneigung gegen Gewerkschaften waren es doch Lassalleaner, die zuerst über den Widerstand aus ihren eigenen Reihen hinweg, mit der Gründung von Gewerkvereinen vorgingen, sobald sie erkannten, daß die Arbeitermassen von selbst auf diesen Weg drängten. Gewiß kann man sagen, daß sie dabei große Fehler begangen haben, aber das läßt sich kaum weniger von der anderen sozialdemokratischen Fraktion sagen, die im Jahre 1871 auf ihrem Stuttgarter Kongreß als die Hauptaufgabe der Gewerkschaften die Bildung und die Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte empfahl. Mag auch im ganzen und großen die lassalleanische Richtung das geringere Interesse und Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung gehabt haben, so war doch der Unterschied keineswegs so groß, daß er irgend ein entscheidendes Gewicht besäße für die Frage, weshalb sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland langsamer entwickelt hat, als die politische.

Im letzten Grunde ergab sich diese Erscheinung aus dem ganzen Zusammenhange der deutschen Geschichte. Der deutsche Kapitalismus war ein Spätling gegenüber seinen westeuropäischen Geschwistern: als sich die deutsche Bourgeoisie und damit auch das deutsche Proletariat

auf halbwegs großem Fuße zu entwickeln begannen, fanden beide schon gehäufte historische Erfahrungen über den Klassenkampf vor, der zwischen ihnen entbrennen mußte. Die Folge davon war kühneres Selbstvertrauen und weiterer Blick beim Proletariat, größere Zaghaftigkeit und engerer Horizont bei der Bourgeoisie: die gegenseitig sich steigernde Wirkung ergab sich daraus, daß die deutsche Bourgeoisie auf den Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus verzichtete, daß die Arbeiterklasse ihre gesammelte Kraft in diesen Kampf werfen mußte, um den freien Spielraum zu gewinnen, dessen sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für ihre gewerkschaftliche Organisation bedarf. Der einfachste Selbsterhaltungstrieb gebot dem proletarischen Klassenkampfe, seine politische über seine gewerkschaftliche Organisation zu stellen; wäre er umgekehrt verfahren, so hätte er unendlich viel längere Zeit gebraucht, um eine Macht im nationalen Leben zu werden.

Er ist aber nicht umgekehrt verfahren und konnte auch gar nicht umgekehrt verfahren. Zwar wurzelt der Trieb zur gewerkschaftlichen Organisation viel zu tief in der modernen Arbeiterklasse, als daß er nicht immer und immer neue Wurzeln zu schlagen versucht hätte. Allein gerade die Leichtigkeit, womit diese Versuche von reaktionären Behörden mit Hilfe einer rückständigen Gesetzgebung ausgerottet wurden, wies die Arbeiter unaufhörlich auf den politischen Kampf hin. Dann kamen die Tage des Sozialistengesetzes, das keineswegs erlassen wurde, weil die herrschenden Klassen fürchteten, daß die Sozialdemokratie ihnen unversehens das Haus über dem Kopf anzünden könne, sondern weil sie den Arbeitern das bescheidene Maß von Rechten entreißen wollten, das sie sich allmählich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft errungen hatten. Auch unter dem Drucke des Sozialistengesetzes brach die gewerkschaftliche Bewegung stets von neuem trotz der polizeilichen Drangsalierungen hervor, wobei es sich denn freilich durch den Zwang der Umstände fügte, daß sie manche Aufgaben übernehmen mußte, die ihrem historischen Wesen fremd waren.

Dies wirkte auf ihre Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes ungünstig zurück. Namentlich der Streit um die Organisationsform, der eben auch eine Folge des Ausnahmegesetzes war, verschlang mehr Kraft und Zeit als notwendig oder auch nur erträglich gewesen wäre, und stieß mehr oder weniger die Arbeiterkreise ab, die für die gewerkschaftlichen Organisationen gewonnen werden

sollten. Dazu kam die wirtschaftliche Depression und ein starker Widerstand der Unternehmer, der sich am stärksten äußerte, wo der Staat trotz seines „sozialen Königtums“ der Unternehmer war. Der Parteitag in Halle hatte 1890 die lebhafteste Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung kundgegeben, allein drei Jahre später machten sich auf dem Parteitage in Köln zwar nicht Zweifel an ihrer Berechtigung, wohl aber an ihrer Leistungsfähigkeit geltend. Diese Zweifel entsprangen der Befürchtung, daß gegenüber der riesenhaft anschwellenden Konzentration des Kapitals die Gewerkschaften doch zu ewiger Ohnmacht verurteilt sein würden, oder auch der Sorge, daß sie durch die staatliche Arbeiterversicherung zu wichtiger Funktionen beraubt seien, um noch lebensfähig zu sein. Jedoch setzte alsbald ein neuer Aufschwung der Gewerkschaften ein, der sie schlagend als ein notwendiges Glied der modernen Arbeiterbewegung erwies und ihnen endgültig ihren ebenbürtigen Platz neben der politischen Partei wahrte. Es war ein historisches Urteil von bleibendem Wert, als Parvus in einer glänzenden Untersuchung dieses gewerkschaftlichen Aufschwungs schrieb: „Die größte Leistung der deutschen Arbeiter seit dem Falle des Sozialistengesetzes ist die Entwicklung der Gewerkschaften. In der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts gibt es nichts, was damit an Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf auch nur entfernt verglichen werden könnte.“

Der Haupthebel der gewaltigen gewerkschaftlichen Fortschritte war die Blüte der Industrie, die gegen die Mitte der neunziger Jahre anhub und bis zu ihrem Ende dauerte. Trug sie nicht wenig dazu bei, der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen vorläufig das Dasein zu fristen, so wurde sie von der arbeitenden Klasse mit aller Emsigkeit ausgenützt, den dauernden Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu begründen, so daß ihn auch die seit dem Beginne des neuen Jahrhunderts von neuem einsetzende wirtschaftliche Krise nicht wieder lahm zu legen vermochte. Die Krise hat den Aufschwung der Gewerkschaften verlangsamt, jedoch nicht unterbrochen.

Von den wenig über 200 000 Arbeitern, die im Jahre 1893 gewerkschaftlich organisiert waren, ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände bis zum Jahre 1902 auf 733 206 gestiegen. In 27 Berufen sind mehr als 20 und in 15 Berufen mehr als 30 Prozent der Berufsangehörigen organisiert. Hierzu gehören die Buch-

brucker, Bildhauer, Kupferschmiede, Handschuhmacher, Glaser, Steinseher, Lithographen, Hafenarbeiter, Tapezierer, Schiffszimmerer und Werftarbeiter, Töpfer, Gemeindearbeiter, Maurer, Stukkateure, Brauer, Graveure und Ziseleure, Porzellanarbeiter, Böttcher, Bergolber, Sutmacher, Buchbinder, Metallarbeiter, Zimmerer, Maler, Holzarbeiter, Dachdecker und Kürschner. Entsprechend diesem Wachstum an Mitgliedern sind auch die Finanzen der Gewerkschaften gewachsen. Um rund 10 Millionen Mark waren ihre Einnahmen im Jahre 1902 höher als im Jahre 1891, und ihre Ausgaben steigerten sich in dieser Zeit um $9\frac{1}{2}$ Millionen. Insgesamt hatten die Gewerkschaften im Jahre 1902 eine Einnahme von 11 097 744 und eine Ausgabe von 10 005 528 Mark zu verzeichnen; es blieb ein Kassenbestand von 10 258 559 Mark. Seit dem Jahre 1891 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände vereinnahmt 62 287 743 und verausgabte 55 254 131 Mark.

Zimmerhin sind erst 14,42 Prozent der industriellen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und so bleibt auf diesem Gebiete noch eine gewaltige Arbeit zu leisten. Allein die Dinge sind in historischen Fluss gekommen, und die ökonomische Organisation des deutschen Proletariats hat heute so feste Wurzeln geschlagen, wie seine politische Organisation. Dabei bewährt die späte Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nun auch die gute Seite, daß sie die Irrwege versperrt hat, denen die Trade Unions verfallen sind. Gewiß haben die bürgerlichen Arbeiterfreunde sich sofort bemüht, Unkraut in diesen Weizen zu säen, und es lag bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Dinge, daß sich ein wenig Rivalität ergab, als die ökonomische Organisation der Arbeiterklasse unter günstigen Konjunkturen sich gewaltig ausdehnte, während ihre politische Organisation in dem stagnierenden Sumpfe des Bückwurfs zu waten hatte. Dief dabei manchmal einige Überschätzung der Gewerkschaftsbewegung mit unter, so war das dieselbe Erscheinung, die früher im umgekehrten Sinne oft genug beobachtet werden konnte, wenn die politische Bewegung schneller vorwärts kam als die gewerkschaftliche. Die Verhältnisse, unter denen die moderne Arbeiterklasse zu kämpfen hat, werden nicht von ihr, sondern von der historischen Entwicklung gemacht, und es ist bei aller praktischen und prinzipiellen Klarheit sehr natürlich, daß der Arm, den sie unter den gegebenen Verhältnissen am kräftigsten rühren kann, auch als der an sich kräftigere erscheint.

Über solche kleinen, ebenso ungefährlichen wie unvermeidlichen, Reibungen hinaus hat es keinen ernsthaften Zwiespalt zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung gegeben, und es ist hinlänglich dafür gesorgt, daß es ihn auch niemals geben wird. Wie schon die erste Hälfte der siebziger, so zeigte abermals die zweite Hälfte der neunziger Jahre, daß auch die glänzendste Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise den Arbeitern nur eine sehr problematische Besserung ihrer Lage zu bieten vermag, während sie das Kapital unter ungeheuren Reichtümern erstickt. In den Jahren 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt, nach dem Kurswert, $11\frac{1}{2}$ Milliarden Mark neuer Emissionen aufgelegt worden, was noch bei weitem nicht, da keineswegs das ganze gesammelte Kapital durch die Börse geht, den gesamten Kapitalzuwachs in Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs erschöpft. Zu gleicher Zeit hat nach den, bekanntlich verhältnismäßig günstigen, Berechnungen der Unfallversicherung, das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter um noch nicht ganz 15 Prozent zugenommen, so daß es im Jahre 1899 volle 752 Mark, noch nicht einmal 15 Mark für die Woche betrug. Diese miserable Einkommensteigerung wurde dann aber auch, gerade wie in der Industrieblüte der siebziger Jahre, durch eine allgemeine Teuerung in höherem oder geringerem Grade illusorisch gemacht. Es kam endlich hinzu, daß sie nur zu einem geringen Teil durch Lohnerhöhung, zumeist aber durch regelmäßiger Beschäftigung und durch Überstunden erreicht wurde, so daß sie auch noch mit einer Häufung der industriellen Unfälle und einer absoluten wie relativen Vermehrung der Kinderausbeutung bezahlt werden mußte.

Diese ehernen Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise können auch durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse nicht aus der Welt geschafft werden. Die deutschen Gewerkschaften haben von Anfang 1895 bis Ende 1899 aus ihren Kassen $5\frac{1}{4}$ Millionen Mark für Streiks verausgabt, wozu nach den Berechnungen ihrer Generalkommission noch etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark aus freien Sammlungen geflossen sind. Schätzt man den Lohnausfall, was zum mindesten stimmen dürfte, auf das Doppelte der Streikunterstützung, so haben die Streiks in jenem Zeitraum den deutschen Arbeitern etwa 25 Millionen Mark gekostet. Von sämtlichen Streiks waren nun Abwehrstreiks 1895 46,0, 1896 31,3, 1897 42,9, 1898 53,3, 1899 44,5 Prozent. Ein Drittel bis über die Hälfte der Streiks mußte also, in der Periode der in-

industriellen Prosperität, unternommen werden, um die Lage der Arbeiter nicht obendrein verschlechtern zu lassen. Selbst ein erfolgreich geführter Abwehrstreik bedeutet für die Arbeiter noch keine Besserung ihrer Lage, ein teilweise gewonnener schon einen Verlust. Von den Streiks des Jahres 1899 haben nur 45,5 Prozent dazu geführt, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und zwar so, daß 31,4 Prozent mit einem vollen, 14,1 Prozent mit einem halben Siege der Arbeiter endeten. Über die Hälfte sämtlicher Streiks haben die Lage der Arbeiter nicht gehoben, 21 Prozent endeten damit, sie zu verschlechtern. Die alte Erfahrung, daß von den Abwehrstreiks viel mehr für die Arbeiter verloren gehen, als von den Angriffstreiks, fand auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ihre Bestätigung; der Prozentsatz der Verluste war bei den Abwehrstreiks mehr als doppelt so groß, wie bei den Angriffstreiks. Daraus ergibt sich, daß nur bei einer besonders günstigen Geschäftslage im allgemeinen und in jedem Einzelfalle die Gewerkschaften einen Streik erfolgreich durchzuführen vermögen, also weit entfernt von der Möglichkeit sind, die kapitalistische Produktionsweise von sich aus umzuwälzen.

Ihr unschätzbarer Wert liegt darin, die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, so daß sie nicht auf Gnade und Ungnade der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals ausgeliefert wird. Es war ungerecht, wenn ein Führer der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitage die erzieherische Wirkung des politischen Klassenkampfes gleich Null einschätzte gegenüber der gleichen Wirkung des ökonomischen Klassenkampfes; richtig ist jedoch, daß die gewerkschaftliche Bewegung in der modernen Arbeiterklasse eine Reihe von Fähigkeiten und Kräften auslöst, die in dieser Weise von ihrer politischen Bewegung nicht ausgelöst werden können, aber gleichwohl ausgelöst werden müssen, um den Sieg des Proletariats zu sichern. So sind beide Bewegungen darauf angewiesen, sich gegenseitig zu ergänzen, und ferner, als in jedem anderen großindustriellen Lande, ist in Deutschland die Gefahr, daß die Gewerkschaften je den trügerischen Lockungen der sogenannten Arbeiterfreunde aus der Bourgeoisie erliegen könnten.

Die imperialistische Politik sorgt mit jedem neuen Tage dafür, die gewerkschaftliche Bewegung auf den einzigen wirklichen Freund hinzuweisen, den sie auf deutscher Erde hat. Die Lehre des Zuchthausgesetzes ist und bleibt unvergessen; dieser Schlag war ebenso gegen die aufblühende Gewerkschaftsbewegung gezielt, wie seinerzeit der Schlag

des Sozialistengesetzes gegen die aufblühende sozialdemokratische Bewegung. Im Augenblick der größten Prosperität, als die Industrie, die Finanz, die Hausbesitzer, die Großgrundbesitzer Reichtümer über Reichtümer häuften, ließ sich das Reich der berühmten Sozialreform vom Kapital gegen die Gewerkschaften hezen, schwang es die Peitsche über die Arbeiter, um sie zu verhindern, auch nur den allerbescheidensten Teil, den wahren Bettleranteil vom allgemeinen Überfluß für sich zu erringen. Ohne die Sozialdemokratie wäre die Zuchthausvorlage aber zum Gesetze geworden; wie so oft schon früher, wäre auch diesmal die gewerkschaftliche Bewegung zertreten worden, wenn sie nicht einen mächtigen Schutzwall in der politischen Arbeiterbewegung besessen hätte. Solche Erfahrungen vergessen sich nicht so leicht, zumal nicht in den Tagen des Brotwuchers, der die beiden großen Zweige der deutschen Arbeiterbewegung aneinander schweißen würde, selbst wenn sie geneigt wären, sich zu trennen, wie sie es freilich nicht sind. Was nützt es den Gewerkschaften, daß sie sich mit der größten Mühe, unter den schwersten Entbehrungen, Lohnerhöhungen erkämpfen, wenn durch eine Steigerung der Lebensmittelpreise der mühsam errungene Erfolg mit einem Schlage zugunsten der rückständigsten unter den bestehenden Klassen eskamotiert wird?

Die Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen, sie stehen jedem Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung offen, sie fragen bei Streiks nicht nach dem Glaubensbekenntnis der Streikenden, aber wer ihnen einreden will, daß sie sich um die politische Arbeiterbewegung nicht zu kümmern hätten, der will sie über ihre wichtigsten Lebensinteressen täuschen und ist um so gefährlicher, wenn er, um sie täuschen zu können, vorher sich selbst zu täuschen gelernt hat.

Trotzdem ist keine Gefahr vorhanden, daß der eiserne Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Organisation des deutschen Proletariats jemals gelöst werden kann. Denn an den Faten der imperialistischen Politik zerschellen alle gaukelnden Seifenblasen bürgerlicher Verebtsamkeit.

3. Der Revisionismus.

Größere Hoffnungen auf eine Spaltung der Partei knüpfen sich bei ihren Gegnern an den Streit über die sogenannte revisionistische Bewegung, der eine Reihe von Parteitagen beherrscht und eine ziemlich

umfangreiche Literatur gezeitigt hat. Freilich hat er noch keinen Augenblick die praktische Parteipolitik zu beeinflussen vermocht, und solange er diesen Beweis des Geistes und Kraft nicht erbringt, fehlt ihm jede historische Bedeutung.

Wie einst die Kriegsnamen der Alten und Jungen, so sind die Kriegsnamen der Marxisten und Revisionisten hohle Schlagworte. Marxisten in dem Sinne, worin Marx selbst kein Marxist sein wollte, gibt es in der Partei nicht und kann es in ihr nicht geben; das Schwören auf die Worte der Meister ist nur das traurige Schicksal jeder Schule, die eine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt. Irgend eine Wahrheit dieser Art kennt der Marxismus eben nicht. Er ist kein unfehlbares Dogma, sondern eine wissenschaftliche Methode. Er ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte; er ist vielmehr der proletarische Klassenkampf, in Gedanken erfaßt; er ist aus den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit. Dem entspricht es durchaus, daß es gerade die „orthodoxen“ Marxisten gewesen sind, welche die wissenschaftlichen Resultate, die einst von Marx und Engels gewonnen worden sind, nach der wissenschaftlichen Methode dieser Männer zu revidieren verstanden haben.

Solange der proletarische Emanzipationskampf das Leben der modernen bürgerlichen Gesellschaft beherrscht, und er beherrscht es von Jahr zu Jahr mehr, solange ist der Marxismus das letzte Wort aller Gesellschaftswissenschaft, versteht sich, der wirklichen Gesellschaftswissenschaft, der es um die Erkenntnis als solche und nicht um schönfärberische Zwecke zu tun ist. Wer über den Marxismus als wissenschaftliche Methode hinaus und doch nicht einfach zur bürgerlichen Welt zurück will, der verfällt entweder dem Eklektizismus oder dem Skeptizismus. Dem Eklektizismus, indem er aus überall hergeholtem Material eine neue Theorie erbaut, die etwa mit jedem Kartenhause an Festigkeit wetteifert. Oder dem Skeptizismus, indem er hinter jeden Satz von Marx ein Fragezeichen malt oder vielleicht auch nach der schon von Lessing gekennzeichneten Methode diesem oder jenem Satze etwas für den sogenannten gesunden Menschenverstand Plausibles entgegensetzt, alles übrige aber mit triumphierender Verachtung übergeht. Zwischen der Scylla

jenes Effektizismus und der Charybdis dieses Skeptizismus treibt der Revisionismus steuerlos einher.

Sein eigentliches Wesen ist die Wesenlosigkeit. Weil er sich selbst mißverstehet, fühlt er sich nicht ohne Grund von aller Welt mißverstanden; da er lauter Nebel ist, behauptet er mit einigem Fug, nicht Fleisch und Bein zu sein. Er revidiert die sozialistische Theorie nicht vom Boden der sozialistischen Theorie, sondern aus bürgerlichen Vorstellungen heraus, vor denen er dann selbst erschrickt und nichts gesagt haben will. Was für den Marxismus Mittel zum Zwecke ist, die unablässige Kritik, womit er die jeweilige Wirklichkeit erforscht, das ist für den Revisionismus zum Selbstzweck geworden; er revidiert, um zu revidieren, und aus lauter Scheu vor einem absoluten Dogma verschmäh't er jede relative Wahrheit. Er denkt keinen Gedanken zu Ende und klagt über den Mangel an „gutem Ton“, wenn ihm die Logik der Dinge ins weiche Fleisch schneidet.

So kommt er von Nichts durch Nichts zu Nichts. Es hat nie einen schlechteren Propheten gegeben, als der Revisionismus ist. Während der industrielle Aufschwung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die „orthodoxen“ Marxisten zu eingehenden und mühsamen Untersuchungen veranlaßte, inwiefern dadurch die marxistische Krisentheorie berichtigt werde, erklärte der Revisionismus frischweg für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich, worauf der alsbald erfolgende Krach die pünktliche Antwort gab. Während die Marxisten die steigende Entwicklung der Gewerkschaften freudig begrüßten, aber deshalb nicht die noch ungleich gewaltiger steigende Akkumulation des Kapitals übersehen, verhiß der Revisionismus von den Erfolgen der Gewerkschaften eine allmähliche Expropriation der Kapitalistenklasse. Während die Marxisten die neue Form der imperialistischen Politik studierten und von ihr vorher sagten, daß sie die politische Kraft der Bourgeoisie gänzlich zermürben, aber der revolutionären Kraft des Proletariats desto größeren Spielraum schaffen werde, träumten die Revisionisten von einer sozialistisch-demokratischen Arbeiterpartei, die im Anschluß an das noch ziemlich gesunde Bürgertum ihr Heil suchen müsse, worauf abermals die Reichs- und Landtagswahlen von 1903 die pünktliche Antwort erteilt haben.

Unter solchen Umständen bietet der Revisionismus kein historisches Interesse, als allein die Frage, wie er in der deutschen Sozialdemo-

kratte hat entstehen können. Diese Frage beantwortet sich durch die Überlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die ihre Kraft in hohem Maße verzehrte, durch ihr schnelles Wachstum, das ihr die verschiedenartigsten Elemente aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zuführte, durch die Belehrung der bürgerlichen Intelligenz, die immer lange zu ringen hat, ehe ihr die sozialistische Denkweise in alle Hirnfasern übergegangen ist, genug aus einer Reihe von Umständen, die zeitweise den großen theoretischen Sinn verdunkelt haben, den einst Marx an den deutschen Arbeitern rühmte.

Aber verdunkelt, wie dieser Sinn unter dem Einfluß einer an sich heilsamen und notwendigen Entwicklung sein mag, ist er deshalb noch lange nicht erstickt. Er lebt in den Arbeitermassen so lebendig, wie je, wofür der schlagendste Beweis ist, daß der Revisionismus in diesen Massen niemals hat festen Fuß fassen können, daß er nie den geringsten Einfluß auf ihre praktische Bewegung gehabt hat. Der proletarische Klassenkampf ist viel zu robust, als daß er sich mit bloßen Stimmungen aufhalten könnte. Und mehr als eine Stimmung ist der Revisionismus in Deutschland niemals gewesen.

Wie solche Stimmungen nicht im Augenblick entstehen, so vergehen sie auch nicht im Augenblick. Insofern mag sich der Revisionismus rühmen, auch nach dem Dresdener Parteitage noch fortzuleben. Aber er lebt nur noch in flechem Dahinschwinden, nachdem er, vor die Frage vom Sein oder Nichtsein gestellt, sich abermals ekliptisiert und in manchen seiner Vertreter seine Sorge um den „guten Ton“ durch einige Lärmereien bekundet hat, die seinen Rückzug decken sollten, wie einst ähnliche Szenen den Rückzug der Jungen. Nicht das Prestige der Sozialdemokratie über die Volksmassen wurde in Dresden erschlagen, wie die bürgerlichen Gegner in ihrer unheilbaren Unkenntnis proletarischer Massenbewegungen träumen; vielmehr zerstreute in ihnen der alte revolutionäre Gedanke, der die deutsche Arbeiterbewegung beseelt, die leisen und losen Wolken, die auf der Mittagshöhe unaufhaltbarer Erfolge ein wenig die Fernsicht getrübt hatten, wie dem Wanderer im Hochgebirge die scheinbar recht strahlende Sonne den Horizont zu verschleiern pflegt.

Zwölftes Kapitel.

Rück- und Uorblicke.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts blickt erst auf eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit zurück; was bedeuten im Leben der Völker ein bis zwei Menschenalter! Dennoch hat ihr die flüchtige Frist genügt, sich zu einer Macht zu entwickeln, die nicht mehr niedergeworfen werden kann. Es ist übertrieben, zu sagen, daß sie nur noch mit Siegen zu rechnen brauche, denn die schwersten Kämpfe stehen ihr noch bevor. Sie kann in ihnen Niederlagen erleiden, wie sie deren in der Vergangenheit erlitten hat; ja, wenn sie Niederlagen in der Zukunft erleiden sollte, so werden sie schmerzlicher sein, als ihre Niederlagen in der Vergangenheit gewesen sind. Aber was durch keine Niederlage mehr, auch durch die schwerste nicht, gebrochen werden kann, das ist die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst. Sie ist der Eckstein der menschheitlichen Kulturentwicklung geworden, und mit Recht sagt Rudolf Meyer von der deutschen Sozialdemokratie, ohne ihre Blüte sei die Blüte der deutschen Industrie undenkbar, was mit anderen Worten nur heißt, daß Deutschland aus dem Reigen der großen Kulturvölker verschwinden würde, wenn die Zerschmetterung seines klassenbewußten Proletariats gelänge, wie sie denn freilich niemals gelingen kann.

Eine weltgeschichtliche Massenbewegung ist wie ein großes Freskogemälde, das aus einer gewissen Entfernung betrachtet sein will; wer sie mit der Lupe untersucht, mag sich einbilden, nichts anderes zu sehen, als einen wirren Haufen grober Klebe und Striche. Der kurzfristige Blick läßt sich dadurch leicht irre führen; wie seltsam liest sich heute, was ein angesehenener bürgerlicher Schriftsteller vor kaum erst dreißig Jahren schrieb: man dürfe einen deutschkatholischen Wanderprediger nicht dem verächtlichen Hohne preisgeben, der einem in Wirtschaftshäusern dozierenden reisenden Bassalleaner schon recht sei! Wer historisch

zu denken und zu urteilen vermag, wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer nur nach ihren großen historischen Zusammenhängen auffassen. Aber freilich wird sich auch ihm in anderer Weise empfindlich machen, wie klein der einzelne gegenüber dieser ungeheuren Weltwende ist. Er wird den steghaften Lauf des Stromes verfolgen, aber von dem, was in purpurner Tiefe lebt, von der geistigen und sittlichen Energie, von dem menschlichen Adel, von dem Tatendrang und Wissensburch, der in Tausenden und Tausenden von Einzelschicksalen die Wasser vorwärts treibt, wird er nur eine schwache Vorstellung geben können. Hier wäre eine unerschöpfliche Fundgrube des herrlichsten Stoffes für moderne Dichter, die dieses Namens würdig sein wollen.

Nicht als ob der Proletarier, der zum Klassenbewußtsein erwacht, dadurch ein vollkommener Mensch würde. Mag sich die versinkende Bourgeoisie mit der Frage eines „Übermenschentums“ über ihren moralischen und politischen Niedergang trösten; die Arbeiterbewegung ist echt menschlich und rein menschlich. Wie sollten auch unter den unmenschlichen Zuständen, die der Kapitalismus über die Masse der Menschen verhängt, ideale Menschen entstehen können! Gerade aus den Tiefen menschlicher Erniedrigung ringt sich die Arbeiterklasse zu einem menschenwürdigen Dasein empor, aber in diesem Ringen entfalten sich alle jene Züge echter Menschlichkeit, die Nietzsche, der Modephilosoph der Bourgeoisie, nicht genug zu schmähen weiß: Gemeinsinn, Wohlwollen, Rücksicht, Fleiß, Mäßigkeit, Bescheidenheit, Nachsicht. Nicht von einem Tage zum anderen, nicht überall gleichmäßig, auch nicht ohne Hemmnisse und Rückschläge, aber wer die moderne Arbeiterklasse kennt, wird einen mächtigen Fortschritt erkennen, der für die Kultur der Menschheit unendlich viel mehr bedeutet, als die Dogmen aller Religionen und die Lehren aller Philosophen je für sie bedeutet haben.

Deshalb gibt es keine ruch- und sinnlosere Politik, als sie von den Scharfmachern der Bourgeoisie betrieben wird. Aber auch die wohlmeinenden Ideologen, die dem proletarischen Klassenkampfe aus angeblich ethischen Gründen und mit angeblich ethischen Mitteln an den Kragen wollen, wissen im günstigsten Falle nicht, was sie tun. Als ob der noch so herausfordernde und unbequeme Troß dieses Kampfes nicht immer eine rauhe und männliche Tugend wäre, wie die freiwillige Unterwerfung unter ein unwürdiges Joch ein feiges und weibisches Laster ist.

Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut; die Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles Offenes Antwortschreiben empfahl. In dem rasiosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andere Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht: das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, so ergibt sich aus diesem Widerstreite nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch der Partei bewirkt. Sie hat geirrt und kann wieder irren, aber keiner Macht der Welt ist es mehr gegeben, sie dauernd ihrem Ziel abwendig zu machen oder sie dauernd über die richtigen Wege zu ihrem Ziele zu täuschen.

Lohnt es sich noch, ein Wort über die Lören zu verlieren, die von den „Utopien“ der Sozialdemokratie reden, eben weil die moderne Sozialdemokratie allen Utopismus abgetan hat? Sie läßt sich daran genügen, daß jeder Schritt, den sie vorwärts tut, um die Lohnsklaverei zu zerbrechen, auch ein Schritt vorwärts ist, um die kommunistische Gesellschaft zu schaffen. So vollziehen sich weltgeschichtliche Befreiungskämpfe überhaupt, und anders können sie sich gar nicht vollziehen. Die Sozialdemokratie verhöhnert, weil sie kein Bild der kommunistischen Gesellschaft in der Tasche hat, heißt die großen Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse verhöhnert, weil sie das feudale Joch zerbrachen, ohne eine Ahnung von der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Dampfschiffen und Eisenbahnen und tausend technischen Wundern zu haben. Vor gerade hundert Jahren entwarf Fichte, damals sicherlich der freieste Kopf in Deutschland und nebenbei einer der größten Denker aller Zeiten, ein Bild des bürgerlichen Zukunftsstaats, das heute selbst Junker und Pfaffen als eine reaktionäre Utopie zurückweisen würden. Deshalb war die Abschüttelung des feudalen Jochs keine bürgerliche Utopie, so wenig wie heute die Abschüttelung des kapitalistischen Jochs eine proletarische

Utopie ist, weil das Proletariat ein- für allemal darauf verzichtet, Bilder einer Zukunft zu entwerfen, die kein Mensch vorhersehen kann.

In dem einen wie in dem anderen Falle vollzog und vollzieht sich eine historische Notwendigkeit mit unerbittlicher Gewalt. Nur darin liegen wirkliche Unterschiede, daß die Schnelligkeit, womit sich die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, zu der Schnelligkeit, womit sich die feudalistische in die kapitalistische Gesellschaft umgewälzt hat, etwa so verhält, wie die Schnelligkeit einer Lokomotive zur Schnelligkeit einer Postkutsche, daß mit dem kapitalistischen Joch das letzte Joch zerbrochen wird, das die Menschheit bittelt.

Der Emanzipationskampf der modernen Arbeiterklasse ist der glorreichste und größte Befreiungskampf, den die Weltgeschichte kennt, und Jahrhunderte deutscher Schmach löst die Tatsache aus, daß die deutsche Sozialdemokratie diesen Kampf in der Vorhut führt.



Anmerkungen.

Das fünfte Buch hat gegen die erste Auflage keine wesentliche Änderung erfahren, und das sechste Buch wenigstens nicht die durchgreifende Umgestaltung, die ich für die zweite Auflage ins Auge gefaßt hatte.

Ich sage darüber in der ersten Auflage: „Mein Ziel war in erster Reihe, die Zeit des Sozialistengesetzes in ihrer gesamten historischen Gliederung darzustellen. So reich an menschlichem Heldentum der Chartismus und der Trade Unionismus, die Juni- und die Kommunalämpfe sind, so hat doch die deutsche Sozialdemokratie zum erstenmal in einem zwölfjährigen, klug, konsequent und kühn geführten Kampf einen modernen Staat mit seinen ungeheuren Machtmitteln besiegt. Indem ich mich bemühte, diese weltgeschichtliche Tatsache ins klarste Licht zu stellen, mußte freilich das Detail manche Not leiden. . . . Sollte mir später vergönnt sein, den Stoff noch einmal zu bearbeiten, so würde ich meine Darstellung mit den Einzelheiten ausbauen, die in ihrer Art für die deutsche Arbeiterklasse nicht minder ruhmwürdig sind, als der große Gang dieses zwölfjährigen Heldentampfes.“ Wenn ich gleichwohl auf der Ausführung dieser Absicht verzichtet habe, so geschah es, weil es mir nicht gelungen ist, ein so erschöpfendes Material zu gewinnen, wie notwendig gewesen wäre, um nach allen Seiten hin gerecht zu sein. Wohl sind in den fünf letzten Jahren manche wertvolle, ins Einzelne gehende Schilderungen für bestimmte Orte oder bestimmte Zeitabschnitte erschienen, aber es sind immer nur erst Bruchstücke, und so hielt ich es für ratsamer, es einstweilen noch bei dem allgemeinen, aber in sich geschlossenen Bilde bewenden zu lassen, als durch ungleiche Verteilung von Licht und Schatten die historische Perspektive der ganzen Zeit zu verschieben.

Dagegen habe ich am Schlusse des Werkes eine Übersicht der historischen Entwicklung von dem Erfurter bis zum Dresdener Parteitag gegeben. Sie konnte begreiflicherweise nur in sehr flüchtigen Strichen gezeichnet werden, aber ich hoffe, daß diese, ich darf nicht sagen Ausführungen, sondern nur Andeutungen, doch manchem Leser willkommen sein werden. Es erscheint fast anmaßend, mich ausdrücklich dagegen zu verwahren, daß sie keine abschließende Darstellung geben wollen; genug, wenn sie einige orientierende Fingerzeige über den Zusammenhang der Gegenwart mit der Vergangenheit enthalten.

Fünftes Buch.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. Nächst den Parteizeitungen Engels, Gewalt u. Otonomie b. d. Herstell. d. Deutsch. Reichs NZ 14¹, 676. Durch die Denkwürdigkeiten des Königs Karl von Rumänien, Berl. 94, ist nunmehr erwiesen, daß Bismarck die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern als Falle für Bonaparte betrieben hat. Von geringerer Bedeutung ist die Fälschung der Emser Depesche, die sich zwar mit allen Auslegungskünsten nicht aus der Welt schaffen läßt, aber die den Krieg nicht verursacht hat. Über die Vorgänge in Versailles Busch, Bismarck u. s. Leute, Leipz. 78; Tagebuch des Kronprinzen i. d. Deutsch. Rundschau vom Okt. 88; die von W. Duden in einer Festschrift veröffentlichten Briefe des Königs Wilhelm; Lorenz, Kaiser Wilhelm u. d. Begründ. d. Reichs, Jena 02; die Denkwürdigkeiten Stiebers; Reichstagsverhandlungen über die Versailler Verträge. Die Adressen der Internationalen über den Krieg bei Marx, Bürgertr. i. Frankr. Bracke, Braunschweiger Ausschuß, Braunschw. 72. Leipziger Hochverratsprozeß, Berl. 94.

Die Hochfut der Milliarden. Gründungsschwindel: R. Meyer, Pol. Gründer u. d. Korrupt. i. Deutschl., Leipzig 77, die geistreichste und gründlichste Schilderung der Milliardenperiode. Glagau, D. Börsen- u. Gründungsschwindel, Leipz. 70; Glagau ist in seinen tatsächlichen Angaben zuverlässig, aber in seiner Auffassung beschränkt-kleinbürgerlich und philiströs. Bericht über die Eisenbahngründungen, i. d. Druckf. d. preuß. Landtags. Mehring, D. gerettete Miquel, NZ 12¹, 801, u. Bleichröders Kommiss. (Kardorff), NZ 16¹, 705, ferner über mancherlei Preßbeteiligungen Kapital und Presse. Kulturkampf: Engels, Gewalt usw. Agrarsozialismus: Berliner Revue; Robbertus, Kreditnot u. Briefe; R. Meyer, Emanzipationskampf. Kathedersozialismus: Verhandlungen d. Eisenach. Versamml. am 6. u. 7. Okt. 72, Leipz. 73. Oppenheim, D. Kathedersozialism., Berl. 72. A. Wagner, Off. Brief a. Oppenheim, Berl. 72, eine mißlungene Nachahmung Lassallescher Keulenschläge. Wie historisch, so haben auch polemisch Brentano und Schmoller den Kathedersozialismus am besten vertreten: Brentano, D. „wissenschaftliche“ Leistung d. Herrn Bamberger, gegen Bamberger, Arbeiterfrage, Stuttg. 73, und Schmoller, Üb. einige Grundfr. d. Rechts u. d. Volkswirtsch., Jena 75, gegen Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gründ., Berl. 75. Für die Unzulänglichkeit des Kathedersozialismus gegenüber der Sozialdemokratie ist typisch Held, D. deutsche Arbeiterpresse, Leipz. 73, und Held, Sozialism., Sozialdemokr. u. Sozialpolit., Leipz. 78.

Lassalleaner und Eisenacher. Neuer Sozialdemokr. u. Volksstaat. Engels, Z. Wohnungsfrage, Leipz. 72. Offizieller Bericht d. Lond. Generalk. a. d. Haager Kongreß, Braunschw. 72. Les prétendues scissions dans l'Internationale, Genève 72. E. Komplotz gegen die Intern. Arbeiterassoz., Braunschw. 74. R. Hirsch, D. angebl. soz. Theorien

u. d. wirkl. pol. Bestrebungen d. Herrn Bakunin, Leipz. 72. Rüegg, A. Briefen an J. Ph. Becker, N3 6, 449. Engels, Biographie v. Marx in Brackes Volkskal. 78. Über die Verhandlungen des Haager Kongresses enthält der Volksstaat sehr gute Berichte. Diehgen, D. Religion d. Sozialdemokr. u. a. Aufsätze im Volksstaat. C. A. Schramm, Grundz. d. Nationalökon., Leipz. 76. Liebknecht, Festreden: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen, Zu Schutz u. Trutz, Leipz. 72. Bracke, D. Lassallesche Vorschlag, Braunschweig 73. Karl Hillmann, Prakt. Emanzipationswinke, Leipz. 73. A. Bringmann, Gesch. d. deutschen Zimmererbewegung., Stuttg. 03. Bringmann stimmt mit meiner Auffassung von Schweigers Charakter und Tätigkeit überein, polemisiert gegen mich aber insofern, als er meint, auch die gewerkschaftliche Bewegung habe bei den Lassalleanern stärkere Förderung gefunden, als bei den Eisenachern. Davon habe ich mich nun aber doch nicht zu überzeugen vermocht, bin vielmehr der Ansicht, daß Bringmann hier zu einseitig vom Standpunkt der Zimmererbewegung aus urteilt, die allerdings, ebenso wie die Maurerbewegung, bei den Lassalleanern besonders stark ausgebildet war. Franz, Herr Böhmer u. f. Fälschungen d. Wissensch., Zür. 73, gegen Böhmer, Sozialism. u. Arbeiterfr., Zür. 72. Schweiger, A. d. Arbeiter Deutschl., Hamb. 72. Lange, Arbeiterfr., 3. Aufl. Schäffle, Quintessenz d. Sozialism., Gotha 74. Treitschke, D. Sozialism. u. f. Öänner.

Der Gothaer Einigungskongress. Protokoll d. Einigungskongr., Leipz. 75. Marx, Programmbrief. Bernstein, J. Vorgesch. d. Gothaer Progr., N3 15', 466. K. Hirsch, D. Parteipresse, Leipz. 76.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Engels, Schutz Zoll u. Freihandel. Rautsky, Deutsche u. amerik. Zollpolitik, N3 9', 161. Die massenhafte Literatur der antisemitischen und schutzöllnerischen Reaktion zähle ich nicht im einzelnen auf. Poschinger, Bismarck a. Volkswirt, Berl. 89 bis 91. Quard, J. auß. Gesch. d. Fabrikinspekt. i. Deutschl., Frankf. 89. Protokolle d. Gothaer Kongresse v. 76 u. 77. Bracke, Nieder mit d. Sozialdemokraten! Braunsch. 76. (Unruh), D. Sozialdemokr., was sie d. Wählern versprechen u. was sie wollen, Berl. 76. W(ilhelm) S(pittgerber), Ins Schlaraffenland m. d. Sozialdemokr., Magdeb. 76. Bracke, D. Verzweifl. i. liberal. Lager, Braunsch. 76. Liebknecht, Soll Europa kosakisch werden? Leipz. 78. S. L(eyn), Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zür. 78. Most, Kapital u. Arbeit, Chemn. Most, D. sozial. Beweg. i. alten Rom u. d. Zäsarismus, Berl. 78. Most, D. Lösung d. sozial. Frage, Berl. 76. Die Zukunft, Sozialist. Revue, Berl. 77/78; vom Jahrgang 78/79 sind noch drei Hefte erschienen. Die neue Gesellschaft, Monatschr. f. Sozialwissensch., Zür. 77 bis 80, im ganzen 30 Hefte. Dühring, Krit. Gesch. d. Philos., Krit. Gesch. d. Nationalökon. u. d. Sozialism., Kursus d. National- u. Sozialökon., alle Berl. i. d. siebz. Jahren. Engels, Anti-Dühring. Bernstein, J. dritten Auflage d. Anti-Dühring, N3 13', 101.

Das Sozialistengesetz. Eug. Richter, Fortschrittsp. u. Sozialdemokr., Berl. 78. Eug. Richter, D. Sozialdemokr., was sie wollen u. wie sie wirken, Berl. 78. Thun, Industr. a. Niederrh. Todt, D. radikale deutsche Sozialism. u. d. christl. Gesellsch., Wittenb. 78. Stöcker, 13 Jahre Hofpred. u. Politiker, Berl. 96. Göhre, D. evangel.-soz. Bewegung, Leipz. 96. Über die Attentate und den weißen Schrecken reichliches Material im Vorwärts, hier auch die Polemik zwischen Marx und Bucher, neuerdings abgedr. bei Poschinger. Treitschke, D. Sozialism. u. d. Meuchelmord, Berl. 78. Reichstagsverhandlungen über die beiden Entwürfe des Sozialistenges.

Sechstes Buch.

Für die ersten zehn Jahre des Sozialistengesetzes bietet reichen Stoff die von kundiger Hand verfaßte Denkschrift: Nach zehn Jahren, Mater. u. Gloss. z. Gesch. d. Sozialistenges., London 89 u. 90. Die gewerkschaftliche Bewegung dieser Zeit hat einen fleißigen und unterrichteten Bearbeiter gefunden in Schmöle, D. sozialdemokr. Gewerksch. i. Deutschl. s. d. Erlasse d. Sozialistenges., Jena 96. Zwölf Jahre Sozialistengesetz, Berl. 90, ist eine leichte ultramontane Journalistenarbeit. Polizeiliche Verzeichnisse der auf Grund des Sozialistengesetzes ergangenen Verbote von Brandt, Berl. 82, und Ayratt, Berl. 86. Wertlose Polizeischriften sind Zacher, D. rote Intern., Berl. 84; Sozialism. u. Anarchism. v. 83 bis 86, Berl. 87; D. Anarchism. u. s. Träger, Berl. 87; Krieter, D. geh. Organ. d. sozialdemokr. Partei, Magdeb. 87, und ein paar ähnliche Schriften. Die Hauptquellen bleiben immer die elf Jahrgänge des Zürich-Londoner Sozialdemokraten und die Stenogr. Reichstagsberichte. An Beiträgen zur inneren Geschichte der Partei in dieser Zeit seien erwähnt Auer, Von Gotha bis Wyden, Berl. 01; Schlüter in mehreren Aufsätzen des Kalenders zur Newyorker Volkszeitung und die Denkschrift zum 21. Oktober 1903, mit Beiträgen von Auer, Bebel, Bernstein, Motteler und Singer.

Ein Jahr der Verwirrung. R. Hirsch, D. Laterne, Brüssel, 29 Nummern vom 15. Dez. 78 bis 29. Juni 79. Most, Taktik kontra Freiheit, London 80, enthält die wichtigsten Artikel aus den Anfängen der Freiheit. Jahrbuch für Sozialwissensch., Zür. 79 bis 81, 2. Jahrgg. in 8 Bdn. Staatswirtschaftliche Abhandl., Leipz. 79 bis 81, etwa 20 Hefte. In der ersten Auflage hatte ich bei Besprechung der auf dem Wydener Kongreß geführten Debatten gesagt: „Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden.“ Ich habe diesen Satz gestrichen, weil er, unter anderem bei Auer und Bebel, die mißverständliche Auffassung hervorgerufen hat und nach seinem Wortlaut vielleicht auch hervorrufen kann, als ob die Führer damals nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Diese Behauptung hat mir so fern gelegen, wie sie ungerecht gewesen sein würde; ich wollte nur sagen, daß der Instinkt der

Massen den richtigen Weg durch die widerstreitenden Ansichten der Führer gefunden habe. Daß ein solcher Streit stattgefunden hat, scheint mir allerdings zweifellos zu sein, womit weder bestritten ist, daß alle Führer nach besten Kräften und Gewissen ihre Pflicht erfüllt haben, noch auch, daß ein Teil von ihnen von vornherein den richtigen Weg erkannt hatte. Im übrigen habe ich das erste Jahr des Sozialistengesetzes nach seinen verschiedenen Strömungen zu kennzeichnen gesucht und konnte deshalb den zusammenfassenden Satz streichen, dessen apodiktische Form mißverstanden werden konnte und mißverstanden worden ist.

Der neue Aufmarsch. (Karl Schneidt), Die Hintermänner der Sozialdemokratie, Berl. 90, enthält einzelne beachtenswerte Mitteilungen über die Sezession Hasselmann-Most. Protokoll d. W'ydenener Kongresses, Zür. 80. Künzle, D. erste Hochverratsproz. vor dem deutschen Reichsgericht, Leipz. 81, nach stenogr. Niederschrift.

Frage und Antwort. Die deutsche Geheimpolizei i. Kampfe m. d. Sozialdemokr., Aktenstücke u. Enthüll., Zür. 82. D. Monsterprozeß gegen die Vorstände der Berliner Gewerkschaften, München 83. Schmöle a. a. D. Protokoll d. Kopenhagener Kongresses, Zür. 83.

Wissenschaftliche Sammlung. Engels, Ursprung d. Familie, d. Privateigent. u. d. Staates, Zür. 84, 3. Aufl. Stuttg. 92. Schippel, D. moderne Glend u. d. moderne Übervölker., Leipz. 83, n. Aufl. Stuttg. 88. R. Schmidt, D. Durchschnittsprofirate a. Grund d. Marxschen Wertgef., Stuttg. 89. Bernstein, Kautsky, Schoenlant, zahlr. Auff. NZ. u. ZSD.

Reitsche und Zuckerbrot. Kautsky, D. Arbeiterbewegg. i. Österr. NZ 6, 49. Prozeß Stellmacher, Wien 84. Weber, D. Frau u. d. Sozialism., 25. Aufl., Stuttg. 95. Vollmar, D. isolierte Sozialist. Staat, Zür. 78.

Der Anfang vom Ende. Anarchistische Umtriebe i. d. Schweiz, Bericht d. eidgenöss. Generalanwalts, Bern 85. R. Braun, Berichte u. Betracht. über die beiden großen Hochverratsprozesse v. d. Reichsgericht, in Pandämonium, Hamb. 85. Quard, D. Arbeiterschutzesegg. i. deutschen Reiche, Stuttg. 86. Enquetebericht über die Arbeiterinnen der Wäschefabrikation u. Konfektionsbranche, Druckf. d. deutsch. Reichst., bespr. v. Schoenlant NZ 6, 116. Siehe auch R. Frankenstein, D. Lage d. Arbeiterinnen i. d. deutsch. Großstädt., Leipz. 88. Die zwanzigjährige Arbeiterinnenbew. Berlins, Berl. 89. Recht auf Arbeit, München 85. Kautsky, D. Kapital v. Rodb., NZ 2, 337. E. U. Schramm, R. Kautsky u. Rodb., NZ 2, 481, Kautsky, E. Replik 494. E. U. Schramm, Antwort a. Herrn R. Kautsky, NZ 3, 218, Kautsky, Schlußwort 224. E. U. Schramm, Rodb., Mary, Laffalle, München 86. Bernstein, E. moral. Kritiker u. f. krit. Moral, ZSD 86, Nr. 4 bis 7 u. Nr. 9. Schäßfle, D. Ausichtslosig. d. Sozialdemokr., Tüb. 85. Ausführliche Besprechungen NZ und ZSD.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes. Über die Verfolgung der gewerkschaftlichen Bewegung neben Schmöle namentlich Das Koalitions-

recht der deutschen Arbeiter im Lichte der Tatsachen, e. Petit. a. d. Reichst. v. d. Agitationskommission der Maurer, Hamb. 89. Bebel, Preßstimmen über das Freiburger Urteil, Leipz. 86. Muser, Sozialistenges. u. Rechtspl., Karlsruhe 89. Protokoll über den Parteitag in St. Gallen, St. Gallen 87.

Die 99 Tage. Über die Entlassung Puttkamers gibt es noch eine andere Lesart, wonach Bismarck sie veranlaßt haben soll, weil Puttkamer der „kommende Mann“ der kartellfeindlichen orthodox-reaktionären Clique gewesen oder doch als solcher von Bismarck beargwöhnt worden sei. Wahrscheinlich ist dieser Zusammenhang aber nicht nach allem, was bisher über Puttkamers Entlassung bekannt geworden ist.

Der Zusammenbruch. Immediatbericht Bismarcks über das kronprinzliche Tagebuch. Briefwechsel zwischen Bismarck Sohn und Morier. Die Volkszeitung wurde vom Jan. 86 bis Okt. 90 von mir geleitet; die von mir verfaßten Artikel zum 9. und 18. März 89, von denen dieser den vorgeschobenen, jener den wirklichen Anlaß zum Verbot des Blattes gab, waren ziemlich harmlos, wurden aber trotzdem von der bürgerlich-oppositionellen Presse, einschließlich der Frankfurter, der Freisinnigen und der Wostischen Zeitung heftig verleugnet. Der erste Nichtgentleman (Meineidsmichel) auf dem Zeugenstande, München 89. Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, Nürnberg. 89. Oldenberg, Studien z. rheinisch-westfäl. Bergarbeiterbewegung, Leipz. 90. Kautsky, Thomas More u. s. Utopie, Stuttg. 88. Bloß, D. französ. Revolut., Stuttg. 89. J. Stern, Halbes u. ganzes Freidentert., Stuttg. 89. Klara Zetkin, D. Arbeiterinnen- u. Frauenfrage d. Gegenw., Berl. 89. Schoenlank, D. Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen u. ihre Arbeiter, Stuttg. 88.

Die Liquidation. H. Müller, D. Klassenf. i. d. deutsch. Sozialdemokr., Zür. 92. Vollmar, Über d. nächst. Aufg. d. deutsch. Sozialdemokr., München 91. Protokolle der Parteitage in Halle u. Erfurt, Berl. 90 u. 91. Kautsky u. Schoenlank, Grundf. u. Ford. d. Sozialdemokr., Erläuterungen z. Erfurt. Progr., Berl. 92. Kautsky, Das Erfurter Programm i. s. grundsätzl. Teil, Stuttg. 92. Eine pikante Gegenschrift A. Wagner, D. neue sozialdemokr. Progr., Berl. 92.

Von anderthalb bis drei Millionen Stimmen. Für die allgemeine Übersicht dieses Kapitels, die eine nähere Angabe von Quellen weder erheischt noch zuläßt, habe ich mehrfach die ausgezeichneten Abhandlungen von Parvus benutzt: Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 96, und Die Handelskrisis und die Gewerkschaften, München 01.

Rück- und Vorblicke. Über die sozialpsychologische Umwälzung des Proletariats unter dem Einfluß der großindustriellen Entwicklung liegt erst verhältnismäßig geringes und weit verstreutes Material vor. Vom christlich-sozialen Standpunkt Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter, Leipz. 91. Ich unterschreibe, was Schippel NZ 9², 468, über die Schrift sagt: „In dem Wilde ist vieles verzerrt und verzeichnet, vieles aber auch mit über-

raschender Sicherheit gesehen und wiedergegeben, fast alles jedoch ist äußerst lesenswert und belehrend.“ Auf diesem Gebiet sind überaus lohnende Aufgaben zu lösen.

Schluss.

Es bleibt mir noch übrig, für die vielfache Hilfe zu danken, die ich bei meiner Arbeit gefunden habe. Wollte ich alle nennen, die mich durch diese Auskunft oder jenen Nachweis unterstützt haben, so müßte ich mehrere Seiten mit Namen füllen; wenigstens derer aber will ich namentlich gedenken, die mich, wie Ludorf, Bebel, Bernstein, Dieß, Rautsky durch eigene Ausarbeitungen belehrt oder mir, wie Gerisch, Schippel und Uer mit immer gleicher Bereitwilligkeit die Schätze des Parteiarchivs erschlossen haben. Besonders wertvoll waren mir eingehende Mitteilungen über die süddeutschen Verhältnisse, die ich von Fenz für Baden, von Baßler für Württemberg, von Grillenberger für das nördliche, von Bollmar für das südliche Bayern, von Ehrhart für die Rheinpfalz, ja auch für einzelne bayerische Städte, von O. Löwenstein für Fürth und von Tauscher für Augsburg erhalten habe. Einzelne von ihnen, wie Ludorf, Baßler und Grillenberger, ruhen schon in der Erde, aber allen, die mein Werk so wirksam gefördert haben, nicht zuletzt auch seinem Verleger als seinem wirksamsten Förderer, gebührt mein herzlichster Dank.

Steglitz-Berlin, im Dezember 1908.

Franz Mehring.

Personen-Register.

- Abelen** IV 277.
Adelung III 133.
Adikes IV 96.
Albrecht, Demagoge I 233.
Albrecht, Oberlehrer III 22.
Alexander I., Zar I 6.
Alexander II., Zar IV 187.
Alexi III 109 180.
Altenstein I 59 f. 95 124 332.
Ancillon I 82.
Andreas III 378.
Annese I 332. — II 132.
Annenlow I 330.
Applegarth III 179 369.
Aristoteles I 133 311. — II 258.
Arthwigh I 185.
Arnbt, G. M. II 24 210.
Arnbt, Schuhmacher, III 82 108.
Arnim, Bettina I 254.
Arnim, Ministerpräsident II 11 15 ff.
Arnim, Minister II 15 17 30.
Aschhoff II 14.
Ashley I 187.
Audorf, Vater II 204. — III 9.
Audorf, Sohn III 25 57 78 81 114 144 182 226 246 269 271 273 f. 279.
Auer IV 46 85 87 90 f. 105 107 110 f. 158 f. 181 186 f. 194 209 246 f. 265 f. 285 307 310 323 334.
Auerswald, Minister II 15.
- Auerswald, Ministerpräsident** II 32 35 122 223.
Auerswald, General II 72.
Augusta, Königin III 116.
Augustenburg, Herzog II 16 210.
Augustenburg, Erbprinz II 304. — III 112 230.
Babeuf I 7 31 262. — IV 121.
Bachmann IV 292.
Bacon I 65 129.
Bafunin I 133 160 162 217. — II 117 f. 165 167 f. — III 176 369. — IV 52 ff. 134 199.
Balzer III 25.
Bamberger II 174. — IV 27 36 74 149 209 244 278 283 289.
Barbes I 31.
Barbifus IV 279.
Bassermann II 76 87.
Baßler IV 109.
Bastiat II 226 228 f. 285. — III 14 133 139 305.
Bauer, Bruno I 125—128. 130—133 135 f. 140 169 f. 172 f. 178 189 f. 192—196 198 200 f. 209—212 214 267 292. — II 231 245. — IV 128.
Bauer, Edgar I 128 193 200 202.
Bauer, Heinrich I 103 214 349 351. — II 100 184 189 f. 195.
Baumbach IV 264.
- Baumgarten** III 216.
Baumstark I 261. — II 26 34.
Bozard I 11 f. — II 135.
Bebel III 18 f. 30 87 183 239 241 ff. 260 272 f. 280 286 326 f. 339 f. 342 344 347 ff. 352 f. 355 357 359 362 364 368 368 372 f. 379 384 386 388. — IV 5 10 14 f. 17 21 23 ff. 68 71 74 85 87 120 128 146 151 164 168 175 177 179 187 192 197 209 213 240 245 ff. 266 278 281 285 292 294 299 302 321 323 331 333 f.
Bed I 87 285.
Beder, August I 84 104 149 222 227 233—236 351.
Beder, Bernhard III 72 78 81 146 160 180 186 193 198 200 206 208 214 f. 225—299. — IV 60.
Beder, Hermann II 85 123 125 132 195 ff. 203 367. — III 87 105 212.
Beder, Johann Philipp I 97. — II 174 176 179 181. — III 97 148 162 193 197 213 263 306 369. — IV 5 51.
Beder, Nikolaus I 116.
Bederath I 258.
Beesley III 169 171.
Bem II 94.

- Bennigsen II 313. — III 10
 68 101. — IV 38 76
 96 125 131 136 f. 329.
 Beranger I 36.
 Bernays I 163 217 220.
 Bernbt IV 279.
 Bernstein, Aron II 228 f.
 — III 99.
 Bernstein, Eduard IV 85
 168 214 226 f.
 Beseler IV 138.
 Beuß II 167 230. — III
 112 241 f. 287 310
 347. — IV 20.
 Birl IV 324.
 Bisth II 90 94 97 205.
 Bismard, Herbert IV 319.
 Bismard, Otto I 44 79
 126 255 276. — II 18
 21 84 110 161 183
 207 209 216 f. 289
 304 ff. 323—326 329
 334 356 f. 362 366
 370 372. — III 19 21
 91 f. 94—97 100—106
 109 ff. 113 115—125
 131 155 157 f. 168
 180 187 195 210 214
 230—235 237 239 ff.
 252 266 f. 271 274 f.
 282 287 289 291 310
 341 f. 358 374. — IV
 3 ff. 10 f. 13 f. 16 20 ff.
 27 ff. 31 38 47 f. 50 71
 74—77 81 94 97 99 f.
 102 f. 114 125 f. 130 f.
 136 138 ff. 142 144
 147—151 156—166
 176 f. 182 185 188 bis
 193 197 207 209 f.
 212 f. 217 220 224 f.
 231 f. 234 f. 238—245
 261 263 f. 266 270 275
 bis 278 281 287—290
 296 299 f. 304 f. 307
 bis 311 317—321 324
 332 f. 336—339.
 Blanc I 32 f. 157 f. 211
 267 308. — II 27 79
 91 94 146. — III 48
 53 62 64 135 137.
 Brandenburg I 255. —
 III 19.
 Blanqui I 31. — IV 53
 199.
 Bleichröder II 324. — IV
 30 35 189.
 Blesson II 14.
 Blind III 82 198.
 Blösch IV 236.
 Bloß IV 60 110 186 199
 209 214 247 f. 315 f.
 324.
 Blum I 79. — II 21 41
 83 f. 87 155 231.
 Bluntschli I 230 ff. 236.
 IV 30.
 Boccaccio I 7.
 Bod IV 85 218 248 323.
 Bodelschwingh II 13.
 Bodenstedt II 229.
 Boeckh II 75 241 257.
 Böhm III 271.
 Böhmert IV 61.
 Börne I 62 89 ff. 97 206
 287. — II 142.
 Börnstein I 216 f. 220 f.
 332.
 Böttcher IV 212.
 Boisguillebert I 20.
 Bonald I 63.
 Bonaparte, Jerome I 208.
 Bonaparte, Louis II 187
 292 ff. 298—302 308 ff.
 — III 112 119 168 f.
 231 f. 237 252 f. 287
 310. — IV 3—7 14
 20 189 309.
 Bonhorst III 343 346 353
 364 371 379. — IV 9
 11 22.
 Bonin II 316.
 Born I 333. — II 90 bis
 97 99 158 165 ff. 205.
 — III 196.
 Bornemann II 62.
 Bornstedt I 232 f.
 Borfig I 87. — III 64 339.
 Boyen II 316.
 Boyle I 67.
 Bracke III 224 ff. 246 279
 281 316 350 353 364
 371 374. — IV 4 7 9
 22 57 60 65 87 110
 118 143 151 164 168
 181.
 Bräuer IV 17 70.
 Brandenburg II 47 57 59
 bis 62 68 71 208 219.
 Braß IV 107.
 Braß III 109.
 Braun III 356 f. — IV 36.
 Braunschweig, Herzog Fer-
 dinand I 207.
 Bray, C. J. I 17 314.
 Brentano, Abbot II 173 ff.
 179.
 Brentano, Prof. III 333.
 — IV 37 46 78.
 Breßler II 56.
 Bright I 26.
 Brisbane II 124.
 Briffot I 37.
 Brockhaus II 328. — III 71.
 Bronnenmeyer III 372.
 Brouste IV 297.
 Bräuel IV 249.
 Bruhn II 181. — III 82.
 Bruhns IV 324.
 Bucher II 25 27 31 44 ff.
 50 52 ff. 58 69 74
 296 319 329—336 339
 352 365. — IV 51 56
 63 65 f. 97 132 135
 162 180 235 240. —
 IV 136 145.
 Buchez I 12 82. — II 355.
 III 48 54 135.
 Buche IV 56.
 Buchey III 179.
 Büchner, Georg I 83 ff.
 90 104 222. — II 233.
 Büchner, Ludwig II 232 f.
 246 f. — III 12 67 70
 72 ff. 236.
 Bührer IV 205.

- Bähring II 95.
 Bälou III 84.
 Bärger I 140 260 288. —
 II 103 f. 134 195 197
 203. — III 50 58 87
 212 285. — IV 162.
 Bärkli III 369.
 Bansen II 4 36 157.
 Bunte IV 313.
 Buonarotti I 31 104 222.
 Byron II 142. — IV 211.
- C**
 Cabot I 34 ff. 114 162
 211 227 354. — IV
 127.
 Camphausen, Rudolf I 139
 258 260. — II 15 17
 19 21 f. 28 f. 31 39
 161 363. — III 283.
 Camphausen, Otto IV 98 f.
 125 f.
 Cantador II 150 f.
 Caprivi IV 338 f.
 Cavour IV 176 f.
 Carlyle I 27 186—192
 215 302. — II 189.
 Cervantes II 243.
 Chamisso I 118.
 Chervak-Stremer II 200
 202.
 Christensen IV 279 300.
 Classen-Kappelmann III
 215 f. 254.
 Cobden I 26 272.
 Cohn III 179.
 Considerant I 13 34 150 f.
 — II 94.
 Conzett IV 214 306.
 Copeland III 179.
 Cowell Stepney III 179
 369.
 Cramer-Klett I 87. — IV
 41 f.
 Kreuzer II 268.
 Crompton I 185.
 Cromwell II 247.
 Cronenberg IV 129 f.
 Crüger II 95.
 Czarlinski IV 211.
- D**
 Dach II 145.
 Dahlmann II 41.
 Dammer III 21 24 f. 30
 78 81 86 131 145 148
 159 f. 184 f.
 Daniels II 197.
 Dante I 151. — II 243.
 Danton III 84.
 Darasz II 193.
 Darwin I 67 71. — IV
 56 80.
 Dave IV 199—204 311.
 Davy I 183.
 Davoust I 208. — III
 142.
 Dechtwig III 144 246 269.
 Delagareaz I 222 235.
 Desbrüd IV 12 14 27 99 ff.
 Dell III 179.
 Dembinski I 94.
 Demmler III 26 348. —
 IV 110.
 Dentler IV 114.
 Derossi IV 59 91 107.
 Descartes I 67.
 Devens III 283.
 Dezamy I 35 68 162.
 Diderot I 158.
 Dierig I 246 f.
 Dieß-Daber II 223.
 Dietrich I 231 f.
 Dietz IV 186 f. 198 227
 247 266 269 275 285
 292 316 323.
 Dietgen III 307. — IV 56
 61 88.
 Dingelstedt I 134.
 Disraeli I 27 299. —
 III 119. — IV 189.
 Dittmann III 64 122 208.
 Dölele I 225 f. 235 f.
 Dönniges III 161 f.
 Doktor IV 31.
 Dolge IV 22 57.
 Dolleschall I 151.
 Donellus II 290.
 Dove I 88.
 Dreesbach III 374. — IV
 73 109 251 324.
- Dronke I 289 f. 373. —
 II 104 126 138.**
 Drosfen II 234.
 Druey I 222 235. — II
 178.
 Dühring III 235 351. —
 IV 121—124 224 228.
 Dürr III 147.
 Duff IV 101.
 Dunder, Franz II 228 237
 241 297. — III 14.
 Dunder, Hermann II 26.
- E**
 Eccarius I 350. — II 189 f.
 195. — III 170 264
 327 369 f. — IV 61.
 Edstermeyer I 93.
 Ehardt III 216 236.
 Ehlers IV 9.
 Ehrenberg I 88. — II 75.
 Ehrenberg, v. IV 302.
 Ehrhard II 197.
 Ehrhart IV 73 109 253.
 Eichhoff II 311 f. — III
 365.
 Eichhorn I 124 128 138
 211 256 332. — II 25.
 Eichler III 16 19 ff. 65.
 Eisner III 65 109.
 Eisenhart I 371.
 Eijert IV 236.
 Ellner III 146 184 192
 269 353 364.
 Enfantin I 12 253.
 Engel, Polizist IV 182 186.
 Engel, Statistiker III 129.
 — IV 61.
 Engels I 3 115 128 158
 163 177—180 182 bis
 190 192 f. 195 f. 199 f.
 204 f. 213—216 221
 263—266 268 270 287
 bis 293 295—304 307 f.
 327—331 333 ff. 337 f.
 345 347—356 372 ff.
 — II 84 91 94 100
 102 ff. 108 124 126
 133 137 142 158 170
 172 181 f. 184 187

- 189 f. 194 f. 206 237 f.
244 248 267 293 296
bis 299 303 307 308
310 337 364. — III 14
42—46 135 141 163
177 188 193 196—202
205 213 288 307 312
328 359. — IV 51 54
bis 57 119 122 ff. 167
178 195 f. 214 223 ff.
227 ff. 330 333 345 ff.
353.
- Epitür I 130.
Ermen I 213.
Ernst IV 330.
d'Estér II 82 122 175.
Eulenburg, Fritz I 155. —
IV 102. 149.
Eulenburg, Botho IV 151
156 282.
Ewald, Professor IV 14.
Ewald, Vergolder IV 218
231.
Ewerbed I 159 f. 222 226 f.
— II 85 184.
Ewert III 253.
- Fahl IV 186.
Falkenstein IV 9—12 21 f.
Falt IV 165.
Faraday I 67.
Faucher I 193 196 271 f.
— II 226. — III 184
208 210 217. — IV 128.
Fein II 85. — III 87.
Feistel III 276.
Fellmann I 246.
Ferrand I 187.
Feuerbach, Anselm I 65.
Feuerbach, Friedrich I 234.
Feuerbach, Ludwig I 37
115 125 f. 128—131
160 162 164 189 f. 194
199 201 210 214 234
262 f. 267 f. 291 f. 304 ff.
308 f. 329. — II 232 ff.
236 245.
Fichte I 3 69—75 281.
— II 236 243 246 354.
- III 54 102. — IV
223 358.
Fieschi I 29.
Finn IV 182.
Firmian IV 160.
Fischer, Richard IV 101
214 221 333.
Fischer, Untersuchungs-
richter IV 302.
Fleischer I 132.
Fleury-Krause II 199 201
203.
Flocon I 328. — II 100
102.
Förster IV 323 f.
Försterling III 145 161
192 228 242 246 268 f.
279 285 f. 290. —
IV 14.
Follen I 222 231.
Fordenbed III 271 274.
— IV 74 152 245.
Fourier I 3 9—13 68
107 ff. 111 194 197
199 224 250 252 265
308 369. — II 79. —
III 54 178.
Fränkel II 190.
Frankel III 314 359.
Franz III 345 378. —
IV 61.
Freese III 373.
Frehse IV 262.
Freiligrath I 90 136 209
287 f. — II 5 11 126
138 171 189 196 f.
Freitag, Advokat III 260.
— IV 170.
Freitag, Gustav II 50
234 f. 266. — IV 30.
Friedemann IV 237.
Friedenthal IV 14.
Friedland III 180 f.
Friedrich II., König von
Preußen I 53 f. 56 74
169. — II 232. —
IV 95.
Friedrich III., deutscher
Kaiser III 93 116. —
- IV 12 14 189 238 281
304—307.
Friedrich Wilhelm II., Kö-
nig von Preußen II 57.
Friedrich Wilhelm III., Kö-
nig von Preußen I 77
86 f. 119 159. — II 139.
Friedrich Wilhelm IV., Kö-
nig von Preußen I 92
95 118 120—124 135 f.
138 143 160 f. 169
217 238 243 247 f.
249 253 f. 256 259
331 337. — II 3 f. 7 f.
11 f. 16 ff. 22 36 40
45 47 f. 58 110 139
155 157 f. 177 199
222 240 317 324. —
III 123.
Frische III 9 18 ff. 24
78 145 183 189 192
226 f. 242 272 316
319 324 332 336 342
353 355 357 381. —
IV 6 14 45 91 110
117 146 158 f. 163
179 194.
Fröbel I 131 156 222 227
229 231 304. — II 84 f.
Fröhlich II 99.
Frohme III 374. — IV
63 f. 198 218 247 266
272 285 292 316 323.
- Gagern II 21 33 40 155
162 164 307.
Gaj II 116.
Gall I 251 f.
Gangloff II 206 ff.
Gans I 78 92 124 209.
Garibaldi II 315 328 f. —
III 69 251.
Gastell I 302.
Geffken IV 304 f. 309.
Gehret IV 256.
Geib III 283 350 353 355
364 374. — IV 10 f.
71 83 85 87 91 107
113 f. 158 168 316.

- Geiser IV 60 199 247 295.
 Gellern II 54.
 Genß I 14.
 Georgi I 85.
 Gerlach, General II 217
 221 325.
 Gerlach, Gerichtspräsident
 II 217 325. — III 156.
 Gerlach, Regierungspräsi-
 dent I 151 154.
 Gerwinus I 90.
 Geyer IV 101 292 323.
 Gierle II 26 32 37 62.
 Gigot I 328.
 Gipperich II 200 202.
 Glabstone III 172.
 Glasbrenner II 89.
 Gneifenau II 47.
 Gneiß II 10 46 57 62
 68. — III 91 207 214
 275. — IV 188 277.
 Godau IV 252.
 Görres I 94.
 Goethe I 69 89 189 191 f.
 254 289 334. — II 142
 236 245 338. — III 116.
 Göß, Arzt III 285 f.
 Göß, Eisengießereibesitzer
 III 22.
 Goldheim II 203.
 Govone III 232.
 Grabow II 26 53 320. —
 III 215.
 Graefe II 239.
 Gralle IV 9.
 Grau IV 16.
 Gray I 18 280 310. —
 II 250.
 Greif II 200 f. 203.
 Greulich III 369. — IV
 167.
 Grillenberger IV 42 57
 60 198 211 f. 240 246
 248 253 260 266 292 f.
 299 321 323.
 Grimm II 75.
 Grimpe IV 298.
 Grolman I 122.
 Grottkau IV 45 59.
 Grün I 262 f. 267 309 f.
 331 333 f. 345 368. —
 II 206.
 Grümel IV 59.
 Guizot I 28 30 220 226.
 II 26 189. — IV 264.
 Guglow I 90 f. — II 229
 235.
 Haase III 64 f.
 Hänel IV 103 211 241.
 Haenle III 161.
 Hagen II 320.
 Hahn III 83.
 Hales III 179.
 Haller I 63 92.
 Hampden II 363.
 Hansemann I 116 f. 121
 139 257 f. 307. — II 4
 15 17 19 31 f. 84—40
 43 ff. 49 224 363. —
 III 121.
 Hardenberg I 55.
 Hargrave I 185.
 Harfort III 283 285.
 Harm III 374. — IV 248
 293 323.
 Harney I 328.
 Hartley I 67.
 Hartmann IV 63 85 91
 107 158 181 186 f.
 Hartmann, v. IV 128 239.
 Hasenclever III 105 206
 227 245 258 271 283
 285 315 342 353 357
 382. — IV 6 14 18
 59 68 71 f. 81 f. 85
 91 106 f. 110 146 166
 171 173 192 197 f. 209
 214 218 240 243 246
 248 272 292 f. 314 316.
 Hasselmann III 316 342.
 — IV 17 56 f. 59 64
 68 72 74 f. 77 83 85
 90 106 115 117 146
 163 180 ff. 185 200.
 Hasfeldt, Graf II 147 ff.
 Hasfeldt, Gräfin II 146 bis
 149 239 ff. 330 336.
 — III 97 117 ff. 162
 164 180 f. 185 f. 191 f.
 198 213 235 244 bis
 248 262 268—272
 277 ff. 339 347 349
 362—375 379 f. —
 IV 69.
 Haupt, Gießer IV 302.
 Haupt, Kommiss II 197 201.
 Hauptmann II 267.
 Hausstein III 343 346.
 Hebbel II 229.
 Hecker II 22 41.
 Hegel I 3 37 59 65 69
 bis 73 75—78 89 91 ff.
 128 133 f. 175 194 211
 213 226 262 267 271
 293 306 308 ff. 317.
 — II 193 236 242 246
 249 258 ff. 264 271
 274 f. — III 54. —
 IV 239.
 Heilbronner IV 236.
 Heine-Halberstadt IV 101
 248 324.
 Heine, Heinrich I 12 f. 62
 89 ff. 95 134 136 158 f.
 163 206 209 217 286
 bis 289. — III 143
 146 338.
 Heinrich IV 302.
 Heinsch IV 80 114.
 Heinge II 165.
 Heinkel IV 285.
 Heingen I 337 f. — III 82.
 Held, Demagoge II 23 89
 95. III 313.
 Held, Kathedersozialist IV
 36.
 Heilborff IV 319 f.
 Helvetius I 68. — IV 82.
 Hengstenberg I 92.
 Hensel IV 292.
 Henze II 201.
 Hepper III 358 365. —
 IV 15 23 60.
 Heraklit II 145 f. 239 245
 257—264.
 Herder III 257.

- Hermes, Redakteur I 146.
 Hermes, Reichstagsabgeordneter IV 241.
 Herrfurth IV 309 f.
 Hertter IV 172.
 Herzka I 369.
 Herwarth II 72.
 Herwegh I 135 f. 138 140
 156—159 163 217 222
 287. — II 102 179
 244 f. 328. — III 84
 87 182 193 197 199 f.
 213.
 Herwegh, Frau II 145.
 Heß I 140 150 163 226
 232 262 ff. 266 291
 331 333 f. 368. — III
 84 143 193 197 199
 201 269 369.
 Heubner II 165 167 f.
 Heuts III 108.
 Heydt II 218 321 f. 353.
 Heymann III 70 76 78
 146.
 Hidel IV 323 f.
 Hildebrand I 303.
 Hillmann, Hugo III 8 58
 78 142 148 192 206
 212 227 ff. 245—248
 268 270 272 365 387.
 Hillmann, Karl IV 58 63
 109 186 f.
 Hindeldey II 199 220 f.
 240.
 Hingpeter IV 308.
 Hirsch, J. M. III 248 269
 279 353 f. 365.
 Hirsch, Karl III 327 358
 365 367 386. — IV 91
 160 ff. 168 171.
 Hirsch, Max III 15 87
 183 281 333 338 f.
 357 380 f. 384.
 Hirsch, Wilhelm II 201 203.
 Hlubed IV 236.
 Hobbes I 66 337.
 Hobrecht IV 126.
 Hübner IV 119 167 f.
 172 224 227 f. 274.
- Hödel IV 133 ff. 138 f.
 174 228.
 Höfer II 176.
 Hoffmann I 135.
 Hoffstetten III 158 188 193
 218 225 315 f. 351
 355. — IV 66.
 Holbach I 158.
 Holberg II 119.
 Hollmann IV 202.
 Holtzorp III 170.
 Homer I 208. — II 243 263.
 Hood I 27.
 Horn I 60.
 Horsch IV 202 f.
 Hoße IV 236.
 Howell III 179.
 Huber I 256. — II 146
 218. — III 5 83.
 Hugo I 64 146.
 Hülsmann III 206 245.
 Humboldt I 88 220. —
 II 145 240 f. 265.
 Hume, Freihändler I 24.
 Hume, Philosophie I 67 69.
 Hutten II 243 268 271.
 — III 101. — IV 29.
- Jacoby, A. II 197.
 Jacoby, Johann I 121 f.
 138 158 163. — II 24
 28 34 57 f. 248 313
 363 365. — III 115
 190 255 257 311 ff.
 327 358 382 ff. — IV
 10 72 251.
 Jacoby, Leopold IV 155
 316.
 Jahn II 24.
 Jannasch III 369.
 Jarde I 92.
 Jbsen IV 173.
 Jhering II 290.
 Jhring-Mahlow IV 278 f.
 283 300.
 Zwanbt II 123 169.
 Zmbert I 333.
 Zimmermann I 62 90 f. —
 II 28.
- Joest IV 324.
 Johann, Reichsverweser
 II 33 41 161 ff.
 Johnson III 11.
 Jottrand I 333.
 Jtenplig III 210 f.
 Jung, Georg I 140 260.
 — II 69. — III 50.
 Jung, Mitglied der Inter-
 nationalen III 170 264.
 Jungnis I 193 196.
 Junius I 134.
- Kaltenbach IV 175 216
 236 f.
 Kammerer IV 236.
 Kampffmeier IV 330 334.
 Kampf IV 187.
 Kant I 3 38 69—74 119 f.
 129 134 146 306 310.
 — II 236 246 257. —
 III 14.
 Kapell, August III 374. —
 IV 45 59 85 110 115
 126 186 f.
 Kapell, Otto III 374. —
 IV 45 59 85 186 f.
 Karbe II 23.
 Kardorf IV 30 35.
 Karl I., König von Eng-
 land III 116. — IV 340.
 Karl Friedrich, Markgraf
 von Baden I 274.
 Karlsruh I 228.
 Kaufmann IV 236 263.
 Kautsky IV 223 f. 274
 315 335.
 Kayser IV 100 146 166
 199 248 300 314.
 Keßler IV 316.
 Keßler IV 300.
 Ketteler III 155 f.
 Kichniawy III 81.
 Kid II 97.
 Kinkel II 123 169 176 f.
 189 196 f. 199. — III
 82 348.
 Kolbassa II 50.
 Kirchner III 327.

- Klein, Angeflagter im Köln-
 ner Kommunistenprozeß
 II 197.
 Klein, Fabrikarbeiter in
 Elberfeld III 336 361.
 Kleiß, Heinrich II 47.
 Kleiß-Regow I 255.
 Klingß III 81 143 193.
 Klopstock II 225.
 Klotz IV 272.
 Klotz II 338.
 Knöfel III 241 f. 260.
 Koburg, Herzog von III 85
 112.
 Koch IV 22.
 Köhl IV 211.
 Kölich III 343 346.
 Köppen I 132 f. 140 209 f.
 Körner IV 182.
 Kötgen I 291.
 Kohnbeck II 99.
 Kofosty IV 60.
 Kolt III 128.
 Kosping III 5.
 Kossat II 89.
 Kossuth II 116 197.
 Koyebue I 42. — IV 187.
 Kräcker III 387. — IV
 163 198 248 275 293
 314.
 Kraus I 118.
 Krause II 95.
 Kriege I 329 ff. — II 84 f.
 Krüger IV 203 220.
 Krichler IV 237 262.
 Kridelshahn IV 276.
 Krichwetter II 32 35.
 Kühn-Drauschweig IV 9
 22.
 Kühn-Langenbielau IV 100
 314.
 Kuhl I 84.
 Kuhlmann I 233 ff.
 Kunicz IV 236.
 Kunert IV 324.
 Kuntz I 62.
 Laaf IV 129 f.
 Labenberg II 59.
- Labendorf II 201. — III
 88 236 279 f. 327 348.
 Läßig III 78 81.
 Lamarque I 29.
 Lamartine I 36 157 f. —
 II 102.
 Lamennais I 36 f. 97 102 f.
 114 157 f. 228.
 La Mettrie II 232.
 Lang IV 305.
 Lange I 303 308. — II
 233 242 290 338 365
 368. — III 13 f. 43 f.
 53 103 f. 142 183 190
 195 202—205 210 218
 224 228 239 244 279
 326 328 347. — IV
 77 f. 119 228 233.
 Lasler III 356 360. —
 IV 15 24 38 47 73 76
 96 149 f. 160 179.
 Lassaile I 3 206 237 275 f.
 — II 47 124 139 bis
 153 215 218 239—248
 257—275 277—292
 296 299—304 306 bis
 310 327—339 341 bis
 344 346 349—368
 370 f. 373. — III 14 f.
 21 24 26 30—67 69
 bis 90 95—111 113 f.
 117—143 145—151
 153—164 174 176
 180 ff. 184—193 196
 198 f. 203 f. 207 f. 210
 213 216 218—223 225
 234 f. 240 246 261
 268 277 311 f. 317 f.
 325 330 f. 337 343
 363 373. — IV 36 64
 88 f. 92 151 156 178
 204 208 258 274 301
 313 333 336 ff. 358.
 Raube I 90 f. — II 142.
 Ravant IV 316.
 Raw III 179.
 Redru-Rollin I 32 34. —
 II 27 146 193.
 Rehmann II 190.
- Reibnig I 67 206. — II 235.
 Reichardt III 346 385.
 Reiter I 333. — II 111.
 Re Rubez III 170.
 Renau I 285 f.
 Reo I 92 94 ff. — II 194.
 Reonhardt IV 142.
 Reoux I 37 f. 150 f. 157.
 Reffing, G. G. I 7 37 69
 91 128 176 206. —
 II 142 144 236 243
 260 329 335 338 354.
 III 11 310. — IV 223
 343.
 Reffing, Epion I 102.
 Reßner II 197 203. —
 III 170 280 369.
 Rette II 92.
 Revien III 248.
 Revy-Düsseldorf III 56 68
 61 78 81 95 192 228.
 Revy, J. IV 118.
 Richnowsky II 42 138.
 Riebig I 88 183.
 Riebtich III 343 347.
 Riebtrecht I 85. — II
 179 f. 184 189 195
 203. — III 109 f. 184
 188—191 193 196 198
 213 241 f. 260 272 f.
 285—291 307 326 330
 332 339 342 347 358 f.
 365 388. — IV 5 ff.
 10 17 f. 18 23 f. 56
 68 74 83 85 87 90
 106 110 112 118 137
 143 164 166 171 190
 192 197 ff. 213 240
 242 246 248 266 273 f.
 293 299 314 321 323
 333 f.
 Rienhard IV 236.
 Rieße IV 262.
 Rinbau IV 30.
 Rindenberg II 221.
 Riß I 63 159 165 177
 275 345.
 Rißinger IV 129.
 Roßner III 170.

- Rode I 66 f. 206.
 Röhre-Ratbe III 285.
 Röhre, Ludwig III 24 30
 59 66. — IV 160 264.
 Röhrenstein III 344 365.
 IV 60.
 Rohnmann IV 234.
 Rog III 150.
 Louis Philipp I 28 f. —
 II 4 26 f. 32 35.
 Rucht II 95.
 Lucius IV 126.
 Rucraft III 179 369.
 Ludwig II., König von
 Bayern IV 256.
 Ludwig XVI., König von
 Frankreich IV 340.
 Ludwig, Otto II 230 266.
 Lübtert III 319 355 360 f.
 378 381. — IV 45.
 Lüders III 143.
 Lünig I 262 267 331 334.
 Luise, Königin von Preußen
 IV 278.
 Luther I 309. — II 268.
 III 56 101. — IV 131.
 Luz IV 309.

 Macaulay IV 178.
 Madai IV 155 158.
 Märker II 32.
 Maire I 63 92.
 Mallet du Pan I 281.
 Malthus I 182 f. — III
 44. — IV 88.
 Mantouffel, Feldmarschall
 II 58 f.
 Mantouffel, Minister II 59
 199 209 219—223 244
 311 317 325. — IV 81
 137 148 287.
 Marat I 197 262. —
 IV 121.
 Marcel I 7.
 Maria Antonia, Kurfürstin
 von Sachsen I 56.
 Marr I 234 ff.
 Marraß III 214.
 Martin III 145.

- Martiny II 366. — III
 83 f. 213 271.
 Marx, Karl I 3 65 115
 132 140—151 155 bis
 167 169 f. 172—176
 192 f. 195 f. 198—203
 205—222 263 f. 266 ff.
 270 276 f. 286—291
 304—321 323—335
 337 ff. 341 344—352
 354 ff. 372 374. — II
 12 23 63 84 f. 94 100
 102—105 108 123 126
 128—137 140 142 144
 146 148—153 170 ff.
 178 181—184 187 bis
 190 194 ff. 200—203
 206 219 237 ff. 242 bis
 245 248—251 255 f.
 258 264 296 298 307
 bis 310 316 327 f. 331
 337 351 354 f. 371. —
 III 14 44—49 53 69
 103 109 112 114 135
 bis 141 148 163 167
 170 f. 176—179 188
 190 193 196 ff. 202
 205 211 221 225 235
 240 292 294—301 303
 bis 307 312 317 322
 328 331 336—339 347
 373. — IV 8 f. 20 31
 52—55 78 87—90 119
 145 167 f. 208 223 ff.
 229 274 278 340
 345 ff. 353.
 Marx, Jenny I 208. —
 II 238. — IV 51.
 Mathy II 87.
 Maurice III 179.
 Maybach IV 141.
 Mazzini I 101 f. — II
 193 f. 333. — III
 170 f.
 Meißner I 285.
 Meißter III 374. — IV
 248 f. 298 321 334.
 Meßinet I 333.
 Meininger IV 60.

- Menbe III 279 347 362 f.
 — IV 14.
 Menbelsjohn I 169.
 Menzel I 237.
 Merckel I 249.
 Merstallinger IV. 236.
 Metternich I 82 96 102.
 — II 6 f. — IV 95 309.
 Metzger IV 323 f.
 Meßner III 82 108 192
 365.
 Meyer, Polizeikommissar
 IV 276.
 Meyer, Rudolf IV 33 f.
 69 130 ff. 208 356.
 Meyerbeer I 216.
 Michaelis III 217 285.
 Michélet II 290.
 Mielke IV 164.
 Mieroslawski II 111 174.
 Miße II 26 32.
 Milner III 179.
 Minutosi II 14 289 373.
 — III 356. — IV 12 30.
 Miquel I 12. — II 184.
 Mirabeau I 43 50.
 Mittelstadt IV 310.
 Moleſchott II 232 f.
 Mollenbuhr IV 100 323.
 Moll, Josef I 103 214
 331 349 351. — II 84 f.
 100 123 125 132 176
 184.
 Moll, Solinger Schleifer
 III 149.
 Molte IV 26 136 177 200.
 Mommsen IV 118 241.
 Montesquieu I 147.
 Mool IV 60.
 Mousfang IV 48.
 More I 34. — III 135.
 Morgan IV 223.
 Morier IV 309.
 Most IV 42 71 81 110
 117 f. 123 132 160 ff.
 165 f. 169 171 174
 182 f. 185 199—202
 204 211 214 228 230
 235 263 279.

- Wotteler III 281 348 365
 369. — IV 43 46 71
 74 85 110 214 f. 305.
 Wros II 50.
 Würde IV 23.
 Wühler II 354. — III 13.
 Wülberger IV 57 120.
 Wüller, Adam I 63 92.
 Wüller, Johannes I 88.
 Wüller, Hans IV 330 f.
 Wüller, Theodor III 12
 67 72 76 146.
 Wüller, Beurtheiler im
 Freiburger Geheimbunds-
 proceß IV 285.
 Wünzer I 7 228.
 Wundel IV 285.
 Mundt I 90 f.

 Nachtigall IV 244.
 Nagler I 87. —
 Napoleon I 5 11 43 48
 57 113 197 f. 207. —
 II 292. — III 142. —
 IV 16 95.
 Naporra IV 280.
 Naymer I 123.
 Nauen IV 292.
 Naumerd I 140.
 Nebel IV 302.
 Nees von Esenbeck II 82
 96.
 Neff III 345.
 Neißer IV 60 124.
 Neuhaus I 289.
 Neumann, Arzt III 109.
 Neumann, Spiegel IV 182
 200 302.
 Neve IV 235 263 297
 301 311.
 Newton I 67.
 Niebuhr II 221.
 Niederley III 81.
 Nießche IV 357.
 Nitolaus, Bar I 113 120.
 — II 109 208.
 Nobiling IV 138 f. 142
 174 297.
 Nonne IV 301.
- Nothjung II 197 f. 203.
 — III 82.
 Noßig-Wallwitz IV 193.

 Oastler I 187.
 Oberwinder III 146 184.
 — IV 301.
 Odger III 169 179 264.
 Öhlschläger IV 217.
 Oldenburg IV 100 186 f.
 Olearius III 120 f. 271
 274.
 Oppenheim II 364. —
 III 131.
 Orsini II 293.
 Otto II 197 203.
 Owen I 3 9 f. 13—18
 23 34 68 194 214 232
 252 277 279 f. 304 310
 351 369. — III, 178.

 Palachy II 116.
 Palm IV 237.
 Palmerston II 238.
 Panse III 5.
 Parvus IV 348.
 Patow II 48 225 337.
 Paul, Florian III 121 268.
 Paul, Polizeikommissar
 IV 216.
 Perier I 28 30.
 Perl III 25 57 78 81
 114 144 148 192 245
 bis 248 255 269 272
 277 324 353.
 Petersen I 222. — III 314.
 Petty I 20.
 Peuder II 41 f.
 Peutert IV 297.
 Pfänder I 350. — II 189 f.
 195. — III 170. —
 IV 61.
 Pfannkuch III 374 382.
 — IV 248.
 Pfeiffer III 343.
 Pfeil II 217 220.
 Pfau III 236 f.
 Pfuel II 45 47 57.
 Philalethes I 151.
- Pielchen III 128.
 Pilet II 26 51 f.
 Pifoty IV 141.
 Piper II 219.
 Place I 24.
 Platen I 62 89. — II 243
 263 338.
 Plato I 211. — II 259.
 Pourtales II 209.
 Praast III 330. — IV 186.
 Pradt I 86.
 Preuße III 121 f.
 Prince-Smith I 271. —
 II 226. — III 217.
 Proudhon I 37 f. 151 157
 178 200 ff. 212 234
 262 f. 267 269 280
 309—317 321—324
 326 330 368. — II 91
 93 f. 206 250 355. —
 III 135 168 197. —
 IV 53 199.
 Prutz I 135 140.
 Püdler I 250 f.
 Püttmann I 140 239.
 Puttkamer IV 187 f. 192
 201 204 209 211 f.
 231 240 246 261 f.
 278 f. 282 f. 299 301 ff.
 306 f. 309 331.
 Puttrich IV 171.
- Rabelais I 7.
 Radow IV 106 117 298.
 Radegky II 57.
 Rachel I 250 f.
 Ratibor IV 35.
 Rau III 71.
 Reckberg II 209.
 Redwitz II 229. — IV 30.
 Reichenheim III 121 f. 210.
 Reichensperger II 26 55
 58. — IV. 303.
 Reiff II 197 203.
 Reimarus I 91 93.
 Reimer III 374. — IV 71—
 186.
 Reinde III 271 283 385 f.
 290 315.

- Reinders III 374. — IV
 85 146 166.
 Reinsdorf IV 237 262.
 Reitenbach III 190.
 Reuleaux IV 99.
 Reuß IV 297 301.
 Reuter, Friß II 230.
 Reuter, Spigel II 199.
 Riccardo I 15 20 63 201
 215 272 ff. 276 f. 311 f.
 317 319. — II 193
 250 258. — III 62 f.
 139 303 ff.
 Richter III 75 87 93 218
 254 285. — IV 31 97
 99 126 131 137 140
 151 211 213 241 248
 264 271 293 296.
 Richthofen IV 310.
 Riedel I 333.
 Rienzi I 7
 Rimpler II 14 64 67.
 Rings II 203.
 Rintelen II 55 60.
 Rittinghausen I 345. —
 III 58 271 369. — IV
 110 198 271.
 Robespierre I 141. — II
 85. — III 84.
 Rochefort IV 160.
 Rochow I 94.
 Robbertus I 3 261 274
 bis 285 310. — II 18 f.
 27 31 f. 34 f. 57 68 72
 164 226 f. 248 250 279
 282 285 f. 296 312 319
 330 336 365. — III
 43 49 51 f. 62 ff. 70
 73 76 135 153 235. —
 IV 33 ff. 130 208 225
 274.
 Rödel II 168.
 Röbiger IV 101 248.
 Röjer II 195 197 203. —
 III 212.
 Roffer III 279 316 351 355.
 Ronge I 351.
 Roon II 316 321 342. —
 III 214.
 Roquette II 229.
 Roscher I 253 273 f. 304.
 — II 256 f. — III 63
 135 305.
 Rose I 88.
 Rosenberger I 247.
 Roßmähler III 12 22—25
 57 61 87 260 f.
 Rothschild III 276.
 Rousseau I 158.
 Rüder IV 43 192.
 Rüstow II 323 f. 334. —
 III 69 87 161 180 193
 197 199 213.
 Ruge I 93—96 122 125
 131—137 140 156 bis
 162 195 210 212 217
 bis 221 270 287 304
 334. — II 86 167 175
 193 f. 231 236 260. —
 IV 30.
 Rumpf IV 202 236 262.
 Runge III 383.
 Rupsch IV 237 262.
 Rutenberg I 140 151.
 Sabor IV 101 248 293.
 Sachs IV 301.
 Saint-Paul I 154 f.
 Saint-Simon I 3 9 ff. 35
 37 107 250 252 308
 369. — II 180. — III
 48 54 135 178.
 Sand, Burschenschaftler I 41.
 Sand, George I 36 326.
 Savigny I 64 124 209.
 — II 8 277 281 290.
 Say III 63.
 Sar IV 225.
 Schäffle IV 78 f. 156 167
 275.
 Schaffgotsch II 48.
 Schaper I 152 f.
 Schapper I 103 214 222
 227 349 351 353. —
 II 84 f. 100 123 125
 128 132 150 189 f.
 195 f. 204.
 Scharnhorst II 47.
 Scheffel II 229.
 Schelling, Philosoph I 37 f.
 70 f. 124 164 189. —
 II 258. — III 127.
 Schelling, Staatsanwalt II
 353. — III 127.
 Scheppler III 70 78 81
 146.
 Scherm IV 60.
 Schiebe II 141.
 Schilbbach III 57.
 Schill IV 16.
 Schiller I 69 207. — II
 142 230 236 338. —
 IV 138 173.
 Schily II 123 169.
 Schippel IV 225 315 323 f.
 Schleiermacher II 258.
 Schlettwein I 274.
 Schlichting I 247.
 Schlingmann III 109.
 Schläffel, Vater I 248 f.
 — II 42 90 175.
 Schläffel, Sohn II 90 f.
 103 138 175.
 Schlüter IV 214 224 305.
 Schmerling II 41 f. 155.
 Schmidt, A. IV 323 f.
 Schmidt, Justian II 234 ff.
 266 337 ff. — IV 99
 133.
 Schmidt, Konrad IV 225.
 Schmidt, Simon I 104
 222 227.
 Schmidt, B. IV 324.
 Schmidt, Spigel IV 216.
 Schmoeller IV 37.
 Schnabel III 272.
 Schnapper-Wrndt IV 225.
 Schneider II 123 128 150.
 Schneid IV 182.
 Schnitzer IV 202.
 Schob III 271 319.
 Schön I 43 52 54 56
 120 ff. 139 332. — II
 234.
 Schoenlant IV 229 274
 315.
 Schönlein I 135. — II 75.

- Schopenhauer II 230 236.
 — III 84.
 Schramm, C. A. IV 56
 119 f. 168 274.
 Schraumm, Konrad II 184
 189 195.
 Schrapß III 260 272 286.
 — IV 14 17 25.
 Schredenstein II 32 122.
 Schröder IV 313.
 Schröder-Brennwald IV
 205 236 302.
 Schudmann I 59 f. 215.
 Schulte IV 324.
 Schulz, Wilhelm I 222.
 Schulze-Delitsch II 27 30
 35 53 f. 74 164 227 f.
 279 312 319 326 355.
 — III 5 10 14 20 ff.
 26 f. 32 35 48 f. 59 ff.
 70 86 101 104 121 f.
 125 132 f. 148 156
 183 f. 203 208 ff. 217
 219 ff. 316 334 338 f.
 343 357 373. — IV
 17 72.
 Schulte, Johannes I 95.
 Schumacher IV 100 248
 293 323.
 Schumann-Berlin III 343
 347 355.
 Schumann-Leipzig IV 287.
 Schurz II 123 181.
 Schuster I 97—102.
 Schwarz IV 100 324.
 Schwarzenberg II 210.
 Schweichel IV 316 f.
 Schweigert III 69.
 Schweitzer III 84 ff. 146
 158 160 184 186 bis
 189 193—205 211 f.
 215 217 f. 220—227
 235 240 246—250
 259 f. 268—272 274 f.
 277 279 281—291 307
 310 313—319 321 f.
 324 f. 329—334 336
 339 341 348—366 368
 bis 371 373 f. 378 bis
 383 387 ff. — IV 4 12
 14 16 ff. 57 64—70
 74 178 333.
 Schwennhagen IV 302.
 Schwenninger II 97 205 f.
 Schwoerin II 15 48 223
 328 366 f.
 Seifert IV 323 f.
 Seiler I 149 222 328. —
 II 189 195.
 Semper II 168.
 Shakespeare I 134 191
 208. — II 243. — III 11.
 Shaw III 179.
 Shelley III 84. — IV 121.
 Sidlingen II 265 268 ff. 273.
 Siebraht IV 171.
 Siegel IV 313.
 Siegle III 343.
 Sievers IV 9 11 f.
 Sigel II 174 181.
 Simon II 189.
 Simson II 76 157. — III
 91 290. — IV 24 74.
 Singer III 358. — IV 247
 278 292 f. 299 302
 321 323.
 Sismondi I 20 f. 201 277
 366 f. — III 235.
 Smith I 63 118 177 201
 272 ff. 294 319 321.
 — III 63 303.
 Soiron II 87.
 Sonnemann III 14 67 70
 72 f. 86 ff. 146 182 ff.
 198 205 211 216 236
 263 280 312 326 f.
 372. — IV 70 73 250.
 Sparg IV 134.
 Spier III 369 371. —
 IV 9 17 22.
 Spinoza I 67 71 189.
 Stadthagen IV 323 f.
 Stahl I 124 281 f. —
 II 217 f. 277.
 Standau I 225 f. 235 f.
 Stechau II 99 205 207.
 Stein, Lorenz I 252 f. —
 II 218.
 Stein, Mitglied der Berliner
 Versammlung von 1848
 II 40 43 ff.
 Steiner III 343.
 Steinert III 242.
 Steingens I 333.
 Steinhauer II 95.
 Stellmacher IV 236 f.
 Stenzel II 112 f. 162.
 Stephany III 15 218.
 Stern IV 315.
 Stettenheim IV 160.
 Stieber I 248 f. 371. —
 II 16 198 ff. 202 f. 205
 220 311 f. — IV 15.
 Stillfried IV 202.
 Stinner I 140 267—271
 292. — II 231.
 Stöcker IV 131—134 182
 189 f. 197 208 211
 218 304 308.
 Stolberg IV 126.
 Stolle III 365. — IV 195
 199 247 323.
 Strauß, David I 90—93
 125 f. 128 186 209
 212 228. — II 231
 245. — IV 128.
 Strauß, Zigarrenhändler
 III 81 146.
 Streckfuß II 353. — III 17
 20 23 57 59.
 Streit III 26 f.
 Stroußberg IV 35 128.
 Struensée I 74.
 Strube II 22 42 179. —
 III 26.
 Stumm III 356.
 Sue I 36.
 Sutermeister I 222.
 Sybel III 91 273.
 Sybow II 30.
 Szeliga I 193 196.
 Szynabe II 174.
 Tauscher III 345 f. 378 f.
 — IV 214 305.
 Tschen II 221.
 Tschow II 39 174 181 189 f.

- Teffenborff IV 80—83 90
 103 113 140.
 Thadden I 255.
 Thibaut I 64.
 Thiers I 28 30.
 Du Thil I 82—85.
 Thünen I 63 f.
 Todt, Mitglied der provi-
 sorischen Regierung in
 Dresden II 165.
 Todt, Pastor IV 130 f.
 Tödtte III 8 206 f. 227 f.
 244—247 258 f. 269
 277 315 317 342 349
 353 355 364 366 f.
 374—378 382. — IV
 59 64 ff. 68 82 f. 89 112.
 Tolain III 169.
 Toussnel III 135.
 Trautner IV 297 301.
 Treichler I 236.
 Treitschke II 307 365. —
 IV 27 79 f. 99 138 140.
 Trettenbach IV 141.
 Trübschler II 83 176 f.
 Tüshaus II 54.
 Tuhauer IV 100 323.
 Twesten II 322 363. — III
 236 274 285. — IV 82.
 Tschirner II 165.
 Tschoppe IV 187.

 Uhländ III 11.
 Uhlisch III 15 280.
 Ujeß IV 35.
 Ulrich IV 101 285 324.
 Unruh II 26 44 47 51
 53 57 f. 60 f. 64 f. 69
 71 ff. 164 319 332 358
 368 ff. — III 16 20 f.
 61 214. — IV 118.
 Urban II 15 f. 23.

 Wahlreich III 9 18—21
 24 ff. 28 30 78 81 f.
 88 f. 103 107 f. 144
 150 f. 159 ff. 185 228.
 — IV 71 85 124 146
 171 179 195.

 Valentin IV 111.
 Varlin III 369.
 Varnhagen I 251.—II 143.
 Benedey I 97 99 101. —
 III 346.
 Viered IV 101 172 194
 229 247 252 273 ff.
 285 295.
 Vinde II 313 318 320.
 — IV 61.
 Virchow II 319 326. —
 III 223. — IV 29 48
 135 163 264.
 Vogel III 352—355 365.
 Vogt II 87 162 f. 179
 189 232 f. 295 309.
 — III 198.
 Voigt III 108.
 Vollmar IV 101 112 167
 199 210 213 248 256 f.
 260 285 323 332 f.
 Voltaire I 7 145 228. —
 II 142 245.

 Wachsmuth I 131.
 Wadernagel III 74 83.
 Wagener I 256 f. — II 38
 59 217 f. 221 231 369.
 — III 20 121 f. 156 f.
 210 235 254 286 291
 341 356. — IV 34
 37 f. 130 208.
 Wagentnecht I 246.
 Wagner, Adolf II 291. —
 III 346 370. — IV 36
 78 130 193 197 208.
 Wagner, Richard II 168
 265.
 Wahl III 225.
 Waldeck II 25 28 31 35
 39 46 67 69 71 86
 163 198 312 319 363
 367. — III 112 254.
 — IV 16.
 Waldersee, Oberst II 167.
 Waldersee, Generalstabchef
 IV 311.
 Walsrode I 139. — II
 77 312 f.

 Wallau I 333.
 Waller III 272.
 Walter I 187.
 Walton III 179.
 Wander I 248 f.
 Wartensleben III 223.
 Webbe IV 60 187.
 Weerth I 209 288 f. 333.
 — II 104 f. 138.
 Weibig I 83 ff.
 Weiß, Guido I 253. — II
 77. — III 198 214 312
 359. — IV 30 75 80
 139.
 Weiß, Spiegel IV 237 263.
 Weitling I 3 103—115
 149 160 162 222 bis
 234 237 328 330 f.
 349 ff. — II 85 92 96
 178 204 f. — III 9 62
 314. — IV 53 61 127
 Welcker, Professor I 150.
 Welcker, Portefeuillearbeiter
 III 146 184 243 276.
 Weller IV 216.
 Wellington I 6.
 Wendstern I 289.
 Wendt IV 211.
 Werner, Anarchist IV 134.
 Werner, Buchbruder IV
 332, 334.
 Weston III 179.
 Westphalen, Ludwig I 207 f.
 Westphalen, Philipp I 207.
 Westphalen, Minister II
 219 223.
 Wehdemeyer I 328. — II
 237.
 Weyers II 150 f.
 Wichmann IV 182 200 f.
 302.
 Wiede IV 119.
 Wiemer IV 101 146 171
 248.
 Wienberg II 230.
 Wiethaus I 152 154.
 Wiggers II 201.
 Wildberger IV 333 f.
 Wildenbruch II 16.

- | | | |
|--|--|--|
| <p> Wilhelm I., deutscher Kaiser
 II 4 7 9 f. 13 28 f.
 109 222 f. 240 307 311
 bis 320 322 325. —
 II 116 123 206. — IV
 7 12 19 132—135 139
 189 240 304.
 Wilhelm II., deutscher Kaiser
 IV 308 f. 314 318
 336 f.
 Wille IV 330 f.
 Williams III 179.
 Willich II 172 174 184
 189 f. 195 f. 204. —
 III 348.
 Wilms III 81 143 150
 161 163 180 191 ff.
 246 248.
 Windischgrätz II 57.
 Windthorst IV 28 179 211
 213 241 283 289.
 Winkelblech II 78 f. 97.
 Winter III 22 57. </p> | <p> Wirth aus Franken I 81
 224 f.
 Wirth, Max III 14 67 70
 73 182 184.
 Witt I 138.
 Wittgenstein II 124.
 Wörlein IV 60.
 Wohlgemuth IV 309.
 Wolff, Ferdinand I 333.
 — II 104 189 195. —
 III 170.
 Wolff, Wilhelm I 262 329
 331 352. — II 94 100
 103 f. 124 ff. 133 137
 162 f. 172 184.
 Wolff, Spitzel IV 200 f.
 Wolff, Verleger II 332.
 Wrangel II 43 45 47 59
 61 63 67 221.
 Wärtert III 181 272.
 Wulffen III 128.
 Wurm, Tischlermeister I
 248. </p> | <p> Wurm, Schriftsteller IV
 323 f.
 Wuttke II 296. — III 63
 145 193 197 217 242.
 Wytttenbach II 258.
 York, General III 234.
 York, Theodor III 24 30
 78 81 144 151 192
 226 246 272 277 342
 350 353 364 374 386.
 — IV 10 46 84 f.
 Zeller II 260.
 Zetlin IV 315.
 Ziegler II 27 70 230 290
 313 319 330 336 365.
 — III 56 78 214 236
 254.
 Zielowsky IV 106.
 Zig II 174 f.
 Zwanziger I 244 ff. — III
 121. </p> |
|--|--|--|

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete

Schriften von Marx und Engels

Der Verlag hat es sich als Ziel gesetzt, alle Werke von Karl Marx und seines Freundes und Kampfgenossen Friedrich Engels in gleichem Format und in gleicher Ausstattung herauszugeben. In absehbarer Zeit wird das Ziel erreicht sein. Sämtliche Ausgaben sind auf das sorgfältigste von den Herausgebern geprüft worden.

In elf Bänden Großoctav liegen zurzeit vor:

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozess des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Rautsky. Preis gebunden M. 36.—. Dieser Band bildet ein abgeschlossenes Ganzes.

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883. Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein. Vier Bände Großoctav. Der Preis für die vier Bände beträgt gebunden M. 72.—

Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Diezgen, Friedrich Engels, Karl Marx und Anderen an F. A. Sorge und Andere. XVI und 422 Seiten. Preis kartoniert M. 6.—

Gesamt-Ausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx und Friedrich Engels. Herausgegeben von Franz Mehring. Dritte, mit einem Nachwort versehene Auflage. Erster Band: Von März 1841 bis März 1844. — Zweiter Band: Von Juli 1844 bis November 1847. — Dritter Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850. — Alle drei Bände gebunden zusammen M. 67.50.

Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. 1852 bis 1862. Herausgegeben von R. Masanoff. Die Übersetzung aus dem Englischen von Luise Rautsky. Erster Band: Briefe über England. Die orientalische Frage. Palmerston. Der Russisch-Türkische Krieg. — Zweiter Band: Die Räumung der Donaufürstentümer. Die Krimexpedition. Die englische Kriegsverwaltung. Der Sturz des Koalitionsministeriums, Das Ministerium Palmerston. Der Panславismus. Die Kritik in England im Parlament und außerhalb des Parlaments. Lord John Russell. Die britische Armee. Der Fall von Kars. Die spanische Revolution. Anhang: Palmerston (Biographie). — Beide Bände sind mit Einleitungen und Anmerkungen seitens des Herausgebers versehen und bilden ein abgeschlossenes Ganzes. Preis beider Bände gebunden M. 48.—

Die Politik der europäischen Staaten insbesondere aber die Englands, Frankreichs und Rußlands wird in diesen beiden Bänden schonungslos bloßgelegt; es dürfte heute kaum eine Frage aufgetaucht sein, die nicht damals von Marx und Engels aufs scharfsinnigste behandelt worden ist. Die zur Veröffentlichung gelangenden Artikel und Briefe bieten eine Fülle von Untersuchungen, gestützt auf Aktenstücke und Parlamentsverhandlungen in England, die den Schleier von den Ursachen des Weltkrieges wegziehen, wobei England sehr schlecht wegkommt.

Folgende weitere

Schriften von Marx und Engels

sind in unserer
Internationalen Bibliothek
erschienen:

Theorien über den Mehrwert. Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Komplet in vier Bänden. Erster Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Zweiter Band, erster Teil: David Ricardo. I. Zweiter Band, zweiter Teil: David Ricardo. II. Dritter (Schluß-) Band: Von Ricardo zur Vulgärökonomie. Alle vier Bände gebunden zusammen M. 48.—

Das Elend der Philosophie. Von Karl Marx. Deutsch von Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. Achte Auflage. XXXVI und 188 Seiten. Preis gebunden M. 10.50.

Revolution und Konter-Revolution in Deutschland. Von Karl Marx. Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky. Sechste Auflage. XXXII und 142 Seiten 8°. Preis gebunden M. 10.50.

Zur Kritik der politischen Ökonomie. Von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Sechste, nach der dritten unveränderte Auflage. LII und 203 Seiten 8°. Preis gebunden M. 10.50.

Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Von Karl Marx. Preis kartoniert M. 3.—

Po und Rhein. Savoyen, Nizza und der Rhein. Zwei Abhandlungen von Friedrich Engels. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis kartoniert M. 3.—

Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Von Friedrich Engels. Mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach. Vom Jahre 1845. Siebte Auflage. Preis kartoniert M. 3.—

Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Von Friedrich Engels. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Sechste Auflage. XXXII und 300 Seiten. Preis gebunden M. 13.50.

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Zehnte, unveränderte Auflage. XX und 354 Seiten. Preis gebunden M. 13.50.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Von Friedrich Engels. Neunzehnte Auflage. XXIV und 188 Seiten. Preis gebunden M. 10.50.

Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke von

Karl Kautsky und Franz Mehring

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von Karl Kautsky. Zehnte Auflage. Preis gebunden M. 16.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von Karl Kautsky. Fünfte, unveränderte Auflage.

Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.**

Preis gebunden M. 12.—

Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation.**

Preis gebunden M. 12.—

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von Karl Kautsky. Neunzehnte Auflage. Preis gebunden M. 10.50.

Das Erfurter Programm. Von Karl Kautsky. Sechzehnte Auflage. Preis gebunden M. 10.50.

Thomas More und seine Utopie. Von Karl Kautsky. Vierte Auflage. Preis gebunden M. 12.—

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von Karl Kautsky. 11. Tausend. Preis gebunden M. 9.—

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von Karl Kautsky. Zweite Auflage. Preis gebunden M. 10.50.

Die Klassengegenstände im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Kautsky. 13. und 14. Tausend. Preis kartoniert M. 3.—

Parlamentarismus und Demokratie. Von Karl Kautsky. Dritte Auflage. Preis kartoniert M. 3.—

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von Karl Kautsky. Preis M. 2.—

Die Befreiung der Nationen. Von Karl Kautsky. Vierte Auflage. Preis M. 2.—

Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele von Karl Kautsky. Preis M. 3.—

Elfaß-Lothringen. Eine historische Studie von Karl Kautsky. Preis M. 3.—

o o o

Die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Mehring.

Zehnte Auflage. Erster Band: **Bis zur Märzrevolution.** — Zweiter Band:

Bis zum preussischen Verfassungskstreit. — Dritter Band: **Bis zum Deutsch-**

Französischen Krieg. — Vierter Band: **Bis zum Erfurter Programm.** —

Alle vier Bände in zwei Teilen gebunden M. 67.50.

Die Lessing-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur. Von Franz Mehring. Siebte Auflage. Mit einem neuen Vorwort. XXXII und 426 Seiten. Preis gebunden M. 20.—

1807 bis 1812. Von Eilfit nach Sauroggen. Von Franz Mehring. Preis kartoniert M. 3.—

1813 bis 1819. Von Kalisch nach Karlsbad. Von Franz Mehring. Preis kartoniert M. 3.—

Wir empfehlen folgende Werke von

August Bebel

Die Frau und der Sozialismus

Gebunden M. 15.—

Aus meinem Leben

Drei Bände

Komplett in drei Bänden M. 42.—



Uber den Inhalt dieser Bücher Näheres zu sagen, erübrigt sich. Was besonders das erste Buch „Die Frau und der Sozialismus“ angeht, so ist es vom Verfasser mit seinem Herzblut geschrieben worden. Von Auflage zu Auflage hat er Verbesserungen angebracht, bis es in Form und Inhalt diejenige Gestalt annahm, in der es nun heute vorliegt. Der große Erfolg des Buches ist darin zu suchen, daß Bebel mit Leidenschaftlichkeit und glühender Beredsamkeit die Befreiung des Weibes aus tausendjähriger wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung forderte. Damit riß er auch die geistig Trägen mit fort und warb dem Sozialismus neue Streiter und vor allem Streiterinnen. In alle modernen Sprachen übersetzt, ist „Die Frau und der Sozialismus“ eines der meistgelesenen Bücher der Weltliteratur geworden.



Als Vermächtnis hat der große Streiter für die Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Ketten des Kapitalismus den Parteigenossen in seinen Erlebnissen noch ein weiteres Werk hinterlassen, das mit Recht Anspruch darauf erheben kann, von jedem Arbeiter gelesen zu werden, aber nicht nur seiner geschichtlichen Bedeutung wegen, sondern viel mehr noch wegen des erhebenden Beispiels, das der Verfasser den Parteigenossen gegeben hat, wie durch Fleiß, Beharrlichkeit und unwandelbare Treue zur Partei ein einfacher, mit dürftiger Volksschulbildung ausgerüsteter Arbeiter es zu einem von den herrschenden Gewalten bestgehaßten und gefürchteten Politiker, von den Unterdrückten dagegen hochverehrten und geliebten Führer hat bringen können.

Wir empfehlen:

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung
der Bergarbeiter-Verhältnisse von der
ältesten bis in die neueste Zeit

Von Otto Sue

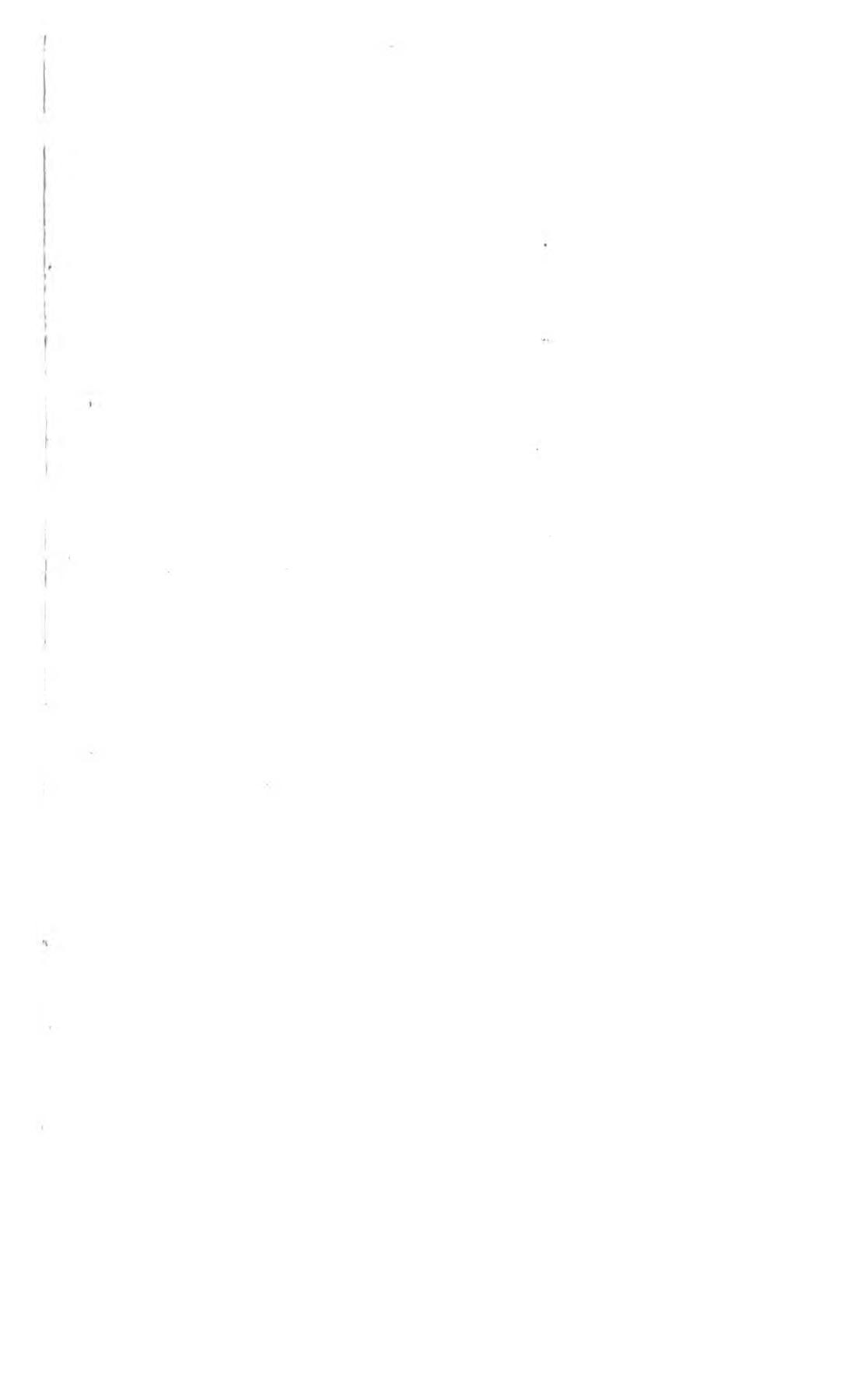
Zwei Bände. Karton. M. 15.—, geb. M. 24—

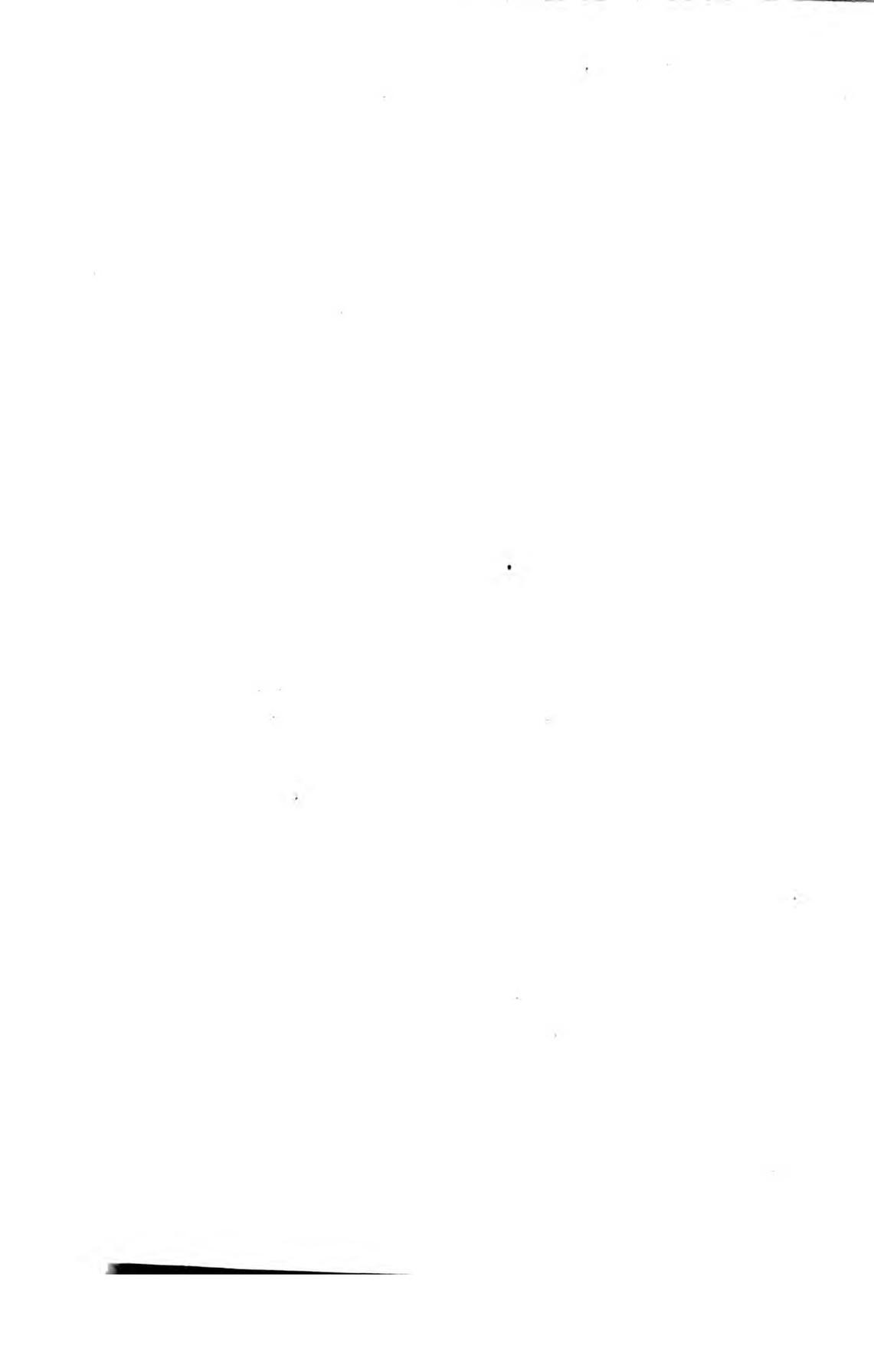


Der Verfasser sagt in seinem Vorwort zum zweiten Bände unter anderem:

Was ich in dem Vorwort zum ersten Bände als Leitidee meiner historischen Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse angegeben habe, das diente mir auch ferner als Richtschnur. Hauptsächlich kam es mir auf die Veranschaulichung des geschichtlichen Werdens der heutigen Lage der Bergarbeiter an. Infolgedessen legte ich besonderes Gewicht auf die Schilderung der wenig bekannten oder vergessenen Ereignisse in der Zeit der Einführung der neuzeitlichen Industriegesetzgebung und ihrer Praktizierung vor den ersten Kämpfen der Bergleute gegen ihre maßlose Ausbeutung und Entrechtung. Das Reformprogramm der modernen Bergarbeiterbewegung ist eben nur verständlich, wenn man weiß, wie es vor der Geltung des angeblich „freien Arbeitsvertrages“ mit der Rechtslage der Knappschaftsgenossen beschaffen war.

Möge meine Arbeit dazu beitragen, auch außerhalb meiner engeren Kameradschaft das Verständnis für die sehr verbesserungsbedürftige Lage der Grubenarbeiter zu erwecken und zu vertiefen. Mögen vor allen Dingen die Bergarbeiter selbst aus dem Studium der Geschichte ihres Berufs lernen, daß sich der soziale Aufstieg der einst hochgeachteten Knappschaftsgenossen rascher vollziehen wird, wenn sie das Wort beherzigen: „Vereiniget stehen wir, uneinig fallen wir!“





WIJZER BOEKERIJ TUYT

Onderwerp . . .	329 (43) 143
Betrekking . . .	:
Plaats	(.)
Tijd	" "
Vorm	(0)
Taal	=
Vertaal03 =
Volk	(=)
Naam	Mehring.
Bron	
Tijdschrift . . .	
Deel blz
Druk	10
jaar	1921
Prijs	G.
Verworven . . .	19 37 / 05 / 04
Gelezen	19 / /

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA



3 0112 072867739